/Februar 1923 He

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF ILLINOIS

DIE RIEDENS-WART

Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation

Begründet von Alfred H. Fried

Herausgegeben in Gemeinschaft mit

Ludwig Quidde, Walther Schücking, Hans Wehberg

und

Friedrich Hertz

von

RUDOLF GOLDSCHEID

Mit Beiträgen von:

Norman Angell / Rich. N. Coudenhove-Kalergi / Fr. W. Foerster / Lotte Heller / Kurt Hiller / Jos. L. Kunz / Oskar Jaszi / Paul Löbe / F. W. Pethick Lawrence / Th. Ruyssen / v. Schoenaich / Walther Schücking / Helene Stöcker / Paul Szende / Charles Trevelyan / Hans Wehberg.

C. A. SCHWETSCHKE & SOHN
BERLIN W 30

Laborum dulce lenimen
1729

VERLAGSBUCHHANDLUNG
GEGRÜNDET 1729

Die Friedens-W

erscheint im allgemeinen monatlich. Bezugspreis für Deutschland und Österreich vierteljährlich 1000 Mark, Einzelheft 400 Mark. Für das Ausland ganzjährig 12 Schweizer Franken. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten sowie der unterzeichnete Verlag entgegen.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Sendungen für die *REDAKTION* sind zu richten an:
RUDOLF GOLDSCHEID, Wien III, Jaquingasse 45.

Unverlangten Manuskriptsendungen ist stets ein frankiertes, mit Adresse des Absenders versehenes Couvert beizufügen, Anfragen eine frankierte Postkarte.

C. A. Schwetschke & Sohn / Verlag / Berlin W 30
Freisingerstraße 5a. *Postscheckkonto Berlin 39432.*

Inhaltsverzeichnis:

Rudolf Goldscheid, **Zur Einführung.** Dr. Hans Wehberg, **Drei Jahre Völkerbund.** Prof. Th. Ruyssen, **Völkerbund und Kooperation.** Reichstagspräsident Paul Löbe, **Friedenswarte und Völkerbund.** Dr. Rich N. Coudenhove-Kalergi, **Die Europäische Frage.** Dr. Kurt Hiller, **Jungpazifismus.** Reichstagsabg. Prof. Walther Schücking, **Der Weg des Pazifismus.** Norman Angell, **Warum negativer Pazifismus versagen muß.** Prof. Fr. W. Förster, **Thomas Mann und der Pazifismus.** General Freiherr von Schoenaich, **Wie ich Pazifist wurde.** Minister a. D. Dr. Paul Szende, **Bauerntum und Pazifismus.** R. G., **Die weltpolitische Bedeutung des englischen Wahlausfalls.** F. W. Pethick Lawrence, **Friedensfreunde im englischen Parlament.** Charles Trevelyan, Mitglied des engl. Parlaments, **Was ist zu hoffen?** R. G., **Die Besetzung des Ruhrgebietes.** Minister a. D. Prof. Oskar Jaszi, **Das Ungarische Problem aus dem Gesichtswinkel des Pazifismus.** Lotte Heller, **Die Haager Frauen-Weltkonferenz.** Dr. Helene Stöcker, **Der Haager Weltfriedenskongress der Gewerkschaftsinternationale.** R. G., **Politische Glossen.** Dr. Hans Wehberg, **Zum 70. Geburtstag d' Estournelles de Constant. Die Nobel-Friedenspreisträger 1921 und 1922. Völkerbundpropaganda in England. Aus der Zeit** (Die jüngste Tätigkeit des Haager Schiedshofes - Das Wachsen der panamerikanischen Bewegung - Die Moskauer Abrüstungskonferenz - Die Buße für Passau und Ingolstadt - Deutsch-französische Verständigung - Das Garantieangebot des Deutschen Reichskanzlers - Der Geist in der Französischen Studentenschaft - Fr. W Foerster über die Ruhrexekution - Ein französischer General über die Ruhrbesetzung - Die Weltfriedensarbeit der Gegenwart und der Gaskrieg derZukunft - Czernin über den Pazifismus - Lloyd George über den Militarismus - Der Niedergang des Militarismus in Japan - Die Faszistengefahr - Kriegserlebnisse eines deutschen Geschichtsprofessors in der Heimat). **Dokumente der Friedensbewegung.** (Resolutionen des XI. Deutschen Friedenskongresses in Leipzig und der beiden Haager Weltfriedenskongresse). **Literatur und Presse:** Bericht von Dr. Hans Wehberg.
Abgeschlossen am 30. Januar 1923.

Die Redaktion der **„FRIEDENS-WARTE"** bittet dringend um **die regelmäßige Zusendung von Zeitschriften, Büchern und Broschüren pazifistischen oder verwandten Inhalts des In- und Auslandes,** zwecks Verwertung resp. Bekanntgabe in ihrem Literatur- und Pressebericht.

Das 3. Heft der **„FRIEDENS-WARTE",** das spätestens Ende März erscheinen dürfte, wird mit dem Abdruck der Jugenderinnerungen **Alf. H. Fried's** und einer soeben vollendeten längeren Studie **Romain Rolland's** über Mahatma Gandhi (die gleichzeitig in der neuen französischen Zeitschrift „Europe" zur Veröffentlichung gelangt) beginnen und daneben u. a. folgende Aufsätze enthalten: Prof. **G. Lowes Dickinson** (Cambridge), Krieg, Frieden und Ruhr; Prof. **G. F. Nicolai,** Deutsche Nation — Deutsche Kultur; **Dr. H. von Gerlach,** Die Völkerbundarmee; Botschafter a. D. **Nikolaus Dumba,** Amerika und der Völkerbund; Universitätsdozent **Dr. Oskar Ewald,** Über wahren und falschen Pazifismus; **Dr. Hans Wehberg,** Ruhrbesetzung und Verteidigungskrieg, etc. etc.

Der Postvertrieb der „Friedens-Warte" erfolgt von Neubrandenburg aus.

341.605
FR
V.23[1-2]

Zur Einführung.

Die Friedens-Warte beginnt jetzt wieder zu erscheinen — aber ohne Alfred H. Fried, der sie begründete und zeitlebens ihr bester Mitarbeiter war. Mit unermüdlichem Eifer hat er 22 Jahre hindurch Heft auf Heft, Band auf Band seiner Zeitschrift veröffentlicht, unbeirrbar durch Gleichgiltigkeit, Geringschätzung, Angriffe und Schmähungen, auch während des ganzen Krieges nie die einheitliche Linie seines Wirkens verlassend und sie so zu immer größerer Höhe, zu immer stärkerem Ansehen emporgehoben. Bis ihn mit einem Male schwere Krankheit niederwarf, die dann der Tod mit seinem unerbittlichen Gewaltdiktat abschloß.

Seit 1921 hat die Friedens-Warte den Verlust dieses Unersetzlichen nicht zu überwinden vermocht. Und auch nun, wo Andere die Aufgabe übernehmen, sein Werk fortzusetzen, sind sie sich wohl bewußt, daß Alf. H. Fried unersetzlich bleiben, daß sich sein Fehlen immer aufs schmerzlichste fühlbar machen wird. Was Fried unserer Bewegung war, das läßt sich unmöglich in wenigen Zeilen ausdrücken. Es ist aber niedergelegt in der seinem Andenken gewidmeten Sammlung von Erinnerungsblättern führender Pazifisten der ganzen Welt, die kürzlich der Neue Geist-Verlag als „Einzelschrift der Friedens-Warte" herausbrachte.

Die neuen Herausgeber können nur das Eine versprechen, daß sie ehrlich bemüht sein werden, die Friedens-Warte durchaus im Geiste Frieds weiterzuführenn, beseelt vom strengsten Willen zur Objektivität nach außen wie nach innen und stets bereit, allen Richtungen innerhalb des Pazifismus selber freie Aussprache zu ermöglichen.

Fried nannte seine Zeitschrift: Blätter für zwischenstaatliche Organisation. Aber er hätte sie ebensogut Blätter gegen organisierten Massenmord nennen können. Denn was ihren tiefsten Sinn ausmacht, das ist ja eben: durch zwischenstaatliche Organisation organisiertem Massenmord wirksam vorzubeugen.

Die Arbeit für dieses Ziel ist heute notwendiger als je. Hat doch dieser letzte Krieg die Welt sowohl materiell, wie geistig und moralisch in einem Zustand der Zerrissenheit zurückgelassen, daß die Friedensbewegung die ungeheuerste Ausbreitung und Intensität annehmen muß, soll die Menschheit vor Verhältnissen bewahrt bleiben, welche die Worte, die Dante über das Höllentor setzte, als geeignetste Inschrift für den Eingang ins irdische Leben erscheinen ließen.

Wohl hallt gegenwärtig von einem Ende der Erde zum andern bereits der Ruf: Nie wieder Krieg! Aber diejenigen, die ihn ausstoßen, verfügen noch nicht über die Macht. Es ist nun einmal nicht aus der Welt zu schaffen: die Wirtschaftsverhältnisse sind es, die wesentlich mitbestimmen, welche Ideen sich jeweilig durchzusetzen vermögen. Da nun die führenden Vertreter der heutigen Wirtschaft, die Inhaber aller rechtlichen wie tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Privilegien in den meisten Ländern zur Behauptung ihrer Machtposition auf das Mittel der Gewalt nicht verzichten wollen, müssen notwendig diejenigen auf stärksten Widerstand stoßen, die darin die eigentliche Aufgabe aller Kulturarbeit erblicken: dem Geist zum Sieg über die Gewalt, der Gemeinschafts- und Rechtsidee zum Durchbruch gegenüber den egoistischen Sonderinteressen zu verhelfen.

Aufrechterhaltung überkommener Vorrechte und Vertiefung objektiver Rechtsinstitutionen stehen naturnotwendig in unversöhnlichem Gegensatz. Solange deshalb das rücksichtslose Lebenwollen der Einen auf Kosten der Andern für die Staatenbeziehungen nicht minder ausschlaggebend bleibt, wie für das Klassenverhältnis, werden äußere und innere Ausbeutung, werden Völkergegensätze und Klassengegensätze einander wechselseitig immer von neuem verschärfen und wird so trotz aller schönen Reden von Abrüstung, überstei-

gerte offene und geheime Aufrüstung in Wirklichkeit das allenthalben Gegebene sein.

Und in der Tat können wir auch beobachten, wie dem mächtigen Anwachsen der Friedensbewegung auf der einen Seite, die bedrohlichste Ausbreitung der brutalsten militärischen Gewaltherrschaft auf der andern parallel läuft. Diese beiden markantesten Zeiterscheinungen sind aber sicherlich nicht ohne tiefinneren Zusammenhang. Je größer in allen Ländern die Zahl derer wird, die zu der Einsicht reifen, daß sämtliche sozialen Probleme unserer Zeit sich nur international lösen lassen, desto mehr sind die Nutznießer der zwischenstaatlichen und weltwirtschaftlichen Anarchie genötigt, ihre überaus gefährdete Machtposition durch nackte Gewalt zu schützen, die niedrigsten Instinkte gegen den Geist in allen seinen Manifestationen aufzupeitschen.

In dem Kampf, zu dem die Pazifisten aufrufen, handelt es sich also um etwas weitaus Tiefergreifendes als bloß um die Verhütung künftiger Kriege, nämlich zugleich darum, jenen permanenten Krieg gegen den Geist zu beseitigen, dessen teuflisches Ziel es ist, alle Errungenschaften unseres vorgeschrittenen Erkennens und Könnens in ihrer gesellschaftsumbildenden Kraft unwirksam zu machen.

Dieser Krieg gegen den menschlichen Geist wird Tag für Tag überall in der Welt auf das erbitterste geführt, in der Wirtschaft ebenso wie in der Verwaltung, und — was das allerniederschlagendste ist — auch an den Universitäten und in den Schulen, ja nicht selten sogar von den Kanzeln herab. Der schöpferische Geist, der die Menschheit durch seine wissenschaftlichen, technischen, organisatorischen und künstlerischen Leistungen zu befreien, zu erheben und von ihren Leiden zu erlösen strebt, der durch stetige Vertiefung und Verfeinerung des inneren Zwanges die Notwendigkeit äußeren Zwanges zu vermindern bemüht ist, der die Gewalt in immer weiterem Ausmaß durch Ausbau des Rechts entbehrlich zu machen trachtet — er ist es, in dem die Reaktion ihren gefährlichsten Feind erblickt, gegen den alle Kontrerevolution unablässig sowohl mit den vollkommensten Mordwerkzeugen, tückischsten Giften, verheerendsten Gasen, wie mit der Erweckung immer neuen Mißtrauens, immer neuer Verängstigung, immer neuen verzweifelten Hasses rüstet.

Hie Geist, Idee, Recht — hie Willkür, egoistisches Sonderinteresse, Gewalt: das ist die Konstellation, in der wir uns tatsächlich befinden; auf dieser Aufmarschlinie spielt sich der welthistorische Kampf um das Schicksal unserer Kultur ab.

Es ist also ein ganz gigantisches Werk, das die Friedensbewegung zu bewältigen hat und sie wird die ungeheuersten Schaaren von entschlossenen Friedenskämpfern organisieren müssen, um ihrer Aufgabe gewachsen zu sein. Aber schon sind diese Riesenheere in Bildung begriffen. Erst kürzlich vereinigten sich im Haag die Vertreterinnen von vielen Millionen pazifistisch gesinnter Frauen zu einer Kundgebung gegen die unhaltbaren Friedensverträge, gegen den Wahnwitz der kulturzerstörenden Zwietracht, der die gesamte Politik unserer Zeit beherrscht. Und fast gleichzeitig haben die Gewerkschaften der ganzen Welt — und zwar zum ersten Male, seit es eine Gewerkschaftsinternationale gibt, gemeinsam mit den Friedensgesellschaften der ganzen Welt — mit einer Wucht und einer Entschlossenheit den Krieg gegen den Krieg proklamiert, daß geradezu von dem Beginn einer neuen Aera in der Geschichte der Friedensbewegung gesprochen werden kann. Denn nun, wo die Geister und die Massen im Pazifismus zusammengefunden haben, steigt er zu einem Machtfaktor auf, mit dem die Gewaltpolitiker in ganz anderer Weise zu rechnen haben werden, wie bisher.

Der Beschluß, für den internationalen Generalstreik als äußerstes friedliches Mittel zur Kriegsverhütung ständig zu rüsten, um im entscheidenden Augenblick eine Art Weltarbeiterwehr für die Erhaltung des Friedens mobilisieren zu können, hat sicherlich die eminenteste Bedeutung. Auf unüberwindliche Hindernisse freilich wird aber die leichtfertige Anzettelung von Kriegen erst stoßen, wenn unter dem Druck der zum Bewußtsein ihrer Lage gelangten Völker und Klassen im Verlauf der Völkerbund jene von der Gewerkschaftsinternationale geforderte Umgestaltung erfährt, die ihn fähig macht, tatsächlich die Funktion einer obersten überstaatlichen Instanz zur friedlichen Regelung aller internationalen ökonomischen, juristischen und politischen Fragen zu erfüllen und so einen vollwertigen Ersatz für den militärischen Selbstschutz zu bieten.

Aber von so vielen unmittelbaren Kriegsgefahren wir auch noch bedroht sind, so harte Kämpfe wir noch zu bestehen, so schwere Krisen und Erschütterungen wir noch durchzumachen haben werden, wir dürfen ohne übertriebenen Optimismus doch zugleich konstatieren: Allenthalben rührt es sich heute bereits derartig gewaltig von unten her, wird

die Unvereinbarkeit der in der zwischenstaatlichen Anarchie verwurzelten überkommenen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung mit der Sicherung der Lebensnotwendigkeiten jedes Einzelnen in so hohem Maße offenbar, daß der Tag nicht mehr in allzu weiter Ferne liegen kann, wo in keinem Kulturstaat die Unbelehrbaren weiter die Mehrheit bilden.

Wie sich der nationale Einheitsgedanke ehemals dem Partikularismus gegenüber durchgesetzt hat, trotz allen erbitterten Widerstandes, den die bevorrechteten Nutznießer der Kleinstaaterei leisteten, so wird sich auch der Internationalismus dem Nationalismus gegenüber durchsetzen, werden die Menschen immer mehr lernen, mit der gleichen Leidenschaft und Inbrunst international zu denken und zu fühlen, wie sie heute nur national zu fühlen und zu denken imstande sind und werden sie gerade hierin den zuverlässigsten Schutz der nationalen Freiheit und Eigenart entdecken. Denn für den Internationalismus arbeiten nicht nur die ökonomischen Triebkräfte der Geschichte, arbeitet nicht nur die tägliche Erfahrung, die zeigt, zu wie grauenhaftem Massenelend künstlich unterbundener Güteraustausch, willkürlich geschaffener Zwang zur Notwehr für alle Völker führt, sondern die Pazifisten werden auch dadurch wesentlich begünstigt, daß, weil ihr Vaterland die Welt, ihr Ziel die Organisation der Welt ist, das Maximum kooperativer Kraft von ihnen ausstrahlt.

Die Pazifisten wissen wohl, welch ungeheure Aufgabe ihnen mit der Organisation einer Welt gestellt ist und daß eine so gewaltige Arbeit nicht in wenigen Jahren bewältigt zu werden vermag. Aber sie wissen ebenso, daß eine Verwirklichung der Menschenrechte solange nicht zu erhoffen ist, als nicht die Völkerrechte zur Anerkennung gelangt sind, als nicht Menschenökonomie und Völkerökonomie der heutigen Menschenvergeudung und Völkervergewaltigung — zu der das Fortbestehen des Militarismus in jeder Form stets von neuem im wahnsinnigsten Ausmaß verführt — durch internationales Recht radikal ein Ende bereiten.

Während jedoch die Pazifisten auf Grund gemeinsamer höchster Ideen zu gegenseitiger Hilfe zusammenstreben und zusammenfinden, bleiben ihre Gegner verflucht, vor ihren unversöhnlichen nationalen und klassenmäßigen Interessengegensätzen in die unnatürlichsten Ideologien flüchten zu müssen, die, weil sie im schroffen Widerspruch zu allen Errungenschaften der Wissenschaft und Kultur stehen, nur mit den brutalsten Unterdrückungsmitteln aufrechterhalten, über den krassen Eigennutz derer die sie vertreten, hinwegzutäuschen vermögen. Außerstande sich rückhaltlos zu Liebe und Recht zu bekennen, bleibt den Machtpolitikern nichts anderes übrig, als Haß und Gewalt als die wahren Demiurgen des Fortschritts zu verherrlichen und demgemäß sogar schon jegliche Erziehung zur Friedensgesinnung aufs wütendste zu bekämpfen, alles Bestreben, die Völker geistig einander näher zu bringen, sie in ihrem wechselseitigen Verständnis, in ihrer wechselseitigen höheren Wertschätzung zu fördern, als Verrat an der Nation zu brandmarken. Ihr Gott ist ihr sakrosanktes Sonderinteresse, für diesen Gott allein ist ihnen kein Opfer zu groß, ihm allein gilt aller vaterländischer Dienst, den sie predigen. Todfeindschaft hingegen schwören sie Jedem, der Ideale verkündet die an ihren Vorrechten zu rütteln wagen, dem Macht um der Macht willen, Macht sans phrase nicht höher steht als die höchsten Ideen, koste die angestrebte Machtbehauptung oder Machteroberung selbst das ganze Erbe aller bisherigen Kultur. Eher waten sie in Meeren von Blut, bahnen sie sich ihren Weg durch Berge von Leichen, als zuzugestehen, daß Recht auch Achtung erfordert, wenn es gegen sie entscheidet, daß Recht Recht bleiben muß, unter allen Umständen, ohne Unterschied der Person, ohne Unterschied der Nation, ohne Unterschied der Klasse und Rasse.

Doch mögen sie uns Pazifisten schmähen, verleumden und verfolgen wie sie wollen, wir bleiben fest im Glauben an den schließlichen Sieg der in den Lebensnotwendigkeiten selber wurzelnden sittlichen Ideen über die in Gegensatz zu den Erfordernissen des Gedeihens des Ganzen stehende egoistische Willkür separatistischer Gruppen und werden im Geiste des Solidaritätsprinzips, das unsere menschliche Ehre ausmacht und unserm Dasein überhaupt erst einen vernünftigen Sinn gibt, das Recht nicht nur hochhalten, wo es die eigenen Forderungen unabweisbar begründet, sondern ebenso, wo es uns verhält, von uns selbst begangenes Unrecht freimütig zu bekennen und bis ans Äußerste dessen zu gehen, was ehrlicherweise verlangt werden kann, um es wieder gut zu machen.

Stärkung und Vertiefung des Rechtswillens sowohl zwischen Einzelnen wie zwischen Klassen und Staaten, volle Entfaltung sorgsamst ausgebauter Menschenökonomie an Stelle der heutigen imperialistischen Völkerverwirtschaftung, die nur auf rein individuelle Profitgewinnung ausgeht, größte Achtung vor der Heiligkeit jedes einzelnen Menschenlebens, Überwin-

dung des reinen Interessenstandpunktes durch die in der Solidaritätsidee verankerte strengste Objektivität, Bekenntnis zu tatkräftigem organisatorischem Pazifismus und Internationalismus ohne jedes Wenn und Aber — das sind die Voraussetzungen der geistigen und moralischen Entgiftung der Welt, der seelischen Abrüstung, der Reinigung der Wissenschaft nicht minder wie der Religion, der Wirtschaft und Politik ebenso wie der Schule und Verwaltung von allen reaktionären Rückständen aus der Vergangenheit, die sie in das Gegenteil dessen verkehren, was ihre innerste Bestimmung ausmacht.

Diese gewaltige Aufgabe des äußern und inneren Neuaufbaues der ganzen Welt wirksam in Angriff zu nehmen, um den ideenbestimmten Menschen endlich größeren Einfluß gegenüber den bloß interessebebestimmten zu verschaffen, darin müssen wir deshalb das große Entsühnungswerk für die durch den Krieg geschändete Menschheit erblicken, dem unsere unermüdliche Arbeit zu gelten hat.

Rudolf Goldscheid.

Drei Jahre Völkerbund.

Von Dr. Hans Wehberg, Berlin.

Am 10. Januar 1923 sind drei Jahre vergangen, seit der Völkerbund ins Leben trat. Gleichzeitig mit der Ratifikation des Versailler Friedensvertrages wurde das bisher provisorische Sekretariat in ein endgültiges verwandelt, wurde die erste Sitzung des Rates einberufen, und es wurden schließlich die Beitrittserklärungen der im Kriege neutral gebliebenen Staaten entgegengenommen. Drei Jahre sind für eine Schöpfung von solcher Kühnheit, wie sie der Völkerbund Wilsons bedeutet, nur eine kurze Spanne Zeit. Man kann daher heute noch nicht die Frage aufwerfen, ob sich alle Hoffnungen, die sich an seine Gründung knüpften, erfüllt haben. Wohl aber ist die Gelegenheit günstig, um erneut auf die wahre Bedeutung des Völkerbundes hinzuweisen.

Karl Schurz hat einmal in der Lebensbeschreibung des amerikanischen Präsidenten Lincoln in besonders ergreifender Weise darauf hingewiesen, mit welch sicherer Hand Lincoln das amerikanische Steuer während des Secessionskrieges gelenkt hat, wie er trotz ungeheurer Schwierigkeiten, trotz der scharfen gegen ihn erhobenen Anklagen nicht aufhörte, immer nur auf das Wohl seines Landes bedacht zu sein. So sitzen der Völkerbund und die hinter ihm stehenden Persönlichkeiten gewissermaßen am Steuerruder des Weltenschicksals, unverwandt den Blick in eine bessere Zukunft der Menschheit richtend, und setzen ihre ganze Kraft für die allmähliche Herrschaft des Rechtsgedankens ein, wenn auch noch oftmals die Ungerechtigkeit bei den Streitigkeiten der Völker ihr Haupt erhebt und bedauerliche Unvernunft die erhabene Tätigkeit des Völkerbundes herabzuziehen sucht.

Daß der Völkerbund noch oft untätig zusehen muß, wie die Gewalt über das Recht triumphiert, liegt nicht an ihm, sondern daran, daß er zu einer Zeit ins Leben gerufen wurde, da die Menschheit auf ihn noch nicht vollkommen geistig vorbereitet war. Gerade weil dies der Fall ist, muß das Steuer des Völkerbundes vorsichtig in die Zukunft gelenkt, muß alles vermieden werden, damit nicht das junge Schiff eines Tages an einem harten Riff zerschellt. Soweit seine Kraft reicht, muß der Völkerbund allerdings versuchen, seine hohe Mission zu erfüllen; er soll immer wieder an das Gewissen der Staatsmänner appelieren, die noch die alten Methoden der Rüstungen und der Gewaltpolitik vorziehen; aber er soll auch wissen, daß es besser ist, Geduld zu haben und Vertrauen in die allmähliche Weiterentwicklung zu setzen als durch Übereifer die Existenz des Bundes zu gefährden. Es gilt hier ein kluges Wort, das der holländische Minister des Äußern Jhr. van Karnebeek am 9. Februar 1922 in der zweiten Kammer der Generalstaaten aussprach: „Die politische Seite des Völkerbundes ist schließlich nichts anderes als der Ausdruck einer gewissen Wirklichkeit, in der wir leben, und persönlich fühle ich sehr stark, daß augenblicklich Gefahr für den Völkerbund darin liegen würde, wenn er sich zu weit von der Wirklichkeit entfernte. Denn wenn zwischen die Wirklichkeit und den Völkerbund eine Spaltung kommt, kann dies nichts anders als den Lebensaussichten des Völkerbundes Abbruch tun".

Freilich darüber, was sich der Völkerbund zutrauen darf, werden die Meinungen auseinandergehen. Wir glauben, daß sich der Völkerbund von Jahr zu Jahr mehr zutrauen darf und daß Männer wie Lord Robert Cecil und Chr. L. Lange, die fortschrittlichsten Elemente der Bundesversammlung, nicht zu kühn gewesen sind in dem, was sie erstrebten. Wenn ihre Richtung, die sich auf der letzten Bundesversammlung schon erheblich stärker durchsetzte als 1920 und 1921, allmählich die Führung des Völkerbundes in die Hand be-

kommt, so wird der Bund allmählich den richtigen Weg zwischen zu großer Ängstlichkeit und zu starker Einschätzung seiner Kräfte gehen.

Der Völkerbund ist ein Werk, das sich erst in Jahrzehnten richtig auswirken kann. Aber schon in den ersten drei Jahren hat sich nicht nur die Organisation bewährt, sondern es sind auch auf der im Anfang vorhandenen Grundlage neue Fortschritte verwirklicht worden. Welche Hoffnungen setzte doch die Menschheit einst auf das Werk vom Haag! Aber der 1899 geschaffene Haager Staatenverband ist bei allen seinen Bestrebungen, sich fortzuentwickeln, gescheitert, obwohl er für diese Weiterentwicklung bis zum Weltkriege 15 Jahre Zeit hatte; weder die Rüstungsbeschränkung wurde ernstlich versucht, noch das Problem des Weltschiedsvertrages gelöst; auch der ständige internationale Gerichtshof wurde nicht geschaffen. Der Völkerbund aber hat schon in der ersten Zeit seines Bestehens eine unendlich bedeutsame Arbeitsgemeinschaft auf den verschiedensten Gebieten geschaffen, und seine zahlreichen Organe sind in zäher Energie damit beschäftigt, diese Gemeinschaft weiter auszubauen. Auch ist die Errichtung des ständigen Gerichtshofes schnell gelungen, und auf dem Gebiete der Rüstungsbeschränkung werden Pläne vorbereitet, die sofort verwirklicht werden können, sobald die politische Lage günstiger geworden ist. Wie segensreich hat der Völkerbund außerdem bei zahlreichen aktuellen Fragen, z. B. bei der Seuchenbekämpfung, Zurückschaffung der Kriegsgefangenen, in der Frage der Alandinseln und den Streitigkeiten zwischen Albanien und den Nachbarländern gewirkt! Gewiß hat auch das Haager Werk in dieser Hinsicht einige Resultate zu verzeichnen. Aber in drei Jahren hat der Völkerbund schon mehr geleistet und sein Ansehen mehr gefestigt, als der Haager Staatenverband dies in fünfzehn Jahren vermochte. Man muß sich nur nicht Illusionen hingeben und glauben, der Völkerbund könne heute schon gewissermaßen das alleinige Zentrum der Weltpolitik sein. Wir können lediglich hoffen, daß er es einstmals sein wird.

Aber diese Überzeugung ist umso eher berechtigt, weil die Grundlagen des Völkerbundes durchaus gesund sind, während das Haager Werk von Anfang an so zart organisiert war, daß es, um kräftig zu werden, vorher der Weiterentwicklung seiner Verfassung bedurfte. In seiner glänzenden „Verteidigung des Völkerbundes" (Berlin, 1921, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte) hat Prof. Kantorowicz nachgewiesen, daß die Mehrzahl der Mängel der Völkerbundsatzung nur in der Einbildung bestehen. Wir weisen auch auf die bedeutsame Studie hin, die Prof. Larnaude vor einiger Zeit unter dem Titel „La Société des Nations" (Paris, 1920, Recueil Sirey mit einem Ergänzungsheft) veröffentlicht hat. Die Grundlagen des Völkerbundes sind gewiß in Einzelheiten, z. B. inbezug auf das Vermittlungsrecht, fortbildungsbedürftig. Aber im ganzen wäre wohl ein besserer Völkerbund für die Gegenwart kaum denkbar. Wenn der britische Kronjurist Sir Frederick Pollock in seinem trefflichen Buche „League of Nations" (London 1922, Stevens & Sons, S. 239) den deutschen Regierungsentwurf für einen Völkerbund „more formal and elaborate than the Covenant" hält, so bezieht sich dieses Urteil doch wohl vor allem auf die theoretische Durcharbeitung der Grundprobleme, nicht aber auf die praktische Verwendbarkeit für die Gegenwart. Unseres Erachtens sollten die Grundlagen der Völkerbundsatzung unangetastet bleiben.

Daher möchten wir allen Kritikern des Völkerbundes zurufen: Mehr Gerechtigkeit und Geduld! Gerechtigkeit vor allem gegenüber dem Gutachten des Völkerbundes in Sachen Oberschlesien, das erheblich anders beurteilt werden muß, als die breite deutsche Öffentlichkeit dies tut! (Hoffentlich wird die Schrift der Deutschen Liga für Völkerbund über Oberschlesien, die eine unglückselige Verzögerung erlitt, in diesen Tagen endlich vorliegen). Geduld vor allem auch inbezug auf die Abrüstung und das Eingreifen des Bundes in politische Fragen! Denn der Völkerbund ist noch jung. Er muß wie eine zarte Pflanze behütet werden, die ihre Pracht erst ganz entfalten kann, wenn die rechte Zeit gekommen ist.

Der Genfer Völkerbund ist die großartigste Schöpfung pazifistischer Natur, die je erdacht und ausgeführt wurde. Geht er zu Grunde, so ist das der furchtbarste Schlag, den unsere Bewegung erleiden könnte. Daß der Völkerbund sich entwickle, daß er zur rechtlichen Organisation der Welt immer mehr beitrage, das muß der aufrichtige Wunsch aller sein, die an den Sieg des Rechtsgedankens in der Zukunft der Menschheit glauben, unbekümmert ob sie den Tag des Erfolges selbst noch erleben oder nicht, und die darum ihren Zeitgenossen unermüdlich zurufen: Geduld und noch einmal Geduld!

Völkerbund und Kooperation.

Von Th. Ruyssen,

Professor an der Universität Bordeaux.
Präsident der „Association de la Paix per le Droit".
Generalsekretär der „Union Internationale des Associations pour la S. D. N.".

In der Einleitung zum Gründungsvertrag des Völkerbundes steht in der ersten Zeile folgende bezeichnende Erklärung:

„Die hohen vertragschließenden Parteien . . . . . in Erwägung, daß zur Entwicklung der Kooperation unter den Nationen . . . . nehmen den vorliegenden Vertrag an, der den Völkerbund begründet."

Es ist zweifelhaft, ob die Verfasser dieses denkwürdigen Textes dem Worte „Kooperation" einen besonderen Sinn unterzulegen versuchten, und gewiß dachten sie nicht an die soziale und ökonomische Bedeutung, die diesem Wort seit einem halben Jahrhundert innewohnt, in dem die Kooperation (Genossenschaft) eine der verbreitensten Formen ökonomischer Organisation in der ganzen Welt geworden ist. Eine dreijährige Erfahrung gestattet jedoch schon heute die weitliegende Bedeutung des Wortes „Kooperation", das am Giebel des neuen durch die Verträge von 1919 gegründeten politischen Gebäudes geschrieben steht, abzuschätzen und zu erkennen, daß dieser Ausdruck in glücklichster Weise die Tätigkeit der großen Genfer Institution charakterisiert.

Der Völkerbund und die Genossenschaft haben den gemeinsamen Grundzug auf einer Basis der Freiheit zu ruhen. Niemand wird gezwungen, dem Völkerbund beizutreten, noch in ihm zu verbleiben. 32 Staaten oder Dominions haben am 28. Juni 1919 aus freien Stücken den Vertrag, der an der Spitze des Versailler Vertrages steht, unterschrieben; doch hielten sich die Vereingten Staaten seit Anbeginn abseits, während Argentinien und Peru Anstalten machten auszutreten, ersteres 1921, letzteres im September dieses Jahres. 13 andere Staaten, die „eingeladen" wurden, meldeten sofort ihren Beitritt an, 11 weitere Staaten wurden nach der 1., 2. und 3. Sitzung herangezogen, nachdem sie freiwillig kandidiert hatten. Natürlich werden, wie bei jedem auf ordentlicher Grundlage beruhenden Verein, moralische und finanzielle Bedingungen an die Aufnahme geknüpft; doch bilden diese keine unüberwindliche Schranke und nur jene Staaten bleiben abseits vom Völkerbund, die sich freiwillig ausschließen und es vorziehen ihm nicht beizutreten.

Das ist noch nicht alles. Staaten sowie Einzelwesen können sich zu den verschiedensten Zwecken vereinigen, oft sogar nur zu bloß zufälligen. Eine Alliance z. B. tritt erst für den Fall des Angegriffenwerdens durch bestimmte fremde Staaten und unter genau abgegrenzten Bedingungen in Wirksamkeit. Die im Völkerbund vereinigten Staaten haben sich wie die Mitglieder einer richtigen Konsumgenossenschaft zu praktischen und dauernden Zielen vereint; sie verpflichten sich nicht nur „die gegenwärtig bestehende territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit aller Mitglieder des Bundes gegen jeden äußeren Angriff zu verteidigen" — eine Verpflichtung, die vielleicht niemals zur Ausführung zu gelangen braucht — sondern sie nehmen auch genau festgesetzte Verbindlichkeiten auf sich, welche jederzeit nötige Tätigkeiten regeln: Überwachung bestimmter Kolonialgebiete, die unter „Mandat" stehen, direkte Verwaltung bestimmter Gebiete (Saargebiet, Danzig), Eintragung der Verträge, Minoritäten- und Arbeiterschutz, Überwachung der öffentlichen Gesundheitspflege, Kontrolle der Verträge, die sich auf die Behandlung von Frauen und Kindern beziehen etc. Diese Kontinuität in der Aktion erforderte schon von Anbeginn die Errichtung eines umfangreichen ständigen Sekretariats dessen Agenden sich beständig vergrößern und gewiß noch bedeutenden Umfang erreichen werden.

Diese Bemerkungen werden vielleicht Einiges zum Verständnis dessen, was der Völkerbund — diese noch nie dagewesene Organisation — darstellt, beitragen. Sofort nach seiner Gründung behaupteten einige Enthusiasten: „Jetzt ist der Überstaat entstanden". Das waren billige Illusionen. Der Völkerbund ist so wenig Überstaat, daß mit geringfügigen Ausnahmen seinen Entscheidungen erst dann Gesetzeskraft zukommt, wenn sie durch die Staaten ratifiziert wurden. Seine Sitzung hat im allgemeinen nur das Aussehen eines Parlaments, sie ist weit eher eine Beratungskammer, deren Meinungen zweifellos höchstes Ansehen genießen, doch in keiner Weise die Souveränität der Staaten einschränken.

Der Völkerbund ist nicht einmal ein Staatenbund wie z. B. die Schweiz oder die Vereinigten Staaten, da die ihn bildenden Mächte, um die Wahrheit zu gestehen, auf keines ihrer Vorrechte und auf keine ihrer Funktionen zugunsten dieses gemeinsamen Organismus verzichtet haben.

Es ist höchsten ein Embryo eines Staatenbundes, in dem Maße als die Staaten seiner Generalversammlung einige Bruchstücke von

Souveränität zugestanden, so das Recht sich durch Neuaufnahme von Staaten zu vergrößern und die Aufeinanderfolge seiner Sitzungen zu bestimmen, ohne ihre Einberufung durch die Staaten abzuwarten. Auch ist diese Versammlung in ihren Aktionsmitteln sehr beschränkt und begnügt sich meistens damit, den Staaten jene Lösung der für sie in Frage stehenden Probleme vorzuschlagen, welche ihr als die beste erscheint, wenn die Staaten selbst der Schwierigkeiten nicht mehr Herr zu werden vermögen und dem Völkerbund die oberste Entscheidung zuweisen, wie dies in besonders denkwürdigen Fällen geschehen ist — so in der oberschlesischen Frage und bei der Sanierung Oesterreichs.

Was ist nun das Band, das in Ermanglung eines Zwanges die Mitglieder des Völkerbundes untereinander eint? Es ist im Grunde nichts anderes, als das Gefühl solidarischer Interessengemeinschaft, in gewissem Maße zusammengehalten durch das mehr oder minder deutliche Bewußtsein der wachsenden Solidarität, welche sich auf alle modernen Kulturvölker in Bezug auf juristische, ökonomische und sogar politische Gesetze erstreckt. Die Abhängigkeit der Nationen untereinander im 20. Jahrhundert, die gewiß noch nicht genügend bestimmt und genugsam empfunden wird, um Kriege zu verhindern, hat zumindest die Wahrheit offenbart, daß jedes Interesse von größerer Bedeutung nunmehr aufgehört hat, rein national zu sein und daß eine Fülle von Fragen, die ehedem nur das begrenzte Gebiet des nationalen Lebens betrafen, jetzt in ihrer internationalen Zusammengesetztheit zu lösen sind. Diese Bindung genügt zweifellos, um die Anrufung des hohen Zieles überflüssig zu machen, deren sich der idealistische Internationalismus gerne bedient. Als ich der 2. und besonders der 3. Sitzung des Völkerbundes beiwohnte, war ich erstaunt, über die geringe Rolle, die die humanitäre Phraseologie hier spielt. Man hörte nur durch Zufall einmal ein Wort wie Brüderlichkeit und da waren es auch gewöhnlich die Vertreter kleiner Staaten wie Schweiz, Norwegen, Haiti, Persien, die die sentimentale Saite in Schwingung versetzten. Die Verhandlungen verloren dadurch gewiß an Glanz und Wärme; man hätte sie eher für eine Versammlung von Geschäftsleuten gehalten, als für die größte humanitäre Vereinigung, die die Geschichte jemals gekannt. Und hierin liegt vielleicht noch eine Ähnlichkeit mit den Vereinigungen, die zwecks ökonomischen Zusammenwirkens geschaffen wurden. Die Genossenschaften verfehlen auch nicht, zeitweilig die großen Prinzipien der menschlichen Gemeinschaft und allgemeinen Nächstenliebe anzurufen; doch beruht die wirkliche solide Grundlage der Genossenschaft weit eher auf dem Gefühl notwendiger Einigkeit gegen den gemeinsamen Feind und das System der freien Konkurrenz, bei dem der sich bereichernde Egoismus freie Bahn hat.

Zum Schlusse weisen Völkerbund und Genossenschaft noch die frappierende Ähnlichkeit auf, daß sie sich beide in den Rahmen der bestehenden Institutionen einfügen, ohne rechtlich die mindeste Störung hervorzurufen und daß sie allmählich durch ihre wohltuende Arbeit die Schaffung eines neuen Rechtes anbahnen. Die Konsumgenossenschaft errichtet ihren Laden neben dem Stand des Spezereihändlers und der Fleischbank des Schlächters, ihrer Rivalen, ohne für sich etwas anderes in Anspruch zu nehmen als das allgemein gültige Recht. Sie stellt es jedem frei, sein Glück bei dem Risiko der freien Konkurrenz zu versuchen, doch belohnt sie jene, die ihr Vertrauen schenken, indem sie zu genauesten Preisen unverfälschte Lebensmittel verabreicht und einen Teil des Gewinnes zurückerstattet. Langsam jedoch dehnt sich die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften aus: sie erstreckt sich auf Erziehung, Gesundheitsmaßregeln, städtische Einrichtungen und endlich sogar auf die internationale Politik. So fügt sich auch der Völkerbund noch dem politischen System der souveränen Staaten ein, ohne ihr Recht zu verkürzen; er fordert weder konstitutionelle Veränderung, noch Beschränkung der Rüstungen. Da er jedoch im Prinzip zur Sicherung des Friedens gestiftet wurde, so ist er auch imstande seine immer mannigfaltigeren und verwickelteren Pflichten endgültig zu erfüllen. Er schützt die nationalen Minderheiten, Eingeborene, Frauen und Kinder, öffentliche Sicherheit, er überwacht die Moral der Publikationen, organisiert intellektuelle Vereinigungen der Völker und seine Interventionen auf den verschiedenen Gebieten erweisen sich so nützlich, daß die Institution in ihrer Größe an Kraft und Ansehen auch bei jenen Staaten wächst, die seiner Gründung feindlich gegenüberstanden. Man konnte nach der letzten Völkerbundsitzung sagen, daß selbst für den Fall, daß seine Arbeit durch den schlechten Willen der Völker in politischen Dingen ausgeschaltet würde, er doch von nun an als Organ für materielles und intellektuelles Zusammenwirken unentbehrlich bliebe.

Diese Analogie zwischen Völkerbund und Genossenschaft erklärt ohne Zweifel das besondere Wohlwollen, das der Völkerbund von

Anbeginn bei den Genossenschaften fand, das aus den Beschlüssen aller nationalen und internationalen Kongresse ersichtlich ist. Gewiß haben die Genossenschaften in der durch die Verträge von 1919 neu gegründeten Organisation eine soziale Schöpfung erkannt, die mit der Genossenschaftsorganisation völlig gleichgeartet ist. Auf beiden Seiten beschäftigt man sich weniger mit Revolutionen, als mit positiven Gründungen; man behauptet nicht, in einer vom Grund auf veränderten Welt der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen zu wollen durch einen Plan allgemeiner Wiedergeburt, der notwendigerweise utopisch sein müßte. Man nimmt eben die Welt, wie sie ist, gewiß nicht vortrefflich, aber auch nicht unbedingt schlecht und man bemüht sich jene nützlichen Einrichtungen auszubauen, durch welche sich die Menschheit langsam aus der Barbarei zu einer relativen Kultur entwickelt hat. Kurz man nimmt das Leben selbst zum Ausgangspunkt, um das Leben zu verbessern.

Sicher hat die Genossenschaft durch die empirische Klugheit ihres Vorgehens, das den Idealismus durchaus nicht ausschließt, Eroberungen vollbracht, neben welchen die Fortschritte, die im Namen anderer sozialer Gedanken erzielt wurden, nur schwache Versuche sind oder wie in Rußland katastrophale Niederlagen. Und die Annäherung, die man in dieser Hinsicht zwischen Genossenschaft und Völkerbund anzubahnen bemüht war, ist gewiß von guter Vorbedeutung für letzteren, dessen Bestehen weit weniger durch das philosophische Credo, das ihn beseelt, gesichert ist, als durch die sich fortpflanzende Ausbreitung unvergleichlicher Dienste, die er schon jetzt der Menschheit geleistet hat.

Friedenswarte und Völkerbund.

Von Paul Löbe,
Präsident des Deutschen Reichstags.

Wenn die Friedenswarte heute nach längerer Pause ihre völkerverbindende Mission wieder aufnimmt, so wird eines ihrer wichtigsten Propagandagebiete die Beeinflußung der Stimmung in Deutschland für den Beitritt zum Völkerbund sein. Ich weiß, daß diese meine Ansicht Achselzucken auf den verschiedensten Seiten hervorruft. Die Einen weisen auf die mangelnde Universalität dieses Völkerbundes hin, die Andern auf seinen oft noch wenig pazifistischen Geist, beide bezweifeln, daß er in seiner jetzigen Gestalt geeignet sei, den Frieden zu sichern. Diese Kritiker haben gewiß recht. Aber noch nie ist eine Organisation fertig und vollkommen in die Welt getreten. Wie sollte das bei der größten, umfassendsten und wichtigsten der Fall sein, die das politische Geschick der Erdmächte für die Zukunft so nachhaltig beeinflussen soll, als es vom Völkerbund einst erwartet wird? Gewiß ist es ein großer Mangel, daß die wichtigen Kulturmächte Nordamerika, Deutschland und Rußland ihm noch fernstehen. Aber wir verkleinern diese Lücke erheblich, wenn wir unsere Abstinenz aufgeben und uns entschlossen in die Reihe der Staaten stellen, die er bereits umfaßt. Wir führen auch die anderen noch fernstehenden Völker dadurch dem Bunde näher. Schon wird Rußland in die meisten der internationalen Verhandlungen einbezogen und die Vereinigten Staaten von Amerika stehen bereit, an den internationalen Verträgen, die den Wiederaufbau der Welt bringen sollen, wenigstens de facto, wenn auch noch nicht de jure teilzunehmen. Die Vervollkommnung des Völkerbundes ist nur eine Frage der Zeit und sie wird auch seine Umgestaltung zur Folge haben. Gewiß müssen wir in Deutschland über manche Entscheidungen bitter klagen, die im Namen des Völkerbundes gegen uns gefällt wurden — obwohl auch hier gar manches dem Völkerbund angekreidet wird, was in Wahrheit der Botschafterkonferenz, der Reparationskommission und den sonstigen Instanzen der Siegermächte zuzuschreiben ist, nicht aber dem Völkerbund. Was aber bessern wir an dem wirklich Mangelhaften, wenn wir fernbleiben? Selbst der nationale Egoist müßte sich heute, wenn die Aufgabe und der Einfluß des Völkerbundes größer und größer werden, für den Anschluß erklären. Er allein kann die Rechte der Minderheiten schützen, er allein kann internationale Fragen des Verkehrs, der Meeresstraßen, die Hilfe für notleidende Völker mit einiger Aussicht auf Erfolg zu lösen versuchen. Wievielmehr sollten wir, die in jedem Ansatz zwischenstaatlicher Organisationen einen Schritt auf dem Wege zur Befriedung der Welt ansehen, kräftig für den Anschluß Deutschlands eintreten, trotz aller seiner Mängel! Nachdem im Haag der Weltfriedenskongreß der sozialistischen Parteien, der mächtigen Gewerkschaften und der pazifistischen Vereine sich für den Anschluß Deutschlands an den Völkerbund und für seine Umgestaltung zu einer obersten internationalen Instanz für friedliche Regelung internationaler, ökonomischer, juristischer und politischer Fragen ausgesprochen hat, darf ich hoffen, daß mein Antrag vom Augsburger Parteitag der

deutschen Sozialdemokratie weiter seine Wirkung tun wird, trotz des Widerstandes der meisten bürgerlichen Parteien — leider auch eines Teils der Demokraten —, trotz der offenkundigen Abneigung des deutschen Auswärtigen Amts, das sich anscheinend sehr schwer an neue Formen des völkerrechtlichen Verkehrs gewöhnen kann. Zu dieser Aufgabe wünsche ich der neuerstandenen Friedenswarte guten Erfolg.

Die Europäische Frage.

Von Dr. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, Wien.

1. Vereinigte Staaten von Europa.

Die Europäische Frage gipfelt in den drei Worten: „Zusammenschluß oder Zusammenbruch!"

Europa muß weltpolitisch immer ohnmächtiger, weltwirtschaftlich immer bedeutungsloser werden, wenn es sich weiter durch innere Zwiste zersplittert — während sich die außereuropäische Welt zu immer größeren und geschlosseneren Imperien zusammenballt.

Die neue Welt strebt nach der panamerikanischen Föderation, während sich im Norden der alten Welt das föderative Sovjetrußland befestigt, im Süden das britische Weltreich um den Indischen Ozean (Südafrika - Arabien - Indien - Australien); und während der Zusammenschluß der beiden mongolischen Kulturvölker zu einem Fünfhundertmillionenreich des Ostens unaufhaltsam erscheint, zerfleischt sich nur der Westen der alten Welt aus Ehrgeiz und Rachsucht und verdammt sich selbst zu politischer und wirtschaftlicher Einflußlosigkeit.

Nur ein Mittel kann diese Gefahr bannen: der Zusammenschluß Kontinental-Europas von Portugal bis Polen zu einem Staatenbunde.

Viele träumen von diesen „Vereinigten Staaten von Europa" — aber niemand arbeitet ernstlich an deren Verwirklichung. Daran ist vornehmlich die Meinungsverschiedenheit bezüglich ihrer Grenzen schuld. Mit dem politischen Begriffe Europa werden geographische und kulturelle Vorstellungen verquickt Während aber geographisch Rußland und England zu Europa gehören, kulturell auch Amerika, Südafrika und Australien — sollte sich der politische Begriff Europa auf die demokratischen Staaten Kontinental - Europas beschränken, während das russische und das britische Reich politisch eigene Weltteile bilden.

England könnte selbst nach Verlust seiner asiatischen Kolonien durch Anlehnung an das verwandtere Amerika — Rußland durch Ausbau einer selbständigen Kultur und autarkischen Wirtschaft den Untergang Europas überleben. Die übrigen Völker Europas hingegen bilden eine Schicksalsgemeinschaft: entweder werden sie gemeinsam genesen oder gemeinsam verkommen.

Diese klare Erkenntnis der politischen Grenzen Europas bildet die unumgägliche Voraussetzung für die Überführung des paneuropäischen Ideales aus dem Reiche der Utopie in das der Realität. —

2. Paneuropa und Völkerbund.

Vor dem Kriege wäre jeder Versuch, Paneuropa zu verwirklichen, hoffnungslos gewesen: die Befreiung aller europäischer Nationen war Voraussetzung ihrer Einigung. Nie hätten die westlichen Demokratien die Garantie übernommen für die Verewigung der osteuropäischen Unterdrückungspolitik — und nie hätten sich die Militärmonarchien Zentraleuropas einer demokratischen Föderation unterworfen.

Heute hängt es bloß vom guten Willen und der Einsicht der europäischen Mehrheit ab, ob Paneuropa verwirklicht wird oder nicht.

Durch den Völkerbund ist Paneuropa weder geschaffen noch überholt. Denn der Genfer Völkerbund ist in seiner heutigen Gestalt ein unorganisches Staatenkonglomerat: weder europäische Föderation noch Weltbund. Zum Weltbunde ist er untauglich, solange die russische und die amerikanische Weltmacht in ihm fehlen; zum europäischen Areopag ist er untauglich, solange er außer seinen europäischen Vertretern noch Deligierte Lateinamerikas, Weltbritanniens und Ostasiens umfaßt. Denn auch Europa hat das Recht auf eine Monroedoktrin und kann sich eine unerbetene Einmischung außereuropäischer Mächte in rein europäische Angelegenheiten verbitten.

Weltareopag könnte der Völkerbund nur werden durch Umgestaltung seiner mechanischen Gliederung in eine organische: durch Auflösung in politisch - geographische Staatengruppen. Eine solche Änderung seiner Struktur würde es sowohl der nordamerikanischen Union ermöglichen, ihm beizutreten, als auch der russischen Sovjetföderation. Dieser gegliederte Völkerbund, gebildet aus Vertretern der panamerikanischen, paneuropäischen, britischen, russischen und ostasiatischen Staatengruppen wäre oberstes Schiedsgericht in Weltkonflikten und könnte, gestützt

auf jenes weltpolitische Gleichgewichtssystem, durch internationale Verträge den Weltfrieden auf lange Sicht aufrechterhalten. —

3. **Paneuropas Ziele.**

Die beiden Hauptziele Paneuropas sind: Politisch-militärische Defensive gegen Rußland, und wirtschaftliche Defensive gegen Amerika.

Ein politisch zersplittertes Europa wäre einer künftigen russischen Invasion schutzlos preisgegeben — ein durch Zollschranken zerklüftetes Europa müßte konkurrenzunfähig werden gegenüber dem geschlossenen amerikanischen Wirtschaftsgebiet.

Jede politische Prophezeiung ist problematisch: dennoch muß Europa mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß in Rußland früher oder später ein imperialistisches Regime das kommunistische ablösen — und daß auch der russische Napoleon versuchen wird, seinem Volke durch Kriegsruhm das zu ersetzen, was er ihm an Freiheit nimmt. Gelingt indessen durch einige gute Ernten Rußlands Wiederaufrichtung schneller als Europas Einigung — so könnten weder die neugebildeten Kleinstaaten, noch das entwaffnete Deutschland, noch das isolierte Frankreich die russische Invasion aufhalten. Bestenfalls würde dann Europa geteilt werden in eine russische und eine anglo-amerikanische Interessensphäre mit dem Rhein als Grenze. —

Neben dieser äußeren Gefahr bleibt ein zersplittertes Europa ständig bedroht von inneren Kriegen. Es ist auf die Dauer praktisch unmöglich, daß auf dem engen Raume von 4 ¾ Millionen km 25 Staaten in internationaler Anarchie haßerfüllt und bis an die Zähne bewaffnet zusammenhausen — ohne daß sie in Streit und Krieg geraten. Ein neuer europäischer Krieg müßte aber, neben seinen sonstigen grauenhaften Begleiterscheinungen, bei der Entwicklung der Aviatik die europäischen Industriebezirke so verwüsten, daß sie nie mehr den Vorsprung Amerikas einholen könnten.

Heute müssen weltpolitisch die militärischen Kräfte der europäischen Staaten von einander subtrahiert, statt mit einander addiert werden: Frankreich könnte sein Kolonialreich allein gegen die großen Weltmächte ebensowenig schützen, wie Holland, Belgien, Portugal oder Italien. Wenn nicht Europa sich zur fünften Weltmacht zusammenschließt, werden die weltpolitischen Entscheidungen über seinen Kopf hinweg von England, Amerika, Rußland und Japan allein gefällt werden.

Diesen Gefahren der Zersplitterung stehen folgende Vorteile der Vereinigung gegenüber:

1. Sicherung vor einer Invasion durch ein rotes oder weißes Rußland;
2. Sicherung vor einem europäischen Krieg;
3. Weltwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit durch Schaffung eines europäischen Zollbundes;
4. Wahrung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Unabhängigkeit und Weltgeltung. —

Der nationalen Entfaltung im kulturellen Sinne setzt Paneuropa keine Schranken. Ziel ist nicht Entnationalisierung der Völker Europas — sondern Zusammenfassung ihrer nationalen Individualitäten zu einem politischen und wirtschaftlichen Zweckverband. —

4. **England und Rußland.**

England und Rußland sind die beiden Nachbarn Europas. Das britische Weltreich, das sich über 5 Kontinente erstreckt und an Einwohnerzahl, wie an Flächenraum Paneuropa samt seinen Kolonien übertrifft — könnte nicht gleichberechtigtes Mitglied einer europäischen Föderation sein. Britannien würde es ablehnen, sich durch den Kontinent majorisieren und kontrollieren zu lassen — während die europäischen Demokratien es ablehnen würden, sich seiner Hegemonie zu fügen und als Garanten seiner indischen Herrschaft in kommende Weltkriege verwickelt zu werden.

Dennoch müßte Europa alles daransetzen, um in dauerndem weltpolitischen Einvernehmen mit England zu bleiben und dessen Einwilligung zur Föderation zu erlangen. Bei der gefährdeten Lage Englands wäre dies nur zu erreichen, wenn Europa England ideale und reale Garantien für seine dauernde Sicherheit bietet: durch Abschluß eines obligatiorischen Schiedsgerichtsvertrages; durch Abrüstung der Unterseeflotte; durch eine Vereinbarung über die Luftflotte. Englands Einverständnis und dauerndes Einvernehmen mit Paneuropa wäre durch diesen Preis nicht zu teuer bezahlt.

Durch den Bau eines Tunnels unter der Straße von Gibraltar könnte andererseits Paneuropa von den Seemächten unabhängig werden. Denn nur auf diesem Wege wäre dessen Landverbindung mit seinem Kolonialreich und Rohstoffreservoir (Marokko — Tripolis — Angola, ca. 14 Millionen km) dauernd gesichert.

Dem Schiedsgerichtsvertrage Paneuropas mit England könnte ein solcher mit Amerika folgen, ebenso mit Ostasien und mit Rußland — sobald dessen innere Zustände die Einhaltung geschlossener Verträge verbürgen.

Eine Föderation zwischen einem sowjetistischen Rußland und einem demokratischen Europa ist praktisch unmöglich. Europas Stel-

lung einem gärenden Rußland gegenüber muß defensiv sein. Nach dem Zusammenbruch des Schutzwalles, den die zentraleuropäischen Kaiserreiche gegen eine russische Invasion Europas bildeten — könnte nur ein intereuropäischer Bündnis- und Garantievertrag die neue Ostgrenze sichern.

Dennoch muß auch die russische Politik Paneuropas pazifistisch sein. Um dauernde Konflikte zu vermeiden, müßte die Grenze einvernehmlich gezogen und den baltischen Staaten gestattet werden, nach Ablauf eines Jahrzehntes durch Volksabstimmung zu entscheiden, ob sie bei der europäischen Föderation bleiben — oder ob sie in die russische eintreten wollen.

Paneuropa soll Etappe sein auf dem Wege vom Nationalstaat zum Weltbunde, von der Weltanarchie zum Weltfrieden. Mit seinen dreihundert Millionen Europäern wäre Paneuropa stark genug zur Abwehr jedes Angriffes — aber durch seine Vielsprachigkeit dennoch unfähig zu imperialistischer Offensivpolitik. —

5. **Paneuropäische Union.**

Die „Paneuropäische Union", deren Gründung bevorsteht,*) will alle föderativen Tendenzen in Europa zusammenfassen; sie wird versuchen, die öffentliche Meinung Europas für dessen Einigung zu mobilisieren und Regierungen und Parteien zu zwingen, zur Europäischen Frage Stellung zu nehmen.

Setzen die Regierungen Europas ihre ideenarme Politik der internationalen Anarchie fort — so wird die paneuropäische Agitation an die Opposition apellieren. Zu Trägern des paneuropäischen Gedankens sind die bürgerlichen Parteien berufen, soweit sie nicht chauvinistisch — und die sozialistischen Parteien, soweit sie nicht kommunistisch sind. Denn, während das außenpolitische Ziel der Chauvinisten die Hegemonie ihrer eigenen Nation ist — das außenpolitische Ziel der Kommunisten der Anschluß an Sovjetrußland — fehlt den bürgerlichen und sozialistischen Demokraten Europas ein positives politisches Außenprogramm. Dieser Mangel hat die Werbekraft der Demokraten seit ihrer Enttäuschung durch den Völkerbund — und der Sozialisten seit ihrem Bruch mit dem Kommunismus gelähmt. Das Paneuropäische Programm ist berufen, diese politische Lücke zu füllen und durch seinen konkreten, allgemeinfaßlichen Gehalt jenen passiven Parteien der Mitte neues, aktives Leben einzuflößen.

*) Schriftliche Voranmeldungen nimmt entgegen: Dr. R. N. Coudenhove-Kalergi, Wien I, Schmerlingplatz 8.

Weigern sich diese Parteien, zur europäischen Frage Stellung zu nehmen — so wird gegen sie in allen Ländern unseres Erdteiles eine neue europäische Partei entstehen. Diese wird jeden Europäer zwingen, für oder gegen Europa Stellung zu nehmen. Durch ihr einheitliches Ziel, das real und ideal zugleich ist, wird die paneuropäische Partei stärker sein als alle untereinander hadernden Nationalismen. Der Druck der gemeinsamen Not wird sich als stärker erweisen wie der gegenseitige Haß und die europäische Leidensgemeinschaft in eine Arbeitsgemeinschaft wandeln.

Einmal aufgerollt, wird die Europäische Frage aus der öffentlichen Diskussion nicht mehr verschwinden: bis entweder Europa sich zu einer Weltmacht zusammenschließt — oder als Opfer der amerikanischen Konkurrenz und der russischen Politik zugrundegeht. —

Jungpazifismus

Von Dr. Kurt Hiller, Berlin.

I.

Es läßt sich länger nicht verheimlichen, daß innerhalb der pazifistischen Bewegung einiger Länder, so Deutschlands, seit dem Kriege eine wesentliche Wandlung geschah. Wesenswandel vollzieht sich an allen geistigen Bewegungen, und in allen ist er allemal ein Zeichen von Lebenskraft. Nun wird in den schönen Künsten jede kleinste Evolution mit ihren sämtlichen Phasen und Phäschen, Phrasen und Phräschen von der Öffentlichkeit aufs genaueste verfolgt; nach der Entwicklung und dem inneren Wandel der Friedensbewegung — bei welcher es ja nicht um zartsinnig komplizierte Musenprobleme, sondern um so grobe und primitive Sachen wie Leben und Tod von Menschen, Völkern, Kulturen geht — kräht in den Gazetten kein Hahn. Darum haben es in der Friedensbewegung die konservativen Typen, die Verfechter des Alten, die Matadoren der akademischen Tradition leichter als in andern Bewegungen, viel leichter zum Beispiel als in der Malerei und der Litteratur, das Neue zu betrachten und zu behandeln, als existierte es nicht, oder es mit der lächelnden Geste des Hochmuts als unernst abzutun. Der impressionistische Künstler von Rang wird den Expressionismus (ich lobsinge nicht! ich vergleiche) vielleicht schelten und hassen, aber er wird ihm den Charakter ernsthafter Kunst nicht absprechen; der Gesalbte der Friedensbewegung streitet den Ideen des Jungpazifismus die Eigenschaft ernsthafter Politik ab.

Das Korrektiv der öffentlichen Meinung fehlt hier eben.

Uns Jungen ist diese Haltung der Alten Hekuba; wir wissen, der Sieg wird unser sein; er ist es in beträchtlichem Grade schon heute; und wir bedauern nur, daß bewährte Hirne einer Einsicht offenbar für immer verschlossen bleiben sollen, die unsere erfahrungsärmeren sich schließlich errungen haben. An der Erkenntnis, daß wir mit unserm Denken im geschichtsphilosophischen Sinne die Weiteren, jene die Zurückgebliebenen sind, kann uns kein Hohn irre machen, schon deshalb nicht, weil wir ständig erleben, wie wenig unser Jungsein eine pedantische Geburtsscheinangelegenheit ist, wie sehr wir es vielmehr teilen mit etlichen, die im fünften, im sechsten, gar im siebenten Jahrzehnt ihres Lebens stehen, — und wie greisenhaft manche Grünlinge sind. Wir, in der heiteren Sicherheit unseres Wissens und Wollens, wünschen die Zielgleichen und bloß Wegesverschiedenen, bloß Rhythmusverschiedenen grundsätzlich nicht zu bekämpfen, sondern zu überzeugen, und wir kämpfen nur, wo man uns dazu zwingt. Nichts liegt uns ferner als der Wille zur Spaltung der Bewegung — schon weil wir sehen, wie stark und geschlossen die Reaktion dasteht, und weil wir ihr den Triumph nicht gönnen, den sie sehr billig hat, wenn die vielen Schattierungen der Vorwärts- und Aufwärtspartei, wenn die vielen linken Nuancen einander immer wieder in die Haare fahren. Natürlich ist es eine Streitfrage, wo der äußerste rechte Flügel der großen Linken aufhört und der linke Flügel der Reaktion beginnt; wir sind geneigt, jeden, der bewußt gegen den Krieg arbeitet, selbst wenn seine Denkangst tausend Klauseln macht, zur Linken zu zählen. Wir fühlen uns dem klassischen Pazifismus durchaus verpflichtet, wir wissen uns auf seinen Schultern stehend; wir finden freilich einen Unterschied zwischen der Lehre der großen Stifter (Penn, 1692; St. Pierre, 1713; Kant, 1795) und dem Pazifismus der Großmeister des Berner Büros (1923) nicht heraus. Vielmehr: überall dort, wo wir Unterschiede sichten, erscheinen uns die Stifter als die Vorgeschritteneren. So, wenn William Penn noch die Türken (Ungläubige!) und die Russen in den Staatenbund aufgenommen sehen möchte, während heute gewisse Professoren des Pazifismus, im Staube vor der Götzin Demokratie, das unter diesem Gesichtspunkt allerdings höchst ungläubige Rußland nicht eher in den Völkerbund hineinlassen wollen, als bis es sich eine demokratische Verfassung zugelegt hat. Oder: wenn Kant ausspricht, „daß zum Töten, oder getötet zu werden in Sold genommen zu sein, einen Gebrauch von Menschen als bloßen Maschinen und Werkzeugen in der Hand eines Andern (des Staats) zu enthalten scheint, der sich nicht wohl mit dem Rechte der Menschheit in unserer eigenen Person vereinigen läßt", während die Epigonen sogar die Wehr-Pflicht diskutieren oder gar akzeptieren, das heißt ein System, bei dem der Mensch nicht mit, sondern entgegen seinem Willen Maschine und Werkzeug in der Hand des Staates wird; bei dem er sich nicht gegen Geld dazu hergibt, zu töten und getötet zu werden, sondern ohne Entgelt zum Töten und Sichtötenlassen genötigt wird; bei dem also das Recht der Menschheit in der eigenen Person noch viel brutaler und schamloser niedergetreten wird als in dem Falle, auf den Kant abzielt. Der Juristen- und Senatorenpazifismus von 1923 ist nicht nur nicht weiter — er ist erheblich zurück hinter dem Pazifismus der Philosophen von 1692—1795, auf dem er doch fußt. Das hindert nicht, daß es verdienstvoll, höchst verdienstvoll war, die edlen alten Ideen der Stifter aus dem Schutt der Geschichte aufzunehmen und in neuer Fassung neu leuchten zu lassen. Wir wissen dafür unsern Geronten Dank. Aber sie sollten auch uns ein wenig dankbar sein. Denn eine alte gediegene Bewegung darf, meine ich, nicht darauf Wert legen, in ihrem Komment zu erstarren, vielmehr muß sie sich freuen, wenn sich das Gesetz der lebendigen Entwicklung an ihr erfüllt. Anders wäre sie ja dem Einschlafen, dem Absterben ausgesetzt. Auch sollte eine Propaganda, die das Fiasko erlitten hat, das die alte pazifistische nach mehr als zweihundertjährigem Betriebe 1914 erlitt, bescheiden hinhören und froh sein, wenn neue Leute ihr neue Methoden empfehlen. Oder wird geleugnet, daß den alten die Wirkung versagt blieb? Niemandem ziemt weniger Dünkel, als den beiden Verkrachten von 1914: der internationalen Sozialdemokratie und der internationalen nur „wissenschaftlichen", nur „organisatorischen" Friedensbewegung. Beide werden sich erneuern oder untergehen. Erneuern sie sich, werden sie blühen und Früchte tragen.

II.

Nach diesen ziemlich allgemeinen Bemerkungen über Alt und Jung ist es vielleicht nützlich, einmal klipp und knapp auszusprechen, in welchen Punkten Altpazifismus und Jungpazifismus identisch sind, und in welchen sie sich unterscheiden. Es wird sich dabei herausstellen, daß die jüngere Schule der älteren weniger opponiert als sie komplettiert; daß sie den überlieferten Pazifis-

mus weiterführt, seinen guten alten Thesen einige neue gute Thesen hinzufügt, sein Lehrgebäude aufstockt, wohl auch seine Fundamente festigt. Es sind, alles in allem, eher Unterschiede als Gegensätze. Auch Gegensätze sind da; aber sie entstehen meist erst dort, wo die Träger der Tradition die Position des Neuen (das an sich meist nicht polemisch ist) in orthdoxem Starrsinn negieren.

Identisch sind beide Schulen in folgenden drei Punkten:

1) Beider Ziel ist: den Krieg aus der Welt zu schaffen. Und zwar erachten sie beide dieses Ziel als das oberste politische Ziel; es geht in der Rangordnung der Ziele beispielsweise dem Ziel ökonomischer Gerechtigkeit voran. (Ob auch in der Zeitordnung der Ziele, ist eine andre Frage.)

2) Beide sehen als Gewähr und Instrument des dauernden Völkerfriedens eine überstaatliche Rechtsorganisation an („Völkerbund", „Erdstaat", „Weltkommune", „Menschheitsföderation"), welche die Macht hat, die Befolgung ihrer Normen und Sprüche zu erzwingen. (Mit was für Mitteln, bleibt strittig.)

3) Beide erkennen, daß mit mechanischem Organisieren nichts oder wenig gewonnen ist; daß die Organisation, um Organismus zu werden, mit bestimmtem Geiste durchseelt sein muß; daß das Problem der Befriedung des Erdballs daher wesentlich ein Problem der Erziehung ist.

Unterschieden sind beide Schulen in folgenden drei Punkten:

1) Sozialer Subjektivismus. — Wir Jungen stabilieren als vornehmstes aller subjektiven Rechte im Staate das Recht jedes Einzelnen, frei über sein Leben zu verfügen: das Recht auf Leben. Dies rätselhafte Sein auf dem Wundersterne ist zu kurz und zu schön, als daß wir irgend einer irdischen Macht die Befugnis einräumen könnten, die der Unerforschliche sich von Anbeginn gewahrt hat: es uns zu nehmen. Die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens — nicht als Realität und Faktum leider, doch als Idee, als Forderung — ist uns die Grundlage unseres kritisch-politischen Denkens überhaupt, also auch unseres Pazifismus. Wir wollen nicht sterben, folglich nicht töten. Wir verwerfen daher die Wehrpflicht (auf deutsch: den Zwang, zu töten und sich töten zu lassen), und wir lehnen die prinzipielle Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg prinzipiell ab. Wir leugnen die Pflicht zu individueller Notwehr, anerkennen das Recht auf individuelle Notwehr im Falle einer Bedrohung von Leib und Leben, mithin im analogen Falle an sich auch das Recht des Kollektivums auf kollektive Notwehr, bestreiten aber auf das allerentschiedenste, daß — zumindest innerhalb des Kreises der zivilisierten Nationen — der sogenannte reine Verteidigungskrieg echte Notwehr sei, da ja das angreifende Volk dem angegriffenen nicht das Leben, weder individuell noch kollektiv, sondern einen Teil seines Besitzes oder sonstige Sachvorteile fortnehmen will, — ganz abgesehen davon, daß der reine Verteidigungskrieg in neuerer Zeit tatsächlich kaum vorkommt, vielmehr jeder Angriffskrieg und Präventivkrieg von den Kriegsmachern dem eigenen Volke und den Neutralen gegenüber als Verteidigungskrieg ausgegeben, richtiger, ausgelogen worden ist. Der einmal entbrannte Krieg, einerlei welchen Ursprungs, ist freilich immer und allerseits Verteidigungskrieg; denn dann, wie Bertrand Russell treffend bemerkt, „steht jeder einzelne Bürger vor der Tatsache, daß sein Land einer feindlichen Invasion nur durch siegreiche Schlachten entgehen kann"; und er ist sogar echte Notwehr, insofern der Feind ja im Kriege das Leben bedroht, und nicht bloß des Soldaten, sondern auch der Zivilbevölkerung; indes wie der erwähnte Sozialdenker (vielleicht der klarste und heiter-tapferste der Zeit) fortfährt: „Solange man dieses Recht zur Selbstverteidigung ohne weiteres zugibt, kann man kein wirksames Argument gegen den Krieg aufstellen". Wir leugnen dieses Recht — aus Gründen eines höheren, eines subjektiven, eines kosmischen Rechtes.

Die alte Schule geht dagegen von einer objektiven Idee des Rechts aus, die uns formal unanfechtbar, aber eben, weil bloß formal, leer erscheint. Sie findet daher nicht die Kraft, zur Wehrpflicht Nein zu sagen, oder jedenfalls nicht die zwingende, schlüssige Begründung dafür. Und sie macht jene schwächliche Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg, die dem Kampf gegen den Krieg jede Spitze abbricht, an die Stelle eines kristallenen „Ja, ja, nein, nein" ein schlammiges „Ja, aber" setzt und die Friedensbewegung dem Gelächter der Temperamente zur Rechten und Linken preisgibt.

2) Sozialer Aktivismus. — Wir Jungen wollen uns nicht damit begnügen, zu predigen, zu lehren, zu bekehren, immer wieder das

*) Bertrand Russell: „Politische Ideale", übersetzt und eingeleitet von E. J. Gumbel, Vorwort von Albert Einstein. Berlin 1922, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte.

Moral-Sprüchlein von der Versöhnlichkeit und der Vernunft, immer wieder das Juristensprüchlein vom Völkerrecht und Völkerbunde herzubeten und im übrigen geduldig abzuwarten, bis die demokratische Entwicklung geruhen wird, so weit zu sein, daß unsere Idee Realität und der Friede Dauer hat; nein, dieses Warten auf die Evolution, so sehr wir ihr letzten Endes vertrauen, so sehr wir sie zu fördern, zu stacheln, zu beschleunigen bemüht sind, widerstrebt uns; solcherart Passivität geht uns gegen alle Instinkte; wir wollen selber in das Geschehen mit unsern schwachen Kräften — die stark werden, wenn sie sich kumulieren — regelnd eingreifen; wir wollen den nächsten Krieg, der auszubrechen droht, durch direkte Aktion verhindern! Wir glauben aber, daß es kein wirksameres Mittel gibt, einen Krieg zu verhindern, als die Weigerung der zum Opfer Bestimmten, ihn zu führen. Deshalb propagieren wir den organisierten Aufstand gegen den Krieg, die Rebellion der Völker gegen die Staaten: den Generalstreik gegen den Krieg und die individuelle Kriegsdienstverweigerung. Wir begrüßen (obschon nicht ohne Skepsis) die in diese Kerbe schlagenden Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes — und gehen über sie hinaus. Wir weisen die evolutionären Methoden des alten Pazifismus nicht von der Hand; im Gegenteil, wir bedienen uns ihrer und würden den Verzicht auf sie für eine Schwächung unserer Sache halten; aber wir ergänzen diese Methoden durch revolutionäre. Es geht nicht an, aus lauter Demokratie die Kriegsfurie rasen zu lassen, bis die Mehrheit der Bevölkerung von Böotien, dargestellt durch die Mehrheit des Parlaments von Böotien, den Segen des Friedens glücklich erfaßt hat. Wenn . . . . die Stunde des nationalen Befreiungskrieges für Deutschland schlagen wird, werden wir unter die Massen gehen und ihnen sagen: „Der Freiheitskrieg des deutschen Volkes ist das schändlichste Verbrechen am deutschen Volke" — allen Nationalisten, Nationalsozialisten und Nationaldemokraten zum Trotz. Das kriegerische Zeitalter auf diesem Planeten muß morgen beendet werden, kraft unsres Willens, kraft unsrer Aktivität; die (nur scheinbar ewige) historische Kette der Massengemetzel muß morgen zerschnitten werden. Dies Muß hört auf, utopische Phantasie zu sein, sobald eine halbwegs beträchtliche Minderheit der Nation und in den Nationen das Gleiche will wie wir, und es gleich heiß, gleich zäh will.

Die alte Schule lehnt einen Aktivismus solcher Art als Vaterlandslosigkeit, als Versündigung am Geist demokratischer Disziplin, als Mangel an geschichtlichem Sinn, als Phantasterei, als Sektirertum ab.

3) Sozialer Radikalismus. — Wir Jungen wissen, daß eine der stärksten Wurzeln des modernen Krieges das kapitalistische Wirtschaftssystem ist; daß die Beseitigung dieses Systems den dauernden Völkerfrieden daher zwar nicht ohne weiteres gewährleisten, wohl aber ihn verwahrscheinlichen würde. Wir glauben, daß innerhalb einer kapitalistisch geordneten Welt die Idee des Pazifismus irrealisierbar bleibt. Aus diesem Grunde, das heißt: um das auszurottende Übel an einer seiner Hauptwurzeln zu treffen, arbeiten wir prinzipiell für die Durchsetzung jener ökonomisch-politischen Forderungen, die man sozialistische zu nennen sich gewöhnt hat. Wir sind Sozialisten aus Pazifismus (soweit wir es nicht schon . . aus Sozialismus sind). Wir halten einen erfüllten Welt-Sozialismus für die Vorbedingung der Erfüllung des Welt-Pazifismus. (Davon, daß ohne ernste Unterstützung durch die sozialistisch wollenden Massen die Friedensbewegung einpacken kann, zu schweigen).

Die alte Schule stützt, und zwar in der Mehrzahl der Fälle bewußt und geflissentlich die kapitalistische Wirtschaftsunzucht.

III.

Ist dies, in großen Zügen, das Wesen des Jungpazifismus und hat sich dessen Denkart in einigen Ländern, so in Deutschland (und England), letzthin derart durchgesetzt, daß sie nicht nur als keine Außenseiterei mehr, sondern geradezu als herrschende Richtung — trotz, nach wie vor, breit-repräsentativem Regieren der in die Minderheit gedrängten Dalai- und mittleren Lamas — angesprochen werden muß, so verlieren die Marxisten beider Internationalen das Recht, von dem sie in Artikeln und auf Kongressen bis in die jüngste Vergangenheit reichlich Gebrauch gemacht haben: die Friedensbewegung generell, wie eine einheitliche Angelegenheit, als „bürgerlichen" Pazifismus zu etikettieren und zu bemitleiden. Eine Bewegung ist im Marxischen Sinne nicht bürgerlich, die zum Kapitalismus Nein sagt; eine Bewegung ist im menschlichen Sinne nicht bürgerlich, die es als ihre vornehmste Pflicht erachtet, den Bürger (in einem bestimmten wichtigen Falle) zum Ungehorsam gegen das Staatsgesetz aufzurufen.

Der Weg des Pazifismus.

Von Professor Dr. Walther Schücking, M. d. R.
Mitglied des Ständigen Schiedshofes im Haag.

Eine der seltsamsten Erscheinungen des Weltkrieges war die ungeheuerliche Überspannung des Staatsgedankens. Es wäre unzweifelhaft völlig verfehlt, wollte man etwa die annektionistischen Bestrebungen von damals lediglich auf kapitalistische Tendenzen zurückführen. Gewiß, die Stinnes und Genossen hatten ein starkes pekuniäres Interesse an der Erwerbung der Erzgruben Brié und Longwy, von denen plötzlich entdeckt wurde, daß sie eine „Lebensnotwendigkeit" für das deutsche Volk seien. Aber es gab so manchen alldeutschen Oberlehrer, der gerne gewillt war, seinen einzigen Sohn dafür hinzugeben, daß in Belgien oder sonst irgendwo in der Welt, wo uns niemand haben wollte, die deutsche Flagge wehte. Für die Ausdehnung des staatlichen Machtbereiches schien kein Opfer zu groß, ganz unabhängig davon, welch ein Vorteil dem Einzelnen daraus erwachsen konnte. Für eine solche Anschauung hatten die Jahrzehnte vor dem Kriege in den deutschen Gemütern, durch die Pflege eines spezifisch preußischen Staatsideales die Grundlage gelegt, in dem der Staat alles und das Individuum nichts war. Der unheilvolle Bruch, den das Preußentum mit den besten Traditionen deutschen Geisteslebens gebracht hat, läßt sich auf keinem Gebiete exakter nachweisen, wie hier. Denn wer die Literatur der deutschen Staatslehre kennt, der weiß, daß das ganze Geschlecht der stark politisch und rechtsphilosophisch orientierten Staatsrechtslehrer, die vor 1870 geblüht haben, ein germanisches und ein antikes Staatsideal einander gegenüberzustellen pflegte und den Gegensatz darin fand, daß der antike Staatsgedanke vom Staate als Ganzem, der germanische vom Individuum ausgehe. In einer Stufenfolge von Genossenschaften gibt hier der Einzelne oder die engere Genossenschaft von der natürlichen Freiheit nur soviel zugunsten der höheren Organisation auf, wie für deren Leben unbedingt notwendig ist. Dabei hat sich aber die Genossenschaft zu richten nach dem Lebensziele der Individuen, die höhere Genossen-Zschaft nach den Zwecken ihrer unteren Stufen und der ganze Stufenbau ist nicht Selbstzweck, sondern nur aus der Erkenntnis geboren, daß gewisse Zwecke nur durch den Zusammenschluß erreicht werden können. Lediglich die Unwissenheit kann immer wieder behaupten, daß die Grundgedanken demokratischer Verfassungsformen undeutsch seien, denn wer den eben skizzierten deutschen Staatsgedanken kennt, muß sich sagen, daß hier eben der Staat planmäßig von unten aufgebaut wird. Von dem spezifisch preußischen Staatsgedanken, dem das Individuum nichts und der Staat alles ist, hat Lammasch aber mit Recht konstatiert, daß er nichts weiter sei, wie die Wiederbelebung des antiken Staatsgedankens, den Hegel auf ein schwarz-weiß angestrichenes Piedestal gestellt habe. Man trug während des Krieges keine Bedenken, aus diesem Staatsgedanken die letzten Konsequenzen zu ziehen. Man sprach leichthin von einigen hunderttausend Mann, die bei dieser oder jener Frühjahrsoffensive noch geopfert werden müßten, um den „Hindenburg-Frieden" zu erreichen, man schämte sich nicht, angesichts der täglich zunehmenden Hungersnot, es als selbstverständlich zu bezeichnen, daß ein Staat in solcher Situation auch die Kranken, die Schwachen und Alten zu Grunde gehen lassen müsse. So wurden zwei Millionen Menschenleben für den Staat geopfert, und die Gesundheit von Millionen Anderer für den Rest ihres Lebens untergraben. Und das durch mühsame Arbeit von Generationen angesammelte Vermögen wurde im wahrsten Sinne des Wortes „verpulvert"!

Aber die Folgen sind nicht ausgeblieben: Sie zeigen sich in einer Krise des Staatsgedankens, wie ihn die neuzeitlichen Jahrhunderte noch nicht erlebt haben. Während alle reaktionären Kreise glaubten, durch das „Stahlbad" des Krieges, den Staatsgedanken besonders kräftigen zu können, hat dieses Schlammbad in erster Linie die Kraft des Staatsgedankens auf das Schwerste erschüttert. Das gesunde Denken des Volkes ist in einem Maße zu dem Ich zurückgekehrt, das manchmal ganz erschreckend ist. Die allgemeine Not der Zeit und die revolutionären Umwälzungen, die bei uns die historischen Autoritäten hinweggespült haben, haben natürlich wesentlich dazu beigetragen, diese Tendenz zu verstärken. Ich habe Leute aus den höchsten Schichten der Gesellschaft anläßlich des Reichsnotopfers ernstlich darüber sprechen hören, daß man das gute Recht hätte, sein Vermögen heimlich in das Ausland zu bringen, weil der Staat, berufen, das Vermögen seiner Bürger zu schützen, seine natürlichen Befugnisse überschreite, wenn er ihnen dieses Vermögen entreißen wolle. Während der alte Staat bei uns Organisationen der Beamten unterdrückte oder ignorierte, wird uns jetzt im Parlament einfach mitgeteilt, auf welche Fixierung der Gehälter die Regierung sich mit sogenannten Spitzenorganisationen geeinigt habe und un-

sere Bewilligung der erforderlichen Summen hat dann nur noch eine ganz formale Bedeutung! Die radikale Art und Weise, wie die Gewerkschaften die Willensbildung im Staate von sich aus zu beeinflussen suchen, kann nur verglichen werden mit dem politischen Kampf, den auf der Höhe des Mittelalters in den deutschen Städten die Zünfte und Innungen gegen das aristokratische Regime der Geschlechter geführt, bei dem sie es in der Mehrzahl der Fälle durchgesetzt haben, sogar einen formalen Anteil an der obrigkeitlichen Gewalt zu erhalten, soweit ihnen diese nicht vollständig in den Schoß fiel. Heute freilich gibt es bei uns gegenüber solchen Aspirationen das große Gegengewicht der kapitalischen Trusts und Syndikate, die in ihren Ansprüchen auf die Beherrschung des Staates sicherlich nicht zurückhaltender und bescheidener sind, wie die Gewerkschaften. Wer trotz aller Sünden und Irrtümer der Vergangenheit in dem Staatsgedanken eine der wertvollsten menschlichen Kulturideen sieht, kann nur mit schwerer Sorge solchen Erscheinungen zuschauen.

Erklärlicher Weise hat diese Krisis des Staatsgedankens nun auch die pazifistischen Kreise ergriffen. Sie hat sich hier ausgewachsen zu einer vollständigen Krisis des Rechtsgedankens, wenigstens soweit dabei von positiver Rechts -und Verfassungsordnung die Rede ist. Der deutsche Pazifismus vor dem Weltkrieg wollte den Frieden durch das Recht und dabei dachte er an die Aufrichtung einer internationalen Rechtsordnung, die den Rechtsfrieden schützen und garantieren soll. Träger dieser Rechtsordnung könnten nur die Staaten sein. Das pazifistische Problem lag also in der Aufgabe, eine genossenschaftliche Organisation der Kulturstaaten zu schaffen. Ich habe deshalb seiner Zeit für diese Richtung das Wort vom „organisatorischen Pazifismus" geprägt. Zu Beginn des Krieges wiesen die Chauvinisten höhnisch daraufhin, was denn nun der Pazifismus erreicht habe. Darauf haben wir geantwortet mit dem trefflichen Vergleich unseres verstorbenen Freundes Umfrid: „wie der Sterbende es wagen dürfe, den Arzt zu beschimpfen, dessen Ratschläge er niemals befolgt habe". Aber eins haben wir während des Krieges niemals für möglich gehalten, daß nach dem Kriege eine Richtung im Kreise unserer Gesinnungsgenossen uns denselben Vorwurf machen und behaupten könne, der von uns vertretene Pazifismus habe versagt. Versagen können immer nur bestehende Institutionen und nicht Ideen, für die erst ein kleines Fähnlein von Menschen gewonnen ist und die weit vor ihrer Verwirklichung stehen. Im Gegenteil, wenn der organisatorische Pazifismus auch den Weltkrieg aus den dargelegten Gründen nicht hat verhindern können, so hat ihm der Abschluß des Krieges durch die Aufrichtung des Völkerbundes einen Triumph gebracht, wie ihn auch die klügsten Pazifisten vor der Katastrophe für eine absehbare Zukunft sich nicht hätten träumen lassen. Zwar sieht dieser Völkerbund wie ein Januskopf nach zwei Seiten. Er will einerseits imperialistischen und kapitalistischen Tendenzen dienen, indem er Machtverhältnisse, wie sie sich bei Ausgang des Weltkrieges darstellten, verfassungsgemäß zu verankern sucht. Aber andererseits ist er geboren aus dem Schrei nach dem Solidarismus und verfassungsgemäß bestimmt, dem Rechtsgedanken zu dienen. Selbst wenn die Fixierung seiner internationalen Ziele nur eine große Heuchelei wäre, würde auch hier das treffliche Wort von Voltaire zu gelten haben, daß die Heuchelei immer schon eine Konzession an die Tugend sei. Selbst diejenigen Kreise in Deutschland, die glauben, den Pariser Völkerbund wegen seiner inneren Unaufrichtigkeit und seiner Mängel ganz ablehnen zu sollen, wagen heute nicht mehr, den Völkerbundsgedanken zu negieren, für den sie früher nur Hohn und Spott gehabt haben. Jene pazifistische Richtung, die den Frieden durch Recht sichern wollte, hat weiter den großen Triumph erlebt, daß die Millionen von deutschen Sozialisten, die es früher ablehnten, in dieser Richtung mit dem bürgerlichen Pazifismus zusammen zu arbeiten, weil sie das Heil ganz allein von der Verwirklichung des sozialistischen Gedankens erwarteten, heute die umgekehrte Haltung einnehmen und auf der ganzen Linie zu eifriger Mitarbeit bereit sind. So spricht alles dafür, auch innerhalb des Pazifismus auf dem bewährten Wege weiter zu arbeiten. Wer sich wissenschaftlich mit der Geschichte des Pazifismus beschäftigt hat, — und ein gewisses Maß solcher historischen Studien wäre für jeden Pazifisten wünschenswert —, der weiß, daß es dem Pazifismus erst in mühsamer Arbeit von Generationen gelungen ist, zu einer juristisch - organisatorischen Betrachtung der Dinge vorzudringen. In seinem ersten Stadium war der Pazifismus ein Produkt ethisch-religiöser Stimmung und es dauerte lange Zeit, bis die Politiker sich dieser Probleme annahmen und zuerst in den Vereinigten Staaten und dann in England unter dem Zeichen des Schiedsgerichtspostulats darüber in den Parlamenten zu verhandeln begannen. In einem dritten Stadium begriff man, daß auch mit

der bloßen Verwirklichung der Forderung von Schiedsgerichten die pazifistischen Träume sich nicht erfüllen können, sondern, daß der anarchische Zustand der Staatenwelt durch eine überstaatliche Organisation, wenn auch zunächst nur staatenbündischer Art, mit internationaler Besitzgarantie, gesicherter Zwangsvollstreckung usw. abgelöst werden müsse. Gerade Männer, deren Namen jeder von uns wegen der Bedeutung ihres Lebenswerkes für unsere Sache nur mit einer gewissen Ehrfurcht nennt, wie z. B. der Begründer dieser Zeitschrift, A. H. Fried, haben diese letzte Entwicklung des Pazifismus vor dem Weltkrieg begeistert begrüßt und haben ihr bestes getan um die Brücke zu schlagen vom Pazifismus zum Völkerrecht. Unser verstorbener Freund Fried konnte sich gelegentlich recht geringschätzig und vielleicht zu geringschätzig äußern über eine pazifistische Richtung, die sich nicht anders zu betätigen wußte, wie in der Deklamation gefühlvoller Gedichte, obgleich es ihm selber wahrlich nicht an Herzenswärme gefehlt. Solche Erwägungen werden meines Erachtens nur verstärkt durch eine kritische Betrachtung desjenigen, was denn eine jüngere Richtung an die Stelle des organisatorischen Pazifismus, der angeblich versagt hat, setzen will. Das Recht auf das eigene Leben ist das entscheidende Postulat, durch dessen Anerkennung man glaubt, der Welt den Frieden geben zu können. Meines Erachtens ist diese naturrechtliche Doktrin von dem Recht auf das eigene Leben nur zu erklären aus der verbrecherischen Art und Weise, wie die Regierungen während des Weltkrieges die Menschenleben für angeblich staatliche Zwecke geopfert haben. Aber ebenso falsch, wie eine Staatstheorie ist, die in mystischer Weise dem Staat ein reales Dasein als Persönlichkeit zuschreibt, das für seine Wachstums- und Ausdehnungsbedürfnisse unter Umständen Millionen von Induviduen verschlingt und so „mit der Tücke der Idee", wie Hegel es nennen würde, das Zweckverhältnis zwischen Staat und Individuen einfach umgekehrt, ebenso so abwegig ist meines Erachtens eine Anschauung, die dem Staate verbieten möchte, in Fällen der höchsten Not das Leben seiner Bürger für die Gesamtheit einzusetzen. Wenn man aus der Tatsache, daß der Staat eine auf menschliche „Willensverhältnisse" beruhende Organisation der Individuen ist, um deren Leben und Eigentum zu schützen, schon die radikale Forderung ableiten wollte, daß unter keinen Umständen der Staat über das Leben seiner Bürger verfügen könnte, so müßte man dieselbe Konsequenz auf das Eigentum erstrecken und käme dann eben zu dem unhaltbaren Standpunkt zu Gunsten der Steuerdefraudanten. Wie sagte doch im Zeitalter des Notopfers ein Kapitalist so nachdenklich: „Geld allein macht nicht glücklich, man muß es auch in der Schweiz haben". Das unbedingte Recht auf das eigene Leben ist ein Standpunkt von grenzenlosem Egoismus. Diesen Standpunkt muß eine ethische Betrachtungsweise der Dinge die Pflicht zum Opfer entgegensetzen. „Eine größere Liebe kennt niemand, als daß jemand sein Leben hingibt für seine Brüder" wie ein schönes Bibelwort sagt. Nur eine gefühllose Betrachtung des Staates als eines juristischen Mechanismus kann sich m. E. auf jene Plattform stellen von dem unbedingten Recht des Staatsbürgers auf die Erhaltung seines eigenen Lebens. Wer in dem Staat die lebendige Genossenschaft sieht, in der wir alle auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind, der wird eine sittliche Pflicht anerkennen für das Individuum sich im Falle der Not auch für seine Staatsgenossen zu opfern. Und wer als Demokrat gesonnen ist, das Zusammenleben im Staate abzustimmen auf ein inniges, ethisches Verhältnis der Staatsbürger zueinander, der wird kein Bedenken tragen, aus der natürlichen sittlichen Pflicht zum Opfer des Lebens auch eine rechtliche Pflicht für die Staatsbürger zu machen. Andere Gesichtspunkte treten hinzu; und das ist die sittliche Pflicht zum Kampf ums Recht, die Rudolf von Jhering unserm Volke so trefflich dargelegt hat:

„Laß die Gerechtigkeit nicht sterben, Herr,
Das Göttlichste, das diesem Stern verliehen".

Zum Wesen des Rechtes gehört, das es gilt! Rechtssätze, über die sich jedermann hinwegsetzt, ohne befürchten zu müssen, daß man ihn zur Verantwortung zieht, wie wir es mit manchen undurchführbaren Vorschriften der Zwangswirtschaft während des Krieges erlebt haben, sind überhaupt nur ein Scheinrecht, aber kein wahres Recht. Auch das Völkerrecht muß gelten. Dazu gehört, daß Rechtsverletzungen verhindert und gesühnt werden. Heute sind die Menschen noch nicht so weit, daß sie sämtlich das Recht nur deshalb respektieren, weil es sich äußerlich als Recht gibt. Dahinter muß der Zwang stehen und für den äußersten Fall wird man körperliche Gewalt nach Außen ebensowenig entbehren können, wie im Innern.*) Wer darauf grundsätzlich

*) Vgl. die ausgezeichnete Broschüre von Magnus Schwantje: „Das Recht zur Gewaltanwendung". Berlin 1922.

verzichten wollte, würde den Rechtsgedanken im Völkerrecht und damit schließlich das ganze Rechtsgebäude preisgeben. Mag der Gedanke des gerechten Verteidigungskrieges in der Geschichte tausendmal Mißbrauch erfahren haben, indem die Regierungen ihre Völker belogen haben, so bleibt dieser Gedanke darum doch theoretisch richtig. Die Aufgabe des Pazifismus besteht also darin, durch Fortbildung der völkerrechtlichen Normen das höchste denkbare Maß von Garantien dafür zu gewinnen, daß, wenn in Zukunft wirklich noch einmal der Staat seine Bürger zum Kampfe um das Recht auffordern sollte, dann auch wirklich die Macht nur in den Dienst des Rechtes gestellt wird. Diese Garantie ist nur denkbar, wenn die Entscheidung der subjektiven Willkür eines Staates, der gleichzeitig Partei in dem betreffenden Streite ist, entzogen wird. Sie muß in den Händen eines überstaatlichen Organes liegen, dessen Unparteilichkeit von keiner Seite bestritten werden kann. So wird aus dem Krieg, als dem legitimen völkerrechtlichen Prozeß von einst die internationale Execution gegen den Rechtsbrecher, die wir brauchen. Unter Umständen müssen alle dazu mitwirken, denn die Rechtsverletzung jedes Einzelnen ist eine Rechtskränkung, die der Gesamtheit widerfahren ist.

Ein Gesichtspunkt bleibt freilich noch zu erörtern: Wenn der Staat von seinen Bürgern das Opfer ihres Lebens fordert, für den Kampf ums Recht, so fordert er ja nicht von dem Einzelnen, daß er etwa nach dem Vorbild jenes edlen Römers in einen Abgrund springt um sein Volk zu retten, — mit andern Worten, daß er sich selbst töte —, sondern in erster Linie, daß er Andere töte. Kann er auch dieses Opfer verlangen, — oder wird er Gewissensbedenken hier Rechnung tragen müssen? Wenn wirklich alle Garantie dafür gegeben ist, daß die Anwendung der Gewalt mit Einschluß der Tötung wirklich nur als äußerstes Mittel im Kampfe um das Recht verlangt worden ist, so wird die Mehrzahl der Staatsbürger, gerade bei einer ethischen Grundstimmung ebensowenig Bedenken tragen, dem Befehl des Staates zu folgen, wie ein normaldenkender Bewohner eines Einzelgehöftes sittliche Bedenken hat gegen nächtliche Mordbrenner zur Flinte zu greifen. Unter Umständen scheint mir derjenige sittlich höher zu stehen, der gegen alles Widerstreben seines Herzens, seinen Nächsten mit der Waffe verteidigt, wie derjenige, der sich tatenlos dem Unrecht fügt. Ich kann die sittliche Hoheit der Lehre von Jesus Christus „dem Übel nicht zu widerstehen" nur insofern anerkennen, als ich persönlich jedes mir angetane Unrecht dulden kann, aber es lastet auf mir gleichwohl die sittliche Pflicht, das Unrecht zu bekämpfen, das meinen Volksgenossen widerfährt. Hätten wir heute schon alle Garantien dafür, daß der Krieg nur noch um des Rechtes willen geführt werden dürfe, so brauchte man den Kriegsdienstverweigerern m. E. ein sittliches Recht auf Berücksichtigung ihrer Gewissensbedenken durch den Staat nicht zuzusprechen. Auch dann würde es freilich immer noch eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit sein, ob der Staat solchen Stimmungen des Herzens Rechnung tragen soll, oder nicht. Es würde sich dann ja wie gesagt nur um Ausnahmeerscheinungen handeln, und viel militärische Heldentaten wird der Staat von solchen Elementen, deren Gewissensbedenken er ignorieren wollte, ohnehin nicht zu erwarten haben.

So wenig Veranlassung nach dem Gesagten besteht, sich von den Tendenzen des organisatorischen Pazifismus abzukehren und nun plötzlich auf eine ganz andere Karte zu setzen, so notwendig, bleibt darum doch die Mitarbeit all jener anderen Kreise, die mit ihren Ideen erst den Nährboden schaffen, aus dem die internationalen Normen aufsprießen können, die uns den Frieden durch Recht sichern sollen. Hier ist für tausend humanitäre, ethische, religiöse und philosophische Gedankengänge Raum. Hier wird auch immer der Gedanke Beachtung finden müssen, daß der Staat über das Leben seiner Bürger nicht willkürlich und leichtfertig verfügen darf. Ich habe selbst in meinem Buche: „Die völkerrechtliche Lehre des Weltkrieges" (Leipzig, 1918) die ganze diplomatische Vorgeschichte der Katastrophe unter dem Gesichtspunkt dargestellt, wie dort im Dunkel der Kabinette über das Leben von Millionen von unschuldigen Staatsbürgern von heute auf morgen entschieden wurde, während man dem auf frischer Tat ertappten Raubmörder die Garantien eines Monate währenden gerichtlichen Verfahrens gewährt.

Möchte die zu neuem Leben erwachte „Friedenswarte" durch eine erfolgreiche Pflege der gesamten pazifistischen Gedankenwelt dazu beitragen, daß in Zukunft auch die Lenker der Staaten jedem einzelnen Menschenleben den Respekt zollen, den es verdient, ohne daß deshalb der Gedanke der Heiligkeit und Unverbrüchlichkeit des Rechtes preisgegeben wird, für den wir unter Umständen auch sterben wollen.

Weshalb ein „negativer" Pazifismus versagen muß.

Von Norman Angell-London.

Anläßlich der „Nie wieder Krieg"-Kundgebungen in England schrieb ich vor kurzem folgendes:

Es gibt wohl für uns, die wir während vieler Jahre für einen internationalen Frieden gearbeitet haben, keine Erwägung, die uns tiefer kränkt und entmutigt als diese: Alle Leute stimmten mit unseren Ansichten überein (in Friedenszeiten) und doch blieb alles beim Alten. „Jeder ist für den Frieden und zieht dennoch in den Krieg".

Im Ziele sind Militaristen und Pazifisten einig. Der Militarist mit seinem Schrei nach allgemeiner Dienstpflicht, nach mehr Schiffen, mehr Aeroplanen, stärkeren Giftgasen, großen Entschädigungen, Strafverfahren, unabhängigen Reichen glaubt in gewissem Sinne auch ehrlich daran, daß er all dies braucht, um den Frieden aufrechtzuerhalten. Wollte man von diesen 40 Millionen in unserem Lande oder in Frankreich, von den 50 in Japan, oder den 60 in Deutschland jene nehmen, welche zugestehen, daß sie den Krieg wünschen, so würde ihre Zahl nicht genügen, um einen Omnibus mit ihnen zu füllen.

Mit der Parole: „Nie wieder Krieg" geht man der Sache unverkennbar nicht bis auf den Grund. Auch kann die große Bereitwilligkeit, den Schlachtruf anzunehmen, gefährlich sein. Sie schafft die Illusion von Verständigung, wo keine vorhanden ist, von der Annahme der Grundsätze, die in Wirklichkeit nicht angenommen werden. Sie verbirgt den Ausweg.

Wo ist nun dieser Ausweg? Läßt sich einfach darüber berichten?

Ohne Zweifel ist er nicht so wie zwischen jenen, welche unter keiner wie immer gearteten Bedingung in den Krieg ziehen oder körperliche und andere Gewalt anwenden würden.

Wir wissen, daß jene, die unbedingt keinen Widerstand leisten, in einer schwachen Minorität sind. Nur wenige können sich ihre Prinzipien zu eigen machen. (Der Autor dieses Artikels tut es nicht). Die große Mehrzahl jener, die heute „Nie wieder Krieg" schreien, auch nicht. Sie würden dazu gedrängt, auszusagen erklären, daß sie „Nie wieder Krieg" mit Ausnahme jenes meinen, der Unrecht gut zu machen, feindlichen Angriff abzuwehren, Unterdrückung zu beseitigen hat. Doch immer, in jedem großen Kriege, wie schwer es auch der Gegenpartei fallen mag, es von der anderen zu glauben, war die große Menge auf beiden Seiten leidenschaftlich davon überzeugt, nur für diese Dinge zu kämpfen. Der Beweis hierfür ist der heroischen Glückestaumel, in dem auf jeder Seite Tausende für ihre Überzeugung sterben. Menschen sterben nicht zu tausenden in Freude und Begeisterung für etwas, das sie als ein Unrecht ansehen, mag es dies auch noch so sehr in Wirklichkeit sein. Und die jüngste Geschichte Frankreichs, Irlands, Polens zeigt uns, daß es keine Eigentümlichkeit Deutschlands ist, eine falsche Überzeugung mit Leidenschaft für die rechte zu halten.

Da dies nun wirklich so ist, bringt uns der Rat „für den Frieden zu arbeiten, indem wir Stück für Stück die besonderen Streitigkeiten, die einen Krieg hervorrufen könnten, beseitigen", obwohl er ganz vernünftig ist, doch nicht sehr weit. Wir können niemals jene Art von Streitigkeiten, die in der Vergangenheit so oft zu Kriegen geführt haben, verhüten. Sie werden immer wieder als unausweichlicher Teil des Prozesses von Wachstum und Veränderung auftauchen. Es gibt keine „dauernde Abmachung für Europa", denn was für heute gilt, ist morgen schon unbrauchbar. Wir könnten dann ebensogut sagen: Laßt uns ein für allemal festsetzen, welches für England die besten Gesetze sind, bringen wir sie durch und dann lösen wir die gesetzgebende Körperschaft auf, schließen das Haus der Gemeinen (house of commons); jedermann kehre nun zu seiner Beschäftigung zurück, da das Land „dauernde Gesetze" besitzt. Wir wissen, daß dies unmöglich wäre.

Klingt das alles hoffnungslos? Der Weg, den unsere Hoffnung zu betreten hat, wurde uns soeben durch das wahre Wesen des Ausweges offenbart. Wir regeln innerhalb unserer nationalen Grenzen unsere ernsten und tiefgehenden Streitigkeiten — zwischen einander oft schwer befehdenden Interessen, Klassen, Gruppen, Parteien — ohne Krieg, Streitigkeiten, die, wenn sie zwischen Nationen vorfielen „unausweichlich" zum Krieg führen müßten.

Warum gelingt es uns im großen Ganzen (denn Absolutes wird von beiden Seiten gestrichen) in dem einen Falle Erfolge zu erzielen, während wir im anderen so kläglich scheitern?

Wir begnügen uns da mit leichten Erklärungen. Alle geringen Feindseligkeiten erlöschen vor der tiefen, instinktiven, jedem Menschen innewohnenden Feindschaft der nationalen Gesinnung, sagt ein Schriftsteller. „Es ist uns gelungen, uns selbst davon zu überzeugen, daß die Nation etwas ist, das von

der Natur und nicht vom Menschen — von seiner intellektuellen Aktivität, politischen Diskussion, Tradition, Philosophie, Dichtkunst — geschaffen wurde, in das die Menschen durch angeborene Verschiedenheiten weiter voneinander getrennt werden, als durch jene, die ihr Geist hervorbringt."

Nichts ist falscher. Religiöser, politischer und intellektueller Fanatismus mit ihrer Inquisitionen und Religionskriegen, Terrors, Kommunen, Septembermetzeleien und Bartholomäusnacht, geboren aus Streitigkeiten, die einer anderen Beweisführung, einer verschiedenen Auslegung des Bibeltextes entstammten, haben weit tieferen Haß gezeitigt, als die Verschiedenheiten der Rassen. Immer wieder sehen wir die von Menschen geschaffene Nation die Verschiedenheiten der naturgeschaffenen Rasse über den Haufen werfen. Wir finden dies nicht nur in der Schweiz mit ihren französischen, deutschen und italienischen Elementen, in Amerika, wo durch den Patriotismus unzählige Rassen verbunden werden, sondern auch in England bei Wallisern, Schotten und Engländern. Und wie steht es mit Englands naher Rassenverwandtschaft zu den verhaßten „deutschen Hunnen" und mit der weit entfernteren zu den viel weniger gehaßten Völkern lateinischer Rasse. Die Psychologie, die uns erst neuerlich die Macht der Suggestibilität gelehrt hat, läßt uns verstehen, weshalb wir Dinge, die der Suggestion ihr Dasein verdanken für „instinktiv" und „unbänderlich" halten.

Natürlich gibt es auch jetzt noch zeitweilig Kriege zwischen religiösen Gruppen (Ulster), zwischen politischen Parteien bei Revolutionen, zwischen ökonomischen Schichten im kommunistischen Klassenkampf. Wären wir jedoch imstande, die Beziehungen zwischen den Nationen in derselben Weise zu regeln, wie dies innerhalb der politischen Grenzen der Weststaaten im normalen Leben bei den verschiedenen Gruppen und Klassen geschieht, so wäre hiermit jener Fortschritt erzielt, den die gegenwärtige Bewegung anstrebt. Warum können wir gerade für die eine Gruppe nicht dasselbe erreichen, was doch für die anderen möglich ist?

Die Antwort ist trotz allem ziemlich klar. Wir stellen die nationale Gruppe, so wie vormals die religiöse (als noch Religionsstreitigkeiten die Hauptursache von Kriegen waren) über jedes Sittengesetz, über jede grundlegende elementare Regel, nach der allein eine Gesellschaft funktionieren kann.

Wohl werden wir heute kein so klares und bewußtes Geständnis zu hören bekommen, wie jene frühere Lehre der Kirche, nach welcher der Bruch eines Versprechens oder der absichtliche Betrug an einem Ketzer keine Sünde war, doch erzeugt das Geschrei der Patrioten „In Recht oder Unrecht — zu meinem Land!" auch Mißbehagen. Wir fühlen mit einem Schauer, was sich dahinter verbirgt. Viele jedoch, die sich nie in dieser enthüllenden Ehrlichkeit vor sich selbst zeigen würden, erheben naiv Ansprüche als unbestreitbares Recht, die einfach jede Gerechtigkeit ausschließen.

„Ein sicherer Weg zum Frieden", sagte M. Churchill einmal in Manchester, „ist immer so viel stärker zu sein als der Feind, daß dieser einen Angriff nicht wagen kann". Klar und einfach, man spendete Beifall. Und so wie wir dieses Prinzip vor dem Kriege in Anspruch nahmen, so tun wir es heute für unsere Vorherrschaft in der Luft. Vielleicht würde sogar die Mehrzahl jener, die heute an der „Nie wieder Krieg"-Bewegung teilnehmen, auch den Feldzug für die Vorherrschaft in der Luft unterstützen. Obwohl schon viele an der Wirksamkeit dieser Methode der Friedensbewahrung zu zweifeln begannen, bezweifelt darum auch jemand unser Recht in dieser Sache? Gewiß geschieht dies. Sie versagen doch den anderen gerade das, was wir für uns selbst in Anspruch nehmen: Sicherlich durch überwiegende Stärke. Stellen wir uns einmal vor, daß eine fremde Macht uns dauernd in eine Lage versetzen könnte, in der sie uns an Stärke so überlegen wäre, daß wir im Falle einer Mißhelligkeit (und jede Bewaffnung behauptet diese Möglichkeit) gezwungen wären, uns ihrem Urteil in ihrer eignen Sache zu fügen. Wir würden dann mit vollem Recht bemerken, daß diese Forderung die oberste Bedingung der Gerechtigkeit verletzte und würden uns dem bis zum Äußersten widersetzen. Warum stellen wir denn an andere solche Zumutungen? Das macht die Sophistik bei der moralischen Wertung des Nationalismus, die so schlau ist, daß der Wortführer der „Bereitschaft" gewöhnlich keine leise Ahnung von diesen antisozialen Elementen besitzt. In seinem Wunsch nach Übergewicht vergegenwärtigt er sich nicht, daß ein elementares Grundgesetz vom Range des kategorischen Imperativs verletzt wird.

Dieser besondere ethische Standpunkt erstreckt sich jedoch keineswegs nur auf die Frage der Bewaffnung. Wie noch erinnerlich, ergriffen wir im letzten Kriege die Waffen, um dem Recht zum Siege zu verhelfen. Und welche Prinzipien wollten wir in dem darauf folgenden Friedensvertrag gewaltsam hineinbringen? Die Forderung, daß

man Richter in eigener Sache sei, daß die geschädigte Partei zum Ersatz der Verluste, deren Opfer sie selbst wurde, herangezogen werde, stellt ein Prinzip dar, welches unter Wilden ohne weiteres anzuerkennen wäre. Wir sehen in ihm eine völlige Verleugnung jeglicher Gerechtigkeit. Die allgemeine Anerkennung dieser Methode würde das Recht jeglicher Garantien der Unparteilichkeit und Anständigkeit berauben.

Die moralische Alchimie des Nationalismus ermöglichte es uns jedoch nach dem Kriege gerade auf diese Methode als die unentbehrliche Bedingung für die strafende Gerechtigkeit zu bestehen. Es würde auf die Deutschen nicht genügend Eindruck machen, wenn nicht die Feinde den Frieden diktieren würden. Aus einem rein moralischen Gefühl heraus verlangten wir, daß jene Partei, welche aus der Bestrafung Gewinn ziehe, die Höhe derselben bestimmen möge. Ist es die Frage einer Interpretation der Waffenstillstandsbedingungen, die die Reparation der Zivilschäden und ihr Ausmaß zu bestimmen haben, dann mußten die Sieger allein Richter sein. Kriegsverbrecher müssen bestraft werden, doch die Kriegsverbrecher der Sieger kommen vor kein Gericht. Nationale Rechte müssen geschinnt werden — daher gibt man die Macht an Polen, Jugoslaven, Tschechoslowaken und Franzosen und nimmt sie den Deutschen, Österreichern und Bulgaren. —

Weder die Verdienste des Friedensvertrages, noch das Unrecht der Deutschen haben die Methode der moralischen Autorität zu bestimmen, um derentwillen wir durch vier Jahre hindurch immer wieder zu kämpfen vorgaben. Das Prinzip, welches wir im internationalen Verkehr auf 70 Millionen zivilisierter Menschen anwenden, würden wir auch nicht im Traume dem ärgsten Verbrecher gegenüber vertreten, wenn er innerhalb unserer nationalen Grenzen wäre.

Ein anderer Grundsatz, den der Nationalismus als offensichtliches und natürliches Recht anspricht: Unabhängigkeit, Herrschaft, nationale Unabhängigkeit — wir fühlen es, dafür muß der Mann ebenso bereitwillig sterben, wie die Frau für ihre Keuschheit. Poeten besingen es, Märtyrer geben ihr Blut dafür. Und doch ist all dies unvereinbar mit dem Wesen der menschlichen Gesellschaft, eine Verleugnung der sozialen Bande. Eine Gesellschaft, souveräner Herrscher und unabhängiger Einzelner ist eine contradictio in adjecto.

Die besonderen Umstände des Krieges führten uns dazu (allerdings zu unserer späteren Verlegenheit) diese antisoziale Forderung zu erheben und zugunsten von Jugoslaven, Tschechen, Polen, Letten, Esthen, Lithauern, Azerbajanern das „Recht" zu proklamieren, große internationale Straßen zu blockieren, unentbehrliche Rohstoffe zu monopolisieren, Nachbarn an den Bettelstab zu bringen, sie ihres Unterhalts zu berauben.

Der Jugoslave, Tscheche oder Slowake, welcher während der Unabhängigkeitskämpfe Neigung bezeigt hätte in einem Band, das durch mehr als 6 oder 7 Jahrhunderte bestanden hatte, etwas sozial Nützliches zu sehen, etwas Anderes, als eine böswillige Rechtsverweigerung, wäre von dem echten Nationalisten bestenfalls für einen Menschen gehalten worden, der seine Prinzipien um materieller Vorteile willen aufgibt, der den Beutel über den Patriotismus setzt. Die Annahme, daß der auf einen Vergleich Eingehende eine bessere soziale Moral vertrete, hätte für moralische Perversität gegolten.

Es gehört mit zu den Schwierigkeiten dieses Problems, daß der englische Leser instinktiv die hier gemachte Andeutung zu Ungunsten der kleinen oder unterdrückten Nationen wenden wird, denen seine Regierung die „Unabhängigkeit" verweigert. Er kann es jedoch mit weit größerem Nutzen auf seine eigene Stellung anwenden. Wir haben uns beständig geweigert in Angelegenheiten wie z. B. unserer Stellung zur See internationale Vereinbarungen anzunehmen. (Man denke an unsere Stellungnahme bei der Entwicklung des Seerechtes in seiner Beziehung zu den Rechten der Neutralen.) Wir müssen die Vorherrschaft besitzen, um „das Recht brechen zu können", weil es sich um unsere Unabhängigkeit handelt

Hätten wir vor Jahren — die Großmächte natürlich mit mehr Nachdruck als die Kleinstaaten — darein gewilligt, die Worte „Unabhängigkeit und Herrschaft" aus unserem politischen Wörterbuch zu streichen, hätten wir zugegeben, was nun die reinste Wahrheit ist, daß wir in der Welt, in der wir leben, alle, Verpflichtungen und Verantwortungen gegen andere haben, so daß niemand „unabhängig und souverän" sein kann und alle einem selbstgewählten Gesetz unterstehen, hätten laute und heftige Forderungen nach „vollkommener Unabhängigkeit" nicht als etwas Edles, sondern als etwas ungemein Schädliches und Antisoziales gegolten, wäre dies einer unserer elementaren Grundsätze in der Politik geworden, so hätten wir nicht nur viele Gewalttaten und viel Elend der letzten Jahre verhindern können, sondern auch noch einige Unaufrichtigkeiten und Taten falschen Heldentums und wir hätten

nicht eine allgemeine Athmosphäre geschaffen, die jede Gesellschaft zur Arbeitsunfähigkeit zu verdammen scheint.

Es war immer ein beliebtes Argument jener, die dem Krieg mit einer gewissen Abgeklärtheit gegenüberstehen, zu behaupten, daß er unvermeidlich sei und sie versichern deshalb, daß er ausbrechen müsse, sobald sich ein Interessenkonflikt ergibt. Die Bereitschaft in einem solchen Fall zu kämpfen kommt damit unserer Bereitschaft gleich, das Recht zu verteidigen. Doch wenn zwei Rechte in unlöslichen Streit verstrickt sind, einander gegenseitig ausschließen, wenn das eine nur durch Zerstörung oder Verleugnung des anderen erhalten werden kann, bleibt dann die Forderung Recht um diesen Preis zu erkaufen, überhaupt noch Recht? Scheinen diese „unbezwinglichen Streitigkeiten" dann nicht eher als Folge von zwei Unrechten als von zwei Rechten. Sind sie obgleich imstande, ungeheuren moralischen Eifer, tiefe Bewegung und flammende Leidenschaft auszulösen, nicht doch darum im Unrecht, weil sie vor allem antisozial wirken?

Worte, die uns so tief bewegen, können manchmal, ihrer eigenen Kraft beraubt, durch Prüfung ihrer Bedeutung als Übel erkannt werden. Wir entdecken dann, daß wir dort, wo wir ein Recht zu fordern glaubten, Unrecht verlangten, daß wo Freiheit unsere Losung war, wir in Wahrheit das Recht beanspruchten, andere zu beherrschen und daß unser Edelmut zu Anmaßung und Intoleranz herabgesunken ist.

„Unsere nationale Unabhängigkeit aufgeben . . . Dritten das Urteil über unsere nationale Ehre und unsere vitalsten Interessen ausliefern . . . Fremden erlauben, sich in diese einzumischen". Ja, nichts Geringeres!

Und der wahre Sinn der heutigen Schlagwortes „Nie wieder Krieg!", der einzige Beweis ob wir für den Frieden sind, wie jenes gegen den Krieg ist: Sind wir bereit, dieses mystische Wesen, die Nation, denselben Gefahren der Ungerechtigkeit, falscher Beurteilung, zeitweiliger Bedrückung auszusetzen, die das Individuum, Mann oder Frau, auf sich nimmt, wenn er oder sie Mitglied einer organisierten Gesellschaft wird?

Thomas Mann und der Pazifismns.

Von Professor Fr. W. Foerster.

Thomas Mann hat vor einigen Wochen eine Rede vor den Frankfurter Studenten gehalten. Darin hieß es:

„Ich bin kein Pazifist, weder von der geifernden noch von der öligen Observanz. Der Pazifismus als Weltanschauung, als seelisches Vegetariertum und bürgerlich-rationale Glücksphilanthropie ist nicht meine Sache. Aber er war auch eines Goethe Sache nicht, oder wäre es nicht gewesen, und dennoch war er ein Mann des Friedens. Ich bin kein Goethe; aber ein wenig irgendwie, von weither, bin ich, mit Adalbert Stifter zu reden, „von seiner Familie", und auch mein Teil ist der Friede, denn er ist das Reich der Kultur, der Kunst und des Gedankens, während im Kriege die Roheit triumphiert . . . nicht sie allein, seid still, ich weiß es, aber wie der Mensch ist, wie es heute um unsere Welt steht, fast nur noch sie. Die Welt, die Völker sind alt und klug heute, die episch-heroische Lebensstufe liegt für jedes von ihnen weit dahinten, der Versuch, auf sie zurückzutreten, bedeutet wüste Auflehnung gegen das Gesetz der Zeit, eine seelische Unwahrheit, der Krieg ist Lüge, er ist, wie viel Ehre der einzelne in ihn hineinzutragen willens sein möge, selbst heute aller Ehre bloß, und darum stellt er dem Auge, das nicht sich selbst betrügt, als Triumph aller brutalen und gemeinen, der Kultur und dem Gedanken erzfeindlich gesinnten Volkselemente, als eine Blutorgie von Egoismus, Verderbnis und Schlechtigkeit fast restlos sich dar".

Wir können nun wählen, ob wir zu den Öligen oder zu den Geifernden gehören wollen. Ist es durchaus nötig, aus dem Pazifismus eine Karrikatur zu machen, damit man es wagen kann, sich heute vor akademischem Publikum als Kriegsgegner zu bekennen? Ich behaupte: wer heute mit Ernst und Charakter Kriegsgegner sein, wer wirklich durchgreifenden Friedenswillen bekennen und nicht blos human-ästhetisch gegen die entfesselte Bestie protestieren will, ohne ihr doch ernsthafte Fesseln anzulegen — der darf sich nicht mit billiger Kritik um den Pazifismus herumdrücken, nein, er kann die ganze Wucht und Entschiedenheit seiner Gegnerschaft gegen den Kriegswahn garnicht anders zum Ausdruck bringen, als daß er, ganz ohne Rücksicht auf die Existenz von öligen und geifernden Pazifisten, die pazifistische Idee und Weltorganisation immer wieder als unumgängliches Programm gerade der gegenwärtigen Stunde feiert. Dies mußte auch Thomas Mann tun, genau so wie er es mit der Republik getan hat — deren bestes Wesen ja doch auch den innenpolitischen Pazifismus statt der Machtpolitik bedeutet. Man kann den Pazifismus nicht dadurch bei Seite schieben, daß man die Existenz von vegetarischen und utilitarischen Pazifisten feststellt, so wenig wie man den Rechtsgedanken dadurch abtun kann, daß man auf die Pedanten und die Shylocks des Rechtes hinweist: Pazifismus ist garnichts Anderes als der letzte und unbedingte Mut des Bekenntnisses zur Kultur an Stelle der Barbarei, und wenn im Weltkrieg, überhaupt eine

Lehre wohnt, so ist es die, daß keine Wissenschaft, keine Geisteskultur, keine ästhetische Bildung dem Ausbruch tierhaftester Wildheit wehren kann, wenn guter Wille, Vernunft und Menschlichkeit keine Organe vorfinden, mittelst derer rechtzeitig die Leidenschaften entspannt und die Interessen zu geordneter Auseinandersetzung gebracht werden können. Es ist eine Binsenwahrheit, daß wiederum solche Organe nicht in der Luft stehen dürfen, sondern durchaus der Mitwirkung einer zur Völkergemeinschaft erzogenen öffentlichen Meinung bedürfen — sonst würde Tagore Recht behalten, welcher den Völkerbund angesichts der überhitzten Selbstgefühle der jetzigen Völker, als einen „Bund von Dampfkesseln" bezeichnete. In jenem vertieften Sinne aber muß heute jeder ein Pazifist sein, der überhaupt das Problem der menschlichen Gesellschaft weiter zu denken, der die Demokratie ernst zu nehmen, der die weltpolitischen Voraussetzungen der Weltwirtschaft zu erfassen, ja der auch nur die tiefsten moralischen Bedingungen des einzelnen Staates und seiner Rechtsverhältnisse zu verstehen fähig ist. Nur die Pazifisten bilden in der heutigen Welt die wirkliche Ordnungspartei, sie allein haben den Gedanken der Ordnung, des Rechtes, der Solidarität zu Ende gedacht — in all den sogenannten Ordnungsblocks der Gegenwart steckt hinter dem äußerlichen Ordnungswillen die nackte Anarchie, das Faustrecht, die Klassenmoral, also die tiefste moralische und geistige Unordnung, die wahre Desorganisation. Noch eine Zeit lang werden die Wortführer und Revolverhelden dieser Art von Ordnung ihre Eintags-Triumphe feiern — bis der Zustand der europäischen Auflösung, ja der Notstand der ganzen Menschheit sie entweder durch die vollkommene Barbarei übertrumpft oder das Bedürfnis nach wahrer Ordnung endlich über all diesen Spuk hinwegdrängt und sich der im Weltfriedensgedanken gegebenen organisatorischen Kräfte bemächtigt.

Wie ich Pazifist wurde.

Von Dr. h. c. Frhr. von Schoenaich, Generalmajor a. D., Reinfeld (Holstein).

Sehr verehrter Herr Goldscheid!

Zunächst danke ich Ihnen aufrichtig dafür, daß Sie mir die Ehre erweisen, mich in der Friedens-Warte zu Wort kommen zu lassen.

Sie fragen mich, wodurch ich Pazifist geworden bin.

Die Eindrücke, die mir die letzten Jahre gebracht haben, sind so gewaltig groß und fast täglich wechselnd, daß ich die einzelnen Phasen meines Werdeganges heute rückschauend kaum mehr genau angeben kann. Während des Krieges habe ich, wie die meisten von uns, ganz im Bann der von der Obersten Heeresleitung beeinflußten Presse gestanden.

Unmittelbar nach dem Kriege stand ich als damals noch aktiver Offizier den Dingen so handelnd gegenüber, daß mir die Ruhe der sachlichen Betrachtung fehlte. Der deutschen demokratischen Partei hatte ich mich schon im Winter 1918/19 angeschlossen, weil ich keinen Augenblick im Zweifel darüber war, daß es für uns nur einen Weg aus dem Unglück gäbe: Völkerverständigung und Klassenversöhnung.

Die alte fortschrittliche Volkspartei hatte nach meiner Ansicht in der Vergangenheit die Dinge zwar auch nicht richtig, aber doch von allen Parteien am wenigsten falsch beurteilt.

Nachdem ich aus der Reichswehr abgeschoben worden war, weil ich vor dem beginnenden Putschwahnsinn gewarnt hatte, fand ich im Winter 1919/20 die Muße, Tagebuch zu schreiben. Im nachstehenden lasse ich es wörtlich sprechen:

„Der Krieg und die Revolution haben für Deutschland und für fast die ganze Kulturwelt so gewaltige Umwälzungen gebracht, wie die ganze Menschheitsgeschichte sie in so kurzer Zeit wohl nie erlebt hat.

Was Wunder, wenn in uns Einzelmenschen ähnliche Umwälzungen stattfinden.

Die Entwickelung ist auch heute zu Anfang des Jahres 1920 noch keineswegs abgeschlossen.

Aus diesem Gärungsprozeß kann nur rückhaltloses Suchen nach Wahrheit die Gesamtheit und uns Einzelwesen zu Glück und Frieden zurückführen. Wie sich in mir der Gärungsprozeß mit all seinen Irrungen und Wirrungen abgespielt hat, will ich versuchen zu schildern, ohne irgendetwas zu verschweigen oder zu beschönigen".

Ich betrachtete dann zunächst die Fragen der Innenpolitik, die hier ja nicht in Frage stehen.

Mein außenpolitischer Standpunkt war beeinflußt durch viele Auslandsreisen, die ich von frühster Jugend an gemacht hatte. Den kurzsichtigen Standpunkt unserer altkonservativen Kreise habe ich niemals verstehen können und daraus auch niemals ein Hehl gemacht. Im übrigen stand ich stark unter dem Einfluß meines langjährigen Lehrers des Professors Adolf Wagner.

Nun lasse ich wieder mein Tagebuch sprechen:

„Der Leitsatz für die innere Politik der nächsten Jahre läßt sich in die Worte zusammenfassen: richtige Güterverteilung und Verständnis für die Seele des Volkes.

Um aber Güter verteilen zu können, muß man sie erst haben. Eine Hebung des Gesamtwohlstandes ist nur durch Steigerung der Produktion möglich. Die aber ist wieder untrennbar von den Wirtschaftsverhältnissen in anderen Ländern. Wir Deutschen stehen in der Hinsicht besonders ungünstig, weil all das, was in allen Ländern 4 ¼ Jahr lang an Gütern zerstört worden ist, von uns ersetzt werden soll. Wie es aber auch kommen mag, viel wird nicht zum Verteilen vorhanden sein. Um so sorgfältiger muß die Verteilung gehandhabt werden. Diese Frage der Hebung der Weltgüterproduktion führt mich nun zu einer allgemeinen Betrachtung der für uns heute noch fast ganz unübersehbaren Beziehungen zu anderen Ländern. Die Kriegsereignisse der letzten Jahre dürften an Umfang in der sechstausendjährigen Geschichte der Völker der Erde ihresgleichen nicht haben. Die Napeleonischen Kriege, die ähnlich weite Grenzen hatten, setzten doch nur einen Bruchteil der Menschen in Bewegung und beeinflußten das Wirtschaftsleben nicht in dem Maße, wie der letzte große Krieg. Sind diese Ereignisse nur durch die üblichen Schlagwörter zu erklären von der Dummheit der deutschen Diplomaten, der Perfidie Albions, der französischen Rachsucht usw.? Ich glaube nicht. Ich glaube, daß dieser Krieg sich ohne weiteres aus der Tatsache erklärt, daß die nutzbare Erdoberfläche aufgeteilt ist und daß die Völker sich sehr schnell vermehren. Als Abrahams und Lots Hirten sich über das Weideland zankten, konnte Abraham leicht die Lösung finden, weil zur Rechten und zur Linken Land genug vorhanden war. Heute ist zwar auch noch genug besiedelungsfähiges Land vorhanden, aber die Völker haben es im voraus mit Beschlag belegt für ihre eigenen Volksgenossen. Im Grunde gingen ja alle Kriege aller Zeiten um diese Landfrage. Früher, wenn das Land knapp wurde, fanden große Entdecker neues Land. Dann wurde durch verbesserte Verkehrsmittel dies neue Land tiefer erschlossen. Von Jahrhundert zu Jahrhundert wurde das Problem immer schwieriger, weil das Ende des verfügbaren Landes immer näher kam. Die weitsichtigen Engländer hatten am besten vorgesorgt. Sie belegten einfach die halbe Erde für sich mit Beschlag, sicherten die Fahrstraßen aller Meere dorthin und die anderen hatten das Nachsehen. Als Deutschland sich dann noch einige kümmerliche Fetzen verfügbaren Landes erraffen wollte, begann die Lage sich anzubahnen, die schließlich den Weltkrieg verursacht hat. Seit Lot und Abraham sich gutwillig einigten sind in der Geschichte der Menschheit kaum Fälle gütlicher Einigung über Landfragen bekannt geworden. Land ist zum Leben so unentbehrlich, daß die Entscheidung über seinen Besitz immer nur durch Gewalt erfolgt ist.

Die Vertreter der reinen Machtpolitik haben zweifellos die Lehren der Geschichte als Beweis ihrer Theorien für sich. Daher sind auch in allen Ländern, ohne Ausnahme, die Befürworter einer Verständigungspolitik unterlegen. Es ist durchaus müßig, prüfen zu wollen, wer das Wettrüsten begonnen hat. Es lag einfach in dem tausendjährigen Prinzip.

Wir Deutschen, die wir unter den europäischen Großstaaten in sofern als Störenfriede galten, als wir die zuletzt Erstarkten waren, sind unterlegen. Ob wir den Kampf um Licht und Luft für unser deutsches Volkstum noch einmal werden aufnehmen können, kann niemand sagen. Sicher erscheint mir, daß unsere Feinde sich in erster Linie von dem Wunsch leiten lassen, uns die Entfaltung von Macht ein für alle mal unmöglich zu machen. Das braucht uns, so traurig es für die jetzige Generation ist, nun insofern nicht zu entmutigen, als nach den Lehren der Geschichte anzunehmen ist, daß auch unsere heutigen Feinde sich dermaleinst gegenseitig bekämpfen werden und daß dann auch unsere Zeit wieder kommen wird. Frankreich glaubt heute, durch ein Netz uns umgebender feindlicher Staaten sein europäisches Übergewicht gesichert zu haben. Wie wandelbar die Politik ist, weiß aber niemand besser als Frankreich. Wenn einmal der große Kampf der Mongolen und der Angelsachsen um die pazifischen Länder ausgefochten werden wird, und Frankreich allein neben seinem deutschen Todfeinde steht, dann können sich wohl Lagen ergeben, die für uns günstiger sind als die des Jahres 1914.

Doch all das sind Phantasien. An der nackten Tatsache, daß die nutzbare Erdoberfläche aufgeteilt ist, ist nicht zu rütteln. Wenn uns die Lehren der Geschichte nicht täuschen, wird der Kampf um das Land in den nächsten Zeiten immer heftiger werden, bis schließlich die rohe Gewalt entscheidet, ob die Erde angelsächsisch oder mongolisch wird, oder ob vielleicht zunächst die eine Hälfte angelsächsisch, die andere Hälfte mongolisch wird. Der große Schlußkampf zwischen beiden muß aber endlich doch kommen, es sei denn, daß ein

Wunder geschieht, daß in die Völker der Erde ein noch nie gesehener Gast einzieht: ‚Der gesunde Menschenverstand'.

Ich gebe zu, die Aussichten sind bei Betrachtung der heutigen menschlichen Seele nicht gut. Die Mongolen haben in Asien, die Angelsachsen auf der übrigen Erde so starke Stellungen, daß sie sie freiwillig kaum aufgeben werden. Und doch glaube ich, daß der Einzug des gesunden Menschenverstandes nicht so aussichtslos ist, wie es auf den ersten Blick erscheint. Die Menschen haben in ihrer ganzen Entwicklungsgeschichte stets das Streben gehabt, sich zusammen zu tun, um gemeinsam feindlichen Einwirkungen, sei es durch andere Menschen, Tiere oder Naturgewalten, besser gewachsen zu sein. Diese Neigung zum Zusammenballen blieb bestehen, wenn auch auf Zusammenballungen Auseinanderfallen folgte. Es fanden dann bald wieder andere Gruppierungen statt. Die ganze Geschichte der Menschheit ist eine solche Geschichte der Zusammenballungen. Die Einigung der Deutschen, der Italiener, der Amerikaner sind uns die naheliegendsten Beispiele. Zwar scheint es, daß es gewisse Größengrenzen gibt. Wie das alte Rom und das Reich Karls des Großen zerfiel, so glaubten manche im Anfang des Krieges, daß auch Albions Todesstunde geschlagen hätte.

Preußen, Bayern und Sachsen hätten vor 150 Jahren den verlacht, der ihnen gesagt hätte, daß sie in nicht gar zu langer Zeit zu einem deutschen Einheitsstaat verschmelzen sollten. Hat aber nicht schließlich doch der gesunde Menschenverstand gesiegt? Ist es denn gar so blödsinnig, noch einen Schritt weiter zu gehen und zu versuchen, das auf die Erde zu übertragen, was sich in Europa, in Asien und Amerika ereignet hat? Hat nicht vielleicht dem Präsidenten Wilson, den zu beschimpfen bei uns an der Tagesordnung ist, etwas Ähnliches vorgeschwebt? Ist es nicht vor allem für uns, die Unterlegenen, die einzige Möglichkeit, aus dem Elend das zum Leben Notwendige herauszuschlagen?

Ich finde, die Völker ähneln zwei Jungens, die sich geprügelt haben. Der eine liegt am Boden, der andere kniet auf seiner Brust. Der Untenliegende schimpft in allen Tönen, jedes Schimpfwort quittiert der andere durch einen neuen Knuff. Schließlich sagt der Untere doch einmal: „Nun laß mal den Unsinn sein, wir wollen uns wieder vertragen". Das ist so natürlich, daß sich niemand darüber wundert. Daß wir im Herzen gegen unsere Peiniger keine Liebe hegen können, ist selbstverständlich, das Geschimpfe auf den Völkerbund halte ich trotzdem für dumm. Daß nicht wir die Führer in dem Bunde sein werden, mag traurig für uns sein. Haben wir Deutschen uns denn aber als politisch reif erwiesen? Hand aufs Herz, sind uns die Engländer an weltpolitischem Verstand nicht überlegen? Daß im Völkerbund die großen Brocken nicht für uns abfallen werden, weiß ich natürlich auch. Aber mir ist ein Stück Brot im Völkerbund lieber als ein leerer Teller außerhalb. Die Vertreter der rein nüchternen Machtpolitik werden diesen meinen Standpunkt für ein Mittelding von Weltfremdheit, Feigheit und Mangel an Nationalgefühl erklären. Vielleicht haben sie recht, ich hoffe aber, daß ich recht habe. Das Reden von Machtpolitik ohne Macht zu besitzen, halte ich für zwecklos.

Daß die Gütererzeugung der Erde noch unendlich steigerungsfähig ist, kann füglich nicht bestritten werden. Die Menschen müssen nur mit einander und nicht gegen einander arbeiten.

Diese Fragen des Zusammenarbeitens scheiterten immer an der Eifersucht der Mächte. Längst hätte Kleinasien und das Euphratland ein Paradies sein können wie im Altertum, wenn nicht Engländer, Russen und Deutsche sich mißtrauisch Knüppel zwischen die Beine geworfen hätten. Deutscher Unternehmergeist hätte die Erträge der portugiesischen Kolonieen vervielfältigen können, ohne dies ewige Mißtrauen. Ähnlich liegen die Verhältnisse überall. Wenn zu der, durch kein nationales Mißtrauen mehr gehemmten, Landnutzung die weitere Befruchtung durch menschlichen Erfindergeist kommt — z. B. Einfangung des Luftstickstoffes zur unmittelbaren Erzeugung menschlicher Nahrungsmittel — dann ist das Übervölkerungsproblem auf absehbare Zeit gelöst. Schwindet dies Mißtrauen nicht, dann muß naturnotwendig in Kurzem ein neuer Krieg kommen, der mit tausendfach gesteigerter Waffenwirkung nicht nur Völker, sondern Rassen von der Erde verschwinden lassen wird. Die Gegner der Verständigungstheorien, die, ich betone es nochmals, die harten Lehren der Geschichte auf ihrer Seite haben, werden sofort erwidern: Jawohl der Krieg kommt und darum müssen wir, gewitzigt durch die letzten Erfahrungen, heute bereits im Geheimen zu rüsten beginnen, damit wir das nächste Mal nicht die Zerschlagenen sind. Ich halte ihnen darauf entgegen, daß die Angelsachsen und die Mongolen uns für diesen Zukunftskampf doch um so viele Nasenlängen voraus sind, daß der Kampf für uns von vornherein aussichtslos ist.

Gibt es nun einen andern Weg? Daß die Angelsachsen von ihrer Vormachtstellung freiwillig etwas aufgeben, ist ausgeschlossen. Es bleibt daher nur, daß wir die Vormachtstellung anerkennen. Man hat es dem König Ludwig II. von Bayern als große Tat gerechnet, daß er 4 Jahre nach dem Kriege von 1866 als erster deutscher Bundesfürst dem König Wilhelm die deutsche Kaiserkrone anbot. Für Bayern war dies Aufgeben eines Teiles seiner Souverinität ein schwerer, aber großartiger Entschluß, den manche Altbayern heute noch nicht verwinden können. Und doch gibt es heute wohl keinen Bayer mehr, der nicht einsieht, was er jener Tat seines sonst so unglücklichen Königs dankt. Bayrische Eigenart braucht dadurch nicht verkümmert zu werden.

Ich weiß, man wird mich steinigen, wenn ich in einer Zeit so planmäßig vergifteter Gefühle sage, daß, wenn ich ein Stück meiner Souveränität aufgeben muß, ich es dann am liebsten an England abgebe. Warum hat England seine neuangegliederten Länder viel schneller versöhnt als wir? Ich meine, weil es weltpolitisch klüger ist als wir. Die französischen Kanadier fühlen sich keineswegs als Feinde Englands. Kann man das Gleiche von unsern Polen sagen? Gewiß es ist ein bitterschwerer Entschluß für uns, die wir den kurzen, schönen deutschen Kaisertraum geträumt haben, jetzt nach dem trüben Erwachen uns zu finden in den Völkerbund unter angelsächsischer Leitung. Ich fürchte aber, es muß sein, und darum bin ich der Ansicht, das, was wir tun müssen, wollen wir offen, ehrlich und ohne Groll tun".

Seit ich das Vorstehende schrieb, sind 2½ Jahre vergangen. Meine Grundanschauungen haben sich seitdem nicht geändert.

Ich hatte erwartet, daß der gesunde Menschenverstand früher einkehren werde. Aber immerhin, Anzeichen dafür machen sich langsam bemerkbar. Am meisten im Rückstand ist Frankreich, das an der Weltwirtschaft am wenigsten interessiert ist und das vom Kriege am meisten gelitten hat. Seine Politik gegen uns ist daher vielleicht menschlich begreiflich. Auf der anderen Seite läßt seine Gewaltpolitik aber auch bei uns einen gesunden Verständigungsgeist nicht aufkommen. Es ist immer derselbe fehlerhafte Zirkel.

In einem Punkte bin ich anderer Ansicht als damals, als ich das Tagebuch schrieb: Die Gewaltpolitiker haben allerdings die Lehren der geschriebenen Menschheitsgeschichte für sich. Aber was sind diese sechstausend Jahre in der jahrmillionen langen menschlichen Entwicklungsgeschichte?

Die Biologie zeigt uns keine Beispiele dafür, daß Artgenossen einander bekämpfen, es sei denn im Kampf um die Liebe zur Fortpflanzung der eigenen Gattung. Wenn die Kriegsfanatiker sich auf Darwin berufen, so fälschen sie seine Lehre. Der Kampf gegen Artgenossen ist nicht das Wesen aller Dinge, sondern der Kampf gegen die Lebenshindernisse in der Umwelt.

Auch wir wollen zum Kampf aufrufen gegen Krankheitskeime und Krankheitsverbreiter, gegen Kühe, die zu wenig Milch geben und Pflanzen, die zu wenig Früchte bringen. Vor allem aber zum Kampf gegen die menschliche Dummheit, die die Erkenntnis nicht in die Menschenköpfe hineinläßt, daß die Interessen der Menschen heute untrennbar mit einander verflochten sind.

Unter Artgenossen ist nicht Kampf das Wesen der Dinge, sondern Organisation. Die aber ist nicht möglich, wenn die Menschen, die auf begrenztem Raume mit einander leben müssen, sich gegenseitig belügen, betrügen und totschlagen.

Sie fragen mich, sehr verehrter Herr Goldscheid, worin ich die Hauptpunkte einer wirksamen Friedensstrategie erblicke.

Es gibt nur einen: Umstellung der menschlichen Gehirne.

Das aber kann nur geschehen durch zähe, unbeirrte Kleinarbeit. Die Dinge liegen ja so herzlich einfach, und vielleicht war der Boden für diese Umstellung nie so günstig wie nach diesem großen Morden, wo kaum ein Mensch in der ganzen Kulturwelt von dem Grauen verschont geblieben ist.

Vor allem müssen wir unsern Gedanken in die sogenannten bürgerlichen Kreise hineintragen. In jene Kreise, die sich immer wieder einschüchtern lassen, wenn irgend ein Großmaul ihnen mangelnden Mut oder mangelndes Nationalgefühl vorwirft.

Wir müssen diesen Leuten immer wieder klar machen, daß heute viel mehr Mut dazu gehört, das Wort Frieden auszusprechen, als im Chor der Rache Hurra zu rufen. Wir brauchen uns nur darauf zu besinnen, was vor 2½ Jahrtausenden der große chinesische Philosoph Konfuzius und der fast gleichzeitig lebende Prophet Jesaias lehrten. Die technischen Kräfte haben wir meistern gelernt, die menschliche Seele aber nicht.

Wenn wir erkennen, was jener Weise damals erkannte, daß zwischen den Gesetzen der Natur und den des menschlichen staatlichen Daseins innige Beziehungen bestehen, daß die

Kräfte des Himmels, der Erde und des menschlichen Daseins in Harmonie zu leben bestimmt sind, dann wird auch das Wort des Propheten in Erfüllung gehen, daß aus Schwertern Pflugschare und aus Spießen Sicheln werden sollen.

Hätte er diesen Krieg mitgemacht, so würde er hinzugefügt haben: und aus Giftgasen Kunstdünger. Vor allem aber müssen wir den Glauben an die Menschen nicht verlieren. Die Kriegshetzer sind zwar sehr rührig, aber zahlenmäßig in verschwindender Minderheit. Die erdrückende Mehrzahl der Menschen lechzt danach, aus der Atmosphäre des Hasses und der Lüge hinauszukommen. Ihnen allen müssen wir die Hand reichen. Wenn wir diese Hauptaufgabe lösen, dann sind auch die Millionen unserer Brüder nicht vergebens gestorben.

Bauerntum und Pazifismus.

Von Dr. Paul Szende, Wien.
Früherer ungarischer Finanzminister.

Angesichts der unanzweifelbaren Tatsache, daß die Friedensbewegung in weit höherem Maße als bisher auf dem flachen Land Verbreitung gewinnen muß, um tief genug in den Völkern Wurzeln zu schlagen, beabsichtigen wir das Problem „Bauerntum und Pazifismus" in einer fortlaufenden Aufsatzreihe zur Beratung zu stellen und werden sachkundigen Beiträgen über dieses Thema gern Aufnahme gewähren.
Die Redaktion.

Es ist eine alte Lehre der Geschichte, daß auf einen siegreichen Krieg immer die Reaktion und die Vorherrschaft der Soldateska folgen. Die großen Ententereiche haben den Krieg gewonnen, doch den Frieden verloren; nie war in Frankreich, England und Amerika die Reaktion und der Militarismus so mächtig wie jetzt. Auch Italien, das in den letzten Jahren zwischen Revolution und Gegenrevolution hin und her pendelte, ist endlich diesem Verhängnis verfallen: die unverhüllte Militärdiktatur Mussolinis hält das Land unter ihrer Botmäßigkeit. In Deutschland und in Oesterreich löste die Niederlage Revolution aus, doch allmählich erhob die Reaktion ihr Haupt, und drängte die Demokratie in die Defensive, die alle ihre Kräfte aufbieten muß, um die erzwungene Machtstellung zu behaupten. In Horthyungarn wütet der weiße Terror einer Offiziersclique.

Auf welche volkstümliche Kräfte stützt sich diese militaristische Reaktion? Es steht nämlich außer Zweifel, daß ohne eine breite Grundlage sie sich auf die Dauer nicht zu behaupten vermag. Zu unserer größten Bestürzung müssen wir feststellen, das die Basis beinahe überall das Bauerntum liefert, Reaktion und Militarismus wenden als Stoßtruppen die bäuerlichen Massen an. In Frankreich, Belgien, Italien, Holland, in den nordischen Ländern marschiert ihre überwiegende Majorität mit den konservativen Parteien, in Deutschland und Oesterreich sind sie der letzte Hort der Reaktion. Die Rolle des Bauerntums ist teilweise sehr aktiv, es ist militärisch organisiert und zum Losschlagen bereit. Doch ist es meistens eine negative Unterstützung, seine Bereitschaft, im gegebenen Falle für die Reaktion einzutreten, die dem Militarismus den notwendigen Rückhalt verleiht.

Es scheint diese Unterstützung eines der größten Rätsel der Weltgeschichte zu sein. Warum sollte sich das Bauerntum, das den größten Kontingent von Soldaten für die Armee liefert, das furchtbar und unsäglich unter dem Kriege zu leiden hat, für eine kriegerische Politik begeistern? Warum steht es überall mit einem blinden Haß denjenigen Parteien gegenüber, die für den Pazifismus eintreten? Diese Frage kann uns nur die Analyse der bäuerlichen Mentalität und die des Unterschiedes geben, der den Weltkrieg von allen früheren auszeichnet.

Das Bauerntum besitzt eine durch und durch materialistische Weltanschauung. Die unmittelbare und ununterbrochene Verbindung mit den Naturvorgängen bringt es mit sich, daß die Befriedigung der biologischen Bedürfnisse und die Förderung des naturhaften wirtschaftlichen Prozesses zum höchstem ethischem Gebote und zur einzigen Maxime seines Handelns wird. Die Ideale der ländlichen Bevölkerung sind meistens empirisch erkennbare Ziele, sie liegen auf materiellem Gebiete. Der Materialismus, der in der Stadt durch abstrakte Ideale verbrämt und gemäßigt wird, äußert sich auf dem Lande brutal und ungehemmt; selbst das Familienleben und die sexuellen Verhältnisse sind vielfach der Widerschein der bestehenden Eigentumsordnung und des Erbrechtes. Ebenso beruht die religiöse Einstellung des Bauerntums auf dem Prinzipe do ut des, für seine Leistung erfordert oder hofft es die Gegenleistung von Gott oder von der Kirche Zug um Zug. Die sentimentale Überschätzung des Lebens, inbrünstiges Trauern um Verblichene ist den bäuerlichen Massen wesensfremd.

Die Bauern waren von jeher kriegsfeindlich und antimilitaristisch gesinnt, denn sie waren die hauptsächlichsten Leidtragenden der Kriege. Sie wurden der Scholle entrissen, nicht nur

die feindlichen Truppen auch die eigenen Söldner behandelten sie als Feinde, beraubten und ermordeten sie und vergewaltigten ihre Frauen. Wurde ein Land vom Kriege heimgesucht, so bedeutete dies in erster Reihe für die Bauern Ruin und Verelendung. Die größten Bauernrevolutionen im Ausgange des Mittelalters waren samt und sonders Auflehnungen der bäuerlichen Massen gegen den Unfug der unausgesetzten Kriege des Feudalsystems. Alle programmatischen Erklärungen dieser Zeit fordern den allgemeinen Frieden, den Zeitumständen gemäß in religiöser Einstellung. Die heilige Scheu des Bauerntums vor dem Militärdienst und ihre Abneigung gegen den Krieg war eine der Ursachen, warum sie sich gegen die französische Revolution, der sie ihre Befreiung verdankten, wendeten, weil die Revolution die levée en masse anordnete und mit dem ganzen Europa Kriege führte. Sie haben Napoleon, der das Bauerntum zur Grundlage seines Systems machte, endlich im Stiche gelassen, weil sie die ständigen Kriege los werden wollten. Der wilde Haß des Landes gegen die Pariser Kommune im Jahre 1871 war auch darauf zurückzuführen, daß die Pariser Bevölkerung den Krieg gegen Deutschland weiterführen, die Bauern hingegen Frieden um jeden Preis wollten.

Jede antimilitaristische Strömung fand bei den Bauern Eingang. Im letzten Jahrhundert sind zwar die Kriege seltener geworden, aber die lange Dienstzeit lastete schwer auf dem Bauerntum, daher war die Stimmung unter ihnen für pazifistische Ideen weiter vorhanden. Die religiös-antimilitaristischen Sekten Rußlands, die Nazarener in Ungarn, welche keine Waffen tragen wollen, sind beredte Beispiele dafür. Als Gustave Hervé, nun Herold und Kampfhahn des Chauvinismus, noch seine antimilitaristische Agitation betrieb, erzielte er die besten Erfolge unter der bäuerlichen Bevölkerung.

All dies änderte sich mit einem Schlage im Weltkrieg, weil dieser anstatt den Bauern Verhängnis und Ruin zu bringen, für sie zu einer Quelle der Bereicherung geworden ist. In allen kriegführenden Ländern kann das Bauerntum als der hauptsächlichste Kriegsgewinner betrachtet werden. In früheren Zeiten waren die finanziellen Hilfsmittel der Kriegführenden meistens sehr karg. Wenn sie auf anderem Wege nicht aufzubringen waren, preßte man sie aus der eigenen Bevölkerung heraus. Den Löwenanteil hatte das Bauerntum, als politisch schwächste Klasse, beizusteuern. Der Weltkrieg war ein Volkskrieg in dem Sinne, daß infolge der gesteigerten allgemeinen Wehrpflicht Millionen an die Front geschickt wurden und die wirtschaftlichen Ausstrahlungen des Krieges jeden Staatsbürger in Mitleidenschaft gezogen haben. Die Regierungen haben schon mit Rücksicht auf die lange Dauer des Krieges alles getan, um die Bevölkerung bei guter Stimmung zu erhalten. Verdienen lassen, ward zur allgemeinen Devise der Regierungen und die entwickelte Finanztechnik der Kriegführung ermöglichte es, die Kriegskosten auf anderen Wegen zu bestreiten, ohne die besitzenden Klassen und das Bauerntum zu erheblichen Opfern zu veranlassen. Auch in diesem Kriege wurden Requisitionen durchgeführt, doch diese unterschieden sich himmelweit von den Drangsalierungen vorangegangener Epochen; die Requisition geschah zu vorteilhaften Preisen, gegen Bargeld und nicht gegen uneinlösliche Scheine, durch die Abgabe eines Teils ihrer Ernte haben die Grundbesitzer einen Freibrief erhalten, ihre anderen Produkte zu Wucherpreisen absetzen zu können. Selbst in den besetzten Ländern, wo das Bauerntum Plünderungen vielfach ausgesetzt war, machte seine Mehrheit letzten Endes gute Geschäfte, weil die Besatzungskommandos schnell zur Einsicht gelangten, daß sie gegen Bargeld schneller und ausgiebiger Lebensmittel erhielten, als durch Gewaltmittel.

Furchtbar bluteten die Bauern auf allen Schlachtfeldern. Der Tod ist aber bei der bäuerlichen Bevölkerung kein sentimentales Ereignis, sondern eine Angelegenheit des Erbganges, der Vermögensverteilung und der Ersetzung der Arbeitskraft, die der Rentabilität. Und da die finanzielle Bilanz des Krieges für sie sowohl im allgemeinen als auch vom Standpunkte der einzelnen Wirtschaften aus überaus günstig ausgefallen ist, trösteten sie sich damit, daß ihre Söhne für das Vaterland gefallen sind. Vor dem Kriege war das Bauerntum eine vielfach notleidende Klasse, sie war in den meisten Ländern bis über die Ohren verschuldet. Der Krieg wirkte Wunder, er befreite das Bauerntum von allen seinen Schulden, es wurde zur unabhängigsten Klasse der Bevölkerung.

Der jetzige Friede, der nur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist, verlängerte diese günstige Konjunktur. Selbst in solchen Gegenden, die im Kriege arg heimgesucht wurden (Nordfrankreich, Ostpreußen, Galizien, Serbien usw.) erholte sich das Bauerntum allmählich und holte in Riesenschritten das Versäumte ein. Der Friede brachte ihnen noch ein weiteres Geschenk. Im Kampfe gegen die Demokratie erkoren sich Reaktion und Militarismus die Bauern zu ihren Bundes-

genossen, und als Gegenleistung genießen sie jetzt in den meisten Ländern Steuerfreiheit. Ihre Steuerlast ist nur eine nominelle, sie sind der Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten auf allen wirtschaftlichen Gebieten entledigt. Wie früher vor den Toren der adeligen Schlösser, versagt heute vor den Gehöften der Groß- und Mittelbauern die staatliche Macht. Sie stehen feindselig der städtischen Bevölkerung gegenüber, die sich gegen die Ausbeutung wehrt und billige Lebensmittel verlangt.

Wir wollen nicht sagen, daß die Bauern sich bewußt für den Militarismus begeistern und prinzipielle Anhänger der Kriegspolitik geworden sind. Sie stehen aber im Bundesverhältnis mit der Reaktion, der sie ihre jetzige Vormachtstellung verdanken — in vielen Ländern kann man mit Fug von einer Bauerndiktatur sprechen — und als Gegenleistung unterstützen sie die Politik der letzteren, die ihnen nach ihren jüngsten Erfahrungen solch erhebliche Vorteile gebracht hat.

Ist also das Bauerntum unrettbar für die Sache des Pazifismus verloren?

Diese Frage im bejahenden Sinne zu beantworten, wäre nichts anderes, als die gegenwärtige Situation trotz aller Erfahrungen der Vergangenheit zum Range eines Naturgesetzes zu erheben, daher ein arger Induktionsfehler. Das jetzige, äußerst enge Bündnis des Bauerntums mit der Reaktion ist erstens noch eine Auswirkung des Krieges, die ihm eine niegeahnte Bereicherung brachte, anderseits die Folge einer Machtkonstellation, die in den meisten Ländern bereits beseitigt wurde. Dieses Bundesverhältnis zwischen Reaktion und Bauerntum, wenn auch nicht so wie heute, bestand bereits vor dem Kriege und verdankt seinen Ursprung dem Vorwärtsdringen der Sozialdemokratie. Aus Furcht vor derselben warf sich die Reaktion auf das bisher vernachlässigte Bauerntum, sie verhinderte weiter mit Anwendung der brutalsten Gewaltmittel die Organisationstätigkeit der Sozialdemokratie auf dem flachen Lande und die Annäherung zwischen Arbeitern und Bauern. Jetzt sind aber diese Schranken, besonders in Deutschland und Oesterreich gefallen, die Agitationstätigkeit kann sich frei entfalten. Auch die Vormachtstellung der Kirche, die bisher die Bauern in das Lager der Reaktion führte, ist erschüttert. Kommt eine wirtschaftliche Krise, welche die Bauern auch erfaßt oder erachten sie die durch die Reaktion befürwortete Politik für ihre Interessen schädlich, dann stehen rechtliche, politische und verfassungsmäßige Hindernisse der Annäherung der städtischen und bäuerlichen Bevölkerung nicht mehr im Wege.

Der Pazifismus ist für die Arbeiterschaft und die städtische Intelligenz eine prinzipielle Forderung, eine abstrakte Idee, deren Zusammenhang mit ihren Existenzfragen nicht immer unmittelbar aufzeigbar ist. Für solche Ideen ist die Bauernschaft, realistisch gerichtet und auf seine materiellen Interessen bedacht, nicht zu haben, die weitgesteckten Ziele der Stadt lassen sie kalt. Doch wäre es ein Irrtum zu behaupten, daß das Bauerntum von Natur aus konservativ, oder gar reaktionär ist. Es ist konservativ, solange die wirtschaftliche Lage sich als stabil erweist. Wird diese Stabilität zu seinem Schaden erschüttert, so ist das Bauerntum auch zu revolutionären Taten bereit, wofür seine Geschichte unzählige Beispiele liefert.

Siegt der Imperialismus über die Vernunft, dann verschärft sich die wirtschaftliche Krise unendlich und wird auch das Bauerntum nicht mehr verschonen. Diesen psychologischen Moment hat der Pazifismus abzuwarten, dann kann er die Annäherung mit Erfolg versuchen. Wir sind überzeugt, daß die Stabilität des wirtschaftlichen Lebens, die Erhöhung der Produktion, die größtmöglichste Entfaltung des Verkehrs nur durch den Sieg des Pazifismus erreicht werden kann. Und weil dem so ist, hegen wir keine Zweifel, daß die Bauern, von dem irreführenden Einflusse ihrer jetzigen Bundesgenossen befreit, eben infolge ihrer grundlegenden Mentalität eine sichere Stütze für den Pazifismus abgeben werden.

Die weltpolitische Bedeutung des Wahlausfalls in England.

Das Ergebnis der letzten Wahlen in England ist von nicht zu überschätzender Bedeutung. Es hat gezeigt, daß die Mehrheit der Bevölkerung Großbritanniens nicht länger gewillt ist, mit dem militaristischen Frankreich durch Dick und Dünn zu gehen. Schon Lloyd George hatte mit dem ihm eigenen gesunden Instinkt diesen Stimmungswandel gefühlt und wollte ihm durch geringere Nachgiebigkeit gegenüber Poincaré Rechnung tragen. Aber er scheiterte an der Zusammensetzung des alten Parlaments. Im neuen Parlament, in dem die Konservativen zwar weiter über die Mehrheit der Sitze verfügen, aber nicht mehr die Mehrheit der Stimmen hinter sich haben, wird ihr Führer Bonar Law, trotzdem es ihm gelang Lloyd George zu stürzen, unter dem Druck

der aufs Doppelte verstärkten Arbeiterpartei, wohl oder übel genötigt sein, in der Abwehr der französischen Gewaltpolitik noch erheblich über Lloyd George hinauszugehen. Der scharfe Riß, den die Entente auf der Pariser Konferenz erlitt, ist das erste untrügliche Symptom der Umgestaltung der ganzen Weltkonstellation, welche mit dem Umschwung in der öffentlichen Meinung Englands einsetzt. Wohl ist für übertriebenen Optimismus zunächst kein Anlaß, da wir ja nach den bisherigen Erfahrungen wissen, in wie schleppendem Tempo sich seit dem Krieg politische Veränderungen praktisch auswirken. Auch wäre nichts törichter, als über Konfliktmöglichkeiten zwischen Frankreich und England zu frohlocken. Ganz im Gegenteil haben wir Friedensfreunde allen Grund, jede Spannung zwischen diesen beiden Ländern mit der größten Besorgnis zu verfolgen. Umso mehr, als das reaktionäre Regime in Frankreich, unterstützt vom faszistischen Italien und von Belgien, bei der nicht allzu aktiven Haltung die vorderhand von England und Amerika zu erwarten ist, noch stark genug bleibt, zur Aufrechterhaltung seiner Gewaltpolitik gegen Deutschland die äußersten Mittel anzuwenden.

Aber da verschärfte Gewaltpolitik nach außen nicht möglich ist, ohne verschärfte Gewaltpolitik nach innen wird Frankreich bei dieser nun auf rasch wachsenden Widerstand im eigenen Land stoßen, der sich desto fühlbarer machen wird, je größeren Rückhalt die Demokraten und Sozialisten in Frankreich an den Liberalen und an der Arbeiterpartei in England gewinnen. Und da auch die Zusammensetzung der französischen Kammer längst nicht mehr der wahren Stimmung des französischen Volkes entspricht, die sich nach der Besetzung des Ruhrgebietes mit allen ihren wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Folgen notwendig stetig oppositioneller gestalten muß, so ist mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß auf den Umschwung in England im Verlauf ein ganz ähnlicher Umschwung in Frankreich folgt, der sich bei Neuwahlen dort vielleicht sogar noch in erheblich stürmischer Weise vollziehen kann. Selbst wenn sie jedoch nur ein gleiches Ergebnis zeitigten, wie das jetzige in England, wird sich mit diesem „andern" Frankreich das heutige Deutschland viel leichter verständigen können und die wesentliche Voraussetzung für ernsthaft aufbauende Friedenspolitik, wie sie auf beiden Seiten von allen vernünftigen Elementen so heiß ersehnt wird, wäre geschaffen. Besonders, da es dann nicht mehr im selben Maße wie bisher möglich wäre, daß die Schwerindustrie hüben und drüben, insgeheim in „geselliger Ungeselligkeit" verbunden, ihre imperialistische Weltentzweiungspolitik erfolgreich fortsetzt. Das französische Volk darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, seit 1789 mit seiner Reaktion schließlich immer wieder fertig geworden zu sein. Unterstützt von dem neuen England und dem der europäischen Wirren überdrüssigen, kriegsfeindlichen Amerika wird ihr dies in absehbarer Zeit sicherlich auch diesmal gelingen. Mag darum der beginnende Gesundungsprozeß das Chaos zunächst noch vergrößern, so ist mit dem Ausfall der Wahlen in England doch der erste kraftvolle Anstoß gegeben. Auf dem Umweg über das neue England kann ein ehrliches Deutschland mit Frankreich zusammenfinden. Das macht die ungeheure Bedeutung des englischen Wahlausfalls für die Pazifisten der ganzen Welt aus, ganz abgesehen von seiner überwältigenden sozialen Bedeutung.

R. G.

Folgende Zuschriften sind uns aus England über den Ausfall der Wahlen zugegangen:

Friedensfreunde im englischen Parlament.

Von F. W. Pethick Lawrence.

Eine freudige Nachricht, daß Ihr weltberühmtes Blatt wieder erscheinen wird! Ich hoffe, daß es bald große Verbreitung finden und so lange bestehen wird, bis der Friede derart gefestigt ist, daß er niemals mehr erschüttert werden kann.

Ich glaube Ihren Lesern den besten Dienst zu erweisen, wenn ich einen Bericht über die innere Bedeutung und die Ergebnisse der soeben stattgefundenen allgemeinen Wahl in England gebe.

Jene, welche nur die Zahlen gelesen haben, werden durch diese Ergebnisse enttäuscht worden sein. Die konservative Partei befindet sich in einer Majorität von beinahe 80 über die vereinten Kräfte von Labour Party (Arbeiter-Partei), Frei- und Nationalliberalen. Dieses Resultat scheint der Ansicht zu widersprechen, daß in England eine große Bewegung nach links um sich greift, zugunsten einer neuen Politik in Europa und größerer Beachtung der Arbeiter unseres Landes. Eine solche Auslegung der Wahlresultate wäre jedoch ganz verfehlt.

Ihre wahre Bedeutung kann nur dann erfaßt werden, wenn man sich erinnert, wie den Männern, die sich in hervorragender Weise für

einen gerechten Frieden einsetzten, mitgespielt wurde. Während des Krieges wurden sie beschimpft und bestraft und bei der allgemeinen Wahl im November 1918 unterlagen beinahe alle mit großem Stimmenverlust. Als Ergebnis dieser Wahlen erhoben sich auch im verflossenen Parlament nur wenige Stimmen zugunsten einer wahrhaft internationalen Politik.

Nun hat sich das Bild ganz verändert. Die Union für demokratische Kontrolle hatte im letzten Monat 19 Kandidaten aufgestellt, von denen 17 gewählt wurden. Die sozialistische Partei, welche unter dem Namen der Independant Labour Party bekannt ist und auch während der vergangenen 10 Jahre Arbeit im Sinne eines wahren Internationalismus geleistet hat, errang beiläufig 40 Plätze, die Arbeiterpartei als Gesamtheit, welche diese beiden Gruppen einschließt, erhöhte ihre Anzahl von 75 auf 142 und wurde zur offiziellen Opposition der Regierung.

Sprechen wir nun von den jetzt gewählten Persönlichkeiten, so steigert sich noch unsere Befriedigung. James Ramsay Macdonald, der im Kampf gegen die Friedensverträge in vorderster Reihe stand und 1918 sein Mandat verlor, ist nun wieder in das House of Commons zurückgekehrt und zum Führer der Arbeiterpartei ernannt worden. Schon wärend der wenigen Wochen, in denen das Parlament tagt, hat er seine rednerische Macht und die Absicht gezeigt, dem Chauvinismus in jeder Form entgegenzutreten.

E. D. Morel, Sekretär der Union für demokratische Kontrolle, erlebte eine aufregende Wahl in der schottischen Stadt Dundee. Sein Gegner war der Right Honorable Winston Churchill, dessen kriegerische Gesinnung wohl bekannt ist. Die Parole im Wahlkampf war auswärtige Politik und Morel's Stellung während des Krieges. Zum Schlusse siegte Morel mit mehr als 10 000 Stimmen über Churchill. So ist Morel gerächt und Churchill nicht länger Mitglied des Houses of Commons. Unter den Gewählten, deren Namen internationalen Klang haben, befinden sich Trevelyan, Buxton, Ponsonby, Wedgewood und Philip Snowden.

All unsere Männer und Frauen wissen dieselbe Geschichte zu erzählen. Wo immer von unseren Bemühungen berichtet wurde, fanden wir begeisterte Zustimmung und Aufnahme, Soldaten und Exsoldaten stimmten beinahe einhellig für unsere Kandidaten. Der Grund, weshalb nicht noch mehr Labour-Männer gewählt wurden, liegt einfach darin, daß es angesichts einer feindlichen Presse außerordentlich schwer ist, mit der Hauptmasse der Wähler in direkte Verbindung zu treten.

Unsere Anschauungen werden zwar im House of Commons nicht von der Mehrheit vertreten, doch werden sie von einer kräftigen Minderheit, deren Macht durch das Wachsen der Meinung im Lande stark erhöht wird, in den Vordergrund geschoben. Zweifellos führen die furchtbaren Zustände in England heute viele zu der Erkenntnis, wie unsinnig und ungerecht die Friedensverträge von 1918 waren und wie dringend nötig die Revision ist. Als Resultat hiervon ergibt sich, daß sogar Mr. Bonar Law gezwungen sein wird, eine aufgeklärtere internationale Politik zu betreiben, als die frühere Regierung unter Mr. Lloyd George.

Was ist zu hoffen?

Von Charles Trevelyan,
Mitglied des englischen Parlaments.

Die Welt wartet. Vier Jahre sind seit dem Waffenstillstand vergangen und Haßwolken, die von den Kriegswaffen ausgegangen sind, hüllen noch immer Europa ein. Die Tyrannei militaristischer Doktrinen, die den Krieg geschaffen, halten die Völker weiter nieder durch die Friedensverträge, diese Dokumente des Unsinns, der Unterdrückung, des Raubs und des Imperialismus. Die physische Macht bleibt den siegreichen Regierungen Englands und Frankreichs. Deshalb beobachtet auch die Welt ängstlich die Vorgänge in England und Frankreich. Das englische Parlament wurde im letzten Monat erneuert, obgleich der Geist der Regierung derselbe geblieben ist. Und doch enthält das neue Parlament hoffnungsvolle Elemente. Es besitzt eine große Majorität, die sich gerne der schlimmsten Unterdrückungen der Verträge entledigen möchte, doch will sie sich noch nicht öffentlich dafür erklären. Nur die Arbeiterpartei gründet offen ihre auswärtige Politik auf die Revision der Verträge. Und wir von den 142 werden uns mit ganzer Kraft für die Revision einsetzen.

Das Bemerkenswerteste bei den jüngsten Wahlen war vielleicht die Art der Siege der Arbeiterpartei. Und die Männer, die gewählt wurden, sind bekannte Kriegsgegner. Die großen Rüstungsindustriestädte Glasgow, Newcastle und Sheffield werden von Männern vertreten, die während des Krieges Friedensverhandlungen führten, Ponsonby, Kickwood, Hardie und ich. Morel siegte mit 10 000 Stimmen über den Kriegsmacher Churchill. Ramsay Macdonald ist der neugewählte Führer der Arbeiterpartei. In den Augen der Arbeiter

gereicht es jetzt zum Ruhme, der Kriegspolitik und der Friedenspolitik von Versailles entgegengetreten zu sein. Arbeitslosigkeit ist der englische Anteil am Gewinn des Friedens. Eine Gemeinsamkeit des Elends wurde begründet, ein allgemeines Verständnis unter den Arbeitern aller Länder.

Die Besetzung des Ruhrgebietes.

Einmarsch riesiger Truppenmengen ins Ruhrgebiet, täglich neue Gewaltandrohungen Frankreichs an Deutschland, Ablehnung aller deutschen Garantieangebote durch die französische Regierung — was scheint einleuchtender, als daß unter solchen Umständen nichts deplazierter sein kann, als pazifistische Propaganda. Und doch, wie kurzsichtig ist eine derartige Auffassung bei genauerer Betrachtung! Können wir nicht zugleich konstatieren, daß es in der ganzen Welt, in Frankreich ebenso wie überall sonst, eine große geschlossene Schicht gibt, die sich aufs leidenschaftslichste gegen diese Gewaltpolitik zur Wehre setzt, die mit stets wachsendem Ungestüm die radikalste Revision der Friedensverträge als erste Voraussetzung des Neuaufbaus der europäischen Kultur fordert. Es sind die Pazifisten und Sozialisten in allen Ländern, die nichts unversucht lassen, um endlich zu erwirken, daß Deutschland Gerechtigkeit zu Teil wird.

Und welches ist die Haltung, die die Alldeutschen und ihre monarchistische und ultrakapitalistisch-reaktionäre Gefolgschaft diesen mutigen Vorkämpfern des Rechts gegenüber einnehmen? Gerade in ihnen erblicken sie ihre verhaßtesten Feinde, während sie umgekehrt zu den Nationalisten, Imperialisten, Faszisten, Weißgardisten der ganzen Welt in engster Freundschaft stehen. Mit den Urhebern der völkerentzweienden und kulturzerstörenden Friedensverträge, mit den Trägern der ihr Volk vergewaltigenden Unrechtspolitik allüberall, verbindet sie also weit mehr, als mit jenen Parteien und vorgeschrittenen Einzelpersönlichkeiten, die kein Opfer scheuen, um diese Unrechtspolitik aufs nachdrücklichste zu bekämpfen. Können die Alldeutschen, können die Revancheapostel in Deutschland dieses Faktum etwa leugnen? Ja, vermögen sie auch nur zu bestreiten, daß sie es denselben französischen Imperialisten, auf deren Gewaltpolitik hinweisend sie ihre Revanchehetze entfesseln, verdanken, wenn das konterrevolutionäre Bayern ihnen als Refugium für das alte militaristische Regime Deutschlands erhalten blieb? Sie entrüsteten sich über die Fortdauer der Besetzung des Rheingebiets, über die Atrozitäten, die sich die dortige Militärherrschaft zu schulden kommen ließ, erhoben laute Klage über diesen Pfahl im Fleische Deutschlands. Ist aber vielleicht das die wahren Kriegsschuldigen schützende, seine eigene Bevölkerung vergewaltigende, Deutschland nicht zur Ruhe kommen lassende weißgardistische Bayern ein weniger giftiger Pfahl im Fleische Deutschlands? Würden es die Friedensfreunde in Frankreich nicht wesentlich leichter gehabt haben zu größerem Einfluß zu gelangen, wenn das Treiben der Alldeutschen mit ihren Mörderzentralen, Geheimorganisationen und Heimwehren den französischen Nationalisten und Imperialisten nicht einen so willkommenen Agitationsstoff zur Erweckung von Angst vor dem gefährlichen Nachbarn lieferten. Nichts beweist jedenfalls offensichtlicher die ganze Verlogenheit der deutschen Revanchepolitiker, als daß sie sich aufs sorgsamste hüten, auch nur das leiseste Wort der Anerkennung für unsere Gesinnungsgenossen im Ausland zu finden, die ihr heißestes Bemühen daran setzen, für einen wahren internationalen Frieden zu wirken, indem sie Deutschland zu seinem Recht verhelfen.

Leider sind es auch jetzt wieder die nationalistischen Parteien in Deutschland, die bei den Protestkundgebungen den Ton anzugeben suchen, ohne daß man sich an den entscheidenden Stellen durchweg ausreichend zu Bewußtsein brächte, wie sehr aller gerechter Protest gegen die militärischen Gewaltmaßnahmen Frankreichs entwertet wird, wenn man denjenigen einen so starken Einfluß gewährt, die nie gegen das Unrecht protestierten, das im Krieg von Deutschland begangen wurde, die nachher die Erfüllungspolitik in nachhaltigster Weise sabotierten und die überhaupt die Schuld daran tragen, daß man noch immer kein volles Vertrauen zum neuen Deutschland fassen will. Damit soll natürlich das, was dem deutschen Volk jetzt von der französischen Regierung angetan wird, nicht im geringsten entschuldigt werden. Umso weniger, als ja niemand die Reaktion in Deutschland nachdrücklicher gefördert hat, als gerade das offizielle Frankreich, an dem die linksstehenden Parteien in Deutschland nie selbst nur eine Spur von Rückhalt fanden.

Auch vermag es unmöglich zur Verständigung in der Welt beizutragen, wenn die zwei größten Kulturvölker im Herzen Europas ihre ganze Politik auf Gläubigerunerbittlichkeit und Schuldnerlist einzustellen veranlaßt werden. So

sicher es ist, daß Deutschland seine Ehre darein setzen muß, durch seine Reparationsleistungen die Not des französischen Volkes nach Möglichkeit zu lindern, ebenso muß Frankreich seine Ehre darin erblicken, das deutsche Volk die Sünden seiner früheren Bedrücker nicht durch Demütigung und Verelendung büßen zu lassen. Es ist ausgeschlossen, daß die Welt zur Kultur zurückfindet, wenn mit einem Male der Shylockstandpunkt vorbildlich für den Geist wird, der unsere Zeit beherrscht.

Hätte die französische Regierung nicht unzählige Mittel und Wege gehabt, sich der „Verfehlungen" Deutschlands anders zu erwehren, als durch Fortsetzung jener Repressalienpolitik, die schon so unendlichen Fluch über die Menschheit gebracht hat. Und umgekehrt: Hätte sie systematisch darauf ausgehen wollen, den unseligen Revanchegedanken mit Allmacht in die Gehirne der Massen hineinzuhämmern, würden sie wirksamere Methoden, als die jetzt angewendeten, aussinnen haben können? Wie sollen wir Pazifisten zur Friedensgesinnung, zur Völkerversöhnung erziehen, wenn gewaltsam die natürlichsten nationalen Erhaltungsinstinkte bis zur sinnlosen Verzweiflung aufgestachelt werden.

Und ist es etwa möglich, daß die Kammermehrheit in Frankreich glaubt, auf dem von ihr beschrittenem Wege so gesteigerte Reparationsleistungen aus Deutschland herauspressen zu können, daß auch nur ein nennenswerter Teil der Kosten des neuen Feldzuges hereingebracht wird? Oder ist doch am Ende trotz aller offiziellen Ableugnungen dies das Ziel der jetzigen Sanktionen, Deutschland zu zerstükkeln, um auf diese Weise einen noch weit größeren „Sieg" zu erringen, als mit dem Diktat von Versailles. Mag es aber auch Schichten in Deutschland geben, die hiervon überzeugt sind und die darum keine andere Rettung für Deutschland sehen, als dereinst mit Hilfe Rußlands zu einem neuen Befreiungskrieg stark genug zu werden — wir Pazifisten müssen unermüdlich davor warnen, von Kriegen — die selbst wenn sie siegreich sind, nur die Macht der Reaktion vergrößern — Völkerbefreiung oder gar Völkerwohlfahrt und Völkerverständigung zu erwarten. Und auch dies haben wir immer wieder mit aller Entschiedenheit hervorzuheben. Gewiß, in Frankreich wird es nicht an einflußreichen Gruppen fehlen, für die die behaupteten Verfehlungen Deutschlands, bloß ein willkommener Vorwand sind, um Deutschland dauernd seiner industriell wichtigsten Gebiete zu berauben, die Kohlenreviere vollends unter die Herrschaft des französischen Kapitals zu bringen; aber hinter diesen Aspirationen steht nicht die Mehrheit des französischen Volkes, nicht einmal die Mehrheit der französischen Kammer und am wenigsten wird sich mit so abenteuerlichen Plänen — schon aus vitalstem Eigeninteresse — England und Amerika auf die Dauer ruhig abfinden können, in so langsamem Tempo ihr Widerstand zunächst auch anhebt. Organisierte Kooperation von Deutschland und Frankreich für eine beide Völker befriedigende Lösung der Reparationsfrage: das ist sicherlich die Idee, die sich schließlich durchsetzen wird.

Durch übersteigerte Angst hingegen gelangt man immer zur allverkehrtesten Politik. Deutschland darf sich in dieser Beziehung weder von den Chauvinisten Frankreichs noch von denen im eigenen Land fortreißen lassen. Bewahrung der Besonnenheit ist und bleibt jetzt vielmehr die zuverlässigste Abwehr. Nur um Gotteswillen keine Wiederkehr der 1914er Stimmung, die wähnte, ein neues 1813 heraufzuführen und 1918 schuf — wofür schon mancherlei betrübliche Anzeichen vorhanden sind. Die würdige Haltung schlichter Entschlossenheit, die die Bevölkerung der besetzten Gebiete in ihrer Beschränkung auf passive Resistenz einnahm, erweckte den besten Eindruck. Dulden wir nicht, daß dieser durch bombastische Phrasen und theatralische Gesten verdorben wird! Noch sind die Sympathien der ganzen Welt auf unserer Seite. Verscherzen wir sie uns nicht, indem wir noch einmal in den alten Fehler verfallen, die öffentliche Meinung des Auslands geringzuschätzen und uns blind der Führung der Unbelehrbaren anzuvertrauen.

Und läßt sich denn das, was das deutsche Volk gegenwärtig zu erdulden hat, von gar keinem Gesichtspunkt aus als ein Ereignis beurteilen, welches — mit so furchtbaren Leiden und Erschütterungen es momentan auch verbunden ist — sich in seinem Wahnwitz auf die Dauer selbst ad absurdum führen muß? Wie war es denn in Rußland und später in Ungarn nach dem Sieg der Rätediktatur? Da die neuen Machthaber sich außerstande fühlten, die großen Versprechungen, die sie dem Volk gemacht hatten, zu erfüllen, nahmen sie ihre Zuflucht dazu, den enttäuschten Massen statt des vergeblich erwarteten Brotes, wenigstens Spiele zu bieten. Das Schaustück, das sie zu diesem Zweck in Scene setzten, war die Marterung der Bourgeoisie. Aus ganz ähnlichen Motiven sehen sich heute die französischen Machthaber zur Marterung Deutschlands gedrängt. Die imperialistischen Hoffnungen, die dabei mitschwingen, ändern

nichts an der Tatsache, daß diese große außenpolitische Aktion in erster Linie innerpolitisch motiviert ist.

Deutschlands Aufgabe ist es angesichts dessen, sein ganzes Verhalten gemäß jener internationalen Zusammenhänge einzustellen, die mit immantenter Notwendigkeit auf den Sturz der Reaktion in Frankreich hinwirken. Eine Entwicklung, die aufs nachhaltigste verzögert würde, wenn Deutschland versuchen wollte, das aus eigener nationaler Kraft unvermittelt mit Gewalt herbeizuführen, was nur die internationalen Triebkräfte der Geschichte zu bewerkstelligen vermögen. Es gibt heute kein zweites Land auf der Erde, dessen nationale Zukunft in so hohem Maße von der Vertiefung des Internationalismus abhängt, als Deutschland. Deutschland wird nur zu neuer Größe aufsteigen, wenn es, gegen passive wie gegen aktive Vergewaltigung von gleichem Abscheu erfüllt, für das Recht schlechthin und nicht bloß für sein Recht kämpft, wenn es, getragen vom Kampf um die Rechtsidee in der ganzen Welt und tatkräftig an diesem teilnehmend, allein in der international gesicherten Rechtsidee den heiligen Urquell und zuverlässigsten Schutz seines Rechtes erkennt und unbeirrbar wahrt. R. G.

Das ungarische Problem aus dem Gesichtswinkel des Pazifismus.

Von Professor Dr. Oskar Jaszi, Wien.
Früherer ungarischer Minister.

Von der Überzeugung ausgehend, daß demokratische Kontrolle der auswärtigen Politik sich nicht nur auf den jeweiligen verantwortlichen Minister des Äußern beschränken darf, sondern sich stets auch auf die Gesandten, Konsuln und sonstigen Geschäftsträger in fremden Ländern, als die gleichsam peripherischen Organe der Geheimdiplomatie erstrecken muß, wird die „Friedens-Warte" trachten, möglichst zuverlässiges Informationsmaterial über deren Treiben zu sammeln und damit zugleich bemüht sein, allen unterdrückten Minderheiten und vergewaltigten Kleinstaaten eine freie Tribüne zu bieten, von der aus sie ihre Not in die Welt schreien können. Mit dem nachfolgenden Aufsatz machen wir einen Anfang nach dieser Richtung. Die Redaktion.

Der Schreiber dieser Zeilen hatte schon öfter Gelegenheit, die Aufmerksamkeit der progressiven öffentlichen Meinung des Auslandes auf das furchtbare Los des ungarischen Volkes zu lenken, das infolge des Weltkrieges, des ungerechten Friedens, und der Fehler der reaktionären Diplomatie politisch, ökonomisch und moralisch ein menschenunwürdiges Dasein führt.

Bei der gegenwärtigen Gelegenheit möchte ich das ungarische Problem als ein internationales behandeln, um allen ernsten Pazifisten zu zeigen, wie die Gewaltmoral der äußeren Politik und die inkompetenten, teils korrupten, teils reaktionären Diplomaten hier solche Zustände vorbereiteten und entwickelten, welche einen wirklichen kriegerischen Ansteckungsherd bedeuten für das ganze Donaubecken und so indirekt für ganz Mitteleuropa. Ungarn ist sozusagen der klinische Fall der Irrwege, der Fehler und der Verbrechen jener Politik, die den Weltkrieg heraufbeschwor, um dann systematisch neue Kriegskeime zu schaffen.

Nach dem Zusammensturz der Mittelmächte lag es in den Händen der Entente in Ungarn ein Gleichgewicht herbeizuführen, das eine friedliche Entwicklung des Donaubeckens ermöglicht hätte. Zur Erzielung einer derartigen Lage wären zwei Hauptbedingungen notwendig gewesen. Die erste: eine wirklich ehrliche und gerechte Durchführung der Wilson'schen Prinzipien, vor allem in Bezug des Plebizits und des Schutzes der nationalen Minderheiten. Die zweite: die Unterstützung der demokratischen Kräfte des Volkes, damit diese auf den Trümmern des Feudalismus und des Wucherkapitals eine lebensfähige Verfassung der Bauern, der Arbeiter und der schaffenden Intelligenz aufrichten können.

Beide Möglichkeiten standen der Entente offen, aber sie wählte einen anderen Weg. Kernmagyarische Territorien wurden aus dem Leibe des Landes gerissen und die freie ökonomische Zirkulation der abgetrennten Gebiete mit dem ehemaligen Mutterlande wurde unmöglich gemacht. Die neuen nationalen Minderheiten bekamen, auf manchen Gebieten, einen bloß papierenen Schutz.

Noch schlimmer war die Politik der Sieger dem neuen Rumpfungarn gegenüber. Trotzdem, daß die demokratische Oktoberrevolution des Jahres 1918 auf dem Wege war, mit wahrhaft bewunderungswürdigem Elan jene Institutionen ins Leben zu rufen, welche das angebliche Programm der kriegsführenden Entente bildeten, (Republik, allgemeines geheimes Wahlrecht, Autonomie für alle Nationen, Aufteilung der feudalen Latifundien, Sicherstellung der Freiheitsrechte): war die bewußte oder unterbewußte Politik aller Ententemissionen unsere demokratische Regierung unmöglich zu machen und das alte Ungarn der Magnaten und Prälaten wieder aufzurichten. Zu diesem Zwecke unterstützten

sie alle ökonomischen und politischen Maßnahmen, welche zur Diskreditierung der Karolyiregierung beitragen mußten. (Wirtschaftlicher Boykott, drakonische Waffenstreckungsbedingungen, ungerechte Durchführung dieser Bedingungen, willkürliche Besetzung des Landes vor dem Friedensschluß, Konspirationen mit der Gegenrevolution usw.).

Und als durch diese verbrecherische Politik das arme Land wieder in Brand gesetzt wurde und der salto mortale des Bolschewismus das ungarische Proletariat erschütterte, ging die Ententediplomatie auf diesem gefährlichen Wege weiter und anstatt das Nötige zu veranlassen, um das unglückliche Volk zu einem besonnenen demokratischen Regime zurückzuführen — was vollkommen in ihrem Machtbereich stand — ebnete Sir George Clark, der Bevollmächtigte der Entente Horthy den Weg und schloß seinen berüchtigten Pakt mit den Bandenführern und Terroristen, aus welchem jeder Einsichtige sogleich entnehmen konnte, daß daraus nur ein Blutbad und die Zertrümmerung aller Freiheitsrechte zu entstehen vermochte.

Aber nicht einmal die Greuel und blutigen Schandflecke des Horthyregimes genügten, um die Ententediplomatie von ihrem falschen Wege abzubringen. Im Gegenteil. Die ausländischen Missionen unterstützten das System des weißen Schreckens der illegalen Militärformationen, der faszistischen Banden und der chauvinistischen Revanchepolitik warm und energisch. Besonders Englands Vertreter, Gesandter Hohler und Admiral Troubridge legitimierten sozusagen die wilden Exzesse der Offizierdetachements. Und dieselben Ententemissionen, die das demokratische Deutschland und Oesterreich mit solch grausamer Energie entwaffneten, duldeten es nicht nur, sondern trugen teilweise dazu bei, daß der ungarische Feudalismus sich wieder bewaffne, daß die ehemaligen Kriegshetzer, ja die eigentlichen War-criminels die wichtigsten Posten des Landes besetzen, daß das neu erwachte ancien régime das ungarische Volk seines Wahlrechtes und sonstiger Freiheitsrechte beraube und die ehrlichen Anhänger der demokratischen Republik und einer friedlichen Außenpolitik aus dem Lande vertreibe.

Und die Entente duldet, ja teilweise fördert diese Politik auch heute, trotzdem sie offenkundig zu einem neuen Kriege führen muß. Denn dem neuen verstümmelten Ungarn standen und stehen nur zwei Wege offen. Der eine wäre der Weg der Demokratie und der Versöhnung. Wenn Ungarn sich demokratisieren, seine Produktivkräfte auf Grund einer großzügigen Agrarreform entwickeln, den Feudalismus ausrotten und seine arbeitenden Klassen organisieren könnte, so entstünde ein neuer pazifistischer Geist im Lande, der anstatt wieder blutige Kriege anzufachen, bestrebt wäre, durch wirksamen internationalen Schutz der getrennten nationalen Minderheiten und eine liberale Handelspolitik die ärgsten Schäden des ungerechten Friedens zu mildern, bis es endlich dem neuen demokratischen und sozialistischen Europa gelingen wird, eine prinzipielle Revision aller Friedensverträge durchzusetzen. Jedenfalls: das Ungarn der kleinen Landwirte, der Arbeiter und der schaffenden Intelligenz wäre nicht geneigt, die Hasardpolitik neuer Kriege fortzusetzen, auch dann nicht, wenn das Dogma der alten territorialen Integrität eine erreichbare Möglichkeit wäre, anstatt nur das Hirngespinst einer von der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit zitternden feudalen und plutokratischen Oligarchie.

Denn für die jetzigen Machthaber Ungarns ist der soeben skizzierte Weg nicht gangbar, weil er die Republik, das allgemeine Wahlrecht, die Aufteilung der Latifundien bedeuten würde, Dinge, die mit eiserner Notwendigkeit zum Sturze des ancien régimes führen müßten. Deshalb ist der durch die Entente in integrum restituierte ungarische Feudalismus genötigt, sich einen anderen Weg zu bahnen. Dieser Weg führt durch eine vergiftete nationalistische und antisemitische Demagogie zu einem neuen Krieg. Die Aristokraten, die hohe Geistlichkeit, die Repräsentanten der ehemaligen k. u. k. Armee, die Detachements und sonstigen Terrororganisationen wollen die inneren demokratischen und sozialen Reformen, die das Volk mit täglich wachsender Erbitterung fordert, mit allen Mitteln vereiteln. Das ancien régime flüchtet sich, nach dem prägnanten Wort Rudolf Goldscheids, vor der inneren Politik in die äußere, um durch kriegerische Deklamationen, Bummel und Putsche die Aufmerksamkeit des Landes von seinen wirklichen Interessen abzulenken.

Dieser Politik zufolge wird die Lage im Donaubecken eine immer erregtere und unerträglichere. Die öffentliche Meinung der Nachbarstaaten wird fortwährend durch Putschversuche und irredentistische Machinationen beunruhigt, was die Nationalisten und Imperialisten dieser Länder natürlich dazu benutzen, den Druck gegen die ungarischen nationalen Minderheiten zu erhöhen, die ökonomische Isolierung der Länder zu steigern und das Militär- und Polizeibudget zu erhöhen.

So wird eine ungeheure Menge von Zündstoff von Rassenhaß, von nationaler Unterdrückung, irredentistischen Putschplänen, geheimen Bandenorganisationen, vexatorischen Zollmaßnahmen, polizeilichen Schikanen, Antisemitismus, Hunger und Elend aufgespeichert, die früher oder später, aber unbedingt explodieren müssen, auch ohne die — übrigens nie fehlende Wühlarbeit — der benachbarten Imperialisten.

So bereitet sich unter verlogenen demokratischen und pazifistischen Ideologien ein neuer Krieg vor. Und die demokratische, ja die sozialdemokratische öffentliche Meinung Europas sieht diesem Treiben fast apathisch zu, ohne zu versuchen, die schrecklichen Gespenster eines neuen Weltkrieges zu verscheuchen.

Was sind die Ursachen dieser erstaunlichen Indifferenz und außerpolitischen Impotenz der europäischen Demokratie? Ich glaube sie sind in drei Hauptpunkte zusammenfaßbar. Der erste ist der heftige und erschöpfende Kampf, den die demokratischen Parteien in der inneren Politik zu führen haben, der ihre Energie fast vollkommen aufbraucht. Der zweite ist die noch immer mangelhafte Einsicht in die prinzipielle Wichtigkeit der äußeren Politik. Der dritte: die außerpolitische Unorientiertheit der demokratischen Parteien. Äußere Politik war immer ein feudales Geschäft. Die demokratischen Parteien haben weder genügende Sach- noch Menschenkenntnis hiezu. Die demokratischen und sozialistischen Politiker sind sozusagen den Berichten und Kulissenschiebereien der alten Diplomatie ausgeliefert. Es existiert heutzutage keine echte Internationalität weder der Demokratie noch der Sozialdemokratie. Die diesbezüglichen Redensarten sind meistens Kongreßphrasen ohne wirklichen Inhalt. Die wahre Internationalität — der Sprache, des gesellschaftlichen Zusammenlebens, der materiellen und hedonistischen Interessen — lebt noch immer fast ausschließlich in den Kreisen des ancien régime.

Solange es nicht gelingen wird, den arbeitenden Volksklassen ein eigenes, zuverläßliches internationales Informationsorgan zu schaffen, das die alte Diplomatie ergänzen und kontrollieren könnte, ist jede Berufung auf die pazifistische öffentliche Meinung nicht ausreichend fundiert.

Frauen-Weltkonferenz.

„Ein neuer Friede."

Von Lotte Heller, Wien.

Wie der menschliche Intellekt einmal beschaffen ist, haben Schlagworte eine suggestive Wirkung und so ist es bei der Propaganda neuer Ideen von größter Wichtigkeit, glückliche Schlagworte in die Welt zu werfen. Ein solches Schlagwort hatte der Frauen-Kongreß gefunden, der im Haag vom 7.—9. Dezember unter der Devise „Ein neuer Friede" tagte. — Von der hohen Warte der Gedankenlosigkeit herab belächeln viele unserer Zeitgenossen die Friedensbewegung als utopische Schwärmerei; es sind dieselben, die die Frauenbewegung als eine vorübergehende Mode-Erscheinung werten. Doch vielleicht hätten auch sie sie sich dem Eindruck dieser Frauentagung nicht entziehen können.

Rasch hatte der Kongreß ein bestimmtes Aussehen und fest umgrenzte Formen angenommen. Die langjährige Tradition der Frauen, gute Wirtschaft zu führen und sie in strenger und milder Ordnung zu halten, machte sich bemerkbar: Eine ganz besondere Atmosphäre, eine Atmosphäre von Herzenswärme, Verstand und Geist, innigstem, glühendsten Willen zur Gerechtigkeit und zur Zusammenarbeit allen Hindernissen zum Trotz war hier geschaffen worden. Ein feuriger Glaube, der Berge versetzt und für den es ein „unmöglich" nicht gibt, frohe Begeisterung für das Gute und eine Weihnachtshoffnung auf den Frieden auf Erden beseelte die Rednerinnen, von denen die meisten einen klaren Blick für die Realitäten des Lebens und eine genaue Kenntnis der Zustände im kranken Europa in Bezug auf die politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse zeigten.

Diese Atmosphäre teilte sich den Anwesenden sofort mit, die Kalten und die Lauen, die Spötter und die Zweifler wurden von ihr ergriffen und konnten sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß hier der Frieden mit allen Mitteln erstrebt wird und daß die tüchtigsten, fortschrittlichsten und gütigsten Frauen die Führung der Bewegung und die Verteilung der Arbeit übernommen haben, worin sie die Unterstützung der besten Männer fanden.

Diese Frauen sind zur Überzeugung gekommen, daß die Wunden, die der Krieg geschlagen, von den Friedensverträgen nicht geheilt, sondern noch weiter aufgerissen wurden.

Sie erblicken in den heutigen Zuständen nicht den Frieden, sondern den Krieg in anderer Form. Sie erhoffen keine grundlegende

Verbesserung von einer Abänderung der bestehenden Verträge und deshalb fordern sie gänzlich neue Friedensverträge, aufgebaut auf den 14 Punkten Wilsons, die bekanntlich die Voraussetzung und Basis des Waffenstillstandes gewesen waren.

Der Kongreß hatte ein engumschriebenes, ganz festes Programm; es wurden die schädlichen Wirkungen der Friedensverträge in politischer, in ökonomischer, in militärischer und in psychologischer Hinsicht aufgezeigt und erörtert. Jeder Versuch, über diesen Rahmen hinauszugehen, wurden von Miss Jane Addams, die in vollendeter Weise in größter Ruhe und mit gleich großer Energie, mit Takt und Umsicht den Vorsitz führte, im Keime erstickt. Gleich zu Beginn der Tagung wurde die Stellung der Frauenliga zum Völkerbund präzisiert, indem Jane Addams betonte, daß die „Liga" die Arbeit des Völkerbundes keineswegs unterschätze; sie erkenne die guten Ansätze darin, doch müßte der Völkerbund erst wirklich zu einem Bunde aller Völker werden, um seine Aufgaben erfüllen zu können. Und die Engländerin, Frau Swanwick, deren kenntnisreiches, außerordentlich klares, glänzendes Referat zur eigentlichen Grundlage der Besprechungen über die allgemeine und politische Lage wurde, machte die Friedensverträge dafür verantwortlich, daß der Völkerbund noch nicht zu einer demokratischen, mächtigen Institution ausgestaltet worden ist. Die erste Vorbedingung seiner Wirksamkeit liege darin, daß er wahrhaft demokratisch sein müßte. Doch die Friedensverträge seien nur eine andre Form des Krieges und der Krieg ist der größte Feind der Demokratie, daher verhindern die Friedensverträge die Entwicklung zur Demokratie bei Siegern und Besiegten, wie auch bei den Neutralen. Solange jedoch die einzelnen Mitglieder des Völkerbundes nicht demokratisch sind, kann er selbst es auch nicht sein. Trotzdem wirkte der Völkerbund schon viel Gutes; ist es doch schließlich nichts Geringes, daß ihm 51 Staaten angehören und daß in seinen Versammlungen ein wirklich internationaler Geist zu herrschen beginnt. Frau Swanwick erblickte eine ganz neue, bedeutsame Tatsache darin, daß der einzige, überdies „farbige" Vertreter des kleinen Haiti in den Versammlungen des Völkerbundes das mächtige England wegen seiner Politik in Südwest-Afrika zur Rechenschaft hatte ziehen können. Obwohl noch viele Einwendungen gegen den Völkerbund erhoben wurden und auf die Notwendigkeit seiner Verbesserung und Ausgestaltung nachdrücklich hingewiesen wurde, zeigte es sich doch, daß die Liga dem Völkerbund keineswegs unbedingt ablehnend gegenübersteht.

Einen Höhepunkt des Kongresses bildete die Rede des vornehmen Engländers, Sir George Paish, an die sich eingehende Diskussionen knüpften. Auch er trat energisch für neue Friedensverträge ein und wies darauf hin, welcher Schaden den ökonomischen Verhältnissen Deutschlands und der ganzen Welt daraus erwachsen sei, daß die Reparationszahlungen nicht fixiert worden waren. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die Reparationen mit 100 Milliarden fixiert werden sollten, wovon Deutschland nur die Interessen zu bezahlen hätte. Er glaubt, dies und eine bereitwillige, aufrichtige Erklärung Deutschlands, diese Summe bezahlen zu wollen, würde genügen, um den Handel neu zu beleben und Kredit zu erlangen. Natürlich müßten auch die Zollschranken fallen und wirkliche Sicherungen zur Erhaltung des Friedens geschaffen werden.

Es war ein fast rührender Gegensatz als dann Fräulein Rihonet, eine zarte, junge Pariserin mit erstaunlicher Sachkenntnis über die ökonomischen Verhältnisse Frankreichs sprach. Sie klagte darüber, daß die Kosten der Okkupations-Armee so groß sind wie die Reparationszahlungen, daß infolge dessen der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete immer wieder verzögert werde. Durch die Kohlen-Reparationen werden die französischen Bergarbeiter schwer geschädigt und sie leiden umso schwerer, je tiefer die deutsche Mark sinkt. Mr. Frederick Pethick-Lawrence verglich die Okkupations-Armee mit einem Beamten, der Schulden eintreiben soll, dessen Entlohnung jedoch den eingebrachten Betrag übersteigt.

Große Bewegung rief ein Bericht der weißhaarigen Engländerin Marion Fox hervor, die über ihre Erlebnisse im besetzten Gebiet voll unparteiischer Menschlichkeit sprach. Sie schilderte, wie ungeheuer groß die Wohnungsnot in den besetzten Gebieten durch die Anwesenheit des Besatzungsheeres geworden ist; zu welch grotesken Verhältnisse es oft führt, wenn die reichentlohnten Sieger mit den verarmten Besiegten in einer Wohnung hausen. Welche Gegensätze in der Lebensführung hier aufeinanderprallen, wenn ein einfacher Soldat eine Tageslöhnung hat, die dem Monats-Einkommen eines Professors oder Richters entspricht; wie die einen in derselben Küche schwelgerische Mahlzeiten zubereiten, während den andern die notwendige Milch für ihre Kinder fehlt. Denn zuerst muß ein bestimmtes Quantum Milch an die Besatzung-Armee abge-

liefert werden, erst der Rest gehört den Kindern der Besiegten. Daß diese Zustände auch auf die Sieger die nachteiligsten Wirkungen in moralischer und sittlicher Hinsicht ausüben, wurden von vielen Rednerinnen, nicht zuletzt von den Französinnen ausgesprochen.

Überhaupt die Französinnen! Wie sehr waren sie geeignet, die Zeitungsnachrichten vom Haß des französischen Volkes gegen Deutschland zu entkräften! Sie sind feurige, glänzende Rednerinnen, unparteiische Beurteilerinnen. Ihre Delegation bestand aus 12 Frauen, von denen einige frisch und elegant, andre müde und zermürbt sind, doch jede einzelne voll Eigenart und Temperament. Sie waren hinreißend und erzielten auch größte Wirkung. Mit allem Nachdruck traten sie für Deutschland ein und da sie darin von den anderen Nationen weitgehend unterstützt wurden, konnte man sich manchmal des Eindruckes nicht erwehren, bei einem Weltkongreß zugunsten Deutschlands zu sein.

Eine Französin, Mme Jouve, war es auch, die in ihrer Rede über die psychischen Wirkungen der Friedensverträge daran erinnerte, daß die Soldaten, die sich in den Schützengräben gegenüber lagen, keine Haßgefühle nährten. Erst der sogenannte Friede hat die tiefe Kluft zwischen den Völkern aufgerissen. Und Mrs. Pethick Lawrence wies in ihrer äußerst lebendigen Art darauf hin, daß es gerade die edelsten und wertvollsten Instinkte der Menschen sind, die die Kriegsmacher für ihre Zwecke auszunützen verstehen. Sie kennen genau die Sehnsucht, die in vielen lebt, der Menschheit zu dienen und sich für eine Idee zu opfern und sie appellierten letzten Endes immer an diese besten Gefühle, um die Völker in den Wahnsinn des Weltkrieges zu treiben. Die Pazifisten müssen die Methoden der Kriegsmacher übernehmen, doch nicht zum Zweck der Vernichtung und Zerstörung, sondern zum Aufbau des Lebens. Dazu ist jedoch eine wirkliche Massenbewegung nötig.

Sind wir wirklich bereits so weit, um von einer pazifistischen Massenbewegung der Frauen sprechen zu können? Zwar repräsentierte dieser Kongreß 20 Millionen Frauen, und das wäre nicht zu wenig, wenn diese Frauen von dem gleichen Glauben und demselben unerschütterlichen Willen zum Frieden erfüllt wären wie ihre Führerinnen, wenn diese Frauen so straff organisiert wären, daß man sicher sein könnte, sie würden gegebenen Falles einig und geschlossen einem Aufruf zur gemeinsamen Aktion Folge leisten. Dann erst würden die Frauen ein wirksamer Friedensfaktor sein. Und wenn sie — wie es jetzt im Haag zum Teil bereits geschah — gemeinsam mit den Arbeitern der Welt vorgehen, ist eine unwiderstehliche Macht geschaffen, der auf die Dauer nichts und niemand zu widerstehen vermag — nicht einmal die Kriegsfurie.

Der Haager Weltfriedenskongreß der Gewerkschaftsinternationale.

Von Dr. Helene Stöcker (Berlin).

Wer mit vollem Bewußtsein der tragisch verworrenen Weltsituation zu den Friedenskongressen im Haag gefahren ist, der konnte natürlich nicht mit der Gewißheit, daß nunmehr der Weltfriede gesichert sei, aus dem Haag zurückkehren. Und wem es nun gerade geschah, daß er vielleicht das soziologisch und psychologisch außerordentlich lehrreiche Werk von Dr. Fritz Brupbacher: „Marx und Bakunin" in die Hand nahm, — ein Beitrag zur Geschichte der internationalen Arbeiter - Association, (Verlag Birk & Co., München), das vor dem Kriege erschienen ist — den mußte die Geschichte des Schicksals der ersten sozialistischen Internationale lehren, daß wir psychologisch wie organisatorisch nicht sehr viel weiter gekommen sind, trotz der ungeheuren Lehren, die die Menschheit inzwischen erhalten hat. Man begreift dann, von dieser historischen Darstellung aus immer aufs neue, warum der Marxismus, — der genau wie der Bismarcksche Militarismus in falsch verstandener Realpolitik die Menschen nur nahm, wie sie sind und der nichts von ihnen fordern wollte, was irgend eine geistig-sittliche Anspannung ihres Wesens verlangt hätte — zu diesem fatalistischen Gehen-lassen, zu diesem Sich-beugen unter die Entwicklung gelangte. Das uns am Ende alle miteinander bis an den Rand des Abgrunds, einen großen Teil von uns auch schon hinein in den Abgrund des Todes und der Zerstörung geführt hat. Und wenn man sich dann noch vergegenwärtigt, daß auch kurz vor dem Weltkriege die sozialistische Internationale 1912 in Basel einen Friedenskongreß abhielt, in dem sie die Bereitschaft der Arbeiter und des Sozialismus, am Weltfrieden mitzuarbeiten, verkündete, um dann doch in der Mehrzahl der Länder 20 Monate später der Suggestion der „Verteidigung des bedrohten Vaterlandes" zu unterliegen, — wer sich das vergegenwärtigt, der wird auch nicht darauf hoffen können, daß der Weltfriedenskongress vom 10. bis 15. Dezem-

ber 1922 im Haag hier schon die Welt gegen ihre sinnlose Selbstzerstörung gesichert habe.

Die bürgerliche Tagespresse hat außerhalb von Holland, — in Deutschland wenigstens — dem Kongress nicht einmal die Beachtung geschenkt, die sie ihm immerhin hätte zuteil werden lassen können und müssen, wenn ihr überhaupt die Bemühungen, zum Weltfrieden zu gelangen, ernstlich am Herzen gelegen hätten. Aber es ist, als ob die Welt immer noch blind und taub sei für das was geschieht, als ob sie nicht sehen und hören wolle, als ob sie noch lieber sich der völligen Zerstörung und Vernichtung hingeben wolle, — soweit noch etwas vom Weltkrieg und seinen Folgen unzerstört und unvernichtet geblieben ist, — ehe sie sich dazu entschließen könnte, wirklich einmal ernste Schritte gegenüber diesem Weg des Militarismus, der nur in immer größeres Elend führt, zu tun. Diese sich gern mit ihrer Realpolitik brüstenden Staatsmänner und Volks- und Presse-Vertreter sehen zwar, daß die bescheidenen Abkommen über die Rüstungsbeschränkungen im fernen Osten der Konferenz in Washington noch nicht ratifiziert worden sind. Sie wissen zwar, daß die Vorschläge der russischen Regierung in Genua, die Rüstungsbeschränkungen zu diskutieren, abgelehnt worden sind; sie wissen auch, daß auf der Abrüstungskonferenz im Osten, wo Rußland bereit war, das russische Heer um 75 % zu kürzen, von Polen, hinter dem diesmal der französische Militarismus steht, abgelehnt worden ist. Sie sehen auch, daß in allen Ländern eifrig an der Vorbereitung neuer grauenvoller Waffen, der Gaswaffe und der Luftflotte, gearbeitet wird; sie sehen die Spannung im nahen Osten, in der Türkei und die Bedrohungen durch die Sanktionen am Rhein. Und doch scheinen ihnen alle diese unzweifelhaften „Realitäten" noch nicht ernsthaft, nicht wirklich genug, um mit der gleichen Leidenschaft und Energie, mit der sie in den Krieg zogen, nun die Abwehr so grauenvoller, der menschlichen Phantasie unvorstellbarer Ereignisse — wie ein Krieg der Zukunft bedeuten würde — vorzubereiten.

Es würde eine Betrachtung für sich erfordern, einmal den psychologischen und soziologischen Ursachen eines so schier unbegreiflichen Verhaltens nachzugehen. An dieser Stelle müssen wir uns, in diesem Zusammenhang, damit begnügen, diese Unbegreiflichkeit festzustellen und zu versuchen, ein wenig über den Gang der Ereignisse im Haag zu berichten.

Im April l. J. hat der Internationale Gewerkschaftskongreß in Rom beschlossen, daß das Proletariat allen in Zukunft drohenden Kriegen durch die Waffe des Generalstreiks begegnen sollte. Das ist insofern als Entschluß in dieser Formulierung ein Fortschritt, um den bisher die radikalsten Geister der Internationale seit dem Jahre 1868 vergeblich gerungen hatten. Eine Forderung, die insbesondere auch von Domela Nieuwenhuis auf dem internationalen Sozialisten-Kongress in Brüssel 1891 und in Zürich 1893 (Generalstreik und Massendienstverweigerung) vorgeschlagen wurde, dort aber keine Majorität mehr fand, die sich inzwischen auf den Parlamentarismus und die Entwicklung, im Sinne des orthodoxen Marxismus, verlassen zu dürfen glaubte. Erst die Bewegung des konsequenten revolutionären Anti-Militarismus, die im Jahre 1904 von Domela Nieuwenhuis begründet wurde und die zu Ostern 1921 im Haag einen internationalen Kongreß abhielt, auf dem die Generalstreik-Forderung aufs neue erhoben wurde, hat diese Tradition fortgesetzt. Insofern ist es natürlich, trotz aller Skepsis, die man haben muß, ein Fortschritt, eine Anerkennung der Notwendigkeit dieser alten radikalen Forderung, daß wenigstens der Gedanke des Generalstreiks zur Annahme gelangt ist. Zweifellos ist also ein Teil derer, die diese Forderung nun auch innerhalb der Gewerkschaften zur Annahme brachten, von der Notwendigkeit neuer durchgreifenderer Methoden im Kampf gegen den Krieg stärker durchdrungen, als der mehr technisch-organisatorische Vorkriegspazifismus es sein konnte. So viel darf man als positives Resultat festhalten.

Insofern war der vom 10.—15. Dezember tagende „Weltfriedenskongress" des internationalen Gewerkschaftsbundes, der 2., 2 ½. und 3. Internationale, Demokraten und Kommunisten, bürgerliche Pazifisten und revolutionäre Antimilitaristen einte, als Symptom außerordentlich erfreulich und begrüßenswert. Daß die Gewerkschaften, die früher den größten Wert darauf legten, „unpolitisch" zu sein und zu heißen, nunmehr nicht davor zurückgeschreckt sind, anzuerkennen, daß die Frage des Krieges und des Friedens keine akademische Frage mehr ist, die allein Staatsmänner und Politiker angeht, sondern daß sie das realste, direkteste Lebensinteresse jedes einzelnen arbeitenden Menschen betrifft, das ist ein unleugbarer Fortschritt der Erkenntnis, den wir freilich ungeheuer teuer haben bezahlen müssen. Er ist jenen zu danken, die den Mut aufbrachten, in einer gewiß noch mannigfach widerstrebenden, träge am Alten hängenden Gemeinschaft diesen Willen durchzusetzen und zum Ausdruck zu bringen. Wir glauben an den aufrichtigen und ernsten Willen derer, die die Resolution von Rom durch-

gesetzt haben; niemand darf ihnen den Vorwurf machen, daß sie nicht aufrichtig das Ziel eines wahren dauernden Friedens erstrebten. Im Gegenteil, es mag ein gut Teil schweren und ernsten inneren Kampfes vorausgegangen sein, ehe es zu einer solchen offenen Feldschlacht für den Frieden — unter Androhung des Generalstreiks — kommen konnte. Aber gerade wenn man von der Ehrlichkeit, dem unbedingten Friedenswillen einer kleinen Minderheit innerhalb der internationalen Gewerkschaften überzeugt ist, und zugleich begreift, wie das Bewußtsein der Verantwortung für das Schicksal von Millionen Menschen vor allzu idealistischen, nicht ausführbaren Vorschlägen und Entschlüssen zurückhält, so muß doch — um nicht falsche Illusionen und Hoffnungen zu erwecken, die am Ende zu bitterer Enttäuschung führen müssen, — ausgesprochen werden, daß die Mehrheit derer, die im Haag zusammenkamen, wohl kaum schon begriffen hat, um was es sich eigentlich handelt.

Diese schwerwiegenden Differenzen der Auffassung über das Kriegs- und Friedensproblem kamen sowohl in den öffentlichen Delegiertenversammlungen, wie in den Kommissionsberatungen zum Ausdruck. Friedrich Adler-Wien als Vertreter der Internationale 2 ½ hat insbesondere das Problem in seiner vollen Schärfe hervorgehoben. Er fragte: 1. Was geschieht, wenn der Krieg dennoch ausbrechen sollte? 2. Was geschieht, wenn der Generalstreik nicht gelingen sollte? Und wenn er antwortete: „Die Internationale über alles, über alles in der Welt", so saßen doch neben ihm bei diesem Kongreß in der übergroßen Mehrzahl Vertreter der 2. Internationale, die zum Teil viel entschiedener als manche sog. bürgerliche Pazifisten 1914, wie auch heute noch, das „Vaterland", einen bestimmten, nämlich ihren eigenen Staat über alles, auch über die Internationale stellen. Auch die Kommunisten hatten Vertreter entsandt, von denen insbesondere Radek und Losowski mit der Aufstellung ihrer „14 Punkte" eine Einheitsfront unter den Arbeitern aller Richtungen zu schaffen versuchten, auf die ihnen scharfe Zurückweisung, Hohn und Bitterkeit antwortete.

Der radikale Pazifismus kann sich gewiß nicht mit dem offenen Militarismus der roten Armee verbünden. Wohl aber kann dieser offene, klare unabgeleugnete Militarismus, der die Gewalt mit vollem Bewußtsein noch als notwendig anerkennt, im Kampf um die Erreichung des Weltfriedens vielleicht ungefährlicher erscheinen als der geleugnete und vielleicht zum Teil sogar unbewußte Militarismus jener, die nach wie vor am Rechte des sogenannten „Verteidigungskrieges" festhalten, die diesem Moloch nach wie vor Millionen Menschenleben zu opfern bereit sind. Darin liegt eben das Bedenkliche und Unzulängliche der Beschlüsse vom Haag.

Wohl ist es der radikaleren pazifistischen Richtung gelungen, den Wortlaut der römischen Resolution, daß die Arbeiterschaft allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks verhindern wolle, in die Haager Resolution des Gewerkschaftskongresses einzufügen.

Wohl ist es ferner derselben Richtung gelungen, einen Wortlaut aus den Entwürfen auszumerzen, der sich trotz der erschütternden Erfahrungen von 1914 wieder vermessen wollte, die Verantwortlichkeit der Regierungen im Moment des Kriegsausbruches abzuwägen und danach die Haltung der Völker zu bestimmen. Aber die sowohl in den öffentlichen, wie auch in den geschlossenen Sitzungen ausdrücklich abgegebenen Erklärungen insbesondere der Belgier, wie zahlreicher gesinnungsverwandter Elemente der während des Krieges sozialpatriotischen 2. Internationale haben gezeigt, daß für sie noch immer die Ablehnung des Verteidigungskrieges eine Unmöglichkeit ist. Damit ist von vornherein einer Verwirklichung der in der Resolution angenommenen Forderung im kritischen Augenblick der Boden unter den Füßen entzogen. Denn: entweder ist jede Nation bereit, in Wahrheit in Zukunft allen drohenden Kriegen entgegenzutreten oder sie ist nicht dazu bereit.

Es wäre viel erfreulicher und dankbarer, als Chronist des Kongresses in eine begeisterte Apothese dessen einstimmen zu können, was der Kongreß gebracht hat, der ja immerhin zum ersten Male in der Weltgeschichte wenn auch keine Einheitsfront, so doch eine Kämpferfront gegen den Krieg von den wahrhaft bürgerlichen demokratischen Pazifisten bis zu den Kämpfern der Internationale 2½ zu den Kommunisten, den Anarchisten, Syndikalisten und den Radikalsten gegen den Krieg kämpfenden Gruppen, den Kriegsdienstgegnern der verschiedenen Länder sah. Aber von der Einheitsfront eines wirklichen entschlossenen, unerbittlichen Kampfes gegen den Krieg sind wir — das muß, um des Friedens selber willen, offen und ehrlich gesagt werden — noch unendlich weit entfernt.

Die Referate der ersten Tage brachten Betrachtungen darüber, was die Regierungen und die Arbeiter, was die Erziehung, was die kultureilen pazifistischen Organisationen zur Erhaltung des Friedens tun könnten. Referenten waren: Vertreter der Kriegssozialisten und bürgerlichen Pazifisten: Henderson aus England, Buisson aus Paris, Prof. Quidde aus Deutschland, alles Vertreter der sogenannten älteren Richtung im Sozialismus und Pazifismus. Das Bedeutsamste war das Referat Fimmens, dessen Klarheit und Entschiedenheit in der Forderung des Generalstreiks gegen den Krieg an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Es erfuhr eine Abschwächung nur durch die Kommentare, die die Vertreter der zweiten Internationale, der Vorsitzende des internationalen Gewerkschaftsbundes Thomas, der auch den Kongreß leitete, Henderson, Vandervelde, Huysmans und De Brouckère u. a. gaben. Zeitweise drohte auch der Kongreß zu einer bloßen Auseinandersetzung zwischen den Angehörigen der 2. und 3. Internationale zu entgleisen. Man hätte die aufgewendete Leidenschaft lieber in dem Kampf gegen den äußeren Feind als in den gegenseitigen Vorwürfen, daß man in dem Kampf gegen den Krieg durch seine bisherige Haltung kein Vertrauen verdiene, verwendet geschehen. Den mehr rechtsstehenden Gruppen der belgischen und französischen Sozialisten standen die zu einem großen Teil weit mehr links gerichteten entschlossener pazifistisch gesonnenen englischen Politiker, unter ihnen so hervorragende Persönlichkeiten wie Ramsay Macdonald, Robert Smillie, Charles Roden-Buxton, Mr. Pethick-Lawrence u. a. gegenüber. Aber auch sie kamen nur sehr zum Teil zu Worte. Etwa 40 Rednern mußte das Wort abgeschnitten werden, da man in den ersten Tagen die Redezeit zu lange ausdehnte und durch die Übersetzung in die anderen Kongreßsprachen, die deutsch, französich und englisch waren, sehr viel Zeit verloren ging.

Auch in den Kommissionen, der politischen, der gewerkschaftlichen, der pazifistischen und der Erziehungskommission, konnten nur der Zusammensetzung des Kongresses entsprechende Resultate erzielt werden. Die Dienstverweigerung z. B. erkannte man zwar theoretisch als achtungswert an, wagte aber doch nicht von Seiten des Kongresses, wie zuerst beabsichtigt war, ein Sympathietelegramm an die noch im Gefängnis befindlichen Kriegsdienstverweigerer in den verschiedenen Ländern zu versenden. Und wenn auch, wie schon im Anfang erwähnt, in der Gewerkschafts-Resolution durch die Kommissionsberatung einige Rückstände ausgemerzt, vereinzelt größere Klarheit erzielt werden konnte, so muß der Wert doch an der tatsächlichen Haltung der Mehrheit derer ermessen werden, die hinter dieser Resolution stehen oder vielmehr in der letzten Konsequenz leider nicht dahinterstehen. Die in der pazifistischen Kommission vereinbarte Resolution blieb derart vage und allgemein, daß 11 von den 16 Vertretern des „Deutschen Friedenskartells" zu Protokoll die von Dr. Kurt Hiller formulierte Erklärung angaben, daß sie diesen verschwommenen und veralteten Formulierungen nicht zuzustimmen vermöchten.

So mag gerade der, welcher diese Tage miterlebt hat · die eine Fülle bedeutender politischer Persönlichkeiten dort im Kongreßlokal des Haager Zoologischen Gartens vereinten, die skeptische Besorgnis empfinden, ob die Freunde des Krieges doch Recht behalten sollten, daß der Krieg nicht ausrottbar sei. Nicht weil er nicht ausgerottet werden könnte, sondern weil ihn die Menschen im tiefsten, ihnen selbst vielleicht unbewußten Grunde ja noch gar nicht ausrotten wollen. Wen diese unsagbar schauerlichen Jahre — wen die ungeheuren Verluste von etwa 35 Millionen Menschenleben noch nicht zu dem unerschütterlichsten, eisernsten Willen geführt haben, daß die Menschheit nie wieder dieses Verbrechen, diesen Wahnwitz der Selbstzerstörung auf sich laden dürfe, dem ist wohl in der Tat nicht zu helfen!

Wer hiernach noch von „Wenn und Aber", von „Verteidigungskrieg" sprechen kann und dabei den „Weltfrieden" im Munde führt, der ist ein gefährlicher Selbstbetrüger bestenfalls, ein noch viel gefährlicherer Betrüger des Volkes, der Menschheit aber in jedem Fall. Das muß als das ernste erschütternde Ergebnis dieses historischen Ereignisses unbedingt klar ausgesprochen werden, wenn man sich nicht mitschuldig machen will an einer trügerischen falschen Sicherheit, in die sich weite Kreise des Bürgertums, wie der Arbeiterschaft sonst vielleicht nach den Beschlüssen des Kongresses wiegen könnten.

Es ist hier ein altes Ideal: das des engeren „Vaterlandes", das mit einem neuen Ideal — dem der Menschheit — ringt. Nach den erfahrungen und Ergebnissen dieses Kongresses sind wir — vielleicht — am Anfang eines neuWeges durch die einfache Tatsache, daß er einmal alle für den Kulturfortschritt wirkenden Elemente zeitlich und räumlich bei der Erörterung der Bedingungen für einen dauernden Frieden zusammenführte. Aber wir sind

von dem Endziel noch erschreckend weit entfernt.

Der radikale Pazifismus muß diese Tatsache klar erkennen. Er muß aussprechen was ist, so bitter schwer diese Erkenntnis fallen mag. Denn der revolutionäre aktive Pazifismus, der sein Heil nicht mehr nur in einigen Führern sieht, sondern der der Überzeugung ist, daß die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges jeder Einzelne mitträgt, daß es daher gilt, das Mittel des vorgeschlagenen Generalstreiks durch die Übernahme der persönlichen Verantwortlichkeit jedes Einzelnen erst zur wahrhaft wirksamen Waffe werden zu lassen, dieser radikale Pazifismus steht zwischen zwei, nein zwischen drei und vier Feuern. Er ist nicht nur ein Gegner des bewußten Militarismus der Reaktion: von dem — vielleicht verhängnisvoll unbewußten — Militarismus der Sozial-Patrioten scheidet ihn die klare Erkenntnis der Notwendigkeit, jeden Krieg, auch den sogenannten Verteidigungskrieg abzulehnen, dessen Anerkennung jeden Kampf gegen den Krieg von vornherein zu einer stumpfen Waffe macht.

Von den Kommunisten scheidet ihn deren offener Militarismus und ihre Ablehnung der persönlichen Dienstverweigerung; von den alten bürgerlichen, demokratischen Pazifisten, scheidet ihn sowohl die Ablehnung des Verteidigungskrieges wie die Annahme der Notwendigkeit der individuellen Verantwortlichkeit, wie er ja zugleich auch darin über den alten bürgerlichen Pazifismus hinausgeht, daß er sich bewußt ist, daß man den Krieg nur dann wirksam bekämpft, wenn man zugleich auch seine Ursachen, d. h. für uns nicht nur seine wirtschaftlichen, sondern auch seine soziologischen und psychologischen Ursachen, bekämpft.

Am nächsten steht dieser Auffassung politisch die englische Unabhängige Arbeiterpartei — seit es eine deutsche Unabhängige Partei kaum noch gibt — die sich in den letzten Wahlen für das englische Parlament in hohem Maße durchgesetzt hat, die noch eine unserer besten Hoffnungen für eine größere Befriedung der Welt augenblicklich ist.

Leider ist dies Element auf dem Kongreß nicht so ausgiebig zu Wort gekommen, wie es im Interesse der Annäherung an den Frieden wünschenswert gewesen wäre.

Erfreulich war jedenfalls ein Protest der französischen und belgischen Parteien und Gewerkschaften gegen die drohende Besetzung des Ruhrgebietes, von dem man nur wünschen möchte, daß ihm, nachdem verblendeter Imperialismus dennoch zu diesem Gewaltakt gegriffen hat, auch Taten folgen möchten. Es war Radek, der den Kongress warnte, die Gefahren der „Regierungskonferenz von Lausanne" zu unterschätzen, deren Entscheidungen in Kurzem zu einem Kriege im Osten führen müßten, bei dessen Ausbruch man seiner Warnung dann zu spät gedenken würde.

Wenn es sich bei dieser Forderung des schärfsten rücksichtslosesten Kampfes gegen den Krieg nur um Mittel zur Verschönerung des Lebens, um Angelegenheiten letzter feinster Kultur handelte, könnte man vielleicht verstehen, daß wir erst in so bescheidenem Maße auf eine Realisierung hoffen dürfen.

Da es sich aber um das Leben selber, um die Weiterexistenz der Menschheit auf unserem Planeten sozusagen handelt, also um das Elementarste und Wesentlichste dessen, was den Menschen von einem unbegreiflichen Schicksal geschenkt ist, so muß freilich dieser Mangel an Erkenntnis, an Einsicht und Willen zum Leben uns tief erschüttern.

Wenn diese Schwächlichkeit und Unklarheit über den Weg zum Frieden, ja, dieser halbe Wille zum Kriege selbst in jenen Kreisen noch möglich ist, die gegen den Krieg zu wirken glauben, wie weit sind wir dann noch vom Ziele des Friedens selbst entfernt!

Wird die Menschheit den ewigen Frieden noch erreichen, ehe unser Stern mit einem anderen im Weltenraum zusammenstößt, ehe die Sonne, die uns das Leben schenkt, das wir so mutwillig und kindisch zerstören, ihre Leuchtkraft verloren hat?!

Aber wir müssen und wollen trotz dieser schweren und schmerzlichen Zweifel arbeiten, als ob unsere Arbeit dennoch vermöchte, dem sinnlosen Selbstmord der Menschheit ein Ende zu bereiten und damit erst ein Leben auf dieser Erde zu ermöglichen, das auch in jedem höheren Sinne des Lebens lohnt.

Politische Glossen.

Ein Widerspruch besteht in der internationalen Friedensbewegung auf dessen Beseitigung nachdrücklicher als bisher hingearbeitet werden muß. Unsere Gesinnungsgenossen in Frankreich empfehlen uns immer wieder, die deutsch-französische Verständigung durch Erzielung eines freimütigeren und entschiedeneren Schuldbekenntnisses Deutschlands zu fördern, während im strikten Gegensatz hierzu unsere englischen Freunde den Vorwurf gegen uns er-

heben, daß wir Deutschland veranlassen, zu viel Schuld auf sich zu nehmen und das wir gerade dadurch jede aufbauende Friedenspolitik erschweren. Dieser Meinungsgegensatz unter unseren auswärtigen Gesinnungsgenossen, bringt uns deutsche Pazifisten, bringt alle Linksstehenden in Deutschland in eine höchst unerquickliche Situation. Sicher ist, daß wir uns nicht verführen lassen dürfen, von einer Alleinschuld Deutsohlands zu reden. Eine derartige Stellungnahme widerspräche schon allen modernen Auffassungen der Kriminalistik, die selbst das Einzelverbrechen in seiner sozialen Bedingtheit zu begreifen suchen. Ist aber etwa die soziale Bedingtheit des Individuums geringer, als die internationale Bedingtheit jeder einzelnen Sozietät? Und noch Eines: es ist verkehrt, ganz generell von Schuld zu sprechen. Wir müssen vielmehr unterscheiden zwischen der Schuld am Krieg, der Schuld im Krieg und der Schuld nach dem Krieg. So allein würden wir zu einer gerechten Verteilung der Verantwortlichkeiten für die grenzenlosen Leiden der gegenwärtigen Menschheit gelangen. Und dann: Ist nicht der letzte Krieg und alles was ihm folgte ein so ungeheures Verbrechen, daß auch, wenn man Jeder einzelnen Regierung ihren vollen Schuldanteil zumißt, noch immer genug Schuld für alle übrig bleibt?

* * *

Von Frankreich wird Deutschland immer wieder vorgeworfen, daß es zahlen könnte, wenn es zahlen wollte, daß es noch eine große Anzahl schwerreicher Leute in Deutschland gäbe, die sich den tollsten Luxus gestatten, daß es also keineswegs notwendig wäre, breite Massen zur Verelendung, ja direkt zum Verhungern zu verdammen, um den Reparationsverpflichtungen entsprechen zu können. Welches laute Geschrei über bolschewistische Experimente erheben aber diejenigen, die diesen Vorwurf gegen Deutschland richten, unverzüglich, sobald nur der leiseste Versuch unternommen wird, die ungeheuren Vermögensunterschiede, durch Erfassung der Sachwerte oder ähnliches auch nur im bescheidensten Maße auszugleichen. Die französische Regierung und die Parteien die sie unterstützen, werden sich darum endlich bequemen müssen, klar auszusprechen, wie Deutschland das Kunststück zustande bringen soll, die ungeheuren Reparationszahlungen und die riesigen Kosten für die Besatzungsarmee aufzubringen, sowohl ohne die Besitzenden radikal anzufassen, wie ohne Frauen, Kinder und Greise verhungern und breite Schichten des arbeitenden Volkes verelenden zu lassen.

* * *

Bei dem Abkommen mit Oesterreich hätte der Völkerbund die günstigste Gelegenheit gehabt, zu zeigen, daß er besser ist als sein Ruf. Leider hat er diese Gelegenheit völlig ungenutzt gelassen, sich vielmehr durchaus in den Bahnen der überlebten traditionellen Politik bewegt. Wie dieses Abkommen mit Geheimverhandlungen begann, so wurde es bis knapp vor dem Abschluß in Geheimverhandlungen weitergeführt. Von Respekt vor der Demokratie war weder an dem Auftreten der Völkerbunddelegierten das Geringste zu merken, noch ist der Inhalt der Abmachungen geeignet, das Selbstbestimmungsrecht und die demokratischen Errungenschaften Oesterreichs zu fördern. Ganz im Gegenteil! Obwohl die Völkerbunddelegierten Zeugen der starken Opposition waren, welche dem Genfer Abkommen vom ersten Augenblick an in der Sozialdemokratie erwuchs, die die einzig nicht reaktionäre Partei Oesterreichs ist und mehr als zwei Fünftel der Bevölkerung umfaßt, hielten es die Delegierten des Völkerbundes nicht für nötig, mit deren Führern Fühlung zu nehmen, sondern ließen sie sich statt dessen ausschließlich von den Vertretern jener Parteien informieren und dirigieren, von denen sie wußten, daß sie die treusten Stützen des alten Regimes in Oesterreich und des von ihm verschuldeten Krieges waren. Diesen Parteien kamen sie entgegen mit allen jenen Bestimmungen des Abkommens, durch die das Parlament jederzeit ausgeschaltet zu werden vermag, die es gestatten, die durch den Krieg am schwersten betroffenen Volksschichten mit noch härterem Druck, mit noch viel empfindlichen Entbehrungen zu belasten.

Indem der Völkerbund den Versuch unternahm, ein durch den Krieg ruiniertes Land zu sanieren, hat er sich sicherlich eine sehr rühmenswerte Aufgabe gesetzt. Dieses Verdienst soll ihm nicht geschmälert werden. Aber die völlig verfehlte Art, wie er sein Werk bisher in Angriff nahm, zeigt, eine wie umfassende Reformarbeit am Völkerbund noch wird geleistet werden müssen, damit er sich auch nur annähernd zu dem entwickelt, was er vorgibt, sein zu wollen.

* * *

Seit über vier Jahren ist der Weltkrieg zu Ende, aber ein wirklicher Friede ist noch immer nicht zustande gekommen. Wir befinden uns nach wie vor im Stadium des Waffenstillstandes. Sehr mit Recht wird daher in Variation des Clausewitz'schen Wortes immer wieder gesagt: Der jetzige Friede ist die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln. Das beweisen nicht nur die Vorgänge im Ruhrgebiet, die augenblicklich unsere Hauptaufmerksamkeit in Anspruch nehmen, sondern in nicht minderem Maße die Verhältnisse im südöstlichen Europa, wie im gesamten nahen Osten überhaupt. Von dort her droht sogar die weit größere Gefahr einer neuen Weltkonflagration. In der Türkei bewegen sich die Dinge auf eines Messers Schneide, umso mehr, weil das türkische Problem auf das unheilvollste durch denn Streit um die Petroleumquellen in Mossul kompliziert wird, die sich nur allzu leicht an der imperialistischen Rivalität der Westmächte entzünden können. Ungarn rüstet fieberhaft, Jugoslavien desgleichen, das faszistischen Italien ist am wenigsten eine Friedensgarantie und zu alledem kommt noch das große Fragezeichen Rußland . Schon gehen geheimnisvolle Gerüchte über eine für das Frühjahr bevorstehende Offensive um, von der man nicht einmal weiß, gegen wen sie sich richten soll, ob gegen Rumänien, ob gegen Polen, oder ob vor allem Vorbereitungen getroffen werden, um an der Seite der Türkei mit den Waffen in die Auseinandersetzung der westlichen Großmächte einzugreifen. Natürlich rüsten aus diesem Grunde auch Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei.

Hängt es angesichts alles dessen nicht nur von unberechenbaren Zufälligkeiten ab, ob sich diese ungeheuren Spannungen in einer neuerlichen, die ganze Welt erschütternden Explosion entladen werden, oder nicht. Eine im äußersten Grade beunruhigende Situation, deren gerade wir Pazifisten uns vollkommen bewußt sein müssen, die wir bei allem flammenden Idealismus der uns erfüllt, nie in Schönfärberei unsere Aufgabe erblickten. Es widerspricht schnurstracks der historischen Wahrheit, wenn man uns immer wieder vorwirft, wir hätten unter Verkennung der Realitäten vom ewigen Frieden g e t r ä u m t. Genau das Gegenteil ist vielmehr richtig. Weil wir die Dinge sehen wie sie sind, waren wir stets wacher wie alle Andern gegenüber den Katastrophen, die die Völker bedrohten und mahnten unermüdlich zu wirksamen Vorkehrungen, die unser Wohl und Wehe nicht ganz und gar auf das Glücksspiel der Waffen stellen.

Die gleiche Funktion vor dem heraufziehenden Unheil auf das nachdrücklichste zu warnen und rechtzeitig zu den entsprechenden friedlichen Abwehrmaßnahmen zu drängen, üben wir auch jetzt aus, und zwar mit besonderem Hinweis darauf, daß die Völker keineswegs genötigt sind, das Grauenhafte wie ein unabweisbares Fatum zu seiner ganzen Schreckensfülle heranreifen zu lassen.

Wie wurden wir ehedem verlacht, weil wir unbeirrbar an der angeblich utopischen Forderung eines Völkerbundes festhielten. Und doch ist er heute Wirklichkeit geworden. Gewiß, er verfügt noch über sehr geringe Macht, weist sofort die schwersten Lähmungserscheinungen auf, wo er in gewaltigen Konflikten entscheidend eingreifen soll. Aber das hindert nicht, daß man trotzdem gegenwärtig bereits auf dem ganzen Erdenrund in ihm die letzte Rettungsmöglichkeit erblickt, ja allüberall nichts bitterer beklagt, als eben dies, daß er in den wenigen Jahren seines Bestehens nicht schon stark genug geworden ist, die Wirren einer im Haß verkrampften Welt zu lösen. Wahrlich — ein größerer Sieg einer noch vor kurzem noch so völlig mißachteten Idee läßt sich kaum denken.

Mag aber der Völkerbund in seiner heutigen Unfertigkeit noch nicht die Instanz sein, von der wir erwarten dürfen, sie werde die Kraft haben, das Gewitter, welches sich im Osten zusammenballt, zu bannen, so ist doch soviel sicher: Kommt es innerhalb dieses oder des nächsten Jahres nicht zu einer Konstellation, die es Rußland gestattet, noch einmal einen großen Krieg zu entfesseln, dann darf man — trotz der krisenhaften Zustände die momentan die Ruhrbesetzung erzeugt — für die Zukunft bereits Hoffnungen zu schöpfen anfangen, denn dann wird auch der Völkerbund die erforderliche Zeit gewinnen, um sich zu einer Institution zu entfalten, die weit zuverlässigere reale Garantien für die Schlichtung von Völkerkonflikten durch das Recht gewährt, als das heutige, allen blinden Zufällen überantwortende Weltrüsten der Staaten.

Konzentrierteste Aufmerksamkeit auf Rußland und den nahen Osten, das ist darum d e r d i n g e n d s t e M a h n r u f den heute die Pazifisten der ganzen Welt zu erheben haben.

R. G.

Zum 70. Geburtstage von Baron d'Estournelles de Constant.

Am 22. November 1922 vollendete der französische Senator d'Estournelles de Constant sein 70. Lebensjahr. Einer von der alten Garde hat an diesem Tage einen neuen Lebensabschnitt begonnen. Seine großen pazifistischen Verdienste liegen besonders in der Förderung des „Werks vom Haag", der Propagierung der Abrüstungsidee und dem Eintreten für die deutsch-französische Verständigung in der Zeit vor dem Weltkriege.

D'Estournelles wurde 1899 zusammen mit Léon Bourgeois als Vertreter Frankreichs auf die erste Haager Friedenskonferenz gesandt und hat hier, besonders inmitten des historischen Schiedsgerichtsausschusses, eine hervorragende Rolle gespielt. Er vor allem verstand es, den Arbeiten des Ausschusses jenen Schwung zu verleihen, ohne den noch nie etwas Großes in der Welt zu Stande kam. „Der zähe Idealismus des französischen Abgeordneten d'Estournelles de Constant, welch letzteren ein anderer Bevollmächtigter (Zorn) später als eine der anziehendsten und sympatischsten Persönlichkeiten der Konferenz bezeichnete, wirkte wie eine hinreißende Predigt", sagt Meurer in seinem grundlegenden Werke über die Haager Friedenskonferenz. Als dann der Haager ständige Schiedshof errichtet war, aber zunächst ohne Arbeit blieb, reiste d'Estournelles zum Präsidenten Roosevelt, und auf seine Einwirkung ist es zurückzuführen, daß der amerikanische Präsident dem Schiedshof den amerikanisch-mexikanischen Streitfall über die kalifornischen Kirchengüter überwies, wodurch das Haager Werk zum ersten Male in Tätigkeit trat. Seit dem 16. November 1900 gehört d'Estournelles zu den Mitgliedern des Schiedshofes. Er war später auch Mitglied der zweiten Haager Friedenskonferenz, auf der ihm freilich angesichts der Haltung der deutschen Delegation eine erfolgreiche Tätigkeit nicht möglich war.

Ebenso bedeutsam waren die Bemühungen des französischen Senators zu Gunsten einer Rüstungsbeschränkung. Namentlich im französischen Senate und auf den Interparlamentarischen Konferenzen zu London (1906) und Genf (1912) trat er für diese seine Lieblingsidee ein. Fried hat mehrfach seine Reden in Form einer Broschüre oder eines Aufsatzes den deutschen Lesern zugänglich gemacht. Eine seine letzten Reden gegen die Rüstungen hielt er im französchen Senate vom 22. Jan. 1914: „Hundertmal habe ich es gesagt, doch wollten Sie mir leider niemals glauben: Uns tut Not eine vernünftige Beschränkung der Rüstungen auf Grund gegenseitiger Konzessionen und durch ein Abkommen, das unsere nationale Sicherheit nicht nur nicht beeinträchtigen, sondern durch unseres besseres Gedeihen sogar befestigen würde. Ich habe niemals ein Hehl daraus gemacht, von dem, was ich kommen sehe. Ich habe immer gesagt, daß wir dem Abgrunde zuschritten". Sehr recht hat d'Estournelles besonders mit dem Hinweise darauf gehabt, daß aus der Rüstungsrivalität gerade das hervorgehen werde, was die Herrscher zu vermeiden suchten: Der Krieg und in seinem Gefolge die Revolution.

d'Estournelles hat sich schließlich der besonderen Aufgabe gewidmet, die Beziehungen des französischen Volkes zu anderen Nationen zu verbessern. Er hat im Jahre 1903 mit der Gründung der „Groupe parlementaire de l'arbitrage" jene Schiedsgerichtsbewegung eingeleitet, die eine Zeit lang so große Hoffnungen erweckte. Als er sich später stark um eine deutsch-französische Verständigung bemühte, fand er in Berlin zunächst nicht das genügende Entgegenkommen. Im September 1908 schrieb er einmal an Bülow: Er sei nicht zur Interparlamentarischen Konferenz nach Berlin gegangen, weil er immer vergebens auf ein Wort der Ermunterung gewartet habe. Wenn aber der Kanzler sagen würde: Er sei bereit, sich mit Frankreich durch wechselseitige Zugeständnisse zu verständigen, dann würde er den ganzen Rest seines Lebens dieser Aufgabe widmen. Trotz der unglücklichen weltpolitischen Lage schienen dann die Aussichten auf eine Verständigung der beiden Nachbarvölker zu wachsen. Am Abend des 28. April 1909 hielt d'Estournelles im preußischen Herrenhause vor einem auserwählten Auditorium seine packende Rede über „Deutschland und Frankreich". Er schloß mit den Worten: „Ich habe noch nichts gesagt von dem Ruhme, den die Regierungen erwerben würden, die bestrebt und gewillt wären, das große Sehnen der Welt zu erfüllen. Wahrlich ein Ruhm ohne Gleichen wartet ihrer, ein Ruhm, der die würdige Krönung aller Triumphe der Zivilisation bilden würde, ein Ruhm, gegen den aller Glanz der großen Eroberer vergangener Zeiten verblassen würde". Wir finden d'Estournelles weiter auf der Tagung von 1912 des „Verbandes für internationale Verständigung" in Heidelberg und auf den Konferenzen deutscher und französischer Parlamentarier 1913 und 1914 zu Bern und Basel. Dann unterbrach der Weltkrieg das große Werk der Verständigung für einige Jahre.

Wir wünschen dem ehrwürdigen Veteranen des Verständigungsgedankens, dem pazifistischen Vorkämpfer der ersten Stunde, daß er nach den Jahren der Enttäuschung, die der Krieg mit sich gebracht hat, noch recht viel Trost und Ermunterung finde in dem starken Aufblühen einer neuen pazifistischen Bewegung und in dem Erleben so manchen Erfolges, von dem er in der Zeit vor dem Kriege geträumt hat.

Dr. Hans Wehberg.

Die Nobel-Friedenspreise 1921 und 1922.

Chr. L. Lange und Hjalmar Branting.

Zweimal ist der Nobelpreis seit dem Erscheinen der letzten Nummer der Friedens-Warte verteilt worden, 1921 je zur Hälfte an Hjalmar Branting (Schweden) und an Chr. L. Lange (Norwegen), 1922 an Frithjof Nansen (Norwegen).

Von diesen dreien steht der engeren pazifistischen Bewegung Chr. L. Lange am nächsten und ist seit Jahrzehnten mit ihr verwachsen. Die Verleihung des Nobelpreises an ihn war ein Ereignis, das überall besonders lebhafte Genugtuung erwecken mußte. Er ist der Typ des großen pazifistischen Staatsmannes und Idealisten. Von 1900—1909 war er Sekretär des Nobelinstituts in Christiania; seitdem bekleidet er das Amt des Generalsekretärs der Interparlamentarischen Union. Er war auf der 2. Haager Friedenskonferenz sowohl wie auf den drei Genfer Bundesversammlungen norwegischer Delegierter bezw. Hilfsdelegierter. Seine Tätigkeit ist aufs engste mit der Geschichte der Interparlamentarischen Union verknüpft, und wenn die Union heute voller Hoffnung in die Zukunft sehen kann, so ist das nicht zuletzt das Verdienst Langes, der unter den

größten Schwierigkeiten mit diplomatischem Takt die Union durch die schweren Wirren des Krieges lenkte. Lange konnte während des Krieges Minister des Äußeren in Norwegen werden; aber er zog es vor, die Fahne der Interparlamentarischen Union, die damals in großer Gefahr schwebte, nicht zu verlassen. Diese Treue war für ihn charakteristisch. In der Genfer Bundesversammlung wurde er neben Lord Robert Cecil, La Fontaine u. A. der prominenteste Vertreter der fortschrittlichen Richtung, der namentlich in der Rüstungsfrage unermüdlich tätig war. Seine lautere Persönlichkeit ist in der Tat zur Führerrolle besonders geeignet. Daneben hat sich Lange auch auf literarischem Gebiete betätigt. Viele Arbeiten über die Interparlamentarische Union verdanken ihm ihre Entstehung. Besonders wertvoll ist sein 1914 erschienenes Buch „L'arbitrage obligatoire", eine vollständige Zusammenstellung aller 1913 in Geltung befindlichen Schiedsverpflichtungen. Ebenso verdient sein im Rahmen der Veröffentlichungen des Nobelinstituts erschienenes Buch „Histoire de l'internationalisme" (1919) größte Anerkennung.

Die Verdienste der beiden anderen Laureaten des Friedenspreises sind wesentlich jüngeren Ursprungs. Branting hat während und nach dem Kriege für Verständigung der Völker gewirkt und war auf den Genfer Bundesversammlungen, wo er sich besonders auch an der Abrüstungsdebatte beteiligte, ein Verfechter fortschrittlicher Ideen.

Chr. L. Lange sowohl wie Branting sind Vorkämpfer des Völkerbundes. Indem das Nobelkomitee diesen Männern den Preis zuerkannte, hat es seine Meinung dahin ausgesprochen, daß die Förderung des Völkerbundgedankens als eine der wichtigsten Aufgaben der Friedensbewegung zu betrachten ist.

Wg.

Fritjof Nansen.

Der Nobelfriedenspreis 1922 wurde dem berühmten norwegischen Palarforscher Prof. Dr. Frithjof Nansen für seine außerordentliche Tätigkeit als High-Comissioner des Völkerbundes verliehen. Der Genfer Völkerbund stellt bekanntlich ein Kompromiß zwischen den alten imperialistischen Tendenzen der Interessen der Sieger und jenen neuen Ideen, die auf eine internationale Organisation der Welt zielen, dar. Nansen's Tätigkeit hat nun wesentlich dazu beigetragen, daß der Völkerbund, auf sozialem und humanitärem Gebiet wenigstens, sich immer mehr von diesen neuen Ideen leiten läßt.

Mitte 1920 wurde Nansen High-Commissioner des Völkerbundes für die Repatriierung der russischen Kriegsgefangenen. Unter unendlichen Schwierigkeiten (Geldknappheit, zerrüttete Transportverhältnisse Rußlands, mißtrauische Haltung der Sowjetregierung) gelang Nansen diese Aufgabe dank seiner Energie und seinem Organisationstalent. Anfangs 1922 konnte er dem Völkerbund die Beendigung des großen Werkes mitteilen. Über das Baltikum, über Wladiwostok und über das Schwarze Meer hat Nansen im ganzen 427 386 Kriegsgefangene, die 26 verschiedenen Nationalitäten angehörten, die sonst größtenteils elend zu Grunde gegangen wären, ihren Familien wiedergegeben.

Nach Vollendung dieser Aufgabe wurde Nansen 1922 High-Commissioner des Völkerbundes für die russischen Flüchtlinge, die, mehr als eineinhalb Millionen, über ganz Europa zerstreut sind. Nansen bereiste Sowjet-Rußland, traf Abkommen mit der Regierung, errichtete überall Filialen seiner Mission, eine Sanitätsabteilung in Moskau, studierte das Problem und arbeitete Vorschläge aus für die einheitliche Erlangung der Visa und Identitätspapiere, für die Möglichkeit der Repatriierung nach Rußland, zu der aber niemand gezwungen werden soll, für die Obsorge und Verpflegung der derzeit Darbenden, für die Möglichkeit ihrer Unterbringung und Verschaffung von Arbeit in verschiedenen Ländern. Er übernahm auch die Obsorge für die in elendester Lage befindlichen 25 000 russischen Flüchtlinge in Konstantinopel, ferner über Ersuchen der britischen Regierung für die 6400 russischen Flüchtlinge in Egypten, Zypern und Malta, für die 1500 auf Lemnos. Er pflog wegen Unterbringung der Flüchtlinge Verhandlungen mit dem S. H. S. Staat, der Tschechoslowakei und Bulgarien, mit der kanadischen und australischen Regierung, errichtete Arbeitsbörsen für die Flüchtlinge in Athen, Belgrad, Sofia.

Als erster Vertreter Norwegens im Völkerbund trat er in nachdrücklichster Weise für die Bekämpfung der Hungersnot in Rußland ein. In jüngster Zeit hat er seine Tätigkeit als High-Commissioner des Völkerbundes für die Flüchtlinge auf die kleinasiatischen Flüchtlinge (eine Folge des griechisch-türkischen Krieges) erstreckt. Zirka 900 000 Flüchtlinge aus Kleinasien, meistens Griechen, befinden sich in Griechenland, dazu kommen eine große Anzahl Mohammedaner und 50 000 Armenier. Weitere 350 000 kleinasiatische Flüchtlinge dürften im Laufe des Winters in Europa eintreffen. Diese Menschenströme, die Verschiebungen des Krieges, in dem Ostsibirier in den Karpathen und Amerikaner an der Somme fielen, die Heimkehr Hunderttausender Kriegsgefangener, die beispiellose Diaspora der Russen, Flüchtlinge vor dem Bolschewismus, Flüchtlinge vor der Hungersnot — wahrlich eine Völkerwanderung, vor der die par excellence sogenannte Völkerwanderung als unbedeutend verblaßt!

Überall hat Nansen helfend und lindernd eingegriffen, ohne Unterschied der Nation oder Religion; ihm galt nur das rein Menschliche und angesichts dieses namenlosen Elends von Millionen konnte er wohl wie Faust sagen: „Der Menschheit ganzer Jammer faßt mich an".

Nansen hat aber dabei auch ein großartiges Organisationstalent und eine Energie an den Tag gelegt, im Dienst der Humanität bei Durchführung dieser oft gefährlichen Aufgabe einen persönlichen Mut bewiesen, wie er ihn bei der Durchquerung Grönlands und seinen arktischen Expeditionen in „Nacht und Eis", wie der Titel seines berühmten Buches lautet, im Dienste der Wissenschaft zeigte. Die ganze Welt wird die Verleihung des Nobelpreises an ihn begrüßen. Denn durch diesen Akt hat das Norske Stortings Nobel-Komitee die Resolution der III. Vollversammlung bestätigt: „Que le Dr. Nansen a bien mérité de l'humanité".

Dr. jur. et. rer. pol. Josef L. Kunz.

Völkerbundpropaganda in England.

Die englische Liga für Völkerbund mit ihren 235 035 Mitgliedern, nach dem Stande vom 18. 1. 1923, welche sich auf 1149 Ortsgruppen, einschließlich 59 Jugendlichengruppen verteilen, betreibt eine außerordentliche Propaganda, die öffentliche Meinung für den Völkerbund-Gedanken zu gewinnen. Ihr Budget beträgt 25 000 Pfund.

An ihrer Spitze stehen die besten Namen des

konservativen und liberalen Englands, wie Sir Edward Grey, Lord Robert Cecil, Sir George Paish, Francis W. Hirst, ferner eine Reihe von Professoren, Offizieren und Geistlichen.

Ihre Versammlungen mit ersten Rednern sind außerordentlich zahlreich. So hat die Liga im September 1922 200, im Oktober sogar 400 Meetings abgehalten, im Dezember nur 300, weil die Feiertage dazwischen lagen. —

Verschiedene eigene Films, auch besonders für Kinder, besitzt die Liga, die sie an ihre Ortsgruppen zur Ergänzung der Vorträge abgibt. Kleine Studienzirkel werden überall arrangiert, die sich mit den Völkerbundfragen beschäftigen. In dem eigenen Organ der Liga „Headway" (Vorwärts) liest man, daß vor tausenden und abertausenden von Kindern entsprechende Vorträge gehalten werden. Man hat ein Preisausschreiben für Schulkinder mit den 3 Fragen veranstaltet:

1. Warum ist der Völkerbund nötig?
2. Was bezweckt der Völkerbund?
3. Was hat der Völkerbund bisher getan?

Große Geschäfte halten mit ihren Angestellten enthusiastisch verlaufende Meetings ab, wobei kleinere feste Gruppen gebildet werden, die über den Völkerbund diskutieren.

Die Liga setzt ihren Sekretären der einzelnen Ortsgruppen Preise aus, um sie anzufeuern, neue Mitglieder zu werben, die Kirche macht sie mobil für den Völkerbund. Ganz hervorragend sind die von der Liga in großer Zahl herausgegebenen Hefte. Hier einige Titel: „Der Völkerbund und die Kirchen". „Der Völkerbund und die Schulen". „Die humanitäre Tätigkeit des Völkerbundes". „Die politische Tätigkeit des Völkerbundes". „Was soll Deutschland zahlen?" „Eine Versicherung gegen den Krieg".

Neben unzähligen Flugblättern sei noch das kleine Heft von Frederik J. Gould erwähnt: „Der wundervolle Völkerbund", das er speziell für Kinder geschrieben hat. Daneben auch von demselben für Kinder „Einer Welt des Friedens entgegen".

Die einzelnen Broschüren der Liga sind speziell als Unterlage für kleinere Zirkel gedacht, um in leicht verständlicher Form allen den Zweck des Völkerbundes etc. klarzumachen. Aus dem Inhalt der Hefte ließe sich noch viel vorzügliches berichten, wie die Liga es versteht, die öffentliche Meinung für den Völkerbund zu bearbeiten.

Bei dem außerordentlichen Einfluß, den bekanntlich in England die religiösen Organisationen, nicht etwa auf die Politik wohl aber auf die öffentliche Meinung ausüben, ist die Feststellung bemerkenswert, daß systematisch in den Kirchen von den Kanzeln über den Völkerbund gesprochen wird, und daß die Einführung eines allgemeinen Welttrieden-Sonntages, am Sonntag vor Weihnachten, eifrig betrieben wird.

Der Geist der ganzen Bewegung wird durch nichts besser charakterisiert, als durch den Ausspruch des bekannten südafrikanischen Politikers General Smuts, der in einer Flugschrift der Völkerbund-Liga sagt: „Es gibt nur zwei Wege in der Welt: Der Weg der Gewalt und der Weg der Verständigung. Den Weg der Gewalt sind wir bis zum äußersten gegangen, und haben gesehen, daß er die Welt in ein Trümmerfeld verwandelt hat".

Wally Thielemann.

AUS DER ZEIT.

Die jüngste Tätigkeit des Haager Schiedshofes.

Dreimal hat seit dem Weltkriege das Haager Schiedsgericht ein Urteil gesprochen, und zwar handelte es sich in allen Fällen um Geldreklamationen. Die erste Entscheidung erging in Sachen Spaniens, Frankreichs und Großbritanniens gegen Portugal wegen Beschlagnahme kirchlicher Güter, am 2. bezw. 4. September 1920. Schiedsrichter dieses bereits in der Zeit vor dem Weltkriege anhängig gemachten Prozesses waren Root (Amerikaner), de Savornin Lohman (Holländer) und Lardy (Schweizer). Während die französischen und britischen Ansprüche in der Hauptsache als berechtigt anerkannt wurden, wurden die meisten spanischen Forderungen abgewiesen, weil die spanische Staatsangehörigkeit der Personen, für die die spanische Regierung eintrat, nicht nachgewiesen war. Völkerrechtlich interessant war, daß zum ersten Male das sogenannte summarische (ausschließlich schriftliche) Verfahren des Kapitels IV des Haager Friedensabkommens zur Anwendung gelangte. Als wenig glücklich erwies sich die Bestimmung des Kompromisses, daß über jede einzelne Reklamation durch besonderes Urteil entschieden werden sollte. Auf diese Weise ergingen über die spanischen Ansprüche, obwohl diese rechtlich durchaus gleich lagen, 19 verschiedene Urteile, die in der Fassung ziemlich übereinstimmen und alle in der Sitzung vom 4. September verlesen werden mußten.

Die Erledigung der anderen zwei Fälle weist insofern eine Ähnlichkeit auf, als jedesmal ein sogenanntes besonderes Schiedsgericht mit der Entscheidung beauftragt wurde, d. h. ein Schiedsgericht, dessen Mitglieder nicht auf der Liste des Haager Schiedsgerichts stehen. Auch ergab sich jedesmal die Notwendigkeit, den zuerst gewählten Obmann, da er inzwischen gestorben bezw. erkrankt war, durch einen neuen Obmann zu ersetzen. Es handelte sich in dem zweiten Prozesse um Geldreklamationen französischer Staatsangehöriger gegen Peru, die ebenfalls vor dem Kriege dem Haager Hof überwiesen worden waren. Da dieser Fall nicht kompliziert lag und durch den Schriftwechsel in der Hauptsache geklärt schien, wurde nur einen Tag mündlich verhandelt, was bisher im Haag noch bei keinem Prozesse vorgekommen war. Durch Urteil vom 11. Oktober 1921 wurden in der Hauptsache die zu weitgehenden französischen Ansprüche, die eine Kapitalisierung der fällig gewordenen Zinsen verlangten, abgewiesen. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts, der Präsident des Schweizerischen Bundesgerichts Ostertags, wies in seiner Schlußansprache darauf hin, das Schiedsgericht habe nicht alle Beteiligten zufrieden stellen können; aber „dies sei übrigens auch weder die Aufgabe des Richters noch die des Schiedsrichters".

In dem letzten Falle, der durch Urteil vom 13. Oktober 1922 unter dem Vorsitze des Schweizers Valloton seine Erledigung fand, handelte es sich um Ansprüche norwegischer Staatsangehöriger gegen die amerikanische Regierung wegen Schiffsrequisitionen, die durch die „United States Shipping Board Emergency Fleet Corporation" vorgenommen worden waren. Die Rechtslage war sehr kompliziert, sodaß beide Teile einen großen Verteidigungsapparat aufgeboten hatten, Norwegen allein einen Agenten und sieben Rechtsbeistände. An 27 Tagen, vom 22. Juli bis 1. September 1922, wurde debattiert, sodaß die mündliche Verhandlung nächst dem Neufundlandprozesse die ausführlichste war, die je vor dem

Haager Schiedsgerichte stattgefunden. Der Prozeß endete im wesentlichen mit dem Siege der norwegischen Reklamanten. Das gab dem amerikanischen Schiedsrichter Chandler P. Anderson, der anderer Meinung als seine beiden Kollegen im Schiedsgerichte gewesen war, Veranlassung, der Verkündigung des Urteils absichtlich ferzubleiben. Der amerikanische Agent W. C. Dennis verlas in der Schlußsitzung des Tribunals nach Verkündigung des Urteils einen Brief des amerikanischen Schiedsrichters, worin dieser zum Ausdruck brachte, daß nach seiner Meinung das Schiedsgericht das Kompromiß mißachtet und seine Befugnis überschritten habe. Dieses sonderbare Verfahren mußte die Autorität des Schiedsgerichts umso mehr verletzen, weil Anderson eine direkte Mitteilung an des Schiedsgericht vermied, und der Präsident des Schiedsgerichts wies denn auch mit Recht den amerikanischen Agenten in die Schranken seiner Befugnis zurück. Der Vorstoß der Amerikaner war besonders deshalb unzulässig, weil nach der Prozeßordnung von 1907 ein Richter nicht mehr das Recht hat, seine dissentierende Meinung zum Ausdruck zu bringen. Der Fall spricht wieder mit Entschiedenheit gegen das Vorhandensein nationaler Richter im Schiedsgerichte, da diese unter Umständen mit den Anwälten gemeinsame Sache machen. Wg.

Das Wachsen der panamerikanischen Bewegung.

Der ursprünglich zum September 1914 einberufene fünfte panamerikanische Kongreß wird nun endlich, nachdem er wiederholt vertagt worden war, im April 1923 in Santiago de Chile stattfinden. Bedeutsam ist besonders, daß zum ersten Male auf diesem Kongresse von Seiten Panamerikas die Frage der Abrüstung behandelt werden wird. Die dritte Bundesversammlung des Völkerbundes hat ausdrücklich die Hoffnung ausgesprochen, daß inbezug auf die Abrüstungsfrage der Genfer Bund und Panamerika Hand in Hand arbeiten sollen. Eine weitere Verbindungslinie zwischen dem Kongreß zu Santiago de Chile und dem Völkerbund ergibt sich daraus, daß sich beide Staatenverbände mit den Fragen der Hygiene, der Durchfuhr und des Verkehrs, der Wirtschaft, der Finanzen, der geistigen Arbeit usw. befassen; die dritte Bundesversammlung hat die Mitglieder des Völkerbundes, die auf dem panamerikanischen Kongresse vertreten sein werden, gebeten, die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die technischen Organisationen des Völkerbundes zu lenken und nach Mitteln zu suchen, um die panamerikanische Aktion in dieser Hinsicht mit den technischen Organisationen des Völkerbundes in Zusammenhang zu bringen. Schließlich wird auch aller Voraussicht nach das Problem des amerikanischen Völkerbundes erörtert werden. Eine von dem hervorragenden Chilenen Alvarez vertretene Richtung möchte am liebsten den Austritt der Amerikaner aus dem Genfer Völkerbunde herbeiführen und lediglich Verbindungslinien zwischen der zu einem wirklichen Völkerbunde auszubauenden panamerikanischen Union und dem Genfer Völkerbunde ziehen. Wer die interessanten Pläne von Alvarez näher studieren will, lese vor allem seinen „Rapport concernant l'étude critique du Pacte de la Société des Nations", der zur Grenobler Tagung des Instituts für internationales Recht 1922 verfaßt wurde. Es ist zu hoffen, daß man sich in Santiago de Chile mit einem Ausbau der panamerikanischen Union begnügen und den Genfer Bund als eine universelle Gemeinschaft anerkennen wird. Wir behalten uns vor, auf das Programm näher einzugehen, sobald genauere Nachrichten vorliegen.

Gleichsam als Auftakt zu der 5. panamerikanischen Konferenz fand Anfang Dezember eine Friedenskonferenz der zentralamerikanischen Republiken statt. Bekanntlich ist das bedeutsame Abkommen über den zentralamerikanischen Gerichtshof vom Jahre 1907, das von der Ratifikation am 2. März 1908 zehn Jahre gültig sein sollte, bei seinem Ablaufe 1918 nicht wieder erneuert worden. Die Verhandlungen darüber schlugen vor allem deshalb fehl, weil Nicaragua mit der letzten Entscheidung des Gerichtshofes nicht einverstanden war. Schließlich gelang es, ein Abkommen vom 19. Januar 1921 über die Schaffung eines Bundesstaates zwischen den vier anderen zentralamerikanischen Republiken herbeizuführen. Aber leider fehlten im Kongresse von Costa Rica die erforderlichen Stimmen zur Ratifikation des Vertrages, sodaß auch dieses Projekt auf dem Papiere stehen blieb. Nunmehr haben die Vereinigten Staaten von Amerika erneut die zentralamerikanischen Republiken zu einer Konferenz berufen, auf der auch die Frage der Abrüstung neben der Schaffung eines föderativen Zusammenschlusses erörtert werden soll.

Eine Verstärkung des panamerikanischen Gedankens bedeutet sodann das Akkommen zwischen Chile und Peru in der Tacna-Aricafrage. Es handelt sich hierbei um die Erledigung eines der schwersten Konflikte, den man wohl die elsaß-lothringische Frage Südamerikas genannt hat. Am Schlusse des Salpeterkrieges zwischen Chile und Peru waren besonders die peruanischen Provinzen Tacna und Arica mit ihren wertvollen Salpeterlagern Gegenstand des Streites zwischen den Parteien. Schließlich wurde im Friedensvertrage vereinbart, daß diese Gebiete zehn Jahre von der Ratifikation des Friedensvertrages an gerechnet zu Chile gehören sollten. Nach diesem Zeitraum sollte eine Volksabstimmung über das weitere Schicksal der Provinzen entscheiden. Der Staat, zu dessen Gunsten die Bewohner abstimmen würden, sollte der anderen Partei 20 Millionen Goldmark zahlen. Ein besonderes Protokoll sollte die Form des Plebiszits sowie die Termine und Fristen der Zahlung der Entschädigung bestimmen. Nach dem Ablauf der zehn Jahre (1893) kam aber hierüber eine Einigung nicht zu Stande, weil Chile die Abstimmung unter seiner Leitung veranstalten wollte und von Peru vorherige Hinterlegung der 20 Millionen Goldmark verlangte. Hierauf glaubte Peru nicht eingehen zu können. Der Zwist trübte jahrzehntelang die Beziehungen der Nachbarstaaten. Nach Begründung des Völkerbundes stellte Peru auf der ersten Bundesversammlung gemäß Artikel 19 der Satzung den Antrag, den in Betracht kommenden chilenisch-peruanischen Vertrag vom 20. Oktober 1883 einer Revision zu unterziehen. Bemühungen hinter den Kulissen hatten damals den Erfolg, Peru zur vorläufigen Zurücknahme seines Antrages zu veranlassen; doch hatte Peru vermittels des bedeutsamen Art. 19 der Satzung zweifellos einen solchen moralischen Druck auf Chile ausgeübt, daß dieses nunmehr zu weiteren Zugeständnissen geneigt schien.

Am 21. Juli 1922 schlossen die Parteien einen Vertrag, wonach Präsident Harding zum Schiedsrichter und Vermittler in der Sache bestellt wurde. Seine Aufgabe sollte sein 1) festzustellen, ob ein Plebiszit in dem streitigen Gebiete stattzufinden habe oder nicht, 2) ev. die Bedingungen des Plebiszits zu bestimmen, 3) falls kein Plebiszit stattfinden solle, die Vertreter von Chile und Peru zu einer neuen Konferenz zur endgültigen Regelung der Frage zusammenzurufen und 4) die guten Dienste der Vereinigten Staaten von Amerika anzubieten, falls solche Konferenz kein Ergebnis haben sollte. Es handelt sich hier um ein höchst eigenartiges Beispiel

eines schiedsrichterlichen Kompromisses. Anläßlich der Unterzeichnung des Abkommens feierte der amerikanische Staatssekretär Hughes die Bedeutsamkeit des Ereignisses, und der chilenische Gesandte Don Beltran Mathieu hob besonders hervor, die Einigung zwischen Chile und Peru zeige die Kraft des panamerikanischen Gedankens, in deren Geschichte die Erledigung des Streites betr. Tacna und Arica einen bedeutsamen Markstein darstelle. Wg.

Die Moskauer Abrüstungskonferenz.

Wie aktuell ist doch die einst so verspottete Abrüstungsfrage infolge des Weltkrieges geworden! Der Genfer Völkerbund, die panamerikanische Union und die zentralamerikanische Konferenz befassen sich mit ihr, und die Washingtoner Konferenz 1921 bis 1922 hat die ersten wichtigeren positiven Ergebnisse gezeitigt. Eine andere Spezialkonferenz tagte vom 2. bis 12. Dezember 1922 in Moskau zwischen den Vertretern Rußlands und der Randstaaten mit Ausnahme Rumäniens. Sie wurde ergebnislos abgebrochen, weil man sich nicht darüber einigen konnte, ob zunächst ein Garantievertrag, wie das die Randstaaten forderten, oder die zahlenmäßige Rüstungsbeschränkung, wie dies Rußland beantragt hatte, abgeschlossen werden sollte. Wg.

Die Buße für Passau und Ingolstadt.

Durch Note vom 30. November 1922 hat die Botschafterkonferenz wegen der Beschimpfungen alliierter Kontrolloffiziere in Passau und Igolstadt u. a. verlangt, daß sowohl Passau wie Ingolstadt mit einer Buße von je 500 000 Goldmark bestraft würden, widrigenfalls diese Geldmittel innerhalb des besetzten Gebietes zwangsweise eingezogen werden würden. Die deutsche Regierung hat in ihrer Erwiderung vom 10. Dezember 1922 den geforderten Betrag von einer Million Goldmark aus eigenen Mitteln zur Verfügung gestellt, um die deutschen Volksgenossen im besetzten Gebiete vor den angedrohten unverschuldeten Zwangsmaßnahmen zu schützen, hat aber grundsätzlich zu dieser alliierten Forderung bemerkt: „Die deutsche Regierung vermag diese Forderung nicht als berechtigt anzuerkennen: Das Völkerrecht kennt in Friedenszeiten eine solche Bestrafung von Gemeinden nicht".

So sehr man auch den Alliierten das Recht einräumen muß, für Beschimpfungen ihrer Kontrolloffiziere Genugtuung zu verlangen, so darf doch im Interesse des Völkerfriedens auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, sich bei solchem Verlangen an die elementarsten Grundsätze des geltenden Völkerrechts zu halten. Gerade wer als Sieger die Macht in der Hand hat, muß doppelt auch den bloßen Schein wahren, als verlange er mehr als sein Recht. Im vorliegenden Falle kann nun kein Zweifel daran bestehen, daß die alliierte Forderung unberechtigt war. Die zu fordernde Buße konnte nur von dem völkerrechtlichen Rechtssubjekte, in diesem Falle dem Deutschen Reiche, verlangt werden, nicht aber von Gemeinden oder sonstigen Selbstverwaltungskörpern. Denn das deutsche Reich ist völkerrechtlich in seiner Totalität haftbar, und die Alliierten durften nicht unmittelbar ihre Sühneforderung an Teile des Deutschen Reiches richten, die nicht von den besonderen Regeln des besetzten Gebietes beherrscht werden. Das ist nicht lediglich Formaljurisprudenz, sondern diese Auffassung hat ihre tiefere Berechtigung auch darin, daß ein direktes Verlangen der Zahlung einer Buße durch eine Gemeinde des Deutschen Reiches den besonderen Charakter des Verletzenden und Kränkenden hat. Denn letzteres ruft im deutschen Volke das Gefühl wach, als hätten die Alliierten über die deutschen Städte Machtbefugnisse, wie sie nicht einmal die deutsche Regierung selbst hat. Wg.

Deutsch-französische Verständigung.

Unter dem Titel „Die Brücke über dem Abgrund. Für die Verständigung mit Frankreich!" veröffentlicht die Deutsche Liga für Menschenrechte (Bund Neues Vaterland) jetzt den ausführlichen, von ihrem so außerordentlich verdienstvollen Sekretär Otto Lemann-Rüßbüldt verfaßten Bericht über den Besuch der fransösischen Liga für Menschenrechte in Berlin und im Ruhrgebiet. Die Deputation der französischen Liga für Menschenrechte, die am 10. Juni 1922 in Berlin eintraf, bestand aus dem Präsidenten der Liga, Deputierten und ehemaligem Unterrichtsminister Ferdinand Buisson, den Vicepräsidenten Professor Victor Basch, Professor C. Bouglé, Madame Ménard - Dorian, dem Generalsekretär Henri Guernut, Professor Ruyssen, Generalsekretär der Int. Union der Völkerbundligen und Pierre Renaudel, Mitglied des Zentralkomitees der fransischen Liga für Menschenrechte. Die Abordnung wurde vom Vorsitzenden der Deutschen Liga, H. von Gerlach im Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes feierlich begrüßt, ebenso vom Präsidenten des deutschen Reichstags Paul Löbe. Man kann diese beiden Ansprachen wie die darauf folgenden Reden der französischen Delegierten, denen von deutscher Seite Graf Keßler und Albert Einstein antworteten, heute nicht ohne ein Gefühl der tiefsten Wehmut lesen.

Wie ganz anders hätte alles kommen können, wenn die vortrefflichen Persönlichkeiten, die in der „Ligue pour les Droits de l'Homme" wirken, sich in Frankreich durchzusetzen vermöcht hätten. Aber trotzdem ihnen bisher kein entscheidender Erfolg beschieden war, behalten ihre Bemühungen doch ihren bleibenden Wert und wird auch die erhebende Verständigungskundgebung schließlich ihre Früchte tragen. Dank darum unsern tapferen Gesinnungsfreunden in Frankreich, die nicht aufhören, für einen gerechten Frieden zu wirken. Umso wärmeren Dank gerade jetzt, wo sie noch weit größere Opfer auf sich nehmen, um den Kampf mit den verblendeten Chauvinisten im eigenen Lande zu bestehen, wovon die zahlreichen von Pazifisten und Sozialisten gemeinsam in ganz Frankreich veranstalteten Protestkundgebungen gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebietes beredtes Zeugnis ablegen.

Nachfolgend geben wir den Text des Protestes wieder, den die französische Liga für Menschenrechte mit ihren 120 000 Mitgliedern in 1012 Ortsvereinen soeben veröffentlicht:

1. Das Zentralkomitee (der Liga) hat immer die Ansicht vertreten, daß es nicht eher einen wahren Frieden geben wird, als bis Frankreich die Reparationen erhalten hat, auf die es ein Recht hat.

Aber es protestiert gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebiets, die vom moralischen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gleich unheilvoll sein wird. Sie stimmt nicht nur die internationale Meinung ungünstig gegen uns, sondern auch die Meinung der demokratischen und sozialistischen Kreise, auf die wir uns stützen müssen, um die rechtmäßigen Reparationen zu erlangen.

Das Komitee protestiert auch gegen ein offizielles System der Entstellung der Wahrheit in der öffentlichen Meinung.

Es spricht den Wunsch aus, daß man zu den Methoden des Rechts zurückkehre, und daß das Problem der Reparationen und der Schulden zwischen den Alliierten dem Völkerbund übertragen werde, der die Leistungsfähigkeit Deutschlands feststellen und ihm die notwendigen Verpflichtungen durch alle Machtmittel, über die er verfügt, auferlegen wird.

Ferner hat das französische Komitee für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, dessen Vorsitzender, der Bürgermeister von Reims, der Oktober vorigen Jahres in Berlin weilte, folgende Erklärung abgegeben:

„In dem Augenblick, wo die französischen Truppen die Besetzung des Ruhrgebiets ausführen, hat das Komitee für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, beseelt durch die Empfindungen der Mehrheit der Betroffenen, auf Antrag seines Sekretärs, M. Doucedame, des Kreisdeputierten des Aisne-Departements hin, folgende Erklärung beschlossen:

Das Komitee erinnert an die Schritte, die es seit zwei Jahren unternommen hat, um unter Zusammenarbeit mit der deutschen Arbeiterschaft den gesamten Wiederaufbau zu ermöglichen und zwar vermittels der Lieferung deutschen Materials und der Stellung deutscher Arbeitskräfte.

Das Komitee bedauert, daß das seit dem April 1921 proklamierte Programm nicht angenommen worden ist, welches zu dem Abkommen von Wiesbaden und zu den Verträgen in Berlin vom 24. Oktober 1922 mit den sozialen Baubetrieben geführt hat.

Aus diesem Motiv äußert das Komitee den Wunsch, daß die Regierung die Lösung des Reparationsproblems durch Methoden des allgemeinen Interesses und des Einverständnisses zwischen den Völkern sucht, die allein mit dem Triumph des demokratischen Geistes einen endgültigen Frieden sichern können". R. G.

Das Garantieangebot des deutschen Reichskanzlers.

In seiner Hamburger Rede vom 31. Dezember führte Reichskanzler Cuno aus: „In Frankreich wird die Besetzung des Rheingebietes auch mit der Besorgnis vor kriegerischen Absichten Deutschlands begründet. Diese Besorgnis ist irrig. Um den Beweis dafür zu liefern, haben wir die französische Regierung durch Vermittlung einer dritten Macht wissen lassen, daß Deutschland bereit ist, gemeinsam mit Frankreich und den andern am Rhein interessierten Großmächten sich gegenseitig zu treuen Händen einer am Rhein nicht interessierten Großmacht für ein Menschenalter feierlich zu verpflichten, ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung keinen Krieg gegeneinander zu führen. Eine solche Verpflichtung würde alle beteiligten Völker statt auf Krieg auf Frieden einstellen und die sicherste Friedensgarantie bieten".

Dieses Anerbieten hat die französische Regierung glatt abgelehnt. Statt loyal die Bedingungen kundzugeben, unter denen man es als geeignete Verhandlungsbasis betrachten würde, begnügte man sich, die schroffe Zurückweisung mit den üblichen Scheinargumenten zu rechtfertigen, die der Imperialismus immer bei der Hand hat, wenn er in seinem agressiven Vorgehen nicht gestört zu sein wünscht. Mag aber das offizielle Frankreich welche Haltung immer einnehmen, Deutschland darf sich von dem neuen Weg, den es mit seinem Anerbieten eingeschlagen hat, nicht abbringen lassen. Je unbeirrbarer es dieses immer wieder vorbringt, desto mehr wird es das Vertrauen des „andern" Frankreich gewinnen, dessen Aufstieg zur Macht besonders die Borniertheit der jetzigen französischen Selbsteinkreisungspolitik langsam aber unaufhaltsam heraufführt. R. G.

Der Geist in der französischen Studentenschaft.

Rede vom 2. November 1922 in der Sorbonne, gehalten in Gegenwart des Präsidenten der Republik und eines Marschalls von Frankreich, anläßlich der Einweihung der Gedächtnistafeln für die während des Krieges gefallenen Studenten von M. Ombredanne, Mitglied der allgemeinen Pariser Studentenvereinigung, im Namen seiner Kameraden.

„Ich danke dem Herrn Rektor für seinen Wunsch, daß im Namen der allgemeinen Studentenvereinigung, für die, die von der Front zurückgekehrt sind und für die, die noch zu jung waren, um am Krieg teilzunehmen, ich das Wort ergreifen möge, um heute denjenigen Kommilitonen eine feierliche Huldigung zu bringen, die im Kampf gefallen sind und die aus ihren einfachen Gräbern, die die Lebenden schon zu vergessen beginnen, uns heilige Pflichten auferlegen durch das, was sie gelitten und getan haben. Sie sind im Feuer Opfer der brutalen, zerstörenden Kraft gewesen, sie beherrschend jedoch durch den Willen, gutes zu tun; sie haben in die Notwendigkeit des Kampfes den Gedanken einer großen Aufgabe hineingetragen. Sie haben den Krieg nicht gewollt und ihn verurteilt; aber als ihnen nur zu handeln übrig blieb, haben sie ihn ohne Bedauern gut geführt, mit stoischer Ruhe. Führer und einfache Soldaten haben sie durch ernste Worte und ihr gutes Beispiel ermuntert, um sie gegen Leiden, Angst und Auflehnung zu stählen, Waffen- und Leidensbrüdern sind sie gute Kameraden gewesen. Sie sind mit dem ganzen Stolz ihres ruhigen Mutes gefallen, ohne das Schicksal anzuklagen, das unerbittlich soziale Werte der Zukunftsarbeit zerstörte; ‚Ich bedauere die, die nur ihr Leben zu geben haben' sagte einer von ihnen und nicht der schlechteste, als er freiwillig auf den gefahrvollsten Posten ging, von dem er nicht wiederkehren sollte.

Aber da der Tod die Kette unterbrochen hat, deren Glied sie waren, hören wir aus ihren Gräbern die ernsten Stimmen, die den jüngeren zurufen, wie sie zu schwören, daß vom Tag der Befreiung an der Krieg nie wieder gewollt werden darf, daß sie Tod und Vergessen hinnehmen, wenn nur die Idee lebt und triumphiert, die den Krieg verurteilt, weil sie seine wahren Ursachen erfaßt und die von jedem fordert, sich ihm zu verweigern. An uns, die wir sie überlebt haben, an uns Jungen, die wir im Frieden ihre Nacheiferer sind, ist es, das Testament dieser Ideenträger zu vollstrecken, die unsere Meister und unsere Mitschüler waren, Männer von edlen Worten und Taten, Priester der Weltarbeit und der Menschheit. Die Träger dieser Ideen sind gefallen, aber sie wußten, daß andere, der Reihe nach, sie in den Frieden hinüber retten würden wie jene jungen Fackelträger in Athen die erlöschenden Fackeln von Hand zu Hand weitergaben und sie wieder entzündeten, ohne ihren Lauf zum Tempel des Prometheus zu unterbrechen. ‚Brüder', sagen die Toten — und hier muß man mit erstickter Stimme sprechen, denn wir wollen keinen billigen Ruhm — hütet euch mit euren Worten die Begeisterung der Jungen zu schüren, treibt sie nicht zur Anbetung dieses alten und finsteren Götzen des Ruhms der Schlachten, laßt sie nicht weiter sagen: Warum soll ich nicht auch leiden, da das Leid für eine feurige Seele so viele Anziehungskraft hat. Der Krieg hat wohl gezeigt, daß die Jugend den Vorwurf der Feigheit nicht so schnell verdient. Verflucht die Greise, die sich an

ihren Erinnerungen erwärmen und die Generation vergessen, die nach ihnen kommt. Glaubt an ein Volk wie das unsere, und verlangt nicht noch einmal von ihm die Beweise seiner Mannhaftigkeit. Und dann wagt es, der verhetzten Menge zu sagen, daß der Krieg nicht ewig unvermeidlich ist, richtet die Front gegen den fürchterlichen Götzen des unvermeidlichen Unheils. Wer daran glaubt,, einem furchtbaren Schicksal nicht entweichen zu können, der stürzt sich selbst hinein und unterliegt. Denkt daran, daß der Krieg inmitten der Menschheit wie der Zorn im Herzen des Einzelnen ist. Darum sind unsere Stimmen im Grab ruhig, darum vergeben wir, wenn ihr nur die wahren Ursachen erkennt und laut euren Willen kundgebt, den Krieg zu verweigern und die Gerechtigkeit im Frieden zu vertreten; denn die Gerechtigkeit wird nur sein, wenn jeder einzelne sein Teil an der Verantwortung trägt. Wenn aber trotz all eurer Anstrengungen durch die Fehler irgend einer tyrannischen Macht, die noch in der Welt herrscht, der Krieg gegen euch entfesselt wird, dann wißt ohne viel Worte zu kämpfen und zu sterben wie wir, für alles, was euch heilig ist, in der Hoffnung wie wir durch euren Tod die nahe Zeit eines besser gewollten Friedens zu verkünden'.

Ich wage zu behaupten, daß das die große Lehre dieser Gräber ist, der letzte Gedanke, erhaben in seiner Selbstverleugnung, den diese Schüler der Wissenschaft, die in befreitem französischen Boden ruhen, hatten. Der Krieg sollte uns reif gemacht haben für mehr Menschlichkeit, die die natürliche Frucht der großen Freundschaft ist, die gegenüber der gemeinsamen Gefahr die kleinen, egoistischen Leidenschaften auflöst, damit jeder sich selbst vergesse und nur für die andern das Beste wolle: reine Hingabe. Was für eine Schule, um die Handwerker des Friedens zu schmieden, was für eine Hoffnung auf das ewige Wunder des menschlichen Herzens!

Ruhet in Frieden, liebe Freunde der Tage des Unglücks, wir sind da und wollen euch nicht vergessen!" —

Wie die Frankf. Ztg. berichtet, empfingen die theologischen Studenten der Universität Marburg am 18. Dezember ein von 18 Namen gefertigtes Schreiben, das in seiner Übersetzung folgendermaßen lautet: „Die unterzeichneten Studenten der protestantischen theologischen Fakultät von Paris ergreifen die Gelegenheit des Weihnachtsfestes um ihren deutschen Kameraden die Gefühle brüderlicher und deutlicher Zuneigung auszudrücken".

Darnach darf man vielleicht doch wagen, auf die heranwachsende akademische Jugend in Frankreich Hoffnungen zu setzen.

Fr. W. Foerster über die Ruhrexekution.

In der sehr verdienstvollen, von Rudolf Broda zu Kriegsbeginn begründeten Wochenschrift „Die Menschheit", die ihre besondere Bedeutung durch die regelmäßige Mitarbeit Fr. W. Foersters erhält, schrieb dieser zu stets erneuter Nachprüfung der eigenen Objektivität aneifernde Pazifist kürzlich u. a. folgende äußerst treffende Sätze:

„In der Welt am Montag stellt H. v. Gerlach mit Recht fest, daß auch die deutschen pazifistischen Kreise in der politischen und moralischen Verurteilung der gegenwärtigen französischen Aktion einig seien. Man kann hinzufügen: Niemand hat so unzweifelhaft das Recht, eine solche Exekution angesichts der ganzen deutschen und europäischen Lage als Irrweg und als Schuld zu bezeichnen, als der Vertreter der Friedensbewegung, der Gegner des Gewaltwesens, der grundsätzliche Wortführer der Völkerverständigung. Mit welcher moralischen Autorität wollen aber diejenigen protestieren, die stets das Motto: ‚Macht geht vor Recht' im Munde führten und die für die Erledigung von Völkerkonflikten nur das ‚vae victis' kannten, ja, die trotz allem was sie jetzt am eignen Leib erfahren, nicht aufhören, den Rechtsgedanken im Völkerleben zu verhöhnen?"

Ein französischer General über die Ruhrbesetzung.

Im „Journal de Peuple" schreibt General Percin: „Unglücklicher Weise haben die Völker von ihrer Souveränität gegenüber den Regierungen immer nur Gebrauch gemacht, wenn sie gesehen haben, daß ein Krieg unglücklich für sie ausgeht. Es wäre besser, wenn sie davon Gebrauch machten, ehe der Krieg anfängt.

Aber öffentlich zu erklären, daß man keinen Krieg will, wenn man im wehrpflichtigen Alter ist, das verlangt mehr Zivilcourage als Militärcourage. Die glühendsten Pazifisten wollen vor allem zeigen, daß sie sich nicht davor fürchten, zu marschieren. Diese Mentalität muß sich ändern.

Der Patriotismus ist Mode, nicht der Internationalismus. Und die freisten Menschen sind dieser Mode unterworfen, mehr als sie selber glauben.

„Die Freiheit des Denkens der Religion gegenüber ist erreicht, dem Vaterland gegenüber noch nicht". So sagt Pierre Hamp in einem ausgezeichneten Buch, betitelt: „La peine des hommes. Un nouvel honneur", dessen zehnte Auflage bei der „Nouvelle Revue française" in Paris erschienen ist. Er zeigt darin, daß die Franzosen und die Deutschen epochenweise immer den Haß gegen einander gepredigt haben, es aber nie mit der Versöhnung versuchten.

Und er verweist weiter daraut hin, daß, wenn wir nicht zur Versöhnung kommen, ein russisch-deutsches wirtschaftliches Bündnis sich zu einem militärischen entwickeln muß, das Europa voraussichtlich beherrschen wird.

Er erinnert ferner an den Gedanken von Michelet: „Wenn der Krieg weiter von Männern geführt wird, die nicht selbst mitmachen, wird er ewig dauern". Und er fügt hinzu: „Entledigen wir uns der Totengräber unserer Völker und versuchen wir es mit der deutsch-französischen Freundschaft".

Das deutsche und das französische Volk müssen sich gegenseitig retten oder gemeinsam untergehen.

Bis jetzt hat uns die Ruhrbesetzung nichts eingebracht, im Gegenteil, die Regierung hat einen Kredit von 45 Millionen Franken verlangt für die Besatzungskosten von Januar und Februar.

Die Reparationsleistungen sind nicht gewachsen, sondern nur der Haß".

Die Weltfriedensarbeit der Gegenwart und der Gaskrieg der Zukunft.

Mag der vom Internationalen Gewerschaftsbund im Haag veranstaltete Weltfriedenskongreß auch selbst bei den Linksstehenden keine ungeteilte Befriedigung erweckt haben, bei den Kommunisten nicht, weil sie sogar den Weltfrieden nur auf dem Wege der Gewalt für erreichbar halten, bei den extremen Kriegsdienstverweigerern und Anti-Militaristen nicht, weil er sich nicht vollends auf den Boden der absoluten Gewaltlosigkeit stellte, bei der Mehrheit der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien nicht, weil ihr die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Pazifisten widerstrebt, so bedeutet er

doch einen ungeheuern Schritt vorwärts. Die Referate, die auf dieser Tagung gehalten wurden, ebenso wie die Debatten die ihnen folgten und die Resolutionen, die sie abschlossen, bieten eine Fülle wesentlichster Gesichtspunkte für alle weitere Friedensarbeit. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Verhandlungen bald wortgetreu in Druck erschienen, damit man ihnen die größte Verbreitung geben kann.

Aber auch weitgehende praktische Ergebnisse wird dieser Kongreß sicherlich zeitigen. Dafür werden schon die permanenten Kommissionen sorgen, die von ihm eingesetzt wurden, und deren Mitglieder, durch ihre stete Fühlung zu den großen politischen Organisationen der pazifistischen Internationale eine weit stärkere Stoßkraft verleihen können, als je vorher. Wir werden über die Arbeiten dieser Kommissionen fortlaufend berichten.

Die von prachtvollem Elan erfüllte und zugleich sachlich glänzend fundierte Rede, die der geistige Initiator des Kongresses, der Holländer Edo Fimmen hielt, brächten wir — wie daneben auch einige andere — am liebsten vollinhaltlich zum Abdruck. Leider gestattet dies die Knappheit des uns zur Verfügung stehenden Raumes nicht. Aber eine äußerst markante Stelle aus Fimmens Rede wollen wir doch herausgreifen, die besonders packend ist, weil sie die Schrecken eines künftigen Gaskrieges schildert.

Er führte aus: „Für die Kriegsorganisation ist auch die Wissenschaft unausgesetzt tätig. Jede Erfindung wird sofort auf ihre Ausnutzbarkeit im Kriege geprüft und in allen Ländern sind besondere Forschungsinstitute und Laboratorien eigens mit der Aufgabe errichtet, nach immer grausameren Kriegsmitteln zu sinnen. Die bisher bestehenden sind noch nicht verhängnisvoll genug. Ihre Zerstörungs- und Vernichtungskraft erscheint noch immer als zu beengt und zu human. Die Staaten suchen nach unheilvolleren und unmenschlicheren Kriegswaffen. Geradezu fieberhaft wird an der Mischung neuer Gifte und an der Bereitung zerstörender Gase gearbeitet. Von diesen tötenden Giften wird der nächste Krieg, wenn die Massen der Völker ihn nicht unmöglich machen, entschieden. Denn vergessen wir nicht, daß der hinter uns liegende Krieg diese Giftwaffe erst in ihrem Anfangsstadium kannte und daß sie zu vollem Einsatz und voller Grausamkeit erst gelangt wäre bei einer Fortdauer des Krieges. Welchen Grad der Vervollkommnung diese Waffe schon damals erreicht hatte, ergibt sich aus einer vor einem Jahre von Lloyd George gehaltenen Rede, wonach die Alliierten bei Fortführung des Krieges ein Gas Lewisit hätten in Anwendung bringen können, von welchem Sachverständige erklären, daß man mit seiner Hilfe innerhalb 24 Stunden die ganze Menschenbevölkerung von Berlin hätte vernichten können. Inzwischen ist auch dieses Gas überholt. So hat das amerikanische Staatslaboratorium, in welchem mehr als 4000 Menschen tagaus, tagein damit beschäftigt sind, neue chemische Zerstörungsmittel zu erproben, ein flüssiges Gift hergestellt, von welchem die Ladung eines einzigen Flugzeuges jedes lebende Wesen im Umkreis von sieben Meilen vernichten könnte. Ähnliche besondere Laboratorien bestehen in fast allen Ländern der Welt, obgleich sich die Staaten in der Konvention von Washington dazu verpflichtet haben, den Gebrauch schädlicher Gase und chemischer Mittel zu verhindern. Augenblicklich arbeitet man an der Vervollkommnung des Senfgases. Ein französischer Sachverständiger erklärte hierüber kürzlich einem Vertreter der Morning Post, daß, abgesehen von der tödlichen Wirkung, eine damit bombardierte Stadt für mehrere Tage gänzlich unbewohnbar gemacht wird, daß man aber noch weitere Versuche mache, um die Wirkung zu steigern und es gefährlicher zu machen. Gleichzeitig seien auch Versuche mit andern Gasen im Gange. Darunter befinde sich ein Gas, dessen Anwendung zeitliche Denkunfähigkeit herbeiführe und die Menschen in einen Zustand von Trunkenen oder Idioten versetze". R. G.

Czernin über den Pazifismus.

Abgeordneter Ottokar Czernin schrieb am 24. November 1922 im „Neuen Wiener Journal" in einem Artikel, der in der Hauptsache der Verherrlichung Talaat Paschas, des Urhebers und Organisators der entsetzlichen armenischen Greuel gewidmet war, unter anderem Folgendes: „Die pazifistischen Bestrebungen dürfen den realen Boden der Verhältnisse nicht verlassen, sonst werden sie zu utopischen Schwärmereien, die mehr schaden als helfen. Und dieser reale Boden ist nun einmal das Faktum, daß die französischen Gewaltfrieden eine ganz unhaltbare europäische Konstellation geschaffen haben, auf welcher der dauernde Friede nicht aufzubauen ist. Daher müssen wir wünschen, daß erst einmal diese Zwangsfrieden aus der Welt geschafft werden, und zwar um jeden Preis — auch um den Preis neuer Kriege — erst dann und nur dann kann der Traum des Völkerfriedens bis zu einem gewissen Grade wenigstens Wirklichkeit werden. Der Kampf gegen diese in Frankreich verkörperte grausame und dumme Diktatur über Europa ist daher kein Widerspruch, sondern die Vorbedingung einer pazifistischen Weltbewegung. Jeder Vater soll seinen Knaben lehren, daß dieser Kampf seine heiligste Pflicht ist. Und wenn wir dahingerafft werden, bevor wir das Ziel erreichen, so wird hinter uns schon eine neue Generation stehen, die die Waffe ergreift, welche unserer ermatteten Hand entfällt. Und eines Tages werden unsere Söhne und Enkel das große Werk vollbringen und den durch den französischen Frieden geknechteten Völkern ihre Selbständigkeit, ihre Freiheit und ihr Selbstbestimmungsrecht zurückerobern — und dieser Tag kann vielleicht der Geburtstag einer pazifistischen völkerversöhnenden Idee werden, aber vorher ist es unmöglich und bis dahin ist alles pazifistische Gerede ein utopisches, weibisches, klägliches, schädliches Gewäsch".

Gewiß, die Friedensverträge, die uns auferlegt wurden, sind verdammenswert. Hat aber gerade Czernin, der als Minister des Äußern der öst.-ung. Monarchie während der schwersten Kriegsjahre Brest-Litowsk mitverschuldete, ein Recht, sich sittlich über sie zu entrüsten? Und welche Infamie, daß dieser skrupellose Gewaltpolitiker weitere Generationen blühender Menschenleben zur Schlachtbank geführt sehen will, bevor er allergnädigst gestattet, von Pazifismus zu reden. Er weiß also noch immer nicht, daß der Krieg restlos Bankerott gemacht hat, daß er auch für die Völker der Siegerstaaten den Ruin bedeutet. Aber es lohnte wirklich nicht, sich mit einem Czernin auseinanderzusetzen, wäre nicht die aufreizende Tatsache zu konstatieren, daß ein Mann mit derart allem Kulturempfinden Hohn sprechenden Anschauungen noch heute der Führer der bürgerlichen Demokraten in Oesterreich sein kann. Jedenfalls ist es ein Symptom von sehr ernst zu nehmender Bedeutung, daß das Wiener Bürgertum sich nicht schämt, von einer solchen Persönlichkeit im Nationalrat vertreten zu sein. R. G.

Lloyd George über den Militarismus.

Die Aufsätze, welche Lloyd George veröffentlicht, seit er von seinem Amt zurückgetreten ist, zeigen, daß der Schriftsteller dem Redner nichts an Originalität und Kraft nachgiebt. Jeder einzelne dieser Aufsätze bietet in seiner ursprünglichen Frische, in der unbekümmerten Offenheit, in der Schneidigkeit des Draufgängertums, eine höchst erquickliche Lektüre. Gleichviel ob er sarkastisch überlegen mit Clemenecau abrechnet, oder ob er in seinen Urteilen über die weltpolitische Lage hemmungslos den gesunden Menschenverstand zu Wort kommen läßt, durchweg hat man das Gefühl: Hier ist Einer der entschlossen die Fenster aufstößt, weil er es in der stickigen Luft der Geheimdiplomatie nicht länger aushalten kann.

Wie wohltuend wirkt z. B. die unverblümte Kritik am Militarismus in einem seiner letzten Artikel und wie markant sind besonders die Schlußsätze, in denen er, alles vorher Ausgeführte in einem anschaulichen Bild zusammenfassend, sagt: „Die wirtschaftliche Genesung Europas wird durch die Kosten des neuen Militarismus ernstlich verzögert. Der alte Kontinent wirft mit beiden Händen den Kriegshunden das Brot vor, das seine Kinder ernähren sollte. Eines Tages werden diese Hunde in ihrer frechen Wildheit die Kinder anfallen und sie zerreißen".

In der Tat, wunderschön gesagt! Bedauerlich bleibt nur, daß Lloyd George sich selbst gegenüber nicht die gleiche Unvoreingenommenheit aufbringt, wie für seine ehemaligen Mitarbeiter. Warum läßt er unerwähnt, wie sehr die Übel in der Welt, die er jetzt so bitter beklagt, den Fehlern entspringen, die er während des Krieges helbst begangen? Sein Genie erschöpfte sich eben leider stets in der geschicktesten Ausnützung jeder Situation für Augenblickserfolge, auf lange Zeit voraus zu denken, lag nicht in seiner Natur. Und besonmangelt es ihm an moralischer Tiefe, die ihm Gewissensbedenken in der Wahl seiner Mittel eingeflößt hätte. War es nicht Lloyd George, der alle diejenigen, die die Folgen seiner Politik rechtzeitig voraussahen und voraussagten, rücksichtslos einsperren ließ, der nicht einmal davor zurückschreckte, so ausgezeichnete, um ihr Vaterland so hochverdiente Männer wie Morel und Bertrand Russel in den Kerker zu werfen?

Von diesen Untaten kann Lloyd George sich nicht reinwaschen. Auch nicht durch die noch so gründliche Mohrenwäsche, die er jetzt an denen vornimmt, die es noch ärger trieben als er und länger an den Wahnsinnsprinzipien festhalten, von denen sein beweglicherer Geist sich nun bereits freizumacehn sucht. Wer nicht jederzeit aus der Überzeugung heraus handelt, daß es Mittel gibt, die durch keinen Zweck in der Welt gerechttertigt zu werden vermögen, der erreicht nicht das volle Maaß, das die Geschichte verlangt, um einer Persönlichkeit das Prädikat wahrer Größe auszustellen. Lloyd George wird dauernd mit dem Makel des Opportunismus behaftet bleiben — auch wenn er sich jetzt, aus Opportunität, sogar zum Pazifismus bekennt.

Auch an ihm, wie an so vielen andern vor ihm, wird sich erfüllen, was Lasalle, in seinem hinterlassenen Drama, Ullrich Hutten mahnend ausrufen läßt: „daß es den Kopf kann kosten, in großen Dingen schlau zu sein".

Der Niedergang des Militarismus in Japan.

Unter diesem Titel veröffentlichte Dr. David Starr-Jordan, der Kanzler der Stanford-Universität (Californien) Mitte Januar 1923 einen Aufsatz in der „Unity", in dem er unmittelbar nach seiner Rückkehr von einer längeren Reise in Japan seine Eindrücke folgendermaßen schildert:

„Während meines letzten Besuchs in Japan fanden dort verschiedene Ereignisse von Weltinteresse statt. Das Bemerkenswerteste davon war die Abberufung der japanischen Truppen aus Sibirien, die Ernährung einer Schar „weißer" Russen-Flüchtlinge von Wladiwostok, durch die Japaner in Gensan in Korea, das Aufgeben von Tsing-tao und des Stützpunktes Shantung, die Zurücknahme der japanischen Truppen aus Hankow und anderswo aus China, die Verminderung von Schiffen und die Entlassung von einigen 30 000 Mann aus der Flotte.

Die Hauptbeweggründe für diese Tatsachen werden in der sich immer mehr durchsetzenden Erkenntnis des Versagens des Militarismus und der ihm anhaftenden Gefahren gefunden. Vor sechzig Jahren erhob sich Japan plötzlich aus dem feudalen System, unter dem der wirkliche Herrscher der Nation auch das Haupt der Armee war. Im Ausgleichsweg verfügte die Verfassung, daß jedem Kabinett ein General und ein Admiral angehören sollte und daß die militärischen Aktionen außerhalb der Kontrolle der Zivilbehörden stehen. Das Militär war es, welches die Eingeborenen in Korea überwältigte, indem es dort eine verzweifelte und unnütze Revolte entfachte. Ebenso waren es die Militärs in Graf Okuma's Ministerium, das die „einundzwanzig Forderungen" an China „überwies", Forderungen, welche freimütig in Japan als „schändlich" bezeichnet wurden, welche aber der Ministerpräsident anscheinend zu stolz war, zu verwerfen, obwohl sie seiner eigenen Überzeugung und seiner tatsächlichen Politik entgegengesetzt waren. Die Militärpartei war es im Jahre 1914, welche Japan zu zwingen versuchte, an der Seite Deutschlands zu stehen, ein Vorhaben, welches von der Entschlossenheit Okuma's verhindert wurde, der keinen Augenblick daran dachte, Großbritannien die Treue zu brechen.

Die wesentlichen Gründe für das Zurückziehen der Truppen von Sibirien und aus China liegen in Folgendem:

1. Die außerordentlich großen Kosten der imperialistischen Kriegsabenteuer. Japan ist arm und überbesteuert und die Lebenshaltungskosten sind drei- bis viermal so hoch als sie sonst waren. Das in Wladiwostok und Tsing-tao vergeudete Geld wird stark für interne Verbesserungen benötigt, besonsonders geht der Wunsch dahin, Tokio und Osaka das zu geben, was diese Riesenstädte niemals hatten: Kanäle, Wasserleitungen, geptlasterte Straßen, Gehsteige und hinlängliche Märkte.

2. Die Kapitalisten sind in Japan im allgemeinen für die Verminderung der Rüstungen. Imperialismus und Krieg bedeuten in ihren Augen Verschwendung des Besitzes und als Kaufleute lieben sie Verschwendung des Besitzes nicht.

3. Die Intellektuellen werden von den kriegerischen Verwicklungen größtenteils abgeschreckt. Diese Männer, die in den bewundernswerten japanischen Universitäten oder sonstwo in Amerika oder England herangebildet werden, haben die in der Wissenschaft führenden Ideen. Das stärkste Verständnis für Versöhnung und Frieden wird bei jenen Männern und Frauen gefunden, einigen 2000 an Zahl, die an amerikanischen und englischen Universitäten erzogen wurden. In Tokio allein sind 60 Promovierte aus Stanford, Professoren, Ingenieure und Geschäftsleute, gleicherweise ihrer Nation und ihrer alma mater ergeben.

4. Die öffentliche Meinung von England und Amerika hat großes Gewicht in Japan, insoweit sie für Verständigung und verschieden von dem gelben Journalismus und dem Eifer der „professionellen Starrköpfe" ist. Die Japaner haben sich überzeugt, daß die ehrlichen Freunde auf beiden Seiten die Abenteuer bedauern, in welche sie durch ihre Verbündeten gebracht wurden.

5. Selbst den Militärs dämmert die Einsicht, daß sie das „unrechte Pferd bestiegen" haben und daß, nach Allem, Deutschland nicht das Muster einer erfolgreichen Nation ist. Die meisten dieser Männer sind aufrichtige Patrioten, nur die Wohlfahrt Japans, wie sie sie verstanden, suchend. Aber das Volk traut ihrem Urteil nicht mehr. Diesem geänderten Zustand wurde freimütig von dem Premierminister, Admiral Kato, dem Haupt der Flotte, Rechnung getragen, welcher sieht, daß Japan „als große Seemacht" seine Zukunft zu stark belastet.

6. Die japanische Regierung hat sich verbürgt, die Abberufung durchzuführen und wenn auch die Verwaltungen wechseln, ist ihr Wort heilig. Keines „Gentlements Vertrag" wurde je durch Japan verletzt.

Für Japan kam die Washingtoner Konferenz als eine segensreiche Wohltat. Sie zerstreute alle Furcht vor den Vereinigten Staaten und ebnete den Weg für die Herabsetzung der Rüstungsverschwendung und die für Verminderung der Besteuerung".

Ganz im gleichen Sinne, aber womöglich noch prägnanter, äußerte sich Starr-Jordan in einem Privatbriefe, den er am 27. Dezember 1922 mit der ausdrücklichen Ermächtigung zur Publikation an ein langjähriges Mitglied der Oest. Friedensgesellschaft richtete. In diesem schrieb er: „Wir sind glücklich aus Japan zurückgekehrt, nachdem wir die Freude hatten, Zeugen des totalen Zusammenbruchs der dortigen Militärpartei gewesen zu sein, die aufgebaut wurde von in Deutschland erzogenen Männern, welche jetzt alle mehr oder weniger überzeugt sind, daß die Nachahmung des militaristischen Deutschlands nicht der Weg zu nationaler Größe ist. Ich kann ohne zu übertreiben sagen, daß ich in das Herz des japanischen Volkes eingedrungen bin, das mir eine nachträgliche Auszeichnung, zum Zeichen seiner guten Gefühle für mich, zuteil werden ließ. Ich hatte so die Ehre in das Vertrauen aller mit den äußeren Angelegenheiten zusammenhängenden Geschäftsträgern gezogen zu werden. Jedes Gerücht über einen Krieg zwischen Japan und Amerika basiert auf dem Vorhaben, eine Marinestation in San Francisco zu errichten. Ich bin jedoch noch immer stark von der Wahrheit der Worte unseres großen Vorkämpfers der Sklavenbefreiung William Lloyd Garrison durchdrungen, der sagte: „Ich werde niemals dem Kriegsgeist irgendwo in Gottes Weltall trauen".

Die Faszistengefahr.

In diesen Tagen hat der sozialdemokratische Abgeordnete und ehemalige Staatssekretär für Heerwesen in Oesterreich Dr. Julius Deutsch eine kleine Schrift unter dem Titel „Die Faszistengefahr" (Verlag Wiener Volksbuchhandlung) veröffentlicht, die im höchsten Maße beachtenswert ist. In überaus klarer und knapper Darstellung deckt sie die soziologischen Zusammenhänge auf, aus denen heraus die Schande des überwältigenden Erfolges Mussolinis zu begreifen ist. Es entspricht, wie er zeigt, durchaus den Gesetzen der historischen Logik, daß auf den italienischen Kommunismus, der ein „Bolschewismus der Phrase" war, mit dem Faszismus ein „Bolschewismus der Tat" folgte. Nun sind es „die Besitzenden, die weil sie daran verzweifeln auf dem Boden der Demokratie die Arbeiterschaft wirksam bekämpfen zu können, zur Gewalt ihre Zuflucht nehmen".

Aber die Schilderung dieses notwendigen Kreislaufs der Gewalt bildet nur die Einleitung der Broschüre von Deutsch. Was sie für uns Pazifisten so überaus lehrreich macht, ist der Hinweis auf die Entwicklung einer Art von Privatmilitarismus, der in Oesterreich, wo die Reaktion an der staatlichen Wehrmacht keinen ausreichenden Rückhalt mehr hat, immer stärker um sich greift. Auf Grund reichen Belegmaterials wird dargestellt, welch unheimliche Ausdehnung die Heimwehren bereits angenommen haben, in wie skrupelloser Weise ihre immer bessere Bewaffnung zur Durchführung gelangt, in wie straffer militärischer Organisation ihre Ausbildung erfolgt. Und was auch nicht ohne Bedeutung ist; Deutsch kann den Nachweis erbringen, daß dieser Privatmilitarismus der Reaktion von führenden österreichischen Industrien finanziert wird.

Das für uns Pazifisten Wichtigste sind jedoch die Folgerungen, die Deutsch aus diesen bedrohlichen Tatsachen zieht. Er erklärt, der Arbeiterklasse bleibe, so durch und durch pazifistisch sie auch sei und sein müsse, nichts anderes übrig, als gleichfalls zum militärischen Selbstschutz zu greifen, wolle sie sich vor einem ähnlichen Schicksal bewahren, wie es der Faszismus in Italien dem Proletariat und sogar dem freiheitlichen Bürgertum bereitet habe. Wir sehen also, die zwischenstaatliche Anarchie und das aus ihr erwachsene Wettrüsten der Staaten führt schließlich sogar zu einem „Wettrüsten der Klassen".

Wohin gerät aber unsere gesamte Kultur, wenn es auf diesem Wege weiter geht? Auch Deutsch graut vor dieser Entwicklung. Er hebt darum hervor: „Es gäbe allerdings noch immer einen Ausweg, nämlich den gleichen, den die Staaten zu gehen versuchten. Ebenso wie Abrüstungskonferenzen der Staaten versucht wurden, müßte versucht werden, die Vertreter der Klassen an den Verhandlungstisch zu bringen. Vielleicht ist die Hoffnung doch nicht ganz utopisch, daß es gelingen könnte, zu Vereinbarungen zu kommen, die die notwendige Auseinandersetzung der Klassen so gestalten, daß sie auf dem Boden der Demokratie erfolgt und Gewalttaten auf allen Seiten möglichst vermieden werden".

Aber solange auf eine derartige innerstaatliche Abrüstungskonferenz nicht zu hoffen ist, weiß Deutsch keinen andern Rat, als Organisierung der Wehrhaftigkeit und Erziehung im Geist der Wehrhaftigkeit, auch auf Seiten des Proletariats als einzig wirksame Maßnahme zur Verteidigung der Demokratie und Kultur.

In Deutschland liegen die Verhältnisse, soweit Bayern in Betracht kommt, das ja das Vorbild für Oesterreich abgegeben hat, ganz ähnlich. Und wie stark das von den französischen Imperialisten begünstigte bayrische Geheimwehrensystem das ganze Reich durchsetzt, braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden. Kann man auf Grund aller dieser höchst bedrohlichen Erscheinungen daran zweifeln, daß das Problem des Pazifismus schlechthin das Problem unserer Zeit überhaupt darstellt? Neben dem wahcsenden staatlichen Militarismus noch neu entstehender und rasch zunehmender Privatmilitarismus, damit hört schließlich die Möglichkeit geistiger Austragung gesellschaftlicher Konflikte überhaupt auf. Und doch, was ist den Konklusionen Deutsch's entgegenzuhalten, wenn die Reaktion fort-

fährt, sich ihre Privatarmeen aufzubauen! Militaristischer Pazifismus, ist das nicht das Ende des Pazifismus — und andererseits, wie sollen sich die Pazifisten davor schützen, von ihren zu jedem Gewaltmittel entschlossenen Gegnern einfach niedergeknüppelt zu werden, wenn nicht auch sie zur Notwehr rüsten? Oder kann trotz alledem nur unentwegte Entwaffnungspropaganda unser Programm sein? Die Schrift Deutsch's gibt jedenfalls viel zu denken . . . . . R. G.

Kriegserlebnesse eines deutschen Geschichtsprofessors in der Heimat.

Dies ist der Titel einer Schrift, in der Dr. Karl Heldmann, a. o. Professor der Geschichte an der Universität Halle-Wittenberg (Verlag „Friede durch Recht", Ludwigsburg, 1922) seine Leidensgeschichte erzählt. In ihr spiegeln sich zugleich typische Verhältnisse wieder, „die Erlebnisse und Schicksale von Hunderten und Aberhunderten deutscher Volksgenossen, die während des Weltkrieges um des Vaterlandes und der Menschheit, um der Wahrheit und ihres Gewissens willen ihre Knie nicht haben beugen wollen und können vor dem Baal eines militärisch-politischen Herrensystems, das vier Jahre lang wie ein Albdruck auf dem deutschen Volke lag und auch heute noch in weitesten Kreisen namentlich unserer Intellektuellen verhängnisvoll nachwirkt". Heldmann, der niemals politisch tätig war, wurde zunächst (1917) — nach der Zusendung einer Broschüre an Prof. Foerster — infolge einer Anzeige seitens des General-Kommandos gerichtlicht belangt, mußte aber schließlich freigesprochen werden. Seine Korrespondenz wird überwacht, und man findet Briefe, welche kritische Bemerkungen über das herrschende System enthalten. Ganz abgesehen davon daß es sich hier um rein private Expektorationen gegenüber Privaten handelt, die nicht unter Anklage gestellt werden durften, bieten diese Bemerkungen rein sachlich keinen Anhalt zu einer gerichtlichen Verfolgung. Aber unter dem Drucke der Militärbehörde wird ein hochnotpeinliches Verfahren mit Haussuchungen usw. eingeleitet und Heldmann schließlich zu drei Monaten Arrest verurteilt, dem er nur durch die allgemeine Amnestie entgeht. Aber das ist noch nicht alles. Die Universität, der er angehört, eröffnet ein Disziplinarverfahren gegen ihn; er wird des Amtes enthoben, weil er „wissenschaftlich und moralisch" nicht würdig sei, an einer deutschen Hochschule zu lehren. Denn er habe „ja vor nichts Respekt, nicht einmal vor Hindenburg", er verhalte sich nicht wie ein echter preußischer Beamte, er „habe doch keinen Lehrauftrag für Ethik, sondern für Geschichte", und dergleichen mehr. Einen Mann, der — ohne den geringsten Radikalismus — freimütig echten Kulturpatriotismus gegen nationalen Machtformalismus vertritt, behandelten Universitätskollegen wie einen ehrlosen Menschen; er wurde gesellschaftlich boykottiert, niemand trat für ihn ein. Nun hat er wegen der politischen Veränderungen sein Lehramt wieder erhalten, aber nach wie vor ist er in Halle verfehmt. Und weil er nicht imstande ist, eine Revision seiner Disziplinierung durchzusetzen, eine Ehrenerklärung seitens der Universität zu erlangen, ergreift er die Flucht in die Öffentlichkeit, zu der ihm das Unterrichtsministerium selbst geraten hat. Seine Darlegungen, die schlicht und leidenschaftslos gehalten sind, zeigen insbesondere, „wie dringend notwendig, bei aller selbstverständlichen Hochschätzung der akademischen Selbstverwaltung, eine durchgreifende Hochschulreform an Haupt und Gliedern ist". Die Hauptsache ist, daß „in den Kreisen der deutschen Intelligenz selbst sich endlich eine Erneuerung des deutschen Geistes von innen heraus im Anschluß an die besten deutschen, d. h. vorbismarckischen, vormilitärischen und vornationalistischen Überlieferungen vollzieht und die in der Selbstbeweihräucherung durch die akademische Phrase und den akademischen Dünkel vielfach stickig gewordene Luft auf Deutschlands hohen Schulen eine gründliche Reinigung erfährt".

Man kann der „Frankf. Ztg." nur vollkommen zustimmen, wenn sie sich in einer Besprechung der Heldmamischen Schrift darüber entrüstet, „daß in dieser schamlosen Weise im vierten Jahre der Republik die Mehrheit einer Universitätsfakultät einen Kollegen um seiner abweichenden Ansichten willen zu strafen vermag".

Dokumente der Friedensbewegung.

XI. Deutscher Pazifistenkongreß, veranstaltet vom Deutschen Friedenskartell in Leipzig vom 3.—7. Oktober 1922.

Resolutionen.

Der XI. Deutsche Pazifistenkongreß hat beschlossen dem Reichstag eine Resolution folgenden Inhalts vorzulegen:

„Es geht von Pazifisten in Australien die Anregung aus, in allen Ländern gleichzeitig eine Volksabstimmung über allgemeine und vollständige Abrüstung herbeizuführen".

Der XI. Deutsche Pazifistenkongreß richtet an Reichsregierung und Reichstag die dringende Aufforderung, unter der Voraussetzung, daß das geplante Referendum in allen Staaten stattfindet, auch in Deutschland einen derartigen Volksentscheid herbeizuführen".

Der XI. Deutsche Pazifistenkongreß bedauert, daß die Reichsregierung die diesjährige Versammlung des Völkerbundes hat vorbeigehen lassen, ohne den Antrag auf Deutschlands Aufnahme zu stellen.

Deutschlands Verpflichtungen gegenüber der allgemeinen Entwicklung einer internationalen Rechtsgemeinschaft wie seine eigenen Interessen sind gleich zwingende Gründe für den Beitritt.

Schwächen und Fehler des Völkerbundes, die in einem großen Teil der deutschen Presse als Hindernisse des Beitritts ausgebeutet werden, sind vielmehr ebenso viele Gründe für die Notwendigkeit, Einfluß innerhalb des Bundes zu gewinnen.

Der Kongreß betont, in Übereinstimmung mit dem Internationalen Friedenskongreß in London, die Berechtigung des deutschen Anspruchs auf Einräumung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrat, warnt aber auf das entschiedenste davor, diese Forderung zur Bedingung des Beitritts zu machen.

Der Kongreß fordert alle deutschen Friedensfreunde auf, während der nächsten Monate regste Aufklärungsarbeit zu leisten, damit nicht nochmals durch Versäumnis von deutscher Seite die Gelegenheit verpaßt wird, dem deutschen Volke den ihm gebührenden Platz im Bunde der Kulturvölker zu sichern.

Der XI. Deutsche Pazifistenkongreß richtet an die Regierungen der Länder das dringende Ersuchen, die sofortige Abschaffung der alten Lehrbücher der hö-

heren, wie der Volksschulen zu verfügen, deren Inhalt nicht mit dem § 148 der Reichsverfassung in Einklang zu bringen ist. Er erwartet schleunigste Einführung von Unterrichtsbüchern, die geeignet sind, die Grundlage für eine Erziehung der Jugend im Geiste der Republik, der Völkerversöhnung und der sozialen Gerechtigkeit abzugeben.

Der Kongreß verkennt nicht die materiellen Schwierigkeiten, die sich der Erfüllung dieser Forderung entgegen stellen, erwartet aber, daß die Reichsregierung in Würdigung der Bedeutung dieser Frage für die Erziehung der kommenden Generation nötigenfalls den Ländern aus dem zum Schutze der Republik zur Verfügung stehenden Kredit entsprechende Unterstützung gewähren werde.

Als ein Mittel der Völkerverständigung sollte auch eine Welthilfssprache gelehrt werden.

Der XI. Deutsche Pazifistenkongreß erblickt eines der vornehmsten Prinzipien jeder staatlichen und internationalen Gesetzgebung in dem Rechte des Einzelnen, frei über sein Leben zu verfügen. In Bewunderung des heroischen Beispiels, das die Heeresdienstverweigerer vieler Länder, vor allem während des Krieges die conscientious objektors in England und Amerika, gegeben haben, sieht der Kongreß eine der vorzüglichsten Sicherungen gegen jeden Krieg in der Verweigerung der Gefolgschaft (Kriegsdienstverweigerung).

Zugleich erklärt er sich für Unterstützung aller der Volkskreise, die die Notwendigkeit erkannt haben, den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamation und Durchführung eines internationalen Generalstreiks zu verhindern. In diesem Sinne begrüßt er auf das wärmste die Beschlüsse der Gewerkschafts-Internationale von Amsterdam und Rom.

Der Kongreß spricht sich dafür aus, daß mit der Propaganda für Kriegsdienstverweigerung und für Generalstreik jene für Unterlassung der Herstellung und der Transporte von Kriegsmaterial Hand in Hand gehen.

Der XI. Deutsche Pazifistenkongreß fordert die Kontrolle der Waffen- und Munitionsfabrikation durch Organe des Völkerbundes und der Internationalen gewerkschaftlichen Organisationen. Aus der Waffen- und Munitionserzeugung dürfen keine privaten Gewinne erzielt werden.

Resolution an den Völkerbund: Zur Armenischen Frage.

Der XI. Deutsche Pazifistenkongreß hat mit tiefster Erschütterung und wahrhafter Entrüstung von den jüngsten furchtbaren Ereignissen in Kleinasien gehört, denen wiederum viele Tausende von Armeniern, darunter Tausende unschuldiger Frauen und Kinder zum Opfer gefallen sind. Dieses Schicksal ist um so schrecklicher, als dieses vielgeprüfte Volk bereits während des Weltkrieges durch die grausame Hinschlachtung und Vertreibung vieler Hunderttausende seiner Kinder mehr gelitten hat, als irgend ein anderes der Erde. Da nach dem Brande von Smyrna, bei der abermals die Mehrzahl der armenischen Bevölkerung dieser Stadt vernichtet oder vertrieben wurde, auch den wenigen hunderttausend Armeniern, die heute noch in Konstantinopel leben, sowie den armenischen Flüchtlingen in Thrazien die ernsteste Gefahr droht, richtet der XI. Deutsche Pazifistenkongreß die dringende Bitte an den Völkerbund, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die armenische Frage endlich gelöst wird. Ihre Verschleppung hat einen unerträglichen Zustand für das armenische Volk geschaffen, der eine dauernde große Gefahr für die Pazifizierung des nahen Osten und damit auch für den Weltfrieden in sich birgt. Der Kongreß bittet deshalb den Völkerbund, die Vereinigten Staaten und die an der Gestaltung des Orients beteiligten Mächte aufzufordern, endlich durch Gewährung der den Arminiern wiederholt in Aussicht gestellten Hilfe dem armenischen Volke die Möglichkeit zu geben, sich frei zu entwickeln und sein Schicksal geschützt vor Verfolgungen und unabhängig von jedem fremden Einfluß, zu gestalten.

Der XI. Deutsche Pazifistenkongreß fordert alle deutschen Kulturorganisationen auf, mit einzutreten gegen den Krieg. In die Not der Gegenwart hat uns der Krieg geführt, aus ihr heraus finden können wir nur durch den Kampf gegen den Krieg. Insbesondere fordern wir alle religiösen Organisationen auf, daß sie ein klares Bekenntnis zur Völkerversöhnung ablegen, die wahre Religion der Menschenliebe verkündigen und mit uns durch die Tat das Gebot vertreten: Du sollst nicht töten!

Wir regen in Übereinstimmung mit den englischen Pazifisten an, in allen Kirchen den letzten Sonntag vor Weihnachten als Friedenssonntag einzuführen und nach dem Vorbild englischer und amerikanischer kirchlicher Organisationen Anhänger einzuladen, teilzunehmen an unseren Kundgebungen „Nie wieder Krieg", da die Sehnsucht nach Erlösung von Menschenmord in allen Menschenherzen lebt, die guten Willens sind.

Appell.

Der XI. Deutsche Pazifistenkongreß richtet angesichts der katastrophalen Lage Mitteleuropas einen Appell an die Gesinnungsfreunde aller Länder:

Tief durchdrungen von der sittlichen Pflicht Deutschlands für den Aufbau der Welt Opfer zu bringen, sind wir von der Notwendigkeit überzeugt, daß gerade die besitzenden Schichten in Deutschland wie in allen anderen Ländern vielmehr leisten müssen, als sie bisher geleistet haben. In dieser Erkenntnis sind wir nicht nur einig mit unseren Gesinnungsgenossen im Ausland, sondern auch mit den arbeitenden notleidenden Massen unseres Volkes.

Wir alle stehen vor dem Abgrund! Bei uns in Deutschland drückt der völlige Zusammenbruch der Mark die Kaufkraft auf Null! Die Folge davon ist: das Fehlen wichtigster Rohstoffe und Nahrungsmittel, Zusammenbruch von Industrie und Handel — damit Elend, Verzweiflung, Revolten, Reaktion! Dadurch wiederum Unfähigkeit selbst zu den notwendigsten Reparationsleistungen und Lahmlegung jeder kulturellen Arbeit. Bei Euch in Verbindung damit verschärfte Arbeitslosigkeit und immer größer werdendes wirtschaftliches und politisches Elend.

Das alles sind die Wirkungen des Krieges, wie des ihm immerhin gleichenden Friedens von Versailles mit seinen unerfüllbaren Reparationsforderungen und seinen Sanktionen! Wir legen besonderen Wert darauf festzustellen, daß dieser Friedensvertrag nicht dem schlechten Willen eines Volkes zur Last gelegt werden darf, das durch die Hergabe seines letzten Wohlstandes und durch die schauerlichen Verwüstungen seiner reichsten Provinzen genau wie wir an den Rand der Verzweiflung getrieben wurde. Aber wir, die wir durch unsere Kritik an den Friedensverträgen von Brest-Litowsk und Bukarest bewiesen haben, daß uns nicht nationalistische Interessenpolitik, sondern die Interessengemeinschaft aller Völker allein heilbringend erscheint, dürfen ebenso nachdrücklich feststellen, daß auch der Friedensvertrag von Versailles die Folge der Gewaltmethode des Krieges ist. Wir Pazifisten, die wir grundsätzlich gegen alle Gewaltmethoden kämpfen, wissen, daß die Welt die durch den Krieg von allen Völkern

in Trümmern geschlagen wurde, nur durch die gemeinsame Arbeit aller Völker wiederaufgebaut werden kann.

Wir fordern daher in Gemeinschaft mit den deutschen Arbeitern von unserer Regierung die schärfste Heranziehung des Großkapitals, dessen Abgaben noch völlig ungenügend sind, durch die differenzierte Erfassung der Sachwerte, wie solche von unseren hervorragendsten Sachverständigen ausgearbeitet wurden, die ehrlichste Erfüllungspolitik.

Sollen wir aber, ohne an unserer Arbeit zu verzweifeln, wirksam für den Gedanken der Völkerverständigung, für wirtschaftliche und sittliche Interessengemeinschaft weiterarbeiten, muß unser Volk von dem Druck des Gewaltfriedens von Versailles und seinen unmöglichen Forderungen erlöst werden — müssen die Sanktionen wegfallen und die Truppen aus dem besetzten Gebiet zurückgezogen werden, was allein schon große Summen für die effektive Reparation frei machen würde.

Indem wir diese Forderungen erheben, lehnen wir nach wie vor jede nationalistische militaristische Einheitsfront ab, und bestreiten jenen das sittliche Recht gegen die Gewaltpolitik der Siegerstaaten zu protestieren, die selbst im Kriege jede Gewaltpolitik und die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk sowie Bukarest ausdrücklich gebilligt haben.

Wir erheben für unser Volk als ein Glied der Menschheit die Stimme in der Überzeugung, daß die Welt nur genesen kann, wenn überall die vom militaristischen Geist diktierte Politik aufhört. Sie hilft den siegreichen Völkern nicht und löst bei den besiegten nur haßerfüllten Nationalismus, Revanchegelüste und am Ende Verzweiflung aus. Deshalb ist es dringende Pflicht Aller in allen Ländern, denen der Wiederaufbau sittliches Gebot ist, mit aller Energie dahin zu arbeiten, daß unsere aus dem furchtbaren Ernst der Stunde geborenen, allein wirksamen Forderungen erfüllt werden. Selbst dann, wenn wir hier in Deutschland noch zu schwach wären, um unserer eigenen Aufgabe schon im vollen Umfang gerecht zu werden, bitten wir unsere Freunde draußen in ihrer Arbeit nicht zu erlahmen; jede Erleichterung und jedes Entgegenkommen, das wir erhalten, verdoppelt unsere Kraft und trägt dazu bei, daß wir die inneren Widerstände endgiltig überwinden.

Resolution

der Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft am 6. Oktober 1922 in Leipzig.

Die Deutsche Friedensgesellschaft kämpft für die endgültige Beseitigung des Krieges, als einer unsittlichen und unsinnigen Form der Auseinandersetzung zwischen Menschengruppen. Sie studiert die zu diesem Zwecke tauglichen Mittel, propagiert sie und wendet sie selbst nach Kräften an.

Ihre besondere politische Aufgabe verbietet der Deutschen Friedensgesellschaft sich einer bestimmten politischen Partei zu verschreiben, sie strebt grundsätzlich die Mitarbeit aller Volksgenossen an, die das gleiche Ziel verfolgen, wie sie selbst.

Im übrigen ist die ihr gemäße Haltung nicht die der sogenannten politischen Neutralität, vielmehr unterstützt sie alle Parteien und Gruppen des öffentlichen Lebens, die bewußt für die endgültige Beseitigung des Krieges arbeiten, und bekämpft alle Parteien und Gruppen, die diesem Ziele zuwiderhandeln.

Alle diese Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

* * *

Frauen-Weltkonferenz „Ein neuer Friede" im Haag vom 7.—10. Dezember 1922, einberufen von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit.

Hauptresolution der Konferenz.

Diese Konferenz, die von der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit einberufen wurde und an der 111 internationale und nationale Organisationen mit 20 Millionen Mitgliedern aus 20 Ländern teilnehmen, erklärt, daß der gegenwärtige trostlose Zustand Europas und seine Auswirkungen auf die übrige Welt nicht nur auf den Weltkrieg, sondern zu sehr großem Teile auch auf die gegenwärtigen Friedensverträge zurückzuführen sind.

Diese widersprechen den Waffenstillstandsbedingungen (den 14 Punkten des Präsidenten Wilson). Sie sind unvereinbar mit dem Geiste des Völkerbundes, wie er im Vorwort zur Völkerbundsverfassung dargelegt ist und „gefährden" in der Tat „den Frieden der Welt". (Artikel 19 der Völkerbundsverfassung). Sie haben sich sowohl in politischer, wie wirtschaftlicher, militärischer und psychischer Beziehung verhängnisvoll erwiesen.

Sie haben:

a) den wirtschaftlichen Wiederaufbau auf der Grundlage internationaler Zusammenarbeit und Befriedigung internationaler Interessen verhinhindert, da sie seine Durchführung zu einer Angelegenheit jener Nationen machten, die in diesem Weltkriege den militärischen Sieg davontrugen;

b) Feindseligkeiten und Verdächtigungen geschaffen und anerkannt, welche die Abrüstung zu Land, Wasser und in der Luft immer mehr erschwert und die Ausschaltung chemischer und bakteriologischer Kriegführung unmöglich gemacht haben;

c) die Verwirklichung eines allgemeinen, demokratischen und wirksamen Völkerbundes verzögert.

Darum

fordert diese Konferenz einen neuen Frieden auf Grund neuer Internationaler Vereinbarungen und seine Mitglieder beschließen, mit allen erdenklichen Mitteln für die Einberufung eines Weltkongresses, sei es durch den Völkerbund, durch eine Nation oder eine Gruppe von Nationen, zuwinken, um einen

neuen Frieden

zu schaffen.

Dringende Resolutionen.

1. Reparationen. Diese vom 7.—10. Dezember 1922 im Haag tagende Konferenz, die von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit einberufen wurde und an der 111 internationale und nationale Organisationen mit einer Mitgliederzahl von 20 Millionen Männern und Frauen vertreten sind, ersucht die alliierten Ministerpräsidenten, die am 9. Dezember in London zu einer Sitzung zusammentreten, nachdrücklichst, in Bezug auf die Reparationsfrage solche Vereinbarungen zu treffen, die das Vertrauen in der Welt wiederherstellen und dadurch die Stabilisierung der Valuta, die Wiederaufrichtung des internationalen Handels und die Erneuerung internationaler Zusammenarbeit ermöglichen.

2. Abrüstung. Diese Konferenz, die von der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit einberufen ist und auf der 111 internationale und nationale Organisationen aus 20 Ländern mit einer Mitgliederzahl von mehr als 20 Millionen Mitglie-

dern vertreten sind, erkennt an, daß jede Vereinbarung einzelner Staatsgruppen einen Schritt auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung bedeutet und beglückwünscht Rußland, Rumänien, Polen, Estland, Letland, Livland und Finnland, welche die Moskauer Konferenz einberufen haben, um eine Bewegung für fortschreitende Abrüstung in die Wege zu leiten.

Vorschläge zur praktischen Durchführung der Beschlüsse.

1. Reparationen. Die Sektionen der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Groß-Britannien, Frankreich, Belgien und Italien, schlagen eine sofortige Aktion vor, um gemeinsam einen Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit eine vernünftige Regelung der Forderungen, die von den Alliierten an Deutschland gestellt werden, herbeigeführt werde. Sie schlagen ferner vor, solidarisch vorzugehen und allen internationalen Organisationen oder Zusammenkünften besondere Vorschläge über die Frage der Reparationen zu machen. Ferner schlagen sie vor, je ein korrespondierendes Mitglied in allen obengenannten Ländern damit zu betrauen, ein gemeinsames Vorgehen in Bezug auf zwischenstaatliche Unterhandlungen herbeizuführen. Des weiteren regen sie an, einen Literaturnachweis und eine Liste geeigneter Redner anzulegen und mit einander auszutauschen. Sie werden auch andere Sektionen der Ententeländer zu gemeinsamer Arbeit einladen.

2. Besatzungsheere. Die Sektion der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Groß-Britannien, Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten schlagen eine sofortige gemeinsame Aktion vor, um einen Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit die Besatzungsheere aus dem Rheinland zurückgezogen werden und um vereint allen internationalen Organisationen oder Zusammenkünften, welche die Frage der Besatzungsheere besprechen, besondere Vorschläge zu machen.

3. Resolution an den vom 10.—15. Dezember im Haag tagenden Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Diese Konferenz, der 111 internationale und nationale Organisationen mit 20 Millionen Mitgliedern, aus 20 verschiedenen Ländern beiwohnen, und welche von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit einberufen ist, begrüßt aufs herzlichste die Erklärung des internationalen Gewerkschaftsbundes in Rom 1922, daß „der Kampf gegen den Militarismus und Krieg und für einen Weltfrieden auf Grund der Völkerverbrüderung eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaftsbewegung ist", daß „es eine besondere Pflicht der Internationalen Gewerkschaftsbewegung ist, die Schließung oder Aufrechterhaltung von Bündnissen oder Vereinbarungen zu bekämpfen, die zu umfassenden militärischen Aktionen führen können und durch vereinte internationale Maßnahmen „allen drohenden Kriegen entgegenzuarbeiten". Die Organisationen, die auf dieser Konferenz vertreten sind, werden zu diesem Zweck Seite an Seite mit den Arbeitern stehen und begrüßen die Initiative des Internationalen Gewerkschaftsbundes, einen Internationalen Kongreß nach dem Haag einzuberufen, um eine gemeinsame internationale Aktion zu organisieren.

Diese Konferenz stellt mit Befriedigung fest, daß der Internationale Gewerkschaftsbund alle internationalen Bestrebungen unterstützt, die die Kontrolle und Beschränkung der Herstellung von Munition und Kriegsmaterial aller Art sichern. Wir gehen noch einen Schritt weiter, da wir die völlige, allgemeine, nationale und internationale Abrüstung fordern und wenden uns an die Arbeiter der Welt, uns in dieser Forderung zu unterstützen und sich mit uns in unserem Kampfe für die Aufhebung der jetzigen verheerenden Friedensverträge und die Einberufung eines Weltkongresses für einen neuen Frieden, der auf internationale Gerechtigkeit aufgebaut ist, zu vereinen.

4. Internationale Schulden und Indemnitäten. Diese Konferenz erkennt mit großer Bestürzung die internationale Gefahr einer Besetzung des Ruhrgebietes und legt der Reparations-Konferenz die binnen kurzem in Brüssel stattfinden wird, nachdrücklichst dar, daß der beste Weg zur Regelung des Problems der internationalen Verschuldung, die durch den Krieg entstanden ist, die sofortige Beseitigung der Indemnitäten und interalliierten Kriegsschulden ist, und daß die Wiederherstellung aller zerstörten Gebiete zu einer Angelegenheit internationalen Übereinkommens gemacht werden sollte.

Sie begrüßt aufs Wärmste den Vorschlag des Völkerbundes (Bericht der dritten Kommission, 1922), daß die Reparationsfrage von einem internationalen Gesichtspunkt aus betrachtet werden soll und fordert die Reparationskonferenz nachdrücklich auf, den Ententemächten zu empfehlen, daß sie sich des Völkerbundes bedienen, um alle Parteien zur Lösung der ganzen Frage zu vereinigen.

5. Vorschläge zur Durchführung der auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse. a) Veranstaltung von Massendemonstrationen in Gemeinschaft mit verwandten Organisationen und Einzelpersönlichkeiten, mit religiösen Körperschaften, Hand -und Kopfarbeitern, Jugendbewegungen und den internationalen Verbänden ehemaliger Soldaten; b) Gleichzeitige intensive Pressebearbeitung; c) Betonung der Frage eines neuen Friedens in der politischen und Wahlarbeit; d) Entsendung von Deputationen an Parlamentsmitglieder, Regierungen, Führer aller politischen Parteien und alle Organisationen, die in der Lage sind, einen Druck auf die Regierung auszuüben; e) Veranlassung einer Umfrage durch die Zeitungen über die Frage neuer internationaler Vereinbarungen, wie es bereits durch das französische Blatt „Le Matin" getan wurde.

6. Weihnachtsbotschaft. Es wird von dieser Konferenz aus eine Weihnachtsbotschaft an alle Völker, die unter den Folgen der Friedensverträge leiden, im Namen von Miss Jane Addams gesandt und der Presse, den nationalen Sektionen der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit und verwandten Organisationen, die Delegierte entsandt haben, übergeben werden.

Alle diese Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

* * *

Resolutionen des Weltfriedenskongresses, veranstaltet vom Internationalen Gewerkschaftsbund im Haag vom 10.—15. Dezember 1922.

Resolution der Kommission für Erziehung.

Berichterstatter: F. Buisson (Französische Liga für Menschenrechte).

Der vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufene und vom 10. bis 15. Dezember im Haag tagende Kongreß erklärt: daß im gegenwärtigen Entwicklungszustand der Menschheit der Krieg nicht mehr als Lösungsmittel bei zwischenstaatlichen Zwistigkeiten geduldet werden darf. Die Verpflich-

tung, friedliche und rechtliche Schlichtungswege zu betreten, muß als endgültige Erkenntnis des menschlichen Gewissens gelehrt werden, und dieser Grundsatz muß die Erziehung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in jeder Form beeinflussen.

1. Zu diesem Zwecke ist in erster Linie die Mitarbeit der Frauen zu gewinnen. Sie können, sei es auf dem Wege der Familienerziehung, sei es durch ihre soziale Mitarbeit zur Bildung eines neuen geistigen Lebensinhaltes und zur Umgestaltung der Gesellschaft in pazifistischem und sozialistischem Sinne in wirksamer Weise beitragen.

Zu diesem Zwecke ist es wünschenswert, daß die Arbeiterklasse mit all ihren Kräften die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Organisation der Frauen unterstützt.

2. Der Kongreß ruft alle Arbeiter auf, in ihrer Familie einen pazifistischen Geist lebendig werden zu lassen und neben der Staatserziehung ihre Kinder nach ihren Idealen und unter der Kontrolle ihrer Organisationen zu erziehen und die Arbeiter-Jugendbewegung als wichtigen Faktor des Friedens zu unterstützen.

3. Es ist unerläßlich, daß der öffentliche Unterricht und die Berufsbildung der Lehrer von diesen Grundsätzen geleitet werde, daß insbesondere der Geschichtsunterricht umgewandelt, und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung das Vorrecht von der Verherrlichung der Eroberungen und der Eroberer eingeräumt wird.

Es soll die Achtung vor jeder Arbeit gelehrt, die heranwachsende Jugend mit der Überzeugung erfüllt werden, daß die Völker in ihren Beziehungen zueinander die gleiche Regel aufstellen müssen, wie sie jedes einzelne Volk den Millionen seiner Bürger auferlegt, nämlich das unbedingte Verbot, durch Anwendung der Gewalt zur Selbsthilfe zu schreiten. Das gleiche Recht aller Kinder auf Erziehung einschließlich der Berufserziehung muß anerkannt, ein System der Überprüfung der Schullehrbücher und der Schulbüchereien sowie des gesamten Unterrichtsmaterials durchgeführt und aus dem Unterricht alles entfernt werden, was den Chauvinismus wecken oder festigen könnte.

Der Kongreß empfiehlt den Vätern und Müttern sowie allen Erziehern und Erzieherinnen, diese Grundsätze zu befolgen und einer neuen Erziehung der Menschheit die Wege zu ebnen.

Die Resolution wird gegen die russische Delegation angenommen.

Resolution der pazifistischen Kommission.

Berichterstatter: Henri La Fontaine, (Internationale Vereinigung der Friedensgesellschaft).

Der vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufene und vom 10. bis 15. Dezember 1922 im Haag tagende Weltfriedenskongreß

stellt fest, daß, obwohl die pazifistische Propaganda wegen der ungünstigen Verhältnisse mehr auf theoretischem Gebiet geführt worden ist, sie doch einen wichtigen Anteil gehabt hat an der allerdings sehr unvollständigen Einrichtung des Permanenten Schiedsgerichtes, des Völkerbundes und des Internationalen Gerichtshofes.

Er ist davon überzeugt, daß durch die Beteiligung der Arbeiterorganisationen an dieser Propaganda mehr als bis jetzt auch praktische Maßnahmen gegen den Krieg getroffen werden können zugunsten der Entwaffnung und gegen die Einführung des Militarismus in denjenigen Ländern, die bisher davon frei geblieben sind.

Er hält es für wünschenswert, daß alle für den Frieden wirkenden Kräfte im Kampfe gegen den Krieg zusammenarbeiten und empfiehlt dem Internationalen Gewerkschaftsbund, die abgeschlossenen Landeszentralen zu beauftragen, das Verständnis für die Prinzipien des aufbauenden Pazifismus und die Notwendigkeit der Umgestaltung des Völkerbundes zu verbreiten.

Um diese Zusammenarbeit zu fördern, hält es der Kongreß für notwendig, daß alle für den Frieden wirkenden Organisationen mehr als bisher zusammenkommen und schlägt ihnen vor, ihre zerstreuten Kräfte zusammenzufassen vermittels einer von irgend welchen Regierungsverbindungen unabhängigen Instanz, mit welcher der Internationale Gewerkschaftsbund in jedem Augenblick Beziehungen anknüpfen und beraten kann über die Mittel und die Art und Weise, wie eine unaufhörliche Propaganda geführt werden kann.

Der Kongreß ladet das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes ein, möglichst bald eine Studienkommission einzusetzen, um die äußerst notwendige Umwandlung des Völkerbundes vorzubereiten.

Der Kongreß stellt mit Genugtuung fest, daß wichtige pazifistische Gruppen dem Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes gefolgt sind und lädt diesen ein, die Parlamentarier, die Juristen und geistigen Arbeiter aufzufordern, sich an der Bewegung gegen den Krieg und für die Organisation des Friedens zu beteiligen.

Die Resolution wird gegen die russische Delegation und 9 Mitglieder des Deutschen Friedenskartells angenommen.

Resolution gegen die Politik der Sanktionen und gegen die drohende Besetzung des Ruhrgebietes.

Eingebracht von der Delegation des französischen Gewerkschaftsbundes, der Delegation der sozialistischen Partei Frankreichs und der belgischen Delegation.

Unter dem tiefen Eindruck der beharrlich kursierenden Gerüchte, die — unter dem Titel von Garantien oder Pfändern — Gewaltmaßnahmen in Deutschland und namentlich eine militärische Besetzung des Ruhrgebietes befürchten lassen,

wünscht der Kongreß vor allem mit Nachdruck zu erklären, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien, Frankreich und Italien eine unbedingte Voraussetzung für den moralischen und tatsächlichen Frieden zwischen den Völkern ist. In diesem Zusammenhang spricht der Kongreß seine Zustimmung aus mit den in Amsterdam (April 1921) und in Frankfurt (Februar 1922) vom Internationalen Gewerkschaftsbund und den sozialistischen Parteien ausgearbeiteten Vorschlägen.

Der Kongreß gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß einzig und allein die Durchführung dieses Programms eine befriedigende Lösung der beiden eng miteinander verknüpften Probleme der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete und des Wiederaufbaues der europäischen Wirtschaft verbürgt und macht es daher den hier vertretenen Organisationen zur Pflicht, sich mit allen ihren Kräften für ihre Verwirklichung einzusetzen.

Nachdem der Kongreß jedoch diese Prinzipien festgelegt hat, verurteilt er um so energischer und nachdrücklicher die Politik der Sanktionen, der Zwangsmaßnahmen und der Vergewaltigung, deren absolute Zwecklosigkeit durch die Tatsachen seit vier Jahren mehr als reichlich erwiesen ist, und die, auch wenn sie dem Buchstaben der Verträge zu entsprechen

scheint, nichtsdestoweniger eine Verletzung des Rechtes der Völker darstellt, die geeignet ist, den Geist des Mißtrauens und die Haßgefühle zwischen den Völkern aufrecht zu erhalten und so den Keim zu neuen Kriegen zu legen.

In gleicher Weise gibt der Kongreß seiner Entrüstung Ausdruck gegenüber einer Politik, die darauf gerichtet ist, statt wirklicher Reparationsmaßnahmen die Zerstückelung Deutschlands und eine verhüllte oder später offen zu verwirklichende Annexion deutscher Gebietsteile herbeizuführen.

Der Kongreß verurteilt, ohne daß hier weiter die Vergeblichkeit solcher Bestrebungen nachgewiesen zu werden braucht, eine derartige Politik, die in das oberste Recht der Nationen und der Individuen, das Recht der Selbstbestimmung, eingreift.

Der Kongreß beauftragt alle vertretenen Gruppen, sich in ihrem Lande und in ihren Parlamenten für die Verwirklichung des obengenannten Programms einzusetzen und in feierlicher Weise ihrem Protest Ausdruck zu geben.

Der Kongreß ruft schließlich alle Völker als Vertreter des allgemeinen Gewissens auf, jeder Gewaltmaßnahme, die die Zivilisation und den Frieden bedrohen würde, ihren unerschütterlichen Willen entgegenzusetzen.

Noch eine Anregung praktischer Art soll der Resolution beigefügt werden: „Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß in Erwägung der zwischen den alliierten Regierungen bestehenden Uneinigkeit und mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage Deutschlands, sowie um eine Erweiterung der militärischen Besetzung zu verhindern, die Fragen der Reparationen, der Schulden und der internationalen Anleihen dem Schiedsgericht des Völkerbundes unterbreitet werden".

Die Resolution wird gegen die russische Delegation angenommen.

Resolution der politischen Kommission.

Berichterstatter: Troelstra (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands).

Der im Haag vom 10. bis 15. Dezember vom Internationalen Gewerkschaftsbund veranstaltete Weltfriedenskongreß lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder auf die Gefahren, die durch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den um ihren Profit und um die Erweiterung ihrer Macht ringenden kapitalistischen Gruppen der verschiedenen Länder hervorgerufen und durch die nationalistische Agitation der diesen Gruppen untertänigen Presse verstärkt wird. Obgleich diese Tendenzen dem kapitalistischen System innewohnen, so kann diesen Gefahren doch entgegengearbeitet werden durch den zielbewußten und entschlossenen Kampf der organisierten Arbeiterschaft, unterstützt von allen Kräften, die den Krieg bekämpfen.

Der Kongreß fordert deshalb von allen Organisationen, die zum Kampf gegen Militarismus und Imperialismus entschlossen sind, insbesondere von den sozialistischen Parteien aller Länder, daß sie an der Verwirklichung der Ziele mitwirken, die die in Rom gefaßte Resolution des Internationalen Gewerkschaftsbundes ausdrückt, und ferner, daß sie ihre jetzt noch zersplitterten Kräfte zu gemeinsamen Aktionen zusammenfassen.

Der Kongreß erklärt ausdrücklich, daß die Führung des politischen Kampfes für den Frieden Angelegenheit der politischen Parteien ist. Die Organisationen, die sich der gemeinsamen Bewegung anschließen, behalten ihr selbständiges Programm.

Der Kongreß fordert:

1. Revision der Friedensverträge im Sinne der von den beiden sozialistischen und der Amsterdamer Internationale gemeinsam gefaßten Beschlüsse und im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Solidarität der Völker.

2. Energischen Kampf inner- und außerhalb der Parlamente gegen Militarismus und Rüstungen; öffentliche Kontrolle über die Rüstungsindustrie durch den Völkerbund unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen; und Umgestaltung der Kriegsindustrien in solche, die für den Friedensbedarf arbeiten.

3. Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund, Umgestaltung des Völkerbundes zu einem allumfassenden Bund der Völker als oberste internationale Instanz zur friedlichen Regelung internationaler ökonomischer, juristischer und politischer Fragen.

Zum Studium der Umgestaltung des Völkerbundes wird vom Kongreß eine Kommission eingesetzt.

4. Beseitigung der Geheimverträge und der Geheimdiplomatie.

Die Resolution wird gegen die Stimmen der Russen angenommen.

Resolution der gewerkschaftlichen Kommission.

Berichterstatter: Edo Fimmen, (Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes).

Der Krieg ist die fürchterlichste Geißel der Menschheit und ganz besonders des Proletariats.

Im Kriege ist das Proletariat immer Besiegter, der Kapitalismus immer Sieger.

Im Kriege mordet und schwächt das Proletariat auch nicht den Imperialismus oder den Kapitalismus eines Landes, sondern es mordet und schwächt nur sich selbst.

Jede Niederlage und Schwächung des Proletariats eines Landes ist immer auch Niederlage und Schwächung des internationalen Proletariats und Sieg und Stärkung des internationalen Kapitalismus. Nicht in gegenseitiger Überwindung im nationalen Kampfe auf den Schlachtfeldern, sondern allein in der gegenseitigen Verbindung zum internationalen Kampfe gegen die herrschende Klasse verbessert die Arbeiterschaft ihre Lage und sichert den Frieden.

Darum hat die Arbeiterschaft aller Länder die Pflicht, den Kampf gegen Krieg und Kriegsursachen mit allen Mitteln zu führen, direkt und indirekt, im Parlament und außerhalb des Parlaments.

Zu diesem Zweck muß den innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen bestehenden Spaltungen ein Ende gemacht, und die Minderheiten müssen aufgefordert werden, sich mit der nationalen Zentrale wieder zu verbinden, um die Einheit der proletarischen Klasse wieder herzustellen.

Außerdem ist eine unablässige und entschiedene Propaganda für den Völkerfrieden und gegen alle militaristischen und imperialistischen Kräfte zu organisieren mit dem zweifachen Ziel:

alle Anstrengungen zur Beseitigung des Kriegsgeistes zu unterstützen und zu kräftigen;

die materielle Entwaffnung herbeizuführen, Kriegsgefahren zu verhindern und den Kampf zu leiten gegen alle Faktoren, welche erst Kriege möglich machen.

Zur Erreichung dieser Ziele muß die Arbeiterbewegung den Kampf für den Frieden organisieren und allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks verhindern.

Durch Wort und Schrift muß die Arbeiterbewegung, wenn möglich in Verbindung mit außerhalb der Arbeiterbewegung stehenden Organisationen, eine Propaganda für den Gedanken der Völkerverbrüderung und gegen alles führen, was die bestehenden Gegensätze erhält oder verschärft.

Insbesondere muß sie ihre Aufmerksamkeit der anti-militaristischen und anti-kapitalistischen Erziehung der Jugend widmen und entsprechenden Einfluß auf das heutige Erziehungssystem ausüben.

Von höchster Bedeutung ist die strengste Kontrolle der Presse durch die Arbeiterschaft. Diese muß der Presse unablässig größte Aufmerksamkeit schenken und mit Hingebung für den Erhalt der bestehenden, sowie die Schaffung von neuen eigenen Presseorganen in allen Ländern wirken und zwischen diesen Presseorganen gegenseitige Beziehungen herstellen.

Von gleicher, wenn nicht noch größerer Bedeutung ist die Propaganda und die Aktion gegen Kriegsgefahren und für die zur Verhinderung eines Krieges notwendige Organisation.

Zu diesem Zweck darf die Arbeiterbewegung sich nicht darauf beschränken, auf der Grundlage der Rom-Resolution, eine Fabrikations- und Transportkontrolle über Kriegsmaterial auszuüben, sondern sie muß auch durch gewissenhafte und zähe Propaganda sowie durch Erziehungsarbeit unter den Arbeitern selbst in naher Zukunft die Fabrikation und den Transport von Kriegsmaterial unmöglich machen.

Die Gewerkschaftsorganisationen haben jeder Kriegsgefahr entgegenzuwirken und die Anrufung des Schiedsgerichtes für alle beteiligten Länder zu fordern.

In diesem Sinne obliegt dem Internationalen Gewerkschaftsbund die Verantwortlichkeit, gemäß dem Beschluß des Rom-Kongresses, den Generalstreik und den wirtschaftlichen Boykott zu beschließen und durchzuführen.

Die Arbeiterschaft muß sich dafür einsetzen, die Schaffung eines wirklichen und wahren Völkerbundes herbeizuführen, in welchen die Arbeiter Vertrauen setzen können und dessen Entscheidung alle Differenzen zwischen einzelnen Staaten unterworfen werden müssen.

Die Propaganda für den Frieden ist mit allen Elementen zu führen, die bereit sind, für die Kampfführung die Resolution von Rom als Grundlage zu nehmen.

Die Vorbereitung jeder endgültigen Aktion liegt in Händen des vom Internationalen Gewerkschaftskongresses in Rom eingesetzten Komitees, das aus Vertretern des internationalen Gewerkschaftsbundes und der internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, der Bergarbeiter und der Metallarbeiter besteht.

Die Leitung jeder endgültigen Aktion bleibt in Händen des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Weltfriede kann nicht eher endgültig gesichert werden, bis nicht die heutige kapitalistische Produktionsweise, die auf dem individuellen Gewinnstreben beruht, durch eine Produktionsweise abgelöst ist, die sich nach den Bedürfnissen und den Interessen der Gesamtheit richtet.

Die Resolution wird gegen die russische Delegation angenommen.

In seiner letzten Sitzung nahm der Friedenskongreß eine Resolution an, die sich mit den erzieherischen Aufgaben des Kampfes für den Frieden befaßt.

Am selben Tage fand eine durch den Internationalen Arbeiterinnenbund einberufene Zusammenkunft von Lehrern, Arbeiterin[illegible] vertretern statt zu dem Zwecke, [illegible] führung dieser Resolution zu ber[illegible]

Einstimmig wurden die folgende[illegible] faßt:

Die Konferenz der auf dem Weltfried[illegible] vertretenen Delegierten der Arbeiterinnen-, [illegible] und Arbeiterjugendorganisationen empfiehlt als [illegible] Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung des vom Friedenskongreß angenommenen Erziehungsprogrammes die Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft von Müttern, Lehrern und Jugendlichen der ganzen Welt.

(Der neue Dreibund).

a) Die Sekretäre des Internationalen Arbeiterinnenbundes, des Internationalen Genossenschaftlichen Frauenkomitees, der Arbeiter-Jugend-Internationalen, der sozialistischen Fraueuorganisationen und der Lehrer werden das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes über alle dieses Gebiet betreffenden wichtigen Tatsachen unterrichten, damit dieses für die Zirkulierung des eingelaufenen Materials unter den genannten Organisationen Sorge trägt.

b) Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird ersucht, einmal jährlich eine gemeinsame Besprechung der Sekretäre dieser Organisationen einzuberufen, um die mit dem Kampfe gegen den Krieg zusammenhängenden Erziehungsfragen zu beraten.

c) Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird ersucht, möglichst bald eine internationale Bildungsabteilung zur Sammlung und Veröffentlichung alles einschlägigen Materials ins Leben zu rufen.

d) Die anwesenden Delegierten werden aufgefordert, auch in ihrem eigenen Lande darauf hinzuwirken, Arbeitsgemeinschaften der Arbeiterinnen-, Lehrer- und Arbeiter-Jugend-Organisationen zu fördern, um auch national die Aufgaben der Kriegsbekämpfung auf erzieherischem Gebiet gemeinsam zu beraten.

LITERATUR UND PRESSE.

Bericht von Dr. Hans Wehberg.

Catalogue de la Bibliothèque du Palais de la Paix, Premier Supplément und Index Alphabétique du Catalogue 1916 et du Supplément 1922, Leyde, Sijthoff, XVL u. 1042 S. und 790 S.

Es ist sehr erfreulich, daß diese geschmackvoll ausgestatteten Ergänzungsbände zu dem ersten 1916 erschienenen Kataloge der Bibliothek des Haager Friedenspalastes nunmehr vorliegen. Sie sind für eine völkerrechtliche und pazifistische Bibliothek unentbehrlich, zumal der Katalog der Bibliothek der Nobelstiftung über Völkerrecht bisher noch nicht erschienen ist. Man ersieht übrigens aus dem Katalog, daß manche Werke selbst unter den größten Anstrengungen heute nicht mehr zu beschaffen sind und einer Neuauflage bedürfen. Von Chr. Thomasius besitzt die Bibliothek des Friedenspalastes nichts, von J. J. Moser nur einen sehr geringen Teil seiner völkerrechtlichen Hauptwerke. Die neuere Literatur der Haager Bibliothek ließe sich noch nach manchen Richtungen ergänzen, namentlich inbezug auf pazifistische Neuerscheinungen. So vermissen wir z. B. Valentins „Geschichte des Völkerbundgedankens in Deutschland". Der Supplementband ist von P. C. Molhuysen und D. Albers zusammengestellt.

Niemeyer, Die Friedensschlüsse 1918—1921. (Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges VI.

...922, Duncker & Humblot,

... zur Zeit vorhandene Quellen-... der alle Friedensschlüsse des Welt-...ch die Ostfriedensschlüsse der Zen-...e) sowie die Waffenstillstandsverträge in ...getreuem Texte enthalten sind. Angefügt ist ...ein alphabetisches Sachregister zu den sämtlichen „Völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges", die bekanntlich den III.—VIII. Band des „Jahrbuchs des Völkerrechts" bilden.

Strupp, Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie. Erste Lieferung, Aachen-Blockade, Berlin 1922, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, 144 S.

Ein hoffnungerweckendes Werk, das allen Pazifisten warm empfohlen werden kann, zumal auch eine Fülle von Fragen des Völkerbundes, der Schiedsgerichtsbarkeit und der Friedensbewegung zur Erörterung gelangen.

Brockhaus, Handbuch des Wissens, Leipzig 1921 u. 1922, Brockhaus, bisher zwei Bände 741 u. 756 S.

Das auf vier Bände berechnete „Handbuch des Wissens" enthält auch Biographien bekannter pazifisten, behandelt wichtige völkerrechtliche und pazifistische Stichwörter aus sachkundiger Feder und ist von einem hohen Geiste der Objektivität getragen. Aus diesem Grunde wird es in seiner Art der Völkerversöhnung dienen.

Plener, Ernst, Erinnerungen, III. Band, Stuttgart 1921, Deutsche Verlagsanstalt, 548 S.

Mit dem vorliegenden III. Bande sind die Erinnerungen Pleners, die ein reiches Material zur letzten Geschichte Österreich-Ungarns enthalten, abgeschlossen. Interessant ist für den Leser der „Fr. W." besonders das Kapitel, worin Plener von seiner Mitarbeit an der Interparlamentarischen Union schreibt. (S. 333 ff.) Seine etwas abfälligen Bemerkungen über Lammasch können freilich nur als Worte eines politischen Gegners gewürdigt werden.

Endres, Franz Karl, Du bist ich, Träume und Gedanken zum Probleme der Weltversöhnung, Leipzig 1922. Der Neue Geist Verlag, 162 S.

Lenz-Fabian, Die Friedensbewegung. Ein Handbuch der Weltfriedensströmungen der Gegenwart, Berlin 1922, Schwetschke & Co., 336 S.

Die beiden vorliegenden Werke, die jedes aus einer Reihe von Einzelaufsätzen bestehen, gehören zu den allerwertvollsten Erscheinungen der neueren pazifistischen Literatur. Sie sind zur Belehrung wie Propaganda vorzüglich geeignet und sollten in Massen verbreitet werden. Endres bringt dem Leser in populärer, vielfach philosophischer Form die Grundgedanken der Friedensbewegung näher. Dabei appelliert er ebenso an das Herz wie an den Verstand seiner Leser. Das Buch von Lenz-Fabian enthält vor allem positives Material über die Tatsachen und Richtungen der Friedensbewegung. An ihm haben zahlreiche namhafte Pazifisten aus vielen Ländern mitgearbeitet. Solange das Friedsche „Handbuch der Friedenbewegung" noch nicht in 3. Aufl. erschienen ist, muß das vorliegende Sammelwerk als der beste zur Zeit vorhandene Ersatz bezeichnet werden. Das historische und juristische Material ebenso wie die Bibliographie sind gewiß nicht vollständig; aber die geistigen Strömungen des Pazifismus kommen ganz ausgezeichnet zur Geltung. Der Pazifismus schuldet den beiden jungen Verfassern allen Dank für die Mühe, deren sie sich unterzogen haben. Wir hoffen, sowohl auf die Schrift von Endres wie das Buch von Lenz-Fabian noch ausführlicher eingehen zu können.

Heller, Der bewaffnete Pazifismus (Mit einem Vorwort von Goldscheid), Wien 1922, Anzengruber, 36 S.

Hiller, Brauchen wir eine Reichswehr? Sonderdruck aus dem „Tagebuch" Nr. 29 u. 30, Berlin 1922, 16 S.

Popper-Lynkeus, Krieg, Wehrpflicht und Staatsverfassung, Wien 1922, Rikola-Verlag, 388 S.

Schwantje, Magnus, Das Recht zur Gewaltanwendung, Berlin 1922, Neues Vaterland, 44 S.

Steinitz, Martha, Die englischen Kriegsdienstverweigerer, 1921, ebenda, 32 S.

Wegner, Arnim Th., Die Verbrechen der Stunde — Die Verbrechen der Ewigkeit, Berlin 1922, ebenda, 59 S.

Die vorliegenden Schriften behandeln alle mehr oder minder das Problem der Gewaltanwendung. Heller, Popper-Lynkeus und Schwantje vertreten einen besonderen Standpunkt. Wir begnügen uns heute mit einem Hinweise auf diese Neuerscheinungen. Die Fr. W. wird der jungen Bewegung der Dienstverweigerung größtes Interesse entgegenbringen und bald ausführlicher über die genannten Schriften berichten.

Meyer-Eckhardt, Das Vergehen des Paul Wendelin, Aus den letzten Tagen eines Soldaten, Novelle, Braunschweig 1922, W. Piepenschneider, 154 S.

P. Reboux, Der einzige Weg, „Les drapeaux", Roman aus dem Französischen übersetzt von Rudolf Fürst, Zürich und Leipzig 1922, Grethlein & Co., 344 S.

Zwei in ihrer Art vortreffliche Kunstwerke. Der Roman von Reboux führt in die Gedankengänge der pazifistischen Weltanschauung und beleuchtet die Kriegstreibereien derer, die an den Zeitumständen verdienen, sowie die Lügen einer einflußreichen Presse. Der einzige Ausweg aus der Verwirrung der Gegenwart ist nach Reboux die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Das Werk ist eine Propagandaschrift allerersten Ranges.

Künstlerisch bedeutender und weniger tendenziös ist die verheißungsvolle Novelle eines jungen pazifistischen Dichters Meyer-Eckhardt, eines begeisterten Anhängers der Kriegsdienstverweigerung. Das vorliegende Buch wurde bereits 1919 von der Deutschen Liga für Völkerbund aufs wärmste empfohlen, konnte aber lange keinen Verleger finden, obwohl Dichter und Kritiker von Rang für das Werk eintraten. Es behandelt die Tragödie eines Vizefeldwebels, der sich für seine mit Füßen getretenen Soldaten gegenüber den Offizieren einsetzt. — Bilder aus dem Soldatenleben, wie sie jeder Landsturmmann mit eigenen Augen gesehen hat, werden vor uns entrollt. Die Kraft der Darstellung erinnert an Barbusse. Es gibt kaum ein pazifistisch geschriebenes Kunstwerk der letzten Zeit, das wir mit solcher Wärme allen empfehlen können, wie das bedeutende Buch Meyer-Eckhardts.

Balch, Ein Weltgerichtshof nach Art des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, allein berechtigte deutsche Ausgabe von Erwin Volckmann, Würzburg, 1922, Gebr. Memminger, 136 S.

Balch, Die Alaska-Grenze, deutsche Ausgabe von Erwin Volckmann, ebenda, 1922, 146 S.

Bleier, Vaterland und Menschheit, 3 Vorträge, Charlottenburg 1922, Suarezstr. 49, 35 S.

Carnegie, Andrew, Geschichte meines Lebens, 2. Aufl., Leipzig 1922, K. F. Koehler, XII u. 228 S.

Dehnow, Ethik der Zukunft, Leipzig 1922, O. R. Reisland, 146 S. (mit Beiträgen von Forel, Rathenau, Wehberg usw.)

Feilchenfeld, Ernst H., Völkerrechtspolitik als Wissenschaft (Heft 4 der „Völkerrechtlichen Monographien", herausgegeben von Schücking, Strupp und Wehberg). Berlin 1922, Fr. Vahlen, XVI u. 266 S.

Feine, Völkerrechtliche Stellung der Staatsschiffe, Berlin 1921, G. Stilke, 92 S.

Foerster, Fr. W., Bismarcks Werk im Lichte der föderalistischen Kritik, Stuttgart 1922, Friede durch Recht, 31 S.

Goldscheid, Alfred H. Fried., Eine Sammlung von Gedenkblättern in Gemeinschaft mit Therese Fried und Mundy Schwalb herausgegeben, Leipzig 1922, Der Neue Geist-Verlag, 80 S.

Goldscheid, Frauen, Freiheit und Friede, Wien 1922, Anzengruber, 30 S.

Grosch, Jahrbuch für Völkerrecht und Friedensbewegung, Leipzig 1922, Der Neue Geist-Verlag, 100 S.

Heldmann, Karl, Kriegserlebnisse eines deutschen Geschichtsprofessors in der Heimat, Stuttgart 1922, Friede durch Recht, VII u. 108 S. (Ein Dokument für den Geist einzelner deutscher Fakultäten.)

Holmes, John Haynes, Wer ist der größte Mann der Gegenwart? Stuttgart 1922, Schottstr. 42, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, 16 S.

Jerusalem, Franz W., Völkerrecht und Soziologie, Jena 1921, G. Fischer, 39 S.

Kawerau, Soziologischer Ausbau des Geschichtsunterrichts. (Die Praxis der entschiedenen Schulreform Nr. 1), Berlin 1922, Neues Vaterland, 40 S.

Keynes, Revision des Friedensvertrages, München 1922, Duncker & Humblot, VIII u. 244 S.

Ku Hung-Ming, Vox Clamantis, Betrachtungen über den Krieg und anderes, Leipzig, Der Neue Geist-Verlag, 106 S.

M. Lammasch-Sperl, Heinrich Lammasch, Seine Aufzeichnungen, sein Wirken und seine Politik, Wien 1922, Franz Deuticke, 228 S. (Besonders bedeutsam für die Geschichte der Haager Friedenskonferenzen.)

Lundborg, Die gegenwärtigen Staatenverbindungen, Berlin 1921, Puttkammer & Mühlbrecht, 151 S.

Lutteroth, Der Geisel im Rechtsleben, ein Beitrag zur allgemeinen Rechtsgeschichte und dem geltenden Völkerrecht (Abhandlungen aus dem Staats- und Verwaltungsrecht, herausgegeben von Brie, Fleischmann und Giese), Breslau 1922, Marcus.

Magyary, Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit im Völkerbunde, Berlin 1922, Otto Liebmann, 176 S.

van der Mandere, het permanente hof van internationale justitie, Leiden 1922, Sijthoff, 328 S.

Mayreder, Rosa, Die Frau und der Internationalismus (Bücher für Frieden und Freiheit III), Wien 1922, Frisch & Co., 30 S.

Mirbt, Die christliche Mission in den völkerrechtlichen Verträgen der neuen Zeit, aus der Festgabe für Harnack, Tübingen 1921, I. C. B. Mohr.

Morel, E. D., Das Gift, das zerstört, Frankfurter Sozietätsdruckerei, Frkf. a. M. 1922. 80 S.

Müller, Joseph, Die Stellung des Menschen im Völkerrecht nach der Theorie Pascal Fiore's, Luzern 1921, Räber & Co., 32 S.

Neumeyer, Karl, Internationales Verwaltungsrecht, Zweiter Band: Innere Verwaltung II, München 1922, J. Schweitzer (Arthur Sellier), VIII u. 741 S.

Nicolai, G. Fr., Autruf an [illegible] melte Aufsätze zum Wiederau[illegible] und eingeleitet v. Hans Wehberg, [illegible] ner Graphischen Werkstätte. Wien [illegible]

Nitti, Das friedlose Europa, Frankfurt a. [illegible] Frankfurter Sozietätsdruckerei G. m. b. H.[illegible]

Pohl-Sartorius, Modernes Völkerrecht, eine Sam[illegible] lung von Quellen und anderen Urkunden, München 1922, Beck, 554 S.

Reiner, Hugo Grotius und das Weltschiedsgericht, Berlin 1922, L. Simion Nachf., 94 S.

Saint Pierre, Der Traktat vom Ewigen Frieden 1713, deutsche Bearbeitung von Oppeln-Bronikowski, Berlin 1922, R. Hobbing, 196 S.

Schätzel, Walter, Die Annexion im Völkerrecht, Berlin 1922, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, 208 S.

Schätzel, Walter, Der Wechsel der Staatsangehörigkeit infolge der deutschen Gebietsabtretungen, mit Nachtragsband, Berlin 1921 und 1922, G. Stilke.

Spiropulos, Ausweisung und Internierung feindlicher Staatsangehöriger, Leipzig 1922, Rossberg.

Starr, Jordan, Demokratie und Weltpolitik, Stuttgart 1922, Friede durch Recht, 70 S.

Staub, Die völkerrechtlichen Lehren Vattels im Lichte der naturrechtlichen Doktrin, Berlin 1922, Vahlen.

Stowell, Ellery C., Intervention in International Law, Washington 1921, John Byrne Co., VIII u. 558 S.

Ströbel, Heinrich, Sozialismus und Weltgemeinschaft. Berlin, Firnverlag, 1923. 250 S.

v. Toll, Der Oberste Gesundheitsrat von Konstantinopel, München 1922, Piloty & Loehle, 82 S.

Wells, Hoffnung auf Frieden, München 1922, Kurt Wolff, 375 S.

Wenzel, Juristische Grundprobleme I, Berlin 1920, Ferd. Dümmlers Verlagsbuchhandlung, 529 S. (mit wertvollen Ausführungen über die Grundlagen des Völkerrechts).

Wilhelm II., Vergleichende Geschichtstabellen, Leipzig 1921, K. F. Koehler, 75 S.

Witte, Erich, Der Unterricht im Geiste der Völkerversöhnung (Die Praxis der entschiedenen Schulreform Nr. 3), Berlin 1922, Neues Vaterland, 39 S.

Wynen, Die päpstliche Diplomatie, geschichtlich und rechtlich dargestellt („Das Völkerrecht", herausgegeben von Ebers, 10. Heft), Freiburg, Herder.

Archiv des Öffentlichen Rechts, 43. Bd., 1. Heft Tübingen, 1922.

S. 1—39: Frank, Die staats- und völkerrechtliche Stellung des Saargebiets.

Zeitschrift für öffentliches Recht, III. Bd., 1. u. 2. Heft, Wien 1922.

S. 96—102: Verdroß, J. J. Mosers Programm einer Völkerrechtswissenschaft der Erfahrung; S. 271—281: Besprechungen völkerrechtl. Werke durch Kunz, Verdroß und Lamps.

Niemeyers Zeitschrift für internationales Recht, XXX. Bd., 1—4 Heft, Leipzig, Duncker & Humblot 1922.

S. 110—117: Hold-Ferneck, Rechtsverbindlichkeit des Friedensvertrages von Versailles; S. 146—154: Engmann, Reparationen 1792—1918; S. 155—170: Triepel, Ferd. v. Martitz, Bild seines Lebens und Wirkens.

Enthält zahlreiche Dokumente über Schiedsgerichtsbarkeit, die Verträge der Washingtoner Abrüstungskonferenz, Berichte über die Tagungen der Völkerrechtsgesellschaften usw.

Unentbehrliches Rüstzeug
...e wahren Kämpfer für Frieden und Freiheit

E. D. Morel

Herausgeber von „Foreign Affairs"

Das Gift das zerstört. Die Mär von dem deutschen Kriegsanschlag

Mit einer biographischen Einführung von **Hermann Lutz,**
einem Vorwort und Bildnis des Verfassers
Einzig berechtigte deutsche Ausgabe
Grundzahl: M. —,80

❖

Francesco Nitti

Ehemaliger italienischer Ministerpräsident

Der Niedergang Europas
Die Wege zum Wiederaufbau
Einzig berechtigte deutsche Ausgabe
Grundzahlen: brosch. M. **4,**—, geb. M. **5,50**

Das friedlose Europa
Zweite vom Verfasser durchgesehene und ergänzte Auflage
Einzig berechtigte deutsche Ausgabe
Grundzahlen: brosch. M. **2,50**, geb. M. **4,**—

„. . . es ist eine Mannestat, es ist ein politisches Ereignis durch den unerhörten Mut und die stolze Geisstesfreiheit, mit der Nitti, sich losreißend aus dem Geschlinge der im Kriege ausgesponnenen Ententephrase, das Pariser Friedenswerk als Verbrechen an der Menschheit brandmarkt . ." „Arbeiter-Zeitung (Wien).

Teuerungs-Multiplikator: Schlüsselzahl des Börsenvereins

Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M.

Die Biologie des Krieges

Betrachtungen eines Naturforschers den Deutschen zur Besinnung

Von Prof. **Georg Fr. Nicolai**

2. Auflage. :: :: 1. Originalausgabe.
Mit einem Geleitwort von Romain Rolland
2 Bände 25, in einem Band geb. 30
(= Grundz. × Schlüssel d. Börsenv.)

Dieses durch Kenntnisfülle und Vorurteilslosigkeit überwältigende Standardwerk gehört unbedingt in die Bibliothek jedes ernsten Friedensfreundes; es zu verbreiten ist eine allgemeine Pflicht gegenüber der Menschheit.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Verlag
Art. Institut, Orell Füssli, Zürich
In Leipzig: Königstrasse 37

In unserem Verlage erschien:
HANS WEHBERG,
Als Pazifist im Weltkriege.
(109 Seiten)

Aus dem Inhalt:
2.) Die Schuld am Weltkriege. 3.) Wessen Sieg ich wünschte. 6.) Der belgische Neutralitätsbruch. 7.) Völkerrechtswissenschaft und Vaterland. 10.) Meine Mitarbeit am Bunde Neues Vaterland. 13.) Die Hetze der Alldeutschen und das Vorgehen der Generalkommandos. 14.) Als Landsturmmann in d. preußischen Armee. 16.) Die Vernichtung des preußischen Militarismus.

DER NEUE GEIST-VERLAG, LEIPZIG.

Vor kurzem erschien:

Dr. B. Kellermann:

Die Ethik Spinozas

Über Gott und Geist

440 S. gr. 8 M. 6000,—,
eleg. geb. M. 7500,—

C. A. Schwetschke & Sohn / Verlag
Berlin W 30

Druck von Gustav Feller, Neubrandenburg.

Duncker & Humblot, München, Theresienhö

Neuerscheinungen März 1923

Walter Harburger
Gleitende Währung

Mit einem theoretischen Anhang über die Versicherung gegen Geldentwertung

8°. VIII, 75 Seiten mit zahlreichen Diagrammen und Tabellen. G.-Z. 2.—

Aus dem Inhalt: Staatsbanknote oder Staatsbankrott? — Der Staat ohne Steuern. — Die gleitende Währung. — Die Schraube ohne Ende und das Gleichnis vom Hasen und der Schildkröte. — Das Rechnen mit Kaufeinheiten. — Die Vermeidung der Nachteile einer ungeregelten Geldvermehrung. — Die technische Anwendung und die politischen Folgen der variablen Währung.

Der Wert der neuen Harburgerschen Untersuchungen liegt in der analytischen, mathematischen Aufhellung von Tatbeständen, die auf diesem Wege noch nicht versucht worden ist. Nur die mathematische Einkleidung bringt die verschiedenartigen Wirkungen der Geldvermehrung, der Lösung von der Goldunterlage vollkommen exakt und widerspruchslos zur anschaulichen Darstellung, da das Gestrüpp komplexer und irrationaler Elemente, die dies Problem undurchsichtig machen, wegfällt.

Mutualismus

Eine Synthese von

A. Travers-Borgstroem

Einzige autorisierte Übersetzung

8°. 125 Seiten. G.-Z. 2.—

Nichts Geringeres als die Verstaatlichung des Bankwesens und Kredits ohne Bureaukratisierung, also die völlige Verstaatlichung aller Geldgeschäfte und die Behinderung des privaten Zinsgeschäftes in irgendeiner Form ist der Ausgangspunkt dieses bereits in englischer, französischer und italienischer Sprache vorliegenden großzügigen Programms. Die Schrift stellt, ausgerüstet mit allen Mitteln internationaler Wissenschaft, ein neues System auf, mit praktischen Vorschlägen zur Herbeiführung einer internationalen Wirtschaftsgesundung. Staatliche Teilpacht und ein staatliches Kreditmonopol, kurz die Verwandlung des unpersönlichen Kapitals in eine segensreiche prosoziale Kraft sind die Kerngedanken des „Mutualismus", einer neuen zukunftsversprechenden sozialwissenschaftlichen Lehre, eines völlig neuen und durchdachten Lösungsversuches der sozialen Frage.

Die Not der geistigen Arbeiter

Von

Alfred Weber

o. Prof. der Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg

54 Seiten. G.-Z. 1.20

Die Tragik der geistigen Arbeiter folgt der deutschen Katastrophe wie ihr immer größer werdender Schatten. Die Problematik des Geistigen und seiner Existenzbedingungen im heutigen Deutschland wird in diesem erweiterten Vortrag deutlicher gemacht, als sie bisher von jemand gesehen worden ist. Herkunft und Psyche des modernen Intellektuellentums legt Weber zum erstenmal in einer mit jedem Worte vibrierenden, quellenden, lebendig sprühenden Sprache bloß. Über das momentane Schicksal hinaus wird der „geistigen Arbeit" mit sicherem Griff Platz und Rang in der Sozialwissenschaft eingeräumt.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei

Von

Dr. Alois Rasín

Finanzminister der tschechoslowakischen Republik

Einzige autorisierte Übersetzung

8°. X, 164 Seiten. G.-Z. 4.—

Daß die Tschechoslowakei zu einem hochvalutigen Land geworden ist, verdankt sie mit der Rasínschen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die bekannten viel erörterten Probleme der Währungsfrage, der Banknotenabstempelung, der Stärkung des Metallschatzes, der Devisenordnung, der Vermögensabgabe, der Staatswirtschaft, namentlich der Wirtschaft der Staatsbetriebe, der Kapitalvermehrung der Aktiengesellschaften, der Börse und der Wohnungskrise ziehen in dem fesselnden Buch in anschaulicher, leicht lesbarer Darstellung an uns vorüber.

Die Friedensbewegung

Ein Handbuch der Weltfriedensströmungen der Gegenwart

Unter Mitarbeit von 64 hervorragenden in- und ausländischen Vertretern des Pazifismus

herausgegeben von

Kurt Lenz und Walter Fabian

Inhalt:
Darlegung aller dringenden Zeitfragen in ihrem Zusammenhang mit dem Friedensproblem. Die pazifistischen Organisationen der Welt. Übersicht über die neuere pazifistische Literatur.

Umfang 350 Seiten Gr.-Oktav,
Preis Mk. 3360,—, geb. Mk. 4200.—

Das grundlegende Buch der Friedensbewegung!

Ch. R und D. Fr. Buxton

Die Welt nach dem Weltkriege

Die Balkanisierung Europas - Das neue Mächtegleichgewicht - Bedeutung des Bolschewismus usw.

Autoris. deutsche Bearbeitung von

Dr. Rudolf Berger (Berlin)

Korresp. Mitgl. d. Französ. Akad. d. Wiss. u. Künste zu Arras

Preis 1400 Mark

Neu!

Weltkrieg und Weltidee

Neue Wege zur Völkerversöhnung und Menschenverbrüderung

Von

Dr. med. M. Hirschkopf

Mk. 200,—

Natur- und Völkerrecht

im Lichte der Geschichte und der systematischen Philosophie

Von

Dr. Erich Cassirer

Preis Mark 3000,—, geb. Mark 4200,—

Die „Unveräusserlichkeit der Volksrechte", die „Selbstbestimmung", der „Begriff des Völkerrechts", die „Freiheit der Meere", die „Schiedsgerichte" der „Völkerbund", sind Fragen, die in dem Werk eingehend beleuchtet werden.

Präsident T. G. Masaryk:

Das Neue Europa

Mk. 2800,—, geb. Mk. 3560,—

C. A. Schwetschke & Sohn / Verlag / Berlin W 30

Druck von Gustav Feller, Neubrandenburg.

XXIII. Jahrgang März 1923 Heft 3

341,605
FR
v. 23³

DIE FRIEDENS-WARTE

Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation

Begründet von Alfred H. Fried

Herausgegeben in Gemeinschaft mit

Ludwig Quidde, Walther Schücking, Hans Wehberg

und

Friedrich Hertz

von

RUDOLF GOLDSCHEID

Aus dem Inhalt:

Weltreaktion und Pazifismus. Von R. G. / *Der Krieg, der Frieden und die Ruhrbesetzung.* Von G. Lowes Dickinson. / *Ruhrbesetzung und Verteidigungskrieg.* Von Hans Wehberg. / *Amerika und der Völkerbund.* Von Nikolaus Dumba. / *Eine Völkerbundarmee.* Von Hellmut von Gerlach. / *Über wahren und falschen Pazifismus.* Von Oskar Ewald. / *Mahatma Gandhi.* Von Romain Rolland. / *Politische Glossen.* Von R. G. / *Aus der Zeit.* / *Dokumente der Friedensbewegung.* / *Literatur und Presse.*

C. A. SCHWETSCHKE & SOHN
BERLIN W 30

VERLAGSBUCHHANDLUNG
GEGRÜNDET 1729

Die Friedens-Warte

erscheint im allgemeinen monatlich. Bezugspreis für Deutschland und Österreich vierteljährlich 1000 Mark, Einzelheft 400 Mark. Für das Ausland ganzjährig 12 Schweizer Franken. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten sowie der unterzeichnete Verlag entgegen.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Sendungen für die *REDAKTION* sind zu richten an:
RUDOLF GOLDSCHEID, Wien III, Jaquingasse 45.
Unverlangten Manuskriptsendungen ist stets ein frankiertes, mit Adresse des Absenders versehenes Couvert beizufügen, Anfragen eine frankierte Postkarte.

C. A. Schwetschke & Sohn / Verlag / Berlin W 30
Freisingerstraße 5a. *Postscheckkonto Berlin 39432.*

Inhaltsverzeichnis:

Rudolf Goldscheid, Weltreaktion und Pazifismus. **Prof. G. Lowes**, Dickinson, Der Krieg, der Frieden und Ruhrbesetzung. **Dr. Hans Wehberg**, Ruhrbesetzung und Verteidigungskrieg. Botschafter a. D. **Dr. Nikola Dumba**, Amerika und der Völkerbund. **Dr. Hellmut von Gerlach**, Eine Völkerbundarmee. Universitätsdoz **Dr. Oskar Ewald**, Über wahren und falschen Pazifismus. **Romain Rolland**, Mahatma Gandhi. **R. G.**, Politisc Glossen. **Aus der Zeit** (Völkerbund und Reparationsproblem - Wo bleiben die Schieds- und Vergleichsverträge Der ständige internationale Gerichtshof im Haag - Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht - Reichskanzler Cu für die Waffe der Gewaltlosigkeit - Bernhard Dernburg und Alf. H. Fried - Hilferding über „realistisch Pazifismus" - Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz - Lord Robert Cecils Garantievertrag - Sena Borah's Antrag zur Aechtung des Krieges) - **Dokumente der Friedensbewegung** (Internationale Kundgebung zur Ruhrbesetzung) - **Literatur und Presse**: Bericht von Dr. Hans Wehberg.
Abgeschlossen am 30. März 1923.

Die Redaktion der **„Friedens-Warte"** bittet dringend um die **regelmäßige Z sendung von Zeitschriften, Büchern und Broschüren pazifistischen oder verwandt Inhalts des In- und Auslandes,** zwecks Verwertung resp. Bekanntgabe in ihrem Literatu und Pressebericht.

Infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten, wie sie im Anfang kaum zu vermeiden sin kommt auch dieses Heft wieder verspätet heraus. Um das Versäumnis einzubringen, werd die **Hefte 4 und 5 zu einer Doppelnummer vereinigt** werden, die in der **zweiten Häl Mai** zur Ausgabe gelangt. Von da ab wird pünktliches Erscheinen der „Friedens-Wart gesichert sein, doch sind auch für die Zukunft gelegentlich Doppelnummern vorgesehen.

Zu unserer Freude können wir zugleich die Mitteilung machen, daß wir unsere Ze schrift, um auch umfangreichere Arbeiten zur Veröffentlichung bringen zu können, dur **„Beihefte zur Friedens-Warte"** ergänzen werden. **Abonnenten unseres Blatt erhalten diese fortlaufende Schriftenreihe zu wesentlich ermäßigten Preisen.** D **„Beihefte zur Friedens-Warte"** bringen in den nächsten Monaten als Heft die **„Jugenderinnerungen"** von **Alfred H. Fried** und als Heft 2 **„Deutsche Nati und Deutsche Kultur** von **G. Fr. Nicolai.**

Der Postvertrieb der „Friedens-Warte" erfolgt von Neubrandenburg aus.

Weltreaktion und Pazifismus.

Der Pazifismus ist in den letzten Jahren in eine neue Phase getreten. Er kämpft jetzt bereits in ähnlicher Weise um die Herrschaft, wie ehedem der Liberalismus und nach ihm der Sozialismus. Es sind die Triebkräfte der Geschichte selber, die den Pazifismus aus einer Idee zu einem mächtigen Faktor der Realpolitik werden ließen. Und wenn er sich heute noch nicht vollends in die Tat umzusetzen vermag, so liegt dies, wenigstens zum Teil, an den gleichen Ursachen, an denen auch die Verwirklichung des liberalen und sozialistischen Gedankens scheiterte. Ja, man kann direkt sagen: ebenso wie der Liberalismus zum Sozialismus führen mußte, so gipfeln Liberalismus und Sozialismus gemeinsam notwendig im Pazifismus. Der Liberalismus versagte letzten Endes nicht nur deshalb, weil seine demokratischen Prinzipien im Widerspruch zu seinen ökonomischen Anschauungen standen, sondern vor allem weil er sie ohne zulängliche Berücksichtigung der internationalen Zusammenhänge vertrat und sich hierdurch namentlich dazu drängen ließ, das Freihandelsprinzip in der Praxis voreilig preiszugeben. Nicht minderen Schaden nahm der wirtschaftlich so vortrefflich orientierte Sozialismus daran, daß sein Internationalismus genügend tragfähiger organisatorischer Fundamente entbehrte, daß er trotz aller internationalen Verbrämung in allen Ländern in erster Linie innerpolitisch orientiert war, daß er die äußere Politik stets nur nebenbei berücksichtigte und es ihm so immer wieder an dem nötigen Verständnis für die ausschlaggebenden Wechselbeziehungen zwischen äußerer und innerer Politik fehlte.

Auf diese grundlegenden Zusammenhänge habe ich bereits in meiner, einige Monate vor Kriegsausbruch geschriebenen und hernach September 1914 veröffentlichten Schrift „Das Verhältnis der äußeren Politik zur inneren" nachdrücklich hingewiesen. Auch heute erscheint es mir das Unerläßlichste, von diesem Zentralproblem bei der Beurteilung der Weltlage auszugehen. Besonders wir Friedensarbeiter dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben: Reaktion und Pazifismus sind unvereinbar. Wir sehen es jetzt überdeutlich: in allen Ländern sind es die reaktionären Schichten und Parteien, die auf dem Boden der Gewaltpolitik stehen, während überall die Vertreter des Fortschritts- und Freiheitsgedankens zugleich für Völkerfrieden und Verständigung wirken. So sehr ist dies unbestreitbare Tatsache, daß selbst das kommunistische Sowjetrußland durch seine Verwerfung des demokratischen Prinzips, ob es will oder nicht, zu einer antipazifistischen Terrorpolitik genötigt ist, die rückwirkend wiederum seine Innenpolitik zu einem abstoßenden Zerrbild des Sozialismus macht. Man sehe sich um in der ganzen Welt: nirgends wird man einen Flecken Erde finden, wo es nicht der Kampf um die Aufrechterhaltung morsch gewordener Herrschaftspositionen, überlebter gesellschaftlicher Verhältnisse, wissenschaftlich überwundener Ideensysteme ist, aus denen immer neue, das Ganze unserer Kultur bedrohende Kriegsgefahren erwachsen.

Ja schon seit Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts wurde es für geschärften Blick immer klarer, daß es allenthalben die Flucht vor der inneren Politik in die äußere war, die die unversöhnlichen Gegensätze zwischen den Völkern schuf. Um nicht zu einer inneren Politik genötigt zu sein, die die Forderungen der aufstrebenden Massen erfüllbar machte, betrieb man systematisch eine äußere Politik, die am Bestehenden möglichst wenig zu rütteln gestattete. In raffiniertester Weise wußte die kleine Schicht der Herrschenden in jedem Land dafür zu sorgen, daß kein Volk auch nur über das Minimum von Sicherheit gegenüber Angriffen seiner näheren oder ferneren Nachbarn verfügte, ohne wenigstens bis zu einem gewissen Grade mit der Machtpolitik, die der Reaktion zugute kam, zu paktieren.

Die nationale Parole war so nirgends etwas

anderes als die täuschende Maske des Internationalismus der Reaktion. Weit früher als die Beherrschten haben die herrschenden Klassen sich über ihre gemeinsamen Interessen international verständigt. Der ganze ihnen unterstehende Staatsapparat hat stets zugleich dieser Aufgabe gedient und in den letzten Jahrzehnten besonders in immer höherem Maße zur Weltherrschaft der „Internationale der Nationalisten" geführt. Nur deshalb erschien ihnen der Krieg als die selbstverständliche Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, weil, wo immer das vorwärtsdrängende Leben ihre Vorrechte bedrohte, das Leben und nicht ihre Vorrechte geopfert werden durften.

Der Fortschritt wie die Reaktion haben ihre eigene Dialektik. Das Leben drängt nur auf „Frieden und den Menschen ein Wohlgefallen" wenn es nicht künstlich unterbunden wird. Wo immer darum das Leben eine Vergewaltigung erleidet, von dort aus ist der Friede der Welt gefährdet. So sehr ist das Leben eine Einheit, so tief ist der Internationalismus im hochentwickelten Lebensprozeß verwurzelt, daß sogar die ganze Stärke des Gewaltprinzips nur aus den internationalen Zusammenhängen heraus zu begreifen ist. Es ist in unseren Tagen deshalb bloß oberflächlicher Schein, wenn man glaubt, es seien unversöhnliche Nationalismen, die einander waffenstarrend und mordbereit gegenüberstehen. In Wirklichkeit ist es einzig und allein die Funktionsgesetzlichkeit der Reaktion, die die ganze Welt in ein Schlacht- und Trümmerfeld umwandelt.

Die Reaktion stellt ein Phänomen dar, daß sicherlich sehr wesentlich wirtschaftlich bedingt ist, aber ihre letzten Wurzeln greifen weit über das Wirtschaftliche hinaus; sie arbeitet mit allem, was rückständig ist im Menschen und bedient sich für ihre Zwecke zugleich sämtlicher Errungenschaften, die der menschliche Geist im Interesse der Erschließung neuer Höherentwicklungsmöglichkeiten zu Tage förderte. Wo immer die Reaktion innerpolitisch schon zur Ohnmacht verurteilt war, gelang es ihr an der außenpolitischen Situation eine so starke Stütze zu gewinnen, daß sie damit das verlorene Terrain bald wiedererobern konnte. Nirgends ist eine siegreiche Kontrerevolution anzutreffen, die ihren Erfolg nicht außenpolitischer Hilfe verdankt. Weil aber die Nutznießer der Reaktion wissen, daß Niederlagen, die sie in dem einen oder anderen Land erleiden, etwas ganz vorübergehendes sind, solange organisatorischer Internationalismus ihnen die Flucht vor der inneren Politik in die äußere nicht unmöglich macht, bekämpfen sie alle Bestrebungen, auch die Völkerbeziehungen auf Recht und Demokratie zu begründen, mit jedem ihnen zur Verfügung stehendem Mittel als die einzig wirklich ernst zu nehmende Gefahr.

Natürlich erfüllt die reaktionären Mächte zugleich Todfeindschaft gegeneinander. Das hindert sie aber nicht, ihr gemeinsames internationales Interesse zu erkennen und demgemäß stets Anschluß an die Todfeinde zu suchen, wenn ihre innerpolitische Position momentan deren Förderung taktisch geboten erscheinen läßt. So liebäugeln die deutschen Reaktionäre in den letzten Jahren sogar mit dem russischen Bolschewismus, nur weil er antipazifistisch und antidemokratisch ist, und ersehnen in Bezug auf Frankreich alles eher, als den Aufstieg der linksstehenden Parteien zur Macht, obwohl diese den Frieden von Versailles und die Vergewaltigung Deutschlands aufs schärfste verurteilen, aufs bewundernswerteste bekämpfen. Und ganz ähnlich widernatürliche Konstellationen lassen sich in allen Ländern als der Reaktion wesenseigentümlich nachweisen.

Wie es die internationale Reaktion und nur diese war, die die Katastrophe des Weltkrieges verschuldete, so ist es auch jetzt noch immer die internationale Reaktion, die die Menschheit nicht zu Frieden und Wohlfahrt gelangen läßt. Den Kampf mit dieser internationalen Reaktion bestehen, das ist darum die Aufgabe, die es zu erfüllen gilt. Das Rüsten eines Staates gegen einen anderen, Konflikte eines Staates mit einem anderen, all das sind nur sekundäre Erscheinungen, Teilphänomene, die keine selbständige Bedeutung haben. Die Grundursache des Unfriedens in der Welt ist die Macht, über die diejenigen noch verfügen, die außerstande sind, die Entwicklung anders als unter dem Gesichtspunkt ihres engsten persönlichen Sonderinteresses zu betrachten, weshalb sie sie gewaltsam zu unterbinden trachten müssen. Und zwar sind sie, je mehr der fortgeschrittene Geist der Zeit sich gegen sie kehrt, je mehr alle Alltagerfahrungen, alle Errungenschaften der Wissenschaft und Technik, alle Offenbarungen des tiefsten, sittlichen, religiösen und künstlerischen Erlebens auf die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, wie der Beziehungen zwischen den Völkern hindrängen, in immer höherem Maße auf brutalste Gewalt angewiesen. Das heißt aber: Solange man Lebensbedingungen konservieren will, die sich geistig und sozial durch nichts mehr rechtfertigen lassen, ist man genötigt, zur Gewalt

zu greifen, Gewalt zu organisieren, gleichviel, ob man dies wünscht oder nicht.

Das Wettrüsten der Staaten und das Wettrüsten der Massen entspringt also einer gemeinsamen Wurzel, so daß es bei genauerem Zusehen weder die Staaten noch die Klassen sind, die gegeneinander rüsten, sondern die Reaktion rüstet kontinuierlich international gegen den Fortschritt und diese Rüstung ist es, die nicht weiter fortdauern darf, soll durch irgend eine Organisation oder Institution die Abrüstung in die Wege geleitet, friedliche Regelung des gesellschaftlichen Lebens verwirklicht werden können.

Völkerversöhnung, Klassenversöhnung sind notwendig verurteilt, nur schöne Worte, fromme Wünsche zu bleiben, wenn man fortfährt an Weltanschauungen festzuhalten, innerhalb derer das Leben nicht zu seinem Recht gelangen kann, die die elementarsten natürlichen Bedürfnisse und Forderungen der Menschen und Völker vergewaltigen. Nur wenn das Recht die freie Entfaltung des Lebens sichert, wird das sich entfaltende Leben auch das Recht schützen.

Es ist ausgeschlossen, Völker und Klassen zu versöhnen, solange ihnen materiell und geistig das vorenthalten wird, wofür auch den härtesten Kampf auf sich zu nehmen, sowohl ihr physischer Erhaltungstrieb wie ihr kultureller Entfaltungsdrang sie zwingt. Gerade darauf aber geht die Reaktion aus. Und besonders Eines ist hinsichtlich der Reaktion hervorzuheben: Sie ist ein geistiges Phänomen, in so hohem Maße sie sich auch des Wirtschaftlichen als souveränen Werkzeugs bedient. Wir werden darum vergeblich gegen die wirtschaftlichen Waffen der Reaktion kämpfen, wenn wir nicht zugleich ihr gesamtes sonstiges Rüstzeug, mit dem sie international die kulturelle Entwicklung sabotiert und unterminiert, unwirksam zu machen trachten.

Nach dieser Richtung haben wir schon große Erfolge erzielt. Dies beweist aufs deutlichste die Tatsache, daß die Reaktion heute bereits zum Terror greifen muß, um ihr Lügengebäude vor dem Zusammenbruch zu bewahren, daß sie immer mehr genötigt ist, ihre das Licht des Tages scheuende Pläne in Geheimorganisationen vorzubereiten, während es ehemals die Kämpfer für Freiheit, Frieden, Fortschritt und Demokratie waren, die im Verborgenen zu arbeiten sich gezwungen sahen. Die Verhältnisse liegen aber heute so, daß die geistige Deckung der wirtschaftlichen Machtposition der Reaktion schon aufs schwerste erschüttert ist. Ohne ausreichende geistige Deckung läßt sich ihre wirtschaftliche Machtposition jedoch auf die Dauer nicht aufrecht erhalten. Umso weniger, als die Eigenentwicklung der Wirtschaft die soziale Schädlichkeit des Ausbeutungsprinzips täglich deutlicher offenbart, innere wie äußere Ausbeutung immer evidenter als schwerstes Hemmnis des natürlichen Kreislaufs der Güterproduktion und des Güteraustauschs erkennen läßt.

Wir haben die Realitäten klar zu erfassen, darum sei nochmals betont: Es ist die Reaktion, die ununterbrochen in der ganzen Welt mit den Methoden der Gewalt, mit wirtschaftlichen Mitteln, mit politischen Mitteln, aber ebenso in tausendfacher rein geistiger Kleinarbeit das Feld bestellt, auf dem ihr Weizen blüht; aus zahllosen gröbsten und allerfeinsten Fäden, die sich über die ganze Erde hinziehen, ist das Netz gewoben,, aus dessen Verstrickung wir uns bisher vergeblich zu befreien suchten. Die unzulängliche Hygiene, die mangelhafte Sozialpolitik, die brutale Justiz, die unbarmherzige Strafpflege, die rückständige Verwaltung, die lebensfremde Schule, die an den Universitäten keimfrei gemachte Wissenschaft, die den Geist Christi verleugnende Kirche, die aller Menschenökonomie diametral entgegengesetzte Bevölkerungspolitik mit Mutterschaftszwang und leichtfertiger Vergeudung der bereits Geborenen, die geflissentlich gepflegte Stumpfheit gegenüber jedem Attentat auf die Humanität, die Erziehung zur Härte, zur Gleichgiltigkeit gegen fremdes Leid, zur Rechthaberei, zur Beschränktheit, zum Sonderinteressenfanatismus, zum Festhalten an überlebten Traditionen, zur Unterwerfung unter ungeprüfte Autoritäten, zu kritiklosem Denken und seelenlosem Handeln — aus alledem setzt sich, in millionenfachen Einzelakten wirksam, die unheimliche Gewalt des lebenzerstörenden und kulturverwüstenden Ungeheuers Reaktion zusammen, das als Ganzes nur zu besiegen ist, wenn allen seinen Zellen, wenn jedem seiner Organe der zäheste Widerstand entgegentritt.

Solange die Reaktion stark genug bleibt, im täglichen Leben alles Gesunde in den Menschen zu vergewaltigen, solange der Frieden noch so unmenschlich ist, wie in unsern Tagen, wo er diesen Namen gar nicht verdient, werden wir auch den Krieg nicht überwinden. Für den Frieden arbeiten, heißt deshalb sämtliche Rückständigkeiten der Reaktion bekämpfen; diese Erkenntnis muß sich endlich den Hirnen der Menschen unverlierbar einprägen. Die zwischenstaatliche Anarchie dauert nur fort, weil auch das innerstaatliche Leben Anarchie ist, und ebenso umgekehrt — beides ist aus dem gleichen Geist geboren,

aus dem Geist der Reaktion, die in der Wirtschaft nur ihren sichtbarsten Ausdruck findet.

Biologie, Psychologie, Soziologie der Reaktion, hier haben wir den neuen Forschungszweig, der uns mit dem mächtigsten Rüstzeug gegen den Krieg ausstatten wird, aus dem wir lernen werden, daß, wo natürliche Lebensentfaltung gehemmt, wo natürliche Geistesentwicklung unterbunden wird, auaufhaltsam Krieg entstehen muß, und daß es deshalb illusorisch ist, Lebensvergewaltigung und Einengung des Geistes hinzunehmen und trotzdem vor Kriegen bewahrt bleiben zu wollen.

Der letzte Krieg hat uns zu Bewußtsein gebracht, wie innig verflochten die Schicksale aller Völker sind, wie klein in Wirklichkeit unsere Welt ist, wie sehr sie eine Einheit bildet, in welchem Maße wir alle an den gleichen Übeln leiden und daß wir uns von ihnen nur befreien können, wenn wir das Ganze der Erde als den Kampfplatz betrachten, auf dem in geschlossener Linie die Entscheidungsschlacht um die Kultur ausgefochten wird. Diese Einsicht hat sich zunächst zur Parole: Weltrevolution gegen Weltreaktion! verdichtet. Aber in Nachwirkung der Kriegspsychose wurde Revolution zu sehr in militaristischem Sinne, zu sehr befangen von Überschätzung des Gewaltprinzips verstanden. Auch die Revolution müssen wir geistiger begreifen lernen als bisher, sie immer mehr ausgestalten und durchorganisieren als Revolutionierung der Geister und dabei besonders dies nicht außer acht lassen, daß jede Revolution notwendig in Kontrerevolution umschlagen muß, die die Revolutionierung des Geistes nicht zugleich mit Pazifizierung des Geistes verbindet.

Auch von den grundstürzendsten Umwälzungen profitiert schließlich immer wieder die Reaktion und mit ihr der Imperialismus, wenn die Revolution sich auf Gewalt stützen muß, um das Errungene zu bewahren, wenn Pazifizierung und Humanisierung nicht das Fundament bilden, das stark genug ist, das Neue zu tragen.

Nicht Weltreaktion oder Weltrevolution bedeutet darum die Alternative, die über unsere Zukunft entscheidet, sondern Weltreaktion oder Pazifismus, das ist die Schicksalsfrage, vor die die Geschichte uns mit unserer gesamten kulturellen Existenz stellt!

Rudolf Goldscheid.

Der Krieg, der Frieden und die Ruhrbesetzung.

Von Professor G. Lowes Dickinson, Cambridge.

Mit großer Befriedigung höre ich von dem Wiederaufleben der „Friedenswarte", die ich während des Krieges mit so viel Interesse und Sympathie zu lesen pflegte. Möge ihr Wiedererscheinen der Herold besserer Tage sein! Schlechtere könnte sie kaum verkünden.

Dem Ersuchen des Herausgebers um einen Beitrag glaube ich am besten entgegenzukommen, wenn ich vom Standpunkt eines Internationalisten die Ereignisse der letzten Jahre betrachte.

Als erstes drängt sich einem die Tatsache auf, wie vollständig die Internationalisten Recht behalten haben. Der Krieg hat größere Übel geschaffen, als selbst die überzeugtesten Pazifisten voraussagten: Übel, von denen die Sieger kaum weniger hart betroffen sind als die Besiegten. Jetzt wenigstens gibt es nirgends ein Triumphgefühl, obwohl es noch so viele bittere Gefühle gibt. Europa geht zu Grunde. England ist in einer nicht viel besseren Lage. Alle Menschen, alle Klassen sind vom Krieg enttäuscht, außer jenen reuelosen, unbelehrbaren Militaristen wie Ludendorff. Aber ihrer sind noch viel zu viele.

Doch nicht weniger schrecklich und destruktiv als der Krieg war der Friede. Wäre er in dem Geist geschlossen worden, den die „Friedenswarte" und die sozialistischen Parteien aller Länder propagierten, so hätte dies die begangenen Übel zwar nicht ungeschehen machen können, aber hinterher wäre wenigstens fortschreitender Wiederaufbau möglich gewesen. Nach der Revolution in Deutschland war alles zur Versöhnung bereit. Die Politiker von Paris verwarfen diese Möglichkeit, machten einen Frieden der Gewalt, des Treubruchs und der Ungerechtigkeit und brachten Europa an den Rand des Abgrundes, an dem es jetzt dahinwankt. So unbelehrbar sind die Führer der Welt und jene Klassen der Gesellschaft, die sie einsetzen und an der Macht halten. Die Wahlen nach dem Waffenstillstand in Frankreich und England besiegelten den Ruin Europas. Was der Krieg begonnen hatte, vollendeten Rachsucht und Begehrlichkeit. Und die jüngste Tat Frankreichs, die Invasion ins Ruhrgebiet, stellt vielleicht den letzten Schlag dar. Frankreich wird sich dabei zugrunderichten — und Europa mitreißen. Es gleicht dem blinden Samson: seine Hände liegen auf den

Pfosten der Zivilisation, ein Ruck und das Gebäude fällt auf die Zuschauer, die die ganze Menschheit sind.

In all dieser Raserei gibt es eine Hoffnung. Diese Hoffnung ist der Völkerbund. Ein unvollständiger Bund, das gebe ich zu; ein furchtsamer und schwacher Bund; ein Bund unter der Herrschaft der siegreichen Mächte; ein Bund, in dem Deutschland, Rußland, Amerika nicht vertreten sind. Doch trotzdem behaupte ich, daß von ihm allein die Rettung Europas ausgehen kann. Wenn er nicht handelt — und seine Weigerung in der gegenwärtigen Krise zu handeln ist schrecklich — geschieht es deshalb, weil die Regierungen, die ihn beherrschen, ihn nicht handeln lassen. Nicht das Prinzip des Völkerbundes, sondern das des Nationalismus macht ihn unvermögend. Wo immer die Regierungen ihm die Freiheit des Handelns gestatten, handelt er im Sinn des Wiederaufbaus, genau so wie sie immer zerstörend handeln. Ich bin mir bewußt, was von der andern Seite gesagt werden wird. Deutschland und vielleicht auch Oesterreich werden auf Schlesien verweisen. Aber im Falle Schlesiens war der Völkerbund durch den Vertrag von Versailles gebunden. Es ist beweisbar und wird ehrlich behauptet, daß er keine andre Wahl hatte. Und es bleibt noch abzuwarten, ob sich die schlesische Vereinbarung nicht vielleicht als der erste Fall einer neuen Ordnung erweist. Denn sie hat die Originalität, daß sie eine ökonomische Kooperation einführte, welche politische Grenzen ignoriert. Wenn es eine Rettung geben soll, muß dieses neue Prinzip in großem Maßstab erweitert werden. Politische Grenzen müssen das werden, was sie im wesentlichen bereits sind: bloße Überbleibsel. Ökonomische und soziale Tatsachen müssen die verfallenden und zerstörenden Kräfte des Nationalismus überwinden.

Von der Lage Oesterreichs spreche ich zu Oesterreichern mit natürlicher Zurückhaltung. Aber ist es nicht eine Tatsache, daß der Völkerbund — nachdem er diese Frage, wie viele andere, erst zur Behandlung bekommen hatte, als sie beinahe unlösbar geworden — noch in diesem letzten Moment eine Politik eingeschlagen hat, die den Patienten zu heilen vermag? In der gegenwärtigen Umwälzung Europas wird es immer klarer, daß es sich um die Wahl handelt zwischen der alten Anarchie — wie sie der Oberste Rat und die Verträge, die fälschlich Friedensverträge genannt werden — darstellen, und zwischen dem Kooperativsystem, das mangelhaft in Genf errichtet wurde, das jedoch auch in seiner Mangelhaftigkeit — wenn es die Regierungen gestatten — den Geist und die Prinzipien zeigt, die die Zivilisation vielleicht noch retten könnten. Ob die Zivilisation wirklich noch gerettet werden kann, wage ich nicht zu prophezeien. Es ist ein Wettrennen zwischen dem Alten und dem Neuen und das Alte ist momentan weit voraus.

Doch solange es noch eine Hoffnung gibt — und wäre es eine Hoffnung, die der Verzweiflung nahe ist! — müssen wir, die wir während der Kriegs- und der Pseudo-Friedensjahre daran festgehalten haben, daß allein der Internationalismus die Menschheit retten kann, die zerfetzte Fahne hochhalten. Gegenwärtig beherrscht das Vorgehen der Franzosen im Ruhrgebiet die Szene. Daß es fast sicher vom Rechtsstandpunkt, ganz sicher vom gesunden Menschenverstand verurteilt wird, muß den wenigen klar sein, die etwas verstehen. Sie wissen auch, daß das wirkliche Ziel der Franzosen nicht die Reparationen sind, sondern die Kohle und das Territorium; die Zerstörung des Lebens deutscher Männer, Frauen und Kinder. Der einzige Weg aus dem Ruin, den Frankreich über sich nach Europa bringt, wäre eine Überweisung der ganzen Reparationsfrage und der ökonomischen Lage Europas an den Völkerbund oder eine große internationale Konferenz, wo Amerika vertreten sein könnte. Hand in Hand damit müßte die Zurückziehung der Armeen aus den besetzten Gebieten und eine allgemeine Abrüstung gehen, wie man sie Deutschland und Oesterreich aufgezwungen hat.

Die Schwierigkeit liegt natürlich darin, daß die britische Regierung die französische Handlungsweise wohl mißbilligt, sich ihr aber nicht entgegenstellt. Ich weiß nicht, wie sich die Lage entwickeln wird. Aber es ist bemerkenswert, daß in England eine — wie ich glaube — ziemlich allgemeine Mißbilligung der französischen Methoden besteht. Finanz- und Geschäftsleute besonders erheben sich einig gegen eine Politik, die die Arbeitslosigkeit in England vermehrt und die Gesundung immer mehr erschwert. Die arbeitenden Klassen sind gleichfalls in der Opposition; und die Labour-Party ist jetzt eine Macht, mit der das Parlament rechnen muß. Wenn das Parlament zusammentritt, könnte es sein, (obzwar ich nicht zu prophezeien wage), daß die Opposition gegen die französische Politik und die schweigende Genehmigung unsrer Regierung sich als unerwartet stark erweist. Unsre Regierung könnte dann den Weg einschlagen, den sie bei der eben so ohnmächtig beendeten Tagung des Völkerbundes hätte gehen sol-

len; sie könnte darauf bestehen, daß die ganze Reparationsfrage zur Diskussion gestellt wird und falls Frankreich sich dem widersetzt, die Meinung der ganzen zivilisierten Welt dagegen mobilisieren. Für eine vernünftige Haltung Frankreichs hingegen sollte unser Land sich erbötig machen, durch Verzicht seines Anteiles an Reparationen und Schulden zu zahlen. Eine derartige Handlungsweise würde zeigen, ob Frankreich wegen der Reparationen oder der Zerstörung Deutschlands im Ruhrgebiet ist. Ist letzteres der Grund, dann wird Frankreich zum Feind der Menschheit und die Sanktionen des Völkerbundes sollten ihm gegenüber angewendet werden. Aber ich kann nicht glauben, daß selbst die jetzige Regierung und Kammer sich der Isolierung aussetzen würden in einer Welt, die eine wahrhaft internationale Lösung finden will.

Was Europa fehlt, ist eine starke Führung nach dem richtigen Ziel. Ich weiß nicht, ob diese Führung kommen wird. Mr. Bonar Law ist vielleicht nicht der Mann hierzu. Doch es ist der letzte Moment. Das Stundenglas ist fast geleert.

Cambridge, 11. Febr. 1923.

Ruhrbesetzung und Verteidigungskrieg.

Von Dr. Hans Wehberg, Berlin.

Es ist merkwürdig, daß das deutsche Volk den belgisch-französischen Einmarsch in das Ruhrgebiet lediglich unter dem Gesichtswinkel des formalen Bruches des Versailler Vertrages sieht. Gewiß, auch wir verurteilen den Einmarsch in fremdes Staatsgebiet, ganz unabhängig von der Auslegung des § 18 der Anlage II des Teiles VIII des Versailler Vertrages; wir halten ein solches Mittel für verwerflich, schon um des Hasses willen, der daraus hervorgehen muß. Auch glauben wir, daß die französische Regierung (im Gegensatze zu den vernünftigen Kreisen des französischen Volkes) eine Politik der wirtschaftlichen Zerrüttung Deutschlands betreibt, wie sie im Zeitalter des Völkerbundes unmöglich sein sollte. Aber indem wir auf der anderen Seite die unbedingte Pflicht Deutschlands zur Wiedergutmachung anerkennen, müssen wir gleichzeitig feststellen, daß die deutsche Großindustrie bisher nicht die erforderlichen Anstrengungen gemacht hat, um das zu zahlen, was von ihr gerechterweise verlangt werden könnte. Weil die deutsche Regierung nicht die notwendigen Maßnahmen in dieser Richtung trifft und das deutsche Volk die tiefsten Ursachen seines Zusammenbruches nicht zu erkennen vermag, deshalb und wegen der damit in Wechselwirkung stehenden Mentalität der französischen Politik (z. B. Ablehnung einer Rüstungsbeschränkung und des Weltschiedsvertrages, übermäßige Reparationsforderungen) kommt Europa nicht zur Ruhe.

Wir stehen noch in einer Zeit der Fortsetzung des Krieges. Die Formen, unter denen sich die Ruhrbesetzung abspielt, müssen von allen Freunden des Völkerrechts aufs schärfste mißbilligt werden. Der Geist der Verständigung und Versöhnung kann sich auf diese Weise in Deutschland und Europa nicht entwickeln, und so ist es denn kein Wunder, daß wir auch bei uns wieder viele bedauernswerte Entgleisungen erleben. Der deutsche Ärztebund scheut sich nicht, seine Mitglieder aufzufordern, Belgiern und Franzosen bis zur Räumung besetzten Gebietes jede Hilfeleistung zu verweigern. Der Nationalverband deutscher Offiziere und einige ähnliche Verbände erklären das französische Offizierkorps jeder ritterlichen Gesinnung bar. Die deutschen Hotels wollen Franzosen und Belgiern nicht mehr Einlaß gewähren. Belgische und französische Waren (außerhalb des besetzten Gebietes) sollen boykottiert werden. *). Wir wollen uns damit begnügen, diese Tatsachen für spätere Zeiten zu registrieren.

Doch abgesehen von diesen aktuellen Erörterungen regt die Ruhrbesetzung zu grundsätzlichen Betrachtungen an, die vielleicht dem Pazifismus neue Wege weisen.

Wir haben bisher immer geglaubt, wenn ein Volk von einem anderen angegriffen werde, habe es das Recht der Notwehr und dieses Recht müsse verwirklicht werden, indem man der Gewalt des eindringenden Feindes die eigene Waffengewalt entgegensetze und es auf einen Krieg, den sogenannten Verteidigungskrieg, ankommen lasse. Dieser Grundsatz wurde nicht nur praktisch vertreten, wenn die Verteidigung Aussicht auf Erfolg bot; nein, auch schwächere Staaten glaubten sich um der Ehre willen verpflichtet, den Ansturm eines Feindes unter allen Umständen mit kriegerischer Gewalt abzuwehren.

Auch der Einmarsch der Franzosen in den Maingau am 6. April 1920, der Einmarsch der Belgier, Briten und Franzosen in die deut-

*) Gegen diesen Boykott habe ich mich in zwei Aufsätzen der Berliner „Volkszeitung" (30. I. und 23. II. 23) gewandt.

schen Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf am 7. März 1921 sowie der Einmarsch der Belgier und Franzosen im Januar/Februar 1923 in das Ruhrgebiet und Baden hätten, wenn diese Handlungen vor dem Kriege etwa als Repressalien vorgenommen worden wären, ganz unzweifelhaft den Krieg zur Folge gehabt. Die herrschende Ansicht ist wiedergegeben in einer Denkschrift, die die „Deutsche Liga für Völkerbund" am 26. April 1920 unter Mitwirkung hervorragender Völkerrechtslehrer ausarbeitete. Darin heißt es:

„Der Einmarsch in fremdes Staatsgebiet ist unzweifelhaft als eine kriegerische Handlung anzusehen; denn er verletzt aufs schwerste das Recht des betroffenen Staates auf Selbsterhaltung. Es ist für die rechtliche Betrachtung gleichgültig, daß Deutschland aus rein tatsächlichen und politischen Gründen die französische Gewaltanwendung nicht mit Gewalt erwidert hat. Wenn es sich um einen anderen Staat handelte, der nicht im Vergleich zu seinen Nachbarn jeder militärischen Macht beraubt wäre, so hätte die Besetzung eines Teiles des Staatsgebietes durch fremde Truppenmacht unzweifelhaft kriegerische Gegenmaßnahmen zur Folge gehabt."

Wenn wir also heute sehen, wie das deutsche Reich dem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet lediglich durch passive Resistenz und mit wirtschaftlichen Mitteln begegnet und jede kriegerische Handlung peinlichst vermeidet, so muß uns diese Tatsache zum Nachdenken zwingen. Wenn ich übrigens bisher den Gedanken des Verteidigungskrieges rein gefühlsmäßig für richtig gehalten habe, so schien es mir doch stets, daß die Gründe derer, die für kriegerische Abwehr eintraten, nicht ausreichten und mehr praktisch-politisch als grundsätzlich pazifistisch orientiert waren.

Lassen wir den Verteidigungskrieg zu, so ist wahrscheinlich der nächste Krieg in naher Sicht und, was besonders schlimm ist, unter Billigung vieler Pazifisten. Darüber kann man nicht pessimistisch genug denken. Nun kann man zwar sagen, wir Pazifisten brauchten uns nicht viel um Kriege zu kümmern, die innerhalb des augenblicklichen Zustandes Europas noch unausbleiblich seien; wir sollten nur auf das ferne Endziel sehen. Aber erstens muß gesagt werden: Ein Pazifismus, der nicht auch ethisch orientiert ist, ist ein bedenklicher Pazifismus, und ein ethisch gerichteter Pazifismus kann nicht gleichgültig sein gegenüber dem entsetzlichen Elend eines neuen Krieges. Sodann aber wird durch jedes neue Blutvergießen das internationale Vertrauen geschwächt, wertvolle Ansätze der internationalen Organisation werden zerstört. Das Endziel wird immer mehr entrücken, wenn noch einmal solch ein Krieg, wie der Weltkrieg einer war, folgen sollte. Fragen wir uns zudem ehrlich: Sind wir durch den Weltkrieg dem pazifistischen Ziele näher gerückt, als wir ihm zu der Zeit vor 1914 waren? Ich möchte darauf erwidern: Wenn damals der Krieg vermieden worden wäre, so ständen wir vielleicht auf einem günstigeren Terrain für den Pazifismus als jetzt. Formal sind wir gewiß weiter; wir haben den Völkerbund, den wir festhalten wollen und müssen; aber seelisch sind die Völker, wie es scheint, weniger bereit, dem Pazifismus entgegenzukommen, und die territorialen Veränderungen Europas — sie haben zum Teil sicher ihr Gutes, weil sie wie die Wiederaufrichtung Polens der Gerechtigkeit entsprechen — haben uns vor neue Schwierigkeiten gestellt.

Deshalb sage ich als begeisterter Anhänger der Völkerbundidee, als einer, der die Schwierigkeiten sicherlich eher überschätzt als unterschätzt: Es gäbe keinen größeren Schlag für unsere Idee, als ein neuer europäischer Krieg. Dieser Krieg könnte für absehbare Zeit die europäische Kultur vernichten und eine Zeit grauenhaften Nationalismus hoch kommen lassen. Mit diesem neuen Kriege, dieser bloßen Möglichkeit muß jeder Kampf für den Pazifismus rechnen. Kein Mittel darf gescheut werden, um diesem Kriege entgegenzutreten, um ihn mit den äußersten Mitteln zu verhindern.

Eine der Ideen aber, die uns ungewollt in einen Krieg verwickeln kann, muß man in der Theorie des Verteidigungskrieges sehen. Im Hinblick auf einen neuen Krieg ist die Verteidigungsthese vielleicht schon die Begründung des neuen Krieges, ja die Herausforderung zu einem solchen.

Man wird nun vielleicht von vornherein jede Diskussion mit dem Hinweise ablehnen: Sollte etwa Frankreich 1914 auch keinen Verteidigungskrieg führen? Ich will einmal von der Tatsache absehen, daß damals bestimmte Verträge in Kraft standen und die herrschende Meinung damals einen Verteidigungskrieg für selbstverständlich hielt. Aber wäre nicht Deutschland, selbst wenn es ganz Frankreich besetzt hätte, doch schließlich wirtschaftlich durch den Boykott der ganzen Welt gezwungen worden, Frankreich zu räumen und Reparationen zu gewähren, und wären nicht dadurch Millionen Menschen gerettet worden?

Wenn man sich, wie es Deutschland be-

züglich des französisch-belgischen Einmarsches in das Ruhrgebiet tut, auf wirtschaftliche Abwehrmittel beschränkt, so braucht man das Recht der Notwehr an sich durchaus nicht zu leugnen. Man kann sich aber sehr wohl auf den Standpunkt stellen, daß im allgemeinen wirtschaftliche Mittel zum Ziele führen, und militärischer Gegendruck für unzulässig gehalten werden muß.

Die Notwehr des einzelnen, der angegriffen wird, läßt sich unter Umständen nicht anders verwirklichen als durch bewaffnete Gegenwehr, z. B. durch Niederschießen eines auf mich mit einem Messer eindringenden Banditen. Ehe ich das Recht anrufe, kann ich ermordet sein. Deshalb muß ich mich wehren. Einen Staat aber kann man durch einen Einmarsch nicht einfach kurzer Hand seines Daseins berauben, sondern zunächst nur besetzen. Es ist interessant, daß in den letzten fünfzig Jahren die Staaten sich gescheut haben, die Einverleibung eines fremden Staates mit der debellatio, mit der bloßen kriegerischen Unterwerfung, zu rechtfertigen; man hat immer einen besonderen Rechtsgrund zu konstruieren versucht. Ist also ein Staat besetzt und seine Bevölkerung unterdrückt, so bleibt noch immer die Wiedererlangung der Freiheit auf legalem Wege möglich.

Doch wenn die Berufung auf das Recht versagt und auch wirtschaftliche Abwehrmittel nichts ausrichten? Wird dann ein Volk nicht nachträglich bereuen müssen, nicht zu dem Mittel kriegerischer Abwehr gegriffen zu haben? Dieser Hinweis scheint mir nicht durchschlagend, weil ja auch kriegerische Abwehr in ihrem Ergebnis durchaus zweifelhaft ist und dazu den sicheren Nachteil bietet, daß das Land zum Kriegsschauplatze gemacht, also verwüstet wird und viele Bürger getötet werden.

Mit dem Argument, daß vielleicht die Beschreitung des kriegerischen Weges vorteilhafter ist, kann man schließlich auch die Anrufung eines Schiedsgerichts ablehnen und die Möglichkeit einer Abrüstung sabotieren. Läßt sich nicht mit genau entsprechenden Argumenten das Eingehen auf ein Schiedsgericht verweigern, weil es möglicherweise eine ungünstigere Entscheidung fällt, als Waffengewalt erzwungen hätte? Kann man sich nicht auch gegen jede Abrüstung mit dem Argument wenden, es sei durch starke Rüstungen eine größere Chance gegeben als durch eine, wenn auch gleichmäßige Abrüstung?

Alle diese Gedankengänge ähneln sich darin, daß man die Gewaltanwendung höher stellt als die Berufung auf das Recht, daß man einen an sich guten Zweck mit schlechten, verwerflichen Mitteln zu erreichen sucht. Gewiß dürfen wir gegen die Unterdrückung eines Volkes nicht blind sein. Wir müssen die Rechte der Unterdrückten verteidigen. Aber ist nicht im Zeitalter des Völkerbundes dieser die dazu geeignete Instanz, die demjenigen Staate, in dessen Gebiete der Gegner einmarschiert, zu seinem Rechte verhelfen muß? Der Völkerbund müßte jeden Krieg, jede Kriegserklärung verbieten (wie das auch das Staatsrecht aller Völkerbundmitglieder tun müßte) und dem einzelnen Staate eine Abwehr nur mit wirtschaftlichen Mitteln erlauben. Das wäre vielleicht die praktische Lösung, die heute leichter erscheint als bisher.

Aber auch wenn ein Appell an den Völkerbund nicht von heute auf morgen Erfolg hätte, so wäre dennoch zu überlegen, ob nicht der wirtschaftliche Kampf gegen den Eindringling (der ja selten das ganze Land, sondern nur einen Teil besetzt) und die Berufung auf das Recht vor aller Welt dem Verteidigungskrieg vorzuziehen wäre. Außerordentlich eindrucksvoll behandelt diese Frage der große englische Pazifist Bertrand Russell (Vgl. sein von Dr. Gumbel herausgegebenes, mit Vorwort von Albert Einstein versehenes Buch „Politische Ideale", Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1922 S. 33 ff):

> „Ein Volk, das nicht Gewalt mit Gewalt beantwortet, gilt als feig und soll alles, was an seiner Zivilisation wertvoll, verlieren. Beides sind Illusionen. Der Gewalt passiven Widerstand entgegenzustellen, würde umgekehrt viel mehr Mut erfordern, weit stärkere Garantien zur Erhaltung der besten Bestandteile des nationalen Lebens in sich tragen und die Verwendung der Gewalt außerordentlich diskreditieren. Dies wäre wirklich der Weg der „Realpolitik" unter der Voraussetzung, daß man die Menschen so weit gebracht hat, an dieses Mittel zu glauben."

Wenn man den festen Glauben hat, der Völkerbund werde in einigen Jahrzehnten so stark geworden sein, daß er in der Praxis jedem Staate sein Territorium gegenüber gewaltsamen Angriffen garantiert, so kann man mit Recht sagen: Das Vertrauen, das ein die bewaffnete Selbsthilfe ablehnender Staat in das internationale Recht setzt, indem er sich allein auf den Völkerbund verläßt, würde seiner Sache moralisch ungeheuer nützen, würde wertvolle Menschenleben und Kulturgüter vor der Vernichtung retten und die endgültige Befreiung eines zu Unrecht besetzten Territori-

ums allenfalls um einen Zeitraum verschieben, der vom Standpunkte des Staatenlebens aus betrachtet verschwindend klein wäre. Wie sehr würde ein solcher Standpunkt, wenn er sich durchsetzte, das internationale Recht und den Völkerbund stärken!

Und schließlich ist dies zu bemerken: Glaubt man wirklich, daß das Zusammenarbeiten der bürgerlichen Pazifisten mit den Gewerkschaftern zu irgend einem bedeutsamen praktischen Resultate führen könnte, solange breite Massen für den Verteidigungskrieg eintreten? Ich befinde mich in vielen Punkten in scharfem Gegensatze zu Kurt Hiller, halte aber doch für bemerkenswert, was er in einem (trotz mancher Schärfe) sehr gut gesehenen Bilde über den Haager Weltfriedenskongreß vom Dezember 1922 in dem Februarheft 1923 der „Neuen Rundschau" (Verlag S. Fischer, Berlin) sagt:

> „Das große Wort führten und am meisten die Backen mit „Krieg dem Kriege" und „Guerre à la Guerre" bliesen auf — die sozialdemokratischen Kriegskreditbewilliger der diversen Länder von 1914—1918 Ende."
>
> Und weiter „Ein sehr erheblicher, um nicht zu sagen der überwiegende Teil sowohl der sozialistischen wie der pazifistischen Teilnehmer dieses Kongresses . . . stand auf dem Boden der ‚legitimen Verteidigung eines Volkes wie jedes einzelnen', um mit Herrn Vandervelle zu sprechen: und deshalb bezeichne ich die Annahme der Generalstreikresolution durch diesen Kongreß (‚Allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen Mitteln entgegenzuwirken') als tiefe Unwahrhaftigkeit".

Hiller hat Recht, wenn er weiter sagt, man dürfe mit solchen Dingen kein Verstecken spielen. Man muß sagen, und dieser Gedanke ist mir schon vor der Ruhrbesetzung gekommen: solange nicht bei den Gewerkschaftern wie bürgerlichen Pazifisten volle Klarheit herrscht über das Problem des Verteidigungskrieges, solange können durch ein Zusammenarbeiten zwischen beiden nur sekundäre Aufgaben in Angriff genommen werden, nicht die grundlegende Frage der Kriegsverhütung.

Ich trage diese Gedankensplitter — mehr sollen diese Ausführungen nicht sein, und sie sollen meinen endgültigen Standpunkt noch nicht in voller Klarheit darlegen — deshalb mit aller Schärfe vor, weil ich glaube, daß wir Pazifisten, wenigstens wir Anhänger des Verteidigungskrieges, bisher mit dieser Frage, die mir grundlegend zu sein scheint, Versteckten gespielt haben. Eine Durcharbeitung der Protokolle der Weltfriedenskongresse, die auch dieses Problem wiederholt behandelt haben, ergab, daß eine irgendwie dem Problem gerechtwerdende Diskussion noch nie, auch nicht versuchsweise, stattgefunden hat.

Formulieren muß man das Problem, um das es sich handelt (mag man bereits de lege lata den Verteidigungskrieg ablehnen oder nur de lega ferenda sein Verbot erstreben), vielleicht so: Es gilt festzustellen, ob der Verteidigungskrieg, mit dem immer wieder schnödester Mißbrauch getrieben wurde und sicherlich noch getrieben werden wird, ein die pazifistische Idee letzten Endes fördernder oder ein sie schädigender Gedanke ist. Das ist die Frage. Und der Pazifismus würde versagen, wenn er darauf nicht mit einem klaren „Ja" oder „Nein" zu anworten vermöchte.

Amerika und der Völkerbund.

Von Botschafter a. D. Dr. Nikolaus Dumba, Wien.

Im Juni 1915 traten hervorragende Politiker, Juristen und führende Männer des öffentlichen Lebens zur Gründung der „League to enforce peace" unter der Präsidentschaft Taft's zusammen. Ihr Programm gipfelte in dem an die einzelnen Staaten-Mitglieder zu erlassenden Verbote, anläßlich irgend eines Streitfalles zu den Waffen zu greifen, bevor derselbe einem unparteiischen Untersuchungs- oder Versöhnungsrate zur Begutachtung unterbreitet worden wäre; an dieses innerhalb 12 Monaten zu erstattende Gutachten sollen aber die Teilnehmer der Liga nicht gebunden sein. Der Zweck, Zeit zu gewinnen und ruhiger Überlegung, statt politischen oder nationalen Leidenschaften zu folgen wäre erreicht. Gegen die zuwiderhandelnden Mitglieder soll der Bund mit allen militärischen oder ökonomischen Zwangsmaßregeln vorzugehen berechtigt sein. Wilson erklärte sich in seiner Cincinnati-Rede offen für den Grundgedanken der Taft'schen Liga, und nahm denselben in seinen Vorschlägen für die Verfassung des Völkerbundes auf. Letzterer trägt also eigentlich die Marke amerikanischen Ursprunges und hatte im Laufe des Krieges viele begeisterte Anhänger in den Vereinigten Staaten gefunden. Wieso kommt es, daß der in Versailles ins Leben gerufene Völkerbund in Amerika auf so entschiedenen Wie-

derstand stößt und daß dessen Ablehnung durch den Senat zur Abkehr von Europa, zur politischen Abstinenz der Vereinigten Staaten Europa gegenüber geführt hat?

Wilson hatte im Prinzipe ganz recht, wenn er die Schaffung einer höheren internationalen Staatenordnung, einer Instanz ins Auge faßte, welche als Ausdruck der Solidarität der wirtschaftlichen und moralischen Interessen der Welt die tiefen Gegensätze zwischen den Siegern und Besiegten ausgleichen, eine dauernde friedliche Herrschaft des Rechts sichern sollte. Im Völkerbund glaubte er das Korrektiv für alle Mängel der Friedensverträge zu finden, die Möglichkeit friedlicher Revision ungeregelter oder auf die Dauer unausführbarer, wirtschaftlicher und sogar territorialer Klauseln. In seiner vollständigen Unkenntnis europäischer Verhältnisse, in selbstgewollter Isolierung gab er in Paris seine 14 Punkte, alle Ideale und Postulate, in deren Namen der Krieg geführt worden war, preis, nur um sein Lieblingskind, den Völkerbund, zu retten. Ursprünglich schwebte schon Mr. Bryan und ihm der richtige Gedanke vor, in einem von allen Staaten, also auch den besiegten und neutralen Staaten zu beschickenden Kongresse die neue zwischenstaatliche Staatenordnung zu schaffen. Allein die Vorbereitungen für den Frieden mit Deutschland waren so umfangreich und verwickelt, dehnten sich so lange hin, daß es bald klar war, es würde überhaupt der allgemeine, zur Schöpfung neuen Völkerrechtes berufene Kongreß gar nicht zusammentreten. Es blieb ihm daher nichts anderes übrig, als den Pakt des Völkerbundes in den Friedensvertrag selbst hineinzunehmen. Durch diese Verbindung wurde aber der Völkerbund zu einem Zerrbilde des hohen Ideals, für das so viele begeisterte junge Leute ihr Leben eingesetzt hatten, zu einer Institution für die Verewigung der härtesten ungerechtesten Friedensbedingungen, zu einer verbrieften Garantie für die Siegesbeute. Die Unterscheidung zwischen den ursprünglichen Mitgliedern, wozu alle alliierten Staaten, selbst primitive Gebilde wie Haiti, Liberia und Hedjas gehörten, und den später aufzunehmenden Mitgliedern, namentlich die Ausschließung der Besiegten, verletzte das laut proklamierte Prinzip der Gleichheit aller, der kleinsten wie der größten Staaten. Damit ersteren die versprochene Gerechtigkeit, fair play, zuteil würde, hätten sie sofort als gleichberechtigte Mitglieder in einem universellen Bunde Aufnahme finden müssen. — Schon aus diesem Grunde machte sich in den Vereinigten Staaten u. a. eine starke Strömung gegen den ganzen Versailler Vertrag geltend. Man spürte, daß man unter falschen Vorwänden in den Krieg hineingezerrt worden war, angeblich zum Schutz der Schwachen, für Gerechtigkeit und Freiheit, gegen den deutschen Militarismus und Imperialismus.

An Stelle derselben ist nun die Suprematie Frankreichs getreten, der führenden militärischen Macht auf dem europäischen Festlande, welche den Versailler Frieden zur Gewinnung einer Monopolstellung in der europäischen Kohlengewinnung und Eisenindustrie ausbeutet. —

Hierzu kommt das persönlich überaus gespannte Verhältnis zwischen Wilson und den Oppositionsführern im Senate, welches schon auf die Vorkriegszeit zurückgeht. Er war jeder Aussprache, jedem intimen Gedankenaustausch selbst mit den Ministern abhold; schloß sich in professorenhaftem Eigendünkel gerade vor wichtigen Entschließungen ab. Gegen den Geist der amerikanischen Verfassung war er zur persönlichen Leitung der Friedensverhandlungen nach Paris gegangen, ohne mit den maßgebenden Mitgliedern der Senatskommission für äußere Angelegenheiten irgend eine Rücksprache zu pflegen. In Paris endlich wurden die Unterhandlungen zwischen den drei Hauptakteuren ganz geheim geführt, oft sogar ohne Abfassung eines Protokolls, und dies, nachdem Wilson in einem seiner 14 Punkte die Geheimdiplomatie auf das schärfste verurteilt hatte. Die Senatoren hatten keine offizielle Kenntnis vom Pakte des Völkerbundes und gelangten ganz zufällig durch die Indiskretion eines amerikanischen Delegierten in den Besitz einer Abschrift desselben. Darüber herrschte in der Körperschaft, welche nach der Konstitution die Rechte der Exekutive mit dem Präsidenten teilt, mit Recht große Erbitterung. — Besonders zu erwähnen ist, daß bei teilweisen Nachwahlen des Jahres 1918 die Majorität im Senate aus einer demokratischen zu einer republikanischen wurde. Unter diesen Umständen war geschicktes taktisches Verhalten, Nachgiebigkeit und Bereitwilligkeit zu Kompromissen notwendig, sollte der Pakt des Völkerbundes die nötigen $^2/_3$ Majorität erhalten. Alle diese Prämissen trafen beim halsstarrigen, unbeugsamen Präsidenten nicht zu, und so fiel der Pakt bei der entscheidenden Abstimmung. Allein der Kampf war kein prinzipieller, sondern ein persönlicher zwischen dem Autokraten Wilson, der seine so ausgedehnten Machtbefugnisse in Versailles überschritten hatte, und den gereizten Senatoren. Der Haupteinwurf gegen Artikel X des Paktes, durch welchen angeblich die V. S. A. verpflichtet wurden zu Gun-

sten eines angegriffenen Mitgliedes des Völbundes einen Krieg zu führen, wurden in entscheidender Weise widerlegt. Das alte Argument Washingtons und Jeffersons gegen die Gefahren der Verwicklung in die europäische Politik wurde über Gebühr geltend gemacht. Dagegen betonte man nicht genügend die Tatsache, daß Amerika durch sein Eingreifen in den Weltkrieg die Entscheidung herbeigeführt, Europa in einen Trümmerhaufen verwandelt und zur Mitwirkung an dessen Sanierung moralisch verantwortlich sei.

Die Präsidentenwahl im Jahre 1920 hatte denselben Charakter eines persönlichen Kampfes gegen Wilson, dessen höchst unpopuläres Regime und den Versailler Völkerbund. Der Ausgang war für Wilson vernichtend, denn viele agrarische Süd- und Weststaaten, welche seit dem Bestande der Union demokratisch gestimmt hatten, erklärten sich für den republikanischen Kandidaten. Nach einer viel verbreiteten Meinung hätten sich im Jahre 1920 die Wähler gegen den Gedanken des Völkerbundes selbst ausgesprochen. Dies wird jedoch von Mr. George Wickersham, früheren republikanischen Attorney-General (Justizminister) in einem sehr interessanten Artikel des Novemberheftes des Manchester-Guardian Commercial entschieden geleugnet. Nach ihm wäre der Sieg der Republikaner auf die allgemeine Unzufriedenheit mit Wilson und dessen Administration zurückzuführen. Zollfragen und andere Fragen der inneren Politik wären mitbestimmend gewesen. Im republikanischen Wahlprogramme war nur der Pakt des Versailles Bundes ausdrücklich verurteilt, hingegen sprach sich dasselbe aus zu Gunsten des Beitrittes in eine Internationale Liga zur Friedenserhaltung mit Anrufung eines internationalen Gerichtshofes und für die Abhaltung periodischer Staatenkonferenzen zur Abwendung der dem Frieden durch die Aktion irgend eines Staates drohenden Gefahr. Die Abneigung gegen die zu weit gehenden Befugnisse eines Überstaates kam in der Unterlassung des Vorschlages einer ständigen Organisation zum Ausdruck. Mr. Harding ging sogar so weit, in einer seiner Wahlreden im August 1920 die Annahme des Versailles Paktes zu empfehlen, der allerdings gewissen Veränderungen oder einer vollständigen Revision unterzogen werden müsse. In seiner Inaugural-Adresse an den Kongreß drückte sich dann der Präsident etwas vorsichtiger aus, denn er trat ein für die Kooperation mit allen Mächten durch Konferenzen und Ratschläge „für die Teilnahme an Plänen für Mediation, Versöhnung und Schiedsgericht", für einen Weltgerichtshof und für Veranlassung eines Rüstungsstillstandes.

Zunächst schien Mr. Harding seinem Programme treu bleiben zu wollen, indem er im November 1921 eine allerdings auf die Seemächte beschränkte Staaten-Konferenz einberief. Ihr offenkundiger Zweck war eine Minderung der Seerüstungen herbeizuführen. In Wirklichkeit handelte es sich um ein großes weltpolitisches Problem, die Klärung des Verhältnisses zwischen Japan einerseits und Englands und den Vereinigten Staaten andererseits, und um die Stabilisierung des status quo im Stillen Ozean. Das anglo-japanische Bündnis ward in der Tat nicht erneuert. Damit verloren die Japaner jenen Rückhalt, der sie nicht nur reizte die Hegemonie über den Stillen Ozean anzustreben, sondern der sie insbesondere während des Weltkrieges ermutigt hatte, wenn nicht formell, so doch de facto ihr Protektorat über China zu errichten. In ersterer Richtung war übrigens auch die Vollendung und Ausgestaltung des Panamakanals und der Bau einer ungeheueren amerikanischen Kriegsflotte maßgebend. Von den Engländern im Stich gelassen, mußten die Japaner ihre Träume, die Beherrschung des ganzen Pazifik, aufgeben, auf die militärische und industrielle Beherrschung Chinas verzichten und sich sogar zur Räumung des früher deutschen Kiautschau, der reichen Provinz Schantung verstehen. Auf diese Weise war die Gefahr eines unmittelbaren Konfliktes mit den Vereinigten Staaten beseitigt, welche die offene Tür für den Absatz ihrer Industrieprodukte im Reiche der Mitte erreicht hatten. Außerdem kam eine Einigung zustande über Nichtbefestigung von Inseln im Stillen Ozean, welche Japan oder den Vereinigten Staaten als maritime Stützpunkte für eine offensive Aktion gegeneinander dienen konnten. Erst nachdem auf diese Weise der status quo im Stillen Ozean festgelegt worden war, wurde man über einen Rüstungsstillstand zur See einig, der sogar den Abbruch von mehreren noch im Bau befindlichen Schlachtschiffen festsetzte. Wir haben es also in erster Linie mit einer politischen Machtfragen-Konferenz zu tun, die aber einen maritimen Rüstungsstillstand, ja sogar teilweise Abrüstung in die Wege leitete und damit eine neue, aussichtsreiche Epoche in den zwischenstaatlichen Beziehungen eröffnete

Seitdem scheint aber Mr. Hughes, der eigentliche Leiter der äußeren Politik der Vereinigten Staaten von Amerika, auf seinen Lorbeeren ruhen zu wollen; er verhielt sich auch rein formellen Mitteilungen des Völkerbundes

gegenüber schroff ablehnend. Selbst in der Frage der Teilnahme amerikanischer Richter an dem internationalen Gerichtshofe, dessen Statut von dem hervorragenden Juristen und Staatsmann Elihu Root im Haag verfaßt worden ist, nahm Mr. Hughes keine entgegenkommende Haltung ein. Mr. Harding selbst, der als nicht bedeutender, ganz von Mr. Hughes geführter Politiker gilt, soll zwar mit dieser ausgesprochenen Abstinenz, die seinem Wahlprogramm widerspricht, nicht einverstanden sein; allein er hat weder den Einfluß noch das Geschick selbständig einzugreifen. Allerdings regt sich gegen diese passive Politik in weiten Kreisen eine rege Opposition. Sämtliche Kirchenverbände des episkopalischen und presbyterianischen Bekenntnisses haben in Kongressen Resolutionen zu Gunsten des Eintrittes von amerikanischen Richtern in den internationalen Gerichtshof votiert. Desgleichen die Handelskammer der Vereinigten Staaten. Manche der Resolutionen gingen weiter und verlangten den Anschluß an den Völkerbund. Ähnliche Tendenzen herrschen in Wall Street vor. Die großen führenden Banquiers und Trustmänner sind größten Teils für eine Intervention zwecks Sanierung der europäischen Wirtschaft gewonnen. Manche von ihnen plädieren für die aktive Teilnahme an den Arbeiten der Reparationskommission, um auf den englisch-französischen Gegensatz ausgleichend einzuwirken. Endlich werden seitens gewiegter Geschäftsleute Stimmen laut zu Gunsten einer Zusammenarbeit mit dem Völkerbund. Der Platz Amerikas am Ratstische der Welt, die zu ihrer Rettung der Stimme, des Einflusses und der tätigen Unterstützung der Vereinigten Staaten bedürfe, könne nicht leer bleiben, ohne daß dieselben eine schwere, moralische Schuld auf sich laden. Trotzdem scheinen diese Strömungen nicht stark genug zu sein, um den starren Juristen Hughes von dem Standpunkt strenger Abstinenz abzubringen.

Auch der für die republikanische Partei außerordentliche verlustreiche Ausgang der Teilwahlen zum Kongresse im November 1922 dürfte hieran nichts ändern. Die Majorität der herrschenden Partei sank im Repräsentativhause von 174 auf 15—16, im Senate von 24 auf höchstens 8 Stimmen. Aber bei diesen Wahlen spielte die äußere Politik gar keine Rolle. Von Anti-Wilsonismus war nicht mehr die Rede. Hingegen hatte die Administration gegenüber den schwierigen Problemen der inneren Lage vollkommen versagt. Die Hochschutzpolitik hatte keine Früchte getragen. Gegen das Gesetz, welches jedem amerikanischen Soldaten, der im Kriege gewesen, eine ansehnliche Summe als Nationalbelohnung zuspricht, hatte Harding mit Recht sein Veto eingelegt. Allein die Wähler, welche ihren Bonus verloren, stimmten antirepublikanisch. Das Mißvergnügen während der langen Dauer des Kohlenbergwerksausstandes richtete sich gegen die Aministration. Auch der Ansturm gegen die Temperenzgesetzgebung stärkte die Opposition. Zusammenfassend kann man sagen, daß der Sinn der Teilwahlen ein rein negativer, die Administration verurteilender war. Die Demokraten bedurften nicht einmal eines positiven Programmes um zu siegen. Allein auch in seiner jetzigen Zusammensetzung ist der Kongreß gegen eine aktive europäische Politik. Ausschlaggebend dürfte in dieser Richtung die ablehnende Haltung des aus Demokraten und Republikanern gebildeten Bundes der Farmer sein, welche für die Beibehaltung der Isolierungspolitik eintreten. Angesichts dieser Sachlage ist leider wenig Aussicht vorhanden, daß sich in absehbarer Zeit eine nähere Verbindung oder selbst nur ein loserer Anschluß der Vereinigten Staaten Amerikas zum Völkerbund verwirkliche.

Eine Völkerbundarmee.

Von Hellmut v. Gerlach, Berlin.

Wenn der Völkerbund werden will, was er sein soll, eine Macht über allen Staaten und mächtiger als der mächtigste von ihnen, so genügen für ihn nicht juristische Befugnisse. Es genügt auch nicht, wenn hinter seinen Entscheidungen ein noch so großes moralisches Gewicht steht. Er bedarf der Macht, die in unserer leider noch so unvollkommenen Welt auf lange hinaus die ultima ratio bleiben wird. Er bedarf der bewaffneten Macht.

Losung der Pazifisten aller Länder ist: Abrüstung! Totale Abrüstung! Weltabrüstung!

Mir scheint, mit der Losung an sich ist noch wenig getan, wenn nicht zugleich der Weg angegeben wird, auf dem sie irgend wann durchgesetzt werden kann.

Der einzige Weg, zur Abschaffung aller nationalen Heere zu gelangen, ist die Schaffung eines internationalen Heeres. Kein verantwortlicher Staatsmann, und wäre er ein Pazifist reinsten Wassers, wird sich je entschließen können, sein Land völlig wehr- und waffenlos zu machen, wenn er nicht die Sicherheit hat, von dritter Seite gegen die etwaige räuberische Offensive eines Nachbarn geschützt zu werden.

Die Schweiz ist insofern vielleicht das pazifistischste Land der Erde, als nicht ein Schweizer imperialistische Pläne verfolgt, und irgendwie an die Möglichkeit einer Offensive denkt. Trotzdem ist ihre Miliz eine für das kleine Land ziemlich erhebliche bewaffnete Macht. Und nicht ein Schweizer mit politischem Verantwortungsgefühl denkt an den Verzicht auf diese Miliz, solange nicht ein vollwertiger anderer bewaffneter Schutz für die Schweizer Neutralität geschaffen ist.

Bis jetzt hat noch nie eine große pazifistische Organisation die Forderung einer Völkerbundsarmee erhoben. Als die Frage auf den internationalen Pazifistenkongressen in Luxemburg und London 1921 und 1922 zur Sprache kam, fand die Forderung bei der Mehrheit keinen Anklang. Die sogenannten radikalen Pazifisten, die in der Hauptsache von den Gedanken Tolstois und von der Stimmung der Quäker beeinflußt sind, lehnen jede bewaffnete Macht ab, selbst in der Form einer internationalen Polizei. Sie vertrauen allein auf die Macht der Ethik. Und selbst die, die an sich zugeben, daß die nationalen Armeen wohl nur verschwinden werden, sobald ein internationaler Ersatz da ist, stellen sich doch auf den Standpunkt, die Frage der Völkerbundsarmee gehe die Pazifisten nichts an; sie hätten nur die nationale Abrüstung zu fordern. Den Kopf darüber, wie sie zu geschehen habe und was nötigenfalls nachher Platz greifen solle, hätten sich andere Leute zu zerbrechen.

Das Gegenteil scheint mir richtig. Wenn der Pazifismus mehr sein will als nur eine ethische Predigtgemeinschaft, so hat er nicht bloß ideale Postulata ins Blaue hinein zu formulieren, sondern muß der Welt Vorschläge unterbreiten, die von jedem verständigen Staatsmann ernst genommen werden können.

Es gibt noch außerordentlich viel gewalttätige und rechtsbrecherische Elemente in der Welt. Es gibt noch ganze Völker, wo die nationalistischen Elemente geradezu die Mehrheit besitzen oder doch wenigstens die Herrschaft ausüben. Wer von Weltabrüstung spricht, muß an die ganze Welt, nicht blos an ein paar besonders hochkultivierte Völker denken. Einseitige Abrüstung eines Staates wäre geradezu ein Freibrief für die, die zu Unrecht ihm gegenüber Lust haben. Baldige allseitige Abrüstung aller Nationen der Erde durch gemeinsame Übereinkunft ist eine derartige Utopie, daß es sich nicht darüber zu reden verlohnt.

Wie schwierig auch nur partielle Abrüstung ist, in wie langsamem Tempo sie sich vollzieht, hat die Konferenz von Washington bewiesen. Soll das Tempo der Abrüstung beschleunigt, soll ihr Maßstab verbreitert werden, so ist die Schaffung der Völkerbundsarmee die Voraussetzung dafür. Erst wenn die Völker wissen, daß in Genf nicht blos der Wille besteht, sie gegen jeden rechtswidrigen Eingriff zu schützen, sondern daß hinter diesem Willen auch die nötige Macht steht, werden sie ohne Sorge für ihre nationale Sicherheit auf ihre Sonderheere verzichten.

Kein Einzelstaat ist denkbar ohne Gerichte und Gefängnisse, ohne Gerichtsvollzieher und ohne bewaffnete Polizei. Kein internationaler Staatenorganismus kann der internationalen Sicherheitspolizei wie der internationalen Vollstreckungsbeamten entbehren, wenn er nicht ein Messer ohne Klinge sein will.

Die Völkerbundsarmee ist technisch durchführbar. Das hat schon vor mehreren Jahren in einer ausgezeichneten kleinen Schrift der französische Pazifist Hauptmann a. D. Gaston Moch nachgewiesen. Bemerkenswerter Weise kommt der deutsche Major a. D. Endres in einer interessanten Denkschrift, die er der Deutschen Liga für Menschenrechte eingereicht hat, ohne die Moch'sche Schrift zu kennen, in der Hauptsache zu denselben Ergebnissen und Forderungen.

Die Völkerbundsarmee wäre eine enorme Ersparnis für alle Völker. Selbst wenn sie, ergänzt durch eine internationale See- und Luftflotte, durchaus auf der Höhe der modernen Militärtechnik stände und eine gebührende Stärke hätte, würde sie nur einen kleinen Prozentsatz der Gesamtsumme aller nationalen Armeen darstellen. Ihr Unterhalt würde daher auch nur einen Bruchteil der Ausgaben aller Militärbudgets der Erde verschlingen.

Aber keine Armee, auch eine internationale nicht, ist an sich etwas Ethisches, wenden unsere sich radikal nennenden Freunde ein. Sehr richtig! Doch auch die Ethik ist nur etwas Relatives. Auch Gefängnisse und Polizei sind nicht das Spiegelbild des reinen Ethos. Und sind doch unentbehrlich, solange die Menschen Menschen, d. h. fehlsame Kreaturen sind.

Ethischer als die nationalen Armeen — als Träger des nationalen Egoismus ist die internationale Armee als Schutz gegen die Ausschreitung des nationalen Egoismus auf alle Fälle.

Das Bessere darf nicht der Hinderer des Guten werden. Besser wäre es natürlich, man brauchte überhaupt keine Waffen mehr. Aber

da keine begründete Aussicht besteht, daß die Überzahl der Menschen in den nächsten zehn Jahren das ethische Niveau von Jesus oder Tolstoi erreichen wird, so soll man sich zunächst mit dem gewaltigen Fortschritt begnügen, die Kriegswaffen in der Hand des Völkerbundes konzentriert und so jedem nationalistischen Mißbrauch entzogen zu sehen.

Statt im Grunde doch oft hohlen (weil auf absehbare Zeit unerfüllbaren) Schlagworten nachzujagen, sollte der Pazifismus eine Forderung wie die der Völkerbundsarmee auf seine Fahne schreiben. Sie hat den unendlichen Vorteil, den Völkern nicht blos einen ethischen Fortschritt zu bringen, sondern auch eine Minderung ihrer Steuerlasten. Es hat sich aber immer erwiesen, daß ethische Forderungen leichter durchzusetzen sind, wenn sie von materiellen Vorteilen begleitet werden.

Über wahren und falschen Pazifismus.

Von Universitätsdozent Dr. Oskar Ewald, Wien.

Warum hat der Pazifismus heute noch so wenig Anhänger? Warum entfaltet der Ruf: „Nie wieder Krieg!" nicht eine viel größere Werbekraft? Man hat die Frage verschieden beantwortet. Zumeist so, daß man die Friedensidee überhaupt zurückweist und in der ablehnenden oder gleichgiltigen Haltung der Mehrzahl das Kennzeichen der Ernüchterung von einem Idol und den Triumph der Überzeugung erblickt, daß es nun einmal im Völkerdasein nicht ohne gewalttätige Lösung der großen Konflikte abgeht. Stünde es so, dann wäre von solch selbstmörderischer Sinnesart freilich kein Heil für die Zukunft zu erwarten und wir täten am besten, den allgemeinen Zerstörungsprozeß der Welt nach Kräften zu beschleunigen. Wir können nicht so pessimistisch urteilen. Die Wahrheit scheint aber die zu sein, daß die meisten sich in einer zwiespältigen Gemütslage befinden: sie wollen vom Kriege nichts mehr hören und können doch nicht an den Frieden glauben. Woraus erklärt sich dies? Zum Teile wohl aus den Enttäuschungen der Nachkriegszeit mit ihrer Wiederaufrichtung des Nationalismus und Imperialismus. Aber der eigentliche Grund ist tiefer gelegen. Darin nämlich, daß die Friedensidee in einer viel zu äußerlichen Weise vertreten wird. Man löst sie ganz ab von den tiefen Problemen des persönlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Lebens und nimmt sie als eine rein technische Angelegenheit des internationalen, des zwischenstaatlichen Verkehrs. Wir leugnen keineswegs, daß die Friedensfrage ihre technische Seite hat, die wir auch gar nicht zu unterschätzen geneigt sind. Unzweifelhaft gibt es eine Technik der Abrüstung und Verständigung, wie es eine solche der Verhetzung und der Bewaffnung gibt. Aber die Technik ist hier wie überall blos der Körper der Kultur, der allein dann seine Bestimmung zu erfüllen imstande ist, wenn die Kultur eine Seele und einen Geist hat. Es ist also gar nichts dagegen gesagt, daß man den Frieden organisiere; wenn aber nichts da ist als die Organisation, dann dürfen wir uns nicht einbilden, den Frieden zu haben. Seine Sache ist eine zutiefst menschliche; noch mehr: es ist die Sache Gottes, die sich im Menschenwesen offenbart.

Deshalb verwahren wir uns dagegen, daß man sie verwässere und verseichtige; was schon durch eine einseitige Festlegung auf Begriff und Prinzip des Internationalismus geschieht. International sein, heißt nicht selten, irgendwie zwischen den Nationen sein, also in keiner Wurzel fassen, es heißt, zugleich überall und nirgends sein. Als Protest gegen den Nationalismus wäre das noch diskutabel. Denn was ist Nationalismus? Der Anspruch einer Naturtatsache — eine solche ist Nationalität doch — auf Alleinherrschaft auch in der geistigen Welt; ihr Anspruch alles zu rechtfertigen, zu verklären, zu heiligen, was in ihrem Namen, zu ihrem tatsächlichen oder vermeintlichen Wohle geschieht. Folgerichtiger Nationalismus wird Imperialismus; und was aus Imperialismus wird, davon legen die letzten, mit Blut beschriebenen Blätter der europäischen Chronik ein Zeugnis ab. Aber jener falsche Internationalismus wendet sich nicht allein gegen den Nationalismus sondern auch gegen die Nation. Er kann sie zwar nicht ausschalten, allein er dämpft sie; er verwischt ihre Grenzen; er schafft einen unerfreulichen Mischtypus, dem die klaren Merkmale der Unterscheidung und damit der Gestaltung, der Charakterbildung abgehen. Gemeint ist hier jene Internationale des Luxus, des Schlafwagens, der Mode, die wir zur Genüge kennen gelernt haben und durch die der Friedensgedanke zweifelsohne eine tiefere Schädigung erhalten hat als durch die ganze Ideologie des Krieges. Der echte Pazifismus hat indessen etwas völlig anderes zu bedeuten. Dies ist längst einwandfrei festgestellt worden, ist aber den in Umlauf gesetzten Mißdeutungen und

Verfälschungen gegenüber immer wieder hervorzuheben. Was er bedeutet, verstehen wir am besten aus der Analogie des persönlichen Lebens. Der Mensch hat das volle Recht auf sein Ich; allein er darf es nicht auf Kosten des Du ausüben. Wer sein Ich wirklich bejaht, der schließt in diesen Akt der Bejahung das fremde Ich ein, er wird sich an ihm niemals egoistisch oder grausam erweisen können. Das ist echter Individualismus zum Unterschiede vom falschen, der auf Unterdrükkung, Knechtung, Enteignung des Mitmenschen ausgeht. Das gilt auch für die Nation, die gleichsam eine Individualität höherer Ordnung ist. Und demgemäß ist der gute und gesunde Internationalismus nicht der die Volksindividualitäten vermischende und verwischende; sondern derjenige, der sie zu dem höheren Gebilde der Menschheit zusammenfaßt, in ihm vereint hält.

Es kommt hier aber in hohem Maße auf die Formulierung an. Die Vertreter des echten Pazifismus haben nicht selten betont, daß die Nationen wie die einzelnen Individuen ihre Wesensart nicht durch wechselseitige Hemmung oder Unterdrückung, sondern durch wechselseitige Ergänzung am stärksten und reichsten zum Ausdrucke bringen. So hat Hellas sich schließlich jüdischen und anderen orientalischen Einflüssen unterworfen; so hat Rom auf dem Höhepunkte seiner Macht sich durch Griechenland humanisieren lassen; so haben die Germanen in ihre Kultur griechische, römische, jüdische Elemente aufgenommen, die sie vielleicht gelegentlich einschränken, keineswegs aber ausschalten können. Die Beispiele wären leicht zu vervielfältigen. Wie ich weiß, hätte man damit noch nicht an die Wurzel des Problems gerührt. Es muß noch viel mehr gesagt werden. Wir können und sollen das nationale Problem hier wiederum am individuellen orientieren. Auch für das einzelne Ich steht es nur so, daß es sich auf das Du angewiesen sieht, sich in ihm ergänzt; und es ist niemals so selbstisch, so in sich verkapselt, daß es nach dieser Ergänzung nicht in irgend einer Weise trachtete. Aber das ist bloß eine Einschränkung und noch lange keine Überwindung des Egoismus. Ich kann mich durch jemand noch so sehr ergänzt fühlen und es hindert mich nicht daran, wenn das liebe Ich noch ungestümere Ansprüche erhebt, mich gegen ihn mit der denkbar größten Härte und Rücksichtslosigkeit zu wenden. Soll ich in eine wirkliche, wesentliche Verbindung mit ihm treten, dann muß ein tiefer Umwandlungsprozeß mein ganzes Ich ergreifen, ich muß ein andrer, ein neuer Mensch werden. Ich darf diese Verbindung nicht bloß als eine wertvolle Bereicherung meiner Existenz empfangen, sie muß mein Anfang und Ende sein, ich muß aus ihr überhaupt erst zu leben beginnen. Es fällt dann mit einem Male wie ein Schleier von meinen Augen, ich sehe, daß jenes kleine, eigennützige, enge, abgesonderte Selbst, das ich bisher zu sein wähnte, gar nicht mein wahres Ich, sondern ein ihm unterschobenes Scheingebilde ist, ich sehe, daß mein Ich unendlich ist wie die Welt und daß es in seinen Quellen von dieser Unendlichkeit gespeist ist. Das ist die wahre Geburt meiner Seele, der Akt der Wiedergeburt, wie es bei den Religiösen heißt. Durch ihn höre ich nicht etwa auf, ein selbständiges Wesen, eine Individualität zu sein, meine persönlichen Grenzen verwischen sich nicht, sondern im Gegenteil, ich komme niemals so ganz zu mir selbst, ich werde mir niemals so ganz meiner Eigenart, meiner Einzigkeit und Unvergleichbarkeit bewußt wie da, wo ich die Verbindung mit dem Ganzen habe und weiß, daß ich mein Dasein allein aus dem rechtfertigen kann, was ich der Welt und Menschheit bin und gebe.

Eine solche Wiedergeburt ist auch für jenes Individuum höherer Ordnung unerläßlich, das wir eine Nation oder ein Volk nennen. Der rohe Naturalismus des Völkerlebens, wie er, kaum berührt durch den Geist des Christentums, heute wie ehedem herrscht und sich namentlich im Chaos des Weltkrieges ausgetobt hat, darf nicht blos gemildert, er muß an der Wurzel überwunden werden. Das kann er jedoch allein, wenn die Humanität aufhört, eine farblose Abstraktion zu sein und Realität wird; wenn die Idee der Menschheit in den Seelen der Einzelnen wie der Gesamtheiten greifbare, lebendige Gestalt gewinnt. Dies ist ganz etwas anderes als eine bloße Vergrößerung der Berührungsflächen; eine solche bringt jede gesteigerte Zivilisation mit sich; daran hat es auch vor dem Kriege nicht gemangelt; das Netz der Eisenbahnen, der Telegraphen, der Posten hat nahezu die ganze Erde umspannt; ihm entsprach auch ein weitausgreifendes Netz seelischer und geistiger Beziehungen, das so etwas wie eine Weltkultur zu verbürgen schien. Aber sie war eine fadenscheinige Illusion; es steckte keine Sustanz dahinter; was uns hier betrog, war eben jene charakterlos schillernde Internationalität, die im kritischen Zeitpunkte versagte und notwendig versagen mußte. Der Prozeß muß von außen nach innen verlegt werden. Es muß ein neues Selbstbewußtsein der Völker entstehen. Der Franzose, der Engländer, der Deutsche, der Russe, der Chinese, sie müssen erkennen, daß es ebenso wenig darauf ankommt, das einfach zu sein, was sie sind, wie

es nicht zu sein; ebenso wenig darauf, sich sozusagen in den Raum hineinzusetzen, wie aus ihm zu verschwinden; ihre Eigenart zu unterstreichen, wie sie auszulöschen; sondern auf etwas viel Höheres und Erhabenes: nämlich darauf, ihre Existenz als eine Aufgabe und nicht als ein Recht oder gar als Selbstverständlichkeit zu betrachten. Jedes Volk wie jeder Mensch lebt im wahren Sinne überhaupt erst durch das, was er dem Bruder, der Menschheit, der Weltgemeinschaft schenkt. In der Kulturgeschichte ist diese Betrachtungsweise schon längst durchgedrungen. Indessen Kulturgeschichte ist eben Geschichte, das heißt, Betrachtung der Vergangenheit und es gehört zu den beschämendsten Tatsachen, daß unsere Weisheit sich am Vergangenen besser bewährt als an der Gegenwart, daß sie also in der Regel zu spät kommt. Soll das in Zukunft anders werden — und es muß anders werden, wenn wir nicht zugrunde gehen wollen — dann tut es not, daß wir uns eines Besseren besinnen und aus der Theorie eine Praxis machen, das Völkerleben ernstlich nach diesem Prinzip gestalten. Denn so allein ist eine Überwindung des Krieges möglich, was einer noch so ausgebildeten Abrüstungstechnik, einer noch so geschickten Organisation des zwischenstaatlichen Verkehrs niemals gelingen wird. Auf die Herzen der Nationen kommt es doch zuerst und zuletzt an und wenn eine jede von ihnen ihre eigene Existenz als etwas aus der menschlichen kosmischen, göttlichen Totalität Geschöpftes und ihr Gezolltes empfindet und weiß, dann ist der Weg zum ewigen Frieden nicht mehr weit, das Ziel in greifbare Nähe gerückt.

Versuchen wir uns, diesen Sachverhalt nochmals recht deutlich vor Augen zu führen. Gegenwärtig verhält es sich weder so, daß von der Menschheitsidee gar nichts, noch so, daß von ihr alles verwirklicht wäre. Sondern es ist ein Torso da; etwas von allem und nichts ganz. Es sind körperliche Elemente und Organe da und zwar in gar nicht geringer Anzahl; hierher gehörte das über die Internationale der Technik, der Weltwirtschaft, des Verkehrs Gesagte; zum Leibe der Menschheit gehören Eisenbahnen, Telegraphen nicht weniger als die hüben und drüben investierten Kapitalien und Sachwerte. Es fehlen auch die gesamt-seelischen Funktionen nicht; sie bezeugen sich darin, daß jede stärkere Schwingung des Gefühls oder des Gedankens in einem Raume eine entsprechende Schwingung im entferntesten Raume auslöst; sie bezeugen sich in der Existenz einer Weltliteratur, einer die ganze zivilisierte Welt durchdringenden öffentlichen Meinung, eines einheitlichen bis in die Kundgebungen der Mode hinein sichtbaren Zeitbewußtseins.

Und zunächst ist schließlich — zumal seit dem Kriege — das Erwachen eines Menschheitsgeistes unverkennbar. In den großen Bildnern, Lehrmeistern und Wegweisern unseres Geschlechtes war er ja immer vorhanden. Aber seine Auswirkung blieb bisher auf einen zu geringen Raum beschränkt.

Es mangelt an den richtigen Proportionen der einzelnen Teile, der körperlichen, der seelischen, der geistigen dieses Menschheitswesens, das sich in uns und durch uns gestalten soll. Wie sie jetzt in Erscheinung treten, sind sie geradezu normwidrig. Der Menschheitsleib ist unnatürlich aufgetrieben im Vergleiche mit der Menschheitsseele; die Menschheitsseele im Vergleiche mit dem Menschheitsgeiste. Wir hatten zu viel Internationalität der Technik, der Industrie, des Handels und zu wenig des Gefühls, des Gedankens, der Herzen, viel zu wenig aber der Weltanschauung, der Gesinnung, der Liebe. Und hierbei handelt es sich nicht so sehr um ein Größen- wie um ein Richtungsverhältnis. Das Verhängnisvolle war es, daß die Bewegung von der Materie anstatt vom Geiste ausging; so kam es, das sie im entscheidenden Moment überhaupt aussetzte. Wir waren Internationalisten, solange die materiellen Machtfaktoren der Welt es uns erlaubten, uns sogar dazu ermutigten. Als sie es uns untersagten, wurden wir das Gegenteil. So ließen wir ihnen den Geist und die Seele dienen. In Hinkunft muß die Bewegung den entgegengesetzten Lauf nehmen. Sie muß vom Geiste beherrscht, erfüllt und gelenkt sein. Die Interessen des Kapitals werden niemals die Aufrechterhaltung des Friedens gewährleisten; auch nicht die mannigfachen literarischen, künstlerischen, kulturellen Beziehungen zwischen den Nationen; daß sich begeisterte Trinksprüche gelehrter Kongressisten über Nacht in leidenschaftliche Proteste und Haßgesänge verwandeln, haben wir bereits erfahren und wünschen nicht, es noch einmal zu erfahren. *) Die Friedensgesinnung muß Lebensbekenntnis, Blutwärme und spirituelle Kraft, sie muß Religion der Menschheit werden. Dies wird sie allein durch jenen Prozeß der Umwandlung, den ich früher beleuchtet habe. Der menschliche, menschheitliche Geist muß Gestalt und Wirklichkeit werden in den Gemütern der Einzelnen der Völker, namentlich der heranwachsenden Geschlechter; alsdann wird er sich seine Seele und sei-

*) In diesem Zusammenhang möchte ich auf meine Schriften „Die Wiedergeburt des Geistes“ und „Die Erweckung“ hinweisen. (Beide Verlag Ernst Hohmann & Co., Berlin.)

nen Leib aufbauen. Zivilisation und Kultur, Maschinen, Industrie und Handel, Literatur, Wissenschaft und Kunst müssen ihm untertan werden. Er muß den Inhalt und den Umfang, das Ausmaß, den Sinn und die Richtung ihres Willens bestimmen.

Wenn man sich dies vor Augen hält, dann sieht man, daß der Pazifismus, weit entfernt, Ausdruck einer schwächlichen, zaghaften Versöhnungspolitik zu sein, eine gewaltige, schöpferische Sache ist, von dem Gewaltigsten und Schöpferischesten, das jemals in die Welt gekommen ist. Er geht ja nicht in der Verneinung des Krieges auf, er beschränkt sich nicht darauf, einen kriegslosen Zustand herbeizusehnen, er will etwas durchaus Positives, nämlich den Frieden, der die kraftvolle Überwindung der Gegensätze bei voller Entfaltung derselben, ihre Überwindung in einer höchsten Einheit ist. Ich behaupte noch mehr, nämlich, daß alle wahrhaft schöpferischen Kräfte der Menschheit in Zukunft aufs innigste mit diesem Pazifismus verknüpft sein werden, daß der Friedenswille die Quelle dessen sein wird, was die Individuen und die Nationen Wertvolles und Großes schaffen.

Auch hier wie überall, wo es den Sinn des Menschheitsschicksals zu entsiegeln gilt, gibt uns die Bibel die tiefsten Aufschlüsse. In ihr ist ja der Gedanke des Völkerbundes zum ersten Male in Kraft getreten. Und zwar leuchtet er nicht etwa blos gelegentlich auf, sondern wird hier in wunderbarer Tiefe und Folgerichtigkeit entwickelt. Vom falschen Pazifismus werden wir — das ist geradezu das Leitmotiv der heiligen Schrift — zum wahren geführt. Der falsche Pazifismus, das ist der Turmbau zu Babel, der Bau des bis in die Wolken ragenden Turmes der Zivilisation, darin alle Völker der Erde wohnen sollen. Ein solches Babel ist die Internationale vor dem Kriege gewesen; und so mußte auch ihr Los dasjenige Babels sein. „Wohlauf, lasset uns niederfahren", sprach der Herr, „und ihre Sprache daselbst verwirren, daß keiner des anderen Sprache verstehe". Die rein äußerliche, grenzenlos überhebliche, weil rein materielle Verbindung der Völker endete in der Katastrophe des Weltkrieges, in der grenzenlosen Verwirrung der Sprachen; es verstand keiner mehr das Wort des andern. Aber es ist kein Zufall, daß schon das nächste Kapitel der Genesis die Berufung des Abraham bringt. Sie ist zunächst ein Akt der Aussonderung, der aber die höchste Gemeinschaft der Menschheit vorbereitet. Der Same Abrahams soll ja nicht über die Völker der Erde herrschen, er erhält das Lehramt zugewiesen. So haben es die Propheten verstanden, zumal Jesaias, und das bedeutet der Messianismus, dessen Reich dann anbrechen wird, wenn die Welt „so voll von der Erkenntnis des Herrn ist, wie die Wasser sich zum Meere zusammenschließen." Und aus voller Innigkeit und Tiefe des Gottesglaubens ist das Urschriftentum hervorgegangen, dessen erste Botschaft doch die Botschaft des ewigen Friedens gewesen ist. Der in der Bibel beschriebene Prozeß ist der der Menschheitsgeschichte, der heute an seinem kritischen Wendepunkte steht. Wir haben uns nicht allein zu entscheiden zwischen dem Krieg, der den Untergang der Welt, und dem Frieden, der ihre Rettung bedeutet; wir haben uns auch zu entscheiden zwischen dem falschen Pazifismus der Schwäche und Selbstsucht und dem wahren der schöpferischen Liebe, die vom Geiste kommt und zu ihm hinführt.

Mahatma Gandhi.[1]

Von Romain Rolland.

Nachfolgend beginnen wir mit dem Abdruck einer soeben vollendeten Studie von Romain Rolland über Mahatma Gandhi, die gleichzeitig im ersten Heft der neuen französischen Monatsschrift „Europe" (herausgegeben von René Arcos und Paul Colin bei F. Rieder & Cie., Paris) erscheint. Wir werden von dem höchst bedeutsamen Essai soviel wiedergeben, als der knappe Raum unserer Zeitschrift gestattet und sprechen Rolland den wärmsten Dank aus, daß er es uns möglich machte, unseren Lesern den Erstabdruck seiner Arbeit in deutscher Sprache zu bieten.

Die Redaktion.

Dem Lande des Ruhms und der Knechtschaft,
Den Reichen eines Tages und den Gedanken
der Ewigkeit,
Dem Volke, das den Zeiten trotzt,
Dem wiedererweckten Indien!

Zur Jahresfeier der Verurteilung seines Messias (18. März 1922).

„Die große Seele": Mahatma[2] . . . der Mensch, der Eins geworden ist mit der Seele des Alls . . .

Ruhige braune Augen. Ein kleiner schwächlicher Mann, das Gesicht mager, die Ohren groß, abstehend. Auf dem Kopfe eine kleine

1) Vergl.: Mahatma Gandhi: Young India. (1919—1922). Mit einer Einleitung von Babu Raiendra Prasad. — I. Band. Verlag S. Ganesan, Madras. — Eine französische Übersetzung ist in Vorbereitung, als deren Einleitung der folgende Essai dienen wird. (Ausführlicher Literaturnachweis im Märzheft der „Europe").

2) Das ist der buchstäbliche Sinn des Namens, den das indische Volk Gandhi gab: Mahi - Groß, Atma - Seele. — Der Name geht auf die Upani-

weiße Kappe, der Körper in rauhe weiße Stoffe gekleidet, die Füße nackt. Er nährt sich von Reis, Früchten, trinkt nur Wasser, schläft auf der Diele; er schläft wenig, arbeitet unaufhörlich. Der Körper spielt keine Rolle. Was sofort ins Auge fällt ist „der Ausdruck großer Geduld und großer Liebe". Pearson, der ihn im Jahre 1913 in Süd-Afrika sieht, denkt sofort an Franz von Assisi. — Er ist sanft und höflich, selbst mit seinen Gegnern, urteilt über sich mit Bescheidenheit, zögernd, als wollte er sagen: „Ich kann mich täuschen"; verbirgt niemals seine Irrtümer, schließt niemals Kompromisse, arbeitet mit keinerlei Diplomatie, meidet alle rednerischen Effekte, oder richtiger, er denkt gar nicht daran; — lehnt alle volkstümlichen Huldigungen ab, die seine Persönlichkeit hervorrruft und bei denen seine hinfällige Gestalt eines Tages Gefahr laufen würde, erdrückt zu werden, wenn nicht sein Freund Maulana Shaukat Ali mit seinem athletischen Körper sich wie ein Wall vor ihn stellte; — „Er leidet buchstäblich an der Menge, die ihn anbetet"; denn im Grunde genommen mißtraut er der Zahl und hegt Abneigung gegen die „Mobocracy", den entfesselten Pöbel; er fühlt sich nur wohl in der Minorität und nur glücklich in der Einsamkeit, wo er die „still small voice" hört, die nichtssagende klanglose Stimme, die gebietet . . .

Das ist der Mann, der dreihundert Millionen Menschen zur Erhebung gebracht, das britische Kaiserreich erschüttert und in der menschlichen Politik die mächtigste ethische Bewegung entfesselt hat innerhalb zwei Jahrtausenden.

Sein wahrer Name ist Mohandas Karamchand Gandhi. Er ist am 2. Oktober 1869 geboren, in einem kleinen, halbunabhängigen Staate im Nordwesten von Indien, in Porbandar, an der Küste des Oman-Meeres. Sein Vater Karamchand Gandhi war Premierminister. Er stammt aus einem reichen, intelligenten, kultivierten Milieu, aber nicht aus der obersten Kaste. Seine Ahnen gehörten der indischen Religionsschule Jain an. Eines der großen Prinzipien dieser Schule ist L'Ahimsa 3), wofür er später in der Welt siegreich eintreten sollte. Für die Jainisten gilt die Liebe mehr als die Intelligenz, sie ist der Weg, der zu Gott führt. — In seiner Familie wurde der Ramayana regelmäßig gelesen. Seine erste Erziehung war einem Bramanen anvertraut, der ihn in die Vishnu-Texte einführte. Aber er beklagte sich später, daß es ihm nicht gelungen war, ein großer Sanskritgelehrter zu werden. Er hat es der englischen Erziehung bis heute nachgetragen, daß ihm durch sie viele Schätze seiner Muttersprache verloren gegangen sind. Doch ist er trotzdem in den heiligen Schriften Indiens eigentlich wohlbewandert; aber er kann die Vedas und Upanishads nur in der Übersetzung 4) lesen. Schon im Kindesalter verheiratet, 5) ging er als Zwanzigjähriger nach England, um an der Londoner Universität und der dortigen Rechtsschule seine Studien zu Ende zu führen. Seine fromme Mutter hatte ihn vor seiner Abreise die drei Gelübde Jaïns ablegen lassen: Enthaltsamkeit von Wein, Fleisch und sexuellen Beziehungen. Aus einer seiner Reden ersieht man, daß er in Europa auch die anderen Religionen studierte und daß er von ihnen so tief ergriffen wurde, daß er einen Augenblick zwischen dem Glauben Indiens und dem Christentum schwankte. Aber bald erwuchs ihm die Überzeugung, „daß das Heil nur in der Religion Indiens zu finden sei". Im Jahre 1891 kehrte er heim und wurde dort Advokat am Obersten Gerichtshof von Bombay. Doch mußte er wenige Jahre später diesen Beruf niederlegen, weil er ihn als unsittlich empfand. Selbst in der Zeit, da er ihm oblag, hat er sich immer das Recht vorbehalten, die Vertretung in einem Prozesse zurückzulegen, sobald dessen Ungerechtigkeit zu Tage trat.

Schon um diese Epoche hatten hervorragende indische Persönlichkeiten in ihm das erste Vorgefühl seiner künftigen Mission geweckt: Der „ungekrönte König von Bombay" der Parsi Dadabhai und Professor Gokhale, beide von religiöser Leidenschaft für Indien

---

shaden zurück, bei denen er das Höchste Wesen bezeichnet und zugleich Jene, die durch die Glaubensgemeinschaft in Weisheit und Liebe mit ihm Eins geworden sind:

„Er ist der Eine Leuchtende, der Schöpfer des Alls, Mahatma.
Ewig im Herzen der Völker wohnend,
Vom Herzen erfühlt, in Unmittelbarkeit erahnt, durch die Vernunft erfaßt.
Wer ihn erschaut, geht in die Unsterblichkeit ein.
Die Upanishaden, 17. Vers.

Als Tagore im verflossenen Dezember Ashram, den Lieblingsaufenthalt Gandhi's besuchte, zitierte er zu Ehren des Apostels diesen schönen Vers.

3) A-Himsa: Nicht-Bösestun, nichts Lebendes verletzen, Nicht-Gewalttätigkeit. Es ist dies eine der ältesten Grundlehren der indischen Religion, besonders vertreten durch Mahavira, dem Gründer der jainistischen Lehre, ebenso wie durch Buddha und den anderen Meistern des Vishnu-Kultus, der einen großen Einfluß auf Gandhi ausgeübt hat.

4) Die Erzählung seiner Kindheit findet sich in einem Vortrag, den er auf der Konferenz der nichtberührbaren Klassen (Parias) am 13. April 1921 gehalten hat.

5) Er hat später die Kinderheirat leidenschaftlich bekämpft, denn er erblickt in ihr die Ursache des Niederganges seiner Rasse.

entbrannt. Gokhale, einer der besten Staatsmänner seines Landes und einer der ersten, die bemüht waren, die indische Erziehung wieder einzuführen; Dadabhai, (nach Mitteilung Gandhis) Begründer des indischen Nationalismus. Alle Beide Verkünder der Weisheit und der Sanftmut. Dadabhai war es, der das jugendliche Ungestüm Gandhis zügelte und ihm im Jahre 1892 den ersten Unterricht in der praktischen Anwendung des Ahimsa im öffentlichen Leben gab. Die heldenhafte Passivität — wenn zwischen diesen beiden Worten eine Gemeinsamkeit möglich ist — die leidenschaftliche Begeisterung, die gegen das Böse sich nicht durch Böses verteidigt, sondern durch Liebe. Wir kommen auf dieses magische Wort noch zurück, das die erhabenste Botschaft ist, die der indische Glaube der Welt bringt. Die politische Tätigkeit Gandhis beginnt im Jahre 1893; sie ist in zwei Perioden geteilt und spielt sich auf zwei Weltteilen ab: zwischen 1893 und 1914 in Südafrika, von da ab in Indien.

Daß jene zwanzigjährige Aktion in Südafrika nicht starken Widerhall in Europa fand, ist ein Beweis von der unglaublichen Enge des Horizontes unserer Staatsmänner, Geschichtsschreiber, Denker und selbst unserer Glaubenslehrer; denn sie stellt den Inhalt eines seelischen Heldengedichtes dar, ohne Gleichen in unserer Zeit, nicht allein durch die Großartigkeit und Standhaftigkeit des Opfermutes, sondern auch durch den Endsieg.

Im Jahre 1890—1891 waren in Südafrika, hauptsächlich im Natal, 150 000 Indier ansässig. Das Herbeiströmen dieser fremden Menschen rief in der weißen Bevölkerung einen Fremdenhaß hervor, dem die Regierung durch besonders harte Maßregeln Ausdruck zu geben sich verpflichtet fühlte. Sie verbietet die indische Einwanderung und schickt sich an, die bereits Ansässigen des Landes zu verweisen. Systematische Verfolgungen machten ihnen das Leben unerträglich. Drückende Besteuerung, erniedrigende Polizeivorschriften, öffentlicher Schimpf und bald auch Lynchungen, Plünderungen und Zerstörungen unter der Aegide der weißen Zivilisation! Im Jahre 1893 riefen die Inder Afrikas Gandhis Hilfe an. Er eilte herbei.

Damit beginnt der epische Kampf eines Gewissens gegen die Staatsgewalt und gegen die brutale Menge. Zu dieser Zeit noch Advokat beginnt er damit, die Ungesetzlichkeit der Akte, die den Ausschluß der Asiaten bezweckt, juristisch aufzuzeigen und gewinnt seinen Prozeß im Kampfe gegen die giftigste Opposition. Dann bemüht er sich, seinen Landsleuten anständige Lebensmöglichkeiten zu sichern; und um sie besser zu verteidigen, identifiziert er sich mit ihnen. Er hatte in Johannisburg eine einträgliche Klientel besessen: er gibt sie auf, um wie Franziskus Frau Armut zu freien. Von nun ab lebt er in Gemeinschaft mit den elenden und verfolgten Indern, teilt ihre Prüfungen und heiligt sie, indem er sie das Gesetz der Gewaltlosigkeit lehrt. Er gründet in der Umgegend von Durban eine landwirtschaftliche Kolonie nach den Ideen des von ihm bewunderten Tolstoi. 6) Dort vereinigt er die Inder um sich, gibt ihnen Land und läßt sie das feierliche Gelübde der Armut ablegen. Er selbst übernimmt die niedrigsten Arbeiten. — So verharrt dieses schweigsame Volk jahrelang im Widerstand gegen die Regierung. Es hat sich aus den Städten zurückgezogen: das industrielle Leben des Landes ist gelähmt. Es ist ein religiöser Streik, an dem jede Gewalt zerschellt, wie einst jene des kaiserlichen Roms an dem Glaubenseifer der ersten Christen. Aber wenige unter jenen Christen hätten das Verzeihen und die Liebe soweit ausgedehnt, um wie Gandhi, ihren bedrohten Verfolgern Hilfe zu bringen. Jedesmal, so oft der südafrikanische Staat schweren Gefahren gegenüberstand, suspendierte Gandhi die Enthaltung der Inder von allen öffentlichen Diensten und stellte ohne weiteres seine Leute zur Verfügung. Im Jahre 1899, während des Burenkrieges formierte er eine indische Rote Kreuztruppe, die wegen ihrer Tapferkeit im Feuer wiederholt im Tagesbefehl belobt wurde. Als 1904 in Johannisburg die Pest ausbrach, errichtete Gandhi ein Spital. 1906 revoltieren im Natal die Eingeborenen: Gandhi stellt sich an die Spitze eines Korps für den Verwundetentransport; der Gouverneur vom Natal spricht ihm öffentlich seinen Dank aus.

Diese ritterlichen Dienste entwaffnen durchaus nicht den Furor des Fremdenhasses. Wie derholt ins Gefängnis geworfen, (sogar ganz kurze Zeit nach jener öffentlichen Danksagung für die Kriegshilfe im Natal), zur Zuchthausstrafe verurteilt, mit Händen und Füßen

6) Von unserem Freund Paul Birukoff wurde mir ein langer, noch ungedruckter Brief Tolstois mitgeteilt. Tolstoi hatte die südafrikanische Zeitung Gandhis „Indian Opinion" gelesen und er freut sich über die Gewaltlosigkeit der Inder. Er ermutigt diese Bewegung, denn „die Gewaltlosigkeit ist das Gesetz der Liebe, das heißt des Strebens nach der Gemeinschaft aller menschlichen Seelen. Es ist das von Christus und den Weisen der ganzen Welt feierlich verkündete Gesetz".

Birukoff schrieb mir kürzlich, daß im Tolstoi-Archiv zu Moskau sich noch andere Briefe Tolstois an Gandhi befinden. Er denkt sie demnächst unter dem Titel: Tolstoi und der Orient zugleich mit anderen Dokumenten zu veröffentlichen.

an Gitter gefesselt, insultiert, von der wütenden Volksmenge mit Knüppeln geschlagen, einmal für tot zurückgelassen, so erfuhr Gandhi alle Leiden und alle Demütigungen. Nichts erschütterte seinen Glauben, in den Prüfungen wuchs er. Und so schrieb er 1908 zur Antwort an die Schule der Gewalttätigkeit in Südafrika sein berühmtes Büchlein: Hind Swaraj (Das Home Rule Indiens) — das Evangelium heroischer Nächstenliebe.

Zwanzig Jahre lang währte dieser Kampf in all seiner Schärfe. Noch im Herbst 1913 organisierte Gandhi im Transvaal die Gewaltlosigkeit von Natal. Er wurde wieder gefangen gesetzt mit tausenden anderen Indern. Aus Mangel an Gefängnissen sperrte man sie in die Minen. Aber diesmal geriet ganz Indien in Bewegung. Sogar der Vizekönig, von der öffentlichen Meinung mitgerissen, protestierte gegen das Vorgehen der südafrikanischen Regierung.

Die unbezähmbare Ausdauer und die Magie der „großen Seele" wirkten. Die Gewalt beugte sich vor der heroischen Sanftmut. Der verbissenste Gegner, General Smuts, der 1909 erklärt hatte, daß er niemals aus dem Gesetzbuche irgend eine der feindseligen Maßnahmen gegen die Inder streichen würde, bekannte fünf Jahre später, daß er glücklich sei, für ihre Aufhebung wirken zu können. Lord Harding trat für die indische Sache ein, und von einer kaiserlichen Kommission erhielt Gandhi in fast jedem Punkte sein Recht zugesprochen. Im Jahre 1914 wurde durch eine Akte die Abgabe von drei Pfund aufgehoben und allen Indern, die als freie Arbeiter im Natal wohnen bleiben wollten, das Aufenthaltsrecht zugesprochen. Nach zwanzigjährigen schweren Opfern hatte die Gewaltlosigkeit gesiegt.

* * *

Als Gandhi nach Indien zurückkehrte, besaß er das Ansehen eines Führers der Nation.

Seit Beginn des Jahrhunderts hatte dort eine große nationale Unabhängigkeitsbewegung eingesetzt. Ungefähr dreißig Jahre zuvor war von intelligenten Engländern, Liberalen aus der Viktoriazeit, A. O. Hume und Sir William Wedderburn die indische Nationalversammlung ins Leben gerufen worden; die Beiden waren lange Zeit bemüht, die Loyalität zu sichern, und die Interessen Indiens mit denen der englischen Souveränität in Einklang zu bringen. Nach dem Siege Japans über Rußland erwachte das Selbstbewußtsein der Asiaten und die Provokationen des Lord Curzon verletzten die indischen Patrioten. Im Schoße des Kongresses bildete sich eine Partei der Extremisten, deren agressiver Nationalismus bald im Lande sein Echo fand. Trotzdem blieb die alte konstitutionelle Partei noch bis zum Weltkriege unter dem Einfluß J. K. Gokhale's, eines aufrichtigen Patrioten, der zugleich noch treu zu England hielt. Das Nationalgefühl, das jetzt diese Versammlung der Volksvertreter erfüllte, zeigte ihnen als nächstes Ziel die Forderung eines Home Rule (Swaraj), über dessen Fassung sie jedoch noch nicht einig waren. Die einen wollten sich die englische Mitwirkung gefallen lassen, die anderen die Europäer aus Indien vertreiben; die einen nahmen sich zum Vorbilde Kanada und Südafrika, die andern Japan. Gandhi schlug seine eigene Lösung vor, die weniger politisch als religiös und im Grunde bedeutend radikaler war als alle anderen (Hind Swaraj). Um sie den Notwendigkeiten praktisch anzupassen, fehlte ihm nur die genauere Kenntnis der Verhältnisse. Hatte auch seine lange Mission in Südafrika in ihm außerordentliche Erfahrungen in Betreff der Hinduseele und der unwiderstehlichen Waffe des Ahimsa reifen lassen, so war er doch dreiundzwanzig Jahre fern gewesen. Nun konzentrierte er sich und beobachtete. Noch dachte er nicht im entferntesten an eine Revolte; ja, als der Krieg von 1914 ausbrach, begab er sich nach England, um dort ein Korps von Krankenpflegern zu organisieren. „Er glaubte ehrlicherweise", (schreibt er im Jahre 1921) „daß er Mitbürger des Kaiserreiches sei". In seinen schönen Briefen „An alle Engländer Indiens" wird er noch oft daran erinnern: „Teure Freunde, kein Engländer hat mit mehr Aufopferung für das Kaiserreich gewirkt als ich während der neunundzwanzig Jahre meiner öffentlichen Tätigkeit. Viermal habe ich mein Leben in die Schanze geschlagen. Bis 1919 bin ich in aufrichtiger Überzeugung für das Zusammenarbeiten eingetreten".

Er war nicht der Einzige. Ganz Indien hatte sich, 1914, durch den heuchlerischen Idealismus für den „Kampf ums Recht" einfangen lassen. Als England um seine Hilfe warb, suchte es im Volke große Hoffnungen zu erwecken. Das so sehr begehrte Home Rule wurde als Einsatz und Lohn des Krieges vorgespiegelt. Im August 1917 versprach der intelligente Staatssekretär E. S. Montague dem Lande eine verantwortliche Regierung. Eine Beratung der Inder fand statt. Im Juli 1918 unterzeichnete der Vizekönig Lord Chelmsford, gemeinsam mit Montague einen offiziellen Bericht über die Reform der Konstitution. In diesen ersten Monaten des Jahres von 1918 befanden sich die alliierten Armeen in größter Gefahr. Am 2. April hatte Lloyd George

einen Appell an das indische Volk gerichtet; und zu Ende des Monates fand ein Kriegsrat in Delhi statt, der den Eindruck hervorzurufen sich bemühte, daß die Unabhängigkeit Indiens nahe sei. Indien antwortete auch durch ein Massenaufgebot; und Gandhi lieh, wieder einmal, England den Beistand seiner glühenden Anhänglichkeit. Indien lieferte 985 000 Mann; es brachte ungeheure Opfer; und harrte vertrauensvoll auf den Lohn seiner Treue.

Das Erwachen war schrecklich. Gegen Ende des Jahres war die Gefahr vorbei; vorbei auch die Erinnerung an geleistete Dienste. Den Waffenstillstand einmal geschlossen, gab sich die Regierung keine Mühe mehr zu heucheln. Weit davon entfernt, Freiheiten zu gewähren, hob sie noch diejenigen auf, die bestanden. Die Rowlatt Bills, die im Februar 1919 dem kaiserlichen gesetzgebenden Rat zu Delhi vorgelegt wurden, waren Zeugnisse eines schimpflichen Mißtrauens gegenüber einem Lande, das so viele Beweise seiner Loyalität gegeben hatte; sie verlängerte die Geltung der Verteidigungsakte, unter der Indien während des Krieges gestanden war, und stellte die geheime Polizei und die Zensur wieder her, mit allen Tyranneien und Schikanen eines richtigen Belagerungszustandes.

Für das enttäuschte Indien ein schreckliches Erwachen. Ein Aufflammen der Entrüstung. Der Aufruhr begann. Es war Gandhi, der ihn organisierte.

Während der vorhergegangenen Jahre hatte er sich auf soziale Reformen beschränkt, er war vor allem damit beschäftigt gewesen, die Lebensbedingungen der Landarbeiter zu verbessern. Ohne daß es auffiel, hatte er während der bäuerlichen Unruhen von 1918 in Kairoa, im Gujerat, in Shamparan, in der Provinz Behar den siegreichen Versuch mit jener gewaltigen Waffe gemacht, die er kurz nachher in den nationalen Kämpfen verwenden sollte: jene leidenschaftliche Gewaltlosigkeit, die ihm eigen ist, die wir noch später studieren werden, und die den von ihm gegebenen Namen führt: Satyagraha.

Aber er blieb bis zum Jahre 1919 noch an zweiter Stelle und in einiger Distanz von der nationalen Bewegung. Denn die fortgeschritteren Elemente, die sich im Jahre 1916 unter der (bald überholten) Miß Annie Besant vereinigt hatten, anerkannten damals als ihren Führer den großen Hindu Lokamanya Bal Gangadhar Tilak. Ein Mann von seltener Energie, der die dreifache Größe der Intelligenz, der Willenskraft und des Charakters in einem stählernen Bündel vereinigte; ein umfassenderes Hirn als Gandhi, viel kräftiger genährt von der alten asiatischen Kultur; Gelehrter, Mathematiker, der alle Triebe seines Genies dem Dienste fürs Vaterlind zum Opfer brachte und der, wie Gandhi, von jedem persönlichen Ehrgeiz frei, nur auf den Sieg seiner Sache wartete, um sich dann vom Schauplatz zurückzuziehen und seine wissenschaftliche Arbeit wieder aufzunehmen. Er war, so lange er lebte, das unbestrittene Haupt Indiens. Wie wäre es geworden, wenn ihn der Tod nicht zu früh dem Lande entrissen hätte, im August 1920? Gandhi beugte sich vor der Souveränität seines Genies, aber schied sich zutiefst von seiner politischen Methode; wäre Tilak am Leben geblieben, so hätte Gandhi unzweifelhaft nur die religiöse Leitung der Bewegung übernommen. Was wäre aus dem Aufschwung Indiens unter diesem doppelten Kommando geworden! Nichts hätte ihm widerstehen können, denn Tilak besaß die Herrschaft über die Aktion, wie Gandhi über die inneren Gewalten. Das Schicksal entschied anders. Man darf es beklagen, sowohl für Indien, als für Gandhi. Die Rolle des Führers der Minorität, der moralischen Elite, hätte seiner Natur und seinen geheimen Wünschen mehr zugesagt. Ohne Bedauern hätte er Tilak die Leitung der Majorität überlassen. Ihm fehlte das Vertrauen zur Majorität. Dieses Vertrauen, Tilak hatte es besessen. Dieser Mathematiker der Aktivität glaubte an die Zahl. Er war geborener Demokrat. Er war auch entschlossener Politiker ohne Rücksichten auf die Forderungen der Religion. Er sagte „die Politik wäre nichts für Sadhus" (Heilige, Fromme). Dieser Gelehrte erklärte, daß er der Freiheit seines Landes sogar die Wahrheit opfern würde; dieser integere Mann, dessen Leben in fleckenloser Reinheit verlief, zögerte nicht, es auszusprechen, daß in der Politik alles erlaubt sei. Es läßt sich denken, daß zwischen einer solchen Persönlichkeit und den Diktatoren von Moskau eine Übereinstimmung der Ansichten möglich ist. Die Gedankenwelt Gandhis aber würde nicht zu ihnen passen 7). Bei aller gegenseitigen, tiefen Hochachtung war in den Erörterungen zwischen Tilak und Gandhi doch nur die Gegensätzlichkeit ihrer Methoden scharf zutage getreten. Das will besagen: Zwischen Männern von so absoluter Aufrichtigkeit, deren Aktivität sich auf einer höheren Gedankenwelt aufbau, ist es der Gegensatz der sittlichen Imperative, von denen ihr ganzes Dasein beherrscht wird. Tilak gegenüber erklärt Gandhi, daß er, zur Wahl gezwungen, lieber die Freiheit der Wahrheit opfern würde, und

7) Er hat sich deutlich gegen den Bolschewismus ausgesprochen. (24. Nov. 1921).

wie hoch auch seine religiöse Liebe für sein Land stehe, er stelle seine Religion noch viel höher als das Land:

„Ich bin mit meinem Lande verheiratet, ich danke ihm alles. Ich glaube an seine Sendung. Wenn es darin versagen sollte, das wäre für mich die Stunde der Prüfung, und ich hoffe, daß in dieser ich meinerseits nicht versagen werde. Meine Religion kennt keine geographischen Grenzen; solange mein Glaube lebendig ist, wird er stärker sein als meine Liebe zu Indien". 8).

Herrliche Worte, die all ihre Menschlichlichkeit dem Kampfe leihen, den wir jetzt beschreiben wollen; sie erheben den Apostel Indiens zum Weltapostel, zu unser aller Mitbürger 9). Denn für uns alle wird die Schlacht geschlagen, in deren Gewühl Mahatma seit vier Jahren ficht.

Übersetzt von Leo Gilbert, Wien.

(Fortsetzung folgt).

Politische Glossen.

Es ist wieder ganz wie während des Krieges. Die beiden Streitteile schieben einander wechselseitig die ganze Schuld zu: Frankreich wie Deutschland geben übereinstimmend vor, völlig reinen Gewissens zu sein. Und doch muß sich die deutsche Regierung ebenso gut ihrer wirtschaftlichen und politischen Unterlassungssünden bewußt sein, wie die französische Regierung sich unmöglich zu verhehlen vermag, daß selbst, wenn man diese Unterlassungssünden noch so streng beurteilt, der Einbruch ins Ruhrgebiet hierdurch in keiner Weise zu rechtfertigen ist. Schulden mit dem Schwert, mit Kanonen, mit Mord und Totschlag eintreiben — welch Rückfall in die älteste Barbarei! Oder glaubt man etwa mit diesen Mitteln das deutsche Volk am wirksamsten zu einer neuen, besseren Mentalität erziehen zu können?

Überhaupt dieses ewige Gerede von Gerechtigkeit und Menschlichkeit, wo es doch nirgends auf der ganzen Welt den Machthabern um Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu tun ist. Ginge es wirklich um Gerechtigkeit und Menschlichkeit, was wäre leichter als den Weg zur Verständigung zu finden? Das Reparationsproblem vor den Völkerbund — und das Maximum der gegenwärtig realisierbaren Gerechtigkeit wäre gesichert; Zusammenschluß von Deutschland, Frankreich und England zu gemeinsamer Friedensarbeit — und dem Fortschritt der Menschlichkeit erschlössen sich die wunderbarsten Möglichkeiten.

Aber wann haben von den selbstverständlichen Forderungen des Tages die jeweils Stärkeren irgendwo etwas hören wollen! Für sie blieb alles stets utopisch, was das Gute und Schöne nicht ausschließlich auf ihre Macht basierte. „An Deutschlands Wesen muß die Welt genesen!" „Frankreich ist berufen, der Hort des Friedens zu sein!" — das allein sind die Ideale, die man nicht als utopisch verlacht, weil es hüben wie drüben Schwerindustrie, Hochfinanz und Großgrundbesitz sind, die sie, unterstützt von Militär und Geistlichkeit, vertreten — jene großen Verantwortlichen der Weltgeschichte der Neuzeit, die von heuchlerischen Ideologien gedeckt, nur für ein Ziel kämpfen: kein Tribunal zustande kommen zu lassen, das sie vor ihre Schranken ziehen könnte.

Hört man nicht auch während des jetzigen Konfliktes, der allen direkten Verkehr zwischen den feindlichen Regierungen abbrach, immer wieder von Verhandlungen zwischen den französischen und deutschen Industriellen? Ja, in aller Teufel Namen, wie lange werden wir es noch dulden, daß die führenden Staatsmänner auf beiden Seiten sich wechselseitig fortgesetzt nur die schwersten Beschuldigungen zuschleudern, ihren Völkern die schädigendsten Maßnahmen gegeneinander anbefehlen, nur weil die Industriellen hüben und drüben nicht einig über die Opfer werden können, die sie selbst zum Wohle der Völker zu bringen haben!

Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft der ganzen Welt, gemeinsam mit den Pazifisten und ehrlichen Demokraten aller Länder, ihren eigenen Völkerbund begründet, der als permanentes internationales Parlament konstituiert, sich zu Gericht setzt über die volksfeindlichen Regierungen und jene Sanktionen beschließt und mit friedlichen, aber darum nicht minder wirksamen Mitteln durchführt, die Frieden, Gerechtigkeit und Menschlichkeit international gewährleisten.

Ein derartiger Vorschlag mag auf den ersten Blick utopisch erscheinen; aber er ist es keineswegs bei näherer Betrachtung. Denn was könnte uns hindern ihn zu verwirklichen, als

8) Hier spricht sich Gandhi gegen die „Doktrin des Degens" aus.

9) Die Menschheit ist Eins. Allerdings gibt es einen Unterschied der Rassen, aber je höher eine Rasse steht, desto mehr Pflichten hat sie. (Ethical religion).

zu geringes Vertrauen in die eigene Kraft! Und jedenfalls ist soviel sicher: Der Genfer Staatenbund muß sich zu einem wahren Völkerbund, zu einem interdemokratischen Institut größten Stiles entwickeln, um fähig zu werden, die Fragen des Rechts, der Wirtschaft, der Arbeit, der menschlichen Bedürfnisbefriedigung im Sinne der höchsten Kulturforderungen zu regeln.

Und er wird sich dazu nur entwickeln, unter dem Druck der entrechteten Völker selber, die entweder in ihm zu ausreichendem Einfluß gelangen, oder in einer selbständigen internationalen Dauerorganisation seine kontinuierliche strengste Kontrolle übernehmen.

* * *

Mord an zwei französischen Offizieren in Buer. Täter unbekannt. Darauf sofortige Verhaftung zahlreicher Deutscher auf die vagsten Verdachtsmomente hin „Einzelne werden „auf der Flucht" erschossen. Noch bevor festgestellt ist, ob es auch wirklich Deutsche waren, denen die beiden französischen Offiziere zum Opfer fielen, kündigt das Besatzungskommando die schwersten Vergeltungsmaßnahmen an und droht mit Füsilierung beim leisesten Aufmucken. Zugleich werden aus der Bürgerschaft Geiseln genommen, die den Tod erleiden sollen, wenn die Schuldigen nicht entdeckt werden. Daneben eine große Geldstrafe für die Stadt Buer und Erlässe an die Bevölkerung, die das Demütigendste sind, was man sich überhaupt denken kann. Hohe und höchste Regierungsfunktionäre finden, all das sei das mindeste an Sühne, chauvinistische Politiker schüren mit Eifer die Leidenschaften — vielleicht winkt nun endlich doch die Erfüllung der Hoffnung, daß der passive Widerstand in bewaffnete Gegenwehr umschlägt. In ganz Deutschland erst recht allgemeine Entrüstung und Erbitterung, die nationalistische Hetzer bis zur Siedehitze aufzupeitschen suchen — auch ihre Sehnsucht ist ja der Krieg, mag die Erfüllung ihrer wahnwitzigen Revancheträume selbst neuerlich Millionen von Menschenleben kosten.

Ein wildbewegtes Meer wechselseitigen Hasses schäumt auf, ohne daß man in der Erregung überlegt, wer denn allein all den Haß verdient, der so hoch emporschlägt? Weder die Franzosen noch die Deutschen, sondern ausschließlich der Militarismus, der völlig nationslos, überall derselbe ist, und sich auch allenthalben genau in der gleichen barbarischen Weise auswirkt: leichtfertig zu jeder Grausamkeit entschlossen, ohne Respekt vor der Heiligkeit des Lebens, Menschenwürde brutal mißachtend, das Recht mit Füßen tretend, von zynischer Bestialität sogar gegen Frauen, Kinder, Greise und hilflose Kranke! Unschuldige als Geiseln nehmen, das geringste Vergehen mit Füsilieren bestrafen, einen Galgen neben den andern aufrichten, jedem Siegerübermut freie Bahn lassen, ohne Verhör richten, Peitschen und Folterwerkzeuge in Bewegung setzen, — so und nicht anders wütet der Militarismus überall wo er ungezügelt am Werke ist.

Haben wir vergessen, was unser eigener Militarismus an höllischen Untaten im besetzten Belgien verübt hat? Kann die Scham darüber jemals in unserem Blute zu brennen aufhören? Aber glaubt das deutsche Volk deswegen den Haß zu verdienen, den die Niedertracht seines Militarismus ihm eingetragen hat? Und wenn nicht, warum wollen wir dann jetzt das französische Volk für die Abscheulichkeiten verantwortlich machen, mit denen der Militarismus von drüben nunmehr uns heimsucht?

Nein, kein Haß zwischen Völkern, — sondern loderndster Haß, tiefste Verachtung nur für den Militarismus, und unverbrüchliches gemeinsames Gelöbnis, alles daran zu setzen, um den Militarismus, dieses fressende Geschwür am Körper der Menschheit, dieses schwärende Gift in ihrer Seele auszutilgen bis zum letzten Rest!

* * *

In Frankreich prügelt man Marc Sangnier weil er für den Frieden spricht und seiner Regierung die Wahrheit sagt, in Deutschland ist Gerlach tätlichen Angriffen ausgesetzt, sowie er in öffentlichen Versammlungen für objektive Beurteilung der Lage und für Verständigung eintritt, in Oesterreich entgeht Nicolai nur durch ein sehr starkes Polizeiaufgebot dem Schicksal, bei einem rein pazifistischen Vortrag von organisierten Stoßtruppen der Hakenkreuzler totgeschlagen zu werden. Und überall sind es die extremen Nationalisten, die zu Gummiknütteln, Schlagringen und Stinkbomben, wenn nicht zu noch weit roheren Gewaltmitteln greifen, um jede geistige Friedensarbeit überhaupt unmöglich zu machen.

Gerade diesen extremen Nationalisten konnte aber in den letzten Tagen in Deutschland wieder einmal nachgewiesen werden, nicht nur, daß sie ohne Rücksicht auf die verzweifelte Lage, in der das deutsche Volk sich befindet, einen Bürgerkrieg zu entfesseln suchten, der namenloses Unglück zur Folge hätte haben müssen, sondern auch, daß ihre vorgeblich so heiße vaterländische Begeisterung sie nicht hinderte, im Einvernehmen mit französischen Chauvinisten, ja von ihnen mit Geldmitteln

unterstützt, ihrem Vaterland heimtückisch in den Rücken zu fallen.

So sehen also, in volles Tageslicht gerückt, die radikalsten Gegner des Verständigungsgedankens aus, das ist die wahre Gestalt der erbittertsten Feinde, deren der Pazifismus sich zu erwehren hat! Und es ist sicherlich keine Zufallserscheinung, daß gerade in den Kreisen der Nationalisten die skrupellosesten Vabanque-Spieler mit dem Leben des Volkes ihr Unwesen treiben. Es ist vielmehr zutiefst in den auf internationale Verständigung mit Elementargewalt hindrängenden Zeitverhältnissen begründet, daß der Nationalismus allenthalben derartige Entartungssymptome aufweisen muß. Man kann eben Überlebtes nicht gewaltsam konservieren wollen, ohne daß sich der Fäulnisprozeß, wenn er einen gewissen Grad erreicht, schließlich auf empfindlichste bemerkbar zu machen beginnt.

Und die Vergiftung der Atmosphäre muß umso schwerere gesellschaftliche Schäden erzeugen, je weniger man bereit ist, die zentralen Herde der sozialen Zersetzung radikal zu beseitigen. Was nützt z. B. in Deutschland die Aufdeckung der hochverräterischen Pläne der Nationalisten, wenn man trotz aller Krankheitsstoffe, auf die man dabei stieß, nicht den Mut aufbringt, mit der erforderlichen Entschiedenheit gegen die hauptsächlichen Krankheitserreger vorzugehen. Man raffe sich endlich dazu auf, Ludendorff, diesen bösen Dämon Deutschlands, zu dem alle Fäden der Verschwörung gegen Frieden und Kultur hinzuführen scheinen, vor Gericht zu ziehen, leite eine Untersuchung ein, welche den ganzen alldeutschen Klüngel, der ihm den Rückhalt bietet, zur Verantwortung zwingt — und wer will mit Sicherheit voraussagen, ob sich dann nicht vielleicht auch das Reparationsproblem weitaus leichter und weitaus günstiger für Deutschland lösen ließe. Besonders die ehrliche Angst vieler Franzosen vor einem Deutschland, das trotz der Entwaffnung das gleiche geblieben sei, würde sich wahrscheinlich wesentlich verringern, wenn alles, was in Deutschland geschähe, die Überzeugung vermittelte, daß ein neuer Geist am Werke ist, der sich mit Abscheu von den Freveln der Vergangenheit wegwendet.

Es bildet die unanfechtbarste Lehre der Geschichte: Ein Nationalgefühl, das mit dem Verständigungsgedanken unvereinbar ist, hat in unsern Tagen jede Existenzberechtigung eingebüßt. Nur ein zu volksfeindlichen, zu staatszerrüttenden Zwecken mißbrauchtes Nationalgefühl, nur ein in den Dienst egoistischer Sonderinteressen gestellter, auch vor Landesverrat nicht zurückschreckender Scheinpatriotismus kann die auf Kriegsverhütung gerichtete Volkserziehungsarbeit auch heute noch als Versündigung an der Nation brandmarken.

Indem aber in allen Ländern das Gleiche zu beobachten ist, daß sich die Vertreter der Sonderinteressen jeglicher Art gesammelt um die Fahne des Nationalismus scharen und daß, je rücksichtsloser diese Sonderinteressen sich durchzusetzen entschlossen sind, der Nationalismus einen umso aggressiveren Charakter annimmt, erhellt hieraus mit Evidenz, daß es nur eine Möglichkeit gibt, den Nationalgedanken in seinem gesunden Kern zu erhalten, ihn vor Entartung zu bewahren: nämlich ihn so zu begreifen und zu verfechten, daß er keinen Gegensatz, sondern die natürliche Ergänzung der internationalen Friedensidee bildet.

Mit andern Worten: Patriotismus wird gleichbedeutend mit Pazifismus werden — oder die Völker werden an dem brutalen Egoismus kleiner Minderheiten, der sich geschickt hinter heuchlerisch-übertriebener Vaterlandsliebe verbirgt, zugrundegehen. Ein Drittes ist ausgeschlossen.

* * *

Der Krieg hat die Welt in weit höherem Maße als dies je vorher der Fall war, sowohl in Gläubigerstaaten und Schuldnerstaaten, wie in Gläubigerklassen und Schuldnerklassen zerrissen. Diese finanzielle Kriegswirkung ist die tiefste Ursache der unerträglichen Härte der Friedensverträge. Deshalb wird wahrer Friede auch erst möglich sein, wenn das Finanzproblem eine internationale Lösung gefunden hat, die alle Völker, soweit dies im Rahmen des Möglichen liegt, aus der stets von neuem maßlose Erbitterung erzeugenden Schuldknechtschaft befreit. Auch die Schuldfrage wird solange nicht aus der öffentlichen Diskussion verschwinden, als man nicht aufhört, die Schuldenfrage allein ihr gemäß regeln zu wollen.

Aber wenn es selbst gelänge, zwischen den Staaten einen vernünftigen Schuldenausgleich — durch weitgehenden Verzicht der Hauptweltgläubiger: England und Amerika herbeizuführen, genügte dies noch keineswegs. Von ebenso großer, ja von noch weit größerer Bedeutung, ist die Beseitigung des Gläubiger-Schuldnerverhältnisses zwischen den Klassen, welches durch die ungesunde Finanzpolitik während des Krieges, — die in den meisten Ländern nur mit Luftkre-

diten arbeitete und damit den schweren Schaden der Inflation heraufbeschwor — geschaffen wurde. Soll der Völkerfrieden nicht durch fortgesetzte Verschärfung der Klassengegensätze unmöglich gemacht werden, so ist die erste Voraussetzung hierfür, daß man nicht den besitzlosen Klassen die ganzen Kosten des Krieges aufhalst, daß man die erforderlichen Sachreparationen nicht in einer Weise zur Durchführung zu bringen sucht, daß dadurch notwendig die Gesundheit und Lebenskraft der breiten Massen, die am dringendsten der Reparatur bedarf, verwüstet wird.

Wenn immer wieder betont wird, Deutschland, ebenso wie alle Kriegsverlierer, müßten bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gehen, um ihren Reparationspflichten nachzukommen, so soll sich gewiß niemand, der es ehrlich mit der Befriedung der Welt meint, der Erfüllung dieser gerechten Forderung entziehen wollen. Aber mit ebensolcher Entschiedenheit ist hervorzuheben, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit nicht einfach vom grünen Tisch aus rein finanzpolitisch errechnet werden dürfen, sondern zuverlässig nur zu bestimmen sind, unter gleichzeitiger genauester Berücksichtigung der Schwankungen der bevölkerungsstatistischen Daten.

Der sicherste Maßstab für die Lebenslage eines Volkes, für das Verhältnis von Belastung und Leistungsvermögen, bilden die Krankheits- und Sterblichkeitsziffern, in ihrer Verteilung nach Altersstufen, Geschlecht, Berufszugehörigkeit und Vermögenslage. Will man ein Volk nicht im Mark seiner Schaffenskraft treffen, will man ihm nicht zumuten, Massenverelendung und Massensterben planmäßig zu organisieren, dann darf man ihm gegenüber keine Forderungen erheben, die dazu mit unabwendbarer Notwendigkeit führen müssen.

Vergleichung der bevölkerungsstatistischen Daten Frankreichs und Deutschlands — erst damit gewänne man eine Basis, auf der ein gerechter Ausgleich der beiderseitigen Lebensinteressen sich errichten ließe. Das französische Volk wünscht nicht, daß zahllose Deutsche an Unterernährung oder Überarbeit zugrunde gehen, daß die Mütter keine gesunden Kinder mehr zur Welt bringen können, daß Säuglinge, Kinder und Greise das Notwendigste entbehren, daß Kranken und Abgearbeiten die erforderliche Pflege vorenthalten wird, das Volksseuchen um sich greifen, weil allenthalben die vitalsten Bedürfnisse unerfüllt bleiben müssen. Ebensowenig wünscht das deutsche Volk, daß die Bewohner der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs in Baracken zu hausen gezwungen sind, daß die Franzosen von irgend einer Not bedrückt werden, die deutscher guter Wille zu beseitigen vermöchte.

Und das ist nicht nur die Auffassung von weltfremden Schwärmern hüben und drüben, sondern in den offiziellen Erklärungen der beiderseitigen Regierungen wird mit den heiligsten Beteuerungen stets der gleiche Standpunkt eingenommen. Weshalb machen sie aber dann nicht Ernst mit dieser Gesinnung und stellen gemeinsam ein Reparationsprogramm auf, das die Lebensnotwendigkeiten beider Völker gewissenhaft respektiert, die Opfer so verteilt, daß bei keinem schon der natürliche Selbsterhaltungstrieb sich gegen sie aufzubäumen genötigt ist? Ja, werden mir die französischen Politiker antworten, dazu hätte es schon längst kommen können, wenn man in Frankreich das Vertrauen zu Deutschland haben dürfte, daß es auch wirklich zahlen will, was es leicht zu zahlen imstande wäre — an diesem Vertrauen fehle es aber und darum sei die erste Voraussetzung einer verläßlichen Lösung der Reparationsfrage, die Einsetzung einer ausländischen Kommission, die die deutschen Finanzen kontrolliere.

Wäre man aber wohl geneigt, dieser Kommission den strikten Auftrag zu erteilen, keine Maßnahmen zuzulassen oder gar anzuordnen, die die Krankheits- und Sterblichkeitsziffern ungünstig beeinflussen, die die Lebenshaltung der breiten Massen unter das Existenzminimum herabdrücken müssen? Wo in aller Welt wird an Derartiges gedacht! Solange dies aber nicht der Fall ist, solange die beiderseitigen Regierungen nicht auf Grund der bevölkerungsstatistischen Daten die Reparationsverhandlungen führen, werden, welches Kompromiß immer sich schließlich ergibt, die maßlos leidenden Völker nur allzuleicht zu verführen sein, einander die Schuld an dem zuzuschreiben, wofür einzig und allein ihre gemeinsamen Bedrücker die volle Verantwortung trifft.

* * *

Wieder einmal will man jetzt in Deutschland nichts von Pazifismus hören. In völliger Verkennung seiner realpolitischen Bedeutung suchen vielfach sogar auch die Blätter der Linken selbst das Wort Pazifismus ängstlich zu vermeiden. Die unermüdlichen Protestkundgebungen der Pazifisten und Sozialisten der ganzen Welt gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebietes bringt man wohl zum Abdruck, ebenso wie man davon Kenntnis gibt, daß in allen Ländern die von den glei-

chen Schichten getragene Bewegung für die Revision der Friedensverträge immer mehr um sich greift, — aber die Kommentare, mit denen diese Berichte begleitet werden, sind alles eher als geeignet, unsern auswärtigen Freunden ihre so schwere und opfervolle Arbeit zu erleichtern. Aus Ungeduld, daß die internationale Protestpropaganda nicht rasch genug praktische Erfolge zeitigt, wird diese von zahlreichen führenden Organen des freiheitlichen Bürgertums – in weitgehender Übereinstimmung mit de nationalistischen Presse — mit Geringschätzung abgetan, als „wertlose Geste" bezeichnet, ja man warnt nachdrücklichst davor, sich von alledem etwas zu versprechen. Ganz besonders ist man fast allgemein bestrebt, die Bemühungen Englands, Frankreich zum Einlenken zu bewegen, als allein von von dessen Eigeninteresse diktiert zu diskretieren, unter gleichzeitiger Betonung, daß selbst dieser „unechte" Pazifismus Englands nicht einmal so weit reiche, es zu einem energischen Auftreten gegen Frankreich zu veranlassen.

Welch unbegreifliches Maß von Torheit kommt jedoch in dieser Auffassung zum Ausdruck! Ja, wie stellen sich denn die Menschen, die einen derartigen Standpunkt einnehmen, den Weg zum Sieg des pazifistischen Gedankens in der Welt eigentlich vor. Kann die Entwicklung zum Pazifismus anders vor sich gehen, als indem immer mehr Völker zur Erkenntnis gelangen, daß ihre eigensten Lebensinteressen nur durch pazifistische Methoden zu befriedigen sind, daß ihr Wohl und Wehe vollends abhängt von dem Wohl und Wehe ihrer Nachbarvölker, daß sie notwendig in schwerste Mitleidenschaft geraten müssen, wenn ein großes Land vor der Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs steht. Das ist ja eben der tiefe Sinn des Pazifismus, daß die vitalsten Interessen der Menschen seine Verwirklichung erfordern — wie soll man ihm also damit widerlegen können, daß man ihn als in den Interessen eines Volkes verwurzelt nachweist?

Und steht es mit dem zweiten Argument — mit dem Vorwurf, England mache mit seinem Pazifismus nicht ernst, trete Frankreich gegenüber nicht energisch genug auf — etwa besser? Versetzen wir uns doch ehrlich in die Situation von England und überlegen wir uns, über welche friedlichen Zwangsmittel es Frankreich gegenüber verfügt. Die Beantwortung dieser Frage wird uns sicherlich nicht leicht fallen. Denn darüber werden wir uns doch wohl keiner Täuschung hingeben, daß nichts Schlimmeres der Menschheit zustoßen könnte, als wenn es zwischen England und Frankreich zu einem Krieg, ja auch nur zu einer tiefgehenden Entfremdung käme. Was vermöchte also England zu tun? Höchstens dies, daß es Frankreich im Völkerbund nicht im gleichen Maße wie bisher beinahe vollends die Führung überläßt, sich dabei der Mithilfe der Neutralen versichert und daneben darauf hinwirkt, Amerika, soweit es irgend geht, zu einer aktiveren Haltung zu bestimmen. Selbst damit ist aber zugegeben: England bleibt bei bestem Willen nichts anderes übrig, als Frankreich seine moralische Unterstützung zu entziehen, um auf diese Weise zu erreichen, daß unter dem Druck der von England immer stärker beeinflußten internationalen öffentlichen Meinung, die Opposition gegen das militaristische Regime in Frankreich selbst fortgesetzt wächst. Dieser Prozeß ist bereits lebhaft im Gange und wird sich, je unergiebiger die Ruhrexpedition sich im Verlauf wirtschaftlich, finanziell und politisch erweist, so sehr verschärfen, daß dann eine Vermittlung sicher leichter möglich sein wird.

Es liegt im Wesen des Pazifismus, daß er seine Kämpfe nur mit geistigen Waffen ausfechten kann und es liegt weiter im Wesen des Kampfes mit geistigen Waffen, daß es länger dauert, bis greifbare Resultate zu Tage treten. Geschichtliche Entwicklungen lassen sich eben nicht nach Belieben beschleunigen, namentlich wo es sich um internationale Zusammenhänge tiefstgreifender Art handelt. Es ist darum die erste Voraussetzung überlegener geistiger Realpolitik, die Zeit, die historische Prozesse ebenso notwendig brauchen wie Naturprozesse, richtig abzuschätzen, um davor bewahrt zu bleiben, voreilig zu verzweifeln, weil die Saat zu langsam reift. Wenn man sich heute in Deutschland so sehr in die Meinung verrennt; vom Pazifismus sei jetzt gar nichts zu erwarten, jetzt, wo der Völkerbund so offensichtlich versage, wo Frankreich in Waffen starre, wo Amerika Europa gleichgiltig seinem Schicksal überlasse, wo in Rußland ein verbrecherisches Gewaltregime herrsche — dann sage man doch, worauf man sonst seine Hoffnungen baut, wenn trotz alledem schließlich nicht doch auf den Pazifismus?

Will man sein Vertrauen etwa allein in die eigene Kraft setzen? Aber haben wir mit dieser Illusion nicht schon im Weltkrieg unter weitaus günstigeren Aspekten grausam genug Schiffbruch gelitten? Und kann sich innerhalb der gegebenen Bedingungen unsere eigene Kraft momentan anders äußern, als in der Fortsetzung des passiven Widerstandes?

Das ist jedoch eine durchaus pazifistische Methode, die deshalb auch nur ihre volle Wirksamkeit entfalten kann, wenn unsere Politik als Ganzes einheitlich pazifistisch gestaltet wird, d. h. wenn wir nicht trotz der Anwendung des pazifistischen Mittels, des passiven Widerstandes gleichzeitig mit derselben Ideologie fortarbeiten, der einzig und allein als Überbau militärischer Machtentfaltung ein auch nur halbwegs vernünftiger Sinn zukommt. In Anknüpfung an den passiven Widerstand heute eine ähnliche Hurrahstimmung künstlich erzeugen, wie 1914, heute zu ähnlich verbitternden Repressalien greifen, wie Aechtung und Beschimpfung der in Deutschland lebenden Franzosen, Verweigerung von Logis an sie, Verhinderung der Aufführung von Stücken französischer Autoren, selbst längst verstorbener, Verbot pazifistischer Versammlungen, feindselige Haltung gegenüber dem Pazifismus und seinen Vertretern, Bagatellisierung aller pazifistischen Bestrebungen der ganzen Welt — das ist eine Verkehrtheit von so ungeheuerlicher Art, daß man sie nicht für möglich halten würde, wenn sie nicht Wirklichkeit wäre.

Wie lange noch wird man glauben, praktische Erfolge erzielen zu können mit Handlungen, die ihre eigenen Absichten planmäßig selbst durchkreuzen? Man hat bei uns leider noch keine Ahnung, wie eine konsequente einheitliche pazifistische Politik großen Stiles auszusehen hat, daß es mit einer solchen unvereinbar ist, wenn die Reden der führenden Staatsmänner statt auf außenpolitische Wirkung, lediglich auf innerpolitische abgestimmt sind, wenn jeder einzelne Satz ausschließlich danach nüanciert wird, einer Verblendung der Bevölkerung Rechnung zu tragen, von der man sehr wohl weiß, daß sie nicht natürlichen Ursprungs, sondern geflissentlich hervorgerufen ist.

Ist es nun aber offenbar, daß die neuen Wege, die wir einzuschlagen gezwungen waren, nur zu den angestrebten Zielen führen können, wenn wir uns entschlossen in der Richtung halten, in die sie uns weisen, dann genügt es nicht, stets bloß die Verhandlungsbereitschaft zu betonen, sondern dann hat man auch detaillierte Vorschläge zu unterbreiten, die eine geeignete Basis für Verhandhandlungen bilden können und muß unausgesetzt neue Wiedergutmachungsangebote ausarbeiten, falls man mit den ersten nicht gleich reüssiert. Vor allem darf man dann aber nichts dulden, begünstigen, oder gar selbst unternehmen, was geeignet ist, Zweifel an der ehrlichen Friedensgesinnung und an dem festen Erfüllungswillen des deutschen Volkes aufkommen zu lassen.

Fazit aus alledem: Radikaler Bruch mit jeglicher Hurrahstimmung und energischste Betätigung der Einsicht, daß gerade jetzt der Pazifismus das realpolitisch dringendst Gebotene ist, daß hingegen passiver Widerstand verbunden mit Geringschätzung, ja Aechtung des Pazifismus systematische Unwirksammachung des Mittels bedeutet, in dem man die einzige Rettung erblickt.

* * *

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund — das war die stetige Forderung der Pazifisten, der deutschen ebenso wie der aller anderen Länder, vom Moment der Begründung des Völkerbundes an. Seit mehr als einem Jahr bemühte sich namentlich England und zwar nicht nur das oppositionelle, sondern immer mehr auch das offizielle, auf Deutschland einzuwirken, es möge endlich den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund stellen. Der Weltfriedenskongreß, der Juli 1922 in London stattfand, und wenige Monate hernach der Deutsche Pazifistenkongreß in Leipzig faßten einmütige Beschlüsse, in denen gleichfalls der dringlichste Appell an Deutschland gerichtet wurde, nichts zu versäumen, um so rasch als möglich den Beitritt zum Völkerbund vollziehen zu können.

Leider erwies sich alles Drängen als vergeblich. Aber nicht etwa deshalb, weil der Widerstand der rechtsstehenden Parteien unüberwindlich gewesen wäre, sondern weil auch die linksstehenden Parteien so sehr von den mannigfachsten Bedenken gelähmt wurden, daß nichts die Regierung hinderte, hinsichtlich dieser wichtigsten Angelegenheit in Untätigkeit zu verharren. Besonders war es auch in dieser Frage wieder einmal das berühmte Prestigeargument, das dazu veranlaßte, sich an Bedingungen für den Eintritt in den Völkerbund festzuklammern, von denen man wußte, daß sie als Voraussetzung für das Aufnahmegesuch undurchsetzbar waren, während es als ebenso sicher angenommen werden konnte, daß, wenn Deutschland bedingungslos seinen Eintritt vollzogen hätte, die mit Recht beanspruchte Stellung in dieser Organisation sich für Deutschland im Verlauf von selbst ergeben müßte.

Und wie steht es nun? Ist man noch immer zufrieden damit, daß man nicht einmal den Versuch wagen wollte, die Aufnahme in den Völkerbund zu erreichen? Kann man heute etwa daran zweifeln, daß weit günstigere Chancen für eine Intervention von dritter Seite

im Ruhrkonflikt gegeben gewesen wären, wenn Deutschland dem Völkerbund bereits als Mitglied angehört hätte, als so, wo es noch immer draußen steht? Ja, ist es überhaupt absolut sicher, daß Frankreich auch dann zu den militärischen Sanktionen gegriffen haben würde, oder so leicht zu diesen hätte greifen können?

Freilich, Deutschland darf die Dinge nicht einseitig betrachten. Ganz ohne Schuld ist es nicht daran, daß die französische Regierung die Mehrheit der Kammer hinter sich bekam, als sie die Ruhrexekution forderte. Würde Deutschland dem Völkerbund angehört haben, so hätte dieser wahrscheinlich mit allem Nachdruck gefordert, daß die Verantwortlichen der Entwertung der Mark nicht so tatlos gegenüber stehen, oder sich begnügen, sie mit unwirksamen Scheinmaßnahmen zu bekämpfen. Doch bleibe auch dies dahingestellt — bestritten kann wohl schwerlich werden, daß Deutschlands Nichteintritt in den Völkerbund ein überaus verhängnisvoller Fehler war, daß auch in dieser Beziehung wieder einmal die verachteten Pazifisten die Notwendigkeiten der Zeit richtiger erkannten, als die sich so überlegen dünkenden Realpolitiker.

Aber das Versäumnis muß nachgeholt werden! Trotz der wesentlich ungünstigeren äußeren Bedingungen, gilt es jetzt die Propaganda für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund aufs energischste zu betreiben. Denn wie mangelhaft der Völkerbund in seiner gegenwärtigen Verfassung auch noch sein mag, und so wenig von ihm im Großen zu erwarten ist, solange neben ihm nicht andere internationale Organisationen entstehen, in denen sich der wahre Wille der Völker lebendiger und unverfälschter auswirkt, — als S t a a t muß Deutschland in ihn hinein, gleichviel ob sofort mit allen Rechten auf die es Anspruch hat, oder zunächst nur mit eingeschränkteren.

Wie man hinsichtlich des Völkerbundes als Institution nur zu einer richtigen Beurteilung gelangt, wenn man sich weniger an das hält, was er bereits ist, als an das, was er im Verlauf werden muß, so hat man sich auch in Bezug auf D e u t s c h l a n d s S t e l l u n g i m V ö l k e r b u n d nicht davon bestimmen zu lassen, wie sie bei seinem Eintritt beschaffen sein wird, sondern wie die Entwicklung sie naturgemäß gestalten muß.

R. G.

AUS DER ZEIT.

Völkerbund und Reparationsproblem.

Mit besonderer Spannung sind angesichts des gegenwärtigen Konflikts betr. die Besetzung des Ruhrgebietes die Augen der Welt auf den Völkerbund gerichtet. Von verschiedenen Seiten wird gefordert, daß sich der Bund mit dieser Frage befasse. Wir wollen nun einmal annehmen, daß es trotz aller Schwierigkeiten, die sich einer Behandlung des Falles durch den Völkerbund entgegenstellen, gelingt, die Frage vor sein Forum zu bringen, und untersuchen, welche Bestimmungen dann zur Anwendung gelangen würden.

In Betracht käme vor allem Art. 11 Abs. 2 der Satzung. Dieser lautet: „Es wird weiter festgestellt, daß jedes Bundesmitglied das Recht hat, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluß auf die internationalen Beziehungen sein kann und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von dem der Friede abhängt, zu stören droht".

Daß die Besetzung des Ruhrgebietes wie überhaupt die Reparationsfrage ein Problem ist, daß von Einfluß auf die internationalen Beziehungen sein kann, unterliegt keinem Zweifel, sodaß die erste Voraussetzung des Art. 11 Abs. 2 gegeben wäre. Das Recht, den erforderlichen Antrag zu stellen, hat nur ein Mitglied, also keinesfalls Deutschland, solange es nicht im Völkerbunde ist. Die bloße Mitgliedschaft im Völkerbunde genügt zur Antragstellung. Es ist nicht erforderlich, daß der Antragsteller auch Mitglied des Völkerbundrates ist. Schweden ist Mitglied des Völkerbundrates; aber außer Schweden kann auch Norwegen, die Schweiz oder irgend ein anderer Staat, wenn er nur Mitglied des Völkerbundes ist, die Initiative in dieser Frage ergreifen.

Der Antrag kann gestellt werden bei der Bundesversammlung oder dem Rate, wobei die Vermittlung des Generalsekretärs des Bundes in Anspruch genommen werden kann. Nun ist aber klar, daß der Art. 11 Abs. 2 zur Voraussetzung hat, daß die Bundesversammlung oder der Rat bereits tagt oder doch wenigstens einberufen ist. Trifft das nicht zu und steht auch keine Tagung dieser Organe in der nächsten Zeit bevor, so muß eine besondere Sitzung auf Grund der Vorschriften der Geschäftsordnungen der Bundesversammlung bezw. des Rates beantragt werden. Eine besondere Tagung der Bundesversammlung erfordert die Unterstützung der Hälfte der Mitglieder des Bundes, eine besondere Tagung des Rates setzt den Antrag eines im Rate vertretenen Staates oder dreier nicht im Rate vertretenener Mitglieder des Bundes voraus.

Voraussichtlich wird nun aber die Einberufung der Bundesversammlung nicht erwogen werden, sondern man wird es vorziehen, den Rat mit der Frage zu befassen, da infolge des politischen Charakters des Problems die Behandlung durch einen kleineren Kreis vorzuziehen ist. Es wird also entweder eine besondere Tagung des Rates einberufen oder die Angelegenheit auf der nächsten ordentlichen Session des Rates vorgebracht werden. Im letzteren Falle kann, wenn die Behandlung der Sache auf der ursprünglichen Tagesordnung nicht vorgesehen sein sollte, nach Art. 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates die nachträgliche Aufnahme bis zum Beginn der Ratssitzung in die Tagesordnung erfolgen, wenn nur ein Mitglied des Bundes einen entsprechenden Antrag stellt; ja sogar während der Sitzung des Rates ist eine Erweiterung der Tagesordnung zu-

lässig, wenn die Majorität der Mitglieder des Rates dies beschließt (Art. 2 Abs. 4).

Welche Staaten hätten nun an der Beratung über die Reparationsfrage teilzunehmen? Der Rat besteht zur Zeit aus den Vertretern von Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Belgien, Brasilien, China, Schweden, Spanien und Uruguay. Nach Art. 4 Abs. 5 der Satzung soll jedes im Rate nicht vertretene Bundesmitglied eingeladen werden, zur Teilnahme an der Tagung einen Vertreter abzuordnen, wenn eine seine Interessen besonders berührende Frage auf der Tagesordnung des Rates steht. Deutschland ist nicht Mitglied des Bundes, brauchte also nach dieser Bestimmung nicht aufgefordert zu werden, einen Vertreter in die Ratssitzung zu entsenden. Dagegen ist die Gegenpartei (Belgien und Frankreich) bereits im Rate vertreten.

Der Rat kann nunmehr, nach Art. 11 Abs. 2, Maßnahmen beschließen, die er für geeignet hält, und dadurch den ganzen Bund verpflichten. Dabei haben Belgien, Frankreich usw., genau so ein Stimmrecht, wie alle anderen im Rate vertretenen, am Streite unbeteiligten Staaten, und Beschlüsse können nur einstimmig gefaßt werden. Aber es ist bedeutsam, daß Maßnahmen, die auch Nichtmitglieder des Bundes, also Deutschland, binden, nach Art. 11 Abs. 2 nicht gefaßt werden können.

Hält man, was wahrscheinlich ist, ein ordnungsmäßiges Vermittlungsverfahren für erforderlich, so finden die besonderen Bestimmungen des Art. 17 der Satzung Anwendung, dessen Gültigkeit gegenüber Nichtmitgliedern des Völkerbundes bekanntlich keineswegs unbestritten ist. Nach Art. 17 der Satzung kann der Rat Deutschland nahelegen, sich für die Beilegung dieser Streitfrage den den Bundesmitgliedern obliegenden Verpflichtungen zu unterwerfen, und zwar unter den vom Rate festzusetzenden Bedingungen. Die Aufforderung an Deutschland muß der Rat einstimmig beschließen, wobei nach der von Prof. Schücking und mir vertretenen Auffassung (die aber der bisherigen Praxis des Rates widerspricht) die am Streite beteiligten Staaten kein Stimmrecht haben. Die Einladung an Deutschland muß zugleich die Bedingungen erhalten, unter denen Deutschland am Verfahren teilnehmen soll. Bei Festsetzung dieser Bedingungen muß besonders die Frage gelöst werden, ob das Nichtmitglied zu den Sitzungen des Rates zugezogen werden soll, was ich bereits anläßlich des oberschlesischen Gutachtens als der Billigkeit entsprechend erklärt habe, wenn die Gegenpartei das gleiche Vorrecht genießt. Bei Behandlung der oberschlesischen Frage hat Polen auf seine Vertretung im Rate verzichtet, sodaß die Frage damals nicht aktuell wurde.

Deutschland kann die Aufforderung des Rates ablehnen, sich an dem Verfahren zu beteiligen. Dann müßte der Völkerbund von einem formalen Vermittlungsverfahren absehen und sich auf allgemeine Ratschläge und sonstige nach Art. 11 Abs. 2 zulässige Maßnahmen beschränken. Als einzige, praktisch nicht ins Gewicht fallende Rechtsfolge einer Ablehnung der Aufforderung des Rates käme lediglich in Frage, daß gemäß Art. 17 Abs. 3 der Völkerbund gegen ein solches Nichtmitglied Zwangsmaßnahmen ergreifen würde, wenn es in der fraglichen Angelegenheit zum Kriege schritte.

Wenn aber, was wahrscheinlich, Deutschland die Einladung annehmen würde, dann wird das Vermittlungsverfahren wie in den bisherigen Fällen stattfinden, und zwar gemäß Art. 15. Der Rat kann entweder selbst die Vermittlung in die Hand nehmen, oder er kann eine besondere Kommission ernennen oder ein Gutachten des ständigen Gerichtshofes oder einer anderen Instanz einfordern. Er kann sich schließlich damit begnügen, eine Wirtschaftskonferenz einzuberufen; durch dieses letztere Verfahren würde die Teilnahme der Vereinigten Staaten von Amerika an der Lösung des Konflikts erleichtert werden.

Bindende Kraft hat die Entscheidung, der Bericht des Rates, nur insoweit, als gemäß Art. 15 Abs. 6 nach einem einstimmig gefällten Votum (für die Frage der Einstimmigkeit zählen die Stimmen der Vertreter der Parteien nicht mit) gegen keine Partei, die sich dem Vorschlage fügt, zum Kriege geschritten werden kann, eine Bestimmung, die praktisch in diesem Falle ohne Bedeutung wäre. Im übrigen hat die Tätigkeit des Rates nur den Charakter eines Versuches der Streiterledigung. Jeder Überweisung der Frage an ein Schiedsgericht, jedem Vorschlage des Rates müssen beide Parteien zustimmen.

Daraus geht hervor, wie schwierig die Aufgabe des Völkerbundes ist und daß durch seine Anrufung allein der Erfolg der Aktion noch nicht gesichert ist. Eine sehr bedeutsame Frage wird namentlich sein, von welcher Seite man das Problem anfassen will, wie man vor allem die Fragen formuliert, auf die eine Antwort erteilt werden soll. Hat man sich erst einmal auf eine bestimmte Fragestellung geeinigt, so ist schon viel erreicht.

Wir wollen hoffen, daß der Völkerbund sein Prestige durch die Behandlung der Reparationsfrage erhöhen wird. Vielleicht handelt es sich jetzt um die große Stunde des Völkerbundes, um einen bedeutsamen Schritt vorwärts.

Wo bleiben die Schieds- und Vergleichsverträge?

Wenn man den letzten Jahresbericht des Verwaltungsrats des Haager ständigen Schiedshofes und die Liste der dem Bureau mitgeteilten Schiedsverträge durchsieht, muß man feststellen, daß darin kein einziger seit 1919 abgeschlossener Schiedsvertrag enthalten ist. Ebenso finden sich in den bisherigen neun Bänden des „Recueil des Traités" des Völkerbundes nur zwei Vergleichsverträge (d. h. Verträge über die Einsetzung von Untersuchungs- und Vermittlungskommissionen), nämlich die Verträge Großbritannien—Brasilien und Chile—Schweden. Allerdings kommen hierzu noch der deutsch-schweizerische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag vom 3. Dez. 1921 (Zeitschrift für internationales Recht XXX. S. 171 ff.), der Schiedsvertrag zwischen Polen und der Tschecho-Slovakei vom 14. Dez. 1921 (vergl. a. a. O. S. 388) und der Vergleichsvertrag Chile—Großbritannien vom 28. März 1919 (London Gazette, 4. Nov. 1919). Auch sind inzwischen einige Schiedsverträge aus der Vorkriegszeit verlängert worden. Im übrigen aber muß man feststellen, daß die Zahl der abgeschlossenen Schieds- und Vergleichsverträge nach dem Kriege ganz auffallend zurückgegangen ist. Von 1910—1913 wurden 29, von 1919—1922 dagegen nur 5 Schiedsverträge abgeschlossen, an denen mindestens auf einer Seite ein europäischer Staat beteiligt war. Da eine Zentrale für die Sammlung solcher Verträge fehlt, so mag der eine oder andere Vertrag hierbei übersehen sein. Das Gesamtbild kann dadurch aber nicht verändert werden.

Nun muß man allerdings, um gerecht zu urteilen, zunächst die Tatsache berücksichtigen, daß ja der Völkerbundvertrag, an dem 51 Staaten beteiligt sind, bereits eine Verpflichtung zur Unterwerfung aller Streitigkeiten an den Rat oder ein Schiedsgericht in Form eines Weltvertrages enthält, daß ferner nach

einem Protokoll der ersten Bundesversammlung die Anrufung des ständigen Gerichtshofes für einige (augenblicklich 15) Staaten (aber keine einzige Großmacht) obligatorisch ist. Aber trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß mangels eines Weltschiedsvertrages der Abschluß von Schiedsverträgen nach wie vor eine bedeutsame Aufgabe internationaler Friedenspolitik darstellt und daß, angesichts der politischen Natur der Vermittlung des Rates, und angesichts des Fehlens einer unparteiischen zentralen Vermittlungsinstanz, auch das Zustandekommen von partikularen Vergleichsverträgen, wie die dritte Bundesversammlung übrigens ausdrücklich erklärt hat, empfehlenswert ist.

Der Abschluß von Schieds- und Vergleichsverträgen war vor dem Kriege symptomatisch für das starke Friedensbedürfnis der Welt. Die Schiedsverträge haben, mochten sie in ihrer Bedeutung zeitweilig überschätzt werden, viel zur Beruhigung der öffentlichen Meinung und zur Förderung des internationalen Vertrauens beigetragen. Warum schließt man heute so wenige Verträge dieser Art ab?

Der ständige internationale Gerichtshof im Haag.

Im vorigen Jahre hatte sich der Gerichtshof mit der Feststellung seines Reglements und mit der Ausarbeitung von Gutachten über Fragen der internationalen Organisation der Arbeit befaßt. Dieses Jahr hat er eine Reihe anderer Fragen zu erledigen, die über den Gesichtskreis des Völkerbundes hinausgehen. Auf seiner 21. Tagung hatte der Rat die französisch-englische Streitfrage wegen der Gültigkeit der französischen Staatsangehörigkeitserlasse in Tunis und Marokko dem ständigen internationalen Gerichtshof zur gutachtlichen Äußerung darüber unterbreitet, ob sie nach internationalem Rechte eine Angelegenheit ausschließlich innerer Art sei oder nicht. (Art. 15 Abs. 8 der Völkerbundsatzung). Auf seiner außerordentlichen Tagung vom 8. Januar bis 7. Februar 1923 hat der ständige internationale Gerichtshof entschieden, daß der Fall nicht ein solcher rein interner Natur sei. Frankreich und Großbritannien haben sich von vornherein verpflichtet, die Frage einem Schiedsgerichte oder einer gerichtlichen Entscheidung unter noch näher zu beschließenden Bedingungen zu überweisen, falls das Gutachten des Gerichtshofes in dem Sinne ausfallen sollte, wie es tatsächlich ergangen ist. Sie werden also nunmehr eine entsprechende Vereinbarung treffen.

Eine andere wichtige Frage ist dem Gerichtshof im Januar 1923 unterbreitet worden, und soll auf der nächsten ordentlichen Tagung im Juni entschieden werden. Die alliierten Hauptmächte haben eine Klage gegen Deutschland eingereicht, weil es sich am 21. März 1921 geweigert hat, dem englischen Dampfer Wimbledon die Einfahrt in den Kieler Kanal zu gestatten. Deutscherseits wurde geltend gemacht, daß die Ladung des Wimbledon in Kriegsmaterial für Polen bestände, das im Kriege mit Rußland wäre, und daß die deutschen Neutralitätsbestimmungen die Durchfahrt dieses Kriegsmaterials durch das deutsche Territorium nicht zuließen. Die Anrufung ist auf Grund des Versailler Friedensvertrages erfolgt. Nach Art. 380 soll der Kieler Kanal den Kriegs- und Handelsschiffen aller mit Deutschland in Frieden lebenden Nationen auf dem Fuße vollster Gleichberechtigung dauernd frei und offen stehen. Im Falle der Verletzung dieser Bestimmung oder bei Meinungsverschiedenheiten über ihre Auslegung kann jede beteiligte Macht den vom Völkerbund zu diesem Zwecke eingesetzten Gerichtshof anrufen. In dem offiziellen Monatsberichte „Die Tätigkeit des Völkerbundes" (Januar 1923) steht, es handle sich um den ersten Fall in der Geschichte, daß ein Staat vor einen internationalen Gerichtshof zitiert werde. Das stimmt nicht. Es sei nur an die Praxis des zentralamerikanischen Gerichtshofes, der von 1908 bis 1918 in Tätigkeit war, erinnert. Vor ihm konnten zentralamerikanische Staaten durch einseitige Klageerhebung belangt werden, was auch mehrfach geschehen ist. Deutschland hat gemäß Art. 31 des Statuts des Gerichtshofs das Recht, einen seiner Staatsangehörigen als Ersatzrichter in das Tribunal zu entsenden. Es hat auf Grund dieser Befugnis Prof. Walter Schücking als Ersatzrichter bezeichnet.

Die Frage der Beteiligung Amerikas an dem Statute des Gerichtshofes ist noch immer in Schwebe. Amerika will bekanntlich nur unterzeichnen, wenn es auch zur Wahl der Richter des Gerichtshofes zugelassen wird, die ja nach dem Statut (Art. 4) von der Bundesversammlung und dem Rate des Völkerbundes (in denen Amerika als Nichtmitglied des Völkerbundes unvertreten ist) vorgenommen wird. Ein Beitritt Amerikas unter solcher Voraussetzung ist wohl nur nach Änderung des Statuts möglich. Da ein vereinfachtes Verfahren für diese Revision nicht vorgesehen ist, erscheint dieser Weg, der einen neuen Staatsvertrag bedingt, ein wenig mühevoll. Deshalb hat neuerdings Prof. Hudson von der Harvard-Universität in einem sehr bemerkenswerten Artikel „The United States and the international Court" (Dezemberheft 1922 der in New-York neu herauskommenden Zeitschrift „Foreign Affairs") befürwortet, Amerika solle das Statut mit dem Vorbehalte unterzeichnen, daß es dieselben Vorrechte genießen solle wie die anderen Signatare und zur Teilnahme an der Abstimmung der Bundesversammlung und des Rates zugelassen werde, wenn diese Organe nicht gemäß den Vorschriften der Satzung, sondern lediglich nach Art. 4 des Statuts als Wahlversammlungen für den Gerichtshof in Funktion treten.

Ob solche Zeichnung unter Vorbehalt zulässig ist, erscheint nicht sicher, selbst wenn keiner der anderen Kontrahenten Widerspruch erhöbe. Positive Änderungen einzelner Artikel können im allgemeinen nur im Wege einer neuen Abmachung vorgenommen werden. Lediglich Vorbehalte, die einzelne Artikel ausschließen oder in bestimmter Weise interpretieren, wurden bisher als allgemein zulässig angesehen. Immerhin kennt die diplomatische Geschichte Ausnahmen. Ob eine solche aber auch bezüglich eines so feierlichen Übereinkommens wie des Statuts des Gerichtshofes zugelassen werden soll, bedarf eingehender Prüfung.

Präsident Butler hat in einer bedeutsamen Rede vom 17. Oktober 1922 (die im Dezemberheft der französischen Monatsschrift „La Vie des Peuples" abgedruckt ist) mit Eifer den Beitritt Amerikas zum Statut des Gerichtshofes gefordert. Auch Staatssekretär Hughes hat sich wenige Tage darauf sehr hoffnungsvoll über das Zustandekommen einer Einigung mit den anderen Signataren ausgesprochen. Amerika, das der erste Vorkämpfer für einen ständigen Gerichtshof war, darf in der Tat dem Statut nicht mehr lange fern bleiben.

Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht.

Es ist ein Beweis für das rege Interesse Deutschlands an den Fragen des Völkerrechts, daß die im Kriege gegründete „Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht" vom 13. bis 16. März 1923 bereits ihre vierte Jahrestagung in Leipzig abhalten konnte. Zum Ehrenpräsidenten wurde Prof. Zorn, den man nach vielen Jahren bei solcher Gelegenheit wieder einmal sah, und zum Präsidenten Prof. Niemeyer gewählt.

Außer der Mehrzahl der deutschen Professoren des Völkerrechts nahmen viele Richter und Anwälte, besonders auch des Reichsgerichts, an der Versammlung teil. Zur Verhandlung standen die Fragen der Ruhrbesetzung, der Option, des Minderheitenrechts sowie der Staatsangehörigkeit. Nach einer sehr gründlich geführten Diskussion kam man einstimmig zu dem Resultate, daß die Besetzung des Ruhrgebietes völkerrechtlich nicht zu rechtfertigen sei. Als kritischem Teilnehmer fiel mir dabei sehr angenehm auf, daß man die Probleme leidenschaftslos prüfte, auch alle Gegengründe sorgsam erwog. Natürlich ist mit dieser juristischen Erwägung keineswegs das politische Problem der Ruhrbesetzung gelöst; aber daß sich ein Kreis von Juristen nur mit der rechtlichen Seite befaßte, ist durchaus zu verstehen.

Die Referate über die bedeutsamen Fragen des Minderheitenrechts usw. werden voraussichtlich bald im Druck erscheinen. Es sei hier nur bemerkt, daß ein Vortrag von Prof. Erich Kaufmann über die Stellung der Minderheiten im Rahmen des Völkerbundes usw. den Höhepunkt der Tagung bedeutete. Prof. Erich Kaufmann, der Verfasser des Buches über die „clausula rebus sic stantivus", hatte ein weitgehendes Verständnis für die Bedeutung des Völkerbundes. Er verkannte natürlich nicht die zahlreichen Mängel gerade inbezug auf die Regelung des Schutzes der Minderheiten, warf aber die Frage auf, wie es mit diesem Schutz stände, wenn es keinen Völkerbund gebe. Bei einer anderen Gelegenheit sagte Prof. Erich Kaufmann, je mehr er sich mit Fragen des Völkerrechts befasse, umso mehr glaube er, daß die Beantwortung völkerrechtlicher Probleme nicht ohne „einen Schuß Naturrecht" möglich sei. Wir begrüßen diese Stellungnahme des führenden deutschen Völkerrechtsgelehrten als ein Anzeichen dafür, daß die deutschen Völkerrechtslehrer die Erfordernisse der Zeit richtig zu erkennen beginnen.

Die Entschließung lautete:

„Die deutsche Gesellschaft für Völkerrecht hat auf ihrer 4. Jahresversammlung zu Leipzig, vom 13. bis zum 16. März 1923, die rechtlichen Grundlagen des französisch-belgischen Vorgehens im Ruhrgebiet, im Rheinland und in Baden nach allen Seiten eingehend geprüft. Die deutschen Vertreter der Völkerrechtswissenschaft haben sich darüber Rechenschaft gegeben, daß es ihre Aufgabe ist, hierbei nur dem Rechtsgedanken im Geiste der Wissenschaft zu dienen. Sie haben sich zu einhelliger Rechtsüberzeugung im Folgenden zusammengefunden:

1. Wenn die Reparationskommission nach § 17 und § 18 der Anlage 2 hinter Artikel 244 des Versailler Vertrages eine vorsätzliche Nichterfüllung von Reparationsverpflichtungen festgestellt hat, so könnten Zwangsmaßnahmen ergriffen werden, — jedoch immer nur kraft einstimmigen Beschlusses aller derjenigen alliierten und assoziierten Regierungen, die das Recht haben, in der Reparationskommission vertreten zu sein. An diesem einstimmigen Beschluß fehlt es.

2. Nach dem bezeichneten § 18 steht es den alliierten und assoziierten Mächten zu, finanzielle und wirtschaftliche Sperr- und Zwangsmaßnahmen anzuwenden oder andere Maßnahmen ähnlicher Art zu ergreifen, soweit solche von den Regierungen der betroffenen Mächte (gouvernements respectifs) für erforderlich erachtet werden (pourront estimer nécessitées). Aber die Entscheidung hierüber steht lediglich der Gesamtheit der Mächte zu.

3. Der § 18 spricht zunächst von finanziellen und wirtschaftlichen Sperr- und Zwangsmaßnahmen. Die dann folgende Generalklausel kann sich nur auf Maßnahmen verwandter Art beziehen. Frankreich und Belgien sind jedoch mit militärischer Macht in deutsches unbesetztes Gebiet einmarschiert. Zugleich zwingen sie dem Lande links des Rheins eigenmächtig eine neue Ordnung auf.

4. Als „Garantie" der vollständigen Ausführung des Versailler Vertrages hat Teil XIV die Besetzung des linken Rheinufers vorgesehen und damit die Möglichkeiten eines erlaubten Eingriffes in die deutsche Gebietshoheit erschöpfend geregelt. An keiner anderen Stelle des Versailler Vertrages, insbesondere nicht im Artikel 248, ist eine rechtliche Handhabe für eine andere Antastung deutschen Gebietes gegeben.

5. Jede Berufung auf geschichtlich bekannte Repressalienfälle wird durch die erschöpfenden Sonderbestimmungen des Versailler Vertrages unter allen Umständen ausgeschlossen. Überdies würde der französisch-belgische Einbruch auch unter dem Gesichtspunkt der Repressalie nicht gerechtfertigt werden können, weil der angewandte Zwang nach Art und Maß in keinem Verhältnis zu den behaupteten geringfügigen Verfehlungen Deutschlands steht.

Das französisch-belgische Vorgehen stellt sich nach alledem als eine schwere Verletzung des Versailler Vertrages und des Völkerrechts dar. Das Recht wird hier zur Verhüllung machtpolitischer Bestrebungen mißbraucht".

Wehberg.

Reichskanzler Cuno für die Waffe der Gewaltlosigkeit.

Die lange Rede, die Reichskanzler Cuno Anfang März im Deutschen Reichstag hielt, zog mehr die Resultierende im Parallelogramm der inneren Kräfte, als daß sie danach angetan gewesen wäre, die Weltkonstellation so zu beeinflussen, um eine Verschiebung in den Kräfteproportionen bewirken zu können. In der Hauptsache wich sie nur ganz unwesentlich von dem Bethmannschema unseligen Angedenkens ab. Immerhin brachte sie folgende Sätze, die festgehalten zu werden verdienen, weil in ihnen — wenn höchst wahrscheinlich auch sehr contre coeur — ein neuer Ton anklingt: „Waffenlos im groben Sinn des Wortes, hat Deutschland seine starke Wehr im Willen des freien Mannes. Mit Armeen kann man Kolonialländer erobern, aber man wird damit keinem Industriegebiet Produktivität abgewinnen können. Es ist Mißachtung des Geistes, wenn man glaubt, die räumliche Besitzergreifung entscheidet. Würden die Franzosen noch Jahr und Tag im Ruhrgebiet stehen, und statt der deutschen Arbeiter fremde Kolonisten bringen, der Fluch der Unfruchtbarkeit würde das Unternehmen verfolgen. Das ist der passive Widerstand, und wir bekennen uns zu ihm als der Waffe der Gewaltlosigkeit im Kampfe gegen Unrecht und Gewalt".

Bernhard Dernburg und Alfred H. Fried.

In einem „Caveant und Consules" betitelten Aufsatz in der „Neuen Freien Presse" schrieb kürzlich der der demokratischen Partei angehörige frühere Deutsche Reichsminister Bernhard Dernburg: „Die deutsche Politik führt teils freiwillig, teils gezwungen den Kampf des Pazifismus, des internationalen Rechtes und seiner Behelfe, der Schiedsgerichtsbarkeit und des Völkerbundes. Es ist ein Schicksal für das früher so militaristische Deutschland, das ihm diesen Kampf aufnötigt, und in dem es nur entweder siegen oder untergehen kann.

Es ist interessant, anknüpfend daran, an die Worte zu erinnern, die der Artikel Alf. H. Fried's ent-

hielt, der das erste Heft der „Friedens-Warte" einleitete, als diese Anfang Januar 1920 aus ihrem Schweizer Kriegsasyl wieder nach Deutschland übersiedelte. Fried schrieb damals: „Nicht mit den Kanonen, die wir nicht mehr haben, nicht mit ‚Roß und Reisigen', deren Zahl uns beschränkt wurde, sondern mit der Hochhaltung des pazifistischen Gedankens, mit der Obenanstellung von Recht und Organisation, werden wir den Militarismus der andern entwaffnen ..... Auch die Völker der Sieger haben furchtbar gelitten, auch ihnen hat der Krieg keine Erleichterung gebracht. Daher ist auch in jenen Ländern der pazifistische Gedanke erstarkt, der Wunsch zur realen Macht geworden, daß niemals mehr solcher Wahnsinn die Menschheit heimsuchen dürfe. Diese pazifistisch erleuchtete und pazifistisch gerichtete Masse sieht den heimischen Militarismus als eine gefährliche Gegnerschaft an, wie wir deutschen Pazifisten ihn bei uns angesehen und bekämpft haben. Wir dürfen diesen Kampf nicht stören, der ein Kampf für uns ist, weil er, obwohl zum Heil der ganzen Welt geführt, in erster Linie zum Heil der zusammengebrochenen Besiegten geführt wird. Wir müssen ihn fördern. Und wir fördern ihn, indem wir den pazifistischen Gedanken in Deutschland selbst zu immer größerer Ausbreitung bringen. Die Friedensbewegung ist eine nationale Sache geworden. Wird man das endlich begreifen?"

Rudolf Hilferding über „realistischen Pazifismus".

Rudolf Hilferding, der bekannte sozialistische Führer, veröffentlicht im letzten Heft von Schmollers Jahrbüchern (46. Jahrgang, Heft 3/4) einen Essai „Die Weltpolitik, das Reparationsproblem und die Konferenz von Genua", dessen Lektüre gerade für uns Pazifisten von besonderem Interesse ist. Hilferding führt darin nämlich aus, daß auch in der kapitalistischen Wirtschaft Tendenzen wirksam sind, die zum Pazifismus hindrängen und daß, eine je höhere Entwicklungsstufe der Kapitalismus in einem Lande erreicht habe, die Neigung zur Anwendung pazifistischer Mittel im Konkurrenzkampf sich desto stärker geltend mache. In folgenden Stellen kommt diese Auffassung am schärfsten zum Ausdruck:

„Zwei Mittel kennt die kapitalistische Wirtschaft um ihr Ziel, die Produktion von Profit durch Konzentration des Kapitals zu steigern: das Niederkonkurrieren des schwächeren Gegners im Kampfe oder die Vereinigung der Starken zu einer Interessengemeinschaft. Je fortgeschrittener der Kapitalismus, je höher die Stufenleiter der Produktion, je größer der Anteil des fixen Kapitals, je konzentrierter das Bankwesen und je enger seine Verbindung mit der Industrie, desto kostspieliger ist der Konkurrenzkampf, desto unsicherer sein Ausgang, desto mehr tritt an die Stelle der Konkurrenz die Vereinbarung. Das Ziel — die Erhöhung des Profits — ist dasselbe, aber die Methoden sind verschieden; die zweite ist die wirtschaftlichere und unendlich wirksamere ..... Der letzte Krieg hat demonstriert, wie verwüstend und verderblich er auf eine hoch organisierte Wirtschaft wirkt, wie solche Verwüstung ungleich schwerer wiegen kann, als die Vorteile der siegreichen Expansion. Sollen diese jetzt erreicht und gesichert werden, so erweist sich ein Wechsel der Methoden nötig: Vereinbarung an Stelle des Kampfes ..... So hat England nach dem Kriege immer mehr eine Politik eingeschlagen, die man als die eines realistischen Pazifismus bezeichnen kann. Sie unterscheidet sich von dem ideologischen Pazifismus dadurch, daß sie durchaus staatliche Machtpolitik bleibt, aber sie will diese mit anderer Methode, mit anderen Mitteln durchsetzen: durch Schaffung von Interessengemeinschaft an Stelle der ungezügelten Konkurrenz der unbeschränkten, souveränen Einzelstaaten. Weil sie aber in ihren Mitteln pazifistisch ist, gewinnt sie zum Bundesgenossen die pazifistische Ideologie der englischen Arbeiterklasse, die die stärkste ist die diese Klasse heute bewegt und die zugleich anknüpft an die kirchlichen und liberalen Traditionen".

Sicherlich läßt sich gegen diese Ausführungen mancherlei einwenden und mag es besonders fraglich erscheinen, ob der Kapitalismus, wenn er einmal bereits genötigt ist, dem realistischen Pazifismus Konzessionen zu machen, auf die Dauer dem ideologischen wird widerstehen können, mit dem der Imperialismus jedenfalls unvereinbar ist. Aber wie dem auch sei, der Aufsatz Hilferdings bedeutet unter allen Umständen ein sehr bemerkenswertes Symptom der Wandlungen, die hinsichtlich der Stellungnahme zum Pazifismus in der sozialistischen Theorie der Gegenwart im Gange sind.

Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz.

Seit Anfang dieses Jahres gibt der bekannte Finanztheoretiker und Sozialstatistiker Dr. R. Kuczynski eine monatlich, gleichzeitig in Berlin und Paris erscheinende „Deutsch-Französische Wirtschaftskorrespondenz" heraus, die die Franzosen in ihrer Sprache über die Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands, die Deutschen in der ihrigen, über die Wirtschaftsverhältnisse Frankreichs wahrheitsgemäß zu informieren sucht. In den bisher vorliegenden Heften kommen durchwegs Autoritäten ersten Ranges von beiden Seiten zu Wort, die auch wegen ihrer auf Völkerversöhnung allein gerichteten Gesinnung vollstes Vertrauen einflößen. Ein höchst verdienstvolles Unternehmen, das sicherlich viel zur Klärung der öffentlichen Meinung in beiden Ländern beizutragen imstande ist, und dem man nur wünschen kann, daß das reiche Material, das es darbietet, in der deutschen wie in der französischen Presse möglichst stark benutzt wird.

Das Märzheft bringt an erster Stelle einen sehr instruktiven Aufsatz „Die Ruhr und die Parteien" von Emile Kahn, Professor an der Universität Paris, dessen aufschlußreichen Schlußsätze hier im Wortlaut wiedergegeben seien. Sie lauten folgendermaßen:

1. „Das französischee Volk ist fast einmütig gegen Annexionen und militärische Expeditionen. Mit Ausnahme der Nationalisten würde niemand es wagen, ihm offen eine militärische oder imperialistische Politik vorzuschlagen. Die Nationalisten aber können noch so laut schreien, die Provinz, die die große Mehrheit der Wähler umfaßt, weigert sich, sie ernst zu nehmen.

2. Das französische Volk ist besorgt. Besorgt wegen seiner Sicherheit: Zu viele Einfälle und der Krieg, den es nicht gewollt hat, lassen es einen neuen Angriff befürchten. Es verabscheut den Krieg, es will ihn gegen niemand führen, aber es will den Frieden für sich wie für die andern.

Besorgt auch wegen der Reparationen. Es fürchtet nicht nur den drohenden Ruin (denn die Bürde, die auf dem französischen Steuerzahler lastet, wird unerträglich), sondern es entrüstet sich auch in seinem tiefen Gerechtigkeitsgefühl. Ein Sprichwort sagt: Wer die Scheiben zerbricht, zahlt sie. Die Franzosen, die 1871 ihre Kriegsschuld bezahlt haben, können nicht zugeben, daß, wo die Deutschen so viele Scheiben von 1914 bis 1918 zerbrochen haben, die Franzosen sie zahlen sollen.

Diese doppelte Besorgnis haben die Regierung und der Nationale Block durch die Ruhrbesetzung zu beschwichtigen versucht. Dem französischen Volk liegt nichts an der Ruhr; es ist durchaus bereit, sie zu verlassen. Aber ihm liegt an seiner Sicherheit, ihm liegt an den Reparationen, und Deutschland muß das Mittel finden, sie ihm zu garantieren".

Der Garantievorschlag Lord Roberts Cecils.

Schon im September 1922 wurde in einer Kommission des Völkerbundes über einen Vorschlag Lord Robert Cecils für einen allgemeinen Garantievertrag zur Beschränkung der Rüstungen beraten, dem sicherlich die größte Bedeutung zukommt. Im Februar dieses Jahres hat nun Lord Robert Cecil den Völkerbundausschuß für Rüstungsbeschränkungen den fertig ausgearbeiteten Entwurf dieses allgemeinen Garantievertrages unterbreitet. Wie die Presse berichtet, sieht der Entwurf für den Kriegsfall vor, daß nach der vom Völkerbund innerhalb vier Tagen zu erfolgenden Feststellung darüber, wer den Krieg begonnen hat, die Signatarmächte des Garantievertrags sofort die volle Blockade über die Angreifer verhängen und außerdem an den militärischen Operationen unter dem Oberbefehl einer vom Völkerbundrat zu betrauenden Signatarmacht mit einem Viertel ihrer gesamten Streitkräfte teilnehmen. Außereuropäische Staaten haben sich mit einem Viertel ihrer gesamten Seestreitkräfte zu beteiligen. Dadurch würde dem Staat, der an dem Garantievertrag partizipiert, trotzdem er auf Grund desselben seine Rüstung wesentlich einschränken muß, eine viel größere Sicherheit zuteil, als wenn er seine Rüstungen nicht einschränkte, aber außerhalb des Vertrages stehend ganz auf seine eigenen Kräfte angewiesen wäre. Dem Garantiepakt können sich nach dem Projekt Lord Robert Cecils bedingungslos auch Staaten anschließen, die dem Völkerbund nicht angehören.

Die Arbeitervertreter Jouhaux und Oudegeest setzten sich aufs Wärmste für den Entwurf Cecils ein, indem sie betonten, daß er durchaus nichts Utopisches an sich habe, sondern eine äußerst brauchbare Grundlage für die Abrüstung biete, woraus für Frankreich auch die Pflicht der Mitarbeit erwachse, wenn es nicht alles verleugnen wolle, was es während des Krieges predigte. Der französische Delegierte Viviani leistete jedoch, unterstützt vom Vertreter Italiens Schanzer, so heftigen Widerstand, daß er schließlich mit seinem Verlangen, die Einzelberatung des Entwurfs auf den Mai zu vertagen, durchdrang.

Ob ihm dann ein günstigeres Schicksal zuteil werden wird, ist mehr als fraglich. Wie sich dieses aber im Völkerbund auch gestalten möge, Aufgabe der Pazifisten wird es sein, den Entwurf Cecils dauernd im Auge zu behalten, sich auf das eingehendste mit ihm zu beschäftigen und dafür zu sorgen, daß er nicht eher aus der öffentlichen Diskussion verschwindet, bis er in irgend einer Form verwirklicht ist. — Denn die Garantiefrage im Pazifismus — das ist das Zentralproblem, das wir zu lösen haben, um zu beweisen, daß unsere Mittel einen zuverlässigeren Schutz für die Sicherheit eines Volkes gewähren, als die bisherige militärische Rüstung, daß wir über bessere „reale Garantien" verfügen, als die bis zur Verblendung „nüchternen" Realpolitiker, die auf der ruhelosen Jagd nach diesen, die Völker, über die sie die größte Macht hatten, schließlich zur vollständigen Wehrlosigkeit verurteilten.

R. G.

Senator Borah's Antrag zur Aechtung des Krieges.

Um den Krieg ungesetzlich zu machen, brachte Senator William E Borah am 14. Februar 1923 im Senat der Vereinigten Staaten, nachstehende Resolution ein:

„Weil der Krieg in der Gegenwart die denkbar schwerste Bedrohung der Gesellschaft ist, und so kostspielig und zerstörend wurde, daß er nicht nur die unerhörten Steuerlasten verursacht, die unser Volk jetzt entkräften, sondern auch die Zivilisation zu unterminieren und zu vernichten droht;

weil der Aufstieg unserer Zivilisation aus der Barbarei zu ihrem jetzigen Zustand bewerkstelligt wurde durch die Entwicklung des Rechts und der Gerichtshöfe, womit die Methoden der rohen Gewalt allmählich verdrängt wurden;

weil dem Genius der Zivilisation nur zwei Methoden zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Menschen zur Verfügung stehen, nämlich das Recht und der Krieg und wir daher bei jedem Versuch, einer wirksamen Lösung internationaler Streitigkeiten zwischen dem Krieg und der Rechtsmethode wählen müssen;

weil der Krieg zwischen den Nationen von jeher eine rechtlich zulässige Einrichtung war und es auch heute noch ist, so daß jede Nation jeder andern, mit oder ohne Grund den Krieg erklären kann und dabei streng innerhalb ihrer legalen Rechte bleibt;

weil Revolutions- oder Befreiungskriege als ungesetzlich und verbrecherisch, ja sogar als hochverräterisch gelten, während nach dem bestehenden Völkerrecht Angriffskriege zwischen einzelnen Nationen als durchaus legal angesehen werden;

weil überall das unabweisbare sittliche Gefühl der zivilisierten Völker sich gegen die grausame und zerstörende Institution des Krieges auflehnt;

weil alle Bündnisse, Staatsverträge oder sonstigen Versuche, welche sich auf Gewalt als letzte Instanz für die Erzwingung des Friedens stützen, den Keim ihrer Selbstzersetzung oder schrankenloser Militärherrschaft unter völliger Unterdrückung von Freiheit und Recht in sich tragen;

weil wir einsehen lernen müssen, daß Beschlüsse oder Verträge, durch welche gewisse Formen des Tötens für ungesetzlich erklärt werden, zur Unwirksamkeit verurteilt sind, solange der Krieg selbst als ungesetzlich zulässig gilt, und daß wir in unseren internationalen Beziehungen nicht so sehr Gesetze und Vorschriften über die Art der Kriegführung benötigen, als vielmehr ein grundlegendes Verbot des Kriegführens überhaupt;

weil in unserer Verfassungskonvention von 1787 durch Madison und Hamilton erfolgreich zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Gewaltanwendung gegen Kollektivpersonen — also gegen Staaten oder Nationen — einem grundsätzlichen Unrecht und einer Kriegserklärung gleichkommt;

weil wir in unserem obersten Bundesgerichtshof ein praktisches und bewährtes Vorbild für einen wirklichen Staatengerichtshof besitzen, in dem ihm das ausdrückliche Recht zusteht, über Streitigkeiten zwischen unseren souveränen Staaten zu verhandeln und zu entscheiden;

weil unser Oberster Bundesgerichtshof dieses Recht 135 Jahre hindurch ausgeübt hat, ohne zur Gewaltanwendung schreiten zu müssen, während welcher Zeit zahllose Streitigkeiten auf dem Rechtswege und friedlich beigelegt wurden, die sonst leicht zu Kriegen zwischen den Staaten hätten führen können, und er somit ein praktisches Beispiel für zwingende und friedliche Lösung internationaler Streitigkeiten bietet;

weil durch ein internationales Abkommen auf so beschaffener rechtlicher Grundlage weder die Unabhängigkeit noch die Souveränität irgend einer Nation beeinträchtigt würde,

Deshalb beschließe der Senat der Vereinigten Staaten, daß Kriege zwischen Nationen als ungesetzlich zu erklären sind und zwar sowohl als Institution wie auch als Mittel zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten, indem sie als offene Verbrechen im Sinne des Völkerrechts behandelt werden;

daß jede Nation sich durch feierliches Übereinkommen oder Staatsverträge verpflichtet, die internationalen Kriegsmacher oder Kriegshetzer und Kriegsgewinnler im eigenen Land vor Gericht zu ziehen und zu bestrafen unter ähnlichen wie den dem amerikanischen Kongreß nach Artikel 1 Abschnitt 8 der Bundesverfassung zustehenden Befugnissen, welche ihn ermächtigen, Vorstöße gegen das Völkerrecht festzustellen und zu bestrafen;

daß ein internationales Friedensrecht erlassen wird, das auf der Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen den einzelnen Nationen begründet ist und stetig vervollständigt, erweitert und erneuert zu werden hat;

daß auf dem Wege des Rechts ein Ersatz für den Krieg zu schaffen (oder wenn ein solcher Ersatz schon teilweise besteht), auszubauen und zu ergänzen ist und zwar in Form eines Gerichtshofes, nach dem Vorbild unseres Obersten Gerichtshofes, der in Streitigkeiten zwischen unseren souveränen Staaten Recht zu sprechen befugt ist.

Ein solcher Gerichtshof müßte das Recht haben, in allen internationalen Streitigkeiten die nach dem Gesetz oder in Folge von Verträgen unter seine Jurisdiktion fallen, zu verhandeln und zu entscheiden. Und es müßten ihm weiter dieselben Kräfte zur Durchsetzung seiner Beschlüsse zur Verfügung stehen, wie unserm Obersten Bundesgerichtshof: nämlich erstens die Achtung aller zivilisierten Nationen vor seinen auf offener und korrekter Untersuchung, wie auf unparteiischem Urteil beruhenden Entscheidungen und zweitens die zwingende Macht der aufgeklärten öffentlichen Meinung".

Einen ganz ähnlichen Vorschlag machte David Starr Jordan in einem „Die Aechtung des Krieges" betitelten Aufsatz, der am 13. April 1922 in der Chicagoer Zeitschrift „Unity" erschien. Der Antrag Borah's, der sich offenbar an diesen anlehnt, rief eine sehr lebhafte Diskussion in der amerikanischen Presse hervor, hinsichtlich der nur erwähnt sei, daß während z. B. der „Advocate of Peace" trotz aller Anerkennung der Bedeutung dieser Resolution, eine sehr kritische Stellung zu ihr nimmt, die „Nation" schrieb: „Statt des bisherigen Grundsatzes Frieden durch Kriege herbeizuführen, muß endlich einmal die Herrschaft des Rechts prinzipiell proklamiert werden. Durch internationalen Beschluß und durch eine nationale Erklärung kann jedes Land zum Ausdruck bringen, daß es auf den Massenmord in der auswärtigen Politik verzichtet und ihn auch bei anderen ächtet. Wenn jede Nation das täte, so wäre auch die Frage des Völkerbundes, des Staatengerichtshofes und damit des Weltfriedens überhaupt ihrer Lösung um einen gewaltigen Schritt näher gebracht".

Am Tage nach Überreichung seiner Resolution erhielt Senator Borah ein von den englischen Parlamentsmitgliedern Morel, Trevelyan, Ponsonby und Lees Smith unterzeichnetes Kabeltelegramm folgenden Inhalts: „Wir wünschen Ihnen unsere Bewunderung für Ihren Standpunkt in der Frage der internationalen Frage auszudrücken. Hier ist die Stimmung sehr zugunsten einer nichtpolitischen Kooperation zwischen dem britischen und dem amerikanischen Volke um einen vollständigen Bruch mit der Politik der letzten vier Jahre, die sich im Versailler Vertrag verkörpert, zu sichern und eine neue internationale Konferenz zur Revision der Friedensverträge, zur Abrüstung auf Grundlage eines alle Nationen umfassenden, demokratisch eingerichteten Völkerbundes und damit zur Beseitigung des Krieges herbeizuführen. Welches sind Ihrer Ansicht nach die Haupthindernisse solcher vereinter Bemühungen und wie glauben Sie, daß sie überwunden werden können".

J. M.

Dokumente der Friedensbewegung.

Über die Kundgebungen pazifistischer und verwandter Organisationen zur Ruhrbesetzung hat die Deutsche Friedensgesellschaft Anfang Februar folgenden Bericht zusammengestellt:

„Seit der Besetzung des Ruhrgebietes sind uns eine große Anzahl von Kundgebungen des Auslandes zugegangen, die unter Hervorhebung verschiedener Forderungen zu der französisch-belgischen Aktion Stellung nehmen. Zumeist zwar wird von einer besonderen rechtlichen Beurteilung des selbständigen Vorgehens der beiden Ententeregierungen abgesehen; doch allgemein der Völkerbund oder der Völkerbundsrat zur Lösung des Reparationsproblems und der damit zusammenhängenden Konflikte angerufen.

So wandte sich als eine der ersten die Zentrale der pazifistischer Organisationen, das Internationale Friedensbureau (29. 1. 23), Bern durch seinen Präsidenten an die Regierungen und den Rat des Völkerbundes. Der Appell warnt vor den Gefahren, die die Gewaltmaßnahmen und das Vordringen der Truppen mit sich bringen. Das Internationale Friedensbureau will nicht die Frage untersuchen, „ob die Auslegung oder Ausführung eines Vertrags, besonders eines Friedensvertrags, der im wesentlichen ein aufgedrungener Vertrag ist, im strengen Rechtssinn denen zukommt, die seine Nutznießer sind. Es begnügt sich damit, festzustellen, daß schon in der letzten Sitzung des Völkerbundes der Vertreter Frankreichs erwähnt hat, seine Regierung werde, falls es der Brüsseler Konferenz, die tatsächlich durch die Pariser ersetzt worden ist, nicht gelingen sollte, die anscheinend unüberbrückbaren Gegensätze aufzulösen, einer Verweisung an den Völkerbund nicht grundsätzlich feindlich gegenüberstehen". Es erscheint ihm zwar noch zweifelhaft, ob dem Völkerbundsrat, dem Haager Schiedsgerichtshof oder dem Weltgerichtshof die Lösung der Frage zukommt, doch darf man von allen diesen erwarten, daß die Entscheidungen in unparteiischer Weise gefällt werden.

Dann haben die Völkerbundligen der verschiedenen Länder besonders ausführlich zum Problem der Reparationen und der Ruhrbesetzung Stellung genommen. Ohne die richtige französische Interpretation des Versailler Vertrags zu leugnen, äußert die Französische Gesellschaft für Völkerbund (24. 1.), deren Formulierung sich auch die Englische Liga (25. 1.) zu eigen macht, den Wunsch, daß das Problem der Reparationen und internationalen Schulden vom Völkerbund erörtert wird. In einer anderen Resolution beruft sich die Englische Liga, für die damals bevorstehende Tagung des Völkerbundsrats, mit Hin-

weis auf die Gefahren der jetzigen Lage, auf Artikel 11 der Völkerbundssatzung.

Die Schweizer Gesellschaft für Völkerbund ruft (21. 1.) in Anbetracht der „drückenden Schäden, die die Ungewißheit über die endgültige Ordnung der Reparationen und der internationalen Schulden auch ihrem Lande bereiten" den Bundesrat an, „daß er den Völkerbund darin bestärke, daß er sich in seiner nächsten Sitzung die Resolution XVI. der 3. Völkerbundsversammlung über das Reparationsproblem zu eigen mache und die drohende Kriegsgefahr beseitige". Auch die Schwedische Gesellschaft für Völkerbund und pazifistische Organisationen Schwedens haben sich an ihren Ministerpräsidenten Branting gewandt, um durch seine Vermittlung den Völkerbundsrat zu veranlassen, in den Ruhrkonflikt einzugreifen und die Frage der Reparationen zu einem internationalen Problem zu machen. Der norwegische Außenminister ist durch pazifistische Organisationen und verschiedene Parlamentsmitglieder seines Landes veranlaßt worden, eine ähnliche Aktion beim Völkerbundsrat zu veranlassen.

Von Englischer Seite sind uns besonders viele Erklärungen zugegangen, aus denen hier nur ein paar Stellen angeführt werden können. Die englische Friedensgesellschaft (27. 1.) „bedauert es außerordentlich, daß es die französische Regierung für nötig gehalten hat, das Ruhrgebiet zu besetzen und ist der Meinung, daß eine solche Aktion nicht nur eine Verletzung der Bedingungen des Friedensvertrags ist, sondern daß sie auch tatsächlich den Versailler Vertrag als ein Mittel, Reparationen zu erhalten, zerstört hat". Die Weigerung, selbst den Vorschlägen der Britischen Regierung näher zu treten, sollte diese veranlassen, sich offiziell von der jetzigen Politik der französischen Regierung zu trennen". Sie begrüßt Brantings Intervention beim Völkerbundsrat und hofft, daß die Reparationsfrage einem unparteiischen Gerichtshof übergeben wird und daß auch die Vereinigten Staaten Amerikas ihren Einfluß dahin geltend machen, daß eine Aktion unternommen wird, die zum Ausgleich der strittigen Fragen führt.

Der National Peace Council, die Föderation englischer Friedensgesellschaften, beantragte (25. 1.), der Völkerbundsrat möge eine besondere Wirtschaftskonferenz zwecks Erwägung des Reparationsproblems einberufen und die Einladung auch auf die beteiligten Regierungen ausdehnen, die zur Zeit noch nicht Mitglieder des Bundes sind. Außerdem ist er beim Ministerpräsidenten Bonar Law und Lord Balfour, dem britischen Vertreter im Völkerbundsrat, vorstellig geworden, daß von der britischen Regierung an deren Vertreter bei der Januartagung des Rates Instruktionen gegeben werden, um zu vermitteln, daß sich dieser in Anbetracht der Ruhrbesetzung unter Berufung auf Artikel 11 der Völkerbundsatzung der Frage annehmen möchte. Eine 3. Resolution begrüßt die Aktion der Schweizer Völkerbundsgesellschaft, durch den Bundesrat beim Völkerbund wegen des Reparationsproblems zu vermitteln, um die Kriegsgefahr zu beseitigen, und ermutigt das Internationale Friedensbureau im gleichen Sinne eine Propaganda aufzunehmen.

Die engl. Union für Demokratische Kontrolle stellt fest, daß Frankreich durch Besetzung deutschen Industriegebiets ein ungeheures wirtschaftliches Übergewicht gewonnen habe und fordert in Anbetracht dessen positives Handeln von der Britischen Regierung. Wenn möglich, sollte in Gemeinschaft mit Amerika zu einer Weltkonferenz unter nachfolgenden Gesichtspunkten aufgerufen werden: 1. Revision aller Friedensverträge; 2. ein allgemeiner Entwurf für Abrüstung, basiert auf einem alle umfassenden und mit demokratischer Verfassung versehenen Völkerbund; 3. Schaffung einer Institution, die freien Zutritt zu den Erzlagern noch unentwickelter Teile der Erde gewährleistet und gehörige Achtung der nationalen und allgemeinen Interessen einschließt.

Auch von englischen Kriegsdienstverweigerern, der Bradforter Friedensgesellschaft und der Friedensgesellschaft von Weston super Mare liegen Kundgebungen vor, die dem deutschen Volk warme Teilnahme bekunden. Erstere besagt unter anderem: „Wir appellieren an das englische Volk, dem deutschen Volke in jeder möglichen Weise behilflich zu sein, sodaß der friedliche Widerstand gegen den französischen Militarismus sich nicht als unwirksam erweist. Wir sprechen diesen Appell im höchsten Interesse des Weltfriedens aus. Wir fordern von dem französischen Volke, einer Regierung die Unterstützung zu entziehen, welche sicherlich die Welt zum Ruin führt".

Die Französische Liga für Menschenrechte hat gleich zu Beginn der Ruhrbesetzung folgendermaßen protestiert: „Das Zentralkomitee der Liga hat immer die Ansicht vertreten, daß es nicht eher einen wahren Frieden geben wird, als bis Frankreich die Reparationen erhalten hat, auf die es ein Recht hat. Aber es protestiert gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebietes, die vom moralischen, wie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gleich unheilvoll sein wird. Sie stimmt nicht nur die internationale Meinung ungünstig gegen uns, sondern auch die Meinung der demokratischen und sozialistischen Kreise, auf die wir uns stützen müssen, um die rechtmäßigen Reparationen zu erhalten". Das Französische Komitee für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete hat sich im ähnlichen Sinne ausgesprochen. Auch die Französische Großloge hat sich (3. 1.) ohne das Recht Frankreichs auf Reparationen zu entkräften, vor einer Erschütterung der Sympathie der deutschen Demokratie und der der Ententemächte warnend an ihre Regierung gewandt und eine Lösung durch allgemeine Regelung der internationalen Schulden unter Beihilfe des Völkerbundes gefordert.

Das Oesterreichische Friedenskartell, dem 6 pazifistische Gesellschaften angehören, „schließt sich den Protestkundgebungen seiner Gesinnungsgenossen im gesamten Auslande an, und fordert mit ihnen die Verweisung des Streitfalles zur friedlichen Schlichtung an den Völkerbund".

Die internationale Deputation der Frauenliga für Frieden und Recht und Freiheit, der Miß Jans Addams (Amerika), Mrss. Kath. Marshall (Engl.) und Mde. J. Mélin (Frankreich) angehören, ist bei Regierungen, Parlamenten und Einzelpersönlichkeiten in Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich und England vorstellig geworden. Noch vor der Besetzung kabelte der amerikanische Zweig der Internationalen Frauenliga einen Protest gegen die Besetzung an die französische Regierung.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat sich ebenfalls weitgehendst mit dem Konflikt beschäftigt und in den letzten Tagen eine außerordentliche internationale Zusammenkunft im Haag abgehalten, deren Hauptergebnis in einer langen Resolution durch die sozialistische Tagespresse bekannt wurde. Auch die einzelnen Gewerkschaftsgruppen des Auslandes haben Proteste veröffentlicht".

Protestkundgebungen erließen weiter, der internationale Versöhnungsbund, der Sektio-

nen in allen Ländern besitzt, die Union populaire pour la paix universelle in Paris, zahlreiche nationale Zweige der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, wie der Kriegsdienstgegner, die internationale „Nie wieder Krieg"-Organisation. Große Demonstrationen gegen die Ruhrbesetzung finden ferner fortgesetzt in zahlreichen Städten der Vereinigten Staaten, Rußlands, Japans, Spaniens etc. statt.

Die Bischöfe von Schweden erließen ein Manifest an den Reichskanzler Cuno, an den Präsidenten Harding, an den Ministerpräsidenten Poincaré, an den Kardinal von Paris und an den Erzbischof von Canterbury gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Wir hatten gehofft, nach Beendigung des Krieges der Segnungen des Krieges teilhaftig zu werden; doch ist das Verhältnis zwischen den Völkern unfreundlicher geworden als je. Unter der Maske des Friedens nimmt man dem entwaffneten Nachbar große Stücke seines Landes im Wege bewaffneter Gewalt und erhöht dadurch sein furchtbares Elend. Der Fluch, den man jetzt sät, wird zur Ursache neuer noch schrecklicherer Kriege werden. Wir kennen nicht alle Einzelheiten und wollen daher nicht urteilen, aber wir verurteilen alle Gewaltmethoden. Wir appellieren in erster Reihe an den Präsidenten der Vereinigten Staaten und bitten ihn zu intervenieren".

———

Nachfolgend seien aus der Fülle der Proteste einige besonders charakteristische im vollen Wortlaut wiedergegeben:

Resolution
des Deutschen Friedenskartells.

Die Besetzung des Ruhrgebiets hat für das deutsche Volk Tage schwerer Prüfung gebracht.

Die Aufgabe bleibt, mit den Mitteln friedlichen, passiven Widerstandes ein mit allen Mitteln des modernen Militarismus eingeleitetes Unternehmen zum Scheitern zu bringen, d. h. geistig-sittliche Kräfte triumphieren zu lassen über die Macht der Gewalt. Es wäre ein Erfolg ohne gleichen, von weltgeschichtlicher Bedeutung, ein Sieg über die Säbelgewalt des französischen Imperialismus nicht nur, sondern über Säbelgewalt und Imperialismus überhaupt.

Wir werden den Kampf gegen Hunger und Arbeitslosigkeit zu führen haben. Entsetzlichem Druck werden unsere Volksgenossen im Ruhrgebiet ausgesetzt sein. Die Gefahren können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Aber wir sind, wie seit langen Jahren nicht, dabei in einer unvergleichlichen moralischen Stellung. Die gewaltige Mehrheit der öffentlichen Meinung der ganzen Welt haben wir auf unserer Seite.

Es muß unsere Sorge sein, diese Gunst der Lage nicht zu verscherzen, nicht durch Unbesonnenheiten dem Gegner einen Schein des Rechts zu geben und ihm die verlorenen Sympathien wieder zuzuführen.

Deshalb bedenkt:

Jeder, der, würdelos oder leidenschaftlich unsonnen, von der Linie strenger Rechtswahrung abweicht, erschüttert die Grundlagen unseres Widerstandes.

Jeder, der sich zu Ausschreitungen hinreißen läßt, jeder, der Gewalt anwendet, begeht ein Verbrechen am Vaterlande,, er verschlechtert unsere Lage in einem garnicht abzusehenden Maße.

Jeder, der Ausländer in Deutschland drangsaliert oder boykottiert, begeht eine grenzenlose Torheit; denn er zerstört ausländische Sympathien, verjagt vielleicht Leute, die wir dringend brauchen, beschwört Vergeltungsmaßnahmen herauf gegen eine viel größere Zahl von Deutschen im Auslande (zehntausende allein in Elsaß-Lothringen); zugleich begeht er eine Ungerechtigkeit; denn was kann der französische Privatmann, der bei uns weilt, für die Taten Poincaré's?

Jeder, der von Gewalt und von Befreiung durch Vergeltungskrieg auch nur spricht, besorgt die Geschäfte Poincarés; er liefert ihm eine für viele Neutrale einleuchtende Begründung seines Vorgehens; er ist verantwortlich für jede unbesonnene Tat, die aus solchen Reden folgen kann.

Niemand von euch darf hören oder gar vertrauen auf all das hirnverbrannte Geflüster von heimlichen Rüstungen und von russischer Hilfe; denkt an all die Märchen, die man euch während des Krieges erzählt hat von japanischer Bundesgenossenschaft, vom Aufstand in Indien, vom heiligen Krieg der Mohamedaner, von der Zerstörung des Suezkanals, von den Erfolgen des U-BootKrieges!

Allen, die mit solchem unverantwortlichen Gerede das Volk in eine gefährliche Abenteuer-Stimmung hineinzuhetzen versuchen, habt ihr Schweigen zu gebieten. Mit ihnen gibt es keine „Einheitsfront" und darf es keine geben.

Klarheit aber muß darüber geschaffen werden, daß die deutsche Regierung jede ernsthafte Vermittlung, insbesondere die des Völkerbundes, anzunehmen bereit ist.

Klarheit muß auch darüber geschaffen werden, daß die deutsche Regierung, trotz aller Gewalttaten der Gegenseite, festhält an der Pflicht zum Wiederaufbau.

Klarheit muß sie deshalb geben über ihr eigenes Reparationsprogramm.

Klarheit muß endlich darüber geschaffen werden, ob die deutsche Regierung und das deutsche Volk es dulden wollen, daß die Bereitwilligkeit zur Erfüllungspolitik unwirksam gemacht wird durch Mangel an gutem Willen in den wirtschaftlich mächtigsten Kreisen.

Wir müssen als gute Deutsche gut international gesinnt sein und denen die Hände reichen, die heute jenseits der Grenze dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren lassen, besonders denen, die trotz aller Schwierigkeiten eintreten gegen die Gewaltpolitik ihrer eigenen Regierungen, für friedliche Verständigung über die unhaltbaren Bestimmungen des Versailler Vertrages.

Endet der uns aufgedrungene Kampf, wie wir hoffen, mit dem Siege des Rechtes über die Gewalt, der friedlichen Kampfmittel über Tanks und Flugzeuge, Kanonen und Handgranaten — so sollen wir selbst und alle Völker daraus eine Lehre ziehen für die Art, wie es gelingen kann, den Militarismus niederzuzwingen — fremden oder eigenen. So kann aus der fürchtbaren Not dieser Tage uns selbst und der Menschheit ein unvergänglicher Gewinn erwachsen.

Deusches Friedenskartell.

Deutsche Friedensgesellschaft. — Verband für internationale Verständigung. — Deutsche Liga für Menschenrechte (Bund Neues Vaterland). — Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (Deutscher Zweig). — Deutsche Liga für Völkerbund. — Bund für radikale Ethik. — Bund der Kriegsdienstgegner. — Weltjugendliga (Verband Deutschland). — Friedensbund der Kriegsteilnehmer. — Friedensbund Deutscher Katholiken. — Bund religiöser Sozialisten. — Deutscher Pazifistischer Studentenbund. — Deutscher Monistenbund. — Bund entschiedener Schulreformer. — Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden. — Deutscher Bund für Mutterschutz.

———

Die von der Deutschen Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, und befreundeten Organisationen (Bund der Kriegsdienstgegner, Deutscher Pazifistischer Studentenbund, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden) am 28. Februar 1923 einberufene Versammlung begrüßt und bewundert die zähe Tapferkeit, mit der das Volk an der Ruhr dem französischen Militarismus einen gewaltlosen Widerstand entgegenstellt. Nur diese Methode der Abwehr kommt in Betracht; wer sie durch bewaffnete Aktivität zu ersetzen vorschlägt, ist ein Wahnsinniger oder ein Verbrecher am eigenen Volk. Wir fordern die Reichsregierung auf, gegenüber dem Ansturm der Wahnsinnigen und der Verbrecher fest zu bleiben, die Politik des gewaltlosen Widerstandes weiter zu pflegen und die Aussichten auf Erfolg dieser Politik zu verstärken durch erklärte Verhandlungsbereitschaft und die unverzügliche Bekanntgabe eines Reparationsprogramms, das der Auffassung der Welt und den berechtigten Forderungen verständiger und versöhnungsfreundlicher Franzosen entspricht. Die Lasten der Erfüllung aber sollen endlich die Besitzenden tragen, endlich die, die sich seit Jahren auf Kosten der breiten Massen bereichert haben, endlich das Agrar-, Industrie-, Handels- und Finanzkapital.

Die Erkenntnis der äußeren Gefahr, in der Deutschland schwebt, und der Wille, sie abzuwenden, verbindet uns Friedenskämpfer mit allen Deutschen, aber wir sehen, daß größer fast noch als die äußere Gefahr die innere ist. In Verwaltung und Rechtsprechung schiebt sich die Reaktion immer dreister vor; der Boden der Republik schwankt. Mit den Unterwühlern der Republik, den Erzeugern der berüchtigten Mordatmosphäre, den Hetzern zum Krieg und Bürgerkrieg, den illegalen, angeblich aufgelösten militärisch-politischen Verbänden fraternisieren Teile der Reichswehr, unter Duldung des verantwortlichen Ministers. Wir beglückwünschen die Berliner Sozialdemokratie zu der Klarheit ihrer Einsicht, aus der heraus sie soeben an die Reichstagsfraktion das Verlangen gestellt hat, den Etat des Reichswehrministeriums abzulehnen, und wir wiederholen die alte Forderung der Deutschen Friedensgesellschaft, die Reichswehr gänzlich abzuschaffen. Sie ist, da wir nie wieder Krieg wollen, außenpolitisch überflüssig und innerpolitisch ein Verhängnis.

Die Reichswehr aufrecht erhalten wollen kann nur, wer in ihr den Rahmen sieht für eine zukünftige auf allgemeine Wehrpflicht sich gründende Riesenarmee der Revanche. Bedeutet der Rat, den der Reichswehrminister jetzt dem Reichskanzler ziemlich unverblümt erteilt hat: seine Politik der Gewaltlosigkeit demnächst auf verfassungsmäßigem Wege zu ändern, etwa den Vorschlag, durch Mehrheitsbeschluß des Reichstags die Wehrpflicht (gemäß dem Programm der Partei des Herrn Geßler) wiedereinzuführen, so bliebe uns auf solche Provokation nur das eine zu antworten übrig:

Die engstirnige Brutalität der Säbelträger ist international. Sollte einheimischer Militarismus wieder versuchen, das Volk Deutschlands zu vergewaltigen, so wie er es bis zum 9. November 1918 vergewaltigt hat, so wird es Recht und Pflicht des Volkes sein, dieselben Methoden gegen ihn anzuwenden, die es gegen den fremden Militarismus jetzt erprobt. Das Volk lehnt es ab, sein Blut abermals sinnlos zu verspritzen für die Zwecke der Machthaber. Das Volk will weder töten noch sich töten lassen; es will leben und schaffen. Wagt eine Reichstagsmehrheit, von neuem die barbarischste Staatssklaverei aufzurichten, wagt eine deutsche Regierung, wiederum die Geißel des Wehrzwanges über dem Volke zu schwingen, so rufen wir Kämpfer gegen den Mord schon heute alle Freunde der Freiheit zum Ungehorsam gegen ein solches Gesetz auf.

———

Offener Brief an die Arbeiter und Beamtenschaft im besetzten Ruhrgebiet.

Mit warmer Bewunderung und Anteilnahme haben deutsche Frauen der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit die gewaltlos-abwehrende Haltung der Männer und Frauen im Ruhrgebiet seit der französischen Besetzung verfolgt.

Diese Haltung ist der beste Beweis für die Abkehr eines Teiles der Deutschen von jenem militärischen Gewaltgeist, der soviel Unheil in die Welt brachte und dem alten Deutschland alle Sympathien der andern Völker raubte.

Frauen, die jede brutale Gewalt verabscheuen, die den Militarismus, seine Träger und deren Taten verachten, wissen, daß zu dem Verhalten eines passiven Widerstandes, wie er jetzt im Ruhrgebiet geübt wird, mehr Bildung, Mut, Beherrschung und Ausdauer gehört, als zum brutalen Drauflosschlagen und weil sie das wissen, deshalb nehmen sie Veranlassung der Bevölkerung im Ruhrgebiet, die passive Resistenz ausübt, warmen Dank zu sagen und sie ihrer Hochachtung zu versichern, zugleich aber auch der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß man sich durch nichts, mag kommen was da wolle, von dem einmal beschrittenen Wege abbringen läßt, denn er ist der einzig richtige.

Gewalt ist niemals durch Gewalt zu bekämpfen, vielmehr muß sie der passiven Resistenz unterliegen.

Die Frauen der Internationalen Frauenliga in Amerika, England, Frankreich Oesterreich, der Schweiz und so weiter sandten uns Botschaft, daß man das Verhalten der Bevölkerung im Ruhrgebiet im Auslande mit Bewunderung verfolgt. Wir übermitteln diese Botschaft freudig an die Ruhrbevölkerung und fügen hinzu, daß die Protestkundgebungen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes auch in Frankreich, in Paris und vielen anderen französischen Städten, zahlreich und eindrucksvoll sind.

Die Bevölkerung, die heute im Ruhrgebiet passive Resistenz übt, gewinnt der deutschen Republik die Sympathien im Auslande zurück, welche die deutsche Militärmacht mit Recht verscherzt hatte. Das ist gerade in diesem Augenblick von weittragendster moralischer Bedeutung.

Deutsche Frauen wissen Euch das zu danken!

———

Die freimaurerische „Großloge von Wien" hat am 8. März an die bedeutendsten Großlogen des Auslandes den folgenden Appell gerichtet:

„Wir österreichischen Logen haben seit jeher Friedensbereitschaft und Völkerversöhnung als vornehmste freimaurerische Pflichten betrachtet. Darum nimmt die junge Großloge von Wien über einstimmigen Beschluß ihres Bundesrates die Vorgänge im Ruhrgebiet zum Anlaß, um darauf hinzuweisen, daß diese möglicherweise den Keim zu neuen schweren Verwicklungen, zu einem neuen europäischen Kriege in sich bergen. Mit Entsetzen haben wir den Weltkrieg durchlitten, dessen schreckliche Folgen noch nirgends verwunden sind; ein neuer Krieg würde die hohe Kultur Europas und die letzten Reste des Wohlstandes seiner Völker dem Untergange weihen.

In letzter Stunde wenden wir uns an Euch, geliebte Brüder, damit das Schrecklichste vermieden werde. Da doch die überwältigende Mehrheit jedes Volkes guten Willens und für den Frieden ist, so kann es

keine Streitfälle geben, die nicht auf dem Wege gütlicher Verständigung gelöst werden könnten. Von dieser Überzeugung durchdrungen, richten wir an Euch die Aufforderung:

Möge jede freimaurerische Großbehörde, jede Loge und jeder Bruder sich nach seiner Kraft und in seinem Wirkungskreis bemühen, daß endlich an Stelle von Haß und Gewalt, Menschlichkeit und vernünftige Einsicht trete!

Aber wir gehen noch weiter! Wenn wir auch befürchten müssen, daß in dem vorliegenden Konflikt, der dem deutschen Volke so schweres auferlegt, unsere Stimme nicht als völlig unparteiisch gewertet werde, da auch unsere Brüder Deutsche sind, glauben wir, nicht schweigen zu dürfen, wenn neuerlich entsetzliches Unheil für die Menschheit verhütet werden kann! Wir richten daher an Euch die Frage: Was kann, was soll die Freimaurerei auf Grund ihrer internationalen Beziehungen tun, um die drohenden Gefahren zu bannen und Europa, vielleicht der ganzen Menschheit, den Frieden zu erhalten?

Wenn wir in dieser bedeutsamen, vielleicht nie wiederkehrenden Stunde nicht versagen, dann ist der Beweis erbracht, daß der Weltenbund kein leerer Begriff ist und daß die Brüder Freimaurer ihrer Pflichten eingedenk waren! So erwarten wir denn mit Zuversicht Eure brüderliche Meinung!"

———

Die Weltjugendliga (Verband Deutschland) erläßt einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt:

„Es gibt nur eine Abwehr der Gewaltmaßnahmen Frankreichs: Passiver Widerstand! Jeder, der zu bewaffnetem Widerstand hetzt, ruft Gegengewalt hervor und rechtfertigt so die französische Politik.

Seid Ihr verwundert über die Haltung des Völkerbundes? Vergeßt nicht, daß es immer noch ein Bund der Regierungen und nicht der Völker ist! Und nicht einmal aller Regierungen! Deutschland fehlt und Rußland und Amerika!

Seid Ihr verwundert über die abwartende Haltung des Auslandes? Sie kann nicht überraschen, wenn wir nicht vor Tatsachen die Augen verschließen. Soll das Ausland Vertrauen haben zu einer deutschen Republik, in der Minister ermordet werden, in der für pazifistische Professoren kein Platz mehr ist (denkt an Foerster, Einstein, Nicolai), in der ein Fechenbach-Prozeß „deutsche Gerechtigkeit" dokumentiert, in der Hittler offen zum Sturz der Republik auffordert und Paraden mit militärischem Gepränge abhält? Soll das Ausland an die Sinnesänderung des deutschen Volkes glauben, wenn dieses Kaisermemoiren kauft, in Amtsstuben Unterschriften für die Rückkehr des Kronprinzen sammelt und Geld für die Rathenau-Mörder hergibt? Soll das Ausland Vertrauen zu einer deutschen Republik haben, in der die eigenen Volksgenossen deren Fahnen durch den Straßendreck schleifen, zerreißen und besudeln? — Nur ein wahrhaft demokratisches Deutschland hat Anspruch auf die Sympathien der Völker. Nur dem deutschen Volke, das seine republikanische, demokratische, sozialistische und pazifistische Gesinnung zum Ausdruck bringt, gilt die brüderliche Hilfe, die uns tatsächlich zu teil wird . . .!"

———

In der belgischen Kammer sprach am 16. Januar Vandervelde gegen die Besetzung des Ruhrgebiets. Es wurde auch gleichzeitig eine erweiterte Sitzung des Parteivorstandes einberufen, in der mit allen gegen drei Stimmen der folgende Beschluß gefaßt wurde:

„Der Parteivorstand, indem er die Resolution vom 5. Dezember, in der er gegen die Ausdehnung der militärischen Besetzung protestierte, erneuert, erklärt: Es ist gerecht und notwendig, daß Deutschland die Schäden, die es angestiftet, gutmache; fest steht aber, daß die geplanten militärischen Operationen aus wirtschaftlichen Gründen nur verhängnisvolle Wirkungen haben können und, statt zur Festigung des Friedens zu führen, die bestehenden Gegensätze notwendig verschärfen werden, und da die einzige Politik, die den verwüsteten Gebieten wirkliche Hilfe bringen kann, diejenige ist, die durch die sozialistische Konferenz von Frankfurt und durch den Kongress im Haag bestimmt wurde.

Der Vorstand bedauert, daß die beteiligten Regierungen nicht den Schiedsspruch des Völkerbundes angerufen haben, um hiedurch sowohl eine Regelung der interalliierten Schulden als die endgültige Regelung der deutschen Reparationsschulden, die Zahlungsmodalitäten und die unvermeidlichen Sanktionen, wenn dieser Schiedsspruch nicht ausgeführt werden sollte, festzusetzen.

Der Vorstand hofft, daß die deutschen Arbeiter Hand in Hand mit dem internationalen Proletariat die nötige Kraft aufbringen werden, um diese gerechte und friedliche Lösung herbeizuführen. Der Vorstand erneuert aus allen diesen Gründen seinen Protest gegen die Zwangs- und Gewaltpolitik, deren Zwecklosigkeit durch die Erfahrungen der letzten vier Jahre bewiesen wurde und die nur dazu dient, das Mißtrauen und den Haß unter den Völkern, den Keim neuer Kriege, wachzuhalten".

Die belgische Arbeiterpartei hat gleichzeitig eine Anzahl von Versammlungen einberufen, um gegen die nationalistische Welle, die durch die militärischen Aktionen herbeigeführt wurde, wirksam ankämpfen zu können. Denselben Antrag auf Anrufung des Völkerbundes haben bei ihren Regierungen auch die Sozialdemokraten der Schweiz und Hollands gestellt.

———

Der Französische Gewerkschaftsbund hat am 14. Januar folgenden Aufruf an die Arbeiter Frankreichs und an die öffentliche Meinung gerichtet:

Dank der Regierung und dem Parlament unseres Landes hat soeben die Säbelherrschaft und die Verfolgungspolitik den Sieg über Vernunft und gesunden Menschenverstand davongetragen. Sie haben gegenüber dem Ausland die Politik der Gewalt und der sinnlosen Abenteuer verstärkt und gleichzeitig im Innern des Landes brutale reaktionäre Maßnahmen durchgeführt, die mit Hilfe der Majorität des Nationalen Blocks das Land um sein Recht der freien Diskussion und der Kontrolle zugunsten der Regierungsdiktatur berauben. Im Zusammenhang mit diesen Vorfällen sieht der Französische Gewerkschaftsbund in den Verhaftungen und den ungerechtfertigten Verfolgungen nur eine geschickte Komödie, um die ebenso unsicheren wie unheilvollen Regierungsmaßnahmen zu maskieren. Der Französische Gewerkschaftsbund erhebt energischen Protest gegen diese Vergewaltigungen der individuellen Freiheit und des Rechtes auf öffentliche Meinungsäußerung. Er wiederholt, daß die militärische Besetzung des Ruhrgebiets ein gefährlicher Irrtum und eine Schande ist. Ein Irrtum, weil zur Last der Reparationen noch beträchtliche militärische Lasten hinzutreten werden, wie der Unterhalt und die Lebensmittelversorgung eines außerordentlich dicht bevölkerten Gebiets, ohne daß irgend jemand zu sagen vermöchte, welchen Nutzen dies verspricht. Ein Irrtum auch, weil der Präsident des Ministerrates selbst genötigt war, zu erklären, daß England recht haben könnte, wenn es

meint, daß eine Politik der Pfänder nichts einbringen werde. Diesen Irrtum werden die Arbeiter mit einer zwanzigprozentigen Erhöhung der Steuerleistung zu büßen haben.

Die militärische Besetzung des Ruhrgebiets ist aber auch eine Schande, weil nach Ablauf dieses militärischen Abenteuers zwischen den nach Versöhnung und Frieden dürstenden Völkern nur vermehrter Haß und neue Keime zu Konflikten zurückbleiben werden. Eine Schande, weil das Gesetz des Stärkeren einen Teil des Proletariats eines einzelnen Landes zur Sklaverei verurteilt, indem es die Arbeit zur Kaufware erniedrigt. Der Gewerkschaftsbund, stark durch seine Vergangenheit und stolz darauf, die Frage der Reparationen keinen Augenblick vernachlässigt zu haben, nimmt für das französische Proletariat das Verdienst in Anspruch, für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete friedliche Mittel in Vorschlag gebracht zu haben und stellt diese gewalttätige Außenpolitik und diese Politik der Reaktion im Innern an den Pranger. Er ruft die Arbeiterklasse auf, sich nicht zum Mitschuldigen dieses doppelten Verbrechens machen zu lassen. Er ruft den französischen Arbeitern zu:

Schart euch um den Französischen Gewerkschaftsbund und gebt eurer Entrüstung und eurem Protest Ausdruck gegenüber den ungeheuerlichen Fehlern, die angeblich in eurem Interesse begangen werden! Vergeßt nicht, daß die militärische Besetzung des Ruhrgebiets zu verhängnisvollen Folgen führen und uns in neue blutige Konflikte verwickeln kann!

Kommt in Massen in die Versammlungen, die der Gewerkschaftsbund einberuft, um seine Protestaktion noch zu verstärken!

Fordert, daß die Frage der Reparationen sofort einem Schiedsgericht vorgelegt wird! Wir müssen den Völkerbund anrufen, damit er diesen wirtschaftlichen Streitfall untersucht und die politischen Rivalitäten, den militärischen Ehrgeiz und alle finanziellen und kapitalistischen Intrigen ausschaltet.

Scharen wir uns in dichten Reihen um den Internationalen Gewerkschaftsbund! Trachten wir, die öffentliche Meinung unseres Landes zu beeinflussen, und bereiten wir uns vor, wenn die Stunde es fordert, die Entscheidungen des Haager Weltkongresses in die Tat umzusetzen!

———

Am 14. Januar sind die Spitzenorganisationen der britischen Arbeiterbewegung zu einer Sitzung zusammengetreten und haben folgendes Manifest erlassen:

Der vereinigte Nationalrat des allgemeinen Gewerkschaftsbundes des Exekutivkomitees der Arbeiterpartei und der parlamentarischen Arbeiterfraktion lehnen in der formellsten Weise jede Handlung ab, die als eine direkte oder indirekte Zustimmung zur Politik aufgefaßt werden könnte, die jetzt von der französischen Regierung Deutschland gegenüber getrieben wird. Sie betrachten diese Politik als eine Invasion eines Nachbarstaates in Friedenszeiten, die jeder Berechtigung entbehrt, gleichviel, ob sie unter dem Gesichtspunkt des Versailler Vertrages oder irgendeines sonstigen Grundsatzes des internationalen Rechtes betrachtet wird. Sie erblicken infolgedessen darin eine Kriegshandlung. Diese Invasion stellt einen Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes dar, ebenso einen Angriff auf die Rechte der Arbeiterklassen, die wie bloße Schachbrettfiguren oder Ware behandelt werden. Diese Invasion bedroht ganz Europa nicht nur mit weiterer wirtschaftlicher Zerrüttung, sondern auch mit Wiederaufleben des tatsächlichen Kriegszustandes. Diese Politik geht darauf aus, Deutschland zu verkrüppeln, seinen Kredit zu zerstören, und verhindert automatisch seine Fähigkeit, Reparationszahlungen zu leisten. Diese Politik muß auch dazu führen, entsetzlichste Folgen für die Arbeiterklasse Großbritanniens zu haben, wo die Arbeitslosigkeit und die damit zusammenhängende Not, welche in hohem Maße aus dem Zusammenbruch der Kaufkraft Deutschlands entstanden ist, nunmehr eine Steigerung erfahren wird.

Der Rat begrüßt die kräftige Opposition, die die französischen und belgischen Sozialisten und Gewerkschaftler dieser Überfallspolitik entgegengesetzt haben und fordert von der Regierung: 1) daß sie jede Art von Maßnahmen der Unterstützung oder der Mitwirkung an der gegenwärtigen Aktion unterlasse, wie zum Beispiel die Erlaubnis an französische Truppen, ein Gebiet zu passieren, das von Engländern besetzt ist, oder die Erlaubnis, dieses Gebiet für irgendeine militärische Operation zu benützen; 2) daß sie durch eine eindeutige Erklärung von jeder Helfershelferschaft mit der gegenwärtigen französischen Politik wegrücke; 3) daß sie es ablehne, in irgendeiner Form aus der Aktion der französischen Regierung Nutzen zu ziehen, sei es durch einen Anteil an Barzahlungen, Kohle oder Waren, die als das Ergebnis dieser Aktion erhalten werden könnten; 4) daß sie alle möglichen Maßnahmen ergreife, um die Zurückziehung sämtlicher Okkupationsarmeen zu sichern; 5) daß sie die Regierung der Vereinigten Staaten in ihrem Bestreben unterstütze, den gegenwärtigen Konflikt einer unparteiischen Körperschaft zu unterbreiten; 6) daß sie einen formellen Vorschlag mache, dahingehend, daß sämtliche Reparationsprobleme, mit Einschluß der gegenwärtigen Aktion der französischen Regierung, dem Völkerbund überwiesen werden.

———

Die Exekutivkomitees des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam), der Zweiten Internationale (London) und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (Wien) sind am 26. und 27. Januar 1923 in Amsterdam zusammengetreten, um die durch die militärische Besetzung des Ruhrgebiets geschaffene tragische Lage zu prüfen.

In Übereinstimmung mit den früher in Frankfurt (Februar 1922) und Amsterdam (Juli 1922) angenommenen und vom Weltfriedenskongreß im Haag im Dezember 1922 feierlich bestätigten Resolutionen verurteilen sie auf das entschiedenste die militärische Besetzung des Ruhrgebiets und die Anwendung von Zwangs- und Gewaltmethoden in der Lösung der Reparationsfrage.

Sie konstatieren, daß die Besetzung des Ruhrgebiets — die unter dem Vorwand des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete erfolgt, in Wirklichkeit aber diesen Wiederaufbau nur erschwert und hinausschiebt — nur einen Teil bildet des großen Kampfes der verschiedenen Gruppen der großkapitalistischen Schwerindustrie Deutschlands und Frankreichs um den dauernden Besitz der wichtigsten Kohlen- und Eisenzentren. Die Arbeiterklasse ist heute ebenso wie im Kriege das Opfer dieser kapitalistischen Profitgier, ihr Interesse einzig die Bekämpfung der großkapitalistischen Absichten und die Herbeiführung eines wahren Friedens.

Sie bekräftigen neuerdings ihren Willen, durch Zusammenfassung aller Kräfte und in internationaler Zusammenarbeit aller Völker am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuwirken. Die gerechtfertigten, unbedingt notwendigen und in den Grenzen des Möglichen an Frankreich und Belgien für den Wie-

deraufbau ihrer zerstörten Gebiete zu leistenden Wiedergutmachungen sind ein wichtiges Element dieses Wiederaufbaues.

Sie machen die Arbeiterklasse und die gesamte Öffentlichkeit aufmerksam auf die verheerenden Folgen der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets, auf das unmögliche Regime, dem die friedliche Arbeiterbevölkerung jetzt unterworfen wird, auf die daraus entstehenden ernsten und blutigen Konflikte und endlich auf die Tatsache, daß sie den Keim zu neuen Kriegen in sich bergen.

Sie stellen dieser Politik der Gewalt eine Friedens- und Verständigungspolitik entgegen, die auf dem gemeinsamen Interesse des arbeitenden Volkes beruht.

Sie beschließen:

1. die Propaganda dieser Grundsätze in allen Ländern auf dem Wege der Presse, der Versammlungen und Demonstrationen zu verstärken;

2. den ständigen Austausch genauer und zuverlässiger Informationen über die Lage in den verschiedenen Ländern zu organisieren, um die Bande des gegenseitigen Vertrauens, welche die proletarischen Massen der verschiedenen Länder miteinander verbinden sollen, aufrecht zu erhalten und zu stärken;

3. in allen Parlamenten auf die Regierungen einen Druck auzuüben, um sie dazu zu bringen, daß der Völkerbund angerufen wird, in den vor allem Deutschland mit den gleichen Rechten wie die anderen Nationen aufgenommen werden muß.

Sie lenken die Aufmerksamkeit der Arbeiter speziell auf die wachsenden Kriegsgefahren und fordern sie auf, alle ihre Kräfte einzusetzen, um die offenen und geheimen Pläne des Militarismus und Imperialismus zu vereiteln und so zur Aufrechterhaltung des Friedens beizutragen.

Sie warnen die Arbeiter aller Länder vor der Vergiftung durch die Lügen der bürgerlichen Presse, die ebenso wie im Kriege bereits wieder begonnen hat, in allen Ländern, vor allem aber in Deutschland und Frankreich, die größten Ungeheuerlichkeiten zu verbreiten, um die Völker gegeneinander zu hetzen.

Insbesondere weisen sie auf die Lüge der Regierungen hin, die behaupten, daß sie nur gegen die deutschen Kapitalisten vorgehen, während doch die ersten Opfer ihrer Aktion die deutschen Arbeiter sind, deren gewerkschaftliche und sozialistische Organisationen die Pflicht Deutschlands, im Rahmen des Möglichen Wiedergutmachungen zu leisten, anerkannt haben und auch heute anerkennen und so der Demokratie die sicherste Garantie für die Herbeiführung eines wahren Friedens gaben.

Sie stellen fest, daß die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen von Frankreich und Belgien nachdrücklich und klar in den Parlamenten, in öffentlichen Versammlungen und in der Presse gegen die den Frieden gefährdende Politik ihrer Regierung protestiert und alles getan haben, was angesichts der Spaltung in der Arbeiterbewegung und der jetzigen Macht des siegestrunkenen Kapitalismus möglich ist, um die Massen zu entschiedenerem Auftreten zu veranlassen. Sie erklären, daß es ihre Pflicht ist, diese Bestrebungen mit aller Energie fortzusetzen.

Im Interesse dieser Friedensgarantie, um das Reparationsproblem auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu lösen und einer weiteren Zerrüttung der europäischen Wirtschaft entgegenzuwirken, wird das Weltproletariat, insbesondere aber das französiche und belgische Proletariat aufgefordert, sich für den sofortigen Rückzug aller Okkupationstruppen aus dem Ruhrgebiet einzusetzen, während gleichzeitig die deutsche Arbeiterklasse aufgefordert wird, die deutsche Regierung und die deutschen Kapitalisten zu zwingen, die Deutschland obliegenden Reparationen im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen.

Die Komitees der internationalen Organisationen stellen sich den nationalen Organisationen zur Verfügung, um den Veranstaltungen in den einzelnen Ländern einen internationalen Charakter zu geben.

———

Manifest der Unabhängigen Arbeiterpartei Großbritanniens.

Der Ernst der europäischen Krise macht es allen jenen, die zu ihrer Lösung beitragen wollen, zur Pflicht, der Untätigkeit der englischen Regierungspolitik einen positiven Vorschlag entgegenzustellen.

Zu diesem Zwecke unterbreitet die Unabhängige Arbeiterpartei Englands die folgenden Vorschläge, die nicht besonders im Hinblick auf die Lösung des Ruhrproblems formuliert wurden, sondern vielmehr der Überzeugung entspringen, daß vereinzelte Maßnahmen zur Lösung von Spezialproblemen nichts fruchten können. Es gibt keinen anderen Ausweg für die Völker Europas, die heute gemeinsames Leid eint, als gemeinsames Wirken, aufgebaut auf Gerechtigkeit und ökonomischer Notwendigkeit.

Das wirkliche Ziel der französischen Regierung ist heute klar ersichtlich geworden: es ist die Schaffung einer französischen Rheingrenze und die Zerstückelung Deutschlands aus strategischen Gründen. Das ist dieselbe Politik, die auf der Konferenz von Versailles von Amerika und England entschieden abgelehnt wurde. Trotzdem wird sie jetzt von der britischen Regierung mit wohlwollender Neutralität geduldet.

An den Ereignissen, die zu dieser Katastrophe geführt haben, trägt unser Land ein gehäuftes Maß von Verantwortung. Darum sollte England nur um so eifriger darauf bedacht sein, einen Plan für den Wiederaufbau und für den Frieden auszuarbeiten und vorzuschlagen.

Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands ist der Meinung, daß die gegenwärtige Haltung der britischen Regierung verhängnisvoll ist für den künftigen Frieden und den Wiederaufbau. Um sie von ihrer Untätigkeit abzubringen, fordert die Unabhängige Arbeiterpartei von der Führung der englischen Politik mit aller Energie:

1. Es ist offiziell zu erklären, daß sie das Verhalten der französischen Regierung bei der Besetzung des Ruhrgebiets als einen Bruch des Völkerrechts betrachtet, daß sie jeder Verschiebung der deutschen Grenzen durch die isolierte Aktion Frankreichs seit dem Versailler Vertrag die Anerkennung versagt und die Zurückziehung der alliierten Truppen aus dem Rheinland als einen Teil der Gesamtlösung des Problems fordert.

2. Es ist auf jeden Anspruch auf einen Anteil an den Wiedergutmachungen zu verzichten und einer allgemeinen Lösung im Sinne der vollständigen oder teilweisen Streichung der Schuld der Alliierten zuzustimmen.

Es ist der Vorschlag zu machen, daß Frankreich unter den gegenwärtigen Umständen alle Ansprüche zurückziehe, die nicht nur das Waffenstillstandsübereinkommen sichergestellt sind, und seine Forderung auf eine Summe beschränke, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ausreicht. Die Höhe dieser Summe ist durch eine unparteiische Instanz festzusetzen.

Die Beiteiligung an einer internationalen Anleihe in dem für Frankreich notwendigen Ausmaß hat stattzufinden.

3. Es ist praktisch der Beweis zu erbringen, daß sie das Ihre beitragen will, die Lösung des gesamteuropäischen Problems herbeizuführen, indem sie

a) die russische Regierung endgültig anerkennt;

b) ihre Zustimmung gibt, die Frage Mossuls und des Mandats über Mesopotamien und die Petroleumgruben der neuen Weltkonferenz zu unterbreiten;

c) ihre Zustimmung gibt, daß Deutschland Handels- und Transitzölle im Verkehr mit allen zivilisierten Staaten, die sich im Friedenszustand befinden, zugebilligt werden.

4. Es sind diese Vorschläge in der ganzen Welt zur allgemeinen Kenntnis zu bringen und so die Wege für die Einberufung einer Weltkonferenz zu ebnen, die, wenn möglich, gemeinsam mit dem Völkerbund wirken soll. Diese Konferenz muß aber alle Völker umfassen, denn nur auf diese Weise können die europäischen Probleme auf ihren sachlichen Gehalt geprüft und nicht als Kriegsfolgen zwischen Siegern und Besiegten behandelt werden.

Diese Konferenz soll das unbrauchbare und unmoralische Dokument, das als Friedensvertrag von Versailles bezeichnet wird, durch einen neuen Vertrag ersetzen.

5. Es ist klarzustellen, daß die Abschaffung der Übel, an denen die Welt jetzt krankt, nur erreicht werden kann, wenn der Völkerbund aufhört ein bloßer Deckmantel für die Verfügungen der Siegermächte zu sein, wenn er ein Bund aller Völker wird, der auf neuer demokratischer Grundlage, die die Weltkonferenz vorberaten muß, aufgebaut wird.

Ein solcher Völkerbund ist nach unserer Meinung ein wirksames Mittel, Frankreich und Deutschland vor Angriffen zu sichern.

6. Es ist festzustellen, daß, wenn der Neuaufbau des Völkerbundes Tatsache geworden ist, auch die Abrüstung möglich wird. Zu diesem Zwecke müßte England die Iniative ergreifen und den anderen Völkern einen ganz konkreten Vorschlag über sofortige und allgemeine Abrüstung auf gegenseitiger Verständigung unterbreiten.

Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands ist der Überzeugung, daß nur durch einen derartigen umfassenden Plan Europa der Katastrophe entgehen kann, die es jetzt zu vernichten droht.

London, 10. Februar 1923.

Der Parteivorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands.

———

Zum Schluß der Text eines Plakats, das in großer Anzahl in Berlin angeschlagen war:

Volksgenossen!

Die berechtigte Empörung über den neuen Gewaltakt der französischen Militär- und Kapitalherrschaft wird von dunklen, beschränkten oder gewissenlosen Hetzern ausgenutzt, um Euch zu Abenteuern kriegerischer Art zu begeistern. Die Aufstachelung chauvinistischer Leidenschaften ist bereits in bedenklichem Maße gelungen.

In dieser Stunde rufen wir Euch zu:

Behaltet klare Köpfe!

Denkt ihr etwa einen Krieg zu führen?

Wie solltet Ihr einen Krieg führen? Deutschland hat kein Geld, keine Großkampfwaffen, dafür Millionen hungernder Opfer aus dem noch nicht einmal beendeten Weltkriege.

Wo würde dieser Krieg geführt werden? Auf deutschem Boden! Von Westen und Osten würden die fremden Truppen eindringen und unser Land verwüsten, selbst in einem schließlich für Deutschland siegreichen Kriege.

Was wäre das Ergebnis? Neues Blut, neue Tränen würden fließen. Den Ruhrschächten würde das Schicksal der nordfranzösischen Gruben bereitet werden. Der Ruin der deutschen Wirtschaft und der Untergang Europas wären damit besiegelt. Triumphieren würden allein die internationale Reaktion und der internationale Kapitalismus, die am Weltkrieg wie an aller Not unserer Tage die Hauptschuld tragen.

Das, nur das ist die nüchterne Wahrheit!

Hört auch nicht auf das Geflüster von der Hilfe durch russische Waffen. Man belügt Euch damit, wie man Euch fünf entsetzliche Kriegsjahre lang belogen hat. Lehnt auch eine „Einheitsfront" mit den Kriegsmachern aller Art ab!

Tretet jedem Hetzer entschieden entgegen!

Die kleinste Torheit kann uns heute vor aller Welt ins Unrecht setzen!

Aktionsausschuß Nie wieder Krieg. — Deutsches Friedenskartell. — Freie Arbeiter-Union Deutschlands (und 16 angeschlossene Verbände).

LITERATUR UND PRESSE.

Bericht von Dr. Hans Wehberg.

Georg Fr. Nicolai, Aufruf an die Europäer, Gesammelte Aufsätze zum Wiederaufbau Europas, herausgegeben und eingeleitet von Dr. Hans Wehberg, Wien 1923, Verlag der Graphischen Werkstätte, 287 S.

Nicolai, der jetzt als Professor der Medizin an der argentinischen Universität Cordoba wirkt, hat während und nach dem Kriege eine Reihe von bedeutsamen Aufsätzen über die Grundlagen deutscher Politik, über die Friedensfrage, über Wilhelm II., über die Schuldfrage usw. veröffentlicht, die zum Teil schwer zugänglich sind. Das ist umso mehr zu bedauern, als seine Gegner gerade auf diese, zum Teil in neutralen Zeitungen erschienenen Aufsätze ihre Anklagen aufbauen. Eine Sammlung der zahlreichen Kriegsaufsätze Nicolais erschien daher schon aus diesem Grunde eine Notwendigkeit. Sie liegt jetzt endlich vor. In einer ausführlichen Einleitung habe ich die Bedeutung Nicolais als Kämpfer des Pazifismus darzulegen versucht. Am Schlusse des Buches sind das Manifest und die Rede Nicolais auf der Kasseler Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft von 1919 sowie sein Aufsatz über „Reaktion und Universität" zum Abdruck gelangt. Wer Nicolais großes Werk „Die Biologie des Krieges" und die Feinheit seiner Darstellung kennt, wird auch an diesen Aufsätzen seine Freude haben.

Grotius, Annuaire international pour 1921—22, La Haye, M. Nijhoff, 308 S.

Der vorliegende 8. Band zeigt uns die rühmlichst bekannte Sammlung, an der führende Völkerrechtslehrer Hollands mitarbeiten, wiederum auf ihrer vollen wissenschaftlichen Höhe. Die Anlage des Werkes ist so, daß die Probleme speziell vom holländischen Standpunkte aus betrachtet werden; daher werden die internationalen Bureaus, die in Holland ihren Sitz haben, die in Holland erschienenen völkerrechtlichen Publikationen, die auf holländische Schiffe bezüglichen Prisenurteile registriert. Das führt dazu, daß in diesem zwar territorial kleinen, aber geistig umfassenden Rah-

men eine große Vollständigkeit erreicht wird. Der vorliegende Band enthält u. a. das gesamte Material über die Frage „Holland und der Völkerbund": die Regierungserklärungen, die parlamentarischen Verhandlungen über das Verhältnis Hollands zum Völkerbund werden authentisch wiedergegeben. Weiter interessiert besonders ein Aufsatz des Direktors der Rechtsabteilung des Völkerbundes van Hamel über die Rolle der kleinen Staaten in dem Konzert der Großmächte sowie eine die früheren Berichte fortsetzende Übersicht van Eysingas über die internationalen Ereignisse im Berichtsjahre. Ein gutes Bild des holländischen Außenministers van Karnebeek, des bedeutenden Präsidenten der zweiten Völkerbundversammlung, ist dem Buche mit einer Biographie aus der Feder Loders vorangestellt.

Strupp, Karl, Grundzüge des positiven Völkerrechts, Bonn 1922, Ludwig Röhrscheid, 2. Aufl., VII u. 259 S.

Jedem Pazifisten, der sich über Völkerrecht orientieren will, kann das vorliegende Werk warm empfohlen werden, da es das einzige, auf den Stand der neuesten Ereignisse gebrachte, einigermaßen ausführliche deutsche Lehrbuch des Völkerrechts darstellt. Das Werk Liszts ist heute bereits veraltet. Strupp hat die Ereignisse seit Kriegsausbruch in vorzüglicher Weise in sein System hineingearbeitet. Er hat gerade die Fragen des Kriegsvorbeugungsrechts, z. B. der Schiedsgerichtsbarkeit, der Abrüstung, des Völkerbundes, eingehend behandelt. Finden wir doch einen besonderen Abschnitt über den deutsch-schweizerischen Schiedsvertrag und ein besonderes Kapitel über die Washingtoner Abrüstungskonferenz. Sehr gut ist auch die historische Einleitung.

Andrew Carnegie, Geschichte meines Lebens, Leipzig 1922, K. F. Koehler, 2. Aufl., 228 S.

Carnegies Leben ist schon vom allgemein menschlichen Standpunkte aus betrachtet überaus fesselnd. Besonders aber ist es für jeden Pazifisten von Interesse, näheres über seine Entwicklung zu erfahren. Hat er doch viele Jahrzehnte im Dienste der Friedensbewegung gestanden und ihr die größte Stiftung gewidmet, die wir besitzen. Freilich sind die Beziehungen Carnegies zur Friedensbewegung auf S. 190—193 seiner Lebensgeschichte ein wenig kurz und auch unvollkommen dargestellt. Das liegt aber zum Teil daran, daß dieser Teil der Memoiren zwischen der ersten und zweiten Friedenskonferenz geschrieben wurde und Carnegie damals das Wertvollste für die Bewegung noch nicht vollbracht hatte. Carnegie hat bereits 1889—90 an der ersten panamerikanischen Konferenz teilgenommen und hat seitdem immer wieder nicht nur Geld für die Sache gegeben, sondern ist auch in Wort und Schrift für den Pazifismus eingetreten. Fried hat einzelne seiner pazifistischen Reden ins Deutsche übersetzt. Das vorliegende Werk, in dem sich übrigens Carnegie auch über Wilhelm II. ausspricht, ist wahrlich interessanter zu lesen als die Erinnerungen Wilhelm II. und mancher seiner Paladine.

James Brown Scott, Cases on International Law principally selected from decisions of English and American Courts, St. Paul 1922, West Publishing Company, XXXVI u. 1196 S.

Die Kenntnis der Entscheidungen nationaler Gerichtshöfe über völkerrechtliche Fragen ist von unendlicher Wichtigkeit, weil sich aus ihnen die Auffassungen der einzelnen Nationen über internationale Rechtsfragen klar ergeben und weil man erst aus ihrer Kenntnis heraus zu einer wahren Internationalisierung des Völkerrechts gelangen kann. Das vorliegende Buch des bekannten amerikanischen Vorkämpfers eines ständigen internationalen Gerichtshofes und des Verfassers zahlreicher völkerrechtlicher Werke will an der Hand von über 600 britischen und amerikanischen Gerichtsentscheidungen das gesamte Völkerrecht zur Darstellung bringen. Daß dabei ungefähr die Hälfte des Buches das Kriegsrecht betrifft, ist ganz natürlich. Denn gerade auf diesem Gebiete (man denke an die Tätigkeit der Prisengerichte) sind Entscheidungen nationaler Gerichte besonders zahlreich gewesen. Fragen des Wirtschaftskrieges, namentlich auch aus der Zeit des Weltkrieges, sind gleichfalls stark behandelt, und in dieser Hinsicht wird das Werk besonders den Praktikern große Dienste leisten. Andererseits mußten gerade die Behandlung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit bei dieser Art der Darstellung zurücktreten, da sich die nationalen Gerichte mit diesem Problem kaum befaßt haben. Es ist charakteristisch dafür, wie umfassend die Rechtsprechung britischer und amerikanischer Gerichte über völkerrechtliche Fragen ist, daß es überhaupt möglich war, diese Entscheidungen in einer Weise zu ordnen, daß sie insgesamt beinahe ein Lehrbuch des Völkerrechts darstellen. Allerdings muß gesagt werden, daß sich Brown Scott große Mühe gegeben hat, die vorhandenen Urteile über bedeutsame Fragen möglichst erschöpfend zu bringen. Alle wichtigen Entscheidungen, die in den Lehrbüchern nur teilweise und gelegentlich lückenhaft wiedergegeben sind, kann man hier im Wortlaut einsehen. Als ich kürzlich über den bekannten „Francisca-Fall" aus dem Krimkriege schreiben wollte, habe ich nach langem Suchen erst bei Scott die zweiinstanzliche Entscheidung gefunden.

Bei schwierigen Fällen hat Scott außer dem Urteil auch den Tatbestand wiedergegeben. Durch Weglassung unwesentlicher Ausführungen ist das wirklich Bedeutsame jeder Entscheidung in den Vordergrund gestellt. Anmerkungen verweisen, ohne aufdringlich zu sein, auf wichtige Literatur oder analoge Fälle. Ein sehr ausführliches Verzeichnis der Fälle und der behandelten Materien erleichtert die Benutzung des Werkes.

In dem Vorworte spricht sich Scott über die Stellung des Völkerrechts im amerikanischem Rechtssystem aus. Er vertritt weiter die durchaus richtige Meinung, daß der Zeit der Mißachtung des Völkerrechts, wie wir sie in dem Weltkriege erlebt haben, ein Zeitalter des Aufschwungs folgen werde. Er erinnert dabei an ein 1889 gesprochenes Wort des britischen Völkerrechtlers Hall, das wirklich unter den heutigen Umständen als prophetisch erscheint. Er spricht die Hoffnung aus, daß auch in anderen Ländern solche Sammlungen herausgegeben werden, damit die Welt weiß, wie z. B. deutsche, französische und italienische Gerichte das Völkerrecht aufgefaßt haben.

Scotts Werk kann als das beste Quellenwerk dieser Art, bis auf die neuesten Entscheidungen ergänzt, bezeichnet werden. Es ist dazu bestimmt, dem Völkerrecht wertvolle Dienste zu leisten und namentlich seiner Internationalisierung vorzuarbeiten.

Barbusse, Henri, Ein Mitkämpfer spricht, Basel 1922, Rheinverlag, 298 S. (Aufsätze und Reden des bekannten Pazifisten aus den Jahren 1917—1921).

Bernstein, Eduard, Die deutsche Revolution, Berlin-Fichtenau 1921, Verlag für Gesellschaft und Erziehung, 198 S.

Besetzungswahnsinn am deutschen Rhein, Berlin 1922, H. R. Engelmann, 55 S.

Bosmans-Visser, Répertoire des traités et des engagements internationaux du XX. siècle concernant les Pays-Bas. La Haye 1921, Nijhoff, 308 Seiten. (Ein grundlegendes Nachschlagewerk über die holländischen Staatsverträge usw. des 20. Jahrhunderts).

Croll, Deutschland und der Friedensvertrag in Wort, Bild und Zahl, Berlin 1922, Verlag der Kulturliga, 64 S. (Das einzige wirkliche Volksbuch über den Versailler Friedensvertrag besitzen wir in Stillich, Katechismus des Friedensvertrages für Jugend und Volk, Ludwigsburg, Friede durch Recht 1922. 184 S.).

Drahn-Leonhardt, Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland, während des Weltkrieges, Berlin-Fichtenau 1920, Verlag für Gesellschaft und Erziehung, 200 S. (Literatur, die sich auf Propagierung pazifistischer Ideen, Friedensvorschläge usw. bezieht, habe ich in diesem interessanten Werke nicht gefunden).

Eisler, F. Müller-Lyer als Soziolog und Kulturphilosoph, München 1923, A. Langen, 188 S.

Foerster, F. W., Angewandte politische Ethik, Anmerkungen zum Verständnis der gegenwärtigen Weltlage, erste Sammlung, Ludwigsburg 1922, Friede durch Recht, 180 S. (Eine Sammlung der in der „Menschheit" erschienenen Aufsätze Försters, mit einem Namenregister versehen. Außerordentlich bedeutsam für jeden, der Foersters Ideen und die Möglichkeiten des geistigen Wiederaufstiegs Deutschlands kennen lernen will).

Le Fur, Races, Nationalités, Etats, Paris 1922, Felix Alcan, 156 S.

Grothe, Hugo, Staaten und Völker nach dem Weltkrieg, Heidelberg 1922, W. Ehrig, 278 S. (Ein auf politisch-geographischer Grundlage bearbeitetes Nachschlagewerk ersten Ranges, das die Fragen des Grenz- und Auslandsdeutschtums besonders berücksichtigt. Über alle Staaten und Völker der Welt wird neuestes Material geboten).

Gümbel, Vier Jahre politischer Mord, Berlin-Fichtenau 1922, Verlag der Neuen Gesellschaft, 149 S.

Isay, Ernst. Der Begriff der „außerordentlichen Maßnahmen" im Friedensvertrage von Versailles, Bonn 1922, Marcus & Weber, 36 S.

Kanner, Ist Wilhelm II. strafbar? Die internationale Verantwortlichkeit der Staatsoberhäupter in Kriegszeiten, Ludwigsburg 1923, Friede durch Recht, 12 S.

Lavergne, Le Principe des nationalités et les guerres, Son application au problème colonial, Paris 1921, Felix Alcan, 211 S.

Ludwig, Der rechtliche Schutz der Auslandsschweizer, Zürich 1922, Rascher & Cie., 26 S.

Lukacs, Fort mit den Friedensverträgen, Berlin 1922, H. R. Engelmann, 125 S. (Eine durch ihre Maßlosigkeit wirkungslose Tendenzschrift, die nach einander die Wirkungen des Versailler Vertrages und der anderen Friedensverträge für die betreffenden Länder und die Welt darzulegen sich bemüht. Viel lesenswerter und packender ist das Werk eines anderen Ungarn: Hatvany, Das verwundete Land, Leipzig und Wien 1921, E. P. Tal & Cie., 500 S.).

Morel, Das Gift, das zerstört. Die Mär von dem deutschen Kriegsanschlag, Frankfurt a. Main 1922. Frankfurter Sozietätsdruckerei, 80 S. (Sehr instruktiv für die Kenntnis der Auffassung Morels).

Nitti, Der Niedergang Europas. Die Wege zum Wiederaufbau, Frankfurt a. Main, 1923, Frankfurter Sozietätsdruckerei, 311 S.

Oncken, Die historische Rheinpolitik der Franzosen, Gotha 1922, F. A. Perthes, 60 S.

Partsch-Triepel, Abhandlungen zum Friedensvertrage, Berlin 1923, Fr. Vahlen, 3. Heft Studien zum Ausgleichs- und Liquidationsrecht, 127 S.; 4. Heft, Rabel, Rechtsvergleichung vor den gemischten Schiedsgerichtshöfen, 112 S.

Ralston, Jackson H., Democracy's International Law, Washington 1922, John Byrne & Co., 165 S.

Russell, Bertr., Politische Ideale, übersetzt und eingeleitet von Gumbel, Berlin 1922, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, 201 S. (Eines der besten pazifistischen Bücher der Nachkriegszeit, das sich besonders mit der Frage des Verteidigungskrieges und der Dienstverweigerung befaßt. Russell wurde bekanntlich während des Krieges wegen Vertretung seiner Ideen von den britischen Behörden ins Gefängnis gesteckt).

Schneidewin, Rheinische Besatzungsnot, Potsdam, Rheinischer Beobachter, 43 S.

Scobell, Armstrong, Britische Gesetzgebung im Kriege und zum Friedensvertrag 1914—1921, Berlin 1922, Verlag für Politik und Wirtschaft, 180 S. (Gekürzter Auszug aus dem bekannten englischen Werke).

Seibt, Deutschlands kranke Wirtschaft und ihre Wiederherstellung, Bonn 1923, Marcus & Weber, 76 S.

H. Vogels u. W. Vogels, Das Rheinlandabkommen sowie die Verordnungen der Hohen Kommission in Koblenz, 2 Bände, Bonn 1920 u. 1921, Marcus & Weber, 144 und 246 S. (Anläßlich der Ruhrbesetzung sehr instruktiv).

v. Wrochem, Die Kolonisation der Rheinlande durch Frankreich, Berlin 1922, H. R. Engelmann, 114 S.

Das Recht der deutschen Grenzgebiete, herausgegeben von Bruno Weil, Berlin 1922, Verlag für Politik und Wirtschaft.

I. Purper, Das Verdrängungsschädengesetz, 80 S.
II. Weil, Die Einführung der französischen Währung in Elsaß-Lothringen, 87 S.
III. Haase, Das Recht der polnischen Valuta, 128 Seiten.
IV. Goldschmidt, Die Steuerpflicht der Deutschen in Polen, 196 S.
V. Rukser, Staatsangehörigkeit und Minoritätenschutz in Oberschlesien, 136 S.

Die von Preußen abgetretenen Gebiete, bearbeitet in der Plankammer des preußischen Statistischen Amts, Berlin 1922, Preußisches Statistisches Landesamt, 331 S.

Wehberg, Hans, Die Führer der deutschen Friedensbewegung (1890 bis 1923), Leipzig 1923, Ernst Oldenbourg, 79 S. (Enthält Biographien von 22 deutschen Pazifisten, u. a. von Quidde, v. Gerlach, Foerster, Helene Stöcker, Nicolai, Graf Keßler, Schücking usw.).

International Conciliation, American Association for International Conciliation, New-York City, 407 West 117 th Street. (Diese Sammlung wird Interessenten auf Wunsch von Amerika gratis übersandt).

Okt. 1922 (Nr. 179): The Constitution of the Czecho-Slovak Republic.
Nov. 1922 (Nr. 180): Shotwell, a short history of the question of Constantinople and the straits.
Dez. 1922 (Nr. 181): The allied debts, (enthält auf über 100 Seiten sechs wertvolle Monographien und eine graphische Darstellung über die interalliierten Schulden).
Jan. 1923 (Nr. 182): Documents regarding the European economic situation.
Febr. 1923 (Nr. 183): America and the international Problem; Curtis, a criterion of values in international affairs etc.

Zeitschrift für Völkerrecht, XII/3, Breslau 1922.

(Enthält eine Fülle wertvoller Aufsätze über die gemischten Schiedsgerichtshöfe und deren Rechtsprechung, über die Auslieferung der Mörder Datos, zahlreiche Bücherbesprechungen usw.).

Deutsche Juristenzeitung. Heft 1—6 1923.

Zitelmann, Die Gültigkeit des Versailler Vertrages. (Im Novemberheft 1922 derselben Zeitschrift haben bereits Gjelsvik und v. Kirchenheim dasselbe Problem behandelt. Alle drei Aufsätze erklären den Friedensvertrag entweder für ungültig oder doch für anfechtbar. Wir möchten betonen, daß uns die Art, wie dieses bedeutsame Problem hier angefaßt wird, keineswegs unbedenklich erscheint). Außerdem Beiträge zur Frage der Ruhrbesetzung von Partsch, de Louter und Grimm.

Advocate of Peace, Washington.

Dez. 1922: The Central American Conference (S. 413—418), George A. Finch, The Revision of the Reparations Clauses of the Treaty of Versailles und the cancellation of interallied indebtedness (S. 418—426).

Jan. 1923: Senator Borah, Can we help Europe? (S. 14, 15). Fess, Our relations to the old world (S. 15—18). Nic. Murray Butler, toward higher ground (S. 18—21). Prof. Hudson, The permanent court of international justice (S. 22—30).

Febr. 1923: Senator Wharton Pepper, Some aspects of the international situation; Starr Jordan, Reflections on my visit to Japan; The Ruhr struggle; The failure at Lausanne; Results of the Central American Conference.

Bulletin Interparlementaire, Genève II/6, Nov./Dez. 1922, III/1, Jan./Févr. 1923.

Congrès international de la Paix à la Haye (S. 118—122); Nouvelles des Groupes de l'Union (S. 123—127).

Conférence Interparlementaire de 1923 (S. 1—2); Rapport du Secrétaire général au Conseil pour l'année 1922 (S. 3—25).

Revue de Droit international et de législation comparée, troisième série, tome III, 1922, Gand, 84 Coupure.

S. 125—148: Hammarskjöld, Le règlement de la Cour Permanente de Justice internationale; S. 171 bis 194, 336—364: Henri A. Rolin, L'oeuvre de révision du Pacte de la Société des Nations accomplie par la deuxième Assemblée; S. 195—202: Castberg, La Competénce de la Société des Nations concernant le règlement des différends internationaux.

S. 463—479: de Visscher, Le litige colombo—vénézuélien et la sentence arbitrale du Conseil fédéral suisse.

Le Mouvement Pacifiste, Berne, Décembre 1922, Janvier/Février 1923.

Congrès international de la Paix, La Haye (S. 145—150); Occupation de la Ruhr (S. 3—11).

La Paix par le Droit, Nimes, Décembre 1922.

Paul Campargue, La jeune Allemagne (S. 481—494); Roger Picard, La Crise des Réparations S. 495—500); Ruyssen, Les Réparations (S. 501—503); D., Ceux qui veulent la rive gauche du Rhin et ceux qui ne la veulent pas (S. 507—512).

La Société des Nations, Revue mensuelle documentaire, Berne IV, Nov./Déc. 1922.

Enthält u. a. Dokumente über die schweizerischen parlamentarischen Verhandlungen der letzten Zeit betr. den Völkerbund sowie den authentischen Wortlaut der Beschlüsse der letzten pazifistischen Kongresse.

Les Cahiers des droits de l'Homme, Bulletin de la Ligue des Droits de l'homme, Paris, 10. und 25. Janvier 1923.

Général Sarrail, L'occupation de la Ruhr (S. 3—5); Roger Picard, Les „Gages Productifs" (S. 6—8); Fernand Gouttenoire de Toury, la Mobilisation Russe (S. 33—37).

Der Pazifist, III, Januar und Februar 1923, Haagen (Bergstr. 24); Organ der Friedensbewegung Westdeutschlands. Internationaler Friedenskongress im Haag; Generalleutnant a. D. v. Kabisch, Kann ein Realpolitiker Pazifist sein? Eberhard, Von wahren und falschen Propheten; Wagner-Roemmig, Patriotismus und Seelenverkalkung; v. Schoenaich, Drei Fragen an den Exponenten der Schwerindustrie, Generalleutnant a. D. Keim usw.

Die Menschheit, Nr. 1—12, Ludwigsburg, Verlag Friede durch Recht. Es ist unmöglich, alle interessanten Beiträge dieser wertvollen pazifistischen Wochenschrift zu registrieren. Schon die „Streiflichter zur gegenwärtigen Lage" von Fr. W. Foerster, die in jeder Nummer erscheinen, sind überaus bemerkenswert. Jeder Pazifist sollte diese Zeitschrift lesen. Diesmal weisen wir besonders auf die Streiflichter Foersters zur Ruhrfrage in Nr. 5—7 hin.

Tretet ein

in die

Deutsche Liga für Menschenrechte

(vormals Bund Neues Vaterland)

Vorstand: Hellmut von Gerlach, Alfons Horten, Harry Graf Kessler, Dr. Helene Stöcker, Heinrich Ströbel. — — — Sekretär: Otto Lehmann-Russbüldt.

Für Völkerversöhnung! Kampf für Menschenrechte in Wirtschaft und Justiz!

Nächste Ziele: Revision des Fechenbachurteils!

Für Verständigung zwischen dem deutschen und französischen Volke!

Anmeldungen im Sekretariat der Liga, Berlin W 62, Kurfürstenstr. 125.

Für die Redaktion verantwortl.: Rudolf Goldscheid in Wien, für den Anzeigenteil J. Klebinder, Berlin. — Druck von Gustav Feller, Neubrandenburg.

Einzelpreis Mk. 2000,—

XXIII. Jahrgang | Juni 1923 | Heft 6

341.605
FR
v. 23⁶

DIE FRIEDENS-WARTE

Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation

Begründet von Alfred H. Fried

Herausgegeben in Gemeinschaft mit

Ludwig Quidde, Walther Schücking, Hans Wehberg

und

Friedrich Hertz

von

RUDOLF GOLDSCHEID

Mit Beiträgen von:

Georg Bernhard / Eduard Bernstein / Graf Bernstorff / Lujo Brentano / Eduard David / v. Deimling / Albert Einstein / Franz Carl Endres / H. v. Gerlach / Wilhelm Heile / Wilhelm Kaufmann / Christian Meurer / John Mez / Hermann Müller / Carl v. Ossietzky / Hugo Preuss / G. Radbruch / Martin Rade / Romain Rolland / v. Schoenaich / Walther Schücking / G. v. Schulze-Gaevernitz / Hans Simons / Paul Szende / Hans Wehberg

C. A. SCHWETSCHKE & SOHN
BERLIN W 30

VERLAGSBUCHHANDLUNG
GEGRÜNDET 1729

Die Friedens-Warte

erscheint im allgemeinen monatlich. Bezugspreis für Deutschland und Österreich vierteljährlich 3000 Mark. Für das Ausland ganzjährig 12 Schweizer Franken. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten sowie der unterzeichnete Verlag entgegen.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Sendungen für die *REDAKTION* sind zu richten an:
RUDOLF GOLDSCHEID, Wien III, Jaquingasse 45.

Unverlangten Manuskriptsendungen ist stets ein frankiertes, mit Adresse des Absenders versehenes Couvert beizufügen, Anfragen eine frankierte Postkarte.

C. A. Schwetschke & Sohn / Verlag / Berlin W 30
Freisingerstraße 5a. *Postscheckkonto Berlin 39432.*

Inhaltsverzeichnis:

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Umfrage, eingeleitet von **Dr. Hans Wehberg.** Mit Beiträgen von: **Abg. Eduard Bernstein, Georg Bernhard, Botschafter a. D. Graf Bernstorff, Geheimrat Prof. Lujo Brentano, Minister a. D. Abg. Eduard David, General v. Deimling, Abg. Wilhelm Heile, Geheimrat Prof. Wilhelm Kaufmann, Geheimrat Prof. Chr. Meurer, Reichskanzler a. D. Abg. Hermann Müller, Minister a. D. Prof. Hugo Preuss, Minister a. D. Prof. G. Radbruch, Prof. Martin Rade, General v. Schoenaich, Abg. Prof. Walther Schücking, Geheimrat Prof. G. v. Schulze-Gävernitz. Prof. Dr. Albert Einstein,** Zu meinem Austritt aus der Völkerbundkommission für intellektuelle Zusammenarbeit. **Minister a. D. Dr. Paul Szende,** Völkerbund ohne Demokratie. **Regierungsrat Dr. Hans Simons,** Die Garantie- und Abrüstungsvorschläge Lord Robert Cecils. **Rudolf Goldscheid,** Die neue Internationale. **H. v. Gerlach,** Das Deutschland von heute. **Rudolf Goldscheid,** Errichtet Lehrstühle für Friedenswissenschaft! **Romain Rolland,** Mahatma Gandhi. **R. G.,** Politische Glossen. Ein Briefwechsel zwischen französischen und deutschen Pazifisten. Rußland und der Völkerbund. **Major a. D. Franz Carl Endres,** Das Orientproblem. **C. v. Ossietzky,** Nie wieder Krieg. **Aus der Zeit** (Amerika und der ständige internationale Gerichtshof - Eine holländische Kundgebung zu Lord Robert Cecils Garantieplan - Ein holländisches Gesetz betr. Kriegsdienstverweigerung - Der Mißerfolg des fünften panamerikanischen Kongresses in Santiago Chile - Vorbereitung einer großen Campagne für die Friedensbewegung in England - Der Kampf gegen den Bloc National - Die französische Liga für Menschenrechte zu den Kriegsgerichtsurteilen von Werden - Der X. französische Friedenskongreß - Löbe und Nansen zum Völkerbund - Der Krieg der Pazifisten - Der Geist in der Berliner Studentenschaft - Eine internationale Studentenvereinigung für den Völkerbund - Internationale Tagungen). **Dokumente der Friedensbewegung** (Resolutionen des 10. französischen Friedenskongresses in Paris, des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg etc. etc)

Selbstanzeige von Dr. Hans Wehberg.

Abgeschlossen am 12. Juni 1923.

Die Redaktion der **„Friedens-Warte“** bittet dringend um **regelmäßige Zusendung von Zeitschriften und Büchern pazifistischen oder verwandten Inhalts des In- und Auslandes,** zwecks Verwertung resp. Bekanntgabe in ihrem Literatur- und Pressebericht.

Heft 7 und 8 werden als Doppelnummer zusammengefaßt Ende Juli oder Anfang August erscheinen und u. A. Aufsätze über die **„Völkerbundarmee“** von General a. D. Serrail, General v. Schoenaich, General a. D. v. Deimling und Major a. D. Franz Carl Endres enthalten.

Im Herbst kommen zugleich die ersten vier Nummern der **„Beihefte zur Friedens-Warte“** heraus. Abonnenten der „Friedens-Warte“ erhalten diese zu einem wesentlich ermäßigten Preis. Inhalt:

Heft 1: **Alf. H. Fried, Jugenderinnerungen.**
Heft 2: **G. F. Nicolai, Deutsche Nation und deutsche Kultur.**
Heft 3: **Rudolf Goldscheid, Das Verhältnis der äußeren Politik zur inneren.** (Neuauflage dieser schon Anfang September 1914 erschienenen, während des Krieges in Deutschland verbotenen Schrift.)
Heft 4: **Otto F. Goltz, Quo vadis Europa?**

Bestellungen nimmt der Verlag C. A. Schwetschke & Sohn bereits jetzt entgegen.

Der Postvertrieb der „Friedens-Warte“ erfolgt von Neubrandenburg aus.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Von Dr. Hans Wehberg.

Seit der Weltkrieg Europa aufs schwerste erschüttert hat, ist bei allen wahrhaften Europäern der Glaube immer stärker geworden, daß nur die Zusammenarbeit der Völker innerhalb eines großen Bundes die Rettung bringen kann. Wilsons Entschlossenheit brachte 1919 inmitten einer noch von militaristischen Auffassungen beherrschten Friedenskonferenz die Grundlagen einer solchen Staatenorganisation zu Stande. Diesen Bund trotz aller Fehler und Schwächen fortzuentwickeln und zu einem großen instrumentum pacis zu gestalten, ist seitdem die Hoffnung der Mehrzahl der pazifistisch gesinnten Kreise der ganzen Welt. Sie alle sind unablässig bemüht, die Friedens- und Arbeitsorganisation des bestehenden Völkerbundes auszubauen, ihn demokratischer und universeller zu gestalten.

Amerika, Rußland und Deutschland gehören von den Großmächten diesem Bunde noch nicht an. Rußland betrachtet jeden Bund der kapitalistischen Regierungen als eine bürgerliche Ideologie. Amerikas Opposition richtet sich in der Hauptsache gegen die zu straffe Organisation des Bundes sowie die allzu weitgehenden Bindungen einer Bundesexekution und einer Gebietsgarantie, obwohl hierin die Fundamente jedes wahren Völkerbundes erblickt werden müssen. Amerika wünscht in seiner Mehrheit vorläufig lediglich den Ausbau des Haager Werkes.

Da der Völkerbund gegen keinen einzigen Staat gerichtet ist, so kann die Zurückhaltung Deutschlands gegenüber dem Bunde gewiß nicht damit begründet werden, daß ihm Amerika und Rußland noch nicht angehören. Grundsätzliche Erwägungen, die mit der heutigen Weltlage nur sehr bedingt etwas zu tun haben, halten jene Mächte von dem Völkerbunde fern. Deutschland kann sich weder mit der russischen Ideologie einer Welträterepublik identifizieren, noch, da es sich schon in Versailles zum Völkerbunde bekannt und viel weiter gehende Richtlinien für einen solchen aufgestellt hat, sich mit den amerikanischen Bedenken einverstanden erklären.

Deutschland, das nie so einsam in der Welt dastand wie heute, muß vielmehr seinen eigenen Weg gehen. Es muß sich klar darüber werden, daß einer der tiefsten Gründe der Revolution von 1918 in einer Reaktion gegen die militaristische Politik des Kaiserlichen Deutschland lag und daß die Folgen dieser Politik des alten Deutschland nur überwunden werden können durch eine wahrhaft pazifistische Politik, die sich in der ganzen Welt Anerkennung erringt. Dazu aber ist in erster Linie eine Mitarbeit Deutschlands am Völkerbunde, eine tatkräftige deutsche Völkerbundpolitik erforderlich.

Ein wie starkes Bekenntnis haben wir noch 1919 zum Völkerbunde abgelegt und wie wenig sind wir diesem Bekenntnis treu geblieben, als sich herausstellte, daß der Völkerbund uns nicht von heute auf morgen unmittelbaren Vorteil bringen könnte! Wären wir seit 1919 immer von wahrhafter Völkerbundgesinnung erfüllt gewesen, so hätten wir trotz aller Bedenken tatkräftig an dem Genfer Völkerbund mitgearbeitet und hätten einen Antrag auf Zulassung gestellt, sobald es möglich gewesen wäre.

Ganz deutlich hat am 14. Februar 1919 der deutsche Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, in der deutschen Nationalversammlung erklärt: „Deutschland ist entschlossen, an der Ausgestaltung des Völkerbundes rückhaltslos mitzuarbeiten." Ebenso hat der damalige Ministerpräsident Scheidemann an derselben Stelle am 10. April 1919 hervorgehoben: „Deutschland braucht das große Weltbündnis, den Völkerbund, in dem gleichberechtigte Völker sich frei entwickeln können."

Selbst als die Friedensbedingungen bekannt wurden, änderte sich dieser deutsche Standpunkt zunächst nicht. Im Gegenteil fragte die deutsche Delegation in Versailles am 9. Mai 1919 bei der Friedenskonferenz an, ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen Deutschland in den Völkerbund eingeladen werden würde. Ministerpräsident Scheidemann erklärte am 21. Mai 1919 in einer Protestversammlung der Mehrheitssozialisten gegen die Friedensbedingungen: „Die Voraussetzung für eine neue Welt, für ein neues Europa, für ein

Deutschland, das weiter leben kann, ist der Völkerbund und die Aufnahme Deutschlands in diesen Bund".

In Versailles waren die Alliierten und Associierten bekanntlich nicht bereit, Deutschland sogleich in den Völkerbund aufzunehmen. Seitdem stellten sich die deutsche Regierung und das deutsche Volk zu dem Völkerbunde immer zurückhaltender, besonders nachdem das Verhalten des Bundes in den Fragen Eupen-Malmedy und Saargebiet (wie später in Oberschlesien) die deutschen Erwartungen enttäuscht hatte. Am 30. September 1920 betonte der Vertreter des Auswärtigen Amtes, Legationsrat v. Prittwitz und Gaffron, auf dem Braunschweiger Pazifistenkongresse in amtlichem Auftrage: „Es liegt für Deutschland keine Veranlassung vor, sich zur Aufnahme in den jetzigen Völkerbund zu drängen. So lange in der Nähe unserer Grenzen Krieg geführt wird, könnte unsere Bindung durch die jetzt gültige Völkerbundakte eine Gefahr werden für Deutschlands stetige und entschlossene Neutralitätspolitik. Solange ferner Großmächte wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Rußland nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, bleibt der Zweckgedanke der Bundesakte verkrüppelt."

Eine solche Argumentation war gewiß nicht stichhaltig. Die Berufung auf die für Deutschland notwendige Neutralitätspolitik war durchaus egoistischer Natur und konnte allein nimmermehr die kühle Haltung gegenüber dem Völkerbunde rechtfertigen. Daß dieser Hinweis übrigens nur ein Vorwand war, zeigt die Tatsache, daß Deutschlands Haltung auch nach Beendigung des polnisch-russischen Streites keine andere wurde. Wenn man aber die mangelnde Universalität gegen den Völkerbund geltend machte, so hätte es doch wirklich näher gelegen, für diese Universalität dadurch zu wirken, daß Deutschland zunächst einmal selbst sich dem Völkerbunde anschlösse.

Bald nach dem Braunschweiger Kongresse, am 29. Oktober 1920, äußerte sich der Reichsminister des Äußern Dr. Walter Simons, im Deutschen Reichstage folgendermaßen: „Wir halten einen Antrag Deutschlands für verfrüht. Er würde der öffentlichen Meinung nicht entsprechen und den hartnäckigen Widerstand Frankreichs finden. Wenn unsere Nachbarn eine Gesellschaft geben und unser Nachbar sagt, er gehe nicht mit, wenn wir hingehen, so ist es nicht anständig, sich in die Gesellschaft zu drängen. Endlich habe ich das Bedenken, daß wir in die Konflikte hineingezogen werden können, mit denen der Osten jetzt bedroht ist."

Also wiederum die Berufung auf die Neutralitätspolitik. Dann als neuer Grund der Hinweis auf die Gegnerschaft Frankreichs. Dieses letztere Bedenken war immerhin durchaus ernsthafter Natur. Wir werden darauf noch weiter unten zu sprechen kommen. Was aber die öffentliche Meinung betrifft, so mußte ein großer Führer versuchen, diese für seine Zwecke zu gewinnen; er durfte nicht einfach sagen: Weil die öffentliche Meinung dagegen ist, stelle ich ein großes außenpolitisches Ziel bei Seite.

Auf der Konferenz zu Genua, im Frühjahr 1922, wurde der Reichskanzler Wirth, wie er am 25. Juni 1922 im Reichstage berichtete, von Lloyd George gefragt, was er vom Völkerbund halte. Wirth erwiderte: Er sei ein Freund des Völkerbundes und würde den Tag begrüßen, an dem die große Organisation der Völker geschaffen werden könnte. Aber wolle man dem Völkerbunde in Deutschland dienen, so müsse man zur Zeit (d. h. nach der Entscheidung über Oberschlesien) von diesem Völkerbunde schweigen. Gleichzeitig gingen die deutschen Delegierten auf der Konferenz zu Genua so weit, sich gegen die Überweisung der Konferenzprobleme an den Völkerbund zu wenden.

In ganz anderer Weise als bisher begründete Wirth am 7. August 1922 die deutsche Stellungnahme gegenüber dem Völkerbunde in einer Unterredung mit dem Korrespondenten der Daily News: „Solange uns das Wasser bis zum Kinne steht, und solange die Möglichkeit vorhanden ist, daß wir darin versinken, kann die Frage des Völkerbundes sehr gut bis zu einer späteren Zeit zurückgestellt werden."

Wirth berief sich also auf ganz andere Argumente als Simons. Wenn man weiter erwägt, daß eine Zeit lang ein Mann wie Dr. Rosen, ein offenkundiger Gegner des Völkerbundes, Minister des Äußeren war, so wird man sagen müssen: Es hat der deutschen Regierung seit 1918 an einer klaren, konsequenten Stellung zum Völkerbunde gefehlt. Sie ist im Grunde von ihrer ursprünglich völkerbundfreundlichen Stellung abgegangen und hat an diesem Völkerbunde ihr Desinteressement erklärt. Sie hat nicht genügend bedacht, daß das Problem der Reparationen wie der Annäherung Deutschlands an Frankreich nicht von heute auf morgen gelöst werden kann, daß dazu vielmehr jahrzehntelange Arbeit erforderlich ist und daß gerade das Zusammenwirken der Staaten im Rahmen des Genfer Völkerbundes viel zur Entspannung beitragen könnte. Deutschland hat sich — was immerhin besondere Erwähnung verdient — seit 1919 darauf beschränkt, sich immer wieder

zur Idee der Schiedsgerichtsbarkeit zu bekennen, indem es den deutsch-schweizerischen Schieds- und Vergleichsvertrag (das Werk der Juristen Gaus und Max Huber) abschloß und die schiedsrichterliche Erledigung zahlreicher Streitigkeiten (meist vergeblich) vorschlug. Das beweist, daß die deutsche Regierung mit der Politik der Wilhelminischen Regierung grundsätzlich gebrochen und eine Politik des Rechts befolgt hat. Aber dieser Weg einer Politik des Rechts wurde nicht bis zu Ende gegangen, weil den leitenden deutschen Staatsmännern die Einsicht in die zukünftige Bedeutung des Genfer Völkerbundes für die Erneuerung der Welt und die Schaffung einer reineren Atmosphäre fehlte.

Das ist umso unverständlicher, als von anderer Seite immer wieder der Versuch gemacht worden ist, Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund zu veranlassen. Zwar hatte Lloyd George noch am 24. Juni 1920 im Unterhause erklärt, Deutschland werde zum Eintritt in den Völkerbund erst eingeladen werden, wenn es ernstlichen Willen zeige, seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag zu erfüllen. Aber schon wenige Monate darauf sprach die englische League of Nations Union in einer von Lord Selborne, Lord Grey und G. N. Barnes unterschriebenen Erklärung die Überzeugung aus, der Weltfriede werde am besten dadurch gesichert, daß alle Völker in den Genfer Bund aufgenommen würden. Im Namen der englischen Arbeiterpartei sprach sich der englische Delegierte Barnes am 19. November 1920 in der ersten Bundesversammlung des Völkerbundes für die Aufnahme Deutschlands aus: Das alte Deutschland sei verschwunden, jetzt müsse man mit dem neuen Deutschland zusammenarbeiten. Seit dieser Zeit war Großbritannien ein Anhänger der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

Die erste Völkerbundversammlung Ende 1920 zeigte überhaupt in einer bedeutsamen Weise, wie sehr schon damals die Weltstimmung einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund günstig gesinnt war. Außer den Vertretern Großbritanniens und der britischen Dominien sprachen sich die Delegierten Italiens, Schwedens, Norwegens, der Schweiz und Argentiniens für die Universalität des Völkerbundes aus. Besonderes Aufsehen erregte die große Rede Mottas in der Plenarsitzung vom 15. Dezember 1920: „Deutschland hatte auf der Friedenskonferenz ersucht, in den Völkerbund zugelassen zu werden. Damals hat die Friedenskonferenz geglaubt, diesem Wunsche nicht entsprechen zu können. Erlauben Sie mir zu sagen, in aller Freiheit und Aufrichtigkeit, daß wir diese Haltung verstanden, aber daß wir sie in der Schweiz nicht geteilt haben. Das schweizerische Volk würde gewiß viel weniger Schwierigkeiten gehabt haben, in den Völkerbund einzutreten, wenn es von Anfang an gewußt hätte, daß der Völkerbund die ganze Welt umfaßte. Wir beschränken uns heute darauf, den Wunsch auszusprechen, daß die Frage Deutschland an dem Tage, wo sie zur Diskussion steht, in dem Geiste des Ernstes, der Gerechtigkeit und der Milde geprüft werde, der dem Völkerbund eigen sein muß." Ähnlich war die Stellung der Mehrzahl der 1921 auf der zweiten Völkerbundversammlung vertretenen Staaten. Man bedauerte, daß Deutschland es versäumt habe, einen Antrag auf Aufnahme zu stellen, zumal man der Meinung war, daß dadurch eine billige Entscheidung der oberschlesischen Frage erleichtert worden wäre.

Als im Jahre 1922 die dritte Bundesversammlung bevorstand, hat man sich in den Kreisen der Mitglieder des Völkerbundes keineswegs mit platonischen Wünschen und Aufforderungen hinter den Kulissen beschränkt, um Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund zu veranlassen. Vielmehr hat kein anderer als der britische Premierminister Lloyd George am 25. Juni 1922 anläßlich einer Rede in der „Welsh Baptist Chapel" erklärt: Er wünsche Deutschland innerhalb des Völkerbundes und, wenn ein entsprechender Vorschlag vor den Genfer Völkerbund kommen sollte, so würde die britische Regierung dafür stimmen. Bald darauf, am 25. Juli 1922, hob der britische Unterrichtsminister Fisher bei der Eröffnung des Londoner Weltfriedenskongresses im Mansion House noch deutlicher hervor: Es sei der Wunsch der britischen Regierung, daß Deutschland dieses Jahr seine Zulassung zum Völkerbund beantrage, sodaß der Vorwurf, der Bund sei ein Werkzeug zum Schutze der Politik der siegreichen Nationen, endgültig aufhöre.

Aber Deutschland überhörte die Aufforderungen derer, die es gut mit ihm meinten. Daher war auf der dritten Völkerbundversammlung im September 1922 nach dem Berichte hervorragender Beobachter die Enttäuschung groß, daß ein deutscher Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund nicht vorlag. Eine Anzahl von Delegierten, u. a. Großbritanniens, gaben damals erneut dem Wunsche der Allgemeinheit Ausdruck, am besten wiederum der Schweizer Motta: „Deutschland ist heute nicht im Völkerbunde. Aus anderen Gründen als Amerika ist es nicht darin, weil es keinen Aufnahmeantrag gestellt hat. Ich hatte gehofft, daß dieses große besiegte Land in diesem Jahre zu uns kommen würde, und ich

bin sicher, daß es eine einstimmige Aufnahme bei uns gefunden hätte. Deutschland hat aber kein Gesuch eingereicht. Deutschlands Lust zum Eintritt in den Völkerbund hat sich seit 1920 abgeschwächt, und seine öffentliche Meinung zeigt uns eine gewisse Unfreundlichkeit. Dieses Gefühl der Feindseligkeit, das die öffentliche Meinung Deutschlands beherrscht, ist ein ungesundes und gefährliches Gefühl, und ich hoffe, daß Deutschland verstehen wird, daß es sein Recht ist, die Aufnahme in den Völkerbund zu beantragen, daß es aber auch seine Pflicht ist, mit uns allen gemeinsam zusammenzuarbeiten."

Es wäre leicht, diese Übersicht über die Stimmung des Auslandes durch Presseäußerungen, Beschlüsse privater Konferenzen und durch Reden aus den nationalen Parlamenten zu ergänzen. Doch wir wollen in dieser Hinsicht lediglich auf die treffliche Zeitschrift „La Société des Nations" (herausgegeben von de Jong van Beek en Donk, Bern) verweisen. Die bisherigen Darlegungen dürften genügen, um den Beweis zu führen, wie stark die Mehrheit der Mitglieder des Völkerbundes Deutschlands Eintritt wünscht.

Allerdings ist die Stellung Frankreichs derjenigen der anderen Mächte nicht gleich. Ganz klar hat Viviani in der Plenarsitzung der ersten Völkerbundversammlung vom 15. Dezember 1920 erklärt, Deutschland könne erst in den Völkerbund aufgenommen werden, wenn es die nötigen Garantien gebe. Diesen Standpunkt hat die französische Regierung in der Hauptsache bis heute beibehalten. Noch vor wenigen Monaten hat Poincaré auf eine Anfrage des Abgeordneten Buisson unter Hinweis auf Art. 1 der Völkerbundsatzung betont: Deutschland habe durch seine Handlungen unaufhörlich den Willen bekundet, sich seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage, dessen Teil die Völkerbundsatzung darstelle, zu entziehen. Frankreich würde sich aber freuen, eine Änderung in der Haltung Deutschlands feststellen zu können, die seine Mitwirkung am Völkerbunde gestatten würde. Statt mit den guten Kräften des neuen Deutschland zusammenzuwirken und sie zu unterstützen, hat Poincaré immer nur Mißtrauen gegen Deutschland gezeigt und einen Weg beschritten, der nie zur Aussöhnung führen kann. Die in dieser Allgemeinheit aufgestellte Behauptung, daß Deutschland sich seinen vertraglichen Verpflichtungen zu entziehen suche, muß auch von denen aufs schärfste zurückgewiesen werden, die geneigt sind anzuerkennen, daß deutscherseits in der Reparationsfrage schwere Fehler begangen wurden und daß die deutsche Regierung insbesondere eine unerfreuliche Finanzpolitik getrieben hat.

Hinge es allein von Poincaré ab, so würde allerdings Deutschland nicht so bald in den Völkerbund aufgenommen und die Reparationsfrage nicht so leicht von einer unparteiischen Instanz behandelt werden. Doch Poincaré ist nicht Frankreich. Schon auf der Prager Tagung der Völkerbundligen (4. bis 7. Juni 1922) brachte Prof. Aulard im Namen der französischen Delegation mit Erfolg eine Resolution ein, wonach die Konferenz im Interesse eines wahren Friedens und der Zusammenarbeit der Völker eindringlichst den Wunsch erneuerte, daß Deutschland sobald wie möglich, entsprechend den Bestimmungen des Art. 1 der Satzung, in den Völkerbund aufgenommen werde.

Wir müssen mit den guten Kräften der Welt zusammenarbeiten und sie zu fördern suchen. Deshalb sollten wir auf die Meinung der französischen Linken, die für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eintritt und die aus den nächsten französischen Wahlen sehr gestärkt hervorgehen dürfte, mehr geben als auf Poincarés Opposition. Soll die Welt, weil Frankreichs Regierung gegen eine Rüstungsbeschränkung und gegen einen Weltschiedsvertrag ist, diese hohe Ziele internationaler Friedenspolitik bei Seite stellen? Soll sich Deutschland, weil die französische Regierung aus kurzsichtigen Motiven die Kandidatur Deutschlands nicht unterstützt, von diesem Völkerbunde fern halten? Deutschland muß nach eingehender Prüfung den Weg beschreiten, der ihm im Interesse der Völkerversöhnung und der Entspannung der internationalen Lage der beste zu sein scheint.

Ein kleinlicher und eines großen Volkes nicht würdiger (übrigens mit den früheren Äußerungen des Ministers Simons im Widerspruch stehender) Gesichtspunkt wäre es freilich, gerade deswegen in den Völkerbund einzutreten, weil die französische Regierung nicht dafür ist und man ihr, gewissermaßen als Vergeltung für das Ruhrabenteuer, Schwierigkeiten in Genf bereiten möchte. Unser Ziel muß die Versöhnung mit Frankreich sein, und weil wir glauben, daß diese Versöhnung im Rahmen des Völkerbundes am leichtesten sich vollziehen werde, darum vor allem müssen wir in den Völkerbund hinein, und wir sollten diesen Schritt in einer Form tun, die die französische Regierung nicht unnötig herausfordert.

Das heißt freilich nicht, daß man in Genf von Deutschland gewissermaßen eine neue Unterschrift unter den Friedensvertrag verlangen dürfte. Gewiß: Der Frieden von Versailles ist deutscherseits ratifiziert, und von der deutschen

Regierung immer als verbindlich angesehen worden. Daran darf sich auch nach dem Eintritt in den Völkerbund nichts ändern. Aber wir sagen gleichzeitig ganz offen: Wir wünschen die Revision dieses Friedensvertrages oder doch vieler seiner Bestimmungen, und wir werden nicht aufhören, für seine Revision einzutreten. Eine neue Unterschrift würde, nachdem der Vertrag rechtsverbindlich geworden, nur bedeuten können, daß Deutschland dadurch gewissermaßen verpflichtet würde, niemals die Revision dieses Friedensvertrages vor das Forum des Völkerbundes zu bringen. Das kann billigerweise keiner deutschen Regierung zugemutet werden, und würde den Weltfrieden, dem der Völkerbund doch zu dienen bestimmt ist, letzten Endes nur gefährden. Übrigens hat Clemenceau in der Mantelnote der alliierten und associierten Regierungen vom 16. Juni 1919 anläßlich der Friedensverhandlungen zu Versailles auf den Völkerbund, speziell auf Art. 19 der Satzung, als den Rahmen für eine spätere Revision von Verträgen, also auch des Friedensvertrages, hingewiesen.

Deutschland soll den Antrag zum Eintritt in den Völkerbund in der heiligen Überzeugung stellen, damit einen Schritt zu tun, der die Atmosphäre des Hasses allmählich entgiftet und die durch den Krieg entzweiten Völker Europas einander näher bringt. Es soll sich dabei vor allem als zukünftigen Mitarbeiter an der großen Aufgabe der Völkerversöhnung betrachten und, indem es sich als Diener des Rechtsgedankens hinstellt, keine Forderungen stellen, wie man sie in den Zeiten der alten Diplomatie bei solcher Gelegenheit zu präsentieren pflegte. Daß Deutschland sofort in den Völkerbundrat aufgenommen wird, ist weniger wichtig als die Tatsache des Eintritts in den Bund überhaupt und die dadurch gegebenen Möglichkeiten. Arbeitet Deutschland eifrig an dem Völkerbunde mit und schickt es insbesondere zu den Beratungen nach Genf Männer ganz anderer Sinnesart, wie es die meisten Vertreter des Wilhelminischen Deutschland im Haag waren, dann wird die Mitarbeit Deutschlands in Genf so hoch geschätzt werden, daß es schnell die ihm gebürende Stellung erlangen wird, und dann wird die auf den Willen der anderen Mitglieder sich gründende spätere Aufnahme in den Völkerbundrat segenbringender sein und Deutschlands Ansehen mehr erhöhen, als wenn der Eintritt in den Rat gewissermaßen durch eine Forderung erzwungen würde. Deutschland muß den Hauptwert darauf legen, wieder die Seele der anderen Völker zu gewinnen. Das allein ist das Problem. Deshalb lehne ich es in diesem Zusammenhange auch ab, den besonderen Vorteil hervorzuheben, der sich für Deutschland aus seinem Eintritt in den Völkerbund bei zahlreichen aktuellen politischen Streitigkeiten (Saargebiet, Minderheitenrechte usw.) ergeben würde.

Wer aber irgend welche Bedenken hat, daß Deutschland in den Völkerbund auch wirklich aufgenommen werde, der sei daran erinnert, daß auch der Eintritt der „Deutschen Liga für Völkerbund" in den Weltverband der Völkerbundligen nicht unmittelbar nach dem Kriege stattfand, vielmehr erst am 7. Juni 1921 erfolgte. Die Berichterstatter der Kommission beschränkten sich damals auf die Erklärung: „Die Kommission ist der Meinung, daß jede Diskussion über die Zulassung der deutschen Liga unangebracht wäre, und schlägt deshalb die einstimmige Aufnahme durch Akklamation vor." Nicht anders wird die Aufnahme Deutschlands in den Genfer Bund vor sich gehen, mag sich auch vielleicht Frankreich und der eine oder andere Staat der Stimme enthalten. Stellt Deutschland den nach der Satzung erforderlichen Antrag, dem zwei Drittel der Mitglieder zustimmen müssen, so dürfte seine Aufnahme ein großes Ereignis werden, das allein schon ausreichen würde, um der vierten Völkerbundversammlung eine besondere Bedeutung zu verleihen. Denn der Tag der Aufnahme Deutschlands in den Bund würde einen Wendepunkt in der Entwicklung der Nachkriegszeit bedeuten.

Es ist bekannt, daß die Mehrheitsparteien des Deutschen Reichstags dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durchaus freundlich gegenüberstehen. Der sozialdemokratische Parteitag zu Augsburg hat bereits am 20. September 1922 auf ein Referat des Reichstagspräsidenten Loebe *) folgende Resolution angenommen: „Der Parteitag richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, unbeschadet der berechtigten Kritik, die an der Organisation und dem Verfahren des Völkerbundes zu üben ist, im Interesse der Teilnahme Deutschlands an einem befriedeten Wirtschafts- und Kulturleben der Menschheit den Eintritt des deutschen Reiches in den Völkerbund herbeizuführen, sobald sie damit eine der Bedeutung der deutschen Wirtschaft und Kultur angemessene Stellung gesichert sieht." Bald darauf, am 9. Oktober 1922 stimmten auf dem Demokratischen Parteitag in Elberfeld, zwar nicht alle Anwesenden, wohl aber die Mehrheit dem Referate des Grafen Bernstorff zu Gunsten des Eintritts zu. Daß

*) Vergl. auch den Artikel Löbes in Nr. 1 dieses Jahrganges der „Friedens-Warte", S. 8–9.

innerhalb der Zentrumspartei Sympathien für den Völkerbund vorhanden sind, ist ebenfalls bekannt. Sogar in rechts stehenden Kreisen gibt es führende Persönlichkeiten, die den Eintritt in den Völkerbund befürworten. Dies zeigte vor allem eine Rede des Führers der deutsch-nationalen Volkspartei, Prof. Hoetzsch, vom Oktober vorigen Jahres.

Um die neueste Stellungnahme hervorragender deutscher Politiker und Gelehrten über die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund kennen zu lernen, haben wir eine Umfrage veranstaltet, deren Ergebnis wir in dieser Nummer veröffentlichen. Die Antworten auf unsere Umfrage dürften den Eindruck verstärken, daß in der Tat weite Kreise des deutschen Volkes dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund günstig gegenüberstehen und daß es nur an der deutschen Regierung liegt, den erforderlichen Antrag vor die vierte Völkerbundversammlung zu bringen.

Umfrage.

Nachstehend der Wortlaut der Fragen, die die „Friedens-Warte" stellte:

I. Sind Sie der Meinung, daß Deutschland vor der vierten Bundesversammlung des Völkerbundes, also vor Herbst 1923, den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund stellen soll? Welche Gründe veranlassen Sie zur Bejahung oder Verneinung dieser Frage? Halten Sie es ev. für richtig, daß Deutschland den Eintritt in den Völkerbund an Bedingungen knüpft und ev. an welche?

II. Machen Sie den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund von einer vorherigen befriedigenden Lösung der Reparationsfrage abhängig oder sind Sie im Gegenteil der Meinung, daß der Völkerbund eine geeignete Instanz zur Lösung dieser Frage ist?

III. Hat der Genfer Völkerbund nach Ihrer Auffassung die auf ihn gesetzten Hoffnungen im wesentlichen erfüllt oder hat er enttäuscht? Welche Reformen des Völkerbundes sind Ihrer Meinung nach am dringendsten?

Darauf sind folgende Antworten eingelaufen:

1. **Georg Bernhard,** Chefredakteur der „Vossischen Zeitung" in Berlin:

Wenn Deutschland sich fähig fühlt, Politik zu treiben, dann sollte es in den Völkerbund und könnte auch ohne Reformen und ohne Bedingungen schon vor der nächsten Bundesversammlung seinen Antrag auf Aufnahme stellen. Aber nur, wenn es sich zur Politik fähig fühlt, darf das Reich eintreten. Denn der Völkerbund ist kein internationaler Friedensverein, sondern ein Instrument der internationalen Politik. Die vornehmste Aufgabe der europäischen Politik ist augenblicklich die Lösung des deutsch-französischen Reparationsproblems in seinem weitesten Umfange.

2. **Eduard Bernstein,** Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags, in Berlin:

I. Ich beantworte die Frage mit ja, weil ich der Ansicht bin, daß Deutschland schon viel zu viel Zeit hat verstreichen lassen, die Gelegenheit bot, den Antrag auf Aufnahme in den „Bund der Nationen" zu stellen, wie die in Deutschland „Völkerbund" genannte Verbindung tatsächlich heißt. Ich halte es nicht für richtig, deutscherseits bei Stellung des Antrags auf Aufnahme in den Bund der Nationen den Eintritt an Bedingungen zu knüpfen. Dies würde lediglich den Gegnern der Aufnahme Deutschlands ihr Spiel erleichtern und widerspräche auch der Logik des Standes der Dinge.

II. Auf den ersten Teil dieser Frage kann ich nur mit Nein antworten, hinsichtlich des zweiten Teils bin ich der Sache nicht ganz sicher, glaube aber, daß verschiedene Artikel im Statut des Bundes die Handhabe bieten, Fragen der Reparation vor Ausschüsse zu bringen.

III. Ich habe diese Frage nicht genügend studiert, um mir ein abschließendes Urteil erlauben zu können. Was ich von der Tätigkeit des Bundes weiß, rechtfertigt meines Erachtens die Annahme, daß man von ihm im Laufe der Zeit vorwiegend Gutes erwarten kann. Er ist ein Organismus, bei dem das Sonderinteresse immer mehr hinter das Allgemeininteresse zurücktreten wird. Ich beurteile einige seiner Entscheidungen, die in Deutschland auf heftige Kritik gestoßen sind, als irrig, aber nicht als von Parteilichkeit eingegeben. Welche Reformen des Bundes notwendig sind, um das Technische der Erledigung seiner Aufgaben zu verbessern, weiß ich nicht. Soll er den Anforderungen gerecht werden, die man inbezug auf Verbürgung höchstmöglicher Objektivität zu stellen berechtigt ist, so bedarf unzweifelhaft der Artikel 4, der die Zusammensetzung und die Vollmachten des Rats behandelt, gründlicher Revision.

3. **Graf J. Bernstorff,** Botschafter a. D., Mitglied der demokratischen Fraktion des Reichs-

tags, Präsident der „Deutschen Liga für Völkerbund", in Starnberg (Oberbayern):

I. Deutschland kann meines Erachtens keinen Antrag stellen, bis der Ruhrkonflikt erledigt ist, weil die Ablehnung oder dilatorische Behandlung des Antrages sicher wäre. Bei der Erledigung des erwähnten Konfliktes halte ich den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund für unerläßlich, glaube auch, daß England bei der Einigung den Eintritt Deutschlands als Bedingung stellen wird. Ich halte es für eine rein diplomatische Frage, ob Deutschland dann seinerseits Bedingungen stellt. Es kommt auf den Gang der Verhandlungen an. Alles hängt von der Erledigung des Ruhrkonflikts ab.

II. Meine Antwort ergibt sich aus der auf Frage I. Ich halte ferner den Völkerbund nicht für eine geeignete Instanz, weil Amerika fehlt. Die Lösung der Reparationsfrage ist ohne Anleihe undenkbar und diese wiederum ohne Amerika unmöglich. Außerdem käme Deutschland in Genf wieder in das Hintertreffen, weil wir durch Verzögerung unseres Eintritts dort nicht genügend vertreten sein würden. Wir würden ein zweites Oberschlesien erleben.

III. Der Genfer Völkerbund hat im Wesentlichen nur enttäuscht. Vermutlich hätte er mehr geleistet, wenn Deutschland früher eingetreten wäre. Die dringendste Reform des Völkerbundes wäre meines Erachtens der Eintritt Amerikas, Rußlands und Deutschlands. Dann ergäbe sich alles übrige von selbst.

4. **Lujo Brentano,** Geheimrat, Professor der Nationalökonomie a. d. Universität München, in Prien (Oberbayern):

I. Ich bin nach wie vor Anhänger des Gedankens eines Völkerbundes, nicht aber eines Völkerbundes wie des jetzigen, der unter Mißbrauch der völkerversöhnenden Gedanken, welche die Propaganda für einen Völkerbund tragen, völkertrennende Politik treibt. Auch bin ich dagegen, daß Deutschland den Antrag auf Aufnahme in den bestehenden Völkerbund stellt, so lange ein solcher Antrag als freiwillige Anerkennung des ihm unter Drohungen aufgezwungenen Versailler Vertrags und insbesondere des § 231 desselben gedeutet werden könnte.

II. Der Völkerbund hat sich bisher in der Saarfrage und der oberschlesischen Frage als schnöder Verächter des Rechts, wie es selbst im Versailler Vertrag festgesetzt worden ist, erwiesen. Ich kann ihn, so wie er jetzt ist, daher nicht als geeignete Instanz zur Lösung der Reparationsfrage erachten.

III. Diese Frage ist durch meine Antworten auf die Fragen I und II bereits beantwortet. Die dringendste Reform ist die Beseitigung aller Bestimmungen, welche der rückhaltlosen Gleichberechtigung aller Nationen widersprechen.

5. **Eduard David,** Reichsminister a. D., Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags, in Berlin:

I. Solange nicht feststeht, daß Frankreich unserem Eintritt in den Völkerbund nicht mehr widerstrebt und daß es auch keine besonderen von uns nicht annehmbaren Bedingungen an die Aufnahme knüpft, halte ich eine Initiative unsererseits für verfehlt. Von Deutschland wäre selbstverständlich völlige Gleichberechtigung innerhalb des Bundes zu fordern.

II. In seiner heutigen einseitigen Zusammensetzung erscheint mir der Völkerbund nicht als eine unparteiische Instanz zur Regelung der Reparationsfrage.

III. Soll der Völkerbund einmal zu dem werden, als was er seiner Idee und seinem Ideal nach gedacht war, denn müßten 1. alle zivilisierten Staaten, vor allem auch Amerika und Deutschland, ihm angehören; 2. auch die Volksvertretungen der einzelnen Länder in ihm unmittelbar vertreten und mitentscheidend sein.

6. **Berthold v. Deimling,** General der Infanterie a. D., in Baden-Baden.

I. Der Antrag muß vor Herbst 1923 gestellt werden. Denn diese moralische Initiative, mit der Deutschland der Welt den Beweis erbringt, daß es ihm Ernst ist mit Verständigung und Versöhnung, wird entspannend und entgiftend auch auf den Ruhrkonflikt einwirken. Deshalb: Je eher der Antrag gestellt wird, desto besser! An den Eintritt sind keine Bedingungen zu stellen. Jede Einschränkung schränkt auch die Wirkung der moralischen Initiative ein. Erst einmal hinein in den Völkerbund! Das weitere wird sich dann schon finden.

II. Nein. Ich bin der Meinung, daß gerade durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine befriedigende Lösung der Reparationsfrage begünstigt und gefördert werden wird, weil er dazu beitragen wird, die Stimmungen zu entgiften und den Bann zu brechen.

Den Völkerbund, so wie er gegenwärtig ist, halte ich nicht für eine geeignete Instanz zur Lösung der Reparationsfrage.

III. Der Völkerbund hat besonders in den Fragen des Saargebiets und Oberschlesiens enttäuscht. — In den Fragen der notwendigen Reformen, die auf dem Gebiet des Völkerrechts liegen, halte ich mich als General nicht für kompetent. Dagegen bitte ich eine militä-

rische Frage berühren zu dürfen: Ein Aufsatz im Märzheft der „Friedenswarte" fordert eine „Völkerbundarmee". Ich bin anderer Meinung. Der Völkerbund will den Frieden durch Recht, nicht durch Gewalt. Wenn jetzt Anhänger des Völkerbundes nach einer Armee, also nach der Gewalt rufen, dann diskreditieren sie ja ihre eigene Idee. Ein echter Völkerbund, wie wir ihn alle erstreben, hat moralische und wirtschaftliche Zwangsmittel genug, um seinen Entscheidungen Nachdruck zu verleihen. Es würde meines Erachtens die Propaganda für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund sehr erschweren, wenn jetzt ganz unnötigerweise die Forderung einer Völkerbundarmee auf's Tapet gebracht würde.

7. **Wilhelm Heile,** Mitglied der Demokratischen Fraktion des Reichstags, in Berlin:

I. Ich halte es für einen politischen Fehler, daß Deutschland den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund nicht schon längst gestellt hat. Die Frage aber, ob Deutschland noch in diesem Sommer, noch vor der vierten Bundesversammlung im Herbst dieses Jahres, den Antrag stellen solle, vermag ich gleichwohl nicht mit einem bedingslosen „Ja" zu beantworten. Denn wie sich die Dinge in Europa nun einmal praktisch gestaltet haben, handelt es sich bei unserm Eintritt in den Völkerbund in viel geringerem Maße um eine — allerdings von uns bedingungslos und selbst unter Opfern jederzeit mit allen Kräften zu betreibende — Stärkung des Völkerbundprinzipes, als um eine politische Aktion. Eine solche aber bleibt in Wert und Wirkung stets abhängig von den Verhältnissen des Tages; was heute recht und gut ist, kann morgen ein grober Fehler sein. Und zwar ein Fehler, durch den in unserem Falle selbst das Prinzip, dem man dienen wollte, der Gedanke des Völkerbundes, geschädigt werden könnte. Aufgabe unserer Regierung wäre es, nicht bloß abzuwarten, ob sich eine Konstellation ergibt, die unsern Eintritt in den Völkerbund als günstig erscheinen läßt, sondern stets darauf bedacht zu sein und durch die eigene Politik darauf hinzuwirken, daß diese Konstellation sich einstellen kann oder besser noch muß. Es gilt heute noch mehr als vor einem Jahrhundert für uns, daß unser Vaterland durch geistige und sittliche Kräfte ersetzen muß, was ihm an physischen Kräften verloren gegangen ist. In dem Maße, in dem Deutschland nicht etwa bloß aus der Not eine Tugend macht, sondern, zwar gewitzigt durch eigene trübe Erfahrungen, aber ohne Hintergedanken des eigenen Vorteils, seinen Kampf um sein Recht führt als einen Kampf um das Recht schlechthin, wird es ihm gelingen, nicht bloß viel alteingewurzeltes Mißtrauen auszurotten, sondern auch positive Sympathien zu gewinnen und damit positive Kräfte auszulösen, die überall in der Welt in reicher Fülle vorhanden sind und nur darauf warten, daß ihnen von irgendwoher nach so viel Enttäuschungen neuer Mut geweckt wird.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund würde diesen gewiß nicht von einem Tage zum andern reformieren. Aber er würde vielen den Glauben an die Entwicklungsmöglichkeit des Völkerbundes zum Guten wiedergeben, und, nicht zuletzt, auch den Glauben an den guten Geist Deutschlands. Wie einst die frostige Abkehr vom Haager Werk die kaiserliche Regierung in den nicht wieder auszurottenden Verdacht planmäßiger Kriegspolitik gebracht hat, so wirkt die mißtrauische Reserve des amtlichen Deutschland von heute gegenüber dem Völkerbund keineswegs als ein durch die Erfahrungen gewiß reichlich begründetes Mißtrauen gegen den Völkerbund, wie er ist, sondern als eine Ablehnung des Völkerbundgedankens überhaupt. Gewiß mit Unrecht. Aber die Wirkung ist da.

Ob wir unsern Eintritt an Bedingungen knüpfen sollen? Nun, wenn man den Antrag im richtigen Augenblick stellt, erübrigt sich die Formulierung von Bedingungen von selbst. Denn dann ist die Aufnahme unter würdigen Formen und unter voller Anerkennung der Größe des deutschen Volkes — die ja gerade vom Völkerbund nicht als identisch behandelt werden darf mit der Größe seiner militärischen Kraftentfaltung — zwar nicht Bedingung, aber Voraussetzung des Eintritts.

II. Daß der Völkerbund heute eine geeignete Instanz zur Lösung der Reparationsfrage ist, kann man nach seinen bisherigen Leistungen (vgl. Oberschlesien!) nicht behaupten. Daß er für solche Fragen die Instanz sein sollte, scheint mir dagegen selbstverständlich. Wie gering aber der Glaube an diese eigentliche Aufgabe und an die Bedeutung des Völkerbundes gerade in seiner eigenen Mitte noch ist, scheint mir das bekannte Verhalten Brantings bei der Frage der Befassung des Völkerbundes mit der Ruhraktion hinreichend deutlich zu beleuchten.

Unser Eintritt in den Völkerbund könnte vielleicht das Reparationsproblem entlasten, weil es ja längst im tiefsten Kern viel weniger ein Problem der wirklichen Reparationen der im Kriege entstandenen Schäden ist, als vielmehr ein mit der ganzen politischen Neugestaltung Europas verbundenes politisches Problem. Ein wirklicher Völkerbund wäre in sich selber die ausreichende „Sicherung", nach der das um

mehr als zwanzig Millionen Menschen ärmere Frankreich gegenüber dem besiegten Deutschland sucht. Aber will das Frankreich Poincarés einen solchen wahren Völkerbund, oder sind nicht vielmehr w i r es, die einstweilen beim Genfer Völkerbund vergeblich die so nötigen Sicherungen gegen militärische Vergewaltigung anrufen würden?

III. Die auf i h n gesetzten Hoffnungen hat der Genfer Völkerbund in Deutschland gewiß nicht enttäuscht. Denn die Hoffnungen waren nicht groß, meistens weit geringer, als das, was an Ergebnissen der Arbeit bisher bekannt geworden ist. Aber der Notbehelf von Genf, der ja nicht als freie Vereinbarung freier Völker zustande gekommen ist, sondern als Nebenprodukt des Friedensdiktates der Siegermächte, kann die Spuren seiner Entstehung nur verlieren, kann aus einem Notbehelf ein wirkliches Hilfsmittel für eine bessere Menschheitsorganisation nur werden, wenn die wichtigste Reform in seinem Aufbau vollzogen worden ist, d. h.: wenn Deutschland und Amerika und auch Rußland tätige Mitglieder sind.

Es hat keinen Sinn, auf den jetzigen Völkerbund zu schelten, wenn man sich nicht Mühe gibt, etwas Besseres an seine Stelle zu setzen. Ob der Völkerbund, wenn wir in ihm mitarbeiten, wirklich etwas wesentlich Besseres sein wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls kann er nur besser werden, wenn wir mit dabei sind, und nicht bloß „mit dabei", sondern mit der vollsten Hingebung der stärksten geistigen und sittlichen Kräfte an eine Arbeit, die ihr Ziel nicht im Gestern und Heute, sondern in der Ebnung der Wege für eine bessere Zukunft sieht.

8. **Wilhelm Kaufmann,** Geh. Justizrat, Professor des internationalen Rechts a. d. Universität Berlin, Mitglied des Institut de Droit international:

I. Ich hätte gewünscht, daß Deutschland schon längst seine Aufnahme in den Völkerbund beantragt hätte.

Aber augenblicklich (Anfang April 1923) nach Eintritt der Krise bezüglich der Reparationsfrage und der Hochspannung infolge der Ruhrbesetzung scheint mir nicht der psychologisch richtige Moment für diesen Antrag.

Der Wert des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund für es selbst und für die anderen Völker hängt von der Auffassung und der Gesamtpolitik ab, aus welcher heraus und im Rahmen derer derselbe erfolgt und aufgenommen wird.

Vielleicht ändert sich die politische Situation noch vor Herbst dieses Jahres soweit, daß Deutschland doch noch vor der für diesen Zeitpunkt geplanten vierten Bundesversammlung den Antrag stellen sollte und rechtzeitig stellen könnte. Aber dies läßt sich gegenwärtig nicht vorausermessen.

Deutschland sollte bei Eintritt in den Völkerbund darauf dringen,

1. daß es einen ständigen Vertreter im Völkerbundrat sofort erhält oder wenigstens für einen nicht zu fernen Zeitpunkt zugesichert bekommt;

2. daß sein Eintritt in den Völkerbund — etwa gemäß Art. 3 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes — bezüglich der Zuwahl von Richtern in denselben berücksichtigt wird.

II. Ich mache den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht unbedingt von einer v o r h e r i g e n „befriedigenden" Lösung der Reparationsfrage abhängig, verweise aber auf meine Bemerkung unter I.

Der Völkerbund kann (und zwar auch, wenn Deutschland noch nicht Mitglied desselben ist), zur Lösung der Reparationsfrage angerufen werden und b e i t r a g e n.

Schwerlich aber wird, wie die Verhältnisse sich entwickelt haben, diese Frage dem Völkerbund allein überlassen werden. Zwecks Erreichung der Lösung derselben dürfen Aktionen, Verständigungen, Entscheidungen verschiedener Stellen nebeneinander hergehen und miteinander in Verbindung zu bringen sein.

III. Meine Erwartungen bezüglich des Genfer Völkerbundes waren von vornherein, zum mindesten für eine längere, noch jetzt nicht abgeschlossene Periode nach dem Weltkrieg, sehr bescheidene. Dies folgte für mich ohne weiteres aus dem durch den Weltkrieg geschaffenen und hinterlassenen materiellen und namentlich geistig-moralischen Zustand der Völker. Meine Erwartungen in Hinsicht auf den Völkerbund sind daher auch durch die tatsächliche Entwicklung desselben nicht enttäuscht worden. Es ist unter sehr schweren Verhältnissen ein Anfang gemacht und neben starken Fehlgriffen auch schon manches geleistet worden.

Man verspreche sich auch nicht zu viel von „Reformen" in der organisatorischen Zusammenfassung und Funktionsweise des Völkerbundes, deren natürlich mancherlei verschiedene sich anregen ließen. Das Wichtigste, aber auch Schwerste ist die allmähliche Herausbildung, Stärkung, Reinigung und Reinhaltung eines „internationalen Geistes", d. h. des Geistes und Willens zur Völkergerechtigkeit und zur Berücksichtigung und Förderung des Völkergemeinschaftswohles. Der Völkerbund soll und kann zur Entwicklung dieses Geistes beitragen. Aber vielleicht wird

mehr noch umgekehrt von der Entwicklung jenes Geistes die Möglichkeit und Bedeutung des Völkerbundes abhängen. Exempla trahunt. Gefördert wird und zum Ausdruck gelangt jener Geist am besten durch entsprechendes praktisch-tatsächliches Verhalten in den konkreten, sich ergebenden internationalen Situationen. In dem Maße, in welchem jener Geist vorhanden ist und stärker wird, wird es auch leichter und relativ einfacher, Mängel in der Organisation und Funktionsweise des Völkerbundes abzustellen und die für die Weltvölkergemeinschaftszwecke und -bedürfnisse geeignetste, praktische Organisierung des Völkerbundes ausfindig zu machen und zur Durchführung zu bringen.

Es bedarf der Zeit, daß der Völkerbund in den Gemütern Wurzel fasse und zu einem Gegenstand gefühlsmäßiger Gewöhnung werde. Stört man diesen Prozeß durch zu häufige und zu drängende „Reform"-Bestrebungen, so schaden diese, selbst wenn sie an sich gut und berechtigt sind, möglicherweise mehr, als sie im Falle des Gelingens zu nützen vermögen.

9. **Christian Meurer,** Geheimrat, Professor des öffentlichen Rechts a. d. Universität Würzburg:

I. Ein deutscher Antrag auf Aufnahme in den V. B. wäre verfrüht. Frankreich ist zur Zeit noch gegen den Eintritt und fordert Unmögliches. Man müßte mit einer neuen Demütigung Deutschlands rechnen. Vor allem aber ist der heutige V. B. nur ein Zerrbild; er ist ebensowenig ein wirklicher Völkerbund, als es die „heilige Allianz" gewesen ist. Eine Wesensänderung ist vom Eintritt Deutschlands nicht zu erwarten. Es käme bestenfalls nur zu Spannungsverhältnissen und feindlichen Gruppenbildungen, die aller Welt die Unnatur des V. B. enthüllen und seine Sprengung beschleunigen würden. Dann hätte Deutschland auch diese noch zu verantworten. Will der V. B. sich nicht in seinem Wesen ändern, so mag er sich selbst sein Grab graben. Nicht der Name, sondern nur die Sache hat einen Wert. Daß aber das vielgeschmähte Deutschland auch noch Bedingungen bei seinem Eintritt stellt, ist ausgeschlossen. Abgesehen davon, daß man jede Bedingung a limine abweisen würde, welche Bedingung soll denn Deutschland stellen? Diese könnte doch nur auf vollkommene Wesensänderung gerichtet sein. Deutschland ist stärker, wenn es mit Amerika und Rußland außerhalb, als, ohne Unterstützung einer Großmacht, innerhalb des Völkerbundes steht.

II. Die Hauptaufgabe des V. B. sollte auf die Wiederherstellung und Erhaltung des Friedens gerichtet sein, d. h. der V. B. sollte sich vor allem der Revision des Friedensvertrages und der Regelung der Reparationsfrage zuwenden. Aber die ganze Erbärmlichkeit der Lage kommt ja eben darin zum Ausdruck, daß Frankreich es wagen darf, trotz des Haager friedensrechtlichen Abkommens (Art. 3) und trotz des Versailler Vertrags (Art. 17) jede Vermittlung zur Zeit als unfreundlichen Akt zu erklären. So lange der V. B. dem Einbruch und der brutalen Gewalt zustimmt oder wenigstens uninteressiert bei Seite steht, kommt er als Instanz zur Lösung der Reparationsfrage nicht in Betracht, gleichgiltig, ob Deutschland ihm angehört oder noch fernbleibt.

III. Der V. B. hat auf dem Gebiet der internationalen Arbeiterfrage und Gerichtsorganisation, der Hygiene und des Weltverkehrs Verdienste; in der Hauptsache aber hat er versagt. Schon die oberschlesische, Wilna-, Saar- und Abrüstungsfrage hat das gezeigt. Gegenüber dem Hauptproblem, das die ganze Welt bewegt, hat er seine völlige Ohnmacht offenbart. Reformen im Einzelnen können nichts helfen. Eine in sich gesunde Einrichtung kann auch bei mangelhafter Organisation Gutes schaffen. Dem Völkerbund fehlt aber das Wesentliche: der Völkerbundgeist. Hier heißt es: Entweder Wesensänderung oder eine ganz neue Organisation, die in Wirklichkeit nur dem Weltfrieden dient und den Völkerhaß begräbt. Ein Völkerbund, der kein Rechtsschutz der Schwachen, sondern nur ein Machtinstrument der Starken ist, trägt den Todeskeim in sich.

10. **Hermann Müller,** früherer Reichskanzler und Reichsminister des Äußern, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags, in Berlin:

I. Weil ich grundsätzlich Anhänger des Völkerbundes bin und weil ich der Überzeugung bin, daß trotz der großen Mängel, die der jetzigen Konstruktion des Völkerbundes anhaften, der durch den Versailler Vertrag installierte Völkerbund die Keimzelle einer künftigen besseren Völkerbundorganisation ist, — eine Auffassung, der ich auch in meiner Reichstagsrede vom 16. April 1923 Ausdruck gegeben habe — bin ich dafür, daß um Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nachgesucht werden sollte, sobald durch diplomatische Vorfühlung sichergestellt ist, daß Deutschland als gleichberechtigt in den Völkerbund aufgenommen wird. Wenn die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu einem Ausgleich der europäischen Spannungen beitragen soll, so dürfen Deutschland vor sei-

nem Eintritt keine besonderen Bedingungen auferlegt werden, ebenso wie durch die Vorverhandlungen sichergestellt sein muß, daß Deutschland im Völkerbund eine seiner Volkszahl, seiner kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Stellung erhält.

II. Deutschland braucht meines Erachtens seine Aufnahme in den Völkerbund nicht von der vorherigen Findung einer Endlösung für die Reparationsleistungen abhängig zu machen. Hingegen dürften die Verhandlungen, die über die Frage der Sicherheit Frankreichs auf Verlangen der Ententeregierungen, gemeinsam mit den Verhandlungen über die Reparationsfrage demnächst zu führen sein werden, Gelegenheit geben, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorzubereiten. Die Lösung des Reparationsproblems muß m. E. in direkten Verhandlungen mit den alliierten Regierungen gefunden werden.

III. Die bisherige Tätigkeit des Genfer Völkerbundes hat enttäuscht. Ein wirklicher Völkerbund wird erst dann entstehen, wenn die Parlamente der angeschlossenen Länder in einem Völkerbund-Parlament durch Delegierte, die nach dem Verhältniswahlsystem in den Landesparlamenten zu wählen sind, vertreten sein werden.

11. **Hugo Preuß,** Reichminister des Innern a. D., Mitglied der demokratischen Fraktion der Preußischen Landesversammlung, Professor des öffentlichen Rechts a. d. Handelshochschule Berlin, in Berlin:

Nur ungern beantworte ich die mir vorgelegten Fragen. Denn so tief ich überzeugt bin, daß der politische und soziale Fortschritt die Entwicklung des internationalen Rechts und der Völkersolidarität auf der Grundlage nationaler Freiheit und Gleichberechtigung zur Voraussetzung hat, und obgleich ich seit jeher in dem starren Festhalten am Begriff der Staatssouveränität ein schweres Hemmnis gesunder Entwicklung der inneren wie der äußeren Politik erkannt habe, so scheint mir doch die heutige Lage Deutschlands ihm eine Haltung vorzuschreiben, die als nicht ganz im Einklang mit jenen Anschauungen stehend betrachtet und also mißverstanden werden könnte.

I. Ich bin der Meinung, daß Deutschland jetzt n i c h t den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund stellen soll, weil der gegenwärtige Zustand der internationalen öffentlichen Meinung noch nicht die Garantie für die wirkliche, unbedingte und uneingeschränkte Gleichberechtigung Deutschlands in sich trägt. Sonst hätte diese internationale öffentliche Meinung gegen die Ereignisse der jüngsten Zeit doch in ganz anderer Weise reagieren müssen. Daran könnten von Deutschland für seinen Eintritt gestellte Bedingungen wenig ändern, selbst wenn sie angenommen würden.

II. Für eine geeignete Instanz zur Lösung der Reparationsfrage halte ich diesen Völkerbund so wenig, wie er sich zur Lösung der Saarfrage oder der oberschlesischen Frage geeignet gezeigt hat. Auch der Eintritt Deutschlands würde daran wenig ändern, wenn im übrigen alles bleibt, wie es ist.

III. Wer in der Konstruktion dieses Völkerbundes das Mittel der dem Präsidenten Wilson überlegenen Diplomaten erkannt hat, die unmöglichen Versailler Bedingungen zur Annahme zu bringen, den hat er nicht enttäuscht; denn diese auf ihn gesetzte Erwartung hat er im wesentlichen erfüllt. Die notwendigen Umgestaltungen setzen aber zunächst eine tiefgreifende Wandlung der internationalen öffentlichen Meinung voraus. Die sogenannte Parlamentarisierung des Völkerbundes hätte nur unter dieser Voraussetzung eine möglicherweise heilsame Wirkung. Vor allem wäre eine Differenzierung seiner Organisation und Zuständigkeit notwendig. Scheint ein Weltvölkerbund ohne Deutschland, die Vereinigten Staaten, Rußland zu eng, so ist er doch wieder für wichtige konkrete Aufgaben viel zu weit. Die Erfahrung, wie Chinesen oder Südamerikaner zur Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens usw. berufen waren, hat sicherlich den wahren Charakter der internationalen Rechtssolidarität nicht gefördert. Er wird auf seinem schweren Wege nur vorwärts kommen, wenn er sich damit bescheidet, allmählich von engeren zu weiteren Kreisen fortzuschreiten; nur so kann die Erkenntnis der Interessengemeinschaft die große Macht der Interessengegensätze zwar nicht beseitigen, aber doch schrittweise eindämmen und rechtlich regulieren.

12. **Gustav Radbruch,** Reichjustizminister a. D., Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags, Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie a. d. Universität Kiel:

Ich vertrete seit Langem den Standpunkt, daß Deutschland — je eher umso besser — seine Aufnahme in den Völkerbund beantragen sollte. Durch seine Zurückhaltung schließt es sich selbst von den mannigfachen und wichtigen Zuständigkeiten des Völkerbundes aus. (Saargebiet, Memel, Kolonieen usw.). Daß Deutschland im Völkerbund von vornherein die einer Großmacht gebührende Stellung einnimmt, ist nicht Bedingung des Aufnahmeantrags, vielmehr eine Selbstverständlichkeit, deren man sich durch vorherige Fühlungnahme

zu versichern hätte. Auch die vorherige Lösung der Reparationsfrage ist nicht Voraussetzung des Eintritts, vielmehr umgekehrt die Zugehörigkeit zum Völkerbund äußerst erwünscht für den Fall, daß die Reparationsfrage in Ermangelung andrer Lösungsmöglichkeiten dem Völkerbund überwiesen werden sollte. Wenn der Völkerbund bisher die Autorität nicht zu entfalten vermochte, die viele von ihm erwarteten, so ist dies einesteils eben darin begründet, daß infolge des Beiseitestehens dreier Großmächte, insbesondere Deutschlands, die entscheidenden Weltfragen außerhalb seines Tätigkeitsbereichs bleiben mußten, andererseits darin, daß der Völkerbund solange nur ein Bund der Regierungen ohne psychologische und soziologische Realität im Geiste der Völker ist, als es ihm an einem Völkerbund-Parlament fehlt.

13. **Martin Rade,** Professor der Theologie a. d. Universität Marburg, Herausgeber der „Christlichen Welt", in Marburg:

I. Deutschland soll den Antrag stellen. Wir müssen aus der Passivität und aus der Isolierung heraus. Was soll dadurch schlechter werden? Ein gewisses Maß von Einfluß gewinnen wir; es zu vergrößern muß die Kunst unserer Politik sein. — Bedingungen? Kann ich mir nicht vorstellen. Sind sie erheblich, mindern sie die Chance unserer Aufnahme und erwecken den Schein, daß es uns nicht ernst sei. Sind sie unerheblich, was sollen sie?

II. Den Eintritt von einer Lösung der Reparationsfrage abhängig machen, heißt, ihn nicht vollziehen. Umgekehrt: Der Eintritt soll zur Lösung helfen. „Geeignete Instanz?" Das ist eine Doktorfrage. Jedenfalls eine Instanz, die vielleicht besser ist als gar keine.

III. Schwer enttäuscht! Sofern man etwas von ihm gehofft hat. Und diese Enttäuschung können Berufene (Völkerrechtslehrer, Pazifisten usw) nicht oft und laut genug bekunden.

14. **Frhr. v. Schoenaich,** Dr. h. c., Generalmajor a. D., in Reinfeld (Holstein):

I. Ja. Eine Entgiftung der außerpolitischen Atmosphäre ist nur dadurch möglich, daß die im letzten Kriege feindlichen Staaten, unter Teilnahme Neutraler, sich zu gleichberechtigten Verhandlungen an einen Tisch setzen. Zur Zeit gibt es keinen anderen solchen Tisch als den des Völkerbundes. Vorbehalte zu machen — auch wenn wir viele zu machen hätten — ist zwecklos, weil sie zunächst doch nicht anerkannt werden würden. Wenn erst einmal die Atmosphäre entgiftet ist, können wir sie mit mehr Aussicht auf Erfolg vorbringen.

II. Vorläufig handelt es sich nur um Richtlinien für die Reparationen. Die ganze Frage ist endgültig erst mit der letzten wirklich geleisteten Zahlung erledigt. Wenn wir mit dem Eintritt in den Völkerbund so lange warten, dann erfolgt die Abwicklung eben in giftgeschwängerter Atmosphäre. Für Schwierigkeiten, die sich im Laufe der Zahlungen gewiß noch ergeben werden, halte ich den Völkerbund für die einzig vorhandene schiedsrichterliche Stelle, deren Sachlichkeit für uns durch unsere Mitgliedschaft jedenfalls gefestigt wird.

III. Nein. Gewiß hat er versucht, seine bisherigen Entscheidungen möglichst unparteiisch zu fällen. Diese Entscheidungen waren aber an den Vertrag von Versailles gebunden, und der atmet in vieler Hinsicht gerade den Geist des Imperialismus und der Gewalt, der durch den Völkerbund beseitigt werden sollte. Dieser Fehler eines inneren Widerspruches ist es, der den stärksten Staat der Erde, Amerika, bisher abgehalten hat, dem Bunde beizutreten. Für den größten Fehler der Satzung halte ich, daß die derzeitigen territorialen Grenzen durch den Art. 10 verewigt werden sollen. *) Da diese Grenzen in einem Zustande der Kriegspsychose festgesetzt worden sind, wäre deren Revision die vornehmste Aufgabe des Bundes. Diese Aufgabe zu lösen, wird ihm aber kaum möglich sein, weil nach Art. 5 alle Entscheidungen einstimmig getroffen werden müssen. Bei lebenswichtigen Fragen wird diese Einstimmigkeit kaum jemals erreicht werden. Die Einstimmigkeit aller nicht beteiligten Staaten würde genügen.

15. **Walter Schücking,** Mitglied der demokratischen Fraktion des Reichstags, Professor a. d. Handelshochschule in Berlin, Mitglied des Haager Ständigen Schiedshofs und des Institut de Droit international:

I. Es war stimmungsgemäß durchaus verständlich, daß sich Deutschland bisher vom Völkerbund ferngehalten hat. Trotzdem war es politisch ein schwerer Fehler, denn der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hätte die internationale Atmosphäre verbessert, die Stellung Deutschlands wesentlich gehoben und die Lösung der Reparationskrisis erleichtert. Deutschland sollte also m. E. lieber heute

*) Wir möchten im Gegensatze zu diesen Ausführungen darauf hinweisen, daß Art. 10 der Völkerbundsatzung nur eine Verschiebung der Grenzen auf gewaltsamem Wege untersagt, nicht aber Grenzberichtigungen auf dem Wege gütlicher Vereinbarung oder kraft Schiedsspruches. Im Gegenteil sieht Art. 19 die Revision von Verträgen ausdrücklich vor. Daß freilich die Formen gerechter Grenzfestsetzung in der Satzung noch nicht ausreichend geregelt sind, ist sicherlich zutreffend und namentlich von Prof. Schücking immer wieder betont worden.

Wehberg.

als morgen der Welt mitteilen, daß es jederzeit bereit wäre, in den Völkerbund einzutreten. Irgend welche formellen Bedingungen soll Deutschland nicht an sein Eintrittsgesuch knüpfen. Daß es sich unter der Hand diplomatisch über den Erfolg des Gesuches vergewissert, halte ich für selbstverständlich, und der Erfolg solcher Sondierung ist mir nicht zweifelhaft, da es der Einstimmigkeit nicht bedarf. Der Eintritt muß auch von der Gegenseite ein glattes Geschäft sein, d. h. selbstverständlich dürfen uns keine besonderen Bedingungen auferlegt werden. Bliebe nur noch die Frage des Eintrittes in den Rat. Selbstverständlich hat Deutschland einen moralischen Anspruch darauf, geborenes Mitglied des Rates zu sein, so lange es im Rate geborene Mitglieder gibt. Vielleicht wird man sich aber zunächst damit begnügen müssen, durch Wahl in den Rat hineinzukommen. Auch über diese Möglichkeit könnte man sich vorher auf diplomatischem Wege vergewissern. Nach allem, was ich in dieser Beziehung von hervorragenden neutralen Persönlichkeiten gehört habe, kann man sich in Bezug auf die Stellung, die Deutschland im Völkerbund haben wird, auf das Schwergewicht der Tatsachen verlassen, die in der, auch dem heutigen Deutschland noch zukommenden Bedeutung liegen. Es wäre m. E. eine große Geste, wenn wir uns grundsätzlich bereit erklärten, uns mit den Nationen des Völkerbundes in Reih' und Glied zu stellen, und wir könnten daran die Erwartung knüpfen, daß wir dann ganz von selbst in diejenige Position einrücken, die uns zukommt. Tatsächlich warten die Neutralen auf uns, weil ihr eigenes Interesse unsern Eintritt erfordert. Schon die Tatsache unserer äußeren Machtlosigkeit macht uns zu ihren natürlichen Bundesgenossen für eine Politik des Rechtes gegenüber dem Imperialismus einzelner Weltmächte.

II. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund muß ein Teil jener internationalen Aktion sein, die endlich der Welt einen wirklichen Frieden bringen, d. h. zwischen Frankreich und Deutschland einen geordneten Zustand schaffen soll. Insofern steht der Eintritt Deutschlands offensichtlich in Verbindung mit der Reparationsfrage. Wenn der Völkerbund die Lösung der Reparationsfrage in die Hand nähme, so würde das nur der natürliche Ausdruck für die Tatsache sein, daß es sich hier praktisch um ein Weltproblem handelt. Eine solche Lösung könnte uns freilich nur unter der Voraussetzung willkommen sein, daß sie formell unter der Autorität des Völkerbundes geschähe, die materielle Entscheidung über die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands aber von einem Comité von Sachverständigen gefällt würde und nicht von dem dazu gänzlich ungeeigneten Conseil. Eine sofortige Erklärung Deutschlands, in den Völkerbund eintreten zu wollen, würde vornehmlich aber deshalb eine wesentliche Erleichterung für die Lösung der gegenwärtigen Weltkrisis bedeuten, als man dadurch auch an die Lösung des Problems jener Sicherungen herankäme, die weite Kreise Frankreichs glauben, gegenüber der Gefahr eines deutschen Revanchekrieges notwendig zu haben. Schließlich kann Deutschland nicht mehr tun, seinen guten Willen zu beweisen, als daß es sich freiwillig allen Verpflichtungen unterwirft, die die Völkerbundstaaten übernommen haben, um den Frieden aufrecht zu erhalten, und daß es gleichzeitig seine Bereitwilligkeit versichert, auch noch an der Fortbildung all der Völkerbundnormen ehrlich mitarbeiten zu wollen, die auf eine Friedenssicherung abzielen. Wir müssen uns bereit erklären, unser 100 000 Mann-Heer für jede Organisation einer internationalen Polizeitruppe zur Verfügung zu stellen.

III. Der Genfer Völkerbund ist in seinen bisherigen Erfolgen m. E. auch hinter bescheidenen Erwartungen zurückgeblieben. Der Beweis für diese Behauptung liegt in der Möglichkeit der gegenwärtigen Zustände an Rhein und Ruhr. Trotzdem muß man auch für den Völkerbund in seiner gegenwärtigen Gestalt eintreten, denn er ist die einzige politische Hoffnung der Menschheit. Die oberste Forderung für seine Umgestaltung ist in meinen Augen — abgesehen von seiner Universalität — die Begründung einer unpolitischen technischen Behörde für die Vermittlung und Schlichtung bei politischen Konflikten.

16. **Gerhard v. Schulze-Gävernitz,** Geh. Hofrat, Professor der Nationalökonomie a. d. Universität Freiburg i. Br.:

I. Ich sage unbedingt ja! — wenn nach vorheriger Sondierung Aussicht auf Aufnahme besteht; Ablehnung würde ich nicht riskieren. Grund: Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund könnte unter keinen Umständen schaden, dagegen vielleicht nutzen, so in Sachen des Saargebietes, Danzigs und des Minderheitenschutzes zu Gunsten der Auslanddeutschen. Vor allem wäre die Mitarbeit Deutschlands im Völkerbund eine unschätzbare Imponderabilie für die Gewinnung des Weltgewissens, von der letzthin alles abhängt.

II. Möglicherweise ja — wir brauchen eine schiedsrichterliche Instanz, welche die Höhe der bisherigen Leistungen Deutschlands, die Höhe der in Zukunft als möglich

zu erachtenden Reparationsleistung, den Zahlungsmodus u. s. w. entscheiden müßte — solche Instanz könnte aus dem Völkerbund herauswachsen.

III. Der Völkerbund hat enttäuscht, vergl. Abrüstungsfrage, Oberschlesien u. s. w. — er könnte in Zukunft jedoch zum „wahren Völkerbund" sich entwickeln. Er müßte aus einem Bund der Regierungen zu einem Bunde der Völker durch Entwicklung interparlamentarischer Völkervertretung werden. Zwischen Weltvölkerbund und heutigem Zustand dürften die „Vereinigten Staaten von Europa" liegen.

Zu meinem Austritt aus der Völkerbundkommission für intellektuelle Zusammenarbeit

Von Professor Dr. Albert Einstein, Berlin.

Bei meiner Rückkehr aus Japan habe ich schweren Herzens meinen Austritt aus der Völkerbundkommission für intellektuelle Zusammenarbeit erklärt. Ich tat es, weil das bisherige Wirken des Völkerbundes mich davon überzeugte, daß es keine noch so brutale Handlung der gegenwärtig mächtigen Staatengruppe zu geben schien, gegen welche der Völkerbund auftreten würde. Ich tat es, weil der Völkerbund, so wie er heute seines Amtes waltet, das Ideal einer internationalen Organisation nicht nur nicht verkörpert, sondern geradezu diskreditiert. Ich tat es aber mit innerem Widerstreben, weil die Hoffnung in mir doch nicht ganz erloschen war, daß in diese Schale doch vielleicht allmählich noch ein besserer Inhalt hineinwachsen könnte. Jedenfalls tröstet mich der Gedanke, daß an meiner Stelle einer der reinsten und vortrefflichsten Männer in diese Kommission gewählt wurde, über welche die zeitgenössische Wissenschaft verfügt, ein Mann, der durch seine von allen anerkannte Lauterkeit und Gerechtigkeit einen überaus heilsamen Einfluß ausüben kann. Damit, daß die Kommission ihn gewählt hat (es ist Prof. H. A. Lorentz in Haarlem) hat sie meine harten Worte in gewissem Sinne widerlegt, worüber niemand froher sein kann als ich selbst. Möge der Völkerbund in Zukunft auch in tiefer eingreifenden Fragen meine Worte als falsch erweisen!

Demokratie und Völkerbund.

Von Dr. Paul Szende, Wien.
Früherer Ungarischer Finanzminister.

Wir wollen an einem klassischen Beispiele zeigen, welche Folgen das Fernbleiben der wahrhaft demokratischen und pazifistischen Elemente vom Völkerbund zeitigt. Er wurde dadurch — von wenigen Ausnahmen abgesehen — zum Tummelplatz reaktionärer Politiker und Diplomaten, die den Völkerbund zum Instrument der europäischen Gegenrevolution zu machen versuchen.

1.

Die politische Atmosphäre birgt Keime kriegerischer Verwicklungen in sich, der Völkerbund unternimmt aber eben infolge seiner jetzigen Zusammensetzung nichts, um der drohenden Kriegsgefahr wirksam vorzubeugen. Die innerpolitische Reaktion, die den Haß predigt und die Nationen gegeneinander hetzt, erhebt immer kühner ihr Haupt, ohne daß der Völkerbund dagegen aufträte. In allen Fällen, wo die Bestimmungen der Friedensverträge durch gewaltsame Putsche mit Füßen getreten wurden, (Wilna, Ostgalizien, Fiume, Burgenland, Memel usw.), da schwieg vorerst der Völkerbund, später sanktionierte er aber jede solche Besitzergreifung. Nur ein einziges Mal hat der Völkerbund Ersprießliches geleistet, indem er die Garantie für die Österreich zu gewährenden Anleihen übernahm. Doch selbst diese Glanzleistung ist mit einem argen Schönheitsfehler behaftet: Der Völkerbund, dessen Grundlage das Selbstbestimmungsrecht der Völker sein sollte, stellte als Hauptbedingung die Konfiskation des Wirkungskreises des österreichischen Nationalrates, die Ausschaltung des Parlamentes. Es ist nicht sein Verdienst, daß die Knebelung der demokratischen Republik nicht gelang.

2.

Der Ruhrkonflikt ist das Um und Auf der Außenpolitik, die Achse, um die sich der Weltfrieden dreht. Bei der letzten Tagung des Völkerbundes wurde davon jedoch herzlich wenig gesprochen. Eine umso heißere Debatte entspann sich in einer Frage, die den Uneingeweihten als ein recht belangloses Problem erscheint.

Jetzt ist das Wilsonsche Buch über die Friedensverhandlungen erschienen, aus dem erhellt, mit welcher fanatischen Starrheit Wilson seinen Lieblingsgedanken, den Völkerbund, verteidigte und welche Zugeständnisse er den Alliierten machen mußte, um ihnen diesen Plan aufzuzwingen. Nach den letzten Verhandlungen des Völkerbundes wissen wir

schon, weshalb diese übermenschliche Anstrengung notwendig war. Woodrow Wilson war das Instrument der himmlischen Vorsehung, die bereits damals wußte, wozu der Völkerbund einmal gut sein wird. . . .

Die sensationelle Frage, welche diese leidenschaftliche Debatte auslöste, war die Expropriation der Siebenbürger Besitzungen der ungarischen Optanten. Nichts erscheint dem Leser bedeutungsloser als diese Frage. Um ihre prinzipielle Bedeutung in gehöriges Licht zu stellen, müssen wir etwas weiter ausholen.

3.

Ungarn ist und war das klassische Land der Latifundien. Mehr als ein Drittel des anbaufähigen Landes bildet das Privateigentum einer dünnen Schicht von Großgrundbesitzern. Als Gegenstück hiervon fristet ein ungeheueres landwirtschaftliches Proletariat unter den menschenunwürdigsten Verhältnissen sein Leben. Dieser morbus latifundii könnte einzig und allein durch eine tiefgehende Bodenreform und Parzellierung geheilt werden. Jeder ernst denkende Mensch sah daher von jeher in Ungarn die einzige Möglichkeit der Rettung in einer durchgreifenden Bodenreform. Die Latifundisten wußten es auch und ihre Politik war in den letzten Jahrzehnten ausschließlich darauf gerichtet, die Bodenreform zu verhindern. Mit Hilfe der ihnen botmäßigen Regierungen und Parlamente vereitelten sie das allgemeine Wahlrecht und die demokratische Verwaltungsreform, die sie als Vorstufen der Bodenreform betrachteten. Überall, wo im alten Ungarn nichtungarische Nationen in geschlossenen Siedlungsgebieten wohnten, waren die Latifundien in den Händen ungarischer Grundbesitzer, die darum jede vernünftige Lösung der Nationalitätenfrage — die dann das historische Ungarn sprengte — hintertrieben. Die durch sie befürwortete agrarische Hochschutzzollpolitik trieb Serbien in Verzweiflung und dann in die Arme der Entente. Unter den Kriegsverbrechern gebührt den ungarischen Großgrundbesitzern ein Ehrenplatz.

4.

Wer weiß in Mittel- und Westeuropa davon, welche Bedeutung der „rumänischen Orientierung" in der jüngsten ungarischen Politik zukommt.

Dies gehört auch zur Sache. Diese Orientierung bezweckte eine Personalunion zwischen Rumänien und Ungarn. Der uneingeweihte Leser stellt die Frage, warum die Wahl unter den Sukzessionsstaaten just auf Rumänien fie?

Das Rätsel wird gelöst, wenn man erfährt, daß der Vorkämpfer dieses Planes Graf Stefan Bethlen war, der nicht nur Ministerpräsident Horthyungarns, sondern . . . auch Latifundienbesitzer in dem früher ungarischen, jetzt rumänischen Siebenbürgen ist. Ein anderer begeisterter Förderer dieses Planes war Graf Nikolaus Bánffy, früherer Außenminister und ein näherer Latifundiengenosse des Grafen Bethlen. In Rumänien wurde allmählich zur Durchführung der Bodenreform geschritten und die Besitzungen der Siebenbürger Magnaten kamen auch an die Reihe. In dieser Stunde der höchsten Gefahr faßten die Latifundienbesitzer den kühnen Plan der ungarisch-rumänischen Personalunion, in der sicheren Hoffnung, daß im Falle des Gelingens sie als Lohn ihre Besitzungen unversehrt behalten könnten. Wer die ungarische Geschichte kennt, weiß, daß die meisten Latifundien durch solche Dienste in den Besitz der Magnatenfamilien gelangt sind. Gestützt auf ihre altbewährte Praxis haben die Grafen Bethlen und Bánffy dieses Angebots gemacht. Um den Preis ihrer Latifundien waren sie gewillt, ihr Vaterland zu liefern. Sie können wirklich nichts dafür, daß dieses patriotische Projekt an dem Widerstande der rumänischen Regierung und der übrigen Sukzessionsstaaten scheiterte.

5.

In dieser neuen Not haben die ungarischen Machthaber ihr Herz für den Völkerbund, für den sie bisher nur Hohn und Verachtung übrig hatten, entdeckt. Der ungarische Ministerpräsident Graf Stefan Bethlen erhob eine Anklage vor dem Richterstuhl des Völkerbundes wegen der Parzellierung der Latifundien des Grundbesitzers Graf Stefan Bethlen. Wir wollen nicht sagen, daß die Durchführung der rumänischen Bodenreform eine ideale ist und nicht von nationalpolitischen Absichten geleitet wird. Tatsache ist es aber, daß die Parzellierung auf dem Gebiete des alten Königreichs auch in Angriff genommen wurde und jede solche Reform sich naturgemäß in erster Reihe gegen ungarische Besitzer richten muß, weil die Latifundien bisher beinahe ausschließlich im Besitze ungarischer Aristokraten waren.

Man hätte meinen sollen, daß der Völkerbund, der jedem Problem ängstlich aus dem Wege geht, der sich in der Ruhrfrage stumm und taub stellte, diese blutwenig begründete Klage abweisen würde.

6.

Das Gegenteil ist geschehen.

Der Völkerbund behandelte die Anklage des Grafen Bethlen mit einer Inbrunst und Sorgfalt, die auch der edelsten Sache würdig wäre. Ein englischer Minister — seines Zeichens auch Großgrundbesitzer — Mr. Wood präsidierte,

der Referent war ein Japaner. Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft und ausführlich. Der rumänische Vertreter hatte einen sehr schweren Stand, sämtliche Teilnehmer der Sitzung, insoweit sie das Wort ergriffen, nahmen für Bethlen Stellung, der Japaner drohte mit Verzicht auf die Referentenwürde, wenn Bethlen seine Latifundien nicht zurückbekäme. Der rumänische Vertreter mußte endlich die Kabinettsfrage stellen; er erklärte, daß die rumänische Regierung einen Beschluß, der der Beschwerde stattgibt, als ein Mißtrauensvotum und eine Verurteilung der rumänischen Verfassung, die die Expropriation vorsieht, betrachten würde. Der Völkerbund mußte den Rückzug antreten. Zuerst versuchte noch Herr Wood durch einen Vermittlungsantrag Bethlen zu retten, er schlug nämlich vor, daß die Beschlußfassung verschoben und die Expropriation bis zur endgiltigen Erledigung der Beschwerde aufgehoben werde, was die Verschiebung der Expropriation bis zum Nimmerleinstag bedeutet hätte. Der Rumäne ging aber nicht auf den Leim, die Angelegenheit mußte von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Die Reaktion ist in allen Ententeländern obenan. Noch rückständiger als die Regierungen sind ihre diplomatischen und militärischen Vertreter. Überall unterstützen sie die Reaktion, in den neuerstandenen Republiken arbeiten sie für die verkrachten Monarchien. Ihr Ideal ist die ungarische Offiziersoligarchie, sie erachten es als das Gebot der Solidarität, dieses Musterland der Kontrerevolution bei jeder Angelegenheit zu unterstützen. Sie gehören entweder selbst den oberen Zehntausend an, oder sie sind Snobs, deren höchstes Lebensziel darin gipfelt, von wirklichen Aristokraten als Gleichgestellte behandelt zu werden. Können sie zaudern und zögern, wenn es sich darum handelt, einen geborenen Grafen gegen die Anpöbelungen eines lasterhaften Gesetzes, einer demokratischen Bodenreform zu schützen? Selbst der Japaner sprang ein und schloß diese weihevolle Kette internationaler Solidarität, was umso weniger verwunderlich ist, weil die japanische Innenpolitik ebenso rückständig ist und auf Bajonetten beruht, wie die horthyungarische. Tokio und Budapest liegen einander politisch unvergleichlich näher als geographisch. Deshalb unterstützte der Vertreter des Landes der aufgehenden Sonne mit Begeisterung und Zähigkeit die private Angelegenheit des gräflichen Ministerpräsidenten des Landes der Dunkelheit. *)

*) Wie die Zeitungen berichten, kam in den letzten Tagen auf Drängen des spanischen Delegierten ein Kompromiß zustande, laut welchem Graf Bethlen und seine Freunde die Entschädigung für die enteigneten Güter in Friedenskronen erhalten werden. Es wäre wirklich die höchste Zeit, den Völkerbund aus einem Valorisationsforum für Siebenbürger Großgrundbesitzer in ein internationales Tribunal freier Völker umzuwandeln!

7.

Das ungarische Gericht konfiszierte das Vermögen Michael Károlys, des ersten Präsidenten der ungarischen Republik, mit Verletzung des Trianonvertrages, der ungarischen Gesetze, der Moral und der Anständigkeit. Als Gründe gab das Gericht an, daß Károly für das allgemeine Wahlrecht eintrat, Pazifist war, den Krieg nicht fortsetzte, sondern mit der Entente einen Waffenstillstandsvertrag abschloß. Der Völkerbund rührte sich nicht — trotz verschiedenster Anregungen — weil es sich nur um einen Pazifisten und ehrlichen Demokraten handelte. Jetzt ist von einem waschechten Kriegshetzer und Kriegsverbrecher die Rede. Der Völkerbund legt sich begeistert ins Mittel.

8.

Zögern die demokratischen Elemente noch weiter, ihren Einfluß im Völkerbund geltend zu machen, so wird der Völkerbund wirklich ein Instrument der himmlischen Vorsehung werden, um die Bodenreform, von deren Durchführung das Wohlergehen Ungarns und der Sukzessionsstaaten abhängt, zu vereiteln und das arbeitslose Einkommen der Siebenbürger Latifundien den ungarischen kontrerevolutionären Magnaten zu sichern!

Die Garantie- und Abrüstungsvorschläge Lord Robert Cecils.

Von Regierungsrat Dr. Hans Simons-Berlin.

In Genf hält dieser Tage die Commission temporaire des armements eine Sitzung ab. Sie hat die ihr von der 3. Völkerbundsversammlung gestellte Aufgabe zu lösen, einen Vertrag gegenseitiger Garantie als Grundlage der Abrüstung auszuarbeiten, den wenn möglich die 4. Völkerbundsversammlung annehmen will. Unterlage ihrer Beratungen bildet der Text eines Vertragsentwurfs, den Lord Robert Cecil verfaßt hat. Dieser Entwurf erfordert aus drei Gründen die größte Beachtung: weil, was uns am nächsten liegt, die Reparationsfrage mit der französischen Sicherheitsforderung trotz neuerlicher Ableugnungen untrennbar zusammenhängt; weil, was Lord Robert Cecil richtig erkannt hat, das Abrüstungsproblem unlöslich mit der Sicherungsfrage verbunden ist; weil endlich, was die

Kämpfe um den Völkerbund in den Vereinigten Staaten klar gezeigt haben, die Garantie als politische Sicherung ein Kernproblem des Völkerbundes selbst ist.

Soviel kann man heute mitten in der Entwicklung dieser Frage schon bestimmt sagen: in Form von zwischenstaatlichen Verträgen ist das Bedürfnis nach Sicherungen nicht zu befriedigen. Einmal fehlt es für die Nächstbeteiligten an jedem Maßstab. Denn der objektive Tatbestand, der sich vielleicht feststellen ließe, hat für die Politik nur bedingte Bedeutung, die doch trotz allem rührenden Bemühen um „Versachlichung" das unbestrittene Herrschaftsbereich des Subjektivismus bleibt. Ferner gibt es für zwei Staaten, solange sie sich allein gegenüber stehen, keine Rechtsidee, auf Grund deren einer vom anderen eine Beschränkung seiner Entwicklung verlangen kann. Es wäre vielmehr eine nicht nur unpolitische, sondern sogar unsittliche Forderung, daß etwa Deutschland um Frankreichs willen den vergeblichen Versuch machen sollte, an sich selbst das ewige Drängen des Lebens zu hemmen und in irgendeinem Sinne kleiner zu bleiben, als die innewohnende Kraft verlangt. Nur bezogen auf das Ziel der Völkersolidarität und des Weltfriedens kann dem einzelnen Volke zugunsten eines anderen ein Opfer abverlangt werden. Und auf der unvollkommenen Erde kann nur unter dem Einfluß einer auch machtpolitisch wirkungsfähigen Staatengemeinschaft sichergestellt werden, daß schlimmsten Falles, wenn es an der Gesinnung für das Opfer an die Idee der Völkergemeinschaft fehlt, der Tribut an die Staatengemeinschaft erzwungen wird.

So weist die bloße Tatsache, daß jetzt der Gedanke der allgemeinen gegenseitigen Sicherung politisch eine große Rolle spielt, deutlich auf die Entwicklung hin, die der Krieg gegen den Willen seiner Urheber auf allen Seiten, gegen den Willen seiner Führer in allen Lagern begonnen hat, und die im Völkerbund deutlich sichtbar wird: zu überstaatlichen Autoritäten, zu einem wirklichen Völkerrecht. Noch quälen sich die Fachleute, um diese Entwicklung hinwegzudefinieren und das alte Staatenrecht zu retten. Die Wirklichkeit spottet der Theorie, freilich auch der Prophetie. Ob also diese jetzt schon vielfach gestörte und aufgehaltene Entwicklung abreißt oder zum Ziele kommt, ist nicht zu sagen. Es bleibt nur der Wille und das Bemühen, aus dem Glauben an geistige Gestaltungskraft auf den Gang der Ereignisse einzuwirken. Dabei kann sich jeder gerne Illusionismus vorwerfen lassen. Die Menschheit hat die komische Angewohnheit, die Politik vom Erfinden auszunehmen. Während auf allen Gebieten der neue Gedanke, die glückliche Kombination, der technische Fortschritt in jedem Sinne höchstes Verdienst ist, soll er in der Politik größter Vorwurf sein, und stolz sehen die Beherrscher der alten Methoden auf alle herab, die sich um neue bemühen.

Zwischen dem Alten und Neuen steht Lord Robert Cecil, und von dieser Stellung her kommt auch das eigentümliche Zwielicht, das über seiner Persönlichkeit und seiner politischen Arbeit liegt. Er ist der unermüdlichste und freimütigste Vorkämpfer des Völkerbundes in Europa. Aber er ist beweglich genug, die Völkerbundssatzung, an deren Gestaltung er selbst hervorragend mitgewirkt hat, nicht für vollkommen zu halten. Das hat er oft deutlich erklärt. Er hat den Mißerfolg des Völkerbundes in so vielen Fällen erlebt: sein Garantiepakt ist ein etwas gewaltsamer Versuch, wenigstens in der Frage der Abrüstung wieder voran zu kommen. Eigentlich ist dieser Versuch sogar eine Flucht vor dem Völkerbund und seinen Fehlern. Das bringt auch in ihn die merkwürdige Zwiespältigkeit, wie sie seinen Urheber kennzeichnet.

Um das zu zeigen, muß der Inhalt des Vertragsentwurfes kurz geschildert werden. Grundlage des Vertrages ist ein allgemeines wechselseitiges Sicherungsversprechen unter der Voraussetzung allgemeiner gegenseitiger Rüstungsbeschränkung. Der schwierigste Teil der Aufgabe bleibt im Entwurf noch ungelöst, nämlich die Festsetzung der Gesichtspunkte und Methoden, nach denen diese Rüstungsbeschränkung erfolgen soll. Gerade hier hat aber die zuständige Kommission des Völkerbundes viel Vorarbeit geleistet, freilich ebenfalls keine Lösung gefunden. Solche Mitglieder des Garantieabkommens, die sich von einem anderen Staate bedroht fühlen, haben die Möglichkeit, mit Hilfe des Völkerbundsrates Sonderbündnisse abzuschließen, die ihnen besondere Hilfe etwa ihrer Nachbarn gegen den bedrohenden Staat zusichern. Liegt die Bedrohung darin, daß ein Staat, der am Garantiepakt teilnimmt, seine Rüstungen nicht pflichtgemäß einschränkt, so kann der Völkerbundsrat diese Verfehlung bei vorausgegangener Mahnung nach Ablauf von 6 Monaten feststellen und dann nötigen Falls Strafmaßnahmen gegen den vertragsbrüchigen Staat einleiten. Betreibt ein außenstehender Staat so große Rüstungen, daß sich ein Teilnehmer am Garantiepakt bedroht fühlt, dann kann zu dessen Gunsten der Rat ebenfalls einen besonderen Sicherungsvertrag gegen jenen Staat veranlassen. Kommt es zum Kriege mit einem Mitglied des Abkommens, so stellt der Völ-

bundsrat innerhalb 4 Tagen fest, wer der Angreifer ist, und wendet sich gegen ihn sogleich mit den schärfsten Maßnahmen bis zu seiner völligen Unterwerfung. Diese Maßnahmen selbst werden teils im Anschluß an die Völkerbundssatzung, teils nach neuen Methoden vorgesehen.

Man sieht sogleich, daß es nicht so geht, wenn die Völkerbundssatzung nicht gründlich umgeändert werden soll. (Vgl. den Artikel von Hans Wehberg über Cecils Projekt in der Berliner Volkszeitung vom 31. 5. Nr. 252.) Denn nach dieser Satzung kommen wirtschaftliche Strafmaßnahmen, wie sie der Cecil'sche Vorschlag übernimmt, erst zur Anwendung, wenn ein Staat entgegen den Vorschriften der Völkerbundssatzung kriegerisch vorgeht, also etwa, ohne die Ratsvermittlung abzuwarten. Es ist undenkbar, den Artikel 16, um den es sich hier handelt, innerhalb der Staatenorganisation, die der Völkerbund geschaffen hat, unter zwei ganz verschiedenen Voraussetzungen anzuwenden. Aber die Völkerbundssatzung hat bekanntlich in gewisser Weise das alte Problem des gerechten und ungerechten Krieges gelöst, nämlich indem sie den Unterschied zwischen gerechtfertigtem und ungerechtfertigtem Kriege geschaffen hat. Nach dem Cecil'schen Garantiepakt aber wäre jeder Krieg schlechthin für den Angreifer ungerechtfertigt und zöge die Sanktion der im Garantiepakt zusammengeschlossenen Staaten nach sich. Umgekehrt hat die Völkerbundssatzung ein Streitschlichtungsverfahren vorgeschrieben, das zwar an sich bedenklich aber dem Zustand völliger Willkür ebenso vorzuziehen bleibt, wie der starren, komplizierten Verhältnisse der politischen Wirklichkeit allzu kühn übersehenden Kriegsausschließungsmethode Lord Robert Cecils, die nur vorsieht, daß der Völkerbundsrat innerhalb vier Tagen den Angreifer feststellt. Aber nicht nur mit der Völkerbundssatzung, auch mit anderen bestehenden Verträgen kommt der Vorschlag in Konflikt. Denn nachdem die Völkerbundssatzung gewisse Sonderverträge zugelassen hat, könnte der Garantiepakt nur wirksam werden, wenn solche Bündnisse als aufgehoben gälten. Sonst käme zum Beispiel die eine Partei eines Defensivbündnisses dazu, als Teinehmer einer Sanktionsmaßnahme die andere angreifen und niederwerfen zu müssen. Nicht nur in diesem Punkt trifft den Entwurf ein Tadel, den Lord Robert Cecil selbst über das alte System gefällt hat: daß die Staaten, um Sicherheit für sich selbst zu schaffen, Gefahren für ihren Nachbarn schüfen. Andererseits sind diese Sonderbündnisse auch in der Entwicklung nach dem Kriege ein mit anderen Mitteln vorläufig nicht zu befriedigendes Bedürfnis. In dem gleichen Entwurfe, der diese Sonderbündnisse außerhalb des Garantiesystems vergißt, spielen Sonderbündnisse für außerordentlich gefährdete Staaten die größte Rolle. Insofern vermeidet das Projekt die Gefahr nicht, vor der in dem Bericht der betreffenden Kommission an die Völkerbundsversammlung letztes Jahr gewarnt worden war: daß solche Garantieabkommen nicht das alte Allianzsystem aus der Zeit vor dem Kriege wieder beleben. Hat doch die ganze Garantiepolitik, die von Frankreich in den Versailler Verhandlungen begonnen worden ist, mit dem Versuch angefangen, durch ein französisch-englisches oder französisch-amerikanisches Sonderbündnis die Sicherung Frankreichs zu erreichen. Es ist nicht zu viel gesagt, und wirft zugleich ein bezeichnendes Licht auf das ganze Problem, wenn behauptet wird, daß Lord Robert Cecils Entwurf nicht erdacht worden wäre, falls jene Sonderverträge ratifiziert und damit die französischen Befürchtungen beruhigt worden wären — die übrigens natürlich ebensowohl eine psychologische Tatsache wie ein politischer Trick sind. Dieser Hinweis auf die Bedeutung Frankreichs für jedes Garantieprojekt mag hier im Zusammenhang genügen.

Denn der ganze Umfang dieser Bedeutung zeigt sich erst bei dem Versuch, die Tatbestände, aus denen nach Cecils Projekt bestimmte Aktionen der Garanten-Staaten folgen sollen, näher festzustellen. Hier ist der bedenklichste Punkt des Entwurfes. Was ist Bedrohung? Was ist Angriff? Und welche „anderen Maßnahmen" außer übermäßiger Rüstung sind es, durch die sich ein Staat bedroht fühlen kann? Die Antwort auf alle diese Fragen liegt hier nur beim Völkerbundsrat; sie ist aber von größtem Einfluß. Denn wenn vom Rat eine Bedrohung anerkannt ist, braucht sich der bedrohte Staat keiner Rüstungsbeschränkung mehr zu unterwerfen, und wen der Rat zum Angreifer erklärt, der wird damit automatisch zum Verbrecher, gegen den es nur noch Strafmaßnahmen gibt. Daß Beschränkungspflichten, die ein Staat für seine Rüstung übernommen hat, nur für Friedenszeiten gelten, ist selbstverständlich. Es war die allgemeine richtige Ansicht der Kommission, daß kein Staat sich im Kriegsfalle Schranken bei der Ausnutzung seiner Wehrkraft auferlegen lassen werde. Aber schon dem als bedroht anerkannten Staate, wenn er doch Mitglied einer großen Garantiegemeinschaft ist, ein Moratorium für die Abrüstung zu geben, ist sehr bedenklich. Denn es führt notwendig, nachdem die erste Bedrohung verschwunden ist, zu neuen Verwicklungen, weil aus dem

vorherbedrohten, zur Abwehr übermäßig gerüsteten Staate nun ein bedrohender wird. Der Gedanke dieser Regelung stammt von Frankreich. Das ergibt sich z. B. aus dem Jouvenel'schen Zusatzantrag in der 5. Sitzung der Abrüstungskommission vom 14. 9. 22, der anscheinend diese Stelle des Cecil'schen Entwurfes erweiternd und verallgemeinernd, damit aber auch noch gefährlicher machend, verarbeitet hat.

Unbestreitbar hätte ein Garantieabkommen der gekennzeichneten Art den Erfolg, daß jeder Angriff zu gefährlich würde, um noch unternommen zu werden. Aber ebenso gefährlich würde Dank den unzulänglichen Bestimmungen auch jede Rechtssuche; denn es gibt kein Verfahren und keinen Weg außer dem des Völkerbundes, und wenn dieser versagt — was bekanntlich in seiner Satzung selbst vorgesehen ist — dann führt Lord Robert Cecils Entwurf in die Sackgasse. Man muß doch ganz klar erfassen, daß es zwar Aufgabe ist, den Rechtsweg für die Staaten, der jetzt auf die Straße der Gewalt zurückführt, bis zu Ende zu bauen, daß man aber nicht beide zugleich an irgendeiner Stelle absperren und für den Anrennenden nur eine möglichst starke Barriere aufbauen kann, — da es Tatsache bleibt, daß dort, wo die Rechtsmittel versagen, heute noch der Krieg als Rechtsersatz gilt. Kriegsverhütung, wie sie hier vorgeschlagen wird, bedeutet also unter Umständen, wie die Dinge einmal liegen, einfach Rechtsverweigerung. (Schluß folgt.)

Die neue Internationale.

Nach meiner Rückkehr vom Internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß, der vom 21.—25. Mai in Hamburg stattfand, war die Frage, die immer wieder an mich gerichtet wurde: Nun, glauben Sie, daß die Ergebnisse der Tagung sich in der Welt irgendwie fühlbar machen werden? Ja, vielfach fragte man ganz und gar skeptisch: Sind Sie nicht der Meinung, daß es auch diesmal wieder nur bei den schönen Resolutionen sein Bewenden haben wird? Meine Antwort auf diese Frage lautete: Ich gebe mich über die Wirkungen eines Kongresses niemals übertriebenen Hoffnungen hin. Bedürfte es nur der Zusammenkunft der Vertreter der Vernünftigen, Friedlichen, sozial Fühlenden aus allen Ländern, damit die Vernunft sich durchzusetzen vermag — um die Menschheit wäre es anders bestellt, als es tatsächlich der Fall ist. Gewiß stehen hinter der sozialistischen Internationale gesellschaftliche Kräfte, die schwer ins Gewicht fallen, man darf darüber aber die ungeheure Gewalt der Gegenkräfte nicht außer acht lassen, die unablässig für die Aufrechterhaltung des Bestehenden mit allen seinen Übeln, mit allen seinem Widersinn die fieberhafteste Tätigkeit entfalten.

Und besonders wenn man sich vor Augen hält, welches die charakteristische Note war, die diesen Kongreß auszeichnete, wird man nicht erwarten dürfen, daß durch ihn mit einem Schlage die Weltlage geändert werden könnte. Der Kongreß brachte vor allem ein einmütiges uneingeschränktes Bekenntnis zur Demokratie und eine ebenso einmütige unbeschränkte Ablehnung und Verurteilung der Methoden der Gewalt. Bei Verzicht auf Diktatur und Gewalt ist man aber nur auf geistige und moralische Waffen, das heißt aber ausschließlich auf Aufklärung und Organisation angewiesen — ein Weg, der zwar wesentlich sicherer und unendlich ökonomischer, dafür jedoch auch erheblich langsamer ist und keine weithin sichtbaren unmittelbaren Erfolge verheißt.

Sah man dem Hamburger Kongreß nicht mit Illusionen entgegen, denen sich weder dessen Veranstalter, noch die auf ihm versammelten Delegierten hingaben, so konnte er auch niemandem eine Enttäuschung bringen. Ganz im Gegenteil! Denn er erledigte die Aufgaben, die er sich gestellt hatte, in überaus befriedigender Weise. Sein Hauptzweck war die Schaffung einer neuen Internationale, die alle sozialistischen Arbeiterparteien, die sich nicht zur Moskauer Internationale bekennen, vereinigt. Diese neue Internationale, um deren Zustandekommen sich namentlich Friedrich Adler während der letzten Jahre so lebhaft bemühte, die herbeizuführen die von ihm geschaffene, zunächst als „zweieinhalbte Internationale" so sehr verlachte Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien einzig und allein anstrebte, sie ist nunmehr begründet und auf guter organisatorischer Grundlage aufgebaut. Und was die Reden anlangt, die auf der Hamburger Tagung gehalten wurden, so wurde in ihnen so ziemlich alles gesagt, was im gegenwärtigen Zeitpunkt gesagt werden konnte. Sie standen nicht nur auf einem sehr hohen geistigen, sondern auch auf einem ebenso hohen moralischen Niveau. Gleichviel ob man das glänzend zusammenfassende Referat über die internationale Reaktion von Otto Bauer oder die Referate über die wirtschaftlichen und politischen Probleme von Sidney Webb, Brailsford, Hilferding, Leon Blum — welch letzteres in seiner überzeugender Klarheit und seelischen Unmittelbarkeit den Höhepunkt des Kongresses bildete —

kritisch prüft, sie enthalten durchweg ausgezeichnetes Tatsachenmaterial und eine Fülle schlagender Argumente in vortrefflicher Formulierung.

Und was das allerwichtigste ist, es herrschte bei allen Rednern und Teilnehmern, welcher Nation sie auch angehörten, vollkommene Übereinstimmung sowohl in den Grundauffassungen, von denen sie ausgingen, wie auch in der praktischen Beurteilung der gegenwärtigen Lage. Es konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn die Schichten aus allen Ländern, die auf der Hamburger Tagung vertreten waren, über die ausschlaggebende Macht in der Welt verfügten, sämtliche Konflikte, die jetzt die Völker in Haß und Zwietracht gegeneinander treiben, ohne Schwierigkeiten zu allseitiger Zufriedenheit friedlich geschlichtet zu werden vermöchten. Man fühlte sich, wenn man Zeuge dieses internationalen Zusammenklangs von vernünftiger Einsicht und gutem Willen war, in eine Sphäre menschlicher Reife und wechselseitigen Vertrauens erhoben, wie sie in unserer aus den Fugen geratenen Zeit heute nirgends sonst als auf sozialistischen und pazifistischen Kongressen anzutreffen ist. Hier sprachen Menschen aus der wahren Erkenntnis der wirtschaftlichen und moralischen, der sozialen und internationalen Zusammenhänge heraus, Politiker, die die Interessen ihrer Volksgemeinschaft nicht ohne Rücksicht auf die der Völkergemeinschaft zu wahren bemüht sind, wodurch sie sich auf das vorteilhafteste von den noch immer an der Macht befindlichen Staatsmännern und Diplomaten unterscheiden, die vor allem, weil ihnen jedes Verständnis für die psychologischen Realitäten fehlt, alle idealen Bestrebungen gewaltsam unterdrücken zu müssen glauben.

Leider versagte, wie gewöhnlich bei derartigen internationalen Kundgebungen, auch diesmal die bürgerliche Presse aller Schattierungen beinahe wieder vollkommen. So sehr wiegt bei ihr die Rücksicht auf Sonderinteressen vor, daß sie diese nicht einmal den wahren nationalen Gemeinschaftsinteressen gegenüber zurückzustellen geneigt ist. Es wurden wohl ziemlich ausführliche Berichte über die Hamburger Tagung gebracht, aber zu einer ihrer Bedeutung entsprechenden Würdigung raffte man sich — von seltenen Ausnahmen abgesehen — auch nicht im bescheidestem Maße auf, was namentlich, soweit Deutschland in Betracht kommt, eine nicht genug zu beklagende Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit darstellt. Denn wenn es eine Macht in der Welt gibt, die dazu beitragen kann, der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu helfen, so ist es die Internationale der Arbeiterschaft. An sie gilt es darum anzuknüpfen, ihr gilt es beizustehen, wenn man wünscht, aus dem Chaos der Gegenwart herauszukommen.

Aber zu dieser Einsicht, daß sämtliche sozialen und nationalen Fragen nur international zu lösen sind, will man sich trotz aller blutigen Erfahrungen noch immer nicht durchringen. Statt dessen heißt es immer wieder, was nützen alle schönen Reden, die auf internationalen Kongressen gehalten werden, mögen sie auch wirklich so gut gemeint, so gediegen und inhaltsreich sein, wie behauptet wird — das was die gequälte und zerrissene Menschheit braucht, das sind nicht begeisternde Reden, sondern befreiende Taten. Darauf ist jedoch zu erwidern: Ja, ist denn die Einigung des weitaus überwiegenden Teiles der Arbeiterschaft der ganzen Welt auf ein gemeinsames Aktionsprogramm keine Tat, umsomehr wo wir wissen, daß hinter der Internationale des Proletariats heute bereits im raschesten Wachstum begriffene Massen aller übrigen Bevölkerungsschichten in sämtlichen Ländern der Erde stehen? Und gibt es eine zweite für den Frieden mit friedlichen Methoden wirkende Organisation von auch nur annähernd gleicher Stärke und Geschlossenheit in der Welt. Hat auch sie trotzdem noch nicht die Kraft, der Welt ihren Willen aufzuzwingen, berechtigt dies dazu die Tat, die die Schöpfung dieses einheitlichen zielklaren Massenwillens bedeutet, gering zu schätzen?

Was soll überhaupt dieser ewige Schrei nach der Tat, wenn man darunter nicht den Aufruf zur Gewalt versteht, den außer den Kommunisten gewiß keiner der skeptischen Kritiker an der neuen Internationale ersehnt. Gerade daß von sämtlichen Rednern dieses Kongresses das Gewaltprinzip mit so unbedingter Entschiedenheit abgelehnt wurde, daß sie unter dem lebhaftesten Beifall des gesamten Auditoriums übereinstimmend den vollkommenen Bankerott der Gewalt feststellen konnten, gerade hierin kommt eine höchst bedeutsame Tat der neuen Internationale zum Ausdruck, die nur der geringschätzen darf, der geistigen Ereignissen von vornherein jeglichen Wert abspricht. In Wirklichkeit wirkt sich darin aufs nachhaltigste jene Entwicklung des Sozialismus zum Pazifismus aus, die schon mit der vom prächtigen Elan Edo Fimmens beherrschten Haager Tagung der Gewerkschaftsinternationale so imposant einsetzte und von der für die Zukunft weit mehr zu erwarten ist, als von noch so praktischen Beschlüssen in Bezug auf aktuelle Einzelfragen.

Aber auch hinsichtlich der rein praktischen Arbeit war der Hamburger Kongreß keineswegs unfruchtbar. In den verschiedenen Kommissionen wurde nach dieser Richtung sogar recht Beträchtliches geleistet, was sich zweifellos noch als sehr nützlich bewähren wird. Es wurden organisatorische Maßnahmen beraten, durch die die Arbeiterschaft der einzelnen Länder künftig weit besser wechselseitig über ihre Leiden und Bedürfnisse, wie über die Gefahren, die aus ihrer Unterdrückung durch die internationale Reaktion erwachsen, informiert werden soll, die Gründung einer Interparlamentarischen Union aller sozialistischen Parteien ist in Bildung begriffen, auch ein Internationales Auswärtiges Amt des Weltproletariats steht nach dem Vorschlag von Otto Bauers in Erwägung — all das sind höchst aussichtsreiche Neubildungen, die natürlich Zeit brauchen werden, um zu gefestigten, leistungsfähigen Institutionen auszureifen, aber wie vorsichtig man auch urteilen mag und so wenig man sich verfrühten Hoffnungen hingeben soll, man muß doch sagen: hier liegen unleugbare Ansätze vor, die große Möglichkeiten eröffnen. Das Büro der neuen Internationale wurde nach London verlegt. Bei der Höhe, auf der sich augenblicklich die britische Arbeiterpartei befindet und bei dem starken Einfluß, den sie auf die Politik ihres Landes, besonders auf dessen auswärtige Politik hat, ist auch diese Wahl als eine sehr glückliche und verheißungsvolle zu begrüßen.

Einen so schönen Schritt nach vorwärts die Hamburger Tagung jedoch auch bedeutet, so ließ sie natürlich noch immer mannigfaltige höchst berechtigte Wünsche unerfüllt, und hier und da wurden von einzelnen Rednern auch Töne angeschlagen, die zeigten, daß ihnen die Strenge des internationalen Denkens noch immer nicht tief genug in Fleisch und Blut übergegangen ist, wie dies z. B. bei der Eröffnungssprache des sozialistischen Hamburger Bürgermeisters Stolten und beim Anfang der Rede von Vandervelde der Fall war. Aber wie desavouierte gerade der ganze weitere Inhalt des glänzenden Referats von Vandervelde die verunglückte Einleitung, mit welcher Entschiedenheit sagte sich dieser Mitunterzeichner des Vertrags von Versailles jetzt von diesem los, wie rücksichtslos verurteilte er die Ruhrexekution — eine Stellungnahme, die auf die Haltung Belgiens im weiteren Verlauf sicherlich nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Aber freilich, wenn ein internationaler Sozialistenkongreß im gegenwärtigen Augenblick in der unmittelbaren Nähe des Ruhrgebietes tagt, so ist die Erwartung begreiflich, er werde mehr bringen, als nur, wenn auch noch so wuchtige — moralische Proteste. Worin hätte dieses Mehr jedoch bestehen sollen? Etwa in der Ankündigung eines internationalen Generalstreiks, damit auf alle Regierungen ein so starker Druck ausgeübt werden kann, daß sie zu rascher Verständigung gezwungen sind? Wer vermag das Gelingen einer derartigen Aktion jedoch mit Sicherheit vorauszusagen? Und wenn sie mißglückt, ein wie schwerer Schlag wäre dies für die Arbeiterbewegung und mit ihr für die Friedensbewegung! Auch die Radikalsten müssen sich endlich klar darüber werden, daß nichts verhängnisvoller ist als — um ja nur zu handeln statt zu reden und zu organisieren — aus der Leidenschaft geborene Aktionen einzuleiten, für die die verfügbaren Kräfte nicht ausreichen. Man muß es gewiß bitter beklagen, daß die Arbeiterinternationale noch zu schwach ist, die Völkerbeziehungen in ihrem Geiste zu gestalten — gerade aus dieser Überzeugung heraus darf man aber nicht zu Handlungen drängen, die die allerstärkste organisatorische Unterlage zur Voraussetzung ihres Gelingens haben. Weit besser ist es, die Enttäuschung hinzunehmen, daß keine große Aktion beschlossen wurde, als durch eine angesichts der gegebenen Bedingungen zum Mißlingen bestimmte Aktion hinterher enttäuscht zu werden.

Der Kongreß hat in nüchterner Würdigung der Verhältnisse sicherlich das Richtige getan, wenn er vorerst seine ganze Kraft darauf konzentrierte, den festen Ausbau der neuen Organisation ruhig vorzubereiten. Und höchstens dies kann man ihm vorwerfen, daß er sich auch nach dieser Richtung zunächst mit zu bescheidenen Maßnahmen begnügte. Es reicht keineswegs aus, wenn sich die geeinigte Arbeiterschaft der Welt ein relativ kleines Büro schafft, in dem sie mit einigen wenigen Sekretären arbeitet — für die ungeheuren Aufgaben die einer derartigen Zentrale konvergenter pazifistischer Weltpolitik gesetzt sind, bedarf es von vornherein eines weitaus großzügiger angelegten Apparates. Die neue Internationale wäre berufen gegenüber dem Genfer Staatenbund einen wirklichen Völkerbund darzustellen und als solcher besonders solange die regste Aktivität zu entfalten, als die Genfer Institution infolge ihrer noch sehr unvollkommenen Anlage und Zusammensetzung nicht als demokratisches Völkerparlament wirken kann. Dazu ist jedoch vor allem erforderlich, daß die Weltorganisation der sozialistischen Hand- und Kopfarbeiter sich nicht auf gelegent-

liche in weiten Zwischenräumen tagende Kongresse beschränkt, sondern sich ähnlich wie der Völkerbund zum mindesten in einer Reihe von Kommissionen in Permanenz erklärt, daß sie an die Errichtung einer internationalen sozialistischen Telegraphenagentur schreitet, daß sie Gesandschaften in allen Ländern erhält, mit denen sie die regste Zusammenarbeit pflegt, um so Tag für Tag je nach dem Gebot der Stunde internationale Aktionen größten Stiles in der Weise durchführen zu können, daß immer gerade in dem Lande, wo eine energischere und zielklarere Betätigung im Interesse des Ganzen notwendig ist, diese nicht etwa an der Unentschlossenheit und Lauheit der dort wirkenden Funktionäre scheitert.

In dieser Beziehung hätte man von Moskau zu lernen, nur allerdings mit dem grundlegenden Unterschiede, daß man keinen autokratischen, sondern einen demokratischen Zentralismus anstrebt, nicht mit militaristischen, sondern mit pazifistischen Methoden eine gerechtere und vernünftigere Weltordnung herbeizuführen bemüht ist und so — statt den mörderischsten Bruderkampf zu entfesseln — den Solidaritätsgedanken in seiner ganzen erneuernden Tiefe zur Verwirklichung bringt.

Organisatorische Neuschöpfungen so umfassender Art lassen sich natürlich nicht im Handumdrehen aufbauen. Man muß es darum immerhin als erfreulich begrüßen, daß auf dem Hamburger Kongreß wenigstens Ansätze nach dieser Richtung zustande kamen, wenn man freilich auch nicht verschweigen darf, daß das Tempo, in dem der neue Weg beschritten wird, ein viel zu langsames ist, ja daß es die Triebkräfte der Geschichte selber sind, die auf ein weitaus größeres Maß von moralischer Schwungkraft, von revolutionärer geistiger Energie hindrängen, als sie bisher sowohl die Massen wie die Führer erfüllte. Der Geist, der die internationalen Kongresse beseelt, wirkt sich hernach bei weitem nicht lebendig genug in der sozialistischen Alltagspolitik der einzelnen Länder aus. Das ist der Punkt, aus dem sich nur allzuberechtigte Enttäuschung ableitet.

Da jedoch in allen Reden, die in Hamburg gehalten wurden, mit stärkerer Wucht als je vorher bei einer sozialistischen Tagung zum Ausdruck kam, daß die Wirtschaft nur im Sinne des Gemeinschaftswohles organisiert zu werden vermag, wenn der Rechtsgedanke in der Welt zur Herrschaft gelangt, und daß es die geistigen und moralischen Waffen sind, die sich auf die Dauer als die gewaltigsten Machtmittel erweisen, über die die Menschheit verfügt, so ist doch vielleicht auch in dieser Beziehung auf eine Wandlung zu hoffen und damit zu rechnen, daß die Sozialdemokratie international im wirtschaftlichen wie im politischen Kampf die geistigen und moralischen Waffen immer mehr zu vervollkommnen, immer besser zu gebrauchen, immer mehr in ihrer ganzen Bedeutung begreifen lernt.

Solidaritätsgefühl, Geist und demokratische Organisation gegen Sonderinteressen, Gewalt und autokratische Anarchie — bleibt die neue Internationale dieser Gesinnung treu und versteht sie es auch, dafür zu sorgen, daß sie fortgesetzt in der Alltagspolitik der einzelnen Länder ausschlaggebend wird, dann muß ihr die segensreichste Entwicklung beschieden sein. Denn so viel ist sicher, das Wort das Max Adler mitten im Krieg ausgesprochen hat, wird sich erfüllen: Der Sozialismus wird pazifistisch sein oder er wird überhaupt nicht sein.

Rudolf Goldscheid.

Wie für den nächsten Krieg gerüstet wird.

Von Dr. phil John Mez, New York.

Der nächste Krieg wird in der Luft entschieden werden, das Flugzeug ist die wichtigste Kriegswaffe geworden.

Täuschen wir uns nicht darüber: Trotz des Vorhandenseins des Völkerbundes und trotz der Washingtoner Abrüstungskonferenz sind die Rüstungen der Welt heute größer als vor dem Krieg. Es hat nur eine Verschiebung stattgefunden: Deutschland, Österreich-Ungarn und Bulgarien sind gezwungen worden, ihre Rüstungen zu vermindern, ihre Landheere sind von 894 135 Mann in 1913 auf rund 198 000 Mann in 1922, also um fast 700 000 Mann herabgesetzt worden; ihre Flotten sind fast verschwunden.

Im übrigen Europa aber ist nicht nur die Zahl der unter Waffen stehenden Soldaten viel größer als vor dem Krieg, sondern die neue Waffe, die Luftflotten vermehren sich so unheimlich rasch, daß die Menschheit eines Tages von einem Luftkrieg überrascht werden wird.

1913 waren in Europa 3 747 179 Mann unter Waffen, 1922 waren es 4 354 965, und dies obwohl Artikel 8 des Völkerbundpaktes besagt: „Die Mitglieder des Völkerbundes anerkennen, daß für die Sicherung des Friedens

eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf den niedrigsten mit nationaler Sicherheit zu vereinbarenden Punkt erforderlich ist." Die Abrüstung Deutschlands, hieß es, sei notwendig aus zwei Gründen: 1. um die Welt vor deutschen Angriffen sicherzustellen, und 2. um anderen Nationen zu ermöglichen, selbst abzurüsten. Dies ist nun leider nicht wahr geworden: trotz allen Elends in der Welt und trotz der schlechten Finanzlage aller Regierungen sind die Rüstungsausgaben ungleich höher als vor dem Kriege. Frankreichs Heer zählte 1922 736 261 Mann. Es ist größer als die Armeen von 13 anderen europäischen Staaten zusammen genommen! Von den Siegerstaaten hat nur Italien sein Landheer herabgesetzt, und zwar um rund 80 000 Mann gegen 1913.

Hingegen haben die kleineren Staaten Riesenheere: Polen hat 275 000 Mann unter Waffen, die Tschecho-Slovakei 160 000, Finnland 120 000 usw. Die drei Großmächte, Großbritannien, Frankreich und Italien haben heute 1 099 047, das übrige Europa 3 255 918 Mann.

Damit erschöpfen sich aber die Kriegsrüstungen nicht: im Zukunftskrieg ist weder die Zahl der Soldaten maßgebend, noch die Größe der Flotte, sondern das Luftschiff!

Schon zu Ende des Weltkrieges planten Amerika und England einen Riesenangriff aus der Luft: England hatte 240 Luftgeschwader im Bau, womit nicht nur ein großer Teil der deutschen Armee, sondern auch die Städte in Deutschland angegriffen werden sollten. Inzwischen ist die vernichtende Wirkung des Luft-Bombardements durch den technischen Fortschritt weiter entwickelt worden. Amerika besitzt eine 10-Tonnen-Bombe, die zehnmal größer ist als die größte im Krieg verwandte. Dazu ein Giftgas, das Lewisit-Gas, vor dem keine Gasmaske schützt. Geschwindigkeit und Radius der Luftschiffe haben sich in den letzten 4 Jahren verdoppelt. Der Flug von New York nach San Diego an der pazifischen Küste über den ganzen amerikanischen Kontinent hinweg ohne Aufenthalt, beweist, was im nächsten Kriege von Luftschiffen zu erwarten ist. In der New Yorker Wochenschrift „The Nation" erörtert M. W. Royse den Zukunftskrieg in der Luft. Frankreich, behauptet er, hat heute eine stärkere Luftflotte als das ganze übrige Europa zusammengenommen. Mit seinen 140 Luftgeschwadern mit 1160 Flugzeugen besitzt es eine viermal so große Luftflotte als England; mit seiner Reserve von 2800 Militär- und 1100 Zivilflugzeugen ist aber Frankreich zur Luft achtmal so stark wie Großbritannien. Während z. B. Amerika letztes Jahr nur 300 neue Militär-Flugzeuge in den Dienst gestellt hat, hat Frankreich deren 3300 erbaut. 1925 wird Frankreich 220 militärische Luftgeschwader mit 2000 Fahrzeugen besitzen, während England 1925 seine gegenwärtigen 38 Geschwader nur auf 47 vermehrt haben wird.

Italien gibt im Jahre 1923 unter Mussolini, der nebenbei auch Luftschiffahrts-Minister ist, 280 Millionen Lire für die Erbauung von 75 Luftgeschwadern aus. Selbst Polen und die Tschecho-Slovakei haben unter französischer Bevormundung 271 Geschwader erbaut! Auch Rußland rüstet gewaltig in der Luft. Japan baut nicht nur zur See mehr leichte Kreuzer, als alle Länder der Welt zusammen besitzen, sowie zahlreiche Unterseeboote, sondern auch eine militärische Luftflotte, die vielleicht einen größeren Fortschritt verkörpert, als er in irgend einem anderen Lande erzielt worden ist. Im letzten Jahre wurden in Japan für die Luftrüstungen allein 20 Millionen Dollar ausgegeben!

Ganz unvermerkt haben auch die Vereinigten Staaten eine Luftflotte von 53 Geschwadern aufgebaut, die die britische Flotte um mehr als 40 % übertrifft, so daß Amerika heute die zweitgrößte Luftflotte der Welt besitzt. Auch wird in der Regierungsfabrik in Baltimore Giftgas in großen Mengen erzeugt.

Eine Beschränkung der Rüstungen zur Luft wird sehr schwer durchzuführen sein, zumal da Flugzeuge für Passagier-, Post- oder Warenverkehr im Krieg ohne weiteres zu militärischen Zwecken verwendet werden können. Es ist daher eine der wichtigsten Aufgaben der Friedensbewegung, dem neuen Rüstungswahnsinn in der Luft erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Es müßten unbedingt neue internationale Vereinbarungen getroffen werden, wodurch wenigstens das Bombardieren von Städten und Handelsschiffen außerhalb der Kampfzone verboten würde. Am richtigsten wäre es allerdings, wenn die Massen der Völker sich mit aller Wucht gegen die neuerlichen Kriegsrüstungen überhaupt wenden würden, da der nächste Krieg so zerstörend wirken muß, daß er zweifellos den Untergang der Zivilisation bedeuten wird. Dies zu verhindern ist das Hauptziel der Friedensbewegung; hoffentlich erkennen die Völker rechtzeitig, daß gerade die Friedensarbeit Realpolitik im wahrsten Sinne bedeutet. Schon aus Selbsterhaltungspflicht sollte die Menschheit um den Weltfrieden bemüht sein.

Errichtet Lehrstühle für Friedenswissenschaft!

Die Forderung der Errichtung von Lehrstühlen für Friedenswissenschaft dürfte zunächst als etwas ganz und gar Verstiegenes erscheinen. Man wird fragen: welches soll denn der klar umschriebene Inhalt dieses neuen Forschungs- und Lehrgebietes darstellen? Nun, gerade die Beantwortung dieser entscheidenden Frage wäre am leichtesten. Den Inhalt der Friedenswissenschaft hätte auszumachen: die Lehre von den Kriegsursachen, den Kriegswirkungen und der Kriegsverhütung. Es handelte sich also um ein Gebiet ganz ähnlicher Art, wie dasjenige, welches von der Medizin bearbeitet wird. Der Krieg ist die gewaltigste Krankheit, der das Menschengeschlecht ausgesetzt ist. Was nützen alle Errungenschaften der Medizin, ja selbst die der Technik und aller äußeren und inneren Kultur, wenn wir damit rechnen müssen, daß immer verheerender wirkende Kriege das Fundament zerstören, auf dem wir stehen, ja daß durch die Fortschritte der Kriegstechnik schließlich die geistig und moralisch vorgeschrittensten Völker mit dem Untergang bedroht werden!

Erforschung der Kriegsursachen, der Kriegswirkungen, der Kriegsverhütung, das ist eine Arbeit von so grundlegender Bedeutung, mit so weitgreifenden Aufgaben, daß vereinzelte Lehrstühle dafür gar nicht ausreichten, daß große Institute gegründet werden müßten, die sich ausschließlich dieser dringend gebotenen Arbeit widmen. Mit ihrer Inangriffnahme würden sowohl Biologie und Psychologie, wie Soziologie und Ökonomie die ungeheuerste Erweiterung erfahren. Die Biologie würde sich zur Symbiologie und Synergetik ausgestalten, die Soziologie würde über die Erkenntnis der sozialen Bedingtheit des Individuums zu der der internationalen Bedingtheit der einzelnen Sozietäten hinausschreitend, zur Internationalistik reifen. Nach der letzteren Richtung sind übrigens auch schon bescheidene Ansätze in den jetzt allenthalben erstehenden Instituten für auswärtige Politik vorhanden — aber wie armselig müssen diese im Vergleich zu dem erscheinen, was in der Forderung des Ausbaues der Friedenswissenschaft nach Erfüllung ringt!

Und ist es nicht beschämend: die Kriegswissenschaft steht bereits in vollster Blüte — bei der Friedenswissenschaft hingegen wirkt sogar der neue Begriff noch allzu verblüffend. Es ist bezeichnend für das Ganze der menschlichen Mentalität, daß nichts allgemein mehr überrascht und verwirrt, als dasjenige, von dem man annehmen sollte, daß es wegen seiner Einfachheit und Selbstverständlichkeit unmittelbar einleuchtet. So kämpfe ich seit Jahren für die von mir geschaffene neue Disziplin der Menschenökonomie, die die Menschen dazu befähigen will, nicht nur mit den äußeren Gütern, sondern mit sich selbst, mit ihrem organischen Kapital so sparsam als irgend möglich umzugehen — und habe trotz einer Reihe von Schriften, die der Untersuchung dieses Grundproblems gewidmet sind, nicht mehr erreicht, als daß sich schließlich das bloße Wort „Menschenökonomie" durchgesetzt hat.

Und sicherlich wird es auch nicht leicht sein, der Friedenswissenschaft zur Anerkennung zu verhelfen und erst recht schwierig, ihr gewidmete Lehrstühle oder gar Forschungsinstitute durchzusetzen. Besonders bei dem Geist der Engherzigkeit, der heute die Mehrzahl der Universitäten beherrscht und angesichts des Umstandes, daß sich von den Universitäten wohl bereits technische Hochschulen und Hochschulen für Bodenkultur als selbständige praktische Lehr- und Arbeitsanstalten abgespalten haben, daß aber Hochschulen für soziale Kultur, Hochschulen für soziale Technik, so dringend notwendig sie zur Beherrschung des Lebensprozesses wären, noch nirgends zur Errichtung kamen.

Hier liegt eine breite Lücke in unserem Forschungs- und Bildungswesen vor. Mit der Menschenökonomie zusammen würde die Friedenswissenschaft der wichtigste Zweig derartiger Hochschulen für soziale Kultur darstellen. Ausbau der Friedenswissenschaft neben der voll entwickelten Kriegswissenschaft, Errichtung von Lehrstühlen und Forschungsinstituten zur Förderung der Erkenntnis der Kriegsursachen, der Kriegswirkungen und der Kriegsverhütung — an den Pazifisten vor allem ist es, dieses dringende Postulat in den Mittelpunkt ihrer Propaganda zu stellen.

Rudolf Goldscheid.

Mahatma Gandhi.

Von Romain Rolland.

(2. Fortsetzung).

Gegen drei Stände spricht sich Gandhi mit besonderer Bitterkeit aus: Gegen die Beamten, die Doktoren und die Professoren.

Die Stimmung gegen die letzteren ist begreiflich, denn sie sind diejenigen, die den Indern ihre Sprache und ihre Ideen genommen

haben. Schon dem Kinde zwingen sie die nationale Entwürdigung auf; sodann wenden sie sich nur an den Intellekt, sie wissen nichts vom Herzen, nichts vom Charakter. Und endlich verachten sie die Arbeit der Hände. Es ist ein wahres Verbrechen, diese rein literarische Erziehung eines Volkes, von denen 80 Prozent Bauern und 10 Prozent Industriearbeiter sind. — Der Beruf des Beamten ist unmoralisch; die indischen Gerichtshöfe sind ein Werkzeug der britischen Gewalt; sie schüren die Zwietracht zwischen den Indern; überhaupt fördern und vermehren sie in jedem Lande die Diskussionen und Streitigkeiten. Das Beamtentum lebt von einer sehr einträglichen Ausbeutung der schlechten Instinkte. — Von den Doktoren so erzählt Gandhi, daß er anfänglich für ihre Tätigkeit eingenommen war, daß er aber bald ihre Unanständigkeit erkannt habe. Die Medizin des Westens beschäftigt sich einzig damit, die Leiden des Leibes zu erleichtern, aber keineswegs, deren Ursachen auszurotten, die größtenteils von Lastern herrühren. Man könnte sogar behaupten, daß sie sie großzieht, denn sie bemüht sich, den Lasterhaften die Mittel an die Hand zu geben, mit einem Minimum an Gefahr ihren Begierden zu frönen. Sie trägt dazu bei, die Völker zu demoralisieren, zu verweichlichen mit ihren Rezepten der „schwarzen Kunst", 16) die eine heroische Disziplin des Körpers und des Geistes überflüssig erscheinen läßt. Diese falsche Heilkunde des Westens hat Gandhi oft gebrandmarkt mit einer jedes Maß übersteigenden Heftigkeit. Er stellt ihr die wahre präventive Heilkunst entgegen, der er eine seiner kleinen populären Schriften widmet: A Guide to Health (Weg zur Gesundheit). Es ist die Frucht einer zwanzigjährigen Erfahrung. Sie stellt ebenso eine Abhandlung über Moral, wie über Heilmittel dar: Denn „Krankheiten sind nicht nur die Folge unserer Handlungen, sondern auch unserer Denkart. Es ist verhältnismäßig leicht, Vorschriften zu geben, um den Übeln vorzubeugen", da ja alle Krankheiten denselben Ursprung haben, nämlich in der Vernachlässigung der natürlichen Gesetze der Hygiene. „Im Körper wohnt die Gottheit, halte ihn rein." — In den Vorschriften Gandhis steckt (wenn man von einigem Eigensinn in der Ablehnung erprobter Heilmittel absieht) viel gesunder Verstand, aber das Äußerste an moralischen Strenge. 17)

Doch das Herz der modernen Zivilisation — (eiserne Zeit; eisernes Herz) — ist die Maschine. Welch ein Scheusal, dieser Götze! Man muß ihn zerschmettern. Der heißeste Wunsch Gandhis wäre es, wenn der moderne Maschinismus vom indischen Boden verbannt würde. Einem befreiten Indien, das aber Erbe des englischen Maschinismus bliebe, würde er immer noch die Abhängigkeit des Landes von der englischen Produktion vorziehen.

„Noch immer besser, die Webwaren von Manchester zu kaufen, als in Indien die Fabriken Manchesters zu errichten. Ein indischer Rockfeller wäre um nichts besser als jener andere. Der Maschinismus ist die große Sünde; er versklavt die Völker . . und das Geld ist ebenso ein Gift wie geschlechtliches Laster . ."

„Aber wie, so fragen jene Inder, die von den modernen Ideen eingenommen sind, was wird aus Indien werden ohne Eisenbahnen, ohne Straßenbahnen, ohne die großen Industrien? — Hat es nicht vorher auch gelebt? lautet die Gegenfrage Gandhi's . . Seit Jahrtausenden bleibt Indien unerschütterlich allein, hoch über den wechselnden Wogen der Reiche. Alle anderen sind vergangen, Indien allein verstand sich seit Jahrtausenden zu behaupten durch Selbstzucht in der Erkenntnis des wahren Glücks. In dieser Beziehung können ihm die anderen nichts lehren. Indien wollte weder Maschinismus noch große Städte. Der antike Pflug, das Spinnrad, die althergebrachte einheimische Erziehung haben ihm seine Weisheit und seinen Wohlstand gesichert. Kehren wir zur Einfachheit der Ahnen zurück, — natürlich nicht plötzlich, nicht unvermittelt, sondern Schritt für Schritt, geduldig, jeder gebe ein gutes Beispiel . ."

———

Das lauert in der Tiefe seines Gedankens; und ist bedenklich. Es verneint den Fortschritt und fast auch die europäische Wissenschaft. 18) Diese mittelalterliche Anschauung trägt also in sich die Gefahr, von dem vulkanischen Ausbruch des menschlichen Geistes zerstört zu werden. — Doch wäre es

16) Man darf nicht vergessen, daß eine der schwersten Anklagen gegen die europäische Medizin sich gegen die Vivisektion richtet, „dieses schwärzeste Verbrechen des Menschen".

17) Insbesondere in Betreff der sexuellen Frage: Seine Strenge erinnert an das primitive Evangelium und an St. Paul.

18) Gandhi versucht, trotz seiner Feindschaft gegen die europäische Wissenschaft, die Notwendigkeit wissenschaftlicher Forschung und ihrer exakten Disziplin richtig einzuschätzen. Er bewundert die Hingebung und den Opfermut europäischer Gelehrter, die er wiederholt höher schätzt als die Taten frommer Hindus. Er achtet den Geist, er verurteilt nur die Wege, die dieser Geist genommen hat.

Aber trotz dieser Einschränkung tritt der Antagonismus klar zutage. Hier legt Tagore berechtigter Weise Verwahrung ein gegen den mittelalterlichen Geist Gandhis.

vielleicht klug, nicht zu sagen „des menschlichen Geistes" sondern „von einer Art von Menschengeist"; denn wenn man an die Symphonie des Weltengeistes glauben darf — (und ich glaube daran), so besteht ihre Harmonie aus vielen unterschiedlichen Stimmen, von denen jede ihren Part singt. Und unser junger Westen, vom Rhythmus fortgerissen, denkt nicht genügend daran, daß er nicht immer die Symphonie dirigiert hat, daß das Gesetz des Fortschritts Eklipsen erleidet, Gegenbewegungen und Wiederanknüpfungen, so daß die Geschichte der menschlichen Zivilisation im eigentlichen Sinne die Geschichte von Zivilisationen ist und daß jedesmal, wenn in einer einzelnen Zivilisation ein Fortschritt konstatiert wird (wechselnd, chaotisch, gebrochen, manchmal gehemmt), man doch nicht imstande ist, zu behaupten, daß dies den sicheren Fortschritt von einer großen Zivilisation zur andern bedeute. Aber ohne hier das Dogma vom europäischen Fortschritt diskutieren zu wollen, halten wir uns einfach an die Tatsache, daß die ganze gegenwärtige Strömung gegen die tieferen Absichten Gandhis gerichtet ist, — doch mögen wir deshalb nicht glauben, daß das Zukunftshoffen Gandhis daran scheitern kann. Das hieße den Geist des Orients schlecht verstehen. Golineau sagt: „Die Asiaten sind in allen Dingen viel zäher als wir. Sie harren Jahrhunderte, wenn es sein muß; und trotz so langen Schlafes verliert ihre Idee weder an Jugend noch an Kraft." Jahrhunderte erschrecken keinen Inder. Gandhi erwartet den Erfolg im Laufe dieses Jahres. Aber er erwartet ihn auch im Laufe einiger Jahrhunderte; keine Vergewaltigung der Zeit! Und wenn die Zeit sich verspätet, verspätet er sich mit. Und wenn ihm Indien noch nicht genügend vorbereitet erscheint, um die radikalen Reformen zu begreifen, die er dem Lande zumutet, so wird er seine Aktion dem Menschenmöglichen anzupassen verstehen. So kann man nicht erstaunt sein, diesen unversöhnlichen Gegner des Maschinismus im Jahre 1921 sagen zu hören:

„Ich werde den Maschinen, sobald sie verschwinden, keine Träne nachweinen; aber im Augenbicke habe ich nichts gegen sie vor . ." Oder: „Das Gesetz der vollendeten Liebe (ohne Ausnahme und ohne Einschränkung) ist das Gesetz meines innersten Wesens. Aber dieses endgiltige Gesetz erscheint vorläufig noch nicht als Ziel meiner politischen Maßnahmen: das hieße im Vorhinein sie zum Scheitern verdammen. Es hätte keinen Sinn, von den Massen zu erwarten, daß sie schon jetzt dieses Gesetz hochhalten. Ich bin kein Visionär, ich beanspruche blos, ein praktischer Idealist zu sein."

Übersetzt von Leo Gilbert, Wien.

(Fortsetzung folgt.)

Das Deutschland von heute.*)

Von Dr. Hellmuth von Gerlach-Berlin.

Seit lange habe ich die Überzeugung gewonnen, daß die eigentliche Quelle des Völkerhasses viel weniger die natürliche Bosheit der Völker oder bestimmter Völker ist, sondern vielmehr die Unkenntnis der Völker über einander und noch mehr die Vorurteile, in denen ein Volk gegen das andere erzogen und unterhalten wird. Ob die Schule oder die Presse eine größere Schuld an der Völkerverhetzung trägt, wird schwer zu entscheiden sein. Jedenfalls scheint mir, worauf es dem Bekämpfer des Völkerhasses, also dem Pazifisten, in erster Linie ankommen muß, das ist weniger die Verkündung von Theorien als die Verbreitung der Kenntnis von Tatsachen. Der französische Pazifist muß seine Landsleute über das wahre Deutschland, der deutsche Pazifist seine Landsleute über das wahre Frankreich aufklären. Wissen macht nicht bloß frei, Wissen macht auch vor allem pazifistisch.

In diesem Sinne ist das Buch Professor Lichtenbergers mit besonderer Genugtuung zu begrüßen. Es ist nur zum kleinsten Teil ein Buch der Meinung, es ist in aller erster Linie ein Buch der Tatsachen. Der Verfasser ist einer der besten französischen Kenner Deutschlands. Als Professor der deutschen Literatur an der Sorbonne hat er Bücher veröffentlicht über die Nibelungen und über Nietzsche, über Richard Wagner und Heinrich Heine, über Novalis und den Faust. Er ist nach dem Kriege nach Deutschland gekommen und hat mit Männern aller Richtungen gründlich gesprochen. Das Ergebnis dieser seiner Forschungsreise ist sein Buch über das heutige Deutschland, das den Stempel der Gründlichkeit des Gelehrten, der Exaktheit des Photographen und der Einsicht des Kulturpolitikers trägt. Einen besonders breiten Raum nehmen natürlich die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich vor dem Kriege, während des Krieges und nach dem Kriege ein. Die wirtschaftliche Seite des deutsch-französischen Problems findet ebenso Berücksichtigung wie die politische, die moralisch-kulturelle und die historische. Nicht bloß der Durchschnittsfranzose kann aus dem Buch unendlich viel lernen, sondern auch der Durch-

*) L'Allemagne d'aujourdhui dans ses relations avec la France par Henri Lichtenberger, Paris G. Crès et Cie. 1922.

schnittsdeutsche. Denn wenn man im allgemeinen beklagen muß, daß ein Volk vom andern zu wenig weiß, so ist damit noch lange nicht zugestanden, daß jedes Volk von sich selbst genug wisse. Es gibt kein besseres Mittel, sein eigenes Volk wirklich kennen zu lernen, als wenn man es in dem Spiegel eines objektiven Ausländers erblickt.

Die Carnegie-Stiftung, der wir die Herausgabe des Lichtenbergerschen Buches verdanken, und in deren Namen es der hochverdiente Baron d'Estournelles de Constant mit einer inhaltreichen Vorrede versehen hat, hat sich ein beträchtliches Verdienst mit dieser Publikation erworben.

Politische Glossen.

Die neue deutsche Note an die Alliierten unterscheidet sich trotz einiger sachlicher Mängel doch bereits vorteilhaft von der vorhergegangenen. Sie scheint auch eine günstigere Aufnahme in der Welt zu finden. Aller Streit dürfte sich jetzt in der Hauptsache nur noch um die französisch-belgische Forderung des Aufgebens des passiven Widerstandes als Bedingung des Beginns von Verhandlungen konzentrieren. Bei einigem guten Willen müßte sich aber auch über diese Frage eine Verständigung erzielen lassen. Wer zu beweisen wünscht, daß er einer Verständigung nicht prinzipiell abgeneigt ist, darf hinsichtlich keines Punktes Auseinandersetzungen aus dem Wege gehen. Frankreich besonders, das immer wieder das Sicherungsmoment in den Vordergrund rückt, muß einsehen, daß Deutschland sich mit dem Verzicht auf den passiven Widerstand nicht auf Gnade und Ungnade ausliefern kann. Auf der anderen Seite ist es die Pflicht Deutschlands, auch in Bezug auf den passiven Widerstand seinen guten Willen zu zeigen, indem es dieses reine Kampfmittel nicht sinnlos zum Selbstzweck zu übersteigern sucht.

Dem Recht zur Notwehr sind ganz bestimmte Grenzen gesetzt. Es erlischt deshalb, sowie irgendwelche Möglichkeiten gegeben sind, davon nicht mehr im Interesse der Selbsterhaltung Gebrauch machen zu müssen. Sich diese Möglichkeiten allein zu schaffen ist Deutschland außer Stande. Beharren also Frankreich und Belgien darauf, daß Deutschland sich vom passiven Widerstand lossage, damit man sich mit seinen Vertretern an den Verhandlungstisch setzen könne, so haben nunmehr die Alliierten dafür zu sorgen, Deutschland aus der Situation der Notwehr zu befreien, indem sie es in wirksamer Weise davor sichern, sich als völlig Wehrloser einem Willkürdiktat unterwerfen zu müssen. Ausreichender Schutz nach dieser Richtung ist nicht nur im Interesse Deutschlands erforderlich, sondern ebenso im Interesse des Friedens und des Wohles der Welt.

Derartige Sicherungen ausfindig zu machen, ist zweifellos ein durchaus lösbares Problem. Mit seiner Bewältigung wird ein weiterer Schritt von der zerstörenden Machtpolitik zur aufbauenden Sicherungspolitik getan sein. Angestrengteste geistige Arbeit an friedlicher Sicherungspolitik, das ist die große Kulturaufgabe, die der Gegenwart gestellt ist. Indem die neue Methode des passiven Widerstandes schließlich dazu führt, die Frage der Sicherungspolitik als die eigentlich entscheidende erkennen zu lassen, ist damit der Beweis erbracht, daß fortgeschrittene Mittel mit innerer Notwendigkeit auf die richtigen Ziele hindrängen. Man weiche darum jetzt Erörterungen über den Abbau des passiven Widerstandes nicht aus — gerade mit diesem Erörterungen kommen wir dem springenden Punkt des ganzen Konflikts, auch hinsichtlich des sachlich noch Trennenden, am nächsten. Und was das Allerwesentlichste ist: sie bereiten die Lösungen vor, die über den augenblicklichen Konflikt hinaus, dauernde Bedeutung behalten werden.

Die Garantiefrage ist der Zentralpunkt im ganzen Problemgefüge des Pazifismus. Garantien sind dasjenige, auf das vor allem der Schwächere angewiesen ist. Je mehr deshalb Frankreich betont, daß Deutschland bei Zusammenbruch seines passiven Widerstandes genötigt wäre, bedingungslos jedes Diktat Frankreichs anzunehmen, desto weniger darf es Deutschland gerechterweise zumuten, ohne entsprechende Garantien auf dieses Verzweiflungsmittel zu verzichten. Man gewähre Deutschland entweder durch die Gesamtbürgschaft der Alliierten oder durch den Völkerbund die entsprechenden Garantien gegen die Möglichkeit der Vergewaltigung — dann werden die demokratischen Massen in Deutschland dafür zu sorgen wissen, daß der passive Widerstand nicht eine Stunde länger zum Hindernis friedlicher Verhandlungen wird.

* * *

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund — liegt hier wirklich noch ein Problem vor? Deutschland braucht den Völkerbund, der Völkerbund braucht Deutschland — warum muß so viel Zeit vergehen, bis das Selbstverständliche Ereignis wird! Weil auch allerlei dagegen spricht? Aber wogegen lassen sich keine Bedenken vorbringen? Und wenn

man schon so sehr von Bedenken geplagt ist, wie kommt es, daß man sich so gar nicht von der Sorge beunruhigt fühlt, welche schweren Nachteile gerade mit dem Abseitsstehen verbunden sind. Im übrigen gibt es auch Verhältnisse, bei denen nichts weniger am Platz ist, als ein kühles Abwägen der Vor- und Nachteile — und um eine solche Situation handelt es sich in der Völkerbundfrage. Deutschland muß durch die Tat seines Beitritts das Bekenntnis zu der Idee ablegen, die im Völkerbund nach Verwirklichung ringt — gleichviel wie weit der Völkerbund hinter den Erwartungen zurückblieb, die an ihn geknüpft wurden und unbekümmert um die äußeren Formen, in denen seine Aufnahme sich zunächst vollzieht. Wenn man in der Welt voran sein will, dann gilt es den Mut aufzubringen, die neuen Wege, die sich eröffnen, mit größter Kraft und Entschlossenheit zu beschreiten. Und schließlich zeigt sich auch immer wieder: die energische Erfüllung der moralischen Notwendigkeiten ist zugleich die zuverlässigste, ertragreichste Realpolitik.

Gerade das Unverständnis für die moralischen Realitäten war es, das Deutschland zutiefst ins Unglück gestürzt hat. Zu lange hat man an der frivolen Spekulantenausrede: Mit Moral baut man keine Eisenbahnen! wie an einem Dogma festgehalten. Was in der Welt groß ist, ist aber moralisch fundiert. Was allein stets versagt hat, das war die Moralheuchelei. Und von dieser muß die Menschheit, muß namentlich die Politik genesen, wenn an ihr nicht alles, was wir noch an Kultur haben, zu Grunde gehen soll.

Gewiß, wir dürfen uns hinsichtlich des Völkerbundes keinen Illusionen hingeben. In seiner augenblicklichen Verfassung und Zusammensetzung ist er alles eher als eine moralische Institution. Er wird es aber auch nicht werden, wenn man Deutschland noch so weitgehende Rechte bei seinem Eintritt einräumt. Täuschen wir uns doch nicht darüber: auch das heutige Deutschland ist weit entfernt, eine moralische Institution zu sein. Kein Staat in der Welt ist es bisher. Und zwar deshalb, weil eben die internationalen wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Zusammenhängen so beschaffen sind, daß die Völker ihre Lebensnotwendigkeiten nicht ohne Zuflucht zu Gewaltmethoden zu befriedigen vermögen. Die Befreiung aus dieser Zwangslage herbeizuführen ist nur ein Völkerbund berufen. Wie unvollkommen deshalb der Völkerbund in seinen ersten Anfängen auch sein mag — alle Völker müssen in ihn hinein, schon weil sie mit ihrem bloßen Beitritt bereits seinen schwersten Mangel beseitigen: seine unvollständige Internationalität.

Ob der Völkerbund, wenn er erst wirklich alle großen Völker der Erde umfaßt und immer mehr in internationale Zusammenarbeit hineinwächst, weiter so rückständig wird bleiben können, wie er es bisher noch ist, darf als mehr als fraglich angesehen werden. Auch die einzelstaatlichen Parlamente ließen sich die längste Zeit als Instrumente der Reaktion mißbrauchen, schließlich war aber ihre Demokratisierung doch immer schwerer aufzuhalten und soweit es gelang, hatte dies nur darin seinen Grund, daß die Flucht vor der inneren Politik in die äußere die Möglichkeit gewährte, gestützt auf die zwischenstaatliche Anarchie alle großzügigen innerstaatlichen Reformen zu durchkreuzen. Einzig und allein mittels der nationalen Parole war in den letzten Jahrzehnten der Sieg der im mächtigsten Aufstieg begriffenen sozialen Parole zu verhindern. Ob, wenn der Völkerbund erst einigermaßen erstarkt, der Reaktion gerade dieses gefährliche Spiel nicht sehr erschwert werden wird — soll man darüber allzu pessimistisch sein, wo so überdeutlich zu erkennen ist, mit welcher Feindschaft die reaktionären Parteien in allen Ländern den Völkerbund zu sabotieren trachten.

Auch die Anhänger des Völkerbundes sehen den Völkerbund gewiß nicht durch eine rosige Brille, sondern so wie er ist, in seiner ganzen tragischen Unzulänglichkeit. Sie wissen, wie kläglich er im Ruhrkonflikt und in vielen anderen Fragen versagt hat, wie wenig sein antidemokratisches Wirken in Österreich geeignet ist, ihn populär zu machen, wie sehr er in Ungarn das Mörderregime Horthys begünstigt — aber sie wissen zugleich, daß er auf sozialpolitischem Gebiet auch bisher schon sehr ernste Arbeit leistete und sie wissen vor allem, daß es den Feinden des Fortschritts und des Völkerfriedens nicht mehr lange gelingen wird, den Völkerbund in das Gegenteil dessen zu verkehren, was seine natürliche Bestimmung ist. Schon geht namentlich aus England, in dem sich seit den letzten Wahlen der Einfluß der Linksparteien wesentlich gesteigert hat, eine mächtige Strömung aus, die einen neuen Geist in den Völkerbund hineinzutragen sucht. Vorläufig stößt dieses Bemühen allerdings noch auf den überlegenen Widerstand Frankreichs — aber stehen nicht auch in Frankreich Neuwahlen bevor und werden nicht ganz andere Möglichkeiten für die Entwicklung des Völkerbundes gegeben sein, wenn auch in Frankreich, wie es allseitig er-

wartet wird, die Wahlen mit einer wesentlich verstärkten Stellung der Linken abschließen?

Was aber speziell Deutschland anlangt, so muß es unter allen Umständen seine ganze Kraft darein setzen, sobald als irgend möglich, seine Aufnahme in den Völkerbund zu erwirken. Aus moralischen, aus wirtschaftlichen, aus politischen Gründen! Denn es ist seine ideelle Pflicht, ihm angehören zu wollen und es wird, wenn es ihm beschieden ist unter die Kontrolle des Völkerbundes zu kommen, noch immer am besten fahren, falls ihm dieses Schicksal als dessen Mitglied zuteil wird. Und ist nicht auch am ehesten zu erwarten, daß, wenn erst Deutschland seinen Beitritt vollzogen hat, Rußland und Amerika diesem Beispiel folgen? Und fördert Deutschland nicht den demokratischen Umschwung in Frankreich, wenn es durch seinen Beitritt die Position Englands im Völkerbund verstärkt. Und wird es nicht weit mehr von den Persönlichkeiten, die Deutschland in den Völkerbund delegiert, als von den formalen Rechten, die ihm gleich bei seinem Eintritt gewährt werden, abhängen, welche Rolle ihm in dieser Körperschaft zuteil wird!

Mehr Entschlossenheit, mehr Einheitlichkeit, mehr Idealismus und Kraft in der Völkerbundpolitik — das ist die große Losung für Deutschland im gegenwärtigen Zeitpunkt. Gewiß, es kann sehr wohl so kommen, daß vorübergehend gerade der Völkerbund zum mächtigsten Werkzeug der internationalen Reaktion wird, dennoch werden wir es auf Jahre hinaus zu büßen haben, wenn wir nicht erkennen, in wie entscheidendem Maße alle demokratische Innenpolitik in Deutschland davon bestimmt sein wird, ob es in seiner Außenpolitik die Bedeutung und namentlich die Entwicklungsmöglichkeiten des Völkerbundes richtig einschätzt.

* * *

Allenthalben kann man jetzt in Deutschland Worte der schwersten Enttäuschung darüber hören, daß trotz des Unrechts, welches das deutsche Volk von Frankreich zu erleiden habe, das erwartete Erwachen des Weltgewissens ausgeblieben sei. Verlangen aber diejenigen, die sich so stürmisch nach dem Erwachen des Weltgewissens sehnen, ebenso stürmisch nach einem Erwachen des deutschen Gewissens? Oder funktioniert etwa das deutsche Gewissen ohnehin schon völlig tadeslos? Die gleichgiltige Hinnahme der Willkürjustiz Bayerns, das Schweigen des Reichstags zum Skandal des Zuchthausurteils über Fechenbach, die Stumpfheit der öffentlichen Meinung hinsichtlich der seelischen Martern, mit denen ein Toller, ein Mühsam und zahlreiche andere politische Gefangene heimgesucht werden, die sträfliche Geduld, mit der man dem wüsten Treiben der nationalistischen geheimen Mörderorganisationen zusieht, ohne sich auch nur nachhaltiger über die lässige Untersuchung aufzuregen, die nirgends bis zu den eigentlichen Drahtziehern vordringt, die unbestreitbare Tatsache, daß die Hauptschuldigen am Krieg, genau wie die Hauptschuldigen im Krieg nach wie vor die größte Rolle im politischen Leben spielen, daß die Ludendorff, Helfferich und Konsorten nicht zum mindesten gezwungen sind, sich ins letzte Mauseloch zu verkriechen, die Steuerscheu der Besitzenden, der mangelnde Opfersinn des Großkapitals, wie er sich in dem bloß auf neue Gewinne ausgehenden Garantieangebot der Industrie so unverhüllt manifestierte — alle diese höchst aufreizenden Erscheinungen weisen jedenfalls nicht darauf hin, daß die Empfindlichkeit des deutschen Gewissens in allen Schichten des deutschen Volkes stark genug ist. Auch darin zeigt sich das deutsche Gewissen als weitaus zu wenig sensibel, daß man es in Deutschland vielfach keineswegs liebt, an selbstbegangenes Unrecht erinnert zu werden. In derartigen Mahnungen erblicken besonders die Nationalisten ganz im Gegenteil stets bloß ein „Beschmutzen des eigenen Nestes".

Aber ist man befugt, sich maßlos über fremdes Unrecht zu entrüsten, wenn man für das eigene keinerlei Gefühl hat? Diese Frage führt uns zu dem Punkt, an dem die Auseinandersetzung mit dem Nationalismus zur brennendsten Kulturangelegenheit unserer Zeit wird. Denn mit der Entscheidung über Nationalismus oder Internationalismus ist nur die politische Oberfläche des großen geistigen Problems berührt, um das es sich beim nationalistischen Denken handelt. Dessen tiefster Mangel besteht darin, daß es keine Einheitlichkeit der sittlichen Wertmaßstäbe anerkennen will. Wie wäre eine exakte Naturwissenschaft, wie wäre eine leistungsfähige Technik möglich gewesen ohne Einheitlichkeit der quantitativen Maße! Der Nationalist hingegen will es nicht gelten lassen, daß an sein Volk derselbe Maßstab angelegt wird, an dem er die anderen bewertet. Damit zerstört er aber die Grundlage nicht nur der politischen, sondern auch der moralischen und schließlich jeder Verständigung überhaupt.

Moralische Entrüstung ist etwas sehr Schönes, aber sie muß seelisch entsprechend fundiert sein. Man darf sich nicht auf den Standpunkt des sacro egoismo stellen, in Variation eines berühmten Wortes erklären: Wir Deutschen kennen uns und sonst nichts auf der

Welt! — und dann trotzdem verlangen, die ganze Welt möge das uns angetane Unrecht fühlen, als ob es sie selbst betroffen hätte. Gewiß, was der französische Militarismus an Deutschland verübt, ist verwerflich im höchsten Maße. Die zahllosen von Haus und Hof vertriebenen Familien im besetzten Gebiet, die schweren Strafen, mit denen die Militärgerichte vorgehen, die Verhängung und Vollstreckung von Todesurteilen an irregeleiteten Desperados, die furchtbare Härte der Repressalienpraxis, die nicht vor der Marterung Unschuldiger zurückscheut, um hiermit die Verfehlungen unfaßbarer Schuldiger zu sühnen — es erschüttert im Innersten derartige Mißachtung der Menschlichkeit miterleben zu müssen. Aber nur wem Menschlichkeit das Höchste ist, nur wer in ihr unser kostbarstes ideelle Gut verehrt, wer von barbarischen Kampfmitteln und dem gesetzlichen Mord der Todesstrafe überhaupt nichts wissen will, gleichviel von welcher Seite sie zur Anwendung gelangen, nur der darf empörte Klage erheben, nicht jedoch diejenigen, die sich nicht genug darin tun können, alle Menschlichkeit als Sentimentalität zu verspotten und mit Füßen zu treten.

Der Nationalist, der egoistische Machtpolitiker muß endlich unzweideutig Farbe bekennen: ist er für Menschlichkeit, ist er für Moral als letzte Instanz auch in den Völkerbeziehungen, ist er für Gerechtigkeit und Liebe oder ist er es nicht? Mit dem Recht und der Menschlichkeit ist es nicht so, daß man sie anrufen kann in der Not und verleugnen darf in der Macht. Unser heiliges Recht — wo berufen sich darauf nicht gerade die Nationalisten am lautesten, und wie schwach ist es um die Macht des Rechtsbewußtseins in ihnen bestellt. Nicht einmal dazu reicht es aus, ihre eigenen Nationsgenossen vor wirtschaftlicher wie politischer Vergewaltigung zu schützen. Ja sehen wir es nicht in allen Ländern, daß sich die helle Wut der Nationalisten in erster Linie gegen diejenigen ihrer Mitbürger richtet, die ein lebendiges Stück jenes angeblich so heiß ersehnten Weltgewissens sind.

Wie wilden Angriffen, die in Einzelfällen bis zu blutigen Mißhandlungen führen, sind in Frankreich die mutigsten Vorkämpfer des Rechts, die Leon Blum, Victor Basch, Emile Kahn, die Marc Sangnier, Moutet, Violette und zahlreiche andere Pazifisten und Sozialisten ausgesetzt, die Tag für Tag von neuem aufs schärfste gegen die Gewaltpolitik ihrer Regierung protestieren. Trotzdem sucht man in den Reden und in der Presse der deutschen Nationalisten vergebens nach einem Wort der Anerkennung dieser Helden des Rechtsgedankens und der Menschlichkeitsidee. Ganz im Gegenteil! Sie werden von den deutschen Nationalisten nicht minder beschimpft als von den französischen. Verstieg sich doch die „Deutsche Zeitung" kürzlich sogar dazu, nach dem Staatsanwalt gegen die deutschen Sozialisten zu rufen, zu fordern, sie müßten wegen Landesverrat angeklagt werden, weil sie an dem Hamburger Sozialistenkongreß teilgenommen haben — an jenem internationalen Kongreß, bei dem das erwachte Weltgewissen seinen bisher mächtigsten und einmütigsten Ausdruck fand.

Ist eine schlimmere Heuchelei, eine größere moralische Verirrung denkbar als sie in dieser ganz und gar vaterlandsfeindlichen Haltung des führenden Organs der Alldeutschen in Erscheinung tritt? Und dieselben Alldeutschen, die es als Verbrechen brandmarken, wenn Deutsche sich mit Franzosen zusammensetzen, um gemeinsam für die Herrschaft des Rechts in der Welt einzutreten — wie nachsichtig beurteilen sie die infamen Komplotte, die ihre Gesinnungsgenossen — obendrein in französischem Sold — gegen das eigene Vaterland schmieden. Offenbart nicht der Sumpf, der im Münchener Hochverratsprozeß aufgedeckt wurde, auch den Verblendetsten, was sich alles an entartetem Verbrechertum unter der täuschenden Maske vaterländischer Begeisterung verbirgt? Und hat sich nicht ebenso in Frankreich gezeigt, daß die rasendsten chauvinistischen Schreier ihre vergiftende Völkerverhetzung im Dienst einer weitverzweigten monarchistischen Verschwörerbande besorgen!

Aber freilich, die deutschen Nationalisten suchen ihre Agitation gegen die Pazifisten der ganzen Welt damit zu rechtfertigen, daß sie auf deren Ohnmacht hinweisen, und gestützt hierauf behaupten, Deutschland würde einzig und allein aus eigener Kraft zu seinem Recht gelangen können. Aber welche andere Kraft kann dies heute sein als die moralische Kraft? Auf diese moralische Kraft bauen diejenigen, die Deutschland gegenwärtig in seiner Not zur Seite stehen. Ihr Einfluß wird darum um so rascher wachsen, je stärker Deutschlands moralische Kraft sich unzweideutig in seinem ganzen politischen Leben dokumentiert.

Es ist nämlich garnicht wahr, daß das erwartete Erwachen des Weltgewissens völlig ausgeblieben ist. Der Umschwung, der sich in England unter dem Druck des Sieges der Arbeiterschaft bei den letzten Wahlen vollzogen hat, er macht sich, so sehr er gewiß zugleich wirtschaftlich und politisch bedingt ist, bereits als eine Art erwachtes Weltgewissen geltend. Und wenn das gewandelte

England, angesichts des Beiseitestehens Amerikas, auch nocht nicht über die Machtmittel verfügt, um den im Krieg groß gewordenen Imperialismus Frankreichs auf friedlichem Wege zum Einlenken zu veranlassen, so hat doch sein moralischer Einfluß schon zur Folge, daß der französische Imperialismus im eigenen Land auf täglich wachsenden Widerstand stößt, daß auch in Frankreich das erwachende Weltgewissen unaufhaltsam auf dem Marsche ist.

Seien wir uns deshalb klar darüber: Das Weltgewissen wird sich umso lebendiger entwickeln und zu umso größerer Macht aufsteigen, einen je gewaltigeren Zustrom es aus dem Erwachen des deutschen Gewissens erhält. Diejenigen, die es mit der tiefsten Inbrunst zu erwecken suchen, tragen so am meisten dazu bei, daß Deutschland aus eigener Kraft wieder zur Freiheit und Blüte gelangt.

Alle unsere wirtschaftlichen Leistungen, alle unsere politischen Bemühungen werden zur Erfolglosigkeit verurteilt bleiben, solange diejenigen Persönlichkeiten verfehmnt und verfolgt werden, die das Weltgewissen in Deutschland repräsentieren. Daß, um nur den Namen eines konservativ Gerichteten zu nennen, ein Mann wie Friedrich Wilhelm Foerster bloß fern von der Heimat sein edles Deutschtum betätigen kann — das ist, mag man in Vielem auch ganz anderer Anschauung sein als er, ein unverkennbares Symptom dafür, daß Deutschland nicht auf der Höhe seiner moralischen Aufgabe steht. Deutschland müßte es als Ehre empfinden, Bürger zu besitzen, die mit jeder Faser ihres Herzens bemüht sind, auch dem Gegner Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Denn in Wirklichkeit ist der der echte Patriot, der immer von neuem prüft, ob das Volk, dem er angehört, auch an dem höchsten sittlichen Maßstab gemessen, vor dem Gericht der Geschichte bestehen kann.

Deutsches Gewissen entfalte Dich — und das Weltgewissen wird sich mit Dir entfalten!

R. G.

Ein Briefwechsel zwischen französischen und deutschen Pazifisten.

An die deutschen Pazifisten.

Offener Brief von Professor Emile Kahn, Paris, (abgedruckt in der „Ere Nouvelle" am 18. Mai 1923).

Liebe Freunde! Ihr kennt uns, Ihr zitiert uns, wenn Ihr von den pazifistischen Anstrengungen der französischen Demokratie sprecht, wie wir Euch zitieren, wenn wir Frankreich den Friedenswillen der wahren deutschen Demokraten zeigen wollen.

Gemeinsam haben wir die schwere Aufgabe der Annäherung unserer beiden Völker übernommen, die eine Bedingung für die Beruhigung Europas ist. Seit die Ruhrbesetzung dazwischen gekommen ist, die unsere gegenseitige Arbeit erschwert und von neuem Haß in beiden Ländern sät, habt Ihr Euch angestrengt, zu verhindern, daß der Widerstand bewaffnet wird; wir unsererseits haben nicht aufgehört, die Ungerechtigkeit der militärischen Gewalt zu verurteilen.

Wir gehorchen beide derselben geistigen Einstellung, demselben Gewissenszwang. Wir sehen eine Zukunft von Blut und Ruinen, die die nationalistische Politik unsern beiden Ländern bereiten wird. Wir wenden uns gegen diese Politik, um den Blinden die Augen zu öffnen, um die Schlafenden zu wecken, die sorglos dem Abgrund zulaufen, weil wir unsere Vaterländer, die noch vom letzten Krieg bluten, der gänzlichen Vernichtung entreißen möchten, der sie ein neuer Krieg aussetzt. Wir sind alle beide Idealisten und Realpolitiker, Internationalisten und Patrioten, eine nahe Zukunft wird uns recht geben, denn es gibt von jetzt an kein Heil mehr für die Vaterländer als durch internationale Verständigung.

So streben wir auf beiden Seiten der Grenzen nach einer friedlichen und schnellen Lösung des Ruhrkonflikts. Wir wollen eine gerechte und definitive Regelung der Reparationen mit wirklichen Garantien für den Schutz beider Länder gegen einen Krieg. Ihr habt auf Eure Regierung gedrückt, damit sie annehmbare Vorschläge mache. Wir haben von unserer verlangt, daß sie zu Verhandlungen bereit sei.

Aber im Augenblick, wo unsere gemeinsamen Anstrengungen endlich Erfolg versprachen, wo Aussicht auf neue normale Beziehungen zwischen beiden Völkern sich zeigte, zerbricht unsere Hoffnung, nicht nur an dem bösen Willen unserer Regierungen, sondern auch an der Schwierigkeit, uns selbst zu verstehen.

Ich brauche hier nicht Kritik an den deutschen Vorschlägen vom 2. Mai zu üben. Ihr habt selbst in Eurer ganzen Presse den arroganten Ton gerügt und den schwächsten Punkt herausgegriffen: das Fehlen jeder wirklichen Garantie für die Reparationszahlungen. Aber die deutsche Note verletzt noch an zwei andern Stellen das Gefühl aller Franzosen: bei den Garantien für die Sicherheit, bei den Sanktionen und Pfändern. Es wäre für uns eine bittere Enttäuschung, Euch in diesen beiden Punkten im Einverständnis mit Eurer Regierung zu sehen, wie ein Artikel von Breitscheid in der „Europe Nouvelle" glauben macht. *)

Um die Sicherheit unserer beiden Länder zu garantieren, bietet Eure Regierung einen Schiedsgerichtsvertrag an. Breitscheid beginnt damit, unannehmbare Lösungen zu verwerfen, wie Abtretung deutschen Gebietes, Internationalisierung des Rheinlands und seine veränderte Staatsform innerhalb des Reichs.

Was schlägt er vor? Deutschland soll noch einmal ausdrücklich die Verpflichtungen anerkennen, die die Artikel 43—44 des Friedensvertrags ihm auferlegen, und nach denen es keine Truppen noch Festungen auf dem linken Rheinufer haben darf, ebensowenig in einer 50 Kilometerzone auf dem rechten Ufer.

Wir sind mit Euch einverstanden, jene offene oder versteckte Annektion zu verwerfen, auch jede Zerstückelung Deutschlands. Wir weisen sie auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker zurück. Wir weisen sie zurück im Namen des Friedens, der immer zerbrechlich ist, wenn er Nationen verletzt. Wir

*) In Nr. 8 der „Glocke" setzt sich Breitscheid mit den Argumenten, die im Folgenden gegen ihn vorgebracht werden, kritisch auseinander.

weisen sie zurück um der Ruhe Frankreichs willen, das durch Irredentismus nichts zu gewinnen hat.

Aber der Vorschlag Breitscheids gewährt uns keine Sicherheit. Die betreffenden Artikel des Friedensvertrags hat Deutschland schon anerkannt. Wenn das Versprechen von gestern durch ein neues Versprechen garantiert werden muß, wieviel Versprechen brauchen wir in der Zukunft, um das von heute zu garantieren?

Ich weiß, daß Breitscheid wie die deutsche Regierung außerdem einen Pakt vorschlägt, der den Frieden für hundert Jahre verspricht.

Liebe Freunde, wir müssen es Euch mit voller Offenheit sagen: die Völker glauben nicht mehr an Versprechen ohne Garantien; das französische Volk nicht mehr an deutsche Versprechungen seit 1914 und der Verletzung der belgischen Neutralität.

Die, die Euch kennen, deutsche Pazifisten und Sozialisten, wissen, daß Ihr Euer Wort haltet. Der Frieden würde die sicherste Garantie haben, wenn Ihr die Macht hättet. Aber selbst, wenn Ihr heute die Herrschaft hättet, wer versichert uns, daß Ihr sie hundert Jahre behaltet? Wenn Ihr von einer Bismarckregierung gestürzt werdet, die bereit ist, diesen neuen „Fetzen Papier" zu zerreißen, was könntet Ihr anders tun als mit uns nach Frieden rufen, das Unglück vergeblich beschwören und die Arme ohnmächtig zum Himmel strecken?

Die Kundgebung des Deutschen Friedenskartells vom April hat andere Vorschläge gemacht: die Entmilitarisierung des Rheinlandes soll unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden, und Deutschland soll in den Völkerbund eintreten.

Jawohl, im Völkerbund finden wir die einzige Garantie des gemeinsamen Friedens. In einem durch Deutschland erweiterten Völkerbund, der die Vereinigten Staaten von Europa darstellt. In einem, wenn es notwendig ist, bewaffneten Völkerbund, dessen Bewaffnung die Kontrolle und die Ausführung seiner Entscheidungen durchsetzen kann.

Stellen sich unsere Regierenden den entgegen — unsere Völker werden es nicht tun, sie werden die Flamme des Idealismus und der Hoffnung wieder entzünden, die Wilson in den Herzen entzündet hatte.

Was die Pfänder und Sanktionen anbetrifft, so verlangt die deutsche Note „daß die gewaltsame Ergreifung von Pfändern und die Anwendung von Sanktionen künftig unterbleiben". Breitscheid verlangt mit derselben Deutlichkeit „daß es keine Sanktionen von Seiten der Alliierten oder einer einzelnen Macht geben dürfe".

Vom ersten Tag an haben wir gegen die Ruhrbesetzung protestiert: wir sind weder bereit, sie zu billigen noch sie zu verlängern. Aber wie sollten wir zulassen, daß, wenn die Ruhr geräumt wird und jede künftige Sanktion fortfällt, Eure Regierung nach Belieben ihre Versprechungen halten kann oder nicht?

Es gibt zwischen Privatleuten keinen Kontrakt, der nicht Sanktionen vorsieht. Warum sollten die Staaten sich diesem allgemeinen Gesetz entziehen? Sie haben dieses traurige Vorrecht gehabt: Das Faustrecht machte vor der französischen Revolution aus Europa eine Gesellschaft von Räubern. Später haben Staatenlenker wie Napoleon und Bismarck Reiche willkürlich aufrichten können. Verurteilt von allen denen, die menschlich denken, hat ihr Werk ein schlechtes Ende genommen. Alle gegenwärtigen Leiden Deutschlands und das Elend Europas kommen durch Rechtsverletzungen und dadurch, daß die Herrscher noch 1914 sich über die allgemeingültige Moral hinwegsetzten.

Unser Ideal wie das Eure ist, den Staaten die gleichen Verpflichtungen aufzuerlegen wie den Einzelpersonen. Jede organisierte Gesellschaft stützt die Achtung vor dem gegebenen Wort auf die Macht der Polizei. Anstatt sie zu vernichten, richten wir zwischen den Staaten den Gebrauch von Pfändern und Sanktionen ein: das ist besser als Krieg.

Unser Protest gegen die Ruhrbesetzung bezieht sich nicht auf das Pfand an sich, sondern auf die Pfändernahme allein durch den Gläubiger. Höchster Grundsatz ist, daß man sich nicht selbst Recht verschafft. Es ist kein Recht, wenn der Stärkere einfach den Schwächeren zwingt. Aber es wäre auch kein Recht, wenn die Ausführung von Verträgen nur vom guten Willen der Vertragschließenden abhinge.

Sanktionen und Pfänder müssen also beibehalten werden, aber zur alleinigen Verfügung einer Macht internationaler Gerechtigkeit. Auch hier liegt die Lösung beim Völkerbund. Wir mißtrauen diesen Kommissionen von Geschäftsleuten, denen die deutsche Note Vollmacht in der Reparationsfrage geben will. Wie könnt Ihr Sozialisten diese dem Völkerbund vorziehen?

So sind die Einwände, denen die Vorschläge Breitscheids bei uns begegnen. Wir bitten Euch darüber nachzudenken und abzuwägen. Mehr als je davon überzeugt, daß wir gemeinsam den Ruhrkonflikt regeln müssen, und daß eine Einigung über den Völkerbund möglich ist, bitten wir Euch, ihm zu vertrauen oder vielmehr Vertrauen zu unserm gemeinsamen Programm einer internationalen Organisation zu haben.

Das schlimmste Unglück wäre, wenn ein dauerndes Mißverständnis uns hier glauben ließe, daß Ihr deutschen Pazifisten, Euch an die vergeblichen Vorschläge des Kabinetts Cuno klammert. Dann würden diejenigen bei uns triumphieren, die immer wieder sagen, daß die Deutschen sich alle den Reparationsverpflichtungen entziehen wollen, um einen Revanchekrieg vorzubereiten. Beiden Völkern bliebe dann nur noch die Bewaffnung übrig.

Antwort des deutschen Friedenskartells.

An die französischen Pazifisten.

Liebe Freunde! In der „Ere Nouvelle" vom 18. Mai ist aus Euren Reihen uns deutschen Pazifisten die Frage gestellt worden, wie wir uns die Beschaffung von Garantien für die Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen und für die Sicherung Frankreichs gegen deutsche Revanchegelüste dächten, wenn die bisherige Methode der Sanktionen und der Pfänder mit willkürlichen Eingriffen in deutschen Territorialbestand, in deren Verwerfung wir ja mit Euch einig sind, ausgeschlossen sein soll. Es ist der Vorschlag gemacht worden, beide Arten von Garantien durch den Völkerbund zu beschaffen, und wir sind aufgefordert, uns darüber zu äußern.

Der offene Brief bietet einen willkommenden Anlaß uns auszusprechen. Unsere Gedanken begegnen sich. Wir haben auf unserem Kongreß in Leipzig Anfang Oktober vorigen Jahres einstimmig beschlossen, den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund zu fordern, und wir haben, wie auch in der „Ere Nouvelle" zitiert ist, schon in unserer Kundgebung vom 11. April die Frage der Sicherungen in Verbindung gebracht mit der Kontrolle deutscher Verpflichtungen durch den Völkerbund und mit Deutschlands Beitritt zu ihm.

Wir sind der Überzeugung, daß die gewalttätigen, von der Partei des Gläubigers willkürlich verhängten Sanktionen, die keinen wahren Frieden aufkommen lassen und die jetzt in der von uns gemeinsam verurteilten Ruhrbesetzung gipfeln, nur beseitigt werden können, wenn sie ersetzt werden durch Übertragung der Entscheidung über etwa zu treffende Maßnahmen an eine mit allen Garantien der Unparteilichkeit ausgestattete Instanz, und eine solche wird kaum

anders geschaffen werden können als in einem seiner Aufgabe gerecht werdenden Völkerbund oder doch eingesetzt unter dessen Mitwirkung. Die Maßnahmen müßten freilich im Rahmen der Befugnisse bleiben, die der Völkerbund überhaupt gegenüber seinen Mitgliedern in Anspruch nimmt.

Wir sind ferner der Überzeugung, daß die Frage der gegenseitigen Sicherung, gegen Revanchekrieg einerseits, gegen Mißbrauch militärischer Machtmittel andererseits, nur gelöst werden kann, wenn beide Mächte für ihr gegenseitiges Verhalten die Satzungen des Völkerbundes anerkennen und, über die heutigen Satzungen hinaus, noch die unbedingte Verpflichtung eingehen, sich einer gerichtlichen oder schiedsgerichtlichen Entscheidung, ebenso einer im Völkerbund erst noch auszubauenden unparteiischen Vermittlung unter allen Umständen zu unterwerfen.

Die deutschen Pazifisten werden sich gern verpflichten, für diese Gedanken einzutreten. Sie dürfen vielleicht, nach gewissen Anzeichen zu schließen, hoffen, dafür in Deutschland jetzt besseres Verständnis zu finden als bisher. Eine ähnliche Aufgabe erwächst aber auch Euch in Frankreich; denn eine Gegnerschaft gegen Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund macht sich auch dort bemerkbar und das in Deutschland weitverbreitete Mißtrauen gegen den Völkerbund zieht aus Beobachtungen, für die man in erster Linie die französische Regierung verantwortlich macht, immer neue Nahrung.

Deutsche und französische Pazifisten sind untereinander und mit den Gesinnungsgenossen aller Länder einig in der Forderung, daß der Völkerbund, um seine Aufgabe wirklich erfüllen zu können, alle Mächte in sich begreifen, also sich auch mit den Vereinigten Staaten und Rußland über deren Beitritt verständigen, außerdem seine Verfassung im Geiste der Demokratie und Gleichberechtigung aller Nationen zu einem vom Geist sozialer Solidarität erfüllten Bund der Völker, nicht nur der Regierungen, ausbauen muß. Um die unbedingte Ausschaltung des Krieges zu erreichen, werden unter anderem Einrichtungen für wirklich unparteiische Vermittlung von Interessenkonflikten geschaffen werden müssen. Wir glauben, daß dieser Ausbau des Völkerbundes wesentlich erleichtert wird, wenn Deutschland Mitglied wird.

Wir deutsche Pazifisten fordern also von unserer Regierung, daß sie sich schon jetzt bereit erklärt, dem Völkerbund bedingungslos beizutreten. Ihr französischen Pazifisten dagegen habt von Eurer Regierung zu verlangen, daß sie der Aufnahme Deutschlands keine Schwierigkeiten bereitet, insbesondere sie nicht an Bedingungen knüpft, die nicht in Art. 1 aufgestellt sind, die Erfüllung dieser Bedingungen aber auch nicht in Formen kleidet, die als Demütigung empfunden werden können.

Die Aufnahme Deutschlands wird offenbar erst im Zusammenhang mit der Erledigung der jetzt schwebenden Streitfragen erfolgen können. Diese selbst dem Völkerbund zu übertragen, wird aus verschiedenen Gründen kaum möglich sein. Deshalb scheint uns der vom amerikanischen Staatssekretär Hughes ausgegangene, von der deutschen Regierung angenommene Vorschlag, über strittige Fragen der Reparationsverpflichtungen eine unparteiische Sachverständigen-Kommission entscheiden zu lassen, der Beachtung wert, und wir bedauern lebhaft, daß er bei den Alliierten nicht nur keine freundliche Aufnahme gefunden hat, sondern vollkommen ignoriert worden ist. Man darf nicht einwenden, daß die beiden Regierungen sich niemals über die Zusammensetzung einigen würden. Man könnte zum Beispiel die Ernennung der neutralen Mitglieder den im Kriege neutral gebliebenen europäischen Staaten (Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden, Schweiz und Spanien) übertragen. Wir bitten dringend, diesen Gedanken in den Kreis Eurer Erwägungen zu ziehen.

Es hängt für unsere beiden Völker und für die Welt unendlich viel davon ab, der Ruhrbesetzung bald ein Ende zu machen; denn die Not der Tausenden, die unter der Besetzung und den immer mehr verschärften Zwangsmaßnahmen leiden, ist furchtbar, und die Erbitterung wächst ins Grenzenlose.

Fast alles, was Ihr heute von Deutschland hört, ist ein einziger Aufschrei der Empörung gegen das, was der von Euch wie von uns bekämpfte Militarismus anrichtet. In diesen fast einstimmigen Chor stimmen auch Menschen mit ein, deren Gesinnung von nationaler Feindschaft gegen Frankreich weit entfernt ist und die deutsche Gewalttaten wie deutsche nationalistische Verhetzung scharf verurteilen. Wir sind überzeugt, daß es Euch gegenüber nicht nötig ist, die Tatsachen, die die Zustände im Ruhrgebiet charakterisieren, besonders zu betonen, und wir glauben, die gemeinsame Sache besser fördern zu können durch ruhige Erörterung dessen, was geschehen kann, um das Unheil zu bannen. Aber auf die furchtbaren Gefahren der Lage glauben wir doch noch hinweisen zu müssen.

Die gewaltige Mehrheit der Ruhrbevölkerung ist von Hause aus durchaus pazifistisch gesinnt; sie stand immer ablehnend gegen den preußischen Militarismus; sie empfindet natürlich die Tatsache einer Besetzung durch eine fremde Macht als einen doppelt unerträglichen Eingriff in ihr Selbstbestimmungsrecht. Der passive Widerstand ist durchaus dieser Gesinnung entsprungen. Je länger aber die Besetzung dauert, um so mehr wird der Boden bereitet für nationalistische Agitation und Gewalttaten als Antwort auf Gewaltanwendung. Die unheilvollen Wirkungen der Zustände im Ruhrrevier machen sich zugleich auch in ganz Deutschland immer mehr bemerkbar. Während so uns Pazifisteen die Arbeit im Sinne der Versöhnung ungeheuer erschwert wird, gewinnen die Elemente der Gewalttätigkeit an Boden.

Die Ruhrbesetzung hat die nationalistische Bewegung in Deutschland zu einer großen Geefahr werden lassen, nicht in dem Sinne, daß Frankreich einen Revanchekrieg zu fürchten hätte, dagegen ist es durch die Entwaffnung Deutschlands angesichts der modernen Waffentechnik doch wahrhaftig für alle Zeiten, mit denen man politisch rechnen kann, vollständig geschützt, aber infolge der sich immer mehr steigernden leidenschaftlichen Erbitterung, die ihr als Wirkung des französischen Vorgehens begreifen werdet, wächst die Gefahr einzelner sinnloser Verzweiflungsakte, denen deutsche und französische Menschenleben zum Opfer fallen können, wächst aber vor allen die Gefahr schwerer innerer Verwicklungen, des Bürgerkrieges in Deutschland. Es droht das Chaos. Was daraus für Frankreich und für Europa folgen kann, brauchen wir nicht auszumalen.

Deshalb wollen wir, deutsche Pazifisten, unsere Anstrengungen mit den Eurigen vereinigen, um eine Lösung für den Konflikt im Geiste der Völkerverständigung zu finden und daraus dauernden Gewinn zu ziehen für den Ausbau einer die Welt umspannenden Organisation des wahren Völkerbundes.

Deutsches Friedenskartell
(Verband 17 pazifistischer Gesellschaften.)

gez. L. Quidde, Vorsitzender,
gez. Dr. Helene Stöcker, H. v. Gerlach,
Stellvertretende Vorsitzende.

Berlin, 28. Mai 1923.

Sowjetrußland und der Völkerbund.

Von Volkskommissar Stiklow. *)

Wie bekannt, hat sich der Generalsekretär des Völkerbundes im Namen des Vorsitzenden des Völkerbundrates mit einem Brief an den Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten der russischen Sowjetrepublik gewandt. In diesem Brief teilt er den Entschluß des Völkerbundes mit, in Genf eine Konferenz einzuberufen zur Erwägung der Ausdehnung der Grundsätze des Washingtoner Abrüstungsvertrages und der Beschlüsse vom 6. Februar 1922 über Stickgase usw. auf die an diesen Vereinbarungen nicht beteiligten Staaten. Diese Mitteilung hat vorläufig offenkundig bloß einen informatorischen Charakter. Eine direkte Einladung der Sowjetregierung zu der geplanten Konferenz enthält sie noch nicht. Doch handelt es sich indirekt um eine solche. Der Völkerbund wußte offenbar nicht, wie sich die Sowjetregierung zu seiner Initiative stellen würde und wollte keine Absage riskieren. Man wollte Fühlung nehmen. Jetzt, nachdem sich die Sowjetregierung geäußert hat, ist anzunehmen, daß die Einladung erfolgen wird.

Angesichts der ausweichenden, unentschlossenen und zweideutigen Politik, die der Völkerbund und die ihn bildenden Staaten bis jetzt in Bezug auf Sowjetrußland vertreten haben, können wir das freilich nicht mit Sicherheit voraussehen. Man erklärt sich bereit, sich mit Sowjetrußland zu verständigen, oder stößt es ab, fängt friedliche Besprechungen an oder unternimmt Feindseligkeiten. Folglich würde es uns auch nicht besonders wundern, wenn dieser erste informatorische Schritt ohne Fortsetzung bliebe und der Völkerbund aus ihm nicht die entsprechenden logischen Schlüsse zöge. Wie nun aber auch der Völkerbund handeln wird und wie man den Charakter dieser Institution einschätzen mag, so ist doch für alle vollkommen klar, daß schon allein die Tatsache einer offiziellen Mitteilung an die Sowjekregierung eine wichtige und in der internationalen Politik neuartige Erscheinung darstellt. „Das Schicksal leitet den Willigen, nötigt den Widerstrebenden". Ob es dem Völkerbund erwünscht ist oder nicht, ob es den ihn konstituierenden Staaten gefällt oder nicht, die Bedeutung der Sowjetrepublik in der internationalen Politik ist dermaßen gestiegen, daß die Herren der gegenwärtigen Welt mit ihr rechnen müssen! Und deshalb machen sie auch den ersten Schritt.

Wir sind berechtigt, diesen Schritt als eine Art Vorbereitung zur allgemeinen Anerkennung Sowjetrußlands anzusehen. Wir sagen mehr (wie wir dies schon gelegentlich analoger Handlungen der imperialistischen Staaten erklärt haben, die mit Sowjetrußland Beziehungen anknüpften und ihre Delegierten zur Konferenz nach Genua, Haag, Lausanne usw. eingeladen hatten): Diese Einladung ist in Wahrheit eine tatsächliche Anerkennung. Denn nicht nur, daß man eine Absage nicht so ausführlich hält, sondern man schreibt keine informatorischen (versteckt einladenden) Briefe an einen Staat, den man „nicht anerkennt".

Klar ist das Eine: die alte Methode, Sowjetrußland zu ignorieren und die Sowejtregierung als etwas Nichtvorhandenes und nicht in Frage Kommendes zu behandeln — diese Methode hat ausgespielt. Sie taugt selbst als Trick der internationalen politischen Hinterlist nicht mehr.

Wird nun Sowjetrußland die Einladung des Völkerbundes, falls eine solche erfolgen sollte, annehmen? Auf diese Frage hat die gestrige Mitteilung des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten eine deutliche Antwort gegeben. Ja, Sowjetrußland wird an dieser Konferenz ohne Rücksicht darauf, von wem sie einberufen wird, teilnehmen. Aber wird die Annahme dieser Einladung nicht die Anerkennung des Völkerbundes bedeuten, die Anerkennung jener Rechte und Befugnisse, die er sich angeeignet hat? Nein, keinesfalls.

Die Sowjetregierung hat stets gegen die Blockade, die die bürgerlichen Staaten gegen Sowjetrußland inszeniert haben, Protest eingelegt. Sie selbst beabsichtigt durchaus nicht, irgendwelche Gruppierung der Staaten diplomatisch zu ignorieren, zu boykottieren oder zu blockieren. Die Sowejtregierung erklärte sich bereit, an den Konferenzen in Genua, Haag und Lausanne teilzunehmen. Sie hat die Konferenz der baltischen Staaten nach Moskau einberufen. Sie wird auch an der Konferenz in Genf teilnehmen, ob nun diese Konferenz von Amerika oder einem anderen Staat einberufen wird. Sie wird die dort auftauchenden Fragen ihrem Wesen nach erörtern, die Interessen Rußlands sowie die des Weltfriedens vertreten. Aber damit erklärt sie noch nicht ihre Zustimmung zu den Ansprüchen, die in der Domäne der internationalen Politik von einzelnen bürgerlichen Staaten oder ihren zeitlichen Vereinigungen erhoben werden könnten.

Wir betrachten den Völkerbund als eine solche zeitliche Vereinigung. Es ist uns absolut gleich, welche Rechte sich diese Staatengruppierung in den Schicksalsfragen der Völker, die die Erdkugel bewohnen, beimißt. Diese Rechte haben wir dem Völkerbund nie zuerkannt, einerlei ob sie sich auf uns direkt bezogen oder auf andere Staaten, die mit uns in Verbindung standen, Neutralität bewahrten oder sogar feindselig gegen uns auftraten. Wir haben nie verheimlicht, daß wir den Völkerbund als eine Vereinigung bürgerlicher Regierungen betrachten, in der die bedeutendsten imperialistischen Staaten die tatsächliche Macht besitzen. Diese benutzen den Völkerbund in eigenem Interesse und erkennen ihm ausgedehnte Rechte nur insofern zu, als diese Rechte für sie zum Vorteil sind. Von diesem Standpunkt ausgehend, betrachteten und betrachten wir den Völkerbund als eine der Waffen jener mächtigsten imperialistischen bürgerlichen Staaten, die die sogenannte Entente bilden. Aber nichtsdestoweniger beabsichtigen wir nicht, die Genfer Konferenz oder irgendwelche andere nur deshalb zu boykottieren, weil sie durch den, in seiner jetzigen Gestalt von uns nicht anerkannten, Völkerbund berufen worden ist.

Wir treten doch auch in diplomatische und sonstige Beziehungen zu einzelnen Staaten, die dem Völkerbund angehören. Wenn wir aber einzeln mit Frankreich, den Vereinigten Staaten, Japan, Italien usw. verkehren können, wie kommen wir dazu, sie nur deshalb zu boykottieren, weil sie es als ersprießlich eingesehen haben, manche diplomatischen Schritte gemeinsam zu unternehmen? Eine solche Taktik, die nur unsere erbittertsten Feinde freuen könnte, werden wir natürlich nicht befolgen. Wir sind stets und unter jeglichen Umständen bereit, die Interessen der Sowjetrepublik und des Weltfriedens zu vertreten.

Kann man aber damit rechnen, daß eine vom Völkerbund oder einer anderen Gruppierung der bürgerlichen Staaten einberufene Konferenz in einer mehr oder weniger ernsten Weise die Fragen des Verbots

*) Aus der amtlichen russischen Zeitung „Jwiestja" übersetzt von Sophie Kramsztyk.

bestimmter Waffen, der Kriegsvorbeugung, der Erleichterung der militärischen Lasten, ohne vom Weltfrieden selbst zu reden, wird beschließen können? Das ist eine andere Frage, und unsere Antwort ist für niemand ein Geheimnis. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Sowjetregierung darauf verzichten kann, immerfort und bei jeder Gelegenheit ihre politischen Prinzipien zu verteidigen. Wir haben auch auf der Konferenz in Genua die Frage der allgemeinen Entwaffnung aufgerührt. Wir haben die Moskauer Konferenz einberufen, um die Bedingungen festzusetzen, unter denen die Entwaffnung Rußlands und seiner unmittelbaren Nachbarn erfolgen könnte. Deshalb ist unser Einverständnis zur Teilnahme an der Genfer Konferenz nichts Neues, dürfte niemand wundern oder irgendwelche Mißverständnisse über das Wesen unserer internationalen Politik hervorrufen. Ich wiederhole: Wie diese Geschichte auch enden mag, zwei Tatsachen stehen fest. Die erste besteht in der unwillkürlichen Anerkennung jener unzweifelhaften Wahrheit durch die bürgerlichen Staaten, daß die Frage des Weltfriedens, wie überhaupt jede andere Frage von internationaler Bedeutung ohne die Teilnahme der Sowjetrepublik oder gar gegen sie nicht gelöst werden kann. Die zweite besteht in der durchaus offen ausgesprochenen Bereitschaft, an der Genfer Konferenz ungeachtet unserer Beziehungen zu ihren Einberufern im Interesse der arbeitenden Masse und zwecks Vorbeugung von kriegerischen Zusammenstößen teilzunehmen.

Und nun komme, was wolle!

Probleme des nahen Orients.

Von Major a. D. Franz Carl Endres,
Zuffenhausen bei Stuttgart.

I.

Amerika — Humanität und Petroleum.

Eine jene Erscheinungen, die blitzartig das materialistische Wesen des Imperialismus erhellen, ist die Politik der Vereinigten Staaten in der Türkei. Gemeinsam mit den anderen, an der Schwäche der Türkei vor dem Weltkriege interessierten Staaten England und Frankreich, hatten auch die Vereinigten Staaten Stellung zur armenischen Frage genommen. Man war versucht anzunehmen, daß die Regierungen sich bei ihren Interventionen vom Gefühl und von den Forderungen der Humanität haben leiten lassen. Diese Annahme war auf Grund von offiziellen Versprechungen, namentlich französischer Minister (Versprechungen amtlicher Natur, die im Vortlaut vorliegen) so berechtigt, daß sich auf ihnen die Hoffnung des armenischen Volkes auf endliche Errettung aus Zeiten unbeschreiblicher — mit dem Los der Deutschen gar nicht vergleichbarer — Drangsal aufbaute. Selbstverständlich entsprach dieser Hoffnung auch die Politik Armeniens, die sich darauf einrichtete, nie mehr unter türkische Herrschaft (wie Millerand dies 1919 versicherte) zu kommen.

Die Politik Frankreichs hat seitdem mit Rücksicht einerseits auf die französische Hochfinanz, andererseits auf die imperialistische Konkurrenz mit England zu einem glatten Bruch dieser Versprechungen geführt. Keine Seele kümmerte sich um die im türkisch-griechischen Krieg fortgesesetzten Massakres orientalischer Christen, in Sonderheit der an und für sich schon mehrmals dezimierten Armenier. Die Tatsache, daß das türkische regierende Komité „Union et progrès" im Lauf der Kriegsjahre mehr als 1,25 Millionen armenischer Christen töten ließ, sei es durch brutalste Niedermetzelung, sei es durch absichtlich bis zum Tode führende Deportationsmärsche, hat politisch auf die Verhandlungsfähigkeit der türkischen Regierung gar keinen Einfluß gehabt. Man tat, als existierte diese himmelschreiende seit den Tagen von Timur und Dschengis Chan nicht mehr dagewesene Barbarei gar nicht.

Ich darf hier einschalten, daß die Einstellung nahezu aller Türken dem Armenier gegenüber etwa die unserer schärfsten Antisemiten dem Juden gegenüber entspricht, daß aber trotzdem die besten und gebildetsten Teile des türkischen Volkes mit diesem kannibalischen Verfahren gegen die Armenier nicht einverstanden sind. Es wäre demnach eine falsche Verallgemeinerung, den einzelnen Türken für die Handlungen seiner herrschenden Partei verantwortlich zu machen. Um so berechtigter allerdings wäre der solidarische politische Regreß der Welt an die türkische Regierung von Angora gewesen.

Es war für jeden, der an eine erfolgreiche Entwicklung der Friedensidee glaubt, eine bittere Enttäuschung, als Amerika sich nach dem Weltkriegee ganz aus dem Orient zurückzog und mit dürren Worten sein désinteressement an türkischen Angelegenheiten erklärte. An die von einigen Kreisen aufgestellte Behauptung, daß dieser Schritt Amerikas einen Schritt auf dem Wege zum politischen arbiter mundi bedeute und damit schließlich dem Frieden diene, konnte doch nicht geglaubt werden.

Nun brachte das vor einiger Zeit abgeschlossene Chesterabkommen plötzliche Aufklärung über die inneren amerikanischen Motive. Es war ja schon sehr auffallend gewesen, daß Amerika aus seiner bisherigen Rolle als Beobachter der Lausanner ersten Konferenz heraustrat und im November 1922 plötzlich erklärte, es werde sich jeder die „freie Tür" in der Türkei hindernden Politik entgegenstellen. Warum dann vorher ein nahezu offiziell verkündetes désinteressement?

Die Lösung ist klar: Man war desinteressiert, so lange das Schicksal eines armen, gequälten Volkes auf dem Spiele stand. Man glich dem Ehrenmann, der ein Mädchen verführt und es dann sitzen läßt, wenn das Bekenntnis der Vaterschaft moralische Pflicht wird. Heute aber handelt es sich ja nicht um gleichgültige Menschen, sondern um das garnicht gleichgültige Öl, das man braucht, um die stärkste Kriegsflotte der Welt zu füttern. Und da hören alle Rücksichten auf. Der Kampf der amerikanischen mit den englischen Ölkompagnieen in Mesopotamien, der allein die Besitzfrage von Mosul so „interessant" macht, ruft die amerikanische Regierung mit einemmale auf den Plan. Wer denkt da nicht an ähnliche Verhältnisse seinerzeit hervorgerufen durch Mannesmann in Marokko, die Deutsche Bank in Anatolien, die schwerindustriellen Interessen in Belgien usw. ad infinitum?

Das Interesse der Hochfinanz wandelte sich von jeher mit größter Gewandheit zum Staatsinteresse, das dann den kritiklosen Massen als „patriotische Forderung" sanft überzeugend oder grob befehlend, theatralisch zurechtgerückt oder abstrakt in Weltenschauungslehre hineingedoktert — ganz nach Eigenart des zu behandelnden Volkes — aufgetischt wurde.

Die amerikanische Regierung baut den Türken Häfen und Eisenbahnen, sie widersetzt sich jeder ihre eigenen Wirtschaftsinteressen bedrohenden politischen Veränderung im Orient — was den Türken sehr sympathisch ist — und wird so in Konflikte hineingezogen, die mit zu jenen den Frieden der Welt (der an sich heute nur so eine Art Waffenstillstand ist) gefährdenden Komplexen gehören.

Die türkische Diplomatie, der europäischen von jeher weit überlegen, griff nach dieser amerikanischen Hand und fragte nicht nach ihrer absoluten Sauberkeit. Die Türken gewinnen ein neues Mittel, die wirtschaftlich hungrigen Mächte gegen einander auszuspielen und darauf kommt es an. Nichts wäre der Türkei gefährlicher als die Solidarität der großen Mächte, wie sie etwa in einem wirklichen, souveränen Völkerbund zum Ausdruck käme. Nichts wäre andererseits dem Weltfrieden vorteilhafter. Aber diese Solidarität sieht Einschränkung des nationalen Egoismus der sich zu ihr Bekennenden voraus. Und was heißt das? Das heißt Ersatz der Sonderinteressen der Hochfinanz und Großindustrie durch die wirklichen Interessen der Völker. Kein Volk will Krieg, kein Volk gewinnt durch den politischen oder wirtschaftlichen Imperialismus seiner Regierung. Nur leider merkt das ein Volk erst, wenn es an diesem Imperialismus gescheitert ist — und auch dann noch nicht immer oder vollzählig. So lange die Erfolgskurve aufwärts geht, sind jedenfalls 99,9 % aller Passagiere dieser Fahrt blind.

„Nie wieder Krieg!"

Der Rundlauf einer Parole.

Von Carl v. Ossietzky, Berlin.

Am Sonntag den 29. Juli soll in Berlin im Lustgarten die diesjährige „Nie wieder Krieg"-Demonstration stattfinden, ebenso wie in zahlreichen größeren und kleineren Städten im Reich. Wenn mich der Herausgeber der „Friedens-Warte" ersucht, einiges über den bisherigen Verlauf der Bewegung zu schreiben, so komme ich dieser freundlichen Aufforderung gern nach, befinde mich jedoch in einiger Verlegenheit. Denn „Nie wieder Krieg!" ist niemals eine Organisation gewesen, vielleicht kaum das, was man so gemeinhin eine Bewegung nennt, sondern nur eine Parole, deren Lauf schwer genug zu kontrollieren ist.

Die Idee selbst ist geboren worden an einem Herbstabend des Jahres 1919. Wir waren damals zusammengekommen auf Einladung Karl Vetters, des politischen Redakteurs der „Berliner Volkszeitung". Anwesend waren u. a. Dr. E. J. Gumbel, Prof. Nicolai, Hauptmann a. D. Willy Meyer, Dr. Kurt Tucholsky und einige andere Herren, deren ich mich nicht mehr erinnere. Zweck der Aussprache war das Projekt der Gründung eines Kriegsteilnehmer-Verbandes von ausgesprochen antimilitaristischer Tendenz. Während die Chancen eines solchen erwogen wurden, sagte Karl Vetter plötzlich, es gehöre zu den Aufgaben einer derartigen Organisation, jedes Jahr am Tage des Kriegsausbruches durch eine gewaltige Kundgebung die Bedeutung dieses schwarzen Tages immer wieder von neuem festzulegen, als Erinnerung an eine fälschlich „große Zeit" genannte Epoche und als Stück politischer Pädagogik für die heranwachsende Jugend überhaupt. Man müßte, meinte er, dafür eine packende, einprägsame Parole finden, wie etwa „Nie wieder Krieg!" Dieses Wort hatte über der Sonderausgabe der „Berliner Volkszeitung" vom 4. Juli 1919 gestanden. Die Autorschaft ist übrigens später noch von manchen Anderen beansprucht worden. Übrigens hat auch Maximilian Harden sein Erstgeburtsrecht angemeldet. Ich glaube nicht, daß das festzustellen wäre. Dergleichen liegt in der Luft.

Der „Friedensbund der Kriegsteilnehmer" ist damals gegründet worden und inzwischen wieder vergangen. Er hat in den Monaten vor und nach dem Kapp-Putsch, namentlich in Berlin, tüchtig gearbeitet. Daß er sich nicht dauernd hielt, lag im wesentlichen an den Kämpfen zwischen den drei sozialistischen Parteien, die die besten Kräfte der deutschen Linken absorbierten. Aus ihm hervorgegangen ist im Sommer 1920 der Aktionsausschuß „Nie wieder Krieg!", eine sehr kleine Gruppe von aktiven Menschen aus den verschiedenen pazifistischen Organisationen. In der Hand dieses Komités hat, unter dem Vorsitz von Karl Vetter, die Veranstaltung der alljährlichen Demonstrationen gelegen. Und es ist zu sagen, daß seit 1920 jedes Jahr ein Wachsen zu beobachten war. In vielen deutschen Städten arbeiten Pazifisten kameradschaftlich zusammen mit Sozialisten und Gewerkschaftlern verschiedener Richtung. Besonders erfreulich ist, daß sich auch der große Kriegsbeschädigten-Verband und der Reichsbund ehemaliger Kriegsgefangener, politisch streng neutrale Verbände, mit großem Eifer angeschlossen haben; ebenso wie die Syndikalisten, die sich sonst so konsequent abseits halten.

Ohne Zweifel haben diese Kundgebungen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung gehabt. Sie wurden in der ganzen Welt, überall wo man sehen und hören konnte und wollte, als Ausdruck des Friedenswillens des deutschen Volkes gewertet und haben manches Vorurteil über Deutschland beseitigt. Inwieweit das deutsche Beispiel im Ausland Nachfolge gefunden hat, läßt sich im einzelnen nicht ohne Schwierigkeiten feststellen. Es fehlte an Kommunikation; es war ja keine Zentralinstanz da, die Direktiven gab, es stand kein internationales Sekretariat dahinter, nur eine arbeitsfreudige Gruppe von Menschen, die ihre persönliche Beziehungen ausnutzten, um anzuspornen und die Idee weiterzutreiben. In Frankreich hat sich zunächst der Kreis um Barbusse emsig bemüht, später hat die Liga zur Wahrung der Menschenrechte ihren großen Einfluß in die Wagschale geworfen. Für England hat im vorigen Jahre Herr Bunham Brown die Organisierung übernommen; bemerkenswert ist auch, daß die dortige Völkerbundliga sich rege beteiligt. Zusammenfassend läßt sich ohne Übertreibung sagen, daß in den vergangenen beiden Jahren sich wohl kein einziges europäisches Land ausgeschlossen hat und auch Amerika sich in diesem Falle wenigstens nicht aus dem Konzert der Völker ausgeschlossen hat.

In diesem Jahre wird zum erstenmal versucht, über die Landesgrenzen hinaus den Kundgebungen eine gewisse gemeinsame Struktur zu verleihen. In Deutschland treten zum erstenmal Sozialdemokratie und Gewerksachaften offiziell dem Aktionskomité bei. Das ist von einer kaum zu überschätzenden Bedeutung. In England arbeitet Herr Bunham Brown, und die Labour Party wird ihre besten Männer als Redner stellen und ihre Massen mobilisieren. Die französische Liga zur Wahrung der Menschenrechte, die in der ungeheuren Spannung der letzten Monate durch ihr mutiges Auftreten zu einem wichtigen politischen Faktor geworden ist, wird die Gelegenheit wahrnehmen, um der Reaktion zu zeigen, daß es ein friedenswilliges Frankreich gibt. Übrigens ist noch zu erwähnen, daß sich neuerdings in der im kommunistischen Fahrwasser treibenden Kriegsteilnehmer-Bewegung eine Sezession bemerkbar macht, die darauf hinausläuft, in dieser Frage mit den Pazifisten der Liga zusammenzugehen.

Ich versuche zu resümieren: drei Jahre Arbeit für „Nie wieder Krieg!" haben bewiesen, daß breite Schichten der Bevölkerung, insbesondere der sozialistischen Arbeiterschaft sehr wohl für den Pazifismus

zu erfassen sind, wenn auch nicht organisatorisch, so doch für die Idee. Kein nationales Banner, kein Sowjetstern kann verhindern, daß die Sehnsucht nach Frieden in den Massen spontan durchbricht, wenn durchaus undoktrinär und überparteilich ein ganz schlichter unmißverständlicher Satz an die tiefsten menschlichen Wünsche rührt, und ein von den Lavamassen vulkanischer Zeit fast verschüttetes Gut für Augenblicke ans helle Tageslicht hebt.

AUS DER ZEIT.

Amerika und der ständige internationale Gerichtshof.

Nach dem Schreiben vom 17. Februar 1923, in dem Präsident Harding die Zustimmung des Senats zu dem Beitritt der Vereinigten Staaten von Amerika zum Statut des ständigen Gerichtshofs erbittet, soll der Beitritt Amerikas zum Statut des Gerichtshofs an folgende vier Bedingungen und Vorbehalte geknüpft sein:

„1. Der Beitritt soll keine rechtliche Verbindung der Vereinigten Staaten mit dem Völkerbunde in sich schließen und auch nicht die Übernahme irgend welcher Verpflichtungen der Vereinigten Staaten auf Grund der Völkerbundsatzung bedeuten.

2. Die Vereinigten Staaten sollen das Recht erhalten, an allen Tagungen des Rates und der Bundesversammlung zwecks Wahl von Richtern oder Ersatzrichtern oder zwecks Wiederbesetzung erledigter Sitze auf dem Fuße der Gleichheit durch eigene Vertreter teilzunehmen.

3. Die Vereinigten Staaten sollen einen angemessenen Anteil zu den Kosten des Gerichtshofs beitragen, so wie er von Zeit zu Zeit durch den Kongreß der Vereinigten Staaten festgesetzt und bewilligt wird.

4. Das Statut des Gerichtshofs soll nicht ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten einer Revision unterzogen werden dürfen."

Die Senatsverhandlungen über den Antrag Hughes werden erst im Dezember dieses Jahres beginnen. Aber schon jetzt haben die Anhänger des Beitritts eine außerordentlich rege Propaganda entwickelt, und die herrschende Meinung nimmt an, daß der Senat, der einen Beschluß mit ⅔ Majorität fassen muß, den Beitritt genehmigen wird. Nach einer von der New York Times veröffentlichten Statistik ist die Stellung der Senatoren zu der Beitrittsfrage zur Zeit folgende:

	Republikaner	Demokraten	Insgesamt
Für den Beitritt	37	36	73
Gegen den Beitritt	7	2	9
Zweifelhaft	7	6	13

So stehen also die Aussichten in Amerika sehr günstig. Es fragt sich nun, ob nicht die vierte Völkerbundversammlung durch eine Änderung des Statuts des Gerichtshofs die rechtliche Voraussetzung dafür schaffen muß, daß dem zweiten der oben wiedergegebenen Vorbehalte ohne völkerrechtliche Bedenken stattgegeben werden kann. Meines Erachtens ist das, wie ich in einem Aufsatz der Brüsseler „Revue de droit international et de législation comparée" demnächst darzulegen versuchen werde, unumgänglich nötig.

Eine holländische Kundgebung zu Lord Robert Cecils Garantieplan.

Am 24. Mai 1923 haben eine Anzahl hervorragender Holländer eine Kundgebung in der Frage des Garantieplanes von Lord Robert Cecil veröffentlicht, die festgehalten zu werden verdient. Unter den Unterzeichnern dieser Erklärung befinden sich u. a. Staatsminister de Savonin Lohmann, der Gesandte Patijn, der Inspektor der Kavallerie Generalmajor Benteyn, die Professoren van Eysinga, van Vollenhoven und Oppenheim, die Parlamentarier Colijn, Dresselhuys, Idenburg, Koolen, Rutgers und Schokking, der Sekretär des Intermediären Instituts Torley Duvel, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Oudegeest, die bekannte Pazifistin Frau Bakker van Bosse, schließlich Führer des Wirtschaftslebens von der Bedeutung eines ter Meulen und Vissering. Bei aller entschiedenen Unterstützung der Grundidee Cecils werden in der Kundgebung doch einige sehr bedeutsame Einwendungen erhoben. Der Wortlaut des Manifestes ist folgender:

„Den Unterzeichneten hat der durch Lord Robert Cecil im Januar 1923 ausgearbeitete allgemeine Garantievertrag vorgelegen, der im April 1923 von dem Völkerbundrat den Mitgliedern des Bundes mit der Bitte gesandt worden ist, ihre Ansicht dazu zu äußern.

Von der Erwägung ausgehend, daß es für die Regierung von großer Bedeutung ist, die Strömungen im Lande hierüber kennen zu lernen, sind die Unterzeichneten über folgende Hauptpunkte einig geworden:

1. Sie sind überzeugt, daß, um zu allgemeinem Frieden und internationaler Rüstungsbeschränkung zu gelangen oder diesem Ziele näher zu kommen, eine allgemeine, gut organisierte gegenseitige Garantie der Staaten gegen Angriffskriege unentbehrlich ist.

2. Sie glauben, daß ein Vertrag dieser Art nur dann annehmbar ist, wenn sowohl die Entscheidung über die Frage, wer einen Angriffskrieg unternommen hat, wie die Leitung der ökonomischen und militärischen Maßnahmen gegen den schuldigen Staat solchen Organen zusteht, die den höchstmöglichen Ansprüchen an internationale Unparteilichkeit genügen.

3. Sie halten einen solchen Vertrag lediglich dann für annehmbar, wenn internationale Organe ins Leben gerufen werden, zu dem Zwecke, auf anderem Wege als durch Waffengewalt die Änderung von Zuständen oder Vertragsbestimmungen herbeiführen zu können, die den internationalen Frieden in Gefahr bringen. Die internationalen Organe, die solch eine Revision in die Wege leiten, müssen den höchstmöglichen Ansprüchen an internationale Unparteilichkeit genügen.

4. Sie erachten die allgemeine Geltung eines Garantievertrages nicht hinreichend gesichert, solange außerhalb des Vertrages Staaten oder Staatengruppen bleiben, die infolge ihrer Stärke in der Lage sind, die Wirksamkeit des Garantievertrages lahm zu legen.

5. Sie halten spezielle Garantieverträge zwischen bestimmten Staaten oder Staatengruppen für unvereinbar mit dem Grundgedanken eines allgemeinen Garantievertrages, ja sogar für die internationalen Beziehungen gefährlich. Sie meinen andererseits, daß die Verpflichtung zur Teilnahme an ökonomischen oder militärischen Maßnahmen je nach den Umständen eingeschränkt werden könnte.

6. Die Annahme eines allgemeinen Garantievertrages gemäß den erwähnten Grundsätzen bringt nach unserer Meinung auch für kleine Staaten die bestimmte Pflicht mit, in einer noch näher zu bestimmenden Weise ihren Anteil an der beabsichtigten Garantie gegen Angriffskriege zu tragen.

Da von internationalem Frieden und unternationaler Rüstungsbeschränkung das Los der Menschheit abhängt, muß unserer Meinung nach ein annehmbarer,

allgemeiner Garantievertrag von allen Völkern und mit aller Kraft erstrebt werden."

Wer sich näher mit dem Plane Cecils befaßt hat, wird erkennen, daß hier in sehr feiner Form die wichtigsten Einwendungen gegen die gegenwärtige Form des Garantieplanes formuliert sind.

Ein holländisches Gesetz betr. Kriegsdienstverweigerung.

„Die allgemeine Wehrpflicht ist der schwerste Eingriff in die Freiheit des Idividuums, den die moderne Gesellschaft kennt", so sagte mit Recht der frühere dänische Kriegsminister Munch in seinem Berichte auf der Wiener Interparlamentarischen Konferenz von 1922.

Soweit die Wehrpflicht noch besteht, muß es eine dringende Forderung aller Pazifisten sein, denjenigen, die aus Gewissensbedenken sich nicht dazu entschließen können, Kriegsdienste zu leisten und ihre Mitmenschen zu töten, eine Sonderstellung zu gewährleisten. In den skandinavischen Ländern ist das heute bereits der Fall. In der Schweiz wird die Frage lebhaft diskutiert, und soeben haben die beiden holländischen Kammern ein Gesetz betr. Kriegsdienstverweigerung angenommen. Darnach hat, wer entweder a) vom Waffendienste oder b) von jedem militärischen Dienste befreit werden will, ein Gesuch an den Kriegsminister zu richten, der seine Entscheidung nach Anhörung einer Kommission trifft. Berücksichtigt wird nur die Verweigerung aus Gewissensbedenken. Wer lediglich vom Waffendienste befreit sein will, wird sechs Monate bei einem anderen militärischen Dienste eingestellt; wer von jedem militärischen Dienste befreit wird, hat zwölf Monate in einem anderen Staatsbetriebe Arbeiten zu verrichten. Zuwiderhandlungen gegen die Pflicht zur Ableistung dieser Dienstzeit werden bis zu einem Jahre Gefängnis bestraft.

Es handelt sich hier um einen interessanten Versuch, die schweren Folgen der allgemeinen Wehrpflicht zu mildern. Aber das Ziel muß die völlige Beseitigung der Wehrpflicht sein. Denn der Krieg, zu dessen Vorbereitung die Wehrpflicht dient, ist nach unserer Auffassung immer ein untaugliches Mittel zur Verteidigung von Lebensinteressen eines Staates. Wg.

Der Mißerfolg des fünften Panamerikanischen Kongresses in Santiago Chile.

Die panamerikanische Bewegung, die ein ganzes Jahrhundert hindurch der Welt als Vorbild zwischenstaatlicher Zusammenarbeit in pazifistischem Sinne dienen konnte, droht in die Brüche zu gehen. Sechs Wochen lang tagte im März und April der 6. Panamerikanische Kongreß in Santiago Chile, dessen Ergebnis aber bedauerlicherweise eine Entfremdung zwischen den Vereinigten Staaten und den lateinischen Republiken Südamerikas gewesen ist. Die Hauptschuld tragen die Amerikaner: Die Südamerikanischen Republiken hatten vorgeschlagen, daß die Monroe Doktrin auf ganz Amerika ausgedehnt werden sollte im Sinne eines gegenseitigen Übereinkommens zwischen Norden und Süden, daß ein Angriff gegen irgend eine amerikanische Nation als Angriff gegen alle aufgefaßt werden sollte. Der amerikanische Gesandte Fletcher, der Vorsitzende der nordamerikanischen Delegation, erklärte schlankweg: Die Monroe Doktrin ist nicht eine auf Gegenseitigkeit beruhende Abmachung, sondern eine einseitige Politik der Vereinigten Staaten. Damit war jede Diskussion über diesen Punkt beendet.

Da nun die meisten südamerikanischen Länder Mitglieder des Völkerbundes sind, wird die unausbleibliche Folge dieser ablehnenden Haltung der Union die sein, daß Südamerika immer näher mit Europa verbunden wird, während die Spannung zwischen Süd- und Nordamerika immer schärfer wird. Die imperialistische Politik der Amerikaner in Zentral-Amerika und in der karribischen See, die herablassende und bevormundende Haltung amerikanischer Politiker und Zeitungen, die bei den empfindlichen Südamerikanern schon viel Mißstimmung erzeugt haben, sind wohl die Hauptursachen dieser schwindenden Sympathien. Sodann kommt hinzu, daß Süd-Amerika eben in den letzten Jahrzehnten sehr stark gewachsen ist; seine Bevölkerung beträgt schon weit mehr als 60 Millionen. Die Weigerung der Union dem Völkerbund beizutreten hat im Süden auch große Enttäuschung hervorgerufen.

Alle Versuche einer Rüstungsbeschränkung sind fehlgeschlagen. Argentinien, Brasilien und Chile konnten sich nicht einigen, da Brasilien darauf bestand, ein neues Großkampfschiff zu erbauen. Darin soll es von einer nordamerikanischen Marinekommission unterstützt worden sein, wie südamerikanische Zeitungen behaupten.

Auch der Vorschlag Costa Rica's auf Schaffung eines amerikanischen internationalen Gerichtshofs drang nicht durch, es besteht aber die Hoffnung, daß dieses Projekt auf dem im Jahre 1925 in Rio de Janeiro stattfindenden amerikanischen Völkerrechtskongreß angenommen werden wird.

Die einzigen nennenswerten Erfolge des Kongresses waren die Sicherung internationaler Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Seuchen unter Führung des Rockefeller-Instituts. Ferner wurden bestimmte Maßnahmen getroffen zum Schutz von Warenzeichen, Patenten und des Urheberrechts sowie zur Verhinderung des Schmuggels mit geistigen Getränken von Süd- und Zentralamerika nach den Vereinigten Staaten.

Daß die Spaltung zwischen Nord- und Südamerika immer tiefer wird, ist leider nicht zu verkennen. Welche politischen Folgen das für die ganze Welt noch haben mag, ist schwer vorauszusagen. J. M.

Vorbereitung einer großen Kampagne für die Friedensbewegung in England.

„Mouvement Pacifiste" das Organ des Internationalen Friedensbüros in Bern berichtet in seinem Maiheft:

Der „National Peace Council", der das Zentralorgan der englischen pazifistischen Organisationen ist, hat sich zu einer machtvollen Kampagne entschlossen, um die pazifistische Bewegung in England zu verstärken.

Er hat damit angefangen, sein Exekutivkomité zu ändern, um ihm einen repräsentativeren Charakter zu geben und hat an seine Spitze Mr. Harry Barnes berufen. Im Rat selbst wird der Vorsitz von Lady Parmoor geführt, deren Begabung und Hingabe alle Pazifisten kennen.

Unter den Mitgliedern des Exekutivkomités erwähnen wir Mr. Ben Spoor, Parlamentsmitglied, der die Funktionen des Ehrensekretärs versieht, während die laufenden Geschäfte weiter von Miss Huntsman geführt werden, der als Mitarbeiter James H. Hudson zur Seite steht, der sich noch besonders mit der Propaganda beschäftigen wird.

Der National Peace Council hat beschlossen, daß der nächste nationale Kongreß in Leeds am 6., 7., 8. Juni stattfinden wird, und zwar unter Teilnahme von Lord Buckmaster, Norman Angell, Lord Robert Cecil, Mr. und Mrs. Philip Snowden, Maude Royden, Sir Donald Maclean, I. R. Clynes, General Sir Jan Hamilton, des

Erzbischofs von Manchester und anderer bedeutender Persönlichkeiten.

Anläßlich des Kongresses von Leeds werden in Liverpool, Manchester, und Edinburg, in London, Nottingham, Birmingham, Leicester, Bristol usw. Versammlungen stattfinden, die sich mit den Fragen des Kongresses beschäftigen werden.

Was die Propagandakampagne anbetrifft, so wird sie sich bemühen, eine möglichst große Zahl von Anhängern zu gewinnen, die sich auf folgende vier Thesen einigen. 1. Notwendigkeit einer Weltkonferenz zur vollständigen Revision der Friedensverträge, besonders der Reparationsfrage, Zurückziehung aller Truppen aus dem Rheinland. 2. Der Völkerbund ist eine ernsthafte Garantie für Friedensmöglichkeiten, aber seine Organisation und seine Satzungen müssen demokratisch umgestaltet werden. 3. Die englische Regierung hat die Pflicht, alles, was in ihrer Macht steht, zu tun, um die internationale Politik zu einer vollkommenen Entwaffnung zu führen. 4. Der öffentliche Unterricht muß jede Methode verwerfen, die den Geist des Kindes auf den Krieg einstellt, sondern ihm im Gegenteil die Gedanken der Duldsamkeit, der Gerechtigkeit und des Friedens vertraut machen.

Da diese Propagandakampagne beträchtliche Hilfsquellen erfordert, richtet der National Peace Council einen dringenden Appell an alle die, die in der Lage sind, eine Summe zur Verfügung zu stellen, oder die bereits gespendete zu vergrößern.

Wir wünschen unsern englischen Freunden viel Erfolg und hoffen, daß ihr Beispiel in allen Ländern des Kontintents befolgt werde.

Der Kampf gegen den „Bloc National".

Die in Frankreich vor einigen Wochen begründete „Liga Republik", an deren Spitze Painlevé und Herriot stehen, und die es sich zur Aufgabe macht, für die 1924 kommenden Wahlen alle Linksparteien zu einem „Bloc des Gauches" zu vereinigen, der den Bloc National gemeinsam bekämpfen soll, hält schon jetzt fast täglich in allen Teilen des Landes vorbereitende Versammlungen ab. Unter den verschiedenen Meldungen in französischen Zeitungen ist besonders eine bemerkenswert, die von einer Kundgebung in den zerstörten Gebieten berichtet. Diese durch den Krieg am schwersten betroffene und an den Reparationen am meisten interessierte Bevölkerung erhebt energischen Protest gegen die Politik des Bloc National und kündigt einen entschiedenen Wahlkampf für einen Bloc des Gauches an.

In einer Versammlung der „Liga Republik" in Salon (Bouches du Rhone) am 22. Mai wurde folgende Resolution gefaßt:

„Alle Republikaner Salons erklären, daß sie entschiedene Anhänger der Vereinigung aller Linksparteien für die kommenden Wahlen sind. Sie verpflichten sich, alles was in ihren Kräften steht, zu tun, um eine republikanische Politik zu machen und erklären, daß sie die ungeheuerliche Politik des Bloc National aufs schärfste mißbilligen."

Ähnlich lautende Beschlüsse werden in allen Versammlungen der „Liga Republik" gefaßt.

Zu den Kriegsgerichtsurteilen von Werden. — Eine Resolution der französischen Liga für Menschenrechte.

Nachdem die Liga für Menschenrechte aufgefordert wurde, zu dem Urteil des Kriegsgerichts, das über die Zwischenfälle von Essen befunden hat, Stellung zu nehmen, erklärt sie, daß der Spruch ihr ungesetzlich erscheint.

Die Liga besteht darauf, daß ein französisches Kriegsgericht nur französisches Gesetz anwenden darf;

daß der Artikel 40 des Strafgesetzes wie auch der Artikel 194 des Militärstrafgesetzes darin übereinstimmen, daß die Strafe für Vergehen in der französischen Gesetzgebung nur mit einem Minimum von 6 Tagen und einem Maximum von 5 Jahren vorgesehen ist;

daß höhere Strafen als 5 Jahre Gefängnis keine Strafen wegen Vergehen sondern Strafen wegen Verbrechen sind;

daß Strafen wegen Verbrechen aus Zuchthaus bestehen oder aus zeitweiliger oder lebenslänglicher Zwangsarbeit, aber daß kein Artikel des Code jemals eine Strafe von 15—20 Jahren Gefängnis, auch nicht als Strafe für Verbrechen, vorsieht;

daß es ein Grundsatz des französischen Rechts ist, daß es keine Gesetzesverletzung, Verbrechen oder Vergehen ohne gesetzliche Unterlage gibt, und daß diese Vorschrift die Richter auf das allerentschiedenste verpflichtet, sich daran zu halten;

daß das Kriegsgericht, als es diese strengste Verfügung überschritt, einen zweifelhaften Präzedenzfall geschaffen hat, der eine Bedrohung aller Bürger ist;

daß es außerdem das französische Gesetz verletzt hat, weshalb die Liga für Menschenrechte die Pflicht hat, dies zu verkünden.

Der X. französische Friedenskongreß.

Der X. französische Friedenskongreß fand am 5. und 6. Mai in Paris im Mus?? Social statt. 19 rein pazifistische Organisationen und 84 andere Verbände, die nicht als alleiniges Ziel den Pazifismus haben, waren durch zahlreiche Delegierte vertreten. Die gesamten Vorarbeiten lagen in den Händen von Lucien Le Foyer, dem ehemaligen Abgeordneten von Paris, jetzigem Präsidenten der Volksvereinigung für den Weltfrieden. (L'Union Populaire pour la Paix Universelle). Die Veranstalterin des Kongresses war die Delegation Permanente des Societes francaises de la Paix, die dem deutschen Friedenskartell entspricht. Ihr Begründer war Frederic Passy, zu den prominentesten Mitgliedern gehören Victor Basch, Ferdinand Buisson, Paul Reboux, Madame Severine.

Unter den 250 Delegierten war als Repräsentant der deutschen Pazifisten Dr. Broda aus der Schweiz, als Vertreter der englischen Pazifisten Lady Barlow anwesend. Die ausländischen Vertreter, die mit beratender Stimme am Kongreß teilnahmen, wurden aufs wärmste von der Versammlung begrüßt. Auf Vorschlag von Charles Richet und unter dem allgemeinen Beifall des Kongresses wurde Dr. Broda beauftragt, folgenden Gruß der französischen Pazifisten an die deutschen Pazifisten zu übermitteln:

„Die auf dem nationalen Friedenskongreß versammelten französischen Pazifisten sprechen den deutschen Pazifisten ihre volle Sympathie aus. Wir unterstützen in unsern beiden Ländern die gleiche Politik, die des Friedens, die notwendig ist und alleinbestimmend sein soll. Gerechtigkeit durch Frieden! Frieden durch Gerechtigkeit!"

Unter den verschiedenen Referaten des Kongresses war eins der glänzendsten, das mit dem stärksten Beifall aufgenommene von Victor Basch, der über das Reparationsproblem, die deutsch-französischen Beziehungen und die Ruhrbesetzung sprach.

Die wichtigsten Resolutionen des Kongresses sind in der Rubrik: Dokumente der Friedensbewegung wiedergegeben.

Löbe und Nansen zum Völkerbund.

Es ist nicht uninteressant, heute an eine Rede zu erinnern, die der Reichstagspräsident Paul Löbe im Herbst 1922 auf dem Sozialdemokratischen Parteitag in Augsburg hielt. Er führte damals unter lebhaftem Beifall aus:

„Dem Parteitag wird alsbald der Antrag vorliegen, wonach wir auf die Regierung einwirken sollen, Schritte zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu tun, unter der Voraussetzung, daß unserem Volke eine angemessene Stellung darin eingeräumt wird. (Bravo!) Den Antragstellern ist bekannt, daß diese Frage in der Partei nicht unbestritten ist. Die Mißachtung unserer Rechte bei den Grenzfestsetzungen, die einseitige Zusammenstellung vieler wichtiger Institutionen des Völkerbundes, das auf das reine Machtprinzip Gestützte vieler seiner Entscheidungen, haben es dem Völkerbunde schwer gemacht, Freunde bei den besiegten Nationen zu finden, obwohl Österreich und Ungarn den Weg schon zu ihm gefunden haben. Auch geographisch ist er nicht vollständig, solange Amerika und Rußland fernstehen. Aber unsere Lage in der Welt, unsere Situationen bei den unvermeidlichen wirtschaftlichen und finanziellen Verhandlungen wird nicht gesichert, wenn wir weiter die Abstinenz aufrecht erhalten. Nein, ich glaube, daß die Zeit gekommen ist, wo wir durch den Beitritt zum Völkerbund diejenigen Tendenzen auch bei den Regierungen unterstützen müssen, die für eine friedliche Verständigung der Völker und gegen Gewaltpolitik eintreten. Gewiß ist unser Recht in Oberschlesien mit Füßen getreten worden, gewiß wird die Hoheit der Völkerbundskommission im Saarevier mißbraucht, gewiß sind die bisherigen Maßnahmen zum Schutze der Minderheiten ungenügend, aber wir werden die Besserung nicht herbeiführen, wenn wir außerhalb des Völkerbundes bleiben, der für die ganze übrige Welt etwas bedeutet, wenn ihn auch die deutsche Presse geringschätzig und kurzsichtig behandelt. Wir stünden heute im Völkerbund auch nicht mehr allein. Die Mehrzahl aller im Weltkrieg neutraler Länder ist darin, und auch gerade aus ihren Reihen ist der Ruf zum Beitritt an uns ergangen. Ich denke an den bekannten Menschenfreund Nansen und an die dringenden Rufe aus England, an denen sich Henderson beteiligt hat. Wer uns wohl will, fordert uns auf, dem Völkerbund beizutreten. Unser weiteres Zögern enttäuscht die Freunde und ermutigt die Gegner. Sind wir erst einmal gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes, dann können wir nicht nur die Interessen unseres Volkes in ihm wahrnehmen, sondern den Bund, der trotz seiner Mängel in der Richtung unserer Ziele liegt, erhöhte Universalität geben und seine geistige und technische Umstellung fördern. Wenn unser Land seine Stellung zum Völkerbund revidiert, müssen wir Sozialdemokraten die Pioniere sein, die die erste Brücke schlagen, auch wenn sie noch schwankend ist. Sie ist Vorarbeit für solidere Bauten, und wenn sie unserem Antrag Ihre Zustimmung geben, wird das sympathisch wirken bei unseren sozialistischen Freunden in der ganzen Welt und auch bei denen, die für Völkerverständigung streben, über unsere Partei hinaus."

Er erhielt daraufhin von Fritjof Nansen folgenden Brief:

z. Zt. Constantinople, Lysaker,
d. 24. 10. 1922. (Norwegen.)

Sehr verehrter Herr Präsident! Durch meinen Mitarbeiter, Herrn Schlesinger, erhielt ich Kenntnis von der Annahme Ihres Antrages, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund herbeizuführen, durch den Parteitag der sozialdemokratischen Partei in Augsburg. Es ist das erste Echo, das wir aus Deutschland vernehmen, die wir in dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine der wenigen noch möglichen Voraussetzungen sehen, die in hervorragendem Maße geeignet sind, die politische Entspannung in Europa herbeizuführen. Wir, die wir den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund herbeiwünschten, sind die Freunde des deutschen Volkes, mit dessen Führern wir je schneller, je lieber in allen Fragen des Weltfriedens zusammenarbeiten wollen. Seien Sie versichert, Herr Präsident, daß durch die Annahme Ihres Antrages Deutschland nicht nur alte Freunde wieder — sondern viele neu gewonnen hat.

Mit meinen besten Grüssen an Sie, verbleibe ich mit dem Wunsch, daß der Beschluß des Parteitages alsbald als solcher der deutschen Regierung in Genf eingehen möge.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebner Fritjof Nansen.

Der Krieg der Pazifisten.

Unter dieser Überschrift brachte die amerikanische Zeitschrift „Literary Digest" folgenden hier im Auszug wiedergegebenen Aufsatz, der zeigt, wie die Nationalisten in allen Ländern genau mit den gleichen Waffen kämpfen:

„Feindseligkeiten sind ausgebrochen zwischen dem friedliebenden Volk, welches denkt, daß wir zuviel für den Krieg ausgegeben und den Anhängern der Regierung, die frei heraus sagen, daß die Kritiker nichts anders sind als rote Bolschewisten, die die Regierung stürzen, das Land ruinieren und uns alle in den schwarzen Abgrund des Kommunismus treiben wollen. Das Kriegsministerium aber leugnet, daß unsere Regierung so kriegsliebend sei, wie behauptet wird und erklärt die Pazifisten für die wahren Unruhstifter. Der Kampf tobt um Prozentfragen, und Tafeln und Statistiken sind die Kampfwaffen. Der Kriegsminister Weeks greift den Patriotismus der pazifistischen Propagandaorganisationen an, und zwar schließt er hierin ein „diejenigen Kräfte in Amerika, die die Revolution predigen und die Aufrichtung einer kommunistischen Regierung"; er erklärt, daß die Behauptung einer Organisation, es würden 85,8% des nationalen Einkommens für vergangene und zukünftige Kriege ausgegeben, ein Versuch sei, den amerikanischen Steuerzahler irrezuführen.

Der Streit begann im Dezember, als der Präsident Harding den Voranschlag des Haushalts einbrachte. Der Haushalt, so lesen wir in Labor (Washington D. C.) verteilte die Ausgaben folgendermaßen:

	Betrag	v. Hundert
Gruppe I: Hauptausgaben (Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichtsbarkeit	Doll. 168 186 249	6,2
Gruppe II: Forschung, Erziehung und Kulturaufgaben	„ 55 530 280	2,0
Gruppe III: Öffentl. Arbeiten	„ 162 852 690	6,0
Gesamtcivilausgaben	Doll. 386 569 219	14,2
Gruppe IV: Heer und Flotte	„ 547 946 364	20,2
Gruppe V: Pensionen und Kriegsbeschädigtenfürsorge	„ 702 139 116	25,9
Gruppe VI: Für den letzten Krieg (Sonderausgaben)	„ 10 534 057	0,4
Gruppe VII: Zinsen	„ 721 286 139	26,6
Gruppe VIII: Schuldentilgung	„ 345 097 000	12,7
Gesamtausgaben für verflossene Kriege und Vorbereitung für neue Kriege	Doll. 2 227 002 667	85,8
Gesamtbetreg aller Ausgaben	2 713 571 776	100,0

Mitglieder der Gesellschaft „Daughters of the American Revolution" (Patriotische Frauenorganisation, stark rechts-reaktionär. Die Redaktion) nahmen neulich bei einer Versammlung in Washington mit Begeisterung eine Entschließung an, die von einem Mitgliede vorgeschlagen wurde und folgendermaßen lautete:

„Die Versammlung tritt mit Begeisterung dem Standpunkt bei, den kürzlich der Kriegsminister Weeks eingenommen hat, in dem er die schweren Gefahren betonte, die die sogenannten Friedensorganisationen oder die Organisationen für Entwaffnung oder Bekämpfung des Krieges bedeuten. Denn diese Bestrebungen schwächen die Verteidigungskräfte der Vereinigten Staaten derart, daß es unmöglich werden würde, das Land erfolgreich gegen innere oder äußere Feinde zu verteidigen."

Zwei Bekanntmachungen des „National Council for Prevention of War" (Libby's Quaker Organisation) erklären, daß das Ziel der Organisation sei „anstelle des Krieges internationale Rechtsentscheidungen zu setzen" und ferner „die Organisation sei weder kommunistisch noch sozialistisch und habe keine derartigen Tendenzen oder Pläne wie man ihr vorwerfe". Außerdem sagt die Ashville Times, verfolgt der Pazifismus ein sehr nützliches Ziel, er ist das Gegengewicht gegen den Erzmilitarismus. Die New York World glaubt, Weeks haue daneben, wenn er erklärt, diese ungeheuren Kosten seien zum großen Teil die unmittelbaren Folgen des Mangels an Bereitschaft, den man der pazifistischen Propaganda in der Vergangenheit verdanke. Denn diese Beweisführung schließt sich an die Behauptung an, daß die Verluste der Vereinigten Staaten im Kriege wesentlich auf dem Mangel an Bereitschaft beruht hätten. Daraus folgt natürlich, daß Deutschland, da es ja vollständig bereit war, überhaupt keine Toten, Verwundeten oder Krüppel gehabt hat. Frankreich war nur wenig vorbereitet und hatte daher natürlich nur wenige Tote, Verwundete und Krüppel. Folglich haben sowohl Deutschland wie Frankreich, weil sie der pazifistischen Propaganda entgangen sind, nicht entfernt die schweren Verluste gehabt, wie die Vereinigten Staaten. Ebenso war es mit Rußland.

Diese Art Schlußfolgerungen wirken natürlich dahin, daß sie den Kampf des Kriegsministers gegen die Pazifisten lächerlich machen.

Der Geist in der Berliner Studentenschaft.

Wie die Berliner Zeitungen melden, hängt am schwarzen Brett der Berliner Studentenschaft ein Aufruf an die akademischen Kriegsteilnehmer und Komilitonen, der als Unterschrift den Stempel des Ausschusses der Studentenschaft der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin trägt. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Passiver Widerstand in Ehren — aber Hand aufs Herz — wer von Euch, an die sich dieser Aufruf richtet, akademische Kriegsteilnehmer und Kämpfer von Flandern, brächte angesichts der ungeheuerlichen gallischen Verbrechen noch länger die Geduld auf, diesem Altarfrevel zuzuschauen. . . . . Genug und aber genug der Erörterungen und Klagen und resignierten Ratschläge! Wohl bleibt es nach wie vor Pflicht eines jeden, die Regierung zu stützen und durch Propaganda im In- und Auslande die Ruhrspende werktätig zu fördern. Jedoch steht die Erkenntnis, daß der letzte entscheidende Kampf, wie auch immer das Ruhrabenteuer enden mag, mit dem Schwerte ausgefochten werden muß. An die akademische Jugend 1914 der Appell: Sie konsolidierte sich zu einer Gesamtheit der akademischen Kriegsteilnehmer und kämpfte 1918 erfolgreich gegen russischen Bolschewismus und polnisches Räubertum und zur Erhaltung der deutschen Süd- und Ostgrenzen. 1923 ergeht abermals der Appell. Wir ahnen, daß er ein Generalappell sein wird und seine Parole ist eindeutig. Keiner der akademischen Kriegsteilnehmer verlasse seinen Platz in dem unsichtbaren Streit, der seine Reihen in der Stille ordnet."

Einer Mitteilung des „Vorwärts" zufolge, erhält dieser Aufruf eine besondere Illustration durch eine Bekanntgabe am schwarzen Brett des Pazifistischen Studentenbundes. Darin wird berichtet, daß in der Sitzung der Studentenvertretung am 14. Mai der Vertreter der Sozialistischen Studenten im Auftrage seiner Fraktion und des Pazifistischen Studentenbundes den Antrag eingebracht habe, die Studentenvertretung möge den Anschlag dieses Appells am Brett des Ausschusses der Studentenschaft mißbilligen. Bei der Verlesung der Stelle, daß der passive Widerstand aufgegeben und der Kampf mit dem Schwert ausgefochten werden müßte, setzte auf der Rechten, die die große Mehrheit hat, minutenlanges Beifallsgetrampel ein. Der Antrag wurde dann von der Rechten in sein Gegenteil umgekehrt und in der Fassung: „Die Studentenschaft billigt den Anschlag des Appells der akademischen Kriegsteilnehmer" angenommen.

So tief man den Geist, der in dieser Kundgebung in Erscheinung tritt, beklagen muß, das Traurigste ist nicht die Fortdauer der Kriegspsychose bei einem großen Teil der Studentenschaft. Weitaus schwerer wiegt das Faktum, daß die akademische Jugend nach wie vor von ihrer Lehrerschaft zu kriegerischer Gesinnung erzogen wird, daß es die Dozenten und Professoren sind, in denen der Pazifismus seine erbittertsten Gegner findet. Demokratische Hochschulreform an Haupt und Gliedern, Befreiung der Wissenschaft aus den Fesseln der Reaktion, dieses Problem wird die Öffentlichkeit künftig weit intensiver beschäftigen müssen als bisher, soll nicht gerade an der wichtigsten Stelle das Überlebte seine ungeschwächte Machtposition beibehalten.

Eine internationale Studentenvereinigung für den Völkerbund.

Der „Berner Bund" berichtete am 9. Juni nach einem Telegramm aus Prag:

In einer Versammlung der Völkerbundvereinigung der tschechischen Studentenschaft teilte der Referent mit, daß Vertreter französischer, englischer und tschechischer Studenten ein Komité eingesetzt haben, zwecks Gründung einer internationalen Studentenvereinigung für den Völkerbund, wobei die Franzosen die Anwerbung romanischer, die Engländer diejenige nordischer und die Tschechen diejenige slawischer, deutscher, rumänischer und griechischer Studentenschaft übernahmen. Der erste Kongreß wird während der Herbsttagung des Völkerbunds in Genf stattfinden.

Internationale Tagungen für Völkerverständigung.

In der Zeit vom 24.—28. Juni wird in Wien eine Tagung der Union der Völkerbundligen stattfinden, zu der Teilnehmer aus allen Ländern angemeldet sind. Eine Reihe sehr wichtiger Fragen des internationalen Rechts und der internationalen Politik soll zur Beratung gelangen. Angesichts der Tatsache, daß die Völkerbundbewegung augenblicklich überall im raschesten Wachstum be-

griffen ist und bei dem Ansehen das die Persönlichkeiten genießen, die zu Wort kommen dürften, ist von der Wiener Zusammenkunft viel Interessantes und Wertvolles zu erwarten. Wir werden über diese bedeutsame Veranstaltung natürlich ausführlich berichten. —

Eine weitere internationale Konferenz ist vom Internationalen Versöhnungsbund fü den 19. bis 26. Juli 1923 in Nyborg in Dänemark einberufen. Die Tagesordnung enthält u. a. folgende Themen: Die gegenwärtige Weltordnung und wie sie zu ändern ist. — Kritik des Kapitalismus. — Das Problem der Kontrolle und der Organisation der Wirtschaft. — Eine christliche Internationale: 1. Gerechtigkeit zwischen den Nationen, 2. Die Entwicklung des Völkerbundes. Seine Autorität und Macht. — Das Verhältnis von Deutschland und Frankreich. a) Kriegsschuld (als Referent für diese Frage ist H. v. Gerlach, Berlin vorgesehen) b) Entschädigung, c) Unsere eigene Aufgabe. — Die Liebe als erlösende Macht in der menschlichen Gesellschaft. —

Dokumente der Friedensbewegung.

Zehnter Französischer Friedenskongreß, veranstaltet von über 100 Friedensorganisationen in Paris am 5. und 6. Mai 1923.

Resolutionen.

Der Frieden im Orient.

Berichterstatter: Oberst Lamouche, ehemaliger Bevollmächtigter bei der Militärmission auf dem Balkan

Der Kongreß protestiert gegen jede Wiederaufnahme der Feindseligkeiten im Orient, besonders in Syrien;

er erklärt, daß die Völker genug vom Krieg haben, und daß das französische Volk besonders sich weigert, sein Blut im Interesse einiger industrieller und finanzieller Trusts zu vergießen, die die Masse der Konsumenten bewuchern und ausbeuten;

aber, da er bezweifelt, daß die Konferenz von Lausanne, wie jede Konferenz zwischen einzelnen Regierungen Garantien für einen dauernden Frieden, den nur der Völkerbund sichern kann, gibt;

so fordert er, daß die Frage des Friedens im Orient wie jede Friedensfrage überhaupt, dem Völkerbund unterbreitet werde, so wie dieser dem Geiste und der Form nach auf vorhergehenden und dem jetzigen Kongreß umrissen worden ist.

Der gegenwärtige Zustand des Völkerbundes.

Berichterstatter: de Montluc, Mitglied des Instituts für internationales Recht, und Scelle, Professor der Rechte an der Universität Dijon.

Der Kongreß bekennt sich als bedingungsloser Anhänger des Gedankens einer internationalen politisch-juristischen Organisation und als bedingter Anhänger des gegenwärtigen Völkerbundes:

Er verlangt die Einheit und Universalität des Völkerbundes.

Er will teilnehmen an einer Demokratisierung des innern Organismus des Völkerbundes.

Er verlangt, daß die nationalen Armeen durch eine internationale Polizeimacht ersetzt werden.

Er schlägt vor, zur Erleichterung der Rechtsprechung des internationalen Schiedsgerichts ein Code des Internationalen Rechts von einer Sachverständigenkommission, die von der Völkerbundsversammlung eingesetzt würde, ausarbeiten zu lassen.

Er erachtet es für erforderlich, daß der Völkerbund bei jedem Konflikt zwischen Nationen zur Intervention aufgerufen werden kann. und daß er besonders Klagen unterdrückter Bevölkerungen entgegennehme, Nationalitätenfragen studieren, Volksabstimmungen organisieren und kontrollieren kann, die den nationalen Minderheiten das Selbstbestimmungsrecht gewährleisten, sei es in Form von Autonomie oder Unabhängigkeit.

Schließlich beglückwünscht er den Völkerbund und seinen Rat zu den bereits erreichten Resultaten in der oberschlesischen Frage, der Wiederaufrichtung von Österreich, wie zu der Tätigkeit und den Erfolgen seiner technischen Organisationen, insbesondere der Organisation des Internationalen Arbeitsamts.

———

Pazifismus und Presse.

Berichterstatter: Frau Pottecher-Arnould, Universitätsprofessor.

1. In der Tatsache der Straflosigkeit, mit der die großen Informationsblätter falsche Nachrichten verbreiten können, ohne sie am folgenden Tag mit irgend einer Erklärung widerrufen zu müssen, und die entweder Börsencoups veranlassen sollen oder feststellen wollen, wie die öffentliche Meinung auf diese falschen Nachrichten reagiert, sieht der Kongreß eine dauernde Gefahr für die öffentliche Sicherheit und fordert das Parlament auf, eine Gesetzesvorlage zu präsentieren, die das Verbreiten von falschen Nachrichten als ein schwer zu bestrafendes Vergehen bezeichnet.

2. In Erwägung, daß die Käuflichkeit der Presse, welches auch die Gründe hierfür sein mögen, aus ihr ein Instrument der Finanzmächte macht, besonders der großen Industrie- und Finanzkonzerne, deren Geldgierigkeit und wirtschaftliche Rivalität die Völker, oft für diese unbewußt, in bewaffnete Konflikte treibt, die immer entsetzlich sind,

in Erwägung, daß die Völker systematisch in Unwissenheit darüber gelassen werden, was in andern Ländern und bei andern Regierungen tatsächlich vor sich geht und daher durch ihre Vertreter keine Kontrolle der auswärtigen Politik ihrer eignen Regierung ausüben lassen können, sondern mit gebundenen Händen den imperialistischen Unternehmungen ihrer Regierungen ausgeliefert sind, hinter denen Konzerninteressen stehen,

bittet der Kongreß den Völkerbund, ein Bureau einzurichten, in dem die Informationen aller Länder zentralisiert und verglichen werden, um hiernach in jedem Land durch ein Blatt verbreitet zu werden, das bestimmt wird, diese Informationen, deren Ursprung auf ihre Wahrheit kontrolliert ist, zu veröffentlichen; ferner ein Gesetz auf Grund der verschiedenen bestehenden Pressegesetze auszuarbeiten, das zu einer internationalen juristischen Kontrolle der Weltpresse führt.

———

Die Reparationen; die Ruhrbesetzung; die deutsch-französischen Beziehungen und die Gefahren einer neuen Katastrophe.

Berichterstatter: Victor Basch, Professor an der Sorbonne.

In Erwägung, daß die Ruhrbesetzung als ein Mittel der Verzweiflung betrachtet werden kann, zu dem Frankreich Zuflucht genommen hat, um Deutschland zu zwingen, seinen Verpflichtungen nachzu-

kommen, das aber zugleich dem Recht, den Interessen und dem guten Ruf Frankreichs ebenso wie dem Weltfrieden, entgegensteht;

in Erwägung, daß Frankreich in der Tat ein unzweifelhaftes Recht auf Wiedergutmachung der erlittenen Schäden in zehn seiner blühendsten Provinzen hat, müßte der Betrag der Deutschland auferlegten Zahlungen seiner Leistungsfähigkeit angepaßt werden, weil der Ruin der deutschen Wirtschaft den größten Nachteil für die französische und die Weltwirtschaft haben würde; und davon ausgehend, daß das Reparationsproblem wesentlich internationai ist, muß es von einer internationalen Institution geprüft und entschieden werden;

in Erwägung, daß die Ruhrbesetzung in der Hauptsache ein Kriegsakt war, der als Antwort die passive Resistenz hervorgerufen hat, die trotz ihrer Gefahren ein geringeres Übel als der Krieg ist, daß die Ruhrbesetzung die Rechtsparteien gestärkt und die Anhänger der Erfüllungspolitik geschwächt hat; daß sie bei längerer Dauer Deutschland zu einem unüberlegten und nicht wieder gutzumachenden Streich treiben kann, und daß sie auf alle Fälle den Haß gegen Frankreich bis zu einem solchen Punkt der Erregung steigern kann, der die Vorbereitung zu einem Revanchekrieg wie 1813 sein könnte, der die heiligste Pflicht jedes deutschen Bürgers wäre, eine Aussicht, die für Frankreich bei seiner niedrigen Geburtenziffer äußerst gefährlich ist;

in Erwägung, daß die Ruhrbesetzung, besonders so, wie sie in der Praxis aussieht, mit ihren tausenden von Ausweisungen, Verhaftungen und Verurteilungen von Beamten und Arbeitern, die nur ihrer gesetzmäßigen Regierung gehorchten, Frankreich die Sympathien seiner Verbündeten und der Neutralen entzogen hat;

verlangt der X. Nationale Friedenskongreß,

daß das Reparationsproblem einer internationalen Institution unterbreitet werde, und zwar dem Internationalen Schiedsgerichtshof vom Haag, der vom Völkerbund begründet ist, und der durch den baldigen offiziellen Eintritt der Vereinigten Staaten eine unwiderstehliche Autorität besitzen wird.

———

Gewerkschaften und Pazifismus.

Berichterstatter: René Valfort.

In Erwägung, daß die Anstrengungen der organisierten Arbeiterschaft gegen den Militarismus und für den Frieden zwischen den Völkern eine der wesentlichsten Bedingungen für die Verwirklichung des pazifistischen Ideals sind, daß aber diese Bewegung erst zur vollen Wirkung kommen kann, wenn sie sich andern Bewegungen anschließt, die dasselbe Ziel verfolgen,

nimmt der Kongreß mit Befriedigung Kenntnis von den Beschlüssen des Haager Kongresses, die die Zusammenarbeit der Gewerkschaften und der pazifistischen Organisationen verlangt haben,

und erklärt sich grundsätzlich einverstanden mit einem internationalen Generalstreik bei Kriegsgefahr;

er empfiehlt allen pazifistischen Organisationen, bei jeder Gelegenheit die öffentliche Meinung darauf hinzuweisen, damit im Falle einer Verwirklichung die sozialen Kreise außerhalb der Arbeiterschaft gesichert ist;

er verlangt, daß unsere Vorschläge zur Umwandlung des Staatenbunds in einen wahren Völkerbund, die in Arbeiter- und revolutionären Kreisen noch sehr wenig bekannt sind, in Gewerkschaftskreisen propagiert werden, damit die Anstrengungen der Arbeiterklasse sich nicht darauf beschränken, den Kampf gegen den Krieg vorauszubereiten, sondern auch ins Auge fassen, den Frieden zu organisieren;

er verlangt außerdem, daß in Frankreich immer engere Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und dem organisierten Pazifismus entstehen mögen, daß die beiden Bewegungen sich gegenseitig durchdringen und unterrichten über ihre diesbezüglichen Aktionen und die Schaffung einer pazifistischen Einheitsfront erstreben, die alle kriegerischen Kräfte zusammenfaßt: gewerkschaftliche, oplitische und pazifistische Gruppen, die die Revolutionen des Haager Kongreß angenommen haben.

Ohne in die Konflikte der verschiedenen Arbeiterorganisationen einzugreifen, stellt der Kongreß fest, daß ihre Spaltung eine Schwächung der kriegsgegnerischen Kräfte ist und spricht den Wunsch aus, daß sich bald eine organische Wiedervereinigung der Gruppen vollziehen möge, zumindesten aber, daß auf dem Gebiet des Kampfes gegen den Krieg die Arbeit gemeinsam sein möge und sich der aller Nichtarbeiterorganisationen vereint, die mit ihnen im Ziel und in den Mitteln übereinstimmen.

Alle diese Resolutionen wurden angenommen.

———

Internationaler sozialistischer Arbeiterkongreß in Hamburg vom 21.—25. Mai 1923.

Resolution betreffend den Internationalen Kampf gegen die Reaktion.

Der Krieg hat in aller Welt als eine seiner verhängnisvollsten Wirkungen die Neigung hinterlassen, politische und wirtschaftliche Fragen mit Gewalt auszutragen. Die Klassen, die sich durch die wachsende Macht der Arbeiterschaft bedroht fühlen, verlassen die demokratische Regierungsform und nehmen ihre Zuflucht zur Gewalt, um das Machtverhältnis der Klassen zu ihren Gunsten zu verschieben. Gegen diese Gewaltmethoden der Bourgeosie muß die Arbeiterklasse die Demokratie verteidigen. Der Kongreß erhebt neuerlich die Forderung nach dem Asylrecht der politischen Flüchtlinge, verlangt die Befreiung aller, die für die sozialistische Idee im Gefängnis schmachten und ruft die Arbeiterbewegung der ganzen Welt zu einem entschiedenen und geschlossenen Kampf gegen die internationale Reaktion auf.

I.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß letzten Endes die Arbeiterklasse in jedem Lande ihren eigenen Kampf für ihre politische und gewerkschaftliche Befreiung kämpfen muß. Er wendet sich nachdrücklich gegen jeden Versuch einer militärischen Intervention, jeder Blockade oder Boykott, ganz besonders dann, wenn diese Mittel gegen Staaten gerichtet sind, die das Mißfallen der herrschenden Klassen sich zugezogen haben. Er verurteilt die fortgesetzte Anwendung terroristischer Methoden durch die russische Regierung und die Beseitigung der demokratischen Grundrechte als eine Gefahr nicht nur für den russischen Arbeiter, sondern für die wichtigsten Interessen des internationalen Proletariats; aber er fordert zugleich die Arbeiterbewegung auf, jeder Form der Intervention kapitalistischer Regierungen gegenüber Rußland Widerstand zu leisten. Eine Intervention unter ihrer Führung würde nicht die Fehler der gegenwärtigen Phase der russischen Revolution beseitigen, sondern die Revolution selbst. Weit entfernt, eine wirkliche Demokratie zu schaffen, würde

sie nur eine Herrschaft der blutigen Kontrerevolution aufrichten können, die zum Instrument der Ausbeutung des russischen Volkes durch den Imperialismus des Westens werden würde. Der Kongreß ruft daher alle sozialistischen Parteien, insbesondere jene, in den alliierten Ländern und den Nachbarstaaten Rußlands auf, sich nicht nur jeder Intervention zu widersetzen, sondern für die vollständige rechtliche Anerkennung der russischen Regierung und die alsbaldige Wiederherstellung der diplomatischen und Handelsbeziehungen mit Rußland nachdrücklich zu wirken.

II.

Der Kongreß fordert die Arbeiterschaft in allen Ländern auf, die auswärtige Politik der herrschenden Klassen wachsam zu verfolgen, damit sie nicht zur Förderung politischer unsozialer Reaktion außerhalb ihrer Grenzen führt. Die wiederholte Gewaltanwendung der Alliierten gegen Deutschland treibt breite Massen des deutschen Volkes in die Arme der nationalistischen und monarchistischen Reaktion, die den Frieden der Welt zerstören, die Anerkennung der Verpflichtungen durch die Massen des deutschen Volkes entwerten und in ganz Mitteleuropa die Reaktion entfesseln würde. Die Republik ist dadurch gefährdet, der Militarismus wird dadurch ermutigt, und die deutsche Arbeiterschaft wird mit gewaltsamer Niederwerfung bedroht. Der Kongreß ruft die deutsche Arbeiterklasse zum entschlossenen Widerstand gegen die Kontrerevolution und gegen die Sabotage der deutschen Kapitalisten auf, die die Opfer verweigern, die sie im Interesse der Verpflichtungen Deutschlands bringen sollen. Es fordert die sozialistischen Parteien der alliierten Länder auf, ihren deutschen Genossen wirksame Unterstützung zu leihen, indem sie sich in ihren Ländern der Politik ihrer eigenen Regierung widersetzen, die freie Arbeiter dem militärischen Despotismus unterwirft, die Souveränität der deutschen Republik, die Integrität ihres Gebietes, die wirtschaftlichen Nebeninteressen ihres Volkes und ihre Würde selbst verletzt.

III.

Der Kongreß fordert die sozialistischen Arbeiterparteien auf, in allen Ländern für Ausrottung des nationalistischen Hasses zu wirken. Dies ist insbesondere ihre Pflicht in Ländern, wo nationalen Minderheiten ihre vollen politischen Rechte und ihre kulturelle Autonomie vorenthalten werden. Die Unzufriedenheit der nationalen Minderheiten wird von den reaktionären Parteien für ihre Zwecke ausgenutzt, und verschärft die Gefahr des Krieges und der Reaktion. In einigen dieser Länder hat der Faszismus die besondere Gestalt des Antisemismus angenommen und ist zur Gefahr geworden, die von der gesamten Arbeiterklasse bekämpft werden muß. Der Kongreß fordert daher die sozialistischen Arbeiterparteien in allen Ländern, wo solche Minderheiten bestehen, insbesondere in den durch die Friedensverträge neugeschaffenen Staaten, auf, alle Kraft einzusetzen, um die Prinzipien der demokratischen Selbstverwaltung und kulturellen Freiheeit zu verwirklichen. Nur die Anwendung dieser Prinzipien vermag nationale Minderheiten mit dem Staat, dem sie eingegliedert sind, zu versöhnen.

IV.

Der Kongreß lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf die Versuche der kapitalistischen Regierungen, auf dem Wege der Finanzkontrolle und durch andere wirtschaftliche Maßnahmen eine verschleierte Form der Intervention zu schaffen. So begünstigt in Österreich die Finanzkontrolle die kapitalistische und monarchistische Reaktion und bedroht die Macht der Arbeiterklasse. So lastet der wirtschaftliche Druck der kapitalistischen Regierungen auf der äußeren und inneren Politik der neugebildeten Staaten. Daher fordert der Kongreß alle sozialistischen Parteien zum entschiedenen Kampfe gegen diese tückischen Formen der internationalen Reaktion auf.

V.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß in der Aufklärung der öffentlichen Meinung der Welt der Internationale eine äußerst wirkungsvolle Waffe zur Verfügung steht, um die Genossen in jenen Ländern zu verteidigen, in denen die gewalttätige Reaktion herrscht. Der weiße Terror in Ungarn, die faszistische Diktatur in Italien, die Armenierverfolgungen in der Türkei haben nicht nur in diesen Ländern die Demokratie zerstört und die organisierte Arbeiterschaft verfolgt, sie sind ein gefährliches Beispiel, daß nur zu geeignet ist, das politische Leben der andern Länder zu vergiften.

Der Kongreß fordert die sozialistischen Arbeiter auf, die Informationen, die die Exekutive liefern wird, nach Möglichkeit auszunutzen, um die Ausschreitungen des Faszismus vor das Gericht der zivilisierten Menschheit zu ziehen. Die sozialistische Arbeiterinternationale ist der gegebene Beschützer der unterdrückten Völker. Aber so lange Ungarn seiner Arbeiterschaft nicht die Demokratie und Freiheit gibt, wird die Internationale diesem reaktionären Land jede Unterstützung verweigern um auf die Regierungen der Alliierten einen Druck zu üben, daß sie das kontrerevolutionäre Ungarn hinsichtlich der Entwaffnung nicht ungünstiger behandeln, als das demokratische Österreich, Deutschland und Bulgarien.

Der Kongreß ruft die Arbeiterschaft aller Länder auf, ihre ganze Kraft zum entschlossenen Kampf gegen die internationale Reaktion zu sammeln, den gewalttätigen Angriff des Kapitalismus abzuschlagen, die Demokratie in der ganzen Welt wieder herzustellen und so die Bedingungen zu schaffen, die den Sieg des Sozialismus verbürgen.

Resolution zur Frage: Die imperialistischen Friedensverträge und die Aufgaben der Arbeiterklasse.

Der Krieg des Imperialismus, geführt um die Herrschaft über die Reichtümer der Welt, hat mit der Zerstörung dieser Reichtümer geendet. Den furchtbaren Verwüstungen und Verheerungen des Krieges ist die Krise der Weltwirtschaft, eine Krise von unerhörter Dauer und Intensität, gefolgt. Sie hat Millionen Arbeitskräfte stillgelegt, die Produktion und den Umfang des Welthandels auf die Hälfte reduziert, das Massenelend aufs höchste gesteigert.

Die Friedensverträge haben die wirtschaftlichen Notwendigkeiten vergewaltigt und dadurch die Krise verlängert und verschärft, den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft gehemmt. Sie haben über die besiegten Länder Unsicherheit und die ständige Bedrohung durch neue Gewalttaten verhängt, sie haben damit ihren Kredit zerstört, die Ordnung ihrer Staatsfinanzen und ihres Geldwesens aufs äußerste erschwert. Massenverelendung, in den besiegten Ländern durch unaufhaltsam fortschreitende Entwertung des Geldes, in den Siegerländern und in den neutralen Ländern durch die Zerrüttung des Weltmarktes, durch den Verlust der Absatzmärkte, durch Arbeitslosigkeit und Lohndruck, gewalttätiger Übermut im Lager der Besiegten, friedensfeindlicher Nationalismus bei dem einen wie dem andern, das sind die Ergebnisse der imperialistisch-militaristischen Phase des Kapitalismus.

Maßloser Protektionismus, der die einzelnen Volkswirtschaften gegen die Wirkungen des Zusammenbruchs zu schützen wähnt, balkanisiert auch wirt-

schaftlich das politisch zerrissene Europa und vergrößert dadurch die Katastrophe.

Die militaristischen Rüstungen nehmen die ungeheuerlichsten Ausdehnungen an. Die stehenden Heere sind größer denn je.

Der Wettbewerb der großen Kolonialmächte um die Kohlen-, Öl- und Erzschätze der Welt ist zu einem ständigen Kampf geworden, dem die Existenz ganzer Völker geopfert wird und der immer neue Kriegsgefahren hervorruft. Die Befreiungskämpfe der erwachenden, unterdrückten Völker werden vom Imperialismus zu seinen Herrschafts- und Ausbeutungszwecken mißbraucht.

So droht der Imperialismus der herrschenden Kapitalistenklassen, wenn die Kraft des internationalen Proletariats nicht ausreicht, ihnen in den Arm zu fallen, die Menschheit in neue Kriege zu stürzen; geführt mit den Waffen einer Zerstörungstechnik, die sich täglich furchtbarer vervollkommnen, können sie nicht anders enden als mit dem Ende aller menschlichen Zivilisationen.

Diese Ergebnisse der imperialistischen Politik zeichnen der Arbeiterklasse ihre Aufgaben vor. Befreit von dem Drucke des Zarismus, gestärkt durch die Errungenschaften der Revolutionen von 1918, die die mitteleuropäischen Kaisermächte gestürzt und dem Proletariat Mitteleuropas die Waffen der republikanischen Demokratie gegeben haben, gekräftigt durch die mächtige Entwicklung der Arbeiterorganisationen, vor allem durch den mächtigen Aufstieg der britischen Arbeiterpartei, stellt das Proletariat der imperialistischen Politik seine Politik des Friedens, der Völkerfreiheit und des Sozialismus, der allein endgültig den Weltfrieden sichern kann, entgegen.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse aller Länder ist es, die auswärtige Politik ihrer Regierungen zu überwachen, jeder Maßregel, die die Gegensätze zwischen den Völkern zu verschärfen und den Frieden zu gefährden droht, mit aller Kraft entgegenzutreten, gegen die Vergewaltigung fremder Völker ihr uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht zu verfechten und bei allen internationalen Konflikten ihre friedliche Lösung, ihre Austragung vor unparteiischen Schiedsgerichten zu fordern. Dieser Kampf, den das internationale Proletariat gegen alle imperialistische Politik zu führen hat, wird die größte Wirkung haben, wenn sich die Arbeiterklasse eines jeden Landes vor allem gegen die imperialistische Bourgeoisie des eigenen Landes mit allen ihr parlamentarisch und außerparlamentarisch zu Gebote stehenden Mitteln des proletarischen Klassenkampfes wendet und wenn dieser Kampf international immer mehr vereinheitlicht wird.

Die Arbeiterklasse muß die Wurzeln der gefährlichsten internationalen Konflikte auszurotten trachten, indem sie die Vergewaltigung der nationalen und religiösen Minderheiten bekämpft, und ihre Befriedigung durch Institutionen demokratischer Selbstverwaltung fordert, indem sie sich der Expansion der Kolonialreiche, der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen widersetzt und Selbstregierung der Kolonialvölker oder, wo deren Voraussetzungen noch fehlen, planmäßige und beschleunigte Vorbereitung der Selbstregierung verlangt, indem sie den Protektionismus bekämpft und für die Herstellung des freien Güteraustausches und für die Freizügigkeit eintritt.

Einen dauernden Frieden kann die Arbeiterklasse nur sichern, wenn sie die allgemeine Abrüstung zu Land, Wasser und Luft erzwingt. Die einseitige Entwaffnung der besiegten Völker bestärkt die Gefahren imperialistischer Gewaltherrschaft, die allgemeine Abrüstung hebt diese Gefahren auf. Die Arbeiterklasse muß in jedem Lande einen ständigen Druck auf die Regierung üben, um sie zu zwingen, den andern Ländern die allgemeine Abrüstung vorzuschlagen.

Die Arbeiterklasse muß alle militaristischen Bündnisse bekämpfen, die jeden lokalen Konflikt zu einem allgemeinen Zusammenstoß erweitern; alle Geheimverträge ablehnen, die Gut und Blut der Völker für ihnen unbekannte Zwecke aufs Spiel setzen.

Der Völkerbund droht entweder vollständig der Bedeutungslosigkeit zu verfallen oder zu einem Instrument der Reaktion und des Imperialismus zu entarten; es ist die Pflicht der Arbeiterklasse, diese verhängnisvolle Entwicklung zu bekämpfen und die Macht in jedem Lande zu benutzen, um durchzusetzen, daß der Völkerbund durch Aufnahme aller Nationen in den Bund, durch Demokratisierung seiner Organisation und durch ausschlaggebende Kontrolle der Arbeiterklasse jedes Landes über die Tätigkeit der Delegierten dieses Landes im Bunde so umgestaltet werde, daß er zu einem wirksamen Instrument wird, den Frieden und das Recht der Völker zu schützen und die bestehenden internationalen Verträge zu revidieren.

Indem die neu entstandene sozialistische Arbeiterinternationale die Kräfte der Arbeiterparteien aller Länder von neuem zusammenfaßt, stellt sie sich den Kampf gegen den zum Krieg treibenden Kapitalismus als ihre höchste Aufgabe. Sie stellt sich auf den Boden der Resolution des Haager Weltfriedenkongresses (1922) über „Die Aufgabe der Arbeiterklasse" und erkennt die Notwendigkeit an zur vollständigen Klärung des Verhaltens der proletarischen Parteien während eines Krieges zu gelangen. Das Studium dieser Fragen wird Pflicht der Internationale sein. Die Internationale fordert die Arbeitermassen aller Länder auf, den verderblichen Spaltungen ein Ende zu machen und all ihre Kräfte zum einheitlichen und geschlossenen Kampf gegen den Imperialismus zu vereinigen.

Erstes Erfordernis dieses Kampfes ist es, daß die Arbeiterparteien aller Länder jede Unterstützung eines imperialistischen Krieges ablehnen und daß ihre parlamentarischen Vertreter die Zustimmung zu den imperialistischen Zwecken dienenden Militär- und Kriegskrediten verweigern.

Resolution zur Reparationsfrage.

Indem der Kongreß den Anspruch der zerstörten Gebiete auf Wiedergutmachung bestätigt und den einstimmigen Protest gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebietes erneuert, erklärt er:

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bleibt eine der wesentlichsten Bedingungen für die materielle und moralische Befriedigung Europas, und es ist unbestritten, daß die Lasten dieses Wiederaufbaues von Deutschland getragen werden müssen, da der Wiederaufbau für Deutschland eine moralische Pflicht darstellt, die im übrigen von den deutschen gewerkschaftlichen und sozialistischen Organisationen in Amsterdam (April 1921) und in Frankfurt (Februar 1922) freiwillig verkündet worden ist. Diese Organisationen haben sich verpflichtet, mit aller Energie und mit allen Mitteln daran mitzuarbeiten.

Aber die tatsächliche Durchführung der Reparationen ist in erster Linie begrenzt durch die wirtschaftlichen Möglichkeiten. Die Frankfurter Konferenz hatte bereits festgestellt, daß in dieser Beziehung alle Annahmen der Verfasser des Versailler Vertrages, insbesondere was die Entwicklung der Exportkraft Deutschlands und die Stabilität seiner Währung anbetrifft, durch die Ereignisse über den Haufen geworfen waren. Der Zustand hat sich seit-

dem von Tag zu Tag verschärft, um schließlich in der gegenwärtigen wahrhaft katastrophalen Situation zu enden.

Anderseits kann das Werk der Reparationen praktisch nur durchgeführt werden, wenn ein vollständiges und aufrichtiges Übereinkommen zwischen Deutschland und seinen Gläubigern erfolgt und wenn zugleich der Verzicht auf die Methoden der Gewalt und Gebietsbesetzungen die Wiederherstellung normaler und vertrauensvoller Beziehungen unter allen Nationen ermöglicht und der Welt die Gewißheit einer langen Periode der Ruhe und des Friedens bringt.

Schließlich muß die deutsche Reparationsverpflichtung beschränkt werden auf die wirklichen materiellen Schäden unter Streichung der Zahlungen für Militärpensionen.

Pflicht der Internationale ist es darum, auf dem Wege über die am unmittelbarsten interessierten Parteien mit Nachdruck auf die alliierten Regierungen, und ganz besonders auf die französische und belgische Regierung einzuwirken, damit endlich die auf Vernunft, Verständigung, internationaler Zusammenarbeit beruhenden Lösungen über die nebelhaften Illusionen hierin, als könnten Zwang und Gewalt deren unmögliche Erfüllung erzwingen. Ebenso muß ein energischer Druck auf die deutsche Kapitalistenklasse und die deutsche Regierung ausgeübt werden, da jene durch ihren egoistischen Widerstand, diese infolge ihrer Schwäche bis jetzt in hohem Maße zur Verhinderung der finanziellen und währungspolitischen Wiederherstellung Deutschlands beigetragen haben, von der letzten Endes jede Reparationspolitik wie auch eine bessere Existenzmöglichkeit und eine angemessenere Entlohnung der Arbeiterklasse Deutschlands abhängt.

Die positiven Lösungen des Problems müssen getragen sein von dem Geist der Frankfurter Beschlüsse, die der Kongreß sich in allen Teilen zu eigen macht und die ohne Änderung ihrer Grundsätze leicht den Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Stunde angepaßt werden können.

Deshalb fordert der Kongreß:

1. Die endgültige Festsetzung der von Deutschland noch geschuldeten Summe auf einen Betrag, der in seinem Gegenwartswert den wirklichen Betrag der materiellen Reparationen darstellt.

2. Die Feststellung eines Zahlungsplanes, der mit Hilfe internationaler Kreditoperationen sobald wie möglich Deutschland von seiner Schuld befreit und alsbald den Gläubigermächten die zur Reparation notwendigen Summen zur Verfügung stellt.

3. Den Abschluß von Übereinkommen zwischen den alliierten Regierungen, die es ermöglichen, für die eigentlichen Reparationen die Gesamtsumme der erwähnten Zahlungen zu verwenden. Das jetzt seitens der alliierten Mächte und der Vereinigten Staaten von Amerika voraus:

a) Verzicht auf ihre Forderungen an Deutschland, soweit sie Militärpensionen betreffen;

b) allgemeine Annullierung ihrer gegenseitigen Forderungen und Schulden.

Die jüngsten Vorschläge der deutschen Regierung und die Antwortnoten Frankreichs und Belgiens einerseits, Englands und Italiens anderseits, müssen Anlaß zur Eröffnung von Verhandlungen bieten, die zu einem Übereinkommen führen. Der Kongreß brandmarkt vor der Arbeiterklasse von vornherein jede Regierung, deren Halsstarrigkeit die Einleitung von Verhandlungen vereiteln würde.

Während aber die ganze Welt eine Lösung des Reparationsproblems sehnsüchtig erwartet, hat diese Frage im Herzen des industriellen Europas eine Krise von außerordentlichem Ernst hervorgerufen, die auf dem wirtschaftlichen Leben der ganzen Welt lastet und den Frieden in seinen Grundfesten bedroht.

Der Kongreß wendet sich einmütig mit der nachdrücklichsten Energie gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebietes.

Es ist unwahr, daß die Ruhrbesetzung die Reparationen sichern könnte. Sie schwächt im Gegenteil von Tag zu Tag mehr die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Die notwendigen Reparationen und Kreditoperationen können nur durchgeführt werden durch Arbeit und Vertrauen, das heißt, in Eintracht und Frieden.

Es ist unwahr, daß die Ruhrbesetzung die Sicherheit Frankreichs und Belgiens gewährleisten könnte. Im Gegenteil belebt sie, wie jede militärische Besetzung, den Geist des Hasses und beschwört die Gefahr neuer Konflikte herauf.

Sie verlängert den Gegensatz zwischen den Nationen, deren Zusammenarbeit die wesentlichste Bedingung für die Wiederherstellung Europas ist. Allein durch die Tatsache, daß sie das Nationalgefühl verletzt und beunruhigt, stärkt sie in Deutschland wie anderwärts die Parteien, die planmäßig das Nationalgefühl zugunsten der militaristischen und monarchistischen Reaktion mißbrauchen. Sie bringt die deutsche Republik in Gefahr, deren Sturz unweigerlich Europa in neue Erschütterungen und in neue Kriege verwickeln würde.

Der Kongreß erklärt, daß die Besetzung des Ruhrgebiets das höchste Recht der Völker verletzt, das Recht, im Frieden zu leben und zu arbeiten, geschützt vor jeder fremden Vergewaltigung. Kein Vertrag kann diesen unbegrenzten Mißbrauch der Gewalt zugunsten des Siegers rechtfertigen. Der Kongreß wendet sich gegen jede Maßregel, die in offener oder versteckter Form auf eine Annektion deutschen Gebietes oder auf eine Zerstörung der deutschen Einheit hinauslaufen würde. Er protestiert gegen den Rückfall in die Barbarei, der den Gläubigerstaaten erlauben könnte, an Stelle materieller Garantien des Staates und des deutschen Kapitals, als lebendiges Pfand einige Millionen Arbeiter zu ergreifen.

Der Kongreß versichert die Arbeiter, die sich zu gleicher Zeit dem Druck eines fremden Militarismus und der Aufreizung ihres eigenen Nationalismus zu widersetzen verstehen, seiner brüderlichen Solidarität. Er begrüßt ihren passiven Widerstand als einen Beweis für die Unentbehrlichkeit der Arbeit, als Zeichen der Macht der organisierten Arbeiterklasse und gerade dadurch als ein Vorzeichen der künftigen Siege des Proletariats.

Resolution über Rußland.

Der Kongreß erachtet es nach wie vor für die Pflicht der Arbeiter der ganzen Welt, mit allen Kräften gegen die Bestrebungen der imperialistischen Mächte anzukämpfen, in den inneren Angelegenheiten Rußlands zu intervenieren, oder in Rußland einen neuen Bürgerkrieg zu entfesseln und erklärt im Namen der Millionen sozialistischen Proletarier, die hinter ihm stehen und im Interesse sowohl der russischen als auch der ganzen internationalen Arbeiterklasse der gewaltsamen Intervention des Imperialismus die moralische Einwirkung des internationalen Proletariats entgegenzustellen. Um aber Rußland als eine Stütze der Revolution zu erhalten und es nicht zu einem Herd der Weltreaktion werden zu lassen, richtet der Kongreß folgende Forderungen an die russische Sowjetregierung, die sich eine Arbeiterregierung nennt:

1. Sofortige Einstellung der schändlichen Verfolgungen gegen Sozialisten und andersdenkende Arbeiter und Bauern in Rußland und dem von russischen

Truppen okkupierten Georgien. Sofortige Freilassung aller Personen, die für die Propaganda ihrer politischen Überzeugungen verurteilt, verhaftet oder verbannt worden sind.

2. Vollkommener Verzicht auf das System der terroristischen Parteidiktatur und Übergang zum Regime der politischen Freiheit und der demokratischen Selbstverwaltung des Volkes.

Der Kongreß spricht allen sozialistischen Opfern des bolschewistischen Terrors in Rußland und in Georgien seine wärmste Sympathie aus und erklärt es als Pflicht aller Sozialisten und Arbeiterparteien, den russischen Sozialisten, die im Sinne dieser Revolution wirken, jede mögliche moralische und materielle Unterstützung angedeihen zu lassen.

Resolution zur Ostpolitik.

Der Kongreß bestätigt die Beschlüsse der Zweiten Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft über die georgische Frage und fordert die Räumung Georgiens durch die Sowjettruppen und die Wiederherstellung der Souveränität des georgischen Volkes.

Der Kongreß protestiert gegen die blutige Gewaltherrschaft, der Armenien durch die Türkei und durch Rußland unterworfen worden ist, und fordert für das armenische Volk das Recht der Selbstbestimmung.

Der Kongreß lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen darauf, daß nicht nur im Westen, sondern auch im Osten das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen getreten wird.

Im Raum der von Rußland losgetrennten Völker von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, auf der Balkanhalbinsel und in Mitteleuropa sind manche der neuen Staatsgrenzen nicht nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogen, sondern durch die Gewalt diktiert worden. Der Kongreß verpflichtet die sozialistischen Arbeiterparteien, für das Selbstbestimmungsrecht aller dieser Völker einzutreten. Die Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale hat durch besondere Konferenzen der beteiligten sozialistischen Parteien eine einheitliche Politik der Arbeiterklasse zu friedlicher, demokratischer Lösung dieser nationalen Streitfragen vorzubereiten.

———

Resolution der Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Hamburg über die Erziehung zur Friedensgesinnung.

Die Konferenz ruft die Frauen der ganzen Welt auf, durch ihre Mitarbeit die sozialistische Umgestaltung der Welt und die Befestigung des Friedens zu fördern.

Durch die begeisterte Schilderung kriegerischer Handlungen in der Vergangenheit, durch die Verhimmelung der eigenen Herrscher und die Übertreibungen solcher menschlicher Erfindungen früherer Waffenerfolge suchte bisher die Schule systematisch zu verhindern, daß in den Herzen der Kinder und der Jugend die Friedensliebe und menschliche Solidarität groß gezogen werden konnte. Sie war bestrebt, ihnen nationale Selbstüberhebung und Haß gegen andere Völker einzupflanzen. Die von der bürgerlichen Klasse beherrschte Presse setzt an den Erwachsenen die in der Schule begonnene Erziehung zum Völkerhaß fort. Es ist in erster Linie Aufgabe der sozialistischen Frauen, darauf hinzuwirken, daß alle Verherrlichung des Krieges in der Schule und der Jugendlektüre sowie alles Soldatenspielzeug und alle Kriegsspiele aus der Kindererziehung verschwinden.

Unsere Kinder sollen als erwachsene Menschen die Anwendung der rohen Gewalt aus Abscheu ablehnen, aus der klaren Erkenntnis, daß ein Aufstieg der Völker und der gesamten Menschheit nur in friedlicher Entwicklung möglich ist. Bei dem großen bestimmenden Einfluß in ihren Familien und auf die Erziehungssysteme der Kinder durch die ermutigende Mitarbeit in den Jugendorganisationen können die Arbeiterfrauen die Jugend vor den Gefahren des Krieges bewahren helfen. Geführt von dieser Erkenntnis begrüßt die Konferenz die Vorschläge des Internationalen Arbeiterinnenbundes auf dem Kongreß im Haag 1922, eine Allianz der Frauen, Jugendlichen und Lehrer, um dieses Ziel zu erreichen, zu gründen, um die Arbeiterfrauen zur gemeinsamen Arbeit mit den Gewerkschaften, sozialistischen Parteien und den Genossenschaften in eine Einheitsfront zusammenzuführen, um gegen die Schrecken des Krieges und für Völkerversöhnung und Völkerfrieden, für Freiheit und Gerechtigkeit auf Erden zu kämpfen.

Alle diese Resolutionen gelangten zur Annahme.

———

Aufruf der Londoner Jahresversammlung der Gesellschaft der Freunde (Quäker).

An die Völker und die Regierenden!

Die Gesellschaft der Freunde fühlt sich als eine religiöse Gemeinschaft gedrungen, ihre Stimme zur gegenwärtigen unheilvollen Lage Europas zu erheben, da sie während und nach dem Kriege mit dem leidenden Volke in unserem Lande und in andern Ländern, mit Siegern und Besiegten in enge menschliche Berührung kam.

Die Welt tastet noch immer nach einem Weg zum Frieden. Der Vertrag von Versailles hat Frankreich und der Welt weder Frieden noch Sicherheit gebracht. Durch seine Erzwingung wird der Militarismus in Europa fest verankert, der Friedenswille zerstört, und der Geist der Rachsucht gestärkt.

Der Vertrag von Versailles wurde aus finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Gründen angegriffen. Uns bedrückt jedoch hauptsächlich seine grundsätzliche Immoralität. Vor allem hätten die Verfasser daran denken sollen, das gemeinsame Leid der Völker zu lindern, anstatt die Macht der Siegerstaaten zu verstärken. Es war unrecht, die Besiegten von der Friedenskonferenz auszuschließen, Unrecht die Alleinschuld zu unterstellen, und das Geständnis dieser Schuld durch die Waffe der Aushungerung zu erzwingen und Unrecht war es auch, daß einem demokratischen Deutschland gemachte Versprechen besserer Friedensbedingungen bei Seite zu legen. Der Vertrag ist moralisch ungültig wegen mancher seiner Artikel, die, an sich ungerecht, ein Bruch der Bedingungen sind, unter denen die Zentralmächte ihre Waffen niederlegten.

Wir gestehen, daß unser eigenes Land unter Bruch der Waffenstillstandbedingungen Ansprüche gestellt und sich Vorteile gesichert hat und wir erkennen an, daß unsere Forderung nach Revision notwendigerweise eine Bereitwilligkeit in sich einschließt, Gewonnenes zurückzugeben, soweit die Gerechtigkeit die Rückgabe verlangt. Wir glauben, wenn diese Tatsachen erkannt sind, werden Männer von Ehre sich verpflichtet fühlen, neue Anstrengungen zur Erlösung Europas zu machen.

Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir zur Revision des Vertrages eine Konferenz, die einen neuen Stempel trägt. Ihre Mitglieder müssen gleich berechtigt zusammenarbeiten, nicht gebunden an die Bestimmungen des Friedensvertrages und frei von Herrschsucht, sie müssen die Lebensbedürfnisse des einfachen Mannes vertreten und nicht politische Ziele der Staatsmänner, sie müssen von dem Wunsche beseelt sein, ehrlich für das Gemeinwohl zu arbeiten.

Angesichts der Tragödie der immer weiter um sich greifenden Verzweiflung sind wir davon überzeugt, daß es dringend notwendig ist, zu versuchen, eine solche Konferenz ohne jede Verzögerung einzuberufen. Das setzt die Zusammenarbeit weiter Kreise ernster Menschen mit dem festen Vorsatz voraus, der es möglich macht, den Kampf und die Bitterkeit der Gegenwart zu vergessen und eine Verständigung herbeizuführen, die auf Gerechtigkeit und Wahrheit tief begründet ist.

Die Jahre des Krieges und seine Nachernte haben uns immer klarer davon überzeugt, daß es auch unter den schwierigsten Umständen Kräfte gibt, die fähig sind, die menschliche Gesellschaft auf die Ebene der Versöhnung und des Wiederaufbaus zu erheben. Diese Kräfte entspringen dem hingebungsvollen Wirken, das aus dem Geiste Christi heraus geboren ist.

Resolution des deutschen Friedenskartells in einer Berliner Massenversammlung vom 17. Mai einstimmig angenommen:

Die Versammlung verlangt schärfste Maßnahmen der Regierung gegen die unverantwortlichen rechtsradikalen Organisationen, die den berechtigten passiven Widerstand der Ruhrbevölkerung in gemeingefährlichen aktiven Widerstand umfälschen. Sie fordert ferner, daß die Regierung, endlich die Verhandlungen über die Reparations- und Sicherungsfrage in einer Weise führt, wie sie dem wahren Interesse des deutschen Volkes entspricht und uns auch die Unterstützung der Kreise des Auslandes zuführen würde, die unter Ablehnung der militärischen Methoden eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erstreben. Sie fordert schließlich erneut in Übereinstimmung mit den französischen Pazifisten und den englischen Linksparteien den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im Interesse der friedlichen Beilegung der Konflikte.

LITERATUR UND PRESSE.

Selbstanzeige.

Dr. Hans Wehberg, Deutschland und der Genfer Völkerbund, Leipzig 1923, Ernst Oldenburg, 110 S.

Fast alle in Deutschland erschienenen Schriften über den Völkerbund sind entweder ausschließlich rechtspolitischer Natur oder behandeln doch nur einzelne Spezialfragen. Es fehlt m. E. eine Schrift, die sich bemüht, nicht nur die Notwendigkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund aufzuzeigen, sondern gleichzeitig dem Laien sowohl wie dem Juristen die Rechtsgrundlagen des Genfer Völkerbundes und seine Wirksamkeit in großen Zügen darzulegen. Diese Lücke auszufüllen, habe ich in der vorliegenden Arbeit versucht. Nach einem kurzen Überblick über die Geschichte der Völkerbundidee und die Haager Friedenskonferenz entwirft sie ein Bild von der Organisation des Völkerbundes und dem Inhalte seiner Satzung, wendet sich dann dem Rechte der Kriegsverhütung und der Beschränkung der Rüstungen zu, um schließlich die besonderen Gründe zu entwickeln, aus denen Deutschland in den Völkerbund eintreten muß. Die aktuellen politischen Fragen, wie z. B. die Stellung Amerikas und Rußlands zum Völkerbunde, die jüngsten Verhandlungen über die Abrüstung und den Zusammenschluß Panamerikas, sind immer mit herangezogen; eingehend sind die Entscheidungen des Völkerbundrates (besonders auch in der oberschlesischen Frage) erörtert. Die Völkerbundsatzung ist am Schlusse im Wortlaut abgedruckt. Ein Literaturverzeichnis gibt jedem die Möglichkeit zu weiterem Studium.

So wird, wie ich glaube, diese Schrift allen denen willkommen sein, die sich einen Überblick über die rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen des Völkerbundes verschaffen wollen. Sie wird besonders auch denen Dienste leisten können, die in den Ortsgruppen Vorträge über die Völkerbundbewegung halten. W e h b e r g.

Der Literaturbericht von Dr. Hans Wehberg muß diesmal aus Raummangel entfallen und wird im nächsten Heft nachgetragen werden.

Tretet ein

in die

Deutsche Liga für Menschenrechte

(vormals Bund Neues Vaterland)

Vorstand: Hellmut von Gerlach, Alfons Horten, Harry Graf Kessler, Dr. Helene Stöcker, Heinrich Ströbel. — — — Sekretär: Otto Lehmann-Russbüldt.

Für Völkerversöhnung! Kampf für Menschenrechte in Wirtschaft und Justiz!

Nächste Ziele: Revision des Fechenbachurteils!

Für Verständigung zwischen dem deutschen und französischen Volke!

Anmeldungen im Sekretariat der Liga, Berlin W 62, Kurfürstenstr. 125.

Für die Redaktion verantwortl.: Rudolf Goldscheid in Wien, für den Anzeigenteil J. Klebinder, Berlin. — Druck von Gustav Feller, Neubrandenburg.

Wertvolle Büche

Gediegene Ausstattung — wohlfeile Pr

Präsident T. G. Masaryk

Das Neue Europa

Ein bedeutsames Dokument zur Zeitgeschichte!

Preis (Grundzahl) Mk. 2,—.

Werke von Dr. B. Kellermann:

Die Ethik Spinozas

Ueber Gott und Geist

450 Seiten Gr.-8°

Preis (Grundzahl) M. 5,—

in vornehmem Geschenkband M. 6,50

Das Ideal

im System der

Kantischen Philosophie

430 Seiten Gr.-8°

Holzfreies Papier

Preis (G.-Z.) M. 4,—, eleg. geb. M. 5,50

Die Friedensbewegung

Unter Mitarbeit von 64 hervorragenden in- und ausländischen Vertretern des Pazifismus herausg. von **Kurt Lenz** und **Walter Fabian**

350 Seiten Gr.-8°, Preis (Grundzahl) M. 4,50

Das grundlegende Buch der Friedensbewegung!

Aus dem Vermächtnis des XIX. Jahrhunderts

Philosophische Aufsätze

von

Prof. Dr. Julius Goldstein

Preis (Grundzahl) M. 1,20

Aus der Chronik

der

Herzogin von Sagan

(Herzogin von Talleyrand

Tagebuchblätter aus den Jahren 1840—1862

Herausg. von Fürstin Anton Radziwill

480 S. Gr.-8°, eleg. geb. Preis (G.Z.) M. 5,—

Deutsche Eigenart

und

Deutsche Schicksale

Zwölf Bücher deutscher Geschichte

Von Geh. Rat Prof. Dr. Karl Fischer

450 S. Gr.-8°, Preis eleg. geb. (G.-Z.) M. 5,50

— Alle Preise unverbindlich. —

C. A. Schwetschke & Sohn, Verlag, Berlin W 30

...ich. 3 Halblein...
...2 Ganzleinenbände.
...aldemar von Preußen, Reise nach Indien in den Jahren 1844/46. Mit Vorwort von A. v. Humboldt. 2 Ganzleinenbände, Großfolio und ein Band Skizzen. Das hervorragend schöne Werk enthält über 100 Tafeln künstlerisch vollendeter Lithographien.

Aus Privatbesitz sind zu verkaufen:

...s **„Oncken, Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen“:**
...as Zeitalter der Revolution, des Kaiserreichs und der Befreiungskriege.
...as Zeitalter der Restauration und Revolution 1815—1851.
Geschichte des 2. Kaiserreichs und des Königreichs Italien.
Bundesstaat und Bundeskrieg in Nordamerika.
Geschichte der orientalischen Angelegenheit (Zeitraum des Pariser und Berliner Friedens).
Das Zeitalter Kaiser Wilhelm I. 2 Bände.

∴ Dieses Werk (acht Bände) wird nur zusammen abgegeben. ∴

Sämtliche Werke in **Originalhalblederbänden** und **tadellos, wie neu,** erhalten. Anfragen an den

Verlag der „Friedens-Warte“.

Soeben erschienen:

Dr. med. Franziska Tiburtius

Erinnerungen einer Achtzigjährigen.

Mit einem Bildnis der Verfasserin.

Preis (Grundzahl) M. 2.—, gebunden M. 3,—.

Die älteste deutsche Ärztin schildert ihren Lebensgang: Stralsund, London, Zürich, Dresden und Berlin sind die Etappen eines zielbewußten Lebens. Bilder aus längst vergangener Zeit, Schicksale und Menschen, ziehen an uns vorüber.

Das Frauenstudium, die Studenten- und Wanderjahre der Verfasserin und ihre durch Jahrzehnte währende ärztliche Praxis nehmen in dem Buche einen besonderen Raum ein; man wird, obgleich in anspruchsloser Form gehalten, den „Erinnerungen“ der Vorkämpferin des heutigen weiblichen Ärztestandes mit Aufmerksamkeit und auch nicht ohne Bewunderung für die Beharrlichkeit, mit der sie ihrem Ziele zustrebte, folgen.

C... ...wetschke & Sohn, Verlag, Berlin W 30.

Die Friedensbewegung

Ein Handbuch der Weltfriedensströmungen der Gegenwart

Unter Mitarbeit von 64 hervorragenden in- und ausländischen Vertretern des Pazifismus

herausgegeben von

Kurt Lenz und Walter Fabian

Inhalt:
Darlegung aller dringenden Zeitfragen in ihrem Zusammenhang mit dem Friedensproblem. Die pazifistischen Organisationen der Welt. Übersicht über die neuere pazifistische Literatur.

Umfang 350 Seiten Gr.-Oktav,
Preis Mk. 10000,—, geb. Mk. 12000.—

Das grundlegende Buch der Friedensbewegung!

Ch. R. und D. Fr. Buxton

Die Welt nach dem Weltkriege

Die Balkanisierung Europas - Das neue Mächtegleichgewicht - Bedeutung des Bolschewismus usw.

Autoris. deutsche Bearbeitung von

Dr. Rudolf Berger (Berlin)

Korresp. Mitgl. d. Französ. Akad. d. Wiss. u. Künste zu Arras

Preis 5000 Mark

Neu!

Weltkrieg und Weltidee

Neue Wege zur Völkerversöhnung und Menschenverbrüderung

Von

Dr. med. M. Hirschkopf

Mk. 1000,—

Natur- und Völkerrecht

im Lichte der Geschichte und der systematischen Philosophie

Von

Dr. Erich Cassirer

Preis Mark 10000,—, geb. Mark 12000,—

Die „Unveräusserlichkeit der Volksrechte", die „Selbstbestimmung", der „Begriff des Völkerrechts", die „Freiheit der Meere", die „Schiedsgerichte" der „Völkerbund", sind Fragen, die in dem Werk eingehend beleuchtet werden.

Präsident T. G. Masaryk:

Das Neue Europa

Mk. 10000,—

C. A. Schwetschke & Sohn / Verlag / Berlin W 30

Schulthess & Co., Verlagsbuchhandlung, Zürich

Bücher aus der Feder von

Fr. W. Foerster

❋

40. Tausend.

Erziehung und Selbsterziehung

Hauptgesichtspunkte für Eltern und Lehrer, Seelsorger und Jugendpfleger

Preis: brosch. Grundzahl 6,80, gebunden Grundzahl 8,—

❋

20. Tausend.

Christentum und Klassenkampf

Gesichtspunkte und Anregungen zur sozialen Arbeit und zur Verständigung der Klassen

Preis: brosch. Grundzahl 6,—, gebunden Grundzahl 7,—

❋

40. Tausend.

Schule und Charakter

Moralpädagogische Probleme im Schulleben

13. Auflage / Preis: brosch. Grundzahl 5,—, gebunden Grundzahl 6,—

❋

12. Tausend.

Die Dienstbotenfrage und die Hausfrauen

Ein Problem der Frauenbildung

Preis: Grundzahl 4,—

Einzelpreis Mk. [illegible]

XXIII. Jahrgang Juli/August 1923 Heft 7/8

341.605
FR
v. 23 7-8

DIE FRIEDENS-WARTE

Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation

Begründet von Alfred H. Fried

Herausgegeben in Gemeinschaft mit

Ludwig Quidde, Walther Schücking, Hans Wehberg

und

Friedrich Hertz

von

RUDOLF GOLDSCHEID

Mit Beiträgen von:

Franz Carl Endres / Walter Fabian / A. Freymuth
H. v. Gerlach / Heinrich Kanner / John Mez / Margarete Rothbarth
Arthur Sachs / General Sarrail / Georges Scelle / v. Schoenaich
Hans Schwann / Gerhart Seger / Hans Simons / Hans Wehberg

C. A. SCHWETSCHKE & SOHN VERLAGSBUCHHANDLUNG
BERLIN W 30 GEGRÜNDET 1729

ngender Beachtung empfohlen

Von den katastrophalen Preissteigerungen bleibt auch die „FRIEDENS-WARTE" nicht verschont; wir sind gezwungen, den Vierteljahrspreis auf 75000 Mark zu erhöhen, ohne damit die Herstellungskosten zu erreichen, die eine tägliche Veränderung erfahren. Wir glauben sicher, daß unsre Leser diese, und auch spätere, nicht zu vermeidende Erhöhungen als berechtigt betrachten und um so entschiedener zu uns halten werden, um die „FRIEDENS-WARTE" zu stützen.

Wir bitten deshalb in Anbetracht der Geldentwertung, den Bezugspreis sogleich einzuzahlen,

oder wo schon früher geschehen, den Differenzbetrag einzusenden. Abonnenten, die dire bei der Post bestellt und bezahlt haben, zahlen auch nur die Differenz an uns nac

Unsre Abonnenten in Deutschland werden durch Postüberweisung bedient; im Hinblick auf mehrfach bei uns eingegangene Beschwerden ausschließlich beim Briefträger zu reklamieren, da sich die Zustellung der Zeitschrift unserer Kontrolle entzieht und wir nicht in der Lage sind, fehlende Hefte nachzuliefern.

Berlin W 30.
Postscheck Berlin 39432

Der Verlag der „FRIEDENS-WARTE"
C. A. Schwetschke & Sohn.

Inhaltsverzeichnis:

Rudolf Goldscheid, Befreiungsfrieden! **General Sarrail,** Die Völkerbundarmee. **Major a. D. Franz Carl Endres,** Zur Organisation der Völkerbundarmee. **Generalmajor a. D. Freiherr v. Schoenaich,** Eine Völkerbundarmee? **Professor Georges Scelle,** Die mögliche und wünschenswerte Entwicklung des Völkerbundes. **Regierungsrat Dr. Hans Simons,** Die Garantie- und Abrüstungsvorschläge Lord Robert Cecils. **Dr. Margarete Rothbarth,** Die Wiener Tagung des Weltverbandes der Völkerbundligen. **Dr. Hans Wehberg,** Die Haager Völkerrechtsakademie. **Dr. John Mez,** Zur „Verjüngung" des Pazifismus. **Hellmuth v. Gerlach,** Sekte oder politischer Faktor? **Hans Schwann,** Ideologie und Wirklichkeit. **Dr. Heinrich Kanner,** Neues zur Schuldfrage. **Gerhart Seger,** Das System. **Rudolf Goldscheid,** Die Sabotage der Verständigung. **Walter Fabian,** Hochschule und Pazifismus. **Kammergerichtsrat A. Freymuth,** Das Fechenbachurteil. **Professor Dr. Arthur Sachs,** Krieg und Kultur. **R. G.,** Politische Glossen. **E. D. Morel,** An die Regierungen und Völker. **John Mez,** Der 120000 Dollar-Friedenspreis von Edward W. Bok. **Aus der Zeit.** — **Dokumente der Friedensbewegung.**
Literatur und Presse: Bericht von Dr. Hans Wehberg.
Abgeschlossen am 4. August 1923.

Die Redaktion der **„Friedens-Warte"** bittet dringend um **regelmäßige Zusendung von Zeitschriften und Büchern pazifistischen oder verwandten Inhalts des In- und Auslandes,** zwecks Verwertung resp. Bekanntgabe in ihrem Literatur- und Pressebericht.

Das nächste Heft der „FRIEDENS-WARTE" erscheint Ende September und wird — nach Maßgabe des verfügbaren Raumes — voraussichtlich u. A. folgende Aufsätze enthalten: General v. Deimling, Zur Frage der Völkerbundarmee. J. B. Humanus, Individuelle und soziale Notwehr. Dr. Kurt Hiller, Pazifismus und Kommunismus. Dr. Paul Krische, Die Einheit von Sozialismus und Pazifismus. Otto Ernst Sutter, Nationalisterei und technischer Fortschritt. Dr. Adolf Bischitzky, Esperantismus und Pazifismus. Martha Steinitz, Ethik und Pazifismus. E. C. Playne, Eindrücke vom englischen Pazifistenkongreß. Prof. Richard Eichhoff, Zum Gedächtnis Ernst von Pleners; sowie die Fortsetzung der Studie von Romain Rolland über Mahatma Gandhi

Im Herbst kommen zugleich die ersten vier Nummern der **„Beihefte zur Friedens-Warte"** heraus. Abonnenten der „Friedens-Warte" erhalten diese zu einem wesentlich ermäßigten Preis. Inhalt:

Heft 1: **Alf. H. Fried, Jugenderinnerungen.**

Heft 2: **G. F. Nicolai, Deutsche Nation und deutsche Kultur.**

Heft 3: **Rudolf Goldscheid, Das Verhältnis der äußeren Politik zur inneren.** (Neuauflage dieser schon Anfang September 1914 erschienenen, während des Krieges in Deutschland verbotenen Schrift.)

Heft 4: **Otto F. Goltz, Quo vadis Europa?**

Bestellungen nimmt der Verlag C. A. Schwetschke & Sohn bereits jetzt entgegen.

Der Postvertrieb der „Friedens-Warte" erfolgt von Neubrandenburg aus.

Befreiungsfrieden!

Ein neues 1813 — das ist der Traum und die Hoffnung vieler Deutscher. Sie ersehnen den großen Befreiungskrieg, der mit einem Schlage die Fesseln zerreißen soll, welche die Sieger Deutschland auferlegten. Aber die Geschichte wiederholt sich nicht. Besonders nicht unter völlig anders gearteten sozialen und weltpolitischen Verhältnissen! Ein deutscher Befreiungskrieg — dafür fehlen heute nicht nur alle äußeren, sondern auch alle inneren Voraussetzungen. Um nur auf das Nächstliegende hinzuweisen: Wie sollte das entwaffnete Deutschland aufkommen können gegen eine Welt in Waffen. Denn auf wen hätte es als Bundesgenossen zu rechnen? Es steht, wenn es auf Gewalt pochen will, gänzlich allein da. Allein — und in entsetzlichster wirtschaftlicher Not! Oder denkt man etwa an den Beistand Rußlands? Wie lange wird Rußland, das sich in einem viel trostloseren Zustand wirtschaftlicher Zerrüttung befindet, noch brauchen, um der großen und kleinen Entente zugleich Trotz bieten zu dürfen. Einige wenige ausgiebige wirtschaftliche Konzessionen — und es stellt sich auf Seiten der Westmächte und ihrer Trabanten im Süden und Osten.

Doch nicht nur aus diesen Gründen ist der Gedanke des Befreiungskrieges ein Traum — und durchaus kein schöner. Vor allem schon deshalb, weil wir heute wissen, daß es für vorgeschrittene Kulturvölker so etwas wie Befreiungskriege in Wirklichkeit garnicht geben kann. Krieg und Befreiung sind unvereinbare Gegensätze geworden, sind es, soweit die breiten Massen des Volkes in Betracht kommen, immer gewesen. Man vergegenwärtige sich nur, wie rücksichtslose Volksentrechtung selbst dem großen so vielgerühmten Befreiungskriege von 1813 folgte. Er war das Vorspiel zur heiligen Allianz der Reaktion, die soviel Unglück über die Völker brachte.

Das werden freilich diejenigen nicht gelten lassen, für die der Staat alles, das Volk letzten Endes nichts ist. Aber sind die Schichten, die sich früher so unbedingt mit dem Staat identifizierten, heute noch stark genug, einen auch nur nach außen machtvollen Staat zu tragen? Wir leben nicht mehr unter den sozialen Bedingungen der Zeit vor 1813 — zu gewaltige Umwälzungen haben sich seither in der Klassenschichtung vollzogen, als daß man zwischen Staat und Volk die gleichen Trennungslinien ziehen könnte wie damals. Und auch ganz abgesehen hiervon: Wie standen die Dinge am Anfang des vorigen Jahrhunderts, als Deutschland zum Befreiungskriege rüstete? Es hatte die größten Staaten Europas hinter sich, die darin mit Deutschland einig waren, die Welt von dem Joch des „Allunterdrückers" Napoleon zu erlösen. Überdies galt zu jener Zeit der Krieg als der natürliche Schöpfer der Völkerbeziehungen, es gab noch keine organisierten internationalen Rechtsinstitutionen, um Völkerkonflikte auf friedlichem Wege zur Schlichtung zu bringen. Auch wohnte Kriegen vor hundert Jahren nicht dieselbe maßlose Zerstörungsgewalt inne, die nun bereits weite Kreise den Krieg als den verabscheuungswertesten Wahnsinn erkennen lehrte. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn damals selbst Geister vom Range eines Fichte und neben ihm zahlreiche andere von edelster Liebe zu ihrem Volk erfüllte, hochgesinnte schöpferische Persönlichkeiten die Nation zu gewaltsamer Erhebung aufriefen.

Keine Spur von Ähnlichkeit mit alledem heute! Heute ist die ganze Welt, auch wo sie das Verhalten Frankreichs rückhaltlos mißbilligt, so sehr gegen eine gewaltsame Erhebung Deutschlands, daß sie sogar entschlossen ist, ihr mit vereinigter Macht entgegenzutreten — und zwar nicht nur aus politischen und ökonmischen Gründen, sondern in noch viel höherem Maße aus ihrem moralischen Empfinden und aus ihrer Rechtsüberzeugung heraus! Und in Deutschland selbst — welche Kräfte sind es da gegenwärtig, die die eigentlichen, wenn auch nicht die alleinigen Träger der Idee des Befreiungskrieges darstellen? Sie ruht in erster Linie auf den nationalistischen Geheimorganisationen, die ausschließlich das Prinzip der Gewalt auf ihre Fahne schreiben, die sich aus den minderwertigsten Elementen des deutschen Volkes zusammensetzen, skrupellos mit Lüge, Terror und Meuchelmord arbeiten, ja deren Führern sogar nachgewiesen werden konnte, daß sie, bestochen mit französischem Geld, im Einvernehmen mit französischen Militärs ihre vergiftende Völkerver-

hetzung, ihre Deutschland zerrüttende Kriegshetze betreiben. Hinter ihnen steht nicht nur keiner von den Geistern, die Deutschlands Ruhm ausmachen, sondern sie vermissen dies nicht einmal, weil der Geist für sie etwas ganz und gar Belangloses ist, weil es das Bezeichnendste für ihre Anhängerschaft ist, daß sie wie gegen den Frieden, auch gegen den Geist verschworen sind. Ihnen handelt es sich nicht um Wiederherstellung von Deutschlands Freiheit, um den Kampf für Deutschlands Recht, sondern um die Erneuerung der Unfreiheit in Deutschland, die der Krieg wegfegte, um den Wiederaufbau der Privilegien und Vorrechte, mit denen die Republik aufräumte. Ihr eigentliches Ziel ist die Wiederaufrichtung der Monarchie mit jener Machtverteilung, die unter deren Schutz gesichert war. Dieses Ziel vor allem hoffen sie durch die Parole des Befreiungskrieges zu erreichen. Und so sehr ist ihnen der Aufruf zum Befreiungskrieg nur Mittel für dieses Ziel, daß sie selbst vor dem furchtbarsten Bürgerkrieg, der Deutschlands Einheit zerreißen würde, nicht zurückscheuen, ja mehr noch, daß sie direkt auf die Zerreißung Deutschlands hinarbeiten, weil sie auf diesem Weg am ehesten hoffen, der verhaßten Republik und mit ihr der noch verhaßteren Demokratie den Garaus zu machen.

Die edle von den Besten des deutschen Volkes getragene nationale Begeisterung 1813 — und die namenlos niedrige nationalistische Hetze, die trotz der aufreizenden Gewaltpolitik Frankreichs in unseren Tagen nötig ist, um künstlich Kriegsstimmung zu erwecken: man braucht nur diese beiden unleugbaren historischen Tatsachen nebeneinander zu halten, um den tiefen Verfall des einstmals wahrhaft großen Nationalgedankens voll zu ermessen. Fragen wir uns jedoch, wie es kam, daß der Nationalgedanke von einem so schweren Entartungsprozeß heimgesucht wurde, welches die Ursachen sind, daß er derart in Fäulnis geriet, um gerade alles was faul ist in Staat und Gesellschaft auf's stärkste anzuziehen, so ist die einfache Antwort hierauf die: Der Nationalgedanke ist verkommen, weil er sich von der Freiheits- und Rechtsidee löste, die ihm bei seinem Aufstieg ihre sieghafte Kraft verlieh, weil er heute, wo er in erster Linie zum Instrument der Völkerversklavung mißbraucht wird, nicht mehr den geistigen Überbau der Triebkräfte der Geschichte selber darstellt.

Die Einheit Deutschlands am stärksten gefährdet durch den Nationalismus, der Befreiungskrieg nach außen nur möglich nach einem Bürgerkrieg im Innern, der mit dem Sieg der Kontrerevolution abschlösse — das sind zwei Momente, die sonnenhell die ungeheure Verschiedenheit der gegenwärtigen Situation und der vor mehr als hundert Jahren beleuchten. Aber noch ein drittes Moment ist wohl zu beachten: In so hohem Maße die stark rechts orientierte Regierung, die gegenwärtig in Deutschland am Ruder ist, mit den Nationalisten sympatisiert, so sehr sie ihnen insgeheim jede mögliche Förderung zuteil werden läßt und so wenig sie sogar öffentlich unmißverständlich von ihnen abrückt, so wagt doch selbst sie nicht, sich auch nur andeutungsweise zum Befreiungskrieg zu bekennen, muß vielmehr, durch den ehernen Zwang der Tatsachen genötigt, jedes Hinarbeiten auf dieses Ziel als Wahnsinn brandmarken. Und nicht minder müssen dies die Parteien, auf die diese Regierung sich stützt. Woher, im Gegensatz hierzu, trotzdem die unzweifelhafte Hinneigung aller Rechtsstehenden zu den Nationalisten? Weil sie lieber heute als morgen losschlagen würden, wenn sie sich stark genug dazu fühlten, weil auch ihr Ideal der „Befreiungskrieg" wäre, wenn sie die Macht hätten, ihn zu führen, weil sie keineswegs tiefster Abscheu gegen jeden Krieg, nenne er sich wie er wolle, erfüllt, und vor allem, weil ihnen mit dem aufgezwungenen Verzicht auf den Krieg jede Möglichkeit überhaupt genommen scheint, Deutschland aus der gegenwärtigen Misere heraus — und zu neuer Größe emporzuführen.

In diesem Punkt setzt ihr tiefster Irrtum ein. Der Befreiungskrieg ist eine Illusion. Die Zeit der Befreiungskriege ist für Kulturvölker endgültig vorüber. Was Deutschland retten kann, ist darum einzig und allein der Befreiungsfriede. Wahre Volksbefreiung vermag nur durch unermüdliche Friedensarbeit erreicht zu werden. Weshalb Deutschland in seiner gegenwärtigen Situation nichts mehr not tut, als gründlichste Erlernung des Gebrauchs der geistigen und moralischen Waffen. Leider muß jedoch gesagt werden, daß Deutschland sich in dieser Beziehung selbst entwaffnet hat. Wir unterschätzen die Kraft der geistigen und moralischen Waffen, bedienen uns ihrer höchst widerwillig und deshalb über alle Maßen ungeschickt.

Geistige und moralische Friedensarbeit, das scheint den in überlebten Traditionen Befangenen, blos als ein Geschäft für alte Weiber, oder bestenfalls als ein müßiges Spiel für Träumer, die den Realitäten des Lebens blind gegenüber stehen. Im Pazifismus erblicken sie ein himmelblaues

ethisches Postulat, mit dem sich in der Welt wie sie ist, nichts anfangen läßt. Es entgeht ihnen völlig, daß gerade der Pazifismus heute die Forderung der Tatsachen ist, daß er nicht nur eine sittliche Idee verkörpert, sondern die leistungsfähigste politische Methode darstellt, über die wir innerhalb des Gegebenen verfügen. Aber freilich, diese Methode muß in ihrer ganzen Tiefe begriffen werden, darf nicht dilettantisch zur Anwendung gelangen und verliert vor Allem ihre Fruchtbarkeit, wenn man sie, kaum daß man sich in seinen Worten zu ihr bekannt hat, in seinen Taten aufs gröbste verleugnet.

Deutschland muß endlich unzweideutig wählen: Will es sich auf den Boden der Gewalt stellen — oder den Weg des Rechts gehen und mit friedlichen Mitteln für sein Recht kämpfen. Entscheidet es sich für die letztere Alternative, dann hat es an ihr auch mit eiserner Konsequenz festzuhalten, was aber bedeutet, daß es sich von diesem Weg durch keine Provokation seiner Gegner ablenken lassen darf, daß es rückhaltlos brechen muß mit dem Gedanken des Befreiungskrieges, daß es den Befreiungsfrieden zu dem Ziel macht, dem all sein Denken und all sein Streben in unerschütterlichem Eifer gewidmet ist und daß es demgemäß jede Aufreizung zum aktiven Widerstand als Verbrechen an der Nation, jeden Saboteur als Landesverräter brandmarkt und zur vollen Verantwortung zieht. Ein einiges Volk in geistigen und moralischen Waffen zu werden — das ist heute unsere heiligste und dringendste Aufgabe!

Was das offizielle Frankreich, was französische Militärs an Gewalttaten Deutschen gegenüber sich zu Schulden kommen ließen, das wird für alle Zeiten als Makel an Frankreichs Ehre haften bleiben, ebenso wie jeder sittlich empfindende Deutsche das schreiende Unrecht in alle Ewigkeit auf's tiefste beklagen wird, mit dem das kaiserliche Deutschland und seine barbarischen Heerführer während des Krieges in Belgien nicht minder wie in Nordfrankreich und anderswo, den deutschen Namen tausendfach geschändet haben. Unrecht bleibt Unrecht, von welcher Seite es auch begangen wird. Man bemüht sich vergebens im Boden des Rechts Wurzel zu schlagen, aus dem Wunderboden des Rechts reiche köstliche Frucht zu ziehen, wenn man das eigene Unrecht, statt es rücksichtslos wie wucherndes Unkraut auszujäten, liebevoll vor jedem energischen Zugriff zu bewahren sucht. Irgend wann, an irgend einer Stelle muß die Kette des Unrechts zerrissen werden, muß man es aufgeben, mit fremdem Unrecht eigenes Unrecht rechtfertigen zu wollen. Nur durch derartige Zerreißung der alles Gute in uns unterbindenden Kette des Unrechts, werden wir die Kraft gewinnen, die aus unserem eigenen Unrecht geschmiedeten Fesseln zu sprengen, die jetzt als fremdes Unrecht auf uns lasten.

Wie uns kein Befreiungskrieg, sondern nur ein neuer, wahrer Frieden aus unserem Unglück herausführen kann, so ist auch alle Hoffnung auf äußere Befreiung illusorisch, der nicht innere Befreiung vorausgeht. Der erste Schritt zu dieser inneren Befreiung wäre aber der unbeirrbare Entschluß, an uns selbst den gleichen Maßstab anzulegen, an dem wir alle Anderen messen und indem wir uns auf das Recht berufen, kein weiteres Liebäugeln mit der Gewalt zu dulden. Das mag Vielen freilich blos wie eine moralische Mahnung klingen und ihnen darum nichts sagen. Aber der Tag wird noch kommen, wo man erkennt, daß das Moralische, so verständnislos es auch mit Füßen getreten wird, eine der mächtigsten Realitäten ist, die es im menschlichen Leben überhaupt gibt.

Und ist es heute nicht unmittelbar zu greifen, wie die Gewalt allenthalben zum Bankerott verdammt ist, wie sie bestenfalls vorübergehende Scheintriumphe zu zeitigen vermag, die im Verlauf mit unaufhaltsamer Notwendigkeit die schwersten Katastrophen heraufbeschwören! Das blühende Deutschland ist an seiner Gewaltpolitik jammervoll zusammengebrochen; in Rußland hat das Gewaltregime ein an Naturschätzen und Begabungen reiches Volk in die entsetzlichste Armut gestürzt; und was Frankreich anlangt, das sich mit seinem Sieg über Deutschland auch dessen unseliges Gewaltsystem zu eigen machte, so ruht die äußerliche Machtposition, in deren Glanz es sich jetzt sonnt, auf tönernen Füßen — Tag für Tag schreitet seine Isolierung fort, einer seiner Bundesgenossen nach dem andern rückt von ihm ab, wirtschaftlich und finanziell wird seine Lage immer prekärer, so daß es zugleich vor inneren Kämpfen steht, die sicherlich mit den schwersten Erschütterungen verbunden sein werden.

Man richte dagegen seinen Blick auf England! England ist heute das einzige Land, das gründlich aus den Erfahrungen dieses Krieges gelernt hat, das, weil es auf Grund seiner alten demokratischen Traditionen, den veränderten Geist der Zeit rascher als alle Anderen begriff, in überraschend kurzer Spanne trotz Amerikas des Weltgläubigers wirtschaftlicher Übermacht zum unbestrittenen arbiter mundi wurde. Und was gibt England diese ge-

bietende Stellung, so daß es nicht mehr lange an dem Widerstand des reaktionären Frankreich in seiner vollen Handlungsfreiheit gelähmt sein wird? Die Stärke seiner Arbeiterpartei, unter deren Druck seine ganze Politik steht! Hinsichtlich der englischen Arbeiterpartei ist es aber unbestreitbar, daß der pazifistische Gedanke der Grundpfeiler ihrer Macht und ihres suggestiven Einflusses bis zum gebildeten Mittelstand und bis hoch hinauf zu den Spitzen der geistigen Elite ist. England, welches in weitblickender Würdigung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge das ganze Leistungsvermögen der pazifistischen Methode zu erkennen beginnt und sich kraftvoll ihrer bedient, wächst täglich an Macht und Ansehen, schreitet dank der Vervollkommnung seiner geistigen und moralischen Waffen von Sieg zu Sieg. Frankreich stützt sich auf die Gewalt und erleidet Niederlage auf Niederlage. Während Deutschland, das trotz seiner militärischen Ohnmacht noch immer der nun unmöglich gewordenen Gewaltpolitik nachtrauert, sich zu Vertrauen in die pazifistische Methode nicht aufzuraffen vermag und darum seine mühsam gestammelten Friedensphrasen nach wie vor mit drohenden Gebärden der geballten Faust begleitet, Gefahr läuft, durch dieses widerspruchsvolle Verhalten den letzten Rest seiner Unabhängigkeit einzubüßen, ja schließlich seiner Einheit verlustig zu gehen.

Die Tragik des deutschen Charakters war von jeher die Übersteigerung der Kampfinstinkte. Von dieser Tragik ist seine ganze Geschichte voll. Es brauchte solange, um zur Einheit zu gelangen, weil die Deutschen stets dahin neigten, in bewußtem Verständigungswillen Mangel an Mut, Schwäche, ja unpatriotische Feigheit zu erblicken. Diese unglückselige Einstellung ist es heute, die sie so sehr unter den Bann des falschen nationalistischen Kraftmeiertums zwingt, — hinter dem nichts steht, als aufgeblähte Worte und eigensüchtige Sonderinteressen kleiner, mit ihren Vorrechten in den Vergangenheitsverhältnissen wurzelnden Minoritäten — daß nicht einmal der durch das gewissenlose Treiben der Nationalisten in greifbare Nähe gerückte Zusammenbruch Deutschlands ihnen die moralische Stärke verleiht, diesen ihren gefährlichsten Feinden mit der erforderlichen Energie entgegenzutreten.

Deutschland duldet den von französischen Agenten insgeheim unterstützten, monarchistischen bayrischen Separatismus, der nach innen wie nach außen ganz und gar gewaltpolitisch orientiert ist, es fördert durch seine stets wiederkehrende Beschönigung der Umwandlung des passiven Widerstandes in aktiven den rheinischen Separatismus — ohne zur Einsicht zu reifen, daß es auf diesem Wege niemals zum ersehnten, siegreichen Befreiungskrieg gelangen wird, sondern nur zum zerfleischendsten, selbstmörderischsten Bürgerkrieg, der statt mit der Zerreißung seiner Fesseln, mit der Zerreißung seiner Einheit enden muß.

Nichts irriger, als diejenigen, die Frankreichs Gewaltmethoden nicht mit ähnlichen Gewaltmethoden beantworten wollen, des Mangels an nationalem Fühlen zu beschuldigen, ihnen vorzuwerfen, daß das, was ihre Nationsgenossen zu erdulden haben, sie kalt lasse, oder gar, daß sie die Entrüstung über den fremden Militarismus nicht teilen. Ganz im Gegenteil — gerade um Deutschland so rasch als möglich aus seiner unwürdigen Situation zu befreien, gerade um den kulturellen Wiederaufbau der Welt zu beschleunigen, rufen sie auf zur Abkehr von der Gewalt, fordern sie einen passiven Widerstand, der kraftvollster geistiger und moralischer Widerstand ist, als solcher aber an ganz andere Voraussetzungen gebunden ist, als jene, auf die die Politik der heutigen deutschen Regierung mit ihrer unerträglichen Halbheit und Verlogenheit hinwirkt.

Rückkehr zur alten Gewaltpolitik bringt die ganze Welt gegen uns auf, entschlossene Rechts- und Friedenspolitik verbündet uns die ganze Welt. Noch haben wir die Wahl, für welche dieser beiden Möglichkeiten wir uns entscheiden. Sehr bald schon kann aber die sich selbst überlassene Entwicklung die Entscheidung für uns getroffen haben. Heute handelt es sich noch um eine Frage des Willens und der in seinen Dienst gestellten Arbeit und politischen Aufklärung des Volkes, morgen sind es vielleicht unabänderliche Tatsachen, die uns ihren Willen aufzwingen und uns auf Jahrzehnte hinaus zu ohnmächtigen Sklaven des nicht rechtzeitig abgewendeten Verhängnisses machen.

Rudolf Goldscheid.

Die Völkerbundarmee.

Von General Sarrail, Paris.

Als der Präsident Wilson unter Verzicht auf das veraltete System der Alliancen mit ihrem üblichen Rattenkönig von Geheimverträgen die Idee des Völkerbundes aufrichtete, bei dem die Differenzen zwischen Völkern durch ein internationales Schiedsgericht geregelt werden

sollten, mußte die Schaffung einer Völkerbundarmee, die den Entscheidungen dieses Schiedsgerichts die nötige Achtung verschaffte, unbedingt ins Auge gefaßt werden. Verschiedene Vorschläge hierzu sind bekannt geworden; sie tragen im allgemeinen dem tatsächlichen Zustand Europas und der Welt nicht Rechnung: sie stützen sich auf die Einigkeit der Völker, als wenn diese schon Tatsache und von allen Völkern gewollt wäre; sie vergessen die Vergangenheit.

Es sind herrliche Luftschlösser, die sich auf Hoffnungen und Illusionen stützen. Man hat dies leicht feststellen können, als jedes Volk sich auf seine alten Rechte berief und seine Souveränität behalten wollte, während der Völkerbund doch nur im entferntesten den Vorschlägen des Präsidenten der Vereinigten Staaten entspricht, in seinen Rechten und Funktionen beschränkt ist und nicht die geringste bewaffnete Macht hat, die Ausführung seiner Entscheidungen zu sichern.

———

Ohne auf die Umbildung des jetzigen Völkerbundes zu warten in einen solchen, der aus Völkern und nicht aus Regierungen besteht — um die Spötter zum Schweigen zu bringen, um seinen Einfluß zu vergrößern, ist es unerläßlich, so schnell wie möglich von den luftigen Höhen herabzusteigen und eine Völkerbundarmee zu schaffen auf Grund der augenblicklich bestehenden Kontingente.

Um lieber etwas statt garnichts zu haben, muß man prüfen, wie heute schon eine Völkerbundarmee organisiert sein könnte in diesem von Katastrophen bedrohten Europa, in dem einige Völker noch immer bewaffnet sind und bereit, sich gegenseitig zu zerreißen.

Im folgenden wollen wir betrachten, wie diese Armee beschaffen sein müßte, wenn alle europäischen Völker in den Völkerbund eingetreten sind. Wir werden zum Schluß auch einige Bemerkungen über die ferne Zukunft bringen, in der, durch die Macht der Dinge selbst, die Gesamtheit der Nationen die Nützlichkeit der Verbündung begriffen hat und versucht, diese Erkenntnis durch Schaffung einer Übernation in die Tat umzusetzen.

Ich bin weit davon entfernt, für den Völkerbund das Recht auf eine Armee neben den schon bestehenden zu verlangen. Es gibt in der Welt schon genug überflüssige Ausgaben, genug Militärlasten, genug Militarismus. Aber um mit der Schaffung einer solchen Armee, die allein zur Verfügung des Völkerbundes steht, zu beginnen, um die Völker mit der Verwirklichung dieses Gedankens wie in einer Schlinge zu fangen — man weiß aus Erfahrung, wie schwer es ist, sich aus einer Schlinge zu ziehn: siehe die Ruhr — gibt es einen sehr einfachen Vorgang. Hier ist er.

———

Zur Stunde gibt es in Europa drei sehr schmerzliche Punkte: 1. am Rhein, 2. im Nahen Orient, 3. bei den mehr oder weniger kleinen Staaten, die natürliche Kinder der Diplomatie von 1918 sind, durch Zufall aus politischen Kombinationen oder historischen Erinnerungen geboren.

Am Rhein, Deutschland gegenüber, steht die französische Armee des Generals Degoutte — mehr als 150 000 Mann seit der Besetzung der Ruhr. Mit ihr befinden sich dort einige belgische Divisionen, die bis jetzt treu zur französischen Politik stehen, gleichviel ob diese günstig oder nicht für ihre privaten Interessen sein möge; einige tausend Engländer stehen endlich in Köln zur Überwachung der gesamten Politik und besonders um das Geschäft sicher zu stellen, das unsere Nachbarn von jenseits des Kanals, viel schlauer als wir, niemals vernachlässigt haben.

Um die Konfliktmöglichkeiten zu reduzieren, um nicht mehr einer Armee die offizielle Rolle des Zwangsvollstreckers des Friedensvertrages zu überlassen, sollten Frankreich, Belgien und England nicht auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten? Warum sollten sie nicht, anstatt diese Besetzungs- oder Eintreibungstruppen unter ihrem alleinigen Befehl zu haben, jede Autorität über diese Kontingente an den Völkerbund abgeben?

Sagen wir genauer: Die Armee zum Beispiel, würde nicht der französischen Regierung gehorchen, sondern dem Völkerbund; Frankreich wäre nur verpflichtet, dauernd eine Stärke von Truppen zur Verfügung zu stellen, die derjenigen vor dem Ruhreinmarsch entspricht. Mit einem solchen System wären viele gefährliche Reibungen vermieden, man würde mit großen Schritten dem Frieden entgegen gehen, ohne daß die gerechten Forderungen Frankreichs auf Reparationen hinfällig würden.

Wenn die Umstände es erlauben, könnte die Stärke der Truppen am Rhein leichter vom Völkerbund herabgesetzt werden, als von den souveränen Staaten. Aus ihren Beständen könnten auch im Notfall die militärischen Abteilungen genommen werden, die vielleicht an der Weichsel oder einem andern Fluß, der die 1918 neugeborenen Staaten durchfließt, gebraucht werden.

Im nahen Orient endlich, wo Griechenland, England, Serbien, vielleicht auch Rumänien ihre Banner auf der Hagia Sophia flattern sehen wollen, in Konstantinopel und der sogenannten europäischen Türkei müßte der Völ-

kerbund auch Kontingente zu seiner ausschließlichen Verfügung haben, besonders an den Ufern der Maritza, damit die Griechen gebeten werden können, nach Hause zu gehen, die Türken wieder nach Byzanz gelassen werden und die Bulgaren den Ausgang zum ägäischen Meer erhalten, der ihnen durch die Verträge versprochen worden ist.

Diese Kontingente würden unter dem Befehl eines Generals stehen, der keinem der interessierten Staaten angehört, sondern einem neutralen wie Dänemark, Holland, Schweden, Schweiz oder Spanien.

———

Nach der obigen Hypothese gehören die Streitkräfte des Völkerbundes, die am Rhein oder der Maritza stehen, nur den 1918 siegreichen Mächten an.

Ein englischer General hat kürzlich eine andere Lösung vorgeschlagen: er sieht zum Beispiel zwischen Frankreich und Deutschland die Errichtung einer Spezialzone vor, unter der ausschließlichen Autorität des Völkerbundes, aber auf dem französischen Gebiet dieser Zone und auf deutschem Gebiet nahe an der französischen Grenze will er ein deutsches Kontingent; auf dem deutschen Gebiet der Zone dagegen ein französisches Kontingent. Wenn Frankreich Deutschland angriffe, zum Beispiel mit Flugzeuggeschwadern, müßte das deutsche Kontingent auf französischem Gebiet alle Zerstörungen vornehmen, die später den Vormarsch der Armeen aufhalten müssen; wenn das Reich dagegen der Angreifer wäre, würde das französische Kontingent genau so in der deutschen Zone handeln.

Selbst wenn man die Schwierigkeiten beiseite läßt, an denen sich eine solche Besetzung in Friedens- wie in Kriegszeiten stößt, so ist doch der Gedanke, der die Zerstörungsmaßnahmen vorsieht, kaum zulässig. Nichts würde indes den Völkerbund verhindern, das Rheinland in einer ganz andern Art zu besetzen, wie dies der Vertrag von Versailles vorsieht, und zwar, indem er entweder die Ausbreitung der besetzten Zone einschränkt, oder indem er die französische Ruhrarmee mehr zusammen zieht und dadurch einen freien Zugang nach Belgien läßt, gleichzeitig aber das linke Rheinufer neutralisiert.

Wie dem auch sei, dem Organ des Völkerbundes, das unter der obersten Leitung von Generälen steht, die am Rhein und an der Maritza kommandieren, müssen dauernd ein oder zwei Delegierte des Völkerbundrates angehören, die die Ereignisse verfolgen und dem zuständigen General nur zu telegraphieren haben, die notwendigen Verfügungen zu treffen, um im Keime jede nationalistische oder imperialistische Bewegung zu ersticken. Durch geeignete militärische Maßnahmen wäre wahrscheinlich jeder Konflikt zu verhindern.

———

Gleichzeitig mit diesen Anordnungen ist es nötig, die moralische und materielle Entwaffnung der verschiedenen Völker zu betreiben. Welches auch die zwischen Nationen entstandenen Schwierigkeiten sind, die Geschichte lehrt, daß die Gefühle von Volk zu Volk nicht ewig dauern; ich glaube, es gibt in Europa keine Nation, mit der wir nicht einmal verbündet, ein andermal verfeindet gewesen sind. Es wäre auch sehr gut, wenn die große Presse, anstatt Haß zu predigen, von Versöhnung spräche.

Was die materielle Entwaffnung anbetrifft, so wäre eine wesentliche Reduzierung des Effektivbestandes der Armeen unerläßlich, sei es auch nur aus wirtschaftlichen Gründen der Ersparnis. Die Völker kämpfen ja in der Tat nicht mit ihren stehenden Heeren, sondern mit allen ihren zu den Waffen gerufenen Bürgern. Wenn die 1918 siegreichen Nationen den Frieden vorbereiten wollen, so müssen sie schnellstens aufhören, Soldaten heranzubilden, das heißt, aus allen ihren Bürgern Reservisten machen.

Die Kernfrage der Entwaffnung besteht übrigens nicht in dem Aufhören der militärischen Ausbildung der Bürger, sondern in dem Verschwinden des Kriegsmaterials. Von diesem Gesichtspunkt aus ist zunächst folgendes notwendig: der freie Handel von Waffen, Munition und jedem Kriegsmaterial zwischen den Nationen muß unterbleiben; dann könnten sehr viele Staaten schon überhaupt nicht mehr Krieg führen. Der zweite Schritt wäre der, alle private Waffenfabrikation zu untersagen. Um aber zu diesem Ziel zu gelangen, würde man sich nicht nur an privaten Interessen stoßen, sondern auch an dem Interesse gewisser Staaten, die selbst Produzenten sind, wie Schweden. Zuletzt müßte alle Kriegsmittelfabrikation beim Völkerbund monopolisiert werden. Sicher ist da ein schwieriges Stadium zu durchlaufen; aber es muß unternommen werden, und wenn das Ziel erreicht wird, werden alle neuen Erfindungen, die sich auf den Krieg beziehen und die Phantasie beschäftigen wie Gase, Explosivstoffe, durch Flugzeuge abgeworfene Bazillen bald nur noch Mythen sein.

Wie wird der Völkerbund aussehen, wenn alle Völker Europas in ihm vertreten sind? Es ist selbstverständlich klar, daß, wenn die Völker, um Kriege zu verhindern, auf einen Teil ihrer Souveränität zu Gunsten des Völkerbundes verzichten, es keine besonderen Armeen mehr geben kann, um das Gebiet jedes Staates

zu verteidigen. Nur der Völkerbund hätte das Recht auf eine Armee.

———

Die Aufmerksamkeit muß aber noch auf einen besonderen Punkt gelenkt werden: jeder Staat hat eine gewisse Polizeimacht nötig, um die Sicherheit seiner Bürger zu schützen; er braucht außerdem eine andere Polizeimacht oder eine verstärkte Polizei, um seine eigene Regierung zu stützen.

Wenn er nur Polizisten hätte, um Banditen zu verhaften, so wäre er in der Tat genötigt, bei inneren Unruhen die Völkerbundarmee zu rufen. Diese Zuflucht ist unzulässig; die Völkerbundarmee ist nicht da, damit England immer eine aristokratische Regierung habe, Rußland ein Sowjetregime, Italien die Herrschaft von Mussolini. Kurz jede Regierung muß, um ihre eigene Existenz zu verteidigen, eine bewaffnete Macht von einer noch zu bestimmenden Stärke haben, nicht nach der Dichte der Bevölkerung oder nach der seiner Verkehrsmittel, sondern nach den innerpolitischen Zusammensetzung jedes Staates.

Was geht augenblicklich in Europa von diesem Standpunkt aus gesehen vor? Deutschland hat 150 000 Mann Polizeitruppen; die russische rote Armee zählt nahezu 600 000 Mann, die nur zum Schutz der Sowjetregierung bestimmt sind; Frankreich hat nicht ganz 30 000 Gendarmen, aber das stehende Heer ist immer gerufen worden, wenn eine Regierung sich bedroht fühlte. Eine alte revolutionäre Formel sagt: „Die öffentliche Macht ist zur Verteidigung des Staates gegen seine äußeren Feinde da und um im Innern die Ordnung und die Ausführung der Gesetze zu sichern." Die Schweiz hat sich sogar trotz ihrer Neutralität und ihrer besonderen militärischen Konstitution zu einem ähnlichen Gedanken bekennen müssen: jeder Kanton kann im Notfall, ohne den Bundesrat vorher zu benachrichtigen, 300 Milizsoldaten halten, um seine Polizeikräfte zu verstärken.

———

Die verschiedenen Staaten des Völkerbunds werden, da sie ohne Armee sind, dazu aufgefordert werden, nach einer stattgefundenen Debatte hierüber, die Stärke einer nationalen Gendarmerie festzusetzen, die unerläßlich ist, um jedem inneren Ereignis gewachsen zu sein; jedem Lande bleibt es überlassen, diese Gendarmerie nach seinen besonderen Verhältnissen zusammenzustellen.

Für Frankreich, das alle politischen Regimes gekannt hat, wäre es vielleicht gefährlich, diese Ergänzung der Polizeimacht aus Freiwilligen zu bilden; nur mit Berufssoldaten sind Staatsstreiche immer wahrscheinlich. Es genügt außerdem nicht, Soldaten zu wollen, um sie zu haben; das lehrt die Erfahrung. Junge Soldaten vom jährlichen Kontingent, ungefähr 30 000, werden also in die nationale Gendarmerie eintreten. Ich will jetzt nicht über die näheren Bedingungen sprechen, da davon erst, wenn die Völkerbundarmee eingerichtet wird, die Rede sein kann. Auf jeden Fall sind diese Polizeikräfte eine Reserve in der Hand der Regierung, sie müssen über Maschinengewehre, Kanonen, Tanks und Flugzeuge verfügen, um schnell Herr einer Situation sein zu können, wo ihre bloße Gegenwart nicht genügt, einen Druck auszuüben.

Unter den europäischen Staaten gibt es solche, die Kolonien besitzen. England könnte sogar ohne seine Kolonien nicht leben. Es würde infolgedessen nicht einem Völkerbund angehören, der es seiner Rechte, die es auf fernen Besitz zu haben glaubt, beraubt. Man muß also zugeben, daß es in vielen Ländern nicht genügen würde, eine kleine Kolonialgendarmerie zu haben, die nur eine Polizeirolle spielt, sondern es wird noch lange Zeit wirkliche Besatzungsheere geben, die aus den verschiedenen Hauptstädten kommen, um deren Herrschaft zu behaupten.

Für Frankreich wäre es nötig, außer den Truppen, die aus freiwilligen Eingeborenen gebildet werden, eine ausschließlich europäische Kerntruppe zu halten, die ebenfalls aus Freiwilligen besteht und die für Marokko, Algier, Tunis, Madagaskar, französisch Ost-Afrika und Indochina bestimmt ist.

Diese gesamten Streitkräfte, die zu wirklichen militärischen Operationen aufgerufen werden können, müßten wenigstens teilweise über moderne Waffen verfügen, die vom Völkerbund zu liefern sind.

Damit diese Elemente niemals für die Hauptstadt selbst gefährlich werden können, sind Sicherheitsmaßnahmen vorzusehen: die Polizei des Mittelmeers hat nur aus einer Kriegsflotte zu bestehen, zur alleinigen Verfügung des Völkerbundes; ihre Schiffe verhindern im Notfall jede Truppenüberführung von Afrika nach Nordfrankreich.

———

Mitten von derart entwaffneten Staaten scheint es, als wenn die Völkerbundarmee, die allein über Kriegsmaterial verfügt, selbst ohne große Stärke eine genügende Macht hätte, jeder Möglichkeit zu genügen. Man darf aber nicht glauben, daß man mit ungefähr hunderttausend Mann jeder Situation gewachsen ist. Es kommt noch die Frage der Entfernung hinzu, die man nicht vergessen darf; es besteht die Möglichkeit von Sabotageakten selbst bei

Bruchteilen der Völkerbundarmee im Falle einer Verpflanzung, das darf man nicht mit Stillschweigen übergehen. Daraus ergibt sich die absolute Notwendigkeit, Truppen in der Nähe der verschiedenen Orte haben zu müssen, wo sie vielleicht hingerufen werden können; ohne diese Vorsicht kämen sie vielleicht nie zur rechten Zeit. Aus dieser Verpflichtung ergibt sich die Erhöhung der vorzusehenden Gesamtstärke. Ohne auf eine Zahl von 4- bis 500 000 zu kommen, die einige Vorschläge nennen, wäre es wohl angebracht, mit 250 000 zu rechnen.

Eine derartige Armee zu rekrutieren bildet einige Schwierigkeiten. Vergessen wir nicht, daß seit den letzten Verträgen, die den besiegten Staaten die Verpflichtung auferlegten, ihre Armee nur aus Freiwilligen zu rekrutieren, man die Unmöglichkeit festgestellt hat, auch nur die erlaubte Stärke zu erreichen. In Bulgarien z. B. hat man nur die Hälfte der erlaubten Stärke zusammen bekommen. Für Frankreich haben wir schon auf die Notwendigkeit von Freiwilligen hingewiesen bei der Bildung einer Kolonialgendarmerie; wieviel Freiwillige werden für die Völkerbundarmee übrig bleiben? Denken wir daran, daß fast alle jungen Leute, die sich freiwillig melden, nur von dem Wunsch getrieben werden, so bald wie möglich ihre Militärverpflichtungen los zu sein.

———

Es kann also nicht davon die Rede sein, eine Armee nach Muster unserer Fremdenlegion zu bilden, einfach durch Zusammenfassung von Freiwilligen auf lange Zeit, die aus allen Nationen stammen; dann kämen vielleicht für ganz Europa etwa 30 000 Freiwillige für 3, 4 oder 5 Jahre heraus. Wenn man auf mehr rechnet, so würde man schwer enttäuscht werden. Der größte Teil der Völkerbundarmee müßte sich also aus Soldaten der bestehenden Truppen bilden, die von jeder Nation geliefert werden nach Festsetzung der vom Völkerbundrat bestimmten Zahl.

Die Kontingente der meisten Länder würden nach Nationen gruppiert in Regimenter, Brigaden und Divisionen, nur die Freiwilligen bildeten Einheiten nach Muster unserer Fremdenlegion. Diese Disposition stellt übrigens einen ernsthaften Vorteil dar, denn sie erübrigt die Frage einer internationalen Sprache, erleichtert die Bildung von Cadres und Generalstäben in jeder nationalen Armee, und nur der Höchstkommandierende würde vom Völkerbund bestimmt. Es versteht sich auch von selbst, daß das militärische Verhältnis der entlassenen Soldaten zur Völkerbundarmee gar keine Frage darstellt, da diese Armee keine Reservisten hat.

Ohne über den Anteil jeder einzelnen Nation sprechen zu wollen, sei es erlaubt zu sagen, daß Frankreich höchstens 30 000 Mann seines Kontingents für die Völkerbundarmee zu liefern hätte.

Es wären also 60 000 ausgebildete junge Leute jährlich für ungefähr 6 Monate zu liefern, zur Hälfte für die nationale französische Gendarmerie, zur Hälfte für den französischen Anteil an der Völkerbundarmee. Das Los müßte diejenigen bestimmen, die von diesem Dienst befreit sind und die, die zu ihm verpflichtet sind; die guten Nummern dürfen zu Hause bleiben, die schlechten müssen zur Völkerbundarmee; eine dritte Art Nummern muß zur nationalen Gendarmerie. Endlich muß man grundsätzlich bestimmen, daß die nationalen Formationen der Völkerbundarmee außerhalb ihres Ursprungslands stehen, aber in der Nähe der Gefahrenpunkte, Punkte, die im übrigen nach den direkten Interessen der betreffenden nationalen Formationen zu bestimmen sind.

So könnte man ins Auge fassen die 30 000 Franzosen der Völkerbundarmee in der Nähe von Deutschland zu stationieren, vielleicht bei Lüttich und Mastrich, und die 30 000 von Deutschland zu liefernden Soldaten nahe bei Frankreich, ungefähr bei Basel oder Genf.

Kann man bei der großen Entfernung der alten von der neuen Welt an einen Völkerbund glauben, der Paris, Moskau, New York, Sydney und Buenos Aires umfaßt? Müßte die Verteilung einer Völkerbundarmee bei dieser Hypothese nicht eine Erhöhung der Stärke zur Folge haben? Brauchte man dann nicht eine Spezialarmee für Europa, für Amerika, für Australien? Würde die eventuelle gelbe Gefahr für Amerika das Problem nicht verwickelter machen? Wenn man nicht in einem Ozean von unbekannten Größen schwimmen will, ist es vielleicht wirksamer, die Hypothesen nicht zu umfassend zu machen. Die Schaffung eines Staatenbundes ist zuerst zu verwirklichen; wenn diese Organisation besteht, kann man erst an die Übernation denken.

Auf alle Fälle kann der Völkerbund mit einer bewaffneten Macht wilde Konflikte unterbinden. Später, wenn Deutschland, Rußland und die Türkei im europäischen Völkerbund sind, kann dieser die militärischen Lasten jedes Landes verringern, die Geheimdiplomatie verschwinden lassen, den Frieden herstellen.

Cahiers de la Ligue des Droits de l'homme. Paris, Juni 1923.

———

Zur Organisation der Völkerbundarmee.

Von Major a. D. Franz Carl Endres.

Die Berechtigung einer Völkerbundarmee vom pazifistischen Standpunkt aus hat im 3. Heft der „Friedenswarte" Hellmut v. Gerlach mit kurzen Worten aber einwandfrei erwiesen.

Es mag seinen Ausführungen vielleicht nur noch der folgende Gedanke hinzu gefügt werden. Jeder Rechtszustand, also auch der des dauernden Friedens, erfordert Opfer von seiten derer, die den Rechtszustand genießen, denn der Egoismus, sei es der persönliche oder der nationale, ist für diesen Zustand nicht mehr maßgebend, darf in ihm keine Rolle spielen. Ein freiwilliger Verzicht auf das, wozu der Egoismus lockt, wird von den Menschen und von den Staaten auf ihrer heutigen Entwicklungsstufe niemals geleistet werden. Es gibt keine andere Lösung als die Menschen zu dem Rechtszustand zu zwingen und durch einen Generationen überdauernden Zwang eine Art Gewöhnung zu schaffen, so daß dieser Rechtszustand der überwiegenden Anzahl aller Menschen als ein selbstverständlicher Zustand vorkommt und jeder, der den Rechtszustand verletzt als Verbrecher gilt, der aus der menschlichen Gesellschaft zu entfernen ist.

Einen ähnlichen Weg hat unser Strafrecht gemacht. Ein Gutsbesitzer, der beispielsweise das jus primae noctis bei seinem Gesinde fordern würde, würde heute ausgelacht werden und würde die Bekanntschaft mit der Polizei als dem Exekutivorgan einer höheren menschlichen Gemeinschaft, nämlich des Staates machen. Diese Polizei würde sich, weil die Macht des Staates hinter ihr steht, als den egoistischen Gelüsten des Einzelnen überlegen erweisen. Vor 200 Jahren wäre aber die Forderung des Gutsbesitzers ebenso selbstverständlich gewesen, wie sie heute lächerlich und verboten erscheint. *)

Wir stehen heute mit dem Egoismus des nationalen Staates, (den noch allzuviele als der Weisheit letzten Schluß halten, während er nur eine Stufe in der Entwicklung bedeutet) da wo unsere mittelalterlichen Vorfahren mit dem Egoismus ihrer Raubrittergeschlechter standen. Der stolzen Herren Burgen sind von den Vertretern größerer Gemeinschaften verbrannt worden und stehen heute als malerische, aber politisch unwirksame Ruinen „an der Saale hellem Strande" und anderswo. So wird einst der Stolz des nationalen Staates, seine absolute Souveränität als eine Ruine im Lande freier und einer höheren Gemeinschaft angehörenden Menschen stehen.

Hier liegt auch der Schlüssel zum Verständnis der ethischen Relativität, auf die ich in einem späteren Aufsatz eingehen werde.

* * *

Der Pazifismus ist praktisch nur möglich in einem den Rechtszustand des Friedens mit den (in diesem Fall moralisch einwandfreien) Mitteln der Macht schützenden übernationalen Organismus. Ein solcher kann Völkerbund genannt werden. Der gegenwärtige Völkerbund stellt diesen Organismus noch nicht dar. Es wäre aber verfehlt, die Idee des Völkerbundes zu verwerfen, weil ein gegenwärtiges Gebilde — mehr das politische Produkt einer Verlegenheit als das organische Produkt einer Entwicklung — der Völkerbundsidee noch nicht entspricht.

Die Entscheidungen eines Völkerbundes müssen befolgt werden. Das werden sie nur, wenn Widerstand gegen sie unmöglich ist. Dieser aber ist nur dann unmöglich, wenn die Macht des Völkerbundes zweifellos jeder auftauchenden Einzelmacht überlegen ist.

Wir brauchen also eine Völkerbundarmee, eine Armee, die verfassungsrechtlich und im Empfinden jedes einzelnen ihr Angehörenden das ausschließliche Werkzeug jenes übernationalen Organismus ist, der die Menschheit umschließt und deshalb seine Waffen nicht nach außen mehr zu richten hat, sondern ihrer lediglich bedarf, um sein biologisches Gleichgewicht da wieder herzustellen, wo verbrecherische Absicht von Teilen diese Harmonie des Organismus bedroht.

* * *

Die Grundlagen der Organisation einer solchen Völkerbundsarmee ergeben sich aus der Zusammenfassung ihrer Verwendungsmöglichkeiten. Das führt auch zur Forderung einer ebenfalls starken Kriegs- und Transportflotte. Wo immer auf der Erde Unbotmäßigkeit zu Tage tritt, muß in kürzester Zeit eine überwältigend große militärische Macht des Völkerbundes aufzutreten in der Lage sein.

Um das zu erreichen, werden daher Völkerbund-Heer und -Flotte zum Teil dislociert sein (Möglichkeit raschen Eingreifens), zum Teil in großen Zentren versammelt sein (Möglichkeit überlegener Machtäußerung). Kein Einzelmitglied des Völkerbundes darf eine eigene Armee haben, die ja auch ganz zwecklos wäre,

*) Weitere Beispiele und Allgemeines zur Frage des Völkerfriedens als eines Rechtszustandes, hinter dem eine den Zustand garantierende Macht erforderlich ist finden sich in meinen beiden Büchern „Vaterland und Menschheit" (Zellenbücherei Berlin) und „Du bist ich" (Verlag Der neue Geist Leipzig.)

noch Waffen oder Munition herstellen. Diese Herstellung liegt ausschließlich in der Hand des Völkerbundes.

Die größte Schwierigkeit des Völkerbund-Heeres und Flottenorganisation wird, namentlich in den ersten hundert Jahren, auf psychologischem Gebiete liegen — in der Erzeugung und Erhaltung des übernationalen Geistes der Truppe. Da eine gute Truppe von jeher des Geistes ihrer Offiziere war, so besteht die Forderung, daß Offizier der Völkerbundwehrmacht nur ein gebildeter, gereifter Mann und unbedingter Anhänger der Weltfriedensidee sein darf. Wer das nicht restlos ist, oder aufhört zu sein, muß unbedingt entfernt werden. Die Mannschaft wird weniger schwierig zu ergänzen sein. Offiziere und Mannschaften müssen sehr gut bezahlt werden und, alt geworden, gute Versorgungsstellen bekommen z. B. in den zahlreichen Fabriken und Büros der Völkerbund-Heeresverwaltung.

Jede Truppe muß grundsätzlich aus allen beteiligten Nationen gemischt sein. Der Anteil, den jede Nation zur Völkerbund-Wehrmacht stellt, darf sich nicht schematisch nach der Bevölkerungszahl der Nation richten. Namentlich am Anfang wird die Masse der Offiziere, Soldaten und Matrosen von denjenigen Staaten zu stellen sein, die nicht am Weltkrieg beteiligt waren. Sie bringen die Wahrscheinlichkeit leichterer Einfühlung in den übernationalen Gedanken mit sich.

Die Einführung einer einheitlichen Dienstsprache in der Völkerbund-Wehrmacht wird notwendig sein. Die Erwägungen über die Frage, welche der lebenden Sprachen sich hierzu am meisten eignet, oder ob man eine Kunstsprache wählen soll, würden hier zu weit führen.

Was nun die Stärke der Völkerbund-Wehrmacht anlangt, so würden für Europa unter der Voraussetzung vollkommener Abrüstung der europäischen Staaten genügen:

A. An Landtruppen:

10 Infanteriedivisionen à 12 Infanteriebataillonen, *) 3 Eskadrons, 6 leichten, 6 schweren und 3 Spezial-Batterien. Jede einzelne Division so mit allen Nebenformationen (Maschinengewehren, Minenwerfern, drahtlosen Telegraphen- und Telephon-Abteilungen, Infanterie- und Artilleriefliegern usw.) nebst Kolonnen, Trains und Feldverwaltungsbehörden ausgerüstet, daß sie als strategische Einheit verwendet werden kann.

5 Divisionen berittener Infanterie à 3 Regimenter Schützen, 3 Maschinengewehrabteilungen, 3 Batterien teils Gebirgsartillerie, teils reitender Artillerie (und entsprechenden Sonderformationen).

*) Organisationseinzelheiten in einem späteren Artikel.

15 Flieger-Geschwader à 20 Kampf- und 30 Bombenflugzeugen, 2 schwere Belagerungstrains.

Außerdem noch Spezialformationen verschiedener Art.

B. An Seestreitmitteln:

3 Kampfflotten à 5 Großkampfschiffen, 5 Aufklärungsschiffen und sonstigen Spezialschiffen, 3 Kreuzerflotten à 3 großen, 3 kleinen Kreuzern, 10 Zerstörern, 20 Torpedobooten und 10 U-Booten nebst entsprechenden Spezialschiffen, 2 Transportflotten mit denen 2 Infanteriedivisionen und eine berittene Division in einem Transport untergebracht werden können.

Diese Streitkräfte, deren Kosten von allen Staaten Europas gemeinsam getragen würden, würden die Militärbudgets der einzelnen Staaten auf ein Minimum reduzieren.

Die Kräfte würden ausreichen, um Afrika und Asien (ohne Japan und Indien) im Zaume zu halten. Die japanische Frage würde den Komplex wesentlich erweitern. Sie ist ohne Berücksichtigung der amerikanischen Frage nicht zu behandeln und muß daher späteren Erörterungen vorbehalten bleiben. Immerhin darf nicht vergessen werden, daß ein europäischer Völkerbund unter Umständen in die Lage kommen könnte, Europa und seine Interessen gegen amerikanischen Imperialismus zu schützen und daher wird die Festsetzung der europäischen Völkerbund-Armee nicht ohne Abmachungen hinsichtlich der amerikanischen Rüstungen bestimmt werden können. *) Die von mir angegebenen Ziffern für die Stärke entsprechen dem Zustand friedlichen Nebeneinanderlebens von Amerika und Europa. Sobald Amerika dem großen Völkerbund der Zukunft beitritt, ist die Frage des Weltfriedens gesichert.

Was nun Indien anlangt, so würden hier Sonderabkommen mit England notwendig sein.

Die Führung der Völkerbundstreitkräfte liegt im Frieden in der Hand eines internationalen Komitees, das für den Kriegsfall den Oberkommandierenden wählt. Dieser ernennt seinen Stab, in dem jedoch kein Offizier des Generalstabes vorhanden sein darf, der der gleichen Nation wie der Oberkommandierende angehört. Ebenso hat jeder Kommandeur einer Truppe als Generalstabsoffizier oder Adjutanten grundsätzlich Angehörige fremder Nationen.

Die Verteilung der Streitkräfte muß von dem Gesichtspunkte ausgehen, daß kleinere Wider-

*) Ich gehe hierbei von der Annahme aus, daß, was wahrscheinlich ist, Amerika den Vereinigten Staaten von Europa zunächst abwartend, aber nicht feindlich gegenüber stehen wird.

stände gegen Maßnahmen der souveränen Völkerbundsregierung rasch unterdrückt werden können und daß andererseits große geschlossene Reserven für die Lösung ernster Konflikte zur Verfügung stehen. Demgemäß wird bei Flotte und Heer verfahren. Ohne diese wichtige Frage im Einzelnen hier zu lösen, kann man sich also etwa vorstellen, daß die großen Gruppen der Völkerbundarmee in Brüssel—Zürich—Warschau—Budapest (Eisenbahnknotenpunkte) vereinigt sein werden, während kleinere Garnisonen nach Bedarf verteilt sind. Die Flotte wird in zwei großen Gruppen in der Nordsee und im Mittelmeer und mit je einem kleinen Teil in der Ostsee und im Schwarzen Meer stationiert sein. Bei der zunehmenden Vervollkommnung der Motorleistung wird man an eine im Herzen Europas liegende Flugzeug-Zentral-Station denken können.

Außerdem müßten in allen Großstädten Europas bezw. eben des Völkerbundes gesonderte Kommandos bestehen, die nicht zur eigentlichen Völkerbundarmee zählen. Sie haben die politische Überwachung des betreffenden Landes zu übernehmen. Ihre Führer sind gleichzeitig Vorgesetzte der Landespolizei, die diesen Kontrollkommissionen in allen „politischen Fällen" zu gehorchen haben. Auch diese Führer der gesonderten Kommandos dürfen nie der Nation angehören, in deren Land sie amtieren. Sie haben aber bürgerliche Beiräte des betreffenden Landes an ihrer Seite.

Die Völkerbund-Flotte kann bei vollkommener Abrüstung aller Staaten mit den Ausmaßen, die ich oben angab, auskommen. Ist der Völkerbund kein geographisch universaler, so bleibt die Forderung bestehen, daß die Völkerbund-Flotte wesentlich stärker sei als jede gegen den Völkerbund mögliche Konstellation.

Die Grundbedingung eines wirklich wirksamen Völkerbundes ist seine Macht. Nur ein mächtiger Völkerbund wird dann auch endlich ein Völkerrecht einsetzen können, dem die Welt gehorcht und wird damit das Völkerrecht zu einer praktischen Institution machen, die es bisher nicht war. (Vgl. die Erfahrungen des Weltkrieges). In diesem Völkerrecht, dessen Skizzierung hier nicht mehr unternommen werden soll, werden schärfste Strafbestimmungen (also ein Völkerbund-Strafrecht!) aufgenommen gegen Einzelpersonen und Staaten, die sich verfehlen 1. gegen die Völkerbundverfassung, 2. gegen die Völkerbundsgesetze und 3. gegen die verwaltungstechnischen Anordnungen des Völkerbundes. Eine grundlegende Bestimmung wird endlich die sein müssen, daß Krieg- oder militärische Rüstung oder militärische Aktion gegen den Völkerbund nicht als Krieg in bisheriger Auffassung sondern als Rebellion zu gelten haben. Staaten, die sich einer solchen Rebellion schuldig machen, werden aufgeteilt. Einzelpersonen werden zu zeitlicher oder lebenslänglicher Deportation verurteilt.

Der ganze Apparat sieht wenig pazifistisch aus. Es kommt aber auch garnicht darauf an, pazifistisch auszusehen, sondern pazifistisch zu wirken. Und da erhebt sich für den Historiker, den Politiker und Ethiker die aus der Erfahrung geschöpfte und daher praktisch berechtigte Forderung, die Menschen so lange zum Frieden zu zwingen bis späteren Generationen der Friedenszustand als der selbstverständliche Zustand des Menschengeschlechtes erscheint, gegen den sich zu verfehlen abscheuliches Verbrechen ist. Dann erst wird die Menschheit in der Lage sein, eine neue Stufe auf der Treppe der Ethik zu überwinden.

Eine Völkerbundarmee?

Von Dr. h. c. Frhr. von Schoenaich, Generalmajor a. D., Reinfeld, (Holstein).

In Heft 3 der „Friedenswarte" wirft Hellmut von Gerlach die Frage der Schaffung einer Völkerbundarmee auf. Er vertritt die Ansicht, daß eine volle Abrüstung aller Nationen vorläufig unerreichbar sei, und daß selbst eine teilweise Abrüstung deswegen auf so großen Widerstand stoße, weil es in der Welt noch so viele gewalttätige Elemente gäbe.

Die Abrüstung werde aber wesentlich gefördert werden, wenn der Völkerbund eine bewaffnete Macht besäße, durch die er jene Elemente niederhalten könne.

Die Schaffung einer Völkerbundarmee läge deswegen nicht nur im ethischen Interesse des Weltfriedens, sondern auch im wirtschaftlichen Interesse der Völker, die dann ihre eigenen Heeresausgaben herabsetzen können.

Ich stimme diesen Gedanken im allgemeinen durchaus zu und halte ihre weitere Durcharbeitung für lohnend. Ich schicke ausdrücklich voraus, daß ich die Schriften des französischen Hauptmann Gaston Moch und des deutschen Major Franz Carl Endres darüber nicht kenne. Meine Ansichten sind also ganz unbeeinflußt:

Für die Schlagkraft einer Armee sind zwei Dinge wesentlich: Die rein heerestechnischen Einrichtungen, einschließlich der Führerfähigkeiten und die sittlichen Gründe, die die Schlagkraft auslösen.

Diese unwägbaren, sittlichen Momente spielten in den alten Söldnerheeren noch

keine Rolle. Der Landsknecht verkaufte seine Kraft und sein Leben heute diesem, morgen jenem Führer, heute zum Angriffskriege, morgen zum Verteidigungskriege.

Das wurde anders durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und darüber hinaus durch die sittliche Bildung der Menschen. Gerade dieser unwägbaren, sittlichen Momente wegen, wurde es zur Hauptkunst kriegslüsterner Staatsmänner und Feldherren, den Völkern und Soldaten den Glauben beizubringen, sie kämpften für hohe sittliche Ideale.

Diese Kunst ist im letzten Kriege auf einem Gipfelpunkt angelangt. Es ist zu hoffen, daß der kritische Sinn der Menschen bald und gründlich mit diesen Methoden aufräumen werde. Voraussetzung für die erfolgreiche Schaffung einer Völkerbundarmee ist daher eine so feste sittliche Begründung des Völkerbundes selbst, daß seine Armee fest davon überzeugt ist, daß sie wirklich für sittliche Ideale kämpft, wenn der Bund sie zum Kampfe ruft.

Da ein solch idealer Völkerbund auch denen als erstrebenswert erscheint, die ihm heute noch mißtrauisch gegenüber stehen, so ist zu hoffen, daß seine Verwirklichung nicht mehr allzu fern ist. Wenn nach Erfüllung dieser Vorbedingung dann an die Schaffung der Armee herangegangen wird, so sind zwei Zustände zu unterscheiden:

1. die Zeit vor Erreichung der allgemeinen Abrüstung,

2. die Zeit nach der vollen allgemeinen Abrüstung.

In der ersten Periode würde es sich darum handeln, eine Armee zu schaffen, die gegen die Armee eines Staates kämpfen müßte, der sich den Gesetzen des Völkerbundes nicht beugen will.

Eine solche Völkerbundarmee müßte, um als unparteiische Wahrerin des Rechtes aller Bundesmitglieder angesehen zu werden, auch aus Mitgliedern aller dem Bunde angehörenden Völker bestehen.

Es könnte danach z. B. der Fall eintreten, daß Soldaten der Völkerbundarmee gegen ihre eigenen Volksgenossen kämpfen müßten.

Ich glaube, daß dem sehr ernste Bedenken entgegen stehen.

In voller Würdigung dieser Bedenken sieht der Artikel 16/17 des jetzigen Völkerbundsvertrages sowohl gegen widerstrebende Bundesmitglieder wie gegen Nichtmitglieder in erster Linie wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen vor. Bewaffnetes Einschreiten wird nur in der Form vorgesehen, daß bei den beteiligten Regierungen angeregt werden soll, mit ihren Land- und Seestreitkräften an der Kampfhandlung teilzunehmen.

In dieser ersten Periode wäre auch der Fall denkbar, daß die Verhältnisse zwischen einem Teil der Bundesmitglieder derart friedlich befestigt wären, daß zwischen ihnen ein Krieg so gut wie ausgeschlossen erschiene. Wenn diese Bundesmitglieder den anderen gegenüber zahlenmäßig, wirtschaftlich und sittlich ein solches Übergewicht besäßen, daß eine von ihnen gebildete Völkerbundarmee jederzeit in der Lage wäre, einem widerstrebenden Volke den Willen aufzuzwingen, so fielen die vorher geäußerten Bedenken natürlich fort.

In diesem Falle wäre die Schaffung einer besonderen Völkerbundarmee aber überhaupt überflüssig, weil die bewaffnete Macht der derart überragenden Völker in Verbände zusammengestellt werden könnten, die erst für den vorliegenden Sonderfall zu bilden wären.

In dieser Periode wäre die Schaffung einer Völkerbundarmee nur dann zu empfehlen, wenn solche, für Sonderfälle zusammengestellten Kriegsmächte als nicht schlagkräftig genug erscheinen. In dieser Hinsicht hat der Weltkrieg eine große Menge von Erfahrungen gezeitigt.

In kleinerem Maße hatte schon vorher die Chinaexpedition gezeigt, daß sogar Truppen einträchtig zusammenarbeiten können, die Völkern angehören, die sich sonst nicht besonders freundlich gegenüber stehen.

Daß das Zusammenarbeiten verschiedener Armeen nicht immer reibungslos verläuft, hat der Weltkrieg auf beiden Seiten gezeigt. Schließlich sind aber die Schwierigkeiten immer überwunden worden.

Die Schwierigkeiten der einheitlichen Oberführung auf Seiten der Entente werden sehr anschaulich geschildert in dem Buch des englischen Kapitäns Wright über die Krisis im März 1918. Die allgemeine Not brachte schnell, was vorher nicht zu erreichen gewesen war.

Die verschiedenen taktischen Dienstvorschriften traten wenig zutage, weil die Hauptkampfeinheiten, die Divisionen, in sich einheitlich derselben Nationen angehörten und dieselben taktischen Vorschriften hatten. Auf Seiten der Mittelmächte sind aber auch diese Schwierigkeeiten schnell überwunden worden. Kleine deutsche Truppenverbände sind oft und erfolgreich in die Divisionen der Verbündeten eingeschoben worden.

Schwierig war der Nachschub der Waffen und Ausrüstungsgegenstände, die bei den Verbündeten in verschiedenen Mustern benötigt wurden. Auf beiden Seiten sind mehrfach kritische Augenblicke entstanden dadurch, daß

die Kampftruppen Munition erhielten, die für ihre Waffen nicht paßten. Solche Schwierigkeiten sind bei der verwickelten Technik aber auch bei ganz einheitlichen Heeren nicht immer zu vermeiden.

Ich komme danach zu der Ansicht, daß in diesem Zeitpunkt die Schaffung einer Völkerbundarmee nicht nötig ist. Der Zweck, widerstrebende Völker, wenn wirtschaftliche Druckmittel nicht ausreichen, durch Waffengewalt zur Einordnung in die Wünsche des Völkerbundes zu zwingen, kann durchaus erreicht werden durch Bildung von Kampftruppen für den jedesmaligen Sonderfall.

Wenn eine überragende Zahl von Völkern entschlossen ist, Ordnung unter Streitsüchtigen zu halten, so können sie Fragen des kriegerischen Zusammenarbeitens schon vorher im Verhandlungswege regeln, sodaß die Schwierigkeiten später auf ein Mindestmaß sinken. Sollte, was jeder wahre Menschenfreund nur wünschen und hoffen kann, aber eine allgemeine Abrüstung der Völker erreicht werden, so wäre das ein Zeichen für die endliche Einkehr des gesunden Menschenverstandes. In diesem Zustande wäre es sehr unwahrscheinlich, daß wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen nicht ausreichen sollten, Widerstrebende zur Einordnung zu bringen. Eine Völkerbundarmee wäre dann ein mehr oder minder überflüssiger Gegenstand.

Hellmut von Gerlach hält die allgemeine Abrüstung für eine Utopie. Ich bin in dieser Hinsicht optimistischer.

Aus reiner Rauflust haben weder Einzelmenschen noch Menschengruppen mit einander gekämpft. Der Leitgedanke war stets, mit Gewalt wirtschaftliche Vorteile zu erzwingen, die der Gegner freiwillig nicht gewähren wollte. Dieser Leitgedanke ist meist durch allerlei Flitter und Schwindel verdeckt worden.

Die politischen Grenzen hielten, in gewissen Schwankungen, stets Übereinstimmung mit den wirtschaftlichen.

Der Weltkrieg ist hauptsächlich entstanden, weil die Staatsmänner und Wirtschaftler nicht erkannt hatten, daß die tatsächlich vorhandene Verstrickung der Weltwirtschaft ganz neue politische Verkehrsmethoden zwischen den Völkern bedinge.

Diese Erkenntnis bricht sich nach den Erfahrungen des Weltkrieges mit Riesenschritten Bahn.

Dieselbe Entwickelung, die sich im neunzehnten Jahrhundert in Deutschland abgespielt hat, greift heute über auf die Völker der Erde: Münzeinheit, Zolleinheit, Bund.

Wenn die Menschen das nicht einsehen sollten, dann bleibt ihnen nur die Rückkehr zur einzelstaatlichen Eigenbedarfswirtschaft, also Aufgabe alles dessen, was die industrielle Technik auf dem Gebiete der Arbeitsteilung geschaffen hat. Tatsächlich ist diese Erkenntnis in den menschlichen Einzelgehirnen auch längst vorhanden. Nur der Massenwahnsinn muß noch überwunden werden, und das kann vielleicht mit einem Ruck geschehen. Was heute noch Utopie ist, kann morgen Wirklichkeit werden. Was die Ethik nicht vermocht hat, wird die Selbstsucht schnell zustande bringen.

Die mögliche und wünschenswerte Entwicklung des Völkerbundes.*)

Von Professor Georges Scelle, Universität Dijon.

Vorwort. — Die wesentliche Hauptaufgabe des Pazifismus scheint mir gegenwärtig die unaufhörliche und hartnäckige Unterstützung der Tätigkeit des Völkerbundes zu sein. Zweifellos entspricht der Völkerbund nach seinem Pakt nicht ganz dem Ideal aller Pazifisten; aber er stellt doch den ersten offiziellen und ernsten Willen dar, ein Rechtsregime anstelle der Gewalt aufzustellen, eine internationale politische Organisation anstelle des falschen Dogmas der Souveränität, und folglich ist er die erste Gelegenheit, die der Menschheit Aussicht auf einen sicheren und dauernden Frieden gibt.

Der Pazifismus stellt seine Forderungen aus einem bestimmten idealistischen Geist heraus; das ist sein gutes Recht. Aber daß er oft nicht realistisch genug ist, das ist seine Schwäche. Wenn man auf den guten Willen, die Güte und die menschliche Brüderlichkeit zählt, um den Frieden zu verwirklichen, das heißt eine Gesellschaft aufrichten, auf der Basis einer radikalen Umbildung der menschlichen Natur, indem man nicht nur die rohen Instinkte und den Haß als nicht vorhanden betrachtet, sondern auch die Vorurteile, die jede klagende Partei und besonders eine Kollektivpartei hat, indem sie instinktiv an die Gerechtigkeit der eigenen Sache glaubt. Das

*) Diese auch im „Mouvement pazifiste" veröffentlichten Ausführungen des bekannten französischen Gelehrten, der sich erst kürzlich wieder durch seine streng objektive Beurteilung der Ruhrbesetzung auszeichnete, sind als Grundlage der Beratung über den Völkerbund bei der Herbstsitzung des Internationalen Friedensbureau gedacht.

wäre ein Phantom so zerbrechlich und so ungreifbar wie eine Seifenblase.

Die Erfahrung jeder Gesellschaftsordnung zeigt, daß der Frieden direkt von der Vollkommenheit der sozialen Autorität abhängt, daß es keine sichere politische Ordnung gibt ohne öffentliche Autorität, die fähig ist, Gesetze aufzustellen und ihre Anwendung zu gewährleisten und ohne die Macht, dem Recht Anerkennung zu schaffen. Es wird daher niemals einen internationalen Frieden geben ohne eine politische Organisation, die über den Staaten und über den Völkern steht, und die fähig ist, ihnen auf demokratischem Wege, d. h. ihnen durch freiheitliche Kontrollmaßnahmen die Anwendung des Rechts, der Rechtsprechung und der Polizeimaßnahmen aufzuerlegen.

Wie weit auch der gegenwärtige Völkerbund davon entfernt ist, diese höhere Macht zu besitzen, die für die Aufrechterhaltung des sozialen, internationalen Friedens nötig ist, wie feierlich auch die Verheißungen seiner Gründer gewesen sind, keinen Überstaat schaffen zu wollen, — so entwickelt er sich doch unabwendbar in dieser Richtung und stellt schon heute einen schwachen Versuch eines universellen Bundes dar. Nur in der Fortentwicklung in dieser Richtung wird er eines Tages imstande sein, den internationalen sozialen Frieden zu sichern. Darüber müssen die Pazifisten sich klar sein. Sie wenden sich zu oft gegen die Verfassung, die Tendenzen oder die Tätigkeit des Völkerbundes, ohne daran zu denken, daß sie damit das Spiel der Regierungen und der Diplomatien des alten Regimes treiben, die ihn nur anerkennen und sich seiner nur bedienen ganz contre coeur, indem sie auf die Gelegenheit warten, ihn zu erwürgen.

Die Pazifisten sind sich nicht klar genug über die gegenwärtige Gebrechlichkeit des Völkerbundes, über die Schlingen von denen er umgeben ist und über die Gefahren, die ihn ständig bedrohen. Wenn sie ihn in der öffentlichen Meinung herunter setzen, so schwächen sie seine Hauptlebensader, denn er wird von den Regierungen nur geachtet werden, wenn er die ganze öffentliche Meinung für sich hat. Jede übertriebene Kritik, jede an ihn gerichtete Aufforderung, etwas zu übernehmen, was über seine Kräfte geht, verzögert die Erreichung des Ideals eines dauernden Friedens, den die Pazifisten wünschen, und der nie durch langweilige Moralpredigten, Bitten und ohnmächtige Wünsche erreicht werden kann. Die Errichtung des Friedens ist Menschenwerk, d. h. er wird durch menschliche und traditionelle Mittel einer politischen Konstitution möglich werden, analog allen nationalen und föderativen politischen Konstitutionen, erweitert auf die ganze menschliche Gesellschaft.

* * *

I. Wenn man sich auf diese Gedanken einstellt, sieht man auch sofort die praktischen Möglichkeiten für die Umwandlung des gegenwärtigen Völkerbundes.

Erstens ist es notwendig, daß der Völkerbund universal wird. Er muß so schnell wie möglich aufhören, eine Vereinigung von Staaten zu sein, deren Aufnahme nicht allein von bestimmten Bedingungen abhängt, sondern auch noch von einem politischen und willkürlichen Votum von zwei Drittel der Mitglieder. Er muß eine wahrhaft politische Körperschaft werden, in die jedes gesellschaftliche Gebilde, das eine eigene juristische Person darstellt, nicht nur das Recht, sondern die Verpflichtung hat, einzutreten. Die Eigenschaft des Bürgers in jedem sozialen Organismus ist automatisch und obligatorisch. Es spielt keine Rolle, ob die Universalität sich durch eine Abänderung der Statuten vollzieht oder einfach durch die Tatsachen. Arbeiten wir daran, daß alle Staaten in den Völkerbund aufgenommen werden oder sich ihm anschließen. Wenn dieses Resultat einmal erreicht ist, ist es kein Unterschied, ob der Pakt in diesem Punkt revidiert wird oder nicht. Was das Prinzip des Ausschlusses betrifft, das juristisch unhaltbar ist, so ist es praktisch unbegreiflich, es gegenwärtig anzuwenden. Es ist daher überflüssig, sich damit zu beschäftigen.

Der Grundsatz der Einheit des Völkerbundes kann auf verschiedene Arten aufgefaßt werden. Wenn er bedeutet, daß es nur einen Völkerbund geben darf, so sind wir vollkommen damit einverstanden, denn mehrere von einander unabhängige und konkurrierende Völkerbünde wären eine Gefahr für den Frieden. Gerade darum ist die Universalität notwendig. Die so verstandene Einheit ist das Korollar der Universalität.

Aber wenn man damit sagen will, daß innerhalb des Völkerbunds alle Staaten und politischen Organismen gleichgestellt sind und als nebeneinander gestellte „Einheiten" betrachtet werden, ohne irgend ein anderes Band als das gemeinsame aus dem Pakt resultierende, so erscheint uns das als ein wissenschaftlicher Irrtum. Der Völkerbund basiert in der Tat auf der materiellen Solidarität der verschiedenen Völker. Nun ist aber diese Solidarität nicht einheitlich; sie hat verschiedene Grade und Kristallisationszentren. Es bestehen innerhalb des Völkerbundes natürliche und historische Gruppen, schon verwirklichte Föderationen

oder solche, die im Entstehen begriffen sind, besonders nahe Beziehungen zwischen Staaten infolge ihrer geographischen Lage, ihres ethnischen Ursprungs, ihrer sich ergänzenden wirtschaftlichen Lage, ihrer gemeinsamen politischen Interessen etc. . . . . Wenn man diese Tatsachen ignoriert, so macht man sich selbst blind; wenn man sie bekämpft, bringt man den Frieden in Gefahr. Man muß sie annehmen, weil sie s i n d und nicht nicht sein können, aber man muß sie angleichen und diese Politiken der „besonderen und geographischen Verbündeten" den allgemeinen Zielen des universalen Völkerbundes unterordnen. Die Zukunft des Völkerbundes liegt in einer wissenschaftlichen Studie, die die Grundsätze des Vorschlags von Benesch vertieft und sie auf die Tätigkeit des Völkerbundes anwendet. Der Bund muß eine Föderation von Föderationen werden.

Der letzte Kongreß von Santiago hat überdies den Beweis geliefert, daß die geographischen Gruppen noch nicht Lebenskraft genug haben, um eine wirkliche Gefahr für den universalen Völkerbund zu sein. Man muß dafür sorgen, diese Gefahr nicht wachsen zu lassen, indem man, solange es noch Zeit ist, diese Sonderverbindungen assimiliert, wie man es z. B. mit dem britischen Commonwealth oder mit den skandinavischen Staaten gemacht hat.

II. Was die Organe des Bundes anbetrifft, so sind wir nicht Anhänger des sogenannten demokratischen Feldzugs, der die Beschickung der Versammlung so abändern will, daß nicht mehr Vertreter der Regierungen, sondern Vertreter der Völker delegiert werden. Zunächst ist es sehr schwer zu wissen, auf welche Weise die „Völker" Vertreter zur Versammlung schicken werden. Es müßten Vertreter sein, die gradweise gewählt würden. Das praktischste wäre, Parlamentarier zu schicken, wie es schon jetzt häufig der Fall ist. Wahr ist, daß diese Parlamentarier Instruktionen ihrer Regierungen erhalten und daher einen diplomatischen Charakter haben, aber diese Instruktionen sind gewöhnlich sehr allgemein und es würde unklug sein, in diesem Punkt die Regierungen zu verletzen, indem man die Entwicklung, die sich schon schrittweise vollzieht, hindert, und indem man jedem Land die Freiheit läßt, seine Vertreter zur Versammlung selbst zu bestimmen.

Hierzu kommt, daß die Versammlung einem föderativen Parlament auf breitester Grundlage gleicht. Die Föderationen haben aber immer als Organ eine diplomatische Versammlung gehabt. Wir stellen im übrigen fest, daß alle augenblicklich bestehenden Föderativstaaten eine Staatenkammer haben, wo die einzelnen Länder individuell vertreten sind, und zwar mit gleichen Rechten. Es erscheint also klug, die Versammlung als die Staatenkammer der Weltföderation zu betrachten und sie in dieser Eigenschaft bestehen zu lassen.

Man kann übrigens im Völkerbund den Keim einer zweiten Kammer sehen, einer Volkskammer, von der das Internationale Arbeitsamt schon ein Bild gibt, und in der die Hälfte der Vertreter (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) von den organisatorischen Vertretungen bestimmter Volksklassen erwählt sind, die ganz frei bei ihrer Wahl und ohne jeden diplomatischen Charakter sind. Es erscheint uns daher klug, in diesem Punkt der Entwicklung ihren Lauf zu lassen, damit sie mehrere Wirtschafts- und Volkskammern schafft, in denen sich, sei es beruflich oder anders, die wirkliche internationale Vertretung sozialer Schichten verschiedener Länder, die durch eine bestimmte Solidarität verbunden sind, verwirklicht.

Der Rat wird vom Pakt als eine zweite Versammlung engeren Umfangs bezeichnet mit denselben Kompetenzen, in dem aber der Einfluß der Großmächte vorherrschend ist. Mit diesem Einfluß ist schon eine Bresche geschlagen erstens durch die Trennung der Funktionen zwischen Rat und Versammlung, indem jener schon bei zahlreichen Gelegenheiten das Exekutivorgan der Entscheidungen dieser zu werden scheint; und die Versammlung hat nach und nach eine gewisse Kontrolle über die Tätigkeit des Rats ausüben können, besonders über die Abstimmung des Budgets. Zweitens scheint der vorherrschende Einfluß der Großmächte sich durch die Tatsache abzuschwächen, daß die kleinen Staaten zahlreicher im Rat werden. Es ist allerdings wahr, daß die Dauervertretung nur den großen Staaten zugesichert ist, und daß der Eintritt der großen Staaten, die noch nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, in dem Rat von neuem das Gleichgewicht verschieben würde. Es wäre also gut, dafür einzutreten, daß die Großmächte immer in der Mehrzahl wären, ohne daß indessen der Rat die Zahl von 15 Mitgliedern überschritte, weil das die äußerste Grenze ist, bis zu der eine Körperschaft die Exekutiv- und beratende Gewalt hat, aktionsfähig bleibt.

Ein außerordentlich wertvoller Feldzug wäre es, die öffentliche Meinung und die Parlamente von der grundlegenden Bedeutung zu überzeugen, die für die Zukunft des Völkerbundes und die Entwicklung der internationalen Solidarität auf dem Gebiet der internationalen sozialen Einrichtungen liegt, die durch die technischen Organe des Völkerbundes geregelt

werden müssen. (Internationales Arbeitsamt, Organ für Hygiene, Organ für Verkehr und Transit, Wirtschafts- und Finanzkommission, intellektuelle Zusammenarbeit). Diese Zentren stellen nicht nur den Keim zukünftiger internationaler sozialer Einrichtungen dar, sondern sie sind die wirklichen gesetzgebenden Organe des Völkerbundes. Die Vorschläge, die zum Ziel die Vereinheitlichung der Gesetzgebung auf den wirtschaftlichen Gebieten haben, verlangen beratende Versammlungen von beschränkter Kopfzahl, nach technischen und speziellen Grundsätzen zusammengesetzt. Die Konferenzen verschiedener technischer Organe entsprechen schon diesen Forderungen. und mehrere haben sie schon mit Ehre und Nutzen erfüllt. Es ist wichtig, bei den Regierungen dafür einzutreten, daß sich die merkwürdige und skandalöse Opposition nicht wiederholt, die sich bei der zweiten und dritten Kommission der Versammlung gezeigt hat, und die den technischen Organen die unerläßlichen Kredite verweigern wollte. Durch diese Organe allein kann sich organisatorisch und verwaltungstechnisch die Einheit entwickeln, die aus allen Völkern der Welt ein einheitlich verwaltetes macht, aus allen öffentlichen Einrichtungen auf wirtschaftlichem intellektuellen und moralischem Gebiet internationale soziale Einrichtungen schafft, wodurch tatsächlich eine Solidarität entwickelt wird und internationale Beziehungen im weitesten Sinne, die die materielle und notwendige Basis jeder internationalen Gesellschaft sind. Ersparnisse an diesem Ende sind falsch. Es gibt viele andere Ausgaben, die man beschränken kann vor diesen unerläßlichen Ausgaben, von denen die Zukunft abhängt.

Im allgemeinen muß man aber unterstreichen und die öffentliche Meinung erkennen lassen, daß das Budget des Völkerbundes, das ungefähr 25 Goldmillionen beträgt, eine sehr kleine Versicherungsprämie gegen den Krieg ist, denn diese Summe stellt nicht einmal den Preis eines jener Dreadnoughts dar, die sogar kleine, arme Staaten heute nicht zögern zu bauen.

III. Was das Finanzielle anbetrifft, so spielt die Höhe des Beitrags der verschiedenen Staaten, den einige von ihnen nur ungern bezahlen, keine entscheidende Rolle, sondern es kommt auf die Verwendung an.

Auch in diesem Punkt muß man die öffentliche Meinung bearbeiten. Die Regierungen müßten die größte Sorge tragen, als Vertreter zum Völkerbund nur zuverlässige und gewissenhafte Leute zu entsenden, wie solche, die sich ganz ihrer Aufgabe widmen können. Wenn es auch im allgemeinen mit den Mitgliedern der Kommissionen und der technischen Organe so ist, die lang in Genf tagen, so ist es doch sehr oft anders mit den Mitgliedern der Versammlung und des Rats. Zweifellos bedeutende Männer, die aber durch ihr eigenes Land in Anspruch genommen sind, und die die Regierung in Genf vertreten sollen, sind nur zu oft durch wichtige nationale Funktionen, durch politische Sorgen oder persönliche Nebeninteressen so in Anspruch genommen, daß sie das Studium der Fragen vernachlässigen, die sie lösen sollen, und die eine bedauerliche Übereilung zeigen, ihre Arbeiten zu beenden und die Sitzungen zu schließen.

Daher kommt es auch, daß sie viele Fälle zur Bearbeitung Beamten überlassen, deren Kompetenz und Intelligenz zwar unzweifelhaft sind, die aber nicht die Verantwortlichkeit haben: ich nenne nur das Personal des Sekretariats. Es kommt vor, daß die Sitzungen des Rats und der Versammlung nicht nur vorbereitet, sondern in der Tat von den verschiedenen Sektionen des Generalsekretariats geleitet werden, deren Direktoren sozusagen die Entscheidungen den Kommissionen und den Ratsmitgliedern „einblasen". Wir wollen nicht nachforschen, ob dieses System bis jetzt glückliche Resultate erzielt hat. Wir glauben es sogar bei den Fällen, in denen der Rat und die Versammlung die Hülfe des Sekretariats unentbehrlich gewesen wäre; aber dieses System würde schnell gefährlich werden, denn es würde mit einer internationalen Bureaukratisierung enden. Das Charakteristische der Bureaukratie besteht gerade in einer Verschiebung des Gleichgewichts, das die tatsächliche Entscheidung außerhalb der offiziellen Entscheidung und die unsichtbare Autorität außerhalb der Verantwortlichkeit stellt.

In dieser Richtung scheint eine Reform, weder eine organische noch konstitutionelle, aber eine Reform der Gewohnheiten sozusagen besonders angebracht zu sein. Es muß besonders erreicht werden, daß der Rat dauernd tagt, und daß seine Mitglieder in ihren internationalen Funktionen nicht durch nationale Funktionen behindert werden.

IV. Unter den pazifistischen Aufgaben des Völkerbundes, die die Unterstützung der öffentlichen Meinung verdienen, sehen die Pazifisten in erster Linie die schrittweise Entwaffnung, verbunden mit dem System der Garantiepakte, wie sie der Art. 10 vorsieht, und die in der Tat noch fehlen. Die Auffassung von Lord Robert Cecil ist in diesem Punkte von außerordentlicher Logik: man kann die Staa-

ten nur zur Abrüstung bringen im Verhältnis der sozialen Sicherheiten, die ihnen dafür gegeben werden, bis eine ausreichende politische internationale Organisation jedem die Anerkennung seiner Rechte und seiner endgültigen Sicherheit garantiert.

Zweitens kommt die Frage der Reparationen. Dieses lebensnotwendige Problem, von dem in Wirklichkeit der Frieden und normale wirtschaftliche Verhältnisse abhängen, verlangt zu seiner Lösung schwierige und komplizierte finanzielle Kombinationen und eine gewisse mehr oder weniger große Kontrolle über die finanzielle und wirtschaftliche Tätigkeit des Schuldners. Diese Kontrolle kann nicht angenommen werden, wenn sie von den Siegern über die Besiegten ausgeübt wird. Nur ein internationaler Organismus wie der Völkerbund ist vom moralischen Standpunkt aus unparteiisch genug und besitzt genügende Autorität und die technische Möglichkeit sie zu übernehmen. Der Völkerbund hat übrigens die Probe bei einer ähnlichen Angelegenheit bestanden, nämlich bei der wirtschaftlichen Wiederherstellung von Österreich. *) Es steht ihm daher zu, daß ihm in einem breiteren Ausmaß das Studium und die technische Lösung des Problems der Reparationen und der interalliierten Schulden übertragen wird.

Schließlich ist es wichtig, die Regierungen zu zwingen, das Zusatzprotokoll über das Statut des internationalen Schiedsgerichtshofs zu unterzeichnen, der diesen in juristischen Fragen obligatorisch macht und der die Regierungen verpflichtet, häufiger zu der Rechtsprechung Zuflucht zu nehmen, die sie selbst im Haag errichtet haben, und aus dem sie bisher eher ein Ornament als ein lebendiges Organ des Völkerbundes gemacht haben.

Juni 1923.

Die Garantie- und Abrüstungsvorschläge Lord Robert Cecils.

Von Regierungsrat Dr. Hans Simons, Berlin.

(Schluß)

Das Bedenkliche an dem Entwurfe Lord Robert Cecils ist eben, daß er sich vom Völkerbunde entfernt, ohne weiterzuführen; vielmehr schneidet er sogar einige der noch unentwickelten Ansätze des Völkerbundpaktus ab. Das kommt in der Feststellung zum Ausdruck, daß der Garantievertrag keine Bestimmung der Pariser Friedensschlüsse berühren soll. Denn der eigentliche Drehpunkt der Völkerbundprobleme ist gerade, daß die Völkerbundsatzung in ihrer Tendenz den Friedensverträgen widerspricht, daß zwischen ihr und den Bedingungen dieser Diktate all das klafft, was der Krieg an neuen Strömungen in Diplomatie, Politik und Völkerrecht hineingetrieben hat — und was zu erhalten, zu stärken oder wieder zu erwecken unsere Aufgabe ist. Es mag für den Realpolitiker, der Frankreich zum Anschluß an einen solchen Abrüstungs- und Garantievertrag veranlassen will, nötig sein, so zu tun, als seien die Verträge unabänderlich, die doch tatsächlich fortwährend lustig geändert werden. Für den Mann, der selbst immer wieder betont, daß mit der materiellen die moralische Abrüstung Hand in Hand gehen muß, — daß die internationalen Angelegenheiten im neuen Geiste behandelt werden müssen, — daß die Anbetung der Gewalt aufgegeben werden soll, — für diesen Mann müßte es trotz allem nicht nötig, ja es müßte nicht möglich sein, der Unaufrichtigkeit anderer ein Zugeständnis zu machen, besonders da diese anderen ja selbst am schwersten daran leiden, daß sie sich so steif machen müssen. Auch der Garantiepakt, auch die Abrüstung ist nur durchzuführen, wenn vorher der Schaden geheilt ist, den der Geist der Pariser Konferenz noch jetzt in der Welt anrichtet — Geist allerdings nur insofern, als er nicht an den Ort gebunden ist, sondern in ganz Europa sein ungeistiges Wesen treibt. Die Völkerbundsatzung gibt die Möglichkeit, unanwendbar gewordene Verträge, friedensgefährliche Verhältnisse zu prüfen und abzuändern. Jeder Garantiepakt muß um seiner eigenen Beständigkeit willen diese Möglichkeiten ausbauen und ihre praktische Ausnutzung erzwingen. Aber Selbstverständlichkeiten, die jeder Versicherungsdirektor sich verbitten würde, sind den Politikern fremd. Künftige Betrachtung wird darüber staunen, wie in einem Zeitalter kältesten Rechnens und Geschäftemachens die Politiker Hokuspokus getrieben haben und zwar nicht nur zu anderer, sondern seltsamer Weise zu ihrem eigenen Schaden.

Die Völkerbundsatzung enthält auch wenigstens ansatzweise brauchbare Bestimmungen über Schiedsgerichtsbarkeit. In Cecils Garantiepakt gibt es nur eine internationale unparteiische Instanz, nämlich eine vom Rat oder dem ständigen Gerichtshof ernannte Kommission, die darüber zu entscheiden hat, in welchem Verhältnis die Garanten-Staaten die Kosten ihrer Exekutionsmaßanhmen zu tragen haben, wenn der exekutierte Staat sie nicht ganz aufbringen kann. Sehr interessant, wie selbstverständlich sich hier für die Geldfrage

*) Vergl. hierzu die Ausführungen Nathaniel Peffers unter dem Titel „Oesterreich: gerettet oder düpiert?“ in der Rubrik: Aus der Zeit. Die Red.

die unparteiische Kommission einstellt, die in anderem Zusammenhange für die Lösung einer sehr verwandten Frage nicht annehmbar sein soll! Dieser Mangel muß zu einem circulus vitiosus führen. Gesetzt den Fall, ein Staatenstreit läßt sich nicht schlichten und findet keinen einstimmigen Bericht des Völkerbundsrates, so bleiben die Bundesmitglieder frei zu tun, was sie zur Wahrung von Recht und Gerechtigkeit für nötig halten. Daraus kann Krieg entstehen. Einer der beteiligten Staaten ruft nun auf Grund des Garantiepaktes den Völkerbundrat an: so müßte dieser in der gleichen Sache entscheiden, wer Angreifer ist, in der er zu keinem Schlichtungsresultat gekommen ist, und zwar wesentlich nach dem ganz äußerlichen Merkmal, wer zuerst das Gebiet des anderen verletzt hat — aber zugleich unter Vorbehalt jeder anderen Erwägung!

Hier liegt der Schnittpunkt der beiden Wege, auf denen der Garantiepakt ausgebaut und verbessert werden kann. Statt des Rates muß eine unparteiische Instanz gefunden werden, deren Entscheidung dem Rate gewisse Exekutionsrechte geben kann; und statt der Gebietsverletzung muß ein anderes Merkmal dafür gefunden werden, wer der Angreifer oder richtiger der ungerechtfertigt Kriegführende ist. Dieses Merkmal kann, soweit sich nicht aus der Anwendung der Völkerbundsatzung etwas anderes ergibt, nur gefunden werden, wenn die unparteiische Instanz die kriegerisch Streitenden auffordert, gegenseitig den Zustand vor Ausbruch des Streites herzustellen, damit sie auf dem status quo ein Schlichtungsverfahren einleiten kann — und erst wer dieser Aufforderung nicht folgt, ist der Verächter des Rechts und kann mit Sanktionen belegt werden.

Von hier führt ein Rückschluß darauf, wie falsch und tückisch es war, Deutschland nachträglich eine Rolle zu diktieren, die es allenfalls hätte spielen können, wenn die Völkerrechtsordnung vor dem Kriege bereits ein Garantiepakt à la Lord Robert Cecil gewesen wäre — was sie wahrhaftig nicht war. Der Aufriß des Friedensvertrages zwischen einem richtigen Gedanken und einer falschen Anwendung ist hier ganz deutlich: für die Zukunft soll die Völkerrechtsgemeinschaft den Friedensbrecher als Verbrecher behandeln, d. h. strafen und ihm die Kosten auferlegen; genau so steht es im Cecil'schen Pakt. Aber für die Vergangenheit wird dem Unterlegenen gegenüber willkürlich ein noch unfertiges Recht der Zukunft auf noch ungeklärte Tatbestände der Vergangenheit angewendet. Dadurch wird das Recht selbst verdorben. Schließlich ist von dieser Verderbnis auch Lord Robert Cecils Entwurf des Garantiepaktes gewissermaßen heimlich angesteckt.

Die Rüstungen sind nach Lord Robert Cecils Wort der Preis, den die Völker für ihr gegenseitiges Mißtrauen zahlen. Ja sie zahlen mit dem ganzen Elend unserer Epoche. Kein Garantiepakt kann helfen, wenn er nicht diesen Krampf löst, in dem starr an mühsam gefundenen Formen festgehalten wird, weil man vor jeder Bewegung Angst hat, die gewaltige Probleme neu aufrühren könnte. Darum gehört in jeden Versuch der Weltbefriedung eine genaue Regelung friedlicher Vertragsänderung, friedlicher Grenzverschiebung, friedlicher Leistungswandlung. In der Völkerbundsatzung ist sie vorbereitet. Gelingt es, im Anschluß hieran und an den ständigen internationalen Gerichtshof einen solchen Weg zu finden, dann erst hat der Politiker geleistet, was von jedem anderen gefordert wird, der Übel heilen soll: nicht die Folgen zu dämpfen, sondern die Ursachen zu bekämpfen.

Präsident Wilson hat diese Notwendigkeit klar erfaßt; in seinem Völkerbundsentwurf findet sich eine Bestimmung, die das zeigt. Der Artikel, in dem sie steht, enthält zugleich das Bekenntnis der Gesinnung, aus der allein solche Regelungen möglich sind. Dort heißt es: „Die vertragsschließenden Staaten erkennen ohne Vorbehalt den Grundsatz an, daß der Friede der Welt wichtiger ist, als jede Frage der politischen Gerichtsbarkeit oder Grenzführung." Diesen Entwurf haben weder die Sieger noch die Besiegten des Weltkrieges in Europa angenommen. Aber er ist in die Völkerbundssatzung aus der Gesinnung ihres Schöpfers doch unmerklich eingegangen. Das Gleiche gilt von dem Garantiepakt und der Gesinnung seines Verfassers. Unvollkommenheiten der Form dürfen solange nicht entmutigen, als es noch Männer gibt, die nach Vollkommenheit der Gesinnung streben.

Die Wiener Tagung des Weltverbandes der Völkerbundligen.

(23.—28. Juni 1923.)

Von Dr. Margarete Rothbarth, Berlin.

Ursprünglich war geplant worden, die 7. Jahresversammlung des Weltverbandes der Völkerbundligen, in dem die örtlichen Ligen von mehr als 25 Ländern zusammengeschlossen sind, zu Pfingsten abzuhalten. Die-

ser Zeitpunkt wurde aber verschoben, wohl in der stillen Hoffnung, die Weltlage könne sich bis dahin schon etwas geklärt haben und ein Ausweg aus den allergrößten politischen Schwierigkeiten könnte sichtbar sein. Als man aber dann Ende Juni in Wien zusammentrat, waren die brennendsten Fragen des Augenblicks, die Reparationen und der französisch-deutsche Konflikt, noch genau so ungelöst wie einen Monat vorher. Sollte die Tagung einen Sinn und Erfolg haben, so mußte sie sich daher mit diesen den Weltfrieden bedrohenden Fragen befassen.

Auf diese Weise trat das Reparationsproblem in den Mittelpunkt des Interesses der Versammelten. Denn wenn auch die deutschen, französischen, englischen und belgischen Vertreter, die hier nun endlich an einem Tisch saßen, keineswegs die Meinung ihrer Regierungen oder der Mehrzahl ihrer Volksgenossen verkörperten, so geschah es doch hier zum ersten Mal, daß sich in der Hauptsache nichtsozialistische Männer und Frauen der am nächsten beteiligten Länder zur Beratung dieses schwierigen Problems zusammenfanden. Und da sie zu einem Ergebnis gelangten, zeigt dies wieder, daß bei gutem Willen von Seiten aller Beteiligten die Widerstände, die vorher unübersteigbar erschienen, zusammenschrumpfen.

Schon vor der Tagung hatte sich die Wirtschaftskommission des Weltverbandes mit der Reparationsfrage befaßt und den Engländer Layton, den Schriftleiter des „Economist", um ein Gutachten gebeten, das der Versammlung vorlag. Eine eingehende Auseinandersetzung über Deutschlands Zahlungsfähigkeit hatte zwischen Layton und dem französischen Abgeordneten Hennessy, dem Vorsitzenden der Kommission, stattgefunden. In Anbetracht des ausgesprochen politischen Charakters dieser Frage trat Hennessy selbst dafür ein, daß die politische, nicht die wirtschaftliche Kommission sich mit dieser Frage zu befassen habe. Indem man dem Schweizer Bovet den Vorsitz in dieser Kommission gab, bewies man ein Vertrauen in seine Unparteilichkeit, Geschicklichkeit und in seinen Takt, das nicht enttäuscht wurde.

Der Text, den die League of Nations Union der Kommission vorgelegt hatte, hielt „den Augenblick für gekommen, um gemäß der Völkerbundsatzung und möglichst mit Hilfe Deutschlands und der Vereinigten Staaten eine Aktion zu unternehmen zur Regelung der Frage der Reparationen, der interalliierten Schulden und der Sicherheit der Grenzen". Es machte großen Eindruck in der Kommission, als gleich zu Beginn Hennessy sich gegen diese Formulierung wandte, dann nach Ansicht der Franzosen sei dieser Augenblick nicht jetzt erst gekommen, sondern schon vom 10. Januar an, dem Tag des Einmarsches im Ruhrgebiet, habe die französische Völkerbundsliga diese Forderung erhoben. Noch wichtiger war ferner, daß man eine kleine Umstellung vornahm: „Mit Hilfe Deutschlands und wenn möglich der Vereinigten Staaten", da hierdurch Deutschlands Mitarbeit von vornherein als notwendig und gleichberechtigt anerkannt wurde. Natürlich bedurfte es einer Reihe von Verhandlungen, um zu der Resolution in ihrer jetzigen Gestalt zu kommen, und sie ist auch so vorsichtig abgefaßt, daß mancher, der einen fertigen, ausgearbeiteten Plan erwartete, enttäuscht sein könnte. Aber sie stellt doch im Vergleich zu allem Vorhergehenden einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt dar. Sie war erst möglich, nachdem Hennessy erklärte, niemand in Frankreich denke daran, deutsches Gebiet zu annektieren, und nachdem Graf Bernstorff versichert hatte, in Deutschland werde sich kein Mensch weigern, Reparationen zu zahlen, vorausgesetzt, daß die Gefahr eines Verlustes der Rheinlande verschwinde.

Im Zusammenhang mit der Tragweite dieser Resolution ist es von besonderer Wichtigkeit, daß bei dieser Tagung zum ersten Mal ein Vertreter einer amerikanischen Völkerbundliga anwesend war. Es scheint fast, als ob die amerikanische Ablehnung des Völkerbundes, die im Jahre 1920 ihren stärksten Ausdruck in Wilsons und der Demokraten Niederlage gefunden hatte, zu schwinden beginne. Lord Robert Cecils Redefeldzug in den Vereinigten Staaten zu Gunsten des Völkerbundes und der wachsende Einfluß der demokratischen Partei scheinen einen Umschwung in der öffentlichen Meinung vorzubereiten.

Neben der politischen Kommission waren am wichtigsten die Propagandakommission und die Minoritätenkommission. Im vorigen Jahre war es bei der Erörterung der Minderheitenrechte zu schweren Zusammenstößen gekommen, die mit einem offenen Bruch endigten. Die Tschechen und ihre Freunde verließen in Prag die Versammlung. Es war ein gutes Vorzeichen für die Stimmung, welche die Wiener Tagung beherrschte, daß die im vorigen Jahre Unzufriedenen sich wieder einfanden. Die Beschlüsse wurden dieses Mal alle einstimmig angenommen, darunter auch solche, die in Prag die heftigste Empörung hervorgerufen hatten; so der Grundsatz, der den Minoritäten das Recht zugesteht, bei Verletzung ihrer Rechte sich unmittelbar an den Völkerbund zu wenden, und der dieses Recht, das bisher

nur einem Mitglied des Rates zustand, nun auf alle Völkerbundmitglieder, ferner auf die autonomen Gebiete und die staatlich anerkannten Organe der religiösen, wirtschaftlichen und intellektuellen Verbände auszudehnen sucht und eine Frist zur Beantwortung der Klagen setzt. Die unter dem Vorsitze von Sir Willoughby Dickinson stehende ständige Kommission hatte diese vierzehn Thesen ausgearbeitet und der durch seine völkerrechtlichen und politischen Aufsätze bekannte Professor Scelle aus Dijon hatte in einem ausgezeichneten Referat einen Bericht erstattet, der von der Versammlung einmütig gebilligt wurde.

Da der Weltverband der Völkerbundligen vor allem die Aufgabe hat, dem Völkerbundgedanken Anhänger zu werben, so hat die Propagandakommission eine der wichtigsten Aufgaben zu erfüllen. In dieser Kommission sind die Engländer richtunggebend. Keine Vereinigung der anderen Länder verfügt über eine Mitgliederzahl wie die League of Nations Union, keine kann mit solchem Stolz ihren Jahresbericht vorweisen, ihre Veranstaltungen und Veröffentlichungen aufzählen. Es ist aus dieser Genugtuung über die eigene Arbeit und aus der Verkennung der großen Schwierigkeiten in den anderen Ländern zu erklären, daß die Engländer den Antrag stellten, daß „das Stimmrecht der Völkerbundligen in Beziehung stehen solle zu dem Verhältnis zwischen der Zahl der aktiven Mitglieder der Ligen und der Bevölkerung ihrer Länder". Mit Recht wies Bovet darauf hin, welche Unzuträglichkeiten ein derartiges Majoritätsprinzip in sich berge, und wie gerade die kleinen und mit ungeheuren Schwierigkeiten kämpfenden Organisationen durch eine derartige Maßnahme entmutigt würden. Der Antrag erfuhr daraufhin eine Abschwächung, indem vorläufig der Rat des Weltverbandes gebeten wurde, diese Frage zu studieren. Sie steht nun als einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung des Rates im Haag im Oktober, und die Gefahr ist weiterhin vorhanden, daß im Weltverband das demokratische Prinzip der Stimmengleichheit durchbrochen wird.

Alles andere, was Garnett, der Sekretär der League of Nations Union, vortrug, fand völlige Billigung und verdiente sie auch. Besonders eindrucksvoll war sein Aufruf zur Revision der Schulbücher, die teilweise noch immer in militaristischem und gehässigem Tone gegen ehemalige Feinde gehalten seien. (Er gab einige charakteristische und erschreckende Zitate.) Manches in seinen Ausführungen deckte sich mit dem, was Bouglé, der Berichterstatter der Kommission für intellektuelle Zusammenarbeit, ausführte. Dieses ausgezeichnete und formvollendete Referat gab einen Ausblick in ein besseres Zeitalter friedlicher Bestrebungen und gipfelte in der Anrufung der beiden durch militaristische Mörderhand gefallenen guten Europäer Jaurès und Rathenau.

So friedlich die Arbeiten des Kongresses auch verliefen, so wurde doch bei ganz nebensächlichen Anlässen plötzlich klar, daß die Tagung ein Abbild der heute so uneinigen Welt im kleinen darstellte. Als die Ostgalizier um die Erlaubnis baten, ihre Sache nach Erledigung der Tagesordnung vorzutragen, — nachdem die Botschafterkonferenz sie Polen zugesprochen hatte, haben sie kein Anrecht mehr auf eigene Vertretung im Weltverband — stand natürlich Polen gegen diese Forderung auf und fand Unterstützung bei der kleinen Entente und bei Frankreich, während die ganze übrige Versammlung anderer Meinung war. Mit Ausnahme einer kurzen Entgleisung von Hennessy in der Reparationsdebatte war dies aber der einzige Mißklang der Tagung. Es muß dies besonders hervorgehoben werden, nachdem der mit dem Verhalten der französischen Delegierten offenbar sehr unzufriedene „Temps" in einem Artikel: „Autour d'un Congrès" (2. Juli) das Märchen zu verbreiten sucht, die deutsche Propaganda habe die Welt mit Depeschen überschüttet, des Inhalts, daß die Arbeiten des Kongresses „dans une atmosphère d'hostilité marquée contre la France" vor sich gegangen seien. Diese Behauptung mit gutem Gewissen zu bestreiten, sind alle Teilnehmer der Tagung in der Lage, und zwar Deutsche ebensosehr wie Franzosen. Die Tendenzmeldung hat nur den Zweck, vor dem französischen Leser die Arbeiten des Kongresses zu diskretitieren und seine französischen Teilnehmer als unzurechnungsfähige Narren hinzustellen, deren Äußerungen und Haltung belanglos seien und keinesfalls die französische Politik beeinflussen dürften.

Dabei wird außer Deutschland wohl kaum ein Land es so nötig haben wie Frankreich, daß der in Wien eingeschlagene Weg nun auch von den Maßgebenden beschritten wird. „Au fond du malheur nous sommes tous égaux!" Dieses Wort Hérvieus stellte Bovet mit Recht in den Mittelpunkt seines die Ergebnisse der Reparationsdebatte zusammenfassenden Schlußwortes. Die Gemeinsamkeit des Unglücks — vielleicht führt sie einmal zu der Weltorganisation, die in den Jahren des Wohlergehens vor 1914 nicht zustandekam. Die Tagung des Weltverbandes der Völkerbundligen hat jedenfalls gezeigt, daß die Möglichkeit einer Einigung selbst in den schwierigsten Fragen vorhanden ist, wenn von allen Seiten

mit dem dazu nötigen guten Willen an sie heran gegangen wird und wenn jeder bereit ist zum Opfer. *)

Die Haager Völkerrechtsakademie.

Von Dr. Hans Wehberg, Berlin.

Am 14. Juli dieses Jahres ist im Haager Friedenspalaste die Völkerrechtsakademie eingeweiht worden. Damit ist auf internationaler Grundlage ein Gedanke verwirklicht, wie ihn im 18. Jahrhundert bereits Marquis de Torcy in Paris, Prof. Koch in Straßburg, Joh. Jakob Moser in Hanau und Prof. Georg Friedr. v. Martens in Göttingen auf nationalem Boden ausgeführt haben. In neuerer Zeit hatte besonders der Göttinger Gelehrte v. Bar die Schaffung einer Gelehrtenakademie gefordert, die freilich lediglich die Aufgabe haben sollte, unparteiische Gutachten über aktuelle internationale Fragen auszuarbeiten und dadurch eine gerechte Erledigung der Streitigkeiten unter den Völkern zu erleichtern. Später haben Nippold und Richard Fleischer, der Herausgeber der „Deutschen Revue", die Idee v. Bars aufgenommen, allerdings in der Form, daß die Akademie nicht nur Gutachten erstatten, sondern gleichzeitig systematische Kurse über internationales Recht abhalten sollte. In ein praktisches Stadium gelangte das Projekt erst, als sich im Oktober 1910 im Haag unter der Leitung von T. M. C. Asser ein niederländisches Komité zur Förderung des Planes bildete und als am 14. Dezember 1911 das Exekutivkomitee der neu gegründeten Carnegiestiftung sich bereit erklärte, 40 000 Dollar für die Unterhaltung der Akademie als jährliche Subvention zu bewilligen. Seit jener Zeit hat vor allem James Brown Scott das Akademieprojekt tatkräftig gefördert. Das Institut de droit international befürwortete 1913 die Errichtung der Akademie und 1914 erfolgte im Haag die Festsetzung der Statuten. An die Spitze der Akademie wurden ein Verwaltungsrat und ein Kuratorium gestellt. Letzterem gehört u. a. Prof. Schücking an. Man wollte zunächst nur Kurse abhalten, keine wirklich ständige Akademie ins Leben rufen.

Der Krieg hat die Eröffnung der Völkerrechtsakademie auf sieben Jahre hinausgeschoben. Die erste Session wurde in zwei gleiche Abschnitte, von denen der erste vom 16. Juli bis 3. August, der zweite vom 13. August bis 1. September dauert, geteilt. Zu den Vortragenden der diesjährigen Kurse gehören 6 Angehörige der Vereinigten Staaten von Amerika (Nicolas Murray Butler, James Brown Scott, George Drafton Wilson, Ellery C. Stowell, Edwin M. Borchard, James Wilford Garner), 4 Franzosen (Basdevant, Le Fur, de Lapradelle, Weiss), 3 Deutsche (Schücking, Triepel, Niemeyer), 2 Italiener (Anzilotti, Cavaglieri), 2 Engländer (Lord Phillimore, J. Fisher Williams), 2 Russen (Baron Korff, Mandelstam), 2 Holländer (van Eysinga, Loder), je ein Schweizer (Borel), ein Schwede (Hammarskjöld), ein Belgier (Albéric Rolin), ein Österreicher (Strisower), ein Grieche (Politis), ein Japaner (Adatci), ein Chilene (Alvarez), ein Kubaner (Bustamante), ein Mexikaner (de la Barra). Es findet also ein erfreuliches Zusammenwirken aller Nationen statt. Angehörige der verschiedenen Parteien des Weltkrieges arbeiten ebenso kameradschaftlich zusammen wie Angehörige Mexikos und der Vereinigten Staaten von Amerika. Gleichzeitig hofft man, daß sich auch die Schülerzahl — die man sich als Persönlichkeiten denkt, die bereits einige Vorkenntnisse auf völkerrechtlichem Gebiete besitzen, sich aber fortbilden wollen — aus den verschiedensten Ländern rekrutiert und daß im Laufe der Zeit die Regierungen den Besuch der Akademie durch Stipendien an begabte Juristen sowie durch Entsendung junger Diplomaten unterstützen werden. So dürften sich aus dem Zusammenwirken der verschiedensten Staatsangehörigen bedeutsame freundschaftliche Beziehungen entwickeln. Auf diese Weise lernt jede Nation sich besser in die Denkweise der anderen hineinzuversetzen, und an die Stelle der verschiedenen nationalen Auffassungen wichtiger Fragen des Völkerrechts tritt ein wirklich internationales Recht.

In dem ersten Lehrplan ist sehr stark alles das berücksichtigt, was mit den Fragen der Völkerorganisation, der Schiedsgerichtsbarkeit usw. zusammenhängt. Eine Vorlesung von Butler handelt über die Entwicklung der internationalen Gesinnung und eine andere von Scott über die Führung der auswärtigen Angelegenheiten in den demokratischen Ländern. Fragen des Kriegsrechts sollen vorläufig nicht behandelt werden, da die Akademie mit Recht der Meinung ist, daß die Ereignisse des Weltkrieges noch nicht weit genug zurückliegen, um ein unparteiliches Urteil zu ermöglichen.

Meiner Überzeugung nach werden allerdings auf die Dauer jährliche Vorlesungen den hohen Zweck der Akademie nicht erfüllen können. Denn ein tief eindringendes Studium

*) Die wichtigsten der gefaßten Resolutionen werden im nächsten Heft der „Friedens-Warte" zum Abdruck gelangen.

ist doch in den wenigen Wochen, da sich Vorlesung an Vorlesung drängt (innerhalb drei Wochen mehr als 70 Unterrichtsstunden) und häusliche Arbeit, angesichts der mannigfachen geselligen Zusammenkünfte schwer möglich ist, gänzlich ausgeschlossen. Zur wisserschaftlichen Forschung,, zum Durchdenken der großen Probleme der Fortentwicklung des Völkerrechts gehört vor allem Ruhe und Zeit. In ihrer gegenwärtigen Zeit kann die Akademie nur Anregungen geben, allerdings sehr wertvolle Anregungen, mehr aber auch nicht. Das Ziel bleibt daher die Schaffung einer wirklich ständigen Universität, an der in Zukunft jeder Völkerrechtler mindestens ein Jahr (neben dem Besuche der nationalen Universitäten) studiert haben muß. Gegenwärtig liegt eine solche Universität freilich noch nicht im Rahmen des Möglichen. Man würde die nationalen Universitäten schwächen, die neben der Völkerrechtsakademie auch weiterhin Völkerrecht lehren müssen, wenn man ihnen die für die Haager Institution erforderlichen Lehrkräfte fortnähme. Erst muß einmal die Zahl bedeutender Völkerrechtslehrer in allen Ländern größer geworden sein, was gewiß nur eine Frage mehrerer Jahre ist. Man müßte weiterhin fürchten, daß zunächst der Universität nicht die nötigen Schüler zur Verfügung stehen, zumal Haag, der Sitz der Akademie, einer der teuersten Plätze der Welt ist. Auch wäre es zweifelhaft, ob der Leitung der Akademie bereits heute die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Daher ist es durchaus richtig, daß man erst einmal mit jährlichen Kursen anfängt, Erfahrungen sammelt, um dann eines Tages die Akademie weiter auszubauen.

Zur „Verjüngung" des Pazifismus.

Von Dr. John Mez, New York.

In Heft 1/2 der „Friedenswarte" macht Kurt Hiller den dankenswerten Versuch, die Friedensbewegung durch einen „Jungpazifismus" zu ergänzen oder zu verjüngen. So sehr nun aber neue Gedanken und Anregungen förderlich und willkommen sein müssen, zumal wenn sie gut durchdacht und formuliert sind, wie die Anregungen Hillers, so ist doch grundsätzlich manches gegen den hier vorgetragenen Jungpazifismus einzuwenden.

Zunächst macht Hiller sich einen gebrechlichen Altpazifismus zurecht, identifiziert die bisherige Friedensbewegung damit und stellt ihr seinen „Jungpazifismus" gegenüber. Der Ausgangspunkt, den Hiller sich wählt, ist sachlich und nicht gerechtfertigt.

Der traditionelle Pazifismus ist nicht so, wie Hiller ihn hinstellt. Es gibt keinen Altpazifismus, der „nicht die Kraft hat, zur Wehrpflicht „nein" zu sagen" oder der „eine schwächliche Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg macht". Der Pazifismus richtet sich von jeher gegen Wehrpflicht und jede Art Krieg.

Auch gibt es keine alte Schule des Pazifismus, die einen „Aktivismus" wie Hiller ihn beschreibt, ablehnt, noch eine solche, die „geflissentlich die kapitalistische Wirtschaftsunzucht stützt".

Sind also schon die Voraussetzungen für Hiller's „Jungpazifismus" nicht vorhanden, so ist im einzelnen noch manches gegen seine Argumentierung einzuwenden.

So sagt Hiller (Seite 14): „Wir glauben, daß es kein wirksameres Mittel gibt, einen Krieg zu verhindern, als die Weigerung der zum Opfer bestimmten, ihn zu führen." Selbstverständlich! Man könnte auch formulieren: „Kriege werden am wirksamsten verhindert werden, wenn die Menschen aufhören, Kriege zu führen." Dann wäre es überflüssig und irrelevant, den Krieg erst verhindern zu wollen; dann wäre ja das Problem des Pazifismus bereits gelöst. Kriege kommen aber leider dadurch zustande, daß die Völker sich eben nicht weigern, sondern gewillt sind, Kriege zu führen. Sobald sie, oder ein beträchtlicher Volksteil aufhörten, im Krieg ihr Heil, ihre Rettung oder irgendwelchen Vorteil zu erblicken, gäbe es keine Kriege mehr. Das ist gerade das Problem, das der Pazifismus zu lösen hat: wie können die Völker vom Kriegführen abgebracht werden? So einfach liegt die Lösung denn doch nicht, daß man einfach sagt: sie müssen sich weigern, Krieg zu führen.

Sodann aber ein Wort zur Problemstellung: Der Pazifismus richtet sich überhaupt nicht nur gegen den akuten Krieg, das Symptom Krieg, das doch im weiteren Sinne nur Folge, Wirkung und Ergebnis des Fehlens einer politischen und wirtschaftlichen Organisation zwischen den Staaten, der „internationalen Anarchie, ist, in der wir leben", wie Fried sich ausdrückte. Der Pazifismus bekämpft in erster Linie den fälschlich „Frieden" genannten Zustand des „Nicht-Kriegs" mit seinen Rüstungen und dem Militärgeist, den „latenten Krieg", der auch in der Zeit des sogenannten Friedens in Presse, Versammlungen, Parlament und Diplomatie zwischen den Nationen geführt wird, solange und weil die Menschheit in getrennte National-Staaten mit eigener Militär-

macht gespalten ist. Dieser „ewige Krieg", der in gewissen Zeiträumen latent bleibt, dann aber wieder in den „offenen Krieg" übergeht, heißt zwar bewaffneter „Friede", ist aber mit seiner Wertvernichtung, Vergeudung an Menschenleben und Energie ebenso kulturwidrig und zerstörend als der offene, der akute Krieg.

Diesen „latenten Krieg" will der Pazifismus ausschalten und überwinden durch Zusammenschluß, Organisation der Staaten unter einem überstaatlichen internationalen Recht (Völkerbund), und zwar zunächst nicht einmal so sehr, um nur den Krieg, das sichtbare Morden an sich, zu verhindern, sondern vielmehr, um die Lebens- und Wertevernichtung der fälschlich so genannten Friedensperioden auszuschalten, (die eigentlich nur Waffenstillstände sind), um dadurch erst Sicherheit, wirtschaftlichen Fortschritt, Kultur, Vollmenschentum und wahren Frieden zu sichern, sodann allerdings auch, um Gewalt auszuschalten. Diesen Grundgedanken des Pazifismus sollte man nicht übersehen.

Abwarten bis der Krieg da ist, ihn unvermeidlich werden lassen und dann sagen: ich kämpfe nicht mit, scheint zwar konsequent, mutig und logisch, ist aber darum noch lange nicht das „wirksamste Mittel einen Krieg zu verhindern". Im Gegenteil, wenn sich die Friedensbewegung auf diese negierende Haltung als „wirksamstes" Mittel verlassen wollte, würde sie ja das tun, wogegen Hiller sich so heftig sträubt, nämlich eine abwartende Haltung einnehmen, wobei jene wichtige Einstellung, die als präventiver (vorbeugender) Pazifismus bezeichnet wird, ganz vernachlässigt bliebe, nämlich die Bestrebungen, die darauf hinzielen, die Ursachen der Kriege zu beseitigen.

Der Krieg, gegen den sich der Pazifismus richtet, ist also nicht nur der Krieg im landläufigen Sinne des Wortes, sondern im weiteren Sinne das Kriegs-System überhaupt, mit den Rüstungen, der Wehrpflicht, dem Militarismus, dem kriegerischen Geist und Kriegswillen überhaupt, die physische und psychische Kriegsbereitschaft. Der Pazifismus will positiv wirken, indem er Gewalt durch Recht ersetzt. Er will weit mehr als nur das Blutvergießen oder Kriege verhindern. Die negierende Haltung des Kriegsdienstverweigerers ist nicht genügend, um als „wirksamstes" Mittel bezeichnet werden zu können.

Die Friedensbewegung, richtig verstanden, geht auch in der Beschützung des menschlichen Lebens weit über den Hillerschen Jungpazifismus hinaus. Der russische Soziologe J. J. Novikow spricht in seinen Schriften wiederholt von dem „partiellen", dem teilweisen Tod, den alle Menschen, sogar in Friedenszeiten erleiden durch das Kriegssystem, auch diejenigen, die nicht mit in die Schlacht hinaus ziehen, weil schon durch die Rüstungen, die Rechtsunsicherheit, die Kriegsgefahr eine Vergeudung verursacht wird, die so viel von dem Produkt menschlicher Arbeit verschlingt, daß sie tatsächlich einer „teilweisen Vernichtung von Menschenleben" gleichkommt. Der Pazifismus hätte eine Existenzberechtigung auch dann, wenn kein direktes Töten im Krieg erfolgte. Schon um eine Rationalisierung der Produktion, ausgehend von der elementaren Einsicht, daß mit-einander-arbeiten vorteilhafter ist, als gegeneinander-arbeiten, müßte man Pazifist sein.

Hiller sagt: Krieg müsse und könne „morgen" aufhören, „sobald eine halbwegs beträchtliche Minderheit der Nation das Gleiche will wie wir, und es gleich heiß, gleich zäh will". Richtig! Das ist aber nichts Neues. Man wird auch im „Jungpazifismus" nicht darum herumkommen zu „predigen, zu lehren, zu bekehren, und Moralsprüchlein herzubeten, bis die Entwicklung geruhen wird, so weit zu sein". So sehr man mit der Ungeduld des sozialen Aktivisten sympathisieren mag, so wird doch auch er warten müssen, bis die Entwicklung so weit ist! Denn wenn einmal „Aktivismus" direkte Aktion — Kriegsdienstverweigerung oder Generalstreik — Erfolg haben, dann hat eben die Entwicklung geruht, so weit zu sein, weil „Altpazifisten" von Kant bis Fried und andere, zumal auch der Krieg selbst, „gepredigt, bekehrt und gelehrt haben". Diskussion, die fortschreitende Idee ist die Grundlage und Voraussetzung allen Fortschritts. Wollte die Friedensbewegung mit Hiller auf das Predigen und Lehren verzichten, so wäre es ihr Verhängnis.

„Sozialer Radikalismus" als Bestandteil des Pazifismus mag richtig sein, könnte aber auch eine verhängnisvolle Einseitigkeit und Gefahr bedeuten. Nicht als ob ich reaktionär wäre oder „kapitalistische Wirtschaftsunzucht" verteidige. Ich möchte jedoch Folgendes zu bedenken geben. Hiller sagt: „Wir halten einen erfüllten Welt-Sozialismus für die Vorbedingung der Erfüllung des Welt-Pazifismus." Heißt das nicht den Karren vor den Gaul spannen? Könnte man nicht umgekehrt ebenso gut, oder noch viel richtiger behaupten: Der erfüllte Welt-Pazifismus sei die Vorbedingung für die Erfüllung des Welt-Sozialismus (oder des sozialistischen Fortschritts überhaupt)?

Erst sagt Hiller, Krieg müsse und könne morgen aufhören, das wirksamste Mittel, Krieg zu verhindern, sei Kriegsdienstverweigerung, gleich darauf schiebt er aber zwischen

das heute und morgen das kleine Menu eines erfüllten Welt-Sozialismus als Vorbedingung ein, — ein seltsamer Widerspruch! Ist Weltfriede wirklich undenkbar, ohne daß die ganze Welt sozialistisch ist, selbst Länder wie das friedensfrohe Amerika, wo sozialistischer Fortschritt kaum zu verzeichnen ist? Und sind andererseits Kriege zwischen sozialistischen Staaten tatsächlich undenkbar? Hat es nicht schon lange vor dem Aufstieg des Kapitalismus Kriege gegeben? Was beweist denn, daß Kapitalismus und Krieg identisch sind? Wäre es schließlich nicht denkbar, daß auch kapitalistische Staaten am Frieden ein größeres Interesse hätten als am Krieg?

Aber schon der Ausgangspunkt Hillers für die Notwendigkeit eines ganz neuen „Jungpazifismus", unter völliger Verkennung der Friedensbewegung, scheint mir unrichtig gewählt zu sein: Hat denn der Pazifismus in 1914 wirklich ein Fiasko erlitten? Nach Ausbruch des Krieges im Sommer 1914 schrieb mir Norman Angell die Worte: „Dear Mez: We were not successful, we were merely right. Das heißt frei übersetzt: „Mein lieber Mez, wir, (die wir für den Frieden gearbeitet hatten), hatten (mit unseren Bemühungen) keinen Erfolg, wir haben nur „recht" gehabt". Wenn ein Architekt seinem Kunden vergeblich anrät, beim Hausbau feuersicheres Material zu verwenden und wenn dann das Haus abbrennt, weil er diesen Rat nicht befolgt hat, so kann man doch nicht dem Architikten vorwerfen, er habe ein Fiasko erlitten.

So verfährt aber Hiller, wenn er den Pazifismus zu den „Verkrachten von 1914" rechnet. Die Ratschläge, Methoden und Ideen des Pazifismus sind überhaupt nicht angewandt oder befolgt, nicht einmal versucht worden; sie konnten daher gar nicht „Fiasko erleiden". Umgekehrt sind aber die Methoden des Militarismus gründlich ausprobiert worden; das Versprechen: „Ich führe Euch herrlichen Tagen entgegen", das hat Fiasko erlitten — nicht das des Pazifismus.

Im übrigen aber sollten Friedensarbeiter stets daran denken, daß ihre Tätigkeit sich nicht gegen die Gesinnungsgenossen im eigenen Lager, sondern in erster Linie gegen den wahren Feind richten muß, den Nationalismus, Militarismus und Imperialismus. Auch hier heißt es: „Der Feind steht rechts!" Das gilt auch für einen etwaigen „Jugendpazifismus", wie ebenso für die noch nicht ganz aus dem Ei gekrochenen Pazifismen.

Eine Zersplitterung der Friedensbewegung kann ihr nur schaden und Unheil anrichten! Gewiß soll sie voranschreiten. Alles, was ernstlich gegen die Geißel der Menschheit Krieg und für den Frieden kämpft, muß uns hier willkommen sein.

Sekte oder politischer Faktor?

Von Hellmut v. Gerlach, Berlin.

In Nr. 4/5 der Friedenswarte fordert Dr. Kurt Hiller als Vertreter der fortschrittlichen Mehrheit des deutschen Pazifismus, wie er sich selbst nennt, eine pazifistische Einheitsfront und entwirft für diese eine in vier Punkte gegliederte Konkordienformel. Die „konservative Richtung" muß zu dieser bedeutsamen Anregung Stellung nehmen. Ich tue es auf die Gefahr hin, daß Dr. Hiller in dieser meiner Antwort nur ein neues Zeichen meiner „orthodoxen Inflexibilität" erblicken sollte.

Das Einigungsprogramm Dr. Hillers befaßt sich mit Völkerbund, nationaler Verteidigung, Wehrpflicht und Sozialismus. Ich für meine Person könnte vielleicht 75% seiner Formulierungen glatt unterschreiben. Viele seiner Sätze sind mir geradezu aus der Seele geschrieben. Freilich, es bleibt ein Rest, zu tragen peinlich. Das Eine oder Andere wäre für mich untragbar. Aber wäre nicht auch das Eine oder Andere für manche Vertreter und besonders Vertreterinnen der sogen. fortschrittlichen Mehrheit untragbar? Ich kann mir z. B. keinen der quäkerhaft oder tolstoianisch eingestellten Pazifisten vorstellen, der imstande wäre, ohne Gewissensopfer die Notwendigkeit einer auch bewaffneten Verteidigung unter gewissen Umständen als gegeben anzuerkennen.

Doch ich will mich nicht auf Einzelheiten einlassen. Ich muß mich zu meinem Bedauern gegen den Grundgedanken des Hillerschen Vorschlages wenden. Nicht wegen seiner Tendenz. Die ist mir im höchsten Grade willkommen. Sondern weil hier für ein taugliches Ziel ein untaugliches Mittel vorgeschlagen wird.

Dr. Hiller, der doch selbst ein Mann äußerster Beweglichkeit und in ständiger Entwicklung begriffen ist, verkennt unbegreiflicherweise, daß jede Bewegung, also auch die pazifistische, eben eine Bewegung ist und darum nicht durch irgend eine Formel immobilisiert werden kann. Jede Formel wäre im Augenblick ihrer Adoptierung bereits veraltet. Es gibt in keiner Bewegung ein „ist", immer nur ein „es war" und ein „es wird sein".

Die vier Punkte Hillers erschöpfen in keiner Weise die wesentlichen Differenzpunkte innerhalb des Pazifismus.

Dr. Hiller dankt dem Himmel, daß die Schuldfrage in den Hintergrund getreten sei. Da wird er jedenfalls seiner Mitkämpferin Frau Dr. Stöcker weniger dankbar sein. Denn sie rollt in demselben Heft, in dem Hiller die Schuldfrage sozusagen einsargt, in ihrem Artikel „Reparationspflicht und Kriegsschuld" die Schuldfrage in vollem Umfange wieder auf. Und ich, der ich in der Schuldfrage einen genau entgegengesetzten Standpunkt wie Frau Dr. Stöcker einnehme, muß sagen, in ihrer Auffassung von der zentralen Bedeutung der Schuldfrage für den Pazifismus hat sie recht. Die Schuldfrage ist nicht ein erledigtes Problem des Pazifismus. Sie ist heute und wahrscheinlich noch für Jahrzehnte eins der entscheidenden Probleme der Politik überhaupt.

Aber neben den alten Problemen tauchen täglich neue auf, die täglich zu neuen Frontstellungen und Frontumstellungen innerhalb des Pazifismus führen. Seit Monaten scheiden sich bei uns die Geister nach der Frage, wie man sich zur Regierung Cuno, wie man sich zum passiven Widerstand an der Ruhr stellen solle. Selbst wenn sich alle 15000 Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft auf jeden Satz der vier Punkte Hillers geeinigt hätten, so wäre damit den inneren Kämpfen in unseren Organisationen gerade in diesem Augenblick nicht ein Atom ihrer Schärfe genommen.

Lebendiges Leben läßt sich eben nicht in Formeln bannen. Die Erbsünde der Deutschen ist das Programmachen. Dr. Hiller wirft den „Alten" ihre „orthodoxe Inflexibilität" vor. Aber er selbst schlägt neue Dogmen vor, Vermittlungsdogmen, wie ich zugebe. Aber eben doch Dogmen.

Würden sie angenommen, so wäre das eine Lähmung gerade der aktivsten Elemente auf beiden Seiten. Den Einen wäre der rechte Flügel gestutzt, den Anderen der linke. Gewiß, sie könnten dann friedlich auf der Stange im gemeinsamen Käfig sitzen. Aber könnten sie noch die Schwingen rühren und Höhenflug versuchen?

Als die Meister der politischen Technik sehe ich seit jeher die Engländer an. Sie sind im besten Sinne des Wortes liberal. Will heißen: sie verpflichten niemand auf eine politische Doktrin. Sie kennen kein Parteiprogramm. Zur organisatorischen Zusammenarbeit genügt bei ihnen eine ganz allgemeine gemeinsame Einstellung für gleiche Interessen, gleiche Ideale, gleiche praktische Ziele.

Für den deutschen Pazifismus scheint mir das Erstrebenswerte, nicht die linken und die rechten Flügelmänner auf das gleiche Prokrustesbett zu spannen, um eine künstliche und damit nur scheinbare Uniformität herzustellen. Nein, lassen wir Hiller und Heilberg jedem seinen ganz besonderen und sehr verschiedenen Standpunkt. Einheitsfront — sehr schön: organisatorische Einheitsfront! Alle, die nie wieder Krieg wollen, sollen sich in denselben Rahmen fügen. Aber keine Verkrüppelung der Organisation durch ein enges obligatorisches Einigungsprogramm, keine Verkrüppelung der Gesinnung durch Festlegung auf bestimmte enge Formeln.

Alle, die den Krieg beseitigen wollen (durch organisatorische Maßnahmen oder durch Gesinnungsumbildung oder durch beides zugleich) gehören in denselben pazifistischen Rahmen hinein. Dienstverweigerer und Verteidiger des Verteidigungskrieges sollen Schulter an Schulter in derselben Friedensgesellschaft wirken. Jeder kann innerhalb seiner Organisation versuchen, so viel wie möglich Pazifisten auf seine Seite zu ziehen. Aber nach außen muß unter Hintansetzung der inneren Meinungsverschiedenheiten der Pazifismus als Einheitsfront auftreten.

Das Entscheidende für mich ist: Wie kann ich den Pazifismus zum politischen Machtfaktor machen?

Der kann er m. E. nicht werden, wenn er mit den unerbittlichen Forderungen eines Tolstoi an die Menschen herantritt. Die Quäker sind vielleicht die sittlich höchst stehenden Menschen in der Welt. Sie sind ein moralischer Faktor ersten Ranges. Aber sie sind trotz ihrer jahrhundertelangen Tätigkeit noch kein politischer Faktor geworden und haben wenig Aussicht, es demnächst zu werden.

Nur durch pazifistischen Utilitarismus können wir hoffen, den Pazifismus in absehbarer Zeit zu einem Machtfaktor zu machen. Also nicht, indem wir an die Menschen mit moralischen Anforderungen herantreten, zu denen sie sicher in ihrer Masse noch nicht reif sind. Wohl aber, indem wir ihnen klar machen, daß der Pazifismus nützlicher, angenehmer und vor allem billiger als der Militarismus ist. Wenn die Menschen erst einsehen, daß sie vom Pazifismus Vorteil haben, dann kann er leicht zur Massenbewegung werden.

Die Zugehörigkeit zu einer Sekte gewährt ihren Anhängern ein Höchstmaß von Befriedigung. Aber auf die Außenwelt hat die Sekte gar keinen Einfluß. Letzten Endes ist sie also nur die Organisierung eines verfeinerten Egoismus.

Will man politischen Einfluß für eine ideale Bewegung gewinnen, kommt es vor allem auf

das Exoterische an. Mit anderen Worten: Man muß von den Menschen und den Verhältnissen ausgehen, wie sie nun einmal sind.

Für den deutschen Pazifismus hat für mich diese Auffassung zwei zwingende Konsequenzen.

Innenpolitisch. Ich wünsche den Rahmen der Friedensgesellschaft so weit gespannt wie nur möglich. Und ich wünsche die Taktik der Friedensgesellschaft darauf eingestellt, auf die realen Machtfaktoren Einfluß zu gewinnen.

Vielleicht haben die recht, die da meinen, der Pazifismus werde nur auf der Basis des Sozialismus verwirklicht werden können. Für mich ist die Frage offen. Aber ich halte es für eine Torheit ohnegleichen, die Mitkämpfer zurückzustoßen, die auf dem Boden des Kapitalismus zu grundsätzlicher Bekämpfung des Militarismus bereit sind.

Die einzige Massenbewegung, an die der Pazifismus anknüpfen kann, wenn er eine Macht werden will, sind die Gewerkschaften. Darum muß unsere Taktik auf das Zusammengehen mit ihnen zielbewußt abgestellt sein, selbst wenn wir an der Stellung einzelner Gewerkschaftsführung noch so viel auszusetzen hätten. Mögen uns diese oder jene Syndikalisten oder sonstige Außenseiter der Arbeiterbewegung noch so sympathisch sein — die Sekte wird nicht zum politischen Faktor, wenn sie an eine andere Sekte Anschluß findet, sondern nur, wenn sie mit einer organisierten Massenbewegung Fühlung gewinnt.

Außenpolitisch. Typisch für den unpolitischen Pazifismus ist in meinen Augen der Artikel von Frau Dr. Stöcker in Nr. 4/5 der Friedenswarte. Wenn der deutsche Pazifismus überhaupt eine außenpolitische Aufgabe hat, so wahrhaftig die, das Verhältnis von Deutschland zu Frankreich und Belgien wieder normal zu gestalten. Frau Dr. Stöcker nennt ihren Pazifismus den psychologischen. Ich kann es nicht für den Ausfluß besonderer Psychologie halten, wenn sie den französischen und belgischen Pazifismus den „verhältnismäßig am rückständigst gebliebenen" nennt und wenn sie die Auffassung von der Kriegsschuld in Frankreich und Belgien als die „beschränkteste" bezeichnet.

Frau Dr. Stöcker schreibt, „alle Regierungen seien aus ganz anderen Gründen in den Krieg eingetreten, als sie ihren Völkern gegenüber offiziell angaben". Nun, Frankreich und Belgien sind überhaupt nicht in den Krieg eingetreten, sondern in ihn hineingetreten worden, Belgien durch unseren Neutralitätsbruch, Frankreich durch unsere mit unwahren Behauptungen begründete Kriegserklärung. Erklären diese Fakta nicht schon allein die besondere psychologische Einstellung der französischen und belgischen Pazifisten zur Kriegsschuldfrage? Und kann man jemals hoffen, auch nur mit diesen Pazifisten, also dem versöhnungsbereitesten Teile des französischen und belgischen Volkes, in ein verständnisvolles Verhältnis zu kommen, wenn man, wie Frau Dr. Stöcker es fordert, nur von der Erkenntnis der „gemeinsamen Schuld aller Völker und der gemeinsamen Buße aller" die notwendige „gemeinsame Wiedergutmachung" erwartet?

Mit solcher Auffassung kann man vielleicht ethisch operieren; dafür fühle ich mich nicht zuständig. Politisch sicherlich nicht.

Frau Dr. Stöcker nennt meine Gesinnungsgenossen „umgekehrte Nationalisten". Ich will mit ihr über den nicht sehr freundlichen Ausdruck nicht rechten. Ich will ihr nicht einmal verübeln, daß sie mit ihrer Auffassung von der Schuldfrage Wasser auf die Mühle der deutschen Nationalisten leitet, und zwar nicht der „umgekehrten", sondern der ganz richtig gehenden und stehenden. Nur das eine möcht ich sagen: Ich als pazifistischer Realpolitiker sehe den deutschen Pazifismus noch als so peinlich schwach an, daß ich es für einen unerlaubten Luxus halte, wenn wir unsere pazifistischen Meinungsverschiedenheiten so oft und so ausgiebig behandeln. Darum bin ich für die Hillersche Einheitsfront in dem Sinne, daß jeder von uns möglichst nur die militaristische Reaktion bekämpfen möge, freilich jeder mit den geistigen Waffen des Pazifismus, die ihm die wirkungsvollsten scheinen: Frau Dr. Stöcker mit der Dienstverweigerung und anderen ethisch-unpolitischen Momenten, wir andern mit dem Völkerbund und ähnlichen Argumenten des Rechts und der Politik.

Ideologie und Wirklichkeit.

Von Hans Schwann, Berlin

I.

„Ist nicht der Pazifismus immer noch zu bürgerlich, zu ideologisch, und formal juristisch?" Diese im Artikel „Proletarischer und Bürgerlicher Pazifismus" von Heinrich Stroebel in der letzten Nummer der Friedenswarte aufsteigende Frage, beleuchtet einer Rakete gleich die Wirklichkeit innerhalb der pazifistischen Bewegung. Und der Ruf zur „Pazifistischen Einheitsfront" von Dr. Kurt Hiller in der nämlichen Nummer, zeigt, wie außerordentlich schwer es für den Ideologen ist,

sich den Blick für die Wirklichkeit zu bewahren. Alles, was in diesen letzten Ausführungen vorgeschlagen wird, ist bei aller Anerkennung des guten Willens zu einer Verständigung zu gelangen, — überholt! Für die praktische Arbeit sind diese Probleme ganz in den Hintergrund getreten. Im Gegensatz dazu ist gerade dasjenige, von welchem Hiller mit dem Ausruf „dem Himmel sei Dank" meint, daß es nicht mehr zur Debatte stehe, im Vordergrund aller praktischen, wirklichen Arbeit — die Schuldfrage. Es trifft daher Frau Dr. Helene Stoecker den Nagel auf den Kopf, wenn sie einem Aufsatz in der nämlichen Artikelreihe den Titel gibt: „Reparationspflicht und Kriegsschuld", womit nicht gesagt sein soll, daß der Aufsatz an sich der wirklichen Stimmung weiter Kreise deutscher Pazifisten entspricht. Aber die Verknüpfung dieser beiden Begriffe, die heute im Westen im schärfsten Grade Wirklichkeitsform angenommen haben, zeigt in aller Deutlichkeit die einzige Scheidewand innerhalb der pazifistischen Reihen, über die eine Verständigung herbeigeführt werden muß, soll die Bewegung nicht an einer schleichenden oder plötzlichen Spaltung gehemmt werden.

II.

Die Schuldfrage bleibt das Kernproblem für die praktische Arbeit des Pazifismus. Es ist nicht von ungefähr, wenn die deutschen Pazifisten nach Kriegsschluß vor dem Wiederbeginn der internationalen Arbeit zu dieser Frage Stellung nehmen mußten, um eine Verständigung mit den französisch-belgischen Freunden und damit eine Zusammenarbeit herbeizuführen, und es ist ferner nicht zufällig, daß die einzige deutsche Organisation, der „Bund Neues Vaterland" bezw. die jetzige „Liga für Menschenrechte", welche von Anfang an zu diesem Problem eine klare, eindeutige Stellung einnahm, in Frankreich sowohl als auch international die stärkste Resonanz gefunden hat. Wenn jetzt die westlichen Ortsgruppen der Deutschen Friedensgesellschaft oft in starkem Gegensatz zu der Zentralleitung stehen, wenn sie zum Teil mit dem passiven Widerstand an sich — nicht nur in der heutigen sehr fraglichen Form, sondern prinzipiell — nicht einverstanden sind und ihren Forderungen schärfsten Ausdruck geben, so sollte uns dies hellhöriger machen. Derartige Strömungen sind mit der Bezeichnung von „umgekehrten Nationalisten" nicht abgetan — im Gegenteil sie verstärkt eine Bitterkeit, die heute manche im Kampf stehende Pazifisten ergriffen hat. Gerade weil dies vermieden werden muß, sei es gestattet mit einigen Worten auf dieses Kernproblem unter zu Grundelegung der Ausführungen Helene Stoecker's einzugehen.

Diese Ausführungen sind getragen von einem starken, reinen Gefühl für das unter den Folgen des Krieges schwer leidende deutsche Volk und einer tiefen Abscheu vor jedem Unrecht. Der Kampf gilt der Ungerechtigkeit und der Ansicht, daß die „Andern" ja auch nicht besser seien, daß sie genau mit denselben verwerflichen Mitteln arbeiten, wie das von uns allen verurteilte preußisch-deutsche System. Aber es heißt den Rahmen zu eng spannen, wenn man die Vertreter des Schuldproblems auf das Wort „Alleinschuld" festnageln will. Nie hat einer dieser Vertreter diese Behauptung aufgestellt, da allen selbstverständlich die allgemeine Weltverschuldung, die in dem einen Wort „si vic pacem para bellum" ihren konkretesten Ausdruck fand und die in der heute überall herrschenden Wirtschaftsform, eine ihrer Hauptwurzeln hat, bekannt war. Das Problem liegt tiefer. Es liegt nicht nur in dem uniformierten Militarismus, der in mehr oder weniger krasser Form in allen Ländern sein Haupt erhob, sondern in jener Mentalität, die bis zum „Oberhaupt" der Familie selbst die Seele militarisierte, den neudeutschen Menschen zum Sklaven, zur Maschine degradierte und ihren Ausdruck in allen Instanzen des öffentlichen und privaten Lebens in Deutschland gefunden hat. Nur aus dieser Mentalität heraus war das Ultimatum an Serbien, dessen geistige Einstellung auf Potsdam wies, überhaupt möglich. Daß dieses kürassierbestiefelte Ultimatum aber diesen Krieg auslöste, darüber dürfte bei uns doch wohl nur eine Meinung herrschen. In dieser Beziehung besteht eine Einheitsfront von Tisza, Tirpitz bis Foerster, Gerlach. Den Verfechtern des Schuldproblems kommt es nur in aller erster Linie darauf an, gerade von der nicht abzuleugnenden konkreten Tatsache dieses Ultimatums aus und seiner grauenvollen Folgen dem deutschen Volk zu zeigen, wie sehr es von seinen eigentlichen Traditionen, durch das oppositionslose Ducken unter der Potsdamer Führung abgewichen ist, wie es im tiefsten Grunde „antideutsch" wurde, wie mit dem Erwürgen, des durch seine frühere Geschichte überall bestimmenden Föderalismus sein eigenstes inneres Leben ausgelöscht und der preußische Geist, der nie deutsch war noch wird, zum Mephisto Deutschlands wurde. Wer immer aber sich Mephisto verschrieb, mußte mit Blut unterschreiben — die Tragödie 1914—18 ist dafür der furchtbarste Beweis. Hier handelt es sich durchaus nicht um „allgemeine Zustände der menschlichen Psyche, in der die Völker alle bestenfalls Opfer und Schuldner

zugleich sind", sondern um eine ganz konkrete Abkehr der neudeutschen Geschichte von den Traditionen des alten römischen Reichs deutscher Nation, dem es vorbehalten war, die größte kulturelle Organisation, nämlich die des „überstaatlichen Gebildes", sowie die Aussöhnung der östlichen mit der westlichen Kultur zu umreißen und den einzig möglichen Weg zu einer Befriedigung Europas zu weisen. Es geht auch nicht an, diese Abkehr nur den Regierungen in die Schule zu schieben und das Volk als solches freizusprechen, — ein Volk mit einer jahrhundertalten Tradition, das im äußeren, materiellen Erfolg aufging und die Brücken zu seiner Vergangenheit mit einer beispiellosen Energie abbrach, ist nicht schuldlos. Ein Volk, daß keine Opposition, kein Aufbäumen gegen das Unrecht im eigenen Lande mehr kennt und da, wo es doch noch hie und da einer wagt gegen den Strom zu schwimmen, schweigt, wenn er abgeschossen oder ins Zuchthaus gesteckt wird, ist nicht schuldlos. Ein Volk, das die grausamsten systemvollsten Befehle eines in seinem Zynismus unerreichten Militarismus hinnahm und ausführte, wie z. B. die Verwüstung Nordfrankreichs auf dem Rückzug, die durch keine Kriegsnotwendigkeiten geboten war, ist nicht schuldlos. Wohl wissen wir alle, daß die „Andern" auch keine Engel sind, daß Imperialismus, Militarismus und wie die menschheitsbeglückenden Einrichtungen sonst noch heißen mögen auch dort vorhanden sind — was wir aber auch wissen und an Hand unzähliger Tatsachen beweisen könnten, ist, daß dort gegen diese Auswüchse — auch im Krieg — stets opponiert wurde. Immer waren überall starke Minoritäten, sowohl in den oberen als unteren Klassen, die gegen diese Kulturschäden schärfstens Stellung nahmen — die über allen Burgfrieden hinweg für das Recht, für die Freiheit, für die Menschheit kämpften, die nicht wie bei uns abgeschlossen oder sonstwie mundtot gemacht wurden, die das Volk nicht wie bei uns in einer breiten Mehrheit belächelte oder gar als Vaterlandsverräter brandmarkte, sondern ehrte und als seine wahren Vertreter betrachtete. Glaubt man, daß es von ungefähr ist, wenn selbst in der heutigen „freiesten Republik" der Erde diejenigen das große Wort führen, die auch 1914 an der Spitze ständen? Glaubt man, daß es zufällig ist, wenn keiner derjenigen, die schon im Kriege eine richtige Haltung eingenommen hatten, weder in den Arbeiterparteien, noch sonst irgendwo wirklich ausschlaggebend mitreden kann? Glaubt man, daß die Weltreaktion in dem heutigen Ausmaß möglich gewesen wäre, wenn das neue Deutschland sich von dem alten vorteilhaft unterschieden hätte? Glaubt man, daß eine militaristisch-imperialistische Politik Frankreichs und damit der Einmarsch in die Ruhr möglich gewesen wäre, wenn der neue Staat dem von 1914 nicht wie ein Ei dem andern geglichen hätte. Nein, die Gerechtigkeit der Welt gegenüber gebietet, hier von einer, für die fernere Entwicklung der europäischen Politik entscheidenden Schuld des deutschen Volkes zu sprechen. Nicht aus dem alten Sühne- und Vergeltungsprinzip heraus, sondern von der Gewißheit ausgehend, daß ohne Kenntnis des Angelpunktes die Türe nicht in eine neue, schönere, gerechtere Zukunft geöffnet werden kann. Die Gerechtigkeit gebietet ferner zu sagen, daß die Verfasser des Vertrages von Versailles — den zu verteidigen wohl jedem von uns fernliegen — den Verfassern des Vertrages von Brest-Litowsk doch etwas voraus haben, sie sind nämlich zugleich die Verfasser der Völkerbundakte. Von Idealität weit entfernt, verkörpern dieselben doch etwas, das über den verkrampften Nationalismus und Militarismus turmhoch hinausragt und zum mindesten den Weg zeigt, der zur Überwindung der heutigen Welt führt. Dabei wird diese Tatsache nicht dadurch abgeschwächt, daß wir heute wissen, welche Mächte sich dieser neuen Idee entgegenstellen, und wie hart und intriguenhaft der Kampf um dieses Werk war — die Tatsache, daß die unzweideutigen Sieger in dem Machtkampf, nach einer 4½-jährigen Verhetzung und Aufpeitschung aller niedrigsten Instinkte doch noch fähig waren, ihre Unterschrift darunter zu setzen und somit zum mindesten das Prinzip an sich anzuerkennen, dürfte uns allein über die Mentalität der anderen zu denken geben.

III.

Wie muß es angesichts dieser unumstößlichen Tatsachen im Ausland wirken, wenn von führender Stelle des deutschen Pazifismus gesagt wird: „Wenn wir den Forderungen der gegnerischen Regierungen nachkommen, so nicht weil diese ein moralisches Recht dazu haben, sondern weil wir Deutsche eine freundschaftliche Gesinnung anbahnen wollen." Wenn von den Vertretern der Schuldfrage behauptet wird, daß sie umgekehrte Nationalisten sind, so kann von einem solchen Satz gesagt werden, daß in ihm der alte preußische Hochmut inkarniert ist, jener Weltgenesungsfimmel am deutschen Wesen, den wir im Krieg, auch im „umgekehrten" Sinn zur Genüge gehört haben. Wenn gar kein Versailler Vertrag bestünde, auch dann müßten wir gegenüber dem französisch-belgischen Volk unsere Reparationspflicht in derselben Höhe wie der des Versailler-Vertrages übernehmen — nämlich im

„Rahmen unserer Leistungsfähigkeit". Und wenn ferner gesagt wird, „dem Geist höherer Gerechtigkeit widerspricht es aufs schärfste, die Menschen gerade eines Landes allein leiden, büßen und wiedergutmachen lassen zu wollen, für das, was nicht ein Land, sondern die ganze Menschheit bisher getan und das Wesen des Krieges war: zu morden und zu zerstören" so gilt hierfür das bereits oben Gesagte, daß es bisher noch nie das Wesen des Krieges war, nutzlos, nicht aus irgendwelcher Kriegsnotwendigkeit heraus, ein ganzes Land dem Erdboden gleich zu machen. Trotzdem büßt für die Folgen des Krieges ja nicht nur ein Land, sondern alle, mindestens gleichermaßen wie das schwer geprüfte leidende deutsche Volk, selbst wenn die Reparationen auf Heller und Pfennig gezahlt werden. Oder glaubt man, daß das völlige Verschwinden jahrhundertalter Kulturzentren keine Buße sei? Glaubt man, daß es keine Buße sei, wenn heute noch in Frankreich hunderttausende von Menschen in Baracken wohnen und nie mehr zu einem eigenen Heim kommen? Glaubt man, daß es keine Buße sei, wenn ein Erdteil wie Rußland sich in den fürchterlichsten Wehen windet und das Zehnfache an Menschen im „Frieden" Hungers sterben mußten? Von allen weltwirtschaftlichen Schäden, wie die Arbeitslosigkeit in England etc. abgesehen? Wahrlich gerade dieser Krieg hat gezeigt, wie er unbarmherzig Sieger und Besiegte trifft, und wie die relative Unversehrtheit des einen Landes — nämlich Deutschlands — trotz allen fürchterlichen Hungerelends, das auch bei uns herrscht, diesen Tatsachen gegenüber gerade nach Wiedergutmachung schreit.

IV.

Von dieser Einstellung aus ist der Ruhreinbruch und der passive Widerstand allein zu werten. Und damit kommen wir von der Vergangenheit in die Gegenwart und Zukunft, die uns zeigen, wie eng all dies mit dem Kernproblem verknüpft ist. Weil es dies aber ist, und weil die heutige Lage mehr denn je nach einem aktiven, arbeitenden Pazifismus verlangt, finden sich in den wirklich arbeitenden Gruppen des Pazifismus alle „Richtungen", „Nuancen", in dem einen Willen zur Arbeit zusammen. Nirgends wird im Westen gefragt, ob der eine oder andere mehr rechts oder mehr links, ob er „radikal" oder weniger „radikal" ist: nach was gefragt und gesehen wird, ist, ob er praktisch arbeiten kann. Nuancenreiche Ideologen haben keinen Platz mehr in dieser furchtbaren Gefahrsstunde, die alle verständigungspolitische Kulturarbeit in einem nationalistischen Taumel zu ersticken droht. Wenn auch manche den passiven Widerstand als ein neues Verteidigungsmittel gegen den Militarismus begrüßt haben, so ist man doch davon überzeugt, daß er hier am falschen Ort zu einer falschen Zeit angewendet wurde, weil das vorangegangene Unrecht der Sabotage der Reparationen und Erfüllungspolitik, einen reinen Kampf um das wirkliche, unzweideutige Recht nicht möglich machte. Aber selbst dann, wenn man trotzdem glaubte, diesen passiven Widerstand unterstützen zu müssen, hätte es von einem wirklichen Pazifisten nur geschehen dürfen, wenn gleichzeitig an die maßgebenden politischen Stellen ganz ultimative Forderungen bezüglich der Sachwerterfassung und den Reparationen gestellt worden wären, von deren Erfüllung man eine weitere Unterstützung der passiven Resistenz abhängig gemacht hätte. Dadurch aber, daß diese Forderungen viel zu spät und auch dann noch in sehr zahmer Form gestellt wurden, machten wir uns mitschuldig an der maßlosen nationalistischen Verhetzung und an dem — Mißerfolg. Arbeit ist der Kernpunkt auf Jahre hinaus für den Pazifismus, nicht „Diskussion". Und wenn der Ideologe frägt: Ja was verstehen Sie denn unter Arbeit, wenn Sie die Fragen des Völkerbundes, der nationalen Verteidigung, Wehrpflicht, Dienstverweigerung und Sozialismus nicht diskutieren wollen? so ist ihm darauf zu antworten: Das, was zu diesen Problemen zu sagen ist, wird jeder, der von dem Gedanken der Versöhnung der Menschheit, der Verständigung und Gerechtigkeit getragen wird seiner persönlichen Einstellung entsprechend so sagen, daß gegenteilige Auffassungen dadurch nicht verletzt werden. Wichtiger als alles dies ist die Aufklärung in den breitesten Massen über die Folgen jeder Gewaltanwendung, über den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung im Interessenkampf der Völker, über die Tatsachen der Kriegsverwüstung und des Kriegselends und über die daraus entspringende Notwendigkeit der Erneuerung des inneren Menschen, die es ermöglicht, die blutbesudelte Welt durch ein weithin sichtbares Opfer aller derjenigen, die guten Willens sind, zu entsühnen.

Neues zur Schuldfrage.

Von Dr. Heinrich Kanner, Wien.

I. Zwei Jahre Unschuldskampagne.

Sie dauert nun schon zwei Jahre, die Unschuldskampagne, d. i. der publizistische Feldzug, der in Deutschland geführt wird, um die These von der Schuld Deutschlands am

Ausbruch des Weltkrieges zu widerlegen, und sie hat in dieser Zeit an äußerem Umfang erstaunlich zugenommen. Als der letzte Reichskanzler Wilhelms II., der Prinz Max von Baden im Frühjahr 1921 an alle, die dieses Ziel verfolgen, einen Aufruf zu gemeinsamer Arbeit erließ, zählte er 34 Vereine, die sich mit dieser Aufgabe beschäftigten — eine Zahl, deren Höhe damals erstaunlich schien. Eine in den letzten Tagen erschienene Sammelschrift, die gewissermaßen das literarische Ergebnis der bisherigen Campagne zusammenfaßt, („Deutschland und die Schuldfrage", in Verbindung mit dem Arbeitsausschuß deutscher Verbände bearbeitet von Dr. Wilhelm Ziegler) teilt mit, daß es heute bereits über 600 Verbände dieser Art mit vielen, vielen Millionen Mitgliedern gibt, die allen Parteirichtungen angehören. Auch ihre Zusammenfassung ist gelungen, der zu diesem Zweck gegründete „Arbeitsausschuß deutscher Verbände" unter Leitung des bekannten ehemaligen deutschen Gesandten Freiherr v. Lersner und des Geh. Reg.-Rats Dr. v. Vietsch besorgt sie und wirkt dabei mit der gleichfalls ad hoc gegründeten „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen" mit, die auf wissenschaftlichem Wege Material für die Agitation beschaffen soll.

In der Sammelschrift, die sich selbst als „Volkskommentar" und als zuverlässiges Hilfsmittel zur Beurteilung der Schuldfrage bezeichnet, behauptet Freiherr v. Lersner, daß heute „ganz Deutschland einig gegen die Lüge von Versailles steht". Die Sammelschrift soll das beweisen, indem sie Beiträge von Männern aus verschiedenen Parteilagern in Parade vorführt, Männern, die der Rechten angehören wie Prof. Hoetzsch, bürgerlichen Demokraten wie Dr. Dernburg und Dr. Dirr, Sozialdemokraten wie Dr. Quessel und Dr. Köster, Männern der Mitte wie Prof. Delbrück, Freiherr v. Schoen, Ministerialdirektor Heilbron, Graf Max Montgelas, Oberst Schwertfeger und Freiherr v. Lersner. Doch manche, die denn doch auch zum politischen Deutschland gehören und für die Wirkung auf das Ausland, die Freiherr v. Lersner als den Zweck der ganzen Arbeit erklärt, wichtiger wären als die anderen, glänzen nur durch ihre Abwesenheit, so die Unabhängigen und die Pazifisten — von den Kommunisten garnicht zu sprechen. Man weiß ja, daß sie in der Schuldfrage ganz anders denken als die Führer der Unschuldkampagne und mit diesen in offenem Kampf stehen. Warum wird diese allbekannte Tatsache in der Schrift verschwiegen, ja verleugnet? Ist das ein Beweis für das Streben nach der „historischen Wahrheit", die der Herausgeber der Schrift als deren Leitmotiv hinstellt?

Wenn man die Andersmeinenden von der Mitarbeit ausschließt, kann natürlich ein Schein von Einigkeit vorgetäuscht werden, aber selbst dieser Schein verflüchtigt sich alsbald, wenn man die einzelnen Abhandlungen der Schrift mit einander vergleicht. Schon über das Thema probandum sind die Mitarbeiter der Schrift untereinander nicht einig. Als solches bezeichnet der Reichminister a. D. Dr. Dernburg in seinem einleitenden Aufsatz „Die Formulierung der Schuldfrage", unter Benutzung eines der vielen einander widersprechenden Dicta Lloyd Georges, den Satz, „daß keiner der Staatsmänner Europas diesen Krieg tatsächlich gewollt habe, sondern daß alle mehr oder weniger sozusagen in ihn hineingestolpert sind", also natürlich auch die beim Ausbruch des Krieges an der Regierung gewesenen deutschen Staatsmänner. Um deren Rechtfertigung oder, wie wir zutreffender es nennen, Reinwaschung handelt es sich also nach Dernburg. Aber ein anderer Reichsminister a. D., der durch einen Beitrag in der Schrift vertreten ist, der sehr weit rechts stehende Sozialdemokrat Dr. Köster, meint gerade das Gegenteil. „Die Frage, um die es in diesem Kampfe geht — schreibt er — ist nicht die Frage, ob die kaiserliche Regierung der Vorkriegszeit Fehler, große Fehler, ja irreparable Fehler gemacht hat. Es handelt sich nicht um Säuberung oder Beschmutzung einer ver- und untergegangenen deutschen Regierung. Es handelt sich auch nicht darum, ob wir viel oder wenig schlechte oder ob wir gar fahrlässige Politik getrieben haben. Es handelt sich lediglich darum, ob wir als Volk die uns von der Gegenseite zugeschobene moralische Verantwortung für das größte Elend der Weltgeschichte zu tragen bereit sind oder nicht". Dr. Köster also gibt das Wilhelm'sche Regime vollständig preis, ihn interessiert es garnicht, was dieses Regime getan hat, ob die Staatsmänner Wilhelm II. den Krieg gewollt oder nur in ihn „hineingestolpert" sind — wem es um diese Frage zu tun ist, schreibt er, soll in diesem Kampfe schweigen — Dr. Köster beschäftigt nur die Frage, ob das deutsche Volk, das ja unter Wilhelms II. persönlichem, autokratischem Regime mit der Regierung nicht ohne weiteres identisch ist, die Schuld auf sich nehmen will. Wenn auch die Formel Dr. Kösters nicht gerade an Klarheit leidet, zeigt sie doch, daß er die Gefahr bemerkt und der Gefahr entgehen will, die für jeden ehrlichen Demokraten in der Unschuldskampagne liegt, die Gefahr, daß sie das alte Regime rehabilitiert und dessen Restauration

vorbereitet. Er hat mit dem negativen Teil seiner Formel sich und seiner Partei eine Rückzugslinie gesichert oder sichern wollen. Die Unklarheit des positiven Teils seiner Formel rechtfertigt aber die Befürchtung, daß im entscheidenden Augenblick der Rückzug nicht gelingen, d. h. daß die rechtsstehenden Sozialdemokraten wie auch die bürgerlichen Demokraten, die sich an der Unschuldskampagne beteiligen, die Geschäfte der Reaktion besorgen.

Ein Blick auf die anderen Beiträge beweist das noch zum Überfluß. Anstatt der historischen Wahrheit, die der Herausgeber verspricht, bildet die Schrift geradezu ein Compendium jener oft recht plumpen Entstellungen der Wahrheit über den Ausbruch des Krieges, die zum Teil schon während der Kriegszeit vom alten Regime ausgeheckt und als Kriegspropaganda unrühmlichen Andenkens verbreitet worden sind, zum Teil erst in der Nachkriegszeit hinzugekommen und nicht um ein Haar besser sind als jene. Prof Delbrücks Beitrag z. B. „Serbien, Österreich und Rußland" liest sich in manchen Stücken geradezu wie eine posthume Arbeit des berüchtigten „Literarischen Bureaus" des Ballplatzes. Der dort fabrizierte und schon längst als innerlich unmöglich und apokryph erwiesene Ausspruch des serbischen Ministerpräsidenten Nicola Paschitsch: „Wir haben im günstigsten Moment losgeschlagen" figuriert in Sperrdruck. Die gleichfalls aktenmäßig widerlegte Behauptung, daß man im Juli 1914 vor der Überreichung des Ultimatums in Paris besser über dessen Inhalt unterrichtet gewesen sei als in Berlin, wird ungeniert wiederholt. Ebenso die andere Behauptung, daß man von Anfang an, d. i. schon am 5. Juli 1914 in Berlin eine friedliche Vermittlung in Aussicht genommen habe, während die Akten beweisen, daß die Berliner Regierung sich erst am 27., bezw. 28. Juli unter dem Eindruck der serbischen Antwort dazu aufgerafft hat. Selbst Berchtolds Vorgehen wird von Delbrück gerechtfertigt, während der Bearbeiter der „dreizehn Tage", Dr. Dirr die entgegengesetzte Taktik verfolgt, die österreichisch-ungarischen Staatsmänner vollständig fallen zu lassen, um die deutschen einigermaßen zu salvieren.

Und so fort und so fort, Widerspruch auf Widerspruch, Widersprüche mit den beweisbaren Tatsachen, Widersprüche der einzelnen Darstellungen untereinander. Es ist nicht so, wie Freiherr v. Lersner behauptet: „nur historische Tatsachen, wissenschaftliche Dokumente, politische Akten" seien die Waffen, mit denen die Organisation kämpfe, denn, was sie in zweijähriger Arbeit hier zu Tage gefördert hat. ist nur ein Sammelsurium von halben Wahrheiten und ganzen Lügen, von advokatorischen Entstellungen, Verdrehungen, Fälschungen, Umgruppierungen und Verschweigungen von Tatsachen, nicht aber die historische Wahrheit, die der Herausgeber der Schrift nachrühmt.

II. Der Zusammenbruch einer Kriegslüge.

Von den zahlreichen Kriegslügen, durch die man die Kriegsschuld von Wilhelm II. Regime abzuwälzen sucht, ist eine endlich schmählich zusammengebrochen. Widerlegt war sie ebenso wie die anderen schon längst, wurde aber, ebenso wie die vielen anderen Kriegslügen, trotz allen dokumentarischen Gegenbeweisen von den Feldherren der „Unschuldskampagne" beharrlich aufrechterhalten. Jetzt haben sie sie aber doch wegen ihrer inneren Unmöglichkeit aufgegeben. Es ist das ein Anfang, hoffentlich der Anfang vom Ende aller Kriegslügen, deren es noch so viele gibt.

Die in Frage stehende Kriegslüge betrifft das Problem der Mobilisationen. Bis zum Weltkrieg galt es allgemein als ausgemacht und konnte als Grundsatz des Völkerrechts angesehen werden, daß die Mobilisation einer Armee mit dem Kriegsbeginn nicht zusammenfällt, daß die Mobilisation nur die Drohung mit dem Angriff, aber nicht der Anfang des Angriffs selbst ist, daß also zwischen Mobilisation und Kriegsbeginn noch Zeit und Möglichkeit zu diplomatischer Verhandlung und friedlicher Ausgleichung des Streitfalls bleibt, wonach also die Mobilisation in den Händen einer friedlich gesinnten Regierung nur das schärfste und letzte Pressionsmittel ist, um den Frieden zu erhalten. In der Tat gibt die Geschichte zahlreiche Beispiele von Mobilisationen, die nicht zum Kriege, sondern zu einer friedlichen Auseinandersetzung geführt haben. Das letzte Beispiel dieser Art waren die Ende 1912 während des ersten Balkankriegs durchgeführten gegenseitigen Mobilisationen Österreich-Ungarn und Rußlands, die im Frühjahr 1913 mit einem Briefwechsel der beiden Monarchen unblutig endeten.

Mit dieser hergebrachten Auffassung und Praxis der Mobilisation hat bekanntlich der deutsche Generalstab und ihm folgend die deutsche Regierung in den verhängnisvollen Juli-Tagen des Jahres 1914 gebrochen, indem sie den Grundsatz aufstellte, daß für sie Mobilisierung gleichbedeutend sei mit Krieg, und am 29. Juli dem russischen Minister Sasonow durch den Botschafter Graf Pourtalès ankündigen ließ, daß, wenn sie zur Mobilisation schreiten werde, der Ausbruch des europäischen Krieges kaum mehr aufzuhalten sein

werde. Demgegenüber beteuerte Sasonow wiederholt, daß für die russische Armee die Mobilisierung noch lange nicht Krieg bedeute, daß die russische Armee Wochen hindurch Gewehr bei Fuß stehen könne, ohne die Grenze zu überschreiten, und die russische Regierung, obzwar sie die Mobilisierung gegen Österreich-Ungarn bereits angeordnet habe, den Krieg noch immer vermeiden wolle. Als dann Rußland zur allgemeinen Mobilisierung, also auch gegen Deutschland, schritt, legte sich der Zar selbst ins Mittel und gab dem Kaiser Wilhelm II. noch am 31. Juli sein Ehrenwort, daß seine Truppen keinerlei herausfordernde Handlung unternehmen werden, solange noch die Verhandlungen mit Österreich andauern. Obzwar diese wiederholten Zusicherungen des nicht-aggressiven Charakters der russischen Mobilisation auch vom deutschen Militärattaché v. Chelius bestätigt wurden, wurden sie in Berlin nicht beachtet, Deutschland gegenmobilisierte und fing sofort, dem neuen Grundsatz entsprechend, den Krieg an.

Bei der Beurteilung der Schuldfrage fiel natürlich diese von der bisherigen und von der russischen weit abweichende neue deutsche Auffassung der Tragweite der Mobilisierung zu Ungunsten Deutschlands schwer ins Gewicht. Man sah darin ein Indizium mehr für den Kriegswillen der damaligen deutschen Regierung, im Gegensatz zu den friedlichen Absichten der russischen. Was war da zu tun? Die Verteidiger des alten Regimes konnten nicht leugnen, daß die deutsche Regierung Mobilisation mit Kriegsausbruch gleichgesetzt hatte, also leugneten sie, daß für die russische Regierung der andere, ältere Grundsatz maßgebend gewesen sei, behaupteten, daß alle darauf zielenden Beteuerungen Sasonows wie auch das Ehrenwort des Zaren Schwindel gewesen seien, und daß für die russische genau so wie für die deutsche Armee Mobilisierung Krieg bedeutet habe. Zum Beweise dessen führten sie eine im Frühjahr 1912 ergangene Anordnung des russischen Generalstabs an, wonach der Ausspruch der Mobilmachung als Befehl zum Angriff auf Deutschland zu betrachten sei, ferner die allerdings erst auf dem Weg der Interpretation für diese These nutzbar gemachten Artikel 2 und 3 der französisch-russischen Militärkonvention und endlich einen Ausspruch, den der zum Abschluß der Konvention nach Rußland entsandte französische General Boisdeffre damals im Sommer 1892, dem Zaren gegenüber getan hatte. Alle diese Daten wurden erst nach dem Kriege bekannt und sofort von dem militärischen Haupt-Spezialisten der Unschuldskampagne, dem General Graf Max Montgelas zu einem Entlastungsbeweis für die deutsche Regierung verarbeitet. Alle Einwendungen gegen diese von vornherein brüchige Beweisführung wurden als böswillige oder gar landesverräterische Unterstellungen verachtungsvoll bei Seite geschoben, und die Montgelas'sche These ist auch in die bereits oben kurz besprochene Sammelschrift des Arbeitsausschusses deutscher Verbände „Deutschland und die Schuldfrage" aufgenommen, die sich als der Ausdruck der Überzeugung von 600 deutschen Verbänden mit vielen Millionen von Mitgliedern gibt, und damit quasi als deutsches National-Dogma canonisiert worden.

Inzwischen hat aber Herr Eugen Fischer die Beweisführung des Grafen Montgelas nachgeprüft und das Ergebnis seiner Arbeit im Aprilheft der „Preußischen Jahrbücher", veröffentlicht, die für die Anhänger der Unschuldkampagne gewiß ebenso unverdächtig sind wie Herr Eugen Fischer selbst. Was aber Herr Eugen Fischer gefunden hat, ist eine vollständige Widerlegung der These des Grafen Montgelas. Die im Frühjahr 1912 getroffene Anordnung wurde vom russischen Generalstab im Herbst 1912 zurückgenommen und — so schreibt Herr Eugen Fischer — durch eine andere ersetzt, die gerade das Abwarten eines Befehls zum Überschreiten der Grenze (nach erfolgter Mobilisierung) den Truppenführern zur Pflicht machte, und dieser neuen Anordnung wurde noch ausdrücklich die Begründung hinzugefügt, man dürfe dem Gegner die Hoffnung auf friedliche Beilegung des Streites, in dessen Verlauf die Mobilisation erfolge, nicht vom Beginn der Mobilisation an nehmen. „Das Versprechen des Zaren an den deutschen Kaiser vom 31. Juli 1914 — schlußfolgert Herr Eugen Fischer —, er, der Zar habe seine Truppen zwar mobilisiert, halte sie aber hinter der Grenze und hege keine feindlichen und angreiferischen Gedanken, stimmt offenbar mit jenen Worten vom Herbst 1912 nicht nur überein, sondern übertrifft sie noch an Rücksicht auf den Nachbarn!" Doch diese Tatsache genügt Herrn Fischer nicht. Er meint, die Anordnung vom Herbst 1912 entsprach der strategischen Lage der Russen (und Franzosen), für die die Zurückhaltung ebenso das strategisch Gebotene war wie für die Deutschen das sofortige Losgehen, die Russen (und Franzosen), meint er, nützten nur die strategische Zwangslage der Deutschen aus, um sie als Angreifer in der Welt verhaßt zu machen. Umsomehr verdienen doch dann — sollte man meinen — die Beteuerungen Sasonows und das Ehrenwort des Zaren Glauben, wenn es sogar in ihrem strategischen Interesse lag, nicht selbst den Krieg zu ent-

fesseln, sondern erst den Angriff der deutschen Armee abzuwarten.

Dieses Urteil drängt sich wohl jedem Leser der Fischer'schen Ausführungen von selbst auf. Doch Herr Fischer geht nicht so weit, aus seinen Prämissen diese logische Schlußfolgerung zu ziehen. Der Gegenstand seiner Arbeit ist die prinzipielle Seite des Problems, die Frage also, ob für den russischen Generalstab ebenso wie für den deutschen überhaupt der Grundsatz gilt: Mobilmachung ist Krieg. Diese Frage untersucht Herr Fischer mit minutiöser Genauigkeit, indem er, an der Hand der kürzlich von der französischen Regierung veröffentlichten Akten die ganze Entstehungsgeschichte der Art. 2 und 3 der französisch-russischen Militärkonvention darlegt, um zu der richtigen Auffassung des Sinnes dieser Artikel wie des Ausspruchs von Boisdeffre zu gelangen. Und was ist das Resultat dieser etwas langwierigen, dafür aber auch um so gewissenhafteren Untersuchung? Herr Fischer formuliert es in den Sätzen, „Die Mobilisation ist der drohende Angriff. Aber deutlich tritt auch zu Tage, daß mit der Möglichkeit der Zurücknahme einer Mobilisation oder einer längeren Pause nach ausgesprochener Mobilisation gerechnet wird. Immer ist die Vorstellung der Defensive, der Erwiderung des drohenden Angriffs des Gegners, festgehalten. Eine andere Auffassung läßt der Wortlaut des Artikels (3) nicht zu". Herr Fischer erklärt aber auch, durch welche falsche Interpretion Graf Montgelas zu der entgegengesetzten Ansicht gekommen ist. „Die Entstehungsgeschichte der beiden Artikel macht eine solche Auslegung — schreibt er — unmöglich."

Damit ist die Montgelas'sche These, daß auch für die Russen (und Franzosen) Mobilisierung Krieg bedeute, abgetan, und diese These bleibt ausschließliches Eigentum des deutschen Generalstabs. Damit ist aber ebenso die andere These Montgelas' hinfällig geworden, nämlich: daß die französisch-russische Militärkonvention einen offensiven Charakter besessen habe; daß die Franzosen und Russen einen Angriffskrieg gegen Deutschland seit 1892 vorbereitet haben, und daß somit das französisch-russische Bündnis nicht zur Verteidigung gegen Deutschland, sondern zu einem Überfall auf Deutschland geschlossen worden sei. Übrig bleibt nur die ausgesprochener Massen offensive deutsch-österreichisch-ungarische Militärkonvention von 1909, die vom Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabs, dem Feldmarschall Conrad, in seinen Memoiren enthüllt wurde, deren rechtliche Existenz Graf Montgelas (in einer Polemik gegen mich in der Weltbühne) mit dem gleichen Maß von Unverstand zu leugnen versucht hat, wie es ihm Fischer bei der Interpretation der französisch-russischen Militärkonvention nachgewiesen hat.

Wenn aber das französisch-russische Bündnis und die französisch-russische Militärkonvention einen defensiven Charakter tragen, während das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis durch die 1909 hinzugetretene Militärkonvention einen offensiven Charakter gewonnen hat, dann ist der Angriff nicht von der Entente, sondern von den Mittelmächten seit vielen Jahren prämeditiert worden, und die deutsche These „Mobilisierung ist Krieg" ist nur ein weiterer Beweis für den aktiven Kriegswillen, der die deutsche Regierung im Juli 1914 beherrscht hat.

Das ganze Gebäude der Kriegslügen ist ein kunstvoll konstruiertes Kartenhaus. Sobald man auch nur eine der Karten herausnimmt, stürzt das Kartenhaus zusammen. Sobald man eine der Kriegslügen preisgibt, ist die ganze Unschuldskampagne unmöglich. Deshalb haben deren Wortführer bisher so krampfhaft an jeder dieser Kriegslügen — wie unhaltbar auch die eine oder andere im Laufe der Zeit geworden war — festgehalten. Deswegen zieht aber nun das Aufgeben einer der Kriegslügen das aller anderen unweigerlich nach sich. Deswegen ist auch der in diesen Tagen erfolgte Zusammenbruch der einen und ersten Kriegslüge von so großer Wichtigkeit. Ihm wird der Zusammenbruch der anderen Kriegslügen folgen und damit wird endlich erst die Bahn freigemacht sein für eine Verständigung der feindlichen Nationen, der nichts so hinderlich im Wege gestanden hat, wie die Kriegslügen.

Nachschrift.

Seit der Abfassung dieses Artikels ist noch eine andere Kriegslüge zusammengebrochen: der oben erwähnte angebliche Ausspruch Paschitsch. Diese Kriegslüge hat sich Zeit ihres Lebens der größten Beliebtheit erfreut. Der gewesene Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat sich im parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu seiner Rechtfertigung auf sie berufen, und Professor Debrück, der geeichte Historiker, hat sie unter die „historischen Tatsachen" eingereiht, mit denen, wie wir vom Freiherrn v. Lersner wissen, die Unschuldskampagne ausschließlich arbeitet. Sie hat sich aber als eine grobe Textfälschung erwiesen, und Prof. Delbrück hat sich, schweren Herzens, schließlich doch genötigt gesehen, diese Kriegslüge aus der Reihe der von ihm abgestempelten „historischen Tatsachen" wieder hinauszuwerfen. Bei dieser Gelegenheit

ist auch ein Licht auf die Qualität der „wissenschaftlichen Dokumente" gefallen, deren sich Freiherr v. Lersner berühmt. Das „wissenschaftliche Dokument", dem Bethmann und Delbrück den Ausspruch Paschitsch entnommen hatten, war eine obskure Kriegspropaganda-Broschüre des gleichfalls obskuren Ballplatz-Offizieres Leopold Mandl! Das grenzt schon an wissenschaftliche Hochstapelei.

Das System.

Von Gerhard Seger, Berlin,
Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft.

„Ohne die eindrucksvolle Gegenwart eines Besatzungsheeres wird die Einhaltung der im Friedensvertrag getroffenen Abmachungen der verantwortlichen und unverantwortlichen Propaganda, der Stimmung des Volkes, der Schikane bestechlicher Behörden ausgeliefert sein."

Jeder gute deutsche Patriot wird den vorstehenden Satz zweifellos als eine Auslassung „gallischen Vernichtungswillens" und „welscher Rachsucht" ansehen, wenn man ihn fragte, woher er glaube, daß dieser Satz stamme. Und er wird sehr erstaunt sein, zu hören, daß dieser Satz von einem Deutschen stammt und zwar vom kaiserlichen Chef des Generalstabes der Militärverwaltung in Rumänien. *) Am 6. März 1918 wurde zwischen Deutschland und Rumänien der Vorfriede zu Buftea geschlossen, am 7. Mai wurde der endgültige Friede zu Bukarest den Rumänen durch Deutschland diktiert. Aber am 25. Dezember 1917 wußte der genannte Generalstabschef bereits, daß nur durch die Gewalt rücksichtsloser Besetzung des doch dann im Friedenszustand mit Deutschland lebenden Rumänien die Durchführung des Friedensvertrages gesichert werden könne. Der deutsche Militarismus wartete in diesem Falle nicht einmal ab, ob die Erfüllung des Bukarester Vertrages durch Rumänien sabotiert werden würde, sondern behauptete schon im vorhinein die Notwendigkeit einer „eindrucksvollen Gegenwart eines Besatzungsheeres". Dieselben Militärs und ihre Anhänger schreien aber heute am lautesten, wo wir in Deutschland nach drei Jahren unzureichender Erfüllung des aus dem gleichen Ungeiste geborenen Versailler Vertrages die „eindrucksvolle Gegenwart" eines Besatzungsheeres zu verzeichnen haben.

*) Vgl. die stenogr. Protokolle des 12. Reichstagsausschusses über die Ursachen des Zusammenbruches 1918, Gutachten des Generals v. Kuhl, Seite 13.

Es ist in der Geschichte noch kein allgemeingültiger Maßstab gefunden worden und es wird auch keiner gefunden werden können, nach dem die Untaten eines Volkes oder seiner herrschender Klassen an denen anderer gemessen werden könnten. Infolgedessen ist der Streit ziemlich mäßig, ob der deutsche Militarismus die meiste Schuld an der Weltsituation seit 1914 hat, oder ob gleichermaßen die Militarismen anderer Länder daran beteiligt sind. Es hat überhaupt nicht viel Sinn, solche Betrachtungen anzustellen. Viel wichtiger ist es, alle Scheußlichkeiten, unter denen die Menschheit seit 1914 leidet, als die logischen Folgen desselben Systems darzustellen, das jeder in seinem Lande zu bekämpfen hat; das ist eine Aufgabe, in deren Erfüllung wir noch durchaus am Anfange dessen stehen, was da zu tun ist. Die alte Erziehungsmethode, die den Erfordernissen des Militärstaates entsprach, hat als erste Voraussetzung für die Kriegswilligkeit der breiten Massen ein vollständig falsches Bild über die anderen Länder erzeugt. Wir kennen ja noch die Schablone aus der Propaganda der Kriegszeit: die Engländer sind allesamt feige Krämerseelen, die Franzosen sind sämtlich wütende Chauvinisten, deren einziger Gedanke Rache für 1871 sei. Daß die Scheidung zwischen Chauvinisten und friedliebenden Menschen, zwischen Idealgesinnten und Krämerseelen nicht senkrecht zwischen den Völkern, sondern wagerecht durch die Völker hindurchgeht, hat man uns selbstverständlich nicht gelehrt und verschweigt man heute noch dem Durchschnittszeitungsleser. In diesem Punkte ist tatsächlich während des Krieges in allen Ländern gesündigt worden; wenn auch vor dem Kriege sicher in Deutschland am wenigsten geschehen ist, um Verständnis für die Außenwelt zu erzeugen, so haben die Länder der Entente ihren Vorsprung in dieser Hinsicht während des Krieges aufgegeben und sich in ihrer Propaganda auf das gleiche tiefe Niveau gestellt. Dieses gewaltige Verdummen der Völker in außenpolitischer Beziehung ist wohl — im Zusammenhang mit der Kriegslüge und der noch heute beliebten Geheimdiplomatie — eine der wesentlichsten Ursachen für die noch immer unübersteigliche Mauer von Haß, die zwischen den Völkern steht und auch den bescheidendsten Fortschritt in der Geistesverfassung, das Entstehen der einfachsten Voraussetzungen für eine vernünftige Lösung des Nachkriegsproblems hindert.

Wenn man nun vom gleichen Standpunkt aus, von dem diese allgemeinen Bemerkungen gemacht wurden, die Vorgänge im Ruhrgebiet nach dem Einmarsch der französisch-bel-

gischen Truppen beurteilt und dabei auch an die Vorgeschichte dieses Einmarsches denkt, so ergibt sich auch in diesem Spezialfall das Resultat, das die verfahrene Situation dem System der Gewaltpolitik geschuldet ist. Zweifellos ist in Deutschland die Erfüllung des Versailler Vertrages — auch in den Grenzen des Möglichen — sabotiert worden. Es braucht nur an die beim zahlungsfähigen Bürgertum jahrelang herrschende Geistesverfassung erinnert zu werden, die das Steuerhinterziehen als eine vaterländische Pflicht ansah, damit nur nichts von deutschem Gelde in die Hände des „Erbfeindes" käme. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß Erzberger und Rathenau ermordet worden sind, weil sie die Vertreter der Erfüllungspolitik waren, einer Politik, die heute selbst in rechtsstehenden Kreisen als die einzig mögliche angesehen wird, wenn man auch noch nicht das Notwendige dafür zu tun bereit ist. Aber Jahre hindurch galt die Erfüllungspolitik selbst in den Grenzen des Möglichen als Verrat am deutschen Volke und dementsprechend haben sich die besitzenden Schichten verhalten. Heute, wo diese verantwortungslose, ja verbrecherische Sabotage zu den bekannten Maßnahmen der Gegenseite geführt hat, schreien diejenigen am lautesten, die mit an der Verschärfung der Situation schuld sind.

Abgesehen von der Frage, ob der Einmarsch ins Ruhrgebiet nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages zu rechtfertigen ist oder nicht, muß doch politisch festgestellt werden, daß auf deutscher Seite seit dem Antritt der glorreichen Regierung Cuno nichts geschehen ist, um denjenigen Schichten in Frankreich, die vielleicht aus dem bekannten Expansionsdrange der Schwerindustrie und dem Bestätigungsbedürfnis des Militarismus diesen Einmarsch schon lange gewünscht haben, ihre Argumente zu nehmen und den vernünftigen Kreisen durch das Verhalten Deutschlands den Rücken zu stärken. Die ganze Entwicklung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich seit Kriegsende zeigt nichts deutlicher als die Tatsache, daß die Nationalismen der verschiedenen Länder sich gegenseitig emporgeilen, eine Tatsache, die unmittelbar nach dem Ruhreinmarsch in der deutschvölkischen „Deutschen Zeitung" ihren klassischen Niederschlag gefunden hat in dem Ausspruch: „Gott erhalte uns Poincaré!". Man hat also, daran ist nichts abzuleugnen, auf deutscher Seite recht viel getan und recht viel unterlassen, sodaß die Schuld an der Situation, wie sie vor dem Einmarsch bestand, durchaus nicht etwa vorwiegend bei Frankreich liegt. Dagegen lastet die Schuld, durch die Art des Vorgehens gegen einen zweifellos säumigen Schuldner eine neue Welle von Haß erzeugt zu haben, sich eines Mittels bedient zu haben, mit dem sich kein Pazifist grundsätzlich einverstanden erklären kann, soviel er auch an Schuld und Sabotage auf deutscher Seite zuzugeben bereit sein möge — diese Schuld lastet wesentlich auf Frankreich und fast ebenso auf Belgien. Man kennt das ja aus Deutschland vor dem Kriege und innerpolitisch leider auch nach dem Kriege: es rast der See und will sein Opfer haben; wo ein großer Militarismus existiert oder auch nur, wie bei uns, Landsknechtshorden gesammelt worden sind, da streben diese Vertretungen der Gewaltpolitik auch nach Betätigung. Zweifellos sind solche Bestrebungen auch im Schoße des französischen Militarismus wirksam; daß sie nicht den gleichen großen Einfluß auf die offizielle Politik des Landes haben, wie das bei uns in Deutschland der Fall war, sei gern zugegeben. Aber durch keine noch so umfassende Anerkennung einer Schuld der deutschen besitzenden Kreise und der offiziellen Politik an der gegenwärtigen Situation kann das Verfahren des französischen Militarismus als eine auch vom pazifistischen Standpunkte gutzuheißende Methode der Auseinandersetzung zwischen zwei Völkern dargestellt werden. Wir freuen uns der lebhaften politischen Tätigkeit, die die französischen Gegner des Militarismus in Opposition zu Herrn Poincaré entfalten. Diese Politik haben wir in Deutschland zu unterstützen erstens durch einen entschlossenen Kampf gegen die wahnsinnige Sabotage und zweitens durch eine Außenpolitik, für die es nichts gibt, worüber nicht verhandelt werden könnte, die jede Prestigepolitik als ein Requisit das alten Systems entschieden ablehnt. Diese Haltung allein erfüllt die Aufgabe, die in der Einwirkung auf die Geistesverfassung der Völker die notwendigste ist: die Kennzeichnung des Systems und der Kampf für die Entmilitarisierung der Geister, der durch den Einmarsch ins Ruhrgebiet nichts weniger als gefördert worden ist.

Die Sabotage der Verständigung.

Es ist ein öffentliches Geheimnis, die Regierung Cuno ist in Wirklichkeit eine Regierung Helfferich. Cuno spricht, was Helfferich ihm einbläst, Cuno denkt nicht, aber Helfferich lenkt. Noch immer derselbe Helfferich, der einer der Hauptschuldigen im

Krieg war, dem das deutsche Volk den Verfall seiner Währung verdankt, der heute wie ehedem in engster Fühlung mit Ludendorff steht. Der wirkliche Generalstabschef und Reichskanzler ist also Ludendorff geblieben, jener Ludendorff, der nur für einen Diktatfrieden war und damit Versailles heraufbeschwor, jener Ludendorff, der, nachdem er in sinnloser Verblendung leichtfertig das Leben von Millionen Menschen den Machtgelüsten einer kleinen Schicht Bevorrechteter dahinopferte, nun den Mittelpunkt der nationalistischen Mordorganisationen bildet, die für alle Zeiten Deutschlands tiefste Schande bedeuten werden.

Den Geist Helfferichs und Ludendorffs atmet auch die amtliche Erklärung, mit der die ohnehin so unbefriedigende mündliche Antwort der Regierung auf die Vorstellungen des französischen und belgischen Botschafters wegen des Attentats gegen den Urlauberzug in Duisburg begleitet wurde. Kein Wort der Verurteilung der nationalistischen Sabotageakte, sogar die Verherrlichung Schlageters wird verteidigt — und im Übrigen nichts als in krächzender Papageienart die getreue Wiedergabe des Geschimpfes der Hetzpresse über die Gewaltpolitik Frankreichs: ohne jeden Hinweis auf eigenes Verschulden und ohne Berücksichtigung des Faktums, daß hinter dem offiziellen Frankreich ein täglich mehr an Boden gewinnendes anderes Frankreich steht, das nichts sehnlicher wünscht, als mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen.

Diese amtliche Erklärung ist wohl das Kläglichste, was sich die deutsche Politik seit Langem geleistet und müßte Deutschland aller Sympathien der linksstehenden Parteien im Ausland berauben, wären Poincaré und Helfferich einander nicht ebenbürtig, sodaß der Kampf gegen die Gewalt- und Unrechtspolitik Poincarés in Frankreich weiter gehen wird, so sehr Helfferich mit seiner Marionette Cuno und seinem Chef Ludendorff unsern Freunden drüben ihre Arbeit auch erschweren.

Wie im Krieg, so wollen die reaktionären Machthaber hüben und drüben auch jetzt die Verständigung nicht, weil Verständigung gesicherte Demokratie bedeutet. Um im Kampf gegen das eigene Volk nicht zu unterliegen, suchen die Herrschenden in Deutschland wie in Frankreich das Zusammenfinden der beiden großen Kulturnationen mit allen Mitteln zu vereiteln — sie wissen, sie werden über sie zu Gericht sitzen, sowie sie erst zusammengefunden haben. Gewiß, wie im Krieg die größte Schuld, trotz der Mitschuld aller anderen, auf Seiten Deutschlands war, so ist jetzt weitaus die größere Schuld auf Seiten Frankreichs — aber das französische Volk ist für die Missetaten seiner jetzigen Machthaber ebensowenig verantwortlich, wie das deutsche Volk verantwortlich war für die Verbrechen des kaiserlichen Deutschlands. Was zwischen den Völkern steht, das sind die kleinen aber sehr mächtigen, weil vom Großkapital glänzend ausgestatteten Schichten, deren Herrschaftsposition ohne Fortdauer des Mißtrauens und der Zwietracht in der Welt, nicht aufrechtzuerhalten ist. Diese äußerst zielbewußten, einzig und allein auf ihr Sonderinteresse bedachten Schichten, arbeiten einander, wie von einem geheimen Zentrum aus geleitet, unermüdlich in der raffiniertesten Weise in die Hände.

Es war im Krieg sicherlich kein Zufall, daß, sowie in England eine verständigungsbereite Stimmung aufkam, sofort englische Städte prompt mit Bomben beworfen wurden und daß umgekehrt, wenn in Deutschland die Friedensfreunde Einfluß zu gewinnen schienen, auf Seiten der Entente die unversöhnlichste, feindseligste Haltung eingenommen wurde. Und ganz ähnlich wie damals ist es auch heute: Von Bayern her organisierte Sabotageakte im Ruhrgebiet bei jedem erfolgreichen Vorstoß der friedensfreundlichen Linken in Frankreich; empörende Todesurteile und brutale Gewaltmaßnahmen des französischen Besatzungskommandos gegen die Ruhrbevölkerung, sowie die deutsche Regierung unter dem Druck der Oppositionsparteien eine die Verständigung begünstigende Haltung einnimmt.

Aber freilich, weder die „Unversöhnlichkeit" Poincarés noch die Hetzarbeit der französischen und deutschen Nationalisten würde imstande sein, Friedensverhandlungen aufzuhalten, wäre nicht die jetzige deutsche Regierung so völlig von allen guten Geistern verlassen und legte nicht auch der Reichstag eine so unverzeihliche Schwäche an den Tag. So traurig es ist, es muß leider gesagt werden: das einzig wahre aktive Element in Deutschland sind augenblicklich die Nationalisten und ihr großkapitalistischer, militaristischer, monarchistischer — und kommunistischer Anhang. Das ganze übrige Deutschland wagt, obwohl es die Mehrheit der Bevölkerung bildet, gegen deren Terror nicht aufzumucken. Die Regierung nicht, weil sie mit ihrem Herzen durchaus auf Seiten der Nationalisten steht, und nur sehr gegen ihren Willen mit den Linksparteien paktiert; die Linksparteien nicht, weil sie blos die eine Sorge erfüllt, nur ja den Sturz Cunos zu verhüten, damit sie nicht genötigt seien, die neue Reichsleitung zu stellen und so die volle Verantwortung auf sich zu nehmen.

Das ist aber auf die Dauer ein ganz unhaltbarer Zustand. Findet doch Frankreich mit seiner Forderung nach greifbaren Sicherheiten gegenüber Deutschland nur deshalb Verständnis in der Welt, weil Deutschland in keiner Weise dafür sorgt, sich selbst die nötigen Sicherheiten gegen einen Putsch der Revanchekriegslüsternen zu schaffen. Äußere und innere Politik befinden sich in untrennbarer wechselseitiger Verankerung. Solange Deutschlands innere Politik darum weiter wie bisher, sowohl in Bezug auf die Wirtschaft wie in Bezug auf die Finanz- und Reparationsprobleme und erst recht hinsichtlich aller demokratischen Aufgaben geradezu katastrophal versagt, ist es gänzlich ausgeschlossen, daß seine äußere Politik aufhört eine Kette von Mißerfolgen zu bilden.

Was nützt alle Entrüstung darüber, daß der nationalistische Hochverrat in Bayern mit französischem Geld und von französischen Agenten organisiert ist, wenn die Reichsregierung es untätig duldet, daß der bayrische Ministerpräsident Knilling offen zum Revanchekrieg hetzt, wenn nichts gegen die Verseuchung der Reichswehr durch monarchistische Verschwörer vorgekehrt wird, wenn Ehrhardt das Haupt der gefährlichsten Mörderorganisationen, der Organisator des Erzberger- und Rathenaumordes — vielleicht sogar unter Mithilfe hoher Staatsfunktionäre — aus dem Gefängnis entweichen kann, wenn man es zuläßt, daß ein Schlageter-Denkmal-Komitee, an dessen Spitze Ludendorff, Hindenburg und andere offene Feinde der Republik und des Friedens stehen, sich bildet und in ganz Deutschland die tollste Werbe- und Hetzarbeit betreibt, während andererseits das offizielle Deutschland den Jahrestag der Hinschlachtung Rathenaus nur in aller Stille auf's Armseligste beging, — war doch die Gedenkfeier im Reichstag eine rein private Veranstaltung!

Wo ein Ende finden in der Aufzählung der tausendfachen Rückständigkeitssymptome, die Deutschlands Ansehen im Ausland so schwer kompromittieren. Der Krankheitsprozeß ist soweit vorgeschritten, daß es nur einen Weg zur Rettung gibt: Fort mit dieser durchaus unfähigen, durch und durch unehrlichen Regierung Cuno, die es nie zustande bringen wird, die Taten zu vollbringen, auf die die Welt wartet, bei der es gänzlich vergebens ist, auch nur darauf zu hoffen, daß sie es lernt, die Sprache zu reden, die geeignet ist, irgendwo Vertrauen oder gar Sympathien zu erwecken.

Wer ihr Erbe übernehmen soll? Ja wenn es wirklich in ganz Deuschland keine anderen Männer gibt, die sich auf eine tragfähige parlamentarische Mehrheit zu stützen vermöchten, als diese höchst unzuverlässigen Schützer der Republik und des Friedens, als diese mehr als widerwilligen Anwälte der Demokratie, wenn man es als unabänderliches Faktum hinnehmen muß, daß beinahe neun Zehntel der deutschen Presse direkt oder indirekt Stinnes untertan sind, daß selbst die offizielle Telegraphenagentur wesentlich in seinem Geiste funktioniert, wenn Stinnes der ungekrönte König von Deutschland bleibt, ohne daß man auch nur daran zu denken wagt, sein Riesenvermögen ebenso wie das ähnlicher Kapitalmagnaten in erforderlichem Ausmaß in den Dienst der Reparationen, in den Dienst der Sanierung der Währung und der Wirtschaft zu stellen, statt es ihm zu ermöglichen, Unsummen für die Korrumpierung der gesamten öffentlichen Meinung auszugeben — wenn die Dinge so liegen, dann kann man sich nicht wundern, daß Poincaré mit dem Hinweis auf dieses Deutschland — neben dem das andere, größere Deutschland sich nicht durchzusetzen versteht — immer wieder eine gefügige Parlamentsmehrheit hinter sich bringt. Es ist nicht länger zu verkennen: Wir werden härtester autokratischer äußerer Kontrolle nur durch unzweifelhaft gesicherte demokratische innere Kontrolle entgehen können.

Rudolf Goldscheid.

Hochschule und Pazifismus.

Von Walter Fabian, Berlin.

I. Vom Geist der deutschen Hochschulen.

Es gibt im politischen Leben keinen törichteren und gefährlicheren Fehler als den: die Kampfkraft, die Charakterstärke, den materiellen und moralischen Wert des Gegners leichtfertig und verächtlich zu unterschätzen. Es gibt zugleich keinen Fehler, der, auf allen Seiten und von allen Parteien, häufiger und gründlicher begangen würde.

Wer die Bedeutung der akademischen Jugend für die gesamte politische, soziale, pädagogische Entwicklung unserer Volksgemeinschaft übersieht, wer, an Zahlen hängen bleibend, ihren Einfluß gegenüber der Millionenschar sozialistischer Arbeiterjugend gering achtet, wer sich über die reaktionär-militaristische Einstellung eines großen Teiles der Studentenschaft durch das, laut Statuten und Geschäftsordnungen verbriefte Vorhandensein republikanisch-demokratisch-sozialistisch-pazifistischer Organisationen hinwegtrösten läßt, der begeht diesen Fehler. Ihm soll entgegen-

getreten werden. Es gilt die Gefahr zu sehen — wie wolltet ihr sie sonst bekämpfen können? —

Vor einigen Monaten informierte ich mich in Holland über die wirtschaftliche Lage der Studentenschaft. Auch dort ist die Not unter der Bevölkerung groß, ungeheuer wuchs die Arbeitslosigkeit; Fischer, Obst- und Gemüsepächter können den Ertrag ihrer Arbeit dank der „günstigen" Valuta ihres Landes nicht nach Deutschland verkaufen, ihre Produkte überschwemmen den heimischen Markt, senken, infolge Überangebots, auch dort die Preise — überall Not, Elend, Bettelei, Verzweiflung. Aber — und deshalb erwähne ich dies —: es gibt in Holland nicht einen Studenten, der darauf angewiesen wäre, sich durch seiner Hände Arbeit selbst zu erhalten. Er erhält nach wie vor den väterlichen Monatswechsel, dessen Wert nicht, wie bei uns, den täglichen und stündlichen Schwankungen aller Preise wehrlos ausgeliefert ist, er hat mühelos Wohnung, Kleidung, Arbeitsmaterial.

So lebte auch der deutsche Student vor dem Kriege — jeder weiß, in Ahnungen wenigstens, wie es ihm heute ergeht: Sein Lebensniveau senkte sich tief unter das des Arbeitslosen. *)

Nur auf der Grundlage dieser ungeheuren Not, aus den Gefühlen zerschlagener Hoffnungen, verlorener Zukunftsmöglichkeiten, gänzlicher Verzweiflung, aber auch eisernen Arbeitswillens erklärt sich die Einstellung weitester Kreise unserer Studentenschaft zu dem Gesamtbilde unserer Zeit. Diese Not, zerstörend und befruchtend zugleich, bestimmt die beiden Akademikertypen unserer Tage: Sie erhielt, trotz allem, in doppelt trotziger Widerspruchsgebärde, den Korpsstudenten, der weiter seine Farben trägt, weiter trinkt und zur Mensur geht (auch wenn der Eintritt ins Korps Verschärfung bitterster Not bedeutet), weiter in seiner Würde verletzt wird, wenn er einer Dame auf der Straße ein Paket tragen soll — aber sie schuf, in groteskem Gegensatz, zugleich den Menschen der Zukunft (mit allen Schattenseiten einer zwanggeborenen Übergangsperiode), den Werkstudenten, der, wie man bereits erkannte, „allein die Wirtschaft erlebt", der Klassenschranken überblickt und überspringt, dessen Lebensrhytmus den Schritt kommender Jahrhunderte vorausahnen läßt: Ein halbes Jahr Kopfarbeit — ein halbes Jahr Handarbeit.

Zu beiden Lebensformen des deutschen Studenten mögen noch ein paar Worte gesagt werden.

Das laute Übergewicht jenes nationalistisch-antisemitischen Studententypus wäre nicht denkbar, sähe es anders aus im Kreise der Dozentenschaft. Aber daß in Freiburg Professor Below den pazifistischen Historiker Veit Valentin von seinem Lehrstuhl entfernen konnte, daß es ihm nur um ein Haar mißlang, dem demokratischen Rechtslehrer Hermann Kantorowicz das gleiche Schicksal zu bereiten, daß der Völkerrechtslehrer Schücking in der beschatteten Verborgenheit einer Handelshochschule wirkt, daß Einstein seine Vorlesungen nur noch unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit zu halten vermochte, daß Professor Nicolai trotz aller Hilfsschwüre eines sozialdemokratischen Kultusministers „fallen gelassen" wurde, und kein deutsches Gericht ihm zu Ehre und Recht verhalf, daß schließlich, müde des deutschen Ungeistes, Männer wie Nicolai *), Lederer, Driesch auf Jahre hinaus ehrenvollen Rufen ins Ausland Folge leisteten, oder es, wie Fr. W. Foerster vorziehen außerhalb Deutschlands zu leben, das alles verstärkt die Position der reaktionären Studentenschaft ebenso sehr, wie auf der anderen Seite die politische Tätigkeit der Roethe, Dietrich, Schaefer, Eduard Meyer, Stutz, v. Freytagh-Loringhoven, Below, Rachfahl, Lenard und der unzähligen kleinen und kleinsten Geister, die es ihnen nachtun. Deshalb wagten es Studenten, sicher vor Strafe, jüdische „Kommilitonen" zu überfallen (befürwortet doch z. B. der Rektor der Universität Wien die Einführung des numerus clausus für jüdische Professoren und Studenten) **) deshalb sprengen sie die Vorlesungen mißliebiger Dozenten, deshalb fassen sie „den Mut", bei Mechterstädt wehrlose deutsche Arbeiter, Familienväter zu ermorden: deshalb lehnte die offizielle Vertretung der Berliner Studentenschaft eine Beteiligung an der Gerhart-Hauptmann-Feier des Vorjahres ab, weil Hauptmann, obwohl von Geburt Deutscher, durch sein Bekenntnis zur Republik be-

*) Im Oktoberheft der „Neuen Erziehung", Jahrgang 1922, suchte ich diese Verhältnisse, insbesondere den tief innerlichen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und geistiger Lage in einer ersten Studie kurz zu skizzieren. Gründlicher und der in rasender Eile dahinjagenden Entwicklung weiter folgend, soll das demnächst in einer eigenen Schrift verteilt und erweitert werden.

*) Die Erscheinung der Hochschulreaktion ist nicht an Zeit noch Volk gebunden. 1794 entwich Fichte, von keiner Regierung geschützt, aus Jena vor skandalierenden Korpsstudenten; 1922 beschlossen die faszistischen Studenten in Neapel, den Professor Francesco Nitti wegen seiner gegenwärtigen politischen Haltung an der Wiederaufnahme seiner Vorlesungen zu hindern.

**) Energisch verfuhr die rumänische Regierung: Sie schloß auf ein Jahr die Bukarester Universität, alle Studentenheime und Mensae mit der Begründung, die antisemitischen Ausschreitungen schädigten Rumäniens Ansehen im Auslande.

weise, daß er kein Heimatgefühl habe, — wem genügen diese Beispiele nicht? Nochmals: Zuckt nicht leichten Herzens die Achseln über „Auswüchse"! Stellt euch die Frage: Ist Deutschlands Jugend noch Deutschlands Hoffnung? Ihr werdet antworten müssen: Dieser Teil der Jugend ist schwerste Gefahr.

Helfen kann uns einzig die Not. Wie nur die drängende materielle Not unsere Schulen und Hochschulen umgestalten wird zu jenen „Produktionsschulen", für die wir „entschiedenen Schulreformer" kämpfen, so scheint es, als ob die große Masse der Menschen überhaupt nur dann den richtigen Weg geht, wenn er gegangen werden muß. Aber ein Teil, und nicht der schlechteste, sieht jetzt das Ziel. Man lese die Briefe, die jene Werkstudenten aus Bergwerken und Kohlengruben senden: sie empfinden jenes wahrhaft „nationale" Zusammengehörigkeitsgefühl aller Volksschichten, das sich eines Tages zum Bewußtsein der Brüderlichkeit aller Menschen ausweiten wird. Kein Wunder, daß das Ausland Interesse gewinnt für diese Wandlung und diesen Erkenntnisweg deutscher Akademiker: Die Preise eines Wettbewerbes für die beste Arbeit über die geistige, wirtschaftliche und sittliche Bedeutung des Werkstudenten stammten aus Japan.

Diese kurzen Andeutungen mögen für heute zur Charakterisierung des Geistes der deutschen Studentenschaft genügen; es wäre dankenswert, wenn die „Friedenswarte" im Laufe der Zeit dieses Bild durch ähnliche Berichte ausländischer Studenten runden und ergänzen wollte. Die Universitäten können die größte Hoffnung, aber auch die größte Gefahr für die friedliche und glückliche Entwicklung eines Landes sein; hier sollte gezeigt werden, wie weit das eine oder andere für Deutschland der Fall ist.

In einem zweiten Abschnitt mögen nunmehr die überall vorhandenen Ansätze zu internationaler Studentenarbeit betrachtet werden.

2. Von internationaler Studentenarbeit.

Die größten und wichtigsten internationalen Studentenverbände sind die „Confédération Internationale des Etudiants", der Christliche Studentenweltbund" mit der „Europäischen Studentenhilfe" und die Vereinigung „Pax Romana". Daneben existiert ein „Internationaler Akademikerinnenbund", ein „Nordischer Studentenverband" „Die sozialistische Studenteninternationale" u. a. Die Frage lautet: Wie weit kommen diese Organisationen für den Pazifismus in Betracht?

Die C. I. E. ist die offizielle Zusammenfassung der nationalen Studentenschaften der wichtigsten Länder Europas, bisher allerdings unter Ausschluß der „Mittelmächte". In ihren Satzungen setzen sie sich als Ziel: „Zwischen den Studenten und Intellektuellen der beigetretenen Länder ein Band der Achtung zu knüpfen und gutes Einvernehmen zwischen ihnen herzustellen — eine dauernde Verbindung zwischen den Studentenverbänden dieser verschiedenen Länder zu organisieren — die internationalen Fragen der Hochschullehrtätigkeit und die Fragen betr. das geistige und materielle Leben der Studenten zu studieren — für die Ausbreitung der Kultur zu wirken." Hauptarbeitsgebiete der C. I. E. sind: 1. Errichtung eines internationalen Hochschularchives. 2. Systematischer und großzügiger internationaler Studentenaustausch. 3. Wirken für Gleichstellung der Hochschuldiplome aller Länder. 4. Ausbau der internationalen Universität Brüssel. 5. Ausbau des internationalen Universitäts-Sanatoriums in der Schweiz. 6. Universitäre Hilfstätigkeit, Herausgabe der französisch und englisch erscheineden Zeitschrift „Le Monde Universitaire", internationale Bücher- und Briefwechselvermittlung, Veranstaltung internationaler Kongresse u. s. w. Schon diese Aufzählung zeigt, mit wieviel Recht sich die C. I. E. als Keim einer künftigen, an den Völkerbund anzulehnenden „Internationalen Vereinigung der geistigen Arbeiter" betrachtet. Die meisten der genannten Ziele sind bereits mit Energie und Ausdauer in Angriff genommen; obwohl die C. I. E. jede politische Stellungnahme, somit auch jedes prinzipielle Bekenntnis zum Pazifismus ablehnt, dürfen wir doch von den Auswirkungen ihrer Arbeit mancherlei erwarten. Der Aufgabenkreis der beiden anderen großen internationalen Verbände ist im wesentlichen der gleiche wie der eben geschilderte. Der „Christliche Studentenweltbund", bereits 1895 gegründet, umfaßt heute die christlichen Studentenvereinigungen von 26 Ländern in Europa, Amerika, Südafrika, Indien, Ostasien und Australien. Unter seinen Mitgliedern finden sich Angehörige aller christlichen Bekenntnisse. Auf dem 11. Kongreß des Weltbundes in Peking im April des Vorjahres, auf der im ganzen über 40 Nationen vertreten waren, wurde die folgende Resolution gefaßt:

„Wir, christliche Studentenvertreter aus allen Teilen der Welt, glauben an die Ebenbürtigkeit aller Rassen und Völker und betrachten es als einen Teil unseres christlichen Berufes, dies in allen unseren Lebensbeziehungen zum Ausdruck zu bringen. Wir betrachten es als unsere unbedingte Pflicht, mit allem, was in unserer Macht steht, die Ursachen, die zum

Kriege führen und den Krieg selbst . . . zu bekämpfen. Als ein Ergebnis unserer Aussprache . . . erklären wir offen, daß wir keine Übereinstimmung darüber erzielt haben, wie der Einzelne sich im Falle des Krieges verhalten solle. Einige sind davon überzeugt, daß sie unter keinen Umständen als Christen am Kriege teilnehmen können, andere, daß sie unter Umständen sich am Kampfe beteiligen müßten. Wir gehen auseinander mit dem tiefen Bewußtsein unserer gemeinsamen Bestimmung, Jesus Christus nachzufolgen . . . und wünschen, daß die verschiedenen nationalen Bewegungen des Weltbundes im Lichte der Worte Jesu die ganze Frage des Krieges und der sozialen und wirtschaftlichen Kräfte, die zum Kriege führen, rücksichtslos und offen prüfen." Man sieht, mit welchem Ernst hier die Dinge betrachtet werden und wie tief die pazifistische Problematik auch in diese Kreise eingedrungen ist. Hauptarbeitsgebiet des Weltbundes ist die „Europäische Studentenhilfe", deren Grundgedanke ist, die Studenten der notleidenden Länder durch freiwillige Arbeit und Opfer der besser gestellten Studentenschaften zu unterstützen; ihre Wirksamkeit ist außerordentlich groß.

„Pax Romana", die Zusammenfassung der katholischen Studentenvereinigungen, veranstaltete eine erste Konferenz im Juli 1921; an ihr nahmen Vertreter aus Frankreich, Deutschland, Österreich, Belgien, England, Italien, Spanien, Holland, Ungarn, Jugoslavien, der Tschechoslowakei, Polen, Litauen, Luxemburg, Irland, der Schweiz und Amerika teil.

Der „Internationale Akademikerinnenbund" veranstaltete im Juli vorigen Jahres eine Tagung in Paris, an der über 400 Einzelmitglieder aus 22 verschiedenen Ländern teilnahmen. Schließlich sei erwähnt, daß im Herbst 1921 in Mexiko ein von den meisten amerikanischen und verschiedenen europäischen Staaten beschickter internationaler Studentenkongreß stattfand, der ein sehr radikales pazifistisch-sozialistisch-schulreformerisches Programm aufstellte und seinen Abschluß in der Gründung einer „Federacion international de Estudiantes" fand.

Leider müssen wir uns heute an dieser Stelle mit dieser kurzen Zusammenstellung der wichtigsten internationalen Studentenorganisationen und einer Andeutung ihrer Ziele begnügen, dieses durchaus vielversprechende Teilgebiet internationaler Zusammenarbeit vermittelt zu haben. Vieles bliebe natürlich noch zu sagen; weiteres Material findet sich in der vorzüglich redigierten, um ihrer vorbildlichen Objektivität willen aufs wärmste zu empfehlenden Zeitschrift „Hochschule und Ausland", die monatlich im Verlage von Max Noeßler in Leipzig erscheint. Wir selbst hoffen, schon in nächster Zeit noch einmal in positiv-kritischer Betrachtung auf die besonderen Aufgaben einer Internationale der Wissenschaft zurückzukommen.

Das Fechenbach-Urteil.

Von Kammergerichtsrat A. Freymuth, Berlin.

Am 20. Oktober 1922 wurden in München durch das sogenannte „Volksgericht" wegen Landesverrats 3 Schriftsteller verurteilt, Fechenbach zu 11 Jahren Zuchthaus, Gargas zu 12 Jahren Zuchthaus, Lembke zu 10 Jahren Zuchthaus. Dieses Urteil wird, nach dem Namen des Erstverurteilten, gewöhnlich als das „Fechenbach-Urteil" bezeichnet. Gegenüber Fechenbach hat das Gericht 2 Straftaten festgestellt: vollendeten Landesverrat und versuchten Landesverrat, strafbar nach § 92 Nr. 1 des deutschen Strafgesetzbuches. Diese Strafbestimmung lautet, soweit sie hier in Betracht kommt, folgendermaßen: „Wer vorsätzlich . . . . Urkunden . . ., von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des deutschen Reiches oder eines Bundesstaates erforderlich ist, . . . öffentlich bekanntmacht . ., wird mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft." Den vollendeten Landesverrat hat das Gericht in folgendem gesehen: Am 26. Juli 1914, also kurz vor Kriegsausbruch telegraphierte der bayrische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, Baron v. Ritter, an die bayrische Regierung in München folgendes: Der Papst billigt ein scharfes Vorgehen Österreichs gegen Serbien. Der Kardinalstaatssekretär hofft, daß diesesmal Österreich standhalten wird. Er fragt sich, wann es denn sollte Krieg führen können, wenn es nicht einmal entschlossen wäre, mit den Waffen eine ausländische Bewegung zurückzuweisen, die die Ermordung des Erzherzogs herbeigeführt hat, und die in Rücksicht auf die gegenwärtige Lage Österreichs dessen Fortbestand gefährdet. In seinen Erklärungen enthüllt sich die Furcht der römischen Kurie vor dem Panslavismus.

Fechenbach war der Privatsekretär Eisners, des ersten bayrischen Ministerpräsidenten nach der Staatsumwälzung vom November 1918, gewesen. Eisner wurde im Februar 1919 vom Grafen Arco ermordet. Fechenbach hatte das erwähnte Ritter-Telegramm an sich genommen. In München war im April 1919 die „Räterepublik" entstanden. Während dieser Zeit —

zwischen dem 16. und 20. April — kam der schweizerische Zeitungsschriftsteller René Payot, den Fechenbach von früher her kannte, mit einem Kraftwagen nach München. Er bat Fechenbach um eine Abschrift des Ritter-Telegramms, F. gab sie ihm. Dieses Telegramm hat dann Payot — zusammen mit der Erzberger'schen Annektions-Denkschrift — in der in Paris erscheinenden Zeitschrift „Le Journal" veröffentlicht, und zwar in der Nummer vom 29. April 1919. Hierin hat das Gericht das Verbrechen des von Fechenbach verübten vollendeten Landesverrats gesehen und F. dieserhalb zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt — während wegen eines weiteren Falles des „Versuchs" des Landesverrats auf ein elftes Jahr Zuchthaus erkannt worden ist.

Das Urteil ist ein Fehlurteil schlimmster Art, erklärbar nur durch den maßlosen Haß, den die Richter — namentlich der Vorsitzende — gegenüber der sozialistischen, revolutionären, pazifistischen Einstellung des Angeklagten Fechenbach hatten. Dieser Haß hat das Gericht derart blind gemacht, daß das Verfahren und das Urteil von den gröbsten Verstößen gegenüber den Gesetzen der Logik und den Grundsätzen der Gesetzesanwendung geradezu wimmelt.

Da das Telegramm nicht von Fechenbach, sondern von Payot veröffentlicht worden ist, durfte F. niemals als Haupttäter, sondern nur als Gehilfe bestraft werden, und die Strafe des Gehilfen ist nach deutschem Strafrecht milder als die des Haupttäters. Aber vor allem: es handelte sich gar nicht um ein „Geheimnis", wie dies der Tatbestand des Landesverrats nach § 92 Nr. 1 des Strafgesetzb. fordert, und jedenfalls konnte bei richtiger Gesetzeshandhabung niemals gegen Fechenbach festgestellt werden, daß er das für die Verurteilung notwendige Bewußtsein des Geheimnisses und der Notwendigkeit der weiteren Geheimhaltung gehabt habe. Außerdem ist die Feststellung des Gerichts, daß die Veröffentlichung Deutschland schweren Schaden gebracht habe — eine Feststellung, auf die die ungeheure Höhe der Strafe gegründet ist — vollkommen falsch, wie sich aus der geschichtlichen Lage der Dinge deutlich aufzeigen läßt. Ich habe dieses alles und noch Verschiedenes mehr ausführlich in meiner Broschüre „Das Fechenbachurteil" (Verlag der Neuen Gesellschaft Berlin W. 15) dargelegt. Dazu kommt, wie neulich der Münchener Professor Dr. Kitzinger überzeugend dargelegt hat, daß die Tat zur Zeit der Aburteilung längst verjährt war, und wegen einer verjährten Straftat darf nach deutschem Recht niemals eine Verurteilung ausgesprochen werden.

Das Urteil hat in der Öffentlichkeit in Deutschland und auch im Auslande großes Aufsehen erregt. Scharfe Angriffe sind auch in Deutschland erhoben worden: so haben der Republikanische Richterbund, die Deutsche Liga für Menschenrechte, der Schutzverband deutscher Schriftsteller öffentlich gegen das Urteil Stellung genommen Die ganze politische Linkspresse hat das Urteil heftig angegriffen. Ja, anfangs haben sogar einzelne weit rechtsstehende Blätter sich gegen das Urteil gewandt, so der Berliner „Lokalanzeiger" und „Der Tag", der es ausdrücklich als Fehlurteil bezeichnet hat.

Geholfen hat aber dies alles nicht. Der Reichtag hat einen Ausschuß mit der Durchprüfung der Sache beauftragt. Dieser Ausschuß tagt und tagt. Der Reichtag will „vielleicht" noch vor seinen Sommerferien die Fechenbach-Besprechung erledigen. Was der Reichstag auch beschließen wird — es ist sehr zu bezweifeln, daß er den Mut haben wird, Bayern zu zwingen, seine der Reichsverfassung widersprechende sog. „Volksgerichte" aufzuheben und im vorliegenden Einzelfalle Fechenbach aus dem Zuchthause zu entlassen. Es ist auch sehr zu bezweifeln, daß der Reichstag, selbst wenn sich dort eine Mehrheit in dem erwähnten Sinne zusammenfände, die Macht hat, durch die Reichsregierung Bayern zu diesen Maßregeln zu zwingen. Denn die Reichsregierung ist sehr schwach und Bayern gegenüber besonders schwach. Die in Bayern und darüber hinaus auch sonst vielfach in Deutschland herrschende Geistesverfassung ist wahrhaft Entsetzen erregend. In unzähligen Erklärungen aller möglichen Einzelpersonen, Regierungen, Parlamente tönt es: justitia est fundamentum regnorum — Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten (oder gilt dieser Satz nur für Königreiche, nicht für Republiken?) Eine solche Erklärung mutet wie blutiger Hohn an, wenn man die Handhabung der „Gerechtigkeit" ansieht. Man denke: Das bayrische Gesetz vom 12. Juli 1919 über die „Volksgerichte" schreibt ein Verfahren vor. in dem die Inhaftnahme des Angeklagten so gut wie schrankenlos statthaft ist. Eine schriftliche Anklage ist nicht nötig, und das Aller-Ungeheuerlichste: es gibt keine Berufung, keine Revision, nicht einmal ein Wiederaufnahmeverfahren. Das ist der Zustand der „Rechtsprechung" in einem Lande, das nach Preußen das größte in Deutschland ist. Ein solches Verfahren und das auf diesem Verfahren beruhende ungeheuerliche Fechenbach-Urteil wird

im bayrischen Landtage von Juristen verteidigt, von dem „demokratischen" Abgeordneten, früheren bayrischen Justizminister, jetzigen Rat am Obersten Landesgericht Müller-Meiningen und dem der bayrischen Volkspartei angehörigen Abgeordneten Grafen Pestalozza, einem Rechtsanwalt! Und der deutsche Reichsjustizminister Heintze erklärt im Reichstag, die bayrischen Volksgerichte widersprechen nicht der Reichsverfassung! Es gibt eine Vorschrift der Reichsverfassung, an die sich eine rabulistische Auslegung klammern kann, um die „Rechtmäßigkeit" der bayrischen Volksgerichte „juristisch einwandfrei" zu belegen (Art. 178 Abs. 3). Für ein gesundes Rechtsempfinden, und eine, nicht am Buchstaben klebende, sondern nach Geist und Sinn der Reichsverfassung vorgehende Auslegung ist die „Frage" freilich keine Frage. Gerechtigkeit ist kein leerer Wahn, sondern eine heilige Sache, und ein Volk, das nicht mehr den Mut oder das Bedürfnis hat, leidenschaftlich für die Gerechtigkeit einzutreten, ist in seinem Wesen krank. Mit Recht weisen verschiedene Männer (Dr. Thimme, der Sachverständige im Fechenbach-Prozeß, und der Prinz Alexander Hohenlohe) darauf hin, daß das deutsche Volk, wenn es — mit Recht — gegen das „Fehlurteil von Versailles" und das Unrecht der französischen Ruhrbesetzung und der dortigen französischen Gerichtsurteile auftritt, vor allem bei sich zu Hause die Gerechtigkeit herstellen muß. Schon spricht man im Auslande (Times) wie in Deutschland selbst (Prinz Hohenlohe) von dem „Deutschen Dreyfußfalle". Aber es ist garnicht nur dieser eine Fall, sondern es handelt sich um das schwere Unrecht, das darin liegt, für ein ganzes großes Gebiet in Deutschland Gerichte urteilen zu lassen, die keine wahren Gerichte sind, keine wahren Gerichte sein können, weil bei dem ihnen obliegenden Verfahren von einer wirklichen Rechtsfindung, von einer Rechtsprechung im richtigen Sinne des Wortes gar keine Rede sein kann. Da kommt es denn zu solchen entsetzlichen Ergebnissen wie in dem Fechenbach-Falle, der das ganze furchtbare Unrecht der bayrischen Volksgerichte blitzartig beleuchtet. Ach, es ist lange her, daß der große deutsche Rechtslehrer Rudolf von Ihering folgendes schrieb: „Kein Unrecht, das der Mensch zu erdulden hat, und wiege es noch so schwer, reicht — wenigstens für das unbefangene sittliche Gefühl — von weitem an das heran, welches die von Gott gesetzte Obrigkeit verübt, indem sie selber das Recht bricht. Der Justizmord, wie unsere Sprache treffend ihn bezeichnet, ist die wahre Todsünde des Rechts."

Nachwort: Die vorstehenden Zeilen sind im Juni 1923 geschrieben worden. Nunmehr hat im Juli wirklich noch die Fechenbach-Besprechung im Reichstage stattgefunden. Ein gewisser Erfolg ist erzielt worden: Die bayrische Regierung hat sich bereit erklärt, das Urteil durch das Bayrische Oberste Landesgericht nachprüfen zu lassen. Das Bayrische Oberste Landesgericht ist an sich durchaus ungeeignet, diese Prüfung in gerechter, unbefangener Weise vorzunehmen. Ich habe dies sofort am Tage nach der Reichstags-Verhandlung in einer öffentlichen Versammlung in Berlin vorgebracht und näher begründet; meine Erklärungen sind im „Vorwärts" veröffentlicht worden. Immerhin muß das Ergebnis der Prüfung abgewartet werden. Denn zur Zeit kann anderes nicht unternommen werden — zumal bedauerlicher Weise im Reichstage nicht **eine** Stimme sich gegen den Vorschlag der Nachprüfung durch das Bayrische Oberste Landesgericht erhoben hat. Der Reichstag hat sich, wenn auch manche scharfe Worte erklungen sind, schließlich von dem Reichsjustizminister Heintze ins Schlepptau nehmen lassen. Dieser hat wiederum erklärt, daß die bayrischen Volksgerichte nicht der Reichsverfassung widersprechen, hat dem Vorschlag der bayrischen Regierung, das Urteil durch das bayrische Oberste Landesgericht nachprüfen zu lassen, lebhaft zugestimmt und hat diesem Gericht sein volles Vertrauen ausgesprochen. Daneben hat er wirklich noch die Willenskraft gefunden, zu erklären, daß die bayrischen Volksgerichte die deutsche Rechtseinheit in bedauerlicher Weise störten, und hat hinsichtlich des Fechenbach-Urteils zugegeben, daß gegen das Urteil tatsächlich gewisse Bedenken (!) bestünden. Ein wundervoller Mann, dieser Reichsjustizminister!

Kultur und Krieg.

Von Univ.-Prof. Dr. Arthur Sachs, Breslau.

Was ist Kultur, oder richtiger: was sollte sie sein? Das Streben des Einzelnen wie der Gesamtheit, die Menschheit von Tierheit zu Menschlichkeit zu erziehen.

Es ist ein Irrtum des Philosophen Rousseau (1712—78), daß er den Grundzug der Menschennatur nicht im Egoismus, sondern im gegenseitigen Wohlwollen: im Altruismus erblickt.

In Wahrheit ist der Mensch am Anfang seiner Entwicklung der denkbar größte Egoist,

und der „Kampf um den Futterplatz" spielte am Anfang zweifellos die Hauptrolle.

Das Böse, das Rousseau in jener materialistischen Zeit, in der er lebte, richtig beobachtete, geschah nicht durch die Kultur, sondern trotz der Kultur, und man wagt den Gedanken einer Menschheit ohne Kultur gar nicht auszudenken.

Was aber ist der Krieg anderes, als ein Überbleibsel jener entsetzlich kulturlosen Zeit, wo der Kannibale seinen Mitmenschen buchstäblich auffraß? Gewiß, man hat die Methoden des Krieges verfeinert, man bedient jetzt, statt seine Mitmenschen selbst zu morden, Maschinen, die der Menschheit diese immerhin nicht angenehme Arbeit abnehmen, und man stellt einen großen Teil der Industrie in den Dienst des Baues jener Instrumente. Was aber ändert das im Wesen?

„Die immer erneute Gefahr", so jubelt ein völkischer Historiker während des Krieges, „zwingt zu immer neuer Anstrengung. Dem Feinde zu begegnen müssen alle Nerven gespannt und müssen neue Waffen ersonnen werden. So entstehen epochemachende Erfindungen, wie das U-Boot, wie die Zeppeline, wie die künstliche Baumwolle, wie das Holen des Stickstoffes aus der Luft; alles wird auf eine Karte gesetzt und das ermöglicht reichsten Gewinn. Durch den unaufhörlichen Kampf erhöht und steigert sich das Leben" (Albrecht Wirth, „Kurze Weltgeschichte", 1917 p. 163).

Und derselbe Gemütsmensch schreibt 1921 in seiner „Weltenwende" (p. 284): „Der Krieg hat uns zwei Millionen Tote gekostet. Der Verlust ist jedoch schon wieder wettgemacht. Die Bevölkerung des ehemaligen deutschen Reiches ist stärker als zuvor." —

Die ganze Frage liegt philosophisch sehr tief. Was ist der Sinn des Lebens? Die Erziehung der Menschheit zur Überbetonung des Einzelmenschen, wie Nietzsche wollte, oder aber zum sozialen Empfinden, zum Altruismus, zum Mit-Leiden mit seinen Mitmenschen?

Die Frage stellen heißt sie beantworten. Natürlich im letztgenannten Sinne.

Wenn dies aber richtig ist (und wer könnte daran zweifeln?), dann muß auch alles Sinnen und Trachten der Menschheit darauf gerichtet sein, den Krieg zu bekämpfen.

Der Krieg ist nicht, wie ein verblendeter Philosoph des Altertums behauptet, der Vater aller Dinge, sondern ihr Zerstörer!

Zwei praktische Maßnahmen halte ich für geeignet, den Zerstörer zu zerstören:

1. Internationale, richtiger: übernationale Schiedsgerichte;

2. Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht.

Den richtigen Weg zur ersten Forderung hat die Menschheit bereits beschritten: in den beiden Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907. Ruchlose Menschen mögen sie als harmlose Utopie verhöhnen, und spöttisch darauf hinweisen, daß wenige Jahre darauf der Weltkrieg ausbrach. Das vermag aber nichts daran zu ändern, daß beide Konferenzen den Ausdruck der nie mehr zu vernichtenden Liebessehnsucht der Kultur-Menschheit bedeuten, und ihnen schon deshalb Ewigkeitswert innewohnt. Diese angeblich irreale Sehnsucht ist in Wahrheit real, und die sogenannten Realisten des Lebens sind in Wahrheit irreal! Das klingt paradox, und doch ist es richtig.

Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht scheint mir eine der wichtigsten Forderungen der Zukunft zu sein. Ihre Einsetzung wurzelt ebenfalls in einer zwar gut gemeinten, aber dennoch irrtümlichen Auffassung Rousseaus, die ihren Ausdruck fand in dem Rufe der französischen Revolution nach égalité (Gleichheit). Es gibt auf der ganzen Welt keine zwei Menschen, die einander gleichen: eine absolute Gleichheit existiert also nicht. Berechtigt dagegen ist das Verlangen nach relativer Gleichheit, d. h. nach Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz. Jene falsche Gleichheitsauffassung aber fand damals ihren Ausdruck in der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht: in Frankreich durch Carnot, in Preußen durch Scharnhorst.

Sie steht mit der menschlichen Natur im tiefsten Widerspruch. Man bedenke, welche Barbarei eigentlich darin liegt, in die Seele des friedlichen Gelehrten, Künstlers, Bauern, Arbeiters die verzehrende Flamme des Hasses, der sich dann zum Krieg verdichtet, hineinzutragen. Auch die kühle Vernunft spricht dagegen. Denn das Gehirn des Soldaten ist ja ganz anders konstruiert, als beispielsweise das des Gelehrten; ersterer muß vor Allem schnell, geistesgegenwärtig denken, letzterer aber langsam und tief, sodaß man, um bei diesem Beispiel zu bleiben, ruhig behaupten darf, daß ein hervorragender Soldat nie ein hervorragender Gelehrter, und ein hervorragender Gelehrter nie ein hervorragender Soldat sein kann.

Jene Eroberernaturen, die in den Condottieri zum Ausdruck kommen, (deren genialster und letzter Napoleon Bonaparte war), mag man zu Führern von Söldnerheeren bestellen, wenn es nun einmal ohne Krieg nicht geht; aber, daß Militaristen eine ganze Nation samt ihren feinsten und erlesensten Köpfen beherrschen sollen, und weiterhin, daß das ganze Leben und Trachten der

Nationen auf Krieg geradezu eingestellt werde, das darf gewiß nicht sein, das ist falscher Militarismus in Reinkultur!

Noch wichtiger aber, als die genannten praktischen Maßnahmen, ist natürlich die seelische Umwandlung der Menschheit: die Erfüllung des Menschenherzens mit Liebe, die ja die höchste Kultur darstellt.

„Semitische Gefühlsduselei"? Ich erlaube mir, die Anhänger des völkisch-antisemitischen Rassen- und Rasselgedankens an drei Männer zu erinnern, denen man hoffentlich einerseits „Judenreinheit, andererseits Liebe zu Deutschland bescheinigen wird: Goethe, Kant und Herder.

Goethe: „Mit dem Nationalhaß ist es ein eigenes Ding. Auf den untersten Stufen der Kultur werden Sie ihn immer am Stärksten und Heftigsten finden. Es gibt aber eine Stufe, wo er ganz verschwindet, und wo man gewissermaßen über den Nationen steht, und ein Glück oder Weh seines Nachbarvolkes empfindet, als wäre es dem eigenen begegnet. Diese Kulturstufe war meiner Natur gemäß, und ich hatte mich darin lange befestigt, ehe ich mein sechzigstes Jahr erreicht hatte."

Kant, der außer seinen „Ideen zu einer allgemeinen Geschichte der Menschheit in weltbürgerlicher Absicht" (1784) bekanntlich auch eine Abhandlung: „Zum ewigen Frieden" (1795) schrieb, stellt in letzterer sechs Forderungen auf, deren dritte und wichtigste lautet: „Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören."

Und endlich der edle Herder, sonst Kants philosophischer Gegner, ist in seinen: „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit" (1784—91) der Begründer der geschichtlichen Humanitätstheorie geworden. „Nicht ein Einzelner, nicht ein Volk oder eine Rasse vermag alle die Möglichkeiten menschlicher Entwickelung zu erschöpfen." Und weiterhin: „Von der Negervernunft bis zur feinsten Menschenbildung läßt die Natur ihr großes Problem der Humanität von allen Völkern aller Zeiten lösen." Und endlich: „Die Züge der Humanität immer reicher und reiner in allen Beziehungen auszuprägen, ist, ungeachtet mancher Abirrungen, das stete Ziel der geschichtlichen Entwickelung." —

Ich denke, das genügt. Der Krieg, die Materialisierung des Hasses, ist und bleibt der ewige Gegner der Kultur, die, im edelsten Sinne (nochmals sei es betont) der Ausdruck der Liebe sein soll; deshalb muß alle wahre Kultur dem Krieg Krieg ankündigen.

Und nicht umsonst hat der größte Meister der Töne aller Zeiten und aller Völker seine unsterbliche Melodie für die Worte geschaffen: „Liebe, ach Liebe, allmächtiges Gottesherz."

Politische Glossen.

Nie wieder Krieg! Diese Parole beherrschte am Gedenktage der Wiederkehr des Kriegsausbruchs die Gemüter aller derer in der ganzen Welt, die würdig sind, den Namen Mensch zu tragen. In jedem Lande waren es die Besten ihrer Nation, die sich in dem Gelöbnis vereinigten, ihre gesamte Kraft dafür einzusetzen, daß nie wieder die Ehre unserer Gattung durch das Verbrechen des Krieges geschändet, daß nie wieder das Wohl der Menschheit durch den Wahnsinn eines Krieges zerstört werde.

So erhebend diese gemeinsame internationale Solidaritätskundgebung, die sich unter den verschiedensten Himmelsstrichen in unzähligen Massenversammlungen manifestierte, aber auch wirkte, wir dürfen darüber nicht vergessen, wie ungeheurer kollektiver Anstrengungen es noch bedürfen wird, um die gewaltigen Kriegsgefahren zu bannen, welche aus den Rückständigkeiten der Vergangenheit, aus dem egoistischen Sonderinteressenfanatismus von Einzelnen und Gruppen, aus den bestehenden Wirtschafts-, Rechts- und Gesellschaftsverhältnissen erwachsen.

Erleben wir es nicht gerade augenblicklich wieder, wie der durch die kulturwidrigen Unfriedensverträge ins Maßlose übersteigerte französische Imperialismus, die Welt derart in Unruhe versetzt, daß allenthalben die bedrohlichsten Spannungen entstehen. Ja dürfen wir auch nur sicher sein, daß die Gegensätze zwischen Frankreich und England sich trotz aller Friedensbemühungen der Besonnenen nicht in einem neuen Kriege entladen? Der unvergeßliche Jaurès, das erste Opfer der Katastrophe von 1914 sagte einmal, als die Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich gelegentlich wieder täglich gereizter wurde, äußerst treffend: Wenn zwei Eisenbahnzüge auf demselben Geleise in rasender Geschwindigkeit einander entgegenfahren, so ist es mir keine ausreichende Beruhigung, wenn die beiden Lokomotivführer übereinstimmend versichern, daß sie im letzten Moment schon rechtzeitig bremsen werden. Heute jedoch ist die Situation eine noch wesentlich kritischere, als in dem Gleichnis von Jaurès. Denn heute gibt uns der französische Lokomotivführer nicht einmal diese Versicherung — und da der

englische bei bestem Willen das Geleise nicht wechseln kann, so ist das entsetzlichste Unglück nur zu verhüten, wenn der verrückt gewordene Lenker des Gegenzuges entweder rechtzeitig zur Vernunft gebracht oder durch einen vernünftigen ersetzt wird. Die Lage ist ernster, als diejenigen ahnen, die gedankenlos über Englands „Zauderpolitik" spotten — denn wie es heute um die Welt bestellt ist, nur allzuleicht in dieser aktuellen Frage letzten Endes können Zufälle darüber entscheiden, was die Geschichte über uns verhängt.

Nie wieder Krieg — mag der laute Schrei des wachgewordenen Menschheitsgewissen das wüste Treiben der Gewissenlosen noch so sehr übertönen, die die Völker in ihrer Not und in ihrem Elend zu leidenschaftlichen Verzweiflungsakten treiben wollen, mögen es schon Riesenmassen in allen Ländern sein, die sich dessen bewußt sind, daß Kriege nichts anderes bringen als neue Leiden und neue Ketten, daß selbst der größte Sieg Niederlage bedeutet: noch immer kann uns — schon infolge des fortdauernden fieberhaften Wettrüstens — der Krieg jeden Tag überfallen wie eine tückische Krankheit. Darum müssen wir fortan gegen den Krieg ganz anders rüsten als für den Krieg gerüstet wird — nämlich Tag für Tag im Kampf um die Demokratie, im Kampf um den Völkerbund, im Kampf gegen jedes Unrecht, gegen jede Niedertracht, gegen Ausbeutung, Hunger und Unkultur, gegen Alles was den Menschlichkeitsgedanken vergewaltigt, was die Ehrfurcht vor der Heiligkeit jedes einzelnen Menschenlebens verletzt, was uns in unserer Gattungsehre entwürdigt.

Nie wieder Krieg — nur wenn wir, wo immer uns menschliches Leid begegnet, wo immer wir Ausbeutung und Ungerechtigkeit antreffen, aus der Erkenntnis heraus handeln, daß hier organisatorisch zu helfen, daß hier vereinigt zu kämpfen, im Geiste des heiligen Gelöbnisses wirken heißt, nur dann haben wir gerechtfertigte Hoffnung, dereinst eine Stufe der Entwicklung zu erreichen, auf der wir, weil wir gegen die Not und das Unrecht nicht mehr gleichgiltig sind, auch das blutige Gespenst des Krieges nicht länger zu fürchten brauchen. Nicht flüchtige Feiertagsbegeisterung, sondern nur unermüdliche soziale Alltagsarbeit kann uns erlösen.

* * *

Die französische Regierung will nichts von Verhandlungen wissen, bevor Deutschland nicht den passiven Widerstand bedingungslos aufgegeben hat. Das ist wieder einmal der verfluchte Herrenstandpunkt, der schon so viel Unglück über die Welt gebracht hat. Bei jedem Streik haben ihn in allen Ländern die Unternehmer den Arbeitern gegenüber stets mit der äußersten Zähigkeit vertreten. Kann man sich darum wundern, wenn die Machthaber in Frankreich nun, wo sie sich als die Herren über Deutschland fühlen, genau die gleiche unnachgiebige Haltung einnehmen? Darin macht sich der natürliche Niederschlag des Geistes geltend, den die herrschenden Klassen überall, besonders aber in Deutschland, immer pflegten, ja auch heute in jedem Konfliktsfall gegen ihre eigenen Nationsgenossen zum Ausdruck bringen.

Wann hat man je so liebevolles Verständnis für die in Verzweiflung begangenen Ausschreitungen von Streikenden gehabt, wie es jetzt von der deutschen Regierung den Saboteuren gegenüber an den Tag gelegt wird? Der halsstarrige Herrenstandpunkt der französischen Regierung muß auf das schärfste verurteilt werden. Aber diejenigen haben kein Recht dazu, die bei jedem Streik den arbeitenden Volksgenossen brutal mit „blauen Bohnen" drohten und unversöhnlich entgegenhielten, daß sie Herren im eigenen Haus bleiben müssen. Man wird künftig bei jedem Streik daran erinnern dürfen, als wie verwerflich der Herrenstandpunkt auch von den herrschenden Klassen in Deutschland gebrandmarkt wurde, als die Nation als Ganzes sich in die Not- und Verzweiflungsstimmung Streikender versetzt sah.

* * *

Wiederaufbaupolitik und Reparation-, Strafe und Revanchepolitik — wie lange wird es noch dauern, bis man auf allen Seiten begreift, daß es sich hier um diametrale Gegensätze handelt. Wiederaufbau ist nur möglich bei friedlicher Zusammenarbeit der Völker, bei wechselseitiger Unterstützung in den Reparationsbemühungen, bei interalliiertem Schuldenausgleich, bei gründlicher allseitiger Abrüstung, bei Beurteilung des Leistungsvermögens jedes Landes, auf Grund der bevölkerungsstatistischen Daten, bei Besteuerung des Besitzes, statt immer härteren Druckes auf die ohnehin schon bis auf ihren Hausrat Expropriierten.

Bei Aufrechterhaltung des Riesenaufwandes für Rüstungen hingegen, bei Unterbindung des internationalen Güteraustausches durch Grenzsperre und Zollschikanen, bei Begünstigung von Wirtschaftsverhältnissen, wo die einen Völker wegen ihrer zu guten Valuta nicht verkaufen können, weil die anderen wegen der gesunkenen Kaufkraft ihrer Währung ihren Konsum bis unter die Grenze des Existenzminimums herabdrücken müssen — wie soll

bei so gewaltsamer Drosselung der Quellen menschlichen Reichtums die Ergiebigkeit der Arbeit ausreichen, die Folgen jahrelanger Zerstörungswut zu beseitigen.

Will Frankreich raschen Wiederaufbau seiner Ruinen, dann darf es die Reparationsforderungen nicht eintreiben wie Kriegstribute, sondern muß mithelfen an der Herstellung jener wirtschaftlichen, finanziellen, politischen und kulturellen Bedingungen, die unentbehrlich sind, damit sowohl ehrlicher deutscher Reparationswille wie ausreichende deutsche Reparationskraft zustandekommen kann. Auch mit den härtesten Sanktionen läßt sich gesteigerte Produktivität einer Wirtschaft nicht erzwingen. Und darüber täusche sich das französische Volk nicht: die französischen Kapitalisten werden den deutschen Kapitalisten keine Maßnahmen aufnötigen, durch die diese ernstlich getroffen werden. Aus den maßlos verelendeten, mit dem Hunger und den schwersten Entbehrungen kämpfenden deutschen Volk ist aber das nicht herauszupressen, was Frankreich und Belgien zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden unbedingt brauchen.

Es ist sinnlos, wenn Frankreich unermüdlich den Ruf wiederholt: Deutschland soll zahlen! Schon weil es völlig wertlos ist, wenn Deutschland darauf antwortet, daß es zahlen will. So einfach liegen die Dinge nicht, daß die ungeheuren Werte, die im Krieg verwüstet wurden, nur „bezahlt" zu werden brauchten oder überhaupt „bezahlt" werden könnten. Hier handelt es sich vielmehr um ein bis in die letzten Tiefen greifendes schöpferisches Assanierungswerk, das in seinen elementarsten Voraussetzungen verkannt wird, wenn man es auf das Gläubiger-Schuldnerverhältnis reduzieren zu können glaubt. Frankreich wird — auch bei bestem deutschen Willen — vergebens auf deutsche Wiedergutmachung warten, so lange es selbst in Deutschland die unverantwortlichste Wiederschlechtmachungspolitik treibt, die sich überhaupt denken läßt.

Kein ehrlicher Deutscher ist blind für Deutschlands Verfehlungen, aber er sieht ebenso klar, daß an jeder einzelnen Verfehlung Deutschlands das offizielle Frankreich sein vollgerütteltes Maß an Mitschuld trägt. In dieser Gemeinsamkeit der Schuld zeigt sich die Verflechtung des Weltgeschehens, die es unmöglich macht, für irgend ein Problem einseitige Lösungen zu finden. Wechselseitige Förderung, — das ist nicht nur ein Postulat des Pazifismus, sondern der kategorische Imperativ der Kulturgesetzlichkeit, der Gesetzlichkeit des Geistes, der Gesetzlichkeit des gesellschaftlichen Lebensprozesses überhaupt.

* * *

Es ist kein Zweifel, es gibt sehr mächtige Kreise in Frankreich, die auf den Zerfall Deutschlands hinarbeiten, ohne, in ihren eigensüchtigen Interessen befangen, zu ahnen, was sie damit nicht nur für die Welt, sondern vor allem für ihr eigenes Land heraufbeschwören. Das Wort, das Napoleon vor mehr als hundert Jahren gesprochen, daß Europa entweder demokratisch oder kosakisch werden würde, ist heute aktueller als je. Der Zerfall Deutschlands hätte im historischen Verlauf die Vorherrschaft Rußlands zur unabweisbaren Folge.

Welchen Damm gegen Rußlands künftige Übermacht, über die seine augenblickliche Ohnmacht nicht hinwegtäuschen darf, soll es geben, wenn ganz Mitteleuropa erst gründlich balkanisiert ist? Frankreich sucht nach ausreichenden Sicherheiten Deutschland gegenüber und denkt nicht daran, wie weitaus größere Gefahren ihm von Rußland drohen, sobald dieses nach dem ersehnten Zerfall Deutschlands stets einen deutschen Kleinstaat gegen den andern ausspielen könnte.

Die Politik Sowjetrußlands, die die Kommunisten Deutschlands an die Seite der extremsten Nationalisten treibt, ist keineswegs so wahnsinnig, wie es bei oberflächlicher Betrachtung scheint. Hinter ihr steht ein äußerst klares, fest in sich geschlossenes Programm. Rechnet Frankreich darauf, daß es an einem militarisierten Polen dauernd einen genügend zuverlässigen Schutz haben wird? Die Geschichte der letzten hundert Jahre müßte es belehren, wie trügerisch diese Hoffnung wäre. Polen wird in dem Augenblick seine Selbstständigkeit verlieren, von Rußland zurückerobert werden, als Frankreich mit dem zerstückelten Deutschland seinen natürlichen Damm gegen Rußland einbüßt.

Kein Zweifel: Napoleon hatte Recht; Europa hat nur die Wahl, ob es demokratisch oder kosakisch werden will. Das heißt aber: Frankreich, Deutschland und England müssen zusammenfinden und durch ihr Zusammenfinden auch Amerika auf ihre Seite bringen, — oder keine Macht der Welt wird, trotz Rußlands augenblicklicher Schwäche, dessen siegreichen Vormarsch auf die Dauer aufzuhalten vermögen.

* * *

Schon mitten im Krieg — in meinem Anfang 1917 erschienenen Buch „Staatsso-

zialismus oder Staatskapitalismus. Ein finanzsoziologischer Beitrag zur Lösung des Staatsschuldenproblems" — habe ich die ganz und gar verkehrte Finanz- und Kreditpolitik der Mittelmächte aufs schärfste verurteilt und mit voller Bestimmtheit vorausgesagt, daß diese mit unbedingter Notwendigkeit zum Staatsbankerott führen müsse. Um die Währungskatastrophe zu verhüten, forderte ich als Erster statt bloßer Geldsteuern, die stets auf die Besitzlosen abgewälzt werden, Erfassung der Sachwerte durch eine tief einschneidende Vermögensabgabe in natura, die statt alle Steuern um riesige Profite vermehrt in die Kassen der mächtigsten Kapitalmagnaten zurückzuleiten, Staat, Länder und Gemeinden an allem werbenden Nationalvermögen größeren Umfangs beteiligt.

Zur Beschreitung dieses sichersten Weges zur Repropriation des Staates, zur Sanierung der Währung und der Wirtschaft, zur Restitution der verbrauchten Kräfte des Volksorganismus raffte man sich aber nicht auf, sondern zog es vor, mit den alten, von vornherein in ihrer Wirkungslosigkeit erkennbaren Kurpfuschermitteln sich selbst nicht weniger als alle anderen über das wahrhaft Unerläßliche hinwegzutäuschen.

Die vorausgesagten Folgen dieser vor dem Staatsbankerott nicht minder als vor dem Volksbankerott zurückscheuenden Selbstbetrugspolitik sind nicht ausgeblieben. Und heute, wo die Mark bald nahezu auf ein Milliontel ihres ursprünglichen Wertes herabgesunken sein wird, stehen wir direkt vor dem Chaos. Aber noch immer hat man aus den unendlich traurigen Erfahrungen der letzten Jahre nichts gelernt. Nach wie vor hält man sich an diejenigen als Autoritäten, die diese katastrophale Entwicklung verschuldeten und brandmarkt jene als Dilettanten, die rechtzeitig in klarer Voraussicht des Kommenden die richtigen Wege wiesen. Trotz allem, was sich ereignete, bleibt man dabei, lediglich von den durch die Tatsachen bis auf die Knochen Blamierten die Rettung zu erwarten .

Und wie langsam arbeitet man noch immer, wo die Verhältnisse das allerrascheste Handeln gebieterisch erfordern. Man bleibt passiv, läßt sich Zeit — wo das alte Volkssprichwort: Zeit ist Geld! einen ganz neuen, weitaus tieferen sozialen Sinn bekommen hat. Wie Cobden dereinst sagte: Freihandel, das ist weit mehr als eine nationalökonomische Doktrin, das ist eine Religion, so müßte man heute einsehen: Sanierung der Währung, das ist weit mehr als eine finanzpolitische Aktion — das ist der wichtigste Schritt zu äußerem und inneren Frieden.

Stillegung der Notenpresse — ohne Erfüllung dieser Kardinalforderung, die ihrerseits nur durch ausreichende Erfassung der Sachwerte durchführbar ist, werden wir vergebens für den Frieden in Deutschland, vergeblich für den Frieden in der Welt arbeiten.

* * *

Die Unvereinbarkeit von Christentum und Nationalismus, die schon einige der ersten Kirchenväter mit voller Schärfe hervorhoben, wird heute der gesamten Kirche von Tag zu Tag fühlbarer. Der Nationalismus hat Formen angenommen, durch die die selbst noch so äußerlich begriffene Religion in ihrem Bestande gefährdet erscheint. Die Kirche muß sich darum zum Pazifismus entwickeln, so sehr sich ihre einzelnen Funktionäre auch dagegen sträuben mögen.

Die Haltung des jetzigen Papstes, ebenso wie die seiner beiden unmittelbaren Vorgänger ist ein deutliches Symptom dafür, daß sich an der Spitze der kirchlichen Organisation das unabweisbare Gebot der Zeit bereits stärker auszuwirken beginnt, als in ihren tieferen Schichten. Auch die jüngsten Äußerungen des Kardinals Faulhaber und anderer hoher kirchlicher Würdenträger — außerhalb Deutschlands sogar noch stärker als in Deutschland selbst — beweisen, daß aktives Eintreten für den Pazifismus geradezu zu einer Lebensfrage der christlichen Religion geworden ist. Nicht minder charakteristisch für diese Tatsache ist die entschiedene Stellungnahme gegen den Nationalismus, die in einer täglich größer werdenden Zahl der führenden katholischen Presseorgane anzutreffen ist. Freilich stößt diese veränderte Haltung noch auf große Widerstände bei den zahlreichen Geistlichen, die auf Grund der alten Traditionen gewohnt waren, die Waffen zu segnen, wie in allen jenen Kreisen, für die Thron und Altar eine unzerreißbare Einheit bildet. Aber auch sie werden im Verlauf umlernen müssen.

Derartige Paradoxe können sich jedenfalls auf die Dauer nicht erhalten, wie es z. B. in dem Ereignis zu Tage trat, daß zur selben Zeit, als der Papst von der deutschen Regierung entschiedenste Abkehr von den Saboteuren forderte, das Kartell der katholischen Studentenverbindungen in Berlin in den aufreizendsten Worten zur Schlageterverherrlichung aufrief.

Damit kommen wir allerdings zugleich zu einem ganz anderen Kapitel: Dem Gesinnungswandel, der sich in den Kirchen vorbereitet, entspricht auch nicht in dem bescheidensten

Maße ein ähnlicher Gesinnungswandel an den Universitäten. Ganz im Gegenteil: Die Universitäten schicken sich in dieser Beziehung an, in vergröberter Gestalt völlig das Erbe der Kirchen zu übernehmen. Der energische Kampf der Pazifisten muß sich deshalb heute in erster Linie gegen den fortschrittsfeindlichen Geist der Universitäten richten, die sich immer mehr zum allerstärksten Bollwerk der Reaktion ausbilden.

Demokratische Hochschulreform — das wird in weit höherem Maße als bisher in den Mittelpunkt der zielbewußten Friedensarbeit rücken müssen, sollen die Völker nicht statt am Geist zu genesen, am Geist zugrunde gehen.

* * *

Was ist's mit Deutschlands Eintritt in den Völkerbund? Wird die deutsche Regierung auch die Herbsttagung des Völkerbundes vorübergehen lassen, ohne den Antrag auf Aufnahme zu stellen? Beinahe sieht es so aus. Jedenfalls ist das offizielle Schweigen ein höchst bedenkliches Symptom. Warum widerstrebt Deutschland allen politischen Selbstverständlichkeiten? Warum produziert es nirgends mehr Bedenken, als wo diese am wenigsten am Platz sind? Man sehnt sich nach dem großen Tage der Tat — aber im Alltag gebricht es an aller geistigen Tatkraft, so verpaßt man eine günstige Gelegenheit nach der andern. Man müßte als politische Erziehungsschrift für die Deutschen eine soziologisch orientierte Geschichte der versäumten Gelegenheiten schreiben. Ein derartiges Werk könnte äußerst belehrend wirken — allerdings müßte es auch gelesen werden. Gerade damit ist es jedoch heute am schlimmsten bestellt. Die politisch Einflußreichen lesen nichts mehr.

Vielleicht noch nie war eine Zeit so sehr auf Ideen angewiesen, wie die unsrige und doch zugleich so wenig aufnahmsfähig für Ideen; es sei denn, es handle sich um Verschrobenheiten in sensationeller Aufmachung. Wer nicht auf Sensationsbedürfnisse spekuliert oder an niedere Instinkte appelliert, bemüht sich ganz vergebens, Interesse zu erwecken. Und gar Interesse für den Völkerbund! Man steht ihm in Deutschland kühl bis ans Herz hinan gegenüber. Den Einen ist er schon wegen der ihm zugrunde liegenden Idee zuwider, die Andern wenden sich in bitterer Enttäuschung von ihm ab, weil er nicht gleich in seinen ersten Anfängen die in ihn gesetzten Hoffnungen erfüllt. Man will also nichts von ihm wissen, sowohl weil er die Utopie von gestern, wie weil er in seiner Verwirklichung von heute noch durchaus unzulänglich ist. An sein Morgen zu denken, ist man zu träge — ist es doch weitaus bequemer, die als Schwärmer zu verlachen, die dies tun. Und so beschäftigt man sich auch garnicht mit der Frage, ob nach einem politischen Umschwung in Frankreich der Völkerbund nicht ein ganz anderes Gesicht haben wird, als heute, wo das imperialistische Frankreich dem Völkerbund gegenüber genau die gleiche kurzsichtige und verwerfliche Haltung einnimmt, wie seinerzeit das wilhelminische Deutschland traurigen Angedenkens zum Werk vom Haag.

Was ich bereits im ersten Heft dieses Jahrgangs der Friedens-Warte aussprach, daß der ganze Ruhrkonflikt wahrscheinlich garnicht ausgebrochen wäre, wenn Deutschland schon vorher dem Völkerbund angehört hätte, das hob kürzlich auch der frühere schweizerische Bundespräsident Motta mit aller Entschiedenheit hervor. Vergebens! Seine Worte machten in Deutschland nicht viel mehr Eindruck, als die meinen, ja wurden überhaupt nur beachtet, weil die Wolff'sche Telegraphen-Agentur sie höchstbezeichnender Weise zu unterschlagen suchte.

Die Propaganda der Pazifisten in der ganzen Welt für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ertrinkt ebenso in einem Meer von Gleichgiltigkeit wie die einzelner sozialdemokratischer und demokratischer Führer, die unter Hinweis auf die Mahnungen zahlreicher ausländischer Staatsmänner in die gleiche Richtung drängen. Nicht minder verhallte Nansen's warmer Appell. Die Abgeordneten des Zentrums, die die Friedens-Warte einlud, zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund Stellung zu nehmen, schwiegen sich aus. Der Reichstag ging auseinander, nicht nur ohne eine scharfe Kundgebung gegen die Sabotageakte, wie sie der frühere Reichskanzler Hermann Müller namens der Sozialdemokratie forderte, sondern auch ohne sich selbst nur mit einem Wort zu der so brennenden Angelegenheit des Eintritts in den Völkerbund zu äußern.

Es ist zum Verzweifeln! Das deutsche Volk wird noch entsetzliches Ungemach über sich ergehen lassen müssen, weil es sich zur Einigkeit nicht einmal hinsichtlich solcher Aufgaben aufzuraffen vermag, die so unmittelbar geboten sind, daß ein Meinungsstreit über sie beinahe schon einem geistigen Armutszeugnis gleich kommt.

* * *

Es ist merkwürdig: So hochentwickelt und differenziert unser Denken in der Erfassung

der Naturzusammenhänge ist, so rückständig und primitiv ist es hinsichtlich der exakten Erfassung der politischen und sozialen Zusammenhänge geblieben. Wo wir von Naturkräften sprechen, da sind wir uns durchaus klar darüber, daß es sich um Realitäten von ganz bestimmter quantitativer Zusammensetzung handelt, die man nicht nach Belieben kombinieren kann. Von den moralischen Kräften hingegen reden wir, als ob wir es hier mit Faktoren zu tun hätten, über deren konkrete Beschaffenheit wir keinerlei Untersuchungen anzustellen brauchten. Nichts wäre aber nötiger, als uns darüber klar zu werden, daß es auch so etwas gibt, wie eine Physik der moralischen Kräfte, weshalb es unsinnig ist, irgendwo auf das Wirken von moralischen Kräften zu rechnen, bevor man sich vergewissert hat, ob unter den gegebenen Bedingungen ihr Vorhandensein in ausreichender Intensität und in der erforderten Richtungsbestimmtheit anzunehmen ist.

Dieses Thema wäre einmal ausführlich zu erörtern, denn es ist von größter prinzipieller Wichtigkeit. Heute genüge der vorläufige Hinweis, um nur an einem Beispiel zu zeigen, wie unexakt das menschliche Denken sogleich wird, wenn es moralische Kräfte als Glied in seine Argumentationskette einfügt. So wird denjenigen, die einen mit genügender Zwangsgewalt ausgestattete Exekutive des Völkerbundes verlangen, immer wieder entgegengehalten, die moralische Kraft des Völkerbundes müsse ausreichen, um seinen Entscheidungen die nötige Autorität zu verleihen. Woher diese moralische Kraft aber kommen soll, darum kümmert man sich nicht. Man bringt sich nicht zu Bewußtsein, daß es mit der moralischen Kraft genau ebenso ist, wie mit der Kraft überhaupt; sie muß gegeben sein oder künstlich akkumuliert werden, um wirken zu können.

Soll deshalb der Völkerbund den gewaltigsten Akkumulator moralischer Kraft in der Welt darstellen, so ist es mehr als kindisch, auf dessen Zustandekommen zu hoffen, ohne daß man die Voraussetzungen schafft, die für so hoch konzentrierte moralische Kraft unentbehrlich ist. Der Völkerbund kann als Ganzes nicht über mehr moralische Kraft verfügen, als die einzelnen Staaten, die ihn zusammensetzen, in ihn einbringen. Da es in dieser Beziehung aber noch sehr armselig um ihn bestellt ist, muß das Manko an moralischer Kraft einstweilen noch durch ein Plus an physischer Zwangsgewalt ausgeglichen werden.

Das ist die naheliegende Einsicht, die zu der Forderung der Völkerbundarmee führt. Erst auf dem Umweg über die bewaffnete Exekutive wird er zu jenem Maß an moralischer Kraft gelangen, das eine in seinen Dienst gestellte internationale Armee und Flotte überflüssig macht.

Und auch sonst ist sich der Völkerbund, der als moralische Kraft in der Welt wirken will, nicht im Geringsten darüber klar, daß diese nicht aus nichts geschaffen werden kann. Er weicht allen entscheidenden Fragen der Zeit aus, aus Furcht, die junge Organisation einer zu schweren Belastungsprobe auszusetzen, schädigt aber damit sein moralisches Ansehen so sehr, daß gerade hierdurch sein Bestand am schwersten gefährdet wird. Soviel ist jedenfalls sicher: Der Völkerbund, der sich auf moralische Mittel beschränken will, sein moralisches Niveau aber trotzdem nicht zu heben bemüht ist, ist gegenwärtig von seinen Bremsern weit mehr in seiner Entwicklung bedroht, als von seinen Stürmern. Er braucht dringend frisches Blut und grundlegende Umgestaltungen in seiner Konstitution, um nicht vorzeitig seine Lebensfähigkeit einzubüßen.

Einbeziehung Deutschlands, Rußlands und Amerikas, demokratische Reform an Haupt und Gliedern und Schaffung einer zuverlässig wirksamen bewaffneten Exekutive — unter diesen Voraussetzungen allein wird das Maximum moralischer Kraft in ihm reifen.

* * *

Die Wenigsten wissen, welche ungeheure Bedeutung dem Ergebnis zukommt, mit dem nach monatelanger mühseliger Arbeit die Lausanner Konferenz soeben abschloß. Der Frieden, der dort zustandekam, bringt zwar nur den türkischen Machthabern Erfolge, das türkische Volk wird diese bloß in Gestalt noch härterer Unterdrückung und noch stärkerer Ausbeutung zu fühlen bekommen — wann war dies übrigens je anders nach Kriegen, mochten sie sich auch Befreiungskriege nennen und mit noch so glorreichen „Siegen" enden. Aber die Bedeutung des Lausanner Friedens liegt auch in allem eher, als in den Zugeständnissen, die die türkischen Diplomaten für die Herrschaftsposition der bevorrechteten Schichten ihres Landes erzielten, sondern einzig und allein darin, daß durch den jetzigen Friedensschluß eine Fülle von Kriegsgefahren, die die Menschheit vom nahen Orient her bedrohten, wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch erheblich gemildert wurden.

Gewiß, auch dieser neue Friedensvertrag läßt viele Wünsche unerfüllt, die von pazifistischer Seite aus vertreten werden müssen, gar manche Konzessionen an imperialistische

Velleitäten haben in ihm ihren Niederschlag gefunden und am wenigsten wird mit ihm der Streit zwischen den verschiedenen Nationalismen innerhalb des türkischen Reiches zur Ruhe gelangen — das sind ja eben die unseligen Folgen, die unbehebbar aus dem Wesen des Krieges erfließen — aber verglichen mit den schweren internationalen Wirren, die sich aus einem Versagen dieser Konferenz ergeben hätten, kann man sich gar nicht genug darüber freuen, daß mit der Friedensunterzeichnung in Lausanne der Weltreaktion für die nächsten Jahre eines ihrer aussichtsreichsten Operationsfelder entzogen wurde. Von hier aus wird nun nicht so bald ein neuer Weltkrieg entzündet werden können.

Es ist zum größten Teil das Verdienst der englischen Politik, daß die Menschheit von diesem schweren Albdruck befreit aufatmen darf. Und wenn auch nicht verschwiegen werden soll, daß die Diplomaten des offiziellen England weit mehr traditionellen Imperialismus in den Friedensvertrag hineingeschmuggelt haben, als sie vor dem radikalen Pazifismus ihrer Linksparteien verantworten können, so ist doch soviel unbestreitbar, daß England sich den Kontinentalmächten gerade durch den Zuschuß an pazifistischem Geist überlegen erwies, zu dem es sich unter dem Druck der Arbeiterklasse bekennen muß.

Wären die Menschen so geartet, für abgewendetes Unglück ein ausreichend sensibles Empfindungsvermögen aufzubringen — lauter Jubel müßte die Welt über das Ergebnis der Lausanner Konferenz erfüllen, statt daß man völlig gleichgültig und verständnislos daran vorübergeht. Sicherlich würde auch der Pazifismus schon längst weit tiefer in den Seelen wurzeln, wären verhütete Kriege nicht gleichsam unsichtbar — im Gegensatz zu den nicht verhüteten, die uns wie entfesselte Elementargewalten mit jeder Faser unseres Wesens in den Strudel unmittelbar erlebten Schreckens zerren.

* * *

Unsere Leser erinnern sich gewiß noch des ebenso mutigen wie tief durchdachten und glänzend formulierten Antrages auf Ächtung des Krieges, den der bekannte amerikanische Senator Borah vor einigen Monaten dem Senat in Washington vorlegte. Ein klassisches Schriftstück, durch und durch konsequent in seinem radikalen Pazifismus; in seiner Kürze, Prägnanz und Exaktheit eine Art pazifistisches Manifest. Es ist nun äußerst bezeichnend für die Volksstimmung in Amerika, daß die Republikanische Partei bei den kommenden Wahlen beabsichtigt, diesen entschiedensten Pazifisten der Vereinigten Staaten als ihren Präsidentschaftskandidaten zu nominieren.

Und da gibt es noch immer Unzählige in Deutschland, die behaupten, daß der pazifistische Gedanke in der Welt keine Fortschritte mache. Sie gelangen zu ihrem tatsachenwidrigen Fehlurteil, weil sie an der Entwicklung von Ideen keinen innern Anteil nehmen, die einzelnen Stadien ihres Siegeslaufs nicht verfolgen und an ihre umgestaltende Kraft erst glauben lernen, wenn das Ziel erreicht ist.

Der Pazifismus ist im gewaltigsten Vormarsch, trotz alles gegenteiligen Anscheins — und diejenigen Völker werden die Führung erlangen, die als erste seine ungeheure Bedeutung erkennen. Deutschland ist in Gefahr, seine politische Weltgeltung völlig einzubüßen, nicht in erster Linie weil das Diktat von Versailles seine gesunde Entwicklung unterbindet, sondern vor Allem weil es geistig nicht auf der Höhe der Zeit steht, weil es sich selbst abschnürt von dem neuen großen Lebensstrom, der, den Berggipfeln des Aufklärungszeitalters entsprungen, im Ideenmeer des Pazifismus mündet!

R. G.

An die Regierungen und Völker!

Von E. D. Morel, London.

Zum Welttag der „Nie wieder Krieg"-Feier bringt der „Daily Herald" folgenden herrlichen Appell an die Völker der Erde, in der „kraftvollen Sprache eines Gedichtes in Prosa" aus „Wahrheit und Krieg" von E. D. Morel.

Die Redaktion der „Friedens-Warte".

Neun Jahre sind es her, daß Ihr Euere Völker dahinführtet in die Schützengräben.

Mit Werkzeugen der List, auf erschlichenen Pfaden, in geheimen Verabredungen, mittelst Ränken und Gegen-Ränken, die Gerissenheit Euerer Rivalen überbietend, habt Ihr, gleich mit ihnen, lange den Todesweg für die Massen vorbereitet.

Ihr schwatztet ihnen vor von Freiheit, Gerechtigkeit, Fortschritt, Sicherheit und Frieden.

Ihr botet ihnen Gemetzel im Namen Gottes, den Ihr um Heiligung Eueres Wagstückes anrieft; Ihr flehtet zu Christus, den Erbarmungsvollen, und schlugt ihn von Neuem ans Kreuz. Was Ihr verspracht, war Reinigung der Welt von der Wollust des Hasses.

Geläutert durch ihre Opfer, geheiligt in ihrem Märtyrertum, gereinigt mit den Tränen der Frauen, weiß gewaschen in Blut:

In dem Blute der Jugend.

Monaten folgten Monate; Jahre starben und wurden neu geboren: immerfort befahlt Ihr ihnen Totschlag.

Formlos in die dürre Erde gestampft, zermalmt und zerschmettert; blutige Massen, die einst Brüste waren; Augen aus ihren Höhlen getrieben, Glieder verstümmelt, lose baumelnd; sterbend vor Durst und Wunden in Granatlöchern, zerfetzt am Stacheldraht; ihre Eingeweide nachschleppend; lebendig verfaulend

mitten im Gestank der Leichenbesäeten Schützengräben, heulende Wahnsinnige. — Dazu habt Ihr sie gemacht.

Ihr! Ihr!

Was für einen Zwist hatten sie mit jenen, mit denen sie fochten; oder jene mit ihnen?

„Gewöhnliches Volk" alle diese: Dieser Jüngling von Devon, jener Jüngling aus der Gascogne, dieser Knabe aus Baden, jener Junge von den Ebenen Toscana's — alle strotzen von Lebenslust, alle die Kinder eines gemeinsamen Menschheits-Stocks, mit gemeinsamen Hoffnungen, gemeinsamen Sorgen:

Die Werker der Welt!

Hieltet Ihr Wort und Treue denen, die kämpften und fielen?

Grenzenlos bleibt für immer Euere Schuld:

Trugt Ihr nicht dazu bei, die Not der Witwen und Waisen zum Äußersten zu steigern?

Grenzenlos bleibt für immer Euer Verbrechen:

Trotzdem wäre Euch Vergebung geworden. Denn unendlich ist die Geduld des Volkes, unendlich die Inhalt seines Herzens, unendlich sein Edelmut, sein leidvolles Ertragen.

Aber Ihr habt es verraten!

* * *

Wo ist die Freiheit, die Ihr ihnen verspracht? Ist es jene Freiheit, zu verhungern mitten in den Schwelgereien der Ueppigen?

Wo sind ihre Rechte? Sind es die Rechte auf unzulängliche Almosen?

Wo ist die Gerechtigkeit? Ist es die Gerechtigkeit der Armengesetze und des Werkhauses?

Wo ist ihre Sicherheit? Ist es die Sicherheit der Heimatlosen?

Wo ist das Gedeihen? Ist es das „Gedeihen" der Verarmung?

Wo ist der Friede? Ist es der Frieden der Toten?

* * *

Denn was Ihr jetzt bereitet, ist noch einmal die reiche Ernte für die Sichel des Todes.

In Euerem Wahnsinn schafft Ihr noch verworfenere Maschinen der Zerstörung.

In Euerer Verruchtheit weiht Ihr neuerdings den Hauptteil der Völker dem Verderben.

In Euerer Blindheit sucht Ihr nochmals Euere Verrätereien im Blute der Unschuldigen zu ertränken.

Ihr überschüttet das Firmament mit beschwingten Flotillen der Vernichtung, die mit einem Wurf schlafende Städte in Gift-Stürme hüllen: —

die in einer einzigen Nacht die mühevolle Arbeit von Jahrhunderten zerstören,

Mit einem Regen von Brandbomben, die auf die niedrigen Häuser niedergehen, auf die Heimstätten Euerer Lohnsklaven.

Sie speien tötliche Gase über die Landschaft.

Ersticken ganze Gemeinden.

Kalten Blutes, mit zynischer Erbarmungslosigkeit, mit Absichtlichkeit, die Euch zu Meister-Verbrechern aller Epochen macht, plant Ihr der Völker Gerichtstag.

Fieberhastig schlagt Ihr Tannenwälder nieder, Buche und Esche für Euere Pläne, macht aus Eueren Laboratorien den Vorhof für Schlächtereien, aus Eueren Chemikern bezahlte Mörder.

Wissenschaft prostituiert Ihr zum Morddienst.

Das Gemetzel auf einer nie vorher erträumten Stufe der Vollendung erhebt Ihr zur Würde einer Tugend.

Zerstörung betrachtet Ihr mit einem Verständnis, das taumelig ist in seiner Imbecillität; Zerstörung von wimmelnden Zentren der Bevölkerung, von großen, fleißigen Bienenstöcken der Industrie, von fruchtbaren Getreidefeldern von allem Pflanzenleben.

Die Zielscheiben Euerer Bomben werden die Aufenthaltsorte der Arbeiter sein, in ihren Heimen, in Magazinen und Fabriken, in den Höfen und auf den Feldern.

Im Namen Gottes, wer und was seid Ihr, die solche Dinge vollbringen? Woher stammt Euer Recht, zu kommandieren, zu regieren, zu verwalten? Schleicht nicht die Warnung kommenden Zornes über die Schwelle Euerer Selbstgefälligkeit?

Glaubt Ihr, die Geduld der Völker sei ohne Grenzen?

* * *

An die „siegreichen" Völker des großen Krieges.

O, Völker, die Ihr siegreich genannt werdet, Ihr seid doch nur die Opfer des großen Krieges.

Die höchste Gefahr Euerer Epoche und Eueres Schicksals naht, schnell, auf den schwirrenden Schwingen kommenden Elends.

Entwindet Euch selbst der Gefahr, ehe Euch der unerbittliche Mechanismus in seiner grausamen Umarmung zermalmt: ehe die Dämonen der Furcht und des Hasses Euch zu Marionetten machen in den Händen panikgehetzter, stümpernder Regierungen, die beladen sind mit dem Fluche ihrer eigenen Ungerechtigkeiten und Torheiten.

Verraten von Eueren Beherrschern — rettet Euch selbst.

Verraten von den Kirchen — rettet Euch selbst!

* * *

Wenn Ihr Euch nicht zusammentut, die Katastrophe, die sich vorbereitet, abzuwenden, dann ist Euer Urteil besiegelt.

Kämpfer in der Freiheit-Sache, — soll Euere Lebensarbeit mit Euch untergehen?

Helfer der Armen, — wollt Ihr die Hoffnungen aufgeben, sie aus dem Schlamm zu ziehen?

Reformer der Gesellschaft, — wollt Ihr stille halten indes Wahnsinnige eine Wildnis vorbereiten?

Schöpfer des Zusammenwirkens im Gemeinwohl, — wollt Ihr es schon in der Geburt ersticken lassen?

Freunde der Jugend, — wollt Ihr die Kinder von neuem hingeschlachtet sehen?

Denkt daran! Sie geboten Euch die Bewaffnung um des Friedens willen.

Ihr bewaffnetet Euch, da kam der Krieg und peitschte Euch.

Denket daran! Sie boten Euch Waffen um der Sicherheit willen.

Ihr bewaffnetet Euch, und seid heute weniger sicher vor ihrem tollhäuslerischen Verbrechertum.

* * *

Wieder heißen sie Euch noch teuflischere Geräte verfertigen, indes aus den Schmelztigeln ihrer Laboratorien der Rauch stinkiger Gase steigt, bestimmt niederzubrennen und zu ersticken; leichte Gase, mit der Luft sich mischend, um alles was lebt, mit Auflösung zu bedrohen; schwere Gase, die unter das Niveau der Erdoberfläche sinken, um Euch in den Eingeweiden der Erde noch aufzustöbern; Gifte, in Probegläschen destiliert, Tropfen um Tropfen, deren bösartigen Kräfte noch die Kunst eines Cesare Borgia übertrumpfen.

Eure Leiber, Eure Kinder, Eure Häuser, Eure Städte, Dörfer, Flecken, Eure Ländereien — sie sind die Zielscheiben.

Toren. Wollt Ihr helfen, Euer eigenes Verderben zu beschleunigen?!

Übersetzt von Leo Gilbert, Wien.

Der 120 000-Dollar-Friedenspreis von Edward W. Bok.

Zu dem kürzlich angekündigten Preis von 100000 Dollar für den besten praktischen Plan, wodurch es Amerika ermöglicht würde, mit anderen Nationen zur Sicherung des Weltfriedens zusammenzuarbeiten, hat der Stifter, Edward W. Bok, der ehemalige Herausgeber der Zeitschrift „Ladies' Home Journal", noch einen zweiten, dritten, vierten und fünften Preis von je 5000 Dollar ausgesetzt.

Die soeben bekanntgewordenen Bedingungen des Preisausschreibens sind:

Der Wettbewerb steht jedem geborenen oder nationalisierten Bürger der Vereinigten Staaten offen. Pläne können von Einzelpersonen oder von Organisationen irgendwelcher Art (nationalen, staatlichen oder lokalen) eingereicht werden.

Der siegreiche Friedensplan muß einen durchführbaren Weg zeigen, auf welchem die Vereinigten Staaten ihren Platz finden und ihren Teil tun können an der Aufrechterhaltung des Weltfriedens, ohne jedoch die Beteiligung Amerikas an europäischen Kriegen obligatorisch zu machen, wenn solche in der Zukunft unvermeidlich sein sollten.

Der Plan darf auf dem gegenwärtigen Völkerbundvertrag fußen oder ganz unabhängig von diesem Instrument sein.

Der Zweck des Preisausschreibens ist ein doppelter: 1. soll ein Plan hervorgebracht werden, 2. soll eine gewisse Sicherheit dafür vorhanden sein, soweit als möglich, daß er praktisch durchgeführt wird (put ints operation). Der Preis wird daher in zwei Zahlungen ausbezahlt:

50000 Dollar dem Urheber des gewinnenden Plans, sobald die Preisrichter ihn ausgewählt haben.

Die zweiten 50 000 Dollar werden dem Urheber des Plans ausbezahlt, wenn und sobald der Plan inhaltlich und seinem Sinn nach vom amerikanischen Senat angenommen (approved) wird; oder wenn das Preisrichterkollegium bestimmt, daß eine angemessene Unterstützung des Gedankens durch die breite Oeffentlichkeit bekundet worden ist.

Die zweite Hälfte des Preises wird nur dann als gewonnen zu betrachten sein, wenn die oben erwähnte Bedingung über die Zustimmung zu dem Plan am oder vor dem 4. März 1925 erfüllt sind.

Die kleineren Preise gelangen unter denselben Voraussetzungen zur Auszahlung.

Die eingereichten Vorschläge sollen nicht in der Form von Gesetzentwürfen, Resolutionen oder Verträgen gehalten sein. Die eingereichte Arbeit darf neben einer Beschreibung des Plans selbst auch eine Begründung dazu enthalten. Eine Zusammentassung von nicht mehr als 500 Worten muß jeden Plan begleiten. Die Gesamtzahl der Worte des Planes selber soll 5000 nicht überschreiten.

Jeder Bewerber darf nur einen Plan einreichen.

Die Manuskripte müssen mit der Maschine geschrieben sein, (auf nur einseitig beschriebenen Papier) sein und sollen nicht zusammengerollt werden. Sie dürfen auch nicht von Briefen begleitet sein.

Sie dürfen den Namen des Verfassers nicht tragen, noch sonst irgendetwas enthalten, woraus dessen Name ersichtlich wäre. Jedem Manuskript muß ein weißer, verschlossener Briefumschlag angeheftet werden, der Namen und Adresse des Verfassers enthält. Beim Empfang werden Manuskript und Briefumschlag zur Identifizierung mit der gleichen Nummer versehen. Die Umschläge werden erst dann geöffnet, wenn die Preisrichter ihr Urteil gefällt haben. Manuskripte werden nicht zurückgesandt.

Alle Manuskripte müssen im Büro der American Peace Award, 324 Madison Street, New York bis Mitternacht des 15. November 1923 eintreffen. Das Komitee behält sich das Recht der Veröffentlichung der Manuskripte vor.

Das Preisrichterkollegium wird aus Vertretern führender wirtschaftlicher, religiöser und politischer Organisationen bestehen. Seine Zusammensetzung wird am 1. September bekanntgegeben werden.

Da auch Organisationen befugt sind, an diesem Preisausschreiben teilzunehmen, wäre es zu begrüßen, wenn unter den Lesern der „Friedens-Warte" entsprechende Schritte unternommen würden:

Dr. John Mez, New York.

AUS DER ZEIT.

General Gérards Projekt über eine internationale Polizeimacht und Rüstungsbeschränkung.

Der von dem Weltverband der Völkerbundligen eingesetzten Kommission betr. die Beschränkung der Rüstungen hat das französische Mitglied General Gérard ein ausführliches Projekt vorgelegt, das sich gleichzeitig mit der Frage einer internationalen Polizeitruppe befaßt. Der Wortlaut dieses Entwurfes ist folgender:

Allgemeine Prinzipien.

I. Der Frieden wird erst endgültig gesichert sein, wenn alle Völker entwaffnet sind und auf Berufsarmeen verzichtet haben.

II. Nur der Völkerbund kann das Werk der Abrüstung unternehmen. Es gibt für ihn, offen gestanden, keine dringendere Aufgabe.

Das wichtigste Organ dieses Bundes muß, wie es scheint, ein Gerichtshof sein, der den Auftrag hat, alle Streitigkeiten unter den Völkern zu schlichten. Aber die Entscheidungen dieses Gerichtes würden wahrscheinlich toter Buchstabe bleiben, wenn es nicht über das verfügte, was dem Haager Gerichtshofe fehlt: ein Werkzeug, das geeignet ist, die Ausführung seiner Sprüche zu sichern.

Dieses Werkzeug kann nur in einer militärischen internationalen Organisation bestehen.

Die hauptsächlichsten Besonderheiten dieser Organisation müßten folgende sein:

1. vollständige und ausschließliche Unterordnung unter das Schiedsgericht.
2. Einheit des Kommandos und
3. methodische Einteilung der Streitkräfte.

Effektivbestände.

III. Das Prinzip, das der Untersuchung dieser Frage vorangestellt werden muß, ist folgendes:

Das für die Sicherung der inneren Ordnung jedes Staates sowie des Friedens der Völker untereinander notwendige Personal einzustellen, aber dieses Personal auf denjenigen Effektivbestand zu beschränken, der für die Erfüllung dieser Aufgabe unentbehrlich ist.

Es müssen geschaffen werden:

1. Polizeitruppen, gesondert für jeden Staat.
2. Eine Polizeitruppe, die allen Mitgliedern des Bundes gemeinsam wäre.

Die Bevölkerungsziffer und die Ausdehnung der zu bewachenden Territorien müßten als Maßstab dienen, um die für jeden Staat für seine innere Sicherheit notwendigen Effektivbestände zu bestimmen.

Der Effektivbestand der allen Bundesmitgliedern gemeinsamen Polizeitruppe müßte nach den Bedürfnissen des Völkerbundes bestimmt werden, damit er stets seinen Willen gegenüber den Völkern durchsetzen

kann, die etwa versuchen würden, sich der Erfüllung seiner Schiedssprüche zu entziehen.

Die Rekrutierung.

IV. Jede Nation soll frei sein, ihre besondere Polizeitruppe nach Belieben zu rekrutieren, allerdings unter der ausdrücklichen Bedingung:

a) daß ihr wirklicher Effektivbestand die vom Völkerbund festgesetzte Gesamtziffer nicht überschreitet,

b) daß die Art der Rekrutierung es nicht möglich macht, mehr oder minder verheimlichte Effektivbestände als Reserve auszurüsten,

c) daß der Völkerbund jede Möglichkeit hat, eine wirkliche Kontrolle über die erwähnten Effektivbestände auszuüben.

Die nationale Polizeitruppe wird, durch besondere Auswahl bei den Anstellungen, sorgfältig überwacht werden, um zu verhindern, daß sie die Zuflucht der Abenteurer der Welt werde.

Das Kommando.

V. In jeder Polizeitruppe erfolgt die Bildung der Kaders nach den besonderen Regeln jedes Landes.

Für die internationale Polizeitruppe werden die Stellung der Offiziere, ihre Beförderungsverhältnisse und ihre Vorbildung durch ein internationales Gesetz geregelt.

Die Kommandanten der großen Verbände der internationalen Polizeitruppe werden durch das Exekutivorgan gewählt; die Dauer ihres Auftrages soll begrenzt sein.

Der Oberbefehlshaber der internationalen Armee wird durch eine Abstimmung des höchsten Rates des Völkerbundes ernannt. Sein Mandat ist begrenzt und kann nicht erneuert werden.

Material und Ausrüstung.

VI. Die nationalen Polizeitruppen können aus einem starken Prozentsatz Kavallerie bestehen sowie aus Infanterie, die mit gewöhnlichen Gewehren bewaffnet ist.

Ihre Ausrüstung wird vielleicht in bestimmten Fällen durch ein wenig Feldartillerie ergänzt werden können. Es würde zwecklos und gefährlich sein, darüber hinaus zu gehen.

Ohne Genehmigung des Exekutivorgans des Völkerbundes darf an der Ausrüstung oder an dem Material, sowohl in Bezug auf seine Qualität wie seine Quantität, eine Änderung nicht vorgenommen werden. Darauf soll die Aufmerksamkeit der Kontrollorgane unaufhörlich gerichtet sein.

Keine Erfindung, keine Entdeckung darf ohne Genehmigung des Exekutivorgans des Völkerbundes den Gegenstand von Versuchen bilden, wenn die Absicht besteht, sie militärisch zu verwenden, oder wenn sie darauf hinauslaufen würden. Falls solche Versuche überhaupt erlaubt werden, sollen sie grundsätzlich nur unter der Leitung und in allen Fällen unter der Kontrolle des Völkerbundes vor sich gehen.

Die schwere und weittragende Artillerie, die Sturmartillerie und alle anderen Mittel dieser Art, die bereits bestehen oder erdenkbar sind, dürfen nur in der internationalen Polizeitruppe zur Verwendung gelangen.

Die Forts, Lager und strategischen Eisenbahnen, die nicht für die internationale Polizeitruppe gebraucht werden, sollen zerstört werden.

Die Flotten.

VII. In jedem selbständigen Staate wird die Küstenpolizei durch eine kleine nationale Marine ausgeübt, deren Effektivbestand und Ausrüstung von dem Völkerbund bestimmt werden.

Eine machtvolle Marine soll die internationale Seeflotte, die ausschließlich unter dem Befehl des Exekutivorgans des Völkerbundes steht, bilden. Ihre Stabsoffiziere und ihr Kommandant werden in derselben Weise ernannt, wie es oben für die Landtruppen bestimmt ist.

Die Zerstörungs-Waffen und -Werkzeuge wie die Unterseeboote sollen ihr ausschließliches Monopol sein.

Die Luftschiffahrt.

VIII. Die Luftschifffahrt soll in jedem Lande ausschließlich Post- und Handelszwecken dienen. Sie steht unter der unmittelbaren Kontrolle des Völkerbundes.

Nur die internationale Polizeitruppe darf über Aufklärungs-, Jagd- und Bombenabwurf-Flugzeuge verfügen.

Zwei kritische Bemerkungen drängen sich angesichts dieses höchst bedeutsamen Entwurfes sofort auf: Gérard hat offenbar übersehen, daß die großen politischen Streitfragen nicht von einem Gerichtshofe, sondern von einem unparteiischen unpolitischen Vermittlungsorgane beigelegt werden müssen (ein Irrtum, der übrigens die technischen Einzelheiten des Entwurfes in keiner Weise berührt); ferner ist nicht gesagt, wo die internationale Armee ihren Standort haben soll. Auch in anderer Hinsicht müßte der Vorschlag noch ergänzt werden. Insgesamt aber muß man das Projekt als einen ernstlichen Versuch begrüßen, die Frage der internationalen Polizeimacht praktisch zu lösen. Wg.

Für französisch-englische Freundschaft! Ein Appell Ramsay Mac Donald's.

Im „Daily Herald" richtet Ramsay Mac Donald einen außerordentlich verdienstlichen Appell an die Völker Frankreichs und Englands, sie mögen die militärischen und kriegerischen Strömungen in ihrer Mitte bekämpfen. Er führt darin u. a. aus:

„Wenn wir an die letzten Tage vor dem Kriege zurück denken, ergreift uns Grauen. Werden die Völker ewig unfähig bleiben, die Ereignisse zu übersehen und zu lenken? Kriege beginnen Jahre lang, bevor sie ausbrechen. Werden die Völker immer damit einverstanden sein, daß die ersten Schritte in einen Krieg hinein gemacht werden, während es sorglos schläft oder mit anderen Dingen beschäftigt ist?

„Wer nimmt es heute wahr, daß in diesem Augenblick gearbeitet wird, um Europa in die Vorbereitungen zu einem neuen Krieg hinein zu hetzen. In einigen Jahren werden die unterschiedlichen Heerden gesammelt sein, jede gelenkt von ihrem eigenen Hirten; die Hirten werden unter sich alles vereinbart haben. Dann wird irgend ein Hund bellen, und das Hallo wird allgemein werden. Wieder eine riesige Weltarmee, neue Gewalttaten tauchen auf, scheinbar zusammengebrochene Macht wird wieder auf die Füße gestellt, noch vor Ablauf eines Jahres wird derselbe Sturm der Ereignisse nochmals über uns hinfegen.

Laßt uns nicht blind sein gegen Tatsachen, die sich vorbereiten. Frankreich und England entfernen sich immer mehr von einander, fortgerissen vom Strom der Meinungen. Nicht nur die Ruhr trennt uns. Unsere gegenseitigen Empfindungen sind gespannter als jene von 1913 zwischen Deutschland und seinen Nachbarn. Es tauchen die ersten Anzeichen einer allgemeinen Feindseligkeit auf.

Diese zunächst unter dem Einfluß einiger temperamentvoller Politiker, und wird durch die Propaganda eines Teils der Presse großgezüchtet, bis die Völker dies Gezänke zu dem ihrigen machen. Dazu kommen die unheilvollen Folgen der steigenden Bewaffnung, anfänglich und angeblich zum Selbstschutz; aber in der Folge zu agressiven und expansiven Zwecken. So entwickelt der Wille zu herrschen sein Mittel.

Das endet damit, daß die Völker vermeinen:

„Die einzige Bedingung, die einzige Bürgschaft für ihre Sicherheit sei ihre Hegemonie auf Erden, auf dem Meere, in den Lüften. Dazu treten noch wirtschaftliche Interessen ins Spiel. Die Kapitalisten werden von ihren finanziellen Interessen an der Herstellung der Bewaffnung bestimmt, und die Völker beginnen nervös zu werden, bis sie eine Beute ihrer Furcht und aus dieser heraus die Schlachtopfer des Militarismus und des Kapitalismus werden. Und das Ende ist eine Situation, in der die Furcht gar wohl begründet wird und die Nationen sich kopfüber in den Krieg stürzen.

Frankreich hat bereits seine Alliancen abgeschlossen, und viele Kommentare unserer Presse gründen sich auf dem unbestimmten Gefühl, daß, im kommenden Weltkonflikt, Amerika auf unserer Seite sein dürfte.

Indes Frankreich mit Verbissenheit seine Politik der Zermalmung Deutschlands verfolgt, nicht aus Furcht vor einer Invasion, sondern weil es die Hegemonie auf dem Kontinente anstrebt.

Und während Frankreich enorme Summen für eine Luftflotte ausgiebt, die als Bedrohung in England empfunden wird, und unsere Presse bemüht ist, einen zur Explosion geeigneten Geisteszustand zu schaffen, drohen die Probleme des nahen Orients, des Balkans, Nordafrikas den Funken ins Pulvermagazin zu sprühen.

Wäre die Labour Party an der Macht, sie würde vor den Augen der Welt Klarheit schaffen über die Ansicht Britanniens in Betreff der Gerechtigkeit und der Wirtschaftlichkeit der Politik an der Ruhr und im Sektor von Köln. In all diesen Fragen müssen wir unverzüglich eine ebenso feste wie freundschaftliche Erklärung abgeben, gegründet auf den Ideen der Menschenrechte, eine Erklärung, die zugleich eine Politik und ein Appell zu sein hätte. Das gäbe das einzige wirksame Mittel, den Völkern zu helfen, sich gegen den Krieg zu schützen. . . . .

Unterdessen müssen wir auf der politischen Tribüne und in der Presse alle Anstrengungen machen, die öffentliche Meinung über die Situation aufzuklären. Sonst wird das das Ende sein, daß man Flinten in die Hände der ahnungslos schlummernden Völker gelegt haben wird, und daß die Völker plötzlich erwachen werden unter dem Schmettern der Trompeten."

Diese überaus zutreffenden Ausführungen des ausgezeichneten englischen Arbeiterführers mögen besonders diejenigen Politiker in Deutschland sich zu Herzen nehmen, die törichterweise nichts sehnlicher wünschen als einen Bruch zwischen England und Frankreich!

Deutsch-französische Zusammenarbeit.

Auf dem Internationalen Kongreß des Versöhnungsbundes, der soeben in Nyborg (Fünen) getagt hat und von 16 Nationen beschickt war, wurden auf Antrag H. v. Gerlachs nachstehende Beschlüsse gefaßt:

I.

Die deutsch-französische Gruppe auf der Konferenz des Internationalen Versöhnungsbundes in Nyborg fordert,

daß die Deutsche Regierung sofort die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund beantragt,

und daß alle Mitglieder des Völkerbundes diesen Antrag annehmen.

II.

Die deutsch-französische Gruppe sieht es als unerläßlich, daß sofort direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich eingeleitet werden.

Die Grundlage dieser Verhandlung muß sein:

Einerseits, daß Deutschland die Reparationen nicht nur als juristische, sondern auch als moralische Pflicht anerkennt,

Andererseits, daß Frankreich auf die militärische Methode zur Verfolgung seiner Rechtsansprüche verzichtet.

Verhandlungsgegenstand muß die Gesamtheit der deutsch-französischen Streitfragen einschließlich der Frage des passiven Widerstandes sein.

III.

Die deutsch-französische Gruppe fordert, daß — am besten durch die Vermittlung des Völkerbundes — ein Ausschuß zur wissenschaftlichen Untersuchung der Kriegsschuldfrage eingesetzt werde. Dieser Ausschuß soll aus Gelehrten verschiedener Nationen bestehen, die am Kriege nicht teilgenommen haben. Ihm soll das Recht zustehen, die Archive aller Staaten in bezug auf diese Frage ungehindert zu durchforschen und die Ergebnisse dieser Untersuchung zu veröffentlichen.

Der Auftakt zu den „Nie Wieder Krieg"-Demonstrationen in Deutschland.

Über die Veranstaltung mit der die zahlreichen „Nie Wieder Krieg"-Kundgebungen ganz Deutschlands unter außerordentlich starker Beteiligung in Berlin eröffnet wurde, berichtet die „Berliner Volkszeitung":

Auf einem Begrüßungsabend, der im Ebenholzsaal des „Rheingold" den ausländischen Friedensfreunden anläßlich der Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruches bereitet wurde, hatten die deutschen Pazifisten Gelegenheit, im engeren Kreise — ungehindert durch polizeiliche Schikanen — wertvolle Aufschlüsse über die Stimmung im Ausland zu erhalten. Karl Vetter konnte neben den ausländischen Gästen und einem großen Kreis deutscher Politiker auch Professor Albert Einstein begrüßen.

Miß Sheepsshanks (London) berichtete, in der englischen Bevölkerung sei die Kriegspsychose, die noch in den ersten Nachkriegsjahren anhielt, jetzt vollständig verschwunden. Der Glaube, daß der Weltkrieg ein heiliger Krieg gegen die Wiederkehr neuer Kriege war, sei jetzt ersetzt durch die Erkenntnis, daß dieser Krieg nur den Militarismus und Imperialismus gestärkt habe.

England empfinde das am bittersten bei dem Wettrüsten mit dem alliierten Frankreich. Selbst in den Kreisen der Geschäftswelt habe man sich jetzt davon überzeugt, daß der Krieg ein schlechtes Geschäft sei.

Darauf sei es zurückzuführen, daß die mächtig erstarkte englische Arbeiterpartei mit ihren Forderungen auf Beseitigung der Gewaltpolitik im besetzten Deutschland und auf ehrliche Verständigung über die Reparationsfragen in einer Weltkonferenz unter gleichberechtigter Beteiligung Deutschlands die Sympathie der weitesten Bevölkerungskreise in England findet.

Renni Smith (London) von der Labour-Party entwickelte ein großzügiges Programm für die Schaffung internationaler Volkshochschulen, in denen die jungen Menschen aller Länder ohne Bindung auf ein bestimmtes Programm sich und die Kultur der verschiedenen Nationen verstehen lernen könnten.

Mit stürmischem Beifall begrüßt, nahm dann Professor Langevain-Paris das Wort zu der Rede, die ihm Polizeipräsident Richter in den öffentlichen Versammlungen unmöglich gemacht hatte.

Er bestritt, daß das französische Volk in seiner Mehrheit eine kriegerische oder wirtschaftliche Vernichtungspolitik gegen Deutschland wolle. Die Masse des französischen Volkes wolle vor allem eine Sicherheit vor neuen Kriegen und eine ehrliche Wiedergutmachung der Kriegszerstörungen auf Kosten derjenigen, die sich am Kriege bereichert haben. Langevain bezeichnete es als den größten Gewinn seiner Teilnahme an den Friedenskundgebungen, daß er seinen Landsleuten berichten könne, daß der wertvollste Teil des deutschen Volkes, die arbeitende Masse, keinen Revanchekrieg und keine Betrugspolitik, sondern Verständigung und ehrliche Wiedergutmachung erstrebe. Er sprach den dringenden Wunsch aus, daß Deutschland noch in diesem Jahre, dem Völkerbund trotz aller seiner Mängel beitreten möge, um auf dessen Boden eine Verständigung über das Reparationsproblem herbeizuführen. Außerdem sollte die Wiederherstellung normaler Beziehungen durch die schleunige Wiederbesetzung des deutschen Botschafterpostens in Paris erleichtert werden. Langevain versicherte im Namen von mehr als tausend Ortsgruppen der französischen Pazifisten, daß die Friedensfreunde in Frankreich mit allen Kräften an einer wahren Verständigung der beiden großen Nationen arbeiten würden.

H. v. Gerlach knüpfte an die Übersetzung dieser Rede, während sich die Versammelten von den Plätzen erhoben, Worte rühmenden Gedenkens an den vor 9 Jahren ermordeten großen Friedensfreund Jean Jaurès. Die deutschen Friedensfreunde würden sich geloben, im Sinne von Jaurès an der Versöhnung des französischen und deutschen Volkes zu wirken, damit diese beiden Kulturvölker in moralischer, politischer und geistiger Einigkeit zum Heile für die Menschheit arbeiten könnten.

Von dem bekannten französischen Pazifistenführer Professor Basch-Paris war ein Schreiben eingelaufen, in dem ausgeführt wird, daß alle guten Franzosen den Wunsch hätten, mit einem wirklich republikanischen Deutschland in Frieden und Einigkeit zusammenzustehen.

Professor Albert Einstein dankte den ausländischen Gästen für ihre Friedensworte, besonders seinem persönlichen Freund und Kollegen Langevain. Sie wissen, so fuhr Einstein fort, daß ich selbst einen Strauß mit dem Völkerbund gehabt und ihm den Rücken gekehrt habe im Ärger über das, was ich von ihm gesehen habe.

Aber ich glaube, daß diese Handlung nicht richtig war, denn der Völkerbund mag noch so schlecht sein in dem, was er getan hat, er ist ungeheuer wertvoll in bezug auf die Möglichkeiten, die er birgt. Selbst wenn er noch viel schlimmer gehaust hätte, müssen wir doch zugeben, daß er unter den heutigen Umständen das einzige Organ ist, das die Möglichkeit bietet, Beziehungen herzustellen zwischen den Nationen.

Deutschland darf deshalb nach meiner Meinung dieses Jahr nicht vorübergehen lassen, ohne dieses Mittel der Kommunikation sich anzueignen. Die Majorität dieses Völkerbundes ist zwar heute noch besetzt von Menschen, die nicht alle Qualitäten haben, um ihn zu einer wertvollen Institution zu machen; aber ich habe mich überzeugt, daß es in diesem Völkerbund auch viele wertvolle Elemente gibt, die wirklich mit ernstem Willen eine Verbesserung der internationalen Verhältnisse anstreben.

An diese mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen schlossen sich Begrüßungsworte, die der amerikanische Prediger Herrings im Namen der amerikanischen Friedensfreunde an die deutschen Pazifisten richtete.

Das französische Vorgehen an Rhein, Ruhr und Saar und die sittliche Welt.

Unter diesem Titel fand am 29. und 30. Juli in der Aula der Berliner Universität eine große Kundgebung statt, die von einem aus den verschiedensten deutschen Verbänden zusammengesetzten Ausschuß veranstaltet war. Die Versammlung wurde vom Rektor der Berliner Universität Geheimrat Prof. Heffter eröffnet. Es folgten dann Ansprachen von Oberbürgermeister Dr. Hamm (Recklinghausen), Geheimrat Prof. Meurer (Würzburg), der in einem sachlichen Referat die französische Invasion vom Rechts- und Kulturstandpunkt aus beleuchtete, vom Vorsitzenden der Anwaltskammer beim Reichsgericht Geheimrat Prof. Wildhagen (Leipzig), über die französische Justiz im besetzten Gebiet, von Herrn v. Medem, der gegen die Behandlung der Deutschen in französischen Gefängnissen protestierte, von der Landtagsabgeordneten Frau Ministerialrat Weber, die — leider mit den üblichen Übertreibungen — über die Wirkung der farbigen Besatzung auf die weibliche Bevölkerung des besetzten Gebietes berichtete, von Dr. Peters (Köln), der an der Hand von Zitaten hervorragender französischer und belgischer Juristen nachzuweisen suchte, daß die französischen Gesetze selbst den passiven Widerstand rechtfertigen. Nach ihnen sprachen noch: als Vertreter der evangelischen Kirche Geh. Konsistorialrat Rahlwes, sowie das Mitglied des deutschen evangelischen Kirchenausschusses und des Weltbundes für Versöhnungsarbeit der Kirchen Direktor Schreiber, für die Katholiken Deutschlands der Bischof von Bautzen, für die israelitische Kultusgemeinde Rabiner Dr. Baeck (Berlin). Der letzte Redner, Geheimrat Prof. Kahl verbreitete sich über „Weltfriede, Gerechtigkeit und Freiheit". Die Kundgebung endete mit folgender Entschließung:

„Die zu einer Kundgebung der sittlichen Kräfte Deutschlands in der Aula der Berliner Universität versammelten Männer und Frauen erheben ihre Stimme einmütig und voll tiefster Empörung gegen das barbarische Schreckensregiment und die unsagbaren Greuel der Franzosen und Belgier an Ruhr, Rhein und Saar. Sie klagen Frankreich und Belgien vor Gott und Menschen an, das Völkerrecht und die geschlossenen Verträge andauernd in der schwersten Weise zu verletzen, die Gebote von Religion und Sittlichkeit mit Füßen zu treten, die gemeinsame Lebensgrundlage der europäischen Völker zu zertrümmern und so zu dem bereits vorhandenen ungeheuren Unheil immer weiteres Unheil und insbesondere neue große Kriegsgefahren heraufzubeschwören. Die Versammelten, einig in der Überzeugung, daß eine gerechte und sittliche Lösung der bestehenden Schwierigkeiten sehr wohl möglich wäre, wenden sich mahnend und warnend an die sittlichen und religiösen Kräfte der Welt, endlich mit größerem Nachdruck als bisher der unheilvollen Gewaltpolitik entgegenzutreten, damit sie nicht mitschuldig werden an dem allgemeinen Verderben, und es von ihnen nicht dereinst heiße: Gewogen, gewogen und zu leicht befunden!"

Leider kann man nach dem, was die Zeitungen über die einzelnen Reden berichten, wie nach dem Inhalt der Resolution nicht erwarten, daß die Kundgebung als Ganzes den Eindruck in der Welt erwecken wird, der in der jetzigen furchtbaren Not

Deutschlands dringend zu wünschen wäre. Denn so gewiß es ist, daß die Ruhrbesetzung, daß das Vorgehen des offiziellen Frankreich im besetzten Gebiet, daß die unnachgiebige Haltung der französischen Regierung den schärfsten Protest herausfordert, ebenso sicher ist es, daß die Art, in der die meisten an dieser Kundgebung Beteiligten sprachen, schon ihrer Einseitigkeit wegen aufs lebhafteste bedauert werden muß. Es geht nicht an, gegen das Unrecht, das Deutschland jetzt von Frankreich zu erdulden hat, das Weltgericht der Geschichte aufzurufen, ohne auch nur mit der leisesten Andeutung des Unrechts zu gedenken, dessen sich Deutschland im Krieg schuldig machte. Man entwertet alle so tief berechtigte sittliche Entrüstung über die französische Gewaltpolitik, wenn man sich völlig darüber ausschweigt, was Belgien und seinen Bewohnern von uns angetan wurde, wie barbarisch das deutsche Militärregime in Belgien und Nordfrankreich hauste. Der bequeme Einwand: ja damals war Krieg!, genügt nicht vor der höchsten moralischen Instanz. Und begibt man sich nicht jeden Anspruches die französischen Justizverbrechen gegen Deutsche, die entwürdigende Behandlung Deutscher in französischen Gefängnissen brandmarken zu dürfen, wenn man die Justizverbrechen deutscher Gerichte gegen eigene Volksgenossen (man denke nur an das Fechenbach-Urteil) gleichgültig hinnimmt, die Marterung Deutscher in bayrischen Gefängnissen nicht in sein Verdammungsverdikt miteinbezieht? Nein, nur durch größte Strenge gegen sich selbst, erwirbt man das Recht, Anklage über erlittene Unbill vor dem Tribunal der Geschichte zu erheben. An derartiger unerbittlicher Selbstgerechtigkeit fehlt es jedoch in diesem neuen deutschen Appell an die Welt. In seiner schroffen Einseitigkeit ruft er vielmehr den unseligen Protest der 93 Intellektuellen zu Anfang des Krieges in schmerzhafteste Erinnerung. Wer sich nicht zu vollkommener Objektivität aufraffen kann, der soll das Wort Gerechtigkeit nicht in den Mund nehmen — er schädigt sonst nur die Sache, der er dienen will. So viel Zutreffendes in einzelnen Referaten auch enthalten war, so sank doch die Veranstaltung auf das Niveau bloßer Hetze herab in dem Augenblick, wo z. B. Prof. Wildhagen im Widerspruch zur Mehrheit des deutschen Volkes, aber unter lebhaftem Beifall des Auditoriums sagen konnte: „Tiefer als der Hass, den Deutschland nicht wolle, sei die Verachtung, die Frankreich wegen seiner Feigheit und Ehrlosigkeit verdiene". Wie darf man eine Nation, die so Großes für die menschliche Kultur geleistet, wie die französische, als Ganzes so maßlos beschimpfen, besonders angesichts des Faktums, daß die Gewaltpolitik der französischen Regierung auf täglich wachsenden Widerstand der Mehrheit des französischen Volkes stößt. Und ähnliche höchst bedauerliche Entgleisungen blieben leider nicht vereinzelt. Ein trauriges Detail bildete auch der den Deutschnationalen nahestehende Prof. Kahl, der bekannte Vorkämpfer für die Aufrechterhaltung der Todesstrafe, als Anwalt der Menschlichkeit vor dem Thron der göttlichen Gerechtigkeit. Das einzig vollkommen Befriedigende in der Kundgebung war die Zuschrift Albert Einsteins, die lautete:

„Als Mensch und als Pazifist, der davon überzeugt ist, daß Europa unter den heutigen wirtschaftlichen und technischen Verhältnissen ohne eine interstaatliche Rechts- und Machtordnung nicht leben kann, bedaure ich das Vorgehen Frankreichs in den besetzten deutschen Gebieten aufs tiefste. Die Möglichkeit menschenwürdiger Existenz in unserem Erdteil kann nur dann wiederkehren, wenn alle, ohne Unterschied der Nationalität, für Recht und Gerechtigkeit eintreten ohne Rücksicht auf vermeintliche Interessen des eigenen Gemeinwesens."

Schade, bitter schade im Interesse der guten deutschen Sache, daß nicht die ganze Veranstaltung auf diesen reinen Ton schlichter Würde gestimmt war!

R. G.

Die französischen Complicen der deutschen Reaktion.

In dem führenden Pariser Organ der französischen Linken „Ere Nouvelle" schreibt G. Vial-Mazel:

„In Folge der Enthüllungen im Münchner Hochverrats-Prozeß haben wir an Herrn Poincaré folgende Fragen gestellt:

„Hat unser Münchner Geschäftsträger, Herr Dard die Weisung erhalten, an den Verschwörungen deutscher Royalisten teilzunehmen?

Wenn er keine erhalten hat, welche Sanktionen sind gegen ihn ergriffen worden, gegen den General von Metz und den Colonel Richert, nachdem aus dem Münchner Prozeß bekannt wurde, daß sie die bewaffneten Organisationen der bayerischen Nationalisten unterstützt und gefördert haben?"

Darauf hat uns der Minister-Präsident, der zugleich Minister des Äußern ist, durch das Sprachrohr der Agence Havas im folgenden Kommunique seine Antwort zu Teil werden lassen:

„Bei dem kürzlich in München stattgehabten Prozeß gegen einige Deutsche wegen Hochverrats und separatistischer Verschwörungen wurde vom deutschen Ministerium und einigen Zeugen auch ein französischer Offizier, der Kommandant Richert, beschuldigt, in diesem Complot die Rolle eines offiziösen Agenten der französischen Regierung gespielt zu haben.

Die daraufhin vorgenommene Untersuchung hat ergeben, daß Colonel Richert, der dem Generalstab der französischen Truppen im Saargebiet angehört und daselbst in der Civil-Verwaltung tätig ist, im Jahre 1920 von nationalistischen Emissären Bayerns eingeladen wurde, nach München zu kommen. 1922 und auch Anfangs 1923 begab sich Richert wiederholt nach München, aber diese Reisen waren rein privater Natur. Dieser Offizier hat nie die Berechtigung besessen, im Namen der französischen Regierung irgend welche Verpflichtungen zu übernehmen oder irgend eine Erklärung, welcher Natur immer, abzugeben.

Von den Anerbietungen, die ihm vom Staatsanwalt und den Zeugen im Münchner Prozesse zur Last gelegt werden, besitzt die französische Regierung absolut keinerlei Kenntnis. Ebenso stand Kommandant Richert in keinen Beziehungen zu Herrn Dard, der auch seinerseits der jüngst in München abgeurteilten Angelegenheit völlig fernsteht."

Die Regierung meint dadurch ihre Verantwortlichkeit für die franco-bayrischen Intriguen reaktionären Charakters von sich abgeschüttelt zu haben. Die moralische Integrität und der Patriotismus Poincarés geben uns sicher Bürgschaft dafür, daß er guten Glaubens ist. Doch haben wir nicht weniger gute Gründe, gewisse seiner Mitarbeiter ins Auge zu fassen, die offen mit den Rechtsparteien verbündet sind. Wenn wir also auch zur Kenntnis nehmen, daß Herr Poincaré dem Colonel Richert keineswegs einen offiziellen Auftrag erteilt hat, so fragen wir ihn doch neuerdings:

„Welche Maßnahmen sind gegen die Funktionäre ergriffen worden, deren Intriguen der Presse des Auslandes erlaubt haben, Frankreich einer Politik des Imperialismus, der Reaktion und der Kriegszettelungen zu zeihen?"

Überdies, ganz abgesehen von den Enthüllungen im Münchner Prozesse, haben gewisse hochgestellte

Persönlichkeiten ihre offizielle Autorität dazu benützt, die nationalistischen Umtriebe in Deutschland unter dem Vorwande des Föderalismus zu unterstützen?

Auch hierin muß Klarheit geschaffen werden.

Herr Paléologue, die Generale Mangin und v. Metz haben den Bayrischen Royalisten unbestreitbar ihre Unterstützung angedeihen lassen, indem sie es befürworteten, daß bei der Entwaffnung der nationalistischen Organisation Verzögerungen nachsichtig hinzunehmen seien.

Sie haben wiederholt versucht, am Quai d'Orsay den Prinzen Isenburg einzuführen, diesen Hauptagenten für den Waffen-Einkauf deutscher Royalisten und diesen Mitunterzeichner der Konvention zwischen den Wittelsbachern und den Habsburgern betreffend die Wiederherstellung der Throne von Bayern und Ungarn.

Ihr Ziel, sowohl in Frankreich wie in Deutschland, ist der Sturz der Republik, entgegen den Interessen ihres Landes und des Friedens.

Diese müssen, ebenso wie Colonel Richert, desavouiert, und auch wie dieser einen öffentlichen Tadel erhalten wegen des Versuches, in Deutschland direkt gegen die Demokratie und zum Vorteil der Urheber des Krieges von 1914 zu agitieren.

Es ist von Wichtigkeit zu verhindern, daß man Frankreich die Verantwortung zuschieben dürfe für Intriguen, die berechtigter Weise die ganze Welt in Erregung versetzen und die die Gefahr in sich bergen, uns in den Augen der Geschichte verantwortlich zu machen für den Revanchekrieg, den die Alldeutschen vorbereiten."

Gegen den französischen Faszismus!

Die „Französische Liga für Menschenrechte" bereitet in ganz Frankreich gemeinsam mit allen Linksparteien und Organisationen Kundgebungen gegen den Faszismus vor. Gedacht ist an Plakate, Aufrufe, Versammlungen oder Demonstrationszüge. Das Zentralbureau in Paris gibt den Sektionen im Land folgenden Vorschlag als Plakattext:

„Sie fahren fort!

Es genügt ihnen nicht mehr, Druckereien zu zerstören, Redaktionsräume zu plündern, öffentliche Versammlungen zu sprengen, nein, sie greifen jetzt auch Personen an.

Nach dem Verbrechen gegen Jaures, Attentate gegen Caillaux, Moutet, Viollette, Sangnier.

Die Provokation wird zur Regel, die unvermeidliche Folge wird der Mord sein.

Schwäche oder Wohlwollen, die Regierung sieht zu. Wenn ausnahmsweise jemand festgenommen wird, wird er sofort wieder entlassen. Untersuchungen, Verfolgungen, Inhaftierungen sind für die andern da. Und, welch seltsames Paradoxon, eine einzige Partei bleibt unter dem republikanischen Regime unbestraft, die Partei, die die Republik zerstören will. Wir haben genug davon.

Der Faszismus hat andere Länder erobert; er soll Frankreich nicht besudeln.

Mit allen unsern Kräften wenden wir uns dagegen.

Überall wo uns die Action Francaise zum Kampf stellt, findet sie uns aufrecht und bereit.

Sie denkt daran, das Königtum wieder herzustellen: wir werden die Republik verwirklichen.

Sie treibt zum Krieg: wir erhalten den Frieden.

Sie empfiehlt nach innen und nach außen Gewaltpolitik: wir setzen unsern Stolz darein, überall das Recht zu verteidigen.

Die unterzeichneten Organisationen haben verschiedene politische und soziale Bekenntnisse, verschiedene Ansichten, und keine will die ihren opfern; aber sie sind überzeugt davon, daß um das freie Wort in Versammlungen und Presse zu gewährleisten, alle die Freiheit brauchen; diese Freiheit fordern sie.

Die Regierung verspricht uns, sie zu sichern: wir werden sehen! Wir warten darauf.

Aber sie soll es schon wissen: die Freiheit wird bestehen, — mit ihr oder ohne sie.

Antwort der Großloge von Frankreich auf den pazifistischen Appell der Großloge von Wien.

Die „Friedens-Warte" brachte in ihrem Märzheft den pazifistischen Appell, den die Großloge von Wien an die bedeutendsten Großlogen des Auslandes richtete. Der Appell bezeichnete Völkerversöhnung und Friedensbereitschaft als die vornehmsten freimaurischen Pflichten und rief auf zur energischsten Arbeit dafür, daß endlich an Stelle von Haß und Gewalt, Menschlichkeit und vernünftige Einsicht trete; er gipfelte in der Forderung an das gesamte Freimaurertum; seine reichen internationalen Beziehungen auszunützen, um zu verhüten, daß aus den Vorgängen im Ruhrgebiet ein neuer europäischer Krieg entstehe, der die hohe Kultur Europas und die letzten Reste des Wohlstandes seiner Völker dem Untergang weihen würde. Auf diesen pazifistischen Appell antwortete die Großloge von Frankreich, daß sie die darin vertretenen Anschauungen über die gegenwärtige Lage vollkommen teile und bereit sei, nach Kräften für einen baldigen, wirklichen Frieden zu arbeiten.

Freimaurertum und Kirche, einig in ihrer Stellung zum Pazifismus — der beste Beweis für die zwingende Kraft des pazifistischen Gedankens!

„Krieg dem Kriege" ruft Anatole France den Frauen Amerikas zu.

Die großen Schriftsteller Frankreichs sind bewundernswert in der edlen Entschlossenheit, mit der sie für Freiheit, Recht und Weltfrieden eintreten. Voltaire, Zola, France, — Namen, überragend in der Menschheit. Aber sie sind nur möglich in einem Lande, in dem sie Verständnis und Beifall finden, dessen Volk also in besonderem Maße von vornehmen Empfindungen für diese kulturellen und sittlichen Hochwerte beseelt ist. Anatole France empfing, wie der „Public Ledger" berichtet, kürzlich die „Good Will"-Delegation amerikanischer Frauen, die zur Besichtigung der französischen Schlachtfelder herüber gekommen waren und diese Stätten unter den Auspizien des American Cimmittee for Devastated France bereisten. France gab den Bürgerinnen der Vereinigten Staaten folgende beherzigenswerte Botschaft mit:

„Sie kommen aus einem arbeitsamen und reichen Lande in ein Land, das niedergedrückt erscheint in seinem vom Unheil verfolgten Siegesruhm, und das um so grausamer leidet, als sein Stolz ihm nicht gestattet, dies einzugestehn. Sie kommen, um an dem Wiederaufbau unserer zerstörten Provinzen mitzuarbeiten. Ihr brennender Eifer vollbringt Wunder. Seien Sie willkommen!

Aber der Wiederaufbau der Ruinen des Krieges ist nicht alles. Sie sind Frauen, und Frauen sind mutiger als Männer. Retten Sie die Menschlichkeit! An Ihnen ist es, gegen das zerfleischende Ungeheuer den Kampf zu führen, an Ihnen: Krieg dem Kriege — Kampf bis auf den Tod.

Hassen Sie den Krieg mit unauslöschlichem Hasse! Hassen Sie ihn im Anblick seiner Verbrechen. Hassen Sie ihn im Anblick seiner stolzen Trophäen

und Siegespalmen. Daß Euer Haß tötlich sei! Vernichten Sie ihn.

O, Frauen! O, Mütter! Unsere Enkel werden die Vereinigten Staaten Europas erleben; sie werden die Welt-Republik erleben! Und Sie, die großherzigsten unter den Frauen, Sie gehen, beseelt von diesem Gefühl, in die Welt hinaus, Europa zu retten und das Glück auf die Erde zu bringen."

Eine Aktion der Deutschen Liga für Menschenrechte.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte" versandte Anfang Juli in großer Anzahl folgenden Aufruf:

An die Funktionäre der demokratisch-republikanischen Parteien.

Am 5. 7. 23 sprach im Reichstag eine Deputation unserer Liga, deren Sprecher der Kammergerichtsrat Freymuth war, bei den Fraktionsführern der demokratisch-republikanischen Parteien vor, damit diese von der Reichsregierung eine eindeutige Erklärung gegen die Sabotageakte herbeiführen.

Die von der Regierung am 7. 7. 23 dem Vertreter des Vatikans gegenüber abgegebene Erklärung ist unzulänglich:

1. weil sie nicht vom Kanzler und Außenminister vor dem Reichstag in öffentlicher Sitzung abgegeben ist;

2. weil sie mit einer Entschuldigung dieser Sabotageakte eingeleitet ist.

Die Antwort des Auslandes war, daß bald darauf auch der englische Außenminister Curzon der deutschen Regierung ein vollkommenes Abrücken von den Saboteuren nahelegte.

Die Antwort der deutschen Regierung darauf ist, — daß sie durch ihren Propagandaapparat den Haß gegen Frankreich zur Siedehitze treibt. Sie hat sich so in die Hände der Hintermänner der Eisenbahnsprenger begeben, daß sie vor jedem energischen Schritt gegen diese zurückscheut. Weshalb? Hat sie die Enthüllungen der Ehrhardtleute so zu fürchten? Sie sucht weiter ihre Rettung nach der Seite hin, die unbedingt zur neuen schwersten Katastrophe führt.

Deshalb müssen die Funktionäre der demokratisch-republikanischen Parteien ihren Reichstagsvertretern gegenüber darauf bestehen, daß

der Reichstag sofort zusammentritt.

Tritt der Reichstag zusammen — und das muß noch vor dem 29. Juli geschehen —, so ist es den Abgeordneten nahezulegen, folgende Forderungen zu vertreten:

a) Zu den Sabotageakten:

1. Die Reichsregierung muß auf das schärfste jeden aktiven Widerstand ohne Ausnahme mißbilligen.

2. Sie muß dem Glauben widersprechen, daß Terror und Sabotageakte patriotische und ehrenhafte Handlungen darstellen und muß abrücken von einer Ideologie, die selbst aus gewöhnlichen und heimtückischen Verbrechen eine sittlich erlaubte Handlung der Notwehr gemacht hat.

3. Sie muß die Verfolgung aller Gewaltakte nach dem gewöhnlichen Strafrecht veranlassen.

4. Sie muß die Bevölkerung auffordern, tatkräftig an der Bekämpfung des aktiven Widerstandes mitzuwirken.

b) die Auflösung aller Verbände, die der sogenannten „schwarzen Reichswehr" angegliedert sind, nicht bloß zu dekretieren, sondern diese Dekrete wirksam zu machen, indem im Lande verborgene Waffen hervorgeholt werden — etwa durch außerordentliche Geldauslobungen usw.

c) Antrag auf Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und auf Vertretung Deutschlands im Völkerbund durch entschiedene Republikaner.

d) Entsendung eines neuen Botschafters nach Paris.

Die Regierung hat zwar heute, 19. 7. 23, sogar die bloße Möglichkeit eines Bürgerkrieges „dementiert". Da es leider schon wiederholt „anders" gekommen ist, als sie geglaubt hat, so muß der Reichstag den Ereignissen nicht bloß vorausdenken, sondern einmal auch vorauskommen und der Regierung die Gesetze des Handelns aller auf vernünftige Entwicklung eingestellten Staatsbürger aufzwingen!

„Wie es kam" seit dem Januar d. J., ergibt die umstehende Chronologie der „Politik" der Regierung:

Fort mit der Zweideutigkeit!

Eindeutig war der Einmarsch der Franzosen und Belgier in die Ruhr.

Eindeutig die Antwort der Arbeitnehmer aller Richtungen — der passive Widerstand.

Eindeutig das Verlangen der Träger der Abwehrfront an die Regierung, den passiven Widerstand durch eine aktive, verständigungsbereite Politik zu ergänzen — — ihn als Mittel, nicht als Zweck zu benutzen.

Zweideutig waren dagegen die meisten Erklärungen des Reichskanzlers, die von Unterhandlungen vor Abmarsch der Franzosen aus dem Ruhrgebiet nichts wissen wollten.

Zweideutig war die außenpolitische Haltung der Regierung, da sie, entgegen ihrer Zusicherung an die führenden Parlamentarier, die Ratschläge sowohl des englischen als auch des italienischen Ministerpräsidenten, die bei „mehr als einer Gelegenheit" gegeben würden, unberücksichtigt ließ.

Zweideutig war die innerpolitische Haltung der Regierung. Aufrufe, Mahnungen verständigungsbereiter Organisationen wurden verboten und unterdrückt — solche nationalistischen, militaristischen Inhalts genehmigt.

Eindeutig waren die Folgen dieser Zweideutigkeiten:

a) Der passive Widerstand wurde durch die „Politik" der Sabotageakte zermürbt. Die Bevölkerung, die dieselben ablehnte, hat darunter bis zur Unerträglichkeit zu leiden.

b) Die Weltstimmung schweißte sich — wie im Kriege — gegen Deutschland zusammen; die letzten Freunde gehen verloren; die Sackgasse wird immer enger; Unterhandlungen immer aussichtsloser; der Zusammenbruch der passiven Resistenz rückt immer näher; die Stimmung des Rhein- und Ruhrgebiets gegen „Berlin" wird immer gereizter; ganz Deutschland droht in den Abgrund gerissen zu werden.

c) Der Dollar stieg von etwa 10 000 auf 200 000 bis 300 000; die Währung droht völlig zusammenzubrechen — die Lohn- und Gehaltsempfänger werden in namenloses Elend gestürzt; der Steuerhinterzieher triumphiert; das Vaterland ist Hekuba!

d) Die innenpolitische Lage wird immer ernster; nationalistische Verbände in Verbindung mit großen Teilen der Reichswehroffiziere drohen der Republik den Todesstoß zu versetzen; der Metallarbeiterstreik ist der erste Aufschrei der ins Elend gehetzten Massen — ein warnendes Flammenzeichen für alle, die nicht sehen wollen.

Zweideutig ist dagegen die Haltung des Reichskanzlers im Falle Schlageter, dessen Angehörigen er — unwidersprochen — ein Beileidstelegramm sendet, obwohl derselbe — ebenfalls unwidersprochen — als polnischer Spitzel entlarvt und von seinen eigenen sauberen Kumpanen verraten wurde;

ferner im Falle Ludendorff — den Organisator

aller nationalistischen Verbände, den er — unwidersprochen — jüngst empfing. Dadurch werden indirekt die Handlungen sanktioniert, die das Deutsche Reich in die Luft zu sprengen drohen. Helfen kann uns nur:

Eindeutige Verständigung mit Frankreich! An Stelle der bisherigen Zweideutigkeit hat die absolute Eindeutigkeit zu treten; die Regierung hat den Prestigestandpunkt zu verlassen und alle Kräfte nur dem einen Ziel zu widmen:

Eindeutige Verständigung mit Frankreich!

Was gedenken die verantwortlichen parlamentarischen und gewerkschaftlichen Vertreter zu tun, um die Regierung auf diesen Weg zu zwingen??

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte" für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte" veranstaltete am 17. Juli eine große Propagandaversammlung, über die die „Berliner Volkszeitung" folgenden Bericht veröffentlicht:

In der großen öffentlichen sehr gut besuchten Versammlung, die gestern abend im Beethoven-Saal stattfand, wurde mit allen gegen zehn Stimmen beschlossen, dem Reichskanzler Cuno und dem Außenminister Dr. v. Rosenberg folgendes Telegramm zu schicken:

„Versammlung der Deutschen Liga für Menschenrechte vom 17. Juli im Beethoven-Saal. Nach Anhörung der Vorträge Generals v. Deimling, Professors Veit Valentin, Dr. Hans Simons, Generals v. Schoenaich und nach Kenntnisnahme von Briefen Fridtjof Nansens, Reichstagspräsidenten Löbe und Albert Einsteins auffordert Reichsregierung schnellstens Antrag auf Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu stellen. Deutsche Liga für Menschenrechte."

H. v. Gerlach konnte bei der Eröffnung der Versammlung Stimmen von Gewicht für die Forderung der Liga für Menschenrechte anführen. Er verlas Briefe von Fridtjof Nansen, Reichstagspräsident Löbe und Professor Albert Einstein.

Großen Eindruck machten in ihrer menschlichen Unmittelbarkeit und militärischen Geradheit die Ausführungen des Hauptredners, des Generals v. Deimling. Er sagte:

Ich spreche für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aus tiefster, innerster Überzeugung, aus Liebe zu unserem unglücklichen Vaterland und weil ich aus dem Weltkrieg gelernt habe, daß es besser und vernünftiger ist, die Völker vertragen sich miteinander, als daß sie sich gegenseitig den Schädel einschlagen!

Dann knöpfte der kampferprobte Heerführer sich den kriegerischen Pastor Maurenbrecher vor, der in seiner „Deutschen Zeitung" schon wieder die Volkserhebung, den Krieg Deutschlands gegen Frankreich fordert. Diese Leute, die sich einbilden, man könnte mit Gewehren und Pistolen Krieg führen gegen Tanks, schwere Kanonen, Luftschiffe und Gasgranaten, muß man immer fragen, ob und wo sie den Krieg mitgemacht haben. Der alte General gab die Antwort selbst: Diejenigen, die jetzt am schneidigsten mit dem Mund vorneweg sind, waren im Kriege am weitesten hinten! Der nächste Krieg wird so anfangen, wie der frühere aufgehört hat, mit weittragenden schweren Kanonen, mit Tanks und mächtigen Flugzeuggeschwadern, die furchtbare Giftgranaten abwerfen können, deren Wirkung weit über alles hinausgeht, was wir im Weltkrieg erlebt haben. Die Entente verfügt über das entsetzliche Vernichtungsmittel Levisit, gegen das keine Gasschutzmaske Schutz gewähren kann. Sie hat an Waffen, Soldaten und Rüstungsindustrie alles, was Deutschland fehlt. Ein neuer Krieg würde unser Land zu einem schrecklichen Trümmerhaufen machen. Wer sein Vaterland und sein Volk liebt, kann ihm heute keinen Krieg wünschen. Wenn Maurenbrecher zur Volkserhebung gegen Frankreich aufruft, so leitet er nur Wasser auf die Mühlen Poincarés. Das ist nicht nur Wahnsinn, das ist ein Verbrechen am deutschen Volke, und solche Leute tun so, als hätten sie den Patriotismus mit Löffeln gegessen. Das deutsche Volk verlangt jetzt von der Regierung eine positive, aufbauende Tat. Die ist nur möglich, wenn Deutschland dem Völkerbund beitritt und dort die Ansprüche geltend macht, die es auch aus dem Versailler Friedensvertrag erheben kann. Das gilt zum Beispiel für die Forderung einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen, die auch von anderen mächtigen Mitgliedern des Völkerbundes gegen den französischen Widerstand erhoben wird. Im Völkerbund könnte Deutschland diejenigen Friedenssicherungen herbeiführen, die Frankreich den unwahrhaftigen Vorwand nehmen, daß die offene oder verschleierte Annexion des Rheinlandes die einzige Sicherung gegen deutsche Gewaltpläne sei.

Sollte Frankreich wirklich der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund widersprechen, so würde es sich damit nur selbst isolieren.

Besondere Bedingungen sollten an den Aufnahmeantrag nicht geknüpft werden; es steht zweifellos fest, daß Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied aufgenommen wird, wenn es zum nächsten Termin, zum September d. Js. den Antrag stellt.

Professor Dr. Veit Valentin erläuterte die bisherige Tätigkeit des Völkerbundes, um damit die in Deutschland weitverbreitete Meinung zu widerlegen, daß der Völkerbund lediglich ein Machtinstrument der Entente sei. Die Einrichtungen des Völkerbundes könnten vielmehr der ganzen Welt zum Segen gereichen, wenn durch Deutschlands Eintritt der Einfluß derjenigen Kräfte verstärkt würde, die ihn zu einer völkerverbindenden und völkerversöhnenden Macht machen wollen.

Dr. Hans Simons deckte schonungslos alle die großen Mängel, Schwächen und Sünden auf, mit denen der Völkerbund in seiner bisherigen Wirksamkeit sich den Ruf verscherzt hat, ein wahrer Völkerbund zu sein. Gerade wegen dieser Unvollkommenheiten verlangte er aber den Eintritt Deutschlands, damit die Idee Europa mit größerer Aussicht auf Erfolg im Völkerbund lebendig gemacht werden könne.

Die Möglichkeit dazu sei angesichts der jüngsten Entwicklung der englischen Politik gegeben und die deutsche Regierung dürfe nicht wieder die Politik der verpaßten Gelegenheiten treiben.

General v. Schoenaich kennzeichnete derb und eindrucksvoll das Narrentum jener Kriegshetzer in Deutschland, die sich noch nicht daran gewöhnen können, daß wir in einer Umwälzung leben, wie sie die Welt kaum je gesehen hat. Aus der Tollhauswirtschaft, die der Weltkrieg über die ganze Welt gebracht hat, könne nicht ein neuer Krieg hinausführen, sondern nur der ehrliche Wille zum friedlichen Ausgleich.

Nachstehend der Wortlaut der im Bericht erwähnten Briefe an die „Deutsche Liga für Menschenrechte":

Lysaker bei Christiania, den 13. 7. 1923.

Ich bedaure sehr, daß es mir nicht möglich ist. der Versammlung Ihrer Gesellschaft am 17. Juli

beizuwohnen. Ich hoffe, daß es Ihnen gelingen wird, für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wirkungsvolle Propaganda zu machen. Meiner Meinung nach ist dies jetzt mehr als je vorher notwendig: Die Lage Deutschlands wie auch Europas wird ja immer schlechter, und ich sehe keine andere Lösung, als ein zielbewußtes Zusammenarbeiten aller Nationen um eine mögliche und wirklich wünschenswerte Lösung der großen Probleme zu finden. Nach meiner Überzeugung gibt es kein besseres Mittel als durch den Völkerbund, ein schon existierendes Organ, das, ob auch unvollkommen, doch entwickelt werden kann, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Deutschland in dem Völkerbund einen ganz anderen Einfluß auf die Zukunft Europas wie auch auf die Zukunft Deutschlands ausüben kann, als wenn es sich außerhalb des Bundes hält. Ich meine, daß jetzt die Zeit ist, die benutzt werden muß, falls man nicht zu spät komme und ein großes Unglück geschehen ist, und ich verstehe nicht, daß dies nicht jedem denkenden Menschen ganz klar ist. Ich brauche nicht zu sagen, daß, falls Deutschland sich meldet, wird es von den meisten Seiten mit Begeisterung begrüßt werden als ein sicheres Zeichen, daß auch Deutschland sein Teil zu einer friedlichen Lösung der schweren Probleme Europas beitragen will. Ich kann es nur wiederholen, daß die leitenden Politiker in Deutschland jetzt handeln müssen, ehe es zu spät wird, und es wird eine schwere Verantwortlichkeit sein, nicht dieses Mittel zu versuchen, um die beste Lösung zu finden.

Fridtjof Nansen.

Zu meinem Bedauern bin ich verhindert, an der heutigen Versammlung teilzunehmen, obgleich ich in der Öffentlichkeit gern meine Stimme für den Beitritt zum Völkerbund erhoben hätte.

Trotz der furchtbaren Ereignisse an Ruhr und Rhein bin ich der Meinung, daß Deutschland für die diesjährige Septembertagung des Völkerbundes seinen Eintritt ins Auge fassen sollte. Viel ist schon versäumt, weil es nicht früher geschah. Vielleicht hätte manche Auseinandersetzung nicht zu den Schärfen führen können, die wir jetzt erleben. Es ist ja möglich, daß Frankreich unserer Aufnahme widerspricht, aber das würde nicht uns, sondern Frankreich selbst vor der ganzen Welt kennzeichnen. Würde aber unser Beitritt erfolgen, dann wird Deutschland bei der Regelung aller zukünftigen Fragen der Reparation, der Minderheitsrechte usw. unter viel günstigeren Umständen seine Ansichten vertreten können.

Ich stehe also nach wie vor auf dem Standpunkt, den ich im vorigen Jahr bei der Parteitagung der sozialdemokratischen Partei in Augsburg vertrat und der ja dort auch einstimmige Aufnahme gefunden hat, Deutschland muß Mitglied des Völkerbundes werden.

Mit den besten Wünschen für einen guten Erfolg Ihrer Versammlung, bin ich

Ihr ergebener

Paul Löbe.

Die Schaffung einer kräftigen interstaatlichen Organisation bedeutet nach meiner Überzeugung die Erfüllung einer Lebensbedingung für Europa. Wenn der Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund dies Ziel fördern kann, so ist es unsere Pflicht, in diesem Sinne zu arbeiten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. A. Einstein.

Eine Umfrage über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund in der „Hilfe".

Dem Beispiel der „Friedens-Warte" folgend, veranstaltet auch die von Friedrich Naumann gegründete „Hilfe" in einer stark vergrößerten Nummer eine Umfrage über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, in der u. a. Senator Dr. Petersen, Prof. Schücking, Reichsminister a. D. Schiffer, Abg. Erkelenz, Frau Dr. Bäumer und von Ausländern der frühere schwedische Ministerpräsident Branting, Prof. Ruyssen etc. etc. diese brennende Frage erörtern.

Knilling und Baldwin über Krieg und Abrüstung.

Beim Stahlhelm-Tag, der kürzlich in München stattfand, zu dem neben Forstrat Escherich, dem Führer der ehemaligen Einwohnerwehr, General Ludendorff und Prinz Leopold, auch der Ministerpräsident Knilling erschienen war, erklärte dieser, wie die „Voss. Ztg." berichtet, in einer Ansprache, daß er an der Lauterkeit der Stahlhelmbestrebungen nie gezweifelt habe. Er glaube auch an das Vertrauen, das einer national gerichteten Regierung entgegengebracht werde. Und besonders betonte er: „Wir brauchen den männlich starken vaterländischen Frontgeist. Ein Volk, das sich dem Defaitismus und dem Pazifismus ausliefert, verzichtet auf Weltgeltung und Weltbehauptung".

Es ist höchst lehrreich, diesen Äußerungen des bayrischen Ministerpräsidenten die einen grundverschiedenen Geist atmenten Worte gegenüber zu halten, die wenige Tage darauf der englische Premier Baldwin in Beantwortung des Abrüstungsantrags sprach, den die unaufhaltsam vorwärtsdrängende Arbeiterpartei im Unterhause eingebracht hatte. Er führte aus, daß es darauf ankomme, die kriegerischen Instinkte mit Stumpf und Stil auszurotten, um jenen Willen zum Frieden zu erreichen, der allein imstande sei, die Abrüstung zu erreichen. Und während auf die Rede Knillings ein Vorbeimarsch der Stahlhelm-Leute vor dem Armeemuseum folgte, endete die Debatte im englischen Unterhaus mit dem Beschluß, die Regierung aufzufordern, beim Völkerbund zum frühest möglichen Zeitpunkt ihren Einfluß für eine allgemeine Abrüstung zur Geltung zu bringen.

Wie soll Deutschland aus seinem Elend herauskommen, wenn dieselben, die seine militärische Niederlage verschuldet haben, heute seine geistige Niederlage organisieren durften?!

Eine Hassrede Ludendorffs.

Wie Schweizer Zeitungen berichten, hielt General Ludendorff auf dem Festkommers des akademischen Turnerbundes in München am 20. Juli eine Ansprache, die unter anderem folgende bezeichnende Sätze enthielt: „Die deutsche Art verlangt von der Jugend Ehrfurcht vor dem Alter, der Erfahrung und dem Verdienst und von uns allen glühende Liebe für unser Vaterland, Haß und Rache gegen die Feinde. Turnen ist nur ein Mittel zum Zweck. Deutscher Turner sein, bedeutet ein Kämpfer und kriegsfertiger, Bereiter für das Deutschland zu sein, das den Deutschen gehört. Stärken wir die Faust und den Geist. Der Geist ist es, der die Faust hebt und niederfallen läßt auf das Haupt der Feinde des Vaterlandes."

Kardinal Faulheber gegen Nationalismus.

In einer großen Versammlung in München, der er einen Bericht über seine amerikanischen Eindrücke gab, sagte Kardinal Faulheber, der ehemals in ganz anderen Tönen sprach, unter anderem:

„Es wird eine große Aufgabe unseres Volkes werden, wieder Beziehungen seelischen Austausches zu anderen Völkern zu finden. Dazu wird es notwendig sein, sein Vaterland zu lieben, sein Heimatvolk zu lieben, gerade in der Stunde der Not. Aber diese Liebe zum eigenen Volk muß nicht als Kern den Haß und die Verkleinerungssucht gegenüber anderen Völkern haben. Namentlich werden wir uns klar werden müssen: Wenn wir aller Welt gegenübertreten mit dem Bewußtsein des auserwählten Volkes, das keine Fehler machen kann, so werden wir uns niemals die Herzen aufschließen und nie die Wege der Volksversöhnung finden. Es gilt auch im Völkerleben — wer sagt, er sei ohne Sünde, der ist ein Lügner. Wir werden lernen müssen, daß auch wir Fehler gemacht haben und Fehler machen können."

Es wäre zu wünschen, daß der Münchener Erzbischof die Konsequenzen seiner neuen Einsicht in jeder Hinsicht entschlossen zu Ende denkt.

Ein „Friedenstempel" in Berlin.

In Berlin-Halensee, Markgraf-Albrechtstraße 11/12 geht eine neue Synagoge mit 1500 Sitzen, Chor und Orgel ihrer Vollendung entgegen und wird Ende August eingeweiht. Sie soll den Namen „Friedenstempel" führen und wird außer dem üblichen Gottesdienst der Pflege des Weltfriedens gewidmet sein. In die Liturgie ist ein dementsprechendes Gebet aufgenommen. Die Synagoge ist der privaten Initiative Prof. A. Goldbergs, Berlin, zu verdanken. Als Rabiner fungiert Dr. Benno Gottschalk, bisher Rabiner der Gemeinde Posen.

Der „Friedenstempel" wird sich aber nicht mit dem Namen begnügen, sondern in praktischer Weise für den Weltfrieden arbeiten. Damit greift das Judentum zum erstenmal tatkräftig in die Weltfriedensbewegung ein, nachdem dieser Gedanke theoretisch bereits sehr lange im jüdischen Schrifttum verankert ist.

Österreich: Gerettet oder dupiert?

Die sehr interessante, in ihren Zielen ebenso maßvolle, wie in ihren Ansichten maßgebende New Yorker Wochenschrift „The New Republic", veröffentlichte kürzlich einen, mit Nathaniel Peffer gezeichneten Artikel, der die Frage erörtert, ob Österreich gerettet oder dupiert sei? Im Wesentlichen führt der objektive Verfasser Folgendes aus:

Man hört in aller Welt, daß der sterbende österreichische Staat zum Wiederaufleben erweckt und auf den Pfad des Wohlstandes und Glückes gebracht worden sei. Und zwar dank der Anleihen, die der Völkerbund in großmütiger Weise zu Stande gebracht. Tatsächlich ist alles wahr, was gerühmt wird. Die Münze ist stabilisiert, die Banknotenpresse ist still gelegt, Selbstvertrauen und Vertrauen kehren wieder, das Kapital wandert nicht mehr aus, Sparkassengelder und Bankdepots nehmen zu, Regierungsanleihen werden gezeichnet. Der Staat spart, das Budget-Defizit ist reduziert. Österreich ist aus dem Schlimmsten heraus. Nahrung ist in Fülle da, wenn auch teuer, überall keimen Zukunftshoffnungen auf.

Schauen wir uns nun auch die Reversseite dieser günstigen Verhältnisse an. Der Preis für die Stabilisierung des Geldwertes sind 400 000 Arbeitslose oder nur zum Teil Beschäftigte, deren Kinder von der Wohltätigkeit leben, die von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisiert worden ist. Ein Brot kostet 6 500 Kronen oder 9 Cents, und alle Preise steigen trotz der schlechten wirtschaftlichen Lebensbedingungen. Die Armut und das Elend der Kinder erinnern an die Slums von Chicago, nur daß es sich hier um Handwerker und die untere bürgerliche Klasse handelt. Unter den Angestellten befinden sich Witwen, einst der oberen und Mittelklasse angehörig, die für 15 Dollars den Monat arbeiten. Von den Gebildeten der akademischen Laufbahn können sich die Wenigsten einen neuen Anzug einmal in zwei Jahren anschaffen, es gibt viele, die seit dem Kriege kein Buch kaufen konnten. Die Massen in Österreich haben für die stabile Währung und das balancierte Budget einen schrecklichen Preis zahlen müssen. Von dieser Seite der Sache hört man aber weniger aus dem Munde des offiziellen Wien und der unbedingten Völkerbund-Enthusiasten. Nun ist es richtig, daß die Festigkeit der Währung die Vorbedingung war, einen Zusammenbruch zu verhüten, und daß die Deflation dem Lande Kosten auferlegen muß. Nur sollten diese gleichmäßig alle Schichten der Bevölkerung belasten, nicht nur die Ärmsten. Und außerdem die dauernde Solvenz Österreichs begründen! Was der Völkerbund plant, ist eine internationale Anleihe, um Österreich in den Stand zu setzen, zwei Jahre lang seine Verwaltungs-Ausgaben zu bestreiten, ohne die Banknotenpresse in Anspruch zu nehmen. Dafür sind harte Bedingungen dem Lande auferlegt, das auf seine Souveränität verzichten muß. Seine Finanzen werden kontrolliert. Das Parlament hat, praktisch genommen, abdiziert. Gesetze werden erzwungen, der Vertreter des Völkerbundes ist tatsächlich Diktator.

Durch den Frieden von 1919 hat Österreich seine Lebensbedingungen eingebüßt. Von den Zollschranken der Nachbarn ummauert, kann es weder die notwendigen Rohstoffe einführen noch genügend exportieren, um Nahrung und Kleidung zu bezahlen. Keine der Existenzhemmungen ist vom Völkerbund beseitigt worden. Denn sie liegen auf dem Gebiete der hohen Politik. Das einzige, was Österreich aus dem Zusammenbruch gewann, waren bessere ökonomische Verhältnisse für die Arbeitermassen. Auch diese Errungenschaft wird vom General-Kommissär des Völkerbundes bekämpft: Österreich soll wieder das Paradies der Bankiers und Industriellen werden, noch glänzender als in den patriarchalischen Tagen der Habsburger. Der Bund ist die Katzenpfote. Was der reaktionäre Mgr. Seipel nicht allein auszuführen wagt, gestützt auf die erz-radikalen Klerikalen und die überreichen Bankdirektoren, geschieht unter dem Zwang des Bundes und des Dr. Zimmermann, der Niemandem in Österreich Rechenschaft abzulegen braucht. So ist zu fürchten, daß das von Steuern überbürdete Land nach den zwei Jahren den Kredit aufgebraucht haben und wieder dort stehen wird, wo es am Anfang war. Damit ist nicht gemeint, daß der Völkerbund nicht hätte intervenieren sollen. Sondern es soll nur auf die falsche Auffassung hingewiesen werden. Der Bund gibt sich als Deckmantel her für reaktionäre Umgestaltungen. Das Problem Österreich ist nicht gelöst. Täuschen wir uns in Europa und Amerika, täuschen wir auch das österreichische Volk nicht mit dem Glauben, daß wir es von einer tötlichen Krankheit kurieren, indes wir in Wirklichkeit blos seine Pickeln einpudern. Das wäre verhängnisvolle Torheit und Heuchelei!

Enttäuschung über die Ergebnisse des letzten Pan Amerikanischen Kongresses in Santiago-Chile.

Das Organisationskomitee des Internationalen pan-

amerikanischen Kongresses erließ am 8. Mai eine Erklärung des Inhalts:

Eine Zusammenkunft von Vertretern der Vereinigten Staaten, Mexikos, Cubas, Zentral-Amerikas, Panamas und Kanadas im Hause eines Mitgliedes des Organisationskomitees des neuen Internationalen Pan Amerikanischen Komitees, die alle an der Förderung des Zusammenschlusses auf dem amerikanischen Kontinent und an dem Frieden und Fortschritt Nord- und Südamerikas und der Welt interessiert sind, beauftragten den früheren Generaldirektor der Panamerikanischen Union, John Barrett, bekanntzugeben, daß eine Erklärung beschlossen wurde des Inhalts, es sei die einstimmige Ueberzeugung dieser Organisatoren des Kongresses — die auch die öffentliche Meinung hierin wiedergebe, daß der offizielle 5. Pan-Amerikanische Kongreß, der soeben in Santiago abgehalten worden sei, zwar einiges Gute erreicht habe, aber inbezug auf seine größeren Ergebnisse eine tiefe Enttäuschung gewesen sei, zumal inbezug auf Abrüstung, schiedsgerichtliche Entscheidung internationaler Streitigkeiten und sonstige panamerikanische politische Korperation, auch hinsichtlich der Beteiligung Canadas an dem nächsten Kongreß.

Der Beweis sei erbracht, sagte die Resolution, für die unbedingte Notwendigkeit einer neuen, populären inoffiziellen panamerikanischen Bewegung und Organisation, um die öffentliche Meinung in ganz Amerika für einen weitergehenden, praktischen panamerikanischen Zusammenschluß zu erwecken und zu ersichern. J. M.

Ein Verbot des Unterseeboot-, Luft- und Giftgaskriegs.

Der amerikanische Senator Borah schlägt vor, daß angesichts des neuen Wettrüstens wieder eine Konferenz der führenden Mächte einberufen werde, da die Washingtoner Konferenz als Fehlschlag zu betrachten sei, soweit praktische Ergebnisse im Sinne einer Rüstungsverminderung in Frage stehen. „Das Wettrüsten ist wieder in vollem Schwunge. Wir dürfen uns aber nicht entmutigen lassen", sagte er.

„Schon während der Abrüstungskonferenz war klar, daß die subtilen, finsteren, falschen, unermüdlichen und gewissenlosen Militaristen sich auf Umwegen das zu erreichen bemühten, was sie offen nicht zu erstreben wagten: namentlich die Ergebnisse der Konferenz völlig zunichte zu machen."

„Wir müssen die Axt an der Wurzel des Baumes anlegen, wir müssen vorgehen wie Lincoln gegen die Sklaverei vorging, nicht versuchen sie zu beschränken oder einzudämmen, sondern zum Verbrechen zu stempeln, sie ungesetzlich zu erklären. Solange ein paar Leute sicher und ungestört in ihren auswärtigen Ämtern sitzen und Pläne zur Ausbeutung von Völkern und die Wegnahme von Rohstoffen aushecken und dadurch neue Kriege herbeiführen und ungestraft bleiben können, bleibt unser Kampf für den Frieden vergeblich. Trotz der furchtbaren Lehren des Weltkrieges gibt es jetzt wieder Leute, die genau das Gleiche tun, was früher geschah: eine Rüstungspolitik befolgen, die zu neuem Blutvergießen führen muß. Wie es ein Verbrechen ist, innerhalb des Staates jemand zu töten, so muß das jetzt vollständig legitime Verfahren, im Krieg Millionen von Menschen zu töten, für ungesetzlich erklärt werden."

Um aber das zu erreichen, müssen wir eine neue Konferenz haben, um den Krieg zu Luft, mit Unterseebooten und Giftgasen einzuschränken oder unmöglich zu machen. J. M.

„Nie wieder Krieg!" in Amerika.

Nach einer Meldung aus Washington fand am 28. und 29. Juli in 2500 Städten und 54 Staaten eine Propaganda-Aktion mit der Losung: „Gesetz, nicht Krieg" statt. Die Bewegung wird u. a. unterstützt von Hughes, Bryan und verschiedenen religiösen Organisationen und Frauenverbänden.

Japans Drängen auf Herabsetzung der Rüstung.

Wie dem Berner „Bund" aus Tokio gemeldet wird, machte die japanische Marineverwaltung England und den Vereinigten Staaten den Vorschlag, ein Abkommen abzuschließen, welches gestatten würde, die Verträge von Washington in Kraft zu setzen, ohne vorerst deren Ratifikation durch Frankreich und Amerika abzuwarten.

Zusammenfassung der pazifistischen Kräfte.

Wie die „Mitteilungen der Deutschen Friedensgesellschaft" — das offizielle Communiqué des „Mouvement pacifiste" in verkürzter Form wiedergebend — berichtet, hat, veranlaßt durch eine vom II. Internat. Demokrat. Kongreß in Wien angenommenen Resolution, das Berner Bureau eine Anzahl verwandter internationaler Organisationen zu einer Besprechung geladen, die unter dem Vorsitz von Henri La Fontaine am 2. Juni in Basel stattfand. Vertreten waren das Berner Bureau, der Internationale Freimaurer-Bund, der Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit und (aber nur zur Information) die Interparlamentarische Union. Verhindert waren verschiedene grundsätzlich zustimmende Organisationen. Dazu gehörten insbesondere der Verband der internationalen Gesellschaften in Brüssel, das Internat. Demokr. Aktionskomitee und sicherlich auch die Internationale Liga für Menschenrechte. Man einigte sich sehr rasch auf einstimmige Annahme der von La Fontaine gemachten Vorschläge. Es wird eine Internationale Zentrale für Zusammenfassung der Kräfte („Centre Internationale de Coordination", abgekürzt „C. I. C.") geschaffen, die lediglich internationale Organisationen umfassen soll. Auf Konferenzen, die jährlich zweimal (im Bedarfsfall, auf Antrag von drei Organisationen, öfter) stattfinden sollen, kann sich jede Organisation durch höchstens drei Abgeordnete vertreten lassen. Die Beschlüsse dieser Konferenzen sollen sich auf alles erstrecken, was dazu dient, die pazifistische Arbeit wirksamer zu machen, aber durchaus nur konsultativen Charakter haben, ohne die Selbstständigkeit der Organisationen anzutasten. Die Geschäftsführung wird dem Berner Bureau übertragen. Hoffentlich führen die Beschlüsse zu einer Verständigung der pazifistischen Arbeit und schließen sich die noch abseits stehenden Organisationen (insbesondere der Weltbund der Völkerbundligen, die Katholische Internationale, der Internationale Gewerkschaftsbund) dieser ebenso losen wie nützlichen Vereinigung recht bald an.

Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft.

Die „Mitteilungen der Deutschen Friedensgesellschaft" geben bekannt:

„Das Deutsche Friedenskartell hat für dieses Jahr auf die Veranstaltung eines „Deutschen Pazifistenkongresses" verzichtet. Um so wichtiger wird die ordentliche Hauptversammlung der Friedensgesellschaft sein, die nach Beschluß der Geschäftsleitung vom 5. bis 7. Oktober in Magdeburg stattfinden soll.

Auf der Tagesordnung sind außer den Rechen-

schaftsberichten (darunter einem Bericht des neu angestellten politischen Sekretärs) die Fragen „Gewaltanwendung — passiver Widerstand — Völkerbund" gesetzt. (Referenten für Punkt 1 und 2: Rudolf Goldscheid; für Punkt 3: Dr. Hans Simons. Die drei Themata sollen in der Aussprache getrennt behandelt und doch in einen inneren Zusammenhang gebracht werden, der sich, einerlei, wie die Lage im Oktober sein mag, schon durch die Bezugnahme auf die Ruhrbesetzung ergeben wird. — Bei dem Problem der Gewaltanwendung wird es sich einerseits um das Recht der Landesverteidigung und um die vollstreckende Gewalt des Völkerbundes, andererseits um die Organisation einer bewaffneten Abwehr gegen die Gefahr gewaltsamer innerer Umwälzungen, insbesondere gegen die Faszistengefahr handeln.

Auf Wunsch der Freunde in Westdeutschland ist noch das Thema „Föderalismus" auf die Tagesordnung gesetzt worden und die ursprünglich nur für den 6. und 7. Oktober geplante Versammlung auf drei Tage (5.—7.) ausgedehnt worden, besonders auch, um Zeit für die Besprechung organisatorischer Fragen (in denen das Problem „Föderalismus" auch eine Rolle spielen wird) zu gewinnen."

Internationale Tagungen.

Vom 4. bis 10. August 1923 tagte in Freiburg i. Br. der 3. Internationale demokratische Friedenskongreß. Der erste dieser Kongresse hat im Dezember 1921 in Paris, der zweite im September 1922 in Wien stattgefunden. Die Kongresse sind von dem bekannten französischen Abgeord. Marc Sangnier angeregt und sollen der internationalen Friedensbewegung dienen. Der dritte Kongreß wird sich mit den brennenden Problemen der Überwindung des Krieges und des materiellen und moralischen Aufbaues zu befassen haben.

Die 21. Interparlamentarische Konferenz findet vom 15.—17. August in Kopenhagen statt. Auf der Tagesordnung stehen: Parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik (Mataja-Österreich); Kolonialmandate (van Kol, Niederlande); Abrüstung (Munch, Dänemark); Minderheitsrechte und -Pflichten (Ulsteri, Schweiz); Wirtschafts- und Finanzfragen; Schaffung eines internationalen Hilfsvereins für die von Unglücksfällen heimgesuchten Bevölkerungen (Ciraolo, Italien).

Die Generalversammlung des Berner Friedens-Bureaus (genauer: die Generalversammlung des Internationalen Verbandes der Friedensgesellschaften) findet, nachdem der Rat beschlossen hatte, dieses Jahr den „Weltfriedenskongreß" ausfallen zu lassen, vom 15.—18. September in Basel statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Propaganda (Entwicklung der alten, Gründung von neuen Gesellschaften. Zusammenarbeit der friedenerhaltenden Kräfte); 2. Aktualitäten (Reparationsproblem, moralische und wirtschaftliche Abrüstung, Naher Orient); 3. Änderungen in der Satzung des Völkerbundes; 4. Verwaltungsfragen.

Im November 1923 wird in Rom der neunte Internationale Studentenkongreß des Studenten-Weltbundes „Corda Fratres" abgehalten werden. Der Kongreß fällt mit dem 25. Jahrestag der Gründung der internationalen Studentenvereinigung zusammen, die im Jahre 1898 durch den damaligen Studenten der Rechte, Giglio Tos erfolgte; Dr. Tos wird auch an dem Kongreß teilnehmen.

Dokumente der Friedensbewegung.

Wortlaut der Friedenskundgebung des Papstes in seinem Schreiben an den Kardinal Staatssekretär Gasparri.

„Herr Kardinal! Als Wir Sie am Anfang Unseres Pontifikates voll Sorge um die jetzigen und voll Furcht um die künftigen Übel in einem für die Ruhe Europas und des Heiles der Menschheit entscheidenden Augenblick beauftragten, den Vertretern der in Genua zur Beratung versammelten Völker unsere Gefühle und Wünsche auszudrücken, luden Wir auch zur Überlegung ein, wie sehr sich das Elend und die drohenden Verhältnisse Europas verschlimmern würden, wenn jeder Versuch einer aufrichtigen Versöhnung und dauernden Verständigung mißlingen würde.

Nach kaum mehr als einem Jahr braucht nicht gesagt zu werden, wie sehr sich Unsere Befürchtungen bewahrheitet haben. In dieser kurzen Zeit haben sich die internationalen Beziehungen nicht nur nicht gebessert, wie man nach der Konferenz von Genua erwarten durfte, sondern sie haben sich eher noch verschlimmert, so daß sie zu neuen ernsten Befürchtungen für die Zukunft Anlaß geben. Welches Herzeleid Uns das zufügt, wissen Sie, Herr Kardinal, sehr gut als täglicher Zeuge und Mitarbeiter Unserer Bemühungen. Als gemeinsamer Vater und Oberhaupt der gesamten christlichen Familie können Wir gegenüber der Not und den Gefahren Unserer Kinder nicht gleichgültig bleiben, nach dem Beispiel des hl. Paulus, der sagte: „Wer wird schwach, ohne daß ich schwach werde, wer wird geärgert, ohne daß ich entbrenne?"

Indem wir nun mit allen Unseren Kräften und allen Mitteln, die Unsere Kinder zu diesem Zwecke in Unsere Hand legen, uns bemühen, die so großen und allgemeinen Nöte der Gegenwart zu lindern, müssen Wir eine jede sich Uns bietende Gelegenheit benützen, um auf irgend eine Weise an der pflichtmäßigen Aufgabe der heiß ersehnten Versöhnung und der Erneuerung der Völker und Individuen in Christo mitzuwirken.

Wenn daher eine Regierung der meistbeteiligten Mächte neue Vorschläge und diplomatische Besprechungen vorbereitet, um eine freundschaftliche Lösung der Frage zu finden, die das Zentrum Europas und daher unvermeidlich alle anderen Völker beschäftigt, halten wir es für Unsere Pflicht, wieder Unsere selbstlose und unparteiische, sowie für alle wohlwollende Stimme zu erheben, wie es sich für den gemeinsamen Vater aller geziemt. Eingedenk der ernsten Verantwortung, die in diesem Augenblick auf Uns und jenen lastet, die die Geschicke der Völker in den Händen haben, beschwören Wir daher Euch, noch einmal die verschiedenen Fragen und namentlich die Frage der Wiedergutmachungen mit jenem christlichen Geiste zu prüfen, der die Gefühle der Gerechtigkeit mit jenen der sozialen Menschenliebe vereinigt, auf die sich die Vervollkommnung der menschlichen Gesellschaft stützt. Falls der Schuldner zur Tilgung der schweren Schäden, die einst blühende Gegenden mit ihren Bewohnern erlitten haben, seinen festen Willen beweist, zu einer gerechten und endgültigen Verständigung zu gelangen, indem er ein unparteiisches Urteil über die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit anruft und die Verpflichtung übernimmt, den Schiedsrichtern jedes Material der Wahrheit und genauen Kontrolle

zur Verfügung zu stellen, erfordern Gerechtigkeit und soziale Menschenliebe ebenso wie das Interesse der Gläubiger und der Völker selbst, die der Kämpfe müde sind und sich nach Ruhe sehnen, daß vom Schuldner nichts verlangt wird, was er nicht geben kann, ohne dadurch seine eigenen Hilfskräfte und seine Leistungsfähigkeit mit nicht wieder gutzumachenden Schäden für ihn und seine Gläubiger zu beeinträchtigen, was die Gefahr sozialer Störungen in sich bergen würde, die ganz Europa in das größte Unglück stürzen und Haß hervorrufen würde, der eine ständige Drohung mit neuen Konflikten werden würde.

Ebenso gerecht ist es, daß die Gläubiger ihren Guthaben entsprechende Garantien für sie lebenswichtige Zahlungen erlangen. Sie müssen erwägen, ob es zu diesem Zwecke notwendig ist, auf jeden Fall Gebietsbesetzungen aufrecht zu erhalten, die sowohl der besetzenden Macht als auch dem besetzten Gebiete schwere Opfer auferlegen, oder ob es nicht ratsam wäre, sie dann auch allmählich durch andere ebenso wirksame und gewiß nicht so gehässige Sicherungen zu ersetzen. Wenn beiderseits diese friedliche Absicht geteilt wird und folglich die Härten der Besetzung ein Ende nehmen und die Besetzung allmählich vermindert wird, bis sie ganz aufhört, so könnte endlich jene aufrichtige Völkerversöhnung erreicht werden, die die unerläßliche Vorbedingung auch für den von allen erwähnten wirtschaftlichen Wiederaufbau bedeutet.

Eine solche Versöhnung und ein solcher Wiederaufbau ist eine derartig große Wohltat für die siegreichen und besiegten Völker, daß kein erforderliches Opfer zu schwer sein sollte, um sie zu erlangen. Aber weil eben diese Wohltat so großartig ist, muß sie einzig und allein durch die außergewöhnliche Gnade Gottes erlangt werden, von dem eine jede gute Gabe und jedes vollkommene Geschenk kommt. Wir richten daher die Bitte an Gott, in dessen Hand die Herzen der Regierenden liegen, und laden die christlichen Völker zu dem gemeinsamen inbrünstigen Gebete ein, damit Gott allen friedliche Gedanken und nicht Betrübnis einflöße und mit den friedlichen Gedanken auch die herzlichen Absichten zu einer Verwirklichung und die Kraft zu ihrer Vollendung eingebe. Dann werden wir auch zur gemeinsamen Freude die Bitte verwirklicht sehen, die die Kirche in der Liturgie ihren Diener auf die Lippen legt: Gib, o Herr, so bitten wir, daß der Weltenlauf auf dein Geheiß sich für uns friedlich vollziehe und deine Kirche sich ruhiger Frömmigkeit erfreue.

Indem Wir den Ausdruck dieser Wünsche und Gedanken, die Wir schon oft ausgesprochen haben, wiederholen, erteilen Wir Ihnen, Herr Kardinal, von Herzen den Apostolischen Segen.

Aus dem Vatikan, 24. Juni 1923.

Pius XI., P. M.

Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft an den Deutschen Reichstag.

Die unterzeichnete Deutsche Friedensgesellschaft erlaubt sich die Aufmerksamkeit des Deutschen Reichstages auf den großen Ernst der Situation im Ruhrgebiet zu lenken, wie sie ihn nach Beratungen mit Vertretern aus dem besetzten Gebiet in dem beigefügten Briefe an den Herrn Reichskanzler dargelegt hat.

Die Frage des passiven Widerstandes droht zu einem ernsten Hindernis für die notwendige Verständigung zu werden. Die französische Regierung erklärt, vor der bedingungslosen Aufgabe des passiven Widerstandes nicht in sachliche Verhandlungen eintreten zu können; die deutsche Regierung dagegen erklärt es für ausgeschlossen, den passiven Widerstand aufgeben zu können, bevor nicht das Ruhrgebiet geräumt sei oder sie wenigstens die Sicherheit der Räumung habe.

In Erinnerung an die schweren Folgen des Beharrens auf einem ähnlichen Prestigestandpunkt, das während des Weltkrieges eine rechtzeitige Verständigung der kämpfenden Gegner verhindert hat, und geleitet von dem ernsten Streben, die notwendige Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu fördern, begrüßt die unterzeichnete Organisation die englische Idee, den Abbau des passiven Widerstandes gegen Kompensationen zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen. Sie hat daher unter ausführlicher Begründung an den Herrn Reichskanzler die Forderung gerichtet, durch eine unzweideutige Erklärung der Bereitschaft zu solchen Verhandlungen die Verständigung über die Beendigung des Ruhrkrieges zu erleichtern. Sie betrachtet es als die Pflicht des Deutschen Reichstags, in gleichem Sinne auf die Reichsregierung einzuwirken.

Berlin, 22. Juni 1923.

Deutsche Friedensgesellschaft
Präsidium:
(gez.) Hellmut v. Gerlach,
L. Quidde, Dr. Helene Stöcker.

Beilage.

Schreiben an den Herrn Reichskanzler
vom 22. Juni 1923.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Die unterzeichnete Deutsche Friedensgesellschaft fühlt sich angesichts der täglich ernster werdenden Lage Deutschlands und nach ihrer Kenntnis der Verhältnisse im Ruhrgebiet gedrängt, die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf die folgenden Tatsachen zu lenken:

Im Gegensatz zu den Kohlen-Industriellen, die erst durch die Verfügung des Reichskohlen-Kommissars von der Kohlenlieferung für die Franzosen abgehalten wurden, haben die Arbeiter und Angestellten des Ruhrreviers vom ersten Tage des französisch-belgischen Einmarsches gemäß den Beschlüssen der Internationalen Gewerkschaftskongresse von Rom und vom Haag die Arbeit unter fremden Bajonetten abgelehnt. Der deutsche Pazifismus hat den passiven Widerstand als ein durchaus pazifistisches Abwehrmittel gegen militaristische Machtpolitik von Anfang an öffentlich gutgeheißen. Aber er hat ebenso wie die Massen der arbeitenden Bevölkerung von vornherein verlangt, daß der passive Widerstand ergänzt werden müsse durch eine aktive Regierungspolitik — aktiv in dem Sinne, daß ein für unparteiische Kreise des Auslandes annehmbares deutsches Reparationsangebot unter gebührender Belastung der deutschen Sachwertbesitzer erfolge. Mehr als einmal hat auch die Regierung das Versprechen einer aktiven Verständigungspolitik — in Unterredungen mit den Gewerkschaftsführern und öffentlich — gegeben.

Auf diese Aktivität der deutschen Politik haben wir und die Ruhrbevölkerung Monate hindurch leider vergebens gewartet, obwohl, wie nachträglich bekanntgegeben wurde, amtliche englische Kreise der deutschen Regierung in demselben Sinne rieten. Als endlich das deutsche Angebot vom 2. Mai herauskam, war es so unzureichend, daß es selbst die deutschfreundlichsten Kreise des Auslandes schwer enttäuschte. Auch das zweite Angebot entsprach nicht dem, was die Not der Stunde verlangte und die Leistungsfähigkeit der Sachwertbesitzer gestattete.

Inzwischen ist die Lage immer ernster geworden. Der durch ein ebenso nichtiges wie kostspieliges Manöver der Reichsbank im Januar künstliche vorübergehend aufgehaltene Sturz der Mark hat jetzt katastrophalen Umfang angenommen. Der Dollar ist von ca. 8000 bei Antritt der jetzigen Regierung auf über 100 000 gestiegen. Die Teuerung wird täglich unerträglicher. Als Lohn für die beispiellose Aufopferung sind die breiten Massen in Not und Elend gestürzt. Es drohen vernichtende soziale Erschütterungen.

Noch schlimmer als im unbesetzten Deutschland ist die Lage im Ruhrrevier. Dort potenzieren sich die sozialen Mißstände. Zu dem furchtbaren Druck der militärischen Besatzung kommt noch manche deutsche sogenannte Abwehrmaßregel (Boykott der von den Franzosen betriebenen Eisenbahnen, Sperrung des Telephonverkehrs, Verbot des Verkehrs mit den französischen Amtsstellen, Grußverbot für die Polizei, das die Ausweisung der Polizei zur Folge hatte und damit eine der Voraussetzungen für die Ruhrunruhen wurde), um die Zustände den Bewohnern noch unerträglicher zu machen. Man hat überhaupt der Bevölkerung Dinge zugemutet, die auf die Dauer undurchführbar waren, und damit ihre Opferwilligkeit geschwächt. Durch die Art der Verteilung der Ruhr- und Kredithilfe sind weite Kreise gegen die Regierung und die sie beeinflussenden Führer des Wirtschaftslebens erbittert. Hierzu kommen die sich häufenden nationalistischen Akte gewalttätiger Sabotage, die deutsches Eigentum zerstören und deutsche Menschenleben gefährden, von den Besatzungsbehörden mit rücksichtslosen Repressalien gegenüber der unschuldigen Bevölkerung vergolten, aber von gewissen deutschen Amtsstellen anscheinend recht wohlwollend beurteilt werden. Auch hat man eine Propaganda sich breit machen lassen, die oft leichtfertig mit den Tatsachen umging und nur zu häufig den Stempel der Verhetzung trug. Jedenfalls ist die Reichsregierung diesen Ausschreitungen nicht mit dem Nachdruck entgegengetreten, der im Interesse des friedlichen passiven Widerstandes notwendig war. Diese Akte verbrecherischer Aktivität, wie eine wenig verantwortungsbewußte „Kriegsberichterstattung", die gefährliche Illusionen über Dauer und Erfolgsmöglichkeiten des Ruhrkampfes erzeugt hat, stärken nicht den passiven Widerstand, sondern kompromittieren und erschüttern ihn. Denn die breiten Schichten empfinden diese Sabotageakte, verbunden mit der zum großen Teil eigensüchtigen Haltung der deutschen besitzenden Schichten, wie sie klar und unverhüllt in dem Angebot der deutschen Industrie zum Ausdruck kam, als einen Dolchstoß in den Rücken der passiven Resistenz, eines erfolgreichen Kampfes für eine auch für Deutschland tragbare Lösung des Ruhr- und Reparationsproblems. Mit dem bloßen Schlagwort vom „Durchhalten" ist es heute so wenig getan wie im Sommer und Herbst 1918. Noch steht die deutsche Ruhrfront. Aber sie kann nicht ewig stehen. Der passive Widerstand ist nicht Selbstzweck, nur Mittel zum Zweck. Sein Aufgeben kann nicht Vorbedingung, nur Gegenstand der Verhandlungen sein. Ein Kompromiß muß möglich sein. Ob es im Wege der sogenannten Unsichtbarmachung der Besetzung, in dem der etappenweisen Räumung des Ruhrreviers, in dem der Kompensationen (Kohlenlieferung nach Frankreich gegen Aufhebung der Sperre im besetzten Gebiet, gegen Rückkehr der Ausgewiesenen und Freilassung der von Frankreich wegen politischer Vergehen verurteilten Deutschen) oder sonstwie erfolgt, das ist eine Frage der Diskussion selbst. Jedenfalls muß durch eine Haltung der deutschen Regierung, die eine Unterstützung der deutschen Aktion durch die anderen interessierten Mächte ermöglicht, die intransigente Haltung Poincarés paralysiert werden.

Der deutsche Pazifismus hat während des Weltkrieges für einen rechtzeitigen Verständigungsfrieden — ohne Sieger und Besiegte — leider vergeblich gekämpft. Es wäre das Ende der Einheit Deutschlands, es würde Chaos und Bürgerkrieg bedeuten, wenn nicht durch eine ehrliche, den wirklichen Verhältnissen entsprechende Politik unverzüglich der Ausgang aus dieser Lage gefunden würde. Es ist Sache der jetzigen Regierung (die es zu dem Ruhrkrieg hat kommen lassen und die daher auch die Verantwortung für den Ausgang auf sich zu nehmen hat) den Weg dazu zu eröffnen. Nicht Prestigepolitik, die im Weltkriege so unheilvoll den rechtzeitigen Abschluß verhindert und damit dem Frieden von Versailles vorgearbeitet hat, sondern Politik des praktisch allein Möglichen ist das Erfordernis der Stunde. Gerade wenn gewisse nationalistische und kapitalistische Kreise Frankreichs die Zerstörung Deutschlands zum Ziel haben, wie aus der Unterstützung der Bestrebungen zur Loslösung Bayerns und des Rheinlandes z. B. hervorgeht, muß umsomehr die deutsche Politik ihr Ziel darauf richten, diese Gefahr durch eine baldige, für alle Schichten, auch für die breiten Massen erträgliche und damit die Einheit sichernde Lösung abzuwenden.

Diese Lösung würde durch einen freiwilligen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erleichtert werden. Deutschland sollte ihn sich nicht aufzwingen lassen, sondern selbst anbieten und fordern.

Angesichts des erschütternden Ernstes der Lage für unser Volk erfordern unsere Worte Gehör. Wir sprechen sie aus nicht in erster Linie allein als Vertreter des deutschen Pazifismus, sondern im vollen Bewußtsein der Verantwortung für die Gesamtheit, für die Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, im Namen der gewaltigen Mehrheit der arbeitenden und leidenden Bevölkerung des Ruhrreviers, mit der wir ständig in engster Fühlung stehen. Auch dieses Schreiben ergeht an Sie, nachdem wir mit einer Reihe berufener Vertreter der arbeitenden Bevölkerung Rheinland-Westfalens gemeinsame Beratung gepflogen haben.

Diese Beratung hat uns in der Meinung bestärkt, daß eine rasche Verständigung herbeigeführt werden und auch über das Aufgeben des passiven Widerstandes gegen Kompensationen verhandelt werden muß. Deshalb fordern wir von der Reichsregierung sofort eine unzweideutige Erklärung der Bereitschaft, den Abbau des passiven Widerstandes, soweit er auf Regierungsanordnungen beruht, zum Gegenstand von Verhandlungen unter den oben angeführten Modalitäten zu machen.

Genehmigen Sie, Herr Reichskanzler, den Ausdruck unserer ausgezeichneten Hochachtung

Das Präsidium der Deutschen Friedensgesellschaft.

Eingabe des Deutschen Zweiges der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit an die Regierung der deutschen Republik. (Z. H. des Herrn Reichskanzlers Dr. Cuno.)

Herr Reichkanzler!

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Frei-

heit, deren Aufgabe es ist, Verständigung zwischen den Völkern und dem eigenen Volke herbeizuführen, sieht in den Hetzen der chauvinistisch-völkischen Kreise und in den sich in letzter Zeit mehrenden Sabotage-Akten im besetzten Gebiete, dem Werfen von Bomben, der Sprengung von Eisenbahnübergängen, Brücken und Tunnellen eine schwere Gefährdung der Durchführung des passiven Widerstandes, ein gewissenloses Spiel mit Menschenleben, eine Schädigung deutschen Eigentums und eine unnütze Reizung der französischen Truppen und Regierung.

Der deutsche Zweig der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit weiß durch seine Mitarbeiterinnen im besetzten Gebiet — nicht etwa aus der Presse, die ihm nicht als verlässige Quelle seiner Information gilt —, daß die ohnehin so schwere Lage der Bevölkerung durch diese Vorkommnisse bis zur Unerträglichkeit gesteigert wird und daß die Bevölkerung das unverantwortliche Treiben der Chauvinisten, das jedesmal letzten Endes von ihr gebüßt werden muß, mit aller Schärfe ablehnt.

Gestützt auf diese Haltung der Bevölkerung, fordern Endesunterzeichnete die Regierung auf:

unverzüglichst und nachdrücklichst der weitesten Öffentlichkeit bekanntzugeben, daß die Regierung und die Bevölkerung aller besetzten Gebiete dieses Vorgehen auf das Entschiedenste verurteilt und daß alle Personen, die bei der Ausführung oder bei der Vorbereitung solcher Sabotageakte betroffen werden, sowie solche, die ihnen durch Anstiftung, Unterstützung, durch Begünstigung oder Beihilfe irgendwelcher Art Vorschub leisten, unnachsichtlich bestraft werden.

Die Erregung im besetzten Gebiet ist auf beiden Seiten, bei Franzosen und Deutschen, auf den Siedepunkt gelangt. Aufgabe und Pflicht der Regierung ist es, dafür Sorge zu tragen, daß deutscherseits alles vermieden wird, was kurz vor dem Ziele die Parole des passiven Widerstandes durchkreuzt und zu erneuten Sanktionen Veranlassung gibt. Es ist die deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiet, es sind deutsche Kinder, Frauen und Männer, welche die Opfer jeder durch solche Gewaltakte hervorgerufenen Gegengewaltmaßnahmen werden. Es sind deutsche Kinder, Frauen und Männer, die angesichts der dauernden Entwertung deutschen Geldes völliger Existenzunsicherheit entgegengehen.

Wir fordern zum Schlusse nochmals, unserm Ersuchen zu entsprechen und uns mitzuteilen, auf welche Weise ihm Rechnung getragen worden ist.

Die Beauftragten der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, deutscher Zweig:

Anita Augspurg,
Lida Gustava Heymann.

Für das Zentralbureau der Liga:
(gez.) Gertrud Baer.

Für die Gruppen der Liga im besetzten Gebiet:
(gez.) Else Scheuer.

LITERATUR UND PRESSE.

Bericht von Dr. Hans Wehberg.

Max Huber, Staatenpolitik und Evangelium, Zürich 1923, Schulthess & Co., 36 S.

Der berühmte Schweizer Völkerrechtslehrer, Mitglied des ständigen internationalen Gerichtshofs, veröffentlicht hiermit einen im Herbst 1922 vor dem Pfarrkapitel Andelfingen gehaltenen Vortrag. In geistvoller Weise setzt er sich mit einer Reihe bedeutsamer Fragen auseinander, ganz besonders auch mit dem Antimilitarismus und der Dienstverweigerung. Huber anerkennt auch de lege ferenda ganz allgemein das Recht des Staates auf Selbstverteidigung, weil der vorhandene Zustand der Übermacht des Stärkeren nicht durch den Verzicht seitens der Schwachen und Friedfertigen gebessert werden könne, sondern nur durch einen allgemeinen Abbau des Kriegsgeistes und der Kriegsmittel sowie durch den Aufbau einer zwischenstaatlichen Organisation. Er will — hier sind seine Darlegungen vielleicht ein wenig aphoristisch — nicht zugeben, daß die Notwehr des Staates und des Einzelmenschen etwas grundsätzlich Verschiedenes ist. (Vgl. darüber meinen Aufsatz auf S. 70 des Märzheftes 1923 der „Friedens-Warte"). Immerhin verkennt er nicht die schweren Gewissenskonflikte, die bei ernsten und sittlich wertvollen Menschen dadurch entstehen können, daß sie es ablehnen, andere Menschen zu töten, und sich dadurch in Widerspruch mit der Rechtsordnung ihres Staates setzen. Er sagt: „In grundsätzlicher Beziehung kann nur das Eine gesagt werden: die sittliche Pflicht geht der rechtlichen vor, die ewige der zeitlichen. Die Antwort im einzelnen Falle zu geben ist jedoch oft sehr viel schwerer, als es sich manche radikalen Ethiker und Schwärmer vorstellen, nicht nur weil wir über das was sittliche Pflicht ist, im Ungewissen sein können, sondern noch mehr, weil wir auch sittliche Pflichten gegenüber der Gemeinschaft haben, in die uns Gott hineingestellt hat." (S. 34 ff). Huber hat also einerseits ein gewisses Verständnis für die persönliche Überzeugung der Dienstverweigerer, aber er spricht ihnen anderseits das Recht ab zu verlangen, daß die Gemeinschaft vor dem Einzelnen kapituliere. So verteidigt er letzten Endes die herrschende Auffassung und steht mit beiden Füßen auf dem Boden des Staates.

Huber kommt zu diesem Standpunkte, weil er trotz aller Sympathie für den Pazifismus in Bezug auf die Weiterentwicklung, namentlich hinsichtlich des Tempos der Weiterentwicklung infolge der allerdings sehr traurigen Erfahrungen der Nachkriegszeit Pessimist ist. Aber wir, die wir einer jüngeren Generation angehören, wollen nicht nur diesen Pessimismus bekämpfen, in uns und bei anderen, sondern wir wollen so radikal wie möglich sein, um den Krieg aus dem Leben der Völker auszuschalten. Wir wollen die seit dem Weltkrieg im Keime zur Entstehung gelangte Weltrevolution auf dem Gebiete des Völkerrechts mit allen Mitteln fördern, und die Idee der Gemeinschaft ist uns ein so wertvolles Gut wie die des Staates. Der Kampf zwischen den Staaten und seinen egoistischen Ansprüchen einerseits und der Idee der Völkerorganisation andererseits hat begonnen, und die fortschrittlichen Kräfte der Welt, vorläufig allerdings noch schwach organisiert, werden es einfach über kurz oder lang nicht zulassen, daß ein Staat zu seiner Selbstverteidigung kriegerische Mittel anwendet. Ist der Appell an Recht und Gerechtigkeit wirklich etwas, was in naher Zukunft ohne Wirkung in der Welt bleiben und weniger schwer wiegen wird als die Berufung auf die Kanonen?

Möge die vorliegende Schrift, der wir zwar nicht zustimmen, deren hohen Standpunkt wir aber unbedingt anerkennen müssen, Viele zum Nachdenken über die bedeutsamsten Fragen des Pazifismus veranlassen.

Louis Paul Lochner, Die staatsmännischen Experimente des Autokönigs Henry Ford, München 1923, Verlag für Kulturpolitik, 231 S.

In seinem „Kriegstagebuch" (II S. 200) hat sich Alfred H. Fried über das Fordsche Experiment eines Friedensfeldzuges dahin geäußert: „Keinen guten Eindruck von dem Unternehmen. Verschwommener Dilettantismus, der zeitgemäß ist, aber der Sache schaden wird." Aus den vorliegenden Erinnerungen des damaligen Generalsekretärs der Fordschen Friedensmission gewinnt man den Eindruck, daß dieses Urteil doch ein wenig zu hart war. Gewiß, die Ausführung des Unternehmens war zwar unzureichend vorbereitet. Aber es war doch eine des Versuches werte Idee, durch die spontane und bizarre Propaganda des Friedens, wie sie in der Entsendung eines „Friedensschiffes" bestand, die Geister in Europa auf die baldige Beendigung des Friedens hinzulenken. „Weihnachten aus dem Schützengraben!" das war die Idee, die Ford zur Inscenierung seines Friedensfeldzuges im November 1915 veranlaßte, Anfangs war Ford wirklich von seiner Idee begeistert. Aber die Hintermänner seines Trusts wußten ihn immer mehr in ihre Kreise zurückzuziehen, und schon bei der ersten Landung des Schiffes in Stockholm verließ er seine Mission fluchtartig bei Nacht und Nebel. Später entzog er ihr sogar immer mehr die notwendigen Mittel, ohne Rücksicht darauf, ob die Verpflichtungen, die seine Beauftragten in seinem Namen gegenüber neutralen Gelehrten usw. eingegangen waren, gebrochen wurden. Trotzdem hat die Fordsche Unternehmung nach der Flucht ihres Begründers weiter gewirkt; sie hat vor allem die neutrale Konferenz in Stockholm veranlaßt, die wichtige Grundgedanken für die baldige Beendigung des Friedens und eine zukünftige Völkerorganisation ausarbeitete. In dem Kreuzzug der Pazifisten für die Wiederversöhnung der Völker während des Weltkrieges nimmt das Fordsche Unternehmen einen wichtigen Platz ein. Das Buch Lochners beschreibt in fesselnder Weise die tausend Einzelheiten der merkwürdigen Friedensfahrt. Das Buch liest sich wie ein fesselnder Roman. Historisch interessant sind besonders die beiden ausführlich wiedergegebenen Unterredungen Lochners mit Präsident Wilson über Friedensmöglichkeiten. Auf Ford selbst, der nach Zeitungsmeldungen gewaltige Anstrengungen machen soll, um Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika zu werden, fällt durch diese Veröffentlichung ein sehr bedenkliches Licht. Ein so unzuverlässiger Charakter wie Ford an der Spitze einer der bedeutsamsten Großmächte, das wäre eine Möglichkeit, wie sie nur der Teufel für die geplagte Menschheit auszudenken vermöchte.

Les Origines et l'oeuvre de la Société des Nations, Kopenhagen 1923, Gyldendalske Boghandel, tome I, 608 S.

Das vorliegende Sammelwerk ist von dem früheren Kriegsminister Munch im Auftrage des Rask-Orstedfonden — eines von der dänischen Regierung und dem dänischen Parlamente 1919 gestifteten Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Dänemark und den anderen Ländern — herausgegeben worden. Der Verfasser hat es verstanden, sich eine Fülle von Mitarbeitern aus zahlreichen Ländern zu verschaffen, die in der Hauptsache den pazifistischen oder doch völkerbundfreundlichen Kreisen entstammen. Unter den Autoren seien Chr. L. Lange, Scelle, Aulard, Schücking, Struycken, Rappard, Hymans und Bourgeois besonders erwähnt. Der erste Band behandelt in erster Linie die Vorgeschichte des Völkerbundes und die Beziehungen der einzelnen Länder zu ihm. Hymans berichtet ferner zusammenhängend über die Tätigkeit des Völkerbundrats.

Ohne auf die Einzelheiten des überaus wertvollen, eine wahre Fundgrube für den Völkerbundforscher darstellenden Werkes einzugehen, möchte ich auf einen Irrtum hinweisen, der Prof. Aulard in seinem Aufsatze „La France et la Société des Nations" unterlaufen ist. Anläßlich der Haager Friedenskonferenzen spricht Aulard von der grausamen Enttäuschung angesichts der Haltung Deutschlands gegenüber der „établissement d'un système d'arbitrage qui pût réellement prévenir une grande guerre". Diese Darstellung übersieht, daß es sich auf beiden Haager Friedenskonferenzen nur darum gehandelt hat, Fragen zweiten Grades der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit zu überweisen und daß das System der Schiedsgerichtsbarkeit, das Lebensfragen der Völker pflichtmäßig entscheiden konnte, von allen Großmächten abgelehnt wurde. Die Haltung Deutschlands im Haag war ohne Zweifel sehr bedenklich, sicherlich am bedenklichsten von allen Staaten. Aber es geht nicht an, bei dieser Kritik über das hinauszugehen, was gerechterweise Deutschland vorgeworfen werden kann. Das dient nicht der im Interesse des Pazifismus so dringend notwendigen Verständigung der Völker. Man sollte gerade in pazifistischen Kreisen mit Vorwürfen gegen andere Völker vorsichtig sein und die Schlagwörter, mit denen die Kriegspropaganda der Entente die Völker so lange belogen hat, nicht leichthin nachsprechen.

Archiv der Friedensverträge, Band I, herausgegeben von H. Dorn, A. Mendelsohn-Bartholdy, Niemeyer, Partsch, Roediger, Rosenbaum, Mannheim 1923, J. Bensheimer, III u. 258 S.

Barclay, Sir Thomas, Gambetta and Bismarck: An imaginary Conversation, reprinted from the Fortnightly Review, 23 S.

Barclay, Struycken und E. Kaufmann, Studien zur Lehre von der Staatensuccession, drei Gutachten. (Abhandlungen zum Friedensvertrage, 5. Heft), Berlin 1923, Vahlen, 156 S.

Brockhaus, Handbuch des Wissens, dritter Band, L—R, Leipzig 1923, F. A. Brockhaus, 774 S.

Comote-Rendus Complets du I. et du II. Congrès Démocratique international, enthalten in der Zeitschrift „La Démocratie", Paris, Nr. vom 25. janvier 1922 (S. 235—386) und 10. Nov./10. Décembre 1922 (S. 97—260).

Evans, Lawrence B., Leading Cases on International Law, sec. edit., Chicago, 1922, Callaghan and Company, XXV u. 852 S.

Fouques Duparc, Jaques, La Protection des Minorités de Race, de Langue et de Réligion, Etude de Droit des gens, Préface de Lapradelle, Paris 1922, Dalloz, IV u. 369 S. (Eine der wertvollsten Studien der neueren Literatur über das Minderheitenrecht).

Haenisch, K., Lassalle, Mensch und Politiker Berlin S. W. 11, 1923, Fr. Schneider, 148 S. (Kein bedeutendes, aber der Popularisierung Lassalles gute Dienste leistendes Buch. Charakteristisch ist, daß H. die Stellung Lassalles zum Pazifismus so gut wie ganz unerörtert läßt, aber eingehend nachzuweisen versucht, daß Lassalle ein guter Deutscher gewesen.)

Heyland, Karl, Die Rechtsstellung der besetzten Rheinlande, (Handbuch des Völkerrechts, herausgegeben von Prof. Stier-Somlo, II. Band 7. Abt.) Stuttgart 1923, W. Kohlhammer, 271 S. (Begrüßenswerte Neuerscheinung, in deren Rahmen

auch eine Fülle wichtiger allgemeiner völkerrechtlicher Fragen und so aktuelle Probleme wie die Rechtsgültigkeit des Versailler Friedens behandelt werden.)

Hudson, Manley O., The Codification of International Law through the League of Nations, an address before the American Branch of the International Law Association, New York City, January 27, 1923, 8 S.

Jaspar, Les Réparations et la Ruhr, Discours, Bruxelles 1923, Imprimerie van Buggenhoudt, 21 S.

Kantorowicz, Herm., Der Völkerbund im Jahre 1922, Sonderdruck aus der „Zeitschrift für Politik", XIII/1, 16 S. (Außerordentlich instruktiv).

Kluyver, C. A., La Hollande, membre de la Société des Nations, réimprimé de „Grotius", Annuaire international pour 1923, S. 91—130, Haag, Nijhoff.

Kumsteller, Geschichtsbuch für die deutsche Jugend, Leipzig 1923, Quelle & Meyer, 287 S. (Ein sehr bedenkliches Erziehungsbuch!)

Kunz, Joseph L., Völkerrechtswissenschaft und reine Rechtslehre, (Wiener Staatswissenschaftliche Studien, Neue Folge, Band III), Wien 1923, Fr. Deuticke, 86 S. (Diejenigen, die sich mit Kelsens Lehre befassen wollen, kann die vorliegende Schrift als treffliche Einführung empfohlen werden. Namentlich das Schlußkapitel, worin der Verfasser sagt: „Der Völkerrechtler muß internationale Gesinnung besitzen", zeigt den trefflichen Geist, mit dem Kunz an die Probleme herangegangen ist).

Lamszus, Das Menschenschlachthaus, Visionen vom Krieg, I. und II. Teil, 61—70 Tausend, Volksausgabe, Leipzig 1923, Ernst Oldenburg, 156 S.

Levermore, League of Nations, Second Year Book, Brooklyn-New York 1922, The Brooklyn Daily Eagle, 423 S.

Machadoy Ortega, Luis La Enmienda Platt, Estudio de du aliance e interpretacion y doctrina sobre su aplicacion, La Habana 1922, Imprenta „El Siglo XX" 151 S.

Neumeyer, Der Fall Mumm vor dem gemischten deutsch-französischen Schiedsgericht, Mannheim 1923, J. Bensheimer, 47 S.

Proudhon, P. J., Bekenntnisse eines Revolutionärs (von 1848), Berlin 1923, E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung, 391 S.

Rapport du Conseil administratif de la Cour Permanente d'arbitrage en 1922, La Haye, Bureau International de la Cour Permanente d'arbitrage, 41 S.

Satow, L., Hypnotismus und Suggestion, Kulturpsychologische Betrachtungen, 4.—8. Aufl., Leipzig 1921, Ernst Oldenburg, 192 S.

Union Interparlamentaire, Compte-Rendu de la XX. Conférence, tenue à Vienne, Genève 1922, XV u. 498 S.

Wehberg, H., Das Paßwesen, zweite umgeänderte Auflage, München-Gladbach 1923, Volksvereinsverlag, 55 S. (Staatsbürgerbibliothek Heft 63).

Revue de Droit international et de Législation comparée, Bruxelles, 1923. Nr. 1: Charles de Visscher, La Procédure de conciliation devant la Société des Nations (S. 21—36); Derselbe, La session de Grenoble de l'Institut de Droit international (S. 96 bis 107); Nisot, Les renonciations aux options de nationalité prévues par les traités de paix (S. 121 bis 125).

Die Eiche, Vierteljahrszeitschrift für soziale und internationale Arbeitsgemeinschaft. (Chr. Kaiser, Verlag, München) Januar/April 1923. Siegmund Schultze, Die soziale Erneuerung des Christentums und die Einheit der Kirche (S. 1—14); Knut B. Westman-Upsala, Zur Geschichte der kirchlichen Einheitsbestrebungen (S. 14—31); Schenke, Samuel Pufendorf und die kirchlichen Einheitsbestrebungen (S. 31—35); Guthke, Kirchliche Einheitsbestrebungen in England (S. 35—39); Schreiber, Allgemeine Konferenz für praktisches Christentum (S. 39 bis 42); Wohlfahrt, Religion und Wirtschaft (S. 47 bis 51) usw. usw.

Die neue Generation. 3./4. Heft. Olga Misar, Kriegsdienstverweigerer in Österreich. (S. 73—78).

Le Mouvement Pacifiste, Berne, Mai und Juin 1923. Le X. Congrès Francais de la Paix. (S. 46—55); Scelle, Rapport sur l'évolution possible et désirable de la Société des Nations (S. 63—68); L'Occupation de la Ruhr et la Société des Nations (S. 73 bis 76).

La Paix par le Droit, Nimel, Avril und Mai 1923. Jules L. Puech, Assemblée Générale de la Paix par le Droit (S. 137—145); Ruyssen, Les femmes et la Paix (S. 185—187); Marie-Louise Puech, L'action féminine et la Société des Nations (S. 188—195); Marguerite Thibert, Saint-Simoniennes et Pacifistes (S. 196—200).

Advocate ob Peace, Washington, April, May, June, July 1923. Das Maiheft ist dem ständigen internationalen Gerichtshof gewidmet und enthält Kundgebungen von Harding, Hughes, Lodge, Borah, Pepper und Root betr. die Stellung Amerikas zum Gerichtshof.

International Conciliation. New York, 1923. March: Documents regarding the european economic situation. April: Goodrich, The evolution of Sowjet Russia, an address. May: The United States and the permanent court of international justice.

Die Menschheit, Ludwigsburg bei Stuttgart, 1923. Fr. W. Foerster, Streiflichter zur gegenwärtigen Lage. (in fast jeder Nummer); Hohenlohe-Schillingsfürst, Zur Lage (Nr. 28) usw. usw. In der ständigen Rubrik „Die Woche im Leben der Menschheit" findet man stets wertvolles Material und treffliche Anregungen.

Société des Nations: Actes de la troisième Assemblée, Genève 1922, 8 Bände, von denen zwei die Protokolle der Plenarsitzungen und 6 der Kommissionssitzungen enthalten.

Leser der „Friedens-Warte" in Chemnitz und Umgebung werden zwecks Zusammenschlusses gebeten, ihre Adressen an Dr. Leo Münz, Chemnitz, Germaniastr. 8 bekannt zu geben.

Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Goldscheid in Wien, Dr. Hans Wehberg, Berlin; für den Anzeigenteil: J. Klebinder, Berlin.
Druck von Gustav Feller, Neubrandenburg.

Aus Privatbesitz sind zu verkaufen:

Aristophanes, Werke (Droysen), (1881)
Auffenberg-Komarow, Aus Österreichs Höhe und Niedergang (1921)
Benseler, Griech.-deutsches Wörterbuch (1904)
Munk, Geschichte der griechischen Literatur (1879)
Muzik-Perschinka, Kunst und Leben im Altertum (1909)
Pflugk-Harttung, Erwachen der Völker (Befreiungskriege)
Teuffels, Geschichte der römischen Literatur (1882)
Wilamowitz, Wackernagel u. a., Die griechische und lateinische Literatur und Sprache (1905)
Christ, Geschichte der griechischen Literatur (1898)
Schanz, Die römische Literatur in der Zeit der Monarchie bis auf Hadrian. 2 Bände. (1899/1901)
Stolz und Schmalz, Lateinische Grammatik (1900)

(Vorstehende 3 Werke aus „Handbuch der klassischen Altertumswissenschaft", herausg. v. Iwan Müller.)

Aus **„Oncken, Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen":**

Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreichs und der Befreiungskriege. 2 Bände.
Das Zeitalter der Restauration und Revolution 1815—1851.
Geschichte des 2. Kaiserreichs und des Königreichs Italien.
Bundesstaat und Bundeskrieg in Nordamerika.
Geschichte der orientalischen Angelegenheit (Zeitraum des Pariser und Berliner Friedens).
Das Zeitalter Kaiser Wilhelm I. 2 Bände.

∴ ∴ Diese acht Bände werden nur zusammen abgegeben. ∴ ∴

Sämtliche Werke in **Originalhalblederbänden** und **tadellos, wie neu,** erhalten. Anfragen an den

Verlag der „Friedens-Warte"

Wertvolle Bücher

Gediegene Ausstattung — wohlfeile Preise

Präsident T. G. Masaryk

Das Neue Europa

Ein bedeutsames Dokument zur Zeitgeschichte!
Preis (Grundzahl) Mk. 2,—.

Werke von Dr. B. Kellermann:

Die Ethik Spinozas
Ueber Gott und Geist
450 Seiten Gr.-8⁰
Preis (Grundzahl) M. 5,—
in vornehmem Geschenkband M. 6,50

Das Ideal
im System der
Kantischen Philosophie
430 Seiten Gr.-8⁰
Holzfreies Papier
Preis (G.-Z.) M. 4,—, eleg. geb. M. 5,50

Die Friedensbewegung

Unter Mitarbeit von 64 hervorragenden in- und ausländischen Vertretern des Pazifismus herausg. von **Kurt Lenz** und **Walter Fabian**
350 Seiten Gr.-8⁰, Preis (Grundzahl) M. 4,50
Das grundlegende Buch der Friedensbewegung!

Aus dem Vermächtnis des XIX. Jahrhunderts
Philosophische Aufsätze
von
Prof. Dr. Julius Goldstein
Preis (Grundzahl) M. 1,20

Aus der Chronik
der
Herzogin von Sagan
(Herzogin von Talleyrand
Tagebuchblätter aus den Jahren 1840 – 1862
Herausg. von Fürstin Anton Radziwill
480 S. Gr.-8⁰, eleg. geb. Preis (G.Z.) M. 5,—

Deutsche Eigenart
und
Deutsche Schicksale

Zwölf Bücher deutscher Geschichte
Von Geh. Rat Prof. Dr. Karl Fischer
450 S. Gr.-8⁰, Preis eleg. geb. (G.-Z.) M. 5,50
— Alle Preise unverbindlich. —

C. A. Schwetschke & Sohn, Verlag, Berlin W 30

...gang September/Oktober 1923 Heft ...

41.605
FR
v. 23 9-10

DIE FRIEDENS-WARTE

Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation

Begründet von Alfred H. Fried

Herausgegeben in Gemeinschaft mit

Ludwig Quidde, Walther Schücking, Hans Wehberg

und

Friedrich Hertz

von

RUDOLF GOLDSCHEID

Aus dem Inhalt:

Der Glaube an die Gewalt. Von R. G. / Individuelle und nationale Notwehr. Von J. B. Humanus. / Pazifismus und Kommunismus. Von Kurt Hiller. / Noch einmal die Völkerbundarmee. Von General v. Deimling. / Politik und Wahrheit. Von General v. Schoenaich. / Die Kapitulation und der Kampf gegen die Demokratie. Von R. G. / Gesetz, nicht Krieg. Von R. E. / Friedenswissenschaft. Von John Mez. / Kirche und Pazifismus. Von Pfarrer Bleier. / Versöhnungsopfer des deutschen Volkes an das französische Volk. Von Lilli Jannasch. / Mahatma Gandhi. Von Romain Rolland. / Politische Glossen. Von R. G. / Pazifistische Tagungen. / Aus der Zeit. / Dokumente der Friedensbewegung. / Literatur und Presse.

C. A. SCHWETSCHKE & SOHN
BERLIN W 30

VERLAGSBUCHHANDLUNG
GEGRÜNDET 1729

Die Friedens-Warte

erscheint im allgemeinen monatlich. Bezugspreis dieses Heftes für Deutschland 150 Milliarden, für Österreich 20 000 Kronen. Für das Ausland ganzjährig 12 Schweizer Franken. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten sowie der unterzeichnete Verlag entgegen.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Sendungen für die *REDAKTION* sind zu richten an:
RUDOLF GOLDSCHEID, Wien III, Jacquingasse 45.

Unverlangten Manuskriptsendungen ist stets ein frankiertes, mit Adresse des Absenders versehenes Couvert beizufügen, Anfragen eine frankierte Postkarte.

C. A. Schwetschke & Sohn / Verlag / Berlin W 30
Freisingerstraße 5a. *Postscheckkonto Berlin 39432.*

Inhaltsverzeichnis:

Rudolf Goldscheid, Der Glaube an die Gewalt. **I. B Humanus,** Individuelle und nationale Notwehr. **Dr. Kurt Hiller,** Pazifismus und Kommunismus. **General a. D. Berthold von Deimling,** Noch einmal die Völkerbundarmee. **Generalmajor a. D. Frhr. von Schoenaich,** Politik und Wahrheit. **Rudolf Goldscheid,** Die Kapitulation und der Kampf gegen die Demokratie. **R. E.,** Gesetz, nicht Krieg! **Dr. John Mez,** Friedenswissenschaft. **Pfarrer August Bleier,** Kirche und Pazifismus. **Lilli Jannasch,** Versöhnungsopfer des deutschen Volkes an das französische Volk. **Romain Rolland,** Mahatma Gandhi. **R. G.,** Politische Glossen. — Pazifistische Tagungen. — Aus der Zeit. — Dokumente der Friedensbewegung. — Literatur und Presse. — Bericht von Dr. Hans Wehberg. — Abgeschlossen am 27. Oktober 1923.

Die Redaktion der **„Friedens-Warte"** bittet dringend um **regelmäßige Zusendung von Zeitschriften und Büchern pazifistischen oder verwandten Inhalts des In- und Auslandes,** zwecks Verwertung resp. Bekanntgabe in ihrem Literatur- und Pressebericht.

Heft 11 und 12 werden als Doppelnummer zusammengefaßt Ende Dezember erscheinen und u. a. voraussichtlich folgende Aufsätze enthalten: Generalmajor v. Schoenaich, Bauerntum und Pazifismus. Richter Raimund Eberhard, Die größte Dummheit. Dr. Paul Krische, Die Einheit von Sozialismus und Pazifismus. Otto Ernst Sutter, Nationalisterei und technischer Fortschritt. Dr. Adolf Bischitzky, Esperantismus und Pazifismus. Prof. Richard Eickhoff, Zum Gedächtnis Ernst von Pleners. Martha Steinitz, Ethik und Pazifismus.

Anfang 1924 kommen zugleich die ersten vier Nummern der **„Beihefte zur Friedens-Warte"** heraus. Abonnenten der „Friedens-Warte" erhalten diese zu einem wesentlich ermäßigten Preis. Inhalt:

Heft 1: **Alf. H. Fried, Jugenderinnerungen.**
Heft 2: **G. F. Nicolai, Deutsche Nation und deutsche Kultur.**
Heft 3: **Rudolf Goldscheid, Das Verhältnis der äußeren Politik zur inneren.** (Neuauflage dieser schon Anfang September 1914 erschienenen, während des Krieges in Deutschland verbotenen Schrift.)
Heft 4: **Otto F. Goltz, Quo vadis Europa?**

Bestellungen nimmt der Verlag C. A. Schwetschke & Sohn bereits jetzt entgegen.

Der Postvertrieb der „Friedens-Warte" erfolgt von Neubrandenburg aus.

Der Glaube an die Gewalt.

Erst jetzt sieht man es mit voller Klarheit: Es war wohl ein Kinderspiel für ein paar verbrecherische Dummköpfe den größten Krieg der Geschichte zu entzünden, aber selbst die vereinigte Arbeit der erleuchtetsten Geister der ganzen Welt brachte es noch nicht fertig, die Menschheit wieder zum Frieden zurückzuführen. Hatten die Anhänger des Krieges schon eine gänzlich unzulängliche Vorstellung von der Ungeheuerlichkeit seiner materiellen Zerstörungsgewalt, so erwiesen sie sich als völlig ahnungslos hinsichtlich des Umfanges der seelischen Verwüstung, die seine notwendige Folge ist. Als der Kampf entschieden war und die Kanonen nicht weiter zu sprechen brauchten, da begann man die Bilanz des Krieges zu ziehen, rechnete aus, welche Verluste jedes Volk an Gütern, an Toten, Verwundeten und Verkrüppelten zu beklagen hatte, stellte Ländergrenzen und Reparationsverpflichtungen nach der neuen Machtverteilung fest. Die Aufmerksamkeit richtete sich ausschließlich auf das Politisch-Ökonomische — die grundstürzenden Veränderungen, die der Krieg auf psychischem Gebiete nach sich gezogen hatte und weiter nach sich ziehen mußte, beachtete man hingegen nur ganz nebenbei.

Und doch sind es, wie man heute nicht länger verkennen kann, diese, die alle nach den sorgsamsten Gutachten der Fachleute gefaßten Beschlüsse ungestüm über den Haufen warfen. Wirtschaftlicher Wiederaufbau mitten im unaufhaltsam fortschreitenden, bis ins Innerste greifenden seelischen Zersetzungsprozeß, das ist ein ganz hoffnungsloses Unternehmen. Die ungeheuren materiellen Schäden, die der Krieg verursachte, hätten sich nur gutmachen lassen durch ein entsprechendes Plus an sittlicher Kraft, aber da statt dessen der Krieg uns auch sittlich auf ein weit tieferes Niveau herabsenkte, verschlimmert sich die Lage des Menschengeschlechts unausgesetzt.

Es war das große Wunder des Krieges, daß er uns erst die ganze gewaltige Fülle unseres Reichtums offenbarte. Vor unserem gigantischen Zerstörungswerk ahnten wir garnicht, über welche schier unerschöpflichen Hilfsquellen wir verfügen, zu wie ungeheuren Leistungen jedes Volk bei äußerster Anspannung seines konzentrierten Kollektivwillens fähig ist. Und in noch höherem Maße erschloß sich uns diese Einsicht in den Jahren nach dem Krieg. Wir wissen heute, daß selbst die angestrengtesten und mit allen Künsten der Technik aufs raffinierteste unterstützte Kulturverwüstungsarbeit eines halben, ja selbst eines ganzen Jahrzehnts nicht ausreicht, uns der Natur gegenüber zur Ohnmacht zu verurteilen.

Nicht was der Krieg in der äußeren Welt verwüstet hat, ist somit irreparabel; die Zerstörungen, die er im geistigen Gefüge der Welt anrichtete, sind das schwerste Übel, das uns bedrückt. Es war nicht nur die Macht des technischen Leistungsvermögens, was uns in den vergangenen Jahrzehnten befähigte, immer größere Kulturschöpfungen zu vollbringen, sondern diese waren ebensosehr das Produkt des festeren geistigen Bandes, das Menschen und Völker zusammenhielt. Dieses unsichtbare geistige Band, das aus zuverlässig funktionierenden Institutionen und Gefühlen gebildet wurde, ist infolge des Krieges an den mannigfachsten Stellen verletzt und hat sich dadurch wesentlich gelockert. Die Menschen haben Hemmungen eingebüßt, die ihre wertvollsten Errungenschaften bedeuteten und die umso notwendiger gewesen wären in einer Zeit, wo die wesentlich stärkeren Spannungen, Beanspruchungen, Versuchungen jeden Einzelnen vor außerordentliche Aufgaben stellten. Nichts oberflächlicher, als anzunehmen, bei zerrütteter Massenpsyche sei auch nur eine Wirtschaft möglich, deren Produktivität nicht erheblich zurückginge und die deshalb so zahlreiche lebensnotwendige Bedürfnisse unbefriedigt lassen muß, daß die Menschen in ihrer Verzweiflung über die unerträglichen Entbehrungen von Leidenschaften ergriffen werden, denen sie umso wehrloser gegenüberstehen, je weniger intakt ihre Hemmungen sind.

Warum läßt sich eine Kultur nicht ohne weiteres von einem Volk auf das andere übertragen? Weil es sich bei allen kulturellen Leistungen nicht nur um den äußeren Apparat von technischen Einrichtungen und gesetzli-

chen Bestimmungen handelt, sondern ebenso sehr um die geistige und moralische Reife der einzelnen Individuen und, was nicht minder wichtig ist, um das seelische Gefüge, das sie sozial verbindet. Von dem Zustand, in dem sich jeweilig das seelische Gefüge der Welt befindet, hängt es ab, nicht nur wie viel von der Kultursehnsucht der Menschheit verwirklicht werden kann, sondern auch, in welchem Ausmaß wir unser wissenschaftliches Erkennen und technisches Können zu nutzen vermögen. Wundern wir uns bei wilden Völkerschaften, daß Mord und Totschlag bei ihnen das Alltägliche ist, daß sie außerstande sind, in Frieden nebeneinander zu leben, daß sie vor keiner Grausamkeit bewahrt bleiben, allen Leidenschaften zügellos preisgegeben sind?

Was ist es, was zivilisierte Völker von ihnen unterscheidet? Ihr reiferer Verstand, ihre differenzierte Psyche und eine Einstellung der einzelnen Individuen zu einander, die sich zu Institutionen verdichtet, durch die friedliche Zusammenarbeit und damit ein höheres gesellschaftliches Leistungsvermögen gesichert wird. Kultur ist gleichermaßen ein Produkt des materiellen wie des geistigen Milieus. Auch die besten physischen Anlagen müssen in einem geistigen Milieu verkümmern und entarten, in dem die Möglichkeit gegenseitiger Hilfe im weiten Umfang unterbunden ist, in dem die vorgeschrittenen altruistischen Instinkte in ihrer freien Auswirkung auf Schritt und Tritt gehindert sind. Wir wollen uns nicht mehr an das halten, was uns über die Stufe der Wildheit emporhob und trotzdem der Segnungen der Kultur teilhaftig werden. Das ist aber nicht nur geistig und moralisch, sondern auch wirtschaftlich und technisch unmöglich.

Wenn gerade für diese Zusammenhänge gegenwärtig das geringste Verständnis vorhanden ist, so liefert dies den schlagendsten Beweis dafür, einer wie verhängnisvollen Illusion diejenigen sich hingeben, die glauben, daß Kriege günstige Wirkungen nach irgend einer Richtung hin haben können, daß Kriege fähig sind, irgend ein menschliches Problem zu lösen. Ganz im Gegenteil. Die Wirkung von Kriegen ist in unserer Zeit bei Kulturvölkern nichts als heillose Verwirrung. Nur deshalb gehen wir auch an den verheerendsten Kriegen nicht zu Grunde, weil wir sowohl ihren biologischen wie ihren ökonomischen Folgen besser gewappnet gegenüber stehen, als alle Generationen vor uns. Nicht das Gleiche ist jedoch der Fall hinsichtlich ihrer psychologischen Nachwirkungen.

Noch aus den unzähligen Wunden blutend, die der Krieg ihnen geschlagen und darum naturgemäß von stärkstem Abscheu gegen ihn erfüllt, vermögen sich trotzdem breite Schichten der Bevölkerung in allen Ländern nicht von der Gewaltpsychose freizumachen, die als sein traurigstes Erbe zurückblieb. Ist es doch diese die Welt heute in ihren letzten Tiefen beherrschende Gewaltpsychose, die die Völker nicht zu Frieden und Ordnung kommen läßt. Man gelangt freilich leicht zu einer Überschätzung der Abkehr von der Gewalt, die sich in den Menschen vollzogen hat, weil die Vergewaltigten naturgemäß die lautesten Anklagen gegen das Gewaltsystem erheben. Aber auch sie verfluchen die Gewalt vielfach nur deshalb, weil sie deren Opfer sind, nicht jedoch aus der felsenfesten Überzeugung heraus, daß die Gewalt nie und nimmer den Menschen zum Segen gereichen könne. Beinahe muß man sagen: so instinktmäßig der Mensch sich gegen Vergewaltigung zur Wehr zu setzen sucht, ebenso instinktmäßig neigt er zur Gewalt, wo ihm die Möglichkeit hierzu in die Hand gegeben ist. Dies vor allem ist die Erklärung dafür, warum die Gewalt bisher nicht aus der Welt geschafft zu werden vermochte.

Wie sehr es die tiefe Verwurzelung des Gewaltprinzips im Innersten der menschlichen Psyche ist, die unsere Macht über die Natur herabsetzt, die verhindert, daß unser hochentfaltetes Wissen sich in auch nur annähernd adäquates soziales Können umsetzt, das zeigt sich an nichts deutlicher, als an der völlig verschiedenen Situation, die sich bei Naturkatastrophen und bei Kulturkatastrophen ergibt. Eben wurde Japan von dem entsetzlichsten Erdbeben heimgesucht, das die Geschichte des Menschengeschlechts jemals verzeichnete: mit der moralischen Wirkung, daß sich in der ganzen Welt das lebendigste Mitgefühl entfaltet und in elementarster praktischer Hilfsbereitschaft manifestiert. Amerika stellt trotz aller politischen Gegensätze Kapital und Arbeit in umfassendem Maße zur Verfügung, damit die gewaltigen Schäden so rasch als möglich gut gemacht werden können, und in Japan selber zweifelt niemand daran, daß es der Macht des Geistes gelingen werde, das, was blinde Naturgewalten zerstörten, in entschlossener Zusammenarbeit wieder neu aufzubauen.

In ganz anderer Verfassung ließ uns die Kulturkatastrophe des Krieges zurück. Die Wirkungen, die das Erdbeben in Japan nur bei verkommenen koreanischen Räuberbanden auslöste, daß sie nämlich den unglücklichen

Opfern der Naturkatastrophe das Wenige, das ihnen blieb, noch gewaltsam zu nehmen suchten — diese Wirkung ist in anderen Ausdrucksformen die Haltung, welche sich bei den Kulturvölkern als Ergebnis der Kulturkatastrophe des Weltkrieges herausbildete. Während aber in Japan eine überlegene Ordnungsgewalt dem Treiben der koreanischen Räuberbanden bald ein Ende zu bereiten vermochte, fehlt es in Europa an einer ähnlichen Potenz, die fähig wäre, die moralische Zerrüttung, die das Kriegsbeben hervorrief, kraftvoll und erfolgreich zu bekämpfen. Diejenigen, die berufen wären, als eine derartige überlegene Ordnungsgewalt zu wirken, sind vielmehr trotz aller hochtrabenden idealistischen Phrasen auf das Niveau der koreanischen Räuberbanden herabgesunken. Und wie sehr auch die einen Räuber sich über die Untaten der andern Räuber beklagen — Raub und Mord dauern fort, weil sie die notwendigen Begleiterscheinungen des moralischen Niveaus sind, von dem die Machthaber sich nicht trennen wollen.

Wir müssen die Gewaltpsychose, in die der Krieg die Menschen gestürzt hat, genau so nüchtern und exakt untersuchen und behandeln, wie jede andere Krankheit, die die Menschen überfällt, wie jedes andere Übel unter dem die Menschen leiden. Es wäre oberflächlich, wollten wir das Wesen der Gewaltpsychose nur nach den excessiven Formen beurteilen, in denen sie sich bei den extremsten Parteien auf der Rechten und Linken in allen Ländern äußert. Bei den diesen Gruppen Angehörigen ist die Gewaltpsychose gleichsam eine endemische Krankheit. Sie würden aber über nicht größere Macht verfügen als die koreanischen Räuberbanden nach dem Erdbeben in Japan, wenn die Disposition zur Gewaltpsychose bei der überwiegenden Mehrzahl der Menschen nicht als natürliche Anlage vorhanden wäre, die dann in erregten Zeiten leicht zu weitaus stärkerer Entfaltung gelangt.

Die Disposition zur Gewaltpsychose hat ihre Wurzel im Willen zur unbedingten Voranstellung des eigenen Interesses, welcher aber sowohl unbewußt instinktmäßig als auch durchaus bewußt rational fundiert sein kann. In letzterer Gestalt stellt er das weitaus schwerere Übel dar. Denn rohe Instinkte lassen sich nur durch Intellekt und Erziehung unterdrücken. Kommt ihnen deshalb der Intellekt zu Hilfe, statt sie zu bändigen, so ist die Hölle entfesselt. Nun sind die Menschen aber Gewaltanbeter geblieben, wie die Wilden im Dämonenkult verharren. Wie die Wilden nicht vom Zauberglauben loskommen, so sitzt im Tiefsten unserer Seele noch der Gewaltglaube fest. Ja, dieser Gewaltglaube beherrscht unser Denken in noch viel höherem Maß weiter als unsere Instinkte, die ja vielfach schon gelernt haben, sich unserem Denken zu fügen. Wo aber auch unser Denken versagt, da sind wir verloren.

Und in Bezug auf die Gewalt ist unser Denken noch nicht frei. So wenig, daß sie den Menschen umso mehr imponiert, je unverhüllter sie auftritt; wofern nur der leiseste Hoffnungsschimmer für sie besteht, daß im Endeffekt etwas von ihren Erfolgen auch ihnen zugute kommen werde. In dieser Illusion befangen, sind sie dann auch freudig bereit, äußerlich wie innerlich ihr Letztes für sie zu opfern. Die Schlaueren, die sich von Illusionen nicht so weit fortreißen lassen, sind natürlich erst recht geneigt, jederzeit mit der Gewalt zu paktieren; nur daß sie realere Gerantien für die Berücksichtigung ihrer Interessen beanspruchen, als bloß ideologische Verheißungen. Ihr Gewaltglaube gleicht dem Wunderglauben der Priester, denen ihr Gott seine Allmacht damit beweisen muß, daß er ihren Dienst einträglich gestaltet. Wie sich in den vergangenen Jahrhunderten der gesamte Kampf um den Wunderglauben drehte und unser Denken Schritt für Schritt nur in dem Maß vorwärts kam, in dem es über den Wunderglauben hinauswuchs, so ist es heute der Glaube an die Gewalt, der niedergerungen werden muß, wenn unser Denken neuerlich ein Stück weiter kommen soll.

Heute verlangen die Einen nur aus moralischem Empfinden heraus Ächtung der Gewalt, Bruch mit der Gewalt, während die Andern, ihren Sonderinteressen gemäß eingestellt, wo es ihr Vorteil erheischt, auch vor den brutalsten Gewaltakten nicht zurückscheuen und deswegen die unbedingte Ächtung der Gewalt, den Ersatz der Gewalt durch Recht aufs erbittertste bekämpfen. Aber weder ist die Abkehr von der Gewalt nur eine moralische Forderung, noch bedeutet das Festhalten am Gewaltprinzip lediglich eine politische Angelegenheit. Mit der Entscheidung über das zulässige Maß von Gewalt sind vielmehr zugleich die Grenzen unseres geistigen Leistungsvermögens überhaupt nach jeder Richtung hin unverrückbar abgesteckt.

Man mag z. B. vielleicht den Eindruck haben, daß es sich bloß um ein Ereignis von

untergeordneter politischer Bedeutung handelt, wenn der Völkerbund nicht die Kraft aufbrachte, Mussolini wegen seiner brutalen Vergewaltigung Griechenlands energisch zu Leibe zu rücken oder wenn er tatlos, ja sogar wortlos über das Mörderregime Horthyungarns hinweggeht — sicherlich wäre dies aber eine überaus oberflächliche Auffassung. Im Gegenteil: Gerade diese scheinbar rein politischen Ereignisse offenbaren am deutlichsten, wie es in Wirklichkeit geistig um uns bestellt ist. Indem wir hier die Lösung großer gesellschaftlicher Aufgaben entweder nur durch ein Ausbalanzieren der Gewalten zu lösen versuchen oder überhaupt nicht in Angriff zu nehmen wagen, zeigt sich, daß die Macht des Geistes sofort auf ein sehr tiefes Niveau herabsinkt, sobald irgendwo das Interesse oder die Gewalt mitspielt. Heute heißt es: die Vernunft innerhalb der Grenzen der Gewalt, wie es ehemals hieß: die Vernunft innerhalb der Grenzen des Wunderglaubens. Gewalt geht vor Recht, weil Interesse vor Vernunft geht — weil wir im Letzten noch ebenso gewaltgläubig sind, wie die Generationen vor uns wundergläubig waren, wie die Naturvölker am Dämonenglauben festhalten.

Wir haben den Gewaltglauben intellektuell nicht überwunden, darum kommen wir auch moralisch nicht über die Gewalt hinaus. Wir erkennen nicht, daß Gewalt und Geist unversöhnliche Gegensätze sind, sodaß, wie auf dem Boden des Wunderglaubens keine leistungsfähige Naturwissenschaft, so auf dem Grunde des Gewaltglaubens auch keine Sozialwissenschaft möglich ist, die uns mit ähnlichen Errungenschaften beglückt. Am Gewaltglauben ist das kaiserliche Deutschland zugrunde gegangen, am Gewaltglauben ist der Sozialismus in Sowjetrußland zerbrochen, wie schon vorher genau so der Welteinheitstraum des alten Rom und der Napoleons durch den blinden Glauben an die Gewalt in Nichts zerrann. Alle bisherigen Kulturen sind schließlich dem Gewaltglauben zum Opfer gefallen. Überall erweist sich der Ruf nach der Diktatur als das unzweideutige Verfallssymptom; der Diktator erscheint auf der Bildfläche, wenn die Logik sogar noch in der Gewalt siegt, diese zwingt, sich ins Absurde zu übersteigern und damit ihren letzten Schlag gegen sich selbst zu führen.

Mag Mussolini verübergehend triumphieren und Demokratie und Recht ungestraft als Illusionen verlachen dürfen, mag Lenin, auf Bergen von Leichen thronend, die Anbetung der kommunistischen Hölle als sozialistischen Himmel mit Kerker und Galgen erzwingen können, mag Poincaré aus den Giftstoffen, die in Deutschlands Körper kreisen, den Trank brauen, der Deutschlands Geist in Raserei treibt und damit zugleich breite Schichten des französischen Volkes stumpf macht gegen den weltzerstörenden Wahnsinn seiner Gewaltpolitik — mit alledem wird nichts daran geändert, daß es das unabwendbare Schicksal der Gewalt ist, zu ihrem eigenem Totengräber werden zu müssen. Wohl wohnt der Gewalt in ihrem ersten Siegeslauf eine große Anziehungskraft inne — aber im Verlauf erweisen sich die Lebensgesetze des Organischen, erweist sich der Zusammenhaltsdrang des Ganzen als stärker — und die auf rücksichtslose Sonderinteressen allein gegründete Gewalt sieht sich zur Isolierung verurteilt.

Hat man nicht auch zur Aufrechterhaltung des Wunderglaubens Kriege geführt und alle Auflehnung gegen diese in Massen von Blut erstickt? Und doch hat schließlich die Wissenschaft gegen den Wunderglauben gesiegt. Auch der Gewaltglaube wird nicht ewig bestehen. Weder die raffinierten vor keiner Brutalität zurückscheuenden Bemühungen seiner Nutznießer, noch die Leidenschaften Verblendeter, die um des Heils der Welt oder ihrer Nation willen für ihn in den Kampf ziehen, ja nicht einmal eine feile Wissenschaft, die sich ebenso in seinen Dienst stellt, wie sie sich vordem in den Dienst des Wunderglaubens stellte, wird ihn davor bewahren, von dem aus den letzten Tiefen schöpfenden wahrhaft menschlichen Geist überwunden zu werden. Der Menschengeist, der im größten Umfang der Elementargewalten Herr geworden ist, er wird ebenso Herr werden des zerstörenden Gewaltdranges, der aus uns selbst entspringt. Vom Wunderglauben genesen, werden wir auch über den Gewaltglauben hinauswachsen, trotzdem er sich jetzt durch den Krieg zu einer so aufwühlenden Massenpsychose entfaltet hat, daß er sogar den ihm verwandten Wunderglauben zu neuer Stärke belebt.

Sehen wir es nicht schon heute deutlich, wie der Völkerbund, der berufen ist, der Gewalt organisatorisch ein Ende zu bereiten, dessen tiefsten Sinn es darstellt, wie in der innerstaatlichen Gemeinschaft so auch im Völkerleben, die Gewalt gewaltlos zu machen, die Gewalt außerhalb des Rechts zu stellen und damit zur Ohnmacht zu verurteilen — wie dieser Völkerbund, so unzuläng-

lich er noch ist, so sehr er verhöhnt und bekämpft wird, doch immer wieder als die letzte Rettung vor dem Versinken ins Chaos angerufen werden muß. Gewiß, noch ist das Verständnis für den Völkerbund nicht soweit entwickelt, daß man in ihm mehr erblickt, als bloß ein politisches Requisit. Aber die Zeit muß kommen, wo man entdeckt, daß er die unentbehrliche Kulturinstitution für jene Zeit bedeutet, die mit dem Glauben an die Gewalt innerlich ebenso fertig ist, wie die vorgeschrittenen Menschen mit dem Dämonenglauben der Naturvölker. Vergebliche Vergeudung, sinnlose Verwüstung von Menschenleben, Arbeit und wertvollsten Gütern, das ist die notwendige Signatur der Zeitalter, die noch unter dem Joch des Gewaltglaubens schmachten.

Die Einsicht: mens sana in corpore sano — bildete eine Etappe in unserer Entwicklungsgeschichte. Zu einer weiteren und höheren müssen wir uns jetzt durchringen, zur Erkenntnis: Corpus sanum in mente sana. In voller Gesundheit kann aber unser Geist erst erblühen, wenn er den Gewaltglauben abgestreift hat und damit auch von der Disposition zur Gewaltpsychose befreit ist. Hier winkt der Wissenschaft die allerhöchste Aufgabe: Was sie mit der Zerstörung des Wunderglaubens begonnen, das muß sie erst vollenden im unermüdlichsten zähesten Kampf gegen den uns am tiefsten versklavenden Glauben an die Gewalt.

Rudolf Goldscheid.

Individuelle und nationale Notwehr.

Von J. B. Humanus.

Mit Recht fordert Wehberg in seinem Aufsatz „Ruhrbesetzung und Verteidigungskrieg" in der Märznummer der Friedenswarte, daß der Pazifismus sich endlich der Aufgabe unterziehe, das Problem des Verteidigungskrieges restlos zu klären und dazu vollkommen unzweideutig Stellung zu nehmen. Als Ergebnis einer solchen Prüfung erwartet er offenbar, obgleich er einmal, von der Vergangenheit redend, den Ausdruck „wir Anhänger des Verteidigungskrieges" gebraucht, die grundsätzliche Ablehnung des Verteidigungskrieges. Er ist sogar der Meinung, daß das Zusammenwirken der spezifisch-pazifistischen Bewegung mit der gewerkschaftlichen Massenbewegung, also die höchste realpolitische Hoffnung des Pazifismus, zur Aussichtslosigkeit verdammt sei, solange breite Massen für den Verteidigungskrieg eintreten. Er berührt auch den eigentlichen wunden Punkt in der Logik der Fürsprecher des Verteidigungskrieges: den falschen Schluß von der Berechtigung individueller Notwehr auf die Berechtigung nationaler Notwehr.

Mit welcher Selbstverständlichkeit in weitesten Kreisen das Jasagen zum Verteidigungskriege sich auf diesen Trugschluß stützt, dafür sind die von Wehberg a. a. O. angeführten Worte Vanderveldes von der „legitimen Verteidigung eines Volkes wie jedes Einzelnen" bezeichnend, die nach dem ebendort angeführten Eindruck Kurt Hillers den Standpunkt der Mehrheit sowohl der sozialistischen wie der pazifistischen Teilnehmer des Haager Weltfriedenskongresses vom Dezember 1922 kennzeichnen. Ebenso bezeichnend für diese Denkweise sind die auf einem der letzten deutschen Pazifistenkongresse gesprochenen Worte eines der führendsten und verdienstvollsten deutschen Pazifisten, der den Gegnern des Verteidigungskrieges entgegenhielt, es sei inkonsequent, auf der einen Seite als radikaler Ethiker — und das wolle doch der radikale Pazifist und Gegner des Verteidigungskrieges sein — zweierlei Moral für Individuum und Nation abzulehnen und auf der andern Seite individuelle Notwehr zu billigen, nationale Notwehr aber zu verwerfen. Der betreffende Pazifist pfropfte damit den einen Trugschluß — den Schluß von der Berechtigung individueller Notwehr auf die Berechtigung nationaler Notwehr — auf einen andern, daß nämlich aus der Ablehnung von zweierlei Moral die restlose Anwendung aller Normen individueller Moral auf die Moral im Völkerleben folge. In Wirklichkeit bedeutet die Ablehnung von zweierlei Moral für Individuum und Nation seitens der Ethiker doch nur, daß die aus den Menschenrechten und dem Sittengesetz sich ergebenden elementaren Grundsätze sittlichen Verhaltens auch auf die Stellungnahme zu den Problemen des Völkerlebens anzuwenden seien, aber selbstverständlich nicht, daß sich daraus ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse bei Individuum und Nation in allen Fragen die gleichen Folgerungen ergeben.

Wenn wir nun über das Verhältnis zwischen individueller und nationaler Notwehr zur Klarheit gelangen wollen, müssen wir zunächst beide Begriffe, soweit sie uns hier überhaupt beschäftigen sollen, scharf umgrenzen.

Voraussetzung der ganzen Untersuchung ist natürlich die Annahme, daß es überhaupt berechtigte individuelle Notwehr gebe. Ob diese Annahme zutrifft — was z. B. die Anhänger Tolstojs bestreiten — soll hier nicht untersucht werden, sondern nur die Frage, ob, falls sie zutrifft, der Schluß auf die Berechtigung der nationalen Notwehr berechtigt ist.

Voraussetzung ist ferner, daß die Annahme berechtigter individueller Notwehr sich nur auf solche Fälle erstreckt, wo im Falle des Verzichts auf gewaltsame Gegenwehr die Vollendung eines nicht wieder gut zu machenden Verbrechens zu erwarten ist. Gänzlich ausscheiden muß also beispielsweise die Annahme einer Herausforderung zum Duell, weil hier die Durchführung des Verbrechens erst durch die Annahme der Herausforderung ermöglicht wird.

Dieser Unterschied gibt uns auch bereits den Fingerzeig für die Abgrenzung des in Frage kommenden Begriffs der nationalen Notwehr. Es gilt nicht, zu untersuchen, ob der Verteidigungskrieg überhaupt irgendwann und irgendwo, also etwa einem auf primitivster Kulturstufe stehenden wilden Völkerstamme oder einem Räubervolke gegenüber berechtigt ist, dessen Angriff sich von einem räuberischen Individual-Attentat im wesentlichen nur durch die Zahl der Angreifer unterscheidet.

Für solche Fälle mag der Schluß von der individuellen auf die kollektive, nationale Notwehr zutreffen. Wie die individuelle Notwehr einen Rest des innerstaatlichen Faustrechts darstellt, der sich aus der individuellen, durch die staatlichen Einrichtungen noch nicht genügend überwundenen Barbarei ergibt, so mag die nationale Notwehr gegenüber barbarischen Völkern als Rest des internationalen Faustrechts aus der Zeit des kriegerischen Gesellschaftstypus der Menschheit ihre Berechtigung haben, so lange es noch Völker gibt, die sich zum industriellen Gesellschaftstypus (im Spencerschen Sinne) nicht durchgerungen haben, und so lange die Kulturwelt sich nicht dazu aufgerafft hat, diese Notwehr international zu organisieren und ihr damit den Charakter des Faustrechts zu nehmen, sie aus der Sphäre kulturloser Anarchie in die Sphäre menschlicher Ordnung zu erheben.

Ungleich wichtiger ist für den Pazifismus die Frage, ob auch für die Kulturmenschheit als solche, für das Verhältnis der Kulturvölker untereinander die nationale Notwehr als logische Konsequenz des Prinzips der individuellen Notwehr anzuerkennen ist. Man ist im allgemeinen hauptsächlich deswegen zu leicht geneigt, diese Frage zu bejahen, weil auch unter den Kulturvölkern die legale Abschaffung des Faustrechts noch nicht erfolgt ist und daher mit kriegerischen Angriffen von Kulturvölkern auf Kulturvölker noch immer gerechnet werden muß. Daß das Kulturgewissen in allen Kulturvölkern den Angriffskrieg als furchtbares Verbrechen verabscheut und das kulturelle Denken ihn ebenso wie den Krieg überhaupt als Wahnsinn ablehnt, wird dabei nicht genügend beachtet. Man sieht keine Möglichkeit, diesem Verbrechen zu begegnen, wenn es Wirklichkeit wird, keine Aussicht, diesen Wahnsinn zu bändigen, wenn er sich zur Tat verdichtet.

Aber durch die Ruhrbesetzung ist die Frage insofern in eine neue Phase getreten, als die Idee des Verzichts auf kriegerische Gegenwehr auch gegenüber einer kriegerischen Invasion — denn als solche wird die Ruhrbesetzung in Deutschland allgemein beurteilt — von demselben Volke praktisch betätigt wird, das sich noch bis vor kurzem am meisten von allen Völkern höchster Kulturstufe mit der Tatsache der internationalen Anarchie innerlich abgefunden hatte, am meisten darauf eingestellt war, seine nationalen Interessen — oder sagen wir einmal Rechte — mit den Mitteln der Gewalt zu wahren. Wenn auch der Verzicht auf „nationale Notwehr" in diesem Falle mehr das Ergebnis der Ohnmacht als des Abscheus vor dem Kriege war, so ist doch die Tatsache ein wertvoller Anschauungsunterricht, der einem gründlichen, grundsätzlichen Umlernen in der Frage der „nationalen Notwehr" die Wege zu ebnen geeignet ist. Die „passive Resistenz" ist ja nicht das einzige Mittel, das als Ersatz für die „nationale Notwehr" in Frage kommt. Vielleicht schafft pazifistische Aktivität, auch wenn eine Entwaffnung des Angreiferstaates durch internationale Organisation noch nicht im voraus garantiert ist, der überfallenen Nation noch ganz andere, weit wirksamere Mittel, ihre Rechte zu wahren, durch Mobilisierung aller auf den Rechtsfrieden gerichteten Kräfte nicht nur bei den zunächst unbeteiligten Völkern, sondern auch im Angreifervolk selbst.

Außerdem ist es aber auch bereits fraglich geworden, ob überhaupt eine kriegerische nationale Einheitsfront, ohne die der Krieg ja eine praktische Unmöglichkeit darstellt, bei modernen Kulturvölkern noch denkbar ist. Sowohl die Kommunisten wie die heute schon sehr zahlreichen grundsätzlichen Kriegsdienstverweigerer scheiden von vornherein aus. Die neue Hamburger Internationale (Soziali-

stische Arbeiterinternationale) erklärt sich bereits für die höchste, von den angeschlossenen Parteien anzuerkennende Instanz bei Konflikten zwischen den Nationen, schafft also für den Kriegsfall eine neue, mit der nationalen Einheitsfront konkurrierende internationale Einheitsfront des Proletariats. Internationalismus und Nie-Wieder-Krieg-Bewegung sind auf dem Marsche. Was kann die Parole des Verteidigungskrieges noch nützen, wenn die Garantie ihrer Befolgung bereits so gering geworden ist, daß für den Kriegsfall der Bürgerkrieg wahrscheinlicher wird als die nationale Einheitsfront?

Wir müssen zwecks klarer Erforschung unseres Problems auf die Eigenart des Angriffs zurückgehen, der im Falle der individuellen und nationalen Notwehr der Verteidigung zu Grunde liegt, und stoßen hier sofort auf Verschiedenheiten, die auch für die Beurteilung der Verteidigung wesentlich sind.

Das Individualattentat, gegen das sich die individuelle Notwehr richtet, wird von einem einzelnen Individuum verübt. Es wird nur durch seine sittliche Unvollkommenheit ermöglicht, die sich in einem durch keine altruistischen Rücksichten auf fremde Menschenrechte oder dergleichen gehemmten Egoismus primitivster Art äußert. Sein Wille zur Durchführung des Attentats ist unabänderlich. Der Verzicht auf Widerstand führt mit — sagen wir 99% — Wahrscheinlichkeit zur Vollendung eines nicht wieder gut zu machenden Verbrechens. Während im Falle der nationalen Notwehr gerade die gewaltsame Gegenwehr eigentlich erst zur Vollendung des Verbrechens führt. Denn ohne diese Gegenwehr ist der kriegerische Angriff kein Krieg, sondern nur ein im Ansatz stecken gebliebener Versuch zum Kriege. Der Zweck des Angriffs mag vorläufig erreicht werden, aber die furchtbare Katastrophe eines Massenmordes, die der Angreifer zu diesem Zwecke zu entfesseln bereit war, bleibt aus.

Allerdings erklärt Tolstoj in einem Brief an einen Freund: „Wenn die Zulus kämen, um meine Kinder zu ermorden, so könnte ich nichts anderes tun als versuchen, die Zulus davon zu überzeugen, daß ihr Vorhaben böse ist und daß es ihnen in keiner Weise Vorteil bringen kann." *) Aber normalerweise ist im Falle individueller Notwehr eine solche Möglichkeit doch beinahe gleich Null; je mehr sie aber vorhanden ist, desto mehr verliert die Gewaltanwendung ihre sittliche, die Anwendung des Begriffs der Notwehr ihre logische Berechtigung. Der Krieg aber — es ist hier natürlich immer nur vom modernen Krieg zwischen hochentwickelten Kulturvölkern die Rede — kommt als solcher überhaupt nicht zustande, wenn das angegriffene Volk sich nicht zur Wehr setzt, sondern äußerstenfalls wird nur das Angriffsziel, das bei einem heutigen Kulturvolke unmöglich auch nur annähernd so unheilvoll für das betroffene Volk sein kann wie ein „moderner" Vernichtungskrieg mit seinen unabsehbaren Scheußlichkeiten für beide Völker, ja für die ganze Menschheit — vorübergehend erreicht. Dagegen besteht die Aussicht, im Falle des Verzichts auf die gewaltsame Gegenwehr den ohnehin schon nicht homogenen Willen des Angreifervolkes so umzubiegen, daß der im Grunde genommen die Mehrheit von vornherein beseelende Friedenswille auch praktisch die Oberhand gewinnt. Diese Entwicklung wird im höchsten Grade begünstigt dadurch, daß das Ausbleiben der Gegenwehr den Angriffscharakter des Krieges vor aller Welt unzweideutig festlegt; alle auf Gerechtigkeit und Frieden gerichteten Kräfte der übrigen Kulturwelt und des Angreifervolks selbst werden mobilisiert, sodaß die kriegslustige Minderheit des letzteren bald vollkommen isoliert und machtlos dasteht.

Denn im schroffsten Gegensatz zum Individualattentat ist im Falle des kriegerischen Angriffs das angreifende Subjekt, also das Staatsvolk, nur zum geringsten Teil durch sittliche Unvollkommenheit bestimmt. Dieser Faktor entscheidet nur bei einer kleinen Minderheit von Kriegsgewinnlern, militärischen Carrieremachern und sonstigen Strebern usw., während nicht nur der starke Altruismus einer sittlich hochstehenden anderen Minderheit und die gesunde Vernunft einer noch weiteren größeren Minderheit, sondern auch der natürliche Egoismus der großen Mehrheit mit seiner starken Bejahung des elementaren Selbsterhaltungstriebes gerade ein kriegshemmender Faktor ist, sodaß im Falle des Verzichts auf kriegerische Gegenwehr die Natur der Dinge in Verbindung mit der Wirksamkeit jener ausgesprochen kriegsgegnerischen Minderheiten viel eher zu einer den Krieg endgültig vermeidenden wahrhaft friedlichen Lösung treibt als zu einer den Frieden fortgesetzt weiter gefährdenden.

So verschieden die Natur des Angriffs im Falle der individuellen und im Falle der nationalen Notwehr, so verschieden auch die Natur der Verteidigung.

Bei der individuellen Notwehr handelt es sich zunächst nur um die Verteidigung des

*) Vergl. Magnus Schwantje, „Das Recht zur Gewaltanwendung", Verlag Neues Vaterland, 1922.

angegriffenen Individuums. Bei der nationalen Notwehr hingegen handelt es sich um zweierlei: um die Verteidigung der zum Staat gehörenden Individuen und um die Verteidigung der überindividuellen Gemeinschaftsformen Volk, Nation, Staat und der damit verknüpften materiellen und ideellen Güter. Bei dem falschen Schluß von der individuellen auf die nationale Notwehr wird meist dem ersteren Gesichtspunkt nicht genügend Rechnung getragen. Man übersieht, daß die Individuen durch die kriegerische Gegenwehr, die den vom Angreifer versuchten Krieg erst zum wirklichen Krieg macht, weit mehr bedroht sind als im Falle des Verzichts auf gewaltsamen Widerstand.

Aber selbst wenn man nur die Verteidigung der Gemeinschaftsformen Volk, Nation, Staat und der damit verbundenen Werte ins Auge faßt, ist die Analogie zwischen dem Individuum als Angriffsobjekt des individuellen Attentats und dem Staat als Angriffsobjekt im Kriegsfalle gänzlich irreführend, wie auch Wehberg a. a. O. andeutet. Zunächst ist die Parallele „Leben des Individuums — Leben des Staates" an sich schon ein gefährliches Jonglieren mit Begriffen. Ferner richtet sich die individuelle Notwehr — immer nur, soweit ihre Berechtigung im allgemeinen zugegeben wird — gegen einen das Leben des Angriffsobjektes wirklich bedrohenden Angriff. Die nationale „Notwehr" hingegen richtet sich nicht gegen einen Angriff auf das Leben oder die Existenz des Angriffsobjekts, also des Staates, (wie Wehberg im einzelnen ausführt), sondern es handelt sich dabei um einen Angriff, der den Zweck hat, in irgendwelchen für die Existenz des bedrohten Staates durchaus nicht immer wesentlichen Streitfragen den Willen des Angreifers mit Gewalt durchzusetzen.

Der Wesensunterschied zwischen individueller Notwehr und nationaler „Notwehr" besteht auch darin, daß im einen Falle ein vollkommen unzweideutiger und unverkennbarer Angriff vorliegt — denn nur dann kann von Notwehr die Rede sein —, im andern Falle ein unendlich kompliziertes Gemisch von Angriff und Verteidigung auf beiden Seiten. Das Verhältnis zwischen Angriff und Verteidigung ist im einen Falle absolut einfach und klar, im andern Falle heillos verworren, u. zw. um so verworrener, auf je höherer Kulturstufe die in Konflikt geratenen Staaten stehen. Besonders maßgebend dafür ist der Grad der erreichten Demokratisierung dieser Staaten und auch die Entwicklungshöhe der zwischen ihnen bestehenden internationalen Lebens- und Kulturgemeinschaft.

Es gibt keine reinen Angriffs- und darum auch keine reinen Verteidigungskriege mehr. Ein primitives Volk kann sich allenfalls mit einem ähnlich einheitlichen Angriffswillen wie ein Individuum auf ein anderes stürzen, und gegenüber dieser Möglichkeit kann es als Aufgabe der Kulturvölker angesehen werden, ihren Schutz zu organisieren, der aber keine „nationale Notwehr" zu sein braucht, sondern einfach eine Anwendung internationaler Polizeigewalt, etwa als Exekutive des Völkerbundes. Bei unseren Kulturvölkern von heute ist ein derartiger einheitlicher Angriffswille nicht denkbar. Heute kann ein „Angriffskrieg" nur noch dadurch entstehen, daß eine angriffslustige Minderheit die große Mehrheit für den Angriff gewinnt, indem sie ihn als „Verteidigungskrieg", als „aufgezwungen", als „Befreiungskrieg" frisiert.

(Schluß folgt).

Pazifismus und Kommunismus.

Von Dr. Kurt Hiller, Berlin.

1.

Pazifismus und Kommunismus — für jeden Vulgärpazifisten, für jeden Vulgärkommunisten eine unerhörte, eine groteske Koppelung! Pazifismus? Aber das ist ja Klassenfriedlichkeit, Preisgabe des Kampfes um die Eroberung der politischen Macht durch die Ausgebeuteten, Verzicht auf Durchsetzung der ökonomischen Vernunftordnung, Sichducken vorm Gegebenen, vor den herrschenden Mächten, Kapitulation vor dem Kapital, Passivismus, Konterrevolution — sagt der Vulgärkommunist. Kommunismus? Aber das ist ja Gewaltherrschaft, Terror, Rote Armee, blutigster Militarismus und Imperialismus — sagt der Vulgärpazifist. Und mißverstehen einander alle beide. Das heißt, der Vulgäre der einen Richtung versteht den Vulgären der andern schon richtig; nur den echten Gedanken, den unverfälschten, und also unvulgären Gedanken der (scheinbar) gegnerischen Schule verkennt er, so wie er auch den echten, unverfälschten, reinen Gedanken der eigenen Schule verkennt. Jeder der beiden Doktrinäre ist gleichsam in einen Eisblock von Vorurteilen und Mißverständnissen eingefroren; taut man die Blöcke auf, können die Fischlein vielleicht zueinanderschwimmen.

Worauf es — siehe Fascismus; siehe Weltmarsch der Restauration — allerdings ankommt.

2.

Einer der besten Köpfe von Moskau schreibt in einem der besten Bücher von Moskau, nämlich N. Bucharin in seinem und Preobraschensky's Werk „Das ABC des Kommunismus" (deutsche Ausgabe: Hamburg 1921), über die Friedensbewegung (Seite 138—139), folgendes:

„Ein Mittel der Irreführung und Verdummung der Arbeitermassen war, neben der Losung der Verteidigung des (bürgerlichen) Vaterlandes, der sogenannte Pazifismus. Was ist das? Das ist die Ansicht, daß schon innerhalb des Kapitalismus ohne jede Revolution, ohne jeden Aufstand des Proletariats usw. der ewige Friede auf Erden eintreten werde."

„Ihr Ziel (nämlich das Ziel der pazifistischen Losungen) ist, die Arbeitermasse vom bewaffneten Kampfe um den Kommunismus abzulenken."

„Und ebenso tischen die Pazifisten die Phrase vom „Völkerbund" auf, der in Wahrheit nichts ist als ein Kapitalistenbund."

Es gibt niemanden in der deutschen Friedensbewegung, der der Dritten Internationale temperamentiell und intellektuell, mit Herz und Hirn, näher stünde als ich. Gerade deshalb will ich und muß ich aufs schärfste Einspruch erheben gegen diese krasse Verfälschung unsres Wesens, die ein sehr führender, folglich mit sehr großer öffentlicher Verantwortung beladener Theoret der Bolschewiki hier verübt. Er darf den Pazifismus verwerfen; verleumden darf er ihn nicht. Er darf ihm nicht Motive unterschieben, die allenfalls für ganz vereinzelte Gerissene unserer Bewegung, nicht für den typischen Führer, nicht für die Bewegung als solche zutreffen; die für sie nicht zutreffen können, weil sie zu dem Objektiven der in ihr tradierten Idee nicht etwa nur im Gegensatz, sondern geradezu in der Beziehung der Beziehungslosigkeit stehen.

Der Pazifismus — gesetzt, daß er die Arbeitermassen wirklich „verdummt", so will er sie jedenfalls nicht verdummen, noch gar sie „irreführen". Er will die Beseitigung der Kriege, des Massenmordens. Und die „Ansicht", daß „schon innerhalb des Kapitalismus" „der ewige Friede auf Erden eintreten werde", ist von keinem Pazifisten je gedacht oder geäußert worden. Auch von dem bürgerlichsten der bürgerlichen nicht — sintemalen kein Pazifist sich seine Zeit mit Spintisieren darüber vertreibt, wann der ewige Friede wohl anbrechen werde, und keinerlei „Ansicht" darüber hegt; vielmehr jeder auf seine Art daran arbeitet, den Frieden herbeizuführen. Ihn herbeizuführen — je früher je besser. So wahr jeder Pazifist glaubt, daß der Beginn seiner Arbeit nicht aufgeschoben werden dürfe bis zur Vollendung der Weltkommune, daß er vielmehr schon heute und jederzeit wirksam für seine Idee arbeiten könne (und sei es bloß pädagogisch), so wahr wissen viele Pazifisten, daß die Aussichten auf dauernden Völkerfrieden unter der Herrschaft des kapitalistischen Systems minimal sind; und manche sagen statt „minimal" sogar „gleich null". Die Begriffsbestimmung des Pazifismus, die Bucharin gibt, ist also in doppelter Hinsicht objektiv falsch: erstens sind zahlreiche Pazifisten der Ansicht, daß der ewige Friede erst nach der Beseitigung der Kapitalswirtschaft eintreten wird, zweitens ist der Pazifismus gar nicht eine „Ansicht" über die historisch-ökonomischen oder sonstigen Bedingungen für den Eintritt des ewigen Friedens, sondern die Tendenz, diesen zu erkämpfen. Der Pazifismus ist keine Prognose, sondern ein Postulat. (Und freilich noch einiges über das Postulat hinaus.)

Das „Ziel" seiner „Losungen" war und bleibt: die Einigung der Menschheit, auf daß sie aufhöre, sich zu zerfleischen; war und bleibt die universelle Rechtsorganisation, damit das (individuelle) Sakrament des Lebens universell verwirklicht werde. Man darf vielleicht der Meinung sein, daß die pazifistische Predigt unter andern Folgen die Folge habe, „die Arbeiterklasse vom bewaffneten Kampfe um den Kommunismus abzulenken"; man darf aber nicht meinen und sagen, daß dies ihr Ziel sei. „Ziel" der pazifistischen Predigt ist nicht: gerade die Arbeiterklasse, sondern ist: alle Menschen und Menschengruppen (Hauptfall: die Nationen), „vom bewaffneten Kampfe abzulenken". Man fälscht das Motiv des Pazifismus, wenn man ihn als ein speziell auf die Arbeiterklasse abzielendes, gegen deren Interesse gerichtetes Ablenkungsmanöver definiert. Man fälscht, wenn man dem Pazifismus eine antiproletarische, antisozialistische, ja antikommunistische Tendenz unterschiebt. Der Satz, das Ziel der Friedensbewegung sei, „die Arbeiterklasse vom bewaffneten Kampfe um den Kommunismus abzulenken", suggeriert dem Lesenden, sie wolle die Arbeiterklasse überhaupt vom Kampf um den Kommunismus ablenken („bewaffneten" überliest der Unbefangne leicht), — während doch der Pazifismus hinsichtlich der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Gegensätze gerade in seinen konservativsten Vertretern immer neutral war und dort, wo er die Neutralität (wie neuerdings vielfach) aufgab,

dies immer zugunsten des Antikapitalismus, nie des Kapitalismus tat.

Gerade auch die Stellung des Pazifismus zum Völkerbunde zeigt das. Wir hätten „die Phrase vom Völkerbund" „aufgetischt"? Das ist keine Argumentationsart und sachlich-polemische Dialektik, sondern primitive Schimpferei im Stil der Ludendorffpresse. Tatsächlich hat dem Internationalismus in der Theorie und Praxis der proletarischen Bewegung der Internationalismus der pazifistischen Ideologie seit dem siebzehnten Jahrhundert vorgearbeitet; und wenn ein Pazifist „Völkerbund" sagt, so ist das weniger „Phrase", als wenn mancher Marxist dazu „Phrase" sagt! Daß das Gebilde von Genf in Struktur und Funktion vom Bilde des wahren Völkerbundes noch erheblich abweicht, das wissen wir selbst und brauchen es uns von den Bolschewiken ebensowenig erzählen zu lassen, wie sie ihrerseits es nötig hätten, sich etwa von uns erzählen zu lassen, daß Sowjetrußland vom Bilde der wahren kommunistischen Gesellschaft noch erheblich abweicht. Rom ist nicht an einem Tage erbaut worden; auch das neue Moskau ist nicht an einem Tage erbaubar; auch das neue Genf nicht. Selbst der bürgerliche Pazifist unterscheidet zwischen dem idealen Völkerbund und dem empirischen; ob aus dem empirischen von Genf noch einmal der ideale herauszupräparieren oder Hopfen und Malz an jenem verloren ist, das bleibt unter Pazifisten bis auf weiteres strittig; viele unter ihnen sehen in ihm allerdings einen Kapitalistenbund und beurteilen ihn nicht günstiger, als er von Bucharin beurteilt wird.

Die Charakterisierung des Pazifismus durch den kommunistischen Führer erweist sich demnach in sämtlichen Hinsichten als schief, ungerecht, verleumderisch, als knallfalsch sozusagen. Mag sein, daß, vom Standpunkt des sozial-mutativen Aktivisten, des Revolutionärs aus, die Friedensbewegung wirklich Verachtung und Hohn verdient; aber Bucharins Hohn ist grundlos. Er macht uns (aus Fanatismus? aus Unbildung? aus . . Machiavellismus?) zu weit törichteren und zugleich weit perfideren Leuten, als wir in Wahrheit sind. Und der Fall Bucharin ist kein Sonderfall etwa, vielmehr ein durchaus typischer und repräsentativer.

3.

Das Geschimpfe aller kommunistischen Fibeldichter und Leitartikler auf den Pazifismus (nicht etwa auf bestimmte, tatsächlich problematische Richtungen innerhalb des Pazifismus, sondern auf „den" Pazifismus schlechthin) erscheint mir als das Gegenteil von Weitblick und Verwirklichkeitsstrategie. Moskauer! Warum sagt ihr statt „Pazifismus ist Schwindel" nicht lieber: „Auch wir, werte Pazifisten, sind Pazifisten; was das Endziel anlangt, nämlich; sind also eure Brüder, eure Verbündeten; nur über den Weg zum Ziel haben wir etwas abweichende Ansichten; wir glauben, anders als ihr, daß der Weg durch einen Graben voll Blut führt; meidet man diesen Graben, wird man das Ziel, wird man die Pforten des Ewigen Friedens, das Tor des Paradieses nie erreichen. Wir wollen Humanität; auch wir, gerade wir. Wir wollen Humanität in einem viel umfassenderen Maße und radikaleren Grade als ihr, als wenigstens diejenigen unter euch, die das hoffnungslose Niedergehaltensein, das hoffnungslose ökonomische, also seelisch-geistige, also universalmenschliche Niedergehaltensein einer ganzen Schicht, einer gewaltigen Klasse von Menschen immer noch ungerührt, unerschüttert, unempört läßt; aber weil wir wissen . . ., bringen wir das Opfer der Inhumanität, als Mittel, damit der menschenwürdige Zustand nicht ewig Traum bleibe, sondern endlich Wirklichkeit werde; begreift das, Pazifisten, und schädigt künftig um eures Ziels willen unsere Vorstöße nicht!!" — Warum, Männer von Moskau, sprecht ihr nicht so? Es gibt maskuline Pazifisten, die für solche Töne ein Gehör hätten; die — verrate ich ein Geheimnis? — geradezu genau so denken. Für die Pazifismus nicht bedeutet: „um Gottes willen absolut nur niemals einen Tropfen Blut — und mag auch der Teufel für Weltalter siegen"; die sich weigern, das Gesabber des alten Tolstoi aufzulecken; die vielmehr mit dem klaren Ethiker Magnus Schwantje („Das Recht zur Gewaltanwendung", Berlin 1922. Seite 15; Seite 26) ihr Handeln herleiten „aus dem unbestreitbaren Recht, von zwei Übeln das Kleinere zu erzeugen, wenn wir nur dadurch das größere verhindern können", und denen feststeht: „Es gibt auch Gewalttaten der Liebe und der Gerechtigkeit; und mit ihnen kann man Gewalttaten der Bosheit und der Ungerechtigkeit so gut bekämpfen wie Feuer mit Wasser."

Ist die Wirtschafts-Unzucht, die herrscht, eine einzige zusammenhängende und dauernde „Gewalttat der Bosheit und der Ungerechtigkeit" (ich meine das; und mit mir doch wohl jeder ehrlich-sozialistische Pazifist), so ist Gewalt gegen diese Gewalttat, wofern alle andern Mittel er-

schöpft sind oder nach menschlichem Ermessen nicht verfangen werden, erlaubt — nein, Pflicht.

Glaubt man, daß die Pazifizierung der Welt vor der Sozialisierung der Welt ein Phantom bleiben muß, so hat man als Pazifist konsequentermaßen die Sozialisierung der Welt zu fordern und für sie zu kämpfen; und glaubt man, daß dieser Kampf ohne ein Minimum an Gewalt nicht zum Siege und Ziele führt so ist jenes Minimum anzuwenden erlaubt — nein, Pflicht. Pazifistenpflicht, wohl gemerkt; nicht Sozialistenpflicht bloß.

4.

Hiermit wäre, dünkt mich, zwar noch keine Identität zwischen spezifisch kommunistischer Ideologie und der spezifischen Ideologie eines konsequenten antikapitalistischen Pazifisten festgestellt, aber eine Brücke zwischen Kommunismus und Pazifismus geschlagen, die nur der Kommunist nicht betreten kann, der, aus einer exklusiv-ökonomistischen Orientierung oder aus einer tragizistischen Metaphysik (das heißt verlogenen Selbstdeutung) oder aus einer blutrünstigen Natur heraus, den Ewigen Frieden, das Nichtmehrtöten lebensgewillter Menschen durch Menschen als Ziel ablehnt.

Unter Pazifisten vermag diese Brücke natürlich nicht zu betreten: der Moralist des „reinen Mittels", der Unbedingte im Neinsagen zur Gewalt, der „Absolutist", der Tolstoianer, der Quäker, der Bilthovener. Dieser Typus Pazifist hat Stil; und ich werde es mir immer zur Ehre anrechnen, mit seinen Vertretern über das Problem diskutieren zu dürfen (soweit sie bereit zu exakter Debatte und nicht geneigt zu hysterischem Aufkreischen sind — wie ich das gerade von dieser Seite mehrfach erlebt habe).

Die Diskussion mit prokapitalistischen Pazifisten würde kaum ergebnisvoll, demnach kaum sinnvoll sein.

Aber auch nur der Absolutist und der Prokapitalist haben das Recht des Einspruchs hier. Der Absolutist nämlich das Recht des Einspruchs aus absolutistischen, der Prokapitalist des Einspruchs aus kapitalistischen Gründen. Mit andern Worten: der nicht-absolutistische Pazifist darf gegen die revolutionär-pazifistische Lehre vom Minimum der Gewalt ausschließlich ein einziges Argument vorbringen: das Argument des Kapitals. Jedes andere Argument ist Betrug.

Der prokapitalistische Pazifist, der die Anwendung der Gewalt im Kampf für die sozialistische Ordnung unter allen Umständen verwirft, weil er diese Ordnung einfach nicht will, weil er vielmehr die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung will, hat von seinem Ausbeuter- oder ausbeuterfreundlichen Standpunkt aus recht und ist ehrlich (gesetzt, daß er das Motiv seiner Ablehnung kundgibt). Jener Pazifist aber, der die Anwendung der Gewalt im Kampf für die sozialistische Ordnung unter allen Umständen verwirft, weil er angeblich, „als Pazifist", gegen Gewalt, gegen Revolver, Maschinengewehr, Bombe, Granate, gegen jegliches Blutvergießen sei, der aber, bei anderer Gelegenheit, für Erhaltung der deutschen Reichswehr zwecks Führung eines etwa aufgezwungenen „nationalen Verteidigungskrieges" warm eintritt, ja womöglich die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in diesem Heere der „nationalen Verteidigung" befürwortet oder auch nur erörtert — dieser angebliche Gewaltgegner ist, um einen den Charakter des Menschen bezeichnenden Ausdruck zu vermeiden, ein . . . widerspruchsvoller Herr, mit dem ich nicht diskutiere, sondern den ich ersuche, mir seine Visitenkarte zu schicken. Wer den „nationalen Verteidigungskrieg" bejaht, hat . . wohl ein Recht, den Kommunisten ihren Bürgerkrieg vorzuwerfen (als Kapitalist oder Prokapitalist nämlich); aber er hat kein Recht, sich dabei als Pazifist aufzuspielen. Diesen Betrug werden meine Freunde in der Friedensbewegung fortab nicht länger dulden, ihn vielmehr in jedem Einzelfalle erbarmungslos durchlöchern. Absolutismus: Hut ab; kapitalistische Besitzangst: eine immerhin echte Gemütsbewegung. Aber kapitalistische Besitzangst, die, anstatt ihr Gesicht zu zeigen, die Maske absoluter Pazifistik scheinheilig davorsteckt — wir danken. Der vaterländische Verteidigungskriege führende Pazifist (gar „Sozialist") hat, wenn Revolutionäre sich über das Maß der Gewalt streiten, das der Sieg der sozialen Revolution (und damit des ewigen Friedens) zuläßt oder erfordert, nur eines zu tun: den Mund zu halten.

5.

Ich frage nun alle Kommunisten, die Endzielpazifisten sind (und die meisten sind es): Haltet ihr Bucharins Vorwurf gegen „den" Pazifismus . . erstens für stichhaltig? Und zweitens, haltet ihr ihn, unter dem Gesichtspunkt der nötigen Beschleunigung des großen Sieges, der kommen muß, des Sieges der starken, revolutionären, der oppositiv-positiven Idee, die uns gemeinsam ist: der Freiheit für alle und der Gerechtigkeit, — haltet ihr ihn (siehe Fascismus; siehe Weltmarsch der Restauration) haltet ihr ihn für klug??

Noch einmal die Völkerbundarmee.

Von General a. D. Berthold v. Deimling, Baden-Baden.

In der Juli/August-Nummer der Friedens-Warte haben sich die Generale Sarrail, v. Schönaich und Major Endres über die Frage einer Völkerbundarmee geäußert. Sarrail und Endres befürworten die Völkerbundarmee, v. Schönaich hält sie nicht für notwendig. Auch ich bin aufgefordert worden, meine Meinung zu sagen. Hier ist sie:

In dem vortrefflich durchdachten Organisationsplan des Major Endres wird die Notwendigkeit einer Völkerbundarmee damit begründet, daß die Menschen so lange mit Gewalt zum Frieden gezwungen werden müßten, bis späteren Generationen der Friedenszustand als selbstverständlicher Zustand des Menschengeschlechts erscheine.

Diese These rechnet wohl nicht mit der erzieherischen Wirkung des Weltkrieges und seiner Folgen. Der Weltkrieg bedeutet eine Wende zu einem neuen europäischen Gemeinschaftsgefühl. Es wird immer mehr und mehr der ganzen zivilisierten Welt bewußt, daß wir Alle in Folge der engen Verstrickung der Weltwirtschaft einen einheitlichen Blutkreislauf bilden in Handels- wie in anderen Lebensbeziehungen; und daß, wenn dieser Blutkreislauf durch einen Krieg unterbrochen wird, nicht nur die kämpfenden Teile, sondern auch der Gesamtorganismus zu leiden haben — Sieger, wie Besiegte und Neutrale. (An diesem Urteil können gelegentliche nationalistische Extratouren, wie diejenige Mussolini's gegen Corfu, nichts ändern).

Und wenn heute die Gedanken aller Völker mit bangen Hoffnungen um das baldige Ende des Ruhrkonfliktes kreisen oder wenn jetzt von überallher in der Welt Stimmen kommen, die eine schleunige, friedliche Beilegung der italienisch-griechischen Krisis ersehnen, so sind das untrügliche Zeichen dieses neuen Gemeinschaftsgefühls.

Hand in Hand mit diesem Gemeinschaftsbewußtsein geht die immer mehr fortschreitende Erkenntnis in den großen Massen, daß der moderne Krieg unter der ausschließlichen Herrschaft der Technik und der Giftgase seinen anständigen Charakter verloren hat und daß ein Zukunftskrieg Europa mit Brand- und Giftbomben aus Flugzeugen und weittragenden Kanonen in ein Trümmerfeld verwandeln wird.

„Nie wieder Krieg" lautet deshalb die Losung, die die Jugend im Glauben an das Ewige und in Liebe zum Menschen auf ihr Banner geschrieben hat. Nur die studentische Jugend macht eine unrühmliche Ausnahme.

Diese Erkenntnisse und Überzeugungen aber werden viel mehr dazu beitragen, den Friedensgedanken zu fördern und die Menschheit an den Frieden zu gewöhnen, als es eine Völkerbundarmee mit Kanonen und Bajonetten je vermöchte.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß der Völkerbund die Macht entbehren könnte. Im Gegenteil: er braucht die Macht, um seinen Entscheidungen zur Anerkennung zu verhelfen. Hierzu reichen aber die Machtmittel, über die der Völkerbund nach seinen Satzungen schon verfügt, vollkommen aus. Er bedarf dazu keiner ständigen Völkerbundarmee. Über die Mittel zur Erzwingung der nötigen Garantien hat sich Präsident Wilson seiner Zeit in Versailles, wie folgt, geäußert:

„Die bewaffnete Gewalt ist bei diesem Programm in den Hintergrund getreten. Aber sie steht im Hintergrund, und wenn die moralische Kraft der Welt nicht genügt, so wird die physische Kraft eintreten. Aber diese ist unsere letzte Zuflucht, denn dieser Bund ist eine Einrichtung des Friedens, kein Bund des Krieges."

Die moralische Kraft des Bundes beruht auf der sittlichen Idee von dem Frieden durch Recht, anstatt durch Gewalt. Sie ist getragen von dem Willen und der öffentlichen Meinung der Völker. Der Kulturstaat, der sich jener sittlichen Idee widersetzt, würde in Opposition zur ganzen Welt geraten und würde von ihr boykottiert werden.

Ob heute der Völkerbund, der ja noch in den Anfangsstadien seiner Entwicklung steht und in dem Deutschland, Rußland und Amerika fehlen, trotzdem die moralische Kraft besitzt, die Korfukrisis zu lösen? Wir wollen es von ganzem Herzen hoffen, in seinem eigenen und in unser aller Interesse !—

Was die physischen Machtmittel anlangt, so bestehen sie zunächst in wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, wie internationaler Wirtschaftsboykott, Blokade u. A. Solche Zwangsmaßnahmen bedeuten bei der heutigen Verkettung der Weltwirtschaft einen ganz gewaltigen Druck auf den davon Betroffenen.

Sollte trotzdem auch dieses Mittel versagen, dann schreitet der Völkerbund mit militärischen Streitmitteln ein. Ihre Verwendung ist so gedacht, daß die Bundesmitglieder eintretendenfalls Kontingente stel-

len, die unter gemeinsamem Oberbefehl im Namen des Völkerbundes in Aktion treten. —

Daß die Wehrmacht der Einzelstaaten jemals ganz abgerüstet werden könnte, halte ich nicht für erreichbar. Auch nicht gegen das Äquivalent einer Völkerbundarmee. Denn jeder Staat braucht zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung im Innern und zum Schutze der Regierung eine bewaffnete Macht, die man Militär oder Polizei nennen kann und die durch eine Völkerbundarmee niemals ersetzt werden kann. Auch General Sarrail spricht sich in seinen Ausführungen in diesem Sinne aus.

Diese bewaffneten Kräfte der Einzelstaaten reichen aber, unter einheitlichem Oberbefehl zusammengefaßt, vollkommen aus zu jeder Bundesexekution.

Ich komme daher in Übereinstimmung mit General v. Schönaich zu dem Schluß, daß eine Völkerbundarmee überflüssig ist.

Einem guten Bekannten habe ich neulich das Juli/August-Heft der Friedens-Warte mit den Aufsätzen der drei Militärs über die Völkerbundarmee zum Lesen gegeben. Gestern brachte er mir das Heft wieder mit folgenden Worten: „Ihr redet immer davon, daß der Völkerbund auf der Idee des Friedens durch Recht beruhe, nicht durch Gewalt. Jetzt ruft Ihr aber selbst nach der Gewalt, indem Ihr eine Völkerbundarmee haben wollt. Ihr diskreditiert ja so Eure eigne Idee."

Wenn der Mann auch nicht ganz Recht hat, etwas Wahres ist doch daran.

Politik und Wahrheit.

Von Generalmajor a. D. Dr. h. c. Frhr. von Schoenaich, Reinfeld, (Holstein).

Ein Kaufmann macht bankrott. Er schließt mit seinen Gläubigern einen für ihn sehr harten Vertrag, der ihm aber doch die Fortführung des Geschäftes ermöglicht. In seinem ersten Schmerz über den erlittenen Schlag kommt ein Freund zu ihm, um ihn zu trösten. Der Freund sagt etwa: „Diese verfluchten Gauner von Gläubigern sind die reinen Blutsauger. Schlage ihnen ein Schnippchen sowie du kannst. Du bist ja so tüchtig, dein ganzes Unglück kommt überhaupt nur daher, daß die Leute dich nicht verstanden haben, daß die Kunden schlecht bezahlten und daß die Konkurrenten sich gegen dich verschworen hatten."

Kaum haben sich die Freunde zum Abschied die Hände geschüttelt, da kommt ein anderer Freund mit ernster Miene und spricht: „Alter Junge, ich muß dir etwas ins Gewissen reden. Der Vertrag, den dir deine Gläubiger auferlegt haben, ist allerdings schlimm. Aber die Hauptsache ist doch, daß du dein Geschäft fortführen kannst, und ich glaube, daß, wenn du in Zukunft die Fehler vermeidest, die du zweifellos früher begangen hast, dann kommst du mit deinem sonst klaren Geschäftssinn auch bald wieder hoch." Was, fällt der Kaufmann ein, willst du die Gaunerbande etwa noch entschuldigen, ich soll Fehler gemacht haben, ich mit meiner Tüchtigkeit? Ich danke für solche Freunde, mach, daß du hinauskommst.

* * *

Im Leben der Völker sind ebenso wie im Leben der Einzelmenschen die angenehmen Freunde nicht immer die wahren. Wahrheit ist eine bittere, aber sonst recht heilsame Medizin. Der zweite Freund unseres Kaufmanns hätte noch besser gehandelt, wenn er, ehe der Bankrott kam, gewarnt hätte vor allzu gewagten Unternehmungen. Vielleicht hat er die Gefahren damals auch nicht in ihrer ganzen Größe erkannt. Der bessere von beiden Freunden bleibt er aber auch dann, wenn er wenigstens für die Zukunft vor denselben Fehlern warnt.

Im Leben der Völker wie in dem Leben der Einzelmenschen gelten die beiden Worte gleichermaßen: „Erst wägen, dann wagen", aber auch: „Wer nicht wagt, der nicht gewinnt". Wägen und wagen in richtigem Gleichgewicht zu halten, ist die Hauptkunst in der Politik genau so wie im Geschäft. Der Freund, der immer nur warnt, ohne jemals anzuerkennen und zu ermutigen, ist genau so auf falschem Wege wie der Mann, der jedem warnenden Freunde die Türe weist.

* * *

In keinem Lande der Welt sind ehrlich warnende Freunde so planmäßig mundtot gemacht worden wie in Deutschland. Je nach Tonart, Form und Inhalt gab man sie als Miesmacher der Lächerlichkeit preis, sperrte ihnen die Druckereien oder sie selbst hinter Schloß und Riegel. So täuschte man sich selbst einen granitenen Quaderbau vor, wo längst brüchiges Holz und zerplatzte Ziegelsteine waren.

Mit wohlgemeintem, aber übel zusammengestelltem Gaukelwerk hat man das deutsche Volk 4¼ Jahr darüber hinweggetäuscht, daß die Lage in der umzingelten Festung völlig hoffnungslos war. Ein kräftiger Schluck bit-

terer Wahrheit zu rechter Zeit verabfolgt, hätte die Nebelpläne der alldeutschen Heimkrieger und Schwerverdiener schnell zerteilt, aber den Durchhaltewillen des Volkes bis zu dem Ziel, das uns heute unfaßbar schön erscheint, das wir noch im Januar 1918 ohne weiteres erreichen konnten, den hätte der Schluck Wahrheit zu Eisen werden lassen.

* *

Das deutsche Volk scheint aus üblen Erfahrungen nicht nur rein garnichts lernen, sondern vorläufig immer tiefer in alte Dummheiten hineinrennen zu wollen. Gesinnungsschnüffelei, moralischer und physischer Totschlag aller ehrlichen Warner feierten im Ruhrkrieg genau dieselben Orgien wie im Weltkrieg. Jetzt, wo die Warner recht behalten haben, kündet sich sogar der Dolchstoß bereits deutlich an. Ob Cuno, Hermes und Becker bei ihrer Ausreise aus dem Schauplatz ihrer verhängnisvollen Tätigkeit auch als vorsichtige Männer eine blaue Brille anlegten, wie einst Ludendorff auf seiner Reise nach Schweden, das hat der Chronist bisher nicht gemeldet.

Zu den allerdeutlichsten Warnern vor der Cuno'schen Ruhrpolitik gehörte die in Ludwigsburg erscheinende, von Friedrich Wilhelm Foerster geistig beeinflußte Wochenschrift „Die Menschheit". Was die Tagespresse aller Parteien, bis tief in die Sozialdemokratie hinein, wegen des üblen nationalistischen Gesinnungsterrors nicht wagte, hat die „Menschheit" gewagt. Sie hat unseren großen und kleinen Stinnessen ein Bild gemalt, das sich keiner von ihnen hinter den Spiegel stecken wird. Das schlimmste aber ist, daß das Bild so ähnlich geraten war, daß jeder Hofphotograph neidblaß werden könnte. Gewiß die „Menschheit" hat auch manches verzerrt und gefärbt, denn sie kämpfte für eine Idee, für eine bestimmte politische und sittliche Weltanschauung und darum schoß sie, wie jeder mutige Kämpfer, auch hie und da einmal über oder neben das Ziel. Hätte Herr Cuno statt der Phantasien stinnesierter Preßkulis täglich einen Löffel sehr bitterer „Menschheits"-Wahrheiten zu sich genommen, es stände heute wohl besser um das deutsche Volk.

Wieder einmal haben wir also einen Krieg verloren. Wird das nun endlich der letzte sein? Fast scheint es nicht so, denn die Heilkraft der bitteren Medizinen ist immer noch nicht erkannt. Einige Berliner Zeitungen brachten neulich einen Artikel, der sich mit Dingen beschäftigte, die die derzeitigen Machthaber lieber geheim zu halten wünschten. Auch die „Menschheit" druckte sie ab. Da endlich war der Zeitpunkt gekommen, dem ekligen Photographen unserer Schwerverdiener den Garaus zu machen. Auf unbestimmte Zeit soll dem blinden Michel wieder einmal der gefährliche bittere Trank vorenthalten werden. Den Herausgeber F. Röttcher hat man sogar wegen Landesverrat vor den Kadi zitiert. Und das in Württemberg, der einstigen Hochburg freien Geistes und stolzen Bekennermutes!

Seiner Feinde kann das deutsche Volk sich nur erwehren, wenn es seine wahren Freunde nicht selbst totschlägt.

Die Kapitulation und der Kampf gegen die Demokratie.

Nun, wo nach monatelangen unsäglichen Qualen des deutschen Volkes der passive Widerstand aufgegeben ist, kann man in zahllosen Blättern den Satz lesen: Deutschland hat den Krieg zum zweiten Male verloren. Daß ihn die Kapital-, Industrie- und Agrarmagnaten zugleich aber zum xten Male gewonnen haben, darüber schweigt man sich aus. Dennoch ist soviel unbestreitbar: Zu derselben Zeit, in der die breiten Massen Tag für Tag neue furchtbare Opfer zu bringen hatten, waren es jene, die ununterbrochen die besten Geschäfte machten und zwar zuerst als Kredit- und Rüstungsgewinner, hierauf als Reparationsgewinner, dann als Inflationsgewinner und schließlich als Kapitulationsgewinner. Da das, was sie mit dem Staat verbindet, vor allem ihr Herrschafts- und Ausbeutungsinteresse ist, fühlten sie sich auch während des Ruhrkampfes nur solange solidarisch mit der Bevölkerung der besetzten Gebiete, als deren passiver Widerstand sie vor dem unbequemen Gläubiger bewahrte und ihnen obendrein den Vorteil schuf, sich dabei maßlos auf Kosten des Staates bereichern zu können. Im Moment jedoch, wo die Verhältnisse sich so gestalteten, daß das Reich nicht nur den fremden Siegern, sondern auch ihnen nicht mehr zu zahlen vermochte, da schlug ihre nationale Begeisterung in nationale Entrüstung

um, da erfüllte sie nur das eine Gefühl: das Vaterland hatte sie verraten.

Und dieser Verrat durfte natürlich nicht ungestraft bleiben, die Nation mußte ihn büßen. Hatte Deutschland den Krieg nach außen verloren, so wollten sie ihn nun nach innen gewinnen. Zu diesem Behufe wurde mit genialer Schnelligkeit sofort die großzügigste Umgruppierung vorgenommen. Da im Krieg gegen den äußeren Feind die letzten Reserven verpulvert waren, organisierte man die machtvollste Offensive gegen den innern Feind. Der Frontalangriff gegen die Währung hatte sein Ziel erreicht. Damit war der Staat nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch bankerott geworden; jetzt galt es darum, die Substanz des Kapitals dadurch zu schützen, daß man skrupellos die Substanz der Arbeit erfaßte. Kein Zweifel: die Niederlage nach außen mußte sich in den größten Sieg nach innen umwandeln, wenn es gelang, die Arbeiterschaft zu entrechten, sie aller Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zu berauben. Die stürmische Attacke gegen den Achtstundentag erweist sich damit als die ganz natürliche Fortsetzung des erfolgreichen Angriffs auf die Währung: Wieder einmal bewährte sich das alte Clausewitz'sche Wort, wenn auch in der zeitgemäßen Variation: daß der Krieg gegen den innern Feind die Fortsetzung des passiven Widerstandes mit anderen Mitteln bedeutet.

So paradox es auf den ersten Blick erscheint, daß es trotz aller unverantwortlichen Unnachgiebigkeit und allem Siegerhochmut nicht Poincaré und die französischen Generäle, sondern Stinnes und die deutschen Kampfverbände waren, die die Kapitulation mit den härtesten Forderungen beantworteten, es offenbart sich bei näherem Zusehen als durchaus logische Konsequenz des Standpunktes, den die Spitzenorganisationen des Unternehmertums vor dem Krieg, im Krieg, nach dem Krieg und im Lauf des ganzen Ruhrkonfliktes unverrückbar einnehmen.

Und dieses Ergebnis ist keineswegs überraschend. Aus dem Bestreben, die immer mächtiger werdende Demokratie an ihrem Aufstieg zu verhindern, ist der Krieg erwachsen und diejenigen die ihn entzündeten, suchen ihn deshalb weiter zu führen, bis ihr Endziel vollends gesichert ist. Nur scheinbar sind es Frankreich und Deutschland; zwischen denen eine Verständigung nicht zu Wege zu bringen ist, in Wirklichkeit ist es die Fortdauer des Kampfes gegen die Demokratie in der ganzen Welt, die den Frieden unmöglich macht. Dieser Krieg gegen die Demokratie, in dem die Menschheit unaufhörlich lebt, nimmt wohl da und dort zeitweilig mildere Formen an, lodert aber überall sofort in seiner ganzen Schreckensfülle auf, sobald reaktionäre innere Politik ohne Gewaltpolitik nach außen nicht länger aufrecht zu erhalten ist.

Was war während der ganzen Jahre vor 1914 das Hauptschlagwort der reaktionären Parteien in Deutschland? Es lautete: Gegen die Demokratien des Westens! Und nur weil Deutschland im Interesse der Fortführung der reaktionären innern Politik auf seinen Rückhalt am zaristischen Rußland nicht verzichten wollte, siegten in den Demokratien Englands und Frankreichs die dort wirksamen reaktionären Mächte, die, um ihre Herrschaftsposition zu stärken, Rußland auf ihre Seite zu ziehen suchten. Und ist es nicht überaus aufschlußreich, daß, kaum daß der Krieg begonnen hatte, in Deutschland sofort die wildeste Haßkampagne gegen England inszeniert wurde, daß es die großen Unternehmerverbände waren, die es Bethmann-Hollweg unmöglich machten, eine Verständigung mit England zu suchen, weil für sie der Krieg nur den einen Sinn haben durfte, Deutschland durch Niederringung der Demokratien des Westens endlich den Weg zu dem heißersehnten Bündnis mit Rußland freizulegen. Das war auch der Grund, weshalb sie ihre geradezu wahnsinnigen Kriegsziele aufstellten, die heute dem Gedächtnis des deutschen Volkes leider viel zu sehr entschwunden sind. Deren Hauptzweck war, einen Verständigungsfrieden mit dem Westen unter allen Umständen auszuschließen, denn den Schichten, die hinter den großen Wirtschaftsverbänden standen, sagte ihr gesunder Instinkt: Ein Verständigungsfrieden mit dem Westen, das wäre die sichere Niederlage der Reaktion in der Welt. Was galt es ihnen, dieser Gefahr gegenüber, daß ihr gewissenloses Treiben Deutschland den einzigen Weg zur Rettung versperrte?

Die gleichen Motive wurden nach dem Zusammenbruch Rußlands bestimmend für die deutsche Politik. Jetzt drohte in noch höherem Maße als je zuvor, die Verständigung mit den Westmächten das vieljährige blutige Ringen des einzigen Sinnes zu berauben, den es für sie hatte. Darum mußte nunmehr zum unbeschränkten U-Bootkrieg die Zuflucht genommen werden. Mochte dieser auch den Eintritt Amerikas in die Entente heraufbeschwören, wodurch Deutschland vor kaum noch zu bewältigende Aufgaben gestellt war — auch vor

dieser neuen Verschlimmerung der Lage durfte man nicht zurückschrecken, nur weil sich bloß auf diese Weise ein Abschluß des Krieges verhüten ließ, der die Reaktion erheblich geschwächt, ja, wahrscheinlich dauernd um ihre Vormacht gebracht hätte. Befangen in ihrem rücksichtslosen Eigeninteresse, zogen sie die vollkommene Niederlage Deutschlands einem internationalen Sieg der Demokratie vor.

Und als dann diese Niederlage sich in noch katastrophalerer Gestalt einstellte, als selbst sie es geahnt, als die Revolution in Deutschland ausbrach und Fürsten und Reaktion im Sturm wegfegte, — da setzten sie ihre Hoffnung auf die geheimen Freunde in den Siegerländern. Und sie wurden nicht enttäuscht, denn sie sahen richtig voraus: ein vollkommener Sieg, sei er welcher Seite immer beschieden, bedeutet den schwersten Schlag gegen die Demokratie. Sieg und Reaktion sind untrennbar verbunden. Je härter die Friedensverträge für Deutschland ausfielen, umso besser für die Aufrechterhaltung jener Haßatmosphäre in der Welt, die das günstigste Klima für das Gedeihen der Kontrerevolution abgibt. Jetzt durften sie sicher sein, daß Not und Verzweiflung schon für sie arbeiten würden, ganz besonders da das bolschewistische Rußland ihnen unerwarteterweise vielfach zu einem ebenso ausgezeichneten Helfer wurde, als ehemals das zaristische.

Freilich die Entwaffnung Deutschlands war ein böser Strich durch ihre Rechnung. Aber bald zeigte sich; fremde Bajonette sind beinahe eine ebenso gute Deckung als eigene. Und überdies entdeckten sie jetzt, daß es in einem sehr geschwächten Staat ganz neue Ressourcen gab, durch die man die verlorene Macht wiedergewinnen konnte: Aufbau eines weitverzweigten Privatmilitarismus, für den die finanziellen Mittel leicht durch die ungeheuren Möglichkeiten der Bereicherung aus der stürmisch fortschreitenden Inflation zu beschaffen waren.

Spätere Geschichtsschreiber werden einmal ein höchst dankbares Objekt haben, wenn sie im Einzelnen schildern, wie die Inflation die Staatsmacht aushöhlt und damit nicht nur das Aufkommen des gewalttätigsten reaktionären Privatmilitarismus begünstigt, sondern zugleich Wirtschaftsverhältnisse schafft, die in diametralem Gegensatz zum Staatskapitalismus als Privatkollektivismus zu bezeichnen wären. Die großen Wirtschaftsverbände, die schon immer einen Staat im Staate bildeten, wurden auf diese Weise zum reichen Staat im bankerotten Staat und wenn sie noch obendrein eigene Privatarmeen hinter sich und die fremden Bajonette über sich hatten, dann waren sie soweit, an etwas denken zu können, was vor dem Krieg jenseits alles Erreichbaren lag; an die Erstürmung des stärksten Bollwerks der Demokratie, an die Beseitigung des Parlamentes.

Nationale Begeisterung — Sprenkel für die Drosseln. Die großen Massen mögen daran glauben, daß es im Weltkrieg um vaterländische Güter ging, die Eingeweihten wissen es besser, auch besser als die Staatsmänner, die sie als Puppen vor sich herschoben, um was es wirklich ging, nämlich um die Niederringung der Demokratie, über welches wahre und einzige Kriegsziel der gleichzeitige Kampf um die Verteilung der Beute zwischen den Siegern untereinander, nur äußerst glücklich hinwegtäuscht. Was Sieg Frankreichs, Sieg Englands — Niederlage Deutschlands! Frankreich und Deutschland haben gesiegt, wenn hüben und drüben schließlich die Reaktion das Heft in der Hand behält, und England ist unterlegen, wenn dort die Arbeiterschaft zur ausschlaggebenden Macht aufzusteigen im Begriffe ist.

Das ist der Gesichtspunkt, von dem das Handeln der nationalistischen Führer bestimmt ist, wenn sie in ihren öffentlichen Reden natürlich auch ganz andere Töne anschlagen. Eine Welt, in der Reaktion, Ausbeutung, Willkür und Unterdrückung ernstliche Widerstände nicht mehr zu fürchten hat —, dieses an keine nationalen Grenzen gebundene, von Heimatliebe gänzlich unbeschwerte, die Völker nur als Bewirtschaftungsobjekt betrachtende Ziel, bildet den Kern aller vaterländischen Hetze, die unter sämtlichen Himmelsstrichen die gleichen Züge trägt und die nur deshalb den Internationalismus aufs wütendste bekämpft, weil sie durch und durch nationslos ist.

Man lasse sich nicht betrügen: Aus echtem und reinem Nationalgefühl können nie und nimmer Kriegsgefahren erwachen. Was den Krieg verursacht, das ist ausschließlich die im Interesse von Reaktion und Ausbeutung mißbrauchte Vaterlandsliebe. Denn was ist das Wesentliche am Nationalgefühl? Der Widerwille gegen fremde Unterdrückung. Das Nationalgefühl ist also in erster Linie Freiheitsdrang und erweist sich so als Teilausdruck einer weitaus umfassenderen Grundbestimmtheit der menschlichen Seele. Wer darum die nationale Freiheit als heiligstes Gut preist und trotzdem mit allen Mitteln bemüht ist, nicht nur die Freiheit anderer Nationen, sondern auch die Freiheit der eigenen Nation im Innern zu vergewaltigen, der

ist damit als offenkundiger Heuchler entlarvt und von ihm darf man nichts anderes erwarten als dies, daß er jederzeit bereit ist, das Vaterland zu verraten, wenn seine egoistischen Sonderinteressen, wenn das Gesamtinteresse der ihm Gleichgesinnten in der ganzen Welt die Preisgabe der Lebensnotwendigkeiten des eigenen Volkes, ja der höchsten Kulturgüter der ganzen Menschheit verlangt.

Ist es in diesen Tagen nicht mit Händen zu greifen, wie es in allen Ländern um die vaterländische Opferwilligkeit der Reichsten und Mächtigsten, der Kapitalmagnaten und ihres bezahlten bewaffneten und gelehrten Lakaientrosses bestellt ist? Überall ist es ihre Hauptsorge, durch unerhörte Provokationen die sozialen Gegensätze in solchem Maße zu steigern, daß die skrupellos erzeugten Spannungen die Demokratie zerreißen und nur noch die Wahl zwischen einer Diktatur von rechts oder links offen lassen. Daß in dieser Beziehung die Entscheidung zunächst zu ihren Gunsten ausfallen dürfte, dafür scheint ihnen die Tatsache zu bürgen, daß der Krieg mit dem Sieg der Diktatur in der äußern Politik abschloß. Denn mit der Herrschaft der Diktatur in der Außenpolitik ist demokratische Innenpolitik durchaus unvereinbar. Und zwar in den Siegerstaaten ebenso wie in den Staaten der Besiegten. Es ist aus diesen Gründen durchaus kein Zufall, daß die Weltkrise der Demokratie sich als das eigentliche Ergebnis des Krieges einstellte. Da es die Armeen und die hinter ihnen stehenden großen Unternehmersyndikate waren, die in Allem den Ausschlag gaben, mußte es auch Kapital und Säbel sein, denen schließlich die Weltherrschaft zufiel und zwar gleichviel, ob die militaristischen Zentralmäche oder der demokratische Westen siegte.

Die Reaktion verwischt alle nationalen Besonderheiten. Es liegt in ihrem Wesen begründet, daß ihren Vorkämpfern in jedem Land die Nation nur heilig sein darf — als ihr Ausbeutungsobjekt. Es bildet ihr ungeschriebenes Gesetz, den Staat bloß als Schutzorganisation der Bevorrechteten und ihres Besitzes zu betrachten. Ist der Staat zu schwach, diese Funktion auszuüben, dann trennen sie sich vom Staat, machen sich selbständig, unbekümmert darum, welche Folgen daraus für das selbe Gemeinwesen erwachsen, für das keine Opfer ihnen zu groß erscheinen, solange sie für sie gebracht werden. Bereicherung mit Hilfe des Staates, solange es irgend geht, Bereicherung auf Kosten des Staates, sobald er sich nicht mehr als Machtinstrument mißbrauchen läßt und schließlich Preisgabe des Staates, wenn er vollkommen ausgesogen ist: das ist die Stellung des Großkapitals zum Staat in der ganzen Welt.

Gewiß, das grauenhafte Schicksal, von dem Deutschland jetzt heimgesucht wird, ist das Werk des französischen Imperialismus, der systematisch auf den Zusammenbruch Deutschlands hinarbeitete und überall die Abfallbewegung unterstützte, aber ohne die ihm insgeheim verbündete deutsche Reaktion hätte er seine verbrecherischen Absichten niemals verwirklichen können. So niederträchtig die französischen Imperialisten sind, ihre Gesinnungsverwandten in Deutschland sind nicht um ein Haar besser. Um sich die schrankenlose Macht über den Staat durch die unaufhaltsamen Fortschritte der Demokratie nicht entwinden zu lassen, flüchteten sie in den Krieg und finanzierten ihn mit Scheinopfern, die indirekt ihnen zugute kamen. Nach dem verlorenen Krieg sabotierten sie die Erfüllungspolitik. Gleichfalls um nicht zu zahlen, erzwangen sie die Inflation, ließen es zur Ruhrexekution kommen, zogen den passiven Widerstand maßlos in die Länge und korrumpierten ihn stets von neuem durch blutige Sabotageakte. Und als eines Tages trotzdem das Verhängnis nicht aufzuhalten war — was blieb ihnen da, wenn sie sich selbst treu bleiben wollten, anderes übrig, als dem Reich untreu zu werden, als Deutschlands Einheit preiszugeben, um nicht doch am Ende zum Zahlen genötigt zu sein.

Diesen Weg beschritten sie denn auch entschlossen. Und ihren Traditionen gemäß machten sie gleich ganze Arbeit. Wie man ein Pferd schlachtet, wenn es sich als Zugtier nicht mehr gebrauchen läßt, so wollen sie jetzt dem von ihnen völlig heruntergebrachten Deutschland den Todesstoß versetzen, um seine einzelnen Stücke untereinander zu verteilen. In einem zerstückelten Deutschland bleibt ihnen ihr Besitz, bleibt ihnen ein Vaterland, das ihnen und nicht dem Volk gehörig ist, bleiben sie Herren im Haus — wer darf ihnen angesichts dieser Sachlage zumuten, an der „überlebten" Einheitsidee festzuhalten. Namentlich wo sich ihnen bei derart nüchtern realpolitischer Einstellung doch auch die günstigsten Chancen eröffnen, mit den Siegern zu einer einträglichen Verständigung zu gelangen. Am zusammengebrochenen Reich ist nichts mehr zu verdienen; wohl aber hat der Sieger mancher-

lei zu vergeben, was sich überaus lukrativ ausnützen läßt. Erhebt Frankreich keinen Widerspruch dagegen, daß Bayern, Preußen, Sachsen wieder den alten Herrenklassen unterworfen werden, ist es geneigt, sie in allen diesen wieder selbständig werdenden Staaten mit dem Volk, das heißt mit den Privilegien auf dessen Arbeitskraft zu belehnen — was sollte sie diesem Entgegenkommen gegenüber hindern, das Rheinland tauschweise in irgend einer Form an Frankreich zu verschachern. Etwa moralische Skrupeln? Von Derartigem waren sie niemals beschwert. Moral war doch für sie stets bloß ein Absatzartikel; als Selbstverbraucher kamen sie dafür kaum je in Betracht.

Aber haben sie nicht zu befürchten, daß daraufhin kein vollsinniger Deutscher sich über das, was ihrer vorgeheuchelten vaterländischen Gesinnung tatsächlich zugrunde liegt, länger täuschen läßt? Nein keineswegs. Davor schützt sie nicht nur ihr Monopol über die Presse, für das sie rechtzeitig auf das gründlichste sorgten, sondern auch der von ihnen mit teuflischem Raffinement bewerkstelligte vollkommene Bankerott des Staates. Dieser hat zur Folge, daß die Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebietes, gänzlich von aller Reichshilfe abgeschnitten, schon um das nackte Leben erhalten zu können, einzig und allein auf die Gnade Frankreichs angewiesen ist. Indem die deutschen Kapitalmagnaten die Bewohner der besetzten Gebiete also mit der Hungerpeitsche in die Arme Frankreichs treiben, schaffen sie eine Situation, die ihnen gerade durch ihren offenkundigen Landesverrat die Rolle des Retters in der äußersten Not zuschiebt.

Freilich könnte man meinen, daß doch die deutsche Regierung diese Machinationen durchschauen und ihnen mit äußerster Schärfe entgegentreten müßte. Aber zu lange hat sie dem innern Zerstörungswerk geduldig zugesehen, als daß sie es jetzt noch aufzuhalten vermöchte, viel zu tief hat Cuno den Boden unterwühlt, auf dem Stresemann steht, als daß er den Stinnes und Konsorten noch mit der erforderlichen Energie entgegentreten könnte. Er müßte sie sofort ins Gefängnis setzen und ihr Vermögen beschlagnahmen lassen. Das ist die Tat, die Deutschland heute zu vollbringen hätte, auf die die Welt wartet. Aber wie soll Stresemann sich zu dieser Tat aufraffen als der Reichskanzler der großen Koalition, die zu erheblichem Teil selbst aus Vertretern jener kompakten Wirtschaftsverbände besteht, deren erklärte Wortführer Stinnes und Konsorten sind.

Jedenfalls gibt es jetzt nur noch die Wahl zwischen diesen zwei Möglichkeiten: Entweder Stinnes und seine Helfershelfer wegen Landesverrates anzuklagen, die weitverzeigten Verschwörerorganisationen, auf die sie sich stützen, mit eiserner Hand anzufassen — oder aber ihrem Willen gemäß, nun wo in den Rheinlanden alles schon so viel als verloren scheint, auch noch die Loslösung Bayerns dadurch zu fördern, daß man Sachsen und Thüringen ihren verzweifelten Kampf für Deutschlands Einheit mit allen Mitteln erschwert.

Bei dem gegenwärtigen Regime in Deutschland, das man sehr richtig als die Diktatur der Ohnmacht bezeichnet hat, ist wenig Hoffnung vorhanden, daß der erstere Weg beschritten werden wird. Kein Zweifel, die gesamte von der Großindustrie geführte Reaktion in Deutschland wird nicht eher ruhen, bis sie die Sozialdemokratie aus der Regierung hinausdrängt, mit Hilfe der Reichswehr ihre Diktatur der Gewalt aufgerichtet hat, die schließlich in der Absetzung des Reichspräsidenten ihre Krönung finden wird. Da alle den extremen Rechtsparteien Angehörigen sich zuerst als Reaktionäre und erst hinterher als Deutsche fühlen, da sie von so tiefem Haß gegen die Republik erfüllt sind, daß sie die alte Kleinstaaterei dem einigen Deutschland vorziehen, sobald nur auf diese Weise die monarchische Regierungsform wieder hergestellt und der Besitz vor Heranziehung zu den Reparationsleistungen bewahrt bleiben kann, da sie, nachdem das Reich den Krieg verloren hat, lieber als Bürger von Vasallenstaaten Frankreichs große wirtschaftliche und politische Gewinne ernten, als daß sie geneigt wären, erhebliche Opfer für das Wohl und den Frieden des deutschen Volkes zu bringen — kann man sich angesichts alles dessen wundern, daß sie selbst vor der Entfesselung eines Krieges zwischen dem Norden und Süden Deutschlands nicht zurückschrecken, um ihre egoistischen und partikularistischen Sonderinteressen auf Kosten des Lebens von Millionen Deutscher, auf Kosten des Heiles der Welt durchzusetzen?

Und Frankreich? Warum treibt Frankreich eine Politik, die die demokratischen und pazifistischen Massen in Deutschland zu völliger Ohnmacht verurteilt? Weil Poincaré und sein Bloc national, dessen Werkzeug er ist, sich innerpolitisch nur an der Macht behaupten können, wenn sie mit der deutschen Reaktion und nicht mit der Demokratie in Deutschland gemeinsame Sache machen, weil

bei einem Sieg der Linken in Deutschland auch der Sieg der Linken in Frankreich nicht aufzuhalten wäre, weil mit eherner Notwendigkeit die Niederlage von Stinnes auch den Sturz von Poincaré nach sich zöge. Die ganze Entwicklung des Ruhrabenteuers, vom Anfang des passiven Widerstandes bis zu dessen Aufgabe, hat die französische Regierung überzeugt, daß selbst ihre imperialistische Macht nicht ausreicht, die deutschen Kapitalmagnaten zum Zahlen zu zwingen. Und zwar deshalb nicht, weil die herrschende Klasse in Frankreich aus eigenstem Erhaltungsinteresse nicht gewillt sein kann, gegen ihre deutschen Klassengenossen jene Mittel in Anwendung zu bringen, die allein wirksam sein könnten. Und edel wie sie sind, gönnen sie den feindlichen Klassenbrüdern ihren Sieg im Ruhrgebiet auch von Herzen. Verhilft dieser ihnen doch statt zu Geld und zu Sachlieferungen, von denen das erstere vielleicht nicht reichlich genug in ihre Taschen flösse und die letzteren ihren eigenen Unternehmungen unbequeme Konkurrenz verursachten, zu weitaus Besserem, nämlich zu Land, zu neuen Ausbeutungsgebieten, zu imperialistischen Sicherheiten — Alles Dinge, die ihnen viel mehr am Herzen liegen, als etwa der Wiederaufbau der Ruinen.

Und überdies: Da die vaterlandslose separatistische Großindustrie mit ihrem gesamten reaktionären Anhang Frankreich das Rhein- und Ruhrgebiet geradezu auf dem Präsentierteller darbietet, wie sollten da die imperialistischen Mächte in Frankreich nicht mit beiden Händen zugreifen; schon um England, das mit seiner zu so großem Einfluß aufgestiegenen Arbeiterklasse, die ernsteste Bedrohung der internationalen Herrschaftsstellung der Reaktion bedeutet, ausreichend stark gegenüber zu stehen. Aber Poincaré wird sich täuschen. Der Tag wird kommen, wo das Chaos in Deutschland, auch in Frankreich furchtbare Erschütterungen auslöst — — und wer weiß, ob sich dann dort nicht das Umgekehrte ereignet, wie gegenwärtig in Deutschland, daß nämlich auf den gewonnenen Krieg nach außen ein verlorener Krieg nach innen folgt.

Niemand kann das, was sich augenblicklich in der Welt abspielt, verstehen, wenn er es verwirrt durch die nationale Phraseologie zu begreifen sucht. Nicht um die Wahrung des nationalen Besitzstandes geht es in den Riesenkämpfen, in die die Völker heute verstrickt sind, sondern beinahe ausschließlich um die Abgrenzung der Ausbeutungsgebiete, die erst in zweiter Linie eine nationale, in erster Linie hingegen eine soziale Frage ist. Vor allem muß die soziale Ausbeutung gesichert sein, muß Vorsorge geschaffen sein, daß die Völker sich nicht durch internationale Koalition gegen ihre Bedrücker erheben können — erst wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, darf die Verständigung über die gegensätzlichen nationalen Interessen beginnen.

Nur dem ganz oberflächlichen Anschein nach stehen sich das französische und das deutsche Volk als Sieger und Besiegte gegenüber, die tatsächlich Triumphierenden sind hüben wie drüben die privaten Kriegsgewinner. Und ihre fortdauernden Privatkriege sind es, die die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen. Ein Privatkrieg, bei dem die Staaten nur die Zuschauer, die Völker nur die Munition sind — an ihnen allein verbluteten sich bisher alle pazifistischen Bemühungen.

Waren doch schon die unsäglich harten Friedensverträge bloß das Mittel, gemeinsam über die Besiegten- wie über die Sieger-Nationen die internationale Diktatur der Kriegsgewinner aufzurichten. Um welche Diktatur immer es sich aber handle — soviel ist gewiß: Diktatur und Pazifismus schließen einander aus. Der Pazifismus hat eine demokratische Welt zur Voraussetzung, eine demokratische Welt muß pazifistisch sein. Ebenso wie Aufrechterhaltung der zwischenstaatlichen Anarchie und Reaktion jeder Art zwei Seiten Eines und Desselben sind, so verbindet Pazifismus und Demokratie eine unlösliche Interessengemeinschaft. Je bewußter pazifistisch die Demokraten werden, desto stärker stehen sie der Reaktion gegenüber. Je lauer ihre Sympathie für den Pazifismus ist, desto sicherer siegt die Reaktion über den Pazifismus, wie über die Demokratie. Und die größte Illusion ist es, anzunehmen, der Pazifismus könne sich auch im Rahmen des schrankenlosen Kapitalismus verwirklichen. Es macht vielmehr die unabänderliche Natur der zu umfassendem Privatkollektivismus übersteigerten kapitalistischen Wirtschaft aus, daß sie Gewaltpolitik nach außen ebensowenig entbehren kann, wie Gewaltpolitik nach innen.

Die Nutznießer des Ausbeutungsprinzips mögen deshalb noch so oft versichern, daß sie den Krieg verabscheuen, ja es damit zum Teil sogare hrlich meinen, so sind sie trotzdem die wahren Kriegsschuldigen, weil die Vorrechte, auf die sie um keinen Preis verzichten wollen, wie die Vorteile, an denen sie unbedingt festhalten, ihnen nur unter gesellschaftlichen Verhältnissen erhalten bleiben können, die Kriege mit elementarer Notwendigkeit hervortreiben. Es genügt nicht, den Frieden zu

wollen, man muß auch die gesellschaftliche Struktur wollen, die den Wunsch nach Frieden nicht von vornherein unerfüllbar macht. Die hierfür erforderliche gesellschaftliche Struktur ist aber an die Aufhebung der Reaktion geknüpft.

In der weitaus überwiegenden Mehrheit der Menschen ist heute die verzweifelte Überzeugung verbreitet, daß die Welt wahnsinnig geworden ist. Sie sehen nicht, wieviel Methode in dem ihnen unbegreiflichen Wahnsinn steckt. Denn was ihnen als Wahnsinn erscheint, ist ganz im Gegenteil nichts anderes, als die *eherne Logik des Sonderinteressenfanatismus*, als die unabwendbare natürliche Folge des rücksichtslosen Lebenwollens der Einen auf Kosten der Andern — ein Bestreben, daß die privaten Kriegsgewinner in den Besiegten-Staaten ebenso allbeherrschend bestimmt wie die Machthaber in den Siegerstaaten. Wären wir nur der unerbittlichen Härte derer ausgeliefert, die den militärischen Sieg errangen, so ließe sich trotzdem mit ihnen schließlich eine Verständigung erzielen. Aber auch die privaten Kriegsgewinner in allen Ländern pochen mit nicht geringerer Unerbittlichkeit auf ihren Sieg — und dieser internationalen Ausbeutungskoalition gegenüber versagt aller ehrlicher Freundschafts- und Wiederaufbauwille der Völker. Der Wille zum Wiederaufbau der Reaktion ist es, an dem aller Wille zum Wiederaufbau der Wirtschaft scheitert. *Nein, die Welt ist durchaus nicht wahnsinnig — sie ist so, wie sie vernünftigerweise sein muß, wenn der Staat überall das ohnmächtige Werkzeug im Dienste privater Sonderinteressen bildet.*

So *national* die Kapitalmagnaten sich auch gebärden, sie müssen kraft der internationalen Profitgemeinschaft, deren Funktionäre sie sind, überall sogar gegen die eigene Nation aggressiv vorgehen — so *international* die Einstellung der von ihrer Arbeit Lebenden sein mag, sie können ihr solidarisches Ideal nur verwirklichen, wenn ihnen mit voller Klarheit zu Bewußtsein gelangt, daß sie, gerade weil sie viel tiefer im Heimatboden wurzeln, weil ihr Wohl und Wehe durchaus davon abhängt, ob internationale Rechtseinrichtungen ihre nationalen Lebensnotwendigkeiten sichern, als die zuverlässigsten Bewahrer der nationalen Güter wirken müssen.

Die *eine reaktionäre Masse*, die überall in der Maske des Patriotismus auftritt, wird von einem kleinen internationalen Klüngel organisiert. Dieser allein ist es, der in allen Ländern Bürgertum und Proletariat zu unversöhnlicher Feindschaft treibt. Es ist jedenfalls weit mehr natürliche Klassenharmonie vorhanden, als die oligarchische internationale Reaktion manifest werden läßt. Nichts verkehrter darum, als wenn das Proletariat sich gegen das Bürgertum in seiner Gänze wendet, obwohl dieses zum großen Teil selbst ein Opfer jener Zwangslage ist, die ein paar internationale Riesensyndikate schaffen. Es werden keine *Koalitionen von Parteien* mehr nötig sein, zwischen denen fruchtbare Zusammenarbeit von vornherein ausgeschlossen ist, wenn erst die *große Klassenkoalition* erstrebt wird, die alle Lebensnotwendigkeiten der Völker gebieterisch erfordern. Denn die gesamte innere Politik unserer Tage, vielfach auch sogar die sozialistische, ist zu agressivem Nationalismus nach außen gezwungen, weil sie Übel national zu beseitigen sucht, die nur international aufgehoben werden können. Es gibt keine leistungsfähige Demokratie ohne gesicherte internationale Ordnung. Der Kampf um den Völkerbund ist so die Frage aller Fragen.

Ein Sozialismus, der die weltumgestaltende Bedeutung des Pazifismus begreift, stellt darum die Verkörperung des vaterländischen Gedankens in seiner vorgeschrittenen Differenzierung dar. Die Sozialdemokratie vertrat bisher *wissenschaftlichen Sozialismus* und *utopischen Internationalismus*. Der Weg vom *utopischen* zum *wissenschaftlichen* Internationalismus führt über den Pazifismus. Der pazifistisch vertiefte Sozialismus, der zur weltpolitischen Beurteilung aller nationalen und sozialen Kämpfe erzieht, belehrt darüber, daß die Reaktion, wenn sie gegenwärtig auch im Vorteil ist, weil sie ihre Niederlage in dem einen Land durch Siege in andern Ländern auszugleichen vermag, doch auf die Dauer den Krieg gegen die Demokratie verlieren muß. Der Staat erlöst aus der Kapitalknechtschaft, wirtschaftlich repropriiert und politisch dem Volk gehörig, die Völker verbunden in einer mit der nötigen Zwangsgewalt ausgestatteten internationalen Rechtsgemeinschaft — und der Traum der Reaktion ist ausgeträumt, so uneinnehmbar ihre nationale und internationale Machtstellung heute auch erscheint. *Zur selben Stunde werden wir Demokratie und Völkerbund, nationale Freiheit und gesicherten Frieden erringen.*

Rudolf Goldscheid.

Gesetz nicht Krieg.

Die „Outlawing of War" Bewegung in den Vereinigten Staaten.

Etwas Erfreuliches und Wichtiges ereignet sich jetzt in Amerika. Noch stehen viele dem Probleme des Krieges gleichgültig gegenüber, aber seit einiger Zeit ist eine mächtige Bewegung im Gange, die, wenn sie auch nicht mit einem Schlage die eingewurzelten Anschauungen zu stürzen vermag, sicherlich mit der Zeit die öffentliche Meinung stark beeinflussen und vielleicht auch praktische Resultate zeitigen wird. Denn es stehen hinter dieser Bewegung nicht nur viele angesehene Persönlichkeiten, die von den lautersten Absichten erfüllt sind, sondern die Agitation zur Aechtung und Abschaffung des Krieges — um eine solche handelt es sich — wird nach bewährten amerikanischen Methoden mit größter Stoßkraft und Treffsicherheit unternommen. In den Dienst der pazifistischen Idee stellen sich nicht bloß viele Einzelne, auch eine wachsende Anzahl von Vereinen, Gesellschaften, Korporationen wirbt für sie, und Vertreter verschiedenster Parteien, Konfessionen und Richtungen wirken einmütig im Sinne dieser Idee. Zeitschriften und Zeitungen bringen wiederholt Artikel und Berichte über die Bewegung, das „National Council for prevention of war — Bulletin" und andere publizistische Organe unterrichten regelmäßig über die Bewegung und fördern sie wirksamst. Die zahlreichen Versammlungen zur Erörterung des „law-not-war-plan" haben dargetan, wie groß schon die Zahl derjenigen ist, denen der Gedanke der Kriegs-Aechtung und der Plan zu deren Durchführung sympathisch ist. Schon bisher haben sich etwa 25 Staaten in Amerika mit dieser Bewegung solidarisch erklärt.

Wie den Lesern der „Friedens-Warte" bekannt ist, hat der amerikanische Senator Borah im Senat der Vereinigten Staaten wiederholt sich energisch für den Plan, den Krieg durch ein bloß auf Recht, nicht auf Gewalt aufgebautes zwischenstaatliches Verhältnis zu beseitigen, eingesetzt. In seiner Resolution vom 13. Februar 1923 führte er aus, daß der Krieg ein veraltetes, die Menschheit in jeder Hinsicht schädigendes, kulturfeindliches Mittel zur Schlichtung von Streitigkeiten ist, und daß er nur verschwinden kann, wenn jedes Volk ihn als Verbrechen ansieht, jeden Versuch, es zu begehen, bei seinen eigenen Bürgern in Strafe stellt. An die Stelle der bisherigen Kriegsnormen soll ein internationales Friedensrecht treten, und ein Weltgerichtshof soll die Konflikte, die sich ergeben können, schlichten. Der geistige Urheber des Planes zur Ächtung des Krieges ist S. O. Levinson in Chicago, auf dessen Programm — ohne ihm sklavisch anzuhängen — sich die Vielen stützen, die für diesen Plan eintreten (J. Dewey, Knot u. a.).

Wie soll der Krieg geächtet werden? Dadurch, daß er als menschheits- und kulturwidriges, jedes Volk in der Entwicklung hemmendes Werkzeug nicht bloß moralisch verurteilt, sondern auch durch das Gesetz als Verbrechen gebrandmarkt wird. Die bisherige „Rechtmäßigkeit" des Krieges bildete ein Haupthindernis seiner Beseitigung. Ein internationaler Vertrag soll nun die Rechtswidrigkeit des Krieges überhaupt festsetzen. Was „Krieg" ist, soll genau definiert werden, damit das Recht auf Verteidigung gegen Angriffe gewahrt bleibt. Es soll ein internationaler Gerichtshof auf Grund eines internationalen auf Gleichheit und Gerechtigkeit gegründeten Gesetzbuches über zwischenstaatliche Streitigkeiten entscheiden, sich aber nicht in rein innerstaatliche Angelegenheiten einmischen. Eine Verminderung der Souveränität der Nationen würde nicht stattfinden. Eine internationale Polizeigewalt ist nicht in Aussicht genommen; es soll alles vermieden werden, was an einen „Überstaat" erinnert. Die nationale Bewaffnung soll auf das unumgängliche Minimum reduziert werden; kein stehendes Heer, nur Miliz. Der jetzt bestehende Völkerbund könnte beibehalten werden, aber er wird sich weiter entwickeln müssen; namentlich müßten die Artikel 10, 15, 16 und 17 ausgeschieden und die Artikel 12, 13 und 14 revidiert werden. Der Gerichtshof muß vom Völkerbunde unabhängig sein, damit er das Vertrauen aller Völker erringen kann. Von größter Wichtigkeit ist die Kodifikation eines wirklichen Völkerrechtes, das nicht bloß wie bisher gewisse Einschränkungen der Kriegsmaßnahmen statuiert, sondern alle im bisherigen internationalen Recht anerkannten und doch durchaus verbrecherischen Lehren von „militärischen Notwendigkeiten, Repressalien, Wiedervergeltung, Gleichgewicht der Mächte, Einflußsphären, Protektorat, Hinterlandsrechten u. dergl." ausmerzt. Die Folge aller dieser Umwertung und Umformung der Dinge wäre die: der Zwiespalt zwischen dem individuellen Gewissen, das sich gegen Gewalt, Mord, Angriff u. s. w. empört, und der rechtlich-moralischen Verpflichtung des Einzelnen, am Kriege seines Vaterlandes teilzunehmen, würde aufhören. Nun wird der Pazifist zum wahren, auch als solcher anerkannten Patri-

oten, zum Erhalter des Rechts, das der militärisch Gesinnte verletzen will. Während bisher das Kriegssystem das Gesetz für sich hat und die Moral sich unterordnet, erhält der Krieg in Zukunft verbrecherischen Charakter, den die öffentliche Meinung — die durch keine kriegerische Erziehung mehr getrübt wird — genau so wertet wie das Einzelgewissen.

Vieles von dem, was die Verfechter der amerikanischen Kriegsächtung-Idee vorschlagen, deckt sich mit den Vorschlägen europäischer Pazifisten. Einzelnes bedarf noch der Erörterung und Modifikation. Auch ist sich der Vorkämpfer des Planes, Levinson, durchaus darüber klar, daß große Widerstände zu beseitigen sind und daß die Aechtung des Krieges noch lange nicht die Brüderlichkeit der Völker bedeutet. Aber er hat Recht: Man kann nicht warten, bis die moralische Entwicklung der Menschheit von selbst den Krieg ausschließt, so wenig das Recht innerhalb der Staaten sich auf das Ethische verlassen kann. Auch ist der Plan, die Völkerbeziehungen durch Recht und Gesetz allein zu regeln, keineswegs rein „ideologisch", denn die ökonomischen und sozialen Verhältnisse drängen immer mehr zum Ersatz der Gewaltpolitik durch friedliche, gesetzmäßige Maßnahmen und zur Völkersolidarität. Die amerikanische „Gesetz-nicht-Krieg"-Bewegung ist ein deutliches Symptom dafür, daß die Friedensidee in ein neues Stadium getreten ist und verdient die werktätige Unterstützung durch alle Gruppen des europäischen Pazifismus, dem wiederum durch diese Bewegung neue Kräfte zufließen werden. R. E.

Friedenswissenschaft.

Von Dr. John Mez, New York.

Zu dem Vorschlag von Rudolf Goldscheid in Heft 6 der „Friedenswarte": „Errichtet Lehrstühle für Friedenswissenschaft!" möchte ich über einige persönliche Erfahrungen berichten:

Im Sommer 1916 habe ich eine Art von Einführungskurs in die Friedenswissenschaft an der Staatsuniversität von Illinois in Champaign-Urbana, südlich von Chicago abgehalten. An dem Kurs beteiligten sich etwa 30 Studenten, darunter eine beträchtliche Zahl von Chinesen. Soweit ich in Erfahrung bringen konnte, war dies der erste wissenschaftliche Vorlesungskurs an einer Universität, der ausschließlich der Friedenswissenschaft gewidmet war.

Die Vorlesungen waren angekündigt unter dem Titel „International Relations" und umfaßten etwa die folgenden Gebiete:

1. Nation und Gesellschaft: Nationalismus — Der Staatsbegriff — Staat und Individuum — Die zwischenstaatlichen Beziehungen — „Internationale Anarchie" und Völkerrecht — Bündnisse — Rivalität — Wettrüsten — Die allmählich entstehende „Internationale Organisation" der Einzelstaaten.

2. Internationalismus: Die materiellen Voraussetzungen des Friedensgedankens. Weltwirtschaft, Welthandel und Weltverkehr — Die gegenseitige Abhängigkeit der Nationen — Das internationale Leben der Gegenwart — Verträge, Abkommen, Vereinigungen, Kongresse usw.

3. Imperialismus. Der wirtschaftliche Hintergrund der Kriege — Expansionspolitik — Außenhandel und Kolonialpolitik — Interessenphären — Weltmachtpolitik — Anleihen. (Norman Angell's und G. Novicow's Einwand gegen den vermeintlichen Vorteil territorialer Expansion).

4. Krieg. Das Wesen des Krieges — Das Phänomen „Krieg" in der Menschheitsgeschichte — Der Krieg als „angeblicher Wohltäter" der Menschheit — Krieg und Kultur — Kriegsursachen und Kriegswirkungen.

5. Die Rolle der Gewalt in der menschlichen Gesellschaft. Philosophie der Gewalt — Gewaltanbetung und -verherrlichung — Die verschiedenen Formen der Gewaltanwendung: Angriff, Verteidigung und organisierte oder Polizeigewalt im Dienste des Rechts — Evolution des Rechts — Ersetzung der Gewalt durch das Recht — Wann und warum Gewaltanwendung versagt — Die „falsche Rechnung" — Tolstoi — Die Quäker — Gewalt als Sanktion des Rechts.

6. Militarismus. Das Überwiegen der militärischen Gesichtspunkte in Politik, Staat und Gesellschaft — Interpretierung der Geschichte — Militärstrategie und Diplomatie — Die antisozialen Wirkungen der Rüstungen und Kriege — Militärdienstzwang — Antimilitarismus.

7. Der „soziale Darwinismus". Verwechslung zwischen „Kampf ums Dasein" und Krieg — Höhere Formen des Kampfes — Das Element der gegenseitigen Hilfe als Faktor in der sozialen Entwicklung (Kropotkin) — Kulturzoologie — Was hat Darwin tatsächlich gelehrt? — Ist der Krieg ein „Überleben des Tüchtigen" im Sinne Darwins?

8. Soziologie des Krieges. Krieg und Gesellschaft — Hat es jemals einen „Krieg aller gegen alle" gegeben? — Evolution des Krieges — Zunehmende Sinnlosigkeit des Krieges mit zunehmender sozialer Organisation — Volksmassen von jeher Opfer der Kriege — Krieg als Hauptursache von Armut, Verbrechen, Krankheiten, Staatsschulden und Steuerlasten — Krieg und Lebenshaltung — Soziale Energievergeudung durch Kriege und Rüstungen.

9. Biologie des Krieges. Krieg und Auslese — Novicow, Jordan, Nicolai — Rassenbiologische Kriegswirkungen — Das „Überleben des Untüchtigen" — Menschenökonomie (R. Goldscheid).

10. Ökonomik des Krieges. Wirtschaftliche Kriegsursachen und Kriegswirkungen — Volks- und Staatswirtschaftliche Bilanz der Rüstungen — Militärausgaben der Welt in der Geschichte — „Krieg und Kapitalismus" (Sombart) — Verschuldung der Nationen — Weltvernichtung und -zerstörung durch Krieg und Rüstungen — Rüstungsindustrie.

11. „Ethik" des Krieges. Krieg und Moral — Patriotismus und seine höhere Form: Pazifismus — Krieg als „Stahlbad" — Habgier, Haß, Feindschaft, Lüge und Faulheit im Krieg — Völkerverhetzung und Hetzpresse — Das Erwachen einer internationalen Moral — Christentum, Rationalismus usw.

12. Psychologie des Krieges. Kampfinstinkt — Die unveränderliche Menschennatur (?) — „Sportinstinkt im Völkerringen — Furcht — Fatalismus — Grausamkeit —" Sensation.

13. Der Friedensgedanke (Pazifismus): Wesen und Geschichte der Friedensbewegung — Die verschiedenen Tendenzen des Pazifismus.

14. Das Rüstungsproblem. Geschichte der Abrüstungsvorschläge — „Die Waffen nieder".

15. Innerpolitische Formen der Kriegsüberwindung. Regierungsform und Kriegsgeneigtheit — Demokratie (Kant) Allgemeines Stimmrecht — Referendum vor Kriegserklärung — Beseitigung der Geheimdiplomatie und Rüstungsindustrie.

16. Weltpolitische Probleme: Die Pan-Amerikanische Bewegung — Die Freiheit der Meere — Monroe-Doktrin — Freihandel — Weltsprache und Weltmünze.

17. Entwicklung und Geschichte des Völkerrechts. Grotius — Schiedsgerichte — Haager Konferenzen — Völkerbund — Staatengerichtshof.

18. Bewußte Kulturbeherrschung und Friedenspolitik. Ausbau der Friedensbewegung — Friedenserziehung usw.

Die Universität „Illinois" verhielt sich diesem Vortragskurs gegenüber zunächst ablehnend, zumal der damalige Präsident James wollte nichts von Pazifismus und Internationalismus wissen; während ich diese Vorlesungen hielt, führte er den obligatorischen militärischen „Drill" für alle Studenten ein. Von meinen Studenten aber erhielt ich zahlreiche Äußerungen, aus denen hervorging, daß sie großes Interesse an diesen neuartigen Dingen fanden! Ist es nicht eine der verhängnisvollsten Lücken des Wissenschaftsbetriebs im 20. Jahrhundert ,daß noch von keiner Universität der Welt die Überwindung des Kriegs ernstlich in Angriff genommen worden ist? Im Gegenteil, die große Mehrzahl der Vertreter der Wissenschaft ist dem Krieg gegenüber noch so mittelalterlich-unwissenschaftlich eingestellt, daß sie ihn entweder in fatalistischer Weise als unvermeidliche Fügung der Vorsehung, als ewigen Geschichtsfaktor hinnimmt, oder aber gar als „Stahlbad der Völker", als naturgesetzliche Auswirkung im Kampf ums Dasein begrüßt und verherrlicht. Gewiß ist die Völkerrechtswissenschaft letzten Endes bestrebt, in den Beziehungen der Völker das Recht an die Stelle der Gewalt zu setzen; sie muß aber, um sich durchzusetzen, getragen sein von einem Friedenswillen und Friedensgeist auf seiten der Gesamtheit der Völker. Voraussetzung dafür ist, daß der Friedensgedanke endlich fundiert werde auf der Grundlage einer durch Forschung und Lehre vertieften Friedenswissenschaft.

Kirche und Pazifismus.

Von Pfarrer August Bleier,
Charlottenburg.

Gerne entspreche ich der Aufforderung des Schriftleiters und entwickle meine Auffassung über Kirche und Pazifismus. In einer Zeitschrift des wissenschaftlichen Pazifismus erübrigt es sich, zu fragen, in welchem Verhältnis Kirche und Pazifismus zueinander stehen. Soweit die protestantische Kirche in Frage kommt, ist dieses Verhältnis vollkommen eindeutig. Vor dem Kriege waren in allen Stadt- und Landkirchen Sedanfeiern eine Selbstverständlichkeit. Im Kriege verkündete man den Schlachtengott Jahwe, weihte die Ausziehenden „mit Gott für König und Va-

terland", stellte die Kirchen zur Verfügung für „vaterländische" Volksabende, Vorträge der Generalstabsoffiziere im Sinne der Durchhaltepolitik, öffnete die Sakristeien für Zeichnung von Kriegsanleihen, unterdrückte in den Gemeindeblättern jede pazifistische Regung, auch wenn sie von einzelnen Pfarrern kam. Ihren klassischen Ausdruck hat diese Gesinnung gefunden in einer Kriegsschrift, die im Jahre 1915 erschienen ist: „In Gottes Namen durch!", in der das Schlagwort steht: Das walte Gott und kalt Eisen. Ihr Verfasser ist der Divisionspfarrer a. D. Lic. Schettler in Berlin-Wilmersdorf. Dort heißt es: „Der Soldat soll totschießen, soll dem Feinde das Bajonett in die Rippen bohren, soll die sausende Klinge auf den Gegner schmettern, das ist seine heilige Pflicht, ja das ist sein Gottesdienst — denn der ihn auf seinen Platz gestellt hat, das ist Gott. Wer nicht schießt, wenn er schießen sollte, handelt als ein Schurke. Begreift wohl, es stehen sich in der Schlacht nicht mehr Mensch und Mensch gegenüber, sondern die Völker und Reiche. Der Soldat ist der Vertreter seines Staates. Hinter ihm steht sein Volk, für das er persönlich eintritt. Darum darf kein falsches Mitleid, keine Humanitätsduselei den Willen lähmen. Staat gegen Staat, Volk gegen Volk. Wer ist stärker? Die schärfste Kriegführung ist auch immer die barmherzigste. — Trotz allem Friedensgefasel wird ein Volk nur so weit geachtet, als es imstande ist, seinem Willen mit den Waffen in der Hand Ausdruck zu geben. Es ist gewiß furchtbar, daß Menschen, die sich persönlich nicht kennen und sich nichts zuleide getan haben, einander das Leben nehmen. Das ist der Krieg. Gott hat es zugelassen, daß diese Prüfung die Menschheit trifft. Ihr habt sie nicht zu verantworten, ihr habt nur, ein jeder an seiner Stelle, eure Waffen mit allem Nachdruck zu gebrauchen. Ihr Russen, ihr Franzosen, ihr Belgier und vor allem ihr englischen Kanaillen, da habt Ihr, was Euch zukommt: kalt Eisen."

Und Seite 36 heißt es in dem Abschnitt, „Rache" überschrieben: „Der Kriegszweck verlangt Vernichtung des Feindes. Fest das Schwert gefaßt! Jeder Hieb muß sitzen, jeder Schuß muß treffen! Im Namen Gottes, der euch zu Rächern für all die Greuel und das Blutvergießen dieses Krieges bestellt hat, der euch die Vollstreckung seines Urteils übertragen hat über die gottvergessene, blutdürstige, habgierige Politik unserer Feinde: schlagt drauf!"

Diese Gesinnung ist die offizielle Gesinnung der protestantischen Kirche. Hans Fülster ist deshalb in seinem sonst schätzenswerten Buche „Kirche und Krieg", erschienen in den Kultur- und Zeitfragen von Louis Satow, Verlag Ernst Oldenburg, Leipzig, im Irrtum, wenn er glaubt, die kirchlich Liberalen seien anders eingestellt, dem Pazifismus freundlicher gesinnt. Ich brauche nur den einen Namen Traub zu nennen, um das Gegenteil zu beweisen. Damit ist die ganze Richtung gekennzeichnet. In der Kampfstellung gegen den Pazifismus ist eine geschlossene Front zwischen Orthodoxen und Liberalen. Sowohl in Braunschweig wie in Essen wurden die Kirchen zur Abhaltung von Feierstunden verweigert, als anläßlich der Pazifistenkongresse 1920 und 1921 eine solche Bitte ausgesprochen wurde.

Trotzdem in England und Amerika die offizielle Kirche trotz unfreundlicher Stellung einzelner Geistlicher und Bischöfe eine dem Pazifismus freundliche Stellung beobachtet, trotzdem dort kirchliche Organisationen an den „Nie wieder Krieg"-Kundgebungen teilnehmen, hat die protestantische Kirche Deutschlands auf die Anregung des letzten Pazifistenkongresses in Leipzig, die gemäß dem Antrage des Bundes religiöser Sozialisten und der Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden ausgesprochen wurde, nach dem englischen Vorbilde am Sonntag vor Weihnachten einen Friedenssonntag einzurichten und an den „Nie wieder Krieg"-Kundgebungen teilzunehmen, keine Antwort erteilt. Keine Antwort ist in diesem Falle auch eine Antwort. Und das geschieht, trotzdem ein Komitee zur Versöhnungsarbeit der Kirchen existiert, an dem offiziell auch Vertreter deutscher Kirchenregierungen beteiligt sind, dessen geistiger Kopf der bekannte Erzbischof D. Söderblom in Upsala ist. Niemand wird behaupten, daß diese Vereinigung radikal-pazifistischer Bestrebungen verdächtig ist. Wenn die deutsche protestantische Kirche in praxi sich selbst von diesem Komite fernhält, so dürfte ihr Verhältnis zum Pazifismus eindeutig sein. Wenn noch jemand daran zweifeln sollte, so sei darauf hingewiesen, daß Ludendorff in seinen Kriegserinnerungen der protestantischen Kirche eine Rüge erteilt, weil sie nicht unbedingt eine zuverlässige Stütze der Heeresverwaltung gewesen sei. In der zweiten Ausgabe seiner Memoiren „Kriegführung und Politik" heißt es wörtlich Seite 44: „In den Reihen der evangelischen Geistlichen befand sich mancher Vertreter jener internationalen pazifistischen Gedankenwelt, die das deutsche Volk blendete und verdarb. Jedenfalls diente die evangelische

Geistlichkeit den nationalen Aufgaben nicht durchweg in dem Umfange wie die katholische, ganz gleich aus welchen Gründen, in rein katholischen Ländern."

Darauf hat die protestantische Kirche nicht etwa eine scharfe Absage erteilt, daß sie es ablehnen müsse, sich von einem General, dem Vertreter des Gewalt- und Mordprinzips, Instruktionen erteilen zu lassen, sondern sie hat sich gegen den Vorwurf „nationaler" Unzuverlässigkeit verteidigt. Denn Dr. Fey hat im Pfarrerblatt 1921 Nr. 12 erklärt: „Den Beweis für die geradezu ungeheuerliche Behauptung hat sich der General geschenkt. Vielleicht verschafft ihm jemand Khärs Buch über die evangelische Geistlichkeit im Weltkrieg, um ihn gründlich vom Gegenteil zu überzeugen." Die Kirchenbehörde selbst schwieg zu dem Vorwurf, ließ aber bei jeder Gelegenheit durch Pfarrer, geschmückt mit dem E. K. I und II, verkündigen: Die Kirche hat im Weltkrieg nicht versagt. Danach ist die Stellung der protestantischen Kirche zum Pazifismus völlig eindeutig.

Nicht so eindeutig ist die Stellung der katholischen Kirche. Daß sie nicht durchweg in der Praxis pazifistisch oder gar antimilitaristisch eingestellt ist, zeigt Ludendorffs Urteil klar und deutlich. Auch sie hat gegen dieses Urteil nicht protestiert, sondern sich die „nationale" Zuverlässigkeit bescheinigen lassen. Kein deutscher Bischof hat einen Trennungsstrich zwischen sich und Ludendorff gezogen.

Auf der andern Seite steht die erfreuliche Tatsache, daß die Kurie selbst sich klar und offen zur Idee des Völkerbundes bekennt, der, im Gegensatz zu der Pariser Karikatur eines wahren Völkerbundes, ein Hort der Schwachen, ein Schutz gegen Krieg, ein Schöpfer einer neuen Ordnung auf Grund von Gerechtigkeit sein soll, daß sie ihren Ehrgeiz darein setzt, mit Einsetzung ihrer vollen moralischen Autorität an der Lösung des Friedensproblems mitzuarbeiten, daß infolge dieses Drucks von Rom sich innerhalb der katholischen Kirche eine freundliche Einstellung zum Pazifismus vollzieht. Es sei nur hingewiesen auf Marc Sangnier, den tapferen Vorkämpfer in Frankreich, den Kreis der Jugend, die sich um ihn und die Zeitschrift „jeune république" schart, in Deutschland die Bewegung der Großdeutschen, die Quickbornjugend, die in der Zeitschrift „Vom frohen Leben", Verlag Scholle, Berlin-Weißensee, zum Ausdruck kommt und mit Stolz zurückblicken kann auf die demokratischen internationalen Kongresse von Paris (1921), Wien (1922) und Freiburg (1923). Wenn sie auch fast ausschließlich konfessionell eingestellt waren, so ist es ein erfreuliches Zeichen, daß eine so glänzende, klug durchgebildete Organisation wie die katholische Kirche ihre Tore öffnet dem Gedanken des Pazifismus und so, im Gegensatz zur protestantischen Kirche, erkennt: Die Tage des Nationalismus sind vorbei, die civitas dei, der Gottesstaat, bereitet sich auf Erden vor in Gestalt des übernationalen Weltfriedensreiches.

Je mehr diese Stellungnahme eine eindeutige, zielbewußte wird, um so klarer wird für den Pazifismus sich das Verhältnis zur katholischen Kirche ergeben. Solche Persönlichkeiten wie Prinz Max von Sachsen und der Prälat Gießwein in Budapest können dazu pontifex, Brückenbauer, sein, umso besser, als sie in der Friedensgesellschaft mit Erfolg propagandistisch tätig sind.

Vor einer Illusion möge der deutsche Pazifismus sich hüten, als ob in absehbarer Zeit katholische Kirche und Pazifismus eine Art Fusion eingehen könnten. Solange der Papst erklärt, daß nur auf dem Boden der katholischen Weltanschauung ein wahrer Kampf für den Weltfrieden geführt werden könne, solange auch wie in Freiburg vor wenigen Wochen immer wieder mit Emphase versichert wird: „Nur wir katholische Christen sind wahre Pazifisten" und auf demselben Kongreß Nationalrat Drexl aus Wien unter starkem Beifall sagen kann: „In Peters Dom müssen wir uns alle vereinigen, um den Weltfrieden herbeiführen zu können!", solange in demselben Kreise antisemitische Zurufe laut werden, ist ein solcher Kongreß kein wahrhaft demokratischer pazifistischer Kongreß, sondern ein katholischer ad majorem ecclesiae gloriam, zum größeren Ruhm der Kirche, und für den interkonfessionellen Pazifismus ein freundliches Abwarten die gegebene Stellung.

Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß in der Jugend (Quickborn-Großdeutsche) — in Österreich geführt von Dr. Metzger, Graz — ein starkes Wollen besteht nach praktischer und ideeller Zusammenarbeit mit radikalen Pazifisten, sozialistischen Studenten. Diese Jugend steht in nicht immer ausgesprochener Opposition zur Zentrumsführung, aber die Opposition ist da, und sie muß über kurz oder lang sich entscheiden, wohin der Weg führt. Möge sie, wenigstens die radikale Gruppe in ihr, der Weg führen, wohin er nur führen kann, wenn sie ihre Prinzipien klar durchdenkt: auf die Seite der Antikriegskämpfer!

Solche finden sich auf protestantischer Seite in den Reihen der Neuwerkjugend, der reli-

giösen Sozialisten, der Freunde von Religion und Völkerfrieden, der Bewegung von Bilthoven. Hier ist die kirchliche Schranke gefallen, die konfessionelle Grenze aufgegeben, und der aktivistische, kämpferische, vorwärtsdrängende Charakter, der in klassischen Zeiten der Religion immer das Merkmal der Religion gewesen ist, findet sich hier in der Einstellung auf den antimilitaristischen Gedanken, in dem Verlangen, mit dem Gebot: Du sollst nicht töten! Ernst zu machen und deshalb jeden Krieg als Sünde, als Verbrechen zu betrachten und im Militarismus als solchem, mag er deutsch, französisch, englisch oder russisch sein, den Feind zu sehen.

Dieser Kreis arbeitet deshalb eng zusammen mit Quäkern, mit Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen. Dieser Kreis ist nicht der Auffassung von Professor F. W. Förster (Vgl. Menschheit Nr. 33), daß die Konsequenz der Bergpredigt nicht die Dienstverweigerung sei, denn der Staat habe ein Recht auf Gehorsam, sonst zerbreche die menschliche Ordnung. Sondern er ist der Auffassung, daß es für alle Fälle weder sicher noch geraten ist, etwas gegen das Gewissen zu tun, daß es deshalb Pflicht ist, religiöse Pflicht, dem Zwange zum Morden — d. i. die Wehrpflicht — Widerstand entgegenzusetzen und daß der Friede nur erkämpft werden kann durch klare, konsequente Ablehnung des Willens zum Morde, und das ist jeder Militarismus, mag er ein Ludendorff'scher oder ein Degouttescher Militarismus sein. Denn Jesus von Nazareth sagt klar und deutlich: Wer das Schwert nimmt, der wird durch das Schwert umkommen.

So kann die Religion, die im Weltkriege so jammervoll versagte, eine Kraft werden, wenn sie dem Pazifismus ein neues Problem stellt, das ist der Antimilitarismus, der Gedanke der Kriegsdienstverweigerung. Dieses Problem löst er aber nicht, wenn er so leicht und nichtssagend darüber hinweggeht, wie es der sonst von mir hochgeschätzte Dr. John Mez in der letzten Nummer der „Friedenswarte" meinem Gesinnungsfreunde Dr. Hiller gegenüber tut, oder wie es in dem schon genannten Buch von Hans Fülster „Kirche und Krieg" geschieht, das den Ortsgruppen der deutschen Friedensgesellschaft von ihrer Zentrale empfohlen worden ist, wo die große Weltbewegung der Kriegsdienstverweigerung überhaupt nicht erwähnt, also vollkommen totgeschwiegen wird. In einer Zeit, wo der deutsche Pazifismus sich in seiner Mehrheit, nämlich auf dem Pazifistenkongreß in Leipzig 1922, auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Propaganda der Kriegsdienstverweigerung eine der wertvollsten Sicherungen gegen jeden Krieg sei, läßt sich eine so starke Weltbewegung im Pazifismus, deren sittlichen Elan auch ein so tatkräftiger Gegner wie Herr von Gerlach stets anerkannt hat, nicht mit einem Achselzucken, nicht mit Totschweigen abtun. Sondern es ist Pflicht jedes ernsthaften Pazifisten, sich zum mindesten ernsthaft, wissenschaftlich und gefühlsmäßig ethisch mit dieser Bewegung auseinandersetzen.

Je mehr sich zeigt, daß die gegenwärtige Anarchie der Weltwirtschaft in dem System liegt, daß das friedlose Europa nicht zur Ruhe kommen kann, weil es in seinen regierenden Gewalten sich nur von nacktem, brutalem, Gewalt- und Mordinteresse leiten läßt, umsomehr kann neue Ziele zeigen eine Bewegung, die, im Gegensatz zu den gegenwärtigen Kirchen, nicht versklavt ist an Nationalismus und Kapitalismus, sondern in der Kraft eines neuen Willens innerhalb der übernationalen Organisation des Pazifismus der Überzeugung ist: Im letzten Grunde wird nicht die Organisation, sondern der Mensch entscheiden, ob er kraftvollen Willen in seiner Organisation entfaltet, ob die organisierte Arbeiterschaft alle Druckmittel geschlossen anwendet, um mit der Drohung eines internationalen Generalstreiks die Gefahr eines neuen Weltkrieges zu beseitigen und damit den Untergang des Abendlandes zu verhindern. Darum tut Buße, stellt Euch neu ein, werdet Antimilitaristen, sozialistische Antimilitaristen, dann und nur dann ist das Himmelreich des Weltfriedens nahe herbeigekommen.

Wächst aus den Kirchen ein solcher revolutionärer, antimilitaristischer Wille heraus, wenn auch nur in kleinen Gruppen, so werden, wenn auch nicht Kirche und Pazifismus, so doch Religion und Pazifismus sich gegenseitig befruchten, einen Kampfbund schließen können. Denn der Sieg ist nicht da, wo eine Mehrheit um der Mehrheit willen ein Kompromiß über das andere schließt, unter Verzicht auf die Idee, sondern da, wo eine Minderheit, entschlossen, zäh und zielbewußt kämpft, allen Widerständen zum Trotz, gezwungen von der Idee.

Versöhnungsopfer des deutschen Volkes an das französische Volk.

Von Lilli Jannasch, Ludwigsburg.

In diesen Tagen jährt sich zum 4. Male der Waffenstillstand. Wie ein Aufatmen gings da-

mals durch die gepeinigten Völker. An einen neuen Menschheitsfrühling glaubten, auf ihn hofften so viele! Was aber geschah? Haß, Hunger, Habgier, Mord, Bürgerkrieg, alle Gifte der Seele, die der Kriegsgeist vertausendfacht, forderten Hekatomben von Opfern. Andererseits mühten sich Gutgläubige um Errichtung von Verträgen, schufen den Völkerbund, Konferenzen ohne Zahl fanden statt, internationale Bünde aller Art schossen aus der Erde. Wer wollte leugnen, daß viel guter, starker Wille überall an der Arbeit war. Und doch frißt das Kriegsgift weiter, tiefer. Wer will sagen, ob bei diesem Kampf zwischen Gott und Teufel, der sich innen- und außenpolitisch austobt, schließlich die Menschlichkeit siegen wird? Der Allerseelentag steht vor der Tür. Allerseelen wird uns die bange Frage vorlegen: sollen alle Opfer des Krieges und Nachkrieges umsonst gewesen sein, sollen sie ins Unendliche vermehrt werden durch den Wahnsinnstaumel des Hasses? Was kann geschehen, um die Seele Europas zu erlösen? Drohend liegt vor uns das deutsch-französische Problem. Von seiner gütlichen Lösung hängt die „Erlösung" im wesentlichen ab, nicht nur für uns, für ganz Europa.

Erlösung wird nur da, wo freier Opferwille alle Herzensenge überwindet und so die verkrampfte Seele befreit. Opferwille, wie er einst auf Golgatha offenbar wurde. Opferwille aus der Tiefe geläuterten Herzens. Ein Versöhnungsopfer soll das deutsche Volk bringen so warm und stark, daß das französische Volk vom Krampf der Angst befreit wird. Dann kann wahrer Friede werden. Nicht Verträge, nicht internationale Abmachungen sind genügende Sicherheiten. Nur der Versöhnungswille der Völker kann auch das deutsche und französische Volk zur Verständigung führen, zu wahrer Arbeitsgemeinschaft.

Seit der Ruhrbesetzung, im Augenblicke steigender Not, hat sich ein kleiner Kreis von Warmherzigen in dem Gedanken an dieses Versöhnungsopfer zusammengefunden. Männer, Frauen, Jugendliche, von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, aus katholischen, evangelischen, freidenkerischen Kreisen, Menschen aller Stände, die über ganz Deutschland verteilt sind. Bei der Quickbornjugend und den Neuwerkleuten, in dem Kreise der Leser der „Menschheit", wird für dieses Versöhnungsopfer tatkräftig gearbeitet. Im Mai eröffnete die Redaktion der „Menschheit" auf Grund zahlreicher Aufrufe und Zuschriften aus dem Leserkreis die Sammlung für das Opfer. Schmuckstücke, darunter viele Familienandenken, Eheringe, Uhren, Kriegsmedaillen, alles Stücke, denen man ansieht, daß ihre Geber von dem Wenigen geben, das ihnen Kriegs- und Nachkriegszeit gelassen, wurden für das Opfer gesandt. Schreiben, vielfach ergreifenden Inhalts, Zeichen von heißer Friedenssehnsucht sind den Opfergaben beigefügt. Auch Devisen und Geld laufen dauernd ein.

Auf dem Freiburger Kongreß wurden diese Gaben den französischen Freunden gezeigt. Der Eindruck war ein tiefer. Sie versicherten, daß dieses Opfer in Frankreich außergewöhnliche Wirkung auslösen würde und der Verständigungsarbeit dort viele Freunde gewinnen würde. Die Redaktion der „Menschheit" beschloß daher gelegentlich einer der großen öffentlichen Versammlungen, die der Freiburger Kongreß allabendtich veranstaltete und in der die „moralische Abrüstung" auf der Tagesordnung stand, für den Gedanken des Versöhnungsopfers öffentlich einzutreten. Der Führer der katholischen Quickbornjugend, Dr. Nicolaus Ehlen, sprach an jenem Abend zur moralischen Abrüstung u. wies darauf hin, daß sich bei ihm zahlreiche jugendliche Gesinnungsgenossen aus allen Lagern von der freideutschen bis zur kommunistischen Jugend für den Aufbau in Frankreich gemeldet, um Sühne zu leisten für die Kriegsverbrechen, voller Bereitschaft, alle Entbehrungen freudig auf sich zu nehmen. Er teilte ferner mit, daß ihm aus Arbeiterkreisen zahlreiche Opfergaben für Frankreich zugingen. Ein einziger Arbeiter hatte 80 Millionen Mark in seinem Kreise gesammelt (Anfang August war das noch eine leidliche Summe). Als er geendet, geschah etwas völlig unerwartetes. Ganz spontan meldete sich eine Freiburger Katholikin aus bürgerlichem Kreise zum Wort und richtete einen ergreifenden Aufruf an die anwesenden Frauen und Mütter, dazu beizutragen, die furchtbare politische Spannung zu lösen. Um der deutschen Kinder willen, die diesen Winter tausendweise dem Hungertod entgegen gehen, wenn nicht endlich durch energischen Volkswillen die deutsch-französische Verständigung gefördert wird, rief sie die deutschen Frauen und Mütter zu einem Versöhnungsopfer an die französischen Frauen und Mütter auf. „Opfert Euren Schmuck um unserer Kinder willen, rettet sie, die Euch das Liebste sind, indem Ihr Euren Haß überwindet und durch unerhörte Opfertat den Weg zu den Herzen der französischen Frauen bahnt." So ward von ganz neuer Seite der Gedanke propagiert. Nach diesem Appell erhob sich sofort die französische Delegierte Mme. Malaterre und antwortete tief ergriffen etwa folgendes :

„Liebe Kameraden! Von den erschütternden Worten meiner Vorrednerin griff mir Eins ins Herz: „Vielleicht wird die französische Seele uns dann verstehen!" Ja, ich sage Euch, die französische Seele wird Verständnis für Euch haben, sie wird Euch Antwort geben. In diesem Augenblick enthüllt sich der tiefste Sinn des Kongresses. Für uns handelt es sich nicht darum, Friedensverträge zu verbessern. Die Franzosen sind zu Euch, Deutschen, gekommen, mit einem Herzen voll Liebe, wie nur Christen es haben. Aber auch erfüllt von schwerer Sorge, ob Ihr, die Ihr im tiefsten Elend schmachtet, verstehen werdet, daß wir volles Vertrauen zu Euch haben müssen. . . .

Ihr bietet uns Gold, deutsche Frauen, nun wir nehmen es an, nicht als den Geldeswert, den es hat, denn wir brauchen nicht in erster Linie Geld, Frankreich braucht vor allem Vertrauen. Euer Opferwille gibt uns dieses Vertrauen wieder. Für diesen Glauben werden wir in Frankreich eintreten. Wir werden dort künden, daß wir Eure Seele ganz nackt gesehen, Eure Seele, die sich der unsrigen in Hingebung zuneigte. Seid gesegnet, deutsche Frauen, für Euern Opferwillen. Und Ihr, französische Kameraden vergeßt nie das herrliche Beispiel, das uns hier gegeben ward. Laßt uns, heimgekehrt, alle Kräfte einsetzen, daß Frankreich stets dieses Opfers würdig sein möge!"

Tiefe Ergriffenheit folgte den Worten von Frau Malaterres. Wir gingen aufeinander zu und gaben uns den Friedenskuß, erschüttert von der Übereinstimmung solcher Willens- und Wunschgemeinschaft. Ich richtete noch einige Worte an die Versammlung mit dem Hinweis, daß es nicht darauf ankomme, große wertvolle Gaben zu spenden, sondern darauf, daß jeder das opfert, das ihm das Teuerste ist. Nur solchen Gaben wohnen geheime Kräfte inne, die weiter wirken, Segen spendend. Jede Gabe soll Symbol guten Willens sein, der, täglich neu werdend, dem Versöhnungsgeiste dienen soll. Dann wird der Segen des Opfers wachsen, wird drüben Verständnis und guten Willen wecken.

Der Eindruck dieser Kundgebung war so stark, daß der Vorsitzende die Versammlung schloß mit den Worten, daß die gemeldeten Redner nach diesem Erlebnis auf weitere Mitteilungen verzichteten. In der Versammlung wurde der Wunsch laut, sogleich die Sammlung zu beginnen. Schmuckstücke und Devisen in großer Zahl wurden am Abend selbst und am folgenden Tage der Kongreßleitung zur Verfügung gestellt. Die sozialistische und katholische Presse Freiburgs eröffneten gleichfalls eine Sammlung.

Nach Paris zurückgekehrt, richtete Marc Sangnier, erfüllt von dem Erleben des Kongresses, der durch das Versöhnungsopfer so stark beeinflußt war, folgenden offenen Brief an Poincaré, der in der französischen Presse starken Widerhall fand:

„Der außerordentliche Erfolg unseres III. Demokratischen Internationalen Kongresses, der dieser Tage in Freiburg stattfand, muß selbst dem Voreingenommensten unter uns beweisen, daß in Deutschland außer den Militaristen und Alldeutschen, die aus dem Kriege nichts gelernt hatten, eine starke Friedensbewegung besteht. Frankreich muß diese Bewegung berücksichtigen und darf sie nicht vernachlässigen. Die Delegierten von 22 Nationen und 150 französische Delegierte haben den imposanten und ermutigenden Kundgebungen des Kongresses beigewohnt. Besonders zu erwähnen ist die Schlußversammlung, an der 7000 Personen teilnahmen. Diese begrüßten mit einstimmigem Beifall meine französische Ansprache.

Um ihren starken Friedenswillen und ihre Bereitwilligkeit zur Wiedergutmachung zu beweisen, haben die Versammlungsteilnehmer im Kongreßbüro Schmuckgegenstände niedergelegt. Unter diesen befanden sich zahlreiche Familienandenken.

Es handelt sich hier nicht um eine einzelne Kundgebung ohne tiefere Bedeutung. Der badische Ministerpräsident hat die Drohung der alldeutschen Presse damit beantwortet, daß er persönlich an der Eröffnungsversammlung teilnahm und Begrüßungsworte an sie richtete. Der Erzbischof von Freiburg hatte den Gottesdienst geleitet, an dem der Kongreß teilnahm, sowie das Requiem für die Kriegsopfer abgehalten.

Deutsche Jugend aller Kreise, katholische, protestantische, sozialistische war aus allen Teilen Deutschlands herbeigeeilt und bot sich an, mit eigenen Händen am Aufbau der zerstörten Gebiete zu helfen und dafür alles zu opfern und ohne Rücksicht auf die Schwerfälligkeit des politischen Apparats, nur beseelt von brüderlicher Gesinnung.

Ich bitte also den Herrn Ministerpräsidenten, sofort nach der Eröffnung der Kammer diese meine Interpellation zu diskutieren. Was denkt unsere Regierung angesichts dieser Friedensbewegung zu tun, die in dieser qualvollen Stunde eine große Zahl von Deutschen beseelt und so herrlichem Aufschwung pazifisti-

scher Energien in der deutschen Jugend hervorgerufen hat.

gez. Marc Sangnier,
Deputierter von Paris."

Die Freunde der „Jeune Republique", *) die als Delegierte in Freiburg waren und in den französischen Ortsgruppen über den Kongreß berichteten, teilen uns mit, daß der Gedanke des Versöhnungsopfers in Frankreich überall starken Eindruck gemacht. Frau Malaterre hat in etwa 20 Städten darüber berichtet. — Marc Sangnier hat der Redaktion der „Menschheit" den Vorschlag gemacht, die Wertgegenstände des Versöhnungsopfers, sobald die Ausfuhrbewilligung uns den Versand nach Paris erlaubt, in Paris auszustellen, um sie dort zu Liebhaberpreisen zu verkaufen. Er ist überzeugt, daß alle Freunde einer deutsch-französischen Verständigung gern ein solches Andenken deutschen Opferwillens besitzen werden. Auch ein großer Teil der französischen Presse hat dieser Versöhnungstat herzliche Sympathie entgegen gebracht.

Wir können mit Freude konstatieren, daß in Deutschland der Gedanke des Versöhnungsopfers immer mehr Freunde gewinnt. Besonders zu bemerken sind die warmen Zustimmungserklärungen aus Rheinland und Westfalen, sowie aus Oberschlesien. Also, gerade aus den Gegenden, wo die Bevölkerung unter den Nachkriegsverhältnissen besonders schwer leidet. Bei der Jugendtagung auf dem Hohen Meißner, wo Anfang August 10 000 Jugendliche aller Kreise und Stände zusammen kamen, propagierte die Weltjugendliga den Opfergedanken mit gutem Erfolg. Im Rheinland besteht der Plan, einen Opfertag zu veranstalten. In katholischen Kreisen wird gleichfalls eifrig dafür geworben. Aus Mitteilungen, die uns zugehen, ersehen wir, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die katholische Kirche als solche sich den Opfergedanken zu eigen macht. Diese Mitarbeit wäre aufs wärmste zu begrüßen. Aber auch alle Friedensfreunde sollten es sich zur Aufgabe machen, den Gedanken in alle Kreise der Bevölkerung zu tragen, damit wirklich ein Volksopfer werde. Die erste Initiative führte bereits Menschen aller Richtungen zusammen. Möchte dieser Gemeinschaftsgeist auch in Zukunft weiter wirken, trotz der traurigen Spaltungen, die das deutsche Volk zu zerreißen drohen. Wenn diese Versöhnungstat uns zu Willenseinheit verbindet, würde sie auch rückwirkend für unsere Volksgemeinschaft segenbringend werden. Vielleicht wäre es möglich, sich auf einen gemeinsamen Opfertag zu einen und diesen in die Weihnachtszeit zu verlegen. Dann könnte das Wort „Friede auf Erden" wieder aufleuchten und einem besseren Europa zum Geleit werden. **)

Mitteilungen und Anfragen bitten wir zu richten an die Redaktion der „Menschheit", Ludwigsburg b. Stuttgart, Harteneckstr. 69, oder an Dr. Walter Klein, Wien, Piaristengasse 6.

*) Diese Zeitung ist das Blatt Marc Sangniers.

Mahatma Gandhi.

Von Romain Rolland.
(3. Fortsetzung).

Gandhi verlangt von den Menschen nur das, was sie geben können. Aber er verlangt von ihnen alles, was sie geben können. Und dieses alles ist sehr viel wenn es sich um ein Volk wie die Inder handelt. Ein Volk, gewaltig durch seine Zahl, 19) seine Dauer, seine abgrundtiefe Seele. Vom ersten Kontakt an entstand zwischen diesem Volk und Gandhi ein Akkord, sie verstehen einander ohne Worte; Gandhi weiß, was er von ihm erwarten darf; und dieses Volk erwartet, was Gandhi von ihm verlangen wird.

Zwischen den beiden, zuerst der einstimmige Wunsch, Swaraj, 20) Indiens Home Rule.

„Ich weiß", schreibt Gandhi, „das Ziel der Nation ist das Swaraj und nicht die Nicht-Gewalttätigkeit."

Er geht so weit, ein Wort hinzuzufügen, verblüffend in seinem Munde:

„Ich ziehe es vor, daß Indien sich mittels Gewalttätigkeit befreie, als daß es Sklave bleibe, gefesselt durch die Gewalttätigkeit seiner Beherrscher."

**) Leider hat die Deutsche Friedensgesellschaft es abgelehnt, sich offiziell für das Versöhnungsopfer einzusetzen. Wir freuen uns, mitteilen zu können, daß die erste Rate der österreichischen Sammlung nach Paris überführt worden ist. Desgleichen ist die erste Rate der Geldsammlung der „Menschheit" an Marc Sangnier abgegangen, nachdem endlich unser Gesuch um Ausfuhr vom Finanzministerium genehmigt war. Kaum war die Geldsammlung in Devisen abgeführt, erhielt die Menschheitsredaktion ein Telegramm aus Berlin, in dem diese Ausfuhrbewilligung wieder zurückgenommen wurde. Der neue Kurs machte sich also gleich lähmend bemerkbar. Unter diesen Verhältnissen dürfte es auch nicht gelingen, die Ausfuhrbewilligung der Wertsachen zu erhalten, bezüglich derer auch seit Wochen Verhandlungen schweben. Umso wichtiger ist es, daß eine Volksbewegung für das Opfer einsetzt, die allen bösen Gewalten zum Trotz sich durchsetzt. Welchen Eindruck muß es in Frankreich hervorrufen, wenn die deutsche Regierung in dieser Weise den Versöhnungswillen des Volkes sabotiert?

19) Ein Fünftel der Bewohner des Erdballs.

20) Swa = selbst Raj = Herrschaft, Autonomie.

Aber, verbessert er sich sofort, das hieße Unmögliches voraussetzen: Denn der Terrorismus kann Indien nicht befreien. Das Swaraj kann nur durch seelische Kräfte errungen werden, die Indiens eigenste Waffe sind, durch die Waffe der Liebe, die Kraft der Wahrheit — das Satyagraha. 21) Und der wahre eigentliche Geniestreich Gandhis bestand darin, dem Volke die wahre Natur und die verborgene Gewalt dieses Gedankens zum Bewußtsein zu bringen.

Gandhi hatte den Ausdruck Satyagraha damals, als er in Südafrika kämpfte, erfunden, um die Eigentümlichkeit seiner Aktion von der passiven Resistenz zu unterscheiden. Und man muß auf diese Unterscheidung nachdrücklich hinweisen, denn die Europäer pflegen die Gandhi-Bewegung als „passive Resistenz" (oder „Nicht-Resistenz") aufzufassen. Nichts ist irriger als dies. Kein Mensch in der Welt empfindet größere Abneigung gegen die Passivität als dieser unermüdliche Kämpfer, der einer der heldenhaftesten Typen der „Resistenz" ist. Die Seele seiner Handlungen ist der aktive Widerstand, entflammt von den Energien der Liebe, des Glaubens und des Opfermutes. Und diese dreifache Energie drängt sich in das Wort Satyagraha.

Daß die Memme nicht im Schatten eines Gandhi Schutz für ihre Feigheit suche! Gandhi verscheucht sie aus seiner Gemeinde. Besser noch der Gewalttätige als der Feigling.

„Wo einem nur die Wahl bleibt zwischen Feigheit und Gewalttätigkeit, rate ich zur Gewalttätigkeit . . . Was ich einschärfe, ist der ruhige Mut, zu sterben ohne zu töten. Aber wenn einer diesen Mut nicht besitzt, so verlange ich von ihm, daß er die Kunst sich anerziehe, eher zu töten und getötet zu werden, als schandvoll vor der Gefahr zu fliehen. Denn der Fliehende begeht eine große Schändlichkeit: Er flieht, weil ihm der Mut fehlt, Tod bringend den Tod zu erleiden. Lieber tausendfache Gewalttätigkeiten als die Entmannung einer ganzen Rasse. Ich würde es unendlich vorziehen, Indien zu den Waffen greifen zu sehen, um seine Ehre zu verteidigen, als daß es demütig Zeuge der eigenen Entehrung bliebe." 22)

„Aber", fügt er hinzu, „ich weiß, daß die Nicht-Gewalttätigkeit der Gewalt unendlich überlegen ist, daß das Verzeihen männlicher ist als die Züchtigung. Der Pardon ist die Zierde des Soldaten. Aber sich des Strafens enthalten, ist nur dann Pardon, wenn die Macht zum Strafen vorhanden ist. Er hat also gar keinen Sinn seitens eines machtlosen Geschöpfes. Und ich glaube nicht, daß Indien machtlos ist — hunderttausend Engländer können unmöglich dreihundert Millionen menschlicher Wesen Furcht einflößen. Übrigens liegt die Kraft nicht in den physischen Mitteln, sie wohnt im unbezwingbaren Willen. Die Nichtanwendung von Gewalt ist keineswegs identisch mit gutmütiger oder bösartiger Unterwürfigkeit. Im Gegenteil. Die Nicht-Gewalttätigkeit stemmt sich mit der ganzen Kraft ihrer Seele gegen Tyrannenwillen. So kann ein einziger Mensch einem Kaiserreiche Trotz bieten und dessen Sturz bewirken."

Doch um welchen Preis? — Um den Preis seines Leidens! „Leiden, das große Gesetz, das Wahrzeichen des Menschengeschlechts. Die unerläßliche Voraussetzung des Daseins. Das Leben entspringt dem Tode. Damit das Getreide emporschieße, muß der Same vergehen. Kein Land hat sich jemals erhoben ohne im Feuer des Leidens geläutert zu werden — niemand kann dem entgehen. Der Fortschritt besteht nur in der Läuterung des Leidens und darin, daß man es vermeidet, Leiden hervorzurufen. Je veredelter das (persönliche) Leiden, desto größer der Fortschritt. Nicht-Gewalttätigkeit ist bewußtes Leiden. Ich habe mir erlaubt, Indien das alte Gesetz der Selbstaufopferung vor Augen zu stellen, das Gesetz des Leidens. Die Rishis, die das Gesetz der Nicht-Gewalttätigkeit entdeckt haben, mitten unter dem schlimmsten Terrorismus, waren größere Genies als Newton, größere Krieger als Wellington: sie kannten wohl die Waffen, und sie verstanden es, deren Nutzlosigkeit zur Tatsache zu machen. Die Religion der Nicht-Gewalttätigkeit ist nicht nur für die Heiligen, sie gilt für die ganze menschliche Gemeinschaft. Sie ist ebenso das Gesetz unserer Art, wie Gewalttätigkeit das Gesetz des wilden Tieres ist. Im Brutalen schläft der Geist; die Würde des Menschen lechzt nach einem viel höheren Gesetz: Geisteskraft. Ich will, daß Indien dies Gesetz in Anwendung bringe, ich wünsche, daß es endlich seiner Macht bewußt werde. Seine Seele kann nicht zerstört werden; nein, sie vermag den materiellen Kräften einer ganzen Welt zu trotzen."

Welch' hoher Stolz! Seine edelsinnige

21) „Der richtige Versuch". Man wendet dieses Wort vorzugsweise auf die Nicht-Annahme einer Ungerechtigkeit an. — Nach der Definition Gandhis bedeutet es: „Sich an die Wahrheit halten, die Kraft der Wahrheit, der Liebe oder der Seele"; — und schließlich „Triumph der Wahrheit durch die Mächte der Seele und der Liebe".

22) Die von Gandhi gegründete Schule Satyagraha Ashram lehrt die „Furchtlosigkeit: die Seele befreit von der Furcht vor Königen, Kasten, Familien, Menschen, wilden Tieren, und vor dem Tode".

Liebe für Indien verlangt, daß es unwürdige Gewalttätigkeiten verleugne, daß es sich opfere. Die Nicht-Gewalttätigkeit ist sein Adelstitel. Wenn es darauf verzichtet, dann sinkt es. Gandhi könnte diesen Gedanken nicht ertragen:

„Wenn Indien Gewalttätigkeit zum Glaubensartikel erheben würde, würde ich nicht mehr in Indien leben wollen. Ich würde nicht mehr auf dieses Land stolz sein können. Mein Patriotismus unterwirft sich meinem Glauben: Ich klammere mich krampfhaft an Indien wie ein Kind an den mütterlichen Busen, weil ich fühle, daß es mir die geistige Nahrung bietet, deren ich bedarf. Sollte ich aber diese Nahrung vermissen, dann wäre ich verwaist. Ich würde mich in die Einsamkeit des Himalaya zurückziehen, um dort meine blutende Seele Trost und Ruhe finden zu lassen."

Sein „Satyagraha", der gewaltlose Widerstand, schafft eine unwiderstehliche Propaganda. Durch ihn hat das Kreuz Christi gesiegt, hat mit kleiner Heerde das Reich erobert. Es begann mit dem 6. April 1919, mit Gebeten und Fasten, mit einem Hartal, Tag der Ruhe, für ganz Indien. Der Mahatura hatte ihn festgesetzt. Es war seine erste Handlung. Der Erfolg war unerhört. Zum ersten male hatten sich alle Klassen zu einer einzigen Geste vereinigt. Indien hatte sich wiedergefunden.

Die Ruhe war fast allgemein. Nur in Delhi ereigneten sich einige Zusammenrottungen. Gandhi begab sich dahin, um das Volk über seine Pflichten aufzuklären. Aber die Regierung ließ ihn unterwegs verhaften und nach Bombay zurückbringen. Das rief im Punjab Volksaufstände hervor. In Amritsar kam es zu Plünderungen und Morden. General Dyer rückte am 11. April ein. Die Stadt hatte sich unterdessen wieder beruhigt. Die Menge begab sich zu einer Volksversammlung nach Jallianwalla Bagh. Sie war friedlich; viele Frauen und Kinder unter ihnen. Sie wußten nicht, daß Dyer in der verflossenen Nacht Versammlungen verboten hatte. Der General ließ Mitrailleusen auffahren. Keine Aufforderung ward zuvor an das Volk gerichtet. Dreißig Sekunden nach Ankunft der Truppen in Jallianwalla Bagh wurde auf die wehrlose Menge gefeuert. Das dauerte zehn Minuten lang bis zur Erschöpfung der Munition. Das Terrain war von hohen Mauern umfaßt, Flucht unmöglich. . . . Damit erzielte das von Indien proklamierte Gesetz der Gewaltlosigkeit als ersten Effekt, die Gewalttätigen Europas außer sich zu bringen, bis zur Raserei. — Gandhi wußte dies. Er hatte seinem Volke nicht versprochen, es auf weißer Straße zum Siege zu führen. Er hatte ihm einen blutigen Weg in Aussicht gestellt. Und der Tag von Jallianwalla Bagh war nun erst der Tag der Taufe. . . .

Bald sollte ein zweites, viel schwereres Ereignis die große Revolte auslösen.

Der europäische Krieg hatte die Muselmänner Indiens in schmerzlichen Gewissenskonflikt gebracht. Sie mußten wählen zwischen der Loyalität gegenüber dem Reiche und der Treue zum Oberhaupt ihrer Religion. Ihre Entscheidung konnte sich erst England zuneigen, nachdem dieses versprochen hatte, die Souverainität des Sultan oder Khalifen nicht anzutasten. Lloyd George und der Vizekönig von Indien waren diese formelle Verpflichtung eingegangen. Als aber der Krieg beendet war, war von all diesen Verpflichtungen nichts zu sehen. Die Muselmänner Indiens begannen zu zürnen; das war der Anfang der Bewegung für's Khilafat (Califat).

Sie wurde am 17. Oktober 1919 (Khilafat Day) eingeleitet durch eine imposante pazifistische Demonstration, der einen Monat später in Delhi die Khilafat-Konferenz Gesamt-Indiens folgte. Gandhi führte den Vorsitz. Raschen Blicks hatte er die muselmännische Frage aufgegriffen als das geeignetste Instrument, die Einheit Indiens herbeizuführen. Es war ein großes Problem. Die Engländer hatten fortwährend aus der natürlichen Feindschaft zwischen Hindus und Muselmanen Vorteil gezogen; ja Gandhi klagt sie an, diesen Haß zum großen Teil erst gezüchtet zu haben. Er erklärte, daß die Hindus für die Sache der Muselmanen eintreten müßten: „Hindous, Parser, Christen oder Juden, — sagt er — wer es auch sei, wenn wir als eine einheitliche Nation leben wollen, muß uns das Interesse jedes Einzelnen das der Gesamtheit werden. Einzig für uns maßgebend sei die Gerechtigkeit seiner Sache. . . ." Die Muselmanen sind das kühnere Element der indischen Bevölkerung. Und im Massaker von Amritsar hatte sich bereits ihr Blut mit dem der Hindus gemischt. *)

Am 28. Juli 1920 verkündet Gandhi Indien, daß die Nicht-Cooperation (die Ablehnung, im Staate mitzuwirken) für den August proklamiert werde; und er schreibt für den Vorabend, den 31. Juli, zur Vorbereitung einen feierlichen Hartal mit Fasten und Beten vor. Er fürchtet nicht die Wut der Regierung. Er fürchtet vielmehr die Wut des

*) Anmerkung des Uebersetzers: Die eingeklammerte Stelle faßt die Ausführungen Romain Rollands in wesentlicher Kürzung zusammen.

Volkes, und er trifft Dispositionen, damit Ordnung, Disziplin, Einheitlichkeit des Handelns in den Reihen der Inder herrsche.

„Die vollkommene Nicht-Cooperation erheischt Vollkommenheit der Organisation. Unordnung entspringt dem Zorn. Was nottut, ist völliges Unterlassen jeder Gewalttätigkeit. Jede Gewalttätigkeit wäre Schädigung der Sache, unnütze Vertrödelung unschuldigen Lebens. Auf Ordnung muß vor allem geachtet werden!"

Die Taktik der Nicht-Cooperation war zwei Monate vorher von Gandhi und seinem Komitee der N.-C. festgesetzt worden. Man hatte angeordnet:

1. Die Verzichtleistung auf alle Titel und Ehrenstellen.
2. Die Nicht-Beteiligung an den Regierungs-Anleihen.
3. Den Streik der Gerichte und Männer der Rechtspflege; die Einführung von Schiedsgerichten auf privatem Wege.
4. Den Boykott der Gouvernements-Schulen von Seiten der Studenten und ihrer Familien.
5. Den Boykott des „Rates für konstitutionelle Reformen".
6. Das Fernbleiben von den Empfängen der Regierung in allen offiziellen Funktionen.
7. Die Ablehnung aller Stellen im Zivil- und Militärdienst.
8. Die Propagierung des Swadeshi 23): d. h. nach dem negierenden Teil des Programmes der aufbauende, die Neuordnung, auf der das neue Indien sich gründen soll.

Noch war es nur eine erste Etappe: Man bemerkte die Klugheit und Weisheit — etwas erstaunliches für Europäische Revolutionäre — dieses Mannes, der die gewaltige Maschine des indischen Aufruhrs in Bewegung setzt und der sie im Schwebezustand zurückhält, zunächst schon am ersten Hebekrahn. Hier handelt es sich nicht um den zivilen Ungehorsam. Gandhi kennt diesen. Er hat ihn bei Thoreau studiert, den er in seinen Artikeln zitiert, und er wendet viel Sorgfalt an, ihn von der Nicht-Cooperation zu scheiden. Der zivile Ungehorsam ist mehr als eine Gehorsamsverweigerung, er ist eine Verletzung des Gesetzes. — „Er ist ein Einbruch, der mit Erfolg nur von einer Elite durchgeführt zu werden vermag, während die Nicht-Cooperation die Bewegung der Massen sein kann und muß." *)

23) Swa: self, sich selbst; Deshi: Land. Nationale Unabhängigkeit. Die Adepten der Nicht-Cooperation fassen vor allem das Wort im engeren Sinne auf als „Wirtschaftliche Unabhängigkeit". Wir werden später sehen, welches „Soziale Evangelium" die Schule Gandhi's daraus entwickelt hat. (The Gospel of Swadeshi.)

Politische Glossen.

Währungskatastrophe und Pazifismus.

Ohne Stillegung der Notenpresse weder äußerer noch innerer Friede — das ist der Standpunkt, den ich während der ganzen letzten Jahre unaufhörlich vertrat. Stets betonte ich dabei zugleich, daß auch die Lösung des Reparationsproblems die Stillegung der Notenpresse zur Voraussetzung habe, die ihrerseits aber wieder nicht möglich sei, wenn nicht endlich die von mir bereits Anfang 1917 erhobene und in meinem Buch „Staatssozialismus oder Staatskapitalismus" ausführlich begründete Forderung der Erfassung der Sachwerte zur Durchführung gelangt. Im Juniheft der „Friedens-Warte" lenkte ich neuerdings die Aufmerksamkeit auf die innigen Zusammenhänge zwischen Pazifismus und Währungsfrage. Diese Darlegungen ergänzte ich im Leitartikel des Juli-Augustheftes durch den Nachweis, daß kein Befreiungskrieg, sondern nur ein Befreiungsfrieden Deutschland zu retten vermag, ja daß sogar die Einheit Deutschlands im höchsten Maße gefährdet erscheint, wenn der Pazifismus weiter zur Ohnmacht verurteilt bleibt.

Aber alle diese Mahnungen warteten vergeblich auf ein Echo in der breiten Öffentlichkeit. Das gleiche Schicksal fand auch ein offenes Schreiben an die deutsche Reichsregierung, welches der bekannte Finanztheoretiker Dr. Richard Kuczynski und ich kurz nach dem Amtsantritt Dr. Stresemanns am 22. August 1923 aussandten. Nur eine ganz kleine Anzahl von Blättern, darunter der „Vorwärts", die „Berliner Volkszeitung", der „Weckruf", brachten es zum Abdruck. Es hatte folgenden Wortlaut:

*) Mit diesem Abschnitt beschließen wir die Wiedergabe der Einleitungskapitel der in der Zeitschrift „Europe" veröffentlichten Studie von Romain Rolland über Mahatma Gandhi, da inzwischen eine deutsche Uebersetzung der ganzen Abhandlung im Rotapfel-Verlag, München-Leipzig erschienen ist. Wir können unsern Lesern die Lektüre des Buches nicht eindrücklich genug empfehlen und gestatten uns an dieser Stelle Romain Rolland nochmals den wärmsten Dank für die freundliche Ueberlassung des Vorabdrucks in der „Friedens-Warte" auszusprechen. Die Redaktion.

Die Finanznot des Reichs schreit nach sofortiger Abhilfe. Steuerliche Maßnahmen oder Devisenverordnungen können Rettung nicht mehr bringen, weil sie sich zu langsam auswirken. Sie können den rasenden Sturz der Mark nicht aufhalten, der binnen kurzem zu einem wütenden Kampf aller gegen alle und zu einer Verelendung führen muß, gegen deren Grauenhaftigkeit alles, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, verblassen wird. Eine solche Katastrophe kann nur noch verhütet werden, wenn sofort Maßnahmen getroffen werden, die die Stillegung der Notenpresse ermöglichen.

Erste Maßnahme: Die Reichsregierung verpflichtet sich unverzüglich, alle Papiermark zu dem jetzigen Dollarkurs gegen Goldmark einzulösen. Da der Gesamtwert der umlaufenden Banknoten höchstens 100 Millionen Goldmark beträgt, würde es genügen, wenn die Reichsregierung hierfür 100 Millionen Goldmark zur Verfügung hält. Da jedoch die Ausgaben des Reichs einstweilen seine Einnahmen übersteigen, müßte es die zur Einlösung abgelieferten Noten wieder verwenden oder neue Noten drucken lassen. Das Reich benötigt daher weitere 100 bis 200 Millionen Goldmark, um in der Uebergangszeit, d. h. bis zur Balanzierung seines Haushalts, die wieder ausgegebenen bezw. die neuen Noten gegen Goldmark einlösen zu können. Die insgesamt erforderlichen 200 bis 300 Millionen Goldmark könnten in wenigen Tagen von der Reichsbank, erforderlichenfalls unter Heranziehung der Großindustrie, gestellt werden. Auf diese Weise wären einstweilen alle Noten voll durch Gold gedeckt; ein weiteres Sinken der Mark wäre unmöglich.

In der so gewonnenen kurzen Atempause müßte dann mit der zur Sanierung der Reichsfinanzen unbedingt erforderlichen großen Vermögensabgabe begonnen werden. In erster Reihe würde es sich dabei um eine Erfassung der Sachwerte handeln. Die Aktiengesellschaften hätten Gratisaktien auszugeben und an das Reich abzuliefern. (Andere Großbetriebe wären in Aktiengesellschaften mit der gleichen Verpflichtung umzuwandeln). Das Grundvermögen (Landwirtschaft, Forsten usw.) würde seine Abgabe durch Eintragung einer Grundschuld zugunsten des Reiches leisten. Ein Teil der Abgabe könnte dann an die Entente zwecks Abgeltung ihrer Reparationsansprüche übereignet werden.

Nur durch ein derartiges System von rasch durchführbaren Maßnahmen kann das Aeußerste verhütet werden, können die deutsche Währung, die deutschen Finanzen, die deutsche Wirtschaft wieder in Ordnung kommen. Es ist aber keine Zeit zu verlieren. Die Entwicklung überstürzt sich. Was sich noch 1922 in Monaten abspielte, vollzog sich später in Wochen, jetzt in Tagen. Bald geht es vielleicht um Stunden. Dann aber bricht das Verhängnis über uns herein.

Aufgabe der Regierung ist es, jetzt zu handeln!

Berlin, den 22. August 1923.

Rudolf Goldscheid. Robert Kuczynski.

Trotz des dringlichen Tones, in dem unser Aufruf gehalten war, trotz der brennenden Fragen, die er behandelte, knüpfte sich nirgends eine Erörterung an ihn. Die seitherige Entwicklung hat unsere Auffassung leider nur zu sehr bestätigt. Doch auch jetzt, wo unsere Voraussage voll eingetroffen ist, denkt niemand daran, auf unsere Vorschläge, die heute noch ebenso aktuell sind wie damals, zurückzugreifen. Freilich, als wir unser Offenes Schreiben veröffentlichten, hielt man erst bei einem Dollarkurs von vier Millionen Mark und heute ist er bereits auf sechzig Milliarden hinaufgeschnellt. Trotzdem genügte, jetzt wie damals, der gleiche Betrag von fünfzig bis hundert Goldmark, um den ganzen Notenumlauf voll zu decken. Und ebenso wäre auch noch immer selbst bei dem gegenwärtigen katastrophalen Tiefstand der Mark ihre Stabilisierung die segensreichste Leistung. Jedoch nichts Wirksames nach dieser Richtung wird unternommen. Statt dessen ist man jetzt drauf und dran, die einzige schwache Notbrücke, die man errichtete, zu zerstören, indem nun auch das „wertbeständige" Geld der Überschwemmung durch die Inflation preisgegeben wird.

Man hätte glauben sollen, daß die Kopflosigkeit schon ihren Gipfel erreicht hat, aber noch immer versteht man es, sie zu übersteigern. Hungersnot und Massensterben, Mord und Todschlag, Zerfall des Reiches — welches Unglück soll noch über Deutschland kommen, damit man zur Einsicht gelangt: Stillegung der Notenpresse, radikale Erfassung der Sachwerte, Besinnung auf die wirtschaftliche Kraft Deutschlands und produktive Nutzung dieser im Dienste des Gemeinwesens — das ist der einzige Weg zur Erfüllung der Pflichten des Staates nach außen und innen und damit der einzige Weg zu äußerem und innerem Frieden!

* * *

Wirklichkeit und Idee des Völkerbundes.

Die Septembertagung des Völkerbundes hat eine Fülle von Interessantem gebracht, mannig-

fache höchst wertvolle Zukunftsarbeit geleistet — man denke nur an die Ergebnisse der Beratungen über den Garantiepaktentwurf von Lord Robert Cecil — aber in Bezug auf alle brennenden Gegenwartsfragen wieder einmal vollkommen versagt. Soll man deshalb am Völkerbund verzweifeln? Was wäre damit gewonnen? Selbst wenn uns der Völkerbund noch so sehr enttäuscht, es bleibt nichts anderes übrig, als weiter für ihn zu kämpfen. Die Menschheit kann sich aus ihrer Misere nur durch Verwirklichung der Idee, die dem Völkerbund zugrunde liegt, befreien. — Wir geben uns deshalb selbst auf, wenn wir an dieser notwendigen Aufgabe verzweifeln. Denn sollte auch der jetzige Völkerbund sogar schließlich zusammenbrechen, weil seine Lebenskraft zu gering ist, weil die Diskrepanz zwischen Beanspruchung und Leistungsvermögen immer größer wird, unsere einzige Hoffnung wäre selbst dann nur — ein neuer besserer Völkerbund.

Recht an Stelle von Gewalt in den Völkerbeziehungen, Beseitigung der zwischenstaatlichen Anarchie ist nur möglich, durch eine internationale Organisation, die das in vollendeterer Form verkörpert, was im bisherigen Völkerbund einen noch ganz unzulänglichen Ausdruck gefunden hat. So wenig diese Einsicht uns veranlassen darf, am bestehenden Völkerbund irgend etwas zu beschönigen, so sehr verpflichtet sie uns, an der Idee, die ihn trägt, unbeirrbar festzuhalten. Wer aber meint, das hieße einer Illusion nachjagen, der frage sich doch ehrlich, was von Allem, was wir anstreben, nicht zur bloßen Illusion herabsinkt, wenn der Völkerbund als Illusion verabschiedet werden muß. Kultur, Demokratie, Frieden, Nächstenliebe, individuelle und nationale Freiheit, gesicherte Menschenrechte — alle diese höchsten Ziele der Menschheit, alle diese tiefsten Sehnsüchte unserer Seele verflüchtigen sich zu naiven, wirklichkeitsfremden Illusionen, wenn der Völkerbund nie über seine gegenwärtige Ohnmacht hinauswachsen kann.

* * *

Völkerbundarmee und Abrüstung.

Vielfach wird der Meinung Ausdruck gegeben, die Pazifisten setzen sich mit ihren eigenen Prinzipien in Widerspruch, wenn sie eine Völkerbundarmee fordern. Zu diesem Vorwurf kann man aber nur gelangen, wenn man außer Acht läßt, daß die Völkerbundarmee ausschließlich als eine Art internationaler Polizeitruppe gedacht ist, und daß diese an die Stelle der nationalen Wehrorganisationen zu treten hätte, nicht aber etwa zu ihnen noch hinzu kommen sollte. Unter diesem Gesichtspunkte erweist sich die Forderung der Völkerbundarmee somit als der weitestgehende Abrüstungsvorschlag, der je gemacht wurde, denn seine Verwirklichung hätte zur Folge, daß die Riesenheere der einzelnen Länder verschwinden und ersetzt werden durch eine internationale Ordnungspolizei von einigen hunderttausend Mann. (Vgl. die Aufsätze von General Sarrail und Major Endres in Heft 7/8 der „Friedens-Warte"). Auf diese Darlegung wird man wahrscheinlich antworten, daß es doch offensichtlich utopisch sei, von den heutigen Großmächten anzunehmen, sie würden bereit sein, ihren gewaltigen militärischen Selbstschutz preiszugeben. Mag es sich aber auch so verhalten — dann läßt sich daraus doch bloß der Schluß ableiten, daß der Forderung der Völkerbundarmee wenig Aussicht auf Verwirklichung zuzusprechen sei, nicht aber ist man berechtigt, die Pazifisten, die diese Forderung erheben, einer flagranten Verletzung ihres eigenen Programms zu beschuldigen.

Welcher ehrliche Pazifist müßte nicht begeistert zugreifen, wenn die großen Militärstaaten einverstanden wären, zu Gunsten der internationalen Wehrmacht auf ihre nationale Rüstung zu verzichten. Wir lassen uns deshalb von Scheinargumenten unserer Gegner betören, wenn wir glauben, es sei unvereinbar mit dem Pazifismus, dem Völkerbund zu Machtmitteln zu verhelfen, die ihm gestatten, die Anerkennung seiner Beschlüsse im Notfalle auch zu erzwingen. Nochmals sei es gesagt: Da die Völkerbundarmee nicht neben die nationalen Heere, sondern an deren Stelle treten soll, da die internationale Polizeitruppe sich auf einige Hunderttausend Mann beschränken könnte, stellt sie den radikalsten Abrüstungsvorschlag dar, der je vertreten wurde.

Von der heutigen Welt in Waffen zu diesem Minimum an Rüstung, das wäre ein Fortschritt, mit dem sich jeder Pazifist vollkommen zufrieden geben könnte. Schließlich auch mit diesem letzten Rest von Militarismus aufzuräumen — das dürfen wir ruhig der Entwicklung überlassen.

* * *

Gibt es noch einen Ausweg aus dem Wirrsal?

Das Chaos in Deutschland zieht ganz Europa immer mehr in Mitleidenschaft, fast kein Land ohne schwerste politische Krisen, überall Anwachsen der Arbeitslosigkeit mit Not und Verzweiflung in ihrer Gefolgschaft — und trotzdem sieht die Welt dem grauenhaften Zersetzungsprozeß untätig zu. Warum

fällt niemand Frankreich in den Arm, das die Hauptschuld an der entsetzlichen Verwirrung trägt? Eine sehr nahe liegende Frage! Doch ebenso berechtigt ist die Gegenfrage: wer ist die Welt? Richtiger: wer verfügt in der Welt über ausreichende Kraft, um Frankreich wirksam entgegenzutreten?

Die einzigen Mächte, die hierfür in Betracht kommen, sind England und Amerika. Gerade über England ist die Enttäuschung deshalb auch allgemein. Jedoch mit Unrecht. England ist außerstande, Frankreich mit friedlichen Mitteln zur Änderung seiner Politik zu zwingen. Entschlösse es sich aber zu einer schärferen Sprache gegen Frankreich, so würde Frankreich sie sofort mit Kriegsdrohungen beantworten. Soll England es darauf ankommen lassen, mit Frankreich in Krieg zu geraten? Das ist von einem Lande, in dem der Pazifismus zum stärksten Faktor in der öffentlichen Meinung geworden ist, nicht zu verlangen und würde auch der Menschheit sicherlich nur zum Unheil ausschlagen. Befindet sich doch eine so große Reihe von Staaten in so vollkommener politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von Frankreich, daß sie unbedingt genötigt wären, sich auf seine Seite zu stellen. Bei andern wieder, wie z. B. bei Italien, wäre ihre reaktionäre Innenpolitik Grund genug, sich ihm anzuschließen. Und was Frankreich selbst anlangt, — wie soll es zum Einlenken geneigt sein können, wo es, nachdem die unselige Ruhrpolitik seinen Schuldner zugrunde gerichtet hat, dem eigenen Volk außer Prestigeerfolgen nichts zu bieten hat.

Aber auch bei fortdauerndem Lavieren auf allen Seiten spitzt sich die Situation täglich bedrohlicher zu. Mit dem fortschreitenden Elend wächst der Druck von unten allenthalben in einem Maße an, daß entweder eine Lösung gefunden werden muß oder ein neuer Weltkrieg nicht aufzuhalten ist. Was könnte noch Hilfe im letzten Augenblick bringen? Zweierlei: Erstens der Entschluß Englands, Deutschland finanzielle Unterstützung in solchem Ausmaß zu gewähren, daß es stark genug wird, nach innen die Demokratie zu schützen und nach außen seinen Reparationspflichten zu genügen. Zweitens: Abrücken Amerikas von seinem bisherigen Standpunkt, der Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten.

Mag auch zugestanden werden, daß England sich schon große Mühe gegeben hat, an Amerika einen Rückhalt für eine aktivere Politik zu finden, und in diesen Bemühungen fortfährt, obwohl sie sich als vergeblich erwiesen, mag es gleichfalls richtig sein, daß England ohne Rückhalt an Amerika zu schwach ist, Frankreich zu einer versöhnlicheren Haltung Deutschland gegenüber zu bewegen, so ist doch auch gewiß: Wenn England den Anfang damit machte, Deutschland im großen Stile finanziell und wirtschaftlich beizuspringen, dann würde sich dieses Opfer auch für England selbst in reichlichen wirtschaftlichen und politischen Gewinn umsetzen. Und nicht nur dies wäre die notwendige Folge einer derart weitblickenden und weitherzigen Politik, sondern mit seinem guten Vorbild würde es am ehesten die Abneigung Amerikas, sich an der Reorganisation Europas zu beteiligen, überwinden. Als Fazit der ganzen Aktion ergäbe sich aber schließlich auch ein Umschwung in der öffentlichen Meinung Frankreichs, der Poincarés Stellung erschütterte, den Bloc national und seinen Anhang in die Minorität brächte und einer Regierung der Linken den Weg ebnete, die sich mit der Linken in Deutschland leicht zu verständigen vermöchte.

Worauf alles ankommt, das ist deshalb praktische, konkretere, aktivere, weniger platonische Friedenspolitik seitens Englands. Der Pazifismus ist zu weitaus größeren Leistungen befähigt, als die traditionelle militaristische ultimative Politik, aber nur dann, wenn man Pazifismus nicht mit Passivismus verwechselt, sich nicht mit der Abkehr von der Gewaltpolitik begnügt, sondern positiv kraftvolle Hilfsbereitschaft an deren Stelle setzt. Aus dieser Einsicht heraus muß England handeln, soll es nicht gerade durch sein Bestreben, den Krieg zu vermeiden, einen neuen Weltbrand heraufbeschwören.

* * *

Aufruf an die Friedensorganisationen der ganzen Welt.

Seid Euch bewußt, daß es kein besseres Propagandamittel für unsere Ziele giebt, als im größten Maßstab verbreitete Aufklärung über den Gaskrieg der Zukunft. Niemand soll zum Pazifismus überredet werden, aber jeder soll wissen, was ihm und den Seinen, was den Völkern, was der Menschheit, was dem Ganzen unserer Kultur droht, wenn die Gaswaffe erst zur vollen Entwicklung gelangt ist, wenn der organisierte Massenmord des Krieges sich erst aller Errungenschaften des Giftgaskrieges bedienen kann. Wer auch, nachdem er in anschaulichster Weise darüber unterrichtet ist, wie sehr selbst all das, was im letzten Krieg an grausigster Zerstörungsarbeit geleistet wurde, hinter dem

zurücksteht, was die Giftgase an Vernichtungswundern zu vollbringen vermögen, weiter Anhänger des Krieges bleibt oder sich an der Arbeit der Pazifisten nicht beteiligen will, weil er Nützlicheres zu tun zu haben glaubt — der geht wenigstens nicht ungewarnt dem Verhängnis entgegen. Und was ist es, was wir zu erwirken haben: Die Menschen sollen befähigt werden, in voller Klarheit zwischen Militarismus und Pazifismus zu wählen.

Darum Pazifisten der ganzen Welt: Veranstaltet Massenversammlungen in jeder Stadt, in jedem Bezirk, in jedem Dorf, laßt es von den Kanzeln der Kirchen herab verkündigen, verbreitet Flugzettel in ungezählter Menge an Kinder und Erwachsene sämtlicher Gesellschaftsklassen, schlagt Plakate an allen Ecken und Enden an, damit es jeder erfahre, damit es sich in Wort und Bild in jedes Gehirn einpräge: was uns im Gaskrieg der Zukunft bevorsteht. Informiert besonders fortlaufend so eindringlich als irgend möglich über jeden neuen Fortschritt des menschlichen Erfindergenies auf diesem Gebiete der Wissenschaft. *) Und seid gewiß, damit habt Ihr ein Propagandamittel, das auch die Indolentesten im Verlauf in solchem Maße aufrütteln muß, daß sie die Staatsmänner zwingen werden, die Verhütung des Krieges in den Mittelpunkt ihrer gesamten Betätigung zu stellen. An die Arbeit, Pazifisten!

R. G.

Pazifistische Tagungen.

Eine pädagogische Abrüstungs-Weltkonferenz in Amerika.

Von Rosika Schwimmer, Chicago.

Temparamentvollere Pazifisten werden wohl manches an ihr auszusetzen haben, die aber gelernt haben, auch für unvollkommene Gaben dankbar zu sein, dürfen die von der amerikanischen pädagogischen Vereinigung (National Education Association) einberufene Weltkonferenz als einen sehr wichtigen Schritt in der Richtung echter Humanisierung des Schulwesens begrüßen.

Die Idee dieser Konferenz wurde schon vor drei Jahren aufgeworfen, und damals ein Komitee für internationale Angelegenheiten organisiert, dessen Präsident der Anreger der Idee, Dr. Augustus O. Thomas, Superintendent der öffentlichen Schulen des Staates Maine wurde. Die Sommerkonferenz der N. E. A. vom Jahre 1922 setzte endlich Zeit und Ort der Weltkonferenz fest, die nun vom 28. Juni bis 6. Juli in San Francisco tagte.

Hunderte von Delegierten, 62 Länder repräsentierend, waren zusammengekommen um, — wie es im Programm hieß — „sich über einen Plan zu einigen zur Förderung guten Willens und internationaler Verständigung, der als definitives Programm in den Schulen der ganzen Welt sofort angenommen werden kann". Das Programm betonte erfreulicherweise die Notwendigkeit, Pläne und Methoden zu kristallisieren, die innerhalb der bestehenden Schulsysteme sofort praktisch verwirklicht werden können. Man wollte damit einen erzieherischen Kristalisationspunkt in das Weltchaos werfen.

Während die mit der in San Francisco stattfindenden Weltkonferenz gleichzeitig im benachbarten Oakland tagende nationale Konferenz der N. E. A. sich mehr mit den Technikalitäten und administrativen, amerikanischen Schulproblemen beschäftigte, bewegte sich der internationale Erziehungskongreß in einer höheren Sphäre. Die pädagogischen Mittel zur harmonischen Vereinheitlichung der sich selbst zerfleischenden menschlichen Rasse waren hier das Leitmotiv, dem alle übrigen Schulfragen nachgestellt wurden.

In einer immer glühenderen Atmosphäre internationalen Patriotismus wurden in verschiedenen Sektionen folgende Themen diskutiert: a) internationale Cooperation; b) Austausch pädagogischer Erfahrungen; c) gutes Verhältnis zwischen den einzelnen Nationen; d) internationale Ideale; e) allgemeine Erziehungsfragen; f) Probleme des Landschulwesens.

Die offiziellen Schulbücher aller Länder wurden einer strengen Kritik unterworfen und größtenteils als Giftquellen internationaler Verhetzung gebrandmarkt. Die detailiert ausgearbeitete Forderung einer „Abrüstung der Schulbücher" scheint mir das wichtigste Ergebnis der Weltkonferenz, die die Mitarbeit aller pazifistischen Organisationen haben sollte. Diese Abrüstung wurde als die Grundlage aller übrigen pädagogischen Reformen dargestellt.

Dr. Thomas, dem die Pazifisten der ganzen Welt zu großem Dank verpflichtet sind, gab den Ton der Konferenz mit mutigem Bekenntnis zu einer Ueberzeugung, die ihn mit einem Ruck an die Spitze der weltbürgerlich gesinnten Pädagogen stellt. Er wies immer wieder auf die Interessengemeinschaft der Menschheit und forderte unverblümt Erziehung zur Weltbürgerschaft.

„Finanziers und Staatsmänner versuchen die Schulden der Vergangenheit zu regeln", sagte er in einer seiner Ansprachen, „wir aber wollen die Schulden der Zukunft im voraus bezahlen. Erziehung und Unterricht sind die Schulden der Erwachsenen an die Jugend".

Sehr erfreulich war das vernünftige Eingrenzen theoretischer Redseligkeit. Die klare Festlegung, daß der Wille zu pazifistischen Erziehungsmethoden Voraussetzung der Konferenz war, schloß unfruchtbare Redeblumen und Debatten „ob man's tun soll oder nicht" aus. Es hielt die Diskussion im Rahmen des Suchens nach praktisch durchführbaren Methoden.

Eine Art geistigen Streikes gegen die systematische Verrohung der Jugend durch die patriotischen Schulmethoden war die Proklamation von Miß Charles O. Williams, frühere Vorsitzende der N. E. A., jetzt deren Vorstandmitglied: „Wir wissen, daß Kinder einer Nation die einer anderen nicht hassen, außer man lehrt sie, es zu tun. Wir Lehrer der Welt haben beschlossen, es von nun an abzulehnen, diese

*) Vergl. hierzu neben der Spezialliteratur den zusammenfassenden Aufsatz der Schweizer Dozentin der Chemie Frau Dr. Gertrud Woker in der vom „Weltfriedensbund der Jugend" herausgegebenen Zeitschrift „Nie wieder Krieg". —

Art von Unterricht zu erteilen." Der diesen Worten folgende Applaus war mehr, als ein Gefühlsausbruch. Er war der Ausdruck eines heiligen Willens, die Erzieher und Pädagogen von der ehrlosen Rolle zu erlösen, die sie als Mithelfer am größten Verbrechen der Menschheit spielten.

Die Weltkonferenz zeigte Entschlossenheit, sich zum Führer zu machen, im größten Sieg, den die Menschheit noch zu erringen hat: den Sieg über ihre eigenen rassenmörderischen Instinkte.

Und auch Miß Williams leidenschaftliches Schlußwort fand ein leidenschaftlich brausendes Echo im Applaus der tausendköpfigen Menge: „Wenn wir die Jugend nicht zum Frieden erziehen können, ist es überhaupt nicht der Mühe wert, zu erziehen", rief sie aus.

Folgende, in den Einzelkommissionen ausgereiften Beschlüsse wurden von der Weltkonferenz einstimmig angenommen: 1. Gründung eines Weltbundes der pädagogischen Organisationen, deren Vorsitzender Dr. Thomas wurde. 2. Die Etablierung einer Weltuniversität, deren Pläne von einer Kommission ausgearbeitet werden sollen. 3. Organisierung eines internationalen freien Bibliothekdienstes. 4. Intensiver Schüler-, Studenten-, Lehrer- und Professoren-Austausch. 5. Internationaler Kampf gegen Analphabetentum in allen Winkeln des Erdbodens. 6. Forderung pädagogischer Attachés bei den diplomatischen Vertretungen. 7. Feier des 18. Mai als „Good will day" in allen Schulen der Welt, und, last but not least. 8. Revision der Schulbücher im Geist internationaler Gerechtigkeit und Wahrheit.

Obwohl ich nicht eindringlich genug empfehlen kann, daß alle pazifistischen Organisationen, die zu publizierenden offiziellen Berichte der Konferenz seiner Zeit gründlich studieren, möchte ich, angesichts seiner riesigen Wichtigkeit, den vollen Wortlaut des letzten Beschlusses schon hier mitteilen:

„Da es eine der wirksamsten Methoden zur Vorbeugung internationaler Mißverständnisse ist, dafür zu sorgen, daß die Information, die Schulkinder über andere Nationen erhalten, ihnen mit skrupulöser Akuratesse im Geiste der Gerechtigkeit und des guten Willens geboten werde, beschließen wir, daß der von dieser Konferenz gegründete Weltbund pädagogischer Organisationen sofort Wege und Methoden studieren soll, durch die nationalen pädagogischen Körperschaften geholfen wird, die Zusammenstellung von Schulbüchern und anderen Unterrichtsmitteln in diesem Sinne zu besorgen.

Es wird vorgeschlagen: 1. ein Austausch der im Gebrauch befindlichen Schulbücher zwischen den Ländern. 2. Daß diese Schulbücher speziell im Hinblick darauf studiert werden mögen, eventuelle Unrichtigkeiten über welches Land immer zu korrigieren und Material zu liefern, das internationale Freundschaft fördert. 3. Daß eine Serie internationaler Lesebücher zusammengestellt werde auf der Grundlage von Biographien und der besten Literatur der Welt. 4. Daß besonders die Lehrbücher für Geschichte, Bürgerlehre und Geographie die gegenseitige Abhängigkeit der Mitglieder der menschlichen Familie betonen mögen und die Notwendigkeit von Frieden als unbedingte Vorbedingung für die höchste menschliche Entwicklung. Daß Vorschläge formuliert werden sollen, dieselben Prinzipien auch durch den Kunstunterricht zu fördern. 5. Daß Vorschläge formuliert werden sollen für den effektivsten Gebrauch des Anschauungsunterrichtes zur Förderung internationaler Gerechtigkeit und guten Willens.

Und da die einzige Hoffnung, ständigen Frieden und guten Willen zwischen den Nationen zu schaffen, darin liegt, daß zukünftige Generationen erkennen, daß die Existenz der Menschheit von organisierter Kooperation in jedem Zweige des Lebens abhängt, und sie tatsächlich eine einzige große Gemeinschaft bildet, in der jedes Individuum gewisse Vorteile genießt und gewisse Verantwortlichkeiten trägt, beschließen wir die entsprechenden pädagogischen Autoritäten jeden Landes aufzufordern, für ihre eigenen Schulen ein Erziehungssystem zu entwerfen, das in Kindern einen Geisteszustand erweckt und in ihnen Denkgewohnheiten und Aktivität entwickelt, die einer effektiven Mitgliedschaft in dieser Weltgemeinschaft entsprechen. Diese Entwürfe sollen der nächsten Weltkonferenz vorgelegt werden zu Vergleich, Diskussion und Veröffentlichung in der ganzen Welt. Als gemeinschaftliche Basis für diese Entwürfe schlagen wir vor:

1. Daß die Erziehung auf die gemeinschaftlichen Interessen und Ziele und auf die gegenseitige Abhängigkeit voneinander Nachdruck lege. 2. Daß die Erziehung Nachdruck lege auf die Notwendigkeit und den Nutzen der Kooperation zwischen Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinschaftlichen Interessen und Ziele. 3. Daß dieser Teil der Erziehung nicht Gegenstand eines speziellen Fachs sei, sondern die Basis des ganzen Unterrichtsganges ergänzt durch Schüleraktivität. 4. Daß diese Erziehung von den ersten Schulgraden bis zu den höchsten Graden sich durch die ganze Schulzeit ziehe. 5. Daß als wesentlichen Bestandteil dieser Erziehung ein tatsächlicher Kontakt zwischen den Kindern verschiedener Länder hergestellt werde."

Eine würdevolle und äußerst bewundernswerte Tätigkeit entfalteten die asiatischen Vertreter der Konferenz, allen voran die Chinesen. Sie waren immer fertig mit konkret ausgearbeiteten Vorschlägen und niemand übertraf sie in den Debatten über wesentliche Forderungen. Eine balanzierte Sicherheit im Drängen nach Methoden, die der Menschheit eine geruhigere Zivilisation bringen könnten, charakterisierte ihr Auftreten. Auch Japan und Indien hatten brillante Vertreter. Man kann nicht umhin, sich der weißen Arroganz zu schämen, die von gelber Gefahr spricht, ahnungslos der zivilisatorischen Schätze, mit denen Asien uns unter die Arme greifen könnte, wenn wir mit unserem Beispiel des Gebrauchs roher Gewaltmittel sie nicht dazu zwängen, uns nachzuahmen, und damit zur gelben Gefahr für uns zu werden.

Der schwächste Punkt der Konferenz war, daß an ihr, mit einer einzigen Ausnahme, blos Vertreter der siegreichen und neutralen Länder teilnahmen. Und auch unter diesen fehlten viele der besten, erprobten pazifistischen Pädagogen, weil man vielfach ohnedies in den Vereinigten Staaten Wohnende delegiert hatte. Dr. Thomas hatte ursprünglich beabsichtigt, einen Fond zu sammeln zur Deckung der Spesen für Vertreter valutaarmer Länder, doch konnte er das Geld nicht zusammenbringen. Die Mitteleuropäischen und Balkanländer fehlten daher ganz, bis auf einen einzigen verlorenen Vertreter Deutschlands. Dr. Reinhardt Strecker aus Darmstadt wird jedoch von dem warmen Empfang berichten können, der ihm ostentativ bereitet wurde.

Pazifistische Organisationen aller Länder sollten es sich schon von nun an angelegen sein lassen, für die Mittel zu sorgen, Vertreter zum nächsten Weltkongreß zu schicken, der in 2 Jahren in Japan, Schottland oder Mexiko, von denen Einladungen vorlagen, abgehalten werden wird.

Schwere Enttäuschung bereitete der Beschluß der

nationalen pädagogischen Konferenz, die den Vorschlag, die Lehrbücher zu internationalisieren, als verfrüht ablehnte, jedoch auf die Agenda der nächsten Jahresversammlung stellte. In der Zurückweisung ließ sich die Hand der mit der N. E. A. kooperierenden Amerikanischen Legion erkennen.

Die internationale Konferenz war im ganzen ein sehr ermutigendes Ereignis von großer pazifistischer Bedeutung. Deutschland verdankt angeblich einen seiner größten militärischen Siege seinen Schullehrern. Wenn die Pädagogen aller Länder das von dieser Konferenz entworfene Programm praktisch durchführen, wird die Menschheit den Lehrern etwas viel Menschenwürdigeres verdanken.

Eindrücke vom 16. britischen Friedenskongreß.

(Leeds, 6.—8. Juni 1923.) Von C. E. Playne, London.

Im Lauf einer Diskussion des Kongresses stand ein Delegierter der Gewerkschaften auf und sagte: „Was für ein Kongreß! Der englische Friedensrat sollte jeden Monat so einen veranstalten, nicht nur einmal im Jahr!"

Warum war dieser einfache Mann aus Yorkshire so beeindruckt von dem praktischen Wert der Tatsache, daß man zusammenkam und zwei ganze Tage damit verbrachte, in einer lebhaften Geschäftsstadt wie Leeds internationale Friedensfragen zu erörtern?

Seine Frage beweist wenigstens, daß man keine Zeit mit bloßem Theoretisieren verlor, mit einem Daherreden über hübsche Dinge, mit Sprechen, nur weil der Sprecher gehört werden wollte. Sie zeigte ferner, daß die zu erledigenden Punkte gut vorbereitet waren und daß man wichtige Fragen in ersprießlicher Weise behandelte. Ich habe niemals eine Hörerschaft intelligenter zuhören sehen, als dies die Hörerschaft in der Town Hall bei der öffentlichen Versammlung am Vorabend des Kongresses tat. Der Vorsitzende, Lord Parmoor, kam bei seiner Eröffnungsrede sofort in Kontakt mit seiner Hörerschaft, als er von den menschlichen Seiten der beklagenswerten Lage sprach, in der sich Europa befindet. Er sagte, daß der Vertrag von Versailles einfach aufgehoben oder von Grund auf geändert werden müsse. Was die Rechtmäßigkeit der Besetzung des Ruhrgebietes beträfe, welche die Franzosen auf gewisse Bestimmungen des Friedensvertrages begründeten, so habe er die ganze Angelegenheit sehr sorgfältig studiert und nach seiner Ansicht wäre dieses gewaltsame französische Vorgehen weder juristisch gerechtfertigt durch diese Bestimmungen noch durch den Geist des Friedensvertrages. Überdies sei der Friedensvertrag niemals durch irgend eine große Körperschaft von unparteiischem, gemäßigtem Charakter unterstützt worden. Seine wirtschaftlichen Bestimmungen, seine tatsächlichen Ungeheuerlichkeiten seien benutzt worden als Entschuldigung für eine der betrüblichsten Schritte in der menschlichen Geschichte — den Einfall ins Ruhrgebiet.

Norman Angell war in hervorragender rednerischer Verfassung, und er und Kanonikus Barnes machten uns die Tatsache deutlich, daß die westliche Zivilisation sich möglicherweise ihrem Untergang nähert. Norman Angells Warnungen hatten als Unterlage die jetzige wirtschaftliche Lage der Welt. Die traurigen Ahnungen von Kanonikus Barnes stützten sich auf eine Aufzählung der Kennzeichen unserer Zeit und den Vergleich mit ähnlichen Zeichen in den letzten hundert Jahren, ehe die griechisch-römische Zivilisation zusammenstürzte. Der Kanonikus streifte auch mit leichter Hand etwas humoristisch eines der bösesten Symptome unserer Zeit (ich möchte ohne Zögern sagen, das gefährlichste), nämlich die allgemeine Begierde nach ungesunden Aufregungen. Die nationale Orgie des Wettens und Spielens beim Derby-Rennen kürzlich war ein derartiges Symptom, das nur zu sehr den meisten, besonders den Verlierern gegenwärtig war!

Ich habe bei dieser öffentlichen Versammlung verweilt, weil sie sicherlich Anregung zu tiefem und ernsthaftem Nachdenken bot und weil es der Zweck dieses Artikels ist, nicht die Verhandlungen oder die gefaßten Resolutionen von Leeds wiederzugeben, sondern die Art der Gedanken, die geweckt wurden. Denn die Hauptaufgabe der Friedensbewegung besteht heute darin, solche ernsthaften Gedanken und Gefühle zu wecken, die schließlich zum richtigen und vernünftigen Handeln führen. Die Friedensbewegung hat keine andere Rechtfertigung für ihre Existenz. Es gelang ihr nicht, die Welt vor dem Kriege zu überzeugen und zu warnen. Nun hat sie ein besseres Publikum, an das sie sich wenden kann, vor allem die großen Massen. Sie haben mehr gelernt als ihre Prediger und Lehrer, sie haben tiefer, einsichtiger gelitten im Kriege!

Die Konferenz von Leeds bewies dieses allgemeine Interesse, wie ein Blick auf die Liste der dort vertretenen Organisationen zeigt. Ich zählte neun Volkshochschulen, zwanzig Genossenschaften und Gilden, zwölf Organisationen der Unabhängigen Arbeiterpartei, siebzehn Räte der Arbeiterpartei, zweiundvierzig Gewerkschafts- und Arbeiterräte. Ich erwähne dieses Vorwiegen in der Vertretung der Arbeiter, denn ich möchte behaupten, daß eine der Schwächen der Friedensbewegung in der Vergangenheit darin lag, daß sie hauptsächlich aus „überlegenen Personen" bestand, aus Leuten, die ihre Überzeugung der Welt verkündeten, sich aber von den Problemen einer populären Propaganda drückten; sie waren zu überlegen, um Anhänger zu gewinnen. Dieses soll nicht heißen, daß die Eigenschaften der Redner bei Kongressen und Versammlungen, ihr gesunder Menschenverstand und ihr geistiger Habitus nicht von allerhöchstem Rang sein sollten. Auch hier war der Kongreß von Leeds ein Erfolg. Professor Raymond Beazley, der Hauptredner in der Sitzung, die das Reparationsproblem behandelte, verfügte in reichem Maße über diese Eigenschaften. Desgleichen J. L. Paton, vielleicht der lebendigste aller heute lebenden Direktoren. Er hielt eine Ansprache über „Erziehung und Militarismus", und zwar sprach er abends, damit Lehrer anwesend sein konnten. Ebenso ein anderer Redner desselben Abends, Alderman M. Conway, der Vizepräsident des englischen Lehrervereins. Desgleichen Rektor J. W. Graham, der einen ausgezeichneten Vortrag über „Abrüstung" hielt, ein Thema, dem eine dritte Sitzung gewidmet wurde. Dieser Redner gab einen Überblick über alles, was seit dem Krieg geschehen war, um die Abrüstung zu fördern, sowohl durch den Völkerbund wie durch die Konferenz von Washington. Er erzählte von manchen Fehlschlägen und einigen bemerkenswerten Erfolgen und kam zu dem Schluß, daß teilweise Abrüstung zu große Schwierigkeiten mit sich bringt, um erfolgreich ausgeführt zu werden daß aber völlige Abrüstung leichter zu erreichen und vor allem Sicherheit für alle Völker bedeutet.

In England komplizieren wir niemals diese schwierige Frage (wie dies zuweilen geschieht), indem

wir behaupten, daß Abrüstung auch die nationalen Sicherheitspolizeikräfte einschließen würde. Ihre Pflicht besteht darin, die Ordnung des zivilisierten Lebens aufrecht zu erhalten. Wir verteidigen unsere Polizei, denn ihre Aufgabe besteht darin, die friedliche Fortsetzung eines zweckerfüllten Lebens zu gewährleisten, während des Soldaten höchste Pflicht darin besteht, die soziale Ordnung umzustürzen. Wenn die Friedensbewegung sich in vollem Umfange auswirkte und wirklich siegreich würde, dann würde selbst die Schutzpolizei schließlich überflüssig werden. Wie die Dinge heute liegen, verlangt kein vernünftiger Mensch ihre Abschaffung. Um unserer Sache willen, laßt niemand argumentieren, als ob wir wirklich etwas so törichtes verlangten!

Die letzte Sitzung behandelte den Völkerbund als eine große und einflußreiche Macht des Weltfriedens. In Leeds zeigte sich eine größere Bereitwilligkeit, einen „revidierten" Völkerbund als die beste „Maschinerie des Friedens" anzunehmen, als dies auf früheren Friedenskongressen geschehen war. Sieben Yorkshire-Zweige der League of Nations Union waren vertreten und Dr. Maxwell Garnett, der Generalsekretär der Union, war einer der Hauptredner. Die League of Nations Union und die Friedensgesellschaften wollen von jetzt an, jeder auf seine Weise, zusammenarbeiten.

Um die Eindrücke zusammenzufassen, so waren die Delegierten in Leeds in einer fast pathetischen Weise bestrebt, einen Weg aus der Weltverlegenheit zu finden. Aber im Gegensatz zu ein paar Jahren vorher waren sie nun zu ernsthaft, um auf irgend ein Schlagwort hereinzufallen, auf noch so glänzend formulierte Gedanken. Sie waren in geistiger Beziehung vernünftiger und in moralischer gefestigter, gerade weil sie Pazifisten waren, so wenigstens schien es mir. Sie teilten Rektor Grahams Schlußfolgerung, daß „es in der Natur keine Günstlingswirtschaft gibt. Wenn die moderne Zivilisation Selbstmord beginge, so würde keine Vorsehung dazwischentreten. Andere Reiche sind verschwunden. Keine Wunder würden verhindern, daß Paris und London verschwänden, wie sie verschwunden sind. Die Natur kümmerte sich nicht darum und hätte reichlich Zeit". Aber dieser Glaube, der dem Schlimmsten ins Auge sah, war begleitet von Grahams fester Zuversicht, „daß der Völkerhaß nicht die Lebensfähigkeit hat, um die große Begeisterung und die sehnsüchtige Hoffnung nach Frieden und Sicherheit zu überleben, die der Abschaffung des Militarismus folgen würden".

So trennten wir uns, etwas ernüchtert durch die Überzeugung, daß wir noch weiter entfernt seien von unserem Ziele, als manche sich eingebildet hatten; und daß trotzdem Leben oder Tod der Zivilisation von dem Erfolg unserer Ideen abhing. Aber eine neue Vision glücklichen Vollbringens ermutigte uns, vorwärts zu schreiten und mehr denn je für die Erreichung unserer Zieles zu kämpfen. Unsere gemeinsame pazifistische Gesinnung war gestärkt und unser Wille erneut worden. Ich habe Kongresse mitgemacht, die amisanter waren, aber niemals einen, der befriedigender war im Interesse der Friedenssache, der zu dienen unsere Ehre ausmacht.

Der pazifistische Studentenkongreß in Dresden.

Vom 29. bis 31. Juli fand in Dresden der Kongreß der Pazifistischen Studenten Deutschlands (III. ordentlicher Bundestag des Deutschen Pazifistischen Studentenbundes) statt. Der Kongreß wurde durch einen Begrüßungsabend im Hotel Bristol eingeleitet, zu dem u. a. Ministerpräsident Dr. Zeigner, Wirtschaftsminister Fellisch und Hochschulreferent und Ministerialdirektor im Kultusministerium Dr. Uhlig sich eingefunden hatten. Im Namen der Dresdener Ortsgruppe begrüßte cand. ing. Leo Wenzel die Delegierten und Ehrengäste und dankte besonders der sächsischen Regierung für die weitgehende Unterstützung, die der Bund bei der Vorbereitung seines Kongresses durch sie erfahren habe. Sodann ergriff Ministerpräsident Dr. Zeigner das Wort. Er wünschte der Tagung vollen Erfolg und versprach, die pazifistischen Bestrebungen der Studenten in jeder Beziehung zu unterstützen. Wenn die sozialistische Regierung in Sachsen als die aktivste unter den republikanischen Regierungen in Deutschland bezeichnet werde, so sei es doch grundsätzlich Forderung der sozialdemokratischen Partei, den Gegner zu überzeugen. Mit ihr begegne sich auch die Forderung des Pazifismus: nichts auf dem Wege der Gewalt, sondern alles nur durch Verständigung zu erreichen. Von diesem Gedanken lasse sich auch die sächsische Regierung leiten. Sie habe bei ihrer politischen Tätigkeit die gleichen Schwierigkeiten zu überwinden wie der Pazifismus, und daraus ergäben sich die Gleichartigkeit des Kampfes und die gleichen Kampfmethoden.

Der Referent für das sächsische Hochschulwesen Ministerialdirektor Dr. Uhlig betonte, daß die Ausbreitung der pazifistischen Idee in einer Zeit, in der der Friede fast zum Kriege geworden sei, auf die größten Schwierigkeiten stoße. Deshalb gebühre den pazifistischen Studenten als Träger dieser Idee ganz besonderer Dank. Sie würden, da man versucht habe, Vaterlandsliebe auf der einen, und Pazifismus und Sozialismus auf der anderen Seite als Gegensätze hinzustellen, zu zeigen haben, daß Vaterlandsliebe und Menschheitsidee nicht Gegensätze sind, sondern ineinander aufgehen. Wenn es gegenwärtig schwer halte, im öffentlichen Leben die pazifistische Idee zu vertreten, so haben die Angehörigen der deutschen Hochschulen mit besonderen Schwierigkeiten zu rechnen, woraus für sie aber auch besondere Aufgaben erwachsen. Unsere akademische Jugend denke zum großen Teil nicht nur national, sondern auch nationalistisch, was eine ruhige Beurteilung des internationalen Lebens erschwere. Sie von diesem falschen Ideal abzubringen und sie für ein rein menschliches Ideal höchster Art zu gewinnen, müsse Aufgabe des pazifistischen Studentenbundes sein.

Sodann ergriff der Bundesvorsitzende Wolfgang Medding das Wort: Als die Tagung von der Bundesleitung nach Dresden einberufen wurde, habe man sich von dem Gedanken leiten lassen, daß Sachsen das freiheitlichste und sozial-fortschrittlichste Land in Deutschland sei und daß der pazifistische Gedanke in der sächsischen Bevölkerung und vor allem in der sächsischen Arbeiterschaft den stärksten Rückhalt finden würde. Aus allen Teilen Deutschlands seien die pazifistischen Studenten hier zusammengekommen, um ernste und schwere Arbeit zu leisten und an der Lösung des Problems einer neuen europäischen Solidarität mitzuarbeiten. Die Jugend, und vor allem die akademische Jugend, müsse vorangehen, um der Welt einen Weg zu zeigen, der aus Chaos und Vernichtung zu Aufstieg und neuer internationaler Ordnung führe. Nicht durch Gewalt, sondern durch aufrichtigen Verständigungswillen und eine neue Solidarität der Völker lassen sich die europäischen Probleme lösen. Darum müsse man den Geist der

Gewalt überwinden. Der Kampf um pazifistische Methoden werde in erster Linie ein Kampf der Geister sein. Darum wollen auch wir für eine neue Gesinnung kämpfen, um aus einer neuen Weltanschauung heraus eine Neugestaltung des Lebens unter den Menschen und Völkern zu erreichen.

* * *

Am Sonntag, den 29. Juli, nachmittags wurde der Kongreß im Sitzungssaal des Sächsischen Landtages durch den Bundesvorsitzenden Medding eröffnet. Es wurden eine Reihe Begrüßungsschreiben und Begrüßungstelegramme verlesen, so u. a. von den Ortsgruppen Köln und Bonn, die infolge der Verkehrssperre nicht vertreten sein konnten und desgleichen von der Ortsgruppe Wien, der die Entsendung eines Vertreters nicht möglich gewesen war. Vertreten waren die Ortsgruppen Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt, Freiburg, Hamburg, Jena und München. Außerdem waren eine große Anzahl Mitglieder und Gäste erschienen.

Der Bundesvorsitzende Medding wurde zum Leiter des Kongresses, Wenzel-Dresden zum Stellvertreter gewählt. Sodann erfolgten die Wahlen der übrigen Ämter und Ausschüsse.

An Stelle des leider verhinderten Herrn v. Gerlach hielt das Hauptreferat „Zur gegenwärtigen Lage" Herr Ministerialrat Freund. Der Redner untersuchte die Fragen des Ruhrkonflikts und passiven Widerstands. Man könnte der Regierung Cuno den Vorwurf nicht ersparen, daß sie in der Ruhrfrage eine Politik betrieben habe, ohne die notwendige innere Sanierung für eine solche Politik vorzunehmen. Man habe in der Finanzierung dieselben verhängnisvollen Fehler begangen wie in der Kriegszeit. Man versäumte, die Lasten durch eine Besteuerung des Besitzes tragfähig zu machen. Industrie und Grundbesitz seien nicht im Maße der Leistungsfähigkeit herangezogen worden, während die großen Massen der Bevölkerung schwer zu leiden hätten. Auf dem Wege über Steuern, Staatshypothek und Sachwerts-Erfassung könne außerordentlich viel für den Staat herangezogen werden. Reich und Staat seien ihrer Machtmittel nicht sicher, weil Reichswehr, Polizei und Verwaltung von aktivistischen Kreisen durchsetzt sind, die eine ganz andere Tendenz verfolgen als die Mehrheit des Volkes. Der Redner bezeichnete es als zweifelhaft, daß die Industrie einer Regierung der großen Koalition opferwilliger gegenüberstehe als der Cuno-Regierung. Ob eine Regierung der großen Koalition sich ihr gegenüber durchsetzen werde, müsse angezweifelt werden. Die Gesetzgebung müsse wertbeständige Besteuerung und Erfassung der Sachwerte herbeiführen. Wenn selbst die Spitzenverbände der Industrie zu leisten und zu opfern bereit wären, so würde das noch nicht bedeuten, daß auch die einzelnen Industriellen diesem Willen nachkommen würden. Es sei daher dringend eine Reorganisation der Verwaltung, Justiz, Reichswehr und Polizei zu fordern, damit der Staat seiner Machtmittel sicher sein könne. Der passive Widerstand müsse aufgegeben werden, wenn die Reichsregierung nicht zu ganz energischen Maßnahmen schreite.

Die Vermittlungsaktion Englands sei im gegenwärtigen Augenblick schwer zu übersehen. Glücke sie, so tauchten sofort die Fragen der Wiederherstellung und der inneren Reparationen auf. Da sich die Reichsregierung unfähig gezeigt habe, den Besitz zu Opfern zu zwingen, so ergäbe sich die eine Möglichkeit, daß die Sache von außen gemacht wird durch Unteraufsichtstellung Deutschlands unter die Entente, oder die andere Möglichkeit, daß sich große Kreise des Volkes auf einer Plattform zusammenfinden, um den Besitz zum Opfern zu zwingen. Es sei dabei an eine Regierung der Besitzlosen, d. h. der Schichten zu denken, die für sich selber bereit sind, zu opfern und die auch entschlossen sind, die leistungswilligen Schichten zum Opfern zu zwingen.

Die Aussprache über das Referat, das mit starkem Beifall aufgenommen wurde, erfolgte erst in der Montagssitzung.

Sodann sprach der Bundesvorsitzende Wolfgang Medding über „Die Internationale Studentenbewegung". Der Redner gab zunächst einen Überblick über die internationalen Beziehungen der Studenten vor und nach dem Weltkriege und sonderte besonders diejenigen Bestrebungen, die für eine radikale pazifistische und antimilitaristische Internationale Zusammenarbeit in Frage kämen von allen übrigen. Ein internationaler Zusammenschluß aller Gleichgesinnten sei unbedingt zu erstreben, um den Kampf gegen die internationale Reaktion und die Völkerverhetzung an den Hochschulen aller Länder gemeinsam zu führen. Wir Studenten haben dabei jedoch im engsten Zusammenhang mit den pazifistischen Jugendorganisationen aller Länder und ebenso mit den internationalen Gewerkschaften vorzugehen. Ein gemeinsames Programm sei von dem Haager Weltfriedenskongreß ausgearbeitet worden, das auch wir uns zu eigen machen müßten. Internationaler Generalstreik und Verweigerung des Kriegsdienstes müsse die Antwort auf eine Kriegserklärung der Militaristen sein. Aber eine solche Handlungsweise müsse innerlich begründet und im Herzen der Menschen fundiert sein. Die Kriegsdienstverweigerung und sei daher etwas Sekundäres. Sie müsse die selbstverständliche Folgerung einer weltanschaulichen Einstellung und neuen Gesinnung darstellen. Es ginge nicht, daß man die Forderung der Kriegsdienstverweigerung als etwas Primäres und Absolutes aufstelle und hierauf ein intellektualistisches weltanschauliches Gedankengebäude aufbaue, wie es der sogenannte „Jungpazifismus" Hiller-Stöcker'scher Richtung tue. Hiermit könne sich die Jugend nicht identifizieren, der wahre Jungpazifismus fordere aus einer neuen Gesinnung und einem neuen Lebensgefühl heraus eine neue Lebensform und neue politische Kampfmethoden. Es sei daher in erster Linie eine völlig sozialisierte Welt und Volkswirtschaft zu erkämpfen, um die Verwirklichung des Pazifismus zu erreichen. Der wahre Jungpazifismus sei daher revolutionär im weitgehendsten Sinne, weil geistigsten Sinne des Wortes.

Am Schlusse seiner Ausführungen legte der Referent dem Kongreß folgenden Antrag vor, der einstimmige Annahme fand.

„Der Kongreß der pazifistischen Studenten Deutschlands richtet an die studentischen Gesinnungsfreunde aller Länder die Aufforderung, sich zu einem Weltbunde zusammenzuschließen, um in gemeinsamem Kampfe gegen Völkerverhetzung, Reaktion und Militarismus den internationalen Abwehrkampf gegen den organisierten Massenmord des Krieges gemeinsam mit den internationalen Gewerkschaften zu organisieren und jeder Staatsgewalt, die die Völker in neue Kriege und damit in neues unsagbares Elend und in sicheren Untergang zu schicken beabsichtigt, unbedingt die Gefolgschaft zu versagen."

Weiter wurde auf Antrag von Fräulein Getrud Baer-München beschlossen, gemeinsam mit gleichgesinnten Studentenverbänden des Auslandes eine Denkschrift vorzubereiten, in der die Wünsche und Vorschläge der international gerichteten akademischen Jugend aller erreichbaren Länder für eine neue internationale Ordnung niederzulegen und dem Verband der internationalen Vereinigungen in Brüssel einzureichen sind.

Schließlich wurde noch auf Antrag Medding folgende Entschließung einstimmig gefaßt:

„Der Kongreß der pazifistischen Studenten Deutschlands richtet an die Ministerien für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Preußen, Bayern, Sachsen, Thüringen, Württemberg, Baden, Mecklenburg und an die Hochschulbehörde in Hamburg die dringende Bitte, unverzüglich im Sinne des § 148 der Deutschen Reichsverfassung Schritte zu unternehmen, um an den Universitäten Lehrstühle für Friedenswissenschaft zur Erforschung der Kriegsursachen, Kriegswirkungen, Kriegsverhütung und Völkerbundfragen zu errichten, um der schwersten Gefahr, die der Menschheit und Kultur droht, wirksam entgegenzuarbeiten, und die Wissenschaft in den Dienst aufbauender Menschheitskultur zu stellen. Der Kongreß richtet an das Ministerium ferner die Bitte, bei der Besetzung nur solche Männer zu wählen, die durch die Einsetzung für die Idee der Völkerversöhnung und die Verwirklichung des Rechtsgedankens im Leben der Völker unter einander sich einen Namen gemacht haben."

* * *

Der zweite Verhandlungstag war in der Hauptsache den Beratungen über Völkerbundfragen gewidmet. Als Hauptreferent sprach Dr. Adolf Gabowsky-Berlin über „Deutschland und der Völkerbund". Der Redner ging in längeren ausführlichen Darlegungen auf die bisherige Tätigkeit des Völkerbundes ein. Im Anschluß an den Vortrag wurde im Sinne des Referenten auf Anregung aus der Mitte des Kongresses beschlossen, die Reichsregierung telegraphisch aufzufordern, die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde zu beantragen. Sodann folgte ein Referat von stud. jur. Günther Stulz-Freiburg über: „Die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit im Rahmen des Völkerbundes".

Hieran schloß sich ein Referat von Miß Sheepshanks-England über „Die gegenwärtigen politischen Strömungen in England", wobei sie insbesondere auf die Tätigkeit der Labour party zugunsten einer friedlichen Beilegung des Ruhrkonfliktes und einer allgemeinen Abrüstung einging.

Ausführlich beschäftigte sich der Kongreß sodann mit dem Fall Piper-Göttingen. Es wurde beschlossen, an den Privatdozent Licenziat Piper folgendes Schreiben zu richten:

„Der Kongreß hat mit größter Entrüstung Kenntnis genommen von dem würdelosen Vorgehen des Hochschulrings deutscher Art gegen Sie und Ihre französischen Mitarbeiter. Bei dieser Sachlage haben wir ein energisches Vorgehen der Göttinger Universitätsbehörden erwartet. Um so größer ist unsere Entrüstung, daß nicht nur diese, sondern auch die Staatsanwaltschaft es verstanden haben, den Sachverhalt in unerhörter Weise zu verkehren. Wir werden nichts unversucht lassen, daß die Wahrheit über die Göttinger Vorgänge allgemein bekannt wird. Der D. P. St. sieht mit großem Bedauern, daß deutsche Männer bei ihrem Wirken für internationale Versöhnung im eigenen Volke auf so aktiven Widerstand stoßen."

An Rektor und Senat der Universität Göttingen wurde die dringende Bitte und Aufforderung gerichtet, gegen diejenigen Angehörigen der Universität Göttingen, die die unwürdige Behandlung des Privatdozenten Licenziat Piper und der französischen Kommilitonen verursacht und sich daran beteiligt haben, disziplinarisch aufs schärfste vorzugehen.

An den Christlichen Versöhnungsbund in Frankreich wurde folgendes Schreiben gerichtet:

„Dem Kongreß ist es ein Bedürfnis, die Gefühle zum Ausdruck zu bringen, die ihn bei Bekanntwerden der unwürdigen Behandlung der französischen Kommilitonen durch nationalistische Studenten in Göttingen bewegen. Wir bedauern aus tiefstem Herzen, daß die Vorkämpfer eines Menschheitsideals wie es das Ihre und unsere ist, durch Mißverstehen und Feindseligkeit aus den Reihen junger Menschen zu leiden hatten. Wir pazifistischen Studenten verurteilen aufs schärfste das Vorgehen gegen unsere französischen Kommilitonen. Im Bewußtsein der Zusammengehörigkeit aller derjenigen, die für die Versöhnung der Völker und eine wahre Menschheitskultur kämpfen, bringt der Kongreß Ihnen wärmste Sympathien und Grüsse dar."

In der Nachmittagssitzung wurde die Diskussion zur gegenwärtigen Lage in eingehender Weise fortgeführt. Sodann erfolgte der Jahresbericht der Bundesleitung durch den Bundesvorsitzenden Wolfgang Medding. Der Bund habe im vergangenen Jahre große Fortschritte gemacht und sowohl die Zahl seiner Ortsgruppen wie diejenige seiner Mitglieder vervier- bis -fünffacht, sodaß er nunmehr an 22 Universitäten und Hochschulen vertreten sei. Es sei große Propagandaarbeit geleistet worden. Besonders erwähnenswert seien die Ortsgruppenneugründungen im besetzten Rheinland, in Köln und Bonn. Ferner seien Ortsgruppen in Wien, Freiburg, Breslau, Dresden und Jena u. a. neu gegründet oder wieder ins Leben gerufen worden. Der D. P. St. habe im vergangenen Jahre rege Verbindungen mit ausländischen Studentenorganisationen aufgenommen, so mit holländischen, tschechischen, schwedischen, norwegischen, finnländischen, englischen, amerikanischen und französischen Studenten. Der Bund war durch eigene Delegationen auf dem Weltkongreß der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit und auf dem Internationalen Weltfriedenskongreß im Haag vertreten. Ein besonders reger Gedankenaustausch sei mit tschechischen und skandinavischen Studenten gepflegt worden, mit denen persönliche Fühlung genommen worden sei.

* * *

Am Dienstag, den 31. Juli, dem letzten Verhandlungstag, befaßte sich der Kongreß zunächst mit den bayerischen Volksgerichten. Es wurde beschlossen, ein Schreiben an den Reichsjustizminister zu richten, in dem gegen die unerhörten Justizmorde im Fechenbach- und Puttkamer-Prozeß protestiert und Nachprüfung der Urteile verlangt wurde. Desgleichen richtete der Kongreß ein Begrüßungsschreiben an den Kommilitonen und Dichter Ernst Toller, der noch immer als Opfer bayerischer Klassenjustiz in der bayerischen Festung Niederschönfeld sitzt. Schließlich nahm der Kongreß noch zu den Selbstschutzorganisationen Stellung. Man billigte die Gründung von Arbeiterwehren, so lange die Regierung zu schwach sei, die Geheimverträge der Nationa-

listen wirksam zu bekämpfen. Eine Bewaffnung dieses Arbeiterselbstschutzes wurde jedoch entschieden gemißbilligt, da in einem Wettrüsten der Klassen die Keime eines Bürgerkrieges liegen. Auf Antrag Wenzel-Dresden und mit Unterstützung der Hamburger Vertreter gelangte jedoch ein Zusatzantrag zur Annahme, der besagte, daß die Zugehörigkeit zu einer solchen Selbstschutzorganisation die Zugehörigkeit zum Bunde nicht ausschließe.

Damit hatte der Kongreß sein Ende erreicht und man trat zur Beratung der internen und organisatorischen Fragen in die Tagesordnung der internen Bundestagung ein. Auf eine eingehende Diskussion über den Bericht der Bundesleitung folgte der Bericht von Frau Reventlow über die Tätigkeit des Deutschen Friedenskartells, eine eingehende Aussprache über das Verhältnis zum Kartell republikanischer Studenten, der Kassenbericht der Bundesleitung sowie Bericht der Kassenrevisoren und Entlastung der Bundesleitung. Es gelangte ein Antrag zur Annahme, der eine weitgehendste Arbeitsteilung zwischen den Ortsgruppen auf dem Gebiet der In- und Auslandspropaganda ins Auge faßte. Die neue Bundesleitung wurde mit der Ausarbeitung des Projektes beauftragt. Sodann erfolgten die Neuwahlen.

Der bisherige Bundesvorsitzende Wolfgang Medding wurde für das Geschäftsjahr 1923/24 wiedergewählt. In den politischen Ausschuß wurden gewählt Cohn-Hamburg, Stellvertretung Maletzke-München, und Rosenfeld-Berlin, Stellvertretung Fräulein Weyl-Berlin.

Der Kongreß schloß mit dem Vortrag einer ergreifenden und schönen Dichtung „Der tote Krieger" durch Herrn Rosenfeld-Berlin.

W. M.

III. Internationaler demokratischer Friedenskongreß.

In Freiburg i. B. tagte vom 4. bis zum 10. August d. Js. der dritte Internationale demokratische Friedenskongreß. (I. Kongreß: 1921, Paris; II.: 1922, Wien). Die Tagesordnung lautete: „Für die Ueberwindung des Krieges — für materiellen und moralischen Aufbau!" und bezog sich auf folgende Themen: 1. Nationalismus und religiöse Idee. 2. Nationalismus und demokratischer Fortschritt. 3. Nationalismus und soziale Entwicklung. 4. Materielle Abrüstung. 5. Moralische Abrüstung. 6. Der Stand der Internationalen Demokratischen Friedensbewegung. Der Kongreß, an dem zahlreiche Vertreter einer großen Reihe von Ländern teilnahmen, ist zwar ursprünglich vorwiegend aus katholischen Kreisen hervorgegangen, wies aber kein konfessionelles Gepräge auf, sondern zeigte vielmehr das Bestreben, die verschiedenen Religionen (nebst dem Freidenkertum) auf der gemeinsamen Basis des Pazifismus einträchtig zusammenwirken zu lassen. In der Einladung hieß es: „In ehrlicher, offener Aussprache wollen wir mit Menschen guten Willens aller Nationen die Wege suchen, die zum wahren Frieden und zur echten Freiheit führen, zu jeder Verständigung und Versöhnung, ohne welche die Welt zur Hölle würde." „Wir fragen nicht ängstlich nach Herkunft, nach Stand und nach politischer Zugehörigkeit. Jede wahre Hilfe ist uns willkommen und wir grüßen und rufen noch insbesondere die um Wahrheit und Liebe ringende Jugend." Eine begeisternde Rede hielt zunächst das Haupt dieser Bewegung, der französische Abgeordnete Marc Sangnier. Er glaubt an das werdende pazifistische Deutschland und an eine ehrliche Verständigung aller, die guten Willens sind, im Hinblick auf das ihnen gemeinsame ideale Ziel. Aber man muß auch den Mut haben, im eigenen Lande „seine Popularität zu riskieren", indem man dem nationalen Haß entgegentritt. Die Verwandtschaft der Friedensidee mit dem Kern des Christentums betonten Katholiken (Drexel, Gieswein) und Protestanten (Herpel). Der freidenkerische Abgeordnete Buisson nannte den Kongreß eine „Versammlung der Gewissen", welche sich der Menschheitsaufgaben bewußt geworden seien. Daß Demokratie und Friede eng zusammenhängen, zeigte Hovy, der auf die Bestrebungen der „Jeune République" hinwies. Wertvolle Anregungen wurden betreffs der materiellen und moralischen Abrüstung gegeben, und es wurde auch über die Ruhrbesetzung gesprochen. An den Auseinandersetzungen beteiligten sich auch Schulze-Gaevernitz, Prof. Ruyssen u. a. Im Ganzen ließ der Kongreß erkennen, daß der pazifistische Geist immer neue Gruppen und Kreise ergreift und daß die Rüstung zum Frieden eine immer stärkere wird. Daß echte Religiosität und Christlichkeit sich von allem Militarismus und einseitigem Nationalismus freihalten muß und kann, dafür setzt sich die Gruppe um Marc Sangnier eifrigst ein, und das ist auf das freudigste zu begrüßen.

Internationale Jugendzusammenkünfte in Freiburg, Genf und Nyborg.

Neben dem III. Int. Demokrat. Friedenskongreß in Freiburg i. Br. fand dort am 5. und 6. August ein Treffen der Weltjugendliga mit Kameraden aus Frankreich, Belgien, England, Amerika, Polen, Oesterreich, der Tschechoslowakei und der Schweiz statt. Bei einer Kundgebung der Jugend — im Rahmen des Kongresses — am Sonntag Nachmittag in St. Ottilien sprach auch Marc Sangnier, Abgeordneter von Paris. Er sagte in großer Bewegung u. a.: „Wenn ich wieder in der Kammer sprechen werde und die Nationalisten über mich herfallen, dann werde ich an diesen Nachmittag denken, wo ich angesichts der herrlichen Natur das Herz der deutschen Jugend ganz dicht an meinem habe schlagen hören. Uns allen Franzosen, die wir hiehergekommen sind, wird dieses Jugendtreffen die Kraft geben, weiterzukämpfen für die Versöhnung der Völker. Französische, englische, amerikanische und Schweizer Freunde berichteten bei einer Versammlung der Weltjugendliga über ihre Arbeit. In einer Aussprache zwischen deutscher und französischer Jugend lud Marc Sangnier deutsche Jugend ein, nach Frankreich auf das Schloß Bierville zu kommen, um dort einige Wochen mit französischer Jugend zusammen zu leben. So dürfte auch dieses Treffen zur Festigung der Beziehungen zwischen der Jugend der verschiedenen Länder beigetragen haben.

Ueber eine weitere Jugendzusammenkunft berichtet der Berner „Bund":

„Anläßlich der Sommerschule an der Genfer Universität veranstaltete die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit in der Maison internationale, Genf eine Versammlung, die der internationalen Jugendbewegung gewidmet war. René Zuber, Vertreter der christlichen Studenten Frankreichs, Walter Fabian und Dora Heinemann vom Pazifistischen Studentenbund Berlin, sprachen über die Bestrebungen und den Geist der Jugend ihrer Länder. Herr Pfund gab ein lebendiges Bild des amerikanischen

Studentenlebens. Henry Crétenoud, Generalsekretär der Internationalen Jugendliga, welche in Genf die Tätigkeit der Weltjugendbewegung zu vereinen strebt. Georges Thudichum, Professor der Universität Genf, schloß mit einem tiefgreifenden Aufruf zur Versöhnung der Völker, welche sich in der Jugend der verschiedenen Nationen vorbereitet, vereint arbeitend für die gute Sache der Menschheit."

In Nyborg auf Fünen in Dänemark tagte vom 19. bis 26. Juli die 3. Konferenz des Internationalen Versöhnungsbundes, die von etwa 300 Teilnehmern aus 17 Ländern besucht war und sich besonders auch mit den deutsch-französischen Fragen befaßte. Die auf der Konferenz anwesende Jugend einigte sich in folgender Erklärung:

Junge Menschen aus Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Finnland, Großbritannien, Holland, Indien, Norwegen Oesterreich, Polen, Rußland, Schweden, Schweiz, den Vereinigten Staaten von Amerika, die an der Konferenz des internationalen Versöhnungsbundes in Nyborg im Juli 1923 teilnahmen, erklären:

Wir haben uns über alle Gegensätze hinweg im Geiste der Kameradschaft und des Vertrauens, der die Rassen, Völker, Bekenntnisse und Klassen eint, zu einer brüderlichen Gemeinschaft zusammengefunden. Wir wollen uns bemühen, in unserem Leben diesen Geist zu verwirklichen, für die Gerechtigkeit einzutreten und jeder Anwendung von Gewalt zu entsagen.

Jugendtagung in Hellerau.

(Die deutsche Jugendbewegung für Zusammenarbeit mit Frankreich.)

Vom 1. bis 5. August fand in Hellerau bei Dresden eine Jugendtagung statt, die von 600 Vertretern der organisierten und freien deutschen Jugend und zahlreichen Abgesandten des Auslandes besucht wurde. Das größte Interesse fand dabei die Behandlung der wirtschaftlichen und politischen Fragen. Es wurden folgende Entschließungen gefaßt:

I.

Die in Hellerau bei Dresden zusammen mit Vertretern aus Amerika, England, Finnland, Holland, Oesterreich, Polen, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei am 4. August 1923 versammelten Angehörigen der deutschen Jugendbewegung senden durch den Internationalen, Demokratischen Kongreß in Freiburg dem jungen Frankreich ihre kameradschaftlichen Grüsse.

Wir bedauern es sehr, daß nicht auch Vertreter des jungen Frankreich zu unserer Tagung kommen konnten, und geben dem Wunsche Ausdruck, daß bei späteren Zusammenkünften französische und deutsche Jugend einmütig für die Sache des Friedens und der sozialen Neuordnung zusammenarbeiten werden. Wir glauben, daß im Augenblick auf der französischen und der deutschen Jugend eine besondere Verantwortung liegt für den Aufbau der neuen Weltordnung. Im Geist friedlicher Zusammenarbeit wollen wir jeder Gewalt den gemeinsamen Kampf für den Frieden und für die Einigung der Völker Europas entgegensetzen.

II.

In der vorigen Woche wurden französische Theologiestudierende in Göttingen aus blindem Haß und Unverstand von Studenten des Hochschulringes deutscher Art und des Jungdeutschen Ordens gewaltsam daran gehindert, durch persönliche Fühlungnahme an der Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volke mitzuwirken. Sie wurden von einem Haufen von Studenten, der gewaltsam in die Wohnung des Privatdozenten Dr. Piper eindrang, herausgeholt und gezwungen, entblößten Hauptes unter Begleitung einer johlenden Menge auf dem Fahrdamm durch die Stadt nach dem Bahnhof zu gehen und Göttingen sofort zu verlassen.

Wir bedauern diesen Vorfall aufs tiefste und verurteilen ganz entschieden eine Gesinnung, die haßverzerrt in jedem Franzosen, selbst in dem vom Friedensgeist begleiteten, nur den Feind sieht.

Trotz solcher Ausbrüche der Rachsucht und des Hasses, die durch die Erregung der öffentlichen Meinung infolge der Ruhrbesetzung ihre Erklärung finden, werden wir unserm Werk der Versöhnung der mitteleuropäischen Völker mit voller Hingabe dienen in der Hoffnung auf das neue geeinte Europa, in dem Glauben an die sittliche Ueberlegenheit des Geistes über die Gewalt.

Der Arbeitskreis der Jugendtagung in Hellerau.
I. A.: Günter, Keiser, Erich Mohr.

III.

Botschaft an die russische Jugend. 600 Vertreter verschiedener Richtungen der organisierten und freien deutschen Jugend, mit Vertretern aus 10 Ländern, welche sich am 4. August in Hellerau trafen, um über die Möglichkeit des Aufbaus einer brüderlichen Weltordnung zu beraten, entbieten der russischen Jugend als den Pionieren des Kampfes, in dem sie stehen, herzliche Grüsse.

Die 21. Interparlamentarische Konferenz.

Von Professor Richard Eickhoff, Mitglied des Interparlamentarischen Rates, Remscheid.

In den Tagen vom 15.—17. August ist in Kopenhagen die 21. Interparlamentarische Konferenz abgehalten worden, und wenn jemals eine Konferenz glänzend verlaufen ist, so war es diese: etwa 550 Parlamentarier aus 30 Kulturstaaten nahmen an ihr teil. Auf den Vorschlag des Präsidenten des Rates, des schwedischen Baron Adelsward, wurde der Vorsitzende der Dänischen Gruppe, Herr Dr. Moltesen, zum Präsidenten gewählt. In seiner Eröffnungsrede gedachte dieser zunächst der Toten des vergangenen Jahres, des unvergeßlichen Lord Weardale, der nach Auguste Beernaerts Tode soviele Jahre die Geschäfte der Union ebenso unermüdlich wie uneigennützig geleitet hat, dieses Aristokraten in des Wortes bester Bedeutung, der die Kunst verstanden habe, die verschiedenartigsten Persönlichkeiten einander zu nähern; des durch seine ausgezeichneten Reden so bekannt und beliebt gewordenen Freiherrn von Plener, dieses „gentleman de la bonne et vieille école"; ferner des Präsidenten der griechischen Gruppe, des Herrn Baltazzi, der ein Opfer der tragischen Vorgänge geworden ist, die sich im vergangenen Jahre in Athen abspielten; des Vizepräsidenten der ungarischen Gruppe, des Herrn Edmund v. Miklos, und endlich des Herrn Joergen Lövland, des Präsidenten des Comité Nobel des norwegischen Storthing, einer starken Persönlichkeit, die in den Versammlungen der skandinavischen Interparlamentarier stets eine bedeutende Rolle gespielt habe. Auch des plötzlichen Todes des amerikanischen Präsidenten Harding unterließ Herr Moltesen nicht, mit einigen Worten zu gedenken, der früher Parlamentarier gewesen sei und seine letzten Kräfte der Sache des internationalen Gerichtshofes gewidmet habe. Alle diese Männer,

so fügte der Redner hinzu, diese Pioniere des Werkes der Union, verdienten den größten Dank, und die beste Art, ihr Andenken zu ehren, sei die, dieses Werk trotz aller Hindernisse, die sich ihm entgegenstellten, fortzusetzen in dem Geiste des alten Wortes: Pax in terra et in hominibus bona voluntas. — Nachdem dann der dänische Ministerpräsident Herr Neergaard namens der Regierung in herzlichen Worten die Mitglieder der Konferenz in Dänemark willkommen geheißen hatte, trat diese alsbald in die Tagesordnung ein, deren erster Gegenstand lautete: Die parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik. Berichterstatter für diese Frage war der Vorsitzende der österreichischen Gruppe, Herr Dr. Mataja, der sie schon im vorigen Jahre in Wien behandelt hatte. Aber so sehr die Konferenz über das Prinzip dieser Frage einig war, so stellte sich bei der Diskussion doch sehr bald heraus, daß ihre praktische Durchführung große Schwierigkeiten bietet. Insbesondere war es der frühere norwegische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Herr Mowinckel, der auf Grund der in Norwegen gemachten Erfahrungen trotz seiner grundsätzlichen Zustimmung erklärte, die Aufgabe sei schwierig zu lösen mit Rücksicht auf den Umstand, daß die parlamentarische Kontrolle Gefahr laufe, der Initiative und Aktionsfähigkeit der Regierung, sowie der bei der Leitung der auswärtigen Politik notwendigen Diskretion zu schaden. Und da ein Vertreter Schwedens eine abweichende Meinung äußerte, so stellte Herr Mataja dies fest, indem er hervorhob, daß die Einsetzung einer Kommission notwendig erscheine. Die Konferenz faßte daher folgenden Beschluß: „Nach Kenntnisnahme des Berichtes des Herrn Dr. Mataja über die Kontrolle der auswärtigen Politik beschließt die 21. Interparlamentarische Konferenz das weitere Studium dieser Frage einem ständigen Ausschuß für Rechtsfragen zu übertragen. Dieser Ausschuß wird der nächsten Konferenz seinen Bericht unterbreiten."

Der zweite Gegenstand, der zur Verhandlung gelangte und gleichfalls schon die Wiener Konferenz beschäftigt hatte, lautete: Die kolonialen Mandate und der Völkerbund. Für diesen Gegenstand hatte der niederländische Abgeordnete, das Mitglied der ersten Kammer der Generalstaaten, Herr van Kol, das Referat übernommen, und er legte der Konferenz folgende Resolution vor: „Die 21. Interparlamentarische Konferenz begrüßt mit Genugtuung die Einrichtung der Kolonial-Mandate, die eine neue Aera der Kolonialpolitik einleitet, in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Verfassung des Völkerbundes. Sie begrüßt mit ihren herzlichsten Wünschen die Errichtung des ständigen Ausschusses, dem die wirksame Aufsicht über die Ausübung der Mandate obliegen wird. Ohne sich im einzelnen über die erwünschten Reformen äußern zu wollen, drückt die Konferenz ihre zuversichtliche Hoffnung aus, daß die Mandatmächte ihre „heilige zivilisatorische Aufgabe" zu erfüllen verstehen werden, und daß somit die Errichtung der Kolonial-Mandate ein bedeutender Faktor sein werde für die Förderung der Solidarität der Welt und für die Erhaltung des Friedens. Indem die Konferenz im allgemeinen die Grundsätze dieser Mandate billigt, beschließt sie, das Studium möglicher Verbesserungen an den ständigen Ausschuß der Interparlamentarischen Union für nationale und koloniale Fragen mit dem Auftrage zu überweisen, einer folgenden Konferenz einen Bericht und Resolutionsentwürfe vorzulegen. Wohin diese Verbesserungen zielen, geht aus der Debatte untrüglich hervor, in der namentlich der deutsche Reichstagsabgeordnete Dr. Gothein, der frühere Reichsminister, überaus wirkungsvoll sprach. Er leugnete zwar nicht die großen Fehler, die die deutsche Kolonialpolitik in ihren Anfängen gemacht und die der Reichstag stets verurteilt habe, betonte dann aber die Lichtseiten dieser Politik, die mit der Aera Dernburg begonnen hätten. So führte er u. a. die Verdienste der Deutschen um die Bekämpfung der Schlafkrankheit und des Alkohols an und zitierte ein Wort Churchills, daß es schlechterdings unmöglich sei, das wirtschaftliche und kulturelle Niveau in den Kolonien aufrecht zu erhalten, das unter deutscher Herrschaft vorhanden gewesen sei. Aus diesem Grunde forderte der Redner, daß Deutschland nicht länger von den Kolonialmandaten ausgeschlossen werde. Der Berichterstatter erwiderte ihm, auch er wünsche lebhaft Deutschlands Teilnahme an den Kolonial-Mandaten, aber dann müsse es sofort in den Völkerbund eintreten, was unbedingt notwendig sei. Auch von englischer Seite wurde bei einer andern Gelegenheit dieser Eintritt lebhaft gewünscht. Die Resolution des Herrn van Kol fand dann einmütige Annahme.

In der Nachmittagssitzung des ersten Tages wandte sich die Konferenz alsdann der ebenso bedeutsamen wie schwierigen Frage der Abrüstung zu, über die Herr Dr. Munch, früherer Minister der nationalen Verteidigung in Dänemark, und Herr Butler, Mitglied des englischen Unterhauses, Berichte erstatteten und drei Resolutionen vorlegten, von denen die dritte seitens verschiedener Redner lebhaft bekämpft wurde. Es ist im Rahmen dieses Berichtes leider nicht möglich, auf die Einzelheiten der Debatte näher einzugehen, so interessant sie auch gewesen ist; wir können hier nur die Hauptmomente zusammenfassen. Mit Recht erinnerte ein ungarischer Redner, Herr v. Berzeviczy, an das Wort, das Lord Robert Cecil in der dritten Versammlung des Völkerbundes gesprochen hat: „Die Nationen müssen entweder abrüsten oder untergehen." Niemals ist ein wahreres Wort gesprochen worden. Dennoch aber kann man nur mit tiefem Bedauern feststellen, daß die Frage der allgemeinen Abrüstung bisher nur ganz geringe Fortschritte gemacht hat. Auch die Interparlamentarische Union hat sich bisher vergeblich um ihre Lösung bemüht, läßt aber, wie die Kopenhagener Verhandlungen dartun, in diesen ihren Bemühungen gleichwohl nicht nach. Von den drei erwähnten Resolutionen fand die erste in folgender Fassung einmütige Annahme: a) Die 21. Interparlamentarische Konferenz erinnert an die Beschlüsse der Konferenzen der Union von Stockholm und Wien; sie besteht auf der dringenden Notwendigkeit einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen, die auf alle Staaten unmittelbar anzuwenden ist, und bittet die Gruppen der Union, bei ihren Regierungen Schritte zu tun, um die Erfüllung der in den eben genannten Beschlüssen geäußerten Wünsche zu erreichen. b) Die 21. Konferenz stellt mit lebhafter Genugtuung fest, daß die dritte Versammlung des Völkerbundes die Bedeutung unterstrichen hat, die regionalen Vereinbarungen über eine Herabsetzung der Rüstungen zukommen kann. c) Sie nimmt an, daß, wenn eine allgemeine, auf alle Staaten anwendbare, Herabsetzung der Rüstungen vom Völkerbunde festgesetzt worden ist, diese Vereinbarungen zwar die so bestimmten Grenzen nicht überschreiten dürfen, aber immerhin eine stärkere Herabminderung werden herbeiführen können. Auch die zweite Resolution wurde zum Beschluß erhoben, und es wurde

ihr folgende Fassung gegeben: „Da eine sofortige, für alle Staaten wirksame, Herabsetzung der Rüstungen im Interesse des Friedens und der Wirtschaft dringend notwendig ist, sichert die 21. Konferenz der Interparlamentarischen Union die Unterstützung der Union für jeden Plan zu, der entweder durch einen gegenseitigen Garantie-Vertrag — gegebenenfalls durch besondere und den allgemeinen Vertrag erfüllende Durchführungsverträge — oder durch die Errichtung entmilitarisierter Zonen in besonders gefährdeten Gebieten oder durch eine Verbindung der beiden Methoden eine schleunige und durchgreifende Abrüstungsmaßnahme sicherstellen kann, und sie bittet den Vollzugsausschuß der Union, ein Sonderkomitee zu ernennen und mit der Aufgabe zu betrauen, die gegenwärtige Situation in Europa und besonders die Frage entmilitarisierter Zonen zu studieren. Die Konferenz wünscht die Bedeutung, die sie dieser Frage beimißt, ganz besonders zu unterstreichen, und sie bittet den Rat, gegebenenfalls eine außerordentliche Sitzung abzuhalten, um den Bericht des Ausschusses entgegenzunehmen. Der Ausschuß sollte auch mit der Aufgabe betraut werden, einen lebhaften Propaganda-Feldzug in den Parlamenten der ganzen Welt zu organisieren, zu dem Zwecke einer allgemeinen und wirksamen Herabsetzung der Rüstungen durch solche Verträge, wie sie oben erwähnt sind, oder durch andere Mittel."

Durch vorstehende Beschlüsse erledigte sich auch die dritte der von den Berichterstattern vorgelegten Resolutionen, die sich besonders mit der Frage der gegenseitigen Garantie-Verträge befaßte und, wie berichtet, in ihrer ursprünglichen Fassung auf Widerstand gestoßen war.

Eine weitere Frage beschäftigte dann die Konferenz am zweiten Verhandlungstage, und wie bedeutungsvoll sie ist, geht vielleicht auch daraus hervor, daß sie an einem Tage nicht erledigt werden konnte. Es ist die Frage der Rechte und Pflichten der nationalen Minderheiten, für die der Schweizer Altständerat, Herr Dr. Usteri, die Berichterstattung übernommen hatte. Über 20 Redner hatten sich zum Worte gemeldet, und es kann nicht wundernehmen, daß gerade die Vertreter der deutschen Minderheiten, in der Tschechoslovakei, in Italien, in Dänemark u. s. w., sich an der Debatte lebhaft beteiligten: hat doch diese Frage infolge der Friedensschlüsse namentlich für die deutschen Elemente in den verschiedenen Ländern eine hohe Bedeutung gewonnen. Der Berichterstatter legte der Konferenz die folgenden drei Resolutionsentwürfe vor:

I. „In Anbetracht des Interesses, das einer Annahme der grundlegenden Rechte und Pflichten der nationalen oder religiösen Minderheiten als völkerrechtlich anerkannter Grundsätze und der Aufnahme dieser Grundsätze in das öffentliche Recht der Staaten mit repräsentativer Verfassung zukommen würde, ersucht die 21. Interparlamentarische Konferenz die Gruppen, ihren Regierungen die hier beifolgende Erklärung der Minderheits-Rechte und -Pflichten zur Kenntnis zu bringen, und beauftragt das Interparlamentarische Bureau, diese Erklärung dem Völkerbund zu übermitteln zum Zwecke der Ausarbeitung eines allgemeinen Übereinkommens unter den Staaten auf der Grundlage der in dieser Erklärung ausgesprochenen Grundsätze."

„Erklärung der Rechte und Pflichten der Minderheiten.

I. Die Staaten verpflichten sich, allen ihren Einwohnern, ohne Unterschied der Geburt, der Staatsangehörigkeit, der Sprache, der Rasse oder der Religion, vollen und uneingeschränkten Schutz für ihr Leben und ihre Freiheit zu gewähren.

Alle Einwohner eines Staates werden das Recht haben zur freien, sowohl öffentlichen wie privaten, Ausübung jeden Glaubens, jeder Religion, jeden Bekenntnisses, deren Betätigung nicht unvereinbar ist mit der Ordnung und den guten Sitten.

II. Jeder Staatsangehörige hat das Recht, vor den zuständigen Behörden seines Staates eine rechtswirksame Erklärung abzugeben über seine Zugehörigkeit zu der Mehrheit oder zu einer nationalen, religiösen oder sprachlichen Minderheit. Diese Erklärung soll frei abgegeben werden, ohne Zwang und ohne für den Deklaranten irgendwelche nachteiligen Folgen nach sich zu ziehen.

III. Die Tatsache, daß er einer nationalen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehört, befreit einen Staatsangehörigen in nichts von den Pflichten, die ihm durch die Verfassung und die Gesetze des Staates auferlegt sind.

IV. Die Staaten verpflichten sich anderseits, allen ihren Angehörigen Gleichheit vor dem Gesetz und den Genuß der gleichen bürgerlichen und politischen Rechte zu gewähren, ohne Unterschied der Nationalität, der Sprache oder der Religion, insbesondere in Sachen des Wahlrechtes und der Zulassung zu den öffentlichen Diensten, Ämtern und Ehrenstellen, in der Ausübung der verschiedenen Berufe und Gewerbe und in der Anwendung der Agrargesetze. Die Staaten werden in ihrer politischen Gebarung die besondere geistige Einstellung würdigen, die für die Angehörigen einer Minderheit eben durch die Tatsache der Zugehörigkeit zu einer Minderheit gegeben ist, und sie werden sich bemühen, ein Verwaltungssystem zu errichten, das alle ihre Staatsangehörigen zufrieden stellt.

Die Schaffung „paritätischer Kommissionen" wird zur Erreichung dieses Ergebnisses beitragen.

V. Kein Staatsangehöriger wird im freien Gebrauch irgend einer Sprache irgend welchen Einschränkungen unterworfen werden, weder in seinen persönlichen oder Handelsbeziehungen noch in Angelegenheiten der Religion, der Presse oder der Veröffentlichungen aller Art, noch in öffentlichen Versammlungen.

Ungeachtet des Bestehens einer amtlichen Sprache werden den Angehörigen einer anderen Sprache, wenn diese von einem erheblichen Teile der Bevölkerung gesprochen wird, angemessene Zugeständnisse gemacht werden für den mündlichen oder schriftlichen Gebrauch dieser Sprache, im Schoß der lokalen Beratungskörper, vor den Gerichten oder im Verkehr mit der Verwaltung.

VI. Die Staatsangehörigen, die nationalen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten angehören, werden sich derselben Behandlung und derselben rechtlichen und tatsächlichen Garantien erfreuen, wie die übrigen Staatsangehörigen. Sie werden insbesondere das gleiche Recht haben, auf ihre Kosten und ohne Auferlegung von Ausnahmebedingungen, wohltätige, religiöse, soziale oder wirtschaftliche Stiftungen, ebenso Schulen und andere Erziehungsanstalten, zu errichten, zu leiten und zu überwachen, mit dem Recht des freien Gebrauches ihrer eigenen Sprache und freier Religionsübung. Der Besitz und der freie Gebrauch der Stiftungen oder Besitzungen, die zum Unterhalt ihrer religiösen und Unterrichtsanstalten bestimmt sind, müssen ihnen erhalten, im Bedarfsfalle zurückerstattet werden.

VII. In Sachen des öffentlichen Unterrichts wird die Regierung eines Staates in den Städten und

Distrikten, in denen ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung einer anderen als der amtlichen Sprache angehört, angemessene Zugeständnisse gewähren, um für die Kinder dieser Angehörigen die Erteilung des Unterrichtes in der Muttersprache sicherzustellen. Die gesetzliche Stellung der durch Körperschaften, Gesellschaften oder Individuen einer Minderheit unterhaltenen Schulen jeden Grades oder Erziehungsanstalten wird die gleiche sein wie jene der entsprechenden Schulen oder Anstalten, die von Körperschaften, Gesellschaften und Individuen der Mehrheit unterhalten werden.

Diese Bestimmungen sollen die Regierungen nicht hindern, den Unterricht in der amtlichen Sprache obligatorisch zu machen.

In den Städten und Distrikten, in denen ein beträchtlicher Teil der dort wohnhaften Staatsangehörigen zu nationalen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten gehört, werden diese Minderheiten sich sichergestellt sehen mit ihrem Anspruch auf einen billigen Anteil an der Verwendung der Summen, die aus den öffentlichen Mitteln, durch den Staatshaushalt, die Gemeinde- oder anderen Haushalte, für die Zwecke der Erziehung, der Religion oder der Wohltätigkeit zur Verfügung gestellt werden.

VIII. I. „Die Staaten verpflichten sich, nicht nur die hier oben ausgesprochenen grundlegenden Prinzipien anzuerkennen, sondern auch Maßnahmen zu treffen, die deren Durchführung gewährleisten."

II. „Im Interesse des Friedens und des guten Einvernehmens zwischen der Mehrheit und den Minderheiten in den Staaten mit gemischter Bevölkerung lenkt die 21. Interparlamentarische Konferenz die Aufmerksamkeit der Gruppen der dabei interessierten Staaten auf die Dienste, die zwecks Beruhigung der Leidenschaften und zwecks Mitarbeit beim Auffinden billiger Lösungen für umstrittene Fragen paritätische Kommissionen leisten könnten, die aus Vertretern der Mehrheit und der einen oder andern Minderheit zusammengesetzt und den Bedingungen und Bedürfnissen der verschiedenen Staaten angepaßt sind. Die Errichtung derartiger Kommissionen würde u. a. den Vorteil haben, die Zahl der von Angehörigen der Minderheiten gemäß den in Kraft befindlichen Verträgen an den Völkerbund gerichteten Berufungen erheblich zu vermindern. Die Konferenz beschließt, die von dem schweizerischen Altständerat Herrn Usteri gemachten Vorschläge allen Gruppen der Union zu übermitteln, damit sie als Grundlage für die Arbeiten der Gruppen auf diesem Gebiete dienen können."

III. „Zu dem Zwecke, dem Völkerbundsrat die Arbeitslast zu erleichtern, die ihm nach den in Kraft befindlichen Minderheitsverträgen übertragen ist, empfiehlt die 21. Interparlamentarische Konferenz, nach folgenden Grundsätzen eine ständige Kommission für Minderheitsfragen beim Rate zu errichten:

1. Eine ständige, aus drei Mitgliedern bestehende, Kommission wird durch den Rat ernannt werden.

2. Die Mitglieder der Kommission müssen eine besondere Kompetenz für juristische und soziale Fragen besitzen. Sie können nicht im Völkerbundrat sitzen, noch auch Funktionen beim Sekretariat des Völkerbundes ausüben.

3. Das zurzeit geltende Verfahren des Sekretariats bleibt aufrechterhalten, besonders was die Übermittlung der Klagen an die beteiligten Staaten anlangt. Die vom Sekretariat vorbereiteten Akten werden der ständigen Kommission zum Studium und zur Berichterstattung an den Rat übermittelt werden. Die Kommission wird gegebenenfalls Untersuchungen an Ort und Stelle vornehmen lassen können. Sie wird in möglichst kurzer Frist ihren von einem Resolutionsentwurf begleiteten Bericht über jeden Fall unterbreiten.

4. Der Rat entscheidet auf der Grundlage des Berichts der ständigen Kommission, ob eine Klage als unbegründet betrachtet werden muß oder ob sie Anlaß zu einer Empfehlung bietet.

5. Die Kosten der Kommission werden vom Völkerbund getragen.

Die Konferenz beauftragt das Bureau, die vorstehende Resolution dem Völkerbund und allen Gruppen der Union zu übermitteln."

Die Konferenz nahm die vom Berichterstatter ihr vorgelegten drei Resolutionen ohne wesentlichen Widerspruch an, wenn auch einzelne Redner bezüglich der durch die dritte Resolution in Aussicht genommenen ständigen Kommission rationes dubitandi geltend machten und die Amerikaner sich wegen der grundverschiedenen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten der Abstimmung enthielten.

Auch die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen gelangten wieder zur Erörterung, die auf der Wiener Konferenz zu keinem Ergebnis geführt hatten, jetzt aber einen gewissen Abschluß fanden. Der frühere Minister Treub (Holland) vertrat die beiden ersten der Konferenz vorgelegten Resolutionen, während die dritte vom Präsidenten des Rates, Baron Adelsward, der Konferenz zur Annahme empfohlen werde, die ihnen denn auch nach langer und eingehender Debatte, auf deren interessante Einzelheiten hier leider nicht eingegangen werden kann, ihre Zustimmung gab. Die drei Resolutionen haben folgenden Wortlaut: I. „Mit Rücksicht darauf, daß die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen zur Grundlage eines dauernden Friedens, zum Wiederaufbau der Industrie und des Handels, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und zur Verminderung der Lebenskosten unerläßlich ist; in der Erwägung, daß diese Beziehungen in Europa namentlich in Ländern mit entwerteter Valuta durch vielerlei Schwierigkeiten gehemmt werden, die sich der Bewegung der Waren in den Weg stellen, erklärt die 21. Interparlamentarische Konferenz eine Überprüfung aller Maßnahmen, die die Ein- und Ausfuhr der Waren und Rohstoffe in einer künstlichen oder zwecklosen Weise verbieten oder einschränken, für dringend notwendig, und sie fordert die Gruppen der Union auf, den Abschluß von Handelsverträgen zu unterstützen, die die beteiligten Staaten auf gleichen Fuß stellen, entsprechend § 23 des Völkerbund-Vertrages, welcher auf die Erhaltung der Verkehrs- und Transitfreiheit wie auf gleichmäßige Behandlung des Handels hinzielt."

II. „Die 21. Interparlamentarische Konferenz ist der Meinung, daß jede Maßnahme, die auf eine Stabilisierung der Valuta hinzielt, unwirksam bleiben muß, solange die Staaten ihre Finanzen nicht wieder in Ordnung gebracht haben. Sie wendet sich daher an alle Gruppen der Union mit dem dringenden Ersuchen, in ihren Parlamenten und bei ihren Regierungen zu Gunsten einer finanziellen Gesundungspolitik, in erster Linie durch die Wiederherstellung des Gleichgewichts der Budgets, tätig zu sein. Deshalb ist sie der Ansicht, daß die Möglichkeit einer Krediterlangung zu Gunsten derjenigen Staaten geschaffen werden muß, deren finanzielle Lage so schlecht ist, daß sie ohne fremde Hilfe nicht wiederhergestellt werden könnte. Die Konferenz beauftragt die Kommission für wirtschaftliche und finanzielle

Fragen, einen Ausschuß mit dem Studium der Mittel und Wege zu betrauen, die der Union die Mitarbeit an der Durchführung praktischer Maßnahmen ermöglichen, die auf eine Verbesserung der gegenwärtigen Lage hinzielen." III. „Die Konferenz stellt fest, daß für mehrere europäische Staaten jede Maßnahme, die eine wirtschaftliche und finanzielle Wiederherstellung erstrebt, solange wirkungslos bleiben muß, als nicht die ernsten Probleme der Reparationen, wie auch die mit ihnen eng verknüpften der interalliierten Schulden eine entsprechende Lösung gefunden haben. Getreu dem Grundsatze der Interparlamentarischen Union, alle internationalen Konflikte einer freundschaftlichen oder schiedsgerichtlichen Regelung zu unterziehen, empfiehlt die 21. Interparlamentarische Konferenz, zwecks einer endgültigen Lösung die Prüfung und die Berichterstattung über die Probleme der Reparationen einer unparteiischen und internationalen Autorität anzuvertrauen, und sie bittet alle Gruppen, bei ihren Regierungen unverzüglich Schritte zu unternehmen, um die praktische Verwirklichung des vorliegenden Beschlusses zu erzielen. Diese Entschließung wird allen Regierungen und dem Völkerbunde durch das Bureau übermittelt werden, wie auch ein Aufruf an die öffentliche Meinung aller Länder gerichtet werden wird, damit diese die Schritte der Gruppen unterstütze."

Der italienische Senator Giovanni Ciraolo, der der Konferenz im letzten Augenblicke selber fern bleiben mußte, hatte den Antrag gestellt, ein internationales Hilfswerk zur Unterstützung der durch schwere Unglücksfälle heimgesuchten Bevölkerungen ins Leben zu rufen, das dem Völkerbund untergeordnet werden soll. Die Amerikaner hatten Bedenken gegen diese Unterordnung, wenn sie auch mit dem Grundgedanken des Antrages durchaus einverstanden waren. Nachdem aber der Antrag von einem italienischen Vertreter kurz begründet worden war und Baron Adelsward die amerikanischen Bedenken beseitigt hatte, wurde der Antrag in folgender Fassung einstimmig angenommen: „Die 21. Interparlamentarische Konferenz hat von dem Vorschlage des italienischen Senators Herrn Ciraolo zwecks Gründung eines internationalen, auf Gegenseitigkeit beruhenden, staatlichen Hilfswerks zur Unterstützung der durch schwere Unglücksfälle heimgesuchten Völker Kenntnis genommen; sie billigt das Prinzip dieses Vorschlages, das von einem Gefühl internationaler Solidarität eingegeben ist, und ersucht die Gruppen, den Plan dieses Unternehmens bei ihren Parlamenten und Regierungen, sowie auch gegenüber der öffentlichen Meinung ihrer Länder zu unterstützen."

Damit war denn die Tagesordnung der Konferenz erschöpft, denn die dann noch beschlossenen Satzungsänderungen der Union sind zu interner Natur, als daß sie hier erwähnt werden müßten. Dahingegen mag noch aus dem Berichte des Bureaus, den Graf Apponyi am Schlusse der langen Tagung mit jugendlicher Frische vortrug, hervorgehoben werden, daß sich eine lettische und eine irische Gruppe gebildet hat und eine isländische in der Bildung begriffen ist, während die Union in Südamerika noch keinen festen Fuß hat fassen können. Mit Recht auch bemerkte Graf Apponyi, die Gruppen müßten in stärkerem Maße als bisher die Konsequenzen der Konferenzbeschlüsse ziehen. So haben nur 7 Gruppen, darunter die deutsche, den Beschluß der Stockholmer Konferenz ausgeführt und eine Kommission gebildet, die sich mit den Arbeiterfragen befaßt. Wie bedeutungsvoll diese Fragen auch für die Union geworden sind, hat der Präsident des Rates dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er den Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Herrn Albert Thomas, einlud, an der Konferenz teilzunehmen. Herr Thomas hat dann am 16. August vor den Mitgliedern der Konferenz einen Vortrag gehalten, in dem er die Mitwirkung der Union an dem Werke des Arbeitsamts erbat.

Endlich sei noch mitgeteilt, daß der verdiente Völkerrechtsgelehrte, Professor Philipp Zorn, der früher als Mitglied des preußischen Herrenhauses der Union angehört hatte, auf den Vorschlag der deutschen Gruppe zu ihrem ständigen Mitglied ernannt wurde.

Die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft.

Von Gerhard Seger, Berlin.
Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft.

Die diesjährige Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, die am 6. und 7. Oktober in Magdeburg stattfand, hat unbeschadet der inneren Auseinandersetzungen ein hoch erfreuliches Ergebnis gehabt: sie hat gezeigt, daß es vorwärts geht. Freilich ist das Wachstum an Organisation und politischem Einfluß auch im letzten arbeitsreichen Jahre noch lange nicht befriedigend, wenn auch die zahlenmäßige Zunahme an Mitgliedern und Ortsgruppen bedeutend größer ist, als diejenige des vorhergehenden Jahres. (Die Mitgliederzahl beträgt jetzt über 17 000, die sich auf 130 Ortsgruppen in ganz Deutschland verteilen). Auch das starke politische Interesse an den Fragen der Gegenwart, das die Debatten erkennen ließen, und die Planmäßigkeit, mit der überall gearbeitet worden ist, haben bewiesen, daß sich unsere Friedensgesellschaft in einer lebhaften Aufwärtsentwicklung befindet.

Durch verschiedene ungünstige Zufälle — die Tagung fiel ja in eine sehr gespannte innerpolitische Situation — waren die Referenten für die vorgesehenen Beratungsgegenstände ausgeblieben; so wurden die Debatten nur eingeleitet durch die Tätigkeitsberichte des geschäftsführenden Vorsitzenden Dr. Ouidde und des Verfassers dieser Zeilen. Aber die Teilnehmer der Hauptversammlung werden sicher den Eindruck gewonnen haben, daß es ganz gut war, daß die Diskussion auf diese Weise den breitesten Raum gewann; das Bedürfnis, sich auszusprechen, das auf jeder Tagung vorhanden ist, war diesmal nicht nur besonders groß, sondern es hatte auch eine politische Bedeutung für die fernere Tätigkeit: erfreulicherweise war auf der Magdeburger Hauptversammlung eine besonders starke Delegation aus dem alt- und neubesetzten Gebiet anwesend und konnte außerordentlich aufschlußreiche Mitteilungen machen. Neben diesen interessanten Mitteilungen über die Verfahrenheit der deutschen Politik im Ruhrkriege, der genau so glorreich verpfuscht worden ist, wie die ganze bisherige deutsche Außenpolitik überhaupt, wurde natürlich auch scharfe Kritik an der Politik unserer Geschäftsleitung geübt. Aber das vollzog sich alles in Formen und mit Argumenten, die der ferneren Zusammenarbeit nicht etwa hinderlich, sondern im Gegenteil förderlich waren.

Für die pazifistische Oeffentlichkeit, insbesondere für die Leser der „Friedens-Warte" ist sicher von besonderem Interesse, daß gegenüber den früheren Tagungen sich nicht oder nur sehr andeutungsweise die bisherigen Richtungen aufgetan haben. Lediglich am ersten Vormittag, als die Frage des Bürgerkrieges

behandelt wurde, ging man auch grundsätzlich auf die Frage der Gewaltanwendung überhaupt ein; alle übrigen Diskussionen waren von den aktuellen Problemen der Politik beherrscht. Welche Stellung die Hauptversammlung zum drohenden Bürgerkrieg eingenommen hat, erfährt der Leser aus den in dieser Nummer gleichzeitig abgedruckten Entschließungen. Für die künftige Arbeit ist es nach der Meinung und bisherigen Erfahrung des Verfassers unstreitig ein großer Fortschritt gewesen, daß sich die Deutsche Friedensgesellschaft auf dieser Tagung so unmittelbar mit den aktuellen Fragen der Politik befaßt hat und auch grundsätzlich-theoretische Aeußerungen durchaus von den Erfordernissen der praktischen Arbeit beherrscht sein ließ. Die positiven Ergebnisse der politischen Diskussionen findet der Leser ebenfalls in den Entschließungen, wobei zu bemerken ist, daß leider wegen einer Meinungsverschiedenheit unter den rheinländischen Freunden eine besondere Entschließung zur Rheinlandfrage nicht zustandegekommen ist. Das bleibt bedauerlich, um so mehr, als unsere lieben Gegner alle möglichen Verdächtigungen auszustreuen pflegen, um unsere Arbeit zu erschweren. Aber es ist ja noch immer möglich, daß die rheinische Organisation der Friedensgesellschaft als diejenige Körperschaft, die die Dinge am besten zu beurteilen vermag, sich mit der neuen Geschäftsleitung über die Stellung zur Rheinlandfrage verständigt.

Die organisatorische Debatte, die durch ein kurzes Referat des Verfassers eingeleitet wurde, brachte als Ergebnis eine Neugestaltung des Vorstandes, dem nun in Verfolgung des föderalistischen Prinzips Vertreter der Arbeitsgemeinschaften (Provinzial- oder Landesverbände) angehören. Die im Referat gegebenen Anregungen wurden mit Beifall aufgenommen und durch wertvolle Erfahrungen der Ortsgruppen ergänzt, sodaß zu hoffen ist, daß eine energische und erfolgreiche Winterarbeit einsetzen wird. Jede Mutlosigkeit, jedes Nachbeten des Satzes, jetzt sei die ungünstigste Zeit", muß bekämpft werden. Noch nie war eine inner- wie außenpolitische Situation, die bei richtigem Auftreten so wirkungsvoll zu arbeiten erlaubte wie jetzt die Zeit nach dem zweiten Zusammenbruch, wo man dem noch immer so unpolitischen deutschen Volke die Lehren der verhängnisvollen Ruhrpolitik einhämmern muß. Gewiß sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der öffentlichen Arbeit ungeheuer gestiegen, aber mit den Schwierigkeiten muß der Wille steigen, sie zu überwinden. Es muß mit den Organisationen zusammengearbeitet werden, wie z. B. mit den Gewerkschaften, mit dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten, mit den Parteien (Zentrum, Demokratie, Sozialdemokratie!), um nicht nur die Versammlungen an sich, sondern auch gleich deren Besuch zu organisieren; eine Versammlung, deren Besuch durch das In-Dienst-Stellen des Einladungsapparates der genannten Organisationen halbwegs gesichert ist, wird immer ein Erfolg sein.

Die Wahlen ergaben die Wiederwahl der alten Geschäftsleitung; indessen wurde in Verfolg des angenommenen Organisationsantrages das Präsidium auf fünf Mitglieder erhöht, die aus den Reihen der bisherigen Geschäftsleitung entnommen wurden. Es sind nun Präsidialmitglieder H. v. Gerlach, Professor Oestreich, Dr. Quidde, Schwann, Dr. Stöcker. Die Geschäftsleitung wird weiter von nun an ergänzt durch die Vertreter der Arbeitsgemeinschaften, von denen freilich erst zwei — die westdeutsche und die südwestfälische — die gestellten Bedingungen erfüllen (mindestens 5 Ortsgruppen und 1000 Mitglieder) und Vertreter entsenden.

Die in Deutschland herrschende, zwar verfassungsmäßige, aber darum nicht minder gegen links eingestellte Militärdiktatur des Ausnahmezustandes stellt uns vor schwere Aufgaben. Schon sind Versammlungen des Generals v. Schoenaich in Württemberg, des Herrn Küster-Hagen und des Verfassers in Westfalen, schon ist auch „Die Menschheit" verboten worden — wir werden ein hartes Ringen haben, um uns in dieser Zeit durchzusetzen. Aber gerade jetzt sind wir nötig. Deshalb nach dieser Hauptversammlung, nach diesem Rückblick auf das Geleistete vorwärts zu neuen Erfolgen!

AUS DER ZEIT.

Der ständige internationale Gerichtshof.

Die zweite ordentliche Session des ständigen Gerichtshofes hat diesmal von Ende Juni bis Mitte September 1923 gedauert, und in drei von den vier dem Gerichtshofe vorliegenden Fällen standen deutsche Interessen auf dem Spiele.

Die Tagung begann mit der Verhandlung betr. das vom Rate des Völkerbundes erbetene Gutachten in der ostkarelischen Frage. Nach vielen Mißerfolgen schien Finnland endlich erreicht zu haben, daß sich der Völkerbund gründlich mit dieser Angelegenheit befasse. In seiner Entscheidung vom 23. Juli hat sich der Gerichtshof jedoch für unzuständig erklärt: Die Zustimmung Rußlands fehle, sich dem Art. 17 zu unterwerfen; deshalb könne der Gerichtshof weder ein Urteil noch auch ein Gutachten in der Frage fällen. Vier von den elf Richtern erklärten bei dieser Gelegenheit, die Meinung der Mehrheit nicht teilen zu können.

Die zweite Frage, in der das Urteil am 17. August erging, betraf die Klage der alliierten Hauptmächte auf Schadenersatz gegen Deutschland, weil es im März 1921 dem mit 4200 Tonnen Munition und Artilleriematerial für Polen beladenen englischen Dampfer „Wimbledon" die Durchfahrt durch den Kieler Kanal verweigert habe, angeblich im Widerspruch mit Art. 380 des Friedensvertrages betr. die Internationalisierung des Kieler Kanals. Die Mehrheit des Gerichtshofs entschied dahin, daß der Art. 380 Deutschland formell verpflichtet habe, allen Handelsschiffen der mit Deutschland in Frieden lebenden Nationen den Kieler Kanal zu öffnen, und keine Ausnahme zu Ungunsten eines mit Konterbande beladenen Schiffes habe machen wollen. Der nationale Richter Prof. Schücking begründete seine entgegengesetzte Meinung einmal mit dem Hinweis auf das Vorliegen einer Servitut, die einschränkend und die Lebensinteressen Deutschlands wahrend interpretiert werden müsse, ferner aber auch durch die Neutralitätsverpflichtungen Deutschlands Rußland gegenüber, die durch den Versailler Vertrag, an dem Rußland nicht beteiligt gewesen sei, unberührt geblieben seien. Der italienische Richter Anzilotti und der Schweizer Richter Max Huber wiesen in ihrer „Opinion dissidente" auf folgendes hin: Die Verkehrsverträge sähen in erster Linie den Fall des Friedens vor. Sehe sich der Staat aus Gründen der Aufrechterhaltung seiner Neutralität oder der nationalen Verteidigung zu besonderen Maßnahmen veranlaßt, dann sei er selbst beim Fehlen einer besonderen Autorisation im Vertrage dazu ermächtigt.

Die Entscheidung der Mehrheit im „Wimbledon"-Falle ist unseres Erachtens rechtsirrtümlich aus zwei Gründen: Einmal ist Neutralitätsrecht heiliges Recht, und seine stillschweigende Aufhebung durch einen Vertrag unzulässig. Sodann aber darf neutralen Personen, die Waffen und Munition transportieren, nach völkerrechtlichen Grundsätzen kein Schutz gewährt werden, am wenigsten in einer Zeit, wo eine starke öffentliche Meinung die Bekämpfung des Waffen- und Munitionshandels fordert.

Schließlich hat der Gerichtshof im Auftrage des Völkerbundrates zwei Gutachten in Sachen der deutschen Ansiedler in Polen erstattet. Die „Avis consultatifs" des Gerichtshofs vom 10. und 15. September 1923 sind beide gegen Polen ausgefallen. Auf die Rechtslage soll hier nicht näher eingegangen werden. Es sei aber für alle Interessenten darauf verwiesen, daß Sir Thomas Barclay, Prof. Struycken und Prof. Erich Kaufmann im 5. Heft der „Abhandlungen zum Friedensvertrage" (Berlin, Franz Vahlen) drei Gutachten über diese Angelegenheit unter dem Titel „Studien zur Lehre von der Staatensukzession" veröffentlicht haben.

In den drei Fragen, an denen Deutschland interessiert ist, hat also der Gerichtshof zweimal zu Deutschlands Gunsten entschieden. Die deutsche Öffentlichkeit sollte das als vollgültigen Beweis betrachten, daß die unpolitischen Organe des Völkerbundes, besonders der Gerichtshof, im Geiste wahrer Unparteilichkeit zu verfahren bestrebt sind.

Hoffentlich wird nunmehr der Völkerbundrat auch die Konsequenzen aus den Gutachten, betr. die deutschen Ansiedlungen in Polen, ziehen. Wg.

Das Jubiläum des „Institut de droit international".

In Brüssel fand vom 4.—11. August unter dem Vorsitze von Baron Rolin-Jaequemyns die 31. Tagung des Institut de droit international statt, an der auch von deutscher Seite mehrere Mitglieder teilnahmen, u. a. die Prof. Wilh. Kaufmann und Theodor Niemeyer. Die Vereinigung, die 1873 in Gent gegründet worden ist, hat sich in den 50 Jahren ihres Bestehens ein hohes Ansehen zu erringen vermocht. Spielte doch z. B. bei den Verhandlungen der ersten Haager Friedenskonferenz der Entwurf von Goldschmidt über das Schiedsprozessverfahren eine bedeutsame Rolle. Eine besondere Fahrt nach Gent am 5. August war der Erinnerung an die ruhmvolle Gründung gewidmet. Die Verhandlungen ergaben die Annahme eines äußerst wertvollen Projekts über die „Rechtsstellung der internationalen Gesellschaften", das von Politis ausgearbeitet war. Es soll dadurch ermöglicht werden, daß sich internationale Gesellschaften wie z. B. das Institut selbst oder die Interparlamentarische Union die juristische Persönlichkeit auf internationaler Grundlage erwerben können, ohne genötigt zu sein, sich um die Anerkennung der juristischen Person in einem bestimmten Lande zu bewerben. Bei den Verhandlungen betr. Art. 10 und 18 der Völkerbundsatzung, denen ein Projekt Adatci — de Visscher zu Grunde lag, entspann sich eine interessante Debatte darüber, ob man nicht lieber ein großzügiges Reformprogramm betr. den Völkerbund aufstellen solle, anstatt daß man sich darauf beschränke, einzelne Artikel zu interpretieren. Namentlich die italienische und englische Delegation unter Führung von Tittoni, Marquis Corsi, Lord Phillimore u. s. w., waren der ersteren Auffassung und gegen eine Diskussion der Art. 10 und 18. Es kam jedoch ein Kompromiß zu Stande, wonach zwar in die Verhandlung über Art. 10 und 18 eingetreten wurde, aber die Völkerbundkommission des Instituts den Auftrag erhielt, für die zukünftige Arbeit über den Völkerbund ein Reformprogramm aufzustellen.

Hervorgehoben sei noch, daß der französische Pazifist Jacques Dumas und der Münchener Gelehrte Prof. Neumeyer zu Associés der statutengemäß auf 60 membres und 60 associés beschränkten Gesellschaft gewählt wurden und daß die nächste Tagung 1924 in Wien unter Vorsitz von Prof. Strisower stattfinden soll. Wg.

Der Korfu-Konflikt.

Die Ermordung der italienischen Mitglieder der interalliierten Grenzabsteckungskommission in Albanien hat Ende August 1923 die Besetzung Korfus durch Italien zur Folge gehabt, nachdem die griechische Regierung ein unerhört scharfes italienisches Ultimatum nur bedingt angenommen hatte. Auf griechischen Antrag wurde der Fall dem Völkerbundrat unterbreitet, aber da Italien die Zuständigkeit des Völkerbundes für diese Angelegenheit bestritt, schien es dem Rate bedenklich, über den Kernpunkt selbst zu verhandeln. Es wurde eine Formel gefunden, die die Niederlage des Völkerbundes ein wenig verdeckte, indem man die Botschafterkonferenz mit der Lösung der Frage beauftragte. Aber ohne Zweifel hat das Prestige des Völkerbundes erneut einen schweren Schlag erlitten, wenn auch der pazifistische Gedanke als solcher einen bedeutsamen Sieg errungen hat.

Das Beste, was nach diesem traurigen Ereignisse von Seiten des Völkerbundes geschehen muß, ist eine Feststellung darüber, ob in Zukunft eine sogenannte „friedliche" Besetzung fremden Territoriums statthaft sein soll und ob sie insbesondere geschehen darf, ohne daß die in Art. 12 der Völkerbundsatzung vorgesehenen friedlichen Mittel der Streiterledigung, Vermittlung und Schiedsgericht, ergriffen werden. Inzwischen ist auch vom Völkerbundrate eine Juristenkommission mit der Prüfung dieser Frage beauftragt worden. Bereits einige Tage nach Entstehung des Konflikts hat Branting mit aller Deutlichkeit im Rate betont, daß seiner Ansicht nach eine Handlung, wie sie soeben von Italien vorgenommen worden sei, dem Völkerbundpakte widerspreche. Darauf hat am 18. September der italienische Vertreter Salandra den entgegengesetzten Standpunkt vertreten und sich dabei u. a. auch auf das von Prof. Schücking und mir herausgegebene Werk „Die Satzung des Völkerbundes" (1921) berufen.

Wer hat nun Recht? Branting oder Salandra? Sicher ist, daß Vergeltungsmaßnahmen (Repressalien) vorgenommen werden dürfen, ohne daß die Mitglieder des Völkerbundes nach Art. 12 zur vorherigen Anrufung friedlicher Mittel verpflichtet wären. Zählt aber nun die „Occupatio bellica", die friedliche Besetzung, zu diesen erlaubten Vergeltungsmaßnahmen? Das war im bisherigen Völkerrechte nicht unbestritten. Despagnet — de Boeck und Nys haben in ihren Lehrbüchern des Völkerrechts hervorgehoben, daß solche Akte wahrer Feindseligkeit unmöglich als Repressalien bezeichnet werden können. Aber ihre Ansicht war ziemlich isoliert. Auch die Praxis hat, freilich nur gegenüber schwächeren oder exotischen Staaten, die friedliche Besetzung zugelassen. Man muß also zugeben, daß nach dem bisherigen Völkerrechte nicht ohne weiteres die Unzulässigkeit der friedlichen Besetzung behauptet werden kann.

Nach Schaffung des Völkerbundes muß die Frage jedoch erneut in einer dem Geiste der Völkerbund-

satzung entsprechenden Weise geprüft werden. Die friedliche Besetzung verletzt das Souveränitätsrecht des besetzten Staates aufs schwerste, erbittert die Bevölkerung und führt allzu leicht zu weiteren Verwicklungen des Streites, ja sogar zum Kriege. Sie reizt auf der einen Seite den besetzten Staat zur Führung eines sogenannten Verteidigungskrieges, auf der anderen Seite den besetzenden Staat dazu, sich des Territoriums dauernd zu bemächtigen. Deshalb ist es doch mehr als zweifelhaft, ob bei voller Würdigung der Erfordernisse des Völkerbundes und des Inhalts der Völkerbundsatzung die friedliche Besetzung als erlaubte Repressalie betrachtet werden kann. Ich selbst verneine diese Frage. Wg.

Die Krisis in der panamerikanischen Bewegung.

Die Befürchtungen, die ich jüngst an dieser Stelle an das Versagen der panamerikanischen Konferenz in Santiago anknüpfte, haben sich leider über Erwarten rasch als berechtigt erwiesen: Der Präsident von Argentinien, de Alvear, hat nach der Zeitung „La Razon" den Senat ersucht, 155 000 000 Goldpesos zur Modernisierung der argentinischen Armee zu bewilligen. Ein „hoher Armee-Chef" hat der Zeitung erklärt, daß „diese Summe natürlich hoch erscheinen mag, daß aber die Regierungshäupter sich angesichts der militärischen Lage in Süd-Amerika, wie sie beim Kongreß in Santiago klar zum Ausdruck gekommen sei, sich gezwungen sähen, alle Vorkehrungen zu treffen, um die Zukunft zu sichern". Seit 1911 habe das argentinische Heer keine Kanone und kein Gramm Pulver angeschafft, es wäre daher nutzlos, die Lage des Landes im Vergleich zu der militärischen Organisation der Nachbarländer näher zu erörtern, man müsse für unangenehme Eventualitäten vorsorgen. Tout comme chez nous. Nach den Plänen soll eine große Luftflotte geschaffen werden, Maschinengewehre, Artillerie und Sanitätsausrüstung sowie Maschinen zur Herstellung von Geschossen wird sich Argentinien zulegen, und eine technische Kommission wird nach Europa entsandt werden, die ihr Quartier in Paris aufschlagen wird, um das Volk von Südamerika mit Kriegsmaterial zu beglücken.

Grund zu diesen neuen Rüstungen Argentiniens bilden die Rüstungen Brasiliens, das darauf besteht, eine der riesigen Küstenlinie der Republik entsprechende Flotte zu haben. 9500000 Dollar hat Brasilien für seine Flotte bewilligt: die zwei in Amerika erbauten Dreadnaughts Moreno und Rivadavia werden instand gesetzt, Artillerie, Heizungsanlagen und Torpedos werden verbessert, Minen, Unterseebomben werden angeschafft, die Vorräte in den Arsenalen werden ergänzt. Pseudopatrioten und Rüstungslieferanten sind eifrig an der Arbeit; Gasmasken werden angeboten, — lauter Unsinn angesichts der bedrängten Finanzlage dieser Länder.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat zwar abgelehnt, altes Kriegsmaterial nach Südamerika zu verkaufen, die im Krieg entstandenen Rüstungsfabriken der Union nehmen aber die Lage in Süd-Amerika eifrig wahr und so ist das Wettrüsten dort in vollem Schwung.

Die New York Evening Post greift in einem Leitartikel die amerikanische Regierung wegen ihres Versagens in dieser Situation heftig an, da sie Brasilien in seinen Flottenplänen offiziell unterstützt und ermuntert habe. Sie hat sogar eine Flottendelegation nach Rio de Janeiro entsandt, was in Argentinien viel böses Blut gemacht hat. Der Zweck dieser Mission war nach einer Erklärung von Staatssekretär Hughes, Brasilien zu helfen und seiner Marineverwaltung in der Verbesserung seiner Flotte zu unterstützen. Dazu kam, daß die amerikanischen Delegierten in Santiago die Abrüstungsvorschläge nicht im geringsten unterstützt haben.

Noch ist es Zeit, das Anwachsen des Militarismus in Südamerika aufzuhalten. Noch immer könnte Amerika zusammen mit Uruguay einschreiten, welch letzteres durchaus nicht gewillt ist, untätig zwischen zwei Feuern gefangen zu werden. Die Hauptschuld an dieser unseligen Situation tragen aber die europäischen Nationen, denn die Entsendung einer Flottendelegation nach Brasilien wurde seitens der amerikanischen Regierung nur damit begründet, daß die europäischen Länder ihr sonst zuvorgekommen wären. *)

Dr. John Mez.

Amerikas Pläne für eine neue Weltkonferenz.

Wie der Korrespondent der „Times" in Washington berichtet, hat Coolidge die Absicht, den Plan Hardings aufzunehmen, und im nächsten Jahre eine Weltkonferenz einzuberufen. Aufgabe dieser Konferenz wäre die Ausarbeitung eines Systems internationalen Zusammenwirkens, mit der Tendenz, jede Nation, welche in einem internationalen Konflikt ihren Standpunkt mit Gewalt durchsetzen will, durch einen internationalen Gerichtshof zu ächten. Präsident Harding beabsichtigte, das Projekt in seiner Botschaft an den Kongreß des letzten Dezember anzukündigen, aber er stand davon im letzten Moment ab, weil Frankreich den Vertrag von Washington noch nicht ratifiziert hatte. In einem an alle Zeitungsherausgeber gerichteten Schreiben vom 15. Juni hat Harding auf dieses Projekt angespielt (Vgl. „l'Ere nouvelle" vom 29. Aug.).

In der „Friedens-Warte" H. 7/8 wurde über den 120 000-Dollar-Friedenspreis berichtet, den E. W. Bok für die besten Pläne gestiftet hat, durch die es Amerika ermöglicht würde, mit anderen Nationen zur Sicherung des Weltfriedens zusammenzuarbeiten. Es ist zu beachten, wie ernst diese Dinge in Amerika genommen werden. Hat man sich hier einmal von dem Wert einer Idee überzeugen lassen, dann bemächtigt man sich aller technischen Hilfsmittel, um die Idee zu realisieren und schreitet von der Theorie rasch und entschlossen zu wirksamster Praxis. Ein Beispiel, wert der Nachahmung! E.

---

*) Der Präsident der vorjährigen Völkerbundversammlung Edwards (Chile) vertrat allerdings in der September-Sitzung der Abrüstungskommission in Genf eine scheinbar ganz andere Auffassung als die oben entwickelte. Er versicherte, daß die Konferenz von Santiago keineswegs gescheitert sei, sondern im Gegenteil zu einer Art Garantiepakt geführt habe, die dem Völkerbund zum Vorbild bei der Schaffung seines geplanten internationalen Abrüstungsvertrages dienen könnte. Da jedoch auch er nur erklären konnte, daß die Rüstungsausgaben der Staaten Mittel- und Süd-Amerikas blos im Vergleich mit denen Europas gering seien, nicht daß sie überhaupt niedrig oder in starker Abnahme begriffen sind, so dürfte die Mahnung, in die das oben Dargelegte ausklingt, trotzdem vollberechtigt sein. Die Red.

Reden von Fritjof Nansen, Zahle und Gilbert Murray auf der Septembertagung des Völkerbundes.

Einen eingehenden, das Wesentliche herausgreifenden Bericht über die letzte Tagung des Völkerbundes in Genf werden wir bringen, sobald die offiziellen Protokolle vorliegen. Heute seien hier nur die geradezu erhebenden Reden von Fritjof Nansen, Zahle und Gilbert Murray nach dem in der „Neuen Freien Presse" veröffentlichten Wortlaut wiedergegeben, die neben den Ausführungen Lord Robert Cecils, Mottas und einiger Redner sicherlich die bedeutendsten der ganzen Tagung waren.

Bei Besprechung der humanitären Arbeiten des Völkerbundes gab Nansen dem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß der Rat trotz der im vorigen Jahre vom Völkerbund gefaßten Resolutionen bisher nichts zur Linderung der größten Not Europas, zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues habe tun können. Er hob hervor, daß eine Verständigung aller Nationen erzielt werden könne. Die Welt erwarte einen Lichtstrahl aus Genf, und er als Vertreter eines neutralen Staates müsse erklären, daß für die kleinen Nationen eine Einigung unerläßlich sei, denn sie leiden noch immer entsetzlich unter dem Mangel an Gleichgewicht in der ganzen Welt. Die kleinen Nationen hätten nicht die Absicht, sich irgendwie in die Frage der Reparationen einzumischen. Er wolle auch nicht den leisesten Zweifel in das Recht Frankreichs und Belgiens, deren Gebiet teilweise verwüstet worden sei, auf Bezahlung der Reparationen setzen. Einige Monate nach dem Waffenstillstand habe er die verwüsteten Gebiete durchreist, und es sei unmöglich, die Verwüstung der fruchtbarsten Gegenden dieser Länder zu beschreiben; es habe so ausgesehen, als ob viele Jahre dazu gehören würden, bis dort wieder jemand leben könnte. Kürzlich sei er wieder durch diese Gebiete gekommen und erstaunt gewesen über die ungeheuren Leistungen, die dort in kürzester Zeit vollbracht worden seien. Alle immensen Ausgaben, die dazu aufgebracht werden mußten, könnten nicht zu Lasten der Budgets Frankreichs und Belgiens gehen, aber man habe schon seit 1920 bei der Brüsseler Konferenz die Methoden gefunden, die zum Wiederaufbau führen können. Die dritte Völkerbundversammlung im vorigen Jahre sei noch weiter gegangen als die Brüsseler Konferenz. Sie habe festgestellt, daß die materielle Abrüstung unmöglich sei ohne vorherige moralische Abrüstung, und daß diese nur in einer absoluten Aera des Vertrauens und der Sicherheit durchgeführt werden könne. Seitdem, erklärte Nansen, ist ein volles Jahr vergangen und wir sind nicht einen Schritt weiter gekommen. Nansen gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß bis zur nächsten Völkerbundversammlung die großen Hindernisse einer friedlichen Entwicklung verschwunden sein werden. Man sagt zu uns jetzt, erklärte Nansen, daß Verhandlungen im Gange sind und wir haben diese Nachricht mit Freude entgegengenommen. Wir hoffen dringend, daß man endlich zu einer Einigung kommt, denn wenn wir nicht in einigen Wochen einen Verständigungserfolg sehen, so werden wir uns am Rande eines Abgrundes befinden, und dann wird wahrscheinlich jedes Land bedauern, daß man Europa nicht früher gerettet hat. Ich weiß, daß in dieser Versammlung viele meine Ansicht teilen. Dann würde nicht nur der Völkerbund verschwinden und mit ihm sein Werk, das er mit so vieler Mühe aufgebaut hat, sondern auch die gesamte europäische Zivilisation würde in einem entsetzlichen Chaos untergehen.

Der frühere dänische Ministerpräsident Zahle erklärte, er könne sich zu seinem Bedauern nicht in allen Punkten dem Optimismus Mottas anschließen. Man dürfe sich nicht verhehlen, daß eine Wolke der Enttäuschung und des Mangels an Vertrauen diesmal den Horizont des Völkerbundes verdunkelt. Die gegenwärtige Lage ist von einem Ernst, der nicht verkannt werden darf. Es gibt viel schlimmere Konflikte als den, der soeben erfreulicherweise gelöst werden könnte. Die öffentliche Meinung aller Länder weist ein immer stärkeres Unbehagen gegenüber dem Völkerbunde auf. Man erwartet mit Ungeduld die Ausdehnung des Völkerbundes auf alle Länder der Erde. Man erwartet eine ernsthafte Abrüstung und eine ernsthafte Kontrolle der privaten Waffenfabriken und man fragt sich, wann endlich die obligatorische Gerichtsbarkeit verwirklicht sein wird. Die Leistungen des Völkerbundes sind gewiß nicht zu verkennen, aber es sind nun schon vier Jahre her, daß der Vertrag von Versailles abgeschlossen wurde und immer noch herrscht in Europa kein Friede. Von jeder unserer Tagungen hat die Welt die endliche Beseitigung der Schwierigkeiten erwartet, die der wirtschaftlichen Entwicklung entgegenstehen. Diese Erwartungen sind aber immer wieder enttäuscht worden. Man kann sich also nicht wundern, daß alle, die in der Schaffung des Völkerbundes ein Mittel zur Bewältigung jener Schwierigkeiten gesehen haben, sich die Frage stellen, ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Völkerbund überhaupt noch eine Aufgabe zu erfüllen hat und ob diese Aufgabe wichtig genug ist, um die Aufrechterhaltung des Völkerbundes zu rechtfertigen. Die dänische Delegation macht sich diese Zweifel nicht zu eigen. Selbst wenn der Völkerbund noch eine lange Periode voll Hindernisse vor sich hat, glauben wir, daß er unsere einzige Hoffnung auf eine bessere Zukunft ist und die einzige Möglichkeit einer künftigen Lösung der Konflikte unter den Völkern durch das Recht und nicht mehr durch die Gewalt. Sollte der Völkerbund scheitern, so sehen wir die verhängnisvollsten Kämpfe für die großen und kleinen Staaten, für Sieger und Besiegte voraus und die außerordentliche ernste Gefahr für unsere ganze Kultur.

Professor Gilbert Murray, der hervorragende Oxforder Gelehrte, der als Delegierter Südafrikas an den Beratungen teilnahm, wandte sich mit einem leidenschaftlichen Aufruf an die Versammlung, sie solle das Memorandum der Gewerkschaftsinternationale, das ihr vor einigen Tagen zugegangen sei, nicht leichthin ablehnen. Die Gewerkschaftsinternationale fordere im Namen von zwanzig Millionen Arbeitern der ganzen Erde eine Lösung des Reparationsproblems. Es sei das erstemal, daß sich die Arbeiter vertrauensvoll an den Völkerbund wenden. Es gehe nicht an, das Memorandum abzulehnen oder beiseite zu legen. Alle Welt sei im Grunde einig über das Problem der Reparationsfrage, einerseits, daß Reparationen geleistet werden müssen, anderseits, daß es nur im Rahmen des Möglichen geschehen könne. Warum also solle man sich nicht einigen können?

Professor Murray fuhr fort: Ohne jemandem nahe treten zu wollen kann ich den beteiligten Parteien sagen: Vier Jahre lang haben wir dieses Problem nicht lösen können, währenddessen die Welt, die von euch regiert wird, arm und hoffnungslos geworden ist. In diesen vier Jahren hat sich der Völkerbund mit so manchem Elend der Menschheit beschäftigt, Hunderttausende von Kriegsgefangenen

heimgeschafft, Flüchtlinge gerettet, Millionen von Menschen ernährt, die unter der Hungersnot litten. Er hat den weißen Sklavenhandel bekämpft, aber wozu nützt das alles, wenn das einzige nicht gelöste Problem Europa in Verzweiflung und Ruin führt? Im vergangenen Jahre hat der Völkerbund bei den Regierungen um die Erlaubnis gebeten, sich mit diesem Problem beschäftigen zu dürfen. Einstimmig hat er die Resolution angenommen, auf die niemals eine Antwort erfolgt ist. Damit ist eine Situation geschaffen worden, die England und Frankreich bewogen hat, ihre Streitkräfte zu vermehren.

Die Kriegsgefahr in der Zukunft ist gewiß ernst, und es gibt kein sichereres Mittel, Kriegsfurcht zu verbreiten, als wenn eine Macht das Gebiet des Feindes plötzlich mit ihren Truppen besetzt. Aber noch ernster ist die Gefahr der langsamen Auflösung und der allmählichen Zersetzung, die unter unseren Augen eine große und reiche Nation erleidet. Wir können nicht ohne Mitleid und ohne Furcht die Zeugen eines solchen Auflösungsprozesses sein. Ich will keine sensationellen Worte gebrauchen und nicht vom Ruin der europäischen Zivilisation sprechen, aber es ist eine unerschütterliche Tatsache, daß die Nichtlösung der Reparationsfrage das Niveau des menschlichen Lebens für mehrere Generationen sehr verschlechtert hat. Wenn der deutsche Arbeiter stundenlang arbeiten muß, um täglich einige Pfennige zu verdienen, so kann der französische und britische Arbeiter nicht dauernd für eine achtstündige Arbeit acht- oder zehnmal so viel verdienen. Es scheint mir fast ebenso unmöglich, dem deutschen Volke ein noch größeres Elend aufzuerlegen, als es allmählich zugrunde gehen zu lassen. Wir haben alle unter dem deutschen Imperialismus gelitten, wir alle haben Verluste zu beklagen, unter denen wir leiden, wir haben alle möglichen Leiden gesehen und wir werden unser Leben lang mit teuflischen Erinnerungen geplagt sein.

Der Redner erzählte dann die Geschichte von dem Minister des englischen Königs Jakob I., der dem König vorschlug, die öffentliche Verbrennung der Zauberer abzuschaffen, nicht weil er sie nicht so hart bestrafen wollte, sondern weil man sie durch die Oeffentlichkeit der Zeremonie zu Märtyrern machte. Was die Bestrafung eines angeblichen Verbrechens sein sollte, folgerte Murray, wurde eine Krönung von Märtyrern. Wenn Deutschland denselben Weg geht wie Rußland, und wenn der deutschen Hungersnot die englische Hungersnot und die Hungersnot in anderen Ländern folgt, so entsteht die Frage, ob nicht der Weltkrieg der Beginn eines noch entsetzlicheren Krieges sein wird, anstatt daß er der Beginn einer Friedensära sein sollte. Ich weiß nicht, mit welchen Verteidigungsreden man dann noch den Kredit des Völkerbundes wird retten können und den Kredit der Regierungen, aus denen er sich zusammensetzt.

Am Schlusse seiner Rede sagte Murray: „Im Namen des Ideals, das wir alle bekennen, im Namen der einfachsten Menschlichkeit, die noch größer ist als jedes Ideal, bestehe ich von neuem darauf, daß die im letzten Jahre auf Vorschlag Frankreichs angenommene Resolution in diesem Jahre noch einmal angenommen wird. Der Völkerbund muß von den Regierungen verlangen, daß sie entweder eine schleunige Lösung finden, oder diese Aufgabe dem Völkerbund auftragen."

Alle Berichte über diese Reden konstatieren übereinstimmend, daß sie den tiefsten Eindruck auf die Versammlung machten. Trotzdem vermochte der hohe Geist, den sie atmeten, das Handeln des Völkerbundes nicht zu bestimmen. Der Einfluß der reinen Politiker erwies sich als weitaus überlegen. Ein trauriges Bild von der Zeiten Schande! Wie ganz anders könnte die Welt aussehen, wenn diese Männer der geisterfüllten Tat sich durchzusetzen vermöchten.

Japanische Studenten gegen den Militarismus.

An der Waseda-Universität (Japan) sollte am 10. Mai d. Js. die Eröffnungssitzung der „Gesellschaft für das Studium militärischer Angelegenheiten" stattfinden. Zahlreiche militärische Würdenträger waren erschienen, hatten aber schon mit Erstaunen wahrgenommen, daß am Eingange der Hochschule eine Flagge hing mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Militarismus! Besetzet das Versammlungslokal! Gegen-Gesellschaft für das Studium militärischer Angelegenheiten." Und als die Vertreter des Militärs eintraten, da rief eines der Mitglieder dieser Gegen-Gesellschaft: „Seht diese Menschenschlächter!" Als Professor Aoyogi, der Präsident der militaristischen Gesellschaft sprechen wollte, wurde er durch Proteste seitens der Studenten unterbrochen und konnte sich nicht verständlich machen. Jemand rief: „Wer hat diese Klopffechter zu uns hereingelassen?" Andere schrien: „Hinaus mit ihnen!" Die Reden und Ermahnungen anderer Sprecher wurden ebenfalls mit abweisenden und höhnenden Zurufen beantwortet; man wollte in der von etwa tausend Studenten besuchten Versammlung von der Erneuerung des militärischen Geistes durch Beeinflussung der Hochschulen absolut nichts wissen, empörte sich heftig gegen den Plan einer militaristischen Erziehung der Hochschuljugend. Bei einer Protestversammlung am übernächsten Tage kam es zu einem Zusammenstoß mit Militaristen, wobei sechs Studenten verletzt wurden. — Einige jüngere Professoren schlossen sich den opponierenden Studenten an und wandten sich ebenfalls energisch gegen den Vorstoß des Militarismus und dessen Verfechter an der Hochschule.

Es ist höchst aufschlußreich, zu beobachten, daß sich im fernsten Osten auf einem andern Kontinent, genau die gleichen Kämpfe abspielen, wie im alten Europa. Die internationale Reaktion schafft eben überall ganz dieselben Verhältnisse! E.

„Nie wieder Krieg" in England.

Die Tatsache, daß sich an den Vorbereitungen für die Nie-Wieder-Krieg-Demonstrationen die Labour Party, die Independend Labour Party, die Genossen- und Gewerkschaften, die Kirche und die Frauenorganisationen beteiligten, verbürgt den großen Erfolg dieser Vorbereitungen. In 123 Städten Englands und Schottlands fanden Festzüge und Massenmeetings statt, die trotz ungünstiger Witterung einen wirklich festlichen Verlauf nahmen.

Im Mittelpunkte der Ansprachen an die Demonstrierenden standen der Völkerbund und der Ruhrkonflikt. Bei sämtlichen Demonstrationen gelangte eine Resolution zur Annahme, die von der englischen Regierung verlangte, die Initiative zur Unterbreitung eines Planes für allgemeine Abrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu ergreifen.

Die gesamte Presse von links bis rechts (einschließlich der „Daily Mail"!) berichtete mehr oder minder ausführlich, jedoch durchweg freundlich über die Demonstrationen als über ein Symptom von wichtiger politischer Bedeutung. M. St.

England und der Ruhrkonflikt.

Zwei Instanzen ist die Aufrüttelung der öffentlichen Meinung Englands für die Bedeutung des Ruhrkonfliktes hauptsächlich zu danken: den Quäkern, die ihren Aufruf „An die Regierenden und die Völker" in hingebungsvoller gewissenhafter Kleinarbeit in Millionen von Exemplaren buchstäblich eigenhändig verteilten, und der Independent Labour Party mit den ihr nahestehenden Pazifisten.

Anfang August begründete eine Gruppe von Linkspolitikern das „British Bureau for Ruhr Information", 7 Mecklenburgh Square, London WC. 1, das von den Abgeordneten Mosley, Charles R. Buxton, Arthur Henderson, Wedgwood, Benn, Aubrey Herbert, Robert Smillie und Mrs. Swanwick, Miß Rinder, G. P. Gooch und Sir George Paish, dem hervorragenden Nationalökonomen geleitet wird. Es verschickt (auf Wunsch auch an deutsche Interessenten) wöchentlich ein Bulletin — eine kurze Zusammenfassung der jeweiligen wichtigsten und zuverlässigsten Mitteilungen über die Verhältnisse in der Ruhr und über die politische Lage.

Unaufhörlich wird das Ruhrgebiet von englischen Linkspolitikern und Quäkern bereist, die unermüdlich die Leiden der Bevölkerung in dem besetzten Gebiet zu lindern suchen. Viel zu wenig ist diese Tatsache der deutschen Öffentlichkeit bekannt. M. St.

Bertrand Russell über die Rolle der Gewalt in der Gesellschaft.

Ist die Gesellschaft auf Gewalt aufgebaut? Dieser Frage geht Bertrand Russell in einer Serie höchst interessanter Artikel nach, die er in der Zeitschrift „The New Leader" (10., 17., 24., 31. August 1923) veröffentlicht hat. In einer Zeit, wo von rechts und von links immer wieder an die Gewalt als politisches Mittel appelliert wird, wo die einen sich alles von ihrer Anwendung versprechen, während andere die soziale Bedeutung der Gewalt geringschätzen, ist es von nicht geringer Wichtigkeit, sich einmal darüber klar zu werden, worin denn das Wesen sozialer Macht besteht und welches die Wurzeln dieser Macht sind, in welcher Weise und in welchen Grundformen sie zur Auswirkung gelangt. Die Ausführungen B. Russells in der oben genannten Wochenschrift können natürlich das Thema bei weitem nicht erschöpfen, aber sie enthalten so manches, was unsere Einsicht in das Was und Wie sozialer Macht vermehrt und was insbesondere für jeden Pazifisten von Interesse ist.

Von den einzelnen Formen sozialer Gewalt ist namentlich die wirtschaftliche Macht des Staates hervorzuheben. Unter „wirtschaftlicher Macht" ist zu verstehen die Fähigkeit, das Verhalten anderer durch Steigerung oder Verminderung ihres Einkommens oder ihrer Subsistenzmittel zu beeinflussen. In einer industriellen Gesellschaft verfügt fast jedermann über ein gewisses Quantum wirtschaftlicher Macht. Aber es gibt da große Unterschiede, und man kann in normalen Zeiten bestimmte Völker und bestimmte Individuen als die Inhaber wirtschaftlicher Macht betrachten. Das hat zweierlei Ursachen. Erstens führt die Konkurrenz in der Wirtschaft notwendig zur Okkupation aller Vorteile durch die Reicheren, zweitens sind die Schäden, die im Gefolge wirtschaftlicher Zusammenarbeit neben den Vorteilen auftreten, im allgemeinen viel größer für den einen als für den anderen Teil. Wer den Schaden leichter ertragen kann, verfügt über größere wirtschaftliche Macht, so z. B. der Unternehmer gegenüber dem Arbeiter.

Eine Hauptform wirtschaftlicher Macht ist der Kredit. Dieser besteht in dem Vertrauen, das jemand in Bezug auf seine Fähigkeit, Zinsen zu bezahlen, genießt. Der Kreditgeber gibt von seinem Besitz ab, gegen das Versprechen, ihm ein bestimmtes Einkommen dafür zu bieten. Verschiedene Kreditformen unterscheiden sich auch darin, daß die Größe der Macht des Gläubigers über den Schuldner bei ihnen verschieden ist. Was die Staatsschulden anbelangt, so kommt in Betracht, ob die Gläubiger des Staates Inländer oder Ausländer sind. Die Lage der letzteren ist eine weit günstigere als die der ersteren; hinter ihnen steht die militärische Gewalt der Staaten, denen die Kreditoren angehören, auch ist die Nichtanerkennung von Schulden an das Ausland für den Schuldnerstaat nicht ohne schädliche Folgen, wie etwa das Beispiel Rußlands zeigt. Die finanzielle Macht des Staates und seiner Bürger, sofern sie Ausländer zu Schuldnern haben, beruht zuletzt auf militärischer Gewalt. Aber doch nur, weil die öffentliche Meinung jetzt noch eine Beschaffenheit hat, die leicht zur Bekriegung oder Boykottierung des seinen Verpflichtungen nicht nachkommenden Staates führt. Wirtschaftliche Gewalt ist keineswegs ein Naturzwang, sie wurzelt in menschlichen Anschauungen und Gefühlen und kann sich mit diesen ändern. Nicht bloß der Kapitalist besitzt ökonomische Macht, auch der Hand- und Kopfarbeiter hat eine solche vermöge seiner Geschicklichkeit zu etwas. Wenn aber die Arbeitenden sich organisieren, können sie eine viel größere wirtschaftliche Macht erlangen. Die Macht des Kapitals wiederum basiert schließlich auf der Macht des Grundbesitzes. Ein System der Monopolisierung führt so zur exessiven wirtschaftlichen Macht Einzelner und wird durch das Gesetz gestützt. Aber dies ist nichts Unabänderliches. Die öffentliche Meinung, die dieses Gesetz in Geltung läßt, wird einer andern Platz machen, wenn einmal der Bann der Tradition wegfallen wird und die Menschen weiter aufgeklärt sein werden. . . .

Russell kommt zu dem Ergebnis: alle Macht in der Gesellschaft beruht letzten Endes auf psychologischen Faktoren. Überall spielt die öffentliche Meinung eine große Rolle; wer diese beherrscht, erlangt die größte Macht. Aber man darf nicht etwa glauben, daß die öffentliche Meinung nur irrationalen Quellen: Nachahmung, Tradition, Autoritarismus, Wünschen, Leidenschaften u. s. w., entspringt; auch die Vernunft ist ein sozialpsychischer Faktor, dessen Eigenart sich weder durch einen einseitig aufgefaßten Marxismus noch durch eine Theorie wie die von S. Freud wegdekretieren läßt. Die Vernunft, als die Fähigkeit, die rechte Wahl in den Mitteln zu unseren Zwecken zu treffen, wird von dem Streben nach dem Wahren und Richtigen beherrscht und dieses Streben ist von großer Bedeutung für die geschichtliche und soziale Entwicklung der Menschheit. Nicht nur vermittelst der Wissenschaft und Technik übt die Vernunft immer mehr Einfluß auf das Leben der Menschen aus, sie ist auch die Kraft, welche jeder fortschrittlichen Bewegung zum Siege verhilft und das Überlebte zum Schwinden bringt. Auf die Macht der Vernunft über die öffentliche Meinung können und müssen wir vertrauen, sie wird zu besseren Zeiten und zu einer höheren Kultur führen, nicht die rohe Gewalt, deren Wirkungen jeden enttäuschen.

„Die Welt kann nur durch Glauben und Mut gerettet werden: Glauben an die Vernunft und Mut zur Verkündigung dessen, was die Vernunft als wahr erkennt." E.

Der englische Kriegsminister — gegen den Krieg!

Nach der „Neuen Zürcher Zeitung" hielt Lord Derby, Kriegsminister im Kabinett Baldwin, Mitte Juli bei der Grundsteinlegung eines Kriegerdenkmals in Bury eine Ansprache, worin er erklärte, daß England seine frühern Feinde mit Recht tadle, da sie England zum Krieg gezwungen hätten. Dabei vergesse es aber nicht, daß eine deutsche Mutter, die ihre Söhne im Krieg verloren habe, ebenso leide wie eine englische Mutter. Er hoffe darum, daß die Errichtung von Kriegerdenkmälern nicht nur in den alliierten, sondern auch in den früher feindlichen Ländern als ein Zeichen dafür angesehen werden könne, daß in Zukunft andere Mittel als der Krieg gefunden werden müssen, um die Streitigkeiten zwischen den Völkern beizulegen.

Ein Denkmal der Mütter.

Die „Neue Zürcher Zeitung" schreibt: „Der Mutter, als der wahren schmerzensreichen Heldin des Weltkrieges, soll in Italien ein Denkmal errichtet werden und zwar in der Kirche von Santa Croce in Florenz. Der Gedanke geht von dem Fürsten von Gonzaga aus, der an ein Wort des englischen Dichters Kents anknüpft, dem zufolge man nicht nur die großen Männer ehren solle, sondern vor allem auch diejenigen, die sie geboren und erzogen haben. Der Gedanke ist schön, ist er doch ein Stück Wiedergutmachung, ein Schuldbekenntnis der ganzen Welt, die sich in Abenteuer und Verbrechen stürzte, ohne ihre Mütter zu fragen, ein Protest gegen Krieg und Diplomatie."

Aufruf an die Internationalisten von Romain Rolland.

Die in Esperanto erscheinende Zeitschrift „Sennacieca Revuo" veröffentlicht einen Aufruf an die Internationalisten von Romain Rolland, der in der Hauptsache dem Andenken Zamenhofs und der Würdigung seines Werkes, der Welthilfssprache Esperanto gewidmet ist. Wir entnehmen diesem schönen Appell besonders folgende ausgezeichnete Stellen:

„Die Geschichte der Menschheit beruht auf einem steten Konflikt zwischen zwei fundamentalen Trieben, deren Gleichgewicht wohl zum Wesen des Lebensrythmus gehört. Der eine Trieb ist das Streben nach Besitz und Verteidigung; er hält, was er hat, fest und verschließt sich ängstlich in sich selbst. Der andere ist der Expansionstrieb und Lebensdrang, der beständig über alle Schranken hinaus drängt und „vorwärts, immer höher hinauf" ruft. Jeder Expansionsperiode folgt eine Zeit der Zusammenziehung und des Rückschrittes; aber dieser Rückschritt dient einem neuen Aufstieg.

Wir leben in einer jener Geschichtsperioden, wo die durch die Mächte der Reaktion zurückgedrängte Menschheit im Begriffe ist, einen großen Sprung in die Zukunft zu machen. In diesem Moment wird das energische Wachstum der Menschheit zwischen den festen Wällen des Nationalismus, welche den Schalen ungeheurer Tiere gleichen und von mörderischen Geschützen starren, eingepreßt. Aber überall fühlt man dieselbe Unterdrückung und dieselbe vitale Notwendigkeit, die Schalen abzuwerfen, frei zu atmen, einen weiteren Horizont zu überblicken. Mehr Luft, mehr brüderliche Liebe! . . . Die starke Tagesströmung dringt gegen die Nacht vor.

Ich war wohl einer der ersten Europäer, die es bemerkten, daß die Vorbereitungen für den Aufschwung der Menschheit in den Abgrund zurückgeschleudert wurden.

Zu Beginn des Krieges, der die Völker in den Abgrund urzeitlicher Feindschaft warf, hatten die wenigen Individuen, die an die Menschheit glaubten, nur ihre Überzeugung als Glaubensstütze. Rings um sie gab es nur wütende Verneinung, Mißbrauch, Drohungen. Sie schienen isoliert zu sein, und die gemeine Stimme jener (Pseudo-Führer, Regierungen und Journalisten), die im Namen der Gesellschaft zu sprechen beanspruchten, nannte sie Volksfeinde.

Doch waren sie nicht allein, nicht einmal einen Augenblick, auch dann nicht, als sie es vermeinten. Einige Klänge mitten im Streite genügten, um zuerst von der einen, dann von der anderen Seite, endlich allerseits verwandte Klänge zum Mitklingen zu bringen. Ich kann nicht sagen, wie bewegt ich war, als ich fand, daß während des heftigsten Sturmes überall in der Welt hunderte, tausende Herzen standhaft blieben. Ja, während der Völkerkampf wütete, da gab es von einem Ende der Welt zum anderen eine Gemeinschaft wahrer Menschen, ein Menschheitsvolk, für welches menschliche Einheit ein Glaube ist, der über Stammes- oder nationales Gefühl und über religiöse Überzeugungen hinausgeht. Das war eine große Entdeckung von unermeßlicher Tragweite. Die Führer unsrer Zeit suchten sie zu verheimlichen, denn sie wußten genau: wenn dieses Universalvolk sich seiner Existenz bewußt zu werden beginnt, wenn es sich organisieren läßt, was wird es dann nicht zu tun imstande sein?"

Charles Gide zum Vertrag von Versailles.

In einer Broschüre „Par la vérité vers la paix" (von E. de Faye, Ruyssen, Ch. Gide) schreibt Charles Gide:

„Meines Erachtens bestehen die größten Irrtümer in folgendem: 1. Daß man anfangs und auch noch jetzt systematisch jede Erörterung mit Deutschland abgelehnt hat, wodurch Deutschland sich berechtigt fühlt, den Vertrag als einen Gewaltakt aufzufassen, denn schon das Wort „Vertrag" schließt, wenn nicht Einverständnis, so doch mindestens Diskussion zwischen den Partnern ein. 2. Daß man die Reparationszahlungen nicht auf eine von Deutschland niemals bestrittene staatliche Verpflichtung gegründet hat, sondern auf ein durch Artikel 201 erpreßtes Schuldbekenntnis, das nicht bloß jede christlich fühlende Seele, sondern auch jedes ehrliche Gewissen empören muß. 3. Daß man dem geschädigten Teil allein das Recht der Schadensbewertung zuerkannt hat, ohne die Gegenpartei oder einen Schiedsrichter zur Schätzung heranzuziehen. 4. Daß man nicht begriffen hat, daß unsere Stellung als Schuldner gegenüber den Vereinigten Staaten und England uns eine gewisse Mäßigung unserem eigenen Schuldner gegenüber empfahl. Endlich hat man bei der Ruhrbesetzung die Gewalttaten der deutschen Truppen durch analoge Gewaltmaßnahmen, Massenaustreibungen, Verurteilungen, Aushebung von Geiseln, Knebelung der Presse hintennach gerechtfertigt, die nicht einmal den mildernden Umstand für sich haben, im Kriege ausgeübt worden zu sein, sondern, wie man erklärt, zwecks Durchführung eines Friedensvertrages und in Anwendung eines Artikels

mit der brutal ironischen Klausel, daß Deutschland „sich verpflichtet, darin keine feindlichen Akte zu erblicken". — Man mag das Recht haben, die Güter eines insolventen Schuldners zu beschlagnahmen, aber man hat nicht das Recht, eine ganze Bevölkerung zu treffen, um einen Schuldner zu bezahlen. Was können denn jene Tausende, die mit ihren Familien ausgetrieben wurden, und nicht einmal ihre Möbel mitnehmen durften, dafür, daß das Reich nicht bezahlt hat?"

Das Ende des passiven Widerstandes und das Treiben der Separatisten, geschildert von einem Franzosen.

Die Pariser Wochenschrift „L'Europe Nouvelle", ein vortrefflich redigiertes sehr reichhaltiges Blatt der mittl. Linie, mit einem merklichen Rosahauch von Sympathie für Poincaré, bringt in ihrer Nummer vom 29 .September, die dem „Ende der passiven Resistenz" gewidmet ist, die Eindrücke, die Stephen Valot vor kurzem auf seiner Reise durchs Ruhr- und Rheinland empfangen. Eindrücke, die einem das Herz zersprengen, wenn man bedenkt, daß die armen, unschuldigen Arbeiter, ihre ausgemergelten Frauen und Kinder die Kosten dieses civilen Krieges zwischen Frankreich und Deutschland bezahlen müssen.

Dem interessanten Artikel entnehmen wir folgende Ausführungen:

„Wir hatten hundertmal wiederholt, daß wir nur an die Ruhr gegangen waren, um die deutschen Industriemagnaten und die Berliner Regierung am „Kragen zu fassen". Jedoch weder wurden die Einen unsere Geiseln, noch die Anderen; sondern leider einzig die Arbeiter des großen Industriegebietes und die Rheinbevölkerung. So erklärt es sich, daß das Ruhrproblem, das wir als Deutschlands Problem hinstellen wollten, in Wirklichkeit ein rheinisches Problem wurde und ein Arbeiterproblem.

Die Gewalt, die wir über die Großindustriellen gewonnen haben, ist sehr gering; die meisten von ihnen haben ihre Personen außerhalb des Zugriffes gebracht. Sie sind vor allem durch die Besetzung nicht ruiniert worden, denn wo sie irgend einen Schaden erlitten, da haben sie sich wohl zu decken verstanden.

Was die deutsche Reichsregierung betrifft, so hat sie sich in eigener Falle gefangen. Denn da sie glaubte, im Stande zu sein, die passive Resistenz mittelst Papiermark aufrechtzuerhalten, bricht sie heute zusammen zugleich mit ihrer Finanzen.

. . . . Was wir nicht vorgesehen hatten im Augenblicke unserer Ruhrbesetzung, war ein wichtiges Element: Hunger. Diesen zu stillen, muß jetzt fast die einzige Sorge des Arbeiters sein. Man muß gesehen haben, wie in den Straßen dieser endlosen Fabrikorte, die von Duisburg bis Dortmund eine einzige Industrieader bilden, die geduldigen Reihen der Hausfrauen stehen. Wie sie an ihre Brust die Taschen aus Wachstuch drücken, schwellend von trügerischen Banknoten, die sie jede Woche von Berlin erhalten. Wie sie stundenlang warten, bis der Beamte des Konsumvereins ihnen einige Pfund Kartoffel, einige Gramm Margarine zuteilen wird! Die Ration wird jedesmal kleiner. Auf den weiten Gestellen des genossenschaftlichen Magazins nichts mehr. Die bunten Plakate an den Wänden, die die Güte der Konserven, der Wurstwaren, der Kompotte anpreisen, ehemals vom gutbezahlten Ruhrarbeiter in Massen gekauft, fallen höhnend ins Auge. Sie sind nicht zu haben. Wenn sie zu haben wären, würden sich ihre Preise in Papiermark noch als ein schärferer Hohn anhören, für den feiernden Arbeiter, dem die Ruhrhilfe wöchentlich zwei und ein halb Millionen auszahlt, — einige Sous! Man kann nichts mehr haben. Die Ration Kartoffel für einige Tage zu vergrößern, gab es ein gewagtes Mittel: Man marschierte in Banden auf die Aecker, umringte ein Feld, riß alles heraus, und füllte die Säcke. Einige Kameraden hielten die herbeigeeilten Bauern zurück und warfen ihnen einige Ballen Marknoten zu, bevor man weitermaschierte, um irgendwo anders diese Operation von vorne zu beginnen. Aber auch dieses Hilfsmittel erschöpfte sich sehr schnell. . . .

. . . . Ein zweites Gespenst erhebt sich an der Schwelle des nahenden Winters: die Kälte. Der Bewohner des Ruhrgebietes hatte nie nötig gehabt, danach zu fragen, wie er im Winter heizen würde: die Kohle liegt unter seinen Füßen. Schon beim ersten, verfrühten Kälteeinbruch flammten überall die großen Oefen. Woran wird man sich diesen Winter wärmen? In dieser paradoxalen Not, fast wahnsinnig durch die Leere seines Kohlenkellers, schritt der Ruhrarbeiter zur Plünderung der Wälder. Wer auf dem Wege von Düsseldorf nach Essen den schönen Waldweg entlang ging, der über Ratingen nach dem tiefer gelegenen Ruhrtal führt, konnte der ununterbrochenen Reihe kleiner Handwägelchen begegnen, beladen mit frisch abgeschnittenen Zweigen, aus Vorsicht halb bedeckt mit ein wenig dürrem Holze. Der Franzose besitzt die Minen, die Eisenbahnen und Kanäle, auf denen die Kohle transportiert wird; und vor allem ist er es, der die Devisen besitzt, dieses Geld, das noch Wert hat, das Geld, das nicht von einem Tag auf den anderen zusammenschmilzt, das Geld, für das man etwas kaufen kann.

Nun erscheint ein Deutscher, ein ganz neuer. Man hört ihn an, wenn er spricht, denn er ist der Vertreter des „freien Rheinlandes". Was spricht er? Er spielt nicht auf der Gefühlsaite, er entwickelt keine historischen Betrachtungen; an die Mauern schlägt er Plakate, einfach und schneidend: Zwei Spalten; fünf Worte rechts, fünf Worte links. In der einen Spalte rechts: „Die Reaktion! Der Hunger! Die Kälte! Der Haß! Der Krieg!". In der anderen Spalte links: „Freiheit! Brot! Kohle! Verständigung! Friede!". Welches wollt Ihr? ‚Wählt! Entscheidet!". . . . Der Arbeiter schüttelt den Kopf, sagt weder ja, noch nein. Aber er denkt an das Plakat: Kohlen! Brot!. Und im Bierhaus setzt ihm der Agent des Rheinbundes auseinander: „Nur vorübergehend, bloß für kurze Zeit das freie Rheinland! Das verpflichtet uns nur für den Augenblick: Ihr werdet arbeiten, werdet essen, warm haben. So werden die schlechten Zeiten vorbeigehen, dann werdet Ihr, wenn Ihr es wollt, wieder Deutsche werden, ganz wie zuvor." Und ebenso spricht der Rheinbundagent zu den Behörden von Düsseldorf, zur Regierung von Paris: „Achtet nicht auf Berlin! Was liegt daran, was Stresemann sagt. Wenn Ihr wollt, habe ich morgen 20 000 Arbeiter, die die Arbeit wieder aufnehmen, in Neumühl, in Concordia, in Lohberg. Und Uebermorgen habe ich genug Eisenbahner, den Verkehr wieder aufzunehmen, den Ihr nicht durchsetzen könnt, die Lokomotiven zu reparieren, die Ihr verrosten lassen müßt, Euch die schwere Last der französisch-belgischen Regie abzunehmen und ein Eisenbahnnetz des Rheinischen Staates zu schaffen". . . . Vor einigen Tagen sprach ich über diese Möglichkeiten mit einem hervorragenden, rheinischen Industriellen

zu Düsseldorf, der sich dabei klug in Reserve hielt, denn der Patriotismus des guten Deutschen vermochte in ihm den klaren Blick des Geschäftsmannes nicht zu trüben. Als ich ihn um seine Meinung bestürmte, sagte er mir: „Wir werden die rheinische Republik haben; sie ist notwendig." — „Wenn das so ist, frug ich ihn, warum unterstützen Sie dann nicht diese Bewegung?" — Er lächelte, zwinkerte mit den Augen hinter seiner Schildpattbrille und antwortete: „Es gibt Notwendigkeiten, die der kluge Mann von anderen besorgen läßt."

Anklage gegen Henry Barbusse wegen eines Appells an die französischen Truppen des Ruhrgebiets.

In der letzten Sitzung des dritten Kongresses der Internationale der Kriegsopfer und Kriegsteilnehmer, die am 4 Oktober in Berlin stattfand, hielt Henry Barbusse, der Schöpfer dieser Organisation, an die Versammlung eine Rede, die unter anderem auch folgende Sätze enthielt:

„Ueber eure Köpfe hinweg richte ich den Appell an die Besatzungstruppen des Ruhrgebietes. Ich werde kein Mittel scheuen, mich zum Ankläger zu machen und mich mit ihnen in Verbindung zu setzen. Ich weiß aber nicht, ob die Worte zu ihren Ohren gelangen werden. Nach meiner Rückkehr werde ich meine Worte drucken lassen. Ich werde den französischen Soldaten zurufen: „Wenn man von euch verlangt, gegen die Deutschen zu marschieren, so tut es nicht! Denkt an die Sache der Völker, denkt an den Krieg und welche Seite über euer Schicksal beschlossen hat, bevor ihr dem Ruf eurer Machthaber Folge leistet! Meine lieben deutschen Brüder! Wenn ich mir dabei Repressalien zuziehen werde, so werde ich stolz darauf sein! Meine lieben Brüder, auf Wiedersehen. Pfleget die Verbindung. Ich gehe nach Frankreich, um für euch zu kämpfen."

Wegen dieser mutigen, mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede, wurde Barbusse bei seiner Rückkehr nach Paris von der französischen Regierung in den Anklagezustand versetzt und zwar unter der Beschuldigung, die Soldaten „durch anarchistische Propaganda zum Ungehorsam aufgereizt zu haben". Selbstverständlich! Wann haben die Verteidiger des Vaterlands des Gewissens je anderes geerntet, als Verfolgungen und Kerker. Das ist die Art, wie zu allen Zeiten die vorbildlichen Helden im menschlichen Befreiungskampf geehrt wurden. Doch was Du auch von Jenen zu dulden haben magst, die bald nur die Machthaber von gestern sein werden, — tapferer Barbusse, edler Märtyrer — dessen darfst Du sicher sein: Vor dem Tribunal der Weltgeschichte harrt Deiner der glänzendste Freispruch. Und schon heute grüßen Dich Alle in Ehrfurcht, die sich als Soldaten der Wahrheit fühlen! R. G.

Manöver im Dienste der Rüstungsindustrie.

In dem ausgezeichneten Pariser Organ der Vereinigten Linken „l'ere nouvelle" (22. September 1923) findet sich ein sehr beachtenswerter Artikel des bekannten pazifistischen Generals Sarrail. Er vergleicht die früheren militärischen Manöver mit den jetzigen und konstatiert ein Novum in der Entwicklung der militärischen Übungen. Früher dienten die großen Manöver zur Stärkung des militärischen Geistes, zum Abschluß der militärischen Instruktion der Kommandierenden, u. s. w. Das alles tritt heute in den Hintergrund und etwas anderes macht sich jetzt bemerkbar: die Manöver werden nun hauptsächlich deshalb unternommen, um die Verpflichtung des Ankaufes und der Herstellung bestimmter Materialien vorzubereiten. Die militärischen sind zu industriellen Manövern geworden. Das geht soweit, daß gewisse Offiziere geradezu die Rolle von Agenten spielen, die für die Erzeugnisse bestimmter Firmen Propaganda zu machen haben. Die Armee will technisch nicht zurückbleiben, will von jeder Erfindung Nutzen ziehen und ist sich dessen nicht bewußt, daß sie von einer Schar Leute dirigiert wird, die ein Interesse an der Einführung von Neuerungen haben, weil mit diesen große Bestellungen, also Geschäfte verknüpft sind. — Wir ersehen aus diesen Darlegungen, wie recht man stets hatte, wenn man auf die schädlichen Wirkungen der Rüstungsindustrie hinwies. Die Interessen dieser Industrie spielen bekanntlich bei der Vorbereitung und Entstehung moderner Kriege eine große Rolle. Die Notwendigkeit, diese Industrie zu beschäftigen, führt zu unerträglichen Steuerlasten, verhindert einen großen Teil kultureller Arbeit, die sonst geleistet werden könnte. Und nun zeigt es sich, daß durch die Rüstungsindustrie der militärische Geist selbst verfälscht wird, so daß schließlich die Herrschaft der Rüstungsindustrie sogar über dasjenige, dem sie zu dienen hatte, unverhüllt zutage tritt. Aber die Sache hat auch ein Gutes. Vielleicht wird man jetzt auch in militärischen und militaristischen Kreisen immer deutlicher erkennen, zu wessen Vorteil der kriegerische „Patriotismus" sich betätigt. Man wird es sich vielleicht doch überlegen, ob man die Geschäfte einer kleinen, aber überaus mächtigen kapitalistischen Gruppe betreiben soll. Abrüstung der Rüstungsindustrie — das wird früher oder später die Parole immer umfassenderer Kreise und schließlich der Allgemeinheit werden. E.

Die Freimaurer für den Pazifismus.

Den Kern der Freimaurerei bildet die Menschheitsidee. Alle ihre Bestrebungen zielen auf die Begründung wahrer menschlicher Gemeinschaft durch Erweckung und Pflege des Gedankens menschlicher Brüderlichkeit und Solidarität. Hat sich die Freimaurerei bisher vorzüglich der Frage humaner Kooperation innerhalb der einzelnen Länder zugewandt, so tritt sie nun in das Stadium, in dem das Verhältnis der Völker zu einander als besonders wichtig für die freimaurerischen Intentionen erscheint. Wenn auch die Freimaurerei nicht dazu da ist, direkt in die Politik einzugreifen, so darf und muß sie doch bemüht sein, alles zu unterstützen, was dem Humanitätsideal dient. So hat denn der (durch 23 Staaten vertretene) Kongreß der internationalen Freimaurerei folgende Resolution angenommen: „Indem die Versammlung ihre Bestrebungen mit denen des Völkerbundes vereinigt und anerkennt, daß alle Völkerkonflikte durch internationale Rechtsprechung zu lösen sind, und indem sie den Zustand der Unsicherheit, in dem die Welt steckt, verwirft, fordert sie die Mitglieder der Welt-Freimaurerei auf, durch ihr Beispiel den Geist der Eintracht der kriegerischen Gesinnung entgegenzustellen, zur Stärkung der Achtung vor internationalen Verpflichtungen beizutragen und vermittelst der loyalen Zusammenarbeit aller Völker ein auf mehr Sittlichkeit und Solidarität beruhendes Regime zu begründen."

E.

Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland.

Unter diesem Namen hat sich in Berlin eine Vereinigung gebildet, die ein bedeutsames Ziel verfolgt: Das wechselseitige Verständnis und die gegenseitige Förderung Deutschlands und Rußlands. Daß es sich hier nicht um bloße Sonderinteressen handelt, das bezeugt die Tatsache, daß auch in anderen Ländern (Spanien, Tschechoslovakei, Amerika etc.) solche Vereinigungen bestehen, die zwischen dem neuen Rußland und den betreffenden Ländern kulturelle Bande herstellen wollen. Dem Aufrufe der Gesellschaft sei folgende Stelle entnommen, welche die Ziele derselben klar macht: „Gerade in der jetzigen, durch den Krieg und seinen Ausgang für Deutschland so unbedingt schwierig gewordenen Lage ist es doppelt notwendig und wünschenswert, wieder den Weg zu fruchtbarem Austausch mit anderen Völkern, insbesondere auch mit Rußland, zu finden. Beide Völker haben einander zu geben, können von einander empfangen. Um dem wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg beider Länder den Weg zu ebnen, um die verheerenden Wirkungen des Weltkrieges zu beseitigen, die Höherentwicklung der menschlichen Kultur zu ermöglichen, müßten sich die geistigen Kämpfer der beiden Länder zu einer Kulturgemeinschaft zusammenschließen." Die Gesellschaft strebt „ein planmäßig organisiertes Sichkennenlernen und eine hierauf begründete Zusammenarbeit beider Länder" an, sie will alle an der Lösung dieser Aufgabe Interessierten — ohne Ansehen der Partei — vereinigen. Dieser Aufgabe sollen dienen: Die Einrichtung eines Informationsbureau, regelmäßige Zusammenkünfte der Mitglieder, Vorträge und Diskussionen, Ausstellungen u. a. Als Vereinsorgan erscheint die „Neue Kultur-Korrespondenz" (Herausgeber: Lehman-Lukas). Dem Arbeitsausschuß, bezw. Komitee gehören an: M. Osborn, Helene Stöcker, Max Barthel, Prof. A. Einstein, Prof. Liepmann, B. Kellermann, M. v. Schillings, Hugo Simon, Theodor Liebknecht, Prof. K. Grünberg, Th. Mann, Prof. E. Oppenheimer u. a. — also Vertreter verschiedenster Gebiete und Richtungen. —

Wie alles, was zur Völkerverständigung beiträgt, verdient diese Organisation größte Förderung seitens aller, denen an menschlichem Fortschreiten und menschlicher Solidarität gelegen ist. (Adresse der Gesellschaft: Berlin NW. 21, Wilsnacker Str. 161).

E.

Internationale Organisation der Studentenschaft.

Wir entnehmen dem Berner „Bund": „Der Rat der Confédération Internationale des Etudiants (C. I. E.) hat soeben in London und Oxford seine diesjährige Konferenz beendet. An den Beratungen nahmen teil die Delegierten der Studentenschaften von Belgien, der Tschechoslowakei, Dänemarks, Englands, Frankreichs, Hollands, Jugoslaviens, Luxemburgs, Polens, Rumäniens, Schottlands, Schwedens, der Schweiz, Italiens, Estlands, Lettlands, Ungarns, und Irlands. Die schweizerischen Studierenden waren vertreten durch H. Stahel, Präsident, und Max Habicht, früherer Generalsekretär des Verbandes der Studentenschaften.

Viscount Grey eröffnete die Konferenz mit einem warmen Appell an die intellektuelle Jugend der Nachkriegszeit, aus den Trümmern der vergangenen Jahre die große Idee zu retten und dafür zu kämpfen, daß kommende internationale Konflikte mit dem Mittel des Rechts in Verhandlungen und nicht durch den Militarismus gelöst werden.

Der König von England, Lord Curzon und Lord Robert Cecil beglückwünschten die junge C. I. E. zu ihrem Versuche, die Studierenden aller Länder in eine große Internationale zusammenzuführen, zu gegenseitiger Aussprache und gemeinsamer Arbeit.

Die Delegiertenversammlung der C. I. E. drückte einstimmig den Wunsch aus, sobald als möglich auch mit den Studentenschaften der Zentralmächte zusammenzuarbeiten. Eine viergliedrige Kommission, besetzt durch Schweden, Dänemark, Holland und der Schweiz, wurde beauftragt, die studentischen Führer derjenigen Staaten, die miteinander im Kriege standen, zu einer gegenseitigen Aussprache zusammenzubringen, um die noch fernstehenden Studentenschaften möglichst bald in die C. I. E. aufnehmen zu können. Die fünftätige Konferenz faßte praktische Beschlüsse über die Organisation, über kommende Studentenaustausche, über die Vorbereitung einer Hilfsaktion für russische Studierende, ferner Vereinbarungen. betreffend internationale Sportwettkämpfe zwischen Studierenden, die Schaffung eines Reisepasses für Studierende, die Förderung des Universitätsunterrichts durch Verwendung des Kinos und den Ausbau der Konföderationen. Besonders erwähnt sei die Ausarbeitung eines Memorandums über den Studentenaustausch, um das der Völkerbund die Konferenz angegangen hatte.

Es wurde beschlossen, im Frühjahr 1924 in Warschau die nächste Konferenz abzuhalten, die zu einem großen internationalen Studententag ausgebaut werden soll, an dem bis zu 500 Studierende teilnehmen können."

Der Völkerbund und die akademische Jugend.

Der Berner „Bund" berichtet: „Der Präsident der Völkerbundversammlung empfing eine Delegation von Vertretern der Hochschulvereinigungen für den Völkerbund, der Persönlichkeiten der Universitäten von Cambridge, Oxford, Paris, Amerika, Bulgarien, der Tschechoslowakei, Jugoslavien und von Genf angehörten. Der Präsident der Völkerbundversammlung unterstrich die großen Dienste, welche die Jugend dem Völkerbunde erweisen könne und empfahl die Schaffung eines internationalen Bundes der akademischen Völkerbundvereinigungen. Die Delegation überreichte den Wortlaut verschiedener Resolutionen, die sich auf die Arbeit für einen Weltfrieden, beruhend auf Recht und Gerechtigkeit bei den Völkern, beziehen."

Arbeiterdiplomatie.

Über dieses hochwichtige Thema schrieb kürzlich der frühere ungarische Nationalitätenminister, der ausgezeichnete Soziologe Professor Dr. Oskar Jaszi im Anschluß an den Internationalen Sozialisten-Kongreß in Hamburg folgende überaus beherzigenswerten Sätze:

„Jeder Kampf gegen den Militarismus ist aussichtslos, solange es nicht gelingt, für die arbeitenden Massen einen entsprechenden diplomatischen Dienst einzurichten, der durch Schnelligkeit und Zuverlässigkeit seiner Informationen den Kampf mit der alten Diplomatie aufnehmen könnte. Falls der Antrag Otto Bauers verwirklicht würde, so würde dies einen Wendepunkt der internationalen Politik bedeuten. Dadurch würde es dem Proletariat möglich werden, Kenntnis von denjenigen Tatsachen zu erlangen, ohne

welche die Führung einer pazifistischen Außenpolitik undenkbar ist. Gelingt es, durch das geplante Organ ein lebensfähiges Netz von Arbeiterkonsulaten (das mit geringfügigen Ausgaben zweifellos hundertmal mehr leisten kann als die alte Diplomatie mit ihrem großen Stab von Tagedieben) zu schaffen, dann wird auch in der Arbeiterschaft ein einheitliches Bewußtsein für die Fragen der auswärtigen Politik erwachsen, während die heutige proletarische Außenpolitik noch vielfach eine utopistische Gefühlspolitik darstellt. Freilich wird auch dann alles davon abhängen, von welchen Absichten und Gesinnungen dieses Organ geleitet sein wird. Der kommende Weltkrieg kann nur durch die bewußt und überzeugt kriegsfeindliche Gesinnung der arbeitenden Massen verhütet werden."

Pazifistische Kundgebungen für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Deutschland muß in den Völkerbund! Unter dieser Aufschrift versandte die deutsche Liga für Menschenrechte Mitte August in mehreren Tausend Exemplaren ein Rundschreiben an die Abgeordneten und Funktionäre der republikanisch-demokratischen Parteien, an die Vorstände der republikanisch-pazifistischen Organisationen, wie an ihre eigenen Mitglieder. Es lautete:

„Die jetzige Regierung muß die Hemmungen der bisherigen Regierung überwinden.

Die ganze außenpolitische Situation verlangt nach diesem Schritt.

Viele der prominentesten offiziellen Vertreter bedeutendster Staaten — so vor allem Englands — forderten Deutschland direkt und indirekt immer wieder hierzu auf. Es seien nur genannt: der englische Unterrichtsminister Herbert Fisher, Lord Grey, Lord Robert Cecil, Branting, Motta, Nansen. Das gleiche rufen uns die verständigsten Franzosen zu: Die Abgeordneten Buisson, Renaudel, Marc Sangnier, Herriot, die Senatoren D'Estournelles de Constant und Jouvenel, Sorbonne-Professor Victor Basch.

Die zur Annahme des Antrages notwendige Zweidrittelmehrheit ist gesichert.

Nichts ist für Deutschland durch den Eintritt zu verlieren — aber alles zu gewinnen: So die Möglichkeit, in der großen Politik wieder als gleichberechtigter Faktor mitsprechen zu können — —

die dem Völkerbund unterstellte Saarbevölkerung nachhaltiger zu schützen,

vor Uebergriffen irgendeiner Macht sich als Mitglied des Völkerbundes durch dessen Satzungen zu schützen — besser als durch nationalistisches Geschrei und leere Proteste, hinter denen keine Macht steht, die Dinge zu ändern.

Die Unkenntnis über den Völkerbund ist erschreckend groß im Deutschen Volk. Die Presse berichtet fast nur über seine Fehler und Unterlassungssünden, verschweigt aber seine Leistungen. Auch diese sind schon in stattlicher Zahl zu verzeichnen. Wer sich darüber informieren will, der lese den Aufsatz von Prof. Hermann Kantorowicz „Der Völkerbund im Jahre 1922" aus der „Zeitschrift für Politik".

Vor allem ist bei geschickter deutscher Politik durch den Völkerbund der ärgste Stachel aus unserem Fleisch zu ziehen: die fremdländische Rheinlandbesetzung, auch des linken Rheinufers, noch vor Ablauf der vertragsmäßig festgesetzten 15 Jahre.

Der Völkerbund mag noch so gebrechlich, verbesserungsbedürftig sein — durch den reinen Willen zur positiven Arbeit kann und wird er dem Ideal näher kommen, nach dem sich die Besten der Menschheit seit Jahrhunderten sehnten.

Der einzelne Nationalstaat kann die Weltprobleme vor denen wir heute stehen, nicht mehr lösen — der Völkerbund — das überstaatliche Gebilde muß in den Stand gesetzt werden, sie zu meistern.

Die Zeit ist kurz! Alles muß aufgeboten werden um auf alle politischen Faktoren einen fortgesetzten Druck auszuüben. Von allen Trägern dieser Faktoren — inklusive der Gewerkschaften — sind an den Reichskanzler entsprechende Telegramme zu richten die den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund fordern.

Wir unsererseits sind gerne bereit, zur Aufklärung über das Problem Redner zu stellen. Die Aufklärung ist notwendig — nicht nur über diesen Völkerbund wie er ist, sondern über den, wie er werden soll.

Man handle! Ehe es wieder — wie schon so oft bei uns — zu spät ist.

Deutschland muß dieses Jahr in den Völkerbund!!"

Zur gleichen Zeit richtete die Deutsche Friedensgesellschaft folgendes Schreiben an den Reichskanzler Dr. Stresemann:

„Als der internationale Pazifistenkongreß im August 1922 in London tagte, erklärte der englische Minister Fisher im offiziellen Auftrag seiner Regierung, daß sie einen Antrag Deutschlands auf Aufnahme in den Völkerbund begrüßen würde. Da diese Aufforderung damals ohne Erfolg geblieben, ist, wie wir von maßgebendster englischer Seite hören, eine Erneuerung der Aufforderung, wie sie Minister von Rosenberg zu erwarten schien, ausgeschlossen. Andererseits wissen wir aus zuverlässigster Quelle, daß auch die heutige englische Regierung ganz den Standpunkt teilt, wie ihn ihre Vorgängerin im August 1922 zum Ausdruck brachte und daß sie dabei fast die Gesamtheit des englischen Volkes hinter sich hat. Ebenso wissen wir aus unserer ständigen engsten Fühlung mit dem Ausland, daß alle Deutschland freundlich oder unbefangen gegenüberstehenden Kreise den Beitritt Deutschlands aufs lebhafteste begrüßen würden.

Unter diesen Umständen sind wir und das Deutsche Friedenskartell, dem 19 pazifistische Gesellschaften angehören, davon überzeugt, daß es der deutschen Würde und den deutschen Interessen entsprechen würde, wenn sie noch für die Septembertagung des Völkerbundes den Eintritt Deutschlands bewirkten.

Nach unserer Kenntnis der Stimmung in den maßgebenden Ländern besteht nicht der geringste Zweifel, daß der Antrag, wenn nicht einstimmig, so doch mit Mehrheit angenommen würde. Sie würden mit einem derartigen Schritt nicht nur im Sinne der Masse der deutschen Arbeiter, sondern auch aller politisch gebildeter Kreise des deutschen Bürgertums, die die Interessen ihres Vaterlandes erkannt haben, handeln. Sie würden damit, auch von allen praktischen Folgen abgesehen, zu einer sofortigen Entspannung beitragen und den deutschen Regierungswechsel für das Ausland in ein Licht rücken, das der deutschen Politik nur förderlich sein kann."

Hoffentlich nimmt der Herr Reichskanzler bald Gelegenheit, im Sinne des Briefes Schritte zu tun, die ja auch schon von anderen Seiten bei früheren Gelegenheiten gefordert wurden."

Aus der Tätigkeit der deutschen Friedensgesellschaft und des Friedenskartells.

Am 18. Juli beantragte das Kartell, unter Hinweis auf die Notwendigkeit von Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und der Einleitung von Verhandlungen mit Frankreich, wie wegen der Gefahren eines Bürgerkriegs, den sofortigen Wiederzusammentritt des Reichstags, richtete einen neuerlichen dringenden Appell an den Reichswehrminister Dr. Geßler, daß er angesichts des drohenden Bürgerkrieges unverzüglich veranlassen möge, daß berufene Vertreter der Reichswehr ohne jeden Vorbehalt erneut das Versprechen geben, den Staat vor inneren Wirren zu schützen, ebenso wie er Dienstentlassung aller derer anordnen möge, die offen oder geheim gegen die Republik auftreten. — Gleichfalls am 18. Juli erging an den Reichskanzler Cuno die Forderung, eine öffentliche und unzweideutige Erklärung gegen die Sabotageakte abzugeben. — An alle deutschen Kultusministerien wurde folgendes Schreiben gerichtet:

„Das Deutsche Friedenskartell, dem 19 pazifistische Gesellschaften angehören, fühlt sich verpflichtet, Sie darauf hinzuweisen, wie notwendig es ist, gegen die sich immer mehr ausbreitende Verherrlichung der sittlich verwerflichen und für die Volksgesamtheit höchst schädlichen Sabotageakte einzuschreiten. Es ist geboten, die Lehrer an allen Schulen, von der Volksschule bis zur Hochschule auf die in der Reichsverfassung festgelegten Aufgaben hinzuweisen, die Schüler im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erziehen. Sie sind nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß die Gesinnung, die den nationalen Kampf mit solchen Mitteln führt, nicht nur dem Geiste der Völkerversöhnung, sondern ebensolchen den besten Traditionen des deutschen Volkstums widerspricht. Zugleich ist überall ebenso nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Bevölkerung im Ruhrgebiet, weit entfernt davon, in den Akten eine Stütze ihres Abwehrkampfes zu sehen, nicht nur den Repressalien der Besatzungstruppen ausgesetzt, sondern in eine gefährliche Erbitterung gegen die Volksgenossen im unbesetzten Deutschland hineingetrieben wird."

In einem sehr eindringlichen Brief wurde der neue Reichskanzler Dr. Stresemann sogleich nach seinem Regierungsantritt gemahnt, nichts unversucht zu lassen, um raschestens Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund zu erwirken. — Am 20. August gelangte folgende Kundgebung zur Veröffentlichung:

„Das Deutsche Friedenskartell hat mit großer Besorgnis und Unruhe die Entwicklung des Ruhrkrieges durchlebt. Die passive Haltung der Reichsregierung wie der Reichstagsmehrheit hat uns dem wirtschaftlichen Chaos, der Auflösung der deutschen Einheit, dem Bürgerkrieg nahe gebracht. Angesichts der drohenden Vernichtung der Wirtschaft und der geistigen Kultur, ist die Zusammenfassung aller geistig und körperlich Schaffenden für eine freiheitliche, auf Gleichberechtigung der Kräfte im Innern, auf Frieden zwischen den Völkern zielende Politik unumgängliche Voraussetzung. Als besonders unheilvoll muß daher die Zersplitterung der Mehrheit unseres Volkes, der in den demokratischen, sozialistischen, kommunistischen Parteien, wie in den Gewerkschaften zusammengefaßten Massen angesehen werden. Um der Vernichtung Deutschlands, der Bedrohung der Freiheit und des Friedens der Welt zu entgehen, muß unbedingt und unverzüglich eine Kampfgemeinschaft aller aktiven Feinde der Reaktion geschaffen, müssen alle Differenzen über bestimmte soziologische und wirtschaftliche Theorien zurückgestellt werden. Nur eine Politik, die entschlossen eine Einheitsfront bildet für die Erfassung der Sachwerte zwecks Abwälzung der Reparationslasten auf die Besitzenden, der Aushungerung der Besitzlosen ein Ende macht und sich die reale Macht zu solchem Handeln verschafft, die alle Kräfte mobilisiert gegen den drohenden Faszismus, kann die Befreiung Deutschlands, eine Verständigung mit Frankreich und einen endgültigen Weltfrieden herbeiführen."

Außerdem dankten 16 Kartellorganisationen Fimmen, dem Vertreter der Gewerkschafts-Internationale für seine bisherigen eifrigen Bemühungen, eine Einheitsfront aller Werktätigen gegen Krieg und kapitalistischen Eigennutz zu schaffen und forderten alle Friedenskämpfer, Sozialisten und Republikaner zu intensiver Mitarbeit in gleichem Sinne auf. — Seit Ende Juli verbreiten die Gesellschaften des Friedenskartells durch Mitglieder und Ortsgruppen in Massen ein Flugblatt gegen die Sabotageakte im besetzten Gebiet."

Worte und Taten!

Fritz Röttcher, der Herausgeber der „Menschheit" schreibt uns:

„Poincaré hat kürzlich erklärt, er beurteile Deutschland nicht nach seinen Worten, sondern nach seinen Taten. Reichskanzler Stresemann hat an pazifistischen Worten nicht gespart und man darf ihm glauben, daß er jetzt in den Zeiten der höchsten Not, wo nichts anderes übrig bleibt, eine pazifistische Politik zu machen beabsichtigt.

Wie aber steht es mit den Taten!

Pazifistische Kreise haben ein Versöhnungsopfer veranstaltet und die französischen Pazifisten von politischer Bedeutung, haben sie dringend aufgefordert, das Resultat ihrer Bemühungen so bald als möglich nach Frankreich zu senden, um dort einen sichtbaren Ausdruck zu geben für den Versöhnungswillen deutscher Kreise und so eine, im Hinblick auf das Versöhnungsopfer eingebrachte Kammerinterpellation Sangniers am 15. Oktober zu verstärken. Erst nach ca. sechs Wochen wurden die widerholt nach Berlin an die Zentralbehörden gerichteten Gesuche beantwortet. Damit das Opfer aber ja vor der französischen Oeffentlichkeit entwertet werde — nachdem ein Quäker aus Paris bereits von dem tiefen Eindruck des Opfers auf die Regierungskreise berichtete — wird ein Veranstalter des Versöhnungsopfers zu 300 000 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er nicht in dem Besitz einer amtlichen Erlaubnis zur Vornahme einer Kollekte war. Das Zaudern der Zentralbehörden und die rasche Funktion der Justiz sind natürlich mehr als Zufall.

In Württemberg verbietet der Minister des Innern die Versammlungen eines im In- und Ausland bekannten Pazifisten, eines ehemaligen Militärs, des Herrn Generalmajor a. D. Dr. h. c. Frh. v. Schoenaich. Auf Vorstellungen, daß v. Schoenaich durchaus im Sinne der Reichspolitik spreche und ein Verbot dieser Versammlungen einer Desavouierung der Reichpolitik gleichkomme, wird erwidert, daß so etwas nicht in Betracht gezogen werden könne. Auf die Einwendung, daß Baden die Versammlungen nicht verbietet, wurde mit dem Hinweis auf die württembergische Selbständigkeit in diesen Dingen erwidert. Selbst das Angebot v. Schoenaichs, sich

jeder aktuell politischen Ausführungen zu enthalten und keine Worte über den Ruhrkonflikt zu äußern, genügte nicht zur Rücknahme des Verbots.

Als die Abordnung der Friedensgesellschaft schließlich die Begründung des Verbots zerpflückte, die darin bestand, daß man von diesen Versammlungen eine Störung der öffentlichen Ordnung befürchtete, weil früher einmal die Versammlungen der Friedensgesellschaft von bewaffneten Nationalsozialisten gestört worden seien, wurde überhaupt nicht reagiert. Man hat an den verantwortlichen Stellen anscheinend kein Gefühl dafür, daß gerade diese Begründung dem ganzen In- und Ausland zeigt, in welche Abhängigkeit man auch bereits in Württemberg zu den Nationalsozialisten geraten ist, und wie sehr die französischen Nationalisten diesen Umstand gegen uns ausnützen. Das Verbot dieser Versammlungen ist um so unverständlicher, als in Frankreich zwei bekannte Heerführer des Weltkrieges, die Generale Sarrail und Perlin, schärfste Gegner von Poincarés Ruhrpolitik, in breitester Oeffentlichkeit für eine Versöhnungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland arbeiten, ohne im mindesten von der Regierung behindert zu werden. Gerade das Hand in Hand Arbeiten ehemaliger hoher Offiziere beider Länder ist doch in stärkstem Maße geeignet, die vergiftete Atmosphäre zu beseitigen, in der schließlich beide Länder zu ersticken drohen. In Deutschland aber, wo man das denkbar stärkste und dringendste Interesse an dieser Entgiftung hat, wird die Arbeit dieser Art Militärs verboten!

Das Schlimmste folgt aber noch.

Der Sekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte (Bund „Neues Vaterland"), Herr Lehmann-Rußbüldt, hatte herausgefunden, daß eine sogenannte „Schwarze Reichswehr" gebildet worden ist, daß illegale Mannschaftsformationen auf den Uebungsplätzen der legitimen Reichswehr ausgebildet wurden; ein Verfahren, das den Putschversuch von Küstrin ermöglichte. Er gibt durch eine Zuschrift der Presse hiervon Kenntnis und die „Menschheit", das in Württemberg erscheinende pazifistische Organ, druckt in Nr. 38 (wie viele Dutzende anderer Zeitungen) diese Notiz ab. Dem Berliner Autor geschieht nichts, dagegen wird, ausgerechnet in Württemberg, gegen den Herausgeber der „Menschheit" und Sekretär des Landesverband Württemberg der D. F. G. Röttcher, ein Verfahren wegen Landesverrat eröffnet und die „Menschheit" verboten.

Poincaré beurteilt aber nach wie vor Deutschland nach seinen Taten und nicht nach seinen Worten. Die Taten aber sind derart, daß die öffentliche Meinung Frankreichs die Zauderpolitik Poincarés gerechtfertigt findet, weshalb dann alle Worte Stresemanns keine Verständigung und Besserung des Elends herbeiführen können und die Hungerkatastrophe des deutschen Volkes immer schlimmere Dimensionen annimmt.

Das deutsche Volk, vor die Wahl gestellt, entweder zu verhungern oder seine Führerschaft zu einer Versöhnungspolitik in Taten und nicht in bloßen Worten zu zwingen — weiß immer noch nicht, welchen Weg es gehen soll."

Das Verbot der „Menschheit".

Zu diesem geht uns folgende Kundgebung zu:

Die nachstehend Unterzeichneten, Mitglieder republikanischer Organisationen, erheben hiermit gegen die vom militärischen Befehlshaber in Stuttgart erfolgte Unterdrückung der pazifistischen Wochenschrift „Die Menschheit" entschieden Protest, da das Verbot ohne jeden triftigen Grund erfolgt ist und nur in der Tendenz der Zeitschrift seine Ursache hat.

Die allerorts in Erscheinung tretende Unterdrückung der radikalen Presse widerspricht dem freiheitlichen Geiste der Reichsverfassung, die das Recht der freien Meinungsäußerung verbürgt.

Die dauernde Aufhebung dieser Freiheiten würde das Vertrauen der verfassungstreuen Bevölkerung gänzlich untergraben, da die reaktionäre republikfeindliche Presse mit wenigen Ausnahmen ungehindert erscheinen darf, während die linksorientierte Presse mit Verboten politisch ahnungsloser Generäle bedroht wird.

Aus diesem Grunde ist die sofortige Aufhebung des sich ursprünglich gegen das renitente Bayern richtenden Belagerungszustandes eine gebieterische Notwendigkeit, über die sich alle Kreise der Linken einig sind.

Unterzeichnet haben bisher:

Gesellschaft für republikanisch-demokratische Politik.

I. A.: Wilhelm Resenhöft, Geschäftsführer; H. Francke, Pastor, — Carl Marmulla, ehem. Vors. des Berliner Friedensbundes der Kriegsteilnehmer, Martin E. Moser, — Republikanische Korrespondenz Hanni Ball.

Diesem Protest muß sich jeder vernünftige Mensch anschließen. Schlimm genug, daß es zu dem Wahnsinnsverbot kommen konnte — jedenfalls darf es nicht einen Tag länger aufrecht erhalten bleiben. Es ist Ehrenpflicht der deutschen Regierung, dafür zu sorgen, daß es sofort wieder aufgehoben wird. „Die Menschheit" muß wieder erscheinen! R. G.

Eine bedeutungsvolle akademische Ansprache.

Im Rahmen einer Rektoratsfeier der badischen Technischen Hochschule in Karlsruhe hielt Professor Dr. Georg Bredig einen Vortrag über „Denkmethoden der Chemie", der jetzt auch im Druck vorliegt. (Verlag von Johann Ambrosius Barth in Leipzig). Offenheit und Freimut, mit denen der in seiner Fachdisziplin hoch angesehene Gelehrte, auf Resultate und Tatsachen wissenschaftlicher Forschung und Erkenntnis exemplifizierend, der studierenden Jugend die Aufgaben vor Augen führt, die sie zu lösen mithelfen muß, wenn sich die europäische Menschheit nicht in Irrsinn und Wirrsal selbst zermürben soll, berühren gerade heute besonders erfreulich und wohltuend.

Georg Bredig schildert zunächst die Entwicklung der Atomtheorie, gibt ein Bild der Ergebnisse und Aufgaben der „Strukturchemie" wie der „Stereochemie", um auf die Zusammenhänge der Arbeit reiner Wissenschaft mit jener von Industrie und Ingenieurkünsten hinzuweisen. Seine geistvolle, auch stilistisch glänzende Betrachtung führt ihn dann zur Formulierung des Postulats, dessen Ausdeutung der abschließende Teil seines Vortrages gilt.

Der Ingenieur darf sich nicht damit begnügen, spezialistischer Fachmann zu sein, der im Laboratorium seinen Forschungen nachgeht, neue Maschinen konstruiert, Betriebe leitet, er muß vor allem auch Führer seiner Volksgenossen sein. Und hier möchte ich Georg Bredig selbst das Wort lassen. Er sagt u. a.:

„Der leitende Chemiker wird sofort wie jeder Ingenieur, jeder Kaufmann und jeder Staatsmann einsehen müssen, daß es ihm, wenn er nicht über die engen Grenzen der Einzelländer hinausdenken gelernt hat, gehen wird wie dem leer ausgehenden Dichter in Schillers Gedicht. Die Welt ist durch den chaotischen Zustand der menschlichen Politik in der unsinnigsten Weise hinsichtlich ihrer Rohstoffe bereits verteilt worden und wird noch in unsinnigerer Weise von Menschen verwaltet. . . . . Wir blicken empört auf die blutbefleckten Eroberer früherer Jahrhunderte mit ihren Plünderungszügen gegen die Kulturen anderer Völker, aber unser phrasenbenebeltes zwanzigstes Jahrhundert führt heute genau dieselben Raubkriege. Anstatt, daß die Völker Meere von Menschenblut und Menschenqual in großen europäischen Kriegen und im Vampyrfrieden, wie dem von Versailles, über die Welt ausgießen, und zwar im Grunde nur, um Kohlengruben, Kalilager und Erzminenfelder, tropische Kolonien und Erdölquellen zu erbeuten, sollten die Generäle des Geistes, d. h. die Wissenschaftler und Ingenieure aller Länder — nicht solche Generäle und Ingenieure, die für ihr Vaterland nur mit den Mordwerkzeugen des Krieges wirken können und dürfen — zusammentreten und in friedlichen Verträgen die Schätze der Erde verteilen. Hierzu geeignete Ingenieure müssen freilich erst von den Hochschulen aller Nationen erzogen werden. Diese Aufgabe ist aber meines Erachtens von den Hochschulen aller Länder versäumt worden."

Nach großliniger Charakterisierung der wirtschaftsgeographischen Beziehungen der Länder, die am Schaffen von Technik und Industrie teilhaben, fährt Georg Bredig fort:

„Ueberall sind die Völker eng aufeinander angewiesen und können kaum ohne einander leben. Aber nicht wie Menschen, sondern wie wilde Tiere des Urwaldes streiten sich heute noch die europäischen Völker um jene Gottesgaben und vergeuden ihre edelsten geistigen Kräfte und das Blut ihrer Menschen. Wie anders wäre heute das Bild Europas und der Menschheit, wenn die maßgebenden Kräfte der Industrie aller Länder, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Eintracht der Riesenmacht, die ihnen über das Schicksal Europas anvertraut ist, in einem höheren, edleren, geistigeren Sinne benützen würden, oder, falls sie diese Macht politisch noch nicht besitzen, in edler gesetzmäßiger Weise erstreben würden. Hier liegt zweifellos noch eine große erzieherische Aufgabe der Hochschulen aller Länder vor. Kein Mensch, auch nicht der Ingenieur, wird die tote Masse mit Hebeln und Schrauben für das Glück der Menschen gewinnen. Wenn nicht der Geist edler Menschlichkeit dahinter steckt, werden stets die Elemente das Gebild der Menschenhand in Kriegen und sozialen Explosionen zerstören. . . . . Es gibt kein Glück der Menschheit durch Zivilisation allein. Dazu gehört Kultur. Auch die muß neben dem engen Fachwesen vom Ingenieur gepflegt werden."

Georg Breding verhehlt sich nicht, daß bisher anscheinend noch wenige Ingenieure erkannt haben, daß gerade der Ingenieur wegen des ungeheuren und bedrohlich gewordenen Einflusses einer kulturlosen Technik vielleicht der einzig Berufene ist, die Geschichte Europas und vielleicht die der ganzen Welt in ein besseres kultiviertes Zeitalter hinüberzulenken. „Das zwanzigste Jahrhundert könnte in edlerem Sinne als das neunzehnte das Zeitalter des Ingenieurs und trotzdem, oder gerade deshalb gleichzeitig das höchster Menschlichkeit und Kultur werden, wenn die Ingenieure a l l e r Länder endlich die Flammenzeichen des Jahrhunderts verstehen und europäisch denken lernen würden und so die furchtbaren Gefahren beseitigten, welche der großtechnische Kampf aller Nationen in sich birgt."

Vereinzelt hat es schon bisher Ingenieure gegeben, die die Zusammenhänge zwischen Technik und Kultur erkannten: Werner Siemens, Max Eyth, Carnegie, Walter Rathenau und vor allem Alfred Nobel und Ernst Solvay. Ihr Streben muß vorbildlich werden. „Haß und Verzweiflung hat die Völker entfremdet, und jeder, der seine Volksgenossen vor diesem orestischen Wahnsinn des von den Morderinyen verfolgten Europa warnen will, gerät in den Verdacht, kein Patriot zu sein. Und doch: wer liebt sein Volk mehr? Der, der mit dem Kopf gegen die Wand rennt, neue Blutopfer der eigenen Volksgenossen für das alleinige Heilmittel hält, oder der, der seinem Volke die Freiheit mit geistigen Mitteln und in rechtschaffener Arbeit erringen will?"

Georg Bredig erinnert angesichts der verzweifelten Lage Deutschlands an des Dichters Wort, daß der Gedrückte, wenn er nirgends Recht finden zu können glaube und seine Last unerträglich zu werden fühle, in den Himmel greife und die ewigen Rechte herunterhole, um dann fortzufahren: „Ich bin aber nicht der Ansicht, daß heute wie zu Zeiten Tells und Schillers uns dazu das Schwert verhelfen wird. Der Ausgang des jüngsten Weltkrieges zeigt, daß Schwerter und Kanonen falsche Gottesurteile sprechen. . . . . Der Mensch der neuen Zeit muß andere Waffen schmieden lernen als blutige. Hier muß die Arbeit der akademischen Jugend von ganz Europa einsetzen." Standen vor hundert Jahren die deutschen Länder vor dem Problem der Einheit, so quält das gleiche Problem heute die europäischen Staaten. „Wie es einst einem ehrwürdigen Preußenkönig sogar schwer wurde, „Deutscher Kaiser" zu heißen, so würde es heute vielen vortrefflichen Männern Europas schwer werden, europäisch zu werden. Aber dieser europäische Partikularismus wird einmal überwunden werden. . . . Unausweichlich bleibt das Problem der „Vereinigten Staaten von Europa". Sie werden einmal da sein, oder Europa wird nicht mehr da sein!"

Breding erinnert die deutsche akademische Jugend daran, daß es ein deutscher Dichter, Herder in Weimar, war, der die „Stimmen der Völker" gesammelt hat und, daß der größte deutsche Dichter, Goethe, zugleich auch die größte europäische Seele gewesen. Er läßt seinen Vortrag ausklingen in Hoffnung und Vertrauen, daß ein glücklicheres Deutschland im Kranze der Länder eines europäisch denkenden, geläuterten Europas erstehen möge!

Die Bedeutung dieser akademischen Ansprache geht weit über die einer Rektoratsrede hinaus. Möchte doch der Geist, der aus Georg Bredings Worten spricht, immer weitere Kreise der deutschen und der europäischen akademischen Jugend erfüllen. Hier weist ihr ein guter, klarsehender und freimütiger Führer den Weg!

O t t o E r n s t S u t t e r, Frankfurt a. M.

„Europäische Gespräche."

Unter diesem Titel gibt Prof. A. v. M e n d e l s s o h n B a r t h o l d y, der Leiter des kürzlich gegründeten Instituts für auswärtige Politik in Hamburg „M o n a t s h e f t e f ü r a u s w ä r t i g e P o l i t i k" (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin) heraus. Eine Zeitschrift mit aktuellen, wertvollen Beiträgen, die bedeutsames Material für die Ziele der Völkerverständigung enthalten. Wir werden über das neue Institut, wie über die neue Zeitschrift noch genauer berichten.

Dokumente der Friedensbewegung.

Tagung der Union der Völkerbundligen in Wien vom 24.—28. Juni 1923.

Unter den vielen wichtigen Resolutionen, die beschlossen wurden, seien nachstehende besonders hervorgehoben:

Reparationen.

I.

Der Weltverband der Völkerbundligen ist der Meinung, daß der Organismus des Völkerbundes angerufen werden soll, um mit Hilfe Deutschlands und wenn möglich der Vereinigten Staaten eine allgemeine Regelung der miteinander verknüpften Fragen der Reparationen, der interalliierten Schulden und der Sicherung der Grenzen zu unternehmen.

II.

Der Weltverband der Völkerbundligen weist die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf die Tatsache hin, daß eine Organisation wie der Völkerbund mit seinem großen internationalen Ansehen diese Fragen in ihrer Gesamtheit und in ihren Einzelheiten mit größerer Unparteilichkeit prüfen kann, als es die beteiligten Staaten allein zu tun vermöchten; er wird auch wirksamer und schneller folgendes durchsetzen können:

1. Die Festsetzung der wirklichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands.
2. Die Anwendung des Grundsatzes, daß aus den Zahlungen Deutschlands in erster Linie der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestritten werden soll.
3. Die Maßnahmen zur Schaffung einer internationalen Kontrolle, die zur Lösung dieses Problems für nötig erachtet wird.
4. Die Heranziehung des internationalen Kredits.

III.

Die Versammlung empfiehlt dringend allen Völkerbundligen, daß jede nach besten Kräften ihr Teil dazu beitrage, um sowohl im Interesse ihres Landes wie Europas für die schnellste Verbreitung und die Verwirklichung dieser Wünsche zu wirken.

* * *

Resolutionen der Generalversammlung des Berner Friedensbureaus, d. i. der Delegierten des Internationalen Verbandes der Friedensgesellschaften in Basel vom 15.—18. September 1923.

Ruhrfrage. Referent: Dr. Häberlin, Zürich.

1. Die Versammlung wünscht lebhaft, es möchten zwischen den deutschen, französischen und belgischen Regierungen direkte Verhandlungen behufs Regelung der Ruhr- und Reparationsfrage stattfinden.
2. Als einen großen Fortschritt betrachtet sie es, daß die deutsche Regierung, bei aller Aufrechterhaltung der durch den Vertrag von Versailles auf dem ganzen öffentlichen Eigentum des deutschen Reiches und der deutschen Staaten lastenden Hypotheken, geneigt ist, auf legislatorischem Wege einen gewissen Teil des deutschen Privateigentums zu erfassen, um diese Werte einer internationalen fideikommissarischen Gesellschaft zu übergeben, welche Obligationen auszugeben hätte, die auf diesen Werten fundiert wären und dazu dienen würden, einen beträchtlichen Teil der Reparationen unmittelbar zu decken.
3. Nach Uebergabe aller dieser Obligationen oder einer gleichwertigen Garantie, sollen Frankreich und Belgien das Ruhrgebiet räumen und auf die militärischen Maßnahmen verzichten. Die Modalitäten der Räumung, das Aufhören des passiven Widerstandes, der Rückkehr der Ausgewiesenen, der politischen Amnestie u. s. w. werden durch Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen festgesetzt werden.
4. Falls diese Regierungen sich betreffs der ökonomischen und finanziellen Durchführung der Reparationen nicht einigen sollten, empfiehlt die Versammlung die Ueberweisung des Problemkomplexes an den Völkerbund oder an eine unparteiische Expertenkommission.
5. Im Interesse der internationalen Entspannung soll Deutschland seinen bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund anmelden und eine bedingungs- und vorbehaltlose Aufnahme finden.

Italienisch-griechischer Konflikt. Referent: Lucien Le Foyer, ehemal. Abgeordneter, Paris.

Die Generalversammlung der Friedensgesellschaften, sehr betrübt wegen der Ermordung der italienischen Mission auf dem Wege nach Janina, aber nicht minder betrübt wegen des Bombardements und der Besetzung von Korfu durch die italienischen Streitkräfte,

erinnert daran, daß individuelle Verbrechen, die selbst gegen Staatsangehörige mit einer diplomatischen Mission verübt werden, den betroffenen Staat nicht zu Gewaltakten berechtigen, auch wenn er erklärt, diese wahrhaft kriegerischen Aktionen seien keine „feindlichen Akte";

ist der Meinung, daß die Familien der Opfer beiderseits eine gerechte Entschädigung erhalten sollen;

bemerkt, daß das Bombardement und die Besetzung von Korfu nicht bloß eine Verfehlung gegen die Grundsätze des Völkerrechts, sondern auch eine Verletzung des Vertrages vom Jahre 1919 bedeuten;

verzeichnet den Kontrast zwischen der Haltung, den in zwei ganz analogen Fällen gewisse Mächte 1914 und 1923 eingenommen haben;

gemahnt das italienische Volk, daß Ehre und Würde für jedes Volk eben auf der Bewahrung des Friedens und der Einhaltung internationaler Verpflichtungen beruhen;

bedauert, daß die Kompetenz des Völkerbundes, die von gewissen Mächten angefochten wird, durch den Rat nicht bekräftigt wurde und daß dieser die Angelegenheit sich nicht vorbehalten und sie nicht direkt erledigt hat;

weist hin auf die unangenehme Ueberraschung der öffentlichen Meinung angesichts dieses Verkennens des durch den Vertrag statuierten Rechtes;

beglückwünscht sich, daß die Versammlung beschlossen hat, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, und appelliert an deren Wachsamkeit und Energie in Umständen, die in so hohem Maße die Zukunft des Völkerbundes berühren.

Völkerbund. Referent: George Scelle, Professor der Jurisprudenz an der Universität zu Dijon.

Die Union der Friedensgesellschaften, in Erwägung der Beschaffenheit und Leistung des Völkerbundes.

I. Ist der Meinung, daß eine der dringendsten praktischen Aufgaben der pazifistischen Gesellschaften

gegenwärtig darin besteht: 1. den Völkerbund bekannt zu machen und zu verteidigen; 2. zu erinnern, daß es niemals einen definitiven internationalen Frieden ohne eine politische Organisation geben wird, welche durch demokratische Mittel die Staaten zur Anerkennung der Rechtsnormen, der Jurisdiktion und Sanktion verhält.

II. Ohne sich die gegenwärtigen Unzulänglichkeiten des Völkerbundes zu verhehlen, muß sich der Pazifismus, der ihm begegnenden Schwierigkeiten und Feindseligkeiten bewußt, jeder unbedachten Kritik enthalten, die geeignet ist, die Genfer Institutionen in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren.

III. Für den Augenblick hält die Union der Friedensgesellschaften folgende Reformen für geeignet, die notwendige Entwicklung des Völkerbundes zu beschleunigen:

1. Verwirklichung seiner Universalität, insbesondere Aufnahme Deutschlands mit einem Sitz im Rat.

2. Erweiterung des Rates durch Einbeziehung einer größeren Anzahl von Vertretern der Kleinstaaten.

3. Einsetzung von Spezialkommissionen oder einer besonderen Kammer innerhalb des internationalen Gerichtshofes zur Regelung der einer gerichtsmäßigen Schlichtung nicht zugänglichen Konflikte.

Oekonomische Wiederherstellung Europas. Referent: Hudson, M.-P. (London).

Die Versammlung ist der Meinung, daß der Pazifismus, in Bezug auf die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Europa, sich überall für das Folgende einsetzen muß:

1. Daß die Frage der Kriegsverantwortung einer Kommission unparteiischer und neutraler Staaten angehörenden Experten unterstellt wird;

2. daß die ökonomische Wiederherstellung Europas als eine für alle Nationen bindende Verpflichtung angesehen wird;

3. daß alle Völker an der Bildung und Entwicklung eines auf demokratischen Prinzipien basierenden und alle Kulturstaaten einschließenden Völkerbundes mitarbeiten;

4. daß die durch den Versailler Vertrag auferlegte partielle Abrüstung nur als der erste Schritt zur völligen Abrüstung aller Staaten zu gelten hat. Diese völlige Abrüstung soll durch einen allgemeinen, von allen freiwillig angenommenen Vertrag unter der Aegide des Völkerbundes vollzogen werden.

5. Zuweisung von Krediten für die Leistungen des Völkerbundes, namentlich für seine technischen Dienste, besonders an das internationale Arbeitsamt und an die Kommission für geistiges Zusammenarbeiten, im vollen, die ungestörte Arbeit ermöglichenden Ausmaße.

6. Zuerkennung der Befugnis an den Rat, in allen Konflikten zu erklären, daß jeder Staat als Angreifer betrachtet wird, dessen Regierung sich weigert, den Streit schiedsrichterlich oder judiziell entscheiden zu lassen.

Propaganda. Referent: Gustave Hubbard, ehemal. Abgeordneter, Paris.

I. Die Generalversammlung der Delegierten hält es für wünschenswert, daß in jedem Lande unter der Leitung eines nationalen Komitees ein Bund aller an der Begründung des Friedens arbeitenden Gruppen geschaffen wird, um zusammen mit dem internationalen Friedensbureau in Bern die Verstärkung der pazifistischen Propaganda zu sichern.

II. Die Versammlung hält es für die erste Pflicht dieses Bundes, in Verbindung mit dem internationalen Friedensbureau in Bern einen Appell an alle Gesellschaften des Landes zu richten, die zur Mitarbeit an der pazifistischen Propaganda und Aktion fähig sind.

III. Die Versammlung fordert den Rat auf, ein Projekt vorzulegen, welches den Anschluß von Vertretern der großen, ein analoges Ziel verfolgenden Assoziationen gestattet.

IV. Die Versammlung fordert das internationale Friedensbureau auf, seinen Einfluß zu gebrauchen, damit die internationalen Assoziationen, welche sich mit dem Frieden, dem Unterricht und der moralischen Erziehung befassen, sich vereinigen, um so rasch als möglich dahin zu gelangen, daß aus dem Schulunterricht alles verschwindet, was geeignet ist, im jugendlichen Geiste feindliche Gedanken gegenüber Völkern und Rassen zu erwecken.

V. Die Versammlung billigt den Grundsatz des internationalen Generalstreikes im Falle eines drohenden Krieges, gemäß der Bestimmung des Haager Kongresses im Dezember 1922.

Die Versammlung empfiehlt allen pazifistischen Gruppen, die öffentliche Meinung ihres Landes mit dieser Idee vertraut zu machen, um dadurch die Unterstützung der größtmöglichen Anzahl von außerhalb der Arbeiterklasse stehenden Staatsbürgern zu gewinnen.

* * *

Manifest der Englischen Friedensgesellschaft.

Die englische Friedensgesellschaft, die älteste aller Friedensorganisationen, mit ihren unter viele Nationen verbreiteten Gruppen und Verbänden, ist tief beunruhigt über die in Europa herrschende kritische Lage. Es gibt keine Hoffnung für die in allgemeiner Notlage jetzt vereinigten Staaten, außer durch eine Politik, die auf einem wahren Verständnis für die Ansprüche aller Völker auf gerechte Behandlung begründet ist.

Unser eigenes Land kann nicht seinen Anteil der Verpflichtungen als einer der Mitunterzeichner des Friedensvertrags aufheben. Es ist eine Angelegenheit nationaler Ehre, daß wir die Last auf uns nehmen und unsere britischen Staatsmänner drängen sollten, die Führung für die Formulierung eines Planes zu übernehmen, der wahren Frieden und dauernden Ausgleich zu halten verspricht.

Die Friedensgesellschaft hat nicht die Absicht, an den neuen Darstellungen des Premierministers gegenüber dem Parlament Kritik zu üben. Sie glaubt, daß diese Darstellungen im allgemeinen die Meinung der großen Mehrheit des britischen Volkes vertreten, und daß der Premierminister auf ein starkes Maß nationaler Unterstützung rechnen kann, in dem, was wesentlich eine nationale Frage ist. Dessenungeachtet ist jeder Tag des weiteren Verzugs voll Gefahr für den gesamten Bau der Europäischen Zivilisation. Daher drängt die Friedensgesellschaft die Regierung, eine klare und entschiedene Politik einzuschlagen und sich zu bemühen, alle Kräfte der Welt zu mobilisieren, die im Stande sind, eine höhere Stufe von Menschenfreundlichkeit zu verwirklichen.

Die allerhöchste Zeit ist da, in der es notwendig ist, endlich die Höhe der Reparationen zu bestimmen, die nach Leistungsfähigkeit jedes Landes, von dem Zahlungen zu fordern sind, bezahlt werden können. Deutschland hat bereits zugesagt, die Entscheidung eines unparteiischen Tribunals von Sachverständigen anzunehmen. Unser Land sollte vor-

bereitet sein, diesen Bescheid ohne Zaudern anzunehmen und gleichzeitig gewillt sein, freimütige Erwägung eines Abkommens für einen Ausgleich der Schulden, die uns von anderen alliierten Staaten noch ausstehen, zu gewähren.

Die Friedensgesellschaft erkennt die speziellen Gründe an, welche auf Frankreich und die französische Meinung einwirken. Trotzdem ist es notwendig, offen zu konstatieren, daß die militärische Besetzung des Ruhrgebietes offen läßt, sie als eine Handlung zu deuten, die Bedingungen gebraucht, die nicht nur unvereinbar mit dem Versailler Vertrag sondern erwogen und verworfen sind, als der Vertrag mit der Zustimmung Frankreichs entworfen wurde. Die Fortsetzung dieser Besetzung verschiebt die Regelung der Reparationsfrage und schafft natürlich eine Fülle von Haß, der den Frieden des gesamten Europa bedroht. Die Erzeugung dieses Geistes ist im besonderen Maß geeignet, die zukünftige Sicherheit zu gefährden, auf die Frankreich und das französische Volk so großen Wert legen. Wir sollten an Frankreich appellieren, daß es helfen möge, den Frieden und nicht Streit zu fördern und sollten nicht vor der offenen Darstellung bei kritischem Resultat zurückschrecken, wenn es Meinungsverschiedenheiten gibt. Friede ist die allererste Notwendigkeit — zweifellos schließt er beides ein: Dienst und Opfer, aber ohne Friede kann sich nichts zu einer neuen und höheren Ordnung des Lebens erheben.

Lord Robert Parmoor, Präsident.
Rev. Herbert Dunnico M. P. Sekretär.

* * *

Resolutionen der gemeinsamen Konferenz des Internationalen Sozialistischen Büro und des Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 3. und 4. Oktober in Brüssel. (Beantragt von den Delegationen Frankreichs und Belgiens und einstimmig angenommen.)

In ihrem beharrlichen Bestreben, einen sicheren und dauerhaften Frieden in Europa herbeizuführen, haben sich die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen des Proletariats von Anfang an bemüht, eine gerechte und wirksame Lösung des Reparationsproblems zu finden. Die englischen, französischen und belgischen Arbeiter sind in dieser Frage zu einer vollständigen Einigung mit den deutschen Arbeitern gelangt. Namentlich die Resolutionen von Amsterdam und Frankfurt haben dieser Verständigung eine präzise Form gegeben und der Wert dieses Entwurfs einer Lösung ist erwiesen durch die Tatsache, daß sich eine immer größere Einstimmigkeit nicht nur unter Leuten guten Willens aller Kreise und aller Länder, sondern auch der offiziellen Sachverständigen der internationalen Regierungskonferenzen zugunsten aller wesentlichen Bestimmungen dieses Entwurfs kundgibt.

Die Konferenz erinnert daran, daß dieser Entwurf namentlich vorsieht:

a) die Verpflichtung Deutschlands, die zerstörten Gebiete im vollen Maße seiner Leistungsfähigkeit wiederaufzubauen, wobei diese durch eine unparteiische Autorität zu bestimmen wäre;

b) Annullierung derjenigen Lasten, die Deutschland in Bezug auf die Kriegspensionen aufgebürdet wurden, ein Widerspruch zu Wilsons vierzehn Punkten, die beiderseits als Grundlage des Waffenstillstandes angenommen waren;

c) Streichung der interalliierten Kriegsschulden;

d) Einführung eines Systems von Natural- und Arbeitsleistungen innerhalb der Grenzen seiner Anwendungsmöglichkeit;

e) die Emission internationaler Anleihen zum Zwecke der schnellen Leistung der Reparationen und der Umwandlung der Schuld Deutschlands gegenüber den alliierten Ländern in eine gewöhnliche Schuld ohne politischen Charakter.

Die Arbeiter Frankreichs und Belgiens haben im Einvernehmen mit allen Organisationen der politischen und der gewerkschaftlichen Internationale, niemals aufgehört, mit aller Energie gegen dieses Attentat auf das Völkerrecht und auf die elementarsten Rechte der Arbeiterklasse zu protestieren. Sie haben nicht aufgehört, die öffentliche Meinung darüber aufzuklären, daß diese schlechte Tat zugleich auch ein schlechtes Geschäft sein würde. Die Resultate zeigen, bis zu welchem Grade sie Recht hatten.

Die Politik Poincarés, mit der die Politik der belgischen Regierung Hand in Hand geht, hat keine Reparationen zutage gefördert. Die „Produktiven Pfänder" haben sich als unfruchtbar erwiesen. Die Gewalt hat wie immer nichts als Unglück erzeugt. Das Elend in Deutschland hat die Möglichkeit einer Lösung in weite Ferne gerückt und verschärft in der ganzen Welt die ökonomischen Schwierigkeiten. Die politische Krise Deutschlands und das Chaos, von dem es bedroht ist, ist eine Gefahr für ganz Europa. Noch niemals standen wir einer so furchtbaren Krise gegenüber. Die ganze Kultur des Westens ist in Gefahr.

Die beteiligten Staaten haben sich jedoch nicht dieser Politik des Friedens und des wahren Wiederaufbaues zugewendet. Während sich die Arbeiter untereinander verständigten, weigerten sich die Regierungen, zu einer gegenseitigen Verständigung zu gelangen. Die Vertreter der alliierten Mächte können sich nicht darüber einigen, was von Deutschland gefordert werden soll, und ihr Streit verschärft noch die ohnehin schon so gefährliche Lage Europas.

Endlich sind die Regierungen Frankreichs und Belgiens, entgegen allem Völkerrecht, zu einem förmlichen Kriegsakt geschritten, indem sie unter dem Vorwand einer Verfehlung von untergeordneter Bedeutung durch ihre Truppen das Ruhrrevier besetzen ließen, mehr als hunderttausend Proletarier aus ihren Heimstätten vertrieben, die elementarsten Bürgerrechte unterdrückten, Deutschland in brutalster Weise von seinem wichtigsten Wirtschaftsgebiet trennten, das ökonomische Chaos, das Elend, Not und die furchtbarste soziale Desorganisation heraufbeschworen.

Die Arbeiterorganisationen warnen das Proletariat aller Länder vor diesen Gefahren. Sie erinnern daran, daß die Gewalt immer wieder die Gewalt erzeugt und das sie, wenn sie es zulassen, daß dem deutschen Proletariat Gewalt angetan wird, sie ihrerseits Gefahr laufen, nicht nur die Opfer eines Krieges nach außen, sondern auch die der brutalen Diktatur des Faszismus im Innern zu werden.

Sie rufen sie auf, ihre Anstrengungen zur Sicherung des Friedens und für eine internationale Verständigung zu verdoppeln. Sie richten den dringenden Appell an die Vereinigten Staaten, ihren vollen Anteil an dem finanziellen und ökonomischen Wiederaufbau Europas und der Wiederherstellung des Weltfriedens zu nehmen.

Die Arbeiterorganisationen verurteilen auf das Schärfste die Politik Poincarés und aller jener, die nach der Aufhebung des passiven Widerstandes auf

die politische Zertrümmerung Deutschlands und seine ökonomische Vernichtung spekulieren und die Eröffnung von Verhandlungen von immer neuen und immer schärferen Bedingungen abhängig machen.

Sie rufen das Weltproletariat in diesem kritischen Moment zur höchsten Wachsamkeit auf und fordern sich für folgende unmittelbar dringende Notwendigkeiten einzusetzen:

1. Die Sicherung der Rückkehr der Ausgewiesenen aus der Ruhr und die Amnestie für alle, die verurteilt wurden, weil sie sich geweigert haben, die Befehle der Besatzungsbehörden durchzuführen.

2. Die Wiederherstellung ungehemmter Verbindung zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet Deutschlands.

3. Die Zurücknahme der den deutschen Beamten auferlegten Verpflichtung, den Besatzungsbehörden den Treueid zu leisten, eine Verpflichtung, gegen die die Bevölkerung der besetzten Gebiete während des Krieges den energischsten und berechtigsten Protest erhoben hat.

4. Die sofortige Aufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten ohne irgendwelche neue Bedingungen.

* * *

Resolutionen der Hauptversammlung der deutschen Friedensgesellschaft in Magdeburg am 6. und 7. Oktober 1923.

I.

Die Friedensgesellschaft verurteilt jeden Krieg, sowohl den Krieg nach außen wie den Bürgerkrieg. Die Gefahr des Bürgerkriegs steht heute in Deutschland vor der Tür. Er muß vermieden werden. Alle unsere Arbeit muß diesem Ziele gewidmet sein. — Wir fordern deshalb die rücksichtslose Auflösung und Entwaffnung aller ungesetzlichen Organisationen, sehen aber in der einseitigen Auflösung republikanischer und sozialistischer Abwehrorganisationen eine Maßnahme, die nur geeignet ist, die Gefahr einer blutigen Erhebung der Rechtsradikalen zu steigern. — Sollten die Provokationen der Gewaltpolitiker jedoch trotz aller auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Arbeit den Bürgerkrieg auslösen, dann lassen wir keinen Zweifel darüber, daß wir mit allen unseren Kräften und Mitteln auf der Seite der Verteidiger der Republik stehen und diesen Kampf als den unseren betrachten werden.

II.

Die Deutsche Friedensgesellschaft warnt das deutsche Volk vor dem sich breit machenden Unterfangen, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht zu fordern, Deutschland damit wehrlos der Gewalt der alliierten Mächte preiszugeben und das heiligste Recht des Menschen, das Recht auf Leben, von neuem zu vergewaltigen.

III.

Die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft erblickt die beste Bürgschaft für die Erlangung und Erhaltung des äußeren und inneren Friedens in konsequentem Ausbau der deutschen Republik. Sie ersucht daher alle republikanischen Parteien, Vereinigungen, Personen mit ihr in festem Verbande zusammenzutreten und zusammenzuwirken, zum Schutze der Republik, zur Ausbreitung des pazifistischen Republikanismus.

IV.

Die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft fordert den deutschen Reichstag auf, eine sofortige Aufhebung des Urteils gegen Fechenbach zu erwirken, damit nicht der Reichsgedanke, die Grundlage jeder inneren und zwischenstaatlichen Ordnung, durch ein rechtswidriges Gewaltturteil notleide.

V.

Die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft fordert, nachdem der passive Widerstand beseitigt ist, daß die Reichsregierung und der Reichstag mit der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen Ernst machen und für deren Durchführung und zugleich für die Gesundung der Reichsfinanzen durch weitgehende Erfassung der Sachwerte Sicherheit schaffen.

Sie fordert von der französischen und belgischen Regierung, daß sie die besetzten Teile Badens sofort freigeben, die im Verlaufe des Ruhrkampfes verhängten Maßnahmen (Ausweisungen, Verhaftungen, Eingriffe in die geordnete deutsche Verwaltung) rückgängig machen und, sobald Sicherheit für die Erfüllung der Reparationen gegeben ist, das Ruhrgebiet räumen.

Sie bedauert, die dem pazifistischen Gedanken widersprechende Weigerung der französischen Regierung, die schwebenden Streitfragen einer unparteiischen Entscheidung oder dem Völkerbund zu unterbreiten.

Sie warnt das deutsche Volk vor dem neuerdings immer stärker hervortretenden Gedanken an den Weg der Gewalt, dessen Beschreitung unausdenkbares Elend und das Ende der deutschen Einheit bedeuten würde.

Sie fordert endlich, daß Deutschland sofort und unbedingt seine Zulassung zum Völkerbund beantrage.

* * *

Resolution der Generalversammlung der Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden.

Die Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden verurteilt jeden Krieg, sowohl den Krieg nach außen wie den Bürgerkrieg. Sie sieht in jedem Krieg Sünde, weil Auflehnung gegen das Gebot: du sollst nicht töten. Das große Leid der Gegenwart, der Abgrund, vor dem wir stehen, ist geschaffen worden lediglich durch diese Sünde gegen das ewige Sittengesetz, durch dieses Verbrechen gegen die Menschheit.

Deshalb ist es Pflicht wie für jeden Kulturmenschen, so insbesondere für den religiösen Menschen, alle Mittel anzuwenden, um einen neuen Krieg zu verhindern. Die tiefsten Ursachen jedes Krieges aber liegen in dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem, dem Kapitalismus mit seiner Profitgier, seiner brutalen Menschenverachtung und seinem skrupellosen Menschenmord auf der einen Seite und der geistigen Trägheit der Massen auf der andern Seite, sich diesem System widerstandslos zu beugen und so sich von ihm versklaven und von einer Generation zur andern auf die Schlachtbank des Krieges schleppen zu lassen. Deshalb kann die Vereinigung nicht in dem gegenwärtigen Völkerbunde das geeignete Organ erblicken, die Welt zu befrieden, denn dieser Pariser Völker-

bund ist seiner Struktur, seinem Geist und seinen Handlungen nach lediglich ein Organ der großkapitalistischen Kreise, um unter der Phrase von Gerechtigkeit jede Ungerechtigkeit an den Schwachen zu begehen, unter der Phrase von friedlichen Sanktionen sich mit Gewalt das zu nehmen, was die unersättlichen imperialistischen Gewaltstaaten zur Abrundung ihres Besitzes haben wollen. Vielmehr sieht sie in einem Völkerbunde, der auf Gerechtigkeit aufgebaut und mit dem sozialistischen Geist der Selbstbestimmung aller Völker, auch der schwächsten und kleinsten, erfüllt ist, das Ziel, und sie arbeitet dahin, die Instrumente der gegenwärtigen Gewaltstaaten, die Heere und Flotten, unzuverlässig zu machen, und sie sieht deshalb in der persönlichen Kriegsdienstverweigerung die sicherste Gewähr, kommende Kriege zu verhindern.

Sie unterstützt deshalb alle Bestrebungen in der Welt, die Weltabrüstung herbeizuführen und den Kriegsdienst abzuschaffen, sie unterstützt in Deutschland alle politischen Bestrebungen, die die Auflösung der Reichswehr und der mit ihr verbundenen militärischen Organisationen verfolgen. Denn diese Organisationen wollen blutigen, aktiven Widerstand, Wehrzwang und Unterdrückung aller der Kreise, die geistige Freiheit, Gerechtigkeit für alle Menschen, Erziehung im Geiste der Menschenliebe, der Völkerversöhnung als ihr Ideal erstreben und treiben damit in den Bürgerkrieg hinein.

Dieser ungeheuren Gefahr gegenüber kann die Vereinigung nicht passiv bleiben. Vielmehr betrachtet sie es als ihre Aufgabe, diesen Geist der militärischen Reaktion auf das entschiedenste zu bekämpfen und macht es ihren Mitgliedern zur Pflicht, alles zu tun, um durch Aufklärung und passiven Widerstand die Ziele der Reaktion zu verhindern. Das Kapital, aus dem die militaristischen Kreise ihre Kraft ziehen, muß ihnen genommen und durch radikale Ergreifung der Sachwerte die Quelle der Ungerechtigkeit verstopft und die Not der Massen gelindert werden.

Sollte es trotzdem zum Bürgerkrieg kommen, sollte den Besitzenden das Kapital nicht genommen werden, sollten sie dazu übergehen, die Besitzlosen in ihrem Hunger nach Brot, nach Gerechtigkeit, nach Freiheit durch blutige Gewalt zu erwürgen, so steht die Vereinigung mit ihrer Sympathie geschlossen auf der Seite der Besitzlosen, derer, die hungert und dürstet nach Gerechtigkeit. Ohne dem Gewissen des einzelnen vorzugreifen, kann sie in blutiger Gegenwehr sich kein Heil, keine Rettung versprechen. Vielmehr fordert sie, wie dem Kriege nach außen gegenüber, Generalstreik aller Schaffenden. Keine Hand, keine Arbeit, kein Pfennig, keine Unterstützung für den Militarismus! Darum verlangt sie schon heute: Stellt Euch ein auf diesen Kampf ohne Mordwaffen, seid bereit, für Eure Ideale zu leiden, zu kämpfen und zu sterben!

Denn nur der verdient die Freiheit und das Leben, der kämpfend sie erobern will.

* * *

Aufruf der Weltjugendliga (Zweig Deutschland).

Jugend des neuen Deutschland!
Entscheide dich:

Willst du den Krieg, den Zwang zum Töten, den Wahnwitz des Hasses und die chemisch-maschinelle Selbstzerrüttung Europas?

Oder willst du den waffenlosen Sieg des neuen Jugendwillens, die Verwirklichung der geistigen Sendung Deutschlands: aus irdischem Leid und ewiger Liebe den neuen Menschen, die neue Gemeinschaft in Frieden und Freiheit zu gebären?

Jugend des neuen Deutschland, nimm den Kampf auf mit dem untergehenden Europa, das dich, den Träger des Geistes, mit hinabreißen will in den Strudel des Irrsinns und der Verzweiflung! Nimm diesen Kampf an seiner entscheidenden Front auf:

Krieg dem Kriege!

Wir wollen in uns und um uns dem Geist des Friedens und der Freundschaft die Bahn bereiten. Wir wollen uns unser Wort geben und erklären:

Die Jugend des neuen Deutschland will keinen Krieg!

Sie ist entschlossen, jeder militaristischen Vergewaltigung mit Wort und Schrift und passivem Widerstand entgegenzutreten, insbesondere auch durch Verweigerung des Kriegsdienstes und durch Unterstützung der Kriegsdienstverweigerer.

Sie wird weder den Nationalisten, die für den Tag der Rache rüsten, Gefolgschaft leisten, noch für kapitalistische Interessen an Erz- und Kohlengruben oder anderem Besitz, kämpfen.

Sie wird aber ihr Leben einsetzen in nie ermattender, dienender Hingabe für die Brüder zur Wegbereitung des kommenden Weltalters!

LITERATUR UND PRESSE.

Bericht von Dr. Hans Wehberg.

Cruchaga Tocornal, Miguel, Nociones de Derecho International, tercera edicion, tomo primero, Madrid 1923, Editorial Reus (S. A.), 648 S.

Hatschek, Julius, Völkerrecht, als System rechtlich bedeutsamer Staatsakte, Leipzig 1923, A. Deichertsche Verlagsbuchhandlnug, 429 S.

Seit vor genau 25 Jahren v. Liszt die erste Auflage seines Lehrbuches herausgab, hat kein deutscher Völkerrechtler eine so ausführliche Darlegung des gesamten Gebiets des Völkerrechts versucht wie Hatschek. Ein enormes Material ist in diesem Werke zusammengetragen, zahllose praktische Fälle werden erörtert; es wird auf knappem Raume außerordentlich viel geboten, sodaß das vorliegende Werk für den praktischen Handgebrauch geradezu hervorragend ist. Dabei ist die Darstellung überaus fesselnd.

Ob die neue, vom Verfasser dem Buche zu Grunde gelegte Systematik der Kritik standhält, ist freilich eine andere Frage und soll hier nicht näher beantwortet werden. Hervorgehoben sei immerhin, daß sich das Recht des Völkerbundes sowie des Krieges recht merkwürdig in der Umgebung ausmachen, in die sie H. einreiht. Auch ist sehr zu bedauern, daß eine Geschichte des Völkerrechts und der Völkerrechtswissenschaft fehlt. Zugegeben werden muß dagegen, daß die Darstellung der Grundlagen des Völkerrechts besser gelungen ist als bei Liszt. Nicht immer ist die Auffassung des Autors fortschrittlich, so z. B. nicht bezüglich der Stellung des Individuums im Völkerrecht und der clausula rebus sic stantibus.

Die Darstellung von Cruchaga verdient deswe-

gen besondere Aufmerksamkeit, weil sie uns mit der völkerrechtlichen Denkweise der Südamerikaner trefflich bekannt macht. Eine Fülle von Material ist auch in diesem Werke zusammengetragen, dessen Uebersetzung ins Deutsche ich für außerordentlich wünschenswert halte.

Herzl, Theodor, Tagebücher, Berlin, Jüdischer Verlag, I. Band: 1922, 648.; II. Band: 1923, 620 S.; III. Band: 1923, 661 S.

Graf Witte, Erinnerungen, mit einer Einleitung von Prof. Hoetzsch, Berlin 1923, Verlag Ullstein, 581 S.

Zwei ausgezeichnete Memoirenwerke, die, obwohl ganz verschiedenartig, jedes in seiner Art für den Geschichtsforscher von Wert sind. Beide befassen sich auch mit der Frage der Entstehung der ersten Haager Friedenskonferenz. Was Herzl darüber aus einem Gespräche mit Bloch (II S. 322) berichtet, ist ohne besondere Bedeutung, weil die Richtigkeit der Mitteilungen Blochs durch keinerlei sonstiges Material unterstützt wird. Was dagegen Graf Witte über die Entstehung des Friedensmanifestes erzählt, hat schon mehr Anrecht auf Beachtung. Allerdings darf bei Witte, wie mir von hervorragender russischer Seite versichert wird und worauf auch Hoetzsch mehr oder weniger hinweist, nicht außer Acht gelassen werden, daß er sich selbst gerne in den Vordergrund der Ereignisse stellen möchte. Daß der Gedanke der Abrüstungskonferenz von ihm ausgegangen oder ausgeführt worden sei, ist unrichtig. Vielmehr hat ihn zuerst der Sektionschef im russischen Ministerium des Aeußern Priklonski geäußert und durch ihn ist dann (durch Vermittlung von Basily und Lamsdorff) die Anregung dem Minister des Aeußeren Mourawieff unterbreitet worden. Letzterer hat sie dann verwirklicht. Priklonsky's Wunsch nach Einberufung einer Abrüstungskonferenz wäre jedoch nicht in Erfüllung gegangen, wenn sich Rußland nicht in finanziellen Schwierigkeiten und in der Unmöglichkeit befunden hätte, der österreichischen Artillerievermehrung in der erforderlichen Weise zu begegnen.

Die Tagebücher Herzls sind überaus fesselnd geschrieben. Man liest mit großer Anteilnahme, wie es diesem jungen, wenig einflußreichen Journalisten gelang, infolge des in ihm brennenden heiligen Feuers der Begeisterung und infolge seiner Standhaftigkeit, Bedeutsames zu erreichen. In persönlichen Unterredungen mit Kaiser Wilhelm, dem Könige von Italien, dem türkischen Sultan, Bülow, Hohenlohe, Witte usw. suchte er diese für die Idee seines Judenstaates in Palästina zu gewinnen. Dieser Judenstaat sollte übrigens keineswegs pazifistisch sein; an mehreren Stellen läßt H. durchblicken, daß er die allgemeine Wehrpflicht im Judenstaat einführen und auch das Duell als notwendig beibehalten will. Obwohl H. mit der Suttner sehr freundschaftliche Beziehungen unterhielt (in ihren Memoiren begegnet uns Herzls Name gleichfalls), und obwohl, wie er hervorhebt, die Suttner 1899 als Korrespondentin seiner Zeitung „Die Welt" zu der ersten Haager Friedenskonferenz ging, war ihm der Pazifismus nichts, wofür zu kämpfen es sich gelohnt hätte.

Die unbestechliche, lautere Persönlichkeit des Verfassers wird ihn jedem Leser sympathisch machen. Auch hat man viel Vertrauen zu der Ehrlichkeit und der Glaubwürdigkeit H., namentlich wenn er die Bestechlichkeit der hohen türkischen Würdenträger, u. a. auch eines türkischen Bevollmächtigten zur ersten Friedenskonferenz schildert. Allzu früh, mit 44 Jahren ist H. gestorben, ohne die Verwirklichung seiner Pläne durch das Völkerbundmandat über Palästina zu erleben.

Die Anmerkungen in dem Buche H. sind nicht sorgfältig und enthalten mancherlei Fehler. Dagegen ist das Register eines der gründlichsten, das mir je begegnet ist.

Politisches Handwörterbuch. Unter redaktioneller Mitwirkung von Kurt Jagow, herausgegeben von Paul Herre, Leipzig 1923, K. F. Koehler, Zwei Bände in Halbleinen, VIII u. 1094 sowie 1032 S. Grundpreis 65 Mark.

Mit großen Erwartungen habe ich dieses neue Nachschlagewerk, dessen Herausgabe in verhältnismäßig kurzer Zeit unendliche Mühe gekostet haben muß, durchgesehen, und es besteht kein Zweifel, daß es sich hier wirklich um eine sehr wertvolle Publikation handelt, die das für jeden politisch interessierten Deutschen notwendige Material besser präsentiert als die anderen in Deutschland vorhandenen Handbücher. Eine Fülle guter meist politisch rechts stehender Mitarbeiter haben die zahllosen Fragen des politischen Lebens erörtert. Manches erscheint gewiß sehr einseitig und ist mit allzu leidenschaftlicher Parteinahme geschrieben. Doch hat man im Großen und Ganzen versucht, keine Propaganda für bestimmte Parteien oder Richtungen zu treiben.

Gut gelungen sind die eingehenden Uebersichten betr. die einzelnen Länder, die politischen Spezialfragen sowie alle die Probleme, die mit den Friedensverträgen, den Reparationen usw. zusammenhängen. Jeder Konferenz betr. das Reparationsproblem ist ein besonderer Artikel gewidmet. Die Orientierungen, die man z. B. aus Artikeln über die Marokkofrage, Fiume, Lithauen, Oberschlesien erhält, sind so vortrefflich, daß es schwer sein dürfte, dieses gleiche Material an irgend einer anderen Stelle, auf den neuesten Stand gebracht, einzusehen.

Was nun freilich die Fragen des Völkerrechts betrifft, so kann man nicht sagen, daß der Herausgeber gut beraten worden ist. Etwa 85 Spalten behandeln das Kriegsrecht, während auf die gesamten Probleme des sonstigen Völkerrechts nur etwa 70 Spalten entfallen. Da halte ich es doch für viel richtiger, wie das Prof. Niemeyer in seinem Göschenschen „Völkerrecht" getan hat, das Kriegsrecht lieber ganz bei Seite zu lassen, als es in dieser Weise zu bevorzugen. Während Spezialfragen des Seekriegsrechts z. B. der Indultfrist, dem Konterbanderecht usw. drei bis vier Spalten gewidmet sind, wird eine so hoch bedeutsame Frage wie die der „Internationalen Unionen" in einer Spalte erledigt. Ganz unerörtert sind z. B. die Fragen der Anerkennung der Staaten, der Staatensukzession sowie der Staatsangehörigkeit (abgesehen von der deutschen Reichsangehörigkeit) geblieben, während der Wirtschaftskrieg und das Paßwesen gänzlich unzureichend behandelt sind. Erfreulicherweise ist sowohl dem Völkerbunde wie dem Völkerbundgerichtshof je ein Artikel gewidmet. Dabei wird allerdings die Zusammensetzung des Rates des Völkerbundes falsch wiedergegeben, und die Namen der Richter des Gerichtshofs, die doch für den Leser eines solchen Wörterbuchs Interesse haben, werden nicht erwähnt.

Speziell die Fragen des Pazifismus sind von Dr. Sauerbeck dargestellt, der dieser Aufgabe leider nicht gewachsen war. In dem umfangreichen Artikel „Pazifismus" vermißt man eine

Orientierung über die eigentlichen Ziele des Pazifismus sowie über die nach dem Kriege in den pazifistischen Reihen heiß umkämpften Probleme. Die verschiedenen Strömungen innerhalb des deutschen Pazifismus inbezug auf die Stellung zum Völkerbunde, die Dienstverweigerung usw. sind nicht einmal angedeutet. Gut ist in Sauerbecks Aufsatz lediglich die Darstellung des deutschen Verhaltens auf den Haager Friedenskonferenzen, wie überhaupt Sauerbeck die ganzen Probleme des Pazifismus einseitig von der Plattform der Schuldfrage aus sieht. Dabei unterlaufen ihm eine Reihe von Gehässigkeiten z. B. gegen v. Gerlach.

Über mich selbst schreibt Sauerbeck, ich habe meinen Austritt aus der Redaktion der „Zeitschrift für Völkerrecht" genommen, „weil die Zeitschrift sich nicht gemäß meiner radikalen, gegen die deutsche Politik stark eingenommenen Auffassung weiter führen ließ". Der Wahrheit entspricht allein, daß ich nicht damit einverstanden war, daß Kohler aus einer der Pflege der Völkerrechtswissenschaft gewidmeten Zeitschrift ein Organ für die Verteidigung der deutschen Kriegführung machte. Kohler wollte den deutschen Einmarsch in Belgien verteidigen, der für mich ein schwerer Rechtsbruch war. Sauerbeck sind noch andere Irrtümer unterlaufen. So behauptet er fälschlich, Nippold sei Präsident der Saarkommission und zieht daraus seine Folgerungen. Man hat den Eindruck, daß Sauerbeck selbst jenes Gerechtigkeitsgefühl gegenüber dem Gegner fehlt, das er bei den Feinden Deutschlands vermißt.

Weit objektiver als die von Sauerbeck geschriebenen Biographien pazifistischer Führer sind die schönen Beiträge von Kleinwächter über Fried, Lammasch usw. Gut ist auch ein Artikel über die Interparlamentarische Union, zu kurz dagegen die Bearbeitung der Rüstungsbeschränkung und der Schiedsgerichtsbarkeit.

Bei den Gesellschaften findet man zwar die deutsch-türkische Vereinigung, nicht aber die Friedensgesellschaft und die Liga für Menschenrechte. Auch vermißt man das Kieler Institut für Weltwirtschaft.

Diese und andere Lücken sollten in einer späteren Auflage, die wir dem verdienstvollen Unternehmen wünschen, ausgefüllt werden.

Denys P. Myers, Manuel des Recueils de Traités et des Recueils Relatifs aux Traités, Cambridge 1922, Harvard University Press, XLVII u. 685 S.

Das vorliegende Buch ist ein bibliographisches Quellenwerk über Vertragssammlungen und Sammlungen, die sich auf Verträge beziehen. Es erstreckt sich bis auf die Zeit zu Beginn des Weltkrieges. Bei der Ausarbeitung wurde der Bestand der Bibliothek der Havard-Universität zu Rate gezogen. 3468 Werke werden insgesamt registriert. Dabei werden auch solche Bücher aufgezählt, die den Stoff kritisch bearbeiten. Ein sehr ausführliches Register erleichtert die Benutzung des Werkes, das als die bedeutsame Bibliographie über Staatsverträge bezeichnet werden muß. Dem Verfasser, einem jungen amerikanischen Völkerrechtler, Bibliothekar der World Peace Foundation, ist die Völkerrechtswissenschaft für diese Leistung zu aufrichtigem Danke verpflichtet.

Jochem, Magnus, St. Johannes und Wir Christen, Heufelden bei Ebingen a. Donau, (Württemberg), Selbstverlag, 1923, 47 S. (Mit dieser sehr inhaltsreichen, dem „meuchlings gemordeten Erzberger" gewidmeten Schrift leitet der bekannte Vorkämpfer der katholischen Friedensbewegung eine neue Schriftenreihe ein, die er „St. Johannisminne" nennt).

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Wehberg, Berlin; für den Anzeigenteil: J. Klebinder, Berlin.
Druck von Gustav Feller, Neubrandenburg.

Einzelpreis 1 Goldmark

XXIII. Jahrgang November/Dezember 1923 Heft 11/12

341.605
FR
v. 23 11-12

DIE FRIEDENS-WARTE

Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation

Begründet von Alfred H. Fried

Herausgegeben in Gemeinschaft mit

Ludwig Quidde, Walther Schücking, Hans Wehberg

und

Friedrich Hertz

von

RUDOLF GOLDSCHEID

Mit Beiträgen von:

Adolf Bischitzki / Raimund Eberhard / J. Hannak / I. B. Humanus
Heinrich Kanner / R. Kuczynski / v. Schoenaich / Martha Steinitz
Otto Ernst Sutter / Veit Valentin / Hans Wehberg / Gertrud Woker

C. A. SCHWETSCHKE & SOHN
BERLIN W 30

VERLAGSBUCHHANDLUNG
GEGRÜNDET 1729

Die Friedens-Warte

erscheint im allgemeinen monatlich. Bezugspreis dieses Heftes für Deutschland 1 Goldmark, für Österreich 15000 Kronen. Für das Ausland ganzjährig 15 Schweizer Franken. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten sowie der unterzeichnete Verlag entgegen.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Sendungen für die *REDAKTION* sind zu richten an:
RUDOLF GOLDSCHEID, Wien III, Jacquingasse 45.

Unverlangten Manuskriptsendungen ist stets ein frankiertes, mit Adresse des Absenders versehenes Couvert beizufügen, Anfragen eine frankierte Postkarte.

C. A. Schwetschke & Sohn / Verlag / Berlin W 30
Freisingerstraße 5a. *Postscheckkonto Berlin 39432.*

Inhaltsverzeichnis:

Rudolf Goldscheid, Die Fortschritte der Friedenspolitik und das Wettrüsten gegen die historische Entwicklung. **J. B. Humanus,** Individuelle und nationale Notwehr. (Schluß) **Richter Raimund Eberhard,** „Die größte Dummheit". **Rudolf Goldscheid,** Der Internationale Kongreß der Liga für Menschenrechte. **Dr. R. Kuczynski,** Bisherige und künftige Reparationsleistungen. **R. G.,** Das Verbot der „Menschheit". **Generalmajor a. D. Frhr. von Schoenaich,** Bauerntum und Pazifismus. **Dr. J. Hannak,** Sport und Pazifismus. **Dr. Adolf Bischitzky,** Pazifismus und Esperantismus. **Otto Ernst Sutter,** Nationalisterei und technischer Fortschritt. **Martha Steinitz,** Ethik und Pazifismus. **Pierre la Mazière,** Aechten wir den Krieg! **R. G.,** Die erste Lehrkanzel für Friedenswissenschaft. **Dr. Heinrich Kanner,** Neues zur Schuldfrage. **Dr. Hans Wehberg,** Die internationale Gerechtigkeit. **R. G.,** Politische Glossen. **Univ.-Doz. Dr. Gertrud Woker,** Ueber Giftgaskrieg. **Professor Dr. Veit Valentin,** Die Führer der deutschen Friedensbewegung. — Nachrufe. — Gegenseitiger Hilfsvertrag. — Ein Manifest der Union für demokratische Kontrolle. - Aus der Zeit. - Tätigkeitsbericht der Deutschen Friedensgesellschaft. - Dokumente der Friedensbewegung. — Literatur und Presse. Bericht von Dr. Hans Wehberg.
Abgeschlossen Anfang Januar 1924.

Die Redaktion der **„Friedens-Warte"** bittet dringend um **regelmäßige Zusendung von Zeitschriften und Büchern pazifistischen oder verwandten Inhalts des In- und Auslandes,** zwecks Verwertung resp. Bekanntgabe in ihrem Literatur- und Pressebericht.

Heft 1/2 des neuen Jahrgangs wird Mitte März erscheinen und u. A. voraussichtlich folgende Beiträge enthalten: **Dr. Hans Wehberg,** Die Resolutionen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über Deutschlands Haltung auf den Haager Friedenskonferenzen. **Prof. Dr. Karl Brockhausen,** Die Forderung: Paneuropa. **Dr. Rich. N. Coudenhove-Kalergi,** Die Paneuropäische Union. **Hellmut v. Gerlach,** Der Pazifismus seit Kriegsende. **Prof. Dr. Hermann Kantorowicz,** Passivismus. **Wolfgang Medding,** Aktivismus. **Studienrat Dr. Erich Witte,** Der Militarismus der preußischen Schulaufsichtsbehörden. **Fritz Röttcher,** Pazifismus und Föderalismus in Deutschland. **Dr. Heinrich Kanner,** Conrad v. Hötzendorfs Denkwürdigkeiten. **Leo Gilbert,** Mahatma Gandhi — eine moderne Christustragödie. **Kurt Lenz,** Der Kampf des chinesischen Volkes für Reichseinheit, Demokratie und Abrüstung.

An unsere Abonnenten

richten wir die höfliche Bitte, die rückständigen Abonnementsbeträge gef umgehend auf beiliegender Zahlkarte zu entrichten. Heft 7/8, 9/10 und 11/1 kosten je 1 Goldmark, die vorhergehenden Hefte je 50 Pfg.

Der Verlag der „Friedens-Warte".

Der Postvertrieb der „Friedens-Warte" erfolgt von Neubrandenburg aus.

Die Fortschritte der Friedenspolitik und das Wettrüsten gegen die historische Entwicklung.

Das Ergebnis der letzten Wahlen in England ist ein Ereignis, das sich in seiner ganzen weltpolitischen Bedeutung heute kaum noch übersehen läßt. Die Vormacht der Demokratie hat damit eine weit über alle Erwartung hinausgehende Festigung erhalten. Und mit der Vormacht der Demokratie zugleich die Vormacht des Pazifismus. Nirgends hatte schon bisher die Arbeiterklasse eine so starke Position wie in England, nirgends stand der Friedensgedanke so sehr im Mittelpunkt der sozialistischen Bewegung wie in der englischen Arbeiterpartei — und nun zeigt sich, daß es gerade diese radikale Friedenspolitik ist, die die Mehrheit des englischen Volkes der Linken zuführte.

Denn soviel ist sicher: auch die Siege der Liberalen haben ihren Grund darin, daß deren Programm der äußeren Politik nicht wesentlich von dem der Labour Party abweicht. Und derjenige Flügel der Liberalen hat die größten Erfolge erzielt, der sich am unzweideutigsten zu diesem bekannt. Scheinbar drehte sich wohl der ganze Wahlkampf um Schutzzoll oder Freihandel, aber bei genauerem Zusehen ergibt sich, daß es der antipazifistische Charakter, der dem Schutzzollprinzip zugrunde liegt, war, der den Anhängern des Freihandels zu ihrem gewaltigen Triumph verhalf.

Wie innig pazifistische Außenpolitik und demokratische Innenpolitik zusammenhängen, das wird die weitere Enwicklung immer unwiderleglicher offenbaren. Die Zeit ist vorbei, wo die Weltkonstellation souverän nach den Wünschen und Interessen kleiner Klüngel gestaltet werden konnte. Heute verfügen diese wohl durch ihre internationalen Kapitalkonzerne noch über weitreichenden Einfluß, aber die Staatenbündnisse lassen sich doch nicht mehr so willkürlich und so ohne jegliche Rücksicht auf die Lebensnotwendigkeiten der Massen herstellen, wie in der Vergangenheit. Während ehemals die außenpolitischen Tendenzen auch die innerpolitische Machtstellung der herrschenden Klassen im höchsten Maße begünstigten, ist es heute genau umgekehrt. Der Imperialismus erweist sich in der Gegenwart nur als ein ebenso kostspieliger wie gefährlicher Umweg zur Demokratie.

Es ist kein Zufall, daß im Weltkrieg den Demokratien des Westens der überwältigendste Sieg, den die Geschichte je verzeichnete, zuteil wurde. Die Entwicklung zur Demokratie ist vielmehr in so hohem Maße historische Notwendigkeit, daß sie selbst durch die blutigsten Kriege nicht aufgehalten zu werden vermag. Das erste Ergebnis des Krieges war der Zusammenbruch der reaktionärsten Militärmonarchien, und zwar wurde die rückständigste von diesen, Rußland, vom allerhärtesten Schlag betroffen. Die geschlagene Reaktion flüchtete sich dann zunächst freilich zu den Siegern. Aber auch dort beginnt sie nun ihr Schicksal zu ereilen. Der politische Umschwung, der mit den Wahlen in England Ende 1922 einsetzte und sich mit den jetzigen Wahlen erheblich vertiefte, wird mit den kommenden Wahlen in Frankreich ein neues Land erobern.

Sieg wie Revolution und Kontrerevolution sind außer stande, ihre Errungenschaften zu bewahren, wenn die zur Macht gelangten Schichten die Demokratie durch brutale Gewalt mit Stumpf und Stiel auszurotten trachten. Das antidemokratische Prinzip versagt im Bolschewismus ebenso wie im Faszismus, verurteilt bei diktatorischer Außenpolitik ebenso wie bei reaktionärer Innenpolitik unentrinnbar zur Isolierung. Jeder Zweifel darüber ist ausgeschlossen: die Demokratie ist die Gesellschaftsform der Zukunft. Und wenn wir gegenwärtig die schwerste Krise der Demokratie durchzumachen gezwungen sind, so nur deshalb, weil auch die Demokratie der Vergangenheit sich jetzt bereits als unzureichend erweist, weil wir nun von der bloß national orientierten Demokratie zur international gesicherten Demokratie fortschreiten müssen. Diese von den Lebensnotwendigkeiten der Völker gebieterisch erforderte Interdemokratie wird sich durch keinerlei Gewaltmethoden aufhalten lassen. Das heißt aber: Mit der Vertiefung und Ausbreitung der Demokratie ist auch der kraftvollste

Vormarsch des Pazifismus untrennbar verbunden.

Deutschland beschwört eine Niederlage nach der andern über sich herauf, weil es verblendet gegen die Gesetzlichkeit der Geschichte ankämpft, was ebenso unsinnig ist, wie wenn man der Naturgesetzlichkeit den Krieg erklären wollte.

* * *

Das offizielle Deutschland ist nur mit einem Gedanken beschäftigt, mit der Frage: Wie läßt sich der nach innen errungene Sieg möglichst vollkommen ausnützen? Die Kriegsgewinner sind an der Macht, teils trotz der Niederlage Deutschlands, teils durch diese. In den furchtbaren Folgen des verlorenen Krieges nach außen erblicken sie darum bloß die Gestehungskosten des für sie so einträglichen Geschäftes, sie trachten sie aus diesem Grunde auch nach Möglichkeit von sich abzuwälzen. Einstweilen hoffen sie dabei auf die gleichen Interessen ihrer Verbündeten in Frankreich, die genau wie sie von der Gefahr bedroht sind, daß sich die Völkerverständigung auf Kosten der Gläubigerklassen vollzieht. Die Entente der Gläubigerklassen in allen Ländern: das ist der gemeinsame Feind, der die Völker der Schuldnerstaaten nicht minder bedrückt, wie die Völker der Gläubigerstaaten.

Interalliierter Schuldenausgleich, das wäre deshalb der Beginn des Debacles der Kriegsgewinner. Denn dem internationalen Schuldenausgleich würde notwendig der innernationale folgen. Was bliebe dann aber von den ungeheuren wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften der großen Inflationszeit übrig? Sie schrumpften zu einer leeren Haut zusammen, wie ein herrlicher Luftballon, der ein Loch bekommen hat. Vor diesem Loch zittern die Reaktionäre der ganzen Welt. Es ist nur zu verhüten, wenn die Phrase weiter allmächtig bleibt, wenn geistige und finanzielle Inflation sich wechselseitig unterstützen. Luftkredite und moralisch ungedeckter, windig aufgeblähter Nationalismus sind zwei Seiten eines und desselben. Der Krieg ist noch nicht zu Ende, weil sich an ihn der Krieg um die Kriegsgewinne schloß. Deren Behauptung ist mit ehrlicher Friedenspolitik unvereinbar. An dieser Tatsache scheiterte bisher jede Lösung der Reparationsfrage. Man hat das Kunststück noch nicht fertig gebracht, einen Modus ausfindig zu machen, der es ausnahmslos allen Kriegsgewinnern ermöglichte, sich selbst an den Reparationszahlungen noch fortgesetzt zu bereichern.

Darum kam es bisher zu keiner Verständigung. Aber vielleicht gibt es doch noch einen Weg zu jenem sehnlich erstrebten Ziel? Könnte nicht am Ende die selbständige Rheinrepublik der erlösende Königsgedanke sein? Daß diejenigen vorläufig noch einflußreichsten Schichten in Frankreich, deren politisches Werkzeug Poincaré ist, darauf ausgehen, kann keinem Zweifel unterliegen. Und in Deutschland? Da lautet wohl die offizielle Parole: Rhein und Ruhr müssen deutsch bleiben! Aber von einem energischen Auftreten gegen die vaterlandslosen Cliquen, die Rhein und Ruhr wirtschaftlich und finanziell von Deutschland abzuschnüren suchen, ist ebenso wenig etwas zu merken, wie von wirksamen Maßnahmen gegen den reaktionären bayrischen Separatismus. Wenn es darum Poincaré — was freilich bei der gegenwärtigen Weltkonstellation schon äußerst unwahrscheinlich geworden ist — noch vor den kommenden französischen Wahlen gelingen sollte, die von Deutschland losgelöste Rheinrepublik als größten Erfolg seiner intransigenten Politik heimzubringen und unter Hinweis auf die damit für Frankreich scheinbar geschaffene Sicherheit seine bereits sehr gefährdete Stellung neuerlich gegen den Ansturm der Linken zu behaupten, so hätte er seinen Dank hierfür in erster Linie den deutschen Nationalisten abzustatten.

Welch ein Wahnsinn, daß man in Deutschland mit der Rechten zu regieren sucht, wo in England die Arbeiterpartei zur ausschlaggebenden Macht aufgestiegen ist, und wo auch in Frankreich ein Sieg der Linken nicht mehr aufzuhalten wäre, wenn in Deutschland die Linke nicht so gewaltsam niedergehalten würde. Das arme, maßlos gequälte deutsche Volk mit seinen an Hunger sterbenden Kindern und Greisen, dessen Mittelstand zusammenbricht, das auch seinen geistig und manuell Arbeitenden nicht einmal mehr das Existenzminimum sichern kann — in der ganzen Welt erweckt es tiefstes Mitleid, welches sich in Notspenden und Hilfssammlungen tatkräftig manifestiert. Nur die kapitalkräftigsten Schichten Deutschlands rührt das entsetzliche Elend nicht, ihnen ist nur Eines heilig, ihr politisches Interesse, und dieses verbindet sie mit der internationalen Reaktion und nicht mit den Lebensnotwendigkeiten des eigenen Volkes. Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß Demokratie und Pazifismus in Deutschland Eingang finden dürfen. Wenn Deutschland nur dadurch vor dem Zerfall bewahrt werden kann, daß die Reaktion in der Welt unterliegt, so ziehen es die deutschen Nationalisten vor, lieber unter dem Schutze von Poincarés ungebrochener Macht stark zu blei-

ben, als nach seinem Sturz in einem demokratisch geeinten, an der Demokratie Frankreichs neuen Halt findenden Deutschland ihre Herrschaftsposition einzubüßen.

Fortgesetzt dasselbe teuflische Spiel: den Abscheu gegen den Krieg, die Verzweiflung über die Not wandelt man in Haß gegen die „Feinde" um, unter dem Vorwand der Reparationspflichten saugt man das Volk bis aufs Letzte aus, plündert man den Staat, beraubt ihn so sehr jeglicher Macht, daß er schließlich sogar zu schwach ist, zu verhindern, daß ihm der größte Teil der Reparationseinkünfte unterschlagen wird, bevor er sie abzuführen vermag. Was schert es die wirtschaftlichen und politischen Kriegsgewinner, die nur darauf aus sind, die Früchte ihres Sieges nach innen in Form neu befestigter Vorrechte, in Form verschärfter Ausbeutungsmaßnahmen durch Ausschaltung des Parlaments, durch Ausnahmezustand, Wiederaufrichtung militärischer und plutokratischer Diktatur, durch Ansammlung unantastbarer Riesenvermögen in Sicherheit zu bringen —, daß damit äußerer Friede und Wiederaufbau Europas unmöglich wird. Man muß wählen zwischen der Erhaltung wie Mehrung der Kriegsgewinne und der Verwirklichung idealer Ziele. Will man das erstere, so muß man Feind des letzteren sein. Von allen ideellen Bestrebungen sind aber Demokratie und Pazifismus die gefährlichsten. Ihnen gilt es darum, den Kampf bis aufs Messer zu erklären. Sind es doch die historischen Triebkräfte selber, die mit unheimlich wachsender Gewalt hinter ihnen stehen!

Wird man in Deutschland, nachdem man in namenlosem Grauen erfahren hat, welches Schicksal man heraufbeschwört, wenn man einen Krieg gegen die ganze Welt führen will, nun einen Krieg gegen die Geschichte wagen? Entwicklung zu Demokratie und Pazifismus, das ist heute der unaufhaltsame Zug der Zeit. Man verliert Macht und Leben, wenn man sich ihm widersetzt. Deutschland wird demokratisch und pazifistisch sein, oder es wird überhaupt nicht sein. Kulturell wie politisch hängt Sein oder Nichtsein Deutschlands davon ab, ob es mit seiner Reaktion fertig wird, bevor diese ihm den Garaus macht.

* * *

Nach der landläufigen Auffassung ist nur die Nation eine Realität, die Menschheit hingegen ein bloßer Begriff. Aus diesem Gesichtswinkel ist alle „Realpolitik" orientiert. Voranstellung des Eigeninteresses gilt, wo immer sich Gruppen zu einheitlichem Handeln zusammenschließen, als der selbstverständliche Ausgangspunkt. Je größere Gruppen als Machtfaktoren in Betracht kommen, desto entschiedener treten sie als reine Interessenverbände auf. Nichts scheint darum jeder staatlich organisierten Nation natürlicher, als in jeglicher Hinsicht als Interessengemeinschaft zu funktionieren. Nun ist aber die Welt heute bereits mehr zur Einheit geworden, als man zuzugeben geneigt ist, und selbst die Menschheit als Ganzes hat längst aufgehört, etwas so Unübersehbares zu sein, daß wir sie zur Not höchstens als Begriff erfassen könnten. Es hat sich in dieser Beziehung alles vielmehr vollends in sein Gegenteil verkehrt. Die Kultur und erst recht die Wirtschaft ist eine Menschheitsangelegenheit geworden; jede Realpolitik, die nicht großzügige Weltpolitik ist, sinkt deshalb zur bloßen Illusions- und Kirchturmspolitik herab.

In unsern Tagen stellt die souveräne Nation einen ganz und gar künstlichen Begriff dar, obendrein — was das Allerschlimmste ist —, einen Begriff, hinter dem keine Wirklichkeit mehr steht, und der so zu einem lebensfremden, ja lebenswidrigen und lebensfeindlichen Begriff entartete. War ehemals die Menschheit ein der Entwicklung vorauseilendes Ideal, so ist jetzt die souveräne Nation ein von der Entwicklung überholtes Vergangenheitsgebilde, das nur in unserer Vorstellung noch als Realität fortlebt. Wir klammern uns an einen Leichnam der Geschichte und wundern uns über die tausendfältigen Zersetzungserscheinungen, eben weil wir gar nicht wissen, daß alle unsere Heilkuren an ein endgültig Totes verschwendet sind. Auf Grund dieser Diagnose kann uns die Tatsache nicht mehr überraschen, daß die Staatsmänner, die die Aerzte der Völker und Menschen sein sollten, zu ihren Totengräbern, ja ärger noch, geradezu zu ihren Mördern geworden sind, daß sie selbst dort völlig versagen, wo sie nicht bewußt schlechten Willens sind. Das nationale Interesse muß ihnen, ob sie wollen oder nicht, zum privaten Sonderinteresse kleiner bevorrechteter Cliquen zusammenschrumpfen, solange sie sich mit starrer Zähigkeit dagegen zur Wehre setzen, international zu denken und das Wohl ihres Volkes durch Regelung und Förderung der internationalen Zusammenarbeit zu sichern.

Nationale Politik ist ein Anachronismus und

darum entweder eine Lüge oder ein Kampf gegen Windmühlen. Auf alle Fälle wird sie immer mehr zur Arbeit für einen unmöglichen Zweck mit durchaus untauglichen Mitteln. Nichts zeigt dies offensichtlicher, als der unselige „Verständigungskrieg", aus dem das deutsche und das französische Volk noch immer keinen Ausweg finden, und der in stets stärkerem Maße die ganze Kultur in Mitleidenschaft zieht. Daß diese beiden Völker sich bisher noch nicht verständigen konnten, liegt nämlich in erster Linie gar nicht an den Gegensätzen, die autochthon aus ihren eigenen Verhältnissen erwachsen, sondern ist hauptsächlich das Produkt der Haltung Amerikas einerseits und Rußlands andererseits. Nur deshalb scheint es, daß der gordische Knoten unserer Zeit bloß mit dem Schwert durchhauen werden kann, weil seine gewaltlose Lösung einzig und allein dann möglich wird, wenn Amerika den Anfang mit der Entwirrung macht. Entschlöße sich Amerika, in weitem Ausmaß auf seine im Krieg aufgelaufenen Gläubigeransprüche an Europa zu verzichten, so könnte England, ohne die Arbeitslosigkeit durch eine Wirtschaftspolitik bekämpfen zu müssen, die die Arbeiterpartei in gefährlichste Konflikte mit den Liberalen brächte, seinen Schuldnern großzügig entgegenkommen. Das hätte aber zur Folge, daß Frankreich auf Deutschland nicht länger einen so harten Druck auszuüben brauchte. Bei gemindertem Druck auf Deutschland würde im deutschen Volk die Demokratie wieder wesentlich erstarken, was naturgemäß die mächtigste Förderung der Linken in Frankreich nach sich zöge. Und daß Rußlands bolschewistischer Imperialismus nur in einem wirtschaftlich zerrütteten Europa Fuß fassen kann, ist wohl ohne weiteres einleuchtend.

So münden also alle Fäden der Weltpolitik gegenwärtig in Amerika. Energischste Bemühung, Amerika von seinem hinter der Maske der Monroedoktrin verborgenen Nationalismus abzubringen, das muß darum das gemeinsame Ziel jeder wahrhaft nationalen Politik für alle Völker Europas sein. Das heißt aber: Kein nationales Problem läßt sich anders als international lösen. Die nationalistische Verblendung ist überall das stärkste Hindernis der nationalen Freiheit. Es ist unsinnig, wenn man in Deutschland Hoffnungen auf das neue England setzt, das aus den letzten Wahlen hervorgegangen ist, solange es die deutsche Reaktion ist, die machtpolitische Vorteile daraus zu gewinnen sucht. Die Arbeiterpartei, die die nächste englische Regierung stellen wird, wird zur Ohnmacht verurteilt sein, wenn es ihr nicht gelingt, an Amerika einen ausreichenden Rückhalt zu finden. Dies kann ihr aber unmöglich gelingen, solange man ruhig zusieht, wie die deutsche und die französische Reaktion sich wechselseitig in die Hände arbeiten, wodurch eine Volksstimmung in Amerika begünstigt wird, die von Einmischung in europäische Verhältnisse nichts wissen will.

Die Willkürherrschaft Stinnes, und Kahrs in Deutschland, die Unnachgiebigkeit Poincarés und der Blutsaugerstandpunkt des Bloc National in Frankreich, der bolschewistisch revolutionäre Imperialismus und die Weltvergiftungspropaganda der Dritten Internationale, der Faszismus Italiens und Spaniens, das Mörderregime Horthys in Ungarn — alle diese kulturzerstörenden und kulturschändenden „realen Gegebenheiten" haben eines und dasselbe zur tiefsten Ursache: den weit fortgeschrittenen Verwesungsprozeß des überlebten Nationalismus, welcher, eben weil er im schroffsten Widerspruch zu den geschichtlichen Notwendigkeiten steht, zu reaktionärem Sonderinteressenfanatismus kleiner, von der Vergangenheit begünstigter privilegierter Schichten zusammenschrumpfen muß.

Wenn wir heute noch ringsum von schwersten Kriegsgefahren bedroht sind, so nicht deshalb, weil der Krieg ein Naturgesetz ist, sondern im Gegenteil, weil man gegen die Naturgesetze Krieg führen will, weil alles Rüsten in unsern Tagen ein Rüsten gegen die Entwicklung ist, ein Wettrüsten gegen Demokratie und Völkerbund, gegen Sozialismus und Internationalismus.

Rudolf Goldscheid.

Individuelle und nationale Notwehr.

Von J. B. Humanus.

(Schluß.)

Angenommen, Bethmanns Behauptung von dem Überfall Frankreichs auf Deutschland sei wahr gewesen. Hätte Deutschland in diesem Falle auf aktiven Widerstand verzichtet, so wäre es der kriegslustigen Minderheit in Frankreich vielleicht unmöglich gewesen, das Attentat zu vollenden. Erst die deutsche „Notwehr", die als ein vom ganzen deutschen Volke getragener und gegen das ganze franzö-

sische Volk gerichteter Gegenangriff erschien, hätte dann die nationale Einheitsfront in Frankreich geschaffen.

So führt die Idee des Verteidigungskrieges zwangsläufig zu der Parole „Right or wrong, my country!". Denn die dieser Parole entsprechende Stimmung, die selbst die friedlichsten Bürger des „Angreifervolks" ergreift, braucht durchaus nicht nur Ausdruck skrupellosen nationalen Egoismus zu sein, sondern kann sehr wohl auch ein verzweifeltes Kapitulieren selbst ethisch gerichteter, den Krieg verabscheuender Menschen vor der Tatsache der nicht nur durch den Angriff, sondern auch durch den Gegenangriff geschaffenen Not ihres Volkes sein. Sodaß für sie dann im wesentlichen dieselben Motive maßgebend sind wie beim Verteidigungskrieg. Eine kriegslustige Minderheit braucht nur die Staatsmaschine für den Angriff zu gewinnen, so löst dieser den Gegenangriff aus, der seinerseits die Mehrheit der Bürger des angreifenden Staats ebenfalls zwingt, zu dem von ihr zunächst nicht gebilligten Kriege Ja zu sagen.

War aber Bethmanns Behauptung alles in allem genommen so unwahr wie beispielsweise die Begründung der Kriegserklärung mit den erlogenen Fliegerangriffen auf Nürnberg, so hat sich die deutsche Arbeiterschaft im Glauben an die „nationale Notwehr" zu einem reinen Angriffskrieg — soweit davon überhaupt die Rede sein kann — mißbrauchen und in die Mitschuld an dem größten Verbrechen der Weltgeschichte hineinzerren lassen, und die französische Arbeiterschaft hat dann dieselbe Mitschuld auf sich geladen wie im umgekehrten Falle die deutsche.

Also wie auch der Krieg gegen Frankreich im Jahre 1914 zustande gekommen sein mag — das grundsätzliche Jasagen der Massen zum Verteidigungskriege war für ein Zustandekommen ebenso entscheidend wie der Angriffswille kleiner Minderheiten.

Ein für die Verquickung von Angriff und Verteidigung besonders charakteristischer Typus ist der Präventivkrieg. Selbst wenn der Angriffswille, gegen den sich der Präventivkrieg richtet, absolut nicht vorhanden ist, ist diese Art Krieg doch kein reiner Angriffskrieg, sondern seinem Wesen nach ebenso sehr Verteidigungskrieg. Denn für den tatsächlich erfolgenden Angriff ist doch der Glaube an den Angriffswillen der Gegenseite entscheidend: er bedeutet ein Vorwegnehmen der Verteidigung gegen den mit Sicherheit erwarteten Angriff: die Verteidigung ist der eigentliche Zweck des Angriffs.

Eine Abart des „aufgezwungenen Krieges", für die dasselbe gilt, ist auch der „Befreiungskrieg", von dem unsere Nationalisten träumen.

Aber selbst wenn keine Angriffskriege noch Verteidigungskrieges ad absurdum geführt durch die Tatsache, daß die große Mehrheit der die Tatsache, daß die große Mehrheit der Individuen der kriegführenden Völker außer stande ist, sich ein sicheres Urteil über die Frage zu bilden, ob ein ausbrechender Krieg wirklich, wie ihre Regierung immer behaupten wird, ein Verteidigungskrieg bezw. ein irgendwie aufgezwungener Krieg ist, während bei der individuellen Notwehr der Angriff als solcher mit einer absolut eindeutigen, unverkennbaren und untrüglichen Realität auftritt, da ja sonst von berechtigter Notwehr keine Rede sein könnte. Es darf nicht vergessen werden, daß zu der in der Natur der Dinge liegenden Verworrenheit hinsichtlich des aggressiven und defensiven Charakters des Krieges noch die mannigfaltigen Mittel künstlicher Verwirrung hinzukommen, die von den stets höchst kapitalkräftigen kriegslustigen Minderheiten und den von der für ihre Zwecke gewonnenen Staatsmaschine angewandt werden, um dem Kriege das defensive Gesicht zu geben. Die Mehrheit ist also, so lange sie auf dem Boden der „legitimen Verteidigung eines Volkes wie jedes einzelnen" steht, vollkommen vogelfrei. In absoluter Hilflosigkeit ist sie jederzeit der wie ein Damoklesschwert über ihr hängenden Gefahr preisgegeben, von den Kriegstreibern in die Psychose des vermeintlichen Verteidigungskrieges hineingetrieben zu werden, wie beispielsweise die deutsche Arbeiterschaft 1914, falls der Weltkrieg, — was hier nicht untersucht werden soll — ein deutscher Angriffskrieg war, oder wie die Völker der Entente, wenn es umgekehrt war, oder wie sämtliche beteiligten Völker, wenn die Schuld am Kriege auf alle gleichmäßig verteilt war.

Schließlich hat auch der Begriff „Berechtigung" im Falle individueller Notwehr einerseits, und, wenn man ihn überhaupt auch nur hypothetisch darauf anwenden will, im Falle nationaler Notwehr andererseits eine wesentlich verschiedene Tragweite.

Die Anerkennung des Rechtes auf nationale Notwehr schließt nämlich für den Fall, daß der Staat von diesem Recht Gebrauch macht, für jeden kriegsdienstfähigen Staatsangehörigen auch die sittliche Pflicht zum Kriegsdienst in sich, also die Pflicht, zu töten und sich töten zu lassen. Damit werden die wesentlichsten individuellen Menschenrechte vollkommen preisgegeben, vor allem das dem berechtigten Selbsterhaltungstrieb entsprechende Recht auf das eigene Leben und das für die

sittliche Persönlichkeit absolut wesentliche elementarste sittliche Recht, dem Gebot des Sittengesetzes zu folgen: „Du sollst nicht töten". Es werden jedem Individuum persönliche und sittliche Opfer zur Pflicht gemacht, die nicht nur die Vernichtung des eigenen Lebens und fremder Menschenleben, sondern auch des damit verbundenen Lebenswerkes und in unabsehbarem Maße auch des Lebensglückes Hinterbliebener bedeuten, also nicht nur den Verzicht auf berechtigte egoistische Lebensansprüche, sondern eine die sittliche Persönlichkeit gradezu zerbrechende Unterdrückung altruistischer Triebe, und all' das, ohne daß das Individuum irgendwie zu übersehen vermag, ob diejenigen altruistischen Erwägungen, die all' diese Opfer rechtfertigen könnten, nicht letzten Endes auf Hirngespinsten und künstlichen Irreführungen, auf Lug und Trug beruhen, und ob nicht die Ablehnung dieser Opfer eine unendlich fruchtbarere und segensreichere Tat auch vom altruistischen Standpunkt aus wäre, indem sie, von seiten zahlreicher Individuen in beiden Kriegslagern erfolgend, den Kriegsgeist und damit das Höllenfeuer des Krieges selbst bald zum Erlöschen bringen würde.

Endlich ist auch das Verhältnis von Notwehrrecht und Notwehrpflicht bei individueller und nationaler Notwehr — soweit die Anwendung all' dieser Begriffe überhaupt zulässig ist — wesentlich verschieden. Im Falle individueller Notwer ist der Träger des Notwehrrechtes und der Notwehrpflicht eine und dieselbe Person. Im Falle der „nationalen Notwehr" hingegen ist es der Staat, der sich das Recht zur „Notwehr" zuspricht, dem Individuum aber soll die Pflicht zufallen, die entscheidende Gewaltanwendung unter ungeheuren persönlichen Opfern und unter Aufhebung seines altruistisch-sittlichen Denkens und Fühlens auch dem gänzlich unschuldigen „Feinde" gegenüber zu vollziehen.

Selbst wenn die Individuen restlos diese Pflicht innerlich bejahen würden, so wäre auch dafür letzten Endes der Staat entscheidend. Denn ein solcher Fall und die dazu führende Situation ist — falls überhaupt — nur denkbar, wenn die staatlichen Machthaber eine Politik getrieben haben, die auf den Gedanken des eventuellen Verteidigungskrieges eingestellt war, und wenn auch die gesamte Erziehung in diesem, wenn nicht in schlimmerem Geiste betrieben worden ist, anstatt daß Politik und Erziehung auf die gänzliche Ausschaltung des Krieges überhaupt gerichtet ist. Durch diese Art von Politik und Erziehung hat der Staat schon im voraus eine Art Zwang zum Verteidigungskriege für den Fall eines feindlichen Angriffs über das Volk ausgeübt und die Willensfreiheit bei einer etwaigen Abstimmung in hohem Grade beeinträchtigt. Die staatliche Souveränität, auf der das internationale Faustrecht beruht, und die daher im Zeitalter eines hochentwickelten Menschheitsorganismus (Weltverkehr, Weltwirtschaft, Internationalismus auf allen Gebieten!) ein Anachronismus, eine Perversität, ein unsittliches Prinzip ist, ist der Urheber der Entscheidung über den Verteidigungskrieg, das Individuum aber ist es, das ohne jede Rücksicht auf Recht und Pflicht die Gewalt anzuwenden hat, töten und sich töten lassen muß, nicht kraft seiner sittlichen Selbstbestimmung, sondern in Konsequenz einer im wesentlichen von außen her über ihn verhängten Entscheidung, einer Art Todesurteil, die gegen seine physische, seelische und sittliche Existenz gerichtet ist.

Die von Wehberg aufgeworfene Frage, ob der Verteidigungskrieg ein die pazifistische Idee fördernder oder sie schädigender Gedanke ist, kann demnach nur in letzterem Sinne beantwortet werden. Mag die individuelle Notwehr noch so berechtigt sein, ja vielleicht eine wertvolle Ergänzung der trotz Polizei und Justiz noch immer nicht ausreichenden Rechtssicherheit sein und das friedliche Zusammenleben der die menschliche Gesellschaft ausmachenden Individuen fördern helfen — für die Berechtigung und den Wert der „nationalen Notwehr" ergibt sich daraus nicht das Geringste. Im Gegenteil, der Vergleich zwischen dem Wesen der individuellen Notwehr und dem der „nationalen Notwehr" zeigt mit aller Deutlichkeit, daß dieselben auf Menschenrecht und Sittengesetz beruhenden Gründe, die für die individuelle Notwehr geltend gemacht werden können, gegen die „nationale Notwehr" sprechen, und daß im Gegensatz zur individuellen Notwehr mit ihrem bei aller quantitativen Einschränkung doch durch die Jahrtausende unveränderten Charakter die „nationale Notwehr" innerhalb eines gewissen Kreises von Kulturvölkern zur Chimäre und, soweit an ihr festgehalten wird, zum Fluch der Menschheit geworden ist.

„Die größte Dummheit."

Von Richter Raimund Eberhard,
Schwerin i. M.

In stets erneuten Wendungen hört man es immer wieder von allen Seiten:

„Die größte Dummheit ist, daß wir im Herbst 1918 unsere Waffen abgeliefert haben."

„Die größte Dummheit ist, daß wir den Locktönen Wilsons gefolgt und auf seine 14 Punkte vertraut haben."

„Die größte Dummheit ist, daß die Heimat mit der Revolution dem Frontheer den Dolchstoß in den Rücken gestoßen hat."

„Die größte Dummheit ist, daß wir bei Beginn des Krieges nicht einige Tage eher losgeschlagen haben; dann hätten wir's geschafft."

„Die größte Dummheit ist, daß wir unsere U-Boote nicht eher und rücksichtsloser eingesetzt haben; dann hätten wir die Engländer und damit auch die anderen Feinde auf die Knie gezwungen."

„Die größte Dummheit ist, daß wir unsere Pazifisten, sonstige Flaumacher, Juden und Judengenossen nicht an die Wand gestellt und niedergeknallt haben."

„Die größte Dummheit ist, daß wir . . . . ."

Und jeder weiß eine neue „größte Dummheit", und ist überzeugt, daß, wenn wir die nicht begangen hätten, wir „es geschafft" hätten, ja weiß es gewiß, daß, wenn wir nicht auch heute immer wieder „größte Dummheiten" begingen — wie etwa Verhandlungen über die Reparationen, Sturz der Regierung Cuno, u. s. w. — wir es auch heute noch „schaffen" würden. — Und weil diese Unentwegten und Unbelehrbaren die „größte Dummheit" zugleich für die größte Verruchtheit, den schmählichsten Verrat am Vaterlande halten, so halten sie alle, die diese angebliche „größte Dummheit" begangen haben, für Schädlinge, Verräter, Verbrecher, die oder wenigstens deren Häupter niederzuknallen vaterländische Pflicht ist.

Nun ich will mich auch zu einer „größten Dummheit" bekennen; allerdings nicht, indem ich auf das zeitliche Geschehen blicke, sondern indem ich meinen Blick auf das allem Zeitlichen unter- und übergelagerte, und es umlagernde Ewige richte, von wo aus allein Sinn und Bedeutung des Zeitlichen aufhellt und wo allein ein Maßstab für das Zeitliche zu gewinnen ist, daß es seinen Wert und seine Zielrichtung offenbart. Von diesem höher gelegenen Standpunkt aus aber ist die größte Dummheit die Selbstsucht, der Egoismus; aber sie ist nicht nur die größte Dummheit, sondern sie ist auch die ärgste „Totsünde", die „Sünde wider den heiligen Geist". Sie ist, wie Fichte in seinen „Reden an die deutsche Nation" sagt, „die Wurzel aller anderen Verderbtheit".

Indem der Mensch sich einbildet, etwas für sich zu sein und sein zu können, indem er sich aus dem lebendigen Zusammenhang des Ganzen absondert und in atomistischer Selbstgenügsamkeit sich selbst zum Gesetz, zum Ziel und zur Richtschnur alles Seienden macht, gerät er notwendig mit der lebendigen Wirklichkeit in Widerspruch, und mag er auch anfänglich, oder auch eine ziemliche Strecke seines Weges mit seinem Draufgängertum, seiner Ellbogenfreiheit, seiner Rücksichtslosigkeit Erfolge, ja großartige Erfolge erzielen, so sind all diese Erfolge doch nur Scheinerfolge, alle Siege nur Pyrrhus-Siege, sein stolzes Haus ist nicht auf den Felsen, sondern auf Sand gebaut, sodaß es, wenn der große Platzregen fällt und die Winde brausen, einen großen Fall tut. Denn solche Selbstsucht, die sich in Widerspruch setzt mit der elementaren Wirklichkeit des Lebens, ruft alle Elemente des Lebens wider sich zum Kampf auf, daß sie den, der ihren ewigen Gesetzen zuwiderhandelt und sich ihnen in den Weg stellt, vom Wege abdrängen und in den Abgrund schleudern. „Irret euch nicht, Gott läßt sich nicht spotten", heißt es in der Religion; und ebenso kann man sagen: „Irret euch nicht, das Leben läßt sich nicht spotten!" Es gibt ewige Gesetze des Lebens, geboren mit dem Weltall selbst, unwandelbar gleich den Gesetzen, die dem Wandel der Sterne gebieten. Wer ihnen zuwiderhandelt, der ist damit schon gerichtet und landet am Ende im ewigen Tode, dem leeren Nichts. „Was der Mensch säet, das wird er ernten": Leben, so er Leben säet, Tod, so er Tod säet. Die Grundgesetze des Lebens — des menschlichen Lebens, des Lebens aller menschlichen Gemeinschaft — aber heißen: Gerechtigkeit und Liebe. Gerechtigkeit: ein gar schillerndes Wort, vielfältig gedeutet und umgedeutet, unzählige Male mißbraucht und mit Füßen getreten. — „Was ist Gerechtigkeit?", so möchte dieser oder jener achselzuckend in Abwandlung der Frage des Pilatus fragen. Nun: „Jedem das Seine gewähren". Auf diese kurze Formel haben die Weisen aller Zeiten den Inhalt des Sinns der Gerechtigkeit gebracht, umschreibend, hindeutend, und gewiß nicht den letzten Inhalt des Begriffs aufschließend. Jedem das Seine gewähren: nicht nur sich selbst, nein auch dem, den, allen andern. Nein, nicht Selbstsucht, sondern Gerechtigkeit! Nicht Selbstsucht, sondern Liebe! Liebe, sie ist nicht ein schwärmerisches Gefühl, eine romantische Aufwallung, eine weichliche Schwelgerei, eine trieb-

hafte Sympathie, sondern eine sittliche Wollung, ein Leben aus der Tiefe, ein Verbundensein mit den alles Seiende durchflutenden ewigen Lebensmächten, ein Einswerden des Gezweiten in einer höheren Ordnung der Dinge. Liebe: Das ist die innigste Lebens- und Wesensgemeinschaft mit dem Geliebten, das unmittelbar erlebte, das in sich selbst gewiß gewordene — nicht bloß verstandesgemäß reflektierte — Bewußtsein des inneren Verbunden-, Verwachsen- und wechselseitigen Verpflichtetseins. Liebe: das ist die Sehnsucht des Gesonderten und Besondersartigen nach seiner Ergänzung, des Getrennten nach seiner Vereinigung mit dem Ganzen, und zugleich die Erfüllung dieser Sehnsucht durch Einswerdung mit dem Anderen und Andersartigen im Ganzen. Liebe: sie ist die Lebenswurzel aller Gemeinschaft, sie ist das Licht, das leuchtet, klärt, erwärmt, belebt, sie, die den Sinn aller Rätsel und Geheimnisse aufschließt, sie — größer als Gerechtigkeit —, die überhaupt erst das innerste Wesen der Gerechtigkeit aufhellt und die Kraft verleiht, wahre Gerechtigkeit zu üben. Liebe: sie macht die Augen nicht blind, sondern helle, sie macht das Herz nicht eng, sondern weit. Liebe, sie der Gegensatz zur Selbstsucht, die in der Tat das Auge blind, und das Herz eng macht, und die darum in die Irre, in den Abgrund und in das Verderben führt. Liebe die höchste Weisheit, Selbstsucht, die höchste Torheit, und also die größte Dummheit und die tiefste Sünde.

Und dies gilt, wie von der individuellen Selbstsucht des Einzelmenschen, so auch von aller Kollektivselbstsucht der sozialen Gruppen: der Volksklassen, Berufsstände, der politischen Parteien, ja auch der einzelnen Völker und Staaten. Woher kommt denn all unser inneres und äußeres Elend? Weil alle, von selbstsüchtiger Leidenschaft verblendet, immer nur rufen: „Ich, ich, mein Nutzen, mein Vorteil, mein Recht, meine Ehre; mir ist Unrecht geschehen! mir ist zu nahe getreten! ich bin gekränkt, übervorteilt, geschädigt, übergangen. . . .“ Der kollektivische und individuelle Ichkrampf ist das Grundübel unserer Zeit, woran, wenn nicht bald eine grundsätzliche Wendung zum Besseren kommt, in der Tat das Abendland untergehen muß Ob es sich um den Ichkrampf in einer zerrütteten Ehe handelt — wie ich und jeder deutsche Richter in ungezählten Ehescheidungsprozessen täglich zu beobachten übergenug Gelegenheit hat, oder ob es sich um einen solchen Krampf in einem Generationen vergiftenden Erbschaftsprozeß handelt, oder ob es sich beim Kampf um die Futterkrippe etwa um den Gegensatz von Stadt und Land, oder beim Klassenkampf um den Gegensatz von Arbeitgeber und Arbeitnehmer u. a. m., oder auch beim Völkerkampf um die Neuordnung und den Neubau der europäischen Wirtschafts-, Rechts- und Kulturgemeinschaft handelt, es ist alles dasselbe: der Ichkampf ist hier und überall die Wurzel aller Verderbtheit, alles Verderbens, das zehrende Gift, das ganz Europa in Fieberschauern rasen läßt, der schwarze Star, der da alle ins Verderben hineinrennen läßt.

Aus einer derartigen Ichkrampf-Einstellung, und darum aus einer derartigen geistigen Blindheit auch sind jene an den Anfang gestellten Urteile über „die größte Dummheit“ zu erklären. Stehen wir doch in einem Kulturzusammenbruch, ähnlich dem oder vielleicht noch größer wie einst beim Untergang Ninives, Babylons, oder des kaiserlichen Roms. Will man hier richten, deuten, werten, Wege in die Zukunft weisen, so bedarf es einer ganz anderen Perspektive, als derjenigen, aus welcher jene an den Anfang gestellten Urteile resultieren — sie, eine Perspektive des sich selbst vergötternden Nationalismus, der in der Bismarckisch-Wilhelminischen Herrlichkeit den Gipfel aller Vollkommenheit und das Heil für alle Welt erblickte, der blind für alle ewigen Menschheitswerte, oder sie höchstens für „Imponderabilien“ haltend, alles Heil in der aufs äußerste gesteigerten eigenen materiellen Macht erblickte und diese Macht in den Dienst des allein-eigenen Nutzens, Gewinns, Vorteils, der eigenen Ehre stellte. *) Die Pendelbewegung, die vom Kosmopolitismus der Aufklärungszeit zur Nationalstaats-Idee der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führte, hatte sich selbst überschlagen, und so war eine geistige Verblendung, ja geradezu Verrücktheit gereift, die u. a. jene gewaltige Bewegung des Neuhumanismus, die von Weimar und Jena ausging, mißachtete, und die durch die Losung „Thron und Altar“ die Kirche in ihren Bann nahm und sie ihrer übernationalen Tendenz völlig entfremdete. Indem gleichzeitig nach dem Ab-

*) Ich blicke hier vor allem auf deutsche Verhältnisse, und meine, daß vor allem wir Deutschen, die wir uns rühmen, „das Volk der Denker und Dichter“, der Innerlichkeit, des Ernstes zu sein — einem Ruhm, dem wir allerdings in der Aera Bismarck, Wilhelm II. überaus untreu geworden sind — alle Veranlassung haben, hier mit uns ins Gericht zu gehen. Selbsteinkehr ist der erste Schritt zur Besserung. Dies gilt für uns, wie für alle anderen Völker. Und ein Henry Barbusse, ein Romain Rolland, ein Marc Sangnier u. a. m. sind es, die diesen Weg in Frankreich gehen, wie etwa Fr. W. Foerster bei uns.

lauf der Ideen-Bewegung unserer klassischen Zeit die Epoche der Naturwissenschaft einsetzte, und diese mit ihren ungeheuren materiellen Erfolgen vielfältig eine Mißachtung alles Seelischen, Innerlichen, Ideellen zeitigte, wurden alle tieferen Bindungen der menschlichen, Volks- und Völkergemeinschaft immer mehr gelockert, problematisch gemacht und aufgelöst, woran auch — was das Volksleben anlangt — die von außen ansetzenden Mechanismen der sozialen Gesetzgebung nichts ändern konnten. Der Erfolg war nun alles, und Macht — individuelle, Klassen-, Staatsmacht — der Weg zum Erfolg. Völlige Atomisierung der bürgerlichen Gesellschaft, der überstaatlichen Gemeinschaft der Völker war der Enderfolg, und das Chaos des Weltkrieges, der Weltrevolution der notwendige Schluß der ganzen Bewegung, das Fazit jener äußerlich so glänzenden, und innerlich doch verwesenden Zeit, einer Zeit des Unglaubens an seelische Werte, psychologische Faktoren, der Mißachtung der tragenden Lebensmächte und lebendigen Quellgründe des Gedeihens aller menschlichen Gemeinschaft, des neudeutschen von Bismarck ausgehenden Schwertglaubens.

Nein, nicht jenen Volksverführern, die mit dem Schlagwort von dieser oder jener „größten Dummheit" die urteilslose und dem ungeheueren Geschehen völlig ratlos gegenüber stehende Masse in die Irre führen, bedarf es, sondern ganz anderer Männer, die mit dem weitesten Horizont zugleich den Tiefblick in die letzten Gründe alles Seins vereinigen, Männer, deren Liebe zu ihrem Volk geklärt, geweiht und geläutert ist durch die Liebe zum Ewigen, und die darum im Geist der Liebe und Gerechtigkeit gerecht werden nicht nur ihrem Volke, ihrer Volksschicht, ihren Standes- und Parteigenossen, sondern auch den anderen Völkern, Volksschichten und Standes- und Parteigenossen; gerecht werden vor allem auch jenem letzten Wesensgrunde alles Lebens, alles Wesens und Geschehens, den der Fromme, ahnungsvoll und mit unaussprechlicher Ehrfurcht hindeutend „Gott" nennt, Gott „von dem, zu dem und in dem sind alle Dinge". Ich sage, es bedarf der Männer vom Schlage jener altisraelitischen Propheten — wie eines Amos, eines Jesaias, eines Jeremias, die das übergewaltige Geschehen ihrer Zeit ins Licht der Ewigkeit stellten und von hier aus ihr furchtbares „Wehe" über ihr Volk riefen, zugleich ihm aber den Weg des Heils verkündeten, Männer, als „Vaterlandsverräter" angefeindet, und verhöhnt und verfolgt, die unbekümmert um all das, ihrer Aufgabe bis in den Tod treu blieben; sie sind nicht Sozial-Politiker, sondern Sozial-Ethiker, die da wußten, daß Recht und Gerechtigkeit, Güte und Treue, Leben im Geist und in der Wahrheit der tragende Grund alles individuellen, wie völkischen und staatlichen Gedeihens sind. „Suchet das Gute und nicht das Böse, auf daß ihr leben möget . . . Hasset das Böse und liebet das Gute, bestellet das Recht . . . .!" Also ruft's der Prophet Amos in seiner „Totenklage über Israel" seinem ins Verderben rennenden Volke zu. Sein donnerndes siebenmaliges „Wehe" läßt Jesaias über sein in tollen Taumel und in Blindheit befangenes Volk dahin rollen. Und in gleicher Weise grollt und zürnt Jeremias, Männer, deren Zeitalter dem unsrigen geradezu auffallend gleicht. Ihnen und allen anderen Propheten waren Recht und Gerechtigkeit, Güte und Treue, Geist und Wahrheit nicht Relativitäten, fragwürdige Probleme, Imponderabilien, sondern der tragende Lebensgrund alles Gedeihens, die elementarsten Lebenswirklichkeiten, wir aber mit unserer sogenannten „Realpolitik", die wir nur die sinnlich greifbaren Mechanismen äußerer Macht für das allein Reale gehalten hatten und dabei im ethischen Skeptizismus und Nihilismus, im oberflächlichem Ulitarismus und seichter Erfolgsmoral gelandet waren, wir sind dahin gekommen, wohin wir mit innerer Notwendigkeit kommen mußten, und wir werden, wenn wir nicht ganz andere Wege gehen, den gleichen Weg gehen wie jene alten Völker: sie in die assyrische und babylonische Gefangenschaft; wir in den „Untergang des Abendlandes". Darum zum Schluß noch einmal: „Die Selbstsucht ist die Wurzel aller Verderbtheit, oder wie jene alten Propheten es von ihrem Vorstellungskreise aus ausdrückten:

„Gerechtigkeit erhöhet ein Volk, aber die Sünde ist der Leute Verderben." *)

Der internationale Kongreß der Liga für Menschenrechte.

Anfang November fand in Paris der Internationale Kongreß der Liga für Menschenrechte statt, an dem ich als

*) Die hier ausgesprochenen Gedanken habe ich näher ausgeführt in meinen Schriften „Vom heiligen und unheiligen Egoismus", „Von der Vaterlandsliebe und vom deutschen Wesen" und „Sozialismus, Föderalismus, Pazifismus". (Letztere Schrift Fr. W. Foerster gewidmet; alle erschienen im Verlag „Friede durch Recht", Ludwigsburg.

Delegierter der Oesterreichischen Sektion dieser neuen Weltorganisation teilnahm. Die Französische Liga für Menschenrechte ist schon seit langem rühmlichst bekannt, sie blickt auf mehrere Jahrzehnte verdienstvollsten Wirkens zurück. In ihren Reihen waren stets die führenden Geister Frankreichs zu finden. Wo immer es galt, sich verletzter Rechte anzunehmen, da griff sie mütig ein und scheute auch vor den härtesten Kämpfen nicht zurück, um jeden Einzelnen vor Vergewaltigung durch die Gesellschaft zu schützen. In den letzten Jahren ist die Liga besonders stark in den Vordergrund des politischen Interesses getreten.

Folgende Daten, die wir einem authentischen Bericht über die Liga entnehmen, charakterisieren die Tätigkeit dieser ausgezeichneten Organisation kurz und treffend: „Die Französische Liga für Menschenrechte hat sich am 4. Juni 1898 konstituiert. Seit ihrem ersten Manifest betonte sie: 1. Daß sie sich auf dem Wege der Propaganda dafür einsetzen werde, die republikanischen Prinzipien der Revolution in der öffentlichen Meinung lebendig zu erhalten und in den Gesetzen zu verwirklichen; 2. daß von nun an jedermann, dessen Freiheit bedroht oder dessen Rechte verletzt werden, sicher sein könne, bei ihr Rat und Hilfe zu finden. Für diese doppelte Aufgabe hat sie unbeirrbar ihre gesamten Kräfte aufgeboten. Sie hat seit 25 Jahren in Zeitschriften, Büchern, Broschüren und auf tausenden Konferenzen das Land informiert; sie hat die Kriegsgerichtsbarkeit, die afrikanischen Bagnos, den Militärkodex bekämpft; sie hat die Brutalitäten der Polizei, die Lügen der Staatsraison, den Skandal des oberflächlichen Unterrichts und der gehässigen Ziviljustiz, die Attentate auf die Denkfreiheit enthüllt. In allen Fragen, die das öffentliche Gewissen beunruhigten, hat sie die Legalität gegen die Willkür verteidigt und dazu beigetragen, das Recht im Sinne der Billigkeit herzustellen. Jeder kennt die Aufsehen erregenden Kampagnen in Sachen Dreyfus, Caillaux, Malvy; jeder weiß, daß Dank der Liga die unschuldig Verurteilten Péan, N'-Guyen Van Do aus dem Kerker erlöst und der Freiheit wiedergegeben wurden, daß es das Verdienst der Liga war, wenn das Andenken der Leutnants Herduin, Millant, Marty Louis, des Sergeanten Mercey, der Soldaten Maillet, Loiseau, Bersot feierlich rehabilitiert wurde. Weniger bekannt ist die ungeheure Zahl von Interventionen, die täglich in aller Stille selbst zu Gunsten der bescheidensten Opfer der Willkür unternommen werden."

Die Liga besitzt über 1000 Ortsgruppen im ganzen Land, ihre Mitgliederzahl hat die Hundertausend längst überschritten und ist im raschesten Wachstum begriffen. Ihrem Vorstande, dessen Präsident der hochangesehene Demokrat Buisson ist, gehören an: Der frühere Ministerpräsident Painlevé, der Senator d'Estournelles de Constant, die Deputierten Renaudel, Moutet, Viollette, Godard, Boncour, die Professoren Victor Basch, Langevin, Ruyssen, Emile Kahn, Aulard, Hadamard, Charles Gide, Seignobos, Charles Richet, weiters General Serrail, Anatole France, Madame Menard-Dorian, Mme. Séverine und eine Reihe anderer prominenter Persönlichkeiten.

Die Liga für Menschenrechte spielt in Frankreich jetzt eine ähnliche Rolle, wie während und nach dem Krieg die Union für demokratische Kontrolle in England. Sie stellt den Sammelpunkt aller fortschrittlichen Elemente dar: gemeinsam arbeiten dort die aufrechten Demokraten, die Sozialisten und Pazifisten zusammen, die in unzähligen Versammlungen, durch Verbreitung einer Fülle von Flugschriften, wie durch Kooperation in der Presse den Bloc der Linken vorbereiten, welcher in den kommenden Wahlen das Land von der Herrschaft der volks- und völkerverhetzenden Reaktion befreien soll.

In der Tätigkeit der Liga ist seit Abschluß des Krieges der Kampf für den Pazifismus immer stärker in das Zentrum gerückt, wie überhaupt in der gesamten französischen Linken, ähnlich wie in England, der pazifistische Gedanke immer mehr zum Fundament der ganzen freiheitlichen und demokratischen Bewegung wird. Diese Entwicklung hat auch dazu geführt, daß die französische Liga für Menschenrechte sich zu einer internationalen Organisation ausbaute. Der Anfang hierzu wurde damit gemacht, daß sich der Bund „Neues Vaterland" nach den großen Manifestationen, die die beiden Verbände 1922 zusammen in Paris und Berlin veranstalteten, in die Deutsche Liga für Menschenrechte umwandelte. Seither war man von Paris aus bemüht, auch in andern Ländern die Begründung von Sektionen anzubahnen. Das Verdienst an dem guten Gelingen dieses Werkes gebührt vor allem der unermüdlichen Vizepräsidentin der französischen Liga, Mme. Menard-Dorian, die in Anerkennung ihrer ausgezeichneten Leistungen auch zur Generalsekretärin der internationalen Organisation bestellt wurde.

Mit dem Novemberkongreß trat der neue Weltverband zum ersten Mal vor die Oeffentlichkeit. Fast sämtliche nationale Sektionen waren durch Delegierte vertreten. Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildeten zunächst natürlich organisatorische Fragen. Aber auch die sachlichen Diskussionen boten viel überaus Interessantes. Die einstimmig angenommenen Resolutionen, welche in der Rubrik „Dokumente der Friedensbewegung" zum Abdruck gebracht sind, zeigen, von welchem Geist der Kongreß beseelt war. Die deutsche Liga für Menschenrechte vertraten Dr. Kuczynski, Senatspräsident Freymuth und Lehmann-Rußbüldt, denen fortgesetzt Beweise besonderer Sympathie seitens der Versammlung zuteil wurden, welche sich nicht nur nach deren ausgezeichneten Referaten in spontanen Kundgebungen äußerten, sondern auch in der überaus herzlichen Weise zu Tage traten, in der Dr. Kuczynski am zweiten Tage des Kongresses das Präsidium übertragen wurde. Nicht minder warm war die Aufnahme, die die deutsche Delegation in der gesamten links gerichteten Presse fand.

Wie sehr diese übrigens im Aufstieg begriffen ist, das wird am besten dadurch illustriert, daß die erst kaum ein Jahr bestehende, radikal links orientierte, durchaus pazifistische Tageszeitung „Quotidien", heute bereits in einer Auflage von einigen Hunderttausend Exemplaren erscheint und daß ebenso das ganz vortreffliche Organ der Entente der Linken, die „Ere Nouvelle", sich eine sehr starke, täglich wachsende Beachtung erzwungen hat.

Ein sehr interessantes Symptom für die machtvolle Tendenz zum Zusammenwirken aller links gerichteten Elemente liegt auch in der Tatsache, daß Vandervelde, der als Führer der belgischen Delegation an dem Kongreß teilnahm, für sein Land gerade in dieser Zusammenarbeit die größte Bedeutung der neu begründeten Sektion erblickte und kürzlich melden konnte, daß der belgische Zweig in den wenigen Wochen seines Bestehens schon beinahe zehntausend Mitglieder zu gewinnen vermochte.

Alles in Allem geht der Haupteindruck, den ich von meinem Aufenthalt in Paris auf Grund der Beobachtungen auf dem Kongreß, wie nach zahlreichen Unterredungen mit führenden Persönlichkeiten empfing, dahin: In Deutschland macht man sich ein durchaus falsches Bild von dem jetzigen Frankreich. Frankreich hat längst aufgehört, das Frankreich des Bloc National zu sein. Es ist keineswegs bloß ein kleines Häuflein Einflußloser, das eine Verständigung mit Deutschland wünscht; sehr große Massen im ganzen Land sind es vielmehr bereits, die, geführt von den Besten der Nation, von ihren erlesensten Geistern, nur der eine Gedanke erfüllt: Friede und Freundschaft mit dem deutschen Volk.

Warum dann Poincaré noch immer eine gefügige Mehrheit in der Kammer findet? Auch in dieser Hinsicht liegen die Dinge ganz anders als sie im Gros der deutschen Presse zur Darstellung gelangen. Erstens ist Poincaré weit weniger der Führer als der Gefangene des Bloc National, und er ist dies vor allem durch das vaterlandslose Treiben der deutschen Nationalisten und Inflationisten, der reaktionären Saboteure gegen alle ehrliche Reparations- und Verständigungspolitik geworden. Zweitens liegt es offen zu Tage, daß die gegenwärtige Zusammensetzung der Kammer keineswegs mehr einen wahrheitsgemäßen Ausdruck der tatsächlichen Volksstimmung in Frankreich bietet, ja ihn wegen des ungerechten und verfälschenden Wahlgesetzes auch schon bei ihrem Zustandekommen nicht gebildet hat. Drittens — und das ist sehr wesentlich — beachte man, unter wie großen Schwierigkeiten Poincaré selbst in der gegenwärtigen Kammer jetzt zu seinen Vertrauensvoten gelangt. Es muß in der letzten Zeit immer schon eine sehr künstliche Formulierung der Regierungsanträge ersonnen werden, damit ihre Ablehneng vermieden zu werden vermag. Poincaré verfügt also heute bereits nur noch über eine Art Zwangsmehrheit, d. h. er kann sich nur dadurch retten, daß er sich mit Beschlüssen zufrieden gibt, die so allgemein lauten, daß die gemäßigten Elemente sie wohl oder übel anzunehmen genötigt sind. Mit anderen Worten: Die Mehrheit Poincarés hat sich ganz erheblich nach der Mitte hin verschoben; der Bloc National in seiner alten Gestalt, mit seinem Schwerpunkt in der äußersten Rechen ist eine vollends erledigte Angelegenheit. Ja, das ist nicht nur die gemeinsame Ueberzeugung aller Vertreter der Linken, daran zweifeln gegenwärtig sogar die Führer des Bloc National selber nicht mehr.

Und beweisen nicht alle Nachwahlen des letzten Jahres, welch' tiefgreifender Umschwung sich vollzogen hat? Und ist nicht auch der Freispruch von Germaine Berton, die seinerzeit das Attentat gegen Plateau, den Sekretär der Action francaise, das gefährlichste Werkzeug Leon Daudets, verübte, ein höchst bezeichnendes Symptom und erst recht die Aufnahme dieses Freispruches in der Oeffent-

lichkeit? Zu alledem kommt noch der für die imperialistische Gewaltpolitik der französischen Regierung geradezu niederschmetternde Ausfall der letzten englischen Wahlen, wie nicht minder der fortdauernde, unaufhaltsam sich verschärfende Sturz des französischen Francs und die wachsende Abneigung weiter Kreise gegen die immer unverhüllter auftretende Reaktion in allen Fragen der innern Politik, der täglich härtere Druck der Teurung und Besteurung der Massen, das Uebergreifen der Kirche in Schule und Erziehung, ja selbst in der Verwaltung, — durchweg Momente, die es höchst wahrscheinlich machen, daß die Maiwahlen mit einem gründlichen Ruck nach links abschließen werden.

Wie stark dieser Ruck nach links ausfällt, und in noch viel höherem Maße, welche Erleichterungen dem deutschen Volke aus dem Umschwung erwachsen können, der in Frankreich schon in vollem Gange ist, das wird freilich sehr wesentlich davon abhängen, wie sich die politischen Verhältnisse in Deutschland selber entwickeln. Läßt sich das deutsche Volk weiter über das, was tatsächlich in der Welt vorgeht, täuschen, nimmt es Ueberarbeit und Unterernährung geduldig hin, um damit Stinnes und ähnliche Parasiten am Staat ihre Riesenvermögen in geradezu phantastischen Dimensionen vergrößern zu helfen, ist es eher geneigt, seinen traditionellen Ausbeutern, unter Verschleuderung seines organischen Kapitals, die ungeheuersten Tribute zu zahlen, als sie zu zwingen, mit ihrem materiellen Kapital ausreichend für die Reparationsverpflichtungen aufzukommen, — dann wird auch eine vom besten Willen für Deutschland beseelte Arbeiterregierung in England, ja selbst der Sturz Poincarés, an der deutschen Not nichts ändern können, wird das künstlich herbeigeführte Massensterben in Deutschland seinen Fortgang nehmen.

Für eine Republik ohne Republikaner, für eine Arbeiterschaft, die den Raubbau des Zehnstundentages duldet, für ein Gemeinwesen von unermüdlich Werktätigen, die mit den unzähligen, zu vorzeitigem Erschöpfungstod Verurteilten den Boden düngen läßt, auf dem die Goldmilliardäre gezüchtet werden, gibt es keine Rettung. In der Welt sind die Kräfte, die an der Befreiung des deutschen Volkes arbeiten, schon sehr mächtig am Werk. Es braucht jetzt nur noch selbst zu erkennen, was die Geschichte von ihm fordert, und nach langer, tiefer Nacht winkt ihm endlich heller Tag, mit Friede, Freiheit und gesichertem Aufbau: die strahlende Souveränität international geschützter Demokratie!

Rudolf Goldscheid.

Bisherige und künftige Reparationsleistungen.

Von Dr. R. Kuczynski, Berlin.

Was hat Deutschland bis jetzt an Reparationen geleistet? Die Reparationskommission sagt: 8 Milliarden Goldmark*), die Reichsregierung behauptet: 42 Milliarden Goldmark **). Wie erklärt sich der ungeheure Unterschied?

Erstens berücksichtigt die Reparationskommission nur die Leistungen, die schon endgültig abgeschlossen und abgeschätzt sind. Infolgedessen bucht sie z. B. das im Ausland beschlagnahmte Vermögen deutscher Staatsangehöriger überhaupt nicht, weil die Liquidation noch im Gange ist. Deutschland fordert, daß ihm dafür schon jetzt 11 740 Millionen Goldmark gutgeschrieben werden, vorbehaltlich weiterer Ansprüche für das in den Vereinigten Staaten, Rußland, Brasilien und Kuba beschlagnahmte deutsche Eigentum, dessen Schicksal noch unentschieden ist. Aus ähnlichen Gründen — nämlich, weil die Abschätzung noch nicht durchgeführt ist — hat die Reparationskommission einstweilen das in dem abgetretenen Abstimmungsgebiet Oberschlesiens gelegene Reichs- und Staatseigentum Deutschland noch nicht gutgeschrieben.

Zweitens setzt die Entente bei Abschätzung der deutschen Leistungen grundsätzlich den Preis an, den sie bei einem Weiterverkauf tatsächlich erzielt hat oder ungünstigstenfalls erzielen würde, während Deutschland grundsätzlich den Wert einträgt, den die betreffenden Gegenstände zur Zeit der Ablieferung für Deutschland hatten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Standpunkt der Reichsregierung der einzig richtige ist. Das Vorgehen der Reparationskommission ist um so ungeheuerlicher, als die Entente bei ihren Gegen-

*) Vgl. Commission des Réparations, Etat des Obligations de l'Allemagne au Titre des Réparations etc. à la date du 31 décembre 1922, Paris, Librairie Félix Alcan 1923.

**) Vgl. Lujo Brentano, Was Deutschland gezahlt hat. Berlin und Leipzig 1923, Walter de Gruyter & Co. Auch diese Schrift gibt den Stand vom Dezember 1922 wieder.

forderungen an Deutschland grundsätzlich den deutschen Standpunkt eingenommen, also stets den Wert angesetzt hat, den die zerstörten Gegenstände (Schiffe usw.) für den Verlierer hatten. Die Unterschiede zwischen den Zahlen der Reichsregierung und denen der Reparationskommission, die sich aus der Verschiedenheit der Bewertungsgrundsätze ergeben, sind außerordentlich groß. Die Reichsregierung fordert z. B. für die abgelieferten Seeschiffe eine Gutschrift von 4644,2 Millionen Goldmark; die Reparationskommission bucht nur 707,5 Millionen Goldmark, weil sie diesen Betrag bei der Versteigerung der Schiffe erzielt habe. Noch mehr zum Schaden Deutschlands werden sich die Bewertungsgrundsätze der Reparationskommission, wenn sie nicht inzwischen zu einer besseren Einsicht gelangt, bei der Anrechnung des obenerwähnten, im Ausland beschlagnahmten deutschen Eigentums auswirken. Denn gegen diese der Entente übereigneten Werte sollen ja die von Entente-Staatsangehörigen in Deutschland erlittenen Schäden aufgerechnet werden. Würden aber diese Schäden, wie stets bisher, unter Anwendung der deutschen Bewertungsgrundsätze, das von Deutschland abgelieferte Privateigentum aber nach den Bewertungsgrundsätzen der Reparationskommission abgeschätzt, so würde Deutschland schließlich möglicherweise für dieses Eigentum gar nichts gutgeschrieben erhalten, ein Vorgehen, für das kein Wort der Verurteilung zu hart wäre. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß die Reichsregierung ihre richtigen Bewertungsgrundsätze auch immer in der Praxis richtig angewendet habe. Im Gegenteil, sie hat leider selber die Stoßkraft ihrer berechtigten Forderungen durch die Stellung von ganz übertriebenen Ansprüchen abgeschwächt. Das gilt vor allem für ihr Verlangen, die der Entente abgetretenen Forderungen an Deutschlands ehemalige Kriegsverbündete mit 8,6 Milliarden Goldmark auf Reparationskonto gutgeschrieben zu bekommen. Denn wenn auch der Standpunkt der Reparationskommission, die von Deutschland seinen Verbündeten gewährten Darlehen lauteten auf Papiermark und seien daher in Papiermark zurückzuzahlen (also wohl 8,6 Milliarden Mark = 1 Goldpfennig?), volkswirtschaftlich und rechtlich unhaltbar ist, so wird doch kein Unbefangener Deutschland mehr als einen kleinen Bruchteil der 8,6 Milliarden Goldmark gutgeschrieben wissen wollen.

Schon diese wenigen Andeutungen lassen es begreiflich erscheinen, daß bei allen ehrlichen Forschern seit langem der Wunsch bestand, eine unparteiische Instanz möge den Wert der bisherigen Reparationsleistungen Deutschlands auf Grund sorgfältiger, sachkundiger Prüfung der von beiden Parteien veröffentlichten Unterlagen abschätzen. Dieser Wunsch ist jetzt endlich erfüllt worden. Der Leiter des „Volkswirtschaftlichen Instituts" in Washington, Professor Harold G. Moulton hat sich mit seinem ausgezeichneten Mitarbeiter Constantine McGuire der großen Mühe unterzogen; sie haben dafür das unleugbare Verdienst, die erste vorurteilslose und wissenschaftlich vertretbare Antwort auf die strittige Frage gegeben zu haben *). Sie lautet: Deutschland hat bis zum 30. September 1922 alles in allem Reparationen im Werte von 25 bis 26 Milliarden Goldmark geleistet.

Wie war das möglich, wo doch Deutschland in den Jahren 1919 bis 1922 eine passive Zahlungsbilanz von insgesamt 10 Milliarden Goldmark hatte?

Da ist zunächst zu beachten, daß einige sehr erhebliche Leistungen außerhalb der Zahlungsbilanz liegen, weil sie keine eigentliche Ausfuhr aus dem heutigen Reichsgebiet darstellen. Es sind dies nach Moultons und Mc Guires Schätzung insbesondere:

im Ausland beschlagnahmtes Eigentum deutscher Staatsangehöriger im Werte von 10 Milliarden Goldmark;

in den Abtretungsgebieten ausgeliefertes Reichs- und Staatseigentum im Werte von 5 Milliarden Goldmark;

die Saargruben im Werte von 650 Millionen Goldmark;

nichtmilitärische Rücklaßgüter an der Westfront im Werte von 1 200 Millionen Goldmark.

So seien vielleicht 18 von den 25 bis 26 Milliarden Goldmark unabhängig von der Zahlungsbilanz geleistet worden.

Im übrigen habe Deutschland für etwa 1 Milliarde Goldmark Auslandswerte abgestoßen, für etwa 8 Milliarden Goldmark Papiermark an ausländische Spekulanten verkauft und für etwa 8 Milliarden Goldmark deutsche Effekten und deutschen Grundbesitz an ausländische Anlagesucher veräußert.

Bei alledem handelt es sich nun um Leistungen, die Deutschland teils überhaupt nicht, teils nur in ganz geringem Maßstabe fortsetzen kann. Denn das beschlagnahmte Vermögen im Ausland, das Reichs- und Staatseigentum in den Abtretungsgebieten, die Saargruben und die Rücklaßgüter sind endgültig verloren. Die

*) Germany's Capacity to Pay, McGraw-Hill Book Company, New York, 1923, 384 Seiten. Eine deutsche Übersetzung wird binnen kurzem im „Verlag für Politik und Wirtschaft" erscheinen.

Anlagen im Ausland sind fast vollständig abgestoßen, und der Verkauf von Papiermark, Effekten und Grundeigentum bringt keine nennenswerten Beträge mehr. In Zukunft kann Deutschland — darin muß man Moulton und McGuire durchaus recht geben — im wesentlichen nur noch mit dem Ausfuhrüberschuß an Waren zahlen. Einen solchen Überschuß aber halten die amerikanischen Gelehrten für wenig wahrscheinlich. Auch das ist richtig, wenn man unterstellt, daß in Deutschland nach wie vor jeder Landwirt, jeder Fabrikant, jeder Kaufmann sein Geschäft unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten betreiben wird. Aber die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit seine Ausfuhrmöglichkeit könnte außerordentlich gesteigert werden, wenn an die Stelle der bisherigen anarchischen Produktion eine Planwirtschaft träte. Die erste Vorbedingung für künftige Reparationszahlungen wäre also die Rationalisierung der deutschen Produktion.

Die zweite Vorbedingung wäre die Niederlegung der gegen Deutschland errichteten Zollschranken. Denn eine theoretische Ausfuhrmöglichkeit würde ja noch nichts nützen, wenn sie praktisch durch die Handelspolitik der Ententestaaten im Keime erstickt würde. Allerdings sollte Deutschland, als der Schwächere, auch hier mit gutem Beispiel vorangehen. Schon vor bald drei Jahren — am 18. März 1921, unmittelbar nach der Londoner Konferenz — empfahl ich der Reichsregierung: *) „Die . . . Ausfuhrabgabe sollten wir ablehnen und die Aufhebung jeder Hemmung unseres Handels fordern, dafür aber — ohne jede Gegenleistung — der gesamten Welt Freihandel bei der Einfuhr nach Deutschland bieten." Dieser Vorschlag, einen Teil der Reparationsleistungen durch Einräumung von Freihandel abzugelten, hat in England freudigen Widerhall gefunden, und der Ausfall der jüngsten Wahlen läßt die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß, wenn die Reichsregierung endlich mit einem solchen Vorschlage hervorträte, er von England und bald vielleicht auch von anderen Staaten angenommen würde.

* * *

Ohne Ausfuhrüberschuß keine Reparationszahlungen! Das bedeutet: wenn Deutschland einen Ausfuhrüberschuß hat, sind Reparationszahlungen möglich. Damit sie aber wirklich geleistet werden, ist noch ein weiteres nötig: das Reich muß sich die dafür erforderlichen Zahlungsmittel beschaffen, d. h. es muß seine Einnahmen so steigern, daß diese nicht nur zur Deckung des inneren Bedarfs ausreichen, sondern darüber hinaus einen Überschuß für Reparationsleistungen liefern. Eine Deckung der inneren und äußeren Ausgaben durch laufende Einnahmen muß sogar der Rationalisierung der Wirtschaft vorausgehen, weil die Gesundung der Reichsfinanzen die Vorbedingung einer stabilen Währung und ohne eine stabile Währung eine rationelle Wirtschaft undenkbar ist.

Das Dringlichste ist also die Durchführung eines einheitlichen Währungs- und Finanzprogramms. Wie ich mir das denke, ist den Lesern der „Friedenswarte" aus dem im vorigen Heft (S. 321) abgedruckten von Rudolf Goldscheid und mir verfaßten Offenen Schreiben an die Reichsregierung bekannt. Wir forderten da die unverzügliche Einlösung der Papiermark gegen Goldmark und eine große Vermögensabgabe in Form der Ausgabe von Gratisaktien an das Reich, Eintragung von Grundschulden zugunsten des Reichs usw. Ein Teil der Abgabe würde dann an die Entente zwecks Befriedigung ihrer Reparationsansprüche übereignet werden. Daß eine solche Lösung der Reparationsfrage weiten Kreisen in Frankreich willkommen wäre, davon habe ich mich erst vor kurzem in zahlreichen Besprechungen mit französischen Politikern aller Richtungen und insbesondere auch durch Unterhaltungen mit französischen Großindustriellen überzeugen können. Für Deutschland aber gibt es keine erträglichere Lösung, und wer das Wohl der Allgemeinheit höher stellt als Sonderinteressen, sollte rückhaltlos dafür eintreten.

*) Jahrbuch der Finanzpolitischen Korrespondenz 1921, Erstes Heft S. 27.

Das Verbot der „Menschheit".

Noch immer ist die „Menschheit" verboten. Ahnen die Verantwortlichen nicht, wie schwer sie das Ansehen Deutschlands durch derartige Gewaltakte gegen den Geist schädigen? Gegen eine Persönlichkeit wie Foerster kann man doch nicht die Reichswehr ausrücken lassen. Das ist einer der schlimmsten Rückfälle in die Methoden des kaiserlichen Deutschland. Wohin diese geführt haben, das könnte man wohl jetzt endlich wissen. Foerster war es schon mitten im Krieg überdeutlich klar, seine Schriftenreihe

aus der Zeit von 1914—1918 legt dafür das unbestreitbarste Zeugnis ab. Er hat sich damit ein Denkmal errichtet, das keine Gehässigkeit je zerstören können wird.

Und was die Tätigkeit Foersters während der letzten Jahre anlangt, so muß man, in so Vielem man seinen Anschauungen auch nicht zustimmen mag, doch unbedingt anerkennen, daß er in einer ganzen Reihe entscheidender Punkte durchaus Recht behalten hat. Es darf ihm besonders nicht vergessen werden, daß er als Erster vor den in den passiven Widerstand gesetzten Hoffnungen auf das Nachdrücklichste warnte. Deutschland stände sicherlich ganz anders da, wenn man auf ihn gehört hätte, statt ihn taub und blind mit wütendem Haß zu verfolgen.

Ich bin der Letzte, der geneigt wäre, zu verkennen, daß er sich auch in bedauerliche Einseitigkeiten verrannte. Die sehr wesentlich von der Haltung der „Menschheit" abweichende Stellungnahme der „Friedens-Warte" beweist dies ausreichend. Aber ich bekenne ebenso offen, daß ich aus dem konsequenten Zuendedenken der Foersterschen Argumente den reichsten Gewinn gezogen habe, daß sie mich zu stets erneuter Prüfung der Berechtigung des von mir eingenommenen Standpunktes veranlaßten, so daß ich mich ihm für die stete Schärfung meines Gewissens zu lebhaftestem Dank verpflichtet fühle. Auch die führenden Staatsmänner und Politiker hätten gar manchen verhängnisvollen Fehler vermeiden können, würden sie sich nicht beharrlich geweigert haben, sich gedanklich mit ihm auf das Ernsthafteste auseinanderzusetzen.

Ich erinnere mich aus der Zeit her, wo Dr. Geßler noch Aufbauminister war, einer längeren Unterredung mit ihm. Auch seinem Gedächtnis wird wohl nicht entschwunden sein, in wie vielen grundlegenden Fragen unsere Anschauungen damals einander begegneten. Es ist mir auch noch vollends gegenwärtig, mit wie großer Wärme Dr. Geßler damals seiner Wertschätzung freier Ideen Ausdruck gab, wie lebhaft er betonte, daß nichts der Austragung politischer Kämpfe schädlicher sei, als die Behinderung im Gebrauch der geistigen Waffen und erst recht die Unterschätzung ihrer Bedeutung für die kulturelle Entwicklung.

Hat Dr. Geßler, seit er Reichswehrminister ist, sich so von Grund auf gewandelt, daß er sich nunmehr nur zu den groben physischen Waffen bekennt, die sein Amt ihm in die Hand gibt? Ich will es nicht glauben. Aber wie soll ich mir sonst sein ganzes Verhalten in den letzten Jahren und vor allem sein Verbot der „Menschheit" erklären? Staatsraison? Ihm ist ebenso gut bekannt wie mir, daß mit nichts widerlicherer Mißbrauch getrieben wurde, als mit der gepriesenen Staatsraison, daß sie stets herhalten mußte, wenn ein Gewaltakt oder eine Dummheit widerrechtlich gerechtfertigt werden sollte und daß die Geschichte nichts offenkundiger lehrt, als den immer wiederkehrenden Bankerott der Staatsraison.

Und was müssen wir jetzt erleben? Statt daß das Verbot der „Menschheit" aufgehoben worden wäre, folgte ihm, nach dem verhängnisvollen Gesetz der schiefen Ebene, das Verbot der „Welt am Montag". Nach Foerster sucht man jetzt Gerlach mundtot zu machen. Ist das auswärtige Amt so schlecht informiert, daß der Regierung nicht zur Kenntnis gelangte, ein wie großes Ansehen Gerlach in der ganzen Welt genießt, wie starkes Vertrauen gerade die Linke in Frankreich, ja sogar nicht nur die Linke dort in Gerlach setzt? Will man mit diesem weiteren Verbot der antideutschen Propaganda neuen Agitationsstoff bieten?!

Herr Reichswehrminister, gehen Sie nicht weiter auf dieser abschüssigen Bahn! Lassen Sie sich von der Rechten nicht zu Handlungen drängen, die Sie weder vor Ihrer Vergangenheit noch vor Ihrer patriotischen Besonnenheit und Rechtschaffenheit verantworten können. Der Geist läßt sich nicht unterdrücken, Sie werden durch die aufreizenden Unterdrückungen weder Professor Foerster noch Herrn von Gerlach mundtot machen können. Schluß also mit einer Zensur, die uns nicht nur vor dem Ausland diskreditiert, sondern die auch ganz und gar unwirksam ist!

R. G.

Zum Verbot der „Menschheit" gehen uns folgende weitere Protestkundgebungen zu:

Nachdem die deutsche pazifistische Wochenschrift „Die Menschheit" bereits zwei Monate verboten ist, fühlen die Militärs erst jetzt das Bedürfnis, eine Begründung des Verbots der Oeffentlichkeit mitzuteilen. In einer offenbar inspirierten Mitteilung des Stuttgarter Wolff-Bureaus wird gesagt, daß die „Menschheit" verboten sei, weil sie Artikel veröffentlicht habe, „die eine offensichtliche Stärkung der französischen Erpresserpolitik an Rhein und Ruhr darstellen".

An dieser Begründung ist so viel richtig, daß die „Menschheit" vom ersten Tag des Ruhrkrieges an dessen schlimmen Ausgang voraussagte und zu einer unmittelbaren Verständigung mit Frankreich riet. Die „Menschheit" verlangte Frankreich gegenüber eine nachbarliche Politik (wie sie für ein Volk, das so viel Nachbarn hat, selbstverständlich ist) im Sinne von Konstantin Frantz und Karl Christian Planck. Die „Menschheit" wandte sich gegen die nationale Machtpolitik, wie sie Helfferich und Konsorten zum

Schaden des deutschen Volkes gegenüber Frankreich durchgeführt haben. Eine solche Politik würde nun freilich die deutschen Militärs ihrer Machtstellung, die sie sich in Deutschland anmaßen, entkleidet haben. Daher ist es verständlich, daß sie gegen die Vertretung dieser Art Politik mit allen ihrer Gewaltnatur entsprechenden Mitteln auftreten und die „Menschheit" einfach verbieten. Eine solche Reaktion der militärischen Psyche gegenüber der pazifistischen Ueberzeugung hat nach allem, was man von den deutschen Militärs weiß, nichts überraschendes an sich.

Sehr überraschend aber ist, daß die deutsche öffentliche Meinung eine solche Begründung anscheinend kritik- und widerstandslos hinnimmt. Mit dieser Begründung bestimmt der Militärbefehlshaber gleichzeitig Maß und Ausdruck pazifistischer Ueberzeugung. Was er heute gegenüber der pazifistischen Ueberzeugung tut, das kann er morgen gegenüber jeder anderen politischen Ueberzeugung auch tun. Darin liegt nicht nur eine Gefahr für die deutsche politische Entwicklung, sondern auch eine Gefahr für den europäischen Frieden. Nur da, wo das Spiel freier geistiger Kräfte in gegenseitiger Meinungsäußerung nicht unterbunden wird, kann sich eine auf den Frieden gerichtete Ueberzeugung durchsetzen; wo die Gewalt herrscht, ruft sie die Gewalt hervor.

Frankreich wird die europäische öffentliche Meinung immer mehr auf seine Seite bringen können, wenn es mit dem Hinweis arbeiten kann, daß ja die Vertretung pazifistischer Ueberzeugung in Deutschland unterbunden werde, und daß es deshalb gegenüber der Gewalt der preußischen Militärs nichts anderes geben könne, als die Gewalt des französischen Militärs.

Die Begründung des Verbots der „Menschheit" zeigt die für Deutschland typische Ueberordnung militärischer Gesichtspunkte über die allgemein politischen, eine Ueberordnung, von der Lloyd George schon während des Weltkriegs sagte, daß sie die Niederlage Deutschlands nach sich ziehen müsse. Diese Ueberordnung hat Deutschland seiner Zeit am rechtzeitigen Friedensschluß gehindert und den Militärs auf der Ententeseite gestattet, Wilson beiseite zu schieben, sowie den Gewaltfrieden von Versailles zu errichten. Diese Ueberordnung entscheidet heute dahin, daß bei dem Kampfe zwischen Deutschland und Frankreich letzteres das Uebergewicht bekommt.

Deutsche Friedensgesellschaft, Landesverband Württemberg.

———

„Die Mitglieder der Ortsgruppe Königsberg von der Deutschen Friedensgesellschaft schließen sich vollinhaltlich dem in der „Friedenswarte" veröffentlichten Protest gegen das völlig unbegründete Verbot der pazifistischen Wochenschrift „Die Menschheit" an. Eine derartig ungerechte Unterdrückung des pazifistischen Wortes muß in der Welt den Glauben erwecken, daß das regierende Deutschland jeder völkerversöhnenden Arbeit fremd gegenübersteht. Wir appellieren deshalb an die öffentliche Meinung und fordern die sofortige Aufhebung des Verbots sowie schnellste Beseitigung des Ausnahmezustandes."

Ortsgruppe Königsberg
der Deutschen Friedensgesellschaft
zugleich für die Ortsgr. Eydtkuhnen
I. A.: R. Jahn, Vorsitzender.

Bauerntum und Pazifismus.

Von Generalmajor a. D. Dr. h. c. Frhr. von Schoenaich, Reinfeld, Holstein.

Im Heft 1/2 der „Friedens-Warte" hat Paul Szende die Frage angeschnitten, ob das heute in allen Ländern reaktionär eingestellte Bauerntum dem Pazifismus endgültig verloren ist, oder ob es vielleicht gerade eine Keimzelle bilden könne für eine Ausbreitung des Friedensgedankens. So geistvoll Szende die psychologischen Grundlagen der Frage behandelt hat, so scheinen sie mir doch der Ergänzung bedürftig.

Die vorherrschend materialistische Weltanschauung des Bauerntumes ist leicht erklärlich. Alles was der Bauer erzeugt, dient der Befriedigung materieller Bedürfnisse. Früher so unmittelbar, daß der Bauer den Flachs für seine Hemden, die Wolle für seine Anzüge, das Leder für seine Fußbekleidung und seine ganzen Nahrungsmittel selbst erzeugte. Das Schwein, das er aufwachsen sah, erzählte ihm von leckeren Würsten und Schinken ebenso lockende Geschichten wie der Obstbaum, den er düngte und der Kohl, den er hackte. Reichliche Bewegung in frischer Luft steigerte die Lokkung. Die Kinder, die er zeugte, waren Betriebskräfte für die weitere Erzeugung materieller Genüsse.

Durchaus verkehrt wäre es aber, in dieser materiellen Einstellung die einzigen Triebkräfte der bäuerlichen Seele zu suchen.

Die tägliche Berührung mit der Natur, die Beobachtung von Kind und Mutter, die wirtschaftlich notwendige Erforschung des Pflanzenwuchses und der Lebensbedingungen der Tierwelt machten den Bauer auch zum Philosophen.

Materialismus und Idealismus wachsen in seiner Seele dicht neben einander. Ein Bauernstand auf einer Scholle, die ihm und seiner Familie volle Kraftentfaltung und volle Befriedigung natürlicher Bedürfnisse gewährt, wäre vielleicht der beste Nährboden für eine gesunde Entwicklung aller edelen menschlichen Eigenschaften.

Völlig umgewandelt wurden diese natürlichen Verhältnisse durch die Ungleichheit der Schollen.

Der Zwergbauer, der bei dem glücklicheren Nachbar Arbeit nehmen muß, um überhaupt leben zu können, zieht ganz andere Vergleiche zwischen seinen Kartoffeln, die er ebenso bearbeitet wie die des Nachbarn, wie der Fabrikarbeiter Vergleiche zieht zwischen seiner Arbeit und der Arbeit des Generaldirektors.

Wenn die Zwergbauern mit ihren Standesgenossen ebenso dicht zusammengedrängt säßen wie die Fabrikarbeiter in den Großstädten, so hätten sie vielleicht ein besseres Rekrutenmaterial für Revolutionen geliefert als jene es getan haben. Wieder anders entwickeln sich die Verhältnisse, sowie der bäuerliche Besitz eine Größe erreicht, die mit der eigenen Familie nicht mehr bewirtschaftet werden kann. Mit dem zwanzigsten Hektar Boden zieht der erste Knecht ein, mit dem ersten Knecht der Wunsch nach noch größerem Besitz und weiteren Knechten. Es lockt der Wunsch, vom im Schweiße des Angesichts arbeitenden Bauer ein im Klubsessel rechnender Schweinefabrikant zu werden.

Mit der verschiedenen Besitzgröße zogen in den Bauernstand neben dem natürlichen Materialismus und Idealismus alle die Kräfte ein, die unser politisches und wirtschaftliches Leben heute so unendlich verwickelt haben.

Die in sich selbst Genüge findende Liebe zur Scholle wird am stärksten sein bei einer Betriebsgröße, die einer normalen bäuerlichen Familie auskömmliche Lebensbedingungen bietet. Solche Bauern werden natürliche Pazifisten sein, nur mit der Einschränkung, daß sie jeden Eingriff in die heimische Flur auch mit roher Gewalt zurückzuweisen bereit sind. Der Zwergbauer ebenso wie der Großbauer, geleitet von dem Wunsch, mehr Land zu besitzen, sind dagegen die Träger des Imperialismus.

Eine Werbung für die Gedanken des Pazifismus ist daher untrennbar von einer gesunden Bodenreform.

Diese gewissermaßen schematische Gruppierung der Bauern ist nun durch die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse vielfach weiter entwickelt worden. Das in der Vorkriegszeit bei uns allmählig entartete alte Preußentum mit seiner Überspannung des Obrigkeitsgedankens hatte den deutschen Bauernstand größtenteiles politisch gleichgültig gemacht. Was der Herr Landrat sagte, war dem Bauer Dogma. Wenn der Besitz zu klein oder die Verschuldung zu groß war, so verkaufte der Bauer, suchte sich Arbeit in der Stadt oder wanderte aus. Über das Verhältnis der Völker zu einander sich den Kopf zu zerbrechen, darauf kam er einfach nicht.

Der Krieg mit der guten ländlichen und der schlechten städtischen Ernährung verschärfte das Verhältnis zwischen Land und Stadt. Der Schleichhandel machte den Bauer zum mehr oder minder skrupellosen Geschäftsmann. Die Geldentwertung brachte Hypothekenfreiheit und damit einen vorher nicht gekannten Luxus. Der städtische Industriearbeiter, der unter den täglich steigenden Nahrungsmittelpreisen seufzte, bedachte nicht, daß auch dem Bauer Milch und Honig nicht arbeitslos zufließen. Die bäuerliche, nicht allzu erhebliche Besteuerung wurde der Schlußstein des Anstoßes.

So wurden Bauer und „Sozi" zunächst wirtschaftliche Todfeinde. Die politische und gesellschaftliche Oberschicht, die von der Masse des Volkes für das nationale Unglück verantwortlich gemacht wurde, war aber wieder durch tausend Fäden mit dem ländlichen Großgrundbesitz verknüpft. Mit dem Augenblick, wo durch die Organisation des Landbundes das wirtschaftliche Band zwischen großem und kleinem ländlichen Grundbesitz geknüpft war, war der Bauer auch politisch rettungslos der Reaktion verfallen.

Da die alte Oberschicht ihre Vormachtstellung nur durch irgendwie geartete Kriegsereignisse wieder erringen zu können glaubt, so ist auch der Bauernstand vorläufig für den Gedanken des Pazifismus nicht zu haben.

Daraus darf aber keineswegs der Schluß gezogen werden, daß die Masse der Bauern etwa den Wunsch hätte, möglichst bald wieder in einen „frisch-fröhlichen" Krieg zu ziehen. Sie bedanken sich ebenso dafür wie die sich im Herzen dafür bedanken, die täglich in wilden Kriegsphantasien schwelgen. Darüber kann garkein Zweifel sein, daß die kriegerischsten Poseure im Ernstfalle als erste in der Etappe oder in den höheren Stäben verschwänden. Ich glaube auch nicht, daß der Durchschnitt der heutigen Bauern politisch überhaupt so weit denkt, daß er sich sagt, daß ein neuer Krieg ihm als Lieferant der Lebensmittel wirtschaftliche Vorteile bringen werde.

In der praktischen Politik ist die Masse der Bauern nicht anders als die Masse des übrigen Volkes. Wenn einige Drahtzieher sehr aufdringlich schreien, Pazifismus ist Blödsinn, Schwäche oder Landesverrat, dann wagen auch die nicht zu widersprechen, die im Herzen ganz schüchtern anderer Ansicht sind.

Die Hauptfrage ist heute, ob der Pazifismus sich mit dieser Sachlage einfach abfinden soll oder ob im Bauerntum etwa doch ein Boden für seine Werbearbeit gefunden werden kann.

Wer die Kräfte des gepaarten Materialismus und Idealismus richtig bewertet, wird die zweite Frage unbedingt bejahen.

Gerade diese, zu konservativem Sinn neigende Paarung bringt es mit sich, daß der Bauer zwar neuen Gedanken schwer zugänglich ist, daß er aber Dinge, die er einmal

mit seinem urwüchsigen Verstande begriffen hat, auch zähe verteidigt und weiter verarbeitet.

Die in diesen Heften so erschöpfend behandelten, wirtschaftlichen, politischen, biologischen und ethischen Grundlagen des Pazifismus sind heute so offensichtlich, daß die Gegner sich auf sachliche Widerlegungen kaum mehr einlassen. Wüstes Geschimpfe als einzige Waffe ist der beste Beweis für die Schwäche der gegnerischen Stellung.

Wer wie der Schreiber dieser Zeilen mit vielen Tausenden von Arbeitern und nicht schulmäßig Gebildeten über diese Dinge gesprochen hat, wird immer wieder staunen über die natürliche Fassungsgabe gerade dieser Kreise.

Man muß ihnen nur nicht langatmige Abhandlungen bringen, sondern ihnen die großen Welt- und Menschheitszusammenhänge an den Dingen ihres eigenen täglichen Lebens zeigen.

Ich glaube, daß eine planmäßige Aufklärungsarbeit auf den Dörfern sogar einen besseren Boden findet als in den Städten. Der Bauer hat an langen Wintertagen mehr Zeit zum Lesen als der Städter mit seinen vielen anderen Ablenkungen.

Ein leicht faßlicher Vortrag im Wirtshaus oder ein an alle Dorfinsassen verschicktes Flugblatt wird noch lange das Tagesgespräch bilden.

Noch einmal aber sei betont: Die Voraussetzung für bäuerlichen Pazifismus ist eine gesunde Verteilung des Bodens. Das bäuerliche Gehirn an sich ist kein Hindernis dafür.

Sport und Pazifismus.

Von Dr. J. Hannak, Wien.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf hat kürzlich bei allen in Betracht kommenden Korporationen eine sehr interessante Rundfrage über das sogenannte „Freizeit"-Problem veranstaltet, nämlich über die Art, wie die breiten Massen die ihnen durch den Achtstundentag geschaffene größere Muße ausnützen. In fast allen darauf eingelaufenen Antworten wird auf die große Bedeutung hingewiesen, welche der Sport als Auswirkung der kürzeren Arbeitszeit für den überwiegenden Teil der Bevölkerung erlangt hat.

Es ist hier nicht der Ort, die Ideengeschichte des Sports in ihrer Totalität abzuwickeln. Aber das folgende darf doch mit tunlicher Kürze gesagt werden, um des wichtigen soziologischen Charakters dieser bedeutsamen Bewegung inne zu werden.

Die Wurzel der Sportbetätigung ist der zu friedlichen Zwecken gebändigte Kampftrieb des Menschen. Sport ist kampfweise Leibesübung, jedoch ein Kampf, der nicht die Vernichtung des Gegners, sondern die gemeinsame Ertüchtigung beider Teile zum Ziele hat. Sieger und Besiegte sind hier nicht getrennt durch diametrale Gegensätze der Seele, durch eine Nacht von Haß und Zerstörungswillen, sondern beide sind geeint durch die Gemeinschaft der aneinander geübten Körperkultur und wechselseitigen Wohlfahrt. Bei einem Hundert-Meter-Laufen mit 10 Teilnehmern etwa wird der erste genau so wie der zehnte eingeschlossen sein in das eine erhebende Gesamtbild einer vom ersten bis zum letzten in einer feinen Linie dahinfließenden Muskelästhetik; bei einem Ringkampf wird der Reiz der Kampfspannung wunderbar verschönt werden durch den Adel der Friedenstendenz, die diesem elementaren Kräftemessen, Körper an Körper, Wille gegen Wille innewohnt; bei einem Fußballspiel mit seiner Fülle von stets wechselnden Kombinationen, Körper und Geist gleich fesselnden und in Anspruch nehmenden Problemen einer in 2 mal 11 Menschen repräsentierten Gemeinschaft wird die Kriegsstrategie und Schlachtenmusik vergeistigt werden zu einem System von Regeln, deren höchster Gedanke die absolute Friedlichkeit und Freundschaft mit dem Gegner ist. Der Sport ist also eine der edelsten Methoden der Pazifizierung der menschlichen Triebe, er schaltet sie nicht aus und unterdrückt sie nicht wie die Askese, sondern im Gegenteil, er stellt die ungeheure Potentialität des Triebs durch dessen bewußte Aktualisierung in den Dienst der höchsten Zwecke des Friedens, in den Dienst des Kulturfortschrittes. Der Sport macht aus dem menschlichen Kampftrieb das, was die Menschen aus der physikalischen Erscheinung der Elektrizität gemacht haben: ungebändigt kann diese töten, gezähmt in einem Stromwerk, gibt sie uns Wärme, Licht, Bewegungsenergie und ist heute der wichtigste Faktor unserer materiellen Kultur. Gebt einem Volke die Möglichkeit zu freier Sportausübung und seine bis dahin in dumpfe Enge gebannten und zu allem mißbrauchbaren Instinkte werden Motore der erfolgreichsten Friedenspropaganda werden!

Wenn wir vor kurzer Zeit in den Zeitungen lesen konnten, daß sich in Mainz unbekümmert um Reparationskrise, Ruhrproblem und deutsch-französischer Verhetzungspolitik zum erstenmal nach dem Kriege eine deutsche und

eine französische Fußballmannschaft in friedlichem Wettkampf gegenüberstanden; wenn die „Erbfeinde" Deutsche und Tschechen ungeachtet der schärfsten nationalen Gegensätze, die das politische Leben der Tschechoslovakei unterwühlen, den freundschaftlichsten Sportverkehr miteinander pflegen; wenn Italien der Welt nicht nur einen Mussolini beschert hat, sondern auch eine mit den ehemaligen Kriegsgegnern Österreich und Deutschland in besten Beziehungen stehende Sportelite; wenn Finnland eine Athletik-Riege von Arbeitern zur Anknüpfung internationaler Freundschaftsbande nach Wien entsendet; wenn Schwimmer, Leichtathleten und Fußballer aus aller Welt Woche für Woche in der friedlichen Rivalität ihres sportlichen Könnens die Ehre ihrer Nation verfechten, so wächst hier eine neue Friedensinternationale heran, eine Internationale, die es sich nicht daran genügen läßt, das, was die Nationen bisher trennt und doch einem naturhaften und unvermeidlichen Bedürfnis entspringt: dem überschäumenden Kraftgefühl der Vitalität, einfach durch ethische Postulate wegzudekretieren, sondern es umgekehrt geradezu als Hebel der Völkerverständigung und Völkerverbrüderung zu benützen — eine Idee, deren Kühnheit dadurch kein Abbruch getan wird, daß ihr trotz unleugbarer Fortschritte — wofür wir ja hier ein paar Belege angeführt haben — in der Welt von heute Imponderabilien entgegenstehen, die ja im Wesen die Imponderabilien des Völkerfriedens überhaupt sind.

Denn was das Streben des Pazifismus schwächt und verfälscht, eben das schwächt und verfälscht heute auch den so wertvollen Gedanken des Sports: die Krise der Gesellschaftsordnung. Es ist sehr interessant, gerade an einer scheinbar so „neutralen" Sache wie Sport den Vergiftungsprozeß zu beobachten, dem auch der Sport durch die Gesetze des anstatt auf Gegenseitigkeit vielmehr auf Konkurrenz und Feindschaft der Menschen eingestellten sozialen Getriebes von heute verfallen ist. Wir werden da sofort sehen, wie alle die eben hervorgehobenen segensreichen Wirkungen des Sportes durch dessen Verquickung mit der Privatwirtschaft zum Teil vereitelt oder sogar in ihr Gegenteil umgewandelt werden, wie also die wahre Idee des Sportes noch nichts Gegebenes, sondern überwiegend noch etwas Aufgegebenes ist.

Entstanden als das Luxusvergnügen der Reichen und Mächtigen, denen die freie Zeit und Muße zu raffinierter Körperpflege natürlich immer gegeben war, bekam der Sport eine verbreiterte Grundlage durch den Umstand, daß sich der Luxus des Sports für diejenigen, die ihn genossen, nicht bloß aus der Mehrwertquote des von den anderen erarbeiteten Sozialprodukts, sondern obendrein auch noch aus sich selbst bezahlt machen sollte: Zu dem Sportausübenden, der es sich leisten konnte, trat der Sportzuschauende, der es ihm leisten mußte; der Luxus ließ sich seinen Luxus noch bezahlen, indem er die Armut für Geld seinem Reichtum zuschauen ließ. Und als sich dieses System als sehr profitabel erwies, da wurde es nach den strengen Gesetzen der Wirtschaft und ihres Motors, des Konkurrenzprinzips großzügig organisiert. Der Luxussportler stellte sich den Berufssportler an, der die Rekreation des menschlichen Körpers als Artistentum in der Zirkusarena des Sportplatzes einem sensationslüstern gaffenden Massenpublikum vorzugaukeln hatte. Der alte Gedanke des satten Rom der Kaiserzeit, die Scheidung des römischen Ritters und des Gladiators, er fand in dem hungrigen Europa von heute, in dem Sportbetrieb der Gegenwart seine jüngste Auferstehung. Man braucht des Sonntags nur auf einen der Riesensportplätze hinauszuwandern, um sich zu überzeugen, daß aus der Vernunft geistiger und körperlicher Volksertüchtigung der Unsinn geistlosen Spießerfanatismus', daß aus der Wohltat friedlichen Wettbewerbs die Plage gebundener Toreros geworden ist.

Das so furchtbar Krankhafte an dem Sportgedanken, das, was die Kreuzung seiner selbst mit der kommerzialisierten Gesellschaft verschuldet hat, ist die Verderbnis der menschlichen Phantasie durch den bloß technischen Formelkram des Sports, durch die Selbstzwecksetzung der mechanischen Sportregel. Der Körpersport hat die Seele erschlagen, weil sein auf äußerliche Sensation und den Sinnenkitzel des Rekords gerichtetes Treiben, sein Geschäftsbetrieb die Menschen gezwungen hat, nicht sich in Sport zu üben, sondern in Sport zu denken, die öde Ziffernsprache und den Gottkult des „Stars", des erfolgreichen Muskeltums als Apriori der modernsten Zivilisation hinzunehmen. In dieser Vergewaltigung der Mutter allen Fortschritts des Menschen: seiner Phantasie, liegt die ungeheure Gefahr des Sports von heute, und nur wenn der Sport von heute bereichert wird um den Gehalt einer großen sittlichen Idee, wenn das Sporttechnische einen Inhalt erhält, der über das Nichts-als-Sportliche hinausweist, nur dann kann der Sport zu dem werden, was er sein sollte, aber nicht ist: zum Regenerator und Mehrer der menschlichen Schaffenskraft!

Es ist nicht das geringste Verdienst der Revolution, daß sie, durch die Errungenschaften des Achtstundentages, die Abschaffung der Nachtarbeit, den Aufbau der Sozialversicherung wie überhaupt der Sozialpolitik auch Raum für eine wirkliche Massen-Sportbewegung geschaffen hat, die im Kampfe gegen die einseitig mammonistisch-sporttechnische Richtung im Sport mehr das geistige Prinzip betont und dem Sport den seelischen Inhalt zu geben versucht, den er braucht, wenn er werden soll, was wir oben skizziert haben. Die Repräsentanten der breiten Volksschichten, welche durch den Sieg der Demokratie nun auf die Verwaltung des Staates vermehrten Einfluß erhalten haben, nützen diesen Einfluß nicht nur zur unmittelbaren Förderung der Leibesertüchtigung der breiten Massen aus, indem sie sie aus bloßen Zuschauern und Gaffern immer mehr in Sportausübende umzuwandeln trachten, sondern die neuen Gesellschaftskräfte, die hier am Werke sind, entfesseln auch einen neuen Geist. Die Bande, welche Sport und Nation verknüpfen, sollen ganz anderer Art sein als bisher. Für den bisherigen Sportbetrieb war die Nation die Grenze, bis zu der seine Menschenliebe und Anteilnahme an Menschenkultur und Volksgesundheit gerade noch mitging. Aber er hat das nur deshalb getan, weil er wünschte, daß sein Volk kräftiger sei als andere, damit es im nächsten Krieg mehr Feinde umbringe. Diese Art von Sport war also nicht nur mammonistisch verseucht, sondern ihrem Wesen nach Vorübung zum Völkermord, Training zur Gewalt. Nicht gesündere Menschen hat er gewollt, sondern stärkere Sieger!

Die neue, die soziale Idee des Sportes geht von dem aus, was wir schon gekennzeichnet haben: daß die Nation, das einzelne Volk nicht das Ende, sondern der Anfang ist. Wir wollen keine Kriege, sondern Völkerverbrüderung und darum wollen wir den Sport nicht als Vorbereitung zum Militärdienst, sondern als Mittel internationaler Gemeinsamkeit. Jede Nation soll Sport pflegen, nicht damit die einen stark werden und über die anderen triumphieren, sondern damit alle gleich werden in der Pflege und Ausbildung ihres Körpers. Nicht ein stärkstes Volk wollen wir, sondern eine gesunde Menschheit! Dort die Verzerrung des nationalen Gedankens im Kriegssportbetrieb bis zu blödem Chauvinismus, bis zum Exerzierdrill der Kleinknabenhorte und bis zu den Exzessen der Hitler-Banden; hier die Läuterung des Sportgedankens: vom Massensport des einzelnen Volks empor zur Menschheitsgesundung!

Wir wissen nicht, ob in einer von so viel Unruhe, wirtschaftlicher Zerfahrenheit und Kriegsgefahr erfüllten Welt, in einer Welt, wo des Tages Nöten die Menschen gierig nach raschem, mühelosem Erwerb haschen lassen, wo die Veräußerlichung und Entseelung alles Kulturellen den Bodensatz an die Oberfläche treibt und der brutale Erfolg, der den Sinnen und Sinnestrieben so entgegenkommende Effekt der rohen Muskelentfaltung in jeglicher Form die Massen beherrscht, wir wissen nicht, ob die raffinierteste Form solchen Kraftmeiertum, der in das faszinierende Gewand keinerlei Geistesanstrengung verursachender Oberflächlichkeit und heroischer Kinokitsch-Dramatik gekleidete Sportbetrieb der Riesensportplätze und Stadionanlagen in seiner von den Umständen der Zeit so begünstigten Vorherrschaft schon nächstens zu erschüttern sein wird. Aber wenn diese Herrschaft der brutalen Sensation zu erschüttern ist, so nur auf dem Wege, den wir angegeben haben. Erst der Gedanke des Pazifismus in der Sportbewegung gibt dieser überhaupt einen Gedanken, er weitet das Sportprinzip aus einer unbeträchtlichen Angelgegenheit von fachsimpelnden Fußballern, Schwimmern, Touristen, Radfahrern, Leichtathleten zu einer Kulturangelegenheit des ganzen Volkes. Erst er offenbart die Zusammenhänge und die notwendige Identität von Sport und Nation in einem viel tieferen Sinn als bisher. Der Sport der Zukunft wird einer sittlicheren Idee dienen müssen als der flache Sportmechanismus von heute. Der Sport der Zukunft wird pazifistisch sein oder er wird nicht sein!

Pazifismus und Esperantismus.

Von Dr. Adolf Bischitzky,
Obmann des deutschen Esperantovereins
Verda Stelo in Prag.

Pazifismus und Esperantismus können von zwei Seiten einander gegenübergestellt werden, von der ideellen und der praktischen Seite. Um sie begrifflich zu vergleichen, ist eine strenge Definition erforderlich. Des Genaueren auseinandersetzen, was Pazifismus ist, wäre in diesem Blatt gewiß überflüssig; ich begnüge mich mit dem Satze: „Pazifismus ist die Idee, die aus der Entwicklung der Menschheit unter verschiedenen, sogar gegensätzlichen Bedingungen naturgemäß resultierenden Gegensätze unter den Menschen auf menschenwürdige Art zu überbrücken und zu gemeinsamer, auf das

Ganze gerichteter Arbeit zusammenzuführen." Was ist Esperantismus? Esperantismus ist — nach dem Wortlaut der Deklaration des ersten Esperanto-Weltkongresses im Jahre 1905 in Boulogne sur mer — das Bestreben, in der ganzen Welt den Gebrauch einer neutralen Hilfssprache zu verbreiten, welche, ohne sich in das innere Leben der Völker einzumischen und ohne die bestehenden nationalen Sprachen verdrängen zu wollen, Angehörigen verschiedener Nationen die Möglichkeit geben könnte, sich mit einander zu verständigen, welche als Friedenssprache öffentlicher Institutionen in denjenigen Ländern dienen könnte, in welchen verschiedene Nationen um die Sprache streiten, und in welcher alle Werke veröffentlicht werden könnten, die ein gleiches Interesse für alle Völker besitzen. Daher wird auch Esperantist, d. h. Anhänger des Esperantismus jede Person genannt, die Esperanto kennt und gebraucht, gleichgiltig für welche Zwecke sie sie gebraucht.

Aus diesen Begriffsbestimmungen geht hervor, daß Pazifismus und Esperantismus in ihren Zielen nicht identifiziert werden dürfen.

Während der Pazifismus auf eine bestimmte Geistesrichtung abzielt, gibt der Esperantismus dieselbe frei und kann zufolge seiner Vereinfachung und Erleichterung sprachlicher Verständigung bestenfalls als ökonomisches Mittel auf geistigem Gebiet betrachtet werden. Für welche Zwecke die Sprache Esperanto verwendet wird, ist für den Esperantismus gleichgültig, sie kann demnach ebenso in den Dienst der Pazifisten wie der Gegner des Pazifismus gestellt werden. Ist für den Pazifisten das Festhalten an einer bestimmten Idee obligatorisch, so bindet den Anhänger des Esperantismus streng nur die Kenntnis und der Gebrauch der Sprache Esperanto.

Neben dieser obligatorischen Seite hat aber der Esperantismus noch eine zweite, wohl nicht zwingende, aber viel bedeutendere und höhere Seite und das ist die sittliche; also neben dem grundsätzlichen, praktischen Ideal, einem gemeinsamen Verständigungsmittel für alle Völker Eingang zu verschaffen, ein nicht bindendes, sittliches Ideal, die Menschen zu einer einzigen großen Völkerfamilie bei Erhaltung der Selbständigkeit und Eigenart ihrer einzelnen Teile zu vereinen; und mit dieser Seite stoßen Esperantismus und Pazifismus zusammen. Denn Erhaltung der Selbständigkeit und Eigenart heißt in der Sprache des Pazifismus Anerkennung der Gegensätzlichkeit unter Menschen, und Vereinigung zu einer großen Völkerfamilie bedeutet für den Pazifisten soviel, als menschenwürdige Überbrückung der Gegensätze und deren Zusammenschluß zu gemeinsamer Arbeit. —

Sind also die beiden Begriffe „Esperantismus" und „Pazifismus" auch grundsätzlich verschieden, so sind sie doch durch ein vielleicht zufälliges, sicherlich aber erst in der Praxis der Esperantobewegung sich bewährendes, sittliches Attribut des Esperantismus ineinander verankert. Vielleicht war es ein Zufall, daß der Schöpfer des Esperanto, der russische Augenarzt Dr. Zamenhof, ein sittlich hoch stehender Mensch war und nicht ein Mann, dessen einziges Ziel die praktische Nützlichkeit gewesen ist; es kann aber auch gerade erst der hohe Idealismus dem Erfinder des Esperanto die Kraft verliehen haben, sein praktisch nützliches Werk zu vollbringen. Tatsache aber ist, daß nicht nur für den Autor die sittliche Idee das treibende Element war, sondern daß gerade um die sittliche Idee des Esperanto eine aus auserlesenen Menschen aller Nationen bestehende kleine Gemeinschaft vom ersten Anbeginn sich scharte, die ihre Anziehungskraft nach allen Teilen der Welt ausübte und auch in weiterer Folge Jeden, der in den Bannkreis dieser Gemeinschaft gerät, mit einem neuen Gefühl erfüllt, das in ihm alles die Menschen Trennende zurückdrängt und umsomehr dem Gemeinsamen, dem Allgemeinmenschlichen Gestaltung gibt. Das praktisch-nützliche sprachliche Verständigungsmittel Esperanto hat Menschen ohne Rücksicht auf Herkunft, Sprache, Religion und sonstige Lebensanschauungen, auf Stand und Beruf über alle Gegensätzlichkeiten hinweg zu gemeinsamer praktischer Arbeit zusammengeführt und hat so allmählich eine Atmosphäre geschaffen, in welcher die psychischen Voraussetzungen einträchtiger Zusammenarbeit, d. i. Duldsamkeit, Selbstlosigkeit, sowie Gefühl der Zusammengehörigkeit geradezu gezüchtet werden. Damit ist aber auch der Boden urbar gemacht, auf dem pazifistische Ideen kräftig in die Halme schießen können.

Das erzieherische Moment des Esperanto hat Dr. Zamenhof selbst betont, indem er einmal folgendes ausführte: „Viele Personen schließen sich uns aus Neugierde an, aus Sport, vielleicht auch in Erwartung irgend eines Profits: aber von dem Momente an, wo sie unser Esperantoland betreten, werden sie selbst gegen ihren Willen immer mehr hineingezogen und unterwerfen sich den Gesetzen dieses Landes. Und so wird unser Esperantoland eine Erziehungsstätte werden einer künftigen verbrüderten Menschheit."

Und in der Tat, wer jemals in die Haupt-

stadt dieses Esperantolandes gepilgert, d. i. der jeweilige Weltkongreßort, der wird die Überzeugung gewinnen, daß hier im Kleinen wie im Großen sittlich erzieherische Werte geschaffen werden, daß hier Gegensätze, die es wohl auch gibt, die aber stets nur im Individuellmenschlichen und niemals auf irgend welchen Vorurteilen beruhen, in menschenwürdiger Art, wie es der Pazifismus verlangt, überbrückt werden, er wird in der einträchtigen, auf ein gemeinsames Ziel gerichteten Zusammenarbeit der Adepten Zamenhofs das Muster wahren Zusammenwirkens menschlicher Kräfte erkennen. —

An Hunderten von kleinen Beispielen aus dem Leben der Esperantisten, aus den Begebenheiten der Weltkongresse ließe sich die sittlich-erzieherische Kraft der Esperantobewegung, die Erziehung zur Menschlichkeit, die Erziehung zum Pazifismus, zum Internationalismus, zum Weltgewissen erläutern.

Als Sprache selbst stellt Esperanto jene mittlere Linie dar, auf der sich bei Sprachkonflikten im Verkehr verschiedensprachlicher Menschen alle Gutgesinnten und Friedfertigen begeben können, jene mittlere Linie, die auch sonst beim Aneinandergeraten von Gegensätzen das pazifistische Rezept bildet zur Abwehr von Störungen der Harmonie des Menschheitsorganismus. Die Erleichterung des sowohl schriftlichen als auch — bei Kongressen — mündlichen Verkehrs, die das Esperanto bietet, wird sicherlich einmal alle internationalen Fach-, Berufs- und Interessengemeinschaften bestimmen, sich im Verkehr von Land zu Land ausschließlich dieser Sprache zu bedienen, die pazifistische Weltorganisation hätte gewiß allen Grund, in der Erfassung dieses unentbehrlichen Hilfsmittels allen anderen voranzugehen. —

Von diesen Erwägungen aus schließen sich jene Pazifisten, welche in Erkenntnis der Bedeutung des Esperanto bereits mitten in der Esperantobewegung stehen, immer mehr und mehr zusammen mit dem doppelten Zwecke, Esperanto in pazifistischen Kreisen, sowie die pazifistischen Ideen unter ihren Esperantofreunden zu propagieren. In der überaus zahlreich besuchten Sondersitzung der Pazifisten während des XIV. Esperantoweltkongresses in Helsinki im August 1922 wurde bereits die Gründung eines esperantistischen Weltpazifistenbundes erwogen, indes überwog die Anschauung derjenigen, welche den internationalen Bund erst durch Zusammenschluß von zu gründenden Esperantosektionen der Friedensgesellschaften der verschiedenen Länder entstehen lassen wollten. Und so wurde denn in dieser Sitzung der Beschluß gefaßt, im Laufe der nächsten Zeit in den einzelnen Ländern derartige Esperantosektionen zu schaffen und den Zusammenschluß zu einem Weltbunde auf den Kongreß in Nürnberg (2.—8. August 1923) zu verschieben. —

In Ausführung dieses Beschlusses haben die tschechischen und deutschen Esperantisten-Pazifisten Prags am 8. Juni sich versammelt und sich als Esperantosektion der heimischen Friedensgesellschaft Chelcicky konstituiert. Schon diese erste konstituierende Versammlung kann als großer Erfolg für Esperanto wie für den Pazifismus gebucht werden. — Es wird nun Sache der Führer dieser Esperantosektion sein, sich der in der Tschechoslovakei weitverbreiteten esperantistischen Presse zu bedienen, um so auch in anderen Städten und auf dem Lande, wo die Chelcickygesellschaft bisher noch so gut wie keine Anhänger hat, mit Hilfe der Esperantisten und ihrer Gruppen die Friedensfahne zu hissen. Und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Schaffung einer Esperantosektion für die Chelcicky-Friedensgesellschaft ein rasches Aufblühen innerhalb der ganzen tschechoslovakischen Republik bedeutet.

Wenn nun derselbe Weg auch in allen anderen Ländern betreten wird, wenn durch zielbewußte organisatorische Arbeit der Esperantisten-Pazifisten, ihres internationalen Weltbundes —, der, wie nun bereits beschlossen ist, Anfang August 1924 in Wien seine erste Tagung haben wird —, die bereits bestehende und gerade in der letzten Zeit immer mehr und mehr im Ausbau begriffene esperantistische Weltorganisation mit ihren Verbänden und Gruppen in der ganzen Welt, in jedem Städtchen und Dorfe, zur pazifistischen Propaganda mobilisiert, die weitverbreitete esperantistische Presse, die allem, was Esperanto fördern kann, ihr Spalten öffnet, in den Dienst des Pazifismus gestellt wird, dann ist damit zweifelsohne ein bedeutender Aufschwung der gesamten Friedensbewegung gegeben, zumindestens wird jede pazifistische Unternehmung erheblich gefördert und erleichtert werden. — Dann wird aber auch dem Esperanto der Lohn für geleistete Dienste nicht ausbleiben.

Und so werden Pazifismus und Esperantismus trotz ihrer begrifflichen Verschiedenheit auf ihrem Wege, die Menschheit für sich zu gewinnen, Hand in Hand gehen müssen, einander gegenseitig stützen und helfen und beide werden dank der aufopfernden Hingebung und zähen Energie ihrer Verfechter früher oder später ihr Ziel erreichen.

Pazifismus und Esperantismus sind auch dadurch fest verbunden, daß beide ihre hervorragendste Vertretung in denselben bedeutendsten Persönlichkeiten gefunden haben. Und da ziemt es sich wohl, in dieser Zeitschrift ihres Begründers Alfred H. Fried zu gedenken, der nicht nur der vornehmste Vorkämpfer der Friedensidee gewesen, sondern auch durch seine Propagandatätigkeit für Esperanto und sein im Jahre 1903 erschienenes „Vollständiges Lehrbuch der internationalen Hilfssprache Esperanto mit zwei Wörterbüchern" sich ein dauerndes Denkmal in den Herzen aller Esperantisten gesetzt hat.

Nationalisterei und technischer Fortschritt.

Von Otto Ernst Sutter, Frankfurt a. M.

Der wütendste und unheilvollste Feind des Menschen ist nationalistische Überheblichkeit. Sie ist in rebus politicis die schlimmste Seuche. Wenn sie breite Massen ergreift, zerstört sie alle Glücksgüter der Erdenkinder. Wo sie auftritt, treibt sie den Frieden zum Teufel. Ist sie mit den scharfen Mitteln brutaler Gewalt ausgerüstet, vermag sie auf Jahre hin oberflächliche Betrachter, die sich durch die äußerlichen Erfolge großmannssüchtiger Anmaßlichkeit bestechen lassen, darüber hinwegzutäuschen, daß sich das von ihr durchtränkte Dasein auf vulkanischem Boden abspielt — aber die Tragödie bleibt nicht aus.

Die Konsequenz nationalistischer Anschauungen führt zwangsläufig von Krieg zu Krieg. Epochen sogenannten Friedens sind nur Zeiten der Vorbereitung für neue Kämpfe, neues Leid, neue Auslösung niedriger Instinkte, die im Menschen schlummern. Denn um die Glorifizierung dieser geht es beim organisierten Mord, den jeder Krieg darstellt.

Die Geschichte der Nationalisterei umspannt die trübsten und erschütterndsten Kapitel der Weltgeschichte. Seltsam genug allerdings, daß sich die Schönrederei über Notwendigkeit und Nutzen der Austragung von Konflikten mit Kanonen und Gewehren Jahrhunderte hindurch zu behaupten vermag!

Vernünftige Erziehung sagt dem Heranwachsenden, daß es Sünde sei, Tiere zu quälen und vergißt ihre Aufgabe, wenn es darum gehen müßte, jenem entsetzlichsten aller Irrtümer den Garaus zu machen, der in der Ansicht mündet, Kriege seien unvermeidlich. Was nützt alle Anleitung zur Zivilisation und Ausbildung von Fähigkeiten, Tugenden, Kräften im jungen Menschen, wenn er im Irrglauben aufwächst, Macht der Waffe bedeute alles.

Wenn der Mensch einen Erbfeind hat, ist es der nationalistische Hochmut, der übrigens bei allen Völkern heimisch ist, wenngleich es Länder gibt, in denen er nicht auf jeder Bierbank zur Schau getragen wird. Es mag Abschnitte in der Geschichte der Kulturstaaten gegeben haben, in denen der Nationalismus dem Stand der Beziehungen der Völker (Nationen) zu einander historisch entsprach — wer mit der Postkutsche reiste, und im Segelschiff dem Ozean sich anvertraute, sah die Welt mit anderen Augen als sie der Mensch dieser Tage sieht, oder diesem sollte sie, möchte man meinen, doch unter anderem Gesichtswinkel erscheinen als dem Urgroßvater, dem die Abende beim Kienspan verdämmerten.

Die Nationalisterei ist das Resultat der Verkalkung jener politischen Anschauungen, die den verkehrsmäßigen und wirtschaftsgeographischen Zuständen um die Mitte des achtzehnten Jahrhundert gemäß waren, einer Zeit, für die politischer Nationalismus das Gegebene sein mochte — politischer Nationalismus, der nicht etwa gleichbedeutend ist mit dem, was man landsmannschaftliche Bildung nennen könnte, die der Kosmopolit um nichts weniger stark empfindet als der Nationalist, ja, die jenen vielfach weit stärker bewegt als diesen. Hätte in den europäischen Staaten das politische Denken mit der Entwicklung der Technik und Ingenieurkünste gleichen Schritt gehalten, wäre es nicht in den Schematismen der Geheimdiplomatie eingerostet, so wäre aus ehedem ursächlich bedingtem Nationalismus vernunftgemäßes Weltbürgertum erwachsen.

Die Fortschritte des Ingenieurs sind an dem, was man Staatskunst und Politik nennt, fast spurlos vorübergegangen. Zwar bedient sich die Diplomatie der Erfindungen, die wir Naturwissenschaften und Technik verdanken, das Weltumspannende, das dem Schaffen Impuls verleiht, ist ihr fremd. Furchtbarster Widersinn: Systematische Einspannung aller Künste, Kommunikationsmittel jeglicher Art so zu vervollkommnen, daß weiteste Entfernungen in kürzester Zeit bezwungen werden können, und zugleich künstliche Erhaltung und planmäßige Förderung von Neuerungen und Einrichtungen, bestimmt dazu, die Völker zu trennen, von einander abzusperren! Bewundernswerte Entfaltung ungeahnten Könnens, die Technik im Dienste menschlicher Arbeit zum Frommen möglichst vieler auszunützen, Werke von ungesehenem Umfang zu errichten, die letzte

Naturkraft zu bändigen — und raffinierteste Anstrengung, alles mühsam Erbaute zu zerstören. Wäre es nicht so namenlos traurig, was menschliche Verwirrtheit, aus Nationalisterei geboren, anrichtet, man könnte von tollster Narretei sprechen.

Das Tragische, das allem überstiegenem Nationalismus immer anhaftet, ist dies: Jedes von ihm getriebene Volk sieht, solange ihm der äußere Erfolg treu bleibt, die Splitter im Auge der anderen Völker und gewahrt nicht den Balken im eigenen. Fluchtwürdiger Kreislauf der Dinge, daß fast immer ein durch nationalistischen Übermut im Krieg und Niederlage gestürztes Land die Peitsche des ihm aufsässigen Siegers, der selbst wildester Nationalisterei fröhnt, unbarmherzig zu fühlen bekommt, und es aufs Neue dazu verführt wird, im Nationalistischen sein Heil zu sehen.

Der Nur-Nationalismus wirkt, gemessen an den Formen neuzeitlichen Verkehrs, den Leistungen der Technik des zwanzigsten Jahrhunderts, wie ein Fossil. Er verkörpert die Befangenheit der Tage, deren Tempo das Gefährt der Landstraße angab.

Man braucht garnicht zu bestreiten, daß eine völlige Abkehr von Methoden und Anschauungen nationalistischer Politik für einzelne Kreise — bei allen Völkern! — mit Opfern verknüpft sein würde, aber was wollen diese Opfer bedeuten, in Vergleich gesetzt zu den ins Ungemessene gehenden Opfern, die Nationalismus und Imperialismus angerichtet haben und immer wieder anrichten, wenn die Mächte der Gewalt losbrechen und nicht mehr zu zügeln sind. Nationalistische Arbeit bedeutet: Mit-dem-Feuer-Spielen. Es fällt mir nicht ein, zu behaupten, daß nationalistisches Denken irgendwie unehrenwert oder niedrig sei — es wäre verkehrt, wollte der Pazifismus verkennen, daß nationales und nationalistisches Wesen genau so auf der Grundlage ideeller Einstellung zum Geschehen der Politik beruhen können wie er selbst — nein, es handelt sich nur darum, der Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen, daß, ganz nüchtern betrachtet, der Nationalismus des einen Volkes immer den Nationalismus des anderen Volkes aufstachelt, um schließlich von diesem zertrümmert zu werden. Daß man das trostlose Spiel von neuem beginnt, ist nur ein Beweis dafür, daß von keinem Unheil der Welt das Wort mehr gilt als vom Nationalismus, daß er fortzeugend Böses müsse gebären.

Kann man sich eine fürchterlichere Tragik vorstellen als die in der Tatsache sich kündende, daß der Mensch mit Geist und Hand ein Reich sich stetig verfeinernder Kultur aufbaut, um dann zuzulassen, daß es in Scherben geschlagen wird! Dessen müßten sich vor allem die schöpferischen Kräfte selbst bewußt werden. Der Ingenieur ist berufen, der Narrenhaus-Politik, wie sie eben gekennzeichnet wurde, für immer ein Ende zu machen. Er kann nur bedingungsloser Pazifist sein, will er verhüten, daß seines Gehirnes und seiner Hände Wirken dereinst als Farce erscheine.

Nationalisterei ist der schärfste Feind jeden technischen Fortschritts, der wirklich zum Glück der Menschheit ausschlagen soll. Dauernder unverbrüchlicher Friede allein vermag der Arbeit des Ingenieurs kulturbildende Kraft zu sichern.

Ethik und Pazifismus.

Von Martha Steinitz, Berlin.

Mögen sich die Realpolitiker in unseren Reihen noch so sehr dagegen sträuben: letzten Endes entspringt jede pazifistische Bestrebung, d. h. also jedes Bemühen, den Krieg aus der Welt zu schaffen, der Liebe zum Menschengeschlecht, d. i. einem ethischen Motive. Die schwärzesten Pessimisten, die ärgsten Misanthropen unter uns werden zugeben müssen, daß irgendwo in einem Winkel ihres Herzens oder ihres Denkvermögens ein Fünkchen Zuneigung zur Menschheit glimmt — wäre ihnen sonst daran gelegen, ihre Qualen zu verringern? —, vor allem aber auch ein Funken von Vertrauen in ihre Entwicklungsmöglichkeit. Ohne dieses Vertrauen, ohne diesen Funken von Optimismus wäre schließlich der Begriff Pazifismus zum hohlen Schlagwort geworden.

Wir Pazifisten wollen die Beseitigung des Krieges um des Menschen willen, und wir halten sie für möglich, weil wir — trotz alledem — an die Entwicklungsfähigkeit des Menschen glauben.

Über diese beiden Sätze dürfte es keine Meinungsverschiedenheiten geben; diese heben erst an, wenn es sich um die Mittel zur Erreichung des Zieles handelt. „Völkerbund, internationale Schiedsgerichte, Freihandel, allmähliche Abrüstung der nationalen und Schaffung einer internationalen Armee" — so sagen die Einen, die Aelteren; „Nie wieder Krieg", fort mit der Wehrpflicht, Kriegsdienstverweigerung!" — rufen die Anderen, die Jungen, und es ist dabei nicht zu verwundern, vielmehr ganz naturgemäß, daß die Jungen ihre

Parole mit viel Pathos und Grobheit herausschreien, während die Weisen die Gegenseite mit überlegener Ironie und manchmal einfach mit Nichtbeachtung als schwärmerische Sekte abtun (neuerdings ist das Wort „Quäker" für sie im Schwunge — ein Name, den sich viele von uns trotz der Ungenauigkeit nicht ungern gefallen lassen) und die Worte vom „konstruktiven" und „negativen" Pazifismus prägen, dem einen, fruchtbaren, der Neues fordert und aufbaut, dem anderen „sterilen", der nur verneint und verweigert.

Tatsächlich ist dieser ganze Gegensatz nur künstlich, nur fingiert. Er konnte wohl überhaupt nur entstehen in einer Zeit, die so krank, so nervös ist, wie die unsrige.

Der Kriegsdienstverweigerer, der „Nie-wieder-Kriegs"-Rufer ist sich voll bewußt, daß seine Haltung als solcher nur negativ sein kann. Ich kenne aber auch keinen Einzigen aus ihren Reihen, dessen Pazifismus mit dieser Haltung erschöpft ist. Ja, schon die einsätzige Formel, auf die sich die Kriegsdienstgegner aller Länder international geeinigt haben, enthält den Entschluß „für die Beseitigung aller Kriegsursachen zu kämpfen", d. h. also, an der Neuordnung der menschlichen Gesellschaft konstruktiv mitzuarbeiten. Daß in dieser Neuordnung Völkerbund und internationale Schiedsgerichte mit inbegriffen sein werden, ist eine Selbstverständlichkeit.

Nur haben die sogenannten „Jungpazifisten" mit furchtbarer Klarheit erkannt, daß für die Schaffung derartiger Institutionen das Bewußtsein der Völker, oder besser das Bewußtsein des Einzelnen reif sein muß, damit sie auch getragen und durchblutet von jener Gesinnung sein können, die sie allein zu segensreichen Instrumenten werden lassen wird. Professor Schücking, wohl einer der charakteristischsten organisatorischen Pazifisten, erkennt dies auch in seinem Aufsatz „Der Weg des Pazifismus" im 1. Heft der Friedenswarte an, wenn er sagt, daß „die Mitarbeit jener anderen Kreise mit ihren Ideen erst den Nährboden schaffen, aus dem die internationalen Normen aufsprießen können, die uns den Frieden durch Recht sichern sollen."

Freilich wird Schücking in anderen Teilen seines Artikels der jungen Bewegung so wenig gerecht, daß er mir einer ausdrücklichen Widerlegung zu bedürfen scheint, schon deshalb, weil er anscheinend ausschließlich nur jene Jungpazifisten kennt, denen „das entscheidende Postulat das Recht auf das eigene Leben ist." Er übersieht dabei vollständig jene starke und viel maßgebendere Gruppe der neuen Strömung, die sie recht eigentlich geschaffen hat, indem sie ihrem Ideale bereits praktisch nachgelebt und damit für die ganze pazifistische Bewegung ungeheure moralische und politische Erfolge (Abschaffung der Wehrpflicht in England) erzielt haben: die englischen Kriegsdienstverweigerer.

Diese Menschengruppe vertritt keineswegs einseitig den Standpunkt, daß der Staat — oder sagen wir besser die menschliche Gesellschaft — keinen Anspruch an das Leben des Einzelnen zu stellen hat. Vielmehr faßten die englischen Kriegsdienstverweigerer ihre Haltung durchaus als einen Dienst an der Menschheit — ihrem großen Vaterlande — auf, in dem sie alle ihr Leben einsetzten und nicht weniger als 67 es verloren. Wenn also Schücking geringschätzig meint, daß eine Gewissensklausel zu Gunsten der Kriegsdienstverweigerer schon deshalb unbedenklich sei, weil „der Staat von solchen Elementen viel militärische Heldentaten ohnehin nicht zu erwarten habe", so möge er auf Seite 19 meiner Broschüre „Die engl. Kriegsdienstverweigerer" oder in Grahams umfangreichen Buche „Conscription and Conscience" über das Verhalten der 17 zum Tode verurteilten Verweigerer nachlesen, die, selbst als ihnen das Todesurteil verlesen wurde, sich weigerten, einem militärischen Befehle zu gehorchen. Gandhi fragt: „Was erfordert Mut: Hinter einer Kanone stehend Menschen in Stücke zu sprengen, oder sich lächelnden Antlitzes einer Kanone zu nähern und sich in Stücke sprengen zu lassen?"

Für die Idee des Rechtes zu leben, notfalls dafür zu sterben, das wollen wir, nicht aber, uns dem Zwange fügen, dafür zu töten, und dies letzten Endes nicht aus abstrakt prinzipiellen, sondern aus sehr realen Gründen, eben weil wir nicht glauben, daß Gewalt durch Gewalt beseitigt werden kann.

Wer sich die Mühe nimmt, die Zeitschriften, Broschüren und Einzelaufsätze der jungen Bewegung zu studieren, und wem es seine Arbeit in den verschiedenen jungpazifistischen Bewegungen ermöglicht, durch eingehende persönliche Aussprachen und ausführliche Korrespondenz mit den Anhängern dieser Strömungen intimer bekannt zu werden, dem wird unbedingt ein dreifaches bedeutsames Streben auffallen: Der Drang nach Selbstverantwortlichkeit, der Wunsch nach Verwirklichung des Ideals durch die eigene Lebensführung, und der Wille, die Wurzeln des Kriegsübels und seine Zusammenhänge mit den übrigen menschlichen Entwicklungskämpfen zu erkennen. Fassen wir alles dies zusammen, so ergibt sich eine Verlegung des Schwerpunktes der Bewegung aus

den Gelehrtenstuben und dem Versammlungslokal in das Individuum selbst, und damit in die realste aller Wirklichkeiten. Vielleicht kann man diese starke Vertiefung und Individualisierung, die doch den Zusammenhang mit der Gemeinschaft nie verliert, mit einem Worte bezeichnen: Religiosität, in jenem weitesten Sinne, die den Menschen „sich als nicht im Ganzen fühlen läßt, wenn er ihm nicht dient."

Diesem inneren Streben entspricht jetzt bereits eine Realität: Es ist keineswegs zufällig, daß die Kriegsdienstgegner und -Verweigerer aller Länder schon heute trotz der kurzen Zeit ihrer Zusammenarbeit und ihrer rasch wachsenden Mitgliederzahl ein persönliches freundschaftliches Band umschließt, das sich auch im Notfalle bewährt und die Umschlossenen als eine wirkliche internationale Arbeits- und Lebensgemeinschaft erscheinen läßt, eine pazifistische Welt im Kleinen, wie sie sich der Pazifist als Endziel im Großen denkt. Im Vergleiche hierzu scheinen die Vertreter der rein organisatorischen Bewegung in dem schon so langjährigen Verkehr mit ihren ausländischen Gesinnungsgenossen über rein gesellschaftliche Beziehungen kaum hinauszukommen. — Und von gleicher symptomatischer Bedeutung ist es, wenn sich gerade das Proletariat und die Jugend, die sich dem organisatorischen Pazifismus stets versagten, der lebendigen ethischen Bewegung freudig und zahlreich anschließen.

Nicht überall klafft der unnatürliche Spalt zwischen organisatorischem und ethischem Pazifismus so tief wie in Deutschland, schon in den angelsächsischen Ländern nicht, wo das Ethische, das Religiöse rein offiziell überhaupt „hoffähiger" ist als bei uns. So erscheint mir z. B. der Antrag Borahs „auf Ächtung des Krieges' (wohlgemerkt jedes Krieges, auch des Verteidigungskrieges) eine prachtvolle Synthese der beiden Strömungen, der — auf gesunder selbstverständlicher Ethik fußend — organisatorische Forderungen von eminent praktischer Bedeutung stellt und für deren Sicherung lediglich die durch Erziehung hochentwickelte öffentliche Meinung einsetzt — ein ungeheuer hochgestecktes Ziel, das einzige jedoch, für das es sich verlohnen wird, unser Streben und damit unser Leben einzusetzen.

Aechten wir den Krieg!

Ein Buch ist herausgekommen, das für jeden Pazifisten von großem Interesse ist und allerseits stärkste Beachtung verdient: „Deshonorons la guerre! Par les plus grands écrivains francais. Avec une introduction de Pierre la Mazière. Editions du „Progrès civique", Paris (Rue du Dôme 2). Es wäre dringend zu wünschen, daß bald in Deutschland, wie auch in andern Ländern ähnliche Sammlungen erscheinen. Aus dem reichhaltigen Material von Aussprüchen hervorragender Persönlichkeiten der Vergangenheit über den Krieg seien nachfolgend einige der bemerkenswertesten zum Abdruck gebracht. Die Redaktion.

Herzog von Sully (1560—1641):

Ich wundere mich, daß Europa, das doch aus zivilisierten Völkern besteht, sich immer noch von barbarischen und bornierten Grundsätzen leiten läßt.

Worauf beschränkt sich denn die tiefe Politik, deren sich Europa rühmt, als darauf, sich unaufhörlich selbst zu zerreißen? Stets kommt sie auf den Krieg zurück, sie kennt kein anderes Mittel und ersinnt keine andere Lösung. Der kleinste Souverän denkt da nicht anders als der größte Potentat.

Weshalb haben wir uns in die Notwendigkeit verstrickt, stets nur auf dem Wege des Krieges zum Frieden zu gelangen? Ist doch schließlich der Friede das Ziel eines jeden Krieges! Das beweist, daß man nur mangels eines anderen Auskunftsmittels zum Kriege seine Zuflucht nimmt. Gleichwohl verfälschen wir diese Wahrheit, und so scheint es, daß wir nur Frieden schließen, um den Krieg zu haben.

J. J. Rousseau (1712—1778):

Es ist leicht, einzusehen, daß die Kriege und Eroberungen einerseits und die Fortschritte des Despotismus anderseits einander fördern, daß man von einem versklavten Volk Geld und Menschen zur Unterjochung anderer nach Belieben nehmen kann, daß wiederum der Krieg den Vorwand für pekuniäre Vexationen und einen Scheinvorwand dafür liefert, stets große Armeen zu besitzen, um das Volk in Respekt zu halten.

Endlich sieht jedermann, daß die fürstlichen Eroberer ihre eigenen ebenso wie die feindlichen Untertanen bekriegen und daß die Lage der Sieger nicht besser ist als die der Besiegten.

„Ich habe die Römer geschlagen", schrieb Hannibal den Karthagern, „sendet mir Truppen; ich habe Italien eine Kontribution auferlegt, sendet mir Geld".

Nichts anderes ist die Bedeutung des Te Deum, der Freudenfeuer und der Jubel des Volkes bei den Triumphen seiner Herren.

Abbé Galliani (1728—1787):

Nichts absurderes als der Ausspruch „Si vis pacem, para bellum"! Es muß heißen: „Si

vis pacem, para pacem". Ich sehe jetzt, daß das Unglück der Menschen von ihrer Voraussicht herrührt, mag man auch das Gegenteil sagen. Die Voraussicht ist die aktuelle Ursache der Europäischen Kriege. Weil man voraussieht, daß die österreichische Dynastie sich vergrößern wird, daß die Engländer, Franzosen, Spanier in hundert Jahren gewisse Dinge tun oder unterlassen werden, beginnt man sich augenblicklich abzuschlachten. Gäbe man sich die Mühe, nichts vorauszusehen, so wäre die ganze Welt ruhig. Und ich glaube nicht, daß man ohne Krieg unglücklicher wäre.

Victor Hugo: (1802—1885).

Kraft heißt heute Gewalt, über die man nun zu richten beginnt. Der Krieg wird unter Anklage gestellt.

Auf Grund der Klage des Menschengeschlechts leitet die Kultur den Prozeß ein; sie schlägt die Kriminalakten betreffend die Eroberer und Anführer auf.

Die Völker fangen an, zu verstehen, daß die Vergrößerung einer Schandtat keine Verringerung dieser bedeutet, daß, wenn töten ein Verbrechen ist, Viele töten kein mildernder Umstand sein kann; daß, wenn stehlen eine Schande ist, überfallen nicht zum Ruhm gereicht.

Verkünden wir diese absoluten Wahrheiten. Aechten wir den Krieg! (Deshonorons la guerre!)

Nein, der blutige Ruhm existiert nicht. Nein, es ist weder gut noch nützlich, Menschen zu schlachten. Nein, das Leben kann nicht für den Tod arbeiten.

Ihr Mütter, die ihr mich umgebt, es darf nicht sein, daß der Krieg, dieser Dieb, euch eure Kinder nimmt. Nein, es darf nicht sein, daß die Frauen in Schmerzen gebären, die Menschen geboren werden, die Völker pflügen und säen, der Bauer die Felder bestellt, der Arbeiter die Städte bereichert, der Denker sinnt, der Industrielle Wunderbares leistet, das Genie schöpferisch wirkt, daß die vielseitige Tätigkeit der Menschen angesichts des bestirnten Himmels alle Anstrengungen macht, nur um zu jener furchtbaren internationalen Ausstellung zu gelangen, die man ein Schlachtfeld nennt.

Die erste Lehrkanzel für Friedenswissenschaft.

„Errichtet Lehrstühle für Friedenswissenschaft!" so lautete die Ueberschrift eines Aufsatzes, den ich im Juniheft der „Friedens-Warte" veröffentlichte. Ich suchte dort nachzuweisen, daß die Friedenswissenschaft ein sehr genau begrenzbares Gebiet umfasse, daß sie die Lehre von den Kriegsursachen, den Kriegswirkungen und der Kriegsverhütung zu behandeln habe, so daß in der Friedenswissenschaft ein Forschungsfeld ganz ähnlicher Art vorliegt, wie dasjenige, welches von der Medizin als Lehre von den Krankheitsursachen, Krankheitswirkungen und der Krankheitsverhütung bearbeitet wird.

In der Julinummer dieser Zeitschrift schloß sich John Mez meiner Forderung nachdrücklich an. Auf dem Pazifistischen Studentenkongreß, der vom 29. bis 31. Juli in Dresden tagte, gelangte auf Antrag des Bundesvorsitzenden Wolfgang Medding folgende Entschließung einstimmig zur Annahme:

„Der Kongreß der pazifistischen Studenten Deutschlands richtet an die Ministerien für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Preußen, Bayern, Sachsen, Thüringen, Württemberg, Baden, Mecklenburg und an die Hochschulbehörde in Hamburg die dringende Bitte, unverzüglich im Sinne des § 148 der Deutschen Reichsverfassung Schritte zu unternehmen, um an den Universitäten Lehrstühle für Friedenswissenschaft zur Erforschung der Kriegsursachen, Kriegswirkungen, Kriegsverhütung und Völkerbundfragen zu errichten, um der schwersten Gefahr, die der Menschheit und Kultur droht, wirksam entgegenzuarbeiten und die Wissenschaft in den Dienst aufbauender Menschheitskultur zu stellen. Der Kongreß richtet an das Ministerium ferner die Bitte, bei der Besetzung nur solche Männer zu wählen, die durch die Einsetzung für die Idee der Völkerversöhnung und die Verwirklichung des Rechtsgedankens im Leben der Völker unter einander sich einen Namen gemacht haben."

In Deutschland ist für die Erfüllung dieser Forderung bisher noch gar nichts geschehen. Hingegen war kürzlich in den Prager Zeitungen nachstehende Meldung zu lesen:

„Ceskosloveneske Noviny" treten in einem Leitartikel für die Errichtung einer Lehrkanzel für Friedenswissenschaft an der Prager Tschechischen Universität ein. Die Chelcicky-Friedensgesellschaft befaßt sich bereits längere Zeit mit diesem Projekt und sammelt entsprechendes Motivenmaterial. Zunächst setzt sie sich für eine provisorische Institution ein, nämlich für ein Lektorat der Friedenswissenschaft, das bereits im Sommersemester des Studienjahres 1924 in Tätigkeit treten soll."

Das ist ein höchst erfreulicher Anfang. Es ehrt die Tschechoslovakei und ihre Regierung, die auch sonst der Friedensbewegung großes Interesse entgegen bringt,—und diesem sowohl durch ihren Präsidenten Masaryk, wie durch ihren vortrefflichen, ganz von modernen Ideen erfüllten Außenminister Benesch (siehe dessen höchst bedeutsame Botschaft an den III.

Kongreß der Tschechoslovakischen Friedensvereine, in der Rubrik: Aus der Zeit) praktisch Ausdruck giebt — daß sie als erste eine Lehrkanzel für Friedenswissenschaft an der Prager Universität errichten will.

Dringend zu wünschen wäre es jedoch, daß es nicht bei diesem einzigen Lehrstuhl in der Tschechoslovakei bleibt, daß vielmehr auch alle andern Länder das vorbildliche Beispiel der Tschechoslovakei befolgen. Besonders in Deutschland, wie nicht minder in Oesterreich, muß die Friedenswissenschaft auf den Hochschulen heimatberechtigt werden, schon damit diese Lehranstalten nicht weiter wie bisher vollkommen vom Geiste des Nationalismus beherrscht werden. Nichts bedroht die Weltkultur ebenso wie die nationale Kultur mehr, als wenn die Jugend und namentlich der gesamte intellektuelle Nachwuchs zur Bewunderung des Krieges, des Militarismus und damit des organisierten Menschenmordes erzogen wird.

Nicht nur Lehrstühle für Friedenswissenschaft brauchen wir deshalb, sondern zugleich Lehrstühle für Menschenökonomie, damit endlich allen Denkenden mit voller Klarheit bewußt wird, welche katastrophalen Schäden Menschenverschwendung und Kampf ums Dasein nach sich ziehen, wie ungeheure Kulturleistungen hingegen durch Menschenökonomie und gegenseitige Hilfe zu Tage gefördert werden können.

Errichtet Lehrstühle für Friedenswissenschaft und Menschenökonomie — und der erste Schritt wird getan sein, um die Hochschulen aus Brutstätten der Reaktion in Pflanzstätten der Höherentwicklung umzuwandeln!

R. G.

Neues zur Schuldfrage.

Von Dr. Heinrich Kanner, Wien.

I. Ein erster Erfolg der Unschuldskampagne.

Die Unschuldskampagne, deren Oragnisation ich im Juli-Heft dieser Zeitschrift geschildert habe, hat unter der kurzlebigen Kanzlerschaft des Dr. Stresemann einen großen Erfolg errungen. Den Wortführern der Kampagne mußte natürlich sehr viel daran gelegen sein, die Reichsregierung, die die äußere Politik des Reiches leitet, zum offenen Anschluß an ihr Programm zu gewinnen. Das war die erste Etappe ihrer Bestrebungen. Immer wieder versuchten sie es, doch es gelang ihnen nicht. Die Reichsregierung nahm den Standpunkt ein, daß sie den Friedensvertrag von Versailles unterschrieben habe, daß jeder Reichskanzler die Unterschrift seiner Vorgänger auf diesem Vertrage, so lange er im Amt ist, respektieren müsse, wolle er sich und die Reichsregierung nicht abermals dem Vorwurf aussetzen, daß Deutschland geschlossene Verträge nur als „Fetzen Papier" ansehe. Eine der wichtigen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages ist aber der die Schulfrage behandelnde § 231, den die Wortführer der Unschuldskampagne als die „Schuldlüge von Versailles" auf das heftigste bekämpfen.

Alle die öffentlichen Aufforderungen, sich offen gegen diese Schuldlüge zu erklären, die von den Wortführern der Propaganda an die einander folgenden Reichskanzler gerichtet wurden, fanden deswegen taube Ohren. Der Appell wurde aber immer heftiger, immer dringlicher. Der erste Münchener Fechenbach-Prozeß, der sogenannte Kriegsschuld-Prozeß wegen der bekannten Eisner'schen Dokumente verschaffte der Propaganda einen vorbereitenden Erfolg. Sie brachte zunächst die bayrische Regierung zum Reden. In Beantwortung einer an ihn gerichteten Interpellation stellte sich der damalige bayrische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld am 29. Mai 1923 im bayrischen Landtag ganz auf die Seite der Propaganda, indem er sagte: „In der Ablehnung dieses Diktats von der Alleinschuld und von der verbrecherischen Absicht Deutschlands als des direkten Gegenteils der Wahrheit waren und sind sich die Deutschen einig." Graf Lerchenfeld ließ es aber nicht bei Worten bewenden. Gedrängt von den in diesem Punkt miteinander vollständig einigen bayrischen Reaktionären aller Farben, wurde Graf Lerchenfeld, wie er in dieser Rede mitteilte, bei der Reichsregierung „wegen einer aktiven Stellungnahme in der Kriegsschuldfrage vorstellig". Seine immerhin maßvollen Worte blieben aber bei der Reichsregierung ohne die gewünschte Wirkung. Im Münchener Rathaus sprach wohl der Reichskanzler Dr. Cuno, dem genius loci folgend, einige abwehrende Worte über die Kriegsschuld. Das war aber den bayerischen Agitatoren viel zu wenig. Graf Lerchenfelds Nachfolger Dr. v. Knilling ging nun stärker ins Zeug. In einer langen und heftigen Rede, die er am 27. Juni im bayrischen Landtag hielt, stimmte er ganz in die Phraseologie der bayrischen Hetzer ein. Er sagte, die „angebliche Schuld Deutschlands am Weltkriege" sei „die größte Lüge der Weltgeschichte". Er begnügte sich nicht, wie die Wortführer der Unschuldskampagne, mit

der geteilten Schuld, sondern ging — wir wissen nicht, ob zur angenehmen oder unangenehmen Ueberraschung der Taktiker der Propaganda — weit darüber hinaus, indem er verkündete, „daß nicht Deutschland, sondern Frankreich diesen Krieg verschuldet hat". „Alle Kreise des deutschen Volkes — erklärte er — erwarten deshalb zuversichtlich, daß die Reichsregierung in der Schuldfrage zur Offensive übergeht." Die Unterschrift unter „die im Vertrage von Versailles diktierte Schuldlüge" sei Deutschland „erpreßt" worden. „Diese auf unsittlichem Zwange beruhende Unterschrift — schloß der bayrische Ministerpräsident — muß heute jeder gerecht Denkende als null und nichtig erkennen."

So sprach der bayrische Ministerpräsident. Aber alle seine starken Worte vermochten den Mann nicht zu rühren, an den sie in erster Linie gerichtet waren, den Reichkanzler Dr. Cuno, der sich damals wohl auch schon zu schwach fühlte, um ein neues Spiel zu wagen. Dr. Cuno fiel. Nun galt es, den neuen Reichskanzler annexionistischen Angedenkens Dr. Stresemann für die „Offensive" in der Unschuldskampagne zu gewinnen. Zu diesem Zweck veranstaltete die Münchener „Arbeitsgemeinschaft für Wahrheit, Recht und Ehre", die wahrlich nähere würdige Objekte für ihre Bestrebungen nach Wahrheit, Recht und Ehre in ihrem Bayerland hätte finden können, am 3. Oktober eine Zusammenkunft führender bayrischer Politiker, die dann Dr. v. Knilling die Gelegenheit gab, an den neuen Reichskanzler zu appellieren. Auch der Kronprinz Rupprecht war zu der Versammlung eingeladen, ließ sich, da er selbst am Erscheinen verhindert war, durch den Prinzen Alfons vertreten und der Arbeitsgemeinschaft für ihre Tätigkeit seine besten Wünsche aussprechen. Dr. v. Knilling erfreute die Versammlung durch die Wiederholung der in diesen Kreisen geläufigen Schlagworte über die „Schuldlüge" und seine Aufforderung zur „Offensive" der Reichsregierung in der Schuldfrage. Diesmal zog aber Dr. v. Knilling noch einige tiefere Register, die man bisher in der Agitation wohlweislich nicht hatte laut werden lassen. Er spielte nämlich auf das eigentliche und ausschlaggebende, bisher aber verheimlichte Motiv der Unschuldskampagne, an, indem er sagte: „Leider gibt es im eigenen Volke nicht Wenige, die im Innersten ihres Herzens dem Kampfe gegen die Schuldlüge ablehnend gegenüberstehen, weil sie sich klar sind, daß, wenn dieses Lügengewebe einmal endgiltig zerrissen ist, vor den Augen der Welt damit auch der letzte Schein einer Rechtfertigung entschwindet für das ungeheure Verbrechen, das im November 1918 von Volksgenossen mit frevler Hand verübt wurde." Diese Worte verdienen eine besondere Aufmerksamkeit, die wir ihr an einer späteren Stelle dieser Darlegung noch widmen wollen. Hier soll zunächst der äußere Gang der Ereignisse verfolgt werden. Dr. v. Knillings Rede hatte einen durchschlagenden Erfolg. Unter ihrem Eindruck gab der Reichskanzler Dr. Stresemann den von seinen Vorgängern jahrelang geübten Widerstand gegen den aus der bayrischen „Ordnungszelle" immer lauter ertönenden Appell auf. In einer Rede, die er am 25. Oktober in Hagen hielt, ergriff er beherzt die „Offensive" gegen die „Schuldlüge". Gegen Poincaré gewendet, rief er aus: „Ich weise diese Kriegsschuldlüge mit aller Entschiedenheit zurück." Das ist „nicht nur Recht und Pflicht des deutschen Volkes, sagte er, sondern, wie ich es auffasse, Recht und Pflicht auch der deutschen Reichsregierung". „In der Schuldfrage, schloß er, gegenüber dem Feind ein Kampf bis zum Äußersten!" Mehr konnten die bayrischen Ordnungsmänner und ihre Gesinnungsgenossen im ganzen Reich von dem neuen Reichskanzler in der Schuldfrage nicht erwarten, und so weit waren sie auch mit ihm zufrieden.

Mit dieser Rede haben sie den ersten großen prinzipiellen Erfolg in ihrer Agitation erzielt. Der erste praktische Erfolg stellte sich auch bald ein. Wenige Tage nach jener Rede kehrte der deutsche Kronprinz mit Bewilligung Dr. Stresemanns nach vierjähriger Verbannung aus seinem Exil als das erste Unschuldslamm in das Vaterland, in sein angestammtes Herrschaftsland zurück.

II. Eine Klärung des Problems.

Dem Einen, dem deutschen Kronprinzen, hat Dr. v. Knillings Kraftrede vom 3. Oktober, die sicher auch dem Protektor der Veranstaltung, dem Prinzen Rupprecht gut gefallen hat, sichtlich genützt. Der Agitation und ihren minder aufrichtigen Wortführern aber hat sie einen bösen Streich gespielt. Denn sie enthielt ein Eingeständnis, das geeignet war, auch den verschlafensten Demokraten und Republikanern im deutschen Volke die Augen über die wahre Bedeutung der Schuldfrage und der Unschuldskampagne zu öffnen, bei der sie bis dahin gutgläubig, wenn auch unverständig, mitgelaufen waren: ein doppeltes Eingeständnis, das Eingeständnis, daß die bisher so hochgepriesene Einheitsfront des ganzen deutschen Volkes in der Schuldfrage gar nicht besteht, und weiter das Eingeständnis, daß der wahre Grund und Zweck der Un-

schuldskampagne nicht der vorgebliche Kampf für Wahrheit, Recht und Ehre der Nation ist, sondern der Kampf für die Restauration des alten Regimes, der deutschen Dynastien, der Monarchie und der Autokratie, und daß diejenigen, die diese Restauration nicht wünschen, sondern die Republik und Demokratie in Deutschland erhalten und befestigen wollen, gute Gründe haben, sich von der Agitation gegen die „Schuldlüge" fernzuhalten. In der Tat muß es jedem politisch Urteilsfähigen ohne weiteres einleuchten, daß, wenn „Deutschland", d. i. konkret gesprochen, diejenigen Männer und Gesellschaftsschichten, die im Juli 1914 in Deutschland über Krieg oder Frieden zu entscheiden hatten, an dem Ausbruch des Weltkrieges unschuldig sind, wenn sie vielmehr von den Ententemächten „überfallen" worden sind, ihre Entthronung, Verbannung und Machtentsetzung das bitterste Unrecht waren, das das deutsche Volk, sobald es diese „Wahrheit" erkannt hat, im Namen von „Recht und Ehre" durch ihre Wiedereinsetzung in ihre früheren Stellungen zu sühnen verpflichtet ist. Die Rückkehr des deutschen Kronprinzen war der erste Schritt zur Rückgängigmachung des — wie Dr. v. Knilling sagte — „ungeheueren Verbrechens, das im November 1918 von Volksgenossen mit frevler Hand verübt wurde". Weitere Schritte werden folgen, bis der vor dem November 1918 bestandene Zustand wieder hergestellt sein wird. Das ist die logische Konsequenz und deswegen auch der wahre innere Antrieb der ganzen Unschuldskampagne.

Das hätte jeder politische Urteilsfähige auch vor dem Eingeständnis Dr. v. Knillings und vor der dieses Eingeständnis und die sich daraus ergebende Forderung erfüllenden Politik Dr. Stresemanns voraussehen können. Ich habe es auch lange vor Dr. v. Knillings Rede, im Mai d. Js., in einem Artikel in den „Baseler Nachrichten" unter dem bezeichnenden Titel ‚Kriegsschuld — Reparation — Restauration" ganz genau vorausgesagt. Die Wirkung dieses Artikels zeigte sich bald. Der Wortführer der Unschuldsagitation Professor Hans Delbrück stürzte sich auf diesen Artikel und suchte ihn in einer von persönlichen Invektiven strotzenden Polemik zu widerlegen, die er dann so lange fortsetzte, bis die langmütige Redaktion die Diskussion schloß. Was ich behauptete und was den Professor aus seiner akademischen Ruhe brachte, war meine Darlegung, daß es sich den Drahtziehern der Unschuldskampagne praktisch gar nicht, wie sie glauben machen wollten, um die Reparationen handelte, die sie ohnedies nicht zu bezahlen Willens waren, sondern um die Restauration des früheren autokratisch-monarchischen Regimes in Deutschland, und daß die deutschen Demokraten und Sozialdemokraten, die sich an der Unschuldskampagne beteiligen, der Reaktion, die ihnen nur ihre wahren Ziele verheimliche, auf den Leim gingen. Delbrück wies diese meine „infame Insinuation" oder, wie er es sonst in seiner höflichen Sprache nannte, zurück; ich sei ein Igorant, ein Lügner, ein Verdreher; ob ich denn glaube, daß die deutschen Demokraten so töricht wären, der Reaktion in die Hände zu arbeiten. Ich habe darauf kühl geantwortet, daß ich in der Tat die deutschen Demokraten für so töricht halte, daß sie auch nach 1870 so töricht gewesen seien. Dr. v. Knilling hat denn auch die auf Volksbetrug berechnete Fiktion von der Einheitsfront in der Schuldfrage, die selbst Delbrück nicht aufrechterhalten konnte, fallen gelassen und dadurch einiges zur Klärung des Problems beigetragen — für diejenigen wenigstens, die sehen wollen.

III. Eine „beherzigenswerte" Idee.

Ein italienischer Historiker, Professor Corrado Barbagallo (Mailand), hat einen ganz eigenen Weg gefunden, um den Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten der dornigen Kriegsschuldfrage zu entgehen. Er erklärt sie für „unhistorisch", unwissenschaftlich und will sie deswegen überhaupt aus jeder Untersuchung des Ursprungs des Weltkriegs ausgeschlossen wissen. Nach ihm gibt es gar keine Kriegsschuld. Denn — so sagt er — „die Annahme einer Schuld, einer Verantwortlichkeit setzt eine allgemein giltige, übereinstimmende Moral voraus, die gewisse Handlungen billigt und andere mißbilligt, im vorliegenden Fall also eine intereuropäische Moral, die schon die bloße Tat der Initiative zum Krieg verurteilt." Eine solche Moral, sagt Professor Barbagallo, gibt es aber weder heute, noch hat eine solche 1914 existiert. Beweis: „Jede Nation verwendete damals großen Eifer, ja setzte ihre Ehre darein, sich auf die blutige Probe vorzubereiten". Ja wohl! Prof. Barbagallo vergißt nur, eine kleine logische Distinktion zu machen, die für die Frage von wesentlicher Bedeutung ist und das moralische Urteil der europäischen Menschheit in der Kriegsschuldfrage 1914 ebenso beherrscht hat wie heute und wie auch schon lange vor 1914, nämlich die Distinktion zwischen Offensiv- und Defensivkrieg. Auf einen Defensivkrieg haben sich alle europäischen Nationen mit Eifer und Leidenschaft so gut als nur möglich vorzubereiten getrachtet, die Abwehr eines ge-

waltätigen Angriffs galt und gilt für die europäischen Staaten als moralisch durchaus zulässig, ja sogar geboten. Als unmoralisch ward und wird dagegen jeder Angriffskrieg verurteilt. Soweit hat sich doch der Pazifismus — wenn man es so nennen will — im Lauf der Jahrhunderte in Europa durchgesetzt. Wenn vor 1914 (wie auch heute) die Nationen Armeen und Flotten ausrüsteten, waren diese Unternehmungen immer von den feierlichen Versicherungen der Potentaten und Staatsmänner begleitet, daß sie damit nur ihr Land gegen einen Angriff von anderer Seite zu schützen suchen, daß sie selbst aber nichts sehnlicher erstreben als die Aufrechterhaltung des Friedens nach dem Grundsatze: „si vis pacem, para bellum". Als der Weltkrieg ausbrach, haben denn auch alle an ihm beteiligten Staatsmänner ihren zum Blutopfer aufgerufenen Untertanen zu beweisen versucht, daß nicht sie, sondern der Feind den Krieg angefangen habe. Die Einen haben mit Recht so gesprochen, die Andern mit Unrecht. Wer die Behauptung mit Recht, wer sie mit Unrecht aufgestellt hat, das ist die Frage, die Kriegsschuldfrage, deren Existenz Prof. Barbagallo leugnet, weil er, ganz willkürlich, die logische Distinktion zwischen Offensiv- und Defensivkrieg zu machen unterläßt.

Der logische Trick des Prof. Barbagallo kommt mir nicht ganz überraschend. Ich habe schon in meinem Buche „Kaiserliche Katastrophenpolitik" (S. 368—388) darauf aufmerksam gemacht, daß man, um das Kriegsschuldproblem lösen zu können, verschiedene logische Distinktionen beachten müsse. Deren primitivste ist die Unterscheidung zwischen Offensiv- und Defensivkrieg, an sie schließen sich andere, feinere Distinktionen an wie die zwischen aktivem und passivem, zwischen aktuellem und latentem Kriegswillen. Wer diese Distinktionen unterläßt, kann das Kriegsschuldproblem nicht lösen, er gelangt in seiner logischen Konfusion entweder, wie die deutschen Unschuldskämpfer, zu dem hypermoralischen Schluß, daß alle am Weltkrieg beteiligten Nationen an seinem Ausbruch die gleiche Schuld tragen, oder zu dem amoralischen Schluß des Prof. Barbagallo, daß keine Nation schuldig ist. Die deutschen Unschuldskämpfer sehen alles schwarz, Prof. Barbagallo sieht alles weiß. Beide leiden an moralischer Farbenblindheit. Dieser gemeinsame Defekt macht es auch begreiflich, daß unsere deutschen Unschuldskämpfer in ihrer Fachzeitschrift, der wir diese ganze Neuigkeit entnehmen (November-Heft der Berliner „Kriegsschuldfrage"), die Theorie des Prof. Barbagallo als „wahrlich beherzigenswerte Worte" begrüßen. Daß sie dabei übersehen, daß die Theorie des italienischen Professors im schärfsten Gegensatz zu ihrer eigenen Theorie steht, ist nur ein neuer Beweis dafür, daß sie das Problem, über dem sie nun schon bald zehn Jahre brüten, nicht verstehen oder — nicht verstehen wollen.

IV. Zwei Parallelen.

Wie wird die Diskussion über die Kriegsschuldfrage enden? Ich wage es nicht zu prophezeien, ich will nur zwei Parallelen anführen.

Was wird geschehen, wenn sich nach Österreich und Ungarn auch Deutschland in seiner namenlosen Not an den Völkerbund, bezw. die Entente um Hilfe wenden wird, da doch ohne Verzicht auf das Generalpfandrecht der Siegerstaaten eine zur Sanierung ausreichende internationale Anleihe für Deutschland ebenso wenig zu haben sein wird wie für Österreich und Ungarn? Ich will nicht prophezeihen, ich verfolge nur eine Parallele, und aus ihr scheint sich mir der logische Schluß zu ergeben, daß dann Deutschland, so wie es vor ihm Oesterreich und Ungarn getan, auch seinerseits die politischen Klauseln seines Friedensvertrags neuerdings zu bestätigen und insbesondere auf den Kampf gegen den Art. 231 zu verzichten und damit die Schuld — nicht des deutschen Volkes, sondern seiner einstigen Machthaber — am Ausbruch des Weltkrieges neuerlich — nicht als Diktat der Sieger, sondern aus freiem Willen — zu bekennen haben wird.

Das ist die eine Parallele, und nun eine zweite:

Keinen weisen Spruch seiner großen Dichter und Denker hat das deutsche Volk so gewissenhaft und unverbrüchlich befolgt wie die Worte, die Kaiser Wilhelm II. in seinem Aufruf an das deutsche Volk vom 6. August 1914 gebrauchte: „Wir werden uns wehren bis zum letzten Hauch von Mann und Roß." Das deutsche Volk hat in der Tat „durchgehalten" „bis zum letzten Hauch":

1. Im Krieg selbst. Deutschland hätte zweifellos einen viel günstigeren und sogar einen ganz annehmbaren Frieden haben können, wenn es ihn ernstlich angestrebt hätte, als seine Fronten noch unerschüttert und unerschütterlich dastanden. Seine Führer haben aber gewartet „bis zum letzten Hauch von Mann und Roß", bis alle Kräfte des deutschen Volkes erschöpft waren, bis dieses sich den Feinden auf Gnade und Ungnade ergeben mußte, und es hat dann auch den denkbar schlechtesten Frieden erhalten.

2. Im Ruhr-Konflikt. Wenn Deutschland schon einmal in das Ruhrabenteuer eingetreten war, so konnten doch seine Führer spätestens schon im Frühjahr 1923 an der Hand der bis dahin gemachten Erfahrungen mit mathematischer Sicherheit vorausberechnen, daß, wenn sich nicht etwa ein Wunder ereignen würde, die Fortsetzung des passiven Widerstandes die deutschen Finanzen so sehr schwächen, die deutsche Valuta so sehr verschlechtern würde, daß ihm schließlich nichts anderes übrig bleiben würde als die Kapitulation. Das haben ihnen zum Überfluß nicht nur die Franzosen, sondern auch wohlmeinende Warner aus dem eigenen deutschen Lager mit unwiderleglichen Ziffern vorausgesagt. Damals hätten sie, wenn sie den passiven Widerstand vor Erschöpfung ihrer Widerstandskraft hätten aufgeben wollen, mit den Franzosen und Belgiern noch zu einem verhältnismäßig billigen Ausgleich kommen können. Aber sie haben auch in diesem Fall durchgehalten bis zum letzten Hauch, bis sie den passiven Widerstand, weil sie ihn nicht mehr fortsetzen konnten, bedingungslos aufgeben mußten, und die Folge war, daß dem politischen Zusammenbruch vom Herbst 1918 im Herbst 1923 der finanzielle Zusammenbruch folgte, aus dem Deutschland sich wohl kaum mehr ohne die Hilfe des Auslandes, d. i. seiner ehemaligen Kriegsfeinde herausarbeiten wird können.

3. In der Schuldfrage? Der Kampf gegen den „Diktatfrieden" von Versailles und das „erpreßte" Schuldgeständnis war von Anfang an — wenn man von den schon oben angedeuteten geheimen Nebenabsichten der Reaktion absieht — sinn- und aussichtslos. Ein jeder Friedensvertrag ist, wenn der Krieg bis zu seiner Entscheidung geführt, „durchgehalten" worden ist, ein „Gewaltfrieden". Das sagt schon Treitschke, sicher eine auch den heftigsten Militaristen und Nationalisten unverdächtige Autorität, in seiner „Politik" (II. Band, S. 558): „Jeder Frieden, den der Sieger dem Besiegten auferlegt, muß ein erzwungener sein."

Warum wird also gerade der Friede von Versailles als ein Unikum von einem erzwungenen Frieden hingestellt? Hatte man einen so löblichen Abscheu vor der Entscheidung durch die Gewalt als man ihn jetzt zur Schau trägt, so hätte man es ja leicht gehabt, die Entscheidung durch die Gewalt zu vermeiden, indem man sich auf einen Krieg gar nicht eingelassen, sondern auf die wiederholten Vorschläge der Gegner eingegangen und die Entscheidung des serbischen Streitfalls auf friedlichem, diplomatischem Weg gesucht hätte. Wenn man es trotzdem auf die Entscheidung durch die Waffen hat ankommen lassen, darf man sich hinterdrein über den Diktatfrieden nicht wie über etwas Unerhörtes beschweren und auch die eigene Schuld, d. i. die Schuld der eigenen Führer am Ausbruch des Krieges nicht leugnen. Daß und wie diese Schuld im Art. 231 des Friedensvertrages formuliert ist, ist ganz gleichgültig, der Artikel könnte auch im Friedensvertrag fehlen. Wichtig ist nur, daß die ganze zivilisierte Menschheit, nicht nur die am Krieg beteiligte, sondern auch die im Krieg neutral gebliebene, mit Ausnahme der siebzig Millionen Deutscher und einiger Frondeure in den anderen Nationen, von der Schuld Deutschlands überzeugt ist, und daß diese Überzeugung durch jedes neu hervorkommende Beweisstück aus den kritischen Tagen — seien es amtliche Geheimakten oder private Memoiren — immer wieder neu bestärkt wird. Durch den fortgesetzten Kampf gegen diese allgemeine Überzeugung und die bewiesene Wahrheit schließt sich Deutschland immer mehr von der übrigen Menschheit ab. Das ist für Deutschland schädlich, aber — wir wollen das gewiß nicht verkennen — für die übrige Menschheit auch, für diese um so mehr, je kräftiger Deutschland noch dasteht, je größer noch der Platz ist, den es in der Völkerfamilie auszufüllen vermag. Hätte Deutschland diesen vergeblichen Kampf gegen den Art. 231 zu einer Zeit einzustellen sich bereit gefunden, als es noch über einigermaßen reiche wirtschaftliche, geistige, moralische Kräfte verfügte, so wäre ihm die Welt sehr dankbar gewesen und hätte für dieses Entgegenkommen gerne einen hohen Preis bezahlt. Je länger aber dieser Kampf dauert und je mehr Deutschlands Kräfte inzwischen schwinden, desto geringeren Wert legt die übrige Welt auf eine freundschaftliche Verständigung, auf ein harmonisches Zusammenarbeiten mit Deutschland und auch auf Deutschlands Auffassung der Schuldfrage. Wenn Deutschland auch in diesem Kampf bis zum letzten Hauch durchhält, dann könnte unsere zweite Parallele sich unglückselig vollenden. Es könnte kommen, daß auch in den deutschen Köpfen die richtige Erkenntnis der Kriegsschuld sich Bahn bricht, die schon längst communis opinio der ganzen übrigen Menschheit ist, zu einer Zeit aber, wo die übrige Menschheit sich aus den Ansichten des deutschen Volkes nichts mehr macht, dafür nichts mehr übrig hat. Das wäre nach dem politischen und finanziellen der moralische Zusammenbruch, der schlimmste von allen, aber der einzige, der sich noch aufhalten läßt.

Inhalts-Verzeichnis
des Jahrganges XXIII. der FRIEDENS-WARTE.

Größere Aufsätze

Seite

Angell, Normann, Weshalb ein „negativer" Pazifismus versagen muß 19
Bernstein, Eduard, Schuld und Sühne in den Völkerbeziehungen 116
Bischitzky, Adolf, Pazifismus und Esperantismus 376
Bleier, August, Kirche und Pazifismus 311
Coudenhove-Kalergi, R. N., Die Europäische Frage 9
Delmling, General, B. von, Noch einmal die Völkerbundarmee 300
Dickinson, G. L., Der Krieg, der Frieden und die Ruhrbesetzung 68
Dumba, Nikolaus, Amerika und der Völkerbund 73
Eberhard, Raimund, „Die größte Dummheit" . 362
Eickhoff, Richard, Dem Andenken Lord Weardale's 157
Einstein, Albert, Zu meinem Austritt aus der Völkerbundkommission für intellektuelle Zusammenarbeit 186
Eisler, Rudolf, Drei Bücher über Nationalismus und Internationalismus 154
—, Gesetz, nicht Krieg 309
Endres, F. C., Major a. D., Probleme des nahen Orients 207
—, Zur Organisation der Völkerbundarmee . . 229
Ewald, Oskar, Über wahren und falschen Pazifismus 78
Fabian, Walter, Hochschule und Pazifismus . . 257
Foerster, Fr. W., Thomas Mann und der Pazifismus 22
Freymuth, A., Das Fechenbach-Urteil 260
Gerlach, Hellmuth v., Eine Völkerbundarmee . . 76
—, Das Deutschland von heute 198
—, Sekte oder politischer Faktor 244
Gießwein, Alexander, Zur Erinnerung an Frau Anna Zipernowsky 158
Goldscheid, Rudolf, Zur Einführung 1
—, Die weltpolitische Bedeutung des Wahlausfalls in England 29
—, Die Besetzung des Ruhrgebietes 23
—, Weltreaktion und Pazifismus 65
—, Internationalismus und Menschlichkeit . . 109
—, Ein Meeting der französ. Liga für Menschenrechte 150
—, Die neue Internationale 190
—, Errichtet Lehrstühle für die Friedenswissenschaft! 196
—, Befreiungsfrieden! 211
—, Die Sabotage der Verständigung 255
—, Der Glaube an die Gewalt 289
—, Die Kapitulation und der Kampf gegen die Demokratie 302
—, Fortschritte der Friedenspolitik und das Wettrüsten gegen die historische Entwicklung 357

Seite

Goldscheid, Der internationale Kongreß der Liga für Menschenrechte 365
—, Das Verbot der Menschheit 370
—, Die erste Lehrkanzel für Friedenswissenschaft 383
—, Politische Glossen 42, 86, 144, 199, 265, 320, 390
Grmela, Jan, Traurige Zahlen 153
Gumbel, E. J., Der Einfluß des Krieges auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland . 129
Hannak, J., Sport und Pazifismus 374
Heller, Lotte, Frauen-Weltkonferenz 36
Hiller, Kurt, Jungpazifismus 11
—, Politische Einheitsfront 127
—, Pazifismus und Kommunismus 296
Humanus, J. B., Individuelle und nationale Notwehr 293, 350
Jannasch, Lilli, Versöhnungsopfer des deutschen Volkes an das französische Volk 315
Jaszi, Oskar, Das ungarische Problem aus dem Gesichtswinkel des Pazifismus 34
Kahn, Emile, An die deutschen Pazifisten (nebst Antwort des deutschen Friedenskartells) . . 203
Kanner, Heinrich, Neues zur Schuldfrage . 249, 384
Kuczynski, Richard, Bisherige und künftige Reparationsleistungen 368
Kunz, Josef L., Fritjof Nansen 46
Lawrence, F. W. Pethick, Friedensfreunde im englischen Parlament 30
Löbe, Paul, Friedenswarte und Völkerbund . . 8
Meurer, Christian, Heinrich Lammasch 136
Mez, John, Wie für den nächsten Krieg gerüstet wird 194
—, Zur „Verjüngung" des Pazifismus 242
—, Der 120 000-Dollar-Friedenspreis von E. W. Bok 272
Morel, Ed., An die Regierungen und Völker! . . 270
Ossietzky, Carl v., „Nie wieder Krieg!" 208
Playne, C. E., Eindrücke vom 16. britischen Friedenskongreß 326
Rolland, Romain, Mahatma Gandi . 81, 141, 197, 317
Rothbarth, Margarethe, Die Wiener Tagung des Weltverbandes der Völkerbundligen . . . 239
Ruyssen, Th., Völkerbund und Kooperation . . 6
Sachs, Arthur, Kultur und Krieg 262
Serrail, General, Die Völkerbundarmee . . . 224
Scelle, Georges, Die mögliche und wünschenswerte Entwicklung des Völkerbundes . . . 233
Schoenaich, Generalmajor v., Wie ich Pazifist wurde 23
—, Politik und Wahrheit 301
—, Eine Völkerbundarmee? 231
—, Bauerntum und Pazifismus 372
Schücking, Walther, Der Weg des Pazifismus 15
Schrann, Hans, Ideologie und Wirklichkeit 246
Schwellenbach, Robert, Die katholische Friedensbewegung 124
Schwimmer, Rosika, Eine pädagogische Abrüstungs-Weltkonferenz 324
Seger, Gerhart, Das System 254
Simons, Hans, Die Garantie- und Abrüstungsvorschläge Lord Robert Cecils . . . 188, 237

Seite

Steinitz, Martha, Ethik und Pazifismus . . . 380
Stiklow, Sowjetrußland und der Völkerbund . 206
Stöcker, Helene, Der Haager Weltfriedenskongreß der Gewerkschaftsinternationale . . . 38
—, Reparationspflicht und Kriegsschuld . . . 111
Ströbel, Heinrich, Bürgerlicher und proletarischer Pazifismus 122
Sutter, O. E., Eine Friedensdebatte in der Paulikirche 138
—, Nationalisterei und technischer Fortschritt . 379
Szende, Paul, Bauerntum und Pazifismus . . . 27
—, Demokratie und Völkerbund 186
Thielemann, Wally, Völkerbundpropaganda in England 46
Thomson, C. B., General, Vertragsmartern an der Ruhr 119
Trevelgan, Charles, Was ist zu hoffen? . . . 31
Valentin, Veit, Die Führer der deutschen Friedensbewegung 4
Wehberg, Hans, Drei Jahre Völkerbund . . . 4
—, Zum 70. Geburtstag von Baron d'Estournelles de Constant 45
—, Die Nobel-Friedenspreise 1921 und 1922 . 45
—, Ruhrbesetzung und Verteidigungskrieg . . 70
—, Wilsons Memoiren 134
—, Der Zug des Todes in der Friedensbewegung 156
—, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Eine Umfrage mit Beiträgen von E. Bernstein, G. Bernhard, Graf Bernstorff, L. Brentano, E. David, v. Deimling, W. Heile, W. Kaufmann, Chr. Meurer, H. Müller, H. Preuß, G. Radbruch, M. Rade, v. Schoenaich, W. Schücking, v. Schulze-Gävernitz 173
—, Die Haager Völkerrechtsakademie 240
—, Die internationale Gerechtigkeit 389
(Siehe auch die Abteilung: Literatur und Presse.)
Woker, Gertrud, Ueber Giftgas-Krieg . . . 393
Zweig, Stefan, Ehrfurcht vor Georg Brandes 140

Aus der Zeit

Die jüngste Tätigkeit des Haager Schiedshofes 47
Das Wachsen der panamerikanischen Bewegung 48
Die Moskauer Abrüstungskonferenz 49
Die Buße für Passau und Ingolstadt 49
Deutsch-französische Verständigung 49
Das Garantieangebot des deutschen Reichskanzlers 50
Der Geist in der französischen Studentenschaft 50
Fr. W. Foerster über die Ruhrexekution . . . 51
Ein französischer General über die Ruhrbesetzung
Die Weltfriedensarbeit der Gegenwart und der Gaskrieg der Zukunft 51
Czernin über den Pazifismus 52
Lloyd George über den Militarismus 53
Der Niedergang des Militarismus in Japan . . 53
Die Faszistengefahr 54
Kriegserlebnisse eines deutschen Geschichtsprofessors in der Heimat 55
Völkerbund und Reparationsproblem 92
Wo bleiben die Schieds- und Vergleichsverträge? 93
Der ständige internationale Gerichtshof im Haag 94
Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht 94
Reichskanzler Cuno für die Waffe der Gewaltlosigkeit 95
Bernhard Dernburg und A. H. Fried 95
R. Hilferding über „Realistischen Pazifismus" 96
Deutsch-französische Wirtschaftskorrespondenz . 96
Der Garantievorschlag Lord Robert Cecils . 96

Seite

Senator Borahs Antrag zur Aechtung des Krieges 97
Die Abrüstungsfrage in Amerika 158
Das Völkerbundsreferat im Deutschen Auswärtigen Amt 159
Die Völkerrechtsakademie im Haag 159
Eine Voraussage von d'Estournelles de Constant . 159
Fritjof Nansen's pazifistische Kritik an der Politik des Mißtrauens und der Isolierung . 160
Friedrich Adler über die Ruhrbesetzung und die Internationale 161
Ein japanischer Parlamentarier über Nationalismus 162
Japanische Schullehrer gegen die Militaristen . 162
Internationale Friedenserziehungsarbeit . . . 163
Die Völkerbundkommission für intellektuelle Zusammenarbeit 164
Jane Addams als Kandidatin für den Nobel-Friedenspreis 164
Der französische Friedenskongreß 164
Sommerschule der Internationalen Frauenlige für Frieden und Freiheit 165
Amerika und der ständige internationale Gerichtshof 209
Eine holländische Kundgebung zu Robert Cecils Garantieplan 209
Ein holländisches Gesetz betr. Kriegsdienstverweigerung 210
Der Mißerfolg des fünften Panamerikanischen Kongresses in Santiago-Chile 210
Vorbereitung einer großen Kampagne für die Friedensbewegung in England 210
Der Kampf gegen den „Bloc National" . . . 211
Zu den Kriegsgerichtsurteilen von Werden . 211
Der 10. französische Friedenskongreß . . . 211
Löbe und Nansen zum Völkerbund 212
Der Krieg der Pazifisten 212
Der Geist in der Berliner Studentenschaft . . 213
Eine internationale Studentenvereinigung für den Völkerbund 213
Internationale Tagungen für Völkerverständigung 213
General Gérards Projekt über eine internationale Polizeimacht und Rüstungsbeschränkung . 273
Für französisch-englische Freundschaft. Ein Appell Ramsay Mac Donalds 273
Deutsch-französische Zusammenarbeit 274
Der Auftakt zu den „Nie wieder Krieg"-Demonstrationen in Deutschland 274
Das französische Vorgehen an Rhein, Ruhr und Saar und die sittliche Welt 275
Die französischen Komplizen der deutschen Reaktion 276
Gegen den französischen Faszismus 277
Antwort der Großloge von Frankreich auf den pazifistischen Appell der Großloge von Wien 277
„Krieg dem Kriege" ruft Anatole France den Frauen Amerikas zu 277
Eine Aktion der deutschen Liga für Menschenrechte 278
Die „Deutsche Liga für Menschenrechte" für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund . 279
Eine Umfrage über Deutschlands Eintritt in den Völkerbund in der „Hilfe" 280
Knilling und Baldwin über Krieg und Abrüstung 280
Eine Haßrede Ludendorffs 280
Kardinal Faulhaber gegen Nationalismus . . . 281
Ein „Friedenstempel" in Berlin 281
Oesterreich: Gerettet oder dupiert? 281
Enttäuschung über die Ergebnisse des letzten Panamerikanischen Kongresses in Santiago-Chile 281
Ein Verbot des Unterseeboot-, Luft- und Giftgaskriegs 282

Seite

„Nie wieder Krieg!" in Amerika 282
Japans Drängen auf Herabsetzung der Rüstung 282
Zusammenfassung der pazifistischen Kräfte . 282
Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft 282
Internationale Tagungen 283
Der ständige internationale Gerichtshof . . . 336
Das Jubiläum des „Institut de droit International" 337
Der Korfu-Konflikt 337
Die Krisis in der panamerikanischen Bewegung 338
Amerikas Pläne für eine neue Weltkonferenz . 338
Reden von Fritjof Nansen, Zahle und Gilbert Murray auf der Septembertagung des Völkerbundes 339
Japanische Studenten gegen den Militarismus . 340
„Nie wieder Krieg" in England 340
England und der Ruhrkonflikt 341
Bertrand Russell über die Rolle der Gewalt in der Gesellschaft 341
Charles Gide zum Vertrag von Versailles . . 342
Das Denkmal der Mütter 342
Der englische Kriegsminister gegen den Krieg . 342
Das Ende des passiven Widerstandes und das Treiben der Separatisten, geschildert von einem Franzosen 343
Anklage gegen Henri Barbusse 344
Manöver im Dienste der Rüstungsindustrie . . 344
Die Freimaurer für den Pazifismus 344
Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland . 345
Internationale Organisation der Studentenschaft 345
Der Völkerbund und die akademische Jugend . 345
Arbeiterdiplomatie 345
Pazifistische Kundgebungen für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund 346
Aus der Tätigkeit der deutschen Friedensgesellschaft und des Friedenskartells 347
Worte und Taten! 347
Das Verbot der Menschheit 348
Eine bedeutungsvolle akademische Ansprache . 349
„Europäische Gespräche" 349
Die saarländische Staatsangehörigkeit und das Plebiszit im Jahre 1935 403
Eine Botschaft des Außenministers Benesch an den Kongreß der tschechoslovakischen Friedensvereine 404
Victor Barch über die englischen Wahlen . . . 405
Die französischen Freimaurer gegen Poincaré und Millerand 406
Eine Rede Wilsons 406
Die Kodifikation der Kriegsächtung 406
Der nächste Weltkongreß der internationalen Frauenliga 407
Internationaler Gewerkschaftskongreß 1924 . . 407
Internationale Kundgebung gegen Krieg und Kriegsrüstungen 497
Pazifistische Internationale der Lehrer 407
Konzentrierung der pazifistischen Kräfte . . 407
Institut für internationale Beziehungen . . . 407
Eine Abrüstungsdebatte im englischen Unterhaus 407
Eine schwere Niederlage des Militarismus in Holland 408
Die Internationale der Kriegsdienstgegner . . 408
Nie wieder Wehrpflicht 408
Intelligenzprüfung der Kriegsdienstverweigerer 409
Die Antikriegslosung ein Staatsverbrechen . . 409
Frederic Soddy über die Umkehrung der Wissenschaft 409
Wie hat Deutschland bezahlt 409
Pazifismus als Maske 410
Eine neue pazifistische Wochenschrift 410

Seite

Zum 70. Geburtstag Leopold Katschers . . . 410
Ein Rundschreiben des deutschen Pazifistischen Studentenbundes 410

Pazifistische Tagungen

Eine pädagogische Abrüstungs-Weltkonferenz in Amerika 325
Eindrücke vom 16. britischen Friedenskongreß 326
Der pazifistische Studentenkongreß in Dresden 327
III. Internationaler demokratischer Friedenskongreß 330
Internationale Jugendzusammenkünfte in Freiburg, Genf und Nyborg 330
Jugendtagung in Hellerau 331
Die 21. Interparlamentarische Konferenz . . 331
Die Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft 335

Dokumente der Friedensbewegung

Resolutionen des XI. Deutschen Pazifistenkongreß 55
Entschließungen der Frauen-Weltkonferenz „Ein neuer Friede" im Haag vom 7.—10. Dezember 1922 57
Resolutionen des Weltfriedenskongresses, veranstaltet vom Internationalen Gewerkschaftsbund im Haag vom 10.—15. Dezember 1922 58
Bericht der Deutschen Friedensgesellschaft über die Kundgebungen pazifistischer und verwandter Organisationen zur Ruhrbesetzung 98
Appell der „Großloge von Wien" 101
Aufruf der Weltjugendliga 102
Resolution der belgischen Sozialdemokraten am 16. Januar 1923 102
Aufruf des französischen Gewerkschaftsbundes 102
Manifest der Spitzenorganisationen der britischen Arbeiterbewegung 103
Resolution des Exekutivkomitees des Internat. Gewerkschaftsbundes, der zweiten Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien am 26. und 27. Januar 1923 103
Manifest der Unabhängigen Arbeiterpartei Großbritanniens 104
Manifest des Internationalen Friedensbureaus in Bern 165
Resolution der 8. Jahresversammlung der Union of Democratic Control 166
Kundgebung englischer Kriegsdienstverweigerer 167
Schreiben der französ. Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit an den deutschen Zweig 167
Aufruf des deutschen Friedenskartells 168
Aufruf der südwestfälischen und westdeutschen Arbeitsgemeinschaft der deutschen Friedensgesellschaft 168
Resolution der Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden 169
Entschließung des Bundes religiöser Sozialisten 169
Zehnter französischer Friedenskongreß vom 5. und 6. Mai 1923 214
Internationaler sozialistischer Arbeiterkongreß in Hamburg vom 21.—25. Mai 1923 215
Aufruf der Londoner Jahresversammlung der Gesellschaft der Freunde (Quäker) 219
Resolution des deutschen Friedenskartells vom 17. Mai 220
Friedenskundgebung des Papstes 283
Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft an den Deutschen Reichstag 284

Seite

Eingabe des Deutschen Zweiges der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit an die Regierung der deutschen Republik 285
Tagung der Union der Völkerbundligen in Wien vom 24.—28. Juni 1923 350
Manifest der englischen Friedensgesellschaft . 351
Resolutionen der gemeinsamen Konferenz des Internationalen Sozialistischen Bureaus und des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 3.—4. Oktober in Brüssel 352
Resolutionen der Hauptversammlung der deutschen Friedensgesellschaft in Magdeburg am 6. und 7. Oktober 1923 353
Resolution der Generalversammlung der Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden 353
Aufruf der Weltjugendliga (Zweig Deutschland) 354
Manifest des Vorstandes der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit anläßlich der Tagung in Dresden, September 1923 414
Resolutionen des Internationalen Kongresses der Liga für Menschenrechte 5. November 1923 in Paris 414
Manifest der „Independent Labour Party" über die Lage Europas 415
Offener Brief der französischen Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit an ihre deutschen Kameradinnen . 416
Kundgebung der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" zum Gedenktag des Waffenstillstandes 417
Friedenshirtenbrief des deutschen Episkopats der katholischen Kirche 417
Der Vorstand des Bundes religiöser Sozialisten Deutschlands (Resolution) 417

Vermischtes

Nachrufe (Siehe auch S. 156) . Seite 156—158
Aechten wir den Krieg! 382
Gegenseitiger Hilfsvertrag 398
Manifest der Union für demokratische Kontrolle 400
Tätigkeitsbericht der deutschen Friedensgesellschaft 411

Literatur und Presse

(Bericht von Dr. Hans Wehberg.) (Nur die besprochenen, nicht alle aufgezählten Arbeiten sind hier verzeichnet):

Adoveate of Peace 108, 172, 288
American Journal of Intern. Law Archiv der Friedensverträge 287
Archiv des öffentlichen Rechts 63
Bosmans-Visser, Réportoire des traités et des engagements internationaux du XX. siècle concernant les Pays-Bas 107
Brockhaus, Handbuch des Wissens 62
Bulletin interparlamentaire 108
Bülow, B. W. v., Der Versailler Völkerbund . . 418
Carnegie, A, Geschichte meines Lebens . . . 106
Catalogue de la Bibliothèque du Palais de la Paix 61
Compte-Rendu du I. et du II. Congrès international 287
Croll, Deutschland und der Friedensvertrag . . 107
Denys, P. Myers, Manuel des recuei le de traités 356
Der Pazifist 108
Deutsche Juristenzeitung 108
Die Eiche 288
Die Menschheit 108, 288
Die neue Generation 288

Seite

Die Tragödie Deutschlands, von einem Deutschen 419
Foerster, E. W., Angewandte politische Ethik . 107
Fouques Duparc, J., La protection des minsrités de race, de langue et de réligion . . . 287
Fülster, H., Monographien zur Friedensfrage . . 419
Grauert, v., Zur Geschichte des Weltfriedens, des Völkerrechts und der Idee einer Liga der Nationen 170
Grothe, H., Staaten und Völker nach dem Weltkrieg 107
Grotius, Annaire international pour 1921—22 . 105
Haenisch, K., Lassalle 287
Hatschek, J., Völkerrecht 355
Heller, Der bewaffnete Pazifismus 169
Hevland, B., Die Rechtsstellung der besetzten Rheinlande 287
Huber, M., Staatspolitik und Evangelium . . . 286
L'Institut de droit international 419
International Conciliation 107, 288
Jochem, M., St. Johannes und wir Christen . . 356
Isay, F., Das deutsche Fremdenrecht 420
—, H., Die privaten Rechte und Interessen im Friedensvertrag 420
Kantorowicz, H., Der Völkerbund im Jahre 1922 288
Kumsteller, Geschichtsbuch für die deutsche Jugend 288
Kunz, J. B., Völkerrechtswissenschaft und reine Rechtslehre 288
La Paix par le Droit 108, 172, 288
La Société des Nations 108, 172
Le Mouvement Pacifiste 108, 172, 288
Lenz-Fabian, Die Friedensbewegung 62
Les Cahiers des droits de l'home 108
Les Origines et l'ouevre de la Société des Nations 287
Loehner, L. O., Die staatsmännischen Experimente H. Ford's 286
Lukacz, Fort mit den Friedensverträgen! . . . 107
Montgelas, M., Leitfaden zur Kriegsschuldfrage 420
Morel, Das Gift, das zerstört 107
Nicolai, G. Fr., Aufruf an die Europäer . . 105
Niemeyer, Th., Die Friedensschlüsse 1918—1921 —, Völkerrecht 61, 171
Politisches Handwörterbuch 355
Popper-Lynkeus, Krieg, Wehrpflicht und Staatsverfassung 170
Publications de la Cour permanente de justice international 172
Reboux, P., Der einzige Weg 62
Redslob, R., Histoire des grands principes du droit des gens 420
Revue de droit international 108, 288
Russell, B., Politische Ideale 107
Satow, E., Aguide to diplomatie practice . . . 171
Schäffer-Brode, Grundriß des privaten und öffentlichen Rechts 171
Scott, J. B., Cases en Internat. Law 106
Société des Nations 172, 288
Stillich, Der Friedensvertrag von Versailles . 171
Strupp, K., Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie 62
—, Grundzüge des positiven Völkerrechts . . 106
Toennies, Der Zarismus und seine Bundesgenossen 1914 171
Wambaugh, S., A Monograph en plebiscites . 420
Wehberg, H., Die Führer der deutschen Friedensbewegung 107
—, Deutschland und der Völkerbund 220
Witte, Graf, Erinnerungen 355
Zeitschrift für öffentl. Recht 63
—, Für internationales Recht 63
—, Für Völkerrecht XII/3. 108

Die internationale Gerechtigkeit.

Von Dr. Hans Wehberg, Berlin.

Als im Jahre 1920 eine Elite hervorragender Juristen im Haag zusammentraten, um das Statut des ständigen internationalen Gerichtshofs zu entwerfen, wurde mit Recht besonderer Wert auf die Frage gelegt, nach welchen Grundsätzen der ständige internationale Gerichtshof entscheiden sollte. Nach einer im Völkerrechte weit verbreiteten Ansicht, die man sogar als die herrschende bezeichnen kann, konnten als Quellen lediglich das Vertragsrecht sowie das Gewohnheitsrecht in Betracht kommen.

Bei den Verhandlungen des Haager Juristenkomitees bezeichnete jedoch der Präsident Baron Descamps als eine dritte Rechtsquelle „das Rechtsbewußtsein der zivilisierten Völker", an das die Richter als objektive Quelle des Rechts gebunden seien. Hiergegen äußerte Senator Root Bedenken, da die Prinzipien der Gerechtigkeit in den einzelnen Ländern verschieden seien. Aber Descamps wollte diesen Einwand nicht gelten lassen: Soweit es sich um gewisse sekundäre Fragen handle, träfen die Bedenken Roots zu; aber anders stehe es mit den Grundprinzipien der Gerechtigkeit, die tief im Herzen jedes Menschen verankert seien und die ihren bedeutsamsten Ausdruck in dem „Rechtsbewußtsein der zivilisierten Völker" fänden.

Baron Descamps ging noch einen Schritt weiter. Er beantragte auch, daß die Völkerrechtsdoktrin, die aus den allgemeinen Grundsätzen der Gerechtigkeit neue Rechtssätze herleite, als Quelle des Rechts betrachtet werden müsse. Er unterstrich ein Wort des englischen Kanzlers Kent: Wenn die Mehrheit der Juristen über eine Grundregel derselben Meinung sei, so spräche die Vermutung mit solcher Kraft für diese Regel, daß ihr nur eine Nation zuwiderhandeln könne, die sich spöttisch über das Recht hinwegsetze.

Diese großen Gedanken des belgischen Völkerrechtsveteranen, die er als eine der tiefsten Überzeugungen seines dem internationalen Rechte gewidmeten Lebens bezeichnete, wurden, wenn auch keineswegs einstimmig, angenommen. Art. 38 des Statuts bestimmt daher, daß der ständige internationale Gerichtshof nach einander anzuwenden habe: 1. die internationalen Verträge, 2. das internationale Gewohnheitsrecht, 3. die allgemeinen, von den zivilisierten Staaten anerkannten Rechtsgrundsätze und 4. die gerichtlichen Entscheidungen und die Lehren der anerkanntesten Autoren.

Indem Art. 38 auch die internationale Gerechtigkeit als Rechtsquelle bezeichnete, folgte er nur derselben Auffassung, die bereits zahlreiche Schiedssprüche entwickelt hatten. Trotzdem kann kein Zweifel daran bestehen, daß jetzt klarer als bisher festgestellt ist, wie irrtümlich die Lehre ist, die das Völkerrecht auf den Willen der Staaten gründet. Jene, von Hegel übernommene Auffassung, daß das Völkerrecht ausschließlich auf den Willen der Staaten zurückzuführen sei und daß ferner als Rechtsquelle nur Vertrag und Gewohnheit in Betracht kommen könnten, läßt sich nunmehr aus der Erfahrung des Völkerrechts, d. h. aus dem positiven Rechtsmaterial heraus, als falsch nachweisen. Zwar bezeichnen sich die Anhänger der Willenstheorie mit einem gewissen Stolz als Positivisten. Aber es kann ihnen nachgewiesen werden, daß sie wertvollstes positives Material einfach übersehen und daß diejenigen wahre Positivisten sind, die annehmen, es gäbe über dem Rechte der Staaten gewisse überstaatliche Rechtssätze, vor allem die Idee der internationalen Gerechtigkeit, wie dies bereits die viel verschmähten Naturrechtler nachzuweisen versucht haben.

Die Willenstheorie muß in ihrem Ergebnis konsequenterweise zu der Annahme führen, die Staaten seien nur so lange an ihre Verträge gebunden, als sie es selbst wollen. Denn gründet sich der Vertrag auf den Willen der Staaten, so muß die staatliche Bindung in dem Augenblicke fortfallen, wo der Wille der Kontrahenten ein anderer geworden ist. Diese Folgerung haben sich zwar viele Anhänger der Willenstheorie zu ziehen gescheut und unter Durchbrechung ihres Grundprinzips Vertragstreue gefordert. Aber die wirklich konsequenten Verfechter der Willenstheorie haben den Satz aufgestellt, daß der Staat trotz der völkerrechtlichen Verträge alles tun könne, wozu er die Macht habe.

Gegen die Willenstheorie hat sich neuerdings besonders eine junge Schule Wiener Völkerrechtslehrer unter Führung des berühmten Staats- und Völkerrechtlers Kelsen gewandt. Als die neueste, sehr bemerkenswerte Leistung dieser Wiener Schule ist das soeben erschienene Buch von Verdroß „Die Einheit des rechtlichen Weltbildes auf Grundlage der Völkerrechtsverfassung" (Tübingen 1923, I. C. B. Mohr, 171 S.) zu bezeichnen, das zu den bedeutendsten wissenschaftlichen Publikationen der

Nachkriegszeit auf völkerrechtlichem Gebiete gehört. Verdroß, Sektionsrat im österreichischen Ministerium des Äußeren und Privatdozent an der Wiener Universität, wirft den Anhängern der Willenstheorie seinen Fehdehandschuh hin und begründet seine Auffassung nicht nur mit philosophischen Argumenten, sondern ebensosehr mit der Erfahrung des Rechts.

Die Widerlegung der Willenstheorie ist keineswegs die einzige Aufgabe des Werkes von Verdroß. Er bekämpft gleichzeitig auch die herrschende Souveränitätslehre, auf die sich jene stützt. Er weist nach, daß man Bodins berühmte Lehre falsch verstanden hat, wenn man annimmt, Souveränität des modernen Staates und ein überstaatliches Recht seien unvereinbare Dinge; vielmehr muß nach Verdroß unter Souveränität die Kompetenz, die die Staaten auf Grund des Völkerrechts haben, verstanden werden. Verdroß bezeichnet ferner nicht das gesamte Völkerrecht als überstaatlich, sondern lediglich jene wichtigsten fundamentalen Grundsätze, für die er das Wort „Völkerrechtsverfassung" prägt. Die anderen völkerrechtlichen Bestimmungen können seiner Auffassung nach nur in der Weise zu Stande kommen, daß die von den Staatsverfassungen eingesetzten Organe in bestimmter Weise handeln.

Dadurch, daß Verdroß, nicht ohne geistigen Zusammenhang mit den alten Naturrechtlern, aber in starker Vertiefung ihrer Lehre, die Existenz eines überstaatlichen von dem Willen der Staaten unabhängigen Völkerrechts dartut und diesen Beweis nicht nur aus theoretischen Erwägungen heraus, sondern aus der positiven Erfahrung des Rechtslebens führt, gibt er dem Völkerrechte eine neue Grundlage. Das ist von besonderer Bedeutung in einer Zeit, die gewillt ist, an die Aufgabe der allmählichen Kodifikation des Völkerrechts heranzutreten. Denn ist man sich über die Grundfragen des Völkerrechts einig, dann ist das schwerste Hindernis, sich über die Detailfragen zu verständigen, überwunden. So steht das Buch von Verdroß als verheißungsvolles Anzeichen an dem Anfange einer neuen Entwicklung des Völkerrechts, die dazu bestimmt ist, dem Leben der Völker neue Bahnen auf dem Wege internationaler Gerechtigkeit zu weisen.

Besonders gefreut hat mich an dem Buche von Verdroß die außerordentliche Kenntnis der Geschichte des Völkerrechts. Von den Scholastikern über Grotius bis Hegel kommen fast alle, die an führender Stelle über die Theorie des Völkerrechts geschrieben haben, zu Worte. Der Gründer der positivistischen Schule Joh. Jak. Moser, auf den ich schon vor Jahren einmal in der „Friedenswarte" (1918 S. 270) hingewiesen habe, wird gewissermaßen neu ausgegraben. In der Tat ist Moser bisher viel zu wenig Beachtung geschenkt worden. Hat doch auch z. B. das „Carnegie Endowment for international Peace" in seine Sammlung „The classics of international law" bisher kein Werk von Moser aufgenommen. Das sollte nachgeholt werden. Ich habe bereits vor mehr als einem Jahre bei der Carnegiestiftung einen entsprechenden Antrag gestellt und hervorgehoben, daß als Bearbeiter in erster Linie Dr. v. Verdroß in Betracht käme. In der Tat wäre die Erteilung eines solchen Auftrages an den jungen Wiener Gelehrten die schönste Anerkennung der hervorragenden Dienste, die Verdroß der Wissenschaft des Völkerrechts durch seine bahnbrechenden Untersuchungen geleistet hat.

Politische Glossen.

Völkerbund und Menschheitsehre.

Die ganze Welt ist voll von Klagen über die Welt. Kein Land, das frei wäre von Not und Elend. Ueberall trauert man über die Zerrüttung der Moral, über den Niedergang der Kultur. Niemanden gibt es, der nicht überzeugt wäre, daß es so nicht weiter gehen kann, wie bisher. Aber dieselbe Menschheit, die in so hohem Maße einig darüber ist, daß ihre Uneinigkeit sie mit Zerstörung bedroht, rafft sich dennoch nicht auf, auf Grund der Gemeinschaft ihres Leids zu handeln, sondern sucht nationale Befreiung aus dem Unglück, das nur durch internationale Solidarität zu bezwingen ist.

In der nationalen Ehre erblickt man das größte Heiligtum, — aber wo ist etwas von menschheitlichem Ehrgefühl anzutreffen? So wenig Verständnis besteht bei der überwiegenden Mehrheit der Staatsmänner dafür, daß sogar im Völkerbund nicht einmal Ansätze dazu vorhanden sind. Der Völkerbund will mit moralischen Mitteln wirken; es fehlt ihm jedoch jeglicher Sinn für moralische Verpflichtungen, wo immer Fragen in Betracht kommen, die die menschheitliche Ehre berühren. Auch der Völkerbund ist fast ausschließlich nach nationalen Gesichtspunkten orientiert. Es erschien ihm selbstverständlich, daß Italien Anspruch auf eine entsprechende

Sühne habe, als einige seiner Vertreter in Korfu ermordet wurden. Aber wenn in Ungarn viele Tausende von der staatlich organisierten Mörderbande, an deren Spitze Horthy und Bethlen stehen, in der gemeinsten Weise hingeschlachtet werden, fällt es dem Völkerbund — ebenso wie bei zahlreichen ähnlichen Gelegenheiten — nicht im Entferntesten ein, nur die bescheidenste Sühne oder gar politische Garantien gegen die Möglichkeit der Wiederkehr von derartigen beschämenden Ereignissen zu verlangen. Nicht einmal bei der Gewährung von Anleihen achtet der Völkerbund darauf, sie an Bedingungen zu knüpfen, die den von der heuchlerischen Regierung insgeheim begünstigten Terror nicht etwa noch stärken; zieht es vielmehr vor, sich tatlos hinter das sakrosankte Prinzip der Nichtintervention zu verschanzen. — Warum hält er auch die weitestgehenden Interventionen für unbedingt geboten, wo auf die nationale Ehre gepocht wird und ist so ganz und gar unempfindlich für die Unzahl brutalster Gewaltakte, die die Ehre der Menschheit beleidigen?

Und selbst die berühmte nationale Ehre! Es ist sehr interessant zu vergleichen, wodurch sich die Nationen in ihrer Ehre verletzt fühlen und welche Schändlichkeiten sie völlig kalt lassen. Alle Nationen waren bisher nur bereit, für ihre Ehre auch Hunderttausende, ja Millionen von Menschenleben zu opfern, wenn sie sich in ihrem Machtbewußtsein bedroht glaubten, ihr Ehrgefühl regte sich bloß, wenn es galt, ihr außenpolitisches Prestige oder das Interesse bevorrechteter Klassen zu schützen. In jeder anderen Hinsicht hingegen bekümmerte sie ihre nationale Ehre nicht im Geringsten, verhallte jeglicher Appell an ihre nationale Ehre völlig wirkungslos. Bedarf es hierfür Beispiele aus einzelnen Ländern? Man müßte Bände anfüllen, um nur die Stumpfheit des wahren nationalen Ehrgefühls eines einzigen Staates während eines Jahrzehnts entsprechend zu illustrieren.

Und noch viel trauriger, als es um das nationale Ehrgefühl in Bezug auf die heiligsten Rechts- und Lebensangelegenheiten der Individuen und Massen bestellt ist, sieht es mit der menschheitlichen Ehre aus. Ihr fehlt jegliches Organ. Der Völkerbund, der als die erste große Institution ins Leben trat, welche ein derartiges Organ für humanes Ehrgefühl hätte verkörpern sollen, funktioniert bisher gleichfalls ganz im Sinne des alten, bloß machtpolitisch orientierten nationalen Ehrbegriffs. Er ist alles eher als die kraftvolle Exekutive des menschheitlichen Kuturgewissens. Er hat für nichts weniger Verständnis, als für Wahrung der unveräußerlichen Menschen- und Völkerrechte, umgibt sich vielmehr mit einem Stacheldrahtgewebe der künstlichst konstruierten Verfassungsnormen, um nur ja nicht in den Dienst seiner eigentlichen Aufgabe gestellt werden zu können.

Wann haben sich Staaten je an das Nichtinterventionsprinzip gehalten, wenn es das Interesse der Reaktion erforderte, das Selbstbestimmungsrecht der Nation auf das brutalste zu vergewaltigen. Stets wurde dagegen das Nichtinterventionsprinzip als bequemer Vorwand benützt, wo sich unabweisbar die sittliche Pflicht aufdrängte, vergewaltigte Völker aus der Willkürherrschaft ihrer entmenschten Bedrücker zu befreien oder die entsetzlichsten Kulturgreuel, die grausigste Hinschlachtung Unschuldiger nicht gelassen hinzunehmen? Der Völkerbund bewegt sich in dieser Beziehung durchaus auf der Bahn der traditinellen nationalen Machtpolitik. Er erweist sich nur deshalb als zu schwach, einen ausreichenden moralischen Druck in allen Fragen menschen- und völkerrechtlicher Art auszuüben, weil er selber moralisch auf einem so niedrigen Niveau steht. Die tiefe Bedeutung der Entfaltung und Wahrung menschheitlichen Ehrgefühls ist ihm noch nicht aufgegangen.

Nur dann wird er an Stelle der Weltgeschichte das Weltgericht darzustellen vermögen, wenn er als organisatorische Repräsentation des Weltgewissens funktioniert. Mag auch noch ein weiter Weg zurückzulegen sein, bis der Völkerbund hierzu reift — so sollen wir uns doch wenigstens keiner Täuschung darüber hingeben, daß er sich in dieser Richtung entwickeln muß, um seiner großen Mission gerecht zu werden. Ueberwindung der traditionellen, rein äußerlich begriffenen nationalen Ehre durch im Innersten erlebtes humanes Ehrgefühl, das in differenziertester Sensibilität auf jedes Attentat gegen die Menschlichkeit reagiert, wo immer es auch verübt werden mag — bevor der Völkerbund sich nicht zu dieser seelischen Vertiefung durchzuarbeiten sucht, wird er vergebens danach streben, ein moralischer Machtfaktor in der Welt zu werden, wird er sich aus der ganz losen Völkergesellschaft, die er heute ist, nicht zu einem in innigster Solidarität verbundenen, Leben und Fortschritt jedes Individuums wie jeder Nation kraftvoll sichernden Völkergemeinschaft ausgestalten.

* * *

Die Frage der Militärkontrollkommission.

Stresemann, der, nachdem er als Reichskanzler das Zeitliche gesegnet hatte, als Außen-

minister im Ministerium Marx seine fröhliche Auferstehung feierte, bleibt sich auch in seiner neuen Funktion darin treu, daß er sich bei seinen versöhnlich-friedlichen Reden immer dazu hinreißen läßt, den Beweis dafür zu erbringen, daß sie ihm nicht vom Herzen kommen — und zwar gerade an den entscheidenden Stellen. In dieser Weise verdarb er sich auch den Text seiner im Uebrigen klug abgewogenen Ausführungen von Mitte Dezember durch folgende im höchsten Maße aufreizende Stelle:

„. . . . Die Demarche der deutschen Regierung bei dem französischen Ministerpräsidenten hat zu dem Einwand geführt, der passive Widerstand sei immer noch nicht beendet, da die Militärkontrolle in Deutschland noch nicht wieder eingeführt sei. Daß die deutsche Abrüstung in einem Maße durchgeführt ist, wie noch nie bei irgend einem Volke, daß wir weniger in der Lage sind, uns zu wehren als manches kleine Volk, das steht so fest für jeden, der sehen will, daß wirklich an dieser Tatsache kein Zweifel erlaubt ist. Wenn wir heute in voller Ueberzeugung unserer Verantwortung uns gegen die Wiederaufnahme der Kontrolle gewehrt haben, und zwar aus dem Grunde des Schutzes derjenigen, die diese Kontrolle vorzunehmen haben, so darf man auf der andern Seite fragen: Ist denn bei euch die Erregung des Volkes so groß, daß wir nicht mehr in der Lage sind, solche Kontrollhandlungen vorzunehmen? Ich müßte nach Pflicht und Gewissen darauf antworten: Jawohl, die Erregung ist so groß, daß wir die Verantwortung für Leben und Sicherheit derjenigen, die die Kontrolle vornehmen, heute nicht übernehmen können. Ich schmiede daraus keine Anklage gegen das deutsche Volk, ich bewundere vielmehr die Besonnenheit des deutschen Volkes nach den Demütigungen, die man ihm jahrelang zugemutet hat, wie keinem andern Volke."

Nach diesen Worten verzeichnet der offizielle Pressebericht „lebhaften Beifall und Händeklatschen". Daß Stresemann die große Erregung des deutschen Volkes als nur allzu begreiflich hinzustellen bemüht ist, ist durchaus zu billigen und ebenso könnte es als von der Pflicht zur vollsten Wahrhaftigkeit eingegeben gedeutet werden, wenn er sich unter Hinweis auf die große Erregung des deutschen Volkes außerstande erklärt, für Leben und Sicherheit der Militärkontrollkommissionen die volle Verantwortung zu übernehmen. Indem er jedoch diejenigen, die Gewaltakte begehen werden, im Voraus seiner Bewunderung versicherte, diese möglichen Gewaltakte im Vorhinein als Ausdruck der Besonnenheit des deutschen Volkes preist, handelt er, milde bezeichnet, einfach unverantwortlich.

Wem spricht er damit zum Munde, als denen, die hinter Ludendorff und Hitler stehen. Diese stets von Neuem rückfälligen Landes- und Volksverräter, die durch ihren letzten kläglichen Putschversuch sogar schon dem Fluch der Lächerlichkeit anheimgefallen waren, rehabilitiert er vor der öffentlichen Meinung, indem er allen Saboteuren der Verständigung einen Freibrief ausstellt. Ja, Stresemann hat mit diesem an Wahnsinn grenzenden Widersinn noch Schlimmeres verübt. Er hat mit seiner Pauschalverdächtigung das deutsche Volk aufs schwerste beleidigt und vor dem Ausland bloßgestellt.

Aber Stresemann täuscht sich gründlich: im deutschen Volk ist weit mehr Besonnenheit vorhanden, als er annimmt, und der Tag wird kommen, wo das deutsche Volk ihm den Beweis seiner Besonnenheit damit offenkundig erbringt — daß es ihn zum Teufel jagt.

* * *

Einsteins Vertreibung aus Deutschland.

Einstein hat sich infolge der zahlreichen Drohbriefe, die er von Seiten der Deutschvölkischen erhielt, veranlaßt gesehen, seinen Wohnsitz von Deutschland nach Holland zu verlegen. Und man hat ihn ruhig ziehen lassen. Wenigstens verlautete in der Presse nichts davon, daß die strengsten Untersuchungen eingeleitet worden wären, um die Schreiber der Episteln zu ermitteln, in denen Einstein die Ermordung angekündigt wurde. Rücksichtslose Verfolgung der Pazifisten durch die Behörden, davon kann man täglich überreichlich lesen, — aber energische Maßnahmen, durch die dafür gesorgt würde, daß ein Einstein seines Lebens in Deutschland sicher sein kann, dazu findet man, selbst trotz des Ausnahmezustandes, keine Handhabe.

Hat man kein Gefühl für die unermeßliche Schande, die in der Notwendigkeit der Flucht Einsteins aus Deutschland zum Ausdruck kommt? Dieses tieftraurige und zugleich im höchsten Maße symptomatische Ereignis müßte in Deutschland einen Sturm der Erregung erwecken, der nicht eher zur Beruhigung gelangt, als bis für Einstein so unzweifelhafte Sicherheit geschaffen wird, daß er sich zur Rückkehr entschließen kann.

Was ist aus dem Deutschland Kant's und Goethe's geworden, wenn es die für Deutschlands Ruf Verantwortlichen völlig unbewegt läßt, daß Einstein im Ausland ein Asyl suchen muß, während diejenigen, auf deren Geheiß ihm die Ermordung angedroht wurde, sich unbehelligt der Sonne der Heimat erfreuen dürfen.

* * *

„Nie wieder Erdbeben!"

Vor kurzem brachte der „Simplizissimus", dieses einst radikal linksorientierte, künstlerisch-satyrische Organ, das nun ganz und gar im Dienst der ordinärsten Reaktion steht, ein Bild, auf dem ein japanischer Demonstra-

tionszug zu sehen war, der unter Vorantragung von Fahnen mit der Inschrift: „Nie wieder Erdbeben!" gegen die letzte entsetzliche Naturkatastrophe protestiert. Damit sollten alle diejenigen der Lächerlichkeit preisgegeben werden, die die Parole „Nie wieder Krieg!" in der ganzen Welt zu einer einträchtigen Friedensarmee vereinigt. Witz in Ehren! Es soll dem Satyriker nicht das Recht bestritten werden, sich auch über sehr ernste Dinge lustig zu machen. Aber der echte und tiefe Satyriker setzt sich selbst Grenzen, über die er nicht hinausgeht. Ja, die ganze Geschichte beweist, daß bei den großen Künstlern dieses Gebietes gerade der blutigste Hohn dem blutenden Herzen entsprang, daß sie durch ihn ihrer Entrüstung über die verletzte Menschlichkeit Ausdruck verleihen wollten.

Bei dem Bild, „Nie wieder Erdbeben" ist hingegen genau das Gegenteil der Fall. Trotzdem brauchte uns dieses Zeugnis künstlerischer Roheit nicht weiter zu berühren, gäbe es nicht Viele, die gedankenlos darin eine höchst gelungene Persiflage der Friedensarbeit erblicken, weil sie noch immer von dem Wahn beherrscht sind, den Krieg für ein Naturgesetz zu halten. Wie falsch diese Annahme ist, das wurde im Leitaufsatz dieses Heftes in größerem Zusammenhang durch den Nachweis gezeigt, daß die Völker nur deshalb in Kriegskatastrophen hineingerissen werden, weil ihre Unterdrücker ihre Machtposition bloß behaupten können, wenn sie selbst nicht davor zurückscheuen, der Natur wie der Geschichte den Krieg zu erklären.

Aber selbst abgesehen davon, läßt sich die Parole „Nie wieder Krieg!" nicht dadurch lächerlich machen, daß man ihr die Parole „Nie wieder Erdbeben!" an die Seite setzt. Weil die Wissenschaft auch den Naturkatastrophen der Erdbeben nicht tatlos gegenübersteht, sondern unablässig danach forscht, wie sie die Menschen, auch so lange Erdbeben nicht zu verhüten sind, durch Voraussicht ihres Eintretens zu schützen oder durch geeignete Maßnahmen verschiedenster Art, wenigstens vor ihren schrecklichsten Wirkungen zu bewahren vermag. Es liegt also im Wesen unseres Geistes wie im Wesen unserer Stellung in der Natur begründet, daß wir, so ohnmächtig wir diesen Urgewalten auch noch gegenüberstehen, sogar auf das Ziel „Nie wieder Erdbeben!" mit aller Intensität hinarbeiten müssen. Und erst recht gilt dies für die heute schon vermeidbaren Kulturkatastrophen, für die organisierten Massenschlächtereien, die deren niederträchtigen Nutznießer als „gottgewollten Krieg" verherrlichen.

Nie wieder Krieg! — gegen diese geistige Erruption aus dem Innersten der menschlichen Seele, die eine alte überlebte Weltordnung zu zerreißen berufen ist, wird die Reaktion noch vergeblicher ankämpfen, als der menschliche Genius bisher gegen Erdbeben aufzukommen bemüht war.

R. G.

Ueber Giftgaskrieg.

Von Dr. Gertrud Woker, Privatdozentin für Chemie an der Universität Bern.

Da unser Hinweis auf den nachfolgenden Aufsatz von Frau Dr. Woker im vorigen Heft der „Friedens-Warte" vielseitiges starkes Interesse erweckte, bringen wir ihn hier aus der vom „Weltfriedensbund der Jugend", Schweizerischer Zweig (Sekretariat: Zürich 6, Susenberg 198) zum Nachdruck. Die Redaktion.

Es kann kaum einen größeren Widerspruch geben, als den weitgehenden Schutz vor ihresgleichen, den der Staat den Individuen gewährt, die sich in seiner Rechtssphäre befinden und als die Brutalität, mit der derselbe Staat diese selben Individuen der völligen Vernichtung preisgibt, indem er in seinen Beziehungen zu andern Staaten den Raub- und Mordinstinkten wilder Horden folgt. In den Methoden des Tötens hat allerdings der moderne sogenannte Kulturstaat vor einer Kanibalenhorde einiges voraus. Er tötet vor allem en gros, und nicht nur die feindliche Armee ist Angriffsziel, sondern weit darüber hinaus die industriellen Zentren und letzten Endes die ganze Zivilbevölkerung des angegriffenen Staates, — eine Summe von Menschen also, deren einziges Verbrechen darin liegt, jenseits der Grenzen des angreifenden Staates geboren zu sein. Das Agens, das im Selbstzerfleischungskampf der weißen Rasse die wesentlichste Rolle als Menschenvertilgungsmittel spielt, ist die Giftgaswaffe in Verbindung mit den Errungenschaften der modernen Flugtechnik. Wohl fehlt es nicht an Beruhigungsversuchen, die durchsichtig genug sind, um erkennen zu lassen, daß es sich darum handelt, das erwachende öffentliche Gewissen und die in weiten Kreisen der Bevölkerung sich regende Angst um die persönliche Sicherheit einzulullen. Den Beschwichtigungsversuchen ist ganz einfach entgegenzuhalten:

1. Daß die Herstellung von Giftgasgeschossen in solchem Umfang während und nach dem Krieg zugenommen hat, daß wohl kaum anzunehmen ist, es handle sich dabei lediglich um ein Privatvergnügen der Herren Militärs.

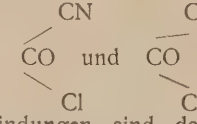
2. Daß die Beobachtungen während des Krieges die furchtbaren Wirkungen der Giftgase zur Genüge gezeigt haben. (So fand man an der österreichischen Alpenfront jeweilen des Morgens ganze Schützengräben, in denen sämtliche Soldaten dem aufsteigenden Giftgas der Italiener über Nacht erlegen waren).

3. Daß sich die Giftgastechnik seit dem Kriege so stark entwickelt hat, daß man heute mit Giftgasen rechnen muß, deren Wirkung die stärksten der im Kriege verwendeten um ein Hundertfaches übertrifft. Auf Grund der Vervollkommnungen dieser teuflischen Waffe ist sogar, im Hinblick auf das amerikanische Levesitegas, angegeben worden, daß zwölf große Bomben, die über einer Stadt von der Größe von Chicago oder Berlin durch Flugzeuge abgeworfen werden, alles Leben in dieser

Stadt in kürzester Frist zu vernichten vermögen. Nicht einmal die Keller bieten hier Rettung, denn jenes Gas ist schwer; es sinkt zu Boden; es dringt in die Tiefe und folgt den Abzugskanälen unter der Erde; selbst das pflanzliche Leben erlischt; Quellen und Grundwasser werden vergiftet.

Diese enormen Wirkungen verdanken die Giftgase ihren chemischen sowohl wie ihren physikalischen Eigenschaften. Was die physikalischen Eigenschaften betrifft, so ist allen Gasen die Fähigkeit gemeinsam, bei einer bestimmten tiefen Temperatur und einem gewissen Druck in den flüssigen und selbst festen Aggregatszustand überzugehen. Sie nehmen dann einen so minimen Raum ein, daß sich leicht eine große Menge des giftigen Prinzips in einem selbst kleinen Geschosse unterbringen läßt. Mit dem Platzen des Geschosses sinkt plötzlich der Druck und hierdurch, wie durch die Temperaturerhöhung beim Auftreffen des Geschosses, geht der eingeschlossene Giftstoff aus dem festen und flüssigen Zustand in den Gaszustand über, eine Änderung, die mit einer enormen Vermehrung des von dem betreffenden Stoff eingenommenen Volumens verbunden ist. Die Moleküle der Gase sind winzigen Geschossen zu vergleichen, die mit großer Geschwindigkeit, geradlinig fortschreitend, den Raum durcheilen und, wo sie auf einen Widerstand auftreffen, macht sich dort die spezifische Wirkung, in diesem Fall der Giftgaseffekt, geltend.

Der ursprüngliche Angriffsort der Giftgase waren die Atemwege. So bedingten die ersten Giftgase, bei denen Chlor bezw. Chlor (oder Fluor) abspaltende Verbindungen, vor allem das Phosgen, das wirksame Prinzip darstellte, jene tiefgreifenden Zerstörungen des Lungengewebes, die für die unglückseligen Opfer eine über Tage und Wochen sich hinziehende entsetzliche Todesqual bedeuteten. Man sagt, daß nichts so sehr die Haßgefühle aufgestachelt habe, wie das Leiden jener Unglücklichen in ihrer Erstickungsnot und der unbeschreibliche Anblick, den ihre verzerrten, blauroten, gedunsenen Gesichter darboten. Als dann durch Gasmasken ein weitgehender Schutz gegen diese Giftgase erzielt wurde, die lediglich mit der Atemluft Eingang in den Körper finden können, mußte den Giftgasen eine neue Eingangspforte geschaffen werden. Sie mußten so beschaffen sein, daß sie von irgend einer Stelle der Haut ihren tödlichen Einfluß auszuüben vermögen. Dazu war in erster Linie eine enorme Verstärkung der Giftwirkung notwendig. Eine solche Verstärkung läßt sich z. B. in einfacher Weise dadurch erzielen, daß man in dem schon erwähnten Phosgen ein oder beide Chloratome durch die Cyangruppe CN ersetzt. Man erhält so Verbindungen von folgender Konstitution:



Diese Verbindungen sind dadurch ausgezeichnet, daß die Feuchtigkeit der Luft, des Bodens, des Atems oder der Haut hinreicht, um daraus die schon in minimsten Mengen *) tödliche Blausäure abzuspalten. Im ersteren Fall entsteht neben Blausäure und der indifferenten Kohlensäure Chlorwasserstoff oder — bei Verwendung von Kohlenoxyfluorid an Stelle des Phosgens — Fluorwasserstoff, Verbindungen also, die äußerst ätzende Eigenschaften besitzen und auf der Haut schmerzhafte Wunden erzeugen. Es ist leicht verständlich, daß eine solche Ätzwirkung in hohem Maße befähigt ist, das Eindringen der Blausäure in den Organismus zu begünstigen.

Ähnlicher Art ist die Wirkung von Doppelverbindungen zwischen Blausäure und den Halogenwasserstoffen. So zerfallen die Doppelverbindungen HCN . HCl bezw. HCN . HFl leicht in ihre Komponenten und es macht sich dann Giftwirkung und ätzender Effekt gleichzeitig geltend. Der letztere hängt zusammen mit den stark hygroskopischen Eigenschaften der erwähnten Substanzen.

Eine noch bessere Eingangspforte für die Blausäure bieten Brandwunden. Schon Blausäure allein ist brennbar und leicht entzündlich. Irgend eine der erwähnten Verbindungen vermag also unter den Bedingungen ihres Freiwerdens — beim Platzen des Geschosses, welches sie einschloß — selbst die Brandwunden zu erzeugen, von denen die Blausäurewirkung eine besonders heftige ist. Vor allem gilt dies auch für eine Verwendung des Tricyanwasserstoffs: $(HCN)_3$. Dieses Blausäurepolymere ist in gewöhnlichem Zustand fest und kann in dieser Form leicht in einem Geschoß untergebracht werden. Sobald die Temperatur beim Platzen des Geschosses 180° erreicht, schmilzt der Tricyanwasserstoff unter explosiver Zersetzung und aus jedem Molekül dieser Substanz bilden sich dabei drei Moleküle der bei Temperaturen unterhalb 26,5 flüssigen, bei darüberliegenden Temperaturen gasförmigen Blausäure. Die Entzündlichkeit der Blausäure kann vor allem durch die Kombination mit Phosphor gesteigert werden und zwar sowohl mit freiem, wie mit chemisch gebundenem Phosphor.

Der freie Phosphor findet in den Phosphorbomben auch für sich allein Verwendung, wenn es sich darum handelt, über einer Armee oder einer Stadt jenes grauenvolle Feuer auszugießen, das durch Wasser nicht gelöscht werden kann. Das englische Levesitegas dürfte nach den entsetzlichen Berichten, wie sie vor allem der „Manchester Guardian" über die Wirkung dieses Gases gebracht hat, einen Kombinationseffekt von Phosphor und Blausäure bedingen, wobei es dahingestellt bleiben muß, ob es sich um freien Phosphor mit einer Blausäure abspaltenden Substanz, wie Phosgen- oder Thiophosgencyanid, oder einem Oxynitril u. s. w. handelt, oder ob der Phosphor mit dem giftigen Prinzip der Blausäure, der Cyangruppe, in Verbindung tritt. So vereinigt das weiße Kristalle bildende Phosphortricyanid $P(CN)_3$ die Eigenschaften des Phosphors wie der Blausäure in sich. Es entzündet sich schon beim gelinden Erhitzen an der Luft und brennt mit glänzender weißer Flamme. Mit Wasser spaltet es Blausäure ab.

Es ist nur ein sehr unvollkommenes Bild, das ich aus der Fülle des Möglichen im Gebiet der Giftgastechnik hier zusammengestellt habe. (So dürften z. B. Arsenwasserstoff und organische flüchtige Arsen- und Quecksilberverbindungen mit den Blausäure abspaltenden Substanzen in Bezug auf Giftigkeit erfolgreich konkurrieren und dementsprechend ebenfalls Verwendung finden.) Doch Weniges ist schon genug, um uns die furchtbare Gefahr zum Bewußtsein zu bringen, die in der Anwendung und der Entwicklung der Giftgaswaffe

*) Einige Tropfen ins Auge geträufelt, töten größere Tiere in weniger als einer Minute. Innerlich genommen reichen 0,05 gr im allgemeinen hin, um einen Menschen zu töten. Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, daß die Wirkung von Blausäure im Entstehungszustand, also z. B. bei der Abspaltung aus den erwähnten Verbindungen, noch bedeutend intensiver ist.

liegt. Eine besondere Gefahr liegt darin, daß zur Herstellung der todbringenden Gase keine umständlichen Vorbereitungen notwendig sind. Jede Farbenfabrik verfügt über die notwendigen Ausgangsmaterialien und die erforderliche Apparatur, so daß sie in wenig Stunden auf Giftgasfabrikation eingestellt werden kann. Wir aber stehen vor der bangen Frage: „Soll es jemals fürchterliche Wirklichkeit werden, was sich da vor uns gestaltet?" Nicht Traumbilder sind es einer überhitzten Phantasie, nicht Chimären, — nein, leider Gottes nur die Realitäten, die in einem zukünftigen Kriege gegeben sind! Kreusas Brautkleid, Herkules' Nessusgewand, sie sollten von der Menschheit freiwillig gewählt werden, wie sich der geistesumnachtete Selbstmörder nicht selten die grausamste Todesart aussucht? — Und warum sollen wir Todgeweihte sein, wo uns doch das Leben mit tausend Fasern an die blühende Erde knüpft? Ist die Wahl so schwer zwischen einer Hölle von Gift und Feuer, — in der wir erschauernd die zuckenden, zerfetzten, verbrannten Überreste von unseresgleichen, vielleicht von uns selbst erblicken — und zwischen ein wenig Menschenliebe, ein wenig gesundem Menschenverstand — jenen guten Geistern, die von uns nichts anderes verlangen als die konsequente Absage an den Militarismus, der im buchstäblichen Sinne die Hölle auf Erden schafft?

Die Führer der deutschen Friedensbewegung *)

Von Prof. Dr. Veit Valentin, Berlin.

Wir besitzen noch keine Geschichte der internationalen Friedensbewegung der jüngsten Zeit; auch die deutsche Friedensbewegung hat nur gelegentliche historische Studien für die Zeit nach 1890 hervorgebracht. Meine eigene Arbeit über die Geschichte des Völkergedankens in Deutschland, die bis 1890 reicht, faßt das Problem unter einem bestimmten Gesichtspunkte an, durch den manche Erscheinung von der Behandlung ausgeschlossen wurde. Wir werden in der nächsten Zeit vieles über die Stellungnahme des offiziellen Deutschland zu der Friedensbewegung aus den Akten des Auswärtigen Amtes erfahren. Die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, von denen eben jetzt einiges bekannt geworden ist, sind vielversprechend genug. Um so notwendiger ist ein gründliches geschichtliches Studium der Friedensbewegung selbst.

Da ist denn eine Schrift wie die von Hans Wehberg besonders willkommen. Einer der besten Vorkämpfer, ein hervorragender Sachkenner des Pazifismus, hat hier eine Reihe von Skizzen zusammengefaßt, durch welche in volkstümlicher Form die Führer der deutschen Friedensbewegung dem Publikum, das sie ja nur zum kleineren Teil und nur oberflächlich kennt, nach Herkunft und Verdienst vorgestellt werden.

Die Auswahl — denn um eine solche mußte es sich handeln — ist von Wehberg geschickt getroffen worden. An die Spitze hat er mit Recht Berta von Suttner gestellt, die warmherzige Frau, die die öffentliche Meinung aufs stärkste in Bewegung gesetzt und gehalten hat und stolz darauf sein konnte, eine ganze hochpolitische Aktion aus dieser Bewegung erwachsen zu sehen. An die Suttner schließt sich eine Reihe von Persönlichkeiten der älteren Generation an, deren Beruf und Wesensart zeigt, wie mannigfaltige Wege zum Pazifismus führen können. Der Offizier Moritz v. Egidy steht vielleicht geistig Berta v. Suttner am nächsten: auch ihm ist das Ethos das wesentlichste — darüber hinaus versucht er eine Umformung der Gesinnung überhaupt im Sinne einer religiösen Neubildung. Von den Völkerrechtslehrern der älteren Generation kann lediglich der Göttinger Professor v. Bar zum Pazifismus gerechnet werden, ein Denker von erschöpfender Tiefe, ein Kritiker von Fruchtbarkeit und bei aller Schärfe und Skepsis doch auch ein warmherziger Gläubiger. Die Juristen Eugen Schlief und Adolf Heilberg schließen sich ihm an — Männer der Praxis, der erste als Schriftsteller besonders wirksam, der zweite als Organisator von großen Verdiensten. Der Typus des Organisators muß in einer Geschichte der Friedensbewegung natürlich stark beachtet werden. Bücher überleben ihre Autoren am leichtesten. Wer unermüdliche Arbeit an die Erweckung der Geister gesetzt hat, wird von den Späteren nur allzu leicht vergessen. Der Pforzheimer Fabrikant Adolf Richter, der Frankfurter Franz Wirth, der Redakteur Richard Reuter sind solche Männer gewesen, die zum Teil in vorgerückten Jahren ihren Tag von Damaskus erlebten und sich nun mit ganzem Herzen der Verbreitung des großen Werkes widmeten. Wehberg gelingt es, mit ein paar charakteristischen Angaben über Laufbahn und Wesensart diese wertvollen Persönlichkeiten der halben Vergessenheit zu entreißen. Ein eigenartiger Mensch muß auch Richard Feldhaus gewesen sein, der hochbegabte Schauspieler, der als pazifistischer Wanderredner eine tiefgreifende Wirksamkeit ausübte.

So selten wie unter den Völkerrechtslehren der älteren Generation ist der Pazifismus unter den Pfarrern und Parlamentariern. Der Stuttgarter Pfarrer Otto Umfrid hat freilich als Popularisator und Organisator eine besonders starke Stellung; dem ehemaligen Mitgliede der Fortschrittlichen Volkspartei Richard Eickhoff ist es zu danken, daß wenigstens eine kleine Gruppe von Reichstagsabgeordneten Interesse an den überparlamentarischen Konferenzen nahm; er ist auch in Rede und Schrift für den Abschluß von Schiedsverträgen und Beschränkung der Rüstungen eingetreten. Besonders lag ihm die Proklamierung der Unverletzlichkeit des Privateigentums im Seekriege am Herzen.

In meiner Vaterstadt Frankfurt a. M. hat von jeher eine freundliche Haltung gegenüber der Friedensbewegung gewissermaßen mit dazu gehört. Der Geist der Handelsstadt, das Gefühl für die internationale Kulturgemeinschaft, die stark verbreitete Kenntnis des Auslandes, das äußerliche Selbstbewußtsein reichsstädtischer, freistaatlicher Herkunft — alles das wirkte zusammen. Dieser Zug läßt sich bis in die jüngste Zeit verfolgen: war doch zum Beispiel im Stabe der deutschen Liga für Völkerbund die Zahl der geborenen Frankfurter ganz auffallend.

Ein rechter Vertreter dieses echten Frankfurtischen Geistes in der älteren Generation ist der Bankier de Neufville, aus alter hugenottischer Familie, ein Aristokrat von internationaler Färbung, der Diplomat und Mäcen der Friedensbewegung, wie Wehberg ihn fein charakterisiert.

Mit Absicht habe ich bei dieser knappen Besprechung besonders hingewiesen auf die von Wehberg behandelten älteren Vorkämpfer der Friedensbewegung. Die großen Vorkämpfer, die in unsere Tage hinein und darüber hinaus gewirkt haben, sind Wehbergs Kampf- und Gesinnungsgenossen; sie stehen ihm persönlich nahe — kein Wunder also, daß er auf engem Raume Wertvolles und Neues über sie zu sagen weiß. Es sind die Völkerrechtler Heinrich Lammasch, Walter Schücking und Kurt Wolzendorff,

*) Dr. Hans Wehberg, Die Führer der deutschen Friedensbewegung (1890—1923), Ernst Oldenburg Verlag, Leipzig, 1923. 77 Seiten.

die Organisatoren, Redner und Schriftsteller Alfred H. Fried und Ludwig Quidde, der Pädagoge Fr. W. Foerster und der Arzt Georg Friedrich Nicolai — beide Märtyrer ihrer Gesinnung und Opfer akademischer Engherzigkeit, Helmuth v. Gerlach, der Publizist, Graf Keßler, der Aristokrat und Helene Stöcker, die Vorkämpferin einer neuen, echt frauenhaften Gesinnung.

Nur durch Persönlichkeiten, durch das Beispiel eines wirklich gelebten Pazifismus, kann sich die Anhängerschaft der Bewegung vermehren und zur Macht werden. Das beste Denkmal der Menschen ist — der „Mensch" — hat Goethe gesagt. Darin liegt auch die Bedeutung der Wehberg'schen Schrift, der weite Verbreitung und tiefgehende Wirkung zu wünschen ist.

Nachrufe.

Alexander Giesswein.

Prälat Dr. Alexander Gießwein, der langjährige Vorsitzende der Ungarischen Friedensgesellschaft, der mutige Vorkämpfer für Demokratie, Gerechtigkeit und Pazifismus in der ungarischen Nationalversammlung, ist Mitte November ganz plötzlich durch einen Herzschlag hinweggerafft worden. Niemand hätte diesem unermüdlichen Kulturarbeiter angesehen, daß er schon nahe an Siebzig war. Als ich im Oktober das letzte Mal das Glück hatte, mit ihm zusammen zu sein, erfreute ich mich an der Unzahl von Plänen, die ihn für unsere gemeinsame Sache erfüllten, an dem überströmenden Optimismus, der ihn jung erhielt und in dem er sich auch durch allen Jammer der Gegenwart, durch alle zeitweiligen Erfolge der Reaktion, nicht beirren ließ.

Was die Friedensbewegung an Gießwein, diesem vornehmen, hingebenden Menschen, diesem edlen Idealisten, diesem tapferen Kämpfer verliert, ist mit wenigen Worten nicht zu sagen. Er war der zuverlässigste Mitarbeiter bei allen Friedenskongressen, scheute auch die weitesten und anstrengendsten Reisen nicht, um dort an internationalen Besprechungen teilzunehmen, wo er glaubte, durch seine reiche Erfahrung, durch seinen bewährten Rat Gutes stiften zu können.

Besonderes Interesse widmete Gießwein auch den Bestrebungen zur Schaffung einer einheitlichen Welthilfssprache. Er war begeisterter Esperantist, wovon sein 1921 erschienenes Buch „Hauptprobleme der vergleichenden Sprachwissenschaft in ihren Beziehungen zur Theologie, Anthropologie und Philosophie" unzweideutiges und gründliches Zeugnis ablegt. Für den Anfang August 1924 in Wien geplanten Weltfriedenskongreß der Esperantisten hatte man ihn bereits zum Vorsitzenden bestimmt. Wie warm sich Gießwein zeitlebens für das Frauenstimmrecht einsetzte, ist noch in frischer Erinnerung. Aufs eifrigste betätigte er sich für alle modernen fortschrittlichen Ideen, durchaus frei in seinem Denken — trotz seines geistlichen Gewandes.

Vorbildlich war vor allem die Haltung, die Gießwein sowohl im Krieg, wie nach dem Kriege einnahm. Er blieb sich und der von ihm vertretenen pazifistischen Sache treu, selbst in der Zeit, wo die stärkste Gesinnungsfestigkeit dazu gehörte, nicht schwankend zu werden. Dem Horthyregime hat er sich mit unerschrockener Entschiedenheit entgegengestellt. Er wäre zweifellos der Ministerpräsident eines ehrlich demokratischen, aufrichtig pazifistischen, unzweideutig republikanischen Ungarn geworden, wenn das erstarkte Weltgewissen erst die Mörderherrschaft, die heute auf dem armen ungarischen Volk lastet, weggefegt hätte. . . .

Nun hat der Tod diesem noch zu so Großem berufenen Leben ein Ende gemacht. Ein tragischer Schicksalsschlag für alle Weltbürger freien Geistes. Sie werden das Andenken Gießweins durch unaufhaltsames Fortwirken in seinem Sinne ehren!

Rudolf Goldscheid.

Ernst Zitelmann. Bald nach Vollendung seines 70. Lebensjahres ist der weithin berühmte Bonner Rechtslehrer gestorben. Über ihn ein gerechtes Urteil zu fällen, ist nicht leicht, wenn man an die Entgleisungen Zitelmanns im Kriege denkt. Besonders sein Buch „Das Schicksal Belgiens beim Friedensschluß" (München 1917, Duncker & Humblot), das übrigens später aus dem Buchhandel gezogen wurde, war eine Verirrung. Es sei der Kuriosität halber darauf hingewiesen, daß unter den schweren, Belgien aufzuerlegenden Friedensbedingungen auch nebenbei vorgeschlagen war: Der belgische König solle verpflichtet werden, etwa die Hälfte des Jahres in Deutschland, z. B. am bayrischen Hofe, zu verbringen, um ihn in deutschem Sinne dauernd zu beeinflussen. Zitelmann gehörte zu denen, die gerne herbeieilten, wenn die militärischen und politischen Machthaber des schlecht beratenen, unglückseligen Deutschland mit rechtlichen Argumenten gestützt werden wollten. Chauvinistisch war Zitelmann dabei keineswegs. Verurteilte er doch die Übertragung der Feindseligkeiten auf die Beziehungen der Gelehrten. Aber in dem Drange, mit dem Zeitstrom zu schwimmen, vergaß er manchmal das, was dem Juristen das Höchste sein muß, die Idee der Gerechtigkeit.

Doch ein Leben von 70 Jahren kann nicht allein darnach gewertet werden, ob sich der Verstorbene in jenem verheerenden Sturme, der seit 1914 in Form des Weltkrieges die europäische Kultur zu vernichten drohte, stark gezeigt hat. Wer könnte nach solchem Maßstabe noch vor der Nachwelt unter den Rechtslehrern des In- und Auslandes bestehen? Zitelmanns großes Werk über „Internationales Privatrecht" (1897 begonnen, 1912 vollendet) war ein wertvoller Baustein auf diesem zukunftsreichen Gebiete. Einer der besten Kenner dieser Materie, Geheimrat Niemeyer, Kiel, hat Zitelmann auf dem Gebiete des internationalen Privatrechts mit v. Savigny und v. Bar auf eine Stufe gestellt und Zitelmanns besonderes Verdienst darin erblickt, der internationalprivatrechtlichen Rechtspolitik eine internationalprivatrechtliche Technik zur Seite gestellt zu haben. Zitelmann war ein Meister der juristischen Konstruktion. Vielleicht vergaß er über seiner Liebe zur Konstruktion gelegentlich die Erfordernisse des praktischen Rechtslebens. Aber die Notwendigkeit einer vorwärts eilenden Rechtspolitik war seine innerste Überzeugung. Sein Vortrag „Die Möglichkeit eines Weltrechts" (1916 neu erschienen) war in dieser Hinsicht charakteristisch. „So unheilvoll es ist, Bestehendes und Wünschenswertes miteinander zu verwechseln, so armselig wäre eine Jurisprudenz, die auf eine Aufgabe der Vorarbeit für die Gesetzgebung Verzicht leisten wollte". In den letzten Jahren hat Zitelmann eine ganze Reihe feiner Aufsätze über Spezialfragen des internationalen Rechts geschrieben. An der Arbeit pazifistischer Vereine, z. B. des Verbandes für internationale Verständigung, hat er sich meines Wissens nicht beteiligt.

Dr. Hans Wehberg.

Ernst Freiherr v. Plener.

Anfangs Mai d. Js. wurde einer der angesehensten Staatsmänner des alten Österreich, Ernst Freiherr v. Plener, durch einen plötzlichen Tod dahingerafft, und es drängt mich, dem Manne, mit dem ich nahezu ein Vierteljahrhundert innerhalb der Interparlamentarischen Union freundschaftlich verbunden war, ein Wort der Erinnerung zu weihen.

Ernst v. Plener hatte sich bis in sein hohes Alter — er war am 18. Oktober 1841 geboren — eine Frische des Geistes und des Körpers bewahrt, wie sie nur wenigen Sterblichen beschieden ist. Noch im vorigen Jahre, auf der Wiener Interparlamentarischen Konferenz, beteiligte sich der Verstorbene aufs lebhafteste an den Verhandlungen, indem er sich namentlich zu den ökonomischen und finanziellen Fragen, sowie zu der Frage der Rechte der nationalen Minderheiten mit der ihm eigenen Sachkunde äußerte.

Ursprünglich im diplomatischen Dienste tätig, gehörte er von 1867—1873 der österreichisch-ungarischen Botschaft in London als Legationssekretär an, um dann am parlamentarischen Leben teilzunehmen und die Führung der liberalen Partei des Abgeordnetenhauses zu übernehmen und in dieser Stellung besonders die Prinzipien des Freihandels zu vertreten, zugleich aber auf einen Ausgleich der verschiedenen Nationalitäten des alten Österreich unablässig hinzuwirken. Von 1893—1895 Finanzminister, wurde er dann Präsident des gemeinsamen Rechnungshofes der Doppelmonarchie und ward endlich, wiederum als Führer der Liberalen, Mitglied des Reichsrates.

Indes nicht von der Laufbahn des Staatsmannes *) soll hier die Rede sein, sondern von dem hochverdienten Mitgliede der Interparlamentarischen Union. Wie Lord Weardale, so lernte ich auch Baron Plener nach meiner Erinnerung auf der Pariser Konferenz des Jahres 1900 kennen und traf ihn dann drei Jahre später auf der 11. Interparlamentarischen Konferenz in Wien wieder, zu deren Präsidenten er erwählt wurde. So hat auch Ernst v. Plener ein volles Vierteljahrhundert seine Dienste dem Werke der Union geweiht, denn schon der junge Londoner Legationssekretär war aus Anlaß des berühmten Alabama-Falles ein begeisterter Anhänger des internationalen Schiedsgerichts geworden, und der gereifte Mann ist es geblieben bis ans Ende seiner Tage. Ich möchte hier nur an die glänzenden Berichte erinnern, die Ernst v. Plener zuerst auf der Londoner Konferenz des Jahres 1906 über den Musterschiedsvertrag erstattete, der dann auf der zweiten Haager Konferenz eine so bedeutsame Rolle spielte, und dann wiederum im Jahre 1908 in Berlin mit ebensoviel Scharfsinn wie Beredsamkeit den Teilnehmern der Konferenz vortrug. Es war selbstverständlich, daß der Führer der österreichischen Gruppe sehr bald in den Interparlamentarischen Rat und das später errichtete Executiv-Komitee eintrat, und so haben wir uns seit dem Jahre 1905 regelmäßig in diesen beiden Körperschaften, die meist in Brüssel, aber auch in Paris tagten, getroffen; denn auch ich gehörte ihnen lange Jahre an, und die wertvollen Anregungen, die Baron Plener immer wieder gab, sind mir daher in frischer Erinnerung geblieben.

Als ich den Verstorbenen im vorigen Jahre in Wien begrüßte, durfte ich ihn daran erinnern, daß nur ganz wenige Mitglieder der Konferenz schon der 11. Konferenz des Jahres 1903 beigewohnt hätten: außer ihm selbst, dem damaligen Präsidenten, Graf Apponyi, Albert de Berzeviczy und ich. Lord Weardale wurde ja zum ersten Male durch seine schwere Erkrankung einer Interparlamentarischen Konferenz zu unserer großen Betrübnis ferngehalten. Nun ist auch Ernst v. Plener dem Freunde rascher, als es einer von uns ahnen konnte, in das Reich der Schatten gefolgt. Sein Andenken aber wird als das eines echten Edelmannes in seinem engeren Vaterlande Österreich fortleben, und in den Annalen der Interparlamentarischen Union wird sein Name allezeit neben den Namen Auguste Beernaert, Lord Weardale und so mancher anderen, deren Träger nicht mehr unter den Lebenden weilen, mit hohen Ehren genannt werden als derjenige eines Mannes, der Jahrzehntelang in vorderster Reihe für die erhabenen Ideen ebenso entschieden wie besonnen gekämpft hat, von denen die Interparlamentarische Union seit ihrer Entstehung sich unermüdlich hat leiten lassen.

Prof. Dr. Richard Eickhoff.

*) Als Staatsmann und Parteiführer hat sich Plener nie als Pazifist erwiesen und während des Krieges verfiel er leider ganz und gar der Phraseologie der verblendetsten Nationalisten. R. G.

Edmond de Miklos.

Der grausame Tod reißt eine Lücke nach der andern in die Reihen der Interparlamentarischen Union: am 29. Mai ist der Vizepräsident der ungarischen Gruppe, Edmond de Miklos, auf der Rückreise von Bad Nauheim, wo er sich einer Kur hatte unterziehen müssen, in Passau gestorben. Auch mit ihm ist ein bedeutender und begeisterter Anhänger der Friedenssache dahingegangen, der viele Jahre der Interparlamentarischen Union die wertvollsten Dienste geleistet hat. Ursprünglich Ingenieur, hatte dieser ungarische Edelmann durch lange Reisen seinen Blick erweitert und geschärft und spielte dann im öffentlichen Leben seiner Heimat für deren wirtschaftliche Entwicklung er besonders tätig war, eine ganz hervorragende Rolle. So war er eine Zeitlang Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft und vertrat seine Regierung beim Internationalen Institut für Landwirtschaft in Rom und bei anderen Gelegenheiten. So übte er noch im Augenblicke seines Todes das Amt eines ungarischen Delegierten bei der internationalen Donau-Kommission aus.

Ich selbst hatte Herrn v. Miklos vor langen Jahren auf den Interparlamentarischen Konferenzen kennen gelernt, an denen er vor dem Kriege regelmäßig teilnahm und, wie im Jahre 1906 in London, sich durch die vornehme Art auszeichnete, in der er sich bei der Debatte über die Bildung eines internationalen Parlaments äußerte. Aber persönlich bin ich ihm doch erst im Jahre 1909 nahe getreten, wo wir uns in Badenweiler trafen. Während ich selbst einen lieben Verwandten, der sehr leidend war, dorthin begleitet hatte, der dank der Kunst eines ausgezeichneten Arztes auch wieder genas und erst nach einem Jahrzehnt ein Opfer des furchtbaren Weltkrieges geworden ist, weilte Herr v. Miklos mit seinem schwerkranken Sohne in dem berühmten Kurorte. Aber seine Hoffnung, den Jüngling retten zu können, schlug leider fehl, obwohl die Ärzte alle ihre Kunst aufwandten, um dem Vater seinen Sohn zu erhalten. So konnte ich von dem tieftrauernden Vater nur einen schmerzlichen Abschied nehmen.

Noch einmal habe ich Herrn v. Miklos später wiedergesehen: in der Sitzung des Interparlamentarischen Rates, die im April 1922 in Basel stattfand, der letzten, der Lord Weardale präsidierte.

Aber als Herr v. Miklos sich bei dem auf die Sitzung folgenden Frühstück erhob, um in bewegten und beredten Worten dem verehrten Präsidenten für die Leitung der Geschäfte zu danken, ahnte niemand von uns, daß der so elegante und geistvolle Redner auch schon vom Tode gezeichnet sei. Er hat nur ein Alter von 66 Jahren erreicht. Aber die liebenswürdige und vornehme Persönlichkeit des Verstorbenen wird so leicht nicht vergessen werden.

Richard Eickhoff.

Gegenseitiger Hilfsvertrag.

Nachfolgend bringen wir unseren Lesern den im Heft 9 der Tätigkeitsberichte des Völkerbundes enthaltenen Text des Lord Cecil'schen Garantiepaktes im vollen Wortlaut zur Kenntnis. Dieser Entwurf wurde bekanntlich auf Beschluß der September-Tagung der Völkerbundversammlung den Regierungen zur Stellungnahme übermittelt. Angesichts der hohen historischen Bedeutsamkeit dieses Vorschlages würde sich eingehende Beschäftigung mit den darin entwickelten Fundamentalprinzipien für alle Friedensorganisationen dringend empfehlen.

Die Redaktion.

Einleitung.

(Nichtangriffspakt)

Die hohen Vertragsschließenden, welche die Grundlagen einer gegenseitigen Hilfsorganisation aufzustellen wünschen, um die Anwendung von Artikel 10 und 16 des Völkerbundpaktes und die Beschränkung der Rüstungen laut Artikel 8 auf ein mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung internationaler Verpflichtungen durch ein gemeinsames Vorgehen vereinbarliches Minimum zu erleichtern, sind über folgende Bestimmungen einig geworden:

„Die hohen Vertragschließenden erklären, daß der Angriffskrieg ein internationales Verbrechen bedeutet, und verpflichten sich feierlich, sich eines solchen Verbrechens nicht schuldig zu machen."

„Derjenige Krieg wird nicht als ein Angriffskrieg betrachtet, welcher von einem Staat, der in eine Streitfrage verwickelt ist und die einstimmige Empfehlung des Rates, das Urteil des Ständigen Internationalen Gerichtshofes oder den Schiedsspruch angenommen hat, gegen einen hohen Vertragschließenden gerichtet ist, welcher dieselben nicht angenommen hat, vorausgesetzt, daß der erstere Staat nicht die politische Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit des hohen Vertragschließenden verletzt."

Artikel 2

(Allgemeiner Beistand)

Die hohen Vertragschließenden verpflichten sich einzeln und gemeinsam, gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Vertrages, einem jeden unter ihnen, falls derselbe das Opfer eines Angriffskrieges wäre, Beistand zu leisten, unter der Bedingung, daß der hohe Vertragschließende den Verfügungen des vorliegenden Vertrages mit Bezug auf die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen Folge geleistet hat.

Artikel 3

In dem Fall, daß einer der hohen Vertragschließenden der Meinung ist, daß die Rüstungen eines anderen hohen Vertragschließenden die in Anwendung der Bestimmungen dieses Vertrages vorgeschriebenen Rüstungen übersteigen, und im Fall einer Angriffspolitik oder aber militärischer Vorbereitungen seitens eines am vorliegenden Vertrag teilnehmenden oder nicht teilnehmenden Staates, welche den hohen Vertragschließenden die Eröffnung von Feindseligkeiten fürchten lassen, kann er den Generalsekretär des Völkerbundes benachrichtigen, daß er von einem Angriff bedroht wird, und der Generalsekretär soll in diesem Fall sofort den Völkerbundrat einberufen.

Ist der Rat der Meinung, daß plausible Gründe vorliegen, die einen Angriff befürchten lassen, so soll er, wenn er es für richtig befindet, alle unter a), b), c), d) und e) des Art. 5, Abs. 2 angegebenen Maßregeln treffen, um diese Drohung zu beseitigen.

Die angezeigten hohen Vertragschließenden und diejenigen, welche der Gegenstand eines drohenden Angriffes sind, werden als besonders beteiligt angesehen und sollen mithin aufgefordert werden, sich gemäß den Bestimmungen der Artikel 4, 15 und 17 des Paktes im Rat vertreten zu lassen, ohne daß die Stimme ihres Vertreters bei der Stimmeneinheit der hohen Vertragschließenden in Rechnung gezogen wird.

Artikel 4

Im Fall, daß einer oder mehrere der hohen Vertragschließenden in Feindseligkeiten verwickelt werden, muß der Rat in einer viertägigen Frist von dem Tage an, wo der Generalsekretär in Kenntnis gesetzt worden ist, erklären, welche der hohen Vertragschließenden Opfer eines Angriffes sind und ob sie das Recht besitzen, den durch den Vertrag vorgesehenen Beistand zu reklamieren.

Die hohen Vertragschließenden verpflichten sich, die Entscheidung des Völkerbundrates anzunehmen.

Die in Feindseligkeiten verwickelten hohen Vertragschließenden werden als besonders beteiligt angesehen und sollen mithin aufgefordert werden, sich gemäß den Bestimmungen der Art. 4, 15 und 17 des Paktes im Rat vertreten zu lassen, ohne daß die Stimme ihres Vertreters bei der Stimmeneinheit der hohen Vertragschließenden in Rechnung gezogen wird. Dasselbe gilt für Signatarstaaten eines jeden mit irgend einem der Kriegführenden in Kraft tretenden Sonderabkommen, es sei denn, daß die übrigen Mitglieder des Rates anders darüber entscheiden.

Artikel 5

Die hohen Vertragschließenden verpflichten sich, in dem in Artikel 2 des Vertrages angegebenen Fall Beistand zu leisten, und zwar in der Art und Weise, die der Rat des Völkerbundes als die wirksamste anempfiehlt, und ohne Verzug alle Maßnahmen zu treffen, die der durch die Umstände bedingten Dringlichkeit entsprechen.

Im besonderen kann der Rat entscheiden:

a) daß auf den angreifenden Staat die in Artikel 16 des Paktes vorgesehenen wirtschaftlichen Sanktionen sofort in Anwendung kommen; die Mitglieder des Völkerbundes, welche diesen Vertrag nicht unterzeichnet haben, sind jedoch nur dann durch diese Entscheidung gebunden, wenn der angegriffene Staat Grund hat, sich auf die Artikel des Paktes zu stützen,

b) er kann die hohen Vertragschließenden bezeichnen, deren Beistand er bedarf. Die Teilnahme an militärischen Operationen zu Lande, zu Wasser und in der Luft wird dem Prinzip nach nicht von den hohen Vertragschließenden verlangt, die einem andern Kontinent angehören, als dem, auf welchem die Operationen stattfinden sollen;

c) er kann für jeden beistehenden Staat die ihm zur Verfügung zu stellenden Streitkräfte bestimmen;

d) er kann jegliche Maßnahmen treffen, um die Priorität von Mitteilungen und Transporten mit Bezug auf die Operationen zu sichern;
e) er kann einen finanziellen Kooperationsplan zwischen den hohen Vertragschließenden vorbereiten, um den angegriffenen und den beistehenden Staaten die für die Operationen nötigen Gelder zu verschaffen;
f) er kann den Kommandierenden ernennen, und ihm den Zweck und das Wesen seiner Mission bestimmen.

An den in diesem Artikel vorgesehenen Erörterungen werden die Vertreter der Staaten, welche gemäß den Bestimmungen von Artikel 4 des Vertrages als Angreifer anerkannt worden sind, nicht teilnehmen können; dagegen werden als besonders beteiligt die hohen Vertragschließenden angesehen, um deren Beistand der Rat laut Absatz b) gebeten hat, und in dieser Eigenschaft aufgefordert, sich, wenn sie es nicht schon sind, bei den Erörterungen über Absatz c), d), e) und f) vertreten zu lassen.

Artikel 6

(Vervollständigungen des Verteidigungsabkommens)

Um dem allgemeinen in Artikel 2, 3 und 5 vorgesehenen Beistand eine unmittelbare Wirkung zu geben, können die hohen Vertragschließenden, sei es zwei- oder mehrseitige, den vorliegenden Vertrag vervollständigende Abkommen zum ausschließlichen Zweck gegenseitiger Verteidigung schließen, um die Ausführung der in diesem Vertrag vorgeschriebenen Maßnahmen zu erleichtern und so im voraus den im Angriffsfall zu leistenden Beistand ordnen.

Diese Abkommen können ebenfalls, wenn die daran beteiligten hohen Vertragschließenden es wünschen, unter dem Schutz des Völkerbundes verhandelt und abgeschlossen werden.

Artikel 7

Die in Artikel 6 vorgesehenen vervollständigten Abkommen werden vor der Registrierung vom Rat daraufhin geprüft werden, ob sie mit den Grundsätzen des vorliegenden Vertrages und des Paktes übereinstimmen.

Besonders wird der Rat prüfen, ob die in diesen Abkommen vorgesehenen Angriffsfälle in Artikel 2 einbezogen und derartig sind, daß aus ihnen für die hohen Vertragschließenden die Beistandsverpflichtung hervorgeht. Der Rat kann gegebenenfalls Abänderungen für den Wortlaut der ihm vorgelegten Abkommen vorschlagen.

Sind sie als solche anerkannt worden, so müssen diese Abkommen in Übereinstimmung mit Artikel 18 des Paktes registriert und als den vorliegenden Vertrag vervollständigend betrachtet werden. Sie werden weder die allgemeinen Verpflichtungen der hohen Vertragschließenden, noch die gegen jeden angreifenden Staat vorgesehenen Sanktionen, wie sie sich aus dem vorliegenden Vertrag ergeben, beschränken.

Sie werden in jedem Fall mit Zustimmung der Signatarmächte jedem andern hohen Vertragschließenden zugänglich bleiben.

Artikel 8

Die Signatarmächte der vervollständigenden Abkommen können sich durch dieselben verpflichten, in den darin vorgesehenen Angriffsfällen den abgemachten Beistandsplan sofort zur Ausführung zu bringen. In diesem Falle müssen sie unverzüglich den Völkerbundsrat von den von ihnen zur Ausführung dieser Abkommen getroffenen Maßnahmen in Kenntnis setzen.

Unter Vorbehalt des vorhergehenden Paragraphen werden die Bestimmungen der obigen Art. 4 und 5, sowohl in den durch die vervollständigenden Abkommen, wie auch in den andern durch Artikel 2 vorgesehenen Fällen, welche nicht in den Abkommen ins Auge gefaßt sind, gleichfalls in Kraft treten.

Artikel 9

(Entmilitarisierte Zonen)

Um die Anwendung des vorliegenden Vertrages zu erleichtern, kann jeder hohe Vertragschließende durch Vermittlung des Rates mit einem oder mehreren Nachbarländern über die Schaffung entmilitarisierter Zonen verhandeln.

Der Rat und die Vertreter der beteiligten Parteien, welche laut Artikel 4 des Paktes als Mitglieder an den Sitzungen teilnehmen, müssen vorher feststellen, daß die Schaffung der verlangten militarisierten Zone kein einseitiges Opfer vom militärischen Standpunkte aus seitens der beteiligten hohen Vertragschließenden erfordert.

Artikel 10

(Interventionskosten)

Die hohen Vertragschließenden kommen überein, daß die Gesamtkosten einer jeden Militär-, Marine- oder Luftschiffahrtsoperation, die in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des vorliegenden Vertrages und den vervollständigenden Verteidigungsabkommen unternommen wird, die Wiedergutmachung aller durch die Operationen verursachten materiellen Schäden mit einbegriffen, von dem angreifenden Staat bis zu seiner äußersten finanziellen Leistungsfähigkeit getragen werden müssen.

Die Summen, welche der angreifende Staat laut den Bestimmungen des vorliegenden Vertrages zu zahlen hat, werden in dem vom Rat festgesetzten Maß für das Guthaben und die Einkünfte dieses Staates eine Hypothek ersten Ranges darstellen. Die Amortisierung des Kapitals und die Verzinsung jeder äußeren Anleihe, welche der angreifende Staat im Verlauf des Krieges direkt oder indirekt auf sich genommen hat, wird bis zur völligen Bezahlung der Kosten und Wiedergutmachungssummen aufgeschoben werden.

Artikel 11

Die hohen Vertragschließenden, welche sich über die Sicherheiten, die ihnen der vorliegende Vertrag gewährt und über die Beschränkungen, auf welche sie in andern internationalen Verträgen eingegangen sind, Rechenschaft ablegen, verpflichten sich, den Rat des Völkerbundes von den Herabsetzungen und Beschränkungen der Rüstungen, welche ihrer Ansicht nach im Verhältnis zu der durch den allgemeinen Vertrag oder durch die vervollständigenden Verteidigungsabkommen gewährten Sicherheit stehen, in Kenntnis zu setzen.

Sie verpflichten sich ferner, an der Vorbereitung eines jeden allgemeinen Verminderungsplanes der Rüstungen, welchen der Rat des Völkerbundes an der Hand der ihm durch die hohen Vertragschließenden mitgeteilten Auskünfte in Ausführung der Bestimmungen von Artikel 8 des Paktes vorgeschlagen werden sollte, mitzuarbeiten.

Dieser Plan wird den Regierungen zur Prüfung und Entscheidung unterbreitet werden, und, nachdem er von ihnen gebilligt worden ist, die Grundlage der in Artikel 2 des Vertrages ins Auge gefaßten Einschränkungen bilden.

Die hohen Vertragschließenden verpflichten sich, gemäß den Bestimmungen des Artikel 8, Abs. 4

des Völkerbundpaktes, ihre so verminderten Rüstungen nicht mehr ohne die Einwilligung des Rates zu verstärken.

Artikel 12

Die hohen Vertragschließenden verpflichten sich, den militärischen oder anderen Delegierten des Völkerbundes alle Auskünfte über ihre Rüstungen zugehen zu lassen, welche der Rat des Völkerbundes verlangen sollte.

Artikel 13

Die hohen Vertragschließenden kommen überein, daß der für einen jeden unter ihnen festgesetzte Rüstungszustand gemäß dem vorliegenden Vertrag nach Verlauf von fünf Jahren von dem Tage an gerechnet, an welchem der Vertrag in Kraft tritt, einer Revision untersteht.

Artikel 14

(Aufrechterhaltung der in Kraft getretenen Verträge)

Der vorliegende Vertrag tut den Rechten und Verpflichtungen, die sich aus den Verfügungen des Völkerbundpaktes oder der in 1919 und 1920 in Versailles, Neuilly und St. Germain und Trianon geschlossenen Verträge ergeben, wie auch den Verfügungen der Abkommen, die am Tage des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages im Völkerbund registriert und veröffentlicht werden, keinerlei Abbruch, was die Signatarmächte oder diejenigen, welche aus diesen Verträgen oder Abkommen Nutzen ziehen, anbelangt.

Artikel 15

(Obligatorische Kompetenz des Gerichtshofes)

Die hohen Vertragschließenden erklären von nun an, die Gerichtsbarkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofes für die Auslegung des vorliegenden Vertrages als ipso facto obligatorisch anzuerkennen.

Artikel 16

(Unterschrift, Beitritt, Ratifikation und Kündigung)

Der vorliegende Vertrag wird für alle Mitgliedstaaten oder diejenigen, welche im Anhang des Paktes erwähnt werden, zur Unterschrift offen bleiben.

Die Nichtmitgliedstaaten können mit Einwilligung von zwei Drittel der hohen Vertragschließenden, für welche der Vertrag in Kraft getreten ist, demselben beitreten.

Artikel 17

Jeder Staat kann mit Zustimmung des Völkerbundes den Verfügungen des vorliegenden Vertrages bedingungs- oder teilweise beitreten, jedoch unter der Voraussetzung, daß dieser Beitritt nur dann angenommen wird, wenn der in Frage kommende Staat seine Streitkräfte gemäß den Verfügungen des vorliegenden Vertrages herabgesetzt hat, oder bereit ist, sie herabzusetzen.

Artikel 18

Der vorliegende Vertrag wird ratifiziert werden und die Ratifikationsurkunden werden sobald als möglich im Generalsekretariat des Völkerbundes niedergelegt werden.

Er wird in Kraft treten:

in Europa, wenn er von fünf Staaten, von welchen drei beständig im Rat vertreten sind, ratifiziert worden ist;

in Asien, wenn er von zwei Staaten, deren einer beständig im Rat vertreten ist, ratifiziert worden ist;

in Nordamerika, wenn er von den Vereinigten Staaten Nordamerikas ratifiziert worden ist;

in Südamerika, wenn er von vier Staaten ratifiziert worden ist;

in Afrika und Ozeanien, wenn er von zwei Staaten ratifiziert worden ist.

Mit Bezug auf die hohen Vertragschließenden, welche den Vertrag später ratifizieren werden, wird er am Tage der Niederlage der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Es versteht sich, daß die in Artikel 2, 3, 5, 6 und 8 vorgesehenen Rechte dieses Vertrages erst dann für jeden hohen Vertragschließenden in Kraft treten werden, wenn der Rat bestätigt hat, daß besagter hoher Vertragschließender seine Rüstungen gemäß dem vorliegenden Vertrag herabgesetzt, oder die nötigen Maßnahmen getroffen hat, um die Ausführung dieser Herabsetzung in einer zweijährigen Frist zu sichern, und zwar von dem Tage an gerechnet, wo der besagte hohe Vertragschließende den Herabsetzungs- und Beschränkungsplan angenommen hat.

Artikel 19

Der vorliegende Vertrag wird für die Dauer von 15 Jahren von seinem ersten Inkrafttreten an Geltung haben. Nach dieser Zeit wird er von Jahr zu Jahr für die Staaten, welche ihn nicht gekündigt haben, stillschweigend verlängert werden.

Sollte jedoch einer der ständigen Mitgliedstaaten des Rates den vorliegenden Vertrag kündigen, so hört er von dem Augenblicke an, wo diese Kündigung in Kraft tritt, auf zu existieren. Die Kündigung wird dem Generalsekretär des Völkerbundes angesagt, welcher sie unverzüglich allen durch den vorliegenden Vertrag gebundenen Mächten bekannt macht.

Die Kündigung tritt zwölf Monate nach dem Tage, an welchem sie dem Generalsekretär des Völkerbundes angesagt worden ist, in Kraft.

Wenn, in Anwendung von Artikel 5 des vorliegenden Vertrages, vorgenommene Operationen zu der Zeit im Gange sind, wo die in dem ersten Paragraphen des vorliegenden Vertrages erwähnte Periode von fünfzehn Jahren abgelaufen ist oder aber zu der Zeit, wo eine Kündigung unter den oben erwähnten Bedingungen gemacht wird, so wird der Vertrag für alle hohen Vertragschließenden bis zur völligen Wiederherstellung des Friedens in Kraft bleiben.

Ein Manifest der „Union of democratic Control".

(Englands Gefahr und Englands Pflicht.)

Manifest von Major C. R. Altlee, Hamilton Fyfe, Mary Hamilton, J. A. Hobson, E. D. Morel, Arthur Ponsonby, F. J. Shaw, H. M. Swanwick, H. B. Lees-Smith, Charles Trevelyan betreffs der Exekutive der Union für Demokratische Kontrolle.

In einem Manifest, das die Union für demokratische Kontrolle in der Zeitschrift „The Nation" vom Mai 1919 publiziert und das weite Verbreitung gefunden hat, wurde gesagt: „Man stellt sich bei uns nicht die Konsequenzen vor, die sich aus der Erfüllung des Versailler Vertrages ergeben werden, namentlich sieht man nicht die furchtbaren Zerstörungsmittel, die in den ökonomischen und finanziellen Klauseln

*) Senegambien, Negergebiet und Elfenbeinküste, Dathomey, französisch-Kongo. Die Franzosen erheben auch den Anspruch (ob sie ihn schon ins Werk gesetzt haben, ist zweifelhaft), ihr Konskriptionsgesetz auf die früheren deutschen Territorien Kamerun und Togo zu erstrecken.

ausgearbeitet wurden. Eine solche Basis der Ungerechtigkeit kann kein festes Gebäude tragen, der Vertrag erscheint auf Sand gebaut und kann nicht von Dauer sein. Aber bei dem Prozeß, in dem er vernichtet wird, wird die Welt in Erschütterung geraten."

Dieser Warnung ließen wir in den letzten vierundeinhalb Jahren den wiederholten Appell an verschiedene britische Regierungen folgen, den bei Kriegsende auf so unheilvolle Weise eingeschlagenen Weg zu verlassen. Wir fühlen uns nun berechtigt, jetzt, da der Ernst der internationalen Situation nicht länger zu verhehlen ist, unserere Mitbürger dringend zu ermahnen, gewisse entscheidende Tatsachen ins Auge zu fassen, die sie bisher nicht sehen wollten.

Der Versailler Vertrag und der Friede.

Abgesehen davon, daß manche vitale Bedingungen des Versailler Vertrages so weit gefaßt sind, daß sie den Signatarmächten eine Interpretation im Sinne ihrer eigenen politischen Ziele gestatten, schafft der Vertrag einen unerträglichen Zustand für Europa.

Die Vertragsurheber, zugleich Richter und Jury in eigener Sache, proklamierten die alleinige Verantwortlichkeit der Regierenden Deutschlands für den Krieg und konstruierten auf dieser historisch unwahren Grundlage einen permanenten Strafapparat.

Indem die Urheber des Vertrages die Sünden nicht bloß der Regierenden, welche sie ableugneten, sondern auch der internationalen Politik, welche den Krieg verursachte, der Masse des deutschen Volkes zuschoben, vernichteten sie alle Aussichten auf Völkerversöhnung und beeinträchtigten den Völkerbund als eine Institution zur Erhaltung des Friedens.

Der Vertrag hat die Wirtschaft und Sicherheit Englands mehrfach geschädigt. Er stellte Bedingungen auf, welche die Kaufkraft eines Landes vernichten konnten und zeitweilig tatsächlich vernichteten, das eines unserer besten Abnehmer war und dessen industrielle und kommerzielle, weit ausgebreitete Tätigkeit ein unentbehrliches Element in unserem Außenhandel war. Auf solche Weise bereitete der Vertrag den Weg zu jener beispiellosen Beschäftigungslosigkeit, die uns, mit temporären Schwankungen, in den letzten vier Jahren betroffen hat.

Der Vertrag legte Deutschland eine riesige Kriegsentschädigung auf, die dieser Staat nur durch eine gewaltige Exporterweiterung gegenüber seinem Import leisten kann, wodurch wir dahin gebracht werden, zu sehen, wie der eigene, koloniale und neutrale Markt mit deutschen Waren überflutet wird, die zu einem Preis und unter Arbeitsbedingungen hergestellt werden, mit denen unsere Industriellen nicht zu konkurrieren vermögen.

Der Vertrag sicherte eine französische Militärdiktatur über Europa durch einseitige Entwaffnung Deutschlands und durch Aufstellung französischer Armeen am Rhein auf unbestimmte Zeit.

Die politische Unklugheit und Täuschung vor vier Jahren.

Vier Jahre hindurch waren wir Zeuge, wie die englischen Regierungen, unterstützt durch eine vertrustete Presse, ihr Aeußerstes getan haben, der Nation die wahren Verhältnisse zu verheimlichen, namentlich: die furchtbaren Rechenfehler von 1919, den Trug der Reparationen, die drohende Gefahr des französischen Militarismus.

Sollen die Kalamitäten, welche als Ergebnis des ursprünglichen Versagens der Friedenskonferenz über uns gekommen sind, nicht zu noch ärgeren Konsequenzen führen, so muß die Nation aus dem Narrenparadies, in dem sie gelebt hat, heraustreten und den Dingen ins Antlitz schauen.

Der Reparationstrug.

Der gegenwärtige Premierminister gibt zu (Hansard, Vol. 168, Nr. 113), daß 1) jeder Penny, den das Deutsche Land an Reparationen zahlt, in Exportwaren bezahlt werden muß; 2) daß Deutschland, um zu bezahlen, seinen Export enorm steigern muß; 3) daß wir bei der Aufnahme desselben ruiniert werden müßten. Und er schlägt vor, weitere Zollwälle aufzurichten, um diese Reparationen auszuhalten.

Wir kümmern uns nicht um die Vorzüge oder Fehler der fiskalischen Kontroverse, aber die Konzessionen des Premierministers haben den Rechtsgrund, von Deutschland „Reparationen" zu verlangen und zu erlangen, so weit dieses Land in Frage kommt, zerbröckelt.

Von nun an muß die Nation darauf bestehen, daß das Verlangen nach Reparationen ein für allemal fallen gelassen werde, und sie muß sich, wie wir stets betont haben, dessen bewußt bleiben, daß der Schrei „Laßt Deutschland zahlen!", durch den das Land so lange irritiert worden ist, nicht Patriotismus, sondern Wahnsinn ist.

Die Gefahren des französischen Militarismus.

Die Union für demokratische Kontrolle hat stets die Masse des französischen Volkes von den Ambitionen der herrschenden Klasse Frankreichs, deren Politik eine schreckliche Zukunft für ihr eigenes Land und für Europa vorbereitet, unterschieden. Auch jetzt tut sie das und ist überzeugt, daß das französische Volk als Ganzes bezüglich der Ziele und Aktionen derjenigen, welche in dessen Namen handeln, getäuscht und irregeleitet wird.

Die Bedrohung des Weltfriedens und die Rücksicht auf die eigene Sicherheit zwingen die Nation, mit all dem Ernst, den das Problem erfordert, die Struktur und die Ziele des französischen Militarismus, wie sie sich in den letzten vier Jahren uns allmählig enthüllt haben, zu untersuchen.

Europa, ein Heerlager.

Die französische aktive Armee besteht heute aus etwa 800 000 Mann mit 2½ bis 3 Millionen voll ausgerüsteten Reserven. Ein Viertel dieser aktiven Armee, inbegriffen 40 000 farbige Truppen, steht jetzt weit von den französischen Grenzen am Rhein, im Saar- und Ruhrgebiet und droht sich noch weiter über nicht französische Gebiete Europas auszubreiten. Die Armee ist mit der besten Artillerie der Welt ausgerüstet; sie wird verstärkt durch eine Flotte von Kriegsluftschiffen, die größer ist als die aller europäischen Staaten zusammen, und durch eine gewaltige Flotte von Unterseebooten. Die Staaten der Kleinen Entente und Polen werden durch französische Instruktoren und mit französischer Finanzierung in der Aufstellung und Organisierung ansehnlicher Streitkräfte unterstützt. Der Ertrag der diesen Staaten von Frankreich gewährten Kredite wird ausschließlich für die Ausrüstung verwendet, die von der französischen Rüstungsindustrie geliefert wird. Weitere Kredite für dieselben Zwecke werden zugestandener Maßen erwogen. Französische Militärmissionen sind dem Generalstab dieser neuen Armeen ständig attachiert. Der Chef eines dieser Stäbe ist ein wohlbekannter französischer General. Zwischen diesen Staaten (auch Belgien) und Frankreich bestehen militärische Vereinbarungen, deren Bestimmungen verborgen bleiben. Unter französischem Einfluß und mit Hilfe Frankreichs wird Europa wieder ein Heerlager. Mit Einschluß Rußlands, (aktive Armee 600 000

Mann mit etwa 2 Millionen teilweise equipierten Reserven), aber nicht inbegriffen die skandinavischen Staaten, Spanien, Griechenland und die Türkei, stehen jetzt in Europa 3 Millionen Menschen unter den Waffen. Hinter ihnen stehen noch 7½ bis 8 Millionen ausgerüstete Reserven. Die Männer des kontinentalen Europa werden wieder einmal für den Krieg gedrillt.

„Sicherheit" oder Napoleonismus?

Es ist unsinnig, uns einreden zu wollen, daß diese gigantischen französischen Vorbereitungen nur im Hinblick auf eine mögliche, seitens Deutschlands drohende Gefahr getroffen werden. Die deutschen regulären Streitkräfte bestehen gemäß dem Friedensvertrag aus 100 000 Mann, von denen 10 000 Mann zur Zivilabteilung der Armee gehören. Vielleicht ist noch außerdem eine gewisse Menge Deutscher bewaffnet; aber der Mißerfolg des berühmtesten deutschen Generals Ludendorff bei dem Versuche, mehr als 2000 schlecht bewaffnete junge Burschen zur Ergreifung der Gewalt in Bayern um sich zu scharen, ist der beste Beweis für den mythischen Charakter der Berichte über den Bestand gewaltiger militärischer Geheimorganisationen in Deutschland. Ueberdies hat Frankreich durch die unrechtmäßige Besitzergreifung des Ruhrgebiets neunzig Prozent von Deutschlands Kohlenressourcen und sechzig Prozent von den Rohstahl- und Roheisenmengen, dem Rohmaterial des modernen Krieges an sich gerissen.

Konskriptionen in Afrika.

Außer reinen Kriegsvorbereitungen in Europa hat Frankreich etwas unternommen, was für Europa und Afrika unberechenbare Folgen hat, indem Frankreich seine Konskriptionsgesetze auf seine gesamten afrikanischen Besitzungen, die etwa die Hälfte des afrikanischen Kontinents bedecken, ausgedehnt hat. Die Teilkonskription von französisch Nordafrika (Algerien) begann schon vor einigen Jahren, und das französische nordafrikanische Regiment kämpfte im deutsch-französischen Krieg von 1870. In den Vorkriegsjahren wurde das Verfahren in Algerien und Tunis erweitert und erhöht. Seitdem hat Frankreich Marokko erworben und auch hier findet eine Teilrekrutierung statt. Zwei Jahre vor dem Krieg bewog General Mangin mit Erfolg die Regierung, mit der Rekrutierung der Negervölker Senegals und Westafrikas zu beginnen. Einige hunderttausend dieser sogenannten „Senegalneger" wurden nach Europa gebracht und nahmen am Kriege teil. Nach Kriegsende wurde das Konskriptionsgesetz auf das Gesamtgebiet des französischen West- und Südwestafrika und auf die Insel Madagaskar ausgedehnt. Das Gesetz sieht jetzt die jährliche Rekrutierung eines farbigen Kontingents von 280 000 Menschen vor. Es wurde beschlossen, eine Eisenbahn zu bauen, welche die nordafrikanischen Besitzungen Frankreichs mit den bevölkerten Regionen des Niger verbinden und so „Inlandtransporte" durch die Wüste für die Negerrekruten besorgen soll. Da seit 1919 jährlich etwa 200 000 neue Aushebungen gemacht worden sind, so ergibt eine bescheidene Schätzung, daß mindestens schon eine Million afrikanische Eingeborene durch Frankreich dem modernen Kriegsdienst zugeführt wurden und für den Kriegsfall in Europa bereit stehen.

Es sei ferner darauf hingewiesen, daß die reichen und bevölkerten englischen Kolonien in British Westafrika (Nigeria, Goldküste, Sierra Leone) gegenüber großen Mengen disziplinierter Negerrekruten im Kriegsfalle völlig wehrlos sind. Diese Wehrlosigkeit muß andauern, wenn nicht der gefährliche beklagenswerte und rückschrittliche Schritt zur Konskribierung der eingeborenen Bevölkerung dieser Gebiete gemacht wird.

Allein unter öffentlichen Körperschaften hat die Union für demokratische Kontrolle auf diese Militarisierung der afrikanischen Besitzungen Frankreichs die ständige Aufmerksamkeit gelenkt und gefordert, der Völkerbund möge diesen Gegenstand ins Auge fassen. Sie empfiehlt die Neutralisierung der afrikanischen Tropen als einen Schritt, der die Beachtung der Friedenskonferenz wohl verdient. Auch hat sie dem Präsidenten Wilson ein Memorandum übermittelt.

Ziele französischer Politik.

Die wahren Ziele der französischen Politik, die unter dem Deckmantel von „Reparationen" und „Sicherungen" verfolgt werden, sind nun aus dem Felde der Spekulation und Einbildung in das der Tatsachen übergetreten. Sie schließen ein:

1. Die dauernde Besetzung Deutschlands am linken Rheinufer.
2. Die Abtrennung des Rheinlandes vom Reich.
3. Die permanente Kontrolle über das Ruhrgebiet, um durch Druck auf die deutschen Industriellen und Arbeiter die Kohlen-, Eisen- und Stahlressourcen sowie das Verkehrswesen des industriellen Deutschland sich zu sichern. Mit den Eisen- und Kohlenressourcen Frankreichs, Lothringens, des Saargebiets und (großenteils) von Oberschlesien, wird die Ruhrkontrolle Frankreich den größeren Teil des Rohmaterials der modernen Industrie und des modernen Krieges zur Förderung politischer Absichten gewähren.
4. Die Zerreißung Deutschlands, deren erstes Stadium schon zurückgelegt worden ist (die Besetzung des linken Rheinufers und die Ruhrbesetzung).

Das zweite Stadium soll die Abtrennung Süddeutschlands von Norddeutschland herbeiführen, indem Bayern zur Union mit Oesterreich gezwungen und Polen angetrieben wird, Danzig und alles das, was Deutschland von Schlesien geblieben ist, zu nehmen.

5. Die Schaffung einer großen afrikanischen Armee mit potentiell unbegrenzten Reserven zur Stütze der Ausführung hochfliegender Pläne imperialistischer Eroberungen in Europa und Afrika.

Inwiefern diese Politik den Weltfrieden, sowie unsere ökonomische und strategische Sicherheit bedroht, braucht nicht ausgeführt zu werden.

Wirkungen angehäuften Irrtums.

Solange die Aussicht auf eine Aufrüttelung der öffentlichen Meinung aus ihrer Apathie und auf Hemmung der politischen Entwicklung Frankreichs durch Anspornung unserer Regierung zu klarem, entschiedenem und dabei konziliantem Handeln bestand, forderte die Union wiederholt:

1. Das Fallenlassen weiterer Reparationsansprüche unsererseits, als Mittel sowohl für die nationale Wohlfahrt als für die Konziliation Frankreichs, Italiens und Belgiens.
2) Die Streichung der Alliiertenschulden an uns unter der Bedingung, daß Frankreich mit einer Generalkonferenz zwecks Revision des Versailler Vertrages einverstanden ist. Diese Konferenz sollte Deutschlands Fähigkeit zur Bezahlung der Kosten für die Entschädigung Frankreichs und Belgiens prüfen, sich mit einem allgemeinen Abrüstugs-Vorschlag, mit der Kräftigung und Demokratisierung des Völkerbundes befassen, und Frankreich sollte seine unaufhörlichen Anstrengungen zur Verhinderung von Deutschlands Wiederherstellung aufgeben. Die Union wurde als „pro-deutsch" geschmäht, und man bestritt daß sie die Ziele Frankreichs richtig beur-

teile. Man ließ die Dinge gehen, und die Möglichkeit trat in den Hintergrund, in dem oben angegebenen Sinne zu handeln.

Die Ruhrinvasion brachte den französischen Militarismus auf dem vorgefaßten Wege, den er dank dem Versailler Vertrag mit festen Schritten beschreiten konnte, ein tüchtiges Stück weiter. Die Stellung unserer Regierung zu diesem Gewaltakt verhinderte jede freundschaftliche Auseinandersetzung mit Frankreich auf einer soliden Basis. Die Regierung begnügte sich mit einer Mißbilligung der französischen Aktion, nicht weil sie moralisch unverfechtbar, auch nicht weil sie den Rahmen des Versailler Vertrages überschritt und daher illegal war, sondern nur deshalb, weil sie unsere Aussichten auf Reparationserlangung minderte, von welcher Reparation Baldwin jetzt erklärt, daß sie uns ruinieren würde!

Nun mußte die Kluft zwischen uns und Frankreich mit jedem Tage weiter werden, da die Folgen der französischen Politik für unsere eigene ökonomische Lage und der wahre Charakter dieser Politik selbst immer deutlicher wurden. Poincaré und seine Ratgeber zogen den nicht unnatürlichen Schluß, daß die englische Diplomatie gegen das an Deutschland begangene flagrante Unrecht nicht den geringsten Protest erheben würde, wie sehr auch englische Interessen durch seine letzten Konsequenzen geschädigt würden. Poincaré kannte genau die Schwäche einer englischen Regierung, die sich nicht traute, dem englischen Volke die Wahrheit zu sagen.

Wir brauchen nicht an die krampfhaften Bemühungen zu erinnern, die Baldwin mit dem letzten August unternommen hat, die Torheiten seiner Vorgänger zu mildern. Sie waren wohlgemeint, waren aber fruchtos, teils wegen der persönlichen Unerfahrenheit des Premierministers, aber auch infolge der hemmenden Wirkungen der Uneinigkeit in seinem Kabinet und in seiner Partei und namentlich infolge der Ergebnisse der langen Täuschung des englischen Volkes, durch die ein großer, vielleicht der größte Teil des Publikums in tiefer Unwissenheit über die wahre Lage gelassen wurde.

Was soll England jetzt tun?

Unser Land steht nun den erschreckenden Resultaten dieser angehäuften Irrtümer gegenüber. Unser Volk genießt die bittere Frucht unzulänglicher Staatsklugheit. Man hat es fünf Jahre lang in einem Nebel von Illusionen leben lassen, den weder die Koalitions-, noch die konservative Regierung zerstreuen kann ohne schädliches Eingeständnis des Mangels an Voraussicht und von Rechenfehlern.

Nur zwei Alternativen gibt es jetzt für das Land. Wir können den europäischen Kontinent, seinem Schicksale überlassen, indem wir gestatten, daß Deutschland zerstückelt wird. Das bedeutet früher oder später einen europäischen Brand, dem unser Land auf die Dauer nicht entgehen kann. Es bedeutet auch, daß unsere nationale Position in jeder Hinsichtimmerprekärer werden wird. Wir sind jetzt weder ökonomisch noch strategisch ein Inselstaat, dem die kontinentale Entwicklung gleichgültig sein kann.

Keine Politik könnte unheilvoller sein. Oder wir können uns offiziell und formell von der französischen Politik, die wir für illegal erklärten, lossagen. Wir können unsere volle Aktionsfreiheit wiedergewinnen und eine allgemeine Konferenz einberufen, welche die durch den Versailler Vertrag und den französischen Militarismus geschaffene Lage Europas prüfen soll. Würde die gegenwärtige französische Regierung nicht an ihr teilnehmen wollen, so könnte uns dies nicht abschrecken.

Zu diesem Behufe ist ein Anglo-Amerikanisches Zusammenwirken unerläßlich; keine Bemühung, kein Opfer wäre zu groß, es zu sichern. Solch eine Bemühung dürfte nicht auf Unterhandlungen mit der amerikanischen Regierung sich beschränken, sondern müßte inoffizielle Appelle an das amerikanische Volk einschließen. Es würde dadurch betont werden, daß das englische und amerikanische Volk allein unter den Kriegsteilnehmern in den Krieg zog, weil es glaubte, zur Vernichtung des Militarismus und des Krieges als einer Institution zu fechten, daß es nur anstrebt die Beseitigung der schrecklichen Verhältnisse, in denen die Masse des deutschen Volkes leben muß und der erschreckenden Gefahr, welche der Kultur durch die französischen Konskriptionen in Afrika droht.

Der einzige Einfluß, dem Poincaré und seine Ratgeber auf die Länge nicht widerstehen können, ist der moralische und ökonomische Einfluß, den England und Amerika in ihrer Zusammenarbeit zur Sicherung des Weltfriedens auf die Ereignisse auszuüben vermögen. Dieser Einfluß kann auf verschiedene Weise ein Machtfaktor werden. Die Achillesferse des französischen Militarismus ist das versteckte Defizit im französischen Budget. Die Menge französischer Kleinrentner hat keine Sicherheiten. Das wäre leicht darzutun. Engländer (darunter Amerikaner) sind Frankreichs Gläubiger mit einer Summe von L. 1 350 000. Man kann nicht zulassen, daß die Zinsen, welche die französische Regierung dafür zu zahlen hätte, zur Aufstellung großer Armeen in Europa und Afrika und zur Unterstützung der kleineren Nationen Europas zwecks ihrer Militarisierung für französische imperialistische Ziele verwendet werden.

In Frankreich wird ein Umschwung der Meinung gegen Poincaré und dessen Stützen nur durch die lange Täuschung, deren Opfer auch das französische Volk war, und durch das Fehlen einer festen Anglo-amerikanischen Front verhindert.

Fernere diplomatische Untätigkeit angesichts einer von selbst zum Kriege führenden Lage wäre verbrecherisch.

Passivität unter solchen Umständen kann nicht dem Frieden dienen, sie kann nur die Elemente stärken, welche die Menschheit mit unermeßlichem Elend bedrohen.

(Aus „Foreign Affairs" Dezember 1923.)

AUS DER ZEIT.

Die saarländische Staatsangehörigkeit und das Plebiszit im Jahre 1935.

Die Frage des Saargebietes ist für den Völkerbund von ganz besonderer Wichtigkeit. Hier kann er auf einem politischen Gebiete zeigen, ob es ihm mit der Idee der Gerechtigkeit ernst ist. Die „Friedens-Warte" wird dem Saarproblem in nächster Zeit besondere Aufmerksamkeit widmen. Für heute beschränken wir uns darauf, hinzuweisen, daß die deutschen Anklagen, die neuerdings von Osborne (The Saar question, London 1923, George Allen & Unwin, 384) ohne eigene Nachprüfung übernommen werden, jedenfalls nicht ausnahmslos durchschlagend sind. So ist es uns nicht möglich, die Angriffe gegen die saarländischen Verordnungen über den Begriff des „Saareinwohners", die auch in dem 1921 er-

schienenen Weißbuche der deutschen Regierung über „Das Saargebiet" einen breiten Raum einnehmen, für zutreffend zu erachten. Die deutsche Behauptung geht bekanntlich dahin: Obwohl der Friedensvertrag die bisherige Staatsangehörigkeit der Saareinwohner nach ausdrücklicher Vorschrift unberührt lasse, und obwohl das Saargebiet kein selbständiger Staat sei, habe die Regierungskommission des Saargebietes durch die Verordnungen über den Begriff des „Saareinwohners" eine Art saarländischer Staatsangehörigkeit geschaffen. Die öffentlichen Rechte sollten zu Unrecht fortan nicht mehr einen Ausfluß der inländischen Staatsangehörigkeit bilden, sondern dem unter der Bezeichnung „Saareinwohner" zusammengefaßten Personenkreis übertragen werden.

Nun liegt die Frage aber tatsächlich so, daß nach positiver Bestimmung des Friedensvertrages die wichtigsten politischen Rechte nicht an den Begriff der Staatsangehörigkeit geknüpft sind, sondern an die Eigenschaft als „habitant du territoire de la Sarre", z. B. das Wahlrecht für die Kommunen, Kreis- und Bezirkstage sowie zum Landesrat. Bei der Änderung von Gesetzen und der bestehenden Steuern sollen nach der Bestimmung des Friedensvertrages nicht die Angehörigen der oder jener Nationalität, sondern eben die „Saarbewohner" gehört werden. Ebenso werden die Interessen der „Saarbewohner", nicht aber der Deutschen, Franzosen usw. durch die Regierungskommission des Saargebietes (bezw. jetzt durch die französische Regierung) geschützt. (Vgl. § 21; 23 Abs. 2; 26 Abs. 3; 28 Abs. 2 der Anlage zu Art. 50 des Versailler Friedensvertrages).

Ergeben sich somit die wichtigsten politischen Rechte aus der Eigenschaft als Saareinwohner, nicht aber aus der Staatsangehörigkeit, so ist es ganz logisch, daraus zu folgern, daß alle Einwohner des Saargebietes, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, in staatsbürgerlicher Hinsicht gleich gestellt werden. Stimmt dies aber, so mußte der Begriff der „Saareinwohner" näher erläutert werden. Denn es ist klar, daß der, der heute seinen Wohnsitz in das Saargebiet verlegt, damit nicht schon unmittelbar auch alle staatsbürgerlichen Rechte, die mit der „Einwohnerschaft" im Saargebiet verbunden sind, erwerben kann. Zur Regelung solcher Zweifelsfragen waren die Verordnungen der Regierungskommission eine Notwendigkeit. Das hat auch der chinesische Vertreter im Völkerbundrate am 11. Januar 1922 in seinem Berichte anerkannt und mit Recht betont, daß sich der Besitz politischer Rechte aus der Eigenschaft als Saareinwohner und nicht aus der Eigenschaft als deutscher Staatsangehöriger ableite.

Ganz abgesehen von dem juristischen Moment sind wir aber auch aus politischen Gründen der Meinung, daß der Widerspruch der deutschen Regierung gegen die Verordnungen der Saarregierung nicht im deutschen Interesse liegt. Wenn 1935 im Saargebiete die Volksabstimmung stattfindet, ist wahlberechtigt jede Person männlichen oder weiblichen Geschlechts, die im Augenblicke der Unterzeichnung des Friedensvertrages ihren Wohnsitz im Saargebiete gehabt hat und im Augenblicke der Abstimmung über 20 Jahre alt ist. Wer gilt nun im Sinne dieser Bestimmung als Saareinwohner? Auch der Franzose, der vor Unterzeichnung des Friedensvertrages seinen Wohnsitz ins Saargebiet verlegt hat? Diese, für Frankreich günstige Auslegung kann nicht mehr verteidigt werden, wenn man sich auf den Standpunkt der Verordnungen der Regierungskommission über den Begriff der Saareinwohnerschaft stellt. Denn nach jenen Verordnungen gilt (mit geringen, hier nicht ins Gewicht fallenden Ausnahmen, nur derjenige als Saareinwohner, der einen mindestens sechsmonatlichen Aufenthalt im Saargebiet gehabt hat. Die nach dem Waffenstillstand eingewanderten Personen gelten also höchstens dann als Saareinwohner, wenn die Einwanderung nach dem 28. Dezember 1918 erfolgt ist. Sind sie nicht im Saargebiet geboren oder hatten sie nicht schon am 11. November 1918 ihr Domizil im Saargebiet, so ist sogar ein erheblich längerer, meist dreijähriger Wohnsitz zum Erwerbe der Eigenschaft als Saareinwohner erforderlich.

Der von der Regierungskommission festgelegte Begriff der Saareinwohnerschaft ist also dem deutschen Standpunkte für die Frage der Volksabstimmung günstig. Denn er erkennt eingewanderten Elementen den Begriff der Saareinwohnerschaft vor Ablauf einer längeren Frist nicht zu.

Natürlich darf man nun nicht sagen, der Begriff „Saareinwohnerschaft" sei in dem Sinne des einen Artikels keineswegs der gleiche wie in dem Sinne des anderen Artikels. Solche Advokatentüfteleien wird der Völkerbundrat, der der Gerechtigkeit dienen will, gewiß ablehnen. Es wäre übrigens natürlich, schon heute die Liste der zur Abstimmung Berechtigten nach klaren Grundsätzen aufzustellen. Bisher hat sich die Tätigkeit des Völkerbundrats in dieser Hinsicht auf Maßnahmen betr. den Schutz derjenigen Urkunden beschränkt, die das Abstimmungsrecht der Saareinwohner beweisen sollen. Je früher der Völkerbundrat zu allen Zweifelsfragen Stellung nimmt, umso mehr hat die Völkerrechtswissenschaft, die ihre Kritik nicht vom Standpunkte der Interessen des einzelnen Landes, sondern nach den Erfordernissen der Gerechtigkeit abzugeben hat, die Möglichkeit ruhiger Prüfung strittiger Probleme und der Beeinflussung der Welt im Sinne wahrhaft gerechter Entscheidung. Steht unmittelbar die Abstimmung bevor, so ist die öffentliche Meinung vielleicht zu erregt, um auf sachliche Einwände zu hören. Wg.

Eine Botschaft des Außenministers Benesch an den Kongreß der tschechoslovakischen Friedensvereine.

Auf dem dritten Kongreß der tschechoslovakischen Friedensvereine, der am 9. Dezember begann und zu dem Präsident Masaryk und die Regierung Vertreter entsandt hatten, wurde eine Botschaft des Außenministers Dr. Benesch zur Verlesung gebracht, die für ein Zusammenarbeiten der Nationen zugunsten des Weltfriedens eintritt.

In diesem Schriftstück heißt es nach einem Bericht der „Neuen Freien Presse": Diese Probleme können keiner vollkommenen politischen Lösung zugeführt werden, solange hierzu nicht der Boden durch ehrliche Kleinarbeit innerhalb der breiten Volksmassen vorbereitet wird. Der tschecho-slovakische Staat hat alle Ursache und erfüllt alle Voraussetzungen, um hier den Boden vorbereiten zu helfen. Seine Lage als kleiner mitteleuropäischer Staat zwingt ihn geradezu, seine Zukunft nicht in einer seinen Kräften unangemessenen Expansion zu suchen. Er muß jeden Streit mit seinen Nachbarn vermeiden und im Gegenteil trachten, seine Zukunft durch Friedenspolitik, durch freundnachbarliches Zusammenarbeiten und in Befolgung von Methoden und Prinzipien zu gewährleisten, die zu internationaler Harmonie führen.

Zur Liquidierung aller Folgen des Krieges und Herstellung des internationalen Einvernehmens sowie der Zusammenarbeit wird es jedoch eines genauen Programms bedürfen:

1. Der Gedanke einer Verständigung der Nationen muß zunächst in der politischen und kulturellen

Betätigung innerhalb unseres Staates bei der Lösung unserer Minderheitsprobleme gesucht werden. Meines Erachtens muß hierzu in vorderster Linie getrachtet werden, mit jener Mentalität völlig aufzuräumen, die wir als Erbe oder als eine Reflexwirkung des alten mit System germanisierenden und magyarisierenden Regimes aufzufassen haben. Der schrankenlose Nationalismus und Irredentismus sind der Schaffung einer friedlichen Atmosphäre und der Bodenbereitung für ein Zusammenwirken am hinderlichsten. Ihnen entgegenzuwirken ist die Hauptaufgabe der Friedensbetätigung und der Nationalitätenpolitik. Ansätze zu diesem Zusammenwirken sind schon zu bemerken. Vor allem dem heranwachsenden Geschlecht muß die Aufgabe zufallen, die Lehren aus der Geschichte der letzten Jahrzehnte zu ziehen und mit der Ideologie des Hasses, der Gewalt und des Despotismus jeder Art aufzuräumen.

2. Der Friedensaufgabe des Staates muß auch unsere auswärtige Politik genau so eifrig dienen, da es ihr obliegt, die Beziehungen zu den Nachbarstaaten günstig zu gestalten. Wir können hier auf eine fünfjährige Tradition hinweisen, die, wie ich glaube, den Friedensidealen nicht untreu geworden ist und die auch ein gutes Stück positiver Arbeit zum Abbau des Hasses und Mißtrauens unter den Nationen vollbracht, besonders im Rahmen Mitteleuropas zwischen den aus der alten Monarchie hervorgegangenen Staaten für ein wirtschaftliches und politisches Zusammenarbeiten viel beigetragen hat. Unsere politischen und wirtschaftlichen Verträge zeugen hierfür mit beredter Sprache, ebenso die Schiedsgerichtsverträge. Keinerlei unmoralische Expansionsbestrebungen und kein Haßgefühl bestimmen unsere Politik, die eine Friedenspolitik sein wird. Das zu erstrebende Endziel muß, dessen sind wir uns bewußt, die Zusammenarbeit aller europäischen Nationen und die Einigkeit der ganzen Menschheit sein, ein Ziel, das freilich nur etappenweise erreicht werden kann. Die Pazifizierung Mitteleuropas, zu der diese Politik schon wesentlich beigetragen hat und weiter beitragen will, wird als eine solche Etappe aufzufassen sein.

3. Schließlich ist noch die Aufgabe zu unterstreichen, die zur Erlangung des internationalen Friedens den Beziehungen der Tschecho-Slovakei zu den anderen Staaten zufällt. Ein bedeutungsvolles Zentrum solcher Beziehungen ist insbesondere der Völkerbund. Wir sind bei allen offiziellen und privaten internationalen Beziehungen gewiß nur eine kleine Nation, spielen jedoch keine bedeutungslose Rolle, wenn wir überall den Standpunkt der Demokratie, der Humanität und des Friedens ehrlich einnehmen, der unserem Denken, Fühlen und auch unseren Interessen entspricht. Europa benötigt zu seiner Wiederbelebung nach dem schrecklichen Kriege einigender und schöpferischer Ideen. Wir wollen den Ehrgeiz haben, uns dafür zu Hause und draußen einzusetzen. Soweit es in meinen Kräften steht, arbeite ich hierfür auf dem mir zugewiesenen Platze."

Victor Basch über die englischen Wahlen.

Victor Basch, der bekannte Professor an der Pariser Sorbonne, zugleich Vicepräsident der „Liga für Menschenrechte", der sich schon so große Verdienste um die deutsch-französische Verständigung erworben hat, schrieb am 9. Dezember in der „Ere Nouvelle":

„Die englischen Wahlen haben den Quai d'Orsay schwer überrascht und enttäuscht. Man hatte offen auf die Konservativen gesetzt, und um Baldwin's Chancen zu stärken, hatte Poincaré bei den letzten Verhandlungen einen unerwartet versöhnlichen Geist gezeigt. Er wollte lieber die Gefahr des Schutzzolls für Frankreich, als Lloyd George wieder an der Macht sehen.

Nun sieht sich Frankreich einem englischen Parlament gegenüber, in dem alle drei Parteien keine genügende Majorität haben und alle drei keine Koalition wollen. Welche Richtung muß dem gegenüber die französische Politik annehmen?

Zunächst muß sich unsere Regierung klar darüber sein, daß alle drei Parteien in Bezug auf die Außenpolitik Englands übereinstimmen. Zweifellos sind Nuancenunterschiede da zwischen Mac Donald, Asquith, Lord Grey, Lloyd George, Baldwin, Lord Derby und Lord Curzon. Bei den Konservativen sind wärmere Befürwörter der Entente. Aber in Wirklichkeit sind Konservative, Liberale und Arbeiterpartei über die Beziehungen zu Frankreich einig. Lloyd George hat Baldwin heftig vorgeworfen, die Entente mehr in Gefahr gebracht zu haben, als seine Regierung das je getan hat. Und Ramsay Macdonald hat klar die Notwendigkeit erkannt, daß die beiden großen westlichen Demokratieen gemeinsam ihre Grundsätze verteidigen müßten.

Wenn aber auch Konservative, Liberale und Arbeiterparteiler in ihrer Sympathie für Frankreich übereinstimmen, so sind sie sich auch einig darin, die Politik Poincaré's Deutschland gegenüber zu mißbilligen. Alle drei sind gegen die Ruhrbesetzung. Alle drei sind gegen die militärische Machtpolitik Frankreichs, die den europäischen Wiederaufbau verhindert. Alle drei glauben, daß die französische Politik zur Zerstörung der deutschen Wirtschaft und zur Zerstückelung Deutschlands führt. Und alle drei sind gegen ein „unabhängiges" Rheinland, das Frankreich die Kontrolle über Kohle, Eisen und Stahl des Kontinents ermöglicht und es zu einem wirtschaftlichen Rivalen Englands machen würde, wie das Deutsche Reich nie ein stärkerer gewesen ist.

Was für eine Politik kann also Poincaré machen? Er kann die paradoxe Lage Englands ausnützen, um seine bisherige Politik weiter zu treiben. Im Augenblick, wo wir dies schreiben, mag es scheinen, daß eine konservative Regierung zunächst bleiben wird. Eine solche Regierung entbehrte natürlich jeglicher Autorität und würde sich jeder entschiedenen Außenpolitik enthalten. Frankreich hätte also so lange freie Hand und Poincaré könnte in aller Ruhe den Rheinstaat schaffen, der aus den krampfartigen Zuckungen Deutschlands hervorkommen wird.

Aber das wäre eine sehr abenteuerliche Politik. Wie schwach auch eine englische Regierung sein wird, einem Rheinstaat werden sich alle drei Parteien widersetzen. Die Wahlen haben die Stellung zu Frankreich nicht geändert, die grundsätzliche Trennung von der französischen Politik bleibt und muß zu einem Nachgeben Frankreichs oder zum Bruch führen.

Die englische Stellung wird durch die Stellung der Vereinigten Staaten gestärkt. Die Vereinigten Staaten geben zwar auch ihrer Sympathie für Frankreich Ausdruck, aber sie sind noch mehr gegen jede Machtpolitik und Zerstückelung Deutschlands. Wer die biblische Prosa der Botschaft von Coolidge an den Kongreß richtig versteht, der zweifelt nicht an den Gefühlen und Absichten der großen amerikanischen Republik. Man will einen ehrenhaften Frieden zwischen Frankreich und Deutschland.

Eine große Welle des Mitleids mit Deutschland durchzieht Amerika. Generalmajor Allen, der frühere Kommandant der amerikanischen Rheinarmee, hat feierlich erklärt, „Amerika mache keinen Krieg gegen

Kinder" und stellte sich an die Spitze einer großen Hilfsaktion für Deutschland. Die Quäker haben festgestellt, daß diesen Winter 20 Millionen Deutsche nicht genug verdienen, um sich zu ernähren und zu heizen. Im Augenblick sind 7 Millionen Kinder von Hunger bedroht. Es gibt keine Milch für die Kleinen. Die Kindersterblichkeit ist in den letzten drei Monaten 21 mal größer gewesen, als im vergangenen Jahr, obwohl die Geburtenziffer in Berlin z. B. um 30 % gestiegen ist. Die Quäker wollen 2 Millionen Kindern sofort helfen und verlangen von der Öffentlichkeit zu diesem Zweck 10 Millionen Dollar.

Wie muß also, so frage ich noch einmal, gegenüber dieser Einstellung in England und Amerika die französische Politik sein? Und ich antworte, daß noch mehr als vor den englischen Wahlen unsere Politik nur eine versöhnliche sein kann. Es ist unmöglich, daß dieser großen Welle des Mitleids gegenüber Frankreich allein unversöhnlich bleibt und dem tötlich zuckenden Deutschland noch Stücke zu entreißen sucht. Frankreich muß die Sachverständigenzusammenkunft benutzen, um mit England und Amerika zu einem Einvernehmen zu kommen. Frankreich muß seine eigenen Interessen mit einem Gefühl für Menschlichkeit verbinden. Frankreich muß seinen Platz, der ihm unter den Demokratieen gebührt, wieder einnehmen."

Die französischen Freimaurer gegen Poincaré und Millerand.

Einen höchst bemerkenswerten Trinkspruch, der sicherlich von nicht zu unterschätzender symptomatischer Bedeutung ist, hielt kürlich der Vertreter des „Grand Orient" bei einem Fest der französischen Freimaurerlogen. Er führte wörtlich aus: „Nach dem Ordensgesetze bin ich verpflichtet, einen Trinkspruch auf das Vaterland und die Regierung auszubringen, eine Aufgabe, die mir durchaus nicht angenehm ist. Mit den Zuständen im heutigen Frankreich sind wir wohl alle nicht einverstanden, sicherlich aber können wir auf ein Vaterland trinken, wie es durch die Revolution erstanden: ein Hort der Geistesfreiheit, eine Nation die Recht, Gerechtigkeit und Solidarität Aller auf ihre Fahnen geschrieben hatte, auf ein Volk, daß Klugheit mit Großherzigkeit vereinigte. Auf jenes Frankreich können wir anstoßen. Was wollen wir aber von einer Regierung sagen, die durch ihr unversöhnliches Verhalten die Welt nicht zur Ruhe kommen läßt? Ist es nicht Verrücktheit, im Frieden in das Gebiet eines Nachbarvolkes einzudringen? Ein solches Vorgehen, das Besiegte und Sieger in gleicher Weise zugrunde richtet, ist ein Verbrechen. Millerand, Poincaré und der Bloc National verhindern die Verständigung mit Deutschland, die wir so sehr wünschen. Sie verhetzen das Volk und täuschen es. Wenn ich also auf die Regierung trinken soll, so sei es in dem Sinne, daß diese traurige Regierung bald verschwinden möge.". Der Bericht verzeichnet hierauf „stürmischen langanhaltenden Beifall".

Eine Rede Wilsons.

Wie der Berner „Bund" berichtet, hat Expräsident Wilson sich Mitte November zum erstenmal seit dem Verlassen des Weißen Hauses direkt an das amerikanische Volk gewandt. Er erklärte, die Haltung Amerikas nach dem großen Krieg sei unfein, feige und entehrend gewesen. Anderseits kritisierte er auch die Politik Frankreichs und Italiens. Die Vereinigten Staaten müßten aufhören, sich ausschließlich nur mit ihren eigenen Interessen zu befassen, und eine von den höchsten Idealen geleitete Außenpolitik treiben.

Wilson schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Nachdem wir um den Preis so vieler Opfer den Sieg errungen haben, zogen wir uns in eine selbstsüchtige Isolierung zurück, kehrten wir unsern frühern Verbündeten den Rücken und weigerten wir uns, an der Verwirklichung des Friedens mitzuarbeiten. Wir werden unvermeidlich durch die sittlichen Verpflichtungen der Prinzipien der Freiheit und der Ehre gezwungen werden, diesen fatalen Irrtum wieder gutzumachen. Die internationalen Beziehungen befinden sich in einem gefährlichen Wirrwar. Der gegenwärtige Stand der Weltangelegenheiten bietet glücklicherweise den Vereinigten Staaten die Gelegenheit, die Gefahr zu beheben."

Wilson schloß mit den Worten: „Ich zweifle nicht im geringsten daran, daß die Grundsätze, für die ich mich eingesetzt habe, obsiegen werden. Ich habe gesehen, wie Irrsinnige der göttlichen Vorsehung sich widersetzten und ich habe gesehen, wie diese zerschmettert wurden. Wir werden auch sehen, wie die Irrsinnigen von heute zerschmettert werden und mehr noch, wie sie der Verachtung anheimfallen werden. So wahr es einen Gott gibt, werden wir triumphieren."

Die Kodifikation der Kriegsächtung.

Die amerikanische Kriegsächtung-Bewegung, auf deren Panier die Devise „Gesetz, nicht Krieg" steht, bildet den Gegenstand immer neuer Diskussionen. Man bleibt nicht bei Allgemeinheiten stehen, sondern ist bemüht, sich das Wie der Realisierung der Idee klar zu machen und die wirksamsten Mittel zur Betätigung dieser pazifistischen Tendenz zu finden. So beschäftigt auch die Frage nach dem Kodex, auf den sich das neue Völkerrecht stützen soll, die Geister. In der Zeitschrift „The New Republik" (24. Oktober 1923) nimmt nun auch der hervorragende Gelehrte John Dewey Stellung zu dieser Frage. Die Schwierigkeiten, die manche in der Kodifizierung des vom Schiedsgericht anzuwendenden Rechtes finden, sind nach ihm nicht so groß, als es auf den ersten Blick erscheint, sie sind wesentlich technischer Art und können ruhig den Juristen zur Bewältigung überlassen werden. Es muß nur Eines beachtet werden: Die bewußten Zwecke der modernen Kriege waren niemals mit ihren wirklichen Ursachen identisch. Stets handelte es sich dabei um ökonomische Motive und um Konflikte, die im Gefolge derselben entstanden. Solange es keinen Weltschiedsgerichtshof gibt, kann man die rein wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen unter der Maske ideologischer Tendenzen verstecken. Ist aber der Krieg geächtet, dann fallen die Schwierigkeiten fort, die sich aus der Beurteilung nach Gesichtspunkten der Ehre, das Prestige usw. ergeben können. Der Gerichtshof hat nur wirtschaftliche Konflikte zu schlichten, und da diese ohne offenbare Heuchelei nicht mehr durch „ideale Motive" verdeckt werden können, so würde die Ausarbeitung eines internationalen Rechtskodex prinzipielle Schwierigkeiten nicht aufweisen. Prestigefragen, die jetzt noch, da der Krieg als etwas Rechtmäßiges gilt, von hoher Bedeutung sind, werden nach der Ächtung des Krieges rasch verschwinden, ausgenommen bei einem Volke, welches durch eine verbrecherische Handlung der Gerichtsentscheidung und der öffentlichen Meinung der ganzen Welt Trotz bietet. Die Kriegsächtung will keineswegs die den wirtschaftlichen

Interessen dienenden politischen Maßnahmen und Verhandlungen zwischen den Völkern aufheben; sie sollen aber ihren anarchistischen Charakter verlieren und eine gesetzliche Basis erhalten. E.

Der nächste Weltkongreß der Internationalen Frauenliga.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, die während des Krieges gegründet wurde und ihre bisherigen Kongresse im Haag, in Zürich, Wien und im Dezember 1922 wiederum im Haag abhielt, hat die Einladung erhalten, ihren nächsten Kongreß im Mai 1924 in Washington zu halten. Die Sektionen der Liga in 21 Ländern und deren korrespondierende Mitglieder in 13 Ländern treffen bereits Anstalten für den Kongreß und für die Vertretung aller Sektionen bei demselben.

Internationaler Gewerkschaftskongreß 1924.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, den im Jahre 1924 fälligen Internationalen Gewerkschaftskongreß vom 2.—7. Juni in Wien abzuhalten. Einen Hauptpunkt der Tagesordnung bildet: Der internationale Kampf gegen Krieg und Militarismus.

Internationale Kundgebung gegen Krieg und Kriegsrüstungen.

Im Jahre 1924 werden zehn Jahre seit dem Ausbruch des Weltkrieges verflossen sein. Aus diesem Grunde hat der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschlossen, am dritten Sonntag im September, d. i. am 21. September 1924, in allen Ländern große Kundgebungen gegen Krieg und Kriegsrüstungen zu veranstalten.

Pazifistische Internationale der Lehrer.

Am 27. und 28. Oktober 1923 tagte zu Osnabrück in Westfalen, unter dem Vorsitze des Sekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes Sassenbach, eine Internationale Lehrer-Konferenz. Nachdem die internationalen Beziehungen der Lehrer durch den Krieg und die Folgezeit in allen Ländern zerstörte, erscheint es in dieser Zeit der Krise Europas dringend geboten, diese Beziehungen erneut anzuknüpfen und auf eine neue Grundlage zu stellen.

Das von der Osnabrücker-Konferenz eingesetzte Lehrerkomitee — Mitglieder: Adams (Deutschland), Lassuigg (Österreich), Nordhoff (Holland), Peters (Belgien), Postumus (Holland) — arbeitete folgende Leitsätze aus:

1. Die Internationale Lehrer-Vereinigung will die verschiedenen Lehrerverbände aller Länder in eine starke, kampffesttüchtige und zielbewußte internationale Organisation zusammenschließen.

2. Die Internationale Lehrer-Vereinigung steht auf dem Boden unbedingter und tatkräftigster Solidarität mit den Lehrern aller Länder, wie mit allen im wirtschaftlichen Kampfe stehenden Arbeitenden und erkennt die geltenden internationalen gewerkschaftlichen Grundsätze an.

3. Sie will nicht nur mit den Arbeitenden aller Länder den Kampf der internationalen Lehrerverbände für die Verbesserung der Lage der Lehrer innerhalb Schule und Staat entschieden unterstützen, sondern sich mit ihnen gemeinsam einsetzen für eine Erziehung und einen Unterricht im Geiste eines unbedingten Fortschrittes, um durch eine eingehende Veränderung des Schul- und Erziehungswesens in den verschiedenen Ländern die Idee des Friedens und der Verbrüderung der Völker zu fördern. In diesem Bestreben will sie so weit wie möglich zusammenwirken mit allen bestehenden Organisationen, auch mit nicht-Lehrerverbänden, die dem gleichen Ziele zustreben.

Das Komitee erließ einen Aufruf an sämtliche Lehrerorganisationen der Welt zur Teilnahme an der Internationalen Lehrer-Konferenz zu Leipzig am 16. und 17. April 1924.

Anfragen sind an den Internationalen Gewerkschaftsbund, Amsterdam, Vondelstraat 61 zu richten. (I. G. B.)

Konzentrierung der pazifistischen Kräfte.

Am 1. und 2. Dezember 1923 fand in Paris eine Konferenz von Vertretern aller großen pazifistischen Organisationen statt. Die Versammlung prüfte die Mittel und Wege zur Konzentrierung der zerstreuten Kräfte in der Führung einer energischeren und wirksameren Friedenskampagne. Auch der Internationale Gewerkschaftsbund war auf der Zusammenkunft vertreten. Das Resultat der Besprechungen war die Gründung einer Internationalen Zentralstelle, der die Aufgabe obliegt, die Zusammenarbeit der verschiedenen angeschlossenen Organisationen in der Verfolgung des gemeinsamen Zieles zu fördern.

Die neugegründete Instanz wird folgenden Programmpunkten ihre besondere Aufmerksamkeit schenken:

a) Genaue Abgrenzung des Arbeitsgebietes der einzelnen angeschlossenen Organisationen, um doppelte Arbeit und Verschwendung der Kräfte zu vermeiden.
b) Organisierung von gemeinsamen Propaganda-Kampagnen;
c) Förderung gemeinsamer Aktionen bei Ereignissen, die dazu angetan sind, die internationale Sicherheit der Völker zu gefährden;
d) Sicherung einer fortgesetzten Zusammenarbeit zwecks Konsolidierung und Ausbau des Völkerbundes;
e) Beschaffung der Mittel zur Förderung des internationalen Geistes (besonders unter der Jugend aller Länder) durch die Presse und auf dem Wege des Unterrichts in allen Klassen.
f) Zuteilung des Studiums von anerkannt universellen Problemen an die verschiedenen angeschlossenen Organisationen in Übereinstimmung mit ihren Kompetenzen. (I. G. B.)

Institut für Internationale Beziehungen.

Die ausgezeichnete von Lida Gustava Heymann und Dr. Anita Augsburg in München herausgegebene pazifistische Monatsschrift „Die Frau im Staat" meldet:

Die Internationale Kulturliga, der Versöhnungsbund und die Tschechische Friedensvereinigung wollen in Prag ein Institut für internationale Beziehungen schaffen; es hat den Zweck, Kenntnis von Leben, Sprache und Kultur anderer Völker zu verbreiten. Es sollen Hochschulkurse, Sprachkurse, Vorträge, Reisen in's Ausland veranstaltet, Büchereien, Lesehallen eingerichtet werden. Auskunfterteilung, Vermittlung von Studentenaustausch, Korrespondenz usw. ist vorgesehen. Man glaubt, daß gerade Prag als Zentrum slawischen Lebens, als wichtiger Berührungspunkt slawischer und deutscher Kultur günstig gelegen ist. Alle Anfragen sind zu richten an: H. Tutsch, Prag II., Jecnà 1.

Eine Abrüstungsdebatte im englischen Unterhaus.

In der Flugschriften-Reihe der „International Conciliation" (Nr. 191, Oktober 1923) ist der Bericht über die am 23. Juli 1923 stattgehabte Ab-

rüstungsdebatte im Unterhaus abgedruckt. Aus diesem für die Geschichte der Friedensbewegung wichtigen Dokument ersieht man, mit welchem Eifer und Ernst Fragen, welche die vitalsten Interessen der Menschheit berühren, im britischen Parlament behandelt werden. Wenn auch der Abrüstungsantrag Ramsay Mac Donald's keine Majorität fand, (169 Stimmen waren dafür, 286 dagegen), so brachten doch auch viele oppositionelle Redner (O'Neill, Asquith, Fisher u. a.) deutlich zum Ausdruck, daß sie die Gefahren des Militarismus, der Kriegsvorbereitungen ohne Einschränkung anerkennen und daß sie es für unbedingt wünschenswert halten, auf irgend eine Weise dem Ziele der Abrüstung und Völkerverständigung näher zu kommen. Während Ramsay Mac Donald, der ausgezeichnete Führer der Arbeiterpartei, sich kräftig und entschieden gegen die Ausgaben für Kriegsrüstungszwecke, durch welche den kulturellen Erfordernissen so viel Abbruch getan wird, wendet, auf die Gefahren der militärischen Vorbereitungen hinweist und die Furchtbarkeit eines künftigen Krieges, der zu einer militärischen Hegemonie führen wird, schildert und die Regierung zur Einberufung einer internationalen Abrüstungs-Konferenz auffordert, betonen die Opponenten die Notwendigkeit, für die nationale Sicherheit zu sorgen, solange die durch den Krieg entstandenen Verhältnisse nicht konsolidiert sind, wobei aber viele Redner dafür eintreten, dem Völkerbund die Anbahnung einer pazifistisch gerichteten Politik zu überlassen. Das gewissenhafteste Studium der kleinen überaus instruktiven Schrift sei den führenden Politikern der ganzen Welt auf das dringendste empfohlen!

Eine schwere Niederlage des Militarismus in Holland.

Am 26. Oktober wurde in der zweiten Kammer das neue Flottengesetz mit 50 gegen 49 Stimmen verworfen. Es sah eine einmalige Ausgabe von 300 Millionen Gulden für die Schaffung einer Flotte für den Schutz von Holländisch-Indien vor. Vor einigen Monaten wurde durch die sozialdemokratische Partei und den dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaftsbünden eine großzügige Propaganda gegen die Annahme des Gesetzes eingeleitet, u. a. wurde dem Präsidenten der zweiten Kammer eine mit 1 130 000 Unterschriften versehene Petition gegen das Gesetz überreicht. Der Erlolg dieser Propaganda ist somit eine Niederlage der holländischen Flottenfreunde und der unerwartete Sturz der klerikalen Regierung. Letztere ist freilich im Januar 24 wieder ans Ruder gelangt. Man darf gespannt sein, ob sie das Gesetz erneut einbringen wird.

Die Internationale der Kriegsdienstgegner.

Die in den verschiedenen Ländern bestehenden Gruppen der absoluten Kriegsdienstgegner haben jetzt eine Zentralstelle in einer „Internationalen" (War resisters international, oder W. R. I., London), welche von Zeit zu Zeit Bulletins herausgibt. Das Motto dieser Organisation lautet: „Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Wir sind entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und für die Beseitigung aller seiner Ursachen zu kämpfen." Die „Internationale" versucht, zwischen den antimilitaristischen Gruppen aller Länder einen wirksamen Kontakt herzustellen und aufrecht zu erhalten, ohne ihnen Vorschriften zu erteilen oder sie zu kontrollieren. Ihre Methode ist, „Informationen über die Verhältnisse und die Arbeit jeder Gruppe einzuziehen und so weiterzugeben, daß sie für die Bewegung praktisch anwendbar werden". Außer Flugblättern und Broschüren plant die Organisation die Veröffentlichung eines internationalen Handbuchs, dessen Herausgabe Dr. Franz Kobler (Wien) übernommen hat. — Ein Beweis für die wachsende Kraft der antimilitaristischen Bewegung (1921 von Bilthoven in Holland ausgehend) ist die Tatsache, daß in verschiedenen Staaten Gesetze, die anstelle der Militärdienstpflicht einen Alternativ-Dienst (Ersatzleistung) vorsehen, in Kraft sind oder vorbereitet werden. E.

Nie wieder Wehrpflicht.

Unter dieser Überschrift versendet der „Bund der Kriegsdienstgegner in Oesterreich" (Sekretariat: Wien IV, Starhemberggasse 47) folgenden Aufruf:

„Arbeitende Männer und Frauen, habt ihr schon vergessen, was die allgemeine Wehrpflicht bedeutet?

Jeder hoffnungsvolle junge Mann mußte gerade im Augenblick, als er zu verdienen begann, seine nützliche Arbeit stehen lassen und drei Jahre lang im Kasernenhof müßig herumlungern oder von brutalen Leuteschindern und Vorgesetzten geplagt werden. Es gab kein Entrinnen vor den Fangarmen des Militarismus, jeder mußte ihm dienen, und weil das Menschenmaterial reichlich vorhanden war, wurde es billig — billiger als das Vieh, und wurde auch danach behandelt.

Soldatenmißhandlungen waren auf der Tagesordnung und Soldatenselbstmorde gehörten zu den Alltäglichkeiten. Wißt ihr noch, wie oft ein Soldat niedergesäbelt und getötet wurde, weil er nicht vorschriftsmäßig gegrüßt hatte? Wißt ihr noch, wie reife, erfahrene Männer vor jungen Bürschchen in Offiziersuniform zitterten? Wie auch schwere Krankheit keinen Anlaß bildete, um die Schonung zu erlangen, die jedem Tier gewährt wird und wie die Wehrlosigkeit des Einzelnen gegenüber dem bürokratischen Apparat des Militärs ihn zwang, die menschenunwürdigste Beschimpfung und Erniedrigung zu ertragen? Wißt ihr auch noch, wie der Geist der Knechtseligkeit sich überall in der ganzen Bevölkerung verbreitete, wie der brutale Ton des Kasernenhofes in jedem Amt, in jeder Schule zu hören war, und wie die Menschen schon ganz vergessen hatten, was Freiheit und Brüderlichkeit bedeuten?

Sagt uns nicht, daß es gerecht war, denn nirgends gab es mehr Kastengeist als beim Militär und mit Geld war alles zu richten.

Macht nicht geltend, daß die Disziplin nützlich war, denn sie war nichts als äußerlicher Drill, heuchlerische Tünche, die über Pflichtvergessenheit gebreitet wurde.

Glaubt auch nicht, daß ein gewisser Grad von Bildung durch den Militärdienst verbreitet wurde, denn hätte man mit dem Geld, das auf das Militär verwendet wurde, Schulen gebaut, so wäre unendlich wertvolleres Wissen unter das Volk gebracht worden.

Nicht einmal vom militärischen Gesichtspunkt aus, läßt sich die allgemeine Wehrpflicht verteidigen, denn im Weltkrieg haben gerade jene Völker gesiegt, die sie nicht vorher eingeführt hatten.

Die Wehrpflicht ist ein solches Übel, daß auch Staatsmänner, die den Krieg für notwendig halten, sich energisch gegen den Dienstzwang ausgesprochen haben, (z. B. der dänische Landesverteidigungsminister Dr. Munch) und die alternative Zivildienstpflicht für Dienstverweigerer vorschlugen.

Aber die allgemeine Dienstpflicht ist doch heute nicht mehr aktuell?

Wiegt euch nur nicht in dem Wahn, daß sie endgiltig abgeschafft ist. Nur dem Frieden von Saint Germain haben wir es zu verdanken, daß sie bei uns nicht eingeführt werden darf. Aber als die westungarische Krise Österreich beunruhigte, waren alle Parteien schon einig, daß sie eine Miliz einführen wollten, und was ist die Miliz anderes als die allgemeine Wehrpflicht? Sie würde wieder den friedlichen Bürger und Arbeiter zwingen, zu den Waffen zu greifen und sich der Willkür und dem Despotismus des Militärs zu fügen. Damals hat der Völkerbund Österreich vor der Militarisierung gerettet, indem er die Einführung der Miliz verbot. Aber wenn die Frage wieder auftaucht, wie das jeden Augenblick geschehen kann, dann müßt Ihr euch selbst wehren. Arbeitende Männer und Frauen, begreift, welche Sklaverei man euch aufzwingen will und rufet: „Nie wieder Wehrpflicht!"

Intelligenzprüfung der Kriegsdienstverweigerer.

Ein sehr interessantes Resultat haben die Intelligenzprüfungen in der amerikanischen Armee zutage gefördert. Darüber berichtet E. L. Lincoln in der amerikanischen Zeitschrift „The Nation" (7. November 1923). Es hat sich gezeigt, daß die Anzahl der höher Begabten nur 4,1 bis 8% beträgt. Viel günstiger steht es aber um die Intelligenz und Bildung der antimilitaristisch Gesinnten, der Kriegsdienstverweigerer. Was die geistigen Fähigkeiten anlangt, gehören unter ihnen zu den zwei höchsten Begabungsklassen (A und B): 12.8 % (A) und 15.1 % (B) der religiösen, 39.3 % (A) und 13.2 % (B) der politischen Kriegsgegner. Auch in der Vorbildung übertreffen die Antimilitaristen die anderen Heeresmitglieder: die doppelte Anzahl hat Mittel- und Hochschulbildung. Wenn man nun die Klage hört, die Prüfungsergebnisse hätten dargetan, daß wenig Aussicht auf künftige führende und leitende Persönlichkeiten bestehe, so erwidert E. L. Lincoln: „Es sind ihrer genug da, aber es sind oft die intelligentesten, charaktervollsten, idealistisch gesinnten Männer, die man verfolgt, einsperrt, niederhält, während andere, die für die Gesellschaft oft weit weniger nützlich sind, oder gar die soziale Entwicklung ungünstig beeinflussen, zu Macht und Einfluß gelangen. Nicht in der Mittelmäßigkeit der Massen liegt eine Gefahr für die Zivilisation, sondern in der Führerschaft selbstsüchtiger und in der Ausschaltung der sozial und kulturell wertvollsten Persönlichkeiten." E.

Die Antikriegs-Losung ein Staatsverbrechen.

Nach den Berichten des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde in Frankreich eine Gemeinde des Departements Yonne, die auf einem Kriegerdenkmal die Worte „Krieg dem Kriege" anbringen ließ, vom Präfekten angewiesen, die Inschrift binnen acht Tagen zu entfernen. Der Gemeinderat beschloß jedoch einstimmig, diesen Befehl nicht auszuführen. Dies hatte zur Folge, daß der Bürgermeister der Gemeinde vor Gericht zitiert wurde. Die Verhandlungen haben nun vor einigen Tagen stattgefunden. Der Bürgermeister wurde zu einer Geldstrafe verurteilt und die Verfügung über die Entfernung der Inschrift ist erneuert worden. „Krieg dem Kriege" wird von der Regierung des Herrn Poincaré als aufrührerische Losung betrachtet, d. h. von derselben Regierung, die erst kürzlich wieder bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals für die gefallenen Schüler der „Ecole Normale" bei Anwesenheit Millerands und Poincaré unter „eindrucksvoller Stille" ihren Vertreter sagen ließ: „Wir wollen darnach streben, die Reinheit, die hohe Bestimmung und die schönen Eigenschaften des erhabenen Frankreich aufrechtzuerhalten".

Nach Fällung des Urteils gab der Bürgermeister von Gy l'Evêque folgende Erklärung ab: „Ich bin der Überzeugung, daß „Krieg dem Kriege" keine aufrührerische Inschrift ist. Ich protestiere gegen das Urteil, das die Beseitigung der Inschrift verlangt. Denn auf vielen Kriegerdenkmälern ist das Zeichen des Kreuzes angebracht und niemand hat bis jetzt den Befehl gegeben, dasselbe zu entfernen."

Frederic Soddy über die „Umkehrung der Wissenschaft".

Professor Frederic Soddy, der berühmte Chemiker, der es unter Hinweis auf seine entschiedene Kriegsgegnerschaft energisch abgelehnt hat, sich mit der Giftgaschemie zu befassen, hielt in Glasgow einen Vortrag über die „Umkehrung (Inversion) der Wissenschaft", der auszugsweise in der Zeitschrift „Foreign Affairs" (Nr. 6, Dezember 1923) erschienen ist. Von besonderem Interesse für die Friedensfreunde ist das, was Soddy über den Krieg und dessen Ursache sagt:

„Die wunderbaren Erfindungen und Entdeckungen, welche die Wissenschaft in den letzten zwei Jahrhunderten zu verzeichnen hat, hätte Überfluß schaffen und Mangel beheben sollen. Das Gegenteil ist eingetroffen. . . . Großartige Entdeckungen haben Übel gezeitigt. Die gewaltigen Naturkräfte, welche die Wissenschaft in Dienst genommen hat, werden nicht zum Aufbau einer unserer geistigen und materiellen Größe würdigen Kultur, sondern zu deren Zerrüttung und Zerstörung verwendet. . . .

Den Krieg betrachte ich als die natürliche und unvermeidliche Konsequenz derselben Inversion der Wissenschaft, als einen Versuch, durch barbarische und gewaltsame Mittel einer unerträglichen und unnatürlichen Lebensweise zu entrinnen. Hinter den anderen Ursachen der Kriege im Zeitalter des Mangels wirkten oft reale und unwiderstehliche ökonomische Ursachen, und unsere Vorfahren plünderten ihre Nachbarn unter dem Drucke des Hungers und im Wettbewerb um die kargen Mittel des Lebens. Sie kämpften für das, was sie nach Hause bringen konnten. In den Kriegen um Märkte und um einen "Platz an der Sonne" aber kämpfen wir für das Vorrecht, unseren Reichtum hinauszusenden. Die Kriege unserer Vorfahren endeten schnell durch bloße Erschöpfung, aber die Kriege zwischen industrialisierten Völkern sind so schrecklich und langdauernd eben wegen der Ursache, der sie entspringen: der Fähigkeit, weit über das Maß des Weltkonsums zu produzieren, und der Unmöglichkeit, die Waren abzusetzen. So ist die Grundursache des Krieges dieselbe, wie die der Arbeitslosigkeit und Armut unserer Zeit. Was die eine beseitigen wird, das wird auch die andere beheben, aber ohne das Ganze gibt es keine Lösung eines Teiles des Problems. Förderung gegenseitigen Verständnisses zwischen den Völkern, Begründung von Körperschaften gleich dem Völkerbunde, internationale Arbeitervereinigungen, ethische und geistige Bewegungen oder alle anderen, welche den physischen Faktor vernachlässigen und das Problem der Reichtumsverteilung nicht erfassen, müssen versagen. Die Frage wird gelöst werden entweder durch eine Liga völkerbeherrschender Finanzleute oder durch eine Liga von finanzbeherrschenden Nationen." F.

Wie viel hat Deutschland bezahlt?

In „The New Republic" (7. November 1923) ist I. M. Keynes bemüht, die Frage, wieviel

Deutschland bisher für Reparationen bezahlt hat, einwandfrei zu beantworten. Er zeigt, daß die Ausgaben, die Deutschland zu seiner Entlastung gemacht hat, den von der Reparationskommission gebuchten Betrag erheblich übersteigen, was zum Teil in der verschiedenen Bewertung von abgelieferten Sachgütern seinen Grund hat. Der gutgeschriebenen Summe von 241 Millionen Pfund steht die deutsche Schätzung auf 790 Millionen Pfund gegenüber, weil die deutsche Regierung die Güter nach ihrem Werte für die Deutschen schätzt, während die Reparationskommission berechnet, was sie für die Alliierten wert sind. Alles in allem hat, nach Keynes, Deutschland bisher gegen 1300 Millionen ausgegeben, welche Ziffer mit der von Moulton und Mc Guire (Germany's capacity to pay) berechneten Zahl von 1290 Millionen sich deckt, wenn berücksichtigt wird, daß die Autoren nur bis zum 30. September 1922 gezählt haben. Ein Vergleich der deutschen Verhältnisse im Jahre 1919 mit jenen Frankreichs im Jahre 1871 ergibt, daß die Zahlung einer Milliarde Pfund eine Belastung bedeutet, die mehr als doppelt so groß ist als die Belastung Frankreichs nach dem deutsch-französischen Kriege durch die Zahlung von 200 Millionen Pfund. „Bedenkt man, daß Deutschland einen so furchtbaren vierjährigen Krieg hinter sich und den größten Teil seiner auswärtigen Besitzungen eingebüßt hat, was damals bei Frankreich nicht der Fall war, so liegt es auf der Hand, daß Deutschlands Zahlungsanstrengungen um ein Gewaltiges mehr bedeuten als das Aequivalent der französischen Entschädigung!" E.

„Pazifismus als Maske."

Das ausgezeichnete pazifistische Organ, die reichhaltige von Dr. Erich Schairer in Heilbronn herausgegebene „Sonntags-Zeitung" brachte kürzlich eine sehr gelungene satyrische Antwort von Otto Lehmann-Rußbüldt auf einem im „Rheinischen Beobachter" unter dem Titel „Pazifismus als Maske" erschienenen Aufsatz. In diesem sucht ein anonymer Verfasser, der sich Cincinnatus nennt, zu zeigen, daß sich die modernen imperialistischen Mächte jetzt mit Vorliebe der Maske des Pazifismus bedienen, und führt im Anschluß daran aus, daß kein Land dies so gut verstände, als das Frankreich Poincarés. Dieser Anklage gegenüber wirft Lehmann-Rußbüldt die Frage auf, warum die französische Politik dies tue, und besonders, warum sie es mit so großem Erfolge tun könne, warum ihr dabei vor allem so lange ein unzweifelhafter Erfolg bei ihrem eigenem Volk beschieden gewesen sei. Lehmann-Rußbüldt führt aus: „Warum? Nun ganz einfach, weil man mit solchen „Redensarten" in der ganzen Welt und auch im französischen Volk Eindruck macht; bloß im deutschen Volke nicht. Alles was nach „Friedensdusel" riecht, ist in Deutschland zu verfehmt, als daß sich damit politische „Bauernfängerei" treiben ließe. In Deutschland treibt man diese politische Bauernfängerei mit dem Gegenteil, nämlich mit der Romantik des frisch-fröhlichen Krieges, mit seinen blumengeschmückten Kriegern, seinen wehenden Fahnen, seiner schmetternden Musik und dem Heldentod. Obgleich jeder gebildete Laie weiß, daß für das Gelingen des wirklich modernen Krieges diese Attribute des Kriegertums einer vergangenen Zeit geradezu verderblich sind."

Und er kommt zu dem Schluß: „Hätten die Deutschen nach ihrem Zusammenbruch 1918 aus der Not eine Tugend gemacht und die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Friedens, die sicherlich ungerecht und einseitig waren, restlos durchgeführt, ja hätten sie darüber hinaus auch einmal die Maske des Pazifismus so täuschend vorgelegt, daß sie sogar auf das 100 000 Mann-Heer verzichtet hätten, weil man damit weder Krieg noch Frieden machen kann, so würde Deutschland damit die Welt moralisch besiegt haben. Denn die Tatsache einer solchen energischen geistigen und technischen Entmilitarisierung hätte die französische Kriegspropaganda ihrem Volk und der Welt nicht länger verschweigen können, und schon nach sechs Monaten wären die wohltätigen Wirkungen der Einleitung einer allgemeine Abrüstung zu spüren gewesen, sowohl in psychologischer wie in finanzieller Beziehung. Aber solche Ausblicke werden heute noch so verlacht wie vor 25 Jahren die Beschäftigung mit dem Problem der Beherrschung der Luft. Ob Europa in den weiteren 25 Jahren zu der Beherrschung der Luft auch noch die Beherrschung der internationalen Organisation der kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse erreicht, kann man nicht prophezeihen. Aber das eine kann man prophezeihen, daß, wenn das nicht geschieht, Europa von Katastrophen heimgesucht sein wird, die seine Kultur wie die Assyriens, Aegyptens und Vorderasiens auf den Schutthaufen der Geschichte werfen werden."

Eine neue pazifistische Wochenschrift.

Die bisherige Monatsschrift „Der Pazifist", Das andere Deutschland, erscheint ab 1. Januar als Wochenschrift unter ständiger Mitarbeit von Heinrich Ströbel und einem Wirtschaftler von Ruf.

Als regelmäßige Mitarbeiter wurden u. A. gewonnen: Prof. Dr. Fr. W. Foerster, Hans Schwann, Dr. h. c. Generalmajor Frhr. v. Schoenaich.

Die neue Wochenschrift, von der man sich das Beste erwarten darf, sei allen unseren Lesern aufs Wärmste empfohlen.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. (Probenummer gegen Voreinsendung von 15 Pfg. an den Verlag Hagen i. W., Bergstr. 24.)

Zum 70. Geburtstag Leopold Katschers.

Am 30. August 1923 ist Leopold Katscher, einer der Pioniere des Pazifismus aus der Zeit der Suttner, 70 Jahre alt geworden. Katscher ist durch zahlreiche literarische Arbeiten auf dem Gebiete des Pazifismus bekannt geworden. Schon im Jahre 1894 gab er eine treffliche Anthologie „Friedensstimmen" im Umfange von fast 400 Druckseiten heraus, wozu Konrad Ferdinand Meyer und Berta v. Suttner ein Vorwort schrieben. Er war später Redakteur der Zeitschrift „Die Waffen nieder" (von 1895—1896) sowie Mitarbeiter des Steadschen „Courier de la Conférence". Auch organisatorisch ist er hervorgetreten. Er hat 1895 die Ungarische Friedensgesellschaft gegründet und war 1896 Sekretär der Oesterreichischen Friedensgesellschaft. Seit vielen Jahren lebt er in der Schweiz, wo er heute noch von Interlaken aus eine pazifistische Korrespondenz herausgibt. Wir wünschen dem alten Mitkämpfer noch viele Jahre verdienstvoller Tätigkeit.

Wg.

Ein Rundschreiben des Deutschen Pazifistischen Studentenbundes.

Der dem Deutschen Friedenskartell, dem Internationalen Friedensbüro in Bern, dem Kartell republi-

kanischer Studenten und der Internationalen Jugendliga angeschlossene „Deutsche Pazifistische Studentenbund" versendet folgendes Rundschreiben:

Liebe Gesinnungsfreunde!

Heute mehr denn je ist es notwendig, der nationalistischen Verhetzung und Aufpeitschung von Leidenschaften, die nur zu unheilvollsten Taten und schwerwiegenden außen- und innerpolitischen Folgen führen können, entgegenzutreten. Der größte Teil der deutschen Studentenschaft steht in furchtbarer Verkennung der politischen Vorgänge unserer Zeit und der wahren Ursachen von Not, Elend und Verzweiflung außerhalb unserer politischen und kulturellen Volksgemeinschaft und bekämpft mit allen Mitteln die republikanische Staatsform, in der sie eine Gewähr für pazifistische Politik und ein Hindernis ihrer imperialistischen Wünsche zu erblicken glaubt.

Wir pazifistischen Studenten führen an den deutschen Hochschulen einen schweren Kampf für die Idee der Völkerverständigung und Völkerversöhnung gegen diese nationalistische Verhetzung. Dies erfordert nicht nur intensivste Arbeit und Zusammenfassung aller in unserem Dienste tätigen Kräfte, sondern auch beträchtliche Mittel materieller Art. Alle persönliche Aufopferung und Einsetzung für unsere Idee kann letzten Endes nur von Erfolg begleitet sein, wenn uns die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Bei der großen Not in der Studentenschaft können wir diese Mittel nicht selbst aufbringen. Wir wenden uns daher an unsere Gesinnungsfreunde mit der Bitte um Unterstützung. Jeder, dem daran gelegen ist, daß die akademische Jugend nicht ganz der nationalistischen Verhetzung anheimfalle, sondern von pazifistischem Geist erfaßt werde, möge dazu beitragen. Jede Gabe jedes einzelnen bringt uns unserem Ziele ein wenig näher.

Der Deutsche Pazifistische Studentenbund umfaßt alle studentischen Gruppen in Deutschland, die sich mit Pazifismus und internationaler Verständigung beschäftigen und die für die Verbreitung und Verwirklichung dieser Idee kämpfen. Alle Richtungen des Pazifismus sind gleichberechtigt in ihm vertreten.

Zuwendungen bitten wir einzuzahlen auf das Konto: „Deutscher Pazifistischer Studentenbund". Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Zweigniederlassung Freiburg i. B.

Mit besten Gesinnungsgrüssen

Deutscher Pazifistischer Studentenbund
Bundesleitung
gez. Wolfgang Medding,
Bundesvorsitzender.
Freiburg i. Br. Thalstr. 56.

Obiges Rundschreiben wird durch folgendes Komitee mitgezeichnet, unterstützt und befürwortet:

Berthold von Deimling, General a. D. Prof. Dr. Albert Einstein. Prof. Fr. W. Förster. Helmuth v. Gerlach. Dr. Heilberg, Geh. Justizrat. Prof. Dr. Karl Heldmann. Lida Gustava Heymann. Dr. Kurt Hiller. Alexander Prinz zu Hohenlohe. Paul Loebe. Reichstagspräsident. Prof. Dr. Max, Herzog zu Sachsen. Prof. A. Mendelssohn-Bartholdy. Prof. Paul Oestreich. Prof. Dr. Ludwig Quidde. Dr. h. c. Frhr. v. Schoenaich, Generalmajor a. D. Prof. Walter Schücking. Prof. v. Schulze-Gävernitz. Dr. Helene Stöcker. Dr. Hans Wehberg.

Tätigkeitsbericht der Deutschen Friedensgesellschaft

über die Zeit vom 1. Okt. bis 31. Dezember 1923.

1. Okt. Kundgebung des Deutschen Friedenskartells gegen den militärischen Ausnahmezustand an Reichsregierung, Reichstag und Presse:

„Das Friedenskartell würdigt die Gründe, aus denen die Reichsregierung in diesem Augenblick die vollziehende politische Gewalt in die Hände des Reichswehrministers und der ihm unterstellten Militärbefehlshaber gelegt hat, hält es aber für seine Pflicht, auf die große Gefahr hinzuweisen, die der freien und sozialen Entwicklung der Republik und dem Frieden drohen würde, wenn die Machtvollkommenheit der militärischen Stellen auch nur einen Tag länger währte, als die akute rechtsradikale Gefahr es unbedingt erforderlich macht. Nach mancher bösen Erfahrung hat das Volk allen Anlaß, darüber zu wachen, daß die Waffe der Republik sich ihrer Hand nicht entwindet, um sich gegen sie zu kehren. Der Militarismus ist und bleibt der größte Schädling. Es wäre verhängnisvoll, wenn Deutschland sich, nach der Aufgabe des passiven Widerstandes gegen den fremden, dem eigenen Militarismus auslieferte.

Die einzige Politik, die uns in erträglichere Zustände zu retten verspricht, ist die Politik ehrlicher Reparationen, ist die Opferbereitschaft aller Besitzenden in Deutschland. Nur die Erfassung der Sachwerte kann den Rückzug der Franzosen aus dem Ruhrgebiet bringen. Es ist würdiger des deutschen Volkes, aus eigener Initiative das Notwendige zu tun, als fremdem Zwange weichen zu müssen."

4. Okt. Schreiben des Deutschen Friedenskartells an den Papst, in dem unter Berufung auf frühere päpstliche Kundgebungen zu Gunsten der Erhaltung des Friedens gebeten wird, den Hirtenbrief des deutschen Episkopats durch eine päpstliche Kundgebung zu unterstützen und zu bekräftigen, um auf diese Weise auch bei der überwiegend katholischen Bevölkerung Bayerns gegen die immer häufiger werdenden Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten und zum Bürgerkrieg zu wirken. Die Abschrift des Briefes wurde dem apostolischen Nuntius für Bayern Pacelli übersandt, der ihn am 8. 10. mit folgenden Worten beantwortete: „Bestens danke ich Ihnen für die Zusendung einer Abschrift des von Ihnen an den Heiligen Vater gerichteten Schreibens. Möge trotz aller Schwierigkeiten nach der Devise Seiner Heiligkeit Pax Christi in regno Christi der Friede und die Versöhnung, wofür sich der Heilige Stuhl stets eingesetzt hat, wieder erblühen, auf daß sich die Völker in friedlicher Arbeit zum Wohl der Menschheit zusammenfinden."

Am 5. und 6. Oktober tagte die Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, über die bereits an anderer Stelle berichtet wurde.

Am 7. 10. protestierte das Präsidium der D. F. G. gegen die Versuche der Ruhrindustriellen, die Arbeitszeit in den Bergwerken durch Diktat statt auf dem Wege freier Vereinbarung oder äußerstenfalls durch Schiedsspruch einer neutralen Stelle verändern zu wollen.

Am 13. 10. hielt die in Magdeburg neugewählte Geschäftsleitung ihre erste Sitzung ab.

Am 15. 10. richtete die D. F. G. ein Protestschreiben an den Reichswehrminister und an den Reichskanzler wegen des Ver-

bots pazifistischer Versammlungen, besonders aber wegen des Verbots der „Menschheit", das am 12. November vom Reichswehrminister wie folgt beantwortet wurde: „Mit Bezug auf meine Unterredung mit Herrn Prof. Quidde beehre ich mich, mitzuteilen, daß ich auch weiterhin das Verbot der „Menschheit" als begründet ansehe, daß ich aber die Wehrkreiskommandos angewiesen habe, Versammlungen der Friedensgesellschaft nicht zu verbieten." Die Geschäftsleitung betrachtet die Angelegenheit damit noch nicht als erledigt. Es wird noch später darüber zu berichten sein.

Am 15. 10. richtete die D. F. G. gemeinsam mit der Deutschen Liga für Menschenrechte ein Schreiben an Poincaré. Nach längeren Ausführungen über die politische und wirtschaftliche Lage endet der Brief mit folgender Forderung: „Für besonders förderlich würden wir es halten, wenn es möglich wäre, den ganzen Komplex der deutsch-französischen über die mit der Gesamtheit der Alliierten zu regelnde Reparationsfragen hinaus in direkten Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland zu erörtern. Nichts könnte nach unsrer Überzeugung rascher eine Lösung für die brennendsten Fragen ablehnen. als wenn Sie damit einverstanden wären, jenen Fragenkomplex in persönlicher Aussprache mit dem deutschen Reichskanzler durchzusprechen." Unser Brief fand in der französischen Presse starke und günstig kommentierte Verbreitung, während ihn englesche Freunde weniger gut beurteilten.

Am 18. 10. protestierte das Deutsche Friedenskartell bei der Pressestelle des Auswärtigen Amtes, dem Reichspost-, Reichsverkehrs- und dem Reichsministerium des Innern dagegen, daß noch immer Plakate zu Gunsten des passiven Widerstandes aushängen, worauf es am 20. 10. vom Auswärtigen Amt den Bescheid erhielt, daß die der Pressestelle, der Reichsregierung unterstellte Reichszentrale für Heimatdienst in den letzten Monaten nur Reden des Reichskanzlers plakatiert habe. Soweit ihm bekannt sei, haben private Organisationen die Ruhrplakate veranlaßt. Das Reichsverkehrsministerium teilte am 26. 10. dazu mit, daß es bereits vor Eingang unseres Schreibens Anordnung ergehen ließ, alle auf den Ruhrkampf bezüglichen Plakate aus Zügen und von Bahnhöfen zu entfernen.

Am 1. 11. wurde auf Anregung des Deutschen Friedenskartells vom Republikanischen Reichsbund und der Deutschen Liga für Menschenrechte eine große öffentliche Versammlung in Berlin abgehalten, in der Pastor Bleier, v. Gerlach, Abg. Rabold und Gerh. Seger über „Kampf gegen die Reaktion" sprachen.

Am 2. 11. fand eine Sitzung der Geschäftsleitung der D. F. G. und eine des D. F. K. statt.

Am 5. 11. richteten 18 Kartellorganisationen an den Reichspräsident Ebert eine Petition um Begnadigung des vom außerordentlichen Gericht von Hamburg anläßlich der kommunistischen Unruhen zu Tode verurteilten 22 Jahre alten Schlossers E. J. A. Thorell, auf die am 12. 11. der Bescheid einlief, daß er zu 10 jähriger Festungshaft begnadigt worden sei.

Am 8. 11. lief eine Antwort des Reichskanzlers Dr. Stresemann auf ein im Auftrage der D. F. G. an ihn gerichtetes Schreiben v. Gerlachs, das nochmals Deutschlands sofortigen Eintritt in den Völkerbund forderte, ein. Dr. Stresemann lehnte darin unser Ersuchen unter der Begründung ab, daß die französische Regierung erneut bei verschiedenen Staaten Schritte unternommen habe, unseren Beitritt zum Völkerbund zu verhindern.

Am 15. 11. richtete Dr. Quidde einen Hilferuf an eine Anzahl befreundeter Organisationen und Persönlichkeiten des Auslandes, da uns vom Vorsitzenden einer Ortsgruppe im Moselgebiet die dringende Bitte zugegangen war, im Ausland dahin zu wirken, daß die französische und belgische Unterstützung der separatistischen Banden aufhöre um im Rheinland wieder verfassungsmäßige Zustände herzustellen.

Am 18. 11. fand wiederum eine öffentliche Versammlung des Deutschen Friedenskartells mit dem Thema „Bayern oder die Republik? Einheitsfront gegen die Reaktion!" statt, in der Senatspräsident Freymuth, v. Gerlach, Dr. Hiller, Graf Kessler, Prof. Oestreich, Hans Schwann und Lydia Stöcker sprachen. Die Versammlung war außerordentlich gut besucht. Obwohl die Redner von ganz verschiedenen Gesichtspunkten ausgingen, waren sie einheitlich in der Forderung bei den wahrscheinlich bevorstehenden Reichstagswahlen alle dogmatischen Bedenken beiseite zu lassen, um eine Einheitsfront aller republikanischen und pazifistischen Kräfte gegen die Reaktion zu ermöglichen.

Eine ursprünglich für den 24. und 25. November in Aussicht genommene pazifistische Tagung, mit dem Generalthema: „Deutschlands Not, Wege zum Aufstieg", auf der die Präsidialmitglieder und noch einige andere Persönlichkeiten sprechen sollten, wurde zum 9. und 10. Dezember vertagt. Die Tagung wird in Köln stattfinden. Weiterer Bericht darüber erfolgt später, ebenso über andere öffentliche Versammlungen, die die Deutsche Friedensgesellschaft, resp. das Deutsche Friedenskartell gerade vorbereiten.

Herr Seger bereiste während der beiden Monate Oktober-November vorwiegend Thüringen, Sachsen und Schlesien und gründete bei dieser Gelegenheit die Ortsgruppen:

Döbeln, Sa.: (Paul Wolff, Staupitzstr. 21).

Erfurt, Th.: (Telegr.-Inspektor Karl Fricke, Hohenlohestr. 21).

Gera, Th.: (Oberstudienrat Prof. Dr. R. Rau, Blücherstr. 55).

Halle, a. S.: (Fritz Ferchlandt, Brunoswarte 22).

Plauen, Vogtl.: (Dr. med. Schwarzbach, Bickelstraße 2).

Reorganisiert wurden von ihm die Ortsgruppen Eisenach, Gotha, Liegnitz, Sagan, Weimar.

Dr. Quidde machte vom 15.—22. November eine Vortrags- und Informationsreise durch das Moselgebiet und einige andere rheinländische Ortsgruppen. Bei dieser Gelegenheit wurde nach seinem Referat eine Ortsgruppe in Saarbrücken (Rechtsanwalt Lehmann, Kaiserstr. 28 a) gegründet, in den Ortsgruppen Trier und Bernkastel öffentliche Versammlungen, in Coblenz, Köln, Elberfeld, Schwelm und Hagen Besprechungen mit Vorstandmitgliedern, einige zwar nur mit lokalem Charakter, abgehalten.

Außer den eben angeführten, sind im Laufe der beiden Monate noch folgende Ortsgruppen neu gegründet, resp. reorganisiert worden:

Friedrichstadt, Eider: (Frl. Nommensen).

Tönning, Bez. Kiel: (Pastor Johannes Lucht, Kotzenbüll b. Tönning, Bez. Kiel).

Schwelm, Westf.: (Dr. Erdmann, Landrat).

Marburg a. d. Lahn: (Dr. Günther Rönnebeck, Wilhelmstr. 10 I.).

Ahlbeck: (f. d. Bezirk Usedom-Wollin, Lehrer F. Christian, Dünenstr. 17.)

Am 4. 12. wurde die Friedensgesellschaft beim Reichstagspräsidenten Löbe zu Gunsten einer größeren Anzahl junger Jenaer Kommunisten vorstellig, die sich seit dem 10. 11. in Haft befinden, ohne bisher eines strafbaren Vergehens angeklagt zu sein. Da die kommunistische Presse verboten ist, haben wir auch einige Zeitungen auf diese Willkürakte hingewiesen und gebeten, ebenfalls für Aufklärung zu sorgen.

Ebenfalls am 4. 12. richtete v. Gerglach den nachstehenden Brief an General v. Seeckt: „Sehr geehrter Herr General! Im Auftrag der Deutschen Friedensgesellschaft bitte ich Sie, mir, wenn irgend möglich, in den nächsten Tagen Gelegenheit zu einer kurzen Rücksprache geben zu wollen. — Es handelt sich darum, daß in verschiedenen Wehrbezirken auf Grund des Ausnahmezustandes von den Militärbefehlshabern Anordnungen gegen Pazifisten ergangen sind, die nach unserer Auffassung bei genauer Prüfung der Sachlage nicht aufrecht erhalten werden können. Ich hoffe, Ihnen durch meine mündliche Darlegungen den Beweis dafür erbringen zu können."

Da das Schreiben nach 3 Wochen noch immer nicht beantwortet war, ließ es v. Gerlach in der „Welt am Montag" vom 24. 12. abdrucken und protestierte in seinem Leitartikel auch besonders gegen das Verbot der „Menschheit". Aber auch darauf blieb unseres Wissens bisher jede Rückäußerung aus.

Am 14. 12. veranstalteten 19 Verbände des Deutschen Friedenskartells eine öffentliche Kundgebung im Berliner Lehrervereinshaus, die sehr stark besucht war und viel Beifall fand. Zum Thema „Ausnahmezustand und Republik" sprachen Gertrud Baer, Senatspräsident Freymuth, H. v. Gerlach, Polizeioberst Schützinger und Gerhart Seger. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Wir fordern die sofortige Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. Die Aufrechterhaltung der Militärdiktatur ist außenpolitisch wie innenpolitisch verhängnisvoll. Sie schädigt das Ansehen der Deutschen Republik im Ausland. Für unser eigenes Volk ist sie kein Mittel zur Beruhigung, sondern im Gegenteil die Quelle wachsender Unruhe und illegaler Betätigung. Die Republik kann nur gedeihen bei Wahrung der durch die Verfassung verbürgten Bürgerrechte."

Am 17. 12. richtete unser Schatzmeister, Herr Blochert, ein Schreiben an alle früheren Zeichner von Sonderbeiträgen um erneut besondere Zuwendungen, derer wir dringend bedürfen, zu erbitten. Es gingen daraufhin indes ca. 700 Mark ein. Wir hoffen aber, daß die Zuweisungen damit noch nicht erschöpft sind.

Am 19. 12. fanden Sitzungen der Geschäftsleitung der D. F. G. und des Friedenskartellausschusses statt, in denen unter anderem folgende Resolution, die wir auch in die Presse leiteten, von allen Kartellmitgliedern angenommen wurde: „Das Deutsche Friedenskartell erhebt schärfsten Protest dagegen, daß Dr. Stresemann die Wiederzulassung der interalliierten Militärkontrolle mit der Begründung abgelehnt hat, die deutsche Regierung könnte die Sicherheit der kontrollierenden Organe nicht verbürgen.

Es sieht eine schwere Schädigung der Deutschen Auslandspolitik in der von dem deutschen Minister des Auswärtigen derart öffentlich proklamierten Schwäche der deutschen Regierung. Diese Erklärung ist geeignet, den Verdacht im Ausland wach zu rufen, die Kontrolle werde abgelehnt, weil es bei uns etwas zu verbergen gäbe."

Außerdem wurden für die bald bevorstehenden Reichstagswahlen in der D. F. G. Sitzung folgende Grundsätze festgestellt, die demnächst wohl noch ergänzt werden: „Die Deutsche Friedensgesellschaft nimmt zu den bevorstehenden Reichstagswahlen die folgende Stellung ein:

„Als satzungsgemäß parteipolitische neutrale Organisation verzichtet sie selbstverständlich darauf selbst Kandidaten aufzustellen. Dagegen verpflichtet sie alle ihre Mitglieder, die zugleich Mitglieder politischer Parteien sind, ausdrücklich in ihren Parteien bei der Aufstellung der Kandidaten dahin zu wirken, daß nur solche Persönlichkeiten aufgestellt werden, die sich für eine pazifistische Innen- und Außenpolitik einsetzen werden. Für die Listen mit solchen Persönlichkeiten haben alle Mitglieder der D. F. G. nicht nur selbst zu stimmen, sondern auch die größtmögliche Werbearbeit zu entfalten."

Es wurde außerdem beschlossen den einzelnen Kandidaten Fragebogen vorzulegen, die wir rechtzeitig durch unsere Mitglieder und Ortsgruppen zur Verteilung zu bringen beabsichtigen.

Es wurde auch eine Eingabe zu Gunsten eines Ausführungsgesetzes zum Ausnahmezustand beschlossen.

Dann wurde unsere Beteiligung an den Arbeiten der Internationalen Arbeiterhilfe gegen den Hunger in Deutschland beschlossen, für die wir Unterstützung durch unsere Ortsgruppen und Mitglieder erwarten. Schon als es sich um die Hilfe für Rußland handelte, arbeiteten wir mit ihr zusammen. Es handelt sich dabei jetzt nicht nur um Sammlungen und Gaben, sondern auch vielfach um praktische freiwillige Hilfsarbeit an den verschiedenen von der I. A. H. bereits eingerichteten Küchen, Heimen etc.

Da der Beitrag für 1924 noch nicht festgesetzt, aber eine Regelung unserer Finanzen dringend notwendig war, den Pflichtbeitrag, den die Ortsgruppen für ihre Mitglieder an die Zentrale abzuliefern haben, zunächst auf 0.50 Mk. vierteljährlich pro Mitglied festzusetzen. Der Pflichtbeitrag für Einzelmitglieder der Zentrale beträgt 1.50 Mk. vierteljährlich.

Am 28. 12. wurde anläßlich des Magdeburger Beschlusses an den Preußischen Evang. Oberkirchenrat und den Deutschen Evang. Kirchenausschuß ein Schreiben gerichtet, das unter Hinweis auf die Grundsätze der Evang. Kirche um Mitteilung darüber bittet, „was die Deutsche Evang. Kirche tut und zu tun gedenkt, um die aus ihrem Wesen folgende freundliche Stellung zu dem Gedanken des Völkerfriedens auch äußerlich in die Erscheinung treten zu lassen".

Unser politischer Sekretär, Herr Seger besuchte Anfang Dezember Süddeutsche Ortsgruppen und hatte besonders in Freiburg Br. eine erfolgreiche Versammlung, an der sich der Deutsche Pazifistische Studentenbund beteiligte.

Noch erfreulicher war eine Versammlung in München, die trotz der bekannten bayrischen Zustände unter Beteiligung des republikanischen Studentenkartells, der Internationalen Frauenliga und der D. F. G. ohne jede Störung verlief, obwohl eine längere Diskussion stattfand. Das Thema lautete: „Möglichkeiten Deutscher Außenpolitik"!

Bald darauf besuchte Herr Seger unsere schlesischen Ortsgruppen und leistete Vorarbeiten für eine größere Vortragsreise Dr. Quiddes, der sich im Januar die Gründung einer Schlesischen Arbeitsgemeinschaft und verschiedener schlesischer Ortsgruppen anschließen soll. Die Ortsgruppe Sagan wurde reorganisiert. Ihre neue Zustelladresse ist Herr Willy Rehnisch, Sagan-Machenau, Eisen-

bergerstr. 18. In der zweiten Hälfte Dezember war Herr Seger beurlaubt.

Anläßlich der schon im vorigen Tätigkeitsbericht erwähnten Rheinland-Reise Dr. Quiddes wurde noch am 11. 12. in den Industriedörfern Rheinhausen-Großemmerich (Zustelladresse: Dr. Espe, Direktor der Realschule) eine Ortsgruppe; am 12. 12. in Krefeld (Zustelladresse: Jos. Jansen, Südwall 24) eine zweite, und am 13. 12. in Oberhausen (Zustelladresse: Studienrat Engelien, Herrmannstr.) eine dritte Ortsgruppe gegründet.

Nach einem Vortrag Herrn v. Gerlachs erfolgte die Gründung einer Ortsgruppe in Belgard (Zustelladresse: Herr Scheibe, Stellv. Stadtverordneten-Vorst., Wilhelmstr. 64). Leider wurden Herrn v. Gerlach eine Anzahl Versammlungen in Pommern verboten.

Außerdem entstanden durch Ortsgruppen des Moselgebietes folgende 2 Ortsgruppen: Gozerath, Hunsrück, Post Longeamp, Hauptlehrer Steinmetz, Zell-Mosel, Kreis Berncastel: Jos. Piancenza.

Berlin, Anfang Januar 1924.

Hauptgeschäftsstelle
gez. K. Kupsch.

Dokumente der Friedensbewegung.

Manifest des Vorstandes der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit anläßlich der Tagung in Dresden, September 1923.

Erfüllt von der Überzeugung,
daß der Fortbestand einer zivilisierten Welt nur möglich ist, wenn die Völker wie die Einzelnen Ehrfurcht vor dem Menschenleben haben und danach streben, jedem menschlichen Wesen seine natürliche und vollständige Entwicklung zu sichern;

erfüllt von der Überzeugung,
daß Gewalt und Krieg — eine Äußerungsform der Gewalt — durch die Zerstörung von Leben und Gütern solche Zustände herbeiführen, daß deren tatsächliche Auswirkungen unberechenbar sind, daß sie Haß, Rachgier, Herrschsucht erzeugen und verewigen und daß ihre moralischen Auswirkungen für die Völker und die Einzelnen nicht weniger unheilvoll sind;

erfüllt von der Überzeugung,
daß alle Völker eng verbunden sind und daß jene moralischen und materiellen Auswirkungen sich in der ganzen Welt verketten und durchdringen;

erfüllt von der Überzeugung,
daß die gewissenlosen Menschen, welche das Unheil heraufführen, nicht diejenigen sind, welche unter ihm leiden, sondern daß die Schwachen, die Friedfertigen, die Frauen, die Kinder, die Hand- und Kopfarbeiter die ersten Opfer sind;

erfüllt von der Überzeugung,
daß alle Regierungen großer Staaten auf verschiedenen Stufen ihrer Geschichte und in verschiedenem Grade entweder Machtinteressen oder Niederhaltung ihrer Nachbarreiche verfolgt oder ihre Herrschaft Völkern aufgezwungen haben, welche unabhängig zu bleiben wünschten, oder Gewalt angewandt haben zur Erlangung politischer oder wirtschaftlicher Vorteile,

wendet sich die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
— obwohl sie nicht von vornherein ablehnt, mit den Regierungen zusammenzuarbeiten wenn es möglich ist — unmittelbar an die Völker, als die Opfer der Politik und des Kapitalismus.

Die Liga beschwört die Völker,
nicht in gegenseitiger Unkenntnis von einander zu verharren, sich weder von den Regierungen täuschen zu lassen, noch von den Profitmachern, noch von der Presse; sie erinnert die Völker an die Solidarität, welche sie verbindet, beschwört sie, sich in ihrer gemeinsamen Not zu versöhnen und sich zum Wiederaufbau der Welt brüderlich zu unterstützen;

sie beschwört die Völker,
sich ihrer unberechenbaren Kraft bewußt zu werden, einer Kraft, die nicht zerstören, sondern sich schöpferisch betätigen soll im Aufbau neuer Wirtschaftsformen, die nicht dem Profit, sondern dem Bedarf dienen.

Die Liga beschwört die Völker,
allen Gewaltmitteln zu entsagen, da sie ihrer nicht würdig sind, vielmehr im starken Glauben an die Brüderschaft der Menschen in Frieden zusammenzuarbeiten, um zu einer neuen Weltordnung zu gelangen.

Beschluß für Freihandel.

Die Internationale Frauenliga sieht mit tiefem Bedauern, daß die neuen provisorischen Beschränkungen des freien Güteraustausches und die Aufrechterhaltung der Beschlagnahmen und der Zollprämien nach dem Kriege, wo sie infolge der durch die Friedensverträge verursachte Vermehrung der Grenzen noch größere Schwierigkeiten verursachen, neue Hindernisse für den Handelsverkehr bedeuten.

Sie fordert daher eine Lösung im Sinne des Freihandels, durch die eine Zusammenarbeit der Nationen gefördert wird, zum speziellen Zwecke der Schaffung von Kredit und der Wiederherstellung des Handels, einer Regelung der Produktion und der Verteilung der Güter auf stets weiterem Gebiete, um eine Hilfe für die ökonomisch schwachen Länder zu ermöglichen. Als vorbereitende Maßnahme richtet sie die Bitte an den Völkerbund, den Einfluß der Schutzzölle, der Beschlagnahmen und Zollprämien auf das Problem des internationalen Friedens und des wirtschaftlichen Wiederaufbaues zu untersuchen und hierüber Bericht zu erstatten.

Sie stellt ferner wiederholt die schon anläßlich ihres ersten Kongresses im Haag, 1915, aufgestellte Forderung: es möge ein internationales Forum geschaffen werden mit der Aufgabe, die Konflikte zu prüfen, die aus der wirtschaftlichen Konkurrenz und aus der Ausbreitung des Handels entstehen.

———

Resolutionen des Internationalen Kongresses der Liga für Menschenrechte 5. November 1923 in Paris.

Ruhrbesetzung:

Der internationale Kongreß der Liga für Menschenrechte bringt in Erinnerung und bekräftigt den von ihm im Mai 1922 publizierten Aufruf an die Völker.

In Erwägung der seitdem stattgehabten Ereignisse fordert er die Bürger aller Staaten auf, die neuen Gefahren zu beachten, welche die Lage Europas verschlechtert haben.

Er stellt fest, daß die Ruhrbesetzung, deren Recht-

mäßigkeit von den einen anerkannt, von den anderen bestritten wird, jedenfalls zwei Folgen hat, die niemand leugnen kann:

Einerseits trägt sie zur Steigerung einer wirtschaftlichen Zerrüttung bei, welche die rasche Bezahlung der von Deutschland zweifellos geschuldeten Reparationssummen erschwert.

Anderseits erregt sie in diesem Lande nicht bloß den Willen, die eigene Unabhängigkeit um jeden Preis zu verteidigen, sondern auch Haßgefühle, Rachsucht und eine neue Form militärischer Leidenschaft, wodurch die Annäherung der Völker und der Weltfrieden beständig und schwer gefährdet wird.

Sicherheit:

In Erwägung, daß, trotz der materiellen Abrüstung Deutschlands, mangels eines anglo-amerikanischen Garantiepakts das Sicherheitsproblem in den Besorgnissen der öffentlichen Meinung Frankreichs und Belgiens eine große Rolle spielt, ist der Kongreß der Meinung, daß eine dauernde Lösung dieses Problems nicht in einer illusorischen Garantie, die eine künstliche Zerstücklung Deutschlands gewähren würde, zu suchen ist, sondern in dem Abschlusse eines wechselseitigen Hilfs-Vertrages unter der wirksamen Kontrolle des Völkerbundes.

Selbstbestimmungsrecht der Nationen:

Die Nationen haben wie die Individuen das Recht auf Unabhängigkeit. Ihre Integrität bedarf gesetzlich festgelegter Garantien mit Sanktionsmöglichkeiten. Ihre Konflikte erfordern Gerichtshöfe, die ihnen jeden Vorwand zu eigenmächtigem Vorgehen nehmen und der Menschheit die Wiederkehr blutiger Katastrophen ersparen.

Jene vom Jahre 1914 hat nur den Wert, daß sie für gewisse Völker der Anlaß war, eine lange gewünschte Freiheit zu gewinnen, sich mit ihrem Stammlande zu vereinigen, ihre historische Einheit wieder herzustellen oder ihre Autonomie zur Geltung zu bringen.

Der Kongreß verkennt nicht, daß alle die nationalen Wünsche berührenden Fragen noch keineswegs völlig gelöst sind; er weiß, daß einige derselben schlecht geregelt worden sind: die Verträge haben Bevölkerungen gleicher Nationalität und Sprache, welche vereinigt bleiben wollen, getrennt.

Die Liga kann nur wünschen, daß diese Probleme mit pazifistischen Mitteln gelöst werden, gemäß dem Rechte der Völker auf Selbstbestimmung, das einen Teil seiner Ideale darstellt.

Daß dieses Prinzip auch mißbraucht werden kann, liegt auf der Hand.

Es genügt nicht, daß eine gewisse Anzahl von Staatsbürgern eine separatistische Willenserklärung abgeben, um ein Volk zu konstituieren, das ein autonomes Leben zu führen vermag.

Gewaltsame Dislokationen nationaler, durch wirtschaftliche Solidarität verbundener Einheiten dienen weder der Sache des Friedens, noch der Freiheit. Die einzigen Nutznießer davon wären der reaktionäre und kriegerische Geist.

Die Hauptsache ist, daß in allen Fällen, wo sprachliche, religiöse, nationale Differenzen unaufhebbarer Art bestehen, die Minoritäten ebenfalls Menschen- und Staatsbürgerrecht genießen und an den Freiheits- und Gleichheitsgarantien der demokratischen Institutionen teilhaben. Der Fortschritt der Demokratie in der Welt ist noch immer das sicherste Mittel zur gewaltlosen Beilegung so vieler durch die nationalen Leidenschaften ausgelöster Konflikte.

Will man vermeiden, daß die Konflikte zwischen Staaten oder Nationalitäten innerhalb eines Staates nicht zu neuen Kriegen ausarten, so bedarf es dringend einer Ausdehnung der Befugnisse und Macht eines erweiterten Völkerbundes, in dem nicht bloß eine gewisse Anzahl von Regierungen, sondern die Völker selbst, und zwar alle Völker vertreten wären.

Die internationale Liga für Menschenrechte, welche auf ihre Weise an den seitens der demokratischen und proletarischen Kräfte der ganzen Welt unternommenen Anstrengungen mitwirken will, fordert ihre Mitglieder aller Länder auf, den Fortschritt jener internationalen Institutionen zu fördern, welche die Anhänger der Gewalt gern herabsetzen und anschwärzen.

Ein Völkerbund, der seine moralischen Kräfte in den Dienst des Ideals der Menschenrechte stellt und dessen Geist auf die internationalen Probleme anwendet, ist wohl die einzige heilsame Friedensaussicht.

Es ist an der Zeit, daß die Völker sich dessen bewußt werden und daß sie die Regierungen, wenn diese sie einander entgegen stellen wollen, das Gewicht ihres vereinigten Willens fühlen lassen.

Für die nationalen Minoritäten:

Unter dem erschütternden Eindruck der gegenwärtigen Steigerung der Gegensätze zwischen den sogenannten Rassen — die unvermeidliche Folge des Nationalismus — und insbesondere durch die Wiederbelebung des Antisemitismus in einigen Ländern, protestiert der Kongreß, getreu der Erklärung der Menschenrechte, welche die juristische Gleichheit aller Staatsbürger gleichgültig welcher Abstammung verkündigt, gegen legislative und administrative Maßnahmen, die dahin zielen, die verschiedenen Klassen von Bürgern zu unterscheiden und sie einander entgegen zu stellen.

Der Kongreß verzeichnet namentlich die Gefahr von Maßnahmen, die darauf hinauslaufen, gewisse Staatsbürger der kulturellen Vorteile zu berauben, ohne Rücksicht auf die Dienste, welche die Bürger der Gesellschaft zu leisten vermögen.

Er erinnert an den Grundsatz, daß die Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte die gesetzmäßige Erfüllung der Bürgerpflichten einschließt;

er fordert die nationalen Ligen für Menschenrechte auf, sich mit allen Kräften in ihren Ländern Ausnahmsgesetzen und exzeptionellen Maßnahmen zu widersetzen, und beauftragt das Bureau der Liga diese Resolution dem Völkerbund und den Regierungen der interessierten Länder zu übermitteln.

Manifest der „Independent Labour Party" über die Lage Europas. (Abgedruckt im New Leader, 9. November 1923).

Der fünfte Jahrestag des Waffenstillstandes naht heran, und noch immer ist Europa ein großes Schlachtfeld. Die enteigneten und zusammengebrochenen Opfer des Weltkrieges schreien nach Brot und Frieden. Nirgends lebt das Volk in Sicherheit. Der Zustand Europas rechtfertigt durchaus den Spott der Diplomaten, welche sagten, der Friedensvertrag lege den Grund zu einem richtigen, dauernden Krieg.

Die für dieses Chaos und diese Zerstörung Verantwortlichen versuchen mit schwacher Hand das zerfetzte Gewebe der Kultur auszuflicken. Unter dem Drucke ihrer Verantwortlichkeit für das Vergangene haben die europäischen Staatsmänner kein Heilmittel für die Gegenwart, keine Botschaft für die Zukunft. Die Welt erwartet reine, frische Geister und eine Neuschöpfung. Der Krieg und sein Gefolge be-

deutet den Bankerott der kapitalistischen Diplomatie, Wirtschaft und Moral. Die einzige Hoffnung auf eine bessere Welt ist der Sozialismus.

Der die Welt beherrschende kapitalistische Nationalismus hat Armut und Kriege zur Folge. Er hemmt die Produktion und den Austausch der Weltprodukte, er beutet die Arbeiter aller Länder aus und zwingt die Völker oft, zu töten und getötet zu werden.

Der Sozialismus verwirft sowohl internationale als nationale anarchistische Konkurrenz für partikuläre Interessen und ersetzt sie durch wirtschaftliche Kooperation für allgemeine Wohlfahrt, als das Prinzip, nach welchem die Gesellschaft zu organisieren ist. Nur auf diese Weise lassen sich die Hilfskräfte der Welt entfalten, verwerten und verteilen, nur so kann nationale und individuelle Freiheit gesichert und können internationale Streitigkeiten durch Diskussion und Schiedsspruch geschlichtet werden.

Die Grundursache des gegenwärtigen Chaos in Europa liegt im kapitalistischen System und in den damit verbundenen Rivalitäten. Die unmittelbaren Ursachen sind 1. der Krieg, 2. die Friedensverträge und 3. die Politik der Alliierten nach dem Kriege.

Die „Independent Labour Party" lehnt die Theorie ab, daß jedes Volk für den Krieg verantwortlich war, und bekämpft das Recht zur Bestrafung, das die Sieger im Friedensvertrage aussprechen. Sie ist für eine Versorgung Europas, wie sie das Bedürfnis der Gegenwart, nicht aber die Feindschaft von früher her verlangt. Sie erklärt, daß europäische Probleme leidenschaftslos, nach Gebühr behandelt werden sollten, nicht so, wie der Krieg zwischen den Siegern und Besiegten ausbrach. Wird Europa nicht wieder hergestellt, so werden wir insgesamt zugrunde gehen.

Die „I. L. P." hält die Besetzung des Ruhrgebietes für unrecht und wirtschaftlich schädlich, erkennt aber an, daß sie das direkte Ergebnis der im Versailler Vertrag festgelegten Politik ist, welchen Vertrag alle Vertreter des britischen Reiches unterzeichneten und durch welchen britische Interessen in einigen Teilen der Welt profitiert haben. Es ist weder recht noch zulänglich, die Aktion Frankreichs ohne Anerkennung dieser beiderseitigen Verantwortlichkeit zu verurteilen. Parteien und Regierungen, die durch den Vertrag gebunden sind, können nicht entschieden handeln; eine sozialistische Regierung würde freie Hand haben.

Um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas anzubahnen würde eine britische sozialistische Regierung vier Hauptschritte unternehmen. Sie würde auf alle Reparationsansprüche verzichten und für die Streichung der Schulden der Alliierten stimmen. Sie würde die russische Regierung anerkennen und beträchtliche Kredite für die Erneuerung des europäischen Handels gewähren. Sie würde die Initiative ergreifen und positive Vorschläge für allgemeine Abrüstung durch gegenseitiges Einvernehmn machen. Sie würde eine internationale Konferenz einberufen, nicht bloß über Reparationen und nicht nach der Direktive des Friedensvertrages, sondern zu dem ausdrücklichen und bestimmten Zweck, Europa als wirtschaftliche Einheit aufzubauen und zu pazifizieren.

Diese internationale Konferenz hätte eine negative und eine positive Aufgabe. Sie würde ökonomische Schranken wie Zölle und Sperren beseitigen und zugleich nach Abrüsuntg streben; sie würde die Währung stabilisieren, eine internationale Kontrolle der Rohstoffe einrichten, Deutschland einen Kredit verschaffen und den Versailler Vertrag durch einen neuen, alle europäischen Probleme umfassenden Pakt ersetzen. Zu Beratern würde die Konferenz auch Vertreter der Industrie, besonders der Gewerkschaften und Genossenschaften wählen. Die französische Regierung könnte ihre Teilnahme nicht ohne ernstliche Einbuße an Prestige versagen.

Eine Aufgabe der Konferenz wäre es, mit dem Völkerbund Beratung zu pflegen und für dessen Rekonstruktion zu plädieren, damit er aufhört, ein Deckmantel für die Entscheidungen der Siegermächte zu sein und zu einer wirklichen Völkerverbindung mit revidierter, demokratischer Konstitution wird. So würde der Völkerbund eine internationale Körperschaft werden, mit der Verpflichtung der Organisation der Weltwirtschaft durch Zusammenschluß der Hilfsmittel, technischen Vorteile, Kaufkraft der verschiedenen Nationen. Nur auf diese Weise kann eine internationale Macht zu Ansehen gelangen und Frieden stiften.

Nur durch eine solche kühne und großzügige Politik, nicht aber durch zaghafte und fragmentarische Konferenzen, wie sie die britische Regierung jetzt vorgeschlagen hat, sind die Übel der Welt zu überwinden.

Offener Brief der Französischen Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit an ihre deutschen Kameradinnen.

„Es war uns ein starkes und tiefes Erlebnis, als wir, anläßlich der Internationalen Sommerschule in Podiebrad von unseren Kameradinnen der Deutschen Sektion Einzelheiten über Euren Plan des Versöhnungsaufbaues hörten. Die 15 Französinnen und Franzosen, die zugegen waren, werden niemals jene ernste Stunde vergessen, da der gleiche reine Glaube an den beiderseitigen, tiefwirkenden guten Willen uns einte. Jeder von uns fühlte damals den wahren Sinn des Wertes „Opfer". Schon damals am 20. August war die Lage in Deutschland dergestalt, daß es Euer Tägliches, Euer Brot bedeutete, was Ihr zu geben bereit wart in diesem Symbol der Versöhnung. Seid versichert, Kameradinnen, daß der Wert, die sittliche Tragkraft dieser Geste jeden tief bewegen mußte und unser Trachten sofort dahin ging, gemeinsam an die Ausführung Eures Planes zu gehen.

Seitdem aber haben sich die Verhältnisse bei Euch in Deutschland in unerhörtem Maße zugespitzt. Wir wissen das. Die unerbittliche Entfesselung der Ereignisse läßt uns wenig Möglichkeiten zu Taten. Weder in unserem noch in Eurem Lande können wir eine Regierung unterstützen, die in Gemeinschaft mit den Gewinnlern die Völker ausbeutet. Durften wir, Eure Schwestern, unter solchen Bedingungen noch zu dieser schamlosen Ausbeutung des Kapitalismus der beiden Länder, deren Opfer Ihr seid, beitragen? Durften wir die Bürde vergrößern, die die Untaten einer Gewaltpolitik geschaffen, welche anzuerkennen wir immer abgelehnt haben?

Dies waren die Gründe, die uns zögern ließen, ein so großes Opfer anzunehmen. Aber mit bewunderswertem Großmut seid Ihr dem Ruf des Deutschen Zweiges der Internationalen Frauenliga, trotz Eurer furchtbaren gegenwärtigen Lebensbedingungen, gefolgt. Ihr gebt Eure Gabe, damit in jenen Gegenden, in denen der Krieg wütete und Leben zur Hälfte erst wieder erstand, ein Gemeinschaftshaus sich erhebe als Zeuge Eures Friedenswillens. Die Mitglieder der Französischen Sektion bitten mich, Euch zu sagen, wie tief und aufrichtig sie die französisch-deutsche Verständigung wünschen, denn sie scheint ihnen die wesentliche Voraussetzung zur

Rettung des im Todeskampf liegenden Europa und darum die wichtigste Aufgabe der Internationalen Frauenliga. Euer Opfer ist ihnen Symbol dieser Versöhnung, welche, fern von den Intrigen der Regierungen eine direkte Brücke von Volk zu Volk schlagen wird.

Doch diese Gabe ist nur dann gerecht, wenn auch wir durch ein Zeichen der Freundschaft unsern Protest gegen die Politik der französischen Regierung erneut zum Ausdruck bringen, unser Mitfühlen mit den Leiden, die durch die Ungerechtigkeit des brutalen Ruhreinfalls und den Zynismus der Besitzenden in beiden Ländern hervorgerufen sind, unsern glühenden Wunsch, gleich Euch das Unsere zu tun, um zu beweisen, daß wir auf der Seite des arbeitenden Volkes, welches leidet, stehen, gegen jede militaristische Reaktion, gegen jede Geldmacht und Geldgier, gegen jede Ungerechtigkeit und Gewalttat.

Durch Briefaustausch mit 1200 Schulkindern der besetzten Gebiete wollen wir Freundschaftsbande knüpfen und ihnen mit allen Mitteln zu helfen versuchen.

Hoffen wir, daß sie unsern bescheidenen Versuch, in ihren Herzen bewahren mögen, wie die Bewohner des Dorfes, wo das Haus der Versöhnung sich erheben wird, Eurer großmütigen Gabe stets gedenken werden. Hoffen wir, daß diese Zeugen unseres Friedenswillens in beiden Ländern unser Friedenswerk fördern mögen."

gez. Andrée Jouve,
Sekretärin der Französischen Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit.

———

Kundgebung der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" zum Gedenktag des Waffenstillstandes.

„Am Sonntag wurde in vielen Ländern der fünfte Jahrestag des Waffenstillstandes gefeiert. In den Gotteshäusern aller Religionen erinnerten die Priester an den 11. November 1918, der das Ende des Weltkrieges bedeutete; an den Grabmälern der Gefallenen wurden Reden gehalten über die Opfer, die die Nation gebracht hat, über den Heldenmut der Soldaten, über die Opferfreudigkeit und Entsagungsfähigkeit der Völker. In England und Amerika unterbrach eine Minute der Sammlung den Lärm, das Vergnügen, die Arbeit des Tages und wurde zur Erinnerung an die schwere Kriegszeit verwendet. An eines aber wird vielleicht nicht erinnert — und doch ist dies wichtiger als alles andere: daran, daß sich das Entsetzliche, der Krieg, nie mehr wiederholen darf. Nie wieder! Mit all unserer Kraft müssen wir heute gegen eine Politik der Gewalt uns auflehnen, wie sie leider trotz der furchtbaren Lehre, die uns der Krieg erteilt hat, noch immer in der Welt die Oberhand hat, sowohl zwischen den verschiedenen Völkern als im Innern der einzelnen Länder, zwischen den Nationalitäten, Parteien und Individuen. Jeder von uns muß sich Rechenschaft darüber geben und diesen Grundsatz nach Möglichkeit verbreiten — liegt er doch allen Religionen zugrunde —, daß eine richtige Politik, die es versteht, den Wohlstand in allen Ländern zu sichern, und die unserer Zivilisation würdigen Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern, sich auf neue Gebote aufzubauen hat, in denen von Gewalt keine Rede sein darf.

Mehr als irgendwo müssen wir in der Schweiz hieran denken, wo der Völkerbund entstanden ist und begonnen hat, sich zu entwickeln; nur so wird dieser Bund der Völker nicht allzu lange bloß auf dem Papier bleiben. Der Jahrestag des Waffenstillstandes, der dem Martyrium Unschuldiger und den Tränen der Mütter kein Ende bereitet hat, soll uns vor allem an unsere Pflicht erinnern — an die Pflicht, die höher steht als die nationalen patriotischen Pflichten — an unsere Pflicht gegenüber der Menschheit. Nie wieder Krieg! Dieses Ideal aller Zeiten und aller Großherzigen kann verwirklicht werden! Verbreiten wir die segenbringende Saat der brüderlichen Liebe."

———

Friedenshirtenbrief des deutschen Episkopats der katholischen Kirche.

Oktober 1923 wurde von den Kanzeln der katholischen Kirchen in Deutschland ein Hirtenbrief des deutschen Episkopats verlesen, dem folgende Stellen entnommen seien:

„Der schauerlichste aller Weltkriege liegt hinter uns. Er ließ in der Seele aller Völker einen wahren Abscheu gegen den Krieg und einen Heißhunger nach Frieden zurück. Statt einmütig auf eine Verständigung und Versöhnung der Völker hinzuarbeiten und Sinn und Herz dem wahren Wohl der Menschheit zu erschließen, verkrampft man sich in engherzigster Selbstsucht in starrstem Nationalismus und läßt sich von einem ebenso herzlosen als grundfalschen Motiv leiten: Was dem anderen Schaden bringt, gereicht mir zum Nutzen! Die Folgen sind immer neue Sturmfluten von Gewalttaten und Grausamkeiten, von Drangsal und Leiden, Vergiftung und Verwilderung des geistigen und sittlichen Lebens, Verwirrung aller äußeren Lebensverhältnisse, Schädigung des Handels und Verkehrs der ganzen Weltwirtschaft und Entwertung des Geldes, Teuerung, Hunger und Elend.

. . . Viele entbrennen in heißer Rachsucht und möchten das Feuer vom Himmel herabrufen über die Bedränger, schädigen durch unbesonnene Taten Volk und Vaterland und machen sich mit ihrem ohnmächtigen Grimm nur lächerlich und verächtlich. Sie sind ebenso Gemeinschädlinge wie die, welche von neuen Kriegen und Revolutionen träumen und durch Aufruhr und Meuterei neues Blutvergießen herbeiführen wollen. . . . . Wir entsagen allen Gedanken und Plänen des Hasses und der Rache, wir sinnen nicht auf Wiedervergeltung, wir wollen nicht die Feinde vernichten, sondern die Feinde versöhnen, nicht die Völker entzweien, sondern die Völker verbrüdern, nicht den Frieden stören, sondern den Frieden stiften."

———

Der Vorstand des Bundes religiöser Sozialisten Deutschlands (Berlin-Nikolassee, Gukrathstr. 2 ,Vorsitzender Pfarrer Bleier) faßte folgende Entschließung:

„Der Bund religiöser Sozialisten wendet sich inmitten der politisch erregten Gegenwart an diejenigen Volksgenossen, die ihre wie immer geartete religiöse Überzeugung zum Leitstern ihres Handelns und Verhaltens im öffentlichen Leben machen. Er bittet sie, zu bedenken, daß keine ernstgemeinte Religiosität die Neigung zu Gewaltsamkeiten gutheißen kann, mit der gewisse Kreise unseres Volkes jetzt die umstrittenen Fragen unseres Staatslebens zur Entscheidung bringen wollen. Der religiöse Mensch verwirft jede Auseinandersetzung mit fremden oder früher feindlichen Staaten durch Fortsetzung der alten diplomatischen Methoden oder gar des Revanchekrieges. Von dem Gerechtigkeitssinn einer nach ethischen Grundsätzen organisierten Menschheit erwarten wir unsere Rechtfertigung. Als religiöse Menschen beklagen wir im innerstaatlichen Leben

das Vorherrschen der Militärgewalt. Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes hat nie annähernd soviel Unheil angerichtet, wie die Verblendung einer angeblich zur Herrschaft geborenen Gesellschaftsschicht, die aus ihrer Neigung zum Waffenhandwerk keinen Hehl macht. Wir verlangen daher möglichst baldige Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen, die die freie politische Betätigung des Volkes gewährleisten.

Aus den gleichen Beweggründen müssen wir schärfste Kritik auch an der gesamten Wirtschaftspolitik der letzten Jahre üben.

1. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands ist nicht zuletzt auf die ungenügende Beteiligung der besitzenden Klassen an der Aufbringung der für den Staat und für die Reparationen notwendigen Mittel zurückzuführen.

2. Anstatt nunmehr endlich diese Kreise zur Tragung ihres Anteils an den Kosten zu zwingen, ist das vom Deutschen Reichstag unter besonderen Voraussetzungen geschaffene Ermächtigungsgesetz dazu mißbraucht worden, die letzten Errungenschaften der Arbeitnehmer zu beseitigen (Aufhebung des wichtigsten Paragraphen der Demobilmachungsverordnung usw.) Der Bund religiöser Sozialisten Deutschlands wendet sich entschieden gegen diese einseitige Anwendung des Gesetzes.

Er weist bei dieser Gelegenheit auf das allerschärfste die Angriffe auf den gesetzlichen Achtstundentag zurück. Heute mehr denn je muß auf die grundsätzliche Beibehaltung des Achtstundentages aus religiösen und sittlichen Gründen Wert gelegt werden.

Die Möglichkeit der Pflege seelischen und geistigen Lebens steht uns höher als alle äußerliche Produktion."

Berlin, den 13. Dezember 1923.

LITERATUR UND PRESSE.

Bericht von Dr. Hans Wehberg, Berlin.

Robert Redslob, Histoire des grands principes du droit des gens depuis l'antiquité jusqu'à la veille de la grande guerre, Paris 1923, Arthur Rousseau, 600 S.

Redslob, dem wir bereits ein ausgezeichnetes Buch über „das Problem des Völkerrechts" (1917) sowie mehrere völkerrechtliche Monographien verdanken, ist von Geburt Elsässer, war bei Ausbruch des Weltkrieges Professor in Rostock und ist jetzt als „Professor für die Geschichte der Staatsverträge" in Straßburg tätig. Schon sein erstes Werk war wie das vorliegende im Wesentlichen historischen Inhalts, indem es die Pläne zur Weltorganisation verfolgte, wie das bereits Schücking in seiner „Organisation der Welt" getan hatte. Schon damals erkannte man, daß R. in hohem Maße historischen Sinn und die Fähigkeit zur soziologischen Betrachtungsweise besitzt. Sein vorliegendes Werk befaßt sich in der Hauptsache nicht mit den Plänen zur Weltorganisation, sondern untersucht vor allem die Geschichte der vier großen Prinzipien des Völkerrechts, nämlich der verbindlichen Kraft der Verträge, der Freiheit der Staaten, der Gleichheit und der Solidarität. Unter diesen Gesichtspunkten verfolgt R. die Geschichte der wichtigsten völkerrechtlichen Institute von dem Altertum bis in die Gegenwart. So ist das Buch in seiner ganzen Anlage durchaus eigenartig und hat keine Vorgänger. Am Schlusse kommt R. auch auf Deutschlands Stellung in der Weltpolitik zu sprechen und entwickelt Ideen, die sich mit denen Fr. W. Foersters vielfach berühren.

Das umfangreiche Buch Redslobs gehört zu den ganz wenigen klassischen Werken, die wir in der Weltliteratur über die Geschichte des Völkerrechts besitzen.

B. W. von Bülow, Der Versailler Völkerbund. Eine vorläufige Bilanz, Stuttgart 1923, W. Kohlhammer, VIII u. 608 S.

Dieses im Januar 1923 abgeschlossene Buch des Völkerbundreferenten im deutschen Auswärtigen Amte will kein Kommentar der Völkerbundsatzung sein, sondern in erster Linie die Tätigkeit des Bundes in den ersten drei Jahren kritisch beleuchten. Dabei gibt der Verf. jedoch auch eine ausführliche Übersicht und Würdigung der Grundlagen des Völkerbundes. Das Werk ist mit einem unendlichen Fleiße und unter Benutzung umfangreichen Materials geschrieben. Für jeden, der sich mit Fragen des Völkerbundes befaßt, dürfte es unentbehrlich und eine Fundgrube ersten Ranges sein. Ein ausführliches Sachregister erleichtert die Benutzung des Werkes.

Es ist interessant, festzustellen, daß in Deutschland nicht nur der einzige große juristische Kommentar der Völkerbundsatzung, sondern auch die einzige groß angelegte politische Würdigung des Völkerbundes erschienen ist. Daraus ergibt sich, wie aufmerksam in Deutschland der Genfer Bund verfolgt wird und wie stark bei uns seine Probleme geistig durchdacht werden. Auch Bülows Buch steht genau wie der von Prof. Schücking und mir geschriebene Kommentar der Idee des Völkerbundes freundlich gegenüber. Seine Kritik gegenüber dem Genfer Bunde ist jedoch viel weniger von Optimismus getragen. Die Fehler und Schwächen des Völkerbundes werden so vollständig wie möglich mit schonungslosester Härte aufgedeckt, ohne daß den Schwierigkeiten und politischen Möglichkeiten hinreichend Rechnung getragen wird. Der Verfasser hat das Buch vom deutschen Standpunkte aus geschrieben. Es scheint, daß er nicht den Versuch machte, sich auf die Höhe unparteiischer Betrachtungsweise aufzuschwingen. Nicht nur die Form, sondern auch der Inhalt berechtigen zu diesem Schluß. Weil jeder Leser dies empfindet, wird das Buch auch politisch im Auslande nicht den Eindruck erwecken, den es in Wahrheit verdient.

Politisch hat man eigentlich in diesem Buche die ganze Mentalität der guten Elemente des Deutschen Auswärtigen Amtes vor Augen: Ängstlich bedacht, nur ja nicht die Gefahren zu übersehen, die aus der Tätigkeit des Bundes für Deutschland entstehen können, übersieht v. Bülow letzten Endes die großen idealen Faktoren, die innerhalb des Bundes nach Gestaltung ringen und auch für die Besiegten des Weltkrieges die Rettung bringen werden, wenn sie ehrlich an ihm mitarbeiten und aus seinen Schwächen den Antrieb entnehmen, seine Vervollkommnung zu fördern. So liegt in der Einstellung des Verfassers doch eine gewisse Enge des Gesichtskreises, ein Mangel an Glauben gegenüber den guten Kräften im Völkerleben.

Trotzdem handelt es sich um ein äußerst verdienstvolles und wertvolles Buch, dem wir große Beachtung wünschen. In seinen letzten Zielen stimmt der Verfasser vollkommen mit uns über-

ein. Viele Einzelausführungen sind vortrefflich, und das Material, das hier verarbeitet, erstaunlich und in solcher Vollständigkeit in keinem anderen Buche zu finden. Der Verlag Kohlhammer verdient besondere Anerkennung, daß er sich dieses Buches angenommen hat.

Die Tragödie Deutschlands. Im Banne des Machtgedankens bis zum Zusammenbruch des Reiches. Von einem Deutschen. Zweite, verbesserte und teilweise umgearbeitete Auflage, Stuttgart 1923, Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach), 366 S.

Schon lange war die erste, viel beachtete Auflage dieses epochemachenden Werkes vergriffen. Es handelt sich hier wirklich um das einzige Buch, das bisher in Deutschland versucht hat, von einem hohen unparteiischen Standpunkt aus die Katastrophe des Krieges und die deutsche Schuld darzutun. Wer mit Interesse die Literatur über die bringen, nicht beeinflußt. Man muß schon Einer Neuerscheinung vor die Frage gestellt: Hat der Verfasser den ehrlichen Versuch gemacht, die Dinge unparteiisch darzustellen, und besitzt er vor allem auch die Fähigkeit zu gerechter Würdigung? Die meisten, die in Deutschland über dieses Problem schreiben, wissen gar nicht, wie stark ihre Werke entweder Verteidigungs- oder Anklageschriften sind. Dadurch erhält der Leser, der wirklich die Wahrheit sucht, gleich den Eindruck, daß der Verfasser sich nicht von rein nationaler oder sonstwie voreingenommener Beachtungsweise zu wirklich gerechter Beurteilung zu erheben vermag. Die Welt wird durch solche Schriften, selbst wenn sie in Einzelheiten Neues bringen, nicht beeinflußt. Man muß schon Einer sein, um trotz allen Untergrundes der Verbitterung und des Hasses, die noch aus der Zeit des Krieges vorhanden sind, gerecht zu urteilen.

Ein solcher Mann ist der Verfasser dieses Buches. Wir wollen nicht behaupten, daß er in allen Einzelheiten unfehlbar erscheint. Aber in der gesamten Methode, in dem geistigen Schauen der Erlebnisse der letzten Jahrzehnte trifft er immer wieder den Kernpunkt, wenn er auf die Verherrlichung des Machtgedankens in Deutschland hinweist. Ob er von den Haager Friedenskonferenzen, von den Kriegszielen, dem Untertanenverstand des deutschen Volkes oder von dem Dogma des Krieges spricht, immer scheint es uns, daß der Verfasser im entscheidenden Punkte Recht hat. Die große allgemeine Bildung des Verfassers nicht nur in historischer und philosophischer, sondern auch militärischer Beziehung ermöglichte es ihm, in wirklich umfassender Art die Ereignisse zu schildern. Sein Stil ist formvollendet. Ohne viele Phrasen spricht er aus innerster Überzeugung zu dem Herzen des Lesers und überträgt auf ihn seine Begeisterung für eine neue deutsche Politik des Rechts. Schücking hat an dem Buche einmal den ungeheuren sittlichen Ernst, den Mut zur Wahrhaftigkeit, den umfassenden Geist und die herrliche Sprache gerühmt. Dieses Urteil unterschreibe ich ganz. Man sollte dieses Volksbuch als Erziehung zu freiem Menschentum in die Hände jedes Deutschen, besonders auch der jungen Generation, legen.

L'Institut de droit international. Tableau général des travaux (1873—1913), préparé dans la division de Droit international de la Dotation Carnegie pour la Paix internationale sous la direction de James Brown Scott, New York 1920, Oxford University Press, XLIV u. 366 S.

Von zwei Seiten sind nach dem Weltkriege die Resolutionen, die das berühmte Institut für internationales Recht von 1873—1913 gefaßt hat, in einem Bande vereinigt worden, einmal (Paris 1919) von dem damaligen Generalsekretär des Instituts Albéric Rolin, dann aber von der Carnegiestiftung. Die letztere Ausgabe verdient wegen ihrer besseren Ausstattung den Vorzug vor der ersteren. Da die Jahrbücher des Instituts größten Teils vergriffen sind, war es bisher schwer, einzelne Beschlüsse schnell nachzuschlagen. Das erschien umso bedauerlicher, als viele Resolutionen eine historische Bedeutung haben und bei Arbeiten über Fragen des Völkerrechts unentbehrlich sind. Dem hilft die vorliegende Ausgabe ab. Eine kurze Vorrede führt in die Geschichte des Instituts ein. Auch ist ein sehr interessantes alphabetisches Verzeichnis sämtlicher Mitglieder des Instituts bis 1913 angeschlossen. Insgesamt 262 Völkerrechtler sind bis 1913 Angehörige des statutengemäß auf 60 membres und 60 associés beschränkten Instituts gewesen bezw. geworden. Davon entfielen auf Frankreich 44 (16,8 %), auf Deutschland 39 (14,9 %), auf England 26 (9,9 %), auf Italien 23 (8,8 %), auf die Schweiz 17 (6,5 %), auf Belgien 16 (6,1 %) Juristen. Wenn man bedenkt, daß heute die Franzosen 23 Mitglieder (20 %), die Engländer und Italiener je 9 Mitglieder (je 9 %) stark sind, die deutsche Gruppe aber nur 6 Mitglieder (5,4 %) umfaßt, so erkennt man daraus, wie stark der deutsche Einfluß in diesem wichtigsten der völkerrechtlichen Vereine zurückgegangen ist.

Adler, Friedrich, Vor dem Ausnahmegericht. Jena, Thüringer Verlagsanstalt 1923, 263 S.

Alvarez, International Law and related subjects from the point of view of the American Continent, Washington 1922, Carnegie Endowment, VII u. 93 S.

Derselbe. La Codificacion del Derecho International en América (Quinta Conferencia Internacional Americana), Santiago de Chile 1923, Imprenta Universitaria, 143 S.

Brown, Marshall, International Society, its nature and interests, New York 1923, The Macmillan Co., 173 S.

Burckhardt, W., Die Unvollkommenheit des Völkerrechts, Bern 1923, Paul Haupt, 23 S.

Bustamante y Sirvén. La Cour Permanente de Justice internationale. La Have 1923, M. Nijhoff, 71 S.

Butler, Nic, Murray, Building the American Nation, an essay of interpretation, New York 1923, Charles Scribner's Sons, XVIII u. 375 S.

de Fave, Ruyssen, Gide. Par la Vérité vers la Paix. à propos de l'occupation de la Ruhr et du Traité de Versailles, Fives-Lille. Madame Bourquier, rue Adolphe Casse, 1923, 13 S.

Fülster, Hans, Monographien zur Friedensfrage. Band 1: Weltkrieg und Weltfriede, Band 2: Einwendungen gegen die Friedenslehre, 1. und 2. Teil, Leipzig 1923, E. Oldenburg, 87, 223 und 169 S. Diese Sammlung, die insgesamt 6 Bände umfassen soll, kann den Ortsgruppen und allen, die sich über den Pazifismus orientieren wollen, sehr empfohlen werden. Sie ist gewandt und gemeinverständlich geschrieben.

Derselbe, Kirche und Krieg, Leipzig 1923, E. Oldenburg, 139 S.

Gentili Alberico, Hispanicae Advocationis libri duo, edited by Frank Frost Abbott („The Classics of international law"), New York 1921, Oxford University Press, vol. 1: the photographic reproduc-

tion of the edition of 1661, 43 u. 274 S; vol. 2: the translation, X u. 284 S.

Grabowsky, Deutschland und der Völkerbund, Sonderdruck aus „Das neue Deutschland", Julinummer 1923, 4 S.

Helm, Carl, Arier, Wilde und Juden, ihre Rassen, Kulturen und Ideen, Wien 1923, Carl Wilh. Stein, 200 S.

Isay, Ernst, Das deutsche Fremdenrecht. Ausländer und Polizei, Berlin 1923, Georg Stilke, VIII u. 398 S. (Ein hervorragendes wissenschaftliches Spezialwerk).

Isay, Hermann, Die privaten Rechte und Interessen im Friedensvertrag, 3. Aufl., Berlin 1923, Franz Vahlen, XVIII u. 488 S. (Es handelt sich nicht nur um eine neue Auflage, sondern um eine völlige Neubearbeitung und Erweiterung dieses besten deutschen Buches über das der Arbeit zu Grunde liegende Thema).

Kleinwächter, Friedrich F. G., Der Untergang der Oesterreich-Ungarischen Monarchie. Verlag K. F. Köhler, Leipzig 1921, VI u. 321 S.

Lichtenberger, Relations between France and Germany, Washington 1923, Carnegie Endowment, XVII u. 133 S.

Melczer, Grundzüge des Völkerrechts, unter Berücksichtigung der Friedensverträge für Studienzwecke zusammengestellt, Wien 1922, Carl Wilh. Stern, 157 S.

Montgelas, Graf Max, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, Berlin 1923, Walter de Gruyter & Co., 208 S. (Jeder, der sich für die Schuldfrage interessiert, wird dieses Buch kennen müssen, ganz gleichgültig auf welchem Standpunkte er steht).

Neumeyer, Karl, Internationales Privatrecht (Aus „Encyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft"), Berlin 1923, Julius Springer, 34 S.

Nicolai, Georg Fr., Romain Rollands Manifest, Charlottenburg 1921, Mundus Verlagsanstalt, 71 S.

Niemeyer, Theodor, Rechtspolitische Grundlegung der Völkerrechtswissenschaft, Kiel 1923. Verlag des Instituts für internationales Recht, 39 S.

Ogawa, Gotaro, The Conscription System in Japan, New York 1921, Oxford University Press, XII u. 245 S.

Pierrefeu, Jean de, Plutarch hat gelogen. Uebersetzung aus dem Französ. Berlin 1923, Ernst Rowohlt, Verlag, 230 S.

Proceedings of the American Society of International Law at its sixteenth Annual meeting, Washington 1922, A. S. of d. L., XI u. 146 S.

Redslob, Robert, Histoire des grands principes du Droit des gens depuis l'antiquité jusqu' à la veille de la grande guerre, Paris, Rousseau, 600 S.

Répertoire des Organisations internationales, Genève 1923, Société des Nations, 203 S. (zweite Auflage des 1921 zuerst erschienenen Nachschlagewerkes).

Report of the Thirty — first Conference, held at Buenos Aires 1922; International Law Association, London, 1923. Sweet & Maxwell, vol. I: CXXVII u. 442 S; vol. II: XVI u. 194 S.

Rolin Albéric, Les origines de l'institut de Droit international, souvenirs d'un témoin. Bruxelles 1923, Institut de Droit international, 73 S.

Rousseau, Jean, La Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans, vol. I, Mayence 1923, Impr. Walter, 238 S.

Schücking, Walter, Das völkerrechtliche Institut der Vermittlung [Publications de l'institut Nobel Norvegien, tome V.], Christiania 1923, H. Aschehoug & Cie., 346 S.

Scott, James Brown, The Recommandations of Habana concerning International Organisation, New York 1917, Oxford University Press, 100 S.

Derselbe, The armed neutralities of 1780 and 1800, New York 1918, Oxford University Press, XXXI u. 698 S.

Derselbe, Treaties for the Advancement of Peace between the United States and other Powers, New York 1920, Oxford University Press, LXIX u. 152 S.

Urrutia, Les Conférences Pan-Américaines, Conférences faites à l'institut des hautes études internationales de Paris, Paris 1923, A. Rousseau, 91 S.

Verdross, Alfred, Die Einheit des rechtlichen Weltbildes auf Grundlage der Völkerrechtsverfassung, Tübingen 1923, I. C. B. Mohr, (Paul Siebeck), XII u. 171 S.

Wambaugh, Sarah, a monograph on plebiscites, New York 1920, Oxford University Press, XXXV u. 1088 S. (Äußerst wertvolle Urkundensammlung, die aber nur bis 1914 geht und die Volksabstimmungen auf Grund der Friedensverträge nicht enthält).

W. Wilson, Memoiren und Dokumente über den Vertrag zu Versailles, herausgegeben von R. St. Baker, in autorisierter Übersetzung von K. Thesing, Leipzig 1923, P. List, Band II, 406 S.

The American Journal of International Law, July 1923. Borel, The United States and the permanent Court of international justice; Gordon E. Sherman, The international organisation of the Danube under the Peace treaties; Robert E. Ireton, The Rhineland Commission at work usw.

Revue de Droit international et de législation comparée, 1923 Nr 2/3. Wehberg, L'Amérique et la Cour permanente de justice internationale; Henri Rolin, Le statut des Dominions; Erich, La question de la Carélie Orientale, soumise pour avis à la Cour permanente de justice internationale usw.

Zeitschrift für Völkerrecht, XII. Band, Heft 4: Verdross, Völkerrecht und einheitliches Rechtssystem; Meurer, Die Rechtlosigkeit in den neubesetzten Gebieten; Giese, Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete; Toennies, Hobbes und das Zoon politikon; Loening, Das angebliche Protektorat Polens über Danzig; außerdem mehrere andere Beiträge und eine reiche Fülle von Besprechungen völkerrechtlicher und pazifistischer Werke.

International Conciliation, New York City, 1923.

March: Documents regarding the european economic situation (series Nr. II).

April: Goodrich, The evolution of Soviet Russia.

May: The United States and the permanent Court of international justice.

June: The United States and Mexiko.

July: The Reduction of armaments.

August: The Conference en Central American Affairs, held in Washington.

September: Foerster, Franco-German Reconciliation.

October: Debate on disarmament in the House of Commons July 23, 1923.

November: N. M. Butler, The development of the international mind.

Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Hans Wehberg, Berlin; für den Anzeigenteil J. Klebinder, Berlin.
Druck von Gustav Feller, Neubrandenburg.

Dr. med. Franziska Tiburtius

Erinnerungen einer Achtzigjährigen.

Mit einem Bildnis der Verfasserin.
Preis M. 3.—, gebunden M. 4,—.

Die älteste deutsche Ärztin schildert ihren Lebensgang: Stralsund, London, Zürich, Dresden und Berlin sind die Etappen eines zielbewußten Lebens. Bilder aus längst vergangener Zeit, Schicksale und Menschen, ziehen an uns vorüber.

Das Frauenstudium, die Studenten- und Wanderjahre der Verfasserin und ihre durch Jahrzehnte währende ärztliche Praxis nehmen in dem Buche einen besonderen Raum ein; man wird, obgleich in anspruchsloser Form gehalten, den „Erinnerungen" der Vorkämpferin des heutigen weiblichen Ärztestandes mit Aufmerksamkeit und auch nicht ohne Bewunderung für die Beharrlichkeit, mit der sie ihrem Ziele zustrebte, folgen.

C. A. Schwetschke & Sohn, Verlag, Berlin W 30.

Aus Privatbesitz sind zu verkaufen:

„Oncken, Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen":
Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreichs und der Befreiungskriege.
Das Zeitalter der Restauration und Revolution 1815—1851.
Geschichte des 2. Kaiserreichs und des Königreichs Italien.
Bundesstaat und Bundeskrieg in Nordamerika.
Geschichte der orientalischen Angelegenheit (Zeitraum des Pariser und Berliner Friedens).
Das Zeitalter Kaiser Wilhelm I. 2 Bände.
∴ Dieses Werk (acht Bände) wird nur zusammen abgegeben. ∴
Sämtliche Bände in **Originalhalblederbänden** und **tadellos, wie neu,** erhalten.

Christe, Erzherzog Carl von Oesterreich. 3 Halbleinenbände.
Mayer, Geschichte Oesterreichs. 2 Ganzleinenbände.

Anfragen an den

Verlag der „Friedens-Warte".

Das Hauptwerk der Entschiedenen Schulreform:

Die Produktionsschule

als

Nothaus und Neubau

Vollständige Zusammenfassung der auf der Herbsttagung 1923 des Bundes entschiedener Schulreformer in der Universität Berlin gehaltenen 22 Referate

Herausgegeben von Professor Paul Oestreich

ist soeben erschienen. — — — Preis 4 Mk., gebd. 5 Mk.

C. A. SCHWETSCHKE & SOHN, BERLIN W 30

Wertvolle Geschenkswerke

Gediegene Ausstattung — wohlfeile Preise

Die Welt der Töne

Einführung in das Musikverständnis und die Musikgeschichte.
Von Dr. E. Dickhoff und Georg Bader.
Zweite unveränderte Auflage.
Preis in vornehmem Halbleinenband 12 M.

Werke von Dr. B. Kellermann:

Die Ethik Spinozas

Ueber Gott und Geist

450 Seiten Gr.-8°
Holzfreies Papier
in vornehmem Geschenkband M. 9,50

Das Ideal

im System der
Kantischen Philosophie

430 Seiten Gr.-8°
Holzfreies Papier
Preis eleg. geb. M. 7,50

Dr. med. Franziska Tiburtius

Aus meinem Leben

Erinnerungen einer Achtzigjährigen.
Mit einem Bildnis, Preis geb. Mark 4.—
Die Memoiren der ältesten deutschen Aerztin.

Aus dem Vermächtnis des XIX. Jahrhunderts

Philosophische Aufsätze
von
Prof. Dr. Julius Goldstein
Preis M. 1,80

Chronik der Herzogin von Sagan-Talleyrand

Tagebuchblätter aus den Jahren 1840—1862
Herausg. von Fürstin Anton Radziwill
480 S. Gr.-8°, eleg. geb. Preis M. 9,—

Deutsche Eigenart
und
Deutsche Schicksale

Zwölf Bücher deutscher Geschichte
Von Geh. Rat Prof. Dr. Karl Fischer
450 S. Gr.-8°, Preis eleg. geb. M. 10,—

C. A. Schwetschke & Sohn, Verlag, Berlin W 30